

Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a.

Bezirksregierung Köln



Zweite Beteiligung (15.10.2024 - 15.11.2025)

Hinweise: Nummerierung der Ziele und Grundsätze bezieht sich auf den Stand 2.

Planentwurf (2024); Original-Stellungnahmen und Anhänge lagen dem Regionalrat zur Beschlussfassung vor;

* Exportbedingt werden Umlaute und Sonderzeichen in der pdf-Datei nicht korrekt dargestellt.



AZ: BET_100000_1	
Stadt Aachen	
1034379_001, Stadt Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Erneute Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen zur Neuaufstellung des Regionalplanes</p> <p>hier: Stellungnahme der Stadt Aachen zu den geänderten Teilen des zweiten Planentwurf zum Stand 2024</p> <p>Einleitung Mit Schreiben vom 15.10.2024 beteiligt die Bezirksregierung Köln die Stadt Aachen am zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes. Stellungnahmen zur beabsichtigten Planänderung können innerhalb der Auslegungsfrist vom 15.10.2024 bis 15.11.2024 vorgebracht werden. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist hinsichtlich des Planentwurfes und des Umweltberichtes auf die im Vergleich zum ersten Entwurf (Stand 2021) vorgenommenen Änderungen beschränkt.</p> <p>Die Stadt Aachen begrüßt ausdrücklich, dass ihr die Möglichkeit gegeben wird hierzu Stellung zu nehmen. Da es angesichts der Fristsetzung und Dauer der Beteiligung, zum Teil innerhalb der sitzungsfreien Zeit in den Schulferien, nicht möglich war, diese Stellungnahme den parlamentarischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung fristgerecht vorzulegen, erfolgt diese unter dem Vorbehalt späterer Ergänzungen.</p> <p>An dieser Stellungnahme haben zahlreiche Fachbereiche und Dienststellen der Stadt Aachen mitgewirkt. Sie wurde federführend durch den Fachbereich Stadtentwicklung und -planung in enger Abstimmung mit dem Fachbereich für Mobilität und Verkehr, dem Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung und Europa sowie dem Fachbereich Klima und Umwelt verfasst.</p> <p>Die Stellungnahme respektiert die Beschränkung auf die gegenüber dem ersten Entwurf vorgenommenen Änderungen. Da nicht alle Anregungen zum ersten Entwurf aufgegriffen wurden, ist dies nicht mit einer vorbehaltlosen Zustimmung zu den Abwägungsergebnissen gleichzusetzen. Diese Stellungnahme verzichtet auf eine Kommentierung der Abwägungsergebnisse des ersten Planentwurfes, da diese ausdrücklich von der Möglichkeit zur Stellungnahme ausgenommen sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.</p>

Die Stellungnahme folgt der Gliederung des zweiten Entwurfes Stand 2024, Die Angaben beziehen sich auf die jeweiligen Einzeldokumente dieses zweiten Entwurfes. Die Stellungnahme berücksichtigt den Aufbau und die Struktur des zweiten Entwurfes des Regionalplanes in Themenschwerpunkte und nimmt, soweit möglich, auf konkrete Textpassagen und die Plandarstellung Bezug. Insbesondere erfolgt eine Zuordnung zu den ID Nummern der Änderungen gegenüber dem ersten Planentwurf.

1034379_002, Stadt Aachen

Inhalt

Zu den geänderten zeichnerischen Festlegungen im zweiten Planentwurf sowie den Änderungskarten entfallene und neue Festlegungen

Zu den meisten Änderungen werden keine Bedenken vorgebracht. Die gewünschte Rücknahme von neuen Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) zugunsten der Darstellung als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (z.B. Richterich und Horbach (ID 1003935), Eilendorf (1003931), Brand (1003930), Beverau (1003929, 1007570, 1003687) sowie weitere) wurde umgesetzt, womit dem fortschreitenden Flächenverbrauch im Außenbereich regionalplanerisch entgegengewirkt wird. Gegen die Änderungen im Regionalplan werden bis auf "Camp Hitfeld" (siehe hierzu ID 1003916) auch bezüglich des Schutzgutes Wasser keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen. Wasserwirtschaftliche Belange werden durch den im Wesentlichen entfallenden Allgemeinen Siedlungsgebieten nicht negativ berührt. Aus Sicht des Naturschutzes ist außerdem positiv zu werten, dass die vom Fachbereich Klima und Umwelt mitgeteilten Naturschutzgebiete im Aachener Süden (ID 1003922, 1003937) als BSN-Flächen übernommen worden sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert. Zum Thema "Camp Hitfeld" (ID 1003916) siehe Erläuterungen zur StnID 1034379_004.

Inhalt

Änderung ASB, Horbach ID 1003935

Die Änderung, Entfall der Darstellung des allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) Horbach und stattdessen Darstellung eines Allgemeinen Freiraum und Agrarbereiche zum Teil überlagert mit Regionalem Grünzug, ist grundsätzlich nachvollziehbar, da die regionalplanerische Darstellungsschwelle durch die, seitens der Stadt Aachen beantragten Rücknahme von ASB Flächen, unterschritten wird. Da der, zum Zeitpunkt der Genehmigung des Flächennutzungsplan Aachen*2030 gültige Regionalplan, ebenfalls keine ASB Darstellung für die Ortslage Horbach enthielt, ergibt sich insofern keine Veränderung gegenüber der geplanten künftigen regionalplanerischen Zielsetzung. Daher äußert die Stadt Aachen zu dieser Änderung keine Bedenken, wenn gewährleistet ist, dass die künftigen Festlegungen des Regionalplanes keine Auswirkungen auf die Siedlungsflächendarstellungen im genehmigten Flächennutzungsplan Aachen*2030 in der Ortslage Horbach haben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung „*Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren*“ möglich. Sie richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt**Änderung GIB, Camp Hittfeld ID 1003916**

Um eine erfolgreiche Ansiedlung sowie gewerbliche Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeit zu bieten, damit einhergehend neue Arbeitsplätze in der Region zu schaffen und dem Strukturwandel in der Region zu begegnen, sind ausgewiesene industrielle und gewerbliche Bereiche (GIB) bzw. ASB-Ausweisungen im Regionalplan, in einer nicht unerheblichen Größenordnung, unerlässlich. Anders lassen sich die erheblichen gewerblichen Flächenbedarfe in der Stadt Aachen nicht befriedigen. Wie bereits in der Stellungnahme im Jahr 2022 erläutert, stehen dem hohen Gewerbeflächenbedarf eine eingeschränkte Zahl an Flächenpotenzialen gegenüber, die bei genauerer Betrachtung durch verschiedene Restriktionen und örtliche Gegebenheiten sowohl quantitativ, als auch qualitativ zu reduzieren ist und damit zukünftig nicht für eine gewerbliche Nutzung zur Verfügung stehen.

Das Gelände Camp Hittfeld bietet eine der wenigen gewerblichen Entwicklungsoptionen im Stadtgebiet, die es effizient und effektiv zu nutzen gilt. Daher gibt es bezüglich der Größe des dargestellten GIB, der bislang auf der Gewerbeflächendarstellung des Flächennutzungsplanes Aachen*2030 basiert, Diskussionsbedarf hinsichtlich eines darüber hinaus gehenden Entwicklungspotenzials. Eine solche Entwicklung könnte sich an der bereits durch die ehem. Kasernennutzung versiegelten Fläche orientieren sowie Wasser- als auch Naturschutzzonen beachten und selbstverständlich nur nicht störendes, umweltverträgliches Gewerbe beherbergen und optimal ökologisch ausgestaltet sein.

Das Kasernengelände befindet sich durch kontaminierte und versiegelte Brachflächen zum aktuellen Zeitpunkt in einem desolaten Zustand und stellt damit eine Fläche minderer Qualität und Bodenfunktion dar. Perspektivisch bestünde die Möglichkeit, das Gebiet im Rahmen eines naturnahen Gewerbegebiets ganzheitlich ökologisch aufzuwerten. Anstelle neuer, unversiegelter Flächen zu erschließen, wird vorhandene versiegelte Fläche genutzt und der Flächenverbrauch reduziert. Und den Prinzipien der Schwammstadt gefolgt. Dazu werden Versiegelungen minimiert und durch wasserdurchlässige Materialien ersetzt, die das Wasser in den Untergrund leiten, um die natürliche Grundwasserneubildung zu fördern. Im Bereich Camp Hittfeld ist bezüglich des Schutzgutes Wasser darauf zu achten, dass sich die Flächen der zukünftigen Wasserschutzgebiete nicht mit den GIB-Flächen überschneiden. Zumindest in der Schutzzone II könnte die Bebauung ansonsten stark eingeschränkt werden.

Zur Durchgrünung des Gebiets tragen zahlreiche Grünflächen, begrünte Dächer und Fassaden bei, die sowohl als Lebensraum für Pflanzen und Tiere als auch zur Luftreinhaltung und Verbesserung des Mikroklimas und der Biodiversität dienen. Die Vegetation wird strategisch in das Gebiet integriert, um Hitzeinseln zu vermeiden, die in traditionellen Gewerbegebieten durch Asphalt und Beton häufig entstehen. Auch

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003916 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Festlegung des GIB auf Grundlage der Vorgaben des LEP NRW zu im Freiraum liegenden Brachflächen erfolgt (s. NRW 6.6-3 LEP NRW). Die Zweckbindung ist vor diesem Hintergrund zwingend erforderlich, um die Vereinbarkeit mit den landesplanerischen Vorgaben sicherzustellen.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Zudem werden Hinweise zu nachgelagerten Planungen gegeben.

Bezüglich der gewerblichen Bedarfe der Stadt Aachen wird auf die Erläuterungen in StnID 1034379_007 verwiesen.

tragen Bäume, Hecken und Grünflächen zur Kühlung der Umgebung durch Verdunstung bei, was die Temperaturen in heißen Sommermonaten deutlich senkt. Außerdem werden energieeffiziente Gebäude und nachhaltige Energiequellen genutzt, um den CO₂-Fußabdruck des Gebiets zu minimieren. Dieses Zusammenspiel von Wassermanagement, Durchgrünung und klimagerechtem Bauen macht das Gewerbegebiet nicht nur umweltfreundlich, sondern unterscheidet sich deutlich von den bisherigen Gewerbegebieten, schafft eine angenehme Arbeitsumgebung und verbessert die Klimabilanz des Standorts nachhaltig.

Weiter wird die Aufhebung der Zweckbindung für die nordöstlich gelegenen, unversiegelten Flächen im Eingangsbereich des Camp Hittfeld gefordert. Mit Belegung einer Zweckbindung besteht je nach Auslegung dieser die Gefahr, dass diese Fläche nur sehr eingeschränkt nutzbar und eine Bebauung dieser unversiegelten fast 5 ha großen Flächen in Gänze nicht möglich wäre. Deshalb wird ein zweigeteilter GIB vorgeschlagen, sodass der unversiegelte Bereich im Nordosten keine Zweckbindung erfährt und der restliche sowie bereits teilversiegelte südwestliche Bereich nur unter der Berücksichtigung der Zweckbindung bebaut werden kann.

Inhalt

Änderung Straßen Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen ID 1006277

Die Änderung der Darstellung der Signatur ID 1006277 von „Straßen unter Angabe der Anschlussstellen, Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegungen" zu „Straßen unter Angabe der Anschlussstellen, Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen" wird aus Umweltsicht abgelehnt. Die Errichtung einer Umgehungsstraße bzw. Autobahn-Anschlussstelle im Bereich Eilendorf Südost widerspricht den Zielen des Klimaschutzes und stellt einen erheblichen Eingriff in die Landschaft dar. Sie widerspricht außerdem den Zielen der Mobilitätswende und den Zielen des Natur- und Artenschutzes und würde zu erheblichen zusätzlichen Immissionsbelastungen führen. Die in der Kade A-2-16 Planentwurf eingetragene L221n, Neubau Aachen Eilendorf bis Geisberg, zwischen dem Bereich Sebastianusstraße und Debyestraße inkl. Autobahnanschluss an die A44 ist zu streichen. Diese Darstellung soll aus dem Landesstraßenbedarfsplan und damit auch aus dem Regionalplan entfallen. Es besteht regionaler Konsens darüber, dass das Projekt der L221n mit einem Autobahnanschluss an die A44 in Aachen-Eilendorf nicht weiterverfolgt werden soll. Dies hat die Stadt Aachen auch in das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplan NRW Mitte diesen Jahres eingebracht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Inhalt

Neudarstellung Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen ID 1006600

Dass die geplante Regiotram mit Ihrem Streckenverlauf nun unter „Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung“ dargestellt ist, wird ausdrücklich begrüßt. Allerdings ist die Plangrafik abschnittsweise irreführend, da die Lage im Abschnitt Hauptbahnhof Aachen bis Blücherplatz etwas aus der Straßenachse verschoben ist und die Signatur zu viele Haltepunkt der Regiotram darstellt. Diese Darstellung sollte daher korrigiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Festlegung der Regiotram erklärt.

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Eine Festlegung von Haltepunkten erfolgt nicht. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Inhalt

Zu den geänderten textlichen Festlegungen im zweiten Planentwurf

Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung ID 1026820

Die Bezirksregierung geht laut Begründung des Regionalplanentwurfs für die nächsten 25 Jahre (2018 bis 2043) von einem Gewerbeflächenbedarf von 318 ha in der Stadt Aachen aus. Dem gegenüber stehen laut Bezirksregierung 108 ha gewerblich nutzbare Flächenpotenziale, die sich aus dem Flächennutzungsplan Aachen*2030 und 5 ha, die sich aus der Neuaufstellung des Regionalplans ergeben. Somit lässt sich eine Diskrepanz von 205 ha beziffern, die sich bei genauerer Betrachtung der Zahlen weiter verschärft.

Alleine im Jahr 2024 wurden im Rahmen des Gewerbeflächenmanagements bis Mitte Oktober 129 Gewerbeflächenanfragen bearbeitet. Insgesamt ergibt sich durch diese Anfragen ein Volumen nach rund 275 ha Flächen (Büro, Lager, Produktion, Labore, Grundstück). Ein Großteil der eingehenden Flächenanfragen konnten auf Grund der bereits heute bestehenden Flächenknappheit nicht zu einem positiven Abschluss gebracht werden. Angesichts der Verortung zahlreicher Forschungs- und Ausbildungsstätten mit dem fachlichen Schwerpunkt in den Bereichen Informatik, Elektrotechnik, Maschinenbau und Verfahrenstechnik in Aachen und der Region bestehen außergewöhnliche Standortvoraussetzungen für technologieorientierte Unternehmensentwicklungen mit denen eine verstärkte Flächennachfrage, insbesondere auch nach Produktions- und Industrieflächen einhergeht. Zudem weichen die Hochschulen aufgrund des allgemeinen Flächenmangels im Stadtgebiet immer häufiger auf für gewerbliche Nutzung vorgesehene Flächen aus und verschärfen somit zusätzlich den Druck auf dem Gewerbeflächenmarkt. Darüber hinaus muss laut Fachbeitrag der Region Aachen in den nächsten Jahren zusätzlich mit einer erheblichen externen Flächennachfrage, insbesondere aus den Ballungsgebieten entlang des Rheins (Köln, Bonn, Düsseldorf) und der Maas (Maastricht, Heerlen, Roermond) gerechnet werden. Zusammenfassend ist also trotz des zu begrüßenden 20-prozentigen Planungszuschlags für die nächsten 25 Jahre von einem gewerblichen Flächenbedarf auszugehen, der weit höher als 318 ha liegt.

Mit der Neuaufstellung des Regionalplans darf diese angespannte Situation aus diesem Grund nicht weiter verstärkt werden, da Gewerbeflächen die Grundlage für eine positive Wirtschaftsentwicklung darstellen, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes stärken und der wichtigste Bestandteil sind, um den Herausforderungen des Strukturwandels und den großen Wenden Energie, Klima, Ressourcen, Mobilität und Digitalisierung gerecht zu werden. Darüber hinaus verringern Wertschöpfung und Arbeitsplätze die Soziallasten und sichern den Wohlstand.

Im Rahmen unserer aktualisierten Stellungnahme legen wir daher weiterhin ein besonderes Augenmerk auf das Ungleichgewicht zwischen gewerblichen Flächenbedarfen und gewerblich nutzbaren Potenzialflächen in Aachen sowie

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden

planungsrechtlich zu sichernden interkommunalen GIB-Flächen. Um dem negativen Gewerbeflächentrend entgegen zu wirken, darf es dabei nicht zu einer Reduzierung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) kommen, sondern dort wo es sinnvoll und möglich ist, müssen zusätzliche GIB erhalten bzw. ausgewiesen werden.

Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird im Verfahren gemäß § 34 LPlG sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und umsetzen* und Ziel *GIB plus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in der Städteregion Aachen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen

	<p>zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p>
--	---

Inhalt

Kapitel 3.3.2.1 Bereiche für interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB interkommunal) ID 1005434

Ein weiteres bedeutendes Themenfeld ist der städteregionale Gewerbeflächenpool und die damit zusammenhängende interkommunale Zusammenarbeit, die eine bedeutende Säule im Gewerbeflächendreiklang Neuausweisung, Revitalisierung und interkommunale Zusammenarbeit der Stadt Aachen spielt. Um den Erfolg und die Ziele des städteregionalen Gewerbeflächenpools zu gewährleisten, ist es notwendig, dass die in den Gewerbeflächenpool eingebrachten ungedeckten Bedarfskontingente der Stadt Aachen über notwendige zusätzliche GIB-Ausweisungen im Regionalplan gedeckt werden können. Auch hier gilt: Nur eine Mehrausweisung von Flächen kann die Überhangbedarfe decken. Zusammenfassend zeigt die formulierte Stellungnahme damit die stark vorherrschende Gewerbeflächenknappheit im Stadtgebiet Aachen auf, der eine bedeutende Zahl an kurz- und mittelfristigen Gewerbeflächenanfragen entgegensteht, die mit dem vorhandenen Flächenangebot bereits heute schon nicht mehr erfüllt werden kann. Mit anderen Worten: der neue Regionalplan muss mehr Gewerbeflächen als bislang angedacht ausweisen.

Im Rahmen dieser Stellungnahme bitten wir die Bezirksregierung daher ausdrücklich um die Umsetzung der dargestellten Anpassungen im Sinne einer nachhaltigen und nachfrageorientierten Entwicklung und Gestaltung der Gewerbeflächen in der Stadt Aachen sowie den angrenzenden Nachbarkommunen. Die Stadt Aachen geht davon aus, dass die vorgenannten Anregungen im weiteren Verfahren der Neuaufstellung des Regionalplanes Berücksichtigung finden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bezüglich der Berücksichtigung des städteregionalen Gewerbeflächenpools und der Bedarfssituation wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme ID 1033441_001 verwiesen.

Im Übrigen wird auf die Abwägungsvorschläge zu den Teilstellungnahmen der Stadt Aachen verwiesen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Sofern die Stellungnahme über die geänderten Planinhalte hinausgeht bzw. sich auf nicht geänderte Teile des Plans bezieht, unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Inhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 15.10.2024, die ich gerne im Rahmen der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für den Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze beantworte. Im Zuge der Energiewende wurde mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ein Planungsinstrument geschaffen, das zu einem beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland beiträgt. Dem im NABEG verankerten Planungs- und Genehmigungsregime, für das die Bundesnetzagentur zuständig ist, unterliegen alle Vorhaben, die in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichnet sind. Ihre Realisierung ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Bundesnetzagentur führt für die Vorhaben auf Antrag der verantwortlichen Betreiber von Übertragungsnetzen die Bundesfachplanung durch. Zweck der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raumverträglichen Trassenkorridors, eines Gebietsstreifens, in dem die Trasse einer Höchstspannungsleitung voraussichtlich realisiert werden kann, als Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung. Für Vorhaben, für die ein Präferenzraum entwickelt wurde, entfällt die Bundesfachplanung. Ein Präferenzraum ist ein durch die Bundesnetzagentur ermittelter Gebietsstreifen, der für die Herleitung von Trassen besonders geeignete Räume ausweist. Mit der Planfeststellung, die die Bundesnetzagentur wiederum auf Antrag der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber durchführt, wird der genaue Verlauf der Trasse innerhalb des festgelegten Trassenkorridors bzw. des entwickelten Präferenzraums bestimmt und das Vorhaben rechtlich zugelassen. Von den in dem vorliegenden zweiten Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, geplanten Festlegungen ist von den derzeit in der Anlage zum BBPlG als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichneten Vorhaben gegebenenfalls das **Vorhaben Nr. 2**, Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg, auch Ultratnet genannt, betroffen.

Die Bundesnetzagentur traf für den vorliegend relevanten **Abschnitt C** des Vorhabens Nr. 2 am 28.05.2021 die Bundesfachplanungsentscheidung und legte damit den Verlauf eines Trassenkorridors als verbindliche Vorgabe für die Planfeststellung fest. Die Vorhabenträgerin, die Amprion GmbH, reichte am 28.09.2021 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt Osterath – Rommerskirchen (**Abschnitt C1**) des Vorhabens Nr. 2 bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie geprüfte Alternativen enthält. Auf der Grundlage des Antrags und der Ergebnisse eines schriftlichen Beteiligungsverfahrens legte die

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass Konflikte zwischen den Festlegungen des Regionalplans Köln und dem Vorhaben Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) in angemessener Weise raumplanerisch Rechnung zu tragen und die Belange des Netzausbaus bei der Aufstellung des Plans zu beachten sind. Die Planfeststellung des Vorhabens Nr. 2 darf durch raumordnerische Festlegungen nicht erschwert werden. Auf Grundlage des derzeitigen Planungsstands sind keine Konflikte erkennbar, die das Verfahren nicht erschwert wird.

Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten im Regionalplan Köln. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW (Stand: Aufstellungsbeschluss). Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor. Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Bundesnetzagentur am 31.03.2022 einen Untersuchungsrahmen fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Nach deren Einreichung am 29.09.2023 führte die Bundesnetzagentur vom 20.11.2023 bis zum 19.01.2024 ein Anhörungsverfahren durch. Die Vorhabenträgerin beantragte am 06.09.2024 Änderungen des bereits ausgelegten Plans und der Unterlagen. Die betroffenen Behörden, Vereinigungen und Dritte, die erstmalig oder stärker als bisher berührt werden, wurden von der Bundesnetzagentur individuell angeschrieben und über die Möglichkeit der Stellungnahme beziehungsweise Einwendung informiert. Zum Abschluss des Verfahrens wird die Bundesnetzagentur mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf festlegen. Die Bundesnetzagentur traf für den vorliegend relevanten **Abschnitt E** des Vorhabens Nr. 2 am 28.02.2022 die Bundesfachplanungsentscheidung und legte damit den Verlauf eines Trassenkorridors als verbindliche Vorgabe für die Planfeststellung fest. Die Vorhabenträgerin, die Amprion GmbH, reichte am 25.05.2022 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für die Teilstrecke Rommerskirchen – Landesgrenze NRW/RP (**Abschnitt E1**), als Teilabschnitt des Abschnitts E des Vorhabens Nr. 2, bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie hierzu in Frage kommende Alternativen enthält. Auf der Grundlage des Antrags und der Ergebnisse der am 21.06.2022 durchgeführten Antragskonferenz legte die Bundesnetzagentur am 25.10.2022 einen Untersuchungsrahmen fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Nach deren Einreichung am 25.04.2024 führte die Bundesnetzagentur vom 13.05.2024 bis zum 12.07.2024 ein Anhörungsverfahren durch. Im nächsten Schritt wird die Bundesnetzagentur am 26.11.2024 einen Erörterungstermin durchführen und anschließend, zum Abschluss des Verfahrens, mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf festlegen. Nach derzeitigem Verfahrensstand verlaufen der verbindlich festgelegte Trassenkorridor sowie die innerhalb dessen beantragte Trasse unter anderem im räumlichen Geltungsbereich des Regionalplans Köln. Eine abschließende Beurteilung der zu bewältigenden Nutzungskonflikte ist seitens der Bundesnetzagentur zum derzeitigen Verfahrensstand nicht möglich. Nach derzeitigem Planungsstand ist die Nutzung einer Bestandsleitung durch Umnutzung eines 380 kV-Drehstromkreises als Gleichstromkreis vorgesehen, die im Wesentlichen lediglich mit geringfügigen technischen Anpassungen (z. B. Isolatorentausch, Masterhöhung) ohne Veränderung der Schutzstreifenbreite verbunden ist. Ich gehe davon aus, dass der Leitungsbestand als Belang bei der Aufstellung des Regionalplans Köln angemessen berücksichtigt wird und insoweit keine Konflikte zwischen dem geplanten Vorhaben und den Festlegungen des Regionalplans Köln zu erwarten sind. Sollte sich dennoch abzeichnen, dass die im Regionalplan Köln geplanten Festlegungen die Planfeststellung des Vorhabens Nr. 2 berühren können – entscheidend ist, dass das Verfahren nicht erschwert wird – weise ich in diesem Zusammenhang auf § 3a NABEG hin, der die konstruktive Zusammenarbeit von Bund und Ländern regelt. In § 3a Abs. 2 heißt es:

„Zeichnet sich bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung eines Raumordnungsplans ab,

dass Ziele der Raumordnung die Bundesfachplanung oder die Planfeststellung

berühren können, sollen im Raumordnungsplan Festlegungen getroffen werden, die sicherstellen, dass die Bundesfachplanung und die Planfeststellung nicht erschwert werden.“

Entsprechend bitte ich darum, möglichen Konflikten zwischen den Festlegungen des

Regionalplans Köln und dem Vorhaben Nr. 2 in angemessener Weise raumplanerisch Rechnung zu tragen und die Belange des Netzausbaus bei der Aufstellung des Plans zu beachten, damit die Planfeststellung des Vorhabens Nr. 2 nicht erschwert wird. Ich rege an, den mit der Entscheidung über die Bundesfachplanung für die Planfeststellung verbindlich festgelegten Trassenkorridor für das Vorhaben Nr. 2 z.B. als Vorranggebiet Leitungstrassenkorridor in dem Regionalplan Köln festzulegen. Ich weise vorsorglich darauf hin, dass nach § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG Bundesfachplanungen grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Planungen, insbesondere Landesplanungen und Bauleitplanungen, haben.

Außerdem weise ich vorsorglich darauf hin, dass das Bundesverwaltungsgericht in Bezug auf die gemeindliche Bauleitplanung ausgeführt hat, dass die Bundesfachplanungsentscheidung insofern vorübergehend auf die gemeindliche Planungshoheit einwirkt, als sie nach § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG „grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Landesplanungen und Bauleitplanungen“ hat. Bei dem Vorrang der Bundesfachplanung gem. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG handelt es sich danach um eine Abwägungsdirektive und damit zugleich um eine spezielle gesetzliche Verankerung und Betonung des allgemeinen planungsrechtlichen Prioritätsgrundsatzes. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG richtet sich als Abwägungsdirektive an die gemeindliche Bauleitplanung im Zeitraum zwischen der Bundesfachplanungs- und der Zulassungsentscheidung. **Das Gebot vorrangiger Berücksichtigung der Bundesfachplanung verlangt von der Gemeinde, vorübergehend entgegenstehende Planungen innerhalb des Trassenkorridors aufzuschieben;** siehe zu alledem BVerwG, Beschl. v. 24.03.2021 - 4 VR 2.20. Die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts sind aus Sicht der Bundesnetzagentur auf die Landesplanung vollumfänglich übertragbar. Ich rege an, falls nicht bereits geschehen, die für die Abschnitte C und E des Vorhabens Nr. 2 federführend zuständige Vorhabenträgerin Ampriion GmbH (**leitungsauskunft@ampriion.net**) in vorliegender Angelegenheit noch zu beteiligen. Auf den Internetseiten der Vorhabenträgerinnen Ampriion GmbH und TransnetBW GmbH sind auch Planunterlagen zum Vorhaben Nr. 2 abrufbar, die den derzeitigen Planungsstand wiedergeben, sich jedoch im weiteren Verfahren noch ändern können. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur die vollständigen Planunterlagen zu den Abschnitten C und E des Vorhabens Nr. 2 sowie auch die oben genannte Bundesfachplanungsentscheidung abrufbar sind (www.netzausbau.de/vorhaben2).

Ich bitte Sie, meine Hinweise zu berücksichtigen und mich über den Fortgang des Verfahrens zu informieren bzw. mich im weiteren Verlauf des Verfahrens zu beteiligen und mir den in Kraft getretenen Raumordnungsplan mitzuteilen. Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne –

auch unter der E-Mail-Adresse verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de – zur Verfügung.

Bitte

verwenden Sie für den Kontakt mit mir das oben angegebene Aktenzeichen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

[ANONYMISERT]

AZ: BET_10001_1	
Bundesnetzagentur, Referat 226 „Richtfunk, Flugfunk, Navigations- und Ortungsfunk	
1032201_001, Bundesnetzagentur, Referat 226 „Richtfunk, Flugfunk, Navigations- und Ortungsfunk	
<p>Inhalt</p> <p>Vielen Dank für Ihre Anfrage.</p> <p>Da eine Betroffenheit des Richtfunks durch die Planung unwahrscheinlich ist, erfolgt unsererseits keine weitere Bewertung. Ein möglicher Grund dafür ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Baumaßnahme weist eine geringe Bauhöhe auf. Es handelt sich dabei um einen Bebauungsplan mit einer Bauhöhe von unter 20 Meter bzw. um eine Planung einer Solar- / Photovoltaik-Freifläche. Eine Richtfunk-Untersuchung zu solchen Planungen ist nicht erforderlich. 2. Entweder ist die Bauhöhe unbekannt oder es handelt sich um eine Maßnahme mit einer unveränderten Bauhöhe. Zum Beispiel: Flurbereinigung, Landschafts- / Naturschutz, unterirdische Leitung oder Aufhebungsverfahren. 3. Flächennutzungspläne, Regionalpläne, Raumordnungspläne oder Entwicklungsprogramme sind planungsrechtliche Maßnahmen, die sich in einem früheren Planungsstadium befinden. Im nachgelagerten Verfahren wird konkrete Baumaßnahme erneut angefragt. <p>Bitte richten Sie ab sofort Ihre Anfragen zu Planungs- oder Genehmigungsverfahren an die zuständige Stelle unter folgender Adresse:</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_1000_1

Eisenbahn-Bundesamt

1032418_001, Eisenbahn-Bundesamt

Inhalt

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren. Hinsichtlich der ggf. entstehenden Grenzbebauung sind u.a. die Vorschriften des § 6 BauO NRW zu beachten.

- Es ist zudem sicherzustellen, dass die Flurstücke keinem Bahnbetriebszweck dienen. Andernfalls unterfällt das Flurstück dem eisenbahnrechtlichen Fachplanungsvorbehalt nach § 18 Abs. 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) sowie dem Fachplanungsvorrang nach § 38 Baugesetzbuch (BauGB). Auskunft über die Zweckbestimmung der genannten Region erteilt die DB Immobilien -Region West-, Erna-Scheffler-Str. 5 in 51103 Köln.

Das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen. Ich stelle fest, dass aktuelle zulassungsrechtliche und raumbedeutsame Planungen der Eisenbahnen des Bundes im betroffenen Bereich, die über bereits festgestellte Planungen hinausgehen und mit Ihrer Planung unmittelbar kollidieren könnten, hier nicht bekannt sind. Hierzu sollte sich ebenfalls die DB InfraGo AG äußern.

Die folgenden Hinweise bitte ich zu berücksichtigen:

- Ansprüche gegen Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die sich durch Immissionen aus dem Eisenbahnbetrieb auf planfestgestellten und baulich nicht geänderten Verkehrsanlagen begründen, sind ausgeschlossen. Für einen ausreichenden Schutz vor Lärm und Erschütterungen aus dem Eisenbahnbetrieb hat der Planungsträger, der ein Bauvorhaben in der Nachbarschaft von Eisenbahnbetriebsanlagen durchzuführen beabsichtigt, selbst zu sorgen.

- Bei Planungs- und Bauvorhaben in räumlicher Nähe zu Bahnbetriebsanlagen ist zum Schutz der Baumaßnahme und zur Sicherung des Eisenbahnbetriebs das Einhalten von Sicherheitsabständen zwingend vorgeschrieben. Ein gewolltes oder ungewolltes Hineingelangen in den Gefahrenbereich und den Sicherheitsraum der Bahnanlagen ist gemäß § 62 EBO unzulässig und durch geeignete und wirksame Maßnahmen grundsätzlich und dauerhaft auszuschließen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

- Die infrastrukturellen Belange sowie die spezifisch vorliegenden Sicherheitsabstände für Bauten nahe der Bahn, Lagerung von Baumaterialien, den notwendigen Arbeitsraum für Instandsetzungsarbeiten der Bahnanlagen, Abstand und Art von Neuanpflanzungen im Nachbarbereich, Beleuchtung, Entwässerung, etc., sind von der Infrastrukturbetreiberin, bzw. von der DB Immobilien anzugeben.

- Bitte berücksichtigen Sie bei der Planung, dass von PV-Anlagen keine Blend- bzw. Spiegelwirkung ausgeht, die in den Bereich der Bahntrasse eintrifft und somit den Eisenbahnbetrieb beeinträchtigen würde (z. B. aufgrund Sonneneinstrahlung auf die PV-Anlage).

Die zuständige Bauaufsichtsbehörde entscheidet in alleiniger Verantwortung über etwaige, auf den Bahnbetrieb bezogene Risiken für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Sinne der Landesbauordnung. Die zuständige Aufsichtsbehörde für nichtbundeseigene Eisenbahnen ist die Landeseisenbahnaufsicht (LEA) NRW. Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung als Träger öffentlicher Belange empfohlen.

Inhalt

Bitte berücksichtigen Sie bei der Planung, dass von PV-Anlagen keine Blend- bzw. Spiegelwirkung ausgeht, die in den Bereich der Bahntrasse eintrifft und somit den Eisenbahnbetrieb beeinträchtigen würde (z. B. aufgrund Sonneneinstrahlung auf die PV-Anlage).

In nicht besonders eisgefährdeten Regionen empfehlen wir folgende Mindestabstände zwischen ggf. zu beachtende Windenergieanlagen und Bahnanlagen:

1. Zu Schienenwegen mit und ohne Oberleitung (15 kV) sowie Gebäuden: gemessen von der Turmachse: 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe)
2. Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV), gemessen zum nächst gelegenen Punkt der Rotorfläche (Rotorblattspitze einer WEA): mit Schwingungsschutzmaßnahmen (Dämpfungseinrichtungen): 1 x Rotordurchmesser ohne Schwingungsschutzmaßnahmen (Dämpfungseinrichtungen): 3 x Rotordurchmesser
3. Zu Richtfunkstrecken und Sendeanlagen entlang Schienenwegen: 2 x Rotordurchmesser
4. Zu Richtfunkstrecken und Sendeanlagen jenseits von Schienenwegen: für die Richtfunkstrecke beiderseits 35 m für die Sendeanlagen die Höhe der höheren Anlage (bei WEA einschließlich Rotorradius)

Ob die genannten Anlagenarten unter Punkt 2-4 tatsächlich vor Ort vorhanden sind, ist mir nicht bekannt. Hierüber kann im Zweifel die Betreiberin Auskunft erteilen. Die Mindestabstände haben empfehlenden Charakter.

Die Mindestabstände haben empfehlenden Charakter. Die zuständige Bauaufsichtsbehörde entscheidet in alleiniger Verantwortung über etwaige, auf den Bahnbetrieb bezogene Risiken für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Sinne der Landesbauordnung.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Thematisch beziehen sich die Hinweise auf Anlagen, die nicht Regelungsgenstand der Neuaufstellung des Regionalplans sind, sondern des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien.

AZ: BET_102000_1	
Stadt Alsdorf	
1034516_001, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Mit Schreiben vom 15.10.2024 (Aktenzeichen: 32.01-Neuaufstellung-2) hat die Bezirksregierung Köln die Stadt Alsdorf darüber in Kenntnis gesetzt, dass der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln in seiner Sitzung am 11.10.2024 den Zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den gesamten Regierungsbezirk Köln beschlossen hat. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Öffentlichkeit sowie die in ihren berührten Belangen öffentlicher Stellen, hier die Stadt Alsdorf, in der Zeit vom 15.10.2024 - 15.11.2024 Stellungnahmen zu dem zweiten Planentwurf vorbringen können (§ 9 Abs. 2 und 3 ROG i.V.m. §13 LPIG NRW). Nach intensiver Durchsicht des zweiten Planentwurfs zur Neuaufstellung des Regionalplans liegt nun im Ergebnis die Stellungnahme zum zweiten Planentwurf des Regionalplanes vor (siehe Anlage 1 bis 5). Diese hat der Ausschuss für Stadtentwicklung in seiner Sitzung am 12.11.2024 beschlossen. Der Beschlussauszug ist als Anlage 6 beigelegt. In persönlichen Worten möchte ich Ihnen gerne im Folgenden die Hauptanmerkungen / Zielsetzungen der Stadt Alsdorf nahebringen und mich zunächst einmal dafür bedanken, dass Sie einen Teil der Anregungen, die wir im Rahmen der ersten Trägerbeteiligung eingebracht haben, aufgenommen haben. Leider wurden dennoch einige Anregungen, die wir eingebracht haben nicht berücksichtigt, hierbei möchte ich insbesondere die Siedlungsrandarrondierungen und den Regionalen Grünzug benennen.</p> <p>Die beiden zuvor erwähnten Punkte, die mir besonders wichtig sind, werden in Ihrer Synopse, die wir zur erneuten Stellungnahme durch eine dritte Spalte ergänzt haben, im Weiteren abgehandelt. In dieser dritten Spalte geben wir unsere Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung Köln ab.</p> <p>Anlagen</p> <p>Anlage 1: Anschreiben der Bezirksregierung Köln vom 15.10.2024 Anlage 2: Entwurf der Zweiten Plangrundlage des Regionalplans der Bezirksregierung Köln Anlage 3: Geänderte Festlegungen gemäß Zielsetzungen der Stadt Alsdorf Anlage 4: Detaillierte Stellungnahme der Stadt Alsdorf (Synopse mit Ergänzungen der Stadt) Anlage 5: Stand Anregungen im Rahmen der erneuten Offenlage Anlage 6: Beschlussauszug aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 12.11.2024</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf und Aufbau der Stellungnahme gegeben. Zudem wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.</p>

Inhalt

Zu den Siedlungsrandarrondierungen möchte ich anmerken, dass hier Unverständnis darüber besteht, dass eine Siedlungsrandarrondierung damit abgewogen wird, dass eine Splittersiedlung oder Bandartige Siedlungsentwicklungen entstehen könnte. Letztendlich dienen die angeregten Siedlungsrandarrondierungen der Abrundung des tatsächlichen Siedlungsraumes und in anderen Bereichen soll eine weitere Bebauung im Sinne des rechtgültigen Flächennutzungsplanes gesichert werden.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus werden die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Teilweise bleibt die Festlegung des Siedlungsbereichs hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Unbenommen davon richtet sich die Siedlungsentwicklung nach Ziel 2-3 LEP.

Zudem gilt: Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034516_003, Stadt Alsdorf	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002076, 1002068, 1002093 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Darüber hinaus wird auf die Erläuterungen zu den StnIDs 1034516_006 und 1034516_025 verwiesen.</p>
<p>Zu den Regionalen Grünzügen, die sich für die Stadt Alsdorf als Regionale Grünfläche darstellen, muss ich leider feststellen, dass aus unserer Sicht das sinnvolle Instrument der Regionalen Grünzüge durch die vorgesehene flächenhafte Darstellung sein Ziel, eine gezielte räumliche Gliederung zum klimaökologischen Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung zu etablieren beziehungsweise lenken, verfehlt.</p> <p>Hier wurden von. unserer Seite seit 2018 immer wieder Vorschläge unterbreitet wie die Regionalen Grünzüge auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf verlaufen könnten. Leider wurden diese Vorschläge nicht sachlich, sondern nur mit der Zitierung der entsprechenden Stellen des ROG und LEP NRW abgewogen; ein fachlich informeller Austausch fand nach Abgabe unserer Stellungnahmen nicht statt.</p>	

Inhalt

Allgemein sehe ich mich veranlasst zu der grundsätzlichen Thematik der Regionalplanung Stellung zu nehmen, insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Städte durch die verfehlte Finanzpolitik des Bundes und des Landes sowie unter Berücksichtigung des regionalen und globalen Strukturwandels. Nach hiesiger Auffassung dient die Neuaufstellung des Regionalplans einer vorausschauenden und nachhaltigen Entwicklung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur unter gleichzeitiger Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Sicherung des Erholungsraumes.

Hier sehe ich, insbesondere vor den Hintergrund des zweiten Strukturwandels in den letzten 40 Jahren sowie der Vorziehung dieses um fast ein Jahrzehnt und weitergehend die generellen strukturellen Schwächen, die sich durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg gezeigt haben, keine ausreichende Berücksichtigung in diesem Regionalplanentwurf.

In der Stadt Alsdorf und in der Region, wie ich im Austausch immer wieder erfahre, besteht vielmehr die Befürchtung, dass durch den vorliegenden Regionalplan der Strukturwandel im Rheinischen Revier und insbesondere in der StädteRegion Aachen und somit auch in Alsdorf ausgebremst wird.

Gern habe ich zur Kenntnis genommen, dass der Regionalplan in seiner vorliegenden Ausarbeitung mit einigen redaktionellen bzw. richtigstellenden Anregungen, wie von uns vorgeschlagen, beschlossen wird, da wir uns weitere Verzögerungen nicht erlauben können. Dies kann, wie Sie bereits mitgeteilt haben, aber nur der erste Schritt auf regionalplanerischer Ebene im Rahmen des Strukturwandels sein. Als nächster Schritt wäre nach Rechtskraft des Regionalplanes somit eine 1. Änderung voranzutreiben, um das Rheinische Revier, die StädteRegion Aachen und die Stadt Alsdorf sowie alle anderen Beteiligten für den Strukturwandel mit der notwendigen Resilienz auszustatten.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Inhalt

Für die Stadt Alsdorf erschließt sich besonders nicht das Erfordernis, die Fläche in der nordöstlichen Arrondierung von Schaufenberg als GIBregional-Fläche auszuweisen, da sie mitten in einem künftig zu entwickelnden Gewerbegebiet liegt, das hauptsächlich durch lokale Erweiterungsnotwendigkeiten begründbar ist. Wir würden es daher im nächsten Schritt sehr begrüßen, wenn diese Fläche als allein durch die Stadt Alsdorf entwickelbar ausgewiesen würde, da es kaum Interesse anderer Städte geben dürfte, an dieser Stelle mit uns gemeinsam eine Fläche auszuweisen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Sofern GIBregional bzw. GIBplus in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit zusätzlichen Bedarfen für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Die Stadt Alsdorf verfügt über keinen Bedarf an zusätzlichen (endogenen) Regionalplanreserven für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Es wird diesbezüglich auf die Erläuterungen zu StnID 1002091 1. Offenlage verwiesen.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Inhalt

1 ID_1002068, Stadt Alsdorf, Hoengen nördlicher Siedlungsrand

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest (siehe Anregung der Stadt Alsdorf vom Juli 2022, linke Spalte).

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Siedlungsstrukturen in der Regionalplanung wiederaufgenommen werden, damit sich der bestehende und beplante Siedlungsraum deutlich, im regionalplanerischen Sinne vom Freiraum anhand faktischer Grenzen, abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt.

[Abbildung]

Im zurzeit gültigen Regionalplan sind die Siedlungsbereiche zwar dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung), jedoch gibt hier die Grundlage den Stand der Siedlungsentwicklung vor ca. 30 Jahren wieder. Wir verweisen deshalb nochmal auf unsere Erläuterung vom Juli 2022:

„Am nördlichen Siedlungsrand des Stadtteils Alsdorf - Hoengen sind bestehende Siedlungsstrukturen im Freiraum verortet und mit der Festlegung „Regionaler Grünzug“ überplant, so dass diese nicht Bestandteil des festgelegten Siedlungsraumes (ASB) sind. Unter Punkt 4.2 der textlichen Festlegungen zur Neuauflistung des Regionalplans wird auf Seite 96 dargelegt, dass Regionale Grünzüge wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen insbesondere vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen sind. Insofern ist nicht nachvollziehbar, dass hier bestehende Siedlungsstrukturen außerhalb des ASB verortet werden. Die hiesigen Diskrepanzen zwischen faktischem Siedlungsraum und Freiraum sind auch nicht auf den Planmaßstab des Regionalplans zurückzuführen (Unschärfe), da selbst bei dem der Regionalplanung zugrundeliegender Maßstab (1:50.000) ganz offensichtlich erkennbar ist, dass bestehender Siedlungsraum im Freiraum mit der Schutzfunktion „Regionaler Grünzug“ verortet wird. Ferner stellt der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Im Übrigen können in den Regionalen Grünzügen maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung Punkt 3 zu Ziel 18). Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur

rechtskräftige Flächennutzungsplan der Stadt Alsdorf für diesen Bereich - Wohnbaufläche dar. Darüber hinaus ist der nördliche Siedlungsrand von Alsdorf-Hoengen zu einem Großteil mit rechtskräftigen Bebauungsplänen überplant (BP 275 / BP 272 - 2. Änderung) die die Art der Nutzung als - WA - Allgemeines Wohngebiet - festsetzen. Insofern wird darum gebeten, dass im Sinne des Gegenstromprinzips Darstellungen der vorbereitenden Bauleitplanung sowie Festsetzungen der verbindlichen Bauleitplanung bei der Neuaufstellung des Regionalplan entsprechende Berücksichtigung finde.“

(zur besseren Lesbarkeit des Gesamttextes wird fortwährend auf die linke Tabellenspalte mit den Anregungen der Stadt Alsdorf aus Juli 2022 verwiesen).

Erläuterung

Weitergehend möchte die Stadt Alsdorf klarstellen, dass mit einer Siedlungsrandarrondierung regelmäßig keine bandartigen Siedlungsentwicklungen oder Splittersiedlungen begünstigt werden. Somit ist erkennbar, dass der Inhalt der Anregung nicht dem Ziel 6.1 -4 LEP NRW widerspricht. Bei einer nachhaltigen Betrachtung der bestehenden Siedlungsråder sind die raumfunktional wirksamen Grenzen zum Freiraum deutlich erkennbar. Den Grundsätzen 6.1-5 LEP NRW und 6.1-6 LEP NRW wird somit entsprochen.

Im Ziel 2.3 des LEP NRW heißt es:

„Als Grundlage für eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung der Raumnutzung ist das Land in Gebiete zu unterteilen, die vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllen oder erfüllen werden.“

In der Erläuterung heißt es weiter:

„Eine homogene Verteilung und Durchmischung von Siedlungs- und Freiraumnutzungen ist mit einer nachhaltigen Raumentwicklung unvereinbar.“

Insofern ist in keiner Weise nachzuvollziehbar, dass eine Festlegung des Siedlungsbereiches hinter dem faktischen Bestand zur Verwirklichung des Zieles 2.3 LEP NRW beiträgt. Das Ziel fordert eine Unterteilung in vorrangige Siedlungsfunktionen und vorrangige Freiraumfunktionen. Daher besteht der Anspruch hier eine, an faktischen Gegebenheiten klare Trennung zu vollziehen und nicht willkürlich erscheinende Abgrenzungen zwischen Frei-/ und Siedlungsraum zu vollziehen und daher ohne planerische Erfordernisse Siedlungsstrukturen dem Freiraum zuzuordnen. Dies entspricht nach hiesiger Auffassung nicht den landesplanerischen Vorgaben gemäß des Zieles 2.3 sondern trägt aufgrund willkürlicher Abgrenzungen zwischen Frei-/ und Siedlungsraum zur Rechtsunsicherheit bei, da hier, wie bereits in der Stellungnahme von Juli 2022 dargelegt, ein Zielkonflikt zwischen rechtskräftiger Bauleitplanung (FNP / BPlan) aus nicht nachvollziehbaren Gründen in Kauf genommen wird.

Dass die Bergehalde Jaspersberg im künftigen Regionalplan als Bereich zum Schutz der Natur festgelegt wird aus den v.g. Gründen von der Stadt Alsdorf ausdrücklich begrüßt. Das daraus resultierend ein regionaler Grünzug über Siedlungsgebiet konstruiert wird, der keinen Realitätsbezug hat, wird von der Stadt Alsdorf abgelehnt.

Biotopvernetzung geeignet. Die Abgrenzung des Regionalen Grünzugs orientiert sich vorliegend am Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege, der hier eine Fläche der Biotopverbundstufe 2 mit besonderer Bedeutung vorsieht.

Zumal die Stadt Alsdorf in ihrer Anregung aufgezeigt hat wie eine Grünverbindung zwischen der innerörtlichen Bergehalde Jaspersberg und den nördlich verlaufenden Grünzug gesichert werden kann.

Durch die vorgenannte Formulierung des LEP wird deutlich, dass eine Überlagerung von bestehenden Siedlungsflächen durch Regionale Grünzüge durch die Landesgesetzgebung nicht vorgesehen und somit auch keine landesplanerische Vorgabe ist.

[Abbildung]

Inhalt

2 ID_1002069, Stadt Alsdorf, Diverse Arrondierungen

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf vom Juli 2022, linke Spalte)

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Siedlungsstrukturen in der Regionalplanung wiederaufgenommen werden, damit sich der bestehende und beplante Siedlungsraum deutlich, im regionalplanerischen Sinne vom Freiraum anhand faktischer Grenzen abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt.

Erläuterung

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Siedlungsstrukturen in der Regionalplanung aufgenommen werden, damit sich der bestehende Siedlungsraum deutlicher im regionalplanerischen Sinne vom Freiraum abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt.

Darüber hinaus möchte die Stadt Alsdorf klarstellen, dass alle Anregungen zur Siedlungsrandarrondierung natürlich nicht parzellenscharf, sondern gebietsscharf erfolgten. Hierbei wurde bei den vorgeschlagenen Bereichsabgrenzungen auf bestehende Strukturen wie Wege oder auch bestehende Siedlungsbereiche geachtet. Weiterhin ist anzumerken, dass die einzelnen Arrondierungsbereiche zwar nicht die Größenordnung von 10 ha erreichen, dass die resultierende Gesamtfläche des Siedlungsbereiches aber deutlich die Größenordnung von 10 ha überschreitet. Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1002069 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Inhalt

3 ID_1002070, Stadt Alsdorf, Alsdorf - Mitte Arrondierung

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält teilweise an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf vom Juli 2022, linke Spalte)

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Bei der Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 handelt es sich um eine Konkretisierung des Siedlungsraumes auf Grundlage von vorhandenen FNP – Reserven, sowie die Möglichkeit der Freiraumentwicklung in diesem Bereich den Vorrang einzuräumen

Erläuterung

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Siedlungsstrukturen in der Regionalplanung aufgenommen werden, damit sich der bestehende Siedlungsraum deutlicher im regionalplanerischen Sinne vom Freiraum anhand faktischer Grenzen, abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt. Weitergehend möchte die Stadt Alsdorf klarstellen, dass mit einer Siedlungsrandarrondierung regelmäßig keine bandartigen Siedlungsentwicklungen oder Splittersiedlungen begünstigt werden sollen, sondern eine klare Abgrenzung von Regionalem Grünzug und ASB, auf der Grundlage von vorhandenen FNP Änderungen, zugunsten des Regionalen Grünzuges gebeten wurde. Somit sollte auch erkennbar sein, dass der Inhalt der Anregung nicht dem Ziel 6.1-4 LEP NRW widerspricht. Bei einer nachhaltigen Betrachtung der bestehenden Siedlungsränder sind die raumfunktional wirksamen Grenzen zum Freiraum deutlich erkennbar. Den Grundsätzen 6.1-5 LEP NRW und 6.1-6 LEP NRW wird somit entsprochen.

Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.

Von dem Vorschlag die bestehende Sportstätte als ASB-Fläche darzustellen nimmt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. StnID 10020701. Offenlage).

Zudem entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

die Stadt Alsdorf im weiteren Verfahren Abstand.

[Abbildung]

Inhalt

4 ID_1002071, Stadt Alsdorf, Kellersberg Arrondierung

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf vom Juli 2022, linke Spalte)

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Siedlungsstrukturen in der Regionalplanung aufgenommen werden, damit sich der bestehende Siedlungsraum deutlicher im regionalplanerischen Sinne vom Freiraum anhand faktischer Grenzen abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt.

Erläuterung

Darüber hinaus möchte die Stadt Alsdorf klarstellen, dass alle Anregungen zur Siedlungsrandarrondierung natürlich nicht parzellenscharf, sondern gebietsscharf erfolgten. Hierbei wurde bei den vorgeschlagenen Bereichsabgrenzungen auf bestehende Strukturen wie Wege oder auch bestehende Siedlungsbereiche geachtet. Weiterhin ist anzumerken, dass die Arrondierungsbereiche nicht die Größenordnung von 10 ha erreichen, dass die resultierende Gesamtfläche des Siedlungsbereiches aber deutlich die Größenordnung von 10 ha überschreitet.

Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Es wird auf die Erläuterungen zur StnID 1002071 der 1. Offenlage verwiesen.

1034516_010, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>5 ID_1002072, Stadt Alsdorf, ASB</p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf hält an den vorgeschlagenen Ausführungen weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022, linke Spalte), da die Erläuterungen der Abwägung der Bezirksregierung nicht im konkreten Zusammenhang zur Anregung der Stadt Alsdorf stehen.</p> <p>Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1002072 1. Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Zur Erläuterung, warum ein Flächentausch nicht möglich ist, wird konkret auf den zweiten Absatz der Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag aus der ersten Offenlage verwiesen.</p>

Inhalt

6 ID_1002073, Stadt Alsdorf, Ost

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022, linke Spalte)

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Freiräume in der Regionalplanung aufgenommen werden, damit sich die bestehenden Freiräume deutlicher im regionalplanerischen Sinne abgrenzen und somit die Realität widerspiegelt. Darüber hinaus möchte die Stadt Alsdorf klarstellen, dass der bestehende Grünfinger regionalplanerisch sehr wohl von Relevanz ist, da er zu einer Gesamtfläche gehört, die die 10 ha deutlich überschreitet.

Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1002073 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zudem wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Inhalt

7 ID_1002076, Stadt Alsdorf, Hoengen

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022, linke Spalte)

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Freiräume in der Regionalplanung aufgenommen werden, damit sich der bestehenden Freiräume deutlicher im regionalplanerischen Sinne von der Siedlungsentwicklung abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt.

Erläuterung

Darüber hinaus möchte die Stadt Alsdorf klarstellen, dass die bestehende Grünverbindung regionalplanerisch sehr wohl von Relevanz ist, da diese zu einer Gesamtfläche gehört, die die 10 ha deutlich überschreitet. Im Zusammenhang mit der ID_1002069 ist hier nicht zu verstehen wieso bestehende Siedlungsflächen als Freiflächen sowie bestehende Grünflächen als Siedlungsflächen dargestellt werden. Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.

Durch die vorgenannte Formulierung des LEP wird deutlich das eine Überlagerung von bestehenden Siedlungsflächen durch Regionale Grünzüge durch die Landesgesetzgebung nicht vorgesehen und somit auch keine Vorgabe ist.

Zur Klarstellung ist aufzuführen, dass neben den erwähnten siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, auch Forst- und landwirtschaftliche Betriebe sowie Infrastruktureinrichtungen, die kleiner als 10 ha sind sowie weitere bauliche Anlagen, die von ihrer Eigenart her im Freiraum realisiert werden müssen, in regionalen Grünzügen Bestands- und Entwicklungsmöglichkeiten haben und haben müssen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

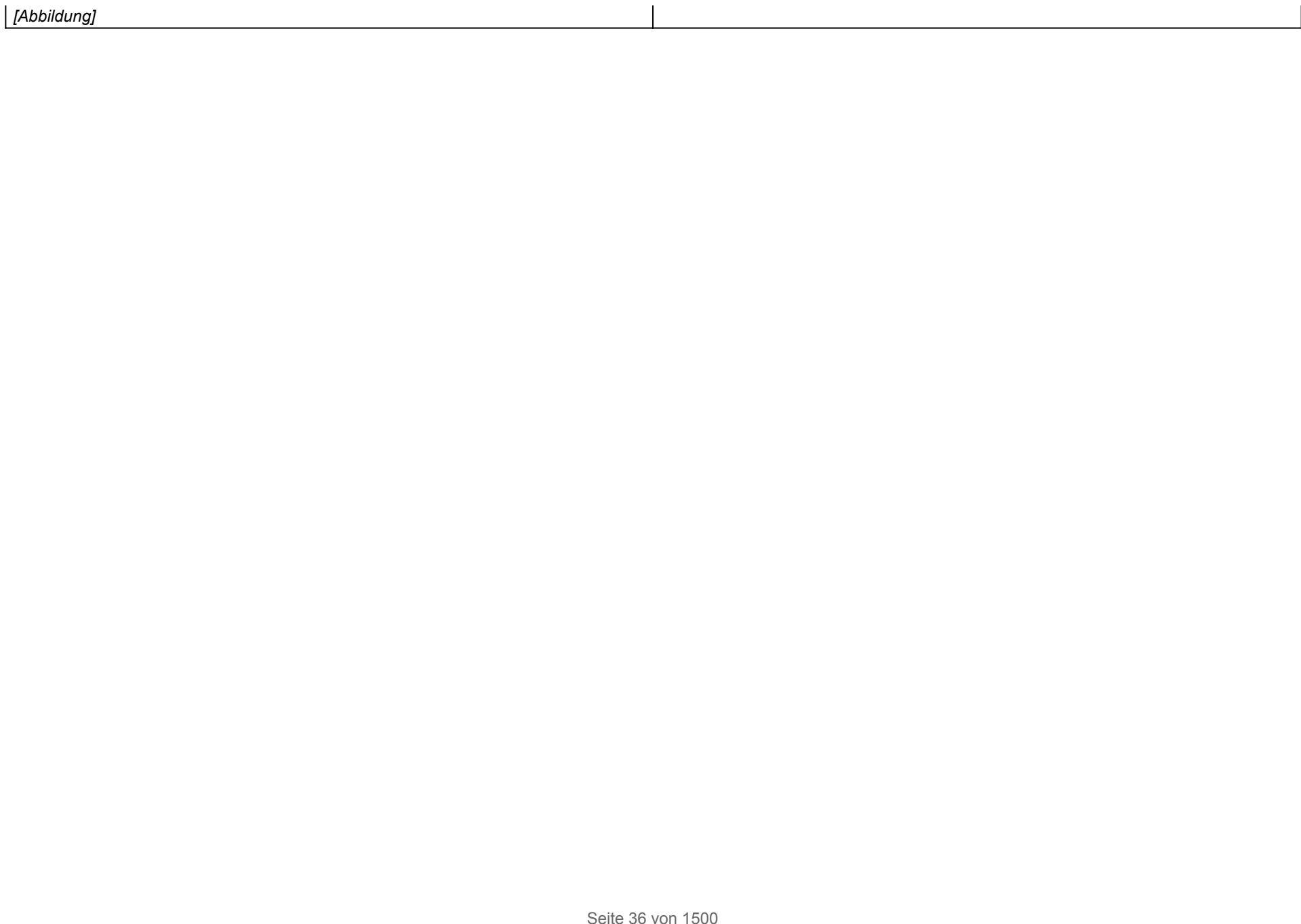
Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Darüber hinaus wird auf den Abwägungsvorschlag zur StnID 1034516_006 verwiesen.

[Abbildung]



1034516_013, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>8 ID_1002078, Stadt Alsdorf, Warden</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>n.n.</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung.</p> <p><u>Erläuterung</u></p> <p>Dem Vorschlag der Stadt Alsdorf wird gefolgt. Die Zeichnerisch Festzulegung von 4 ha ASB wird zugunsten einer Zeichnerischen Festlegung des Freiraums zurückgenommen.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1034516_014, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>9 ID_1002081, Stadt Alsdorf, Broicher Siedlung</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>n.n.</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung.</p> <p><u>Erläuterung</u></p> <p>Dem Vorschlag der Stadt Alsdorf wird gefolgt. Die Zeichnerische Festlegung des Freiraums wird zugunsten einer Zeichnerischen Festlegung von ca. 3 ha ASB zurückgenommen.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1034516_015, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>10 ID_1002082, Stadt Alsdorf, Schaufenberg</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>n.n.</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1034516_016, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>11 ID_1002083, Stadt Alsdorf, ASB</p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>Kenntnisnahme (siehe Anregung der Stadt Alsdorf vom Juli 2022, linke Spalte).</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf hält an ihrer Stellungnahme fest.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1002083 1. Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

Inhalt

12 ID_1002084, Stadt Alsdorf, Ofden Rücknahme

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf begrüßt vom Grundsatz her die Änderung.

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung, Rücknahme der ASBFlex Flächen, möchte jedoch auf die weitere Darstellung der Siedlungsrandarrondierungen hinweisen.

Erläuterung

Dem Vorschlag der Stadt Alsdorf wird weitestgehend gefolgt. Die Zeichnerische Festlegung der ASBFlex wird zurückgenommen.

Weitergehend wird die Zeichnerische Festlegung der südlichen ASB-Fläche nicht wie angeregt um den mit Wohnbebauung belegten Bereich ergänzt, sondern mit der Zeichnerischen Festlegung Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereiche und den Freiraumfunktionen Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung und Regionale Grünzüge überlagert. Somit liegt ein Verstoß gegen das Ziel 2.3 des LEP NRW vor.

Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.

Die Stadt Alsdorf regt daher an Festlegungen entsprechend der faktischen Nutzung zu treffen.

Gleiches gilt für die westliche Siedlungsrandarrondierung.

Die Anregung den südlichen Bereich des Sportplatzes als ASB-Fläche Zeichnerisch Festzulegen wird nicht weiterverfolgt.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird teilweise Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034516_018, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>13 ID_1002085, Stadt Alsdorf, Neuweiler</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>n.n.</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1034516_019, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>14 ID_1002086, Stadt Alsdorf, Schaufenberg ASB</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>n.n.</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung.</p> <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

15 ID_1002087, Stadt Alsdorf, Schaufenberg GIB

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022, linke Spalte)

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Siedlungsstrukturen in der Regionalplanung aufgenommen werden, damit sich der bestehende Siedlungsraum deutlicher im regionalplanerischen Sinne vom Freiraum anhand faktischer Grenzen, abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt.

Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1002087 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zudem wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

1034516_021, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>16 ID_1002088, Stadt Alsdorf, Hoegen GIB</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>n.n.</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1034516_022, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>17 ID_1002089, Stadt Alsdorf, Schaufenberg GIB</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>n.n.</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung.</p> <p><u>Erläuterung</u></p> <p>Weitere Ausführungen zu den GIB Flächen siehe ID_1002091.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert. Darüber hinaus wird auf StnID 1034516_023 verwiesen.</p>

Inhalt

18 D_1002091, Stadt Alsdorf, GIB

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf begrüßt die Änderung. Weitergehend möchte die Stadt Alsdorf jedoch anregen, dass die Zeichnerischen Festlegung der GIB-Bereiche ohne weitere Zweckbestimmung (GIBregional) erfolgt.

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Es wird auf die Erläuterung zur weitergehende Anregung verwiesen

Erläuterung zur weitergehende Anregung

Gemäß der Erläuterung der Bezirksregierung Köln Dezernat 32 sollen die Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt werden. Hierbei geht die Bezirksregierung Köln davon aus, dass die Stadt Alsdorf einen Bedarf von 36 ha hat (siehe Tabelle Seite 65). Dies würde einen Flächenwert von ca. 1,44 ha pro Jahr bedeuten. Gemäß der Berechnung der Stadt Alsdorf (siehe Stellungnahme Juli 2022) lag bei konventionellen Entwicklungen der Flächenwert bei 1,83 ha. Dies entspricht einen Flächenbedarf von ca. 45 ha. Da die zukünftige Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen unter Berücksichtigung klimaresilienter Aspekte erfolgen muss (z.B. Grünfingern, „Pocket Parks“, Grünvernetzung in Gebieten mit dem Freiraum, Schwammstadtkonzepte im Zuge der Entwässerung), ist eine höhere Flächenbereithaltung erforderlich. Die zuvor genannten Maßnahmen implementieren einen Mehrbedarf, aus diesem Grund geht die Stadt Alsdorf zukünftig, entgegen der aus dem Jahr 2022 skizzierten 1,83 ha, von einem geschätzten Flächenwert von ca. 2,5 ha bis 3,0 ha pro Jahr aus, wodurch ein Flächenbedarf von ca. 63 ha bis 75 ha entsteht.

Weitergehend geht die Bezirksregierung Köln davon aus, dass 42 ha Gewerbeflächen innerhalb der Siedlungsstrukturen auf Flächennutzungsplanebene zur Verfügung stehen. Diese Zahl kann die Stadt Alsdorf nicht nachvollziehen.

Bereits in der Stellungnahme von Juli 2022 hat die Stadt Alsdorf dargelegt, dass im Rahmen des Siedlungsflächenmonitoring keine 42 ha auf FNP Ebene, sondern lediglich ca. 36,1 ha an Reserveflächen zur Verfügung stehen. Da die Region mit dem

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002091, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Darüberhinaus haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Die Vorgaben in § 4 Abs. 4 LPIG NRW definieren hierbei den gesetzlich verankerten Auftrag zur Raumb Beobachtung für die Regionalplanungsbehörden. Gemäß LPIG NRW erfolgt die Einarbeitung der Informationen im sfm durch die Kommunen. Dies begründet somit auch eine dynamische Veränderung der vorliegenden Zahlenwerte im sfm. Hierzu wird auf die textlichen Festlegungen im (Z. 3) *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* und (Z. 4) *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* verwiesen, die diesen Umstand aufgreifen, so dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können. Dabei ist auch zu beachten, dass die Bereichsabgrenzungen des Regionalplans gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf sind, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind

Siedlungsflächenmonitoring nunmehr über ein Instrument verfügt, dass die dynamische Entwicklung in einem langjährigem Neuaufstellungsverfahren für einen Regionalplan stets festhält und somit die erfolgten jüngeren Entwicklungen widerspiegelt, ist begrüßenswert, wird jedoch mit der Argumentation in der Abwägung der Bezirksregierung ad absurdum geführt. Mit der Argumentation, dass eine laufende Aktualisierung der Datengrundlage nicht vorgesehen ist, ist die kritische Frage zu stellen, wofür es dieses Instrument gibt?

Mitnichten fordert die Stadt Alsdorf eine laufende Aktualisierung, da hier der hohe Arbeitsaufwand anerkannt wird. Jedoch sind seit der förmlichen Aufstellung des Regionalplanes im Jahr 2018 und der zweiten öffentlichen Auslegung im Jahr 2024, über 5 Jahre Zeit vergangen. Setzt man dies nun in das Verhältnis zu dem Gesamtplanungszeitraum von 25 Jahren für einen Regionalplan entsprechen diese 5 Jahre immerhin schon 20 % eines Gesamtplanungszeitraumes.

Insofern wäre es angezeigt gewesen, im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung den Planentwurf nochmals mit dem Siedlungsflächenmonitoring abzugleichen, um doch Flächenentwicklungen eines immerhin mittelfristigen (5 Jahre) zurückliegenden Zeitraumes im Planentwurf berücksichtigen zu können. Die Abwägung seitens der Bezirksregierung wird daher in keiner Weise nachvollzogen und die Stadt Alsdorf besteht weiterhin, wie bereits in der Stellungnahme vom Juli 2022 dargelegt, darauf die Fläche GIBregional (ohne Zweckbindung) als GIB für die endogene Entwicklung festzulegen, damit hier die faktischen Situationen und den Entwicklungen der letzten Jahre Rechnung getragen wird.

Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Hierbei gilt, dass gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden kann, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Zudem gilt, dass die Abschätzung von Flächenbedarfen aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich ist. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Inhalt

19 ID_1002092, Stadt Alsdorf, Schaufenberg GIB

[Abbildung]

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf begrüßt vom Grundsatz her die Änderung.

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Dem Vorschlag der Stadt Alsdorf wird weitestgehend gefolgt. Die Zeichnerische Festlegung der ASB- und GIB-Flächen werden entsprechend des Vorschlages der Stadt Alsdorf übernommen.

Erläuterung

Es wird dennoch weiterführend angeregt, an das im nördlichen Bereich angrenzende Sondergebiet für Einzelhandel die Zeichnerische Festlegung der GIB-Flächen zugunsten einer Zeichnerischen Festlegung von ASB-Flächen zu ändern (ca. 4 ha). Durch diese Änderung kann im Rahmen der Bauleitplanung zwischen der Sonderbaufläche für den Einzelhandel und der zu schaffenden Gewerbe- und Industrieflächen ein Bereich handwerkliches Gewerbe und Wohnen geschaffen werden, so dass auch hier eine geordnete städtebauliche Gliederung unterschiedlicher Nutzungen möglich ist, um dem Trennungsgrundsatz nach §50 BImSchG zu entsprechen

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1002092 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Alsdorf verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

20 ID_1002093, Stadt Alsdorf, Freiraum

Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)

Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)

Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024

Änderungsvorschlag

Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung zu den Regionalen Grünzügen weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf vom Juli 2022, linke Spalte)

Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag

Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die jeweiligen faktischen oder zu entwickelnden Freiraumfunktionen gemäß einer übergeordneten Freiraumzielsetzung bzw. -planung in der Regionalplanung aufgenommen werden. Sodann kann auf dieser Grundlage, auf nachgeordneten Planungsebenen (Bauleitplanung), eine digitale detaillierte Betrachtung der allgemeinen Zielvorgaben erfolgen., so dass eine Konkretisierung der Zielsetzungen erfolgt, die an die Öffentlichkeit angepasst ist. Vergleiche hierzu auch die Stellungnahme von Juli 2022. Weitergehend wird darauf hingewiesen, dass sich eine Zeichnerische Festlegung an der Realität beziehungsweise der geplanten Entwicklung orientieren sollte.

Erläuterung

Die Regionalen Grünzüge stellen sich in der Stadt Alsdorf jedoch als Regionale Grünflächen dar, somit führt das überaus sinnvolle Instrument der Regionalen Grünzüge durch die flächenhafte Darstellung des gesamten Außenbereichs nach § 35 BauGB ins Leere. Die gezielte räumliche Gliederung des Freiraumes und damit verbunden der gesteuerte klimaökologische Ausgleich sowie eine sinnvoll geplante Biotopvernetzung werden mit der flächenhaften Ausweisung verfehlt. Von Seiten der Stadt Alsdorf wurden seit 2018 immer wieder Vorschläge unterbreitet wie die Regionalen Grünzüge auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf verlaufen könnten. Diese Vorschläge wurde nicht sachlich, sondern nur allgemein mit den Zitierungen der entsprechenden Stellen im ROG und LEP NRW abgewogen. Eine fachliche Auseinandersetzung welche Räume zielführend genutzt werden können fand nicht statt.

Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002068 und 1002070 1. Offenlage) vorgebracht.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung Punkt 3 zu Ziel 18). Dies steht nicht im Widerspruch zum LEP Ziel 7-1.5 und entspricht der generellen Bearbeitungstiefe der Regionalplanung. Die zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß landesplanerischen Vorgaben. Aus regionalplanerischer Sicht kann eine abschließende Einschätzung des Einzelfalls im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPIG erfolgen.

Die potenziellen Funktionen der RG sind in Ziel 18 definiert als klimatische und lufthygienische, sowie Funktionen zur Biotopverbindungen und für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen.

verwiesen.

Überlagerungen von Ortslagen

Von Seiten der Bezirksregierung Köln wird in der Abwägung mehrfach ausgeführt, dass die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit von Flächenausweisungen bei einer Größenordnung unter 10 ha nicht Abwägungsrelevant ist. Weiter heißt es, dass Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit (1:50.000) des Regionalplans, das bedeutet, dass 500 m in der Realität 1 cm auf der Karte bzw. 1 ha in der Realität 4 cm² auf der Karte ausmachen. Hierbei wird regelmäßig übersehen, dass die Arrondierungsvorschläge der Stadt Alsdorf zurzeit Ergänzungen von größeren Flächenzusammenhängen sind.

Weiterhin wird fortwährend aufgeführt:

- dass kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen keine regionalplanerische Relevanz haben. Das anpassen von Siedlungsgrenzen (siehe ID_1002070) wird aber von der Bezirksregierung abgelehnt.
- dass „linienhafte“ Flächen (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore) keine regionalplanerische Relevanz haben. Es wird aber versucht, über den Siedlungsraum Verbindungen zu konstruieren (siehe ID_1002068). Aus Sicht der Stadt Alsdorf können hier schmale Korridore Sinn machen, jedoch sollten diese sich an den gegebenen tatsächlichen Nutzungen orientieren
- Dass die Generalisierungen in Randbereichen regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz haben, jedoch. generell die Regionalen Grünzüge bis in den Siedlungsbereich beziehungsweise über Siedlungsbereiche gelegt werden (siehe z.B. ID_1002068).

Regionalen Grünzüge

Im Rahmen der Stellungnahmen vom Juli 2022 wurde hierzu eigentlich ausreichend vorgetragen. Die Stadt Alsdorf muss jedoch zum wiederholten Male klarstellen, dass es sich bei dem Instrument der Regionale Grünzüge um zusammenhängende Bereiche der freien Landschaft handelt, die ökologische Ausgleichsfunktionen heute schon erfüllen beziehungsweise zukünftig erfüllen sollen handelt. Regionale Grünzüge sind mit großflächigen zusammenhängenden Siedlungsstrukturen grundsätzlich nicht vereinbar, dies gilt in der logischen Konsequenz auch für die Überplanung von Siedlungsränder oder -bereichen mit Regionalen Grünzügen.

Hierzu möchte die Stadt Alsdorf das Ziel 7.1 -5 Grünzüge des LEP NRW zitieren.
„Zur siedlungsräumlichen Gliederung sind in den Regionalplänen regionale Grünzüge als Vorranggebiete festzulegen.

Sie sind auch als

-siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Zudem wird auf die Erläuterungen zu den StnIDs 1034516_006 sowie 1034516_012 verwiesen.

Freizeitnutzungen,
- Biotopverbindungen und
- in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen
- zu erhalten und zu entwickeln.

Regionale Grünzüge sind im Hinblick auf ihre freiraum - und siedlungsbezogenen Funktionen vor einer siedlungsräumlichen Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn für die siedlungsräumliche Entwicklung keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt.“

Durch die vorgenannte Formulierung des LEP wird deutlich das eine Überlagerung von bestehenden Siedlungsflächen durch Regionale Grünzüge durch die Landesgesetzgebung nicht vorgesehen und somit auch nicht gewollt ist.

Durch die flächenhafte Darstellung der Regionalen Grünzüge wird das Planungsinstrument negiert, da durch diese Art der Darstellung keine zielgerichtete Steuerung von Grünstrukturvernetzungen im Rahmen der Regionalentwicklung erfolgen kann.

Es wird erneut deutlich, dass keine fachliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Freiraumansprüchen und –nutzungen seitens der Bezirksregierung erfolgt. Es ist keine übergeordnete Freiraumzielsetzung erkennbar, sondern es erfolgt wie gehabt eine pauschale Festlegung des gesamten Außenbereiches als Regionaler Grünzug.

Die Stadt Alsdorf hätte sich gewünscht, dass hier aufgrund der Anregungen aus Juli 2022 eine fachliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Freiraumnutzungen erfolgt. Sehr wohl kann dies auch auf einer übergeordneten Ebene, wie der Regionalplanung erfolgen. Dies ist allein schon daraus ablesbar, dass es einen Festlegungskatalog, angefangen von „Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche“ bis zu „Bereiche zum Schutz der Natur“ für den Freiraum gibt. Die Abwägung der Bezirksregierung seitens der vorgetragenen Belange von Juli 2022 ist daher aus Sicht der Stadt Alsdorf nicht akzeptabel und nach hiesiger Rechtsauffassung auch materiell fehlerhaft.

Es wird erneut ausdrücklich um Berücksichtigung der Anregungen gebeten und darum, diese nicht mit Standardformulierungen, die materiell fehlerhaft sind abzuwägen, ohne jegliche fachliche Auseinandersetzung mit dem Freiraum auf dem Stadtgebiet der Stadt Alsdorf.

Zur Klarstellung ist aufzuführen, dass neben den erwähnten siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, auch Forst - und landwirtschaftliche Betriebe sowie Infrastruktureinrichtungen, die kleiner als 10 ha sind sowie weitere bauliche Anlagen, die von ihrer Eigenart her im Freiraum realisiert werden müssen, in regionalen Grünzügen Bestands- und Entwicklungsmöglichkeiten haben und haben müssen.

Zur Erläuterung, der Begriff regionale Grünzüge setzt sich aus drei Begriffen zusammen, die aus Sicht der Stadt Alsdorf folgenden Sinn haben:

Regional

Dieser Begriff bezieht sich in der Regel auf eine Region und ihre Besonderheiten. Im Zusammenhang mit dem Begriff regionale Grünzüge sind hier die Eigenart der umgebenen Landschaft zu verstehen. Im Zusammenhang mit einer nachhaltigen und artenreichen Entwicklung sollten die Grünzüge zukünftig eher überregional gesehen werden.

Grün

Dieser Begriff steht hier für die natürliche Umwelt, beziehungsweise diese im Zusammenhang mit einer Entwicklungsperspektive, mit dem Ziel, dass die natürliche Umwelt wiederhergestellt wird.

Zug

Ein Zug charakterisiert eigentlich eine lineare Form, unter anderem sind hiermit auch dahinziehende landschaftliche Strukturen gemeint, die trotz ihrer Unterschiedlichkeit in der Form eine natürliche Einheit bilden können.

1034516_026, Stadt Alsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>21 ID_1002095, Stadt Alsdorf, Diverse Arrondierungen</p> <p><u>[Abbildung]</u></p> <p>Anregung der Stadt Alsdorf von Juli 2022 (siehe Original-PDF)</p> <p>Abwägung der Bezirksregierung von Oktober 2024 (siehe Original-PDF)</p> <p>Stellungnahme zur Abwägung der Bezirksregierung von November 2024</p> <p><u>Änderungsvorschlag</u></p> <p>Die Stadt Alsdorf hält an der vorgeschlagenen Zeichnerischen Festlegung weiterhin fest. (siehe Anregung der Stadt Alsdorf vom Juli 2022, linke Spalte)</p> <p><u>Erläuterung zum Ausgleichsvorschlag</u></p> <p>Mit dem Inhalt der Anregung der Stadt Alsdorf sollte die Bezirksregierung Köln Dezernat 32 darauf hingewiesen werden, dass die bestehenden Siedlungsstrukturen in der Regionalplanung aufgenommen werden, damit sich der bestehende und beplante Siedlungsraum deutlich, im regionalplanerischen Sinne vom Freiraum anhand faktischer Grenzen, abgrenzt und somit die Realität widerspiegelt.</p> <p><u>Erläuterung</u></p> <p>Darüber hinaus möchte die Stadt Alsdorf klarstellen, dass alle Anregungen zur Siedlungsrandarrondierung natürlich nicht parzellenscharf, sondern gebietsscharf erfolgten. Hierbei wurde bei den vorgeschlagenen Bereichsabgrenzungen auf bestehende Strukturen wie Wege oder auch bestehende Siedlungsbereiche geachtet. Weiterhin ist anzumerken, dass die einzelnen Arrondierungsbereiche zwar nicht die Größenordnung von 10 ha erreichen, dass die resultierende Gesamtfläche des Siedlungsbereiches aber deutlich die Größenordnung von 10 ha überschreitet.</p> <p>Auf die Ausführungen zum Ziel 2.3 des LEP NRW unter 1. ID_1002068 wird verwiesen.</p> <p><u>[Abbildung]</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1002095 1. Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p> <p>Zudem wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p>

Inhalt

22 Fehlende ASB-Darstellung, Stadt Alsdorf, Zopp

Die Siedlung Zopp hat eine Siedlungsfläche von ca. 21 ha gemäß der Darstellungssystematik der Bezirksregierung (*Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt „von Ausnahmen abgesehen“ bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.*) liegt die Fläche deutlich über 10 ha. Daher wird angeregt, dass die Siedlungsfläche als ASB dargestellt wird. Die Freiraumdarstellung inklusive der Regionaler Grünzug sollen in diesem Bereich zurückgenommen werden, da diese nicht der Realität entsprechen. Diese Anregung hat Bezug zur ID_1002072 und ID_1002095.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass nach den Vorgaben der LPIG DVO raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen sind. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung „*Siedlungsentwicklung in*

Siedlungsbereichen konzentrieren“ möglich. Sie richtet sich nach Ziel 23 LEP NRW.

Inhalt

23 Fehlende ASB-Darstellung, Stadt Alsdorf, Bettendorf

Die Siedlung Bettendorf hat eine Siedlungsfläche von ca. 15 ha gemäß der Darstellungssystematik der Bezirksregierung (*Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt „von Ausnahmen abgesehen“ bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.*) liegt die Fläche deutlich über 10 ha. Daher wird angeregt, dass die Siedlungsfläche als ASB dargestellt wird. Die Freiraumdarstellung inklusive der Regionaler Grünzug sollen in diesem Bereich zurückgenommen werden, da diese nicht der Realität entsprechen. Diese Anregung hat Bezug zur ID_1002072 und ID_1002095.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass nach den Vorgaben der LPIG DVO raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen sind. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen.

Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung „*Siedlungsentwicklung in*

Siedlungsbereichen konzentrieren“ möglich. Sie richtet sich nach Ziel 23 LEP NRW.

Inhalt

24 Mit „n“ gekennzeichneten Flächen, Stadt Alsdorf

Die mit „n“ gekennzeichneten Flächen wurde im Rahmen der 1. Offenlage nicht abgewogen, die Stadt Alsdorf hält an den notwendigen Siedlungsrandarrondierungen in Ofden bzw. an der Rücknahme des Regionalen Grünzuges im Bereich des GIB Hoengen (Siehe hierzu Punkt 20) weiterhin fest.

[Anlage 5]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Bezüglich der Rücknahme des GIBs Hoengen wird zudem auf die Erläuterungen zur StnID 1034516_025 verwiesen.

AZ: BET_103000_1	
Stadt Baesweiler	
1033384_001, Stadt Baesweiler	
Inhalt	Abwägung
<p><u>GIBtransformation Aldenhoven/Baesweiler</u></p> <p>Die Fläche des Interkommunalen Gewerbegebiets sollte im ersten Regionalplanentwurf als zweckgebundener GIB „Starterstandorte“ festgelegt werden. Diese GIB sollten zweckgebunden sein und die Relevanz der Flächenentwicklung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier wäre gemäß Erläuterung 5 zu Ziel (Z.14) durch die Kommunen aufzuzeigen gewesen.</p> <p>Für die Standorte selbst waren, wie auch für die anderen zweckgebundenen GIB, Ziele festgelegt (Z.14):</p> <p><i>Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen ausschließlich den unter der Zweckbestimmung benannten Nutzungen und Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.</i></p> <p>Die Anforderungen an diese Standorte sollten ursprünglich nur als Grundsatz (G.17) in den Regionalplan einfließen:</p> <p><i>Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) mit der Zweckbestimmung Starterstandorte Strukturwandel sollen dem Strukturwandel im Rheinischen Revier dienen.</i></p> <p><i>Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen Transformation sind als Vorranggebiete festgelegt.</i></p> <p>Die jetzt geplante und neu gefasste Festlegung als verbindliches Ziel (Z2neu) stellt gegenüber der bisher geplanten Festlegung eine Einschränkung dar:</p> <p><i>Sie dienen der Ansiedlung von Vorhaben für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen. Sie dienen ausschließlich den unter der Zweckbindung benannten Nutzungen und Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die mit dieser(n) nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.</i></p> <p>Die Anforderungen an zulässige Vorhaben sind in der Erläuterung 1 des Ziels Zneu2 wie folgt ausgeführt:</p>	<p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Anregungen zu Z.neu2, hier Anregung eines Grundsatzes, geäußert sowie Anregung zur Kompensationen einer Nutzung durch ein Umspannwerk.</p> <p>Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.</p> <p>Zudem ist hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien darauf zu verweisen, dass es sich hierbei um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat diese am 09.12.2022 und der Regionalrat des Regierungsbezirk Düsseldorf am 15.12.2022 beschlossen. Planungen und Vorhaben unter Anwendung des § 38 LPIG NW 2005 in der Fassung vom 28.05.2024 müssen mindestens einem dieser Kriterien entsprechen; die Kriterien müssen nicht kumulativ, d.h. in ihrer Gesamtheit erfüllt sein. Eine Festlegung als Ziel erfolgt somit in sachgerechter Weise auf Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Die Entwicklung von solchen</p>

Die Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBtransformation) sind aufgrund ihrer Bedeutung für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen festgelegt. Sie sind Vorhaben vorbehalten, die gemäß den Zielvorgaben des § 38 LPIG NRW mindestens einem der nachfolgend aufgeführten Kriterien als besonders bedeutsames Vorhaben zur Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen entsprechen (nicht kumulativ):

- Vorhaben, die einen Beitrag zur Transformation hin zu einer nachfossilen Energieversorgung oder der Kreislaufwirtschaft leisten;*
- Vorhaben zur Entwicklung und Anwendung von Technologien für ein klimafreundliches Energiesystem der Zukunft;*
- Vorhaben, die einen Beitrag zur Transformation der Industrie hin zu einer nachfossilen Industrie und für eine klimaschonende bis klimaneutrale Produktion leisten;*
- Vorhaben, die der Entwicklung und Profilierung von Zero-Emission-Gewerbe- und Industriegebieten dienen, bei deren Errichtung und Betrieb bilanziell keine CO₂ Emissionen entstehen;*
- Vorhaben und Vorhabenverbünde für Produkt- und Prozessinnovationen in innovativen oder zukunftssträchtigen Bereichen, die den Strukturwandel im Rheinischen Revier mit dem Ziel unterstützen, idealerweise tarifgebundene Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen sowie Wertschöpfung zu erhalten und neue Wertschöpfung zu organisieren;*
- Vorhaben des Wissens- und Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zur Entwicklung innovativer Prozesse und Produktion;*
- Ansiedlung und Ausbau von Dateninfrastrukturen und Digitalisierung für die Transformation des Rheinischen Reviers;*
- Vorhaben, die nicht von den vorstehenden Kriterien erfasst werden, die aber einen besonderen Beitrag zum Strukturwandel im Sinne des Wirtschafts- und Strukturprogramms (WSP 1.1) des Rheinischen Reviers leisten;*
- Vorhaben, die der Umschulung und Qualifizierung von Beschäftigten aus von der Transformation betroffenen Betrieben und deren Zulieferer dienen;*

Diese Kriterien sind grundsätzlich zu begrüßen und unterstreichen die geplante innovative Ausrichtung des Future Mobility Parks. Trotzdem stellt diese Verschärfung durch die textliche Festlegung als Ziel zusammen mit der Formulierung „Planungen und Maßnahmen, die mit dieser(n) nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.“ und den in der in der Erläuterung 1 des Ziels Zneu2 genannten Anforderungen eine erhebliche Einschränkung dar.

profilierten Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft im Rheinischen Revier. Die Regelungen des § 38 LPIG erfordern daher eine entsprechende Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung

Zudem gilt, dass der Regionalplan durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen sichert und sie vor Nutzungen schützt, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind kleinteilige Nutzungen, die unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie die Kommunen die Anpassung an die Ziele der Raumordnung sicherstellen können ohne gegen Rechtsgrundsätze, wie die Eindeutigkeit von Festsetzungen oder das sehr eingeschränkte Typenerfindungsrecht der Baunutzungsverordnung zu verstoßen.

Die Stadt Baesweiler fordert daher klare Hinweise zur Anpassung der nachfolgenden Planungsebenen an das Ziel Zneu2, die eine Nutzbarkeit der Flächen im Sinne der o.a. Kriterien nicht zu weit einschränken und/oder in der Praxis nicht umsetzbar sind. Eine weitere Anregung wäre die Herabstufung der Anforderungen an zulässige Vorhaben zu einem Grundsatz. Hinsichtlich der zeichnerischen Festlegung sollte die Inanspruchnahme von ca. 2 ha des GIBtransformation durch das Umspannwerk berücksichtigt werden. Der Flächenverlust ist auf der Ebene des Flächennutzungsplans zu kompensieren.

Inhalt

Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr – Bedarfsmaßnahmen ohne räumliche Festlegung

Die Linienführung der durch die Stadt Baesweiler geforderten Strecke der grundsätzlich sehr begrüßten *Anbindung Baesweilers an die Strecke Aachen – Jülich* verlief etwa 200 m weiter östlich und damit deutlich näher am geplanten Future Mobility Park als jene im neuen Regionalplanentwurf.

Der gegenüber dem Vorschlag der Stadt Baesweiler um 200 m nach Westen verschobene Trassenverlauf wäre als Erschließung des Future Mobility Parks mit dem SPNV weniger attraktiv und dieser damit schlechter angebunden. Die Anbindung Baesweilers an die Strecke Aachen – Jülich sollte daher trotz späterer Konkretisierungen auf der Fachplanungsebene auf Höhe des Future Mobility Parks möglichst etwa 200 m weiter östlich im Regionalplan verortet werden. Aufgrund der Erweiterung des Umspannwerks ist der Weg zwischen den ersten geplanten Gewerbeflächen und einem geplanten Haltepunkt auch ohne die Verschiebung der Trasse schon sehr weit und es muss darüber hinaus die L50 n überwunden werden.

Vor diesem Hintergrund wird eine Verschiebung der Trasse um 200 m in Richtung des FuturMobilityParks angeregt, was auch der zeichnerischen Darstellung in der ersten Stellungnahme der Stadt Baesweiler entspricht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung zu den im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen nicht zu folgen. Stattdessen hat der Regionalrat beschlossen den Planentwurf entsprechend der in Anlage 3 aufgeführten Kartendarstellung „Umsetzung der Änderungsanträge in die Zeichnerische Festlegung des 2. Planentwurfs“ anzupassen. Die Begründung der einzelnen Änderungsbeschlüsse ist den in Anlage 3 enthaltenen Anträgen der CDU, SPD und FDP bzw. der Grünen zu entnehmen. Im zweiten Regionalplanentwurf wird dementsprechend ergänzend zur regionalplanerischen Festlegung der Regiotram ein weiterer sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg zur Erschließung von Baesweiler zeichnerisch festgelegt.

Konkret wird im Rahmen der Abwägung hierzu ausgeführt: „Die Stadt Baesweiler soll an das Schienennetz angeschlossen werden. Die ÖSPV-Maßnahme Regiotram ist von erheblicher Bedeutung für die Region und schreitet in der Planung weiter voran. Die StädteRegion Aachen unterstützt die Umsetzung der Projekte Regiotram und Erweiterung der Euregiobahn. Die Erweiterung der Euregiobahn wurde ebenfalls jüngst erneut im ÖPNV-Bedarfsplan in Vorabstimmung mit AVV und goRheinland gemeldet.“

Darüber hinaus entspricht die zeichnerische Festlegung des Schienenweges dem Verlauf der Anregung der StädteRegion aus der ersten Offenlage (vgl. StnID 1003975 1. Offenlage). Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Dies ist auf Ebene der Regionalplanung ausreichend, um mögliche Raumkonflikte zu erkennen. Die Grobtrasse ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren.

Inhalt

Bereich „Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze“ (BSAB) / Fläche J in der ersten Stellungnahme:

Des Weiteren wurde nun nordwestlich der Kiesgrube auf Aldenhovener Gemeindegebiet ein Bereich „Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze“ (BSAB) im „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) mit der Überlagerung Regionaler Grünzug und teilweiser Überlagerung „Bereich Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ (BSLA)“ dargestellt.

Der Anregung aus der ersten Stellungnahme hier einen GIBflex für endogene Gewerbeflächenbedarfe als Folgenutzung zu verorten, wurde sehr zum Nachteil der zukünftigen Erweiterungsoptionen auf dem Stadtgebiet Baesweiler im Bereich des FMP nicht gefolgt (Fläche J in der ersten Stellungnahme).

Es war zum Zeitpunkt der ersten Stellungnahme einleuchtend, dass hier die entgegenstehenden Abgrabungsinteressen regionalplanerisch einzustellen sind und überdies die Entwicklung des FMP ja in mehreren Entwicklungsphasen erfolgen wird. Deshalb stellte der diesbezügliche Vorschlag aus Sicht der Stadt Baesweiler eine sinnvolle Nachnutzung für diesen Bereich dar, der selbstverständlich im Rahmen entsprechender Genehmigungen in Hinblick auf Ausgleichs- und Rekultivierungsmaßnahmen zu berücksichtigen wäre.

Für das ca. 10 ha großen Teilbereich ist - für den Zeitpunkt nach Abschluss der Abgrabung eine (erst in der Nachnutzung umsetzbare) mögliche Verortung als GIBflex für endogene Gewerbeflächenbedarfe – erforderlich und sollte daher bereits jetzt im Regionalplan berücksichtigt und nicht ausgeschlossen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004609 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass sich das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe richtet. Regionalplanerische Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.

Inhalt

Ergänzung des Regionalen Grünzugs südöstlich von Setterich

Im zweiten Planentwurf erfolgte eine Ergänzung des Regionalen Grünzugs südöstlich von Setterich, die - aufgrund ihres Abstandes zum heutigen ASB - grundsätzlich mitgetragen werden könnte, sofern dies nicht im Grundsatz einer Erweiterung des ASB um eine gegebenenfalls in ihrer Ausdehnung anzupassende ASB-Erweiterung (Wunschfläche H) entgegensteht.

Es bleibt festzustellen, dass in diesem Bereich weiter noch ein ausreichender Abstand zum ASB Setterich besteht und eine Teilfläche der Fläche H der ersten Stellungnahme und deren nordöstliche Fortsetzung nach wie vor vom Regionalen Grünzug ausgenommen wurde.

Es wird daher angeregt, diese sinnvolle Arrondierung der Flächennutzungsplandarstellung in Verfahren gemäß §34 LPIG im Übergangsbereich zwischen ASB und Regionalem Grünzug aus siedlungsstrukturellen Gründen zuzulassen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPIG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich geeignet.

Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Zudem entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der

Regel noch interpretierbar bleibt.

Inhalt

Über die vorgenannten Stellungnahmen zu den Änderungen im Planentwurf erlaube ich mir ich zusätzlich folgende Anmerkungen:

Hinweise zu zusätzlichen Ausweisungswünschen aufgrund größerer Flächenbedarfe

Gegenüberstellung der GIB- und ASB-Bedarfe

Es hat bezüglich der zu geringen Bedarfe im Bereich ASB bedauerlicherweise keine Änderung gegenüber dem ersten Regionalplanentwurf mehr gegeben, obwohl Baesweiler durchaus größere ASB- Flächen entzogen werden.

Hinsichtlich der Reserveflächen ist allgemein zu bemerken, dass in den letzten Jahren bereits einige der Baesweiler „Reserveflächen“ entwickelt wurden und werden. Dies gilt sowohl für die ASB- und GIB-Reserven als auch für die Flächennutzungsplan-Reserven in den kleineren Stadtteilen. Es ist daher zu erwarten, dass die Stadt Baesweiler schon kurz- und mittelfristig immer wieder regionalplanerische Bedarfe nachweisen kann, die gedeckt werden müssen.

Die den Bedarfsberechnungen zugrundeliegende Dichte von 40 Wohneinheiten /ha, die mehr als doppelt so hoch liegt, wie der heute örtlich abgebildete Baesweiler Durchschnitt, ist nach wie vor sehr kritisch zu sehen, da sich diese Dichte nicht kurz- oder mittelfristig drastisch erhöhen lässt und auch mit Einbußen der städtebaulichen Qualitäten verbunden wäre.

Diese zugrunde gelegten Dichten lassen sich in Baesweiler nur mit Nachverdichtungen und dichten Arrondierungen erreichen, die städtebaulich wie Fremdkörper wirken und sich aufgrund ihrer Verdichtung gleichzeitig stadtklimatisch negativ auswirken und keinen sinnvollen Beitrag zur Klimaanpassung leisten. Der sogenannte Planungszuschlag von 20 Prozent ist zudem zu niedrig bemessen. Der Anteil der Flächen für den Gemeinbedarf sowie weiterhin für die innere Erschließung, Parkplätze, Kinderspielflächen, Immissionsschutzanlagen oder baugebietsbezogene Grünanlagen beträgt bei aktuellen Baugebieten bereits über 40 Prozent, wenn der ökologische Ausgleich überwiegend im Gebiet erfolgt, was im Hinblick auf das Mikroklima und die Anpassung an klimatische Extremereignisse geradezu geboten ist und dem ausdrücklichen Wunsch des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Baesweiler folgt.

Daher sollte, wie bereits in der ersten Stellungnahme, auf deren ausführliche Ausführungen, auf die ich an dieser Stelle nochmal verweise, - formuliert - ein Dichtewert von 25 Wohneinheiten zugrunde gelegt werden und zusätzlich der Planungszuschlag von 20 auf 30 Prozent erhöht werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen und die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1004597 der 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich hinsichtlich der Dichtewerte keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Der Planungszuschlag entspricht mit 20 % dem maximal zulässigen Wert des LEP NRW (Vgl. Ziel 6.1-1).

Diese Werte wären aus Sicht der Stadt Baesweiler ein vertretbarer Kompromiss zwischen dem vorhandenen Bestand einschließlich der Neubaugebiete und deren auch zukünftig angestrebten Qualitäten und dem Ziel der Regionalplanung, die Siedlungsentwicklung am Bedarf auszurichten.	
--	--

Inhalt

Folgende Flächen hätten gemäß Stellungnahme der Stadt Baesweiler über den Regionalplan zusätzlich im ASB gesichert werden sollen:

1. Fläche nordöstlich der Bahnstraße am Ortsausgang Setterich in Richtung Loverich (Fläche G in der ersten Stellungnahme)
2. Fläche südöstlich von Setterich (Fläche H in der ersten Stellungnahme)

Zur Fläche H wurde oben in Verbindung mit der Änderung „Regionaler Grünzug“ bereits ausgeführt.

Die Fläche G der ersten Stellungnahme stellt eine sinnvolle Arrondierung dar. Der bisher nicht im Flächennutzungsplan dargestellte und für Siedlungszwecke nutzbare Bereich beträgt nur ca. 1,6 ha und stellt die Funktion des Regionalen Grünzugs nicht in Frage.

Daher wird gebeten, in Verfahren gemäß §34 LPIG im Übergangsbereich zwischen ASB und Regionalem Grünzug diese sinnvolle Arrondierung der Flächennutzungsplandarstellung aus siedlungsstrukturellen Gründen zuzulassen.

Es wird daher natürlich begrüßt, dass über die Regionalplanausweisung hinaus Flächen unter Umständen auf der Ebene des Flächennutzungsplans für Siedlungszwecke oder Gewerbeflächen in Anspruch genommen werden können, sofern der Bedarf nachgewiesen wird und örtlich geeignete Flächen dafür noch vorhanden sind. (ASBflex, GIBflex).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme bezüglich der Fläche G geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPIG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Des Weiteren wird bezüglich der Fläche H auf die Stellungnahme ID 1033384_004 verwiesen.

AZ: BET_104000_1	
Stadt Eschweiler, Stadtplanung	
1033365_001, Stadt Eschweiler, Stadtplanung	
<p>Inhalt</p> <p>die Stadt Eschweiler begrüßt das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln mit dem Ziel einer nachhaltigen Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaft ausgewogenen Raumstruktur mit gleichwertigen Lebensverhältnissen beiträgt. Im Rahmen der Vorarbeiten zum aktuell vorgelegten Entwurf des Regionalplans hat die Stadt Eschweiler mit der Regionalplanungsbehörde bereits viele Aspekte der städtischen Entwicklungsabsichten in einem offenen und sehr konstruktiven Dialog austauschen können. Der überwiegende Teil der Anregungen ist in den Regionalplanentwurf eingeflossen und sichert der Stadt Eschweiler ausreichend Spielräume für die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der nächsten 25 Jahre. Die mit Stellungnahme der Stadt Eschweiler vom 15.08.2022 geäußerten Anregungen wurden zum größten Teil übernommen. Bei den nichtberücksichtigten Anregungen sind die von der Regionalplanungsbehörde dargelegten Erläuterungen nachvollziehbar. Da die Möglichkeit zur Stellungnahme bzgl. des Planentwurfs und des Umweltberichts auf die im Vergleich zum ersten Entwurf (Stand 2021) vorgenommenen Änderungen beschränkt ist, werden dazu keine weiteren Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1033365_002, Stadt Eschweiler, Stadtplanung

Inhalt

Hinsichtlich der „Beteiligungssynopse Öffentliche Stellen und andere“ (B1) wird der Hinweis gegeben, dass für die Nummer „1003406 Stadt Eschweiler“ auf Seite 229 von 4777 der Abwägungsvorschlag lautet „Der Stellungnahme wird nicht gefolgt“. Die Zeichnerische Festlegung wurde aber entsprechend angepasst. Die „Änderungskarte Neue Festsetzungen (A-2-18 Blatt 08-09)“ enthält das - aus Sicht der Stadt Eschweiler - richtige Ergebnis.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf einen redaktionellen Fehler in der Planunterlage B-1 "Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a." hingewiesen. Es handelt sich um eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf des Planentwurfs ergibt sich hieraus nicht.

Der Ausgleichsvorschlag lautet fälschlicherweise „Der Stellungnahme wird nicht gefolgt“.

Im Vorfeld des Beschlusses zur zweiten öffentlichen Auslegung wurden dem Regionalrat des Regierungsbezirks Köln als Planungsträger die Original-Stellungnahmen zur ersten öffentlichen Auslegung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass der Plangeber seine Abwägungsentscheidung auf Basis einer vollständigen Entscheidungsgrundlage vollzieht (vgl. Sitzungsvorlage RR 39/2024).

Der Planungsträger hat sich inhaltlich mit der in Rede stehenden Anregung befasst; das Ergebnis kann den Zeichnerischen Festlegungen (Planunterlage A-2-16 Blatt08-09_Staedtregion Aachen_Planentwurf) entnommen werden. Die Zeichnerischen Festlegungen wurden entsprechen der kommunalen Entwicklungsabsicht angepasst.

1033365_003, Stadt Eschweiler, Stadtplanung

Inhalt

Ein weiterer Hinweis bezieht sich auf die Darstellung der Trasse der L 11n „Ortsumgehung Hastenrath“ (vgl. 1003418, 1004048, 1006050, 1006260: Stadt Eschweiler u.a.). Auf diese Darstellung im Regionalplan sollte verzichtet werden, da diese Planung auch vom Landesbetrieb Straßenbau NRW (vgl. Anregung 1006260) nicht weiterverfolgt wird. Hier sollte darauf hingearbeitet werden, dass der Landesstraßenbedarfsplan überarbeitet wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

1033365_004, Stadt Eschweiler, Stadtplanung	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Die Stadt begrüßt weiterhin die Aufnahme der linienbestimmten Trasse der L 238 n (3. BA Pumpe Steinfurt) in den Regionalplan (vgl. 1006281). Diese geplante Ortsumgehung im Bereich Ortsteil Pumpe sollte im Zusammenschluss aller Beteiligten sehr zeitnah - vor einer Umsetzung des Projektes „Euregio Railport Stolberg“ - gebaut werden.</p>	

AZ: BET_105000_1	
Stadt Herzogenrath	
1033892_001, Stadt Herzogenrath	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme zu 1004818</p> <p>In dem zur erneuten Offenlage vorliegenden Regionalplanentwurf liegt leider ein Übertragungsfehler vor. Versehentlich wurde der ASB um den gesamten Bereich M/2 reduziert. Da es sich nur um eine redaktionelle Berichtigung handelt, ist eine erneute Beschlussfassung durch den Stadtrat der Stadt Herzogenrath nicht erforderlich..</p> <p>Nachfolgend nochmal die Anregung gemäß Stellungnahme vom 31.08.2022:</p> <p>Ergänzung M/2 im Bereich An der Waidmühl in Merkstein (1004818)</p> <p>Nach Errichtung einer Zentralsportanlage im Bereich des Stadions in Merkstein können im Bereich An der Waidmühl die nicht mehr erforderlichen Sportplätze sowie weitere Freiflächen einer Bebauung zugeführt werden. Der Ergänzungswunsch wurde im Regionalplanentwurf berücksichtigt. Ein Teilbereich liegt allerdings im Landschaftsschutzgebiet und soll nicht als allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt werden.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Stellungnahme der Stadt Herzogenrath:</p> <p>Gemäß Ratsbeschluss vom 30.08.2022 sollte der allgemeine Siedlungsbereich gemäß der Darstellung reduziert werden. Die Bilanz ist anzupassen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>

AZ: BET_106000_1	
Stadtverwaltung Monschau	
1033403_001, Stadtverwaltung Monschau	
<p>Inhalt</p> <p>Im Rahmen des erneuten Beteiligungsverfahrens zum 2. Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Vorbemerkung:</p> <p>Bei den geänderten Planinhalten ist zunächst zu begrüßen, dass die Entwicklungsabsichten in den Ortschaften Konzen "Am Feuerbach" und Imgenbroich "Hans-Georg-Weiss-Straße" sowie Rohren aufgrund Änderungsantrag des Regionalrates teilweise berücksichtigt wurden. Mit Unverständnis ist jedoch festzustellen, dass die Regionalplanungsbehörde der Stellungnahme der Stadt Monschau in weiten Teilen nicht gefolgt ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung zu den geänderten Planinhalten erklärt.</p> <p>Darüber hinaus wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.</p>

Inhalt

Zeichnerische Festlegung der geänderten ASB-Darstellung in der Ortschaft Konzen

ID 1004164

Zwar wurde die konkrete Entwicklung des Baugebietes „Am Feuerbach“ bei der zeichnerischen Festlegung eines ASB berücksichtigt, jedoch nicht in der mit der ersten Stellungnahme vorgetragenen Ausdehnung. Um wenigstens in der Ortschaft Konzen perspektivisch weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, sollte der ursprünglich dargestellte Bereich als ASB bei den zeichnerischen Festlegungen Berücksichtigung finden.

Der Änderungsbereich ist als Anlage der Stellungnahme beigefügt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Stadt Monschau verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich daher keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen (Stn ID 1004164 1. Offenlage) verwiesen.

Zudem entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden

AZ: BET_109000_1	
Kupferstadt Stolberg (Rhld.)	
1033319_001, Kupferstadt Stolberg (Rhld.)	
<p>Inhalt</p> <p><u>Zu Nr. 1003448, Stadt Stolberg</u></p> <p><u>[Dateianlage 1]</u></p> <p>Dass das Indetal als BSN und regionaler Grünzug im Sinne der landesplanerischen Vorgaben im Regionalplan festgelegt wird, ist unumstritten. Dies war bereits im Gebietsentwicklungsplan 2003 so und sollte natürlich auch so bleiben.</p> <p>Allerdings ist im Regionalplanentwurf die Festlegung des Regionalen Grünzuges ohne erkennbaren Grund so stark aufgeweitet worden, dass bebaute Bereiche und Flächenpotentiale, die sich hervorragend für eine Innenverdichtung eignen, nun im regionalen Grünzug liegen. Jedoch ist lediglich die Kohlbuschhalde selbst, eine Altlastendeponie, als Grünfläche anzusprechen. Dabei handelt es sich aber nicht um eine ‚natürliche‘ Landschaftsstruktur, sondern um eine sanierte Altlast (Halde über altem Industriegelände) mit strikten Auflagen zur Oberflächengestaltung (Vliesabdeckung, monotone Grasdecke mit diesbezüglicher Erhaltungspflege). Maßgebliche natürliche ökologische Funktionen (z.B. Versickerung, Bodenwasserhaushalt, Sukzession) werden aktiv unterbunden; aufgrund der mangelnden Geländezugänglichkeit steht der Bereich nicht als Erholungsraum zur Verfügung.</p> <p>Die Flächen am Haldenfuß wurden in den 90er Jahren mit hohem finanziellen Aufwand saniert (großflächiger Bodenaustausch) und für eine Wohnbebauung vorbereitet, deren Realisierung allerdings aus anderen Gründen bis heute nicht erfolgte. Dies soll jedoch kurzfristig nachgeholt werden.</p> <p>Das Gelände befindet sich im Eigentum des Landes NRW, vertreten durch den BLB, der derzeit eine städtebaulich und wirtschaftlich sinnvolle Verwertung prüft bzw. alternativ den Verkauf an die Stadt. Die Fläche ist zudem bereits durch umliegende Straßen erschlossen. Eine Abwertung zur Grünfläche ist aus städtebaulichen und wohnungspolitischen Gründen nicht gerechtfertigt, abgesehen vom erheblichen finanziellen Schaden für das Land.</p> <p>Die Ausführungen in der Abwägung, nach denen „unter Berücksichtigung der lokalen Situation i.d.R. der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung verbleibt“ erscheint fraglich, da die Festlegung des reg. Grünzuges in diesem Bereich so großräumig erfolgte, dass eine Übereinstimmung einer künftigen Bauleitplanung mit den Zielen der Regional- und Landesplanung in diesem Bereich zweifelhaft erscheint,</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Stadt Stolberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Zudem gilt, dass in den Regionalen Grünzügen maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein können. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine</p>

zumal die Festlegung als Vorranggebiet nur unter hohen Ausnahmehürden überwunden werden kann.

Insofern bitte ich darum, dass der reg. Grünzug bzw. der ASB in diesem Bereich genauso wie im GEP 2003 festgelegt wird.

kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1033319_002, Kupferstadt Stolberg (Rhld.)

Inhalt

Zu Nrn. 1003442, 1003444, 1003450, Stadt Stolberg

[Dateianlage 2 und 3]

Diese Punkte umfassen Anregungen der Kupferstadt Stolberg hinsichtlich der Festlegung von ASB, die an konkreten Straßen in der Plangrundlage enden und sich nicht (zumindest um eine Bautiefe) auf die andere Straßenseite erstrecken. Ziel ist es in diesen Fällen beide Straßenseiten anzubauen bzw. vorhandene Straßeninfrastruktur optimal zu nutzen. In der Abwägung wird dargelegt, dass aufgrund der maßstabsbedingten Unschärfe die Zuordnung einzelner Grundstücke zum ASB interpretierbar bleibt und somit keine regionalplanerische Relevanz haben. Dies ist nachvollziehbar.

Allerdings hat die Kupferstadt Stolberg vor einigen Jahren anlässlich einer konkreten Falldiskussion (Derichsberger Straße, Mausbach) seitens der Bezirksregierung die Auskunft erhalten, dass ASB-Festlegungen, die an topografische Grenzen (Straßen, Bahnlinien, Bäche...) stoßen, so zu interpretieren seien, dass diese Grenzen auch als Grenzen des ASB gemeint sind und nicht zu überspringen seien. Die Planung der Stadt wurde seinerzeit mit dieser Begründung abgelehnt. Wenn diese Einschätzung nicht (mehr) aktuell ist, würde ich dies begrüßen. Meine diesbezüglichen Anregungen wären dann gegenstandslos. Andernfalls bitte ich, dies zu berücksichtigen und einen schmalen Streifen ASB-Fläche auf die jeweils andere Straßenseite zu zeichnen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prækclusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem ergeben sich gegenüber der ersten Beteiligung keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (s. Id 1003442 1. Offenlage).

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Nr. 1003446, Stadt Stolberg

[Dateianlage 4]

In der Abwägung zu diesem Punkt wird ausgeführt, dass die regionalplanerische Regelungstiefe im vorgegebenen Maßstab nicht parzellenscharf ist und Festlegungen interpretierbar bleiben bzw. notwendige Gestaltungsspielräume für die örtliche Umsetzung verbleiben. Dies wird meinerseits begrüßt. Es wird sich dann in (ggfs. weiterer) Zukunft erweisen, wie weit diese Interpretationsmöglichkeit in der praktischen Anwendung bei Anfragen nach § 34 LPlG geht. Ich hatte zur Klarstellung darum gebeten, die vorhandene Bebauung sowie die eingelagerten Flächenpotentiale bis zu den genannten Grenzen geringfügig zu verschieben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.

Inhalt

Nr. 1003451, Stadt Stolberg

[Dateianlage 5]

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Thematik „Flächen für Erneuerbare Energien“ (EE) im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt wird und gehe davon aus, dass die im vorliegenden Regionalplanentwurf jetzt vorgelegten Festlegungen zurücktreten, sofern diese den im Sachlichen Teilplan EE getroffenen Festlegungen widersprechen. Sofern dies nicht der Fall ist, möchte ich meine Anregung zu diesem Punkt aufrecht erhalten (Zurücknahme BSN / reg. Grünzug).

Die Aussage, dass die kommunale Bauleitplanung hiervon unberührt bleibe, kann ich nur bedingt nachvollziehen, da ein Bebauungsplan für die Freiflächen-PV-Anlage die Festlegung eines BSN und eines Regionalen Grünzugs als Vorranggebiet überwinden müsste. Hierfür ist gem. Ausführungen zu Z.19 nur ausnahmsweise eine Inanspruchnahme von BSN möglich, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird. Andererseits sieht der RegPlan mit Z.43 und ebenso der LEP die Inanspruchnahme und Wiedernutzbarmachung von Deponiestandorten für PVAnlagen explizit vor.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003451 1. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die raumordnerischen Rahmenbedingungen zur Prüfung von Freiflächen-Solaranlagen finden sich in den Zielen 10.2-14 „Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum“ und 10.2-15 „Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie“ sowie in den Grundsätzen bis einschließlich 10.2-18 „Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum“ des LEP wieder. Hierbei ist vorhabenspezifisch neben der „Raumbedeutsamkeit“ bspw. die Bodenzahl oder auch die Vereinbarkeit mit Nutz- und Schutzfunktionen zu überprüfen. Je nach Vorliegen von Betroffenheit können auf Grund eines veränderten Planungsbereiches Konflikte gelöst oder verstärkt werden. Daher kann nur die Landesplanerische Anfrage (§ 34 LPiG NRW) Gewissheit geben, ob die Planung zulässig ist.

Die vorgenannten Festlegungen des LEP beziehen sich allerdings nicht auf privilegierte Vorhaben nach § 35 (1) Nr. 8 b) und § 35 (1) Nr. 9 BauGB. Hierbei gilt die Einschränkung, dass raumbedeutsame Anlagen dennoch den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen dürfen.

Ein „allgemeiner“ Ausschluss von Planungen und Maßnahmen in BSLE erfolgt generell nicht. Ob eine Inanspruchnahme von BSN und Waldbereichen mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wird bei privilegierten und nicht raumbedeutsamen Anlagen in der Einzelfallprüfung überprüft. Die Vereinbarkeit mit Regionalen Grünzügen kann auch bei raumbedeutsamen Anlagen gegeben sein, bspw. bei Vorliegen ausschließlich klimatischer Funktion oder Anwendung von Maßnahmen zur Verminderung der potenziellen Beeinträchtigungen (siehe hierzu LEP Ziel 10.2-14). Bei der Prüfung werden selbstverständlich auch die Belange des §2 EEG berücksichtigt.

Inhalt

Festlegung BSN im Laufenburger Wald, östlich Schevenhütte:

[Dateianlage 6]

Gegen die Festlegung eines BSN im Gebiet des Laufenburger Waldes östlich der Ortslage Schevenhütte möchte ich Bedenken äußern:

Der Laufenburger Wald war in den letzten Jahren sehr stark von Käfer-Kalamitäten betroffen, so dass sich hier großflächige Kahlschlagflächen befinden, die sich aufgrund des überwiegenden Fichtenbestandes noch vergrößern werden. Es ist aufgrund der ohnehin begrenzten ökologischen Qualität dieses reinen Nutzwaldes fachlich nicht nachvollziehbar, warum hier ein BSN in diesem Umfang festgelegt werden soll. Im gültigen Gebietsentwicklungsplan ist hier ebenfalls kein BSN festgelegt. Unverständlich ist zudem, dass der BSN sich genau bis zur Stadtgrenze zur Gemeinde Langerwehe erstreckt, diese aber nicht überschreitet, obwohl dort vergleichbare Landschaftsstrukturen bestehen. Im Vergleich zu anderen Waldflächen, für die kein BSN festgelegt ist, ist der Laufenburger Wald ökologisch weniger wertvoll, so dass offenbar eine ungleiche Bewertung vorliegt bzw. unterschiedliche Bewertungskriterien herangezogen wurden. Zudem stellt dies auch eine Ungleichbehandlung bzw. Benachteiligung der Waldeigentümer dar, die ausschließlich in diesem großräumigen BSN wirtschaften.

Im bisherigen Entwurf zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien wurde ein von der Stadt gewünschter Windenergiebereich (WEB) im Laufenburger Wald nicht festgelegt. Die Begründung war, dass der Regionalplanentwurf hier einen BSN festlege. Dies widerspricht sich m.E. mit der Abwägung zu Nr. 1003451, indem die Regionalplanfestlegungen sehr wohl Vorgaben für die Festlegungen im Sachlichen Teilplan EE machen und dieser nicht losgelöst vom Regionalplan zu sehen ist. Insofern müssen im Rahmen des vorliegenden Regionalplanentwurfs bereits Flächen für Erneuerbare Energien im Auge behalten werden. Die Möglichkeit der kommunalen Bauleitplanung für einen Windpark außerhalb von WEB erscheint innerhalb eines BSN nahezu unmöglich aufgrund der restriktiven Ausnahmevorsatzungen.

Da zum Zeitpunkt der ersten Stellungnahme (August 2022) der „Sachliche Teilplan EE“ bzw. „Windenergiebereiche“ noch nicht im Entwurf vorlagen, hat die Kupferstadt Stolberg seinerzeit die BSN-Festlegung im Laufenburger Wald nicht angesprochen. Da die Kupferstadt Stolberg den Ausbau der erneuerbaren Energien an geeigneten Stellen forcieren möchte, äußere ich gegen die BSN- Festlegung im Laufenburger Wald Bedenken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut § 8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden

Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Der vorgenannte Bereich entspricht im Einklang mit den vorgenannten Ausführungen der Abgrenzung der Regionalen Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung "VB-K-5203-030 Laufenburger Wald" und "VB-K-5203-052 Wälder am Wehebach bei Hamich und Wenau".

Inhalt

Generelle Abgrenzung Freiraumfestlegungen:

Ich gehe davon aus, dass die maßstabsbedingte Unschärfe und die Interpretationsspielräume für die Freiraum-Festlegungen, v.a. BSN, genauso gelten wie für die Siedlungsraumfestlegungen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Dies gilt u.a. auch für Freiraumfestlegungen wie BSN.

Inhalt

Städteregionaler Gewerbeflächen-Pool:

[Dateianlage7-12]

Die Kommunen Aachen, Eschweiler, Herzogenrath, Stolberg, Roetgen und Würselen haben im Mai 2020 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Gründung eines Städteregionalen Gewerbeflächenpools abgeschlossen. Die Städte Aachen und Stolberg können den rechnerischen Flächenbedarf an Gewerbe- und Industriebereichen auf Ihrem Stadtgebiet nicht bzw. nicht sinnvoll abbilden. Demgegenüber haben die Städte Herzogenrath, Würselen und Eschweiler über ihren eigenen Bedarf hinaus noch geeignete Flächenpotentiale, die sie in einen Gewerbeflächenpool einbringen können, indem sie die Bedarfe Aachens und Stolbergs übernehmen und auf ihren Stadtgebieten bedienen. Entsprechende finanzielle Regelungen sowie die Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten sind im öffentlich-rechtlichen Vertrag geregelt.

Die Stadt Aachen kann bis zu 73 ha, die Stadt Stolberg bis zu 20 ha Industrie- und Gewerbeflächenbedarf „abgeben“; die Stadt Herzogenrath kann ca. 6,5 ha, die Stadt Würselen ca. 43 ha und die Stadt Eschweiler ca. 70 ha Flächenpotential einbringen. Die konkreten Flächen wurden bereits definiert. (Die Gemeinde Roetgen kann ca. 5 ha für ökologische Ausgleichsmaßnahmen bereitstellen).

Im Bereich Eschweiler-Kinzweiler ist ein „GIBinterkommunal“ (70 ha) festgelegt, der bestenfalls den Bedarf der Stadt Aachen abdeckt. Entsprechende Festlegungen in Würselen (Merzbrück) und Herzogenrath (südl. Kohlscheid) fehlen bzw. sind nicht als „GIBinterkommunal“ festgelegt.

Ich bitte darum, den interkommunalen Gewerbeflächenpool entsprechend im Regionalplan zu berücksichtigen oder mitzuteilen, wie auf anderem Wege regionalplanerisch die siedlungsräumlich, verkehrlich und ökologisch sinnvolle Idee des Gewerbeflächenpools umgesetzt werden kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird nicht entsprochen. Es wird dazu auf den Abwägungsvorschlag in Stellungnahme ID 1033441_001 verwiesen.

Inhalt

Straßen:

Die nachrichtlich übernommenen Straßenneubauprojekte spiegeln den derzeitigen formellen Planungsstatus wider. Dieser ist jedoch zurzeit im Fluss, indem ein neuer Landesstraßenbedarfsplan aufgestellt wird und andere Planungen und Beschlüsse diese Straßenbauprojekte betreffen:

Die Ortsumgehung Eilendorf (L221n / ASS Eilendorf) wurde seitens der StädteRegion Aachen, der Stadt Aachen und der Kupferstadt Stolberg aufgegeben (politische Beschlüsse erfolgten). Die L 238n 3. BA ist derzeit in Planung und wird ggfs. eine neue Linienführung erhalten. Im Rahmen der Neuaufstellung des Landesstraßenbedarfsplans werden u.a. auf kommunaler Ebene ggfs. weitere abweichende Beschlüsse gefasst.

Mir ist bewusst, dass die Straßenplanungen in anderen Fachplanungen bzw. auf anderen Rechtsgrundlagen erstellt werden. Ich weise aber vorsorglich darauf hin, dass diese Stellungnahme bzw. der politische Beschluss zu dieser Stellungnahme nicht die festgelegten Straßenneubauprojekte umfassen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Inhalt

Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) – Rohstoffgruppe Festgesteine gem. Regionalplan a.F.:

Für die aus dem Regionalplan (alte Fassung) übernommenen BSAB gilt sinngemäß dasselbe wie für die Straßen: Auch diese Festlegungen entsprechen bei weitem nicht der aktuellen Situation und aktuellen Planungen. Diese Stellungnahme bzw. der politische Beschluss zu dieser Stellungnahme umfasst nicht die festgelegten BSAB. Eine Stellungnahme erfolgt im Zuge des noch aufzustellenden Teilplans für „BSAB – Festgesteine“.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karbonatgestein, Sandstein, Vulkanit) - inklusive Zwischennutzungen und Rekultivierungsziele - sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F. zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung daher lediglich nachrichtlich dargestellt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans für Festgesteine können Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

AZ: BET_110000_1	
Stadt Würselen	
1033355_001, Stadt Würselen	
<p>Inhalt</p> <p><u>1 Linden-Neusen</u></p> <p>Die Aufnahme von Linden-Neusen in den Regionalplan als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) wird als ein bedeutender Schritt für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Siedlungsentwicklung angesehen. Um diese Entwicklung weiter zu fördern, ist es notwendig, den ASB Linden-Neusen nach Süden zu erweitern und an den ASB von Broichweiden anzuschließen. Der derzeitige Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans sieht eine Trennung zwischen diesen beiden ASB vor, obwohl in diesem Bereich bereits bestehende Bebauungen vorhanden sind. Die Erweiterung des ASB Linden-Neusen in Richtung Süden würde im Einklang mit den Zielen der Landesplanung stehen, indem sie die Nachverdichtung in einem bereits bebauten Bereich fördert und die Siedlungstätigkeit auf bestehende Siedlungsflächen konzentriert. Dies unterstützt die nachhaltige Raumentwicklung und trägt zur Schonung von Freiflächen bei. Historisch bedingt hat sich hier vor vielen Jahren eine bandartige Siedlungsentwicklung verfestigt. Mit der Aufnahme des Bereichs in den ASB wird also keine weitere bandartige Siedlungsentwicklung ermöglicht, sondern nur dem Bestand Rechnung getragen. Mit der geringfügigen Vergrößerung des ASBs wird der Freiraum nicht weiter in Anspruch genommen. Es erfolgt somit keine Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes. Es wird daher gefordert, den ASB Linden-Neusen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans in Richtung Süden zu erweitern und an den ASB von Broichweiden anzuschließen.</p> <p>(Abbildung)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003637).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus gilt, dass die Festlegung der Regionalen Grünzüge auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume erfolgt. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.</p>

	Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.
--	---

Inhalt

2 Betriebshof Regiotram / ASEAG

Das Projekt „Regiotram“ sieht, wie im neuen Entwurf des Regionalplans dargestellt, den Bau einer Straßenbahnstrecke vom Aachener Hauptbahnhof über Würselen und Alsdorf bis nach Baesweiler vor. Die Realisierung der Regiotram stellt eine wertvolle Ergänzung des bestehenden euregiobahn-Netzes dar. Durch die Verlagerung eines großen Teils des Personenverkehrs von der Straße auf die Schiene wird eine bessere Anbindung der Wohn- und Arbeitsstandorte und damit eine deutliche Verkehrsentslastung erreicht. Damit leistet die Regiotram einen wesentlichen Beitrag zu einer umwelt- und klimaschonenden Mobilität. Dies entspricht den Zielen des Landesentwicklungsplans NRW. Für die Stadt Würselen ist eine Streckenführung entlang der B57 vorgesehen, die auf einer Gesamtlänge von 5,29 Kilometern verläuft und vier Haltestellen umfasst. Die Trassenführung entlang dieser Hauptverkehrsachse bietet ideale Voraussetzungen für eine effiziente Integration der Regiotram in das bestehende Verkehrsnetz und wurde in Machbarkeitsstudien als umsetzbar und sinnvoll bewertet. Zusätzlich ist es notwendig, den Busverkehr auszubauen, um der steigenden Nachfrage durch die Verkehrswende gerecht zu werden. Der bestehende Betriebshof der ASEAG in der Neuköllner Straße ist bereits ausgelastet und bietet keine Erweiterungsmöglichkeiten. Daher ist ein weiterer Betriebshof für den Busverkehr der ASEAG erforderlich. Nach aktuellem Stand werden Abstellmöglichkeiten für weitere 75-110 Busse benötigt, was einem Flächenbedarf von mehr als 30.000 m² entspricht. Zudem ist auch ein steigender Anteil an Gelenkbussen zu erwarten, um das steigende Fahrgastaufkommen bewältigen zu können. Dadurch steigt der Flächenbedarf zusätzlich. Im Norden von Würselen, östlich der B57, ist der Bau eines weiteren ASEAG Betriebshofes geplant, der sowohl als Betriebshof für die Regiotram als auch als Busbetriebshof dienen soll. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, im Zuge der Darstellung der Regiotram im Regionalplan auch die Fläche für den Betriebshof darzustellen. Die Fläche von über 145.000 m² bietet ausreichend Platz für Abstell- und Werkstattflächen beider Verkehrsträger und trägt zu einer optimalen Effizienz des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei. Die verkehrsgünstige Lage des Areals an der B57, einer wichtigen regionalen und überregionalen Verkehrsachse, sowie an der geplanten Regiotram-Trasse gewährleistet eine optimale Anbindung für den Bus- und Bahnbetrieb. Die Fläche ist derzeit im Regionalplan als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich ausgewiesen, im Flächennutzungsplan (FNP) sind keine konkurrierenden Nutzungen ausgewiesen. Zudem ist die Fläche bereits an zwei Seiten von gewerblich-industriellen Nutzungen umgeben, so dass keine angrenzende Wohnbebauung vorhanden ist. Auf der einen Seite grenzt die Biovergärungsanlage der AWA Entsorgung GmbH an, weiter nördlich sind Flächen für den Ausbau der Windenergie ausgewiesen. Der geplante Betriebshof kann diese vorhandene Energieinfrastruktur zur Versorgung des elektrisch betriebenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) optimal nutzen. Ebenfalls ist angedacht auf dem Betriebsgelände ein Elektrolyseur zur Gewinnung von Wasserstoff

Abwägung

Typ
Hinweis**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Die Stellungnahme wird dennoch zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus kann auf bauleitplanerischer Ebene für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

zu errichten, der u.a. mit der Energie der Windräder betrieben wird. Dies würde den Einsatz von Wasserstoffbussen ermöglichen und lange Transportwege für die Wasserstoffbereitstellung entfallen. Diese Möglichkeiten, die bereits vorhandene Biogasanlage, die Windkraftanlagen und die geplante Installation von Photovoltaikanlagen auf den Abstellflächen des Betriebshofes für die Energieversorgung des Betriebshofes und der Verkehre zu nutzen, unterstützt das Ziel einer energieoptimierten Versorgung umweltschonenderer Verkehrsmittel.

(Abbildung)

(Abbildung)

Angesichts der idealen Lage, der bereits vorhandenen industriellen Umgebung und der nachhaltigen Energieversorgung wird beantragt, die Freifläche im Norden von Würselen, östlich der B57, als einen Bereich für interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBinterkommunal) darzustellen [3]. Dies würde nicht nur die Entwicklungen einer effizienten ÖPNV-Versorgung der StädteRegion sowie des Regiotram-Projektes fördern, sondern auch zur nachhaltigen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung der gesamten StädteRegion Aachen beitragen.

AZ: BET_111000_1	
Kreis Düren	
1033382_001, Kreis Düren	
<p>Inhalt</p> <p><u>Stellungnahme des Amtes für Kreisentwicklung, -planung, Wirtschaftsförderung und Tourismus sowie Untere staatliche Verwaltungsbehörde im Sinne § 5 Landesplanungsgesetz NRW</u></p> <p>Der Kreis Düren ist wie kaum ein anderer Kreis in der Region von den vielfältigen Auswirkungen des Strukturwandels betroffen. Das Ende der Braunkohlegewinnung und -verstromung sorgt für umfassende Verwerfungen im wirtschaftlichen Gefüge und führt zu massiven Veränderungen im Landschaftsbild. Diesen besonderen Umständen hat auch die Regionalplanung im Regierungsbezirk Köln Rechnung zu tragen. Bereits in der Stellungnahme des Kreises zur ersten Offenlage des Regionalplans wurde daher auf die besonderen Herausforderungen für die Kreisentwicklung hingewiesen. Wir bedanken uns daher für die erneute Beteiligung in der nun vorliegenden zweiten Offenlage und nehmen wie folgt Stellung zum Planwerk.</p> <p>Einleitend ist zunächst auf die Vision einer Seeverbindung zwischen den zukünftigen Tagebauseen Inden und Hambach hinzuweisen, die bereits in der Stellungnahme des Kreises zur ersten Offenlage thematisiert wurde. Mittlerweile konnte dieses Vorhaben konkretisiert werden. Der Kreis Düren hat in Kooperation mit dem Rhein-Erft-Kreis eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, welche die technische Umsetzbarkeit des Vorhabens nachweist. Wir bitten, die Ergebnisse der Studie im weiteren Verlauf der Planungsprozesse der Bezirksregierung Köln zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen und Freiraumentwicklung vorgebracht und auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Bezüglich der Berücksichtigung im Regionalplan wird auf die Erläuterungen in ID 1007820 der ersten Offenlage verwiesen.</p>

Inhalt

Zu Ziel Z.1 – Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren

Die ersatzlose Streichung des Zusatzes, dass die Siedlungsentwicklung ausnahmsweise auch im regionalplanerisch festgelegten Freiraum erfolgen kann, wird von Seiten des Kreises ausdrücklich kritisiert. Im sehr ländlich geprägten Kreis Düren befindet sich viele Ortsteile im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und verfügen über keine ausgewiesenen ASB. Durch den Wegfall der Möglichkeit zur ausnahmsweisen Freirauminanspruchnahme wird somit zahlreichen Ortsteilen im Kreisgebiet jegliche Entwicklungsoption und damit die Möglichkeit der Stabilisierung der Bevölkerung durch Zuzüge genommen. Dies stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar. Dieser Umstand kann nur bedingt durch eine forcierte Innenentwicklung und höhere Bebauungsdichten ausgeglichen werden, auch wenn diese grundsätzlich befürwortet werden.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag**Erläuterung**

Bei der Anregung handelt es sich um eine Anpassung des aktuellen rechtlichen Rahmens des LEP NRW aufgrund der Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE). Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unter Maßgabe der aktuell rechtskräftigen Vorgaben des LEP NRW möglich.

Inhalt

Zu G.10 – Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen

In der Stellungnahme zur ersten Offenlage wurde von Seiten des Kreises gefordert, nicht nur einzelne Ortsteile, sondern die kompletten Anrainerkommunen der Tagebaue bezüglich der besonderen Anforderungen des Strukturwandels und der Entwicklung der Seenlandschaft zu berücksichtigen. Dem wurde durch die Bezirksregierung Folge geleistet. Zudem erfolgt eine notwendige Konkretisierung des Verhältnisses des Regionalplans zur Braunkohleplanung der Tagebaue Inden und Hambach. Zudem wird begrüßt, dass die außerordentliche Relevanz der jahrzehntewährenden Befüllungsphase und damit verbundenen Zwischennutzungen durch G.10 (3) nun regionalplanerisch anerkannt wird. Zudem spiegelt der neue Regionalplanentwurf nun auch den aktuellen Sachstand der Rahmenplanung zum Indesee wider und greift die finale Seekontur und das darauf aufbauende, neu zu schaffende Straßennetz im Seeumfeld auf.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen und Zustimmung erklärt. Darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033382_004, Kreis Düren	
Inhalt	Abwägung
<p>Zu G.11 – Orte der Zukunft entwickeln</p> <p>Die Erweiterung der Gebietskulisse „Orte der Zukunft“ um die Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Beverath sowie die Anerkennung der kommunalen Entwicklungsabsichten für die Ortslage Bürgerwald (ehem. Morschenich) werden von Seiten des Kreises Düren ausdrücklich begrüßt.</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Zu Z.3 – Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Im Vergleich zur ersten Offenlage des Planentwurfs werden für den Kreis Düren und die kreisangehörigen Kommunen zusätzliche Bedarfe für die Wohnsiedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung anerkannt. Während der erste Planentwurf 924 ha Wohn- und Mischnutzungsflächen vorsah, werden dem Kreis nun 1048 ha zugesprochen. Auch die Gewerbeflächenbedarfe wurden von 290 ha auf 295 ha erhöht. Zusätzlich stehen nun 310 ha GIBtransformation-Flächen zur Verfügung. Während die GIB große Potentiale für eine erfolgreiche gewerblich-industrielle Entwicklung des Kreises zur Verfügung stellen und ein Gelingen des Strukturwandels erleichtern können, werden die berechneten Bedarfe für die Wohnsiedlungs- und Mischnutzungsentwicklung als zu gering betrachtet. Die Bemühungen der Wachstumsoffensive des Kreises Düren zeigen erste Erfolge, die Bevölkerungsentwicklung im Kreisgebiet und der kreisangehörigen Kommunen verläuft deutlich positiver, als Bevölkerungsprognosen vorhergesagt haben und es ist absehbar, dass der Kreis Düren weiterhin einen starken Zuzug verzeichnen wird. Die zur Vorausberechnung herangezogene Haushalts-prognose von IT.NRW mit dem Stand 2018 ist hier als unzureichende und nicht mehr aktuelle Datengrundlage zu betrachten. Der tatsächlich zu erwartende Bevölkerungszuwachs wird nicht allein durch höhere Bebauungsdichten und Projekte der Innenentwicklung zu stemmen sein. Auf diese Problematik wird auch in den Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen hingewiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im

Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung
Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale
Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, über den ermittelten
Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke
geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*
Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht.
Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt
werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten
Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in
Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt
bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt

Zu Z.neu1 – Regionale Wohnflächenbedarfe umsetzen

Das neu eingeführte Ziel konkretisiert das Verhältnis von kommunalen und regionalen Wohnflächenbedarfen. Es wird begrüßt, dass die regionalen Bedarfe nicht auf die kommunalen Bedarfe angerechnet werden. Jedoch ist unklar, wie die Kommunen in der Praxis nachweisen sollen, dass ein Bedarf regionaler und nicht kommunaler Art ist. Das in der Planbegründung bspw. aufgeführte Kriterium „ausreichende Infrastrukturausstattung“ ist eine unpräzise Vorgabe, die eine Konkretisierung erfordert. Aus der Begründung geht nicht hervor, wann eine Infrastrukturausstattung als „ausreichend“ zu betrachten ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird grundsätzlich Zustimmung erklärt.

Bei der Umsetzung regionaler Wohnbauflächenpotentiale wird auf die Einhaltung des Z.neu1 *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* sowie des G.12 *Regionale Wohnbauflächen umsetzen* im neuen Regionalplan verwiesen. Demnach sollen bei der bauleitplanerischen Umsetzung der regionalen Wohnbauflächenbedarfe eine gute Erreichbarkeit, ausreichende Infrastrukturausstattung sowie eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte der Bebauung sichergestellt werden. Hierbei ist die planerische Absicht einer Kommune, regionale Wohnbauflächenbedarfe in Anspruch zu nehmen, im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung im kommunalen Bauleitplanverfahren darzulegen. Die Abwägung zu G.12 kann beispielsweise in der Begründung zum Flächennutzungsplan erfolgen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPlG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die Kriterien sowie ihre Bewertung/Skalierung im Prozess Region+Wohnen können der Unterlage A-4-2 Anhang D Dokumentation Region+ Wohnen - Verteilung regionaler Bedarfe zur Begründung entnommen werden.

Inhalt

Zu G.16 – Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, die Siedlungsentwicklung auf zentralörtlich bedeutsame ASB zu fokussieren. Diese verfügen über die beste Ausstattung mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge und besitzen daher die entsprechenden Kapazitäten, um eine wachsende Bevölkerung aufzunehmen und mit kurzen Wegen zu versorgen. Dass hier darüber hinaus höhere Bebauungsdichten angestrebt werden sollen, ist im Angesicht der notwendigen Flächensparsamkeit ebenfalls als sinnvoll zu erachten. In der ersten Offenlage galt jedoch die Ausnahmeregelung, dass ASB bzw. Ortsteile im regionalplanerischen Freiraum ohne zentralörtliche Bedeutung ebenfalls für die Siedlungsentwicklung in Frage kämen, wenn diese über eine Schienenanbindung verfügen. Dieser Passus wurde in der zweiten Offenlage nun ohne erkennbaren Grund ersatzlos gestrichen. Dies wird als falsch erachtet. Gerade die Ortslagen mit einer hervorragenden Anbindung an den SPNV sollten im Fokus der Siedlungsentwicklung stehen, um effektiv den motorisierten Individualverkehr reduzieren zu können und die Anbindung an die Metropolräume zu stärken. Im Zuge der Wachstumsoffensive des Kreises Düren wird vor allem ein qualitativer Bevölkerungszuwachs aus den Räumen Aachen, Köln, Bonn und Düsseldorf angestrebt. Für neu zu schaffenden, hochwertigen Wohnraum für die zuziehende Bevölkerung ist eine hervorragende Anbindung über das Schienennetz daher von herausragender Bedeutung. Der Regionalplan sollte daher weiterhin eine Abweichungsmöglichkeit vom Grundsatz der zASB geben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei dem geänderten Planinhalt handelt es sich um eine Anpassung an die landesplanerischen Vorgaben, die Grundsatz 6.2-1 LEP NRW konkretisiert. Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* in Verbindung mit Ziel 2-3 LEP NRW für die Siedlungsentwicklung innerhalb von ASB, so auch am SPNV, bleiben unberührt.

Sofern die errechneten kommunalen Wohnbauflächenbedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe des regionalen Verteilprozesses Region+ Wohnen als regionale Wohnbauflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Anbindung an den SPNV) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB zugrunde.

Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ebenfalls gemäß Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* möglich. Sie richtet sich nach Ziel 23 LEP NRW.

Inhalt

Zu Z.8 – ASBz sichern und umsetzen

Es ist zu begrüßen, dass die kreisangehörige Kommune Heimbach im vorliegenden zweiten Planentwurf nun einen dritten ASB mit der Zweckbindung „Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen“ zugesprochen bekommen hat. Wir bitten darüber hinaus darum, für die kreisangehörige Kommune Hürtgenwald einen neuen ASB mit der Zweckbindung „Einrichtungen für Bildung, Kultur, Erholung, Freizeit und Tourismus“ im Bereich des Franziskaner-Klosters im Ortsteil Vossenack festzulegen. Die Kommune beabsichtigt hier eine umfassende Revitalisierung des Areals unter Einbeziehung der Flächen des Klosters, der Schule, der Kriegsgräberstätte sowie des Mountainparks. Es besteht bereits eine Kooperationsvereinbarung verschiedener Akteure, um einen Leistungsstützpunkt „Mountainbike“ einzurichten und dabei die Strukturen des Klosters, der Schule sowie der Gedenkstätte aktiv einzubeziehen und neu zu gestalten. Auch die Schaffung eines neuen Museums ist im derzeitigen Konzept langfristig vorgesehen. Um die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde für diesen historisch herausragend bedeutsamen Bereich zu gewährleisten, sollte entsprechende Festlegung als zweckgebundener ASB erfolgen. Hier ist auch auf die Stellungnahme der Gemeinde Hürtgenwald zu verweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus hat gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Zu Z.14 – GIBz sichern und umsetzen, G.17 Chancen für den Strukturwandel nutzen, Z.neu2 GIBtransformation sichern und umsetzen

Im vorliegenden zweiten Entwurf wurde die Gebietskulisse der GIB mit der Zweckbindung „Starterstandort Strukturwandel“ gestrichen und durch den neuen Gebietstyp GIBtransformation ersetzt. Dieser stellt eine sinnvolle Präzisierung und Erweiterung der Starterstandorte Strukturwandel aus dem ersten Planentwurf dar. Dass nun die Tagesanlagen Hambach, der Brainergy Park und der Campus Aldenhoven angemessen berücksichtigt werden, ist positiv hervorzuheben. Die Berücksichtigung dieser Flächen auf Ebene des Regionalplans stellt einen wichtigen Meilenstein zur Bewältigung des Strukturwandels im Kreis Düren dar. Die Einführung des neuen Ziels Z.neu 2 – *GIBtransformation sichern und umsetzen* wird darüber hinaus als sinnvolle Erweiterung des nun abgeschafften Grundsatzes G.17 – *Chancen für den Strukturwandel nutzen* angesehen. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die neu eingeführten Kriterien im Ziel Z.neu2 und die daraus resultierenden Anforderungen für gewerbliche Ansiedlungen eine erhebliche Einschränkung darstellen, da alle Planungen und Maßnahmen, die nicht diesen Kriterien entsprechen, „auszuschließen“ sind. Hier wäre weiterhin ein Grundsatz anstelle eines Ziels der Raumordnung geboten, um ausreichende Flexibilität in der Umsetzung der Transformationsstandorte zu gewährleisten und keine neuen Hemmnisse auf Ebene der Regionalplanung zu schaffen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Anregungen zu Z.neu2 hier Anregung eines Grundsatzes geäußert.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Zudem ist hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien darauf zu verweisen, dass es sich hierbei um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat diese am 09.12.2022 und der Regionalrat des Regierungsbezirk Düsseldorf am 15.12.2022 beschlossen. Planungen und Vorhaben unter Anwendung des § 38 LPIG NW 2005 in der Fassung vom 28.05.2024 müssen mindestens einem dieser Kriterien entsprechen; die Kriterien müssen nicht kumulativ, d.h. in ihrer Gesamtheit erfüllt sein. Eine Festlegung als Ziel erfolgt somit in sachgerechter Weise auf Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die

	Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.
--	---

1033382_010, Kreis Düren	
Inhalt	Abwägung
<p>Zu G.55 – Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</p> <p>Der Kreis Düren begrüßt ausdrücklich die Berücksichtigung der Werksbahnen des Braunkohletagebaus bzw. Lösstransports als regionalplanerisch relevante und zu sichernde Schienenwege. Für die zukünftige Entwicklung der Tagesanlagen Hambach ist die Verfügbarkeit und langfristige Sicherung eines leistungsstarken Gleisanschlusses ein bedeutsamer Standortfaktor für etwaige gewerblich-industrielle Nachnutzungen des Areals. Dieser immense Stand-ortvorteil muss langfristig vorgehalten werden.</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen und verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

1033382_011, Kreis Düren

Inhalt

Zu 5.2.3 – Erneuerbare Energien

Der Kreis Düren unterstützt das Vorgehen, den Themenkomplex der erneuerbaren Energien auf einen separaten Teilregionalplan auszulagern. Dies wird als wichtiger Beitrag angesehen, um die Rechtssicherheit des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln zu gewährleisten und einen langfristig stabilen Rahmen für die kommunale Bauleitplanung und Kreisentwicklung zu erhalten. Besonders die Windenergie als überaus klageanfällige Materie kann somit nicht mehr das Planwerk als Ganzes in Gefahr bringen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus keine weiteren Hinweise gegeben.

Inhalt

Zu Z.neu4 – Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen

Die durch das neu eingeführte Ziel erfolge Klarstellung des Verhältnisses zwischen den teilweise überschneidenden Festlegungen im vorliegenden Regionalplan und dem parallel in Aufstellung befindlichen Teilregionalplan Nichtenergetische Rohstoffe wird begrüßt. Die Abgrabung nichtenergetischer Rohstoffe stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor im Kreis Düren dar. Dass der Regionalplanentwurf nun die Möglichkeit zu Zwischen- und Nachnutzungen der BSAB eröffnet, wird positiv bewertet. So können die BSAB bis zur Inanspruchnahme der im Boden befindlichen Rohstoffe bspw. sinnvoll für die Erzeugung erneuerbare Energien verwendet werden, ohne Konflikte auf Ebene der Regionalplanung zu provozieren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033382_013, Kreis Düren

Inhalt

Es ist positiv zu bewerten, dass die Entwicklungsabsichten der **Stadt Düren** im Bereich des Dürener Hauptbahnhofes im Regionalplanentwurf angemessen berücksichtigt werden. Während im ersten Planentwurf noch ein Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich im Bahnhofsumfeld vorgesehen war, ist das geplante Bahnhofsquartier nun als Allgemeiner Siedlungsbereich mit entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten festgelegt worden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Im Bereich des Dürener Ortsteils Merken wurde im ersten Planentwurf ein Immissionsschutzwald nördlich und westlich der Ortslage regionalplanerisch gesichert. Diese Festlegung hätte die geplante Entwicklung des Ortsteils hin zum Ufer des zukünftigen Tagebausees Inden massiv erschwert. Im nun vorliegenden Entwurf ist entsprechende Festlegung als Waldbereich entfallen und nun ein Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich festgelegt. Dies stellt jedoch noch immer ein Entwicklungshindernis dar. Zumindest der Bereich nördlich von Merken sollte als ASB ausgewiesen werden, um eine zukünftige Entwicklung in Richtung des Sees zu ermöglichen. Dies gilt ebenfalls für den Ortsteil Schophoven der Gemeinde Inden. Hier ist auch auf den mittlerweile fertiggestellten *Rahmenplan Indesee 2.0* der Tagebauumfeldinitiative indeland GmbH hinzuweisen, der entsprechende Entwicklungsabsichten der Tagebauanrainerkommune widerspiegelt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bezüglich der Ausweisung eines ASBs in Merken wird auf den Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme ID 1033032_004 der Stadt Düren verwiesen.

Bezüglich der Anregung zu Inden-Schophoven wird auf die Ausführungen im Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme ID 1005366 aus der ersten Offenlage der Gemeinde Inden verwiesen.

Zudem wird auf Grundsatz G.10 *Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen* verwiesen.

Inhalt

Auch in verschiedenen Bereichen der kreisangehörigen **Gemeinde Vettweiß** entsprechen einige zeichnerische Festlegungen im zweiten Regionalplanentwurf nicht den kommunalen Entwicklungsabsichten. So ist nördlich der Hauptortslage ein GIB ausgewiesen. Dieses entspricht zwar grundsätzlich dem Planungswillen der Kommune, zwei bedeutsame Erweiterungsflächen (siehe Fläche 1 und 2 in unten dargestellter Karte 1) sind jedoch nicht in den Planentwurf aufgenommen worden. Fläche 1 ist bereits im derzeit in Neuaufstellung befindlichen Flächennutzungsplan der Gemeinde als gewerbliche Fläche vorgesehen und sollte daher auch im Regionalplan berücksichtigt werden. Fläche 2 stellt ebenfalls eine sinnvolle Arrondierung des Gewerbestandortes dar und bildet einen wichtigen Lückenschluss zur L33, an der bereits infrastrukturelle Anknüpfungspunkte zum Gewerbegebiet bestehen. Hierzu ist auch auf die Stellungnahme der Gemeinde Vettweiß zu verweisen.

[Abbildung]**Abwägung****Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Stellungnahme der Gemeinde Vettweiß wird inhaltsgleich unterstützt, daher wird auf den Abwägungsvorschlag zur kommunalen Teilstellungnahme ID 1032562_002 verwiesen.

Inhalt

Auch bezüglich der Ausweisung von Allgemeinen Siedlungsbereichen im Hauptort der Gemeinde Vettweiß bestehen Anpassungsbedarfe. Hier wurden bereits erfolgte Entwicklungen im Süden der Ortslage nicht berücksichtigt, die eine deutlich erkennbare bauliche Vorprägung des Bereiches bewirkten. Im in Karte 2 dargestellten Bereich südlich angrenzend an die Ortslage sollte eine entsprechende Erweiterung des ASB erfolgen, um der bereits erfolgten und weiterhin geplanten Weiterentwicklung des Bereiches keine Hemmnisse in den Weg zu legen. Diesbezüglich ist ebenfalls auf die Stellungnahme der Gemeinde Vettweiß hinzuweisen.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es wird die Zustimmung zur Stellungnahme der Kommune im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf den Abwägungsvorschlag zur Teilstellungnahme ID 1032562_009 der Kommune Vettweiß verwiesen.

Inhalt

Für die kreisangehörige **Gemeinde Hürtgenwald** bestehen ebenfalls Anpassungsbedarfe bezüglich der vorgesehenen GIB- und ASB-Ausweisungen im Regionalplanentwurf. Diese betreffen die Ortsteile Kleinhau, Vossenack und Gey. Zunächst ist diesbezüglich auf die Flächenkulisse des Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren zu verweisen, welches der Bezirksregierung bereits vorliegt. Hier ist am südlichen Rand Kleinhaus ein gewerblicher Bereich östlich und westlich der L11 vorgesehen. Der Regionalplan greift jedoch nur die Teile der Fläche auf, die bereits durch die Bauleitplanung umgesetzt wurden und nicht die Bereiche westlich der L11, die perspektivisch ebenfalls gewerblich genutzt werden sollen. Hier ist die entsprechende Festlegung im Regionalplanentwurf entsprechend der kommunalen Entwicklungsabsichten zu erweitern.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005460 1. Offenlage) vorgebracht.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Hürtgenwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als ASB über den FNP-Bestand hinaus ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zudem wird auf die Erläuterungen zu StnID 1033162_005 verwiesen.

Inhalt

In der Ortslage Vossenack besteht Anpassungsbedarf bezüglich eines geplanten Gewerbegebietes im Bereich Germeter. In der ersten Offenlage war die entsprechende Fläche als GIB ausgewiesen, im nun vorliegenden zweiten Planentwurf wurde jedoch ein Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich festgelegt. Für die Fläche liegt bereits eine von Seiten der Bezirksregierung positiv beschiedene landesplanerische Voranfrage vor, entsprechende FNP-Änderung und der Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan wurden im Oktober 2024 gefasst. Dies sollte auch im Regionalplan berücksichtigt werden, um die perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten des potentiell wichtigsten Gewerbegebiets mit Erweiterungspotential im Gemeindegebiet nicht zu beschränken. Die bisher bestehenden gewerblichen FNP-Reserven im Ortsteil Gey werden aufgrund unüberwindbarer Entwicklungshemmnisse nicht weiterverfolgt, dementsprechend ist eine Verlagerung der Potentiale in die Ortsteile Kleinhau und Vossenack, wie oben beschrieben, zwingend geboten. Hierzu sei auch auf die Stellungnahme der Gemeinde Hürtgenwald verwiesen, die entsprechende Problematik detailliert ausführt.

(Abbildung)**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005460 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Zudem wird auf die Erläuterungen zu StnID 1033162_005 verwiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Auch für die kreisangehörige **Gemeinde Aldenhoven** bestehen einige Anpassungsbedarfe bezüglich der im Regionalplanentwurf vorgesehenen Flächenausweisungen. Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die für die Gemeinde dargestellten endogenen Bedarfe für gewerblich-industrielle Flächen nicht der Realität vor Ort entsprechen und mit einem ausgewiesenen Bedarf von nur 14 ha als deutlich zu niedrig zu bewerten sind. Die tatsächliche Nachfragesituation im Gemeindegebiet zeigt ein gänzlich anderes Bild und alle neu vermarkteten Flächen werden stets mehrfach überzeichnet. Die der Gemeinde zugerechneten Reserveflächen für eine gewerblich-industrielle Entwicklung sind in der Regel dem Campus Aldenhoven bzw. dem Future Mobility Park zuzuordnen. Diese stehen für den endogenen Bedarf jedoch nicht zur Verfügung, nicht zuletzt aufgrund des zuvor bereits bemängelten Kriteriengerüsts der GIBtransformation-Flächen. Daher besteht weiterhin dringender Bedarf, weitere GIB-Flächen im Gemeindegebiet auszuweisen. Hier sind vor allem folgende Flächen relevant, die alle gleichermaßen keine Hemmnisse bezüglich der Topografie oder der Eigentumsverhältnisse aufweisen:

Center for Vertical Mobility:

Die Gemeinde Aldenhoven hat bereits in ihrer Stellungnahme zum ersten Planentwurf kritisiert, dass für das geplante Center for Vertical Mobility keine Darstellung im Regionalplan vorgesehen ist, obwohl die Anpassung an die Ziele der Landesplanung bereits bestätigt wurden. Es wird daher dringend empfohlen, diesbezüglich nachzubessern. Hier ist auf die Stellungnahme der Gemeinde hinzuweisen, die konkrete Vorschläge zur Abgrenzung des Gebiets gibt.

Fläche an der L 11:

Die Fläche liegt westlich von Aldenhoven, zwischen der A 44 und der L 11 und hat eine Größe von ca. 13,75 ha. Im Regionalplanentwurf wird die Fläche als Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich dargestellt. Die Fläche wird aktuell für landwirtschaftliche Zwecke genutzt und ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen. Der Erschließungsaufwand bei dieser Fläche ist als gering einzustufen. Die Entfernung zur Bundesautobahn A 44 beträgt weniger als 500m, an die L 11 kann der Anschluss unmittelbar erfolgen. Die Entfernung zum nächsten SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6,5 km (Alsdorf) bzw. 7,5 km (Jülich). Die Entfernung zu SPNV-Haltepunkten würde sich entsprechend verringern, wenn die Inbetriebnahme des neuen SPNV-Haltepunktes nahe der Fläche „Campus Aldenhoven“ erfolgt (3,5 km). Die Entfernung zum nächstgelegenen ÖPNV-Haltepunkt beträgt wenige Meter und ist zu Fuß innerhalb einer Minute zu erreichen.

Fläche an der B 56:

Die Fläche an der B 56 ist nördlich der A 44 zwischen der B 56 und L 228 zu verorten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Übrigen wird bezüglich der Bedarfsberechnung auf den Abwägungsvorschlag in StnID 1033356_005 verwiesen. Zum Thema Center for Vertical Mobility wird zudem auf die Erläuterungen in StnID 1033356_003 verwiesen.

Ihre Flächengröße beträgt ca. 29,47 ha. Aktuell wird sie für die Landwirtschaft sowie als Sand und Kiesgrube genutzt. Im Regionalplan wird die Fläche als Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich und als Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierte Erholung, sowie als Fläche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze dargestellt. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven erfolgt derzeit eine Ausweisung als Fläche für die Landwirtschaft sowie Flächen für Aufschüttungen Kiesen und Sanden. Dies kann ebenfalls dem Gewerbeflächenkonzept des Kreises Düren entnommen werden. Der Erschließungsaufwand dieser Fläche ist als mittel einzustufen, die Verkehrsanbindung hingegen als sehr gut, da die Fläche unmittelbar an der A 44 sowie der B 56 liegt. Die kürzeste Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6,4 km (Jülich) bzw. 7,2 km (Alsdorf) und ist via ÖPNV und mit dem PKW zu erreichen. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 400m Luftlinie zu erreichen.

Fläche an der A 44:

Die Fläche liegt nördlich der A 44 und ist ca. 27,38 ha groß. Die aktuelle Nutzung dient der Landwirtschaft. Der Regionalplanentwurf weist die vorliegende Fläche als Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich aus. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven erfolgt eine Ausweisung als Fläche für die Landwirtschaft. Es besteht voraussichtlich ein eher hoher Erschließungsaufwand. Was die Verkehrsanbindung anbelangt, so beträgt die Entfernung zur A 44 (Auffahrt Aldenhoven) 1,3 km bzw. zur Auffahrt Jülich 2,5 km. Die L 136 liegt in einer Entfernung von weniger als 300m. Die Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6 km (Jülich) bzw. 7,5 km (Alsdorf) und ist über das beschriebene Verkehrsnetz gut erreichbar. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 500m Luftlinie entfernt.

Fläche zur südlichen Erweiterung des Gewerbegebietes Aldenhoven Ost

Die genannte Fläche liegt südlich der A 44, grenzt an das Gewerbegebiet Aldenhoven Ost an und hat eine Flächengröße von ca. 24,87 ha. Sie wird derzeit ebenfalls landwirtschaftlich genutzt. Der Regionalplan sieht für die vorliegende Fläche einen Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich sowie Flächen für die Gewinnung von Bodenschätzen und Flächen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung vor. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde weist die vorliegende Fläche als Fläche für die Landwirtschaft aus. Der Erschließungsaufwand ist als mittel bis hoch einzustufen. Die Entfernung zur A 44 beträgt ca. 2,2 km und zur L 136 lediglich 0,6 km Luftlinie. Der nächstgelegene SPNV-Haltepunkt liegt in einer Entfernung von ca. 4,75 km Luftlinie (Jülich) und die Entfernung des nächstgelegenen ÖPNV-Haltepunktes beträgt ca. 900m Luftlinie zum Plangebiet.

Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung der einzelnen Flächen ist auf die Stellungnahme der Gemeinde, die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und der indeland GmbH hinzuweisen. Die Berücksichtigung der genannten Flächen als GIBflex im Regionalplan, in Gänze oder zumindest teilweise, würde die Gemeinde Aldenhoven in die Lage versetzen, ihre endogenen Gewerbeflächenbedarfe zielgerichtet und nachhaltig zu erfüllen. Die Ausweisung der zuvor genannten Flächen als GIBflex ist

möglich und sinnvoll, da sie ergänzend zu den bestehenden GIB raumverträgliche und für zukünftige Siedlungszwecke gut geeignete Bereiche regionalplanerisch sichern würden. Da alle angeregten Bereiche die regionalplanerische Darstellungsschwelle von 10 ha überschreiten, kommen diese zur Ausweisung im Regionalplan in Betracht.

Inhalt

Stellungnahme Wasserwirtschaft

Im Rahmen der Beteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans werden aus wasserwirtschaftlicher Sicht verschiedene Bedenken und Anregungen vorgetragen. Auf die Stellungnahme aus Juni 2022 wird verwiesen. Zu den Zielen und Grundsätzen in den textlichen Festlegungen wird wie folgt Stellung bezogen:

Zu Grundsatz G.10 - Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen

Unter Grundsatz G.10 wird u.a. auf die Zwischennutzung der künftigen Restseen eingegangen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verfahren zum Restsee noch nicht abgeschlossen sind. Inwieweit wasserrechtliche Belange betroffen sind, ist daher noch unklar.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Hierzu ergänzend führt die Begründung in Bezug auf verbindliche Festlegungen u.a. in den Erläuterungen zu G.10 entsprechend aus: "...Zwischennutzungen während der langen Befüllzeit des Sees sind wichtig und auch bereits vielfältig angedacht. Sie unterliegen nicht der regionalplanerischen Regelungskompetenz und sind mit den bergrechtlichen Vorgaben abzustimmen.... Eine Übernahme in regionalplanerisch verbindliche Festlegungen im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben kann erfolgen, sobald die Festlegung als Sicherheitszone nicht mehr erforderlich ist und die Entlassung aus der Bergaufsicht in Aussicht steht...".

1033382_021, Kreis Düren	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung werden keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte genannt. Die Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>
<p>Zu Z.24 – Oberflächengewässer sichern, Z.27 – Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und freihalten sowie Z.28 – Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden im ÜB vorbeugen</p> <p>Die im Juni 2022 vorgetragenen wasserwirtschaftlichen Belange und Anregungen zu den Zielen Z.24, Z.27 und Z.28 bestehen weiterhin. Auf die Stellungnahme aus Juni 2022 wird verwiesen.</p>	

Inhalt

Zu Grundsatz G.45 - Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln

Die im Juni 2022 vorgetragenen wasserwirtschaftlichen Belange/Anregungen zu Grundsatz G.45 bestehen weiterhin. Auf die Stellungnahme aus Juni 2022 wird verwiesen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung werden keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte genannt. Die Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Zu Grundsatz G.neu2 - Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen

Der neu aufgenommene Grundsatz G.neu2 wird aus wasserwirtschaftlicher Sicht begrüßt. Es wird darauf hingewiesen, dass konkrete Informationen (u.a. z.B. Karten) vorliegen müssen, welche Bereiche in der kommunalen Bauleitplanung freigehalten werden müssen. Der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren liegen hierzu keine Informationen vor. Es wird um Klärung gebeten, wie in zukünftigen Verfahren mit dem Grundsatz umgegangen werden soll.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Im Grundsatz ist mit aufgeführt, dass die Gebiete mit zukünftig geringen Grundwasserflurabständen (unter 3 m) über die „Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier“ des LANUV NRW ermittelt und die betroffenen Bereiche über die Fachplanung bestimmt und ausgewiesen werden. Informationen über konkrete Ausweisungen können demnach über die Fachplanung bezogen werden, um diese für relevante Verfahren mit zu berücksichtigen. Neben dem LANUV ist auch der Erftverband Ansprechpartner für die betroffenen Gebiete.

Inhalt

**Zu Ziel Z.25 – Standorte für bestehende Talsperren und Vorsorgebereiche
Talsperren sichern**

In Tabelle 2 werden u.a. die Zweckbestimmungen der bestehenden Talsperren aufgeführt. Bei der Stauanlage Heimbach ist die Krafterzeugung zu ergänzen (vgl. Erläuterungskarte F-9).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die textliche Festlegung wird angepasst. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Die Festlegung der wasserwirtschaftlichen Funktionen ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). In Rücksprache wurde von dieser bestätigt, dass die Krafterzeugung (K) für die Stauanlage Heimbach in der Tabelle 2 ergänzt wird, analog dem Beiblatt der Erläuterungskarte F9.

Inhalt

Zu den Erläuterungskarten – Erläuterungskarte F10

In der Stellungnahme aus Juni 2022 wurden teilweise erhebliche Bedenken gegen Flächenausweisungen erhoben zw. Anregungen vorgetragen. Diese wurden weitgehend nicht berücksichtigt und es wurde auf eine in nachfolgenden Verfahren durchzuführende Einzelfallprüfung verwiesen. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht bleiben die im Juni 2022 erhobenen Bedenken/Anregungen bestehen. Auf die vg. Stellungnahme wird verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zu den vielen Anmerkungen zur Erläuterungskarte F10 in der Stellungnahme von Juni 2022 wurde über die Teilstellungnahmen ID 1007837, ID 1007838, ID 1007840, ID 1007842, ID 1007843, ID 1007826 und ID 1007827 der ersten Offenlage geantwortet und die Anmerkungen in Teilen berücksichtigt und gefolgt. Auf eine Einzelfallprüfung wurde nur verwiesen, sofern die Kommune plant, ein RÜB in Anspruch zu nehmen. Dies gilt nach wie vor. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich somit keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Inhalt

Zu den zeichnerischen Festlegungen – Entfallende und neue Festlegungen

Gegen die Ausweisung von z.B. Allgemeinen Siedlungsbereichen sowie Gewerbe- und Industriegebieten in festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsbieten bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht grundsätzliche Bedenken. Zudem wird auf Folgendes hingewiesen:

- Die Grundlagen für die Ermittlung der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes der Rur liegen der Unteren Wasserbehörde des Kreises Düren nicht vor.
- Der Hochwasserschutz der Tagebaue – insbesondere des Tagebaus Inden - ist noch nicht abschließend geklärt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Hierzu zählen u.a. auch fachrechtliche Restriktionen wie ÜSG, die Tabubereiche für die Festlegungen von Siedlungsraum darstellen.

Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die Ermittlung ist Aufgabe der Fachplanung. Während der vorläufigen Sicherung und Festsetzung sind betroffenen Kommunen beteiligt und können Grundlagendaten / Erläuterungen entsprechend darüber die Fachplanung beziehen.

Darüber hinaus wird auf Folgendes hingewiesen:

ÜB überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des vorbeugenden Hochwasserschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der ÜB vorliegt. Das Verhältnis der betroffenen Ziele zueinander ist nachfolgend beschrieben. Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Eine Nutzung für Siedlungszwecke ist im Einzelfall unter den wasserrechtlichen Ausnahmevoraussetzungen möglich. Für Flächenpotentiale außerhalb des regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums, die bisher ausschließlich im Flächennutzungsplan gesichert und noch nicht in die verbindliche Bauleitplanung überführt wurden bzw. nach §34 BauGB zu bewerten sind, ist (Z. 28) Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen zu beachten.

Inhalt

Zum Umweltbericht

Zu Kapitel 4.5.2

In Abbildung 4-13 werden die festgesetzten Wasserschutzgebiete dargestellt. Das Wasserschutzgebiet Kreuzau „Am Lohberg“ scheint nicht korrekt dargestellt zu sein. Die Darstellung ist zu prüfen und ggfs. anzupassen. Im Beiblatt zur Erläuterungskarte F9 ist für den Bereich Koslar-Barmen ein geplantes Wasserschutzgebiet ausgewiesen. Dieses sollte in Abbildung 4-13 des Umweltberichts ergänzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die entsprechende Abbildung im Umweltbericht wird angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

1033382_028, Kreis Düren	
Inhalt	Abwägung
Zu Kapitel 4.5.3	Typ Anregung/Bedenken
Die Berücksichtigung der HQ100-Bereiche gemäß Hochwassergefahrenkarten im Rahmen der Umweltprüfung wird aus wasserwirtschaftlicher Sicht begrüßt. Es wird auf Folgendes hingewiesen: Im Kreis Düren sind für verschiedene Fließgewässer Abgrenzungen von Überschwemmungsbereichen bekannt, die z.B. über Niederschlags-Abfluss-Modelle ermittelt wurden. Für diese Bereiche wurden jedoch noch keine Hochwassergefahrenkarten aufgestellt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Hochwassergefahrenkarten nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 überarbeitet werden sollten. Für den Kreis Düren ist die Überarbeitung noch nicht abgeschlossen. Es wird angeregt u.a. im Umweltbericht darauf hinzuweisen, dass die Hochwassergefahrenkarten nach der Flutkatastrophe 2021 überarbeitet werden.	Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.
	Erläuterung Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und das Kap. 4.5.3.2 im Umweltbericht (HQ100 mit und ohne technischen Hochwasserschutz, HQextrem) um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.

Inhalt

Zu Anhang C – F (Prüfbögen)

Hinsichtlich der Anmerkungen zu den Prüfbögen wird auch auf die Stellungnahme aus Juni 2022 verwiesen. In den Prüfbögen sind nicht berichtspflichtige Fließgewässer teilweise enthalten, weitgehend jedoch nicht. Dennoch sollten in den Prüfbögen für die Darstellung der Umweltauswirkungen möglichst viele kleine Fließgewässer enthalten sein. Die Fließgewässer sollten zudem unter dem Punkt „Realnutzung“ in den Prüfbögen enthalten sein. Gegen die Ausweisung von Bauflächen innerhalb von festgesetzten Überschwemmungsbereichen bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht erhebliche Bedenken. Das Baugebiet LAN_ASBF_1 umfasst teilweise eine Fläche, die für das geplante Hochwasserrückhaltebecken Frenzer Fließ gesichert ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten.

Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Hierzu zählen u.a. auch fachrechtliche Restriktionen wie ÜSG. Darüber hinaus werden Überschwemmungsbereiche (ÜB) als Vorranggebiete festgelegt. Gemäß Ziel 7.4-6 LEP NRW sind Überschwemmungsbereiche von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Siedlungsbereichen und Bauflächen, freizuhalten. ÜB's dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz und sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüber hinaus wird auf Folgendes hingewiesen:

ÜB überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des vorbeugenden Hochwasserschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der ÜB vorliegt. Das Verhältnis der betroffenen Ziele zueinander ist nachfolgend beschrieben. Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben

und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Eine Nutzung für Siedlungszwecke ist im Einzelfall unter den wasserrechtlichen Ausnahmevoraussetzungen möglich. Für Flächenpotentiale außerhalb des regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums, die bisher ausschließlich im Flächennutzungsplan gesichert und noch nicht in die verbindliche Bauleitplanung überführt wurden bzw. nach §34 BauGB zu bewerten sind, ist (Z. 28) Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen zu beachten.

Eine Ausweisung als ASBflex steht einer teilweisen Nutzung der genannten Fläche als Hochwasserrückhaltebecken nicht entgegen. Eine Konkretisierung erfolgt auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Stellungnahme Natur und Landschaft:**Zu den zeichnerischen Festlegungen – Entfallende und neue Festlegungen**

Der Kreis Düren ist im besonderen Maße vom Braunkohlentagebau betroffen, hier insbesondere durch die Tagebaue Hambach und Inden. Hier werden in der Folge durch den Regionalplan Landschaften und Lebensräume für Mensch und Natur nach dem Abgrabungsprozess neu kreiert und zukunftsorientiert gestaltet. Grundsätzlich hat der Regionalplan einer zukunfts-gewandte, planerische Aufgabe. Vorsorglich werden daher nutzungsorientierte Fläche wie z.B. künftige Siedlungsbereiche, Gewerbeflächen und Flächen für nicht-energetische Rohstoffe dargestellt. Dieses Vorgehen wird jedoch nicht auf Flächen angewandt, die künftig eine wichtige Funktion für den Naturschutz erwarten lassen oder erwarten lassen sollten. In der Stellungnahme zum ersten Planentwurf wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Artenschutzflächen, die im Rahmen des Tagebaus Hambach eingerichtet wurden, als BSN-Flächen dargestellt werden sollten. Zumindest das annähernd 70 ha große Baumgrünland (Gemarkung Nörvenich, Flur 26 „Fläche zwischen zwei Waldschenkeln des Nörvenicher Waldes, begrenzt durch die L 495“) am Nörvenicher Wald hat eine Größe, die regionalplanerisch relevant ist und dargestellt werden könnte. Mit Ihrer Entgegnung zu o.g. Stellungnahme, dass als Grundlage der BSN-Gebiete vorhandene Schutzgebiete dienen, werden von vornherein die Gestaltungsmöglichkeiten, die auf Ebene der Regionalplanung möglich wären, nicht genutzt. Die genannte Fläche hat bereits jetzt eine hohe naturschutzfachliche Wertigkeit und wird sich in Zukunft zu einem schutzwürdigen Bereich von Natur und Landschaft weiterentwickeln. Dies wäre planerisch eine wichtige Grundlage, um den Bereich in einem zukünftigen Landschaftsplanungsverfahren als Naturschutzgebiet auszuweisen. Die Festsetzung als Naturschutzgebiet wäre arten- und naturschutzfachlich auch heute schon angebracht. Der Verweis auf den Grundsatz G.29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, ist meines Erachtens zu allgemein gehalten, da die Flächen keinen Ortsbezug haben und sich nicht eindeutig identifizieren lassen.

Zusätzlich wird vorgeschlagen, auch für den nordwestlichen Uferbereich des künftigen Indesees eine vorausschauende Ausweisung als BSN vorzunehmen. Der Nutzungsdruck auf den Tagebausee zeichnet sich bereits heute ab, so dass vorsorglich Bereiche als natürliche Ressource gesichert werden sollten. Die Darstellung als regionaler Grünzug, lässt eine eher touristische Nutzung erahnen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechen folgerichtig als BSN festgelegt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche

hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Generell wird auch auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass keine BSN-Festlegungen erforderlich sind, um im Landschaftsplan entsprechende Festsetzungen zu treffen.

Zurzeit laufen einge Abstimmungsprozesse, wie die Tagebauumfelder zukünftig zu gestalten und zu sichern sind. Wenn diese Planungen und Absichten ausreichend konkretisiert wurden, können sie bei regionalplanerischer Relevanz Eingang in die zukünftigen Änderungsverfahren des Regionalplans finden.

AZ: BET_112000_1	
Gemeinde Aldenhoven	
1033356_001, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Zunächst einmal danken wir Ihnen für die Beteiligung im Verfahren und die fortwährende konstruktive Begleitung im Prozess. Der Gemeinde Aldenhoven ist bewusst, dass die Aufstellung eines neuen Regionalplans unter den Vorzeichen des Strukturwandels und unter den geänderten Rahmenbedingungen nicht nur die Kommunen und Verbände, sondern auch die Regionalplanungsbehörden vor große Herausforderungen gestellt hat und stellt.</p> <p><u>Ausweisung von ASB</u></p> <p>Da an den ASB-Ausweisungen keine für die Gemeinde Aldenhoven relevanten Änderungen durchgeführt wurden und alle Belange der Gemeinde bereits im ersten Planentwurf Berücksichtigung gefunden haben, werden zur Ausweisung von ASB seitens der Gemeinde Aldenhoven keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Ausweisung von GIB**Campus Aldenhoven (Future Mobility Park)**

Die Gemeinde Aldenhoven nimmt zur Kenntnis, dass der Regionalplan den „Campus Aldenhoven“ bzw. „Future Mobility Park (Teilbereich A)“ – als Ergebnis eines mit der gesamten Planungsregion abgestimmten regionalen Gewerbeflächenkonzeptes, als GIBtransformation ausgewiesen hat.

Ursprünglich wurde die Fläche im ersten Regionalplanentwurf als zweckgebundener GIB „Starterstandorte Strukturwandel“ (GIBz) festgelegt (Ziel Z. 14). Diese GIB sollten zweckgebunden (Schwerpunkt Mobilität) sein. Die Relevanz der Flächenentwicklung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier war gemäß Erläuterung 5 zu Ziel Z. 14 durch die Kommunen zu begründen und darzulegen.

Im ersten Planentwurf hieß es „Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen ausschließlich den unter der Zweckbestimmung benannten Nutzungen und Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.“

Die Anforderungen an diese Standorte waren ursprünglich nur als Grundsatz (G.17) im Regionalplan gefasst. Hier hieß es „Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) mit der Zweckbestimmung Starterstandorte Strukturwandel sollen dem Strukturwandel im Rheinischen Revier dienen.“

Die jetzt geplante und neu gefasste Festlegung als verbindliches Ziel Z. neu2 stellt gegenüber der bisher geplanten Festlegung eine Einschränkung dar. In Ziel Z. neu2 heißt es „Sie dienen der Ansiedlung von Vorhaben für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen. Sie dienen ausschließlich den unter der Zweckbindung benannten Nutzungen und Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die mit dieser(n) nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.“

Aus der Erläuterung zu Ziel Z. neu2 ist zu entnehmen, dass „die Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBtransformation) aufgrund ihrer Bedeutung für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen festgelegt sind. Sie sind Vorhaben vorbehalten, die gemäß den Zielvorgaben des § 38 LPIG NRW mindestens einem der nachfolgend aufgeführten Kriterien als besonders bedeutsames Vorhaben zur Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen entsprechen (nicht kumulativ):

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Zudem ist hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien darauf zu verweisen, dass es sich hierbei um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Sie stellen somit eine Auslegungshilfe für den Wortlaut des § 38 LPIG dar. Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat diese am 09.12.2022 und der Regionalrat des Regierungsbezirk Düsseldorf am 15.12.2022 beschlossen. Planungen und Vorhaben unter Anwendung des § 38 LPIG NW 2005 in der Fassung vom 28.05.2024 müssen mindestens einem dieser Kriterien entsprechen; die Kriterien müssen nicht kumulativ, d.h. in ihrer Gesamtheit erfüllt sein. Eine Festlegung als Ziel erfolgt somit in sachgerechter Weise auf Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Die Entwicklung von solchen profilierten Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft im Rheinischen Revier. Die Regelungen des § 38 LPIG erfordern daher eine entsprechende Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung im

- Vorhaben, die einen Beitrag zur Transformation hin zu einer nachfossilen Energieversorgung oder der Kreislaufwirtschaft leisten;
- Vorhaben zur Entwicklung und Anwendung von Technologien für ein klimafreundliches Energiesystem der Zukunft;
- Vorhaben, die einen Beitrag zur Transformation der Industrie hin zu einer nachfossilen Industrie und für eine klimaschonende bis klimaneutrale Produktion leisten;
- Vorhaben, die der Entwicklung und Profilierung von Zero-Emission-Gewerbe- und Industriegebieten dienen, bei deren Errichtung und Betrieb bilanziell keine CO₂ Emissionen entstehen;
- Vorhaben und Vorhabenverbünde für Produkt- und Prozessinnovationen in innovativen oder zukunftssträchtigen Bereichen, die den Strukturwandel im Rheinischen Revier mit dem Ziel unterstützen, idea-lerweise tarifgebundene Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen sowie Wertschöpfung zu erhalten und neue Wertschöpfung zu organisieren;
- Vorhaben des Wissens- und Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zur Entwicklung innovativer Prozesse und Produktion;
- Ansiedlung und Ausbau von Dateninfrastrukturen und Digitalisierung für die Transformation des Rheinischen Reviers;
- Vorhaben, die nicht von den vorstehenden Kriterien erfasst werden, die aber einen besonderen Beitrag zum Strukturwandel im Sinne des Wirtschafts- und Strukturprogramms (WSP 1.1) des Rheinischen Reviers leisten;
- Vorhaben, die der Umschulung und Qualifizierung von Beschäftigten aus von der Transformation be-troffenen Betrieben und deren Zulieferer dienen.“

Diese Kriterien sind zwar grundsätzlich zu begrüßen und unterstreichen die geplante, innovative Ausrichtung des Future Mobility Parks. Dennoch stellt diese Verschärfung durch die Festlegung als Ziel zusammen mit der Formulierung „Planungen und Maßnahmen, die mit dieser(n) nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.“ und den in der in der Erläuterung zu Ziel Z. neu2 genannten Anforderungen eine erhebliche Einschränkung dar.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie die Kommunen die Anpassung an die Ziele der Raumordnung sicherstellen können, ohne gegen Rechtsgrundsätze, wie die Eindeutigkeit von Festsetzungen oder das sehr eingeschränkte Typenerfindungsrecht der Baunutzungsverordnung zu verstoßen.

Die Gemeinde Aldenhoven begrüßt grundsätzlich die Aufnahme des Campus Aldenhoven als GIBtransformation und auch die nun eindeutigere Trennung zwischen den GIBz und den GIBtransformation wird begrüßt, dennoch ist zu gewährleisten, dass durch die Umwandlung eines GIBz in einen GIBtransformation keine nicht

Rahmen der kommunalen Bauleitplanung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben hierzu eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung hinsichtlich der Einhaltung der Kriterien gewährleistet werden.

gewünschten Einschränkungen zur Nichtumsetzbarkeit des Standortes führen. Es wird angeregt, die Formulierung in Ziel Z. neu2 weicher zu fassen. Hier wird folgende Formulierung angeregt: „Sie dienen der Ansiedlung von Vorhaben für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen. Sie dienen überwiegend den unter der Zweckbindung benannten Nutzungen und Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die mit dieser(n) nicht vereinbar sind, sind nach Möglichkeit auszuschließen / sollen ausgeschlossen werden.“

Darüber hinaus wird angeregt, die in Ziel Z. neu2 aufgeführten Kriterien in Grundsätze umzuwandeln.

Inhalt

Center for Vertical Mobility (Future Mobility Park)

Die Gemeinde Aldenhoven hat bereits in ihrer Stellungnahme zum ersten Planentwurf darauf hingewiesen, dass für das geplante Center for Vertical Mobility (CVM) keine Darstellung im Regionalplan vorgesehen ist, obwohl die Anpassung an die Ziele der Landesplanung bereits bestätigt wurden. Seitens der Gemeinde Aldenhoven wird nochmals empfohlen, sich für die Abgrenzung an der östlichen bzw. südöstlichen Grenze des GIB, an den gewerblichen Flächen des „Center for Vertical Mobility“ zu orientieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1000996 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1033356_004, Gemeinde Aldenhoven	
Inhalt	Abwägung
Business Park Alsdorf – Norderweiterung (Future Mobility Park) Die Fläche wurde nun als GIB im 2. Entwurf des Regionalplans aufgenommen. Weitere Bedenken oder Anregungen werden nicht vorgetragen.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Inhalt

Ausweisung endogener Bedarfe

Wie bereits ausgeführt, freut sich die Gemeinde Aldenhoven, wichtiger Akteur im Strukturwandel im Rheinischen Revier zu sein und Aufgaben für das Revier und die Region zu übernehmen. Dies auch mit den damit verbundenen Lasten, die der Gemeinde bereits aus dem ersten Strukturwandel bestens bekannt sind (Steinkohle). Wie bereits in unserer Stellungnahme zum 1. Entwurf des Regionalplans dargelegt, ergeben sich aber darüber hinaus auch endogene Bedarfe, die nach Ansicht der Kommune derzeit noch keine ausreichende Berücksichtigung finden.

Die Gemeinde Aldenhoven ist ein sehr attraktiver und nachgefragter Gewerbestandort im „Speckgürtel“ des Groß- und Gewerberaums Aachen (inkl. Würselen, Alsdorf, Baesweiler und Eschweiler). Dies hat schon immer zu erhöhtem Bedarf an Gewerbeflächen - auch abseits des Strukturwandels - geführt. Diese Nachfrage wird auch in der Zukunft nicht abnehmen. Vor allem die Nähe zu den beiden Autobahnen A4 und A44, die günstige Lage an weiteren wichtigen Verkehrsachsen sowie der künftige Bahnanschluss und die unmittelbare Nähe zu den Hochschulstandorten werden die Nachfrage weiter erhöhen. Bereits heute ist die Kommune nicht in der Lage endogene Bedarfe zu bedienen.

Bereits im informellen Prozess hat die Gemeinde Aldenhoven dargestellt, dass die nach der GIFPRO-Methode ermittelten endogenen Bedarfe nicht der vor Ort wahrnehmbaren Realität entsprechen. Vielmehr zeichnet sich für die Kommune das Bild ab, dass immer dann, wenn gewerbliche Bauflächen dem Markt zugeführt werden konnten, diese vielfach überzeichnet waren. Hierdurch bieten sich den lokalen Unternehmen keine Erweiterungsmöglichkeiten, es drohen Wegzug, Betriebsaufgaben oder wirtschaftliche Einbußen. Die überaus dynamische und sprunghafte Vermarktung von Gewerbeflächen im Gemeindegebiet kann durch die GIFPRO-Methode nicht dargestellt werden, wodurch für die Gemeinde Aldenhoven ein analytisch vollkommen falsches Bild gezeichnet wird. Insbesondere den schwierigen eigentumsrechtlichen Hindernissen kann diese Methode nicht gerecht werden. Dem von Ihnen errechneten und in der Begründung ausgewiesenen Bedarf von nur 14ha Gewerbeflächen wird noch einmal ausdrücklich widersprochen.

Darüber hinaus werden der Gemeinde Aldenhoven immer wieder gewerbliche Bauflächen als Reserveflächen zugerechnet, die aber am Campus Aldenhoven bzw. im Future Mobility Park verortet sind. Diese Flächen stehen der Kommune jedoch für den endogenen Bedarf nicht zur Verfügung, da diese interkommunal und überregional entwickelt und vermarktet werden. Der Future Mobility Park mit seinen Standorten Campus Aldenhoven (Teilbereich A) und Business Park Aldenhoven Alsdorf (Teilbereich B) verfolgt im Kontext des Rheinischen Reviers im Strukturwandel andere Ziele, als die Ausweisung endogener Bedarfe für lokale Unternehmen. Dies wird auch

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1001012, 1. Offenlage).

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Stadt Aldenhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich daher keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen

noch einmal deutlich, da im aktuell vorliegenden Entwurf des Regionalplans beide Flächen als GIBtransformation dargestellt werden, die den bekannten Restriktionen unterliegen. Damit ist die Unterbringung endogener Bedarfe ausgeschlossen. Diese Flächen können in der von Ihnen vorgelegten Berechnung keine Berücksichtigung finden. Faktisch verfügt die Gemeinde Aldenhoven derzeit nur noch über eine Reserve von 6 ha im Gewerbegebiet Aldenhoven-Ost an der Stadtgrenze zur Stadt Jülich, die sich aber seit über 30 Jahren aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht entwickeln lassen. Hierdurch entsteht für die Gemeinde Aldenhoven ein zusätzlicher Bedarf von weit über 10ha.

Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird auch in Aldenhoven ein Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt

Darüber hinaus werden zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Die bedarfsgerechte Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Ein Flächentausch innerhalb der in Rede stehenden Flächen ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

1033356_006, Gemeinde Aldenhoven

Inhalt

Aus diesem Grund regt die Gemeinde Aldenhoven nochmals nachdrücklich an, analog zur Vorgehensweise in anderen Kommunen, in der Nähe des Gewerbegebiets Aldenhoven-Ost bzw. in der Nähe zur Ortschaft Aldenhoven GIBflex-Gebiete auszuweisen, die der Kommune ermöglichen, endogene Bedarfe flexibel und zielgerichtet in der Nähe eines ASB oder vorzugsweise in der Nähe eines GIB zu verorten und umzusetzen, ohne den Regionalplan ändern zu müssen.

Bezüglich der angeregten GIBflex-Gebiete verweise ich nochmals auf die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes, wo diese Bereiche als sogenannte „Suchräume“ bereits identifiziert wurden.

Ebenso verweise ich auf meine Eingaben im Prozess Region+ Wirtschaft vom 27. März 2019. Im Einzelnen regt die Gemeinde Aldenhoven daher nochmals an, die nachfolgenden Flächen aus dem Region+-Prozess als GIBflex-Standorte im Regionalplan auszuweisen:

Fläche Aldenhoven „L 11“

Die Fläche „Aldenhoven L 11“ liegt westlich von Aldenhoven, zwischen der A 44 und der L 11 und hat eine Flächengröße von 13,751 ha. Im Regionalplan stellt die Fläche „Allgemeine Freiraum und Agrarbereiche“ dar. Die Fläche wird aktuell für landwirtschaftliche Zwecke genutzt und ist im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven als „Flächen für die Landwirtschaft“ ausgewiesen. Der Erschließungsaufwand bei dieser Fläche ist als gering einzustufen. Die Verkehrsanbindung an die A 44 beträgt weniger als 500m, und an die L 11 kann der Anschluss unmittelbar erfolgen. Die Entfernung zum nächsten SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6,5 km (Als-dorf) bzw. 7,5 km (Jülich). Diese Entfernung zu SPNV-Haltepunkten würde sich entsprechend verringern, wenn die Inbetriebnahme des neuen SPNV-Haltespunktes nahe der Fläche „Campus Aldenhoven“ erfolgt (3,5 km). Die Entfernung zum nächstgelegenen ÖPNV-Haltepunkt beträgt wenige Meter und ist zu Fuß innerhalb einer Minute zu erreichen.

Bei den notwendigen Flächen herrschen überaus einfache Eigentumsverhältnisse vor, da sich diese im Eigentum von nicht mehr als drei Eigentümern befinden. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.

Fläche Aldenhoven „B 56“

Die folgende Fläche „Aldenhoven B 56“ ist nördlich der A 44, zwischen der B 56 und L 228 zu verorten. Ihre Flächengröße beträgt 29,474 ha. Aktuell wird sie für die Landwirtschaft sowie als Sand und Kiesgrube genutzt. Im Regionalplan wird die Fläche als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich und als Bereich für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung, sowie zur Sicherung und zum

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1011686, 1001013, 1001014, 1001015, 1001016, 1001017 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Darüber hinaus gilt weiterhin, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden. Für die Gemeinde Aldenhoven besteht kein Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* GIBflex. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Abbau oberflächennaher Bodenschätze“ dargestellt. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven erfolgt derzeit eine Ausweisung als „Flächen für die Landwirtschaft sowie Flächen für Aufschüttungen KI/SA“. Dies kann dem Gewerbeflächenkonzept des Kreises Düren so entnommen werden. Der Erschließungsaufwand dieser Fläche ist als mittel einzustufen und die Verkehrsanbindung ist sehr gut, da die Fläche unmittelbar an der A 44 sowie der B 56 liegt. Die kürzeste Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6,4 km (Jülich) bzw. 7,2 km (Alsdorf) und ist via ÖPNV und mit dem PKW zu erreichen. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 400m Luftlinie zu erreichen.

Bei den notwendigen Flächen herrschen überaus einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.

Fläche Aldenhoven „A 44“

Die Fläche liegt nördlich der A 44 und ist 27,382 ha groß. Die aktuelle Nutzung dient ebenfalls der Landwirtschaft. Der Regionalplan weist die vorliegende Fläche als Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich aus. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven erfolgt eine Ausweisung als Fläche für die Landwirtschaft. Es besteht voraussichtlich ein hoher Erschließungsaufwand. Was die Verkehrsanbindung anbelangt, so beträgt die Entfernung A 44 (Auffahrt Aldenhoven) 1,3 km bzw. zur Auffahrt Jülich 2,5 km. Die L 136 liegt in einer Entfernung von weniger als 300m. Die Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6 km (Jülich) bzw. 7,5 km (Alsdorf) und ist über das beschriebene Verkehrsnetz zeitnah erreichbar. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 500m Luftlinie zu erreichen.

Bei den notwendigen Flächen herrschen überaus einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.

Fläche Aldenhoven „Nördliche Erweiterung Gewerbegebiet Aldenhoven Ost“

Die vorliegende Fläche liegt zwischen der A 44 und der L 136, an das Gewerbegebiet Aldenhoven Ost angrenzend und hat eine Flächengröße von 16,134 ha. Auch diese Fläche wird aktuell für die Landwirtschaft genutzt und wird im Regionalplan als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich“ gekennzeichnet. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven weist Flächen für die Landwirtschaft aus. Es besteht ein geringer Erschließungsaufwand. Der Abstand zur A 44 beträgt ca. 1,2 km und das Plangebiet grenzt unmittelbar an die L 136. Die Entfernung zum nächstgelegenen SPNV-Haltepunkt beträgt ca. 6 km (Jülich) bzw. 7,5 km (Alsdorf) und ist über das beschriebene Verkehrsnetz zeitnah erreichbar. Der nächstgelegene ÖPNV-Haltepunkt ist in weniger als 500m Luftlinie zu erreichen.

Bei den notwendigen Flächen herrschen einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen. Diese Fläche wird zurzeit nicht weiter zur Ausweisung empfohlen, da derzeit die Verwendung zur Ansiedlung einer Freiflächen-PV-Anlage geprüft wird. Eine Ausweisung als GIB könnte dieser Nutzungsabsicht entgegenstehen, inwieweit eine Ausweisung als GIBflex der Nutzung zuwiderlaufen würde, ist regionalplanerisch zu beantworten.

Auch wenn die Inanspruchnahme der GIBflex-Bereiche für andere, nicht dem jeweiligen Siedlungszweck dienenden Nutzungen, im Rahmen der planerischen Abwägung möglich ist, sollte auf eine Ausweisung zugunsten anderer Standorte verzichtet werden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Sinne des ROG Vorbehaltsgebiete bestimmten Funktionen oder Nutzungen vorbehalten sind, denen bei der Abwägung mit konkurrierenden Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist und innerhalb festgelegter GIBflex-Gebiete Planungen und Maßnahmen vermieden werden sollen, die mit der jeweiligen Siedlungsfunktion nicht vereinbar sind.

Fläche Aldenhoven „Südliche Erweiterung Gewerbegebiet Aldenhoven Ost“

Die vorliegende Fläche liegt südlich der A 44, an das Gewerbegebiet Aldenhoven Ost angrenzend und hat eine Flächengröße von 24,869 ha. Ihre aktuelle Nutzung dient ebenfalls der Landwirtschaft. Der Regionalplan sieht für die vorliegende Fläche Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich sowie Flächen für die Gewinnung von Bodenschätzen und Flächen für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung vor. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Aldenhoven weist für die vorliegende Fläche „Flächen für die Landwirtschaft“ aus.

Der Erschließungsaufwand ist als mittel bis hoch einzustufen. Die Entfernung zur A 44 beträgt ca. 2,2 km und zur L 136 lediglich 0,6 km Luftlinie. Der nächstgelegene SPNV-Haltepunkt liegt in einer Entfernung von ca. 4,75 km Luftlinie (Jülich) und die Entfernung des nächstgelegenen ÖPNV-Haltespunktes beträgt ca. 900m Luftlinie zum Plangebiet.

Bei den notwendigen Flächen herrschen durchaus einfache Eigentumsverhältnisse vor. Auch die topographischen Verhältnisse sind als einfach einzustufen.

Zusammenfassung

Die Aufnahme dieser Flächen oder zumindest eines Teils der Flächen als GIBflex-Gebiet würde die Gemeinde Aldenhoven in die Lage versetzen, endogene Bedarfe zielgerichteter darzustellen und auch Betriebsumsiedlungen aus der Städteregion Aachen aufzunehmen, die aufgrund dort mangelnder Reserveflächen regional verortet werden sollten.

Die Ausweisung der genannten Flächen als GIBflex-Gebiete erscheint insoweit möglich und sinnvoll, da sie ergänzend zu den bestehenden GIB-Bereichen raumverträgliche und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche regionalplanerisch sichern. Da alle angeregten Bereich die regionalplanerische Darstellungsschwelle von 10 ha überschreiten, kommen diese ebenfalls zur Ausweisung in Betracht.

Bezüglich der zeichnerischen Abgrenzung wird auf die Steckbriefe im Prozess Region+ Wirtschaft sowie die Gewerbeflächenkonzepte des Kreises Düren und des indelandes verwiesen.

Inhalt

sonstige regionalbedeutsame Schienenwege

Der Grundsatz G. 55 (Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen) konkretisiert den Auftrag aus dem Landesentwicklungsplan, bestehende regionalbedeutsame Trassen und Trassen für neue Schienenwege frühzeitig zu sichern, um die Verkehrsinfrastruktur bedarfsgerecht weiterzu-entwickeln (vgl. Grundsatz 8.1-3 LEP NRW). Darüber hinaus setzt er folgerichtig das Ziel 8.1-11 LEP NRW um, welches vorsieht, Mittel- und Oberzentren bedarfsgerecht an den öffentlichen Verkehr anzubinden, um deren Zentralität, Erreichbarkeit und Versorgungsfunktionen zu erhalten.

Auch wenn es sich bereits nach der Definition in der Begründung um keine konkrete räumliche Festlegung handelt, so wäre es aus Sicht der Gemeinde Aldenhoven begrüßenswert, wenn die Verortung dennoch dem aktuell bekannten Sachstand entspricht. Dies alleine schon vor dem Hintergrund, dass durch die zeichnerische Festlegung als Vorbehaltsgebiet der Bereich im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 2 ROG den Vorbehalt der Raumfunktion „Schiene“ erhält und damit auch die Raumansprüche der Schienenplanung gegenüber konkurrierenden Planungen geltend gemacht werden. Da ihnen bei einer Abwägung mit konkurrierenden Planungen und Maßnahmen besonderes Gewicht beizumessen ist, wird seitens der Gemeinde Aldenhoven dringend empfohlen, die Trassenführung anzupassen. Hierzu verweise ich auf Anlage 1 zu dieser Stellungnahme, aus der die beabsichtigte Streckenführung hervorgeht.

Selbiges gilt für die Verortung des Haltepunktes Aldenhoven – Siersdorf (ID 1003612_001_2), der dem Grundsatz G. 53 (Neue Haltepunkte entlang bestehender Strecken einrichten) entspricht. Auch hier ist die Verortung zu ungenau und der Schutzzweck des Vorbehaltsgebiets verfehlt das Schutzziel. Auch hier wird seitens der Gemeinde Aldenhoven dringend empfohlen, die Lage des Haltepunktes anzupassen. Hier wird ebenfalls auf Anlage 1 zu dieser Stellungnahme verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung zu den im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen nicht zu folgen. Stattdessen hat der Regionalrat beschlossen den Planentwurf entsprechend der in Anlage 3 aufgeführten Kartendarstellung „Umsetzung der Änderungsanträge in die Zeichnerische Festlegung des 2. Planentwurfs“ anzupassen. Die Begründung der einzelnen Änderungsbeschlüsse ist den in Anlage 3 enthaltenen Anträgen der CDU, SPD und FDP bzw. der Grünen zu entnehmen. Im zweiten Regionalplanentwurf wird dementsprechend ergänzend zur regionalplanerischen Festlegung der Regiotram ein weiterer sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg zur Erschließung von Baesweiler zeichnerisch festgelegt.

Konkret wird im Rahmen der Abwägung hierzu ausgeführt: „Die Stadt Baesweiler soll an das Schienennetz angeschlossen werden. Die ÖSPV-Maßnahme Regiotram ist von erheblicher Bedeutung für die Region und schreitet in der Planung weiter voran. Die StädteRegion Aachen unterstützt die Umsetzung der Projekte Regiotram und Erweiterung der Euregiobahn. Die Erweiterung der Euregiobahn wurde ebenfalls jüngst erneut im ÖPNV-Bedarfsplan in Vorabstimmung mit AVV und goRheinland gemeldet.“

Darüber hinaus entspricht die zeichnerische Festlegung des Schienenweges dem Verlauf der Anregung der StädteRegion aus der ersten Offenlage (vgl. StnID 1003975 1. Offenlage). Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Dies ist auf Ebene der Regionalplanung ausreichend, um mögliche Raumkonflikte zu erkennen. Die Grobtrasse ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren.

Die Verortung des Plansymbols für den Haltepunkt Aldenhoven-Siersdorf wurde aufgrund der Stellungnahme des Kreis Düren aus der ersten Offenlage angepasst (vgl. StnID 1003612_001 1. Offenlage). Bezüglich der Verortung von Haltepunkten gilt,

dass auch dieser von der Fachplanung räumlich zu konkretisieren ist Eine erneute Anpassung der zeichnerischen Festlegung ist daher nicht erforderlich.

1033356_008, Gemeinde Aldenhoven	
<p>Inhalt</p> <p>Business Park Aldenhoven Alsdorf – Osterweiterung (Future Mobility Park)</p> <p>Die Osterweiterung des Business Park Aldenhoven Alsdorf wurde gem. unserer vorherigen Stellungnahme zum 1. Entwurf des Regionalplans als Standort für GIBtransformation aufgenommen. Auch hierzu werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_113000_1	
Stadtplanung Stadt Düren	
1033032_001, Stadtplanung Stadt Düren	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme der Stadt Düren zum Regionalplanentwurf</p> <p>Nachfolgende Stellungnahme zum Regionalplanentwurf vom 15.10.2024 gibt die Stadt Düren ab. Allgemeiner Hinweis: Die Stadt Düren stellt derzeit den Flächennutzungsplan neu auf. Im Sinne des Gegenstromprinzips wird gem. § 2 ROG erwartet die Stadt Düren, dass die Inhalte des neuen Flächennutzungsplans in den Regionalplan aufgenommen werden. Die Stadt Düren hat sich intensiv mit einer Vielzahl von Flächen (Prüfflächen) auseinandergesetzt und die Flächen als neue Wohnbauflächen oder gewerbliche Bauflächen in den neuen Flächennutzungsplan aufgenommen, die sich fachlich und städtebaulich am besten begründen lassen. Der Stadt Düren ist bewusst, dass auf Ebene der Regionalplanung eine Detailbetrachtung, wie sie auf Ebene des Flächennutzungsplanes erfolgt, allein aufgrund der Maßstabsebene nicht möglich ist. Umso wichtiger ist es, dass die Detailkenntnisse, die im neuen Flächennutzungsplan der Stadt Düren Niederschlag finden im Regionalplan eins zu eins berücksichtigt werden. Der Flächennutzungsplan der Stadt Düren ist der Stellungnahme daher als Anlage beigefügt. Unabhängig von dem allgemeinen Erfordernis des Planabgleichs ist nachfolgend nach Ortsteilen aufgeführt, wo die Stadt Düren eine Anpassung für zwingend erforderlich hält oder eine Aussage erwartet, dass die Abweichungen sich auf den Maßstab des Regionalplanes von 1:50.000 begründen lässt und die Darstellung im Flächennutzungsplan trotz der plangrafischen Abweichung als landesplanerisch angepasst gilt:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen / zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p> <p>Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

[Abbildung]

Die rot markierte Fläche ist im neuen Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche dargestellt, da die Fläche problemlos erschlossen werden kann. Wir schlagen vor, diese Fläche trotz des Hinweises auf die Parzellenunschärfe und des Maßstabes des Regionalplans in den Allgemeinen Siedlungsbereich mit einzubeziehen. Stattdessen kann die gelb markierte Fläche dem Freiraum zugeschlagen werden, da diese Fläche innerhalb eines Landschaftsschutzgebiets liegt und zudem schwerer zu erschließen wäre. Sollte unserer Stellungnahme nicht entsprochen werden gehen wir davon aus, dass eine Entwicklung der rot markierten Fläche aufgrund der beschriebenen Parzellenunschärfe dennoch möglich und regionalplankonform ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen: Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist nicht erforderlich, da die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im

	Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.
--	--

1033032_003, Stadtplanung Stadt Düren

Inhalt

[Abbildung]

Im Vergleich zur frühzeitigen Beteiligung ist nun ein deutlich größerer Teil der Fläche in den Allgemeinen Siedlungsbereich einbezogen worden. Dies begrüßt die Stadt Düren grundsätzlich, da damit die Siedlungsentwicklungsziele des Flächennutzungsplanes abgebildet werden. Dennoch ist die rot markierte Fläche innerhalb des Flächennutzungsplanes ebenfalls als Wohnbaufläche dargestellt. Insgesamt ist der südwestliche Bereich die einzige verbliebene Erweiterungsmöglichkeit des Stadtteils Hoven. Trotz des Hinweises auf die Parzellenunschärfe und des Maßstabes des Regionalplans sollte der rot markierte Bereich in den ASB mit einbezogen werden. Für den Bereich bestehen bereits konkrete Entwicklungsabsichten, sodass eine Berücksichtigung bzw. landesplanerische Anpassung zwingend erforderlich ist. Als Ausgleich könnten ASB-Flächen im Regionalplanentwurf zurückgenommen werden, die deutlich über die Darstellung im neuen Flächennutzungsplan hinausgehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005395 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

[Abbildung]

Die Stadt Düren begrüßt ausdrücklich, dass die im ersten Entwurf des Regionalplanes dargestellten Waldflächen zum künftigen Indesee nicht mehr im Regionalplan dargestellt sind. Dies trägt dem Gedanken Rechnung, dass es sich bei den damals dargestellten Waldflächen weniger um einen qualitativen Wald handelt, sondern vielmehr um Immissionsschutzanlagen für die Braunkohlegewinnung, die spätestens nach Abschluss des Braunkohleabbaus zurückgebaut werden müssen. Damit bietet sich eine räumliche Entwicklung zum künftigen See, die auch im Rahmenplan Indesee 2.0 verankert ist. Die Abgrenzungen des künftigen Sees sind im Flächennutzungsplan der Stadt Düren dargestellt. Zudem sind die im Rahmenplan Indesee aufgezeigten Entwicklungsmöglichkeiten des Stadtteils Merken zum künftigen Seeufer im Norden sowie in Richtung Westen im Flächennutzungsplan der Stadt Düren verankert. Diese werden im Flächennutzungsplan durch entsprechende Bauflächen dargestellt – allerdings dem Bergrecht Rechnung tragend nur entwickelbar, wenn die Fläche aus dem Bergrecht entlassen werden oder die Bergbaubehörde einer Entwicklung im Rahmen einer konkreten Planung zustimmt.

Leider trägt der Regionalplan diesem Gedanken nicht Rechnung, wenngleich in der landesplanerischen Anfrage der Stadt Düren keine Bedenken gegen die Darstellung im Flächennutzungsplan erhoben wurden. In der Abwägung wird zwar auf den Maßstab des Regionalplanes von 1:50.000 verwiesen, sodass eine Unschärfe gegeben ist und eine Entwicklung möglich sei. Im Sinne einer übereinstimmenden (plangrafischen) Darstellung wäre eine Anpassung aus Sicht der Stadt Düren erforderlich. Sollte eine Anpassung nicht erfolgen geht die Stadt wie in der Abwägung dargestellt davon aus, dass eine Entwicklung der Bereiche – unter Berücksichtigung der genannten Bedingung – landesplanerisch angepasst ist. Zwischen der K 35n (südlich von Merken) und der Siedlungsstruktur Merkens ist ein regionaler Grünzug dargestellt. Aus Sicht der Stadt Düren ist die Ausweisung des regionalen Grünzuges nördlich der K 35n aufgrund der teilweise bereits vorhandenen Bebauung und der Insellage wenig sinnvoll, da hier eine Detailschärfe suggeriert wird die der Regionalplan mit dem Maßstab 1:50.000 nicht hat. An der Stelle sollte der Allgemeine Siedlungsbereich bis an die K35 herangezogen werden. Die nordöstliche Fläche (Bezeichnung W_ME_09) sollte entsprechend dem Flächennutzungsplan der Stadt Düren angepasst werden. Zwar wird in der Abwägung ausgeführt, dass eine Entwicklung nicht ausgeschlossen ist, da der Regionalplan auf der Maßstabsebene 1:50.000 Spielraum zulässt. Im Sinne einer übereinstimmenden (plangrafischen) Darstellung wäre eine Anpassung aus Sicht der Stadt Düren erforderlich. Sollte eine Anpassung nicht erfolgen geht die Stadt wie in der Abwägung dargestellt davon aus, dass eine Entwicklung der Bereiche – unter Berücksichtigung der genannten Bedingung – landesplanerisch angepasst ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine zeichnerische Festlegung der beiden im Rahmenplan Indesee 2.0 vorgesehenen Erweiterungsflächen des Ortes Merken Richtung Westen und Norden ist nicht erforderlich, da die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Dies gilt auch bezüglich der Fläche W_ME_09. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPIG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und

klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich geeignet.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß landesplanerischer Vorgaben.

Inhalt

[Abbildung]

Die rot markierte Fläche ist sowohl im derzeit gültigen Flächennutzungsplan von 1999 als auch in der Neuaufstellung als Gewerbliche Baufläche dargestellt. Zudem ist in diesem Bereich der Bebauungsplan Nr. 12/334 „Anker“ rechtskräftig, der hier ein Gewerbegebiet festsetzt. Die Fläche ist die einzige Erweiterungsmöglichkeit des hier ansässigen Betriebes. Bei einer Erweiterung, die planungsrechtlich bereits möglich ist, würde der Regionalplan der Erweiterung deutlich entgegenstehen, was unbedingt zu vermeiden ist. Daher sollte an dieser Stelle der rot markierte Bereich als Gewerblich und Industrieller Bereich (GIB) dargestellt werden. Insgesamt handelt es sich in diesem Bereich um einen bereits seit mehr als 150 Jahren bestehenden und nach wie vor aktiven Industriestandort, der u.a. die Wasserkraft der Rur benötigt. Zwar wird in der Abwägung ausgeführt, dass eine Entwicklung nicht ausgeschlossen ist, da der Regionalplan auf der Maßstabsebene 1:50.000 Spielraum zulässt. An dieser Stelle ist die Situation allerdings die, dass wir bereits bestehendes Baurecht durch einen Bebauungsplan haben und auch die städtische Zielsetzung hier nach wie vor eine gewerbliche ist. Eine Abweichung zwischen bestehen-dem Baurecht und Regionalplanung sollte nicht im Sinne des Gegenstromprinzips ausgeräumt werden. Im Sinne einer übereinstimmenden (plangrafischen) Darstellung wäre eine Anpassung aus Sicht der Stadt Düren daher erforderlich. Sollte eine Anpassung nicht erfolgen geht die Stadt, wie in der Abwägung dargestellt, davon aus, dass eine Entwicklung der Bereiche – unter Berücksichtigung der genannten Bedingung – landesplanerisch angepasst ist, zumal wie ausgeführt bereits verbindliches Baurecht besteht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein

entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als BSN wurde aufgrund der räumlichen Verortung des FH-Gebiets (DE-5104-302) Vorrang vor einer Siedlungsraumfestlegung eingeräumt.

Zudem entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033032_006, Stadtplanung Stadt Düren

Inhalt

Gewerbliche Entwicklung

Die Stadt Düren bereitet im Flächennutzungsplan ein (interkommunal) abgestimmtes Gewerbeflächenkonzept planungsrechtlich vor. Die gewerblichen Bauflächen sind aus einer interkommunalen Abstimmung abgeleitet, die auch mit Vertretern der Bezirksregierung abgestimmt wurden. Der Stadt Düren ist daran gelegen, eine qualitative und städtebaulich umsetzbare gewerbliche Entwicklung im Flächennutzungsplan darzustellen und künftig zu realisieren. Auch vor dem Hintergrund des Strukturwandels ist eine gewerbliche (Flächen-)entwicklung auch künftig erforderlich. Die gewerbliche Entwicklung darf nicht an theoretischen Zahlen und Bedarfsberechnungen ausgerichtet sein, sondern sollte auf Grundlage einer soliden und realistischen Planung aufbauen. Diese Grundlage bietet der neue Flächennutzungsplan der Stadt Düren. Dieser ist nach Auffassung der Stadt Düren – einer Stadt mit mehr als 95.000 Einwohnern in Mitten des Rheinischen Reviers – angemessen und sollte, wie im Flächennutzungsplan dargestellt, auch im Regionalplan übernommen werden.

Allgemeines

Insgesamt begrüßt die Stadt Düren die Neuaufstellung des Regionalplans. Da das Flächennutzungsplanverfahren der Stadt Düren das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplanes „überholt“ hat, ist es sinnvoll, die von der Stadt eingehend untersuchten Flächen im Regionalplan zu berücksichtigen. Eine Überarbeitung entsprechend der oben aufgeführten Flächen sind erforderlich, damit es nicht zu Missverständnissen oder Schwierigkeiten bei künftigen Planungen und Entwicklungen kommt. Insgesamt fordert die Stadt Düren, dass neben den genannten Anmerkungen der Flächennutzungsplan der Stadt Düren als Grundlage genutzt wird, um die Flächenabgrenzungen zwischen Regionalplan und Flächennutzungsplan abzugleichen und anzupassen. Auch wenn in den meisten Fällen die Maßstabsebene die Begründung für die Abweichung ist, sollte dies nicht daran hindern den Regionalplan an diesen Stellen redaktionell entsprechend anzupassen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zu einer nachgeordneten Planung und zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Bezüglich der Vereinbarkeit einzelner Darstellungen im neuen Flächennutzungsplan mit dem Regionalplan wird auf die entsprechenden Erläuterungen zu den Teil-Stellungnahmen ID 1033032_002, 1033032_003, 1033032_004 und 1033032_005 verwiesen.

Darüber hinaus wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

AZ: BET_115000_1	
Gemeinde Hürtgenwald	
1033162_001, Gemeinde Hürtgenwald	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.</p> <p>Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten.</p> <p>Bezüglich der Begründung der Planänderungen im Bereich der Gemeinde Hürtgenwald wird auf die Abwägungsvorschläge zu den Anregungen der Gemeinde Hürtgenwald in der ersten Offenlage und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p>

Inhalt

Die rechnerisch zugrunde gelegten Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung entsprechen mit Blick auf die Gemeinde Hürtgenwald weder der tatsächlichen Entwicklung noch den angestrebten Entwicklungszielen auf regionaler Ebene (Wachstumsoffensive des Kreises Düren, Rheinisches Revier). Insofern sind die auf dieser Basis errechneten Entwicklungskorridore für eine weitere Wohn- und Gewerbeentwicklung - 5 ha für Gewerbe und 23 ha für Wohnen (Z.3 Tabelle 1) - zu eng, um Entscheidungsspielräume zu ermöglichen. Die Gemeinde hat im Rahmen eines Baulandentwicklungskonzeptes alle Flächenreserven im wirksamen Flächennutzungsplan bewertet (siehe auch Stellungnahme der Gemeinde zum ersten Regionalplan-Entwurf). Insbesondere in Bezug auf gewerbliche Flächenpotenziale ist festzustellen, dass keine betriebsungebundenen Flächen mehr zu entwickeln sind (siehe unten). Auch in Bezug auf Wohnbauflächen kann ein nicht unerheblicher Teil der Flächenreserven kurz-bis mittelfristig nicht mobilisiert werden - überwiegend aufgrund von Eigentumsverhältnissen oder aufgrund unwirtschaftlich hoher Erschließungskosten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im

Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung
Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale
Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht.
Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt
werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten
Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in
Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt
bei einer Größenordnung von 10 ha.

Im Übrigen wird bezüglich der gewerblichen Entwicklungsmöglichkeiten auf die
Abwägungsvorschläge zu ID 1033162_005 und 1033162_007 verwiesen.

1033162_003, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Neben den berechtigten, baulichen Entwicklungsinteressen sieht die Gemeinde die Notwendigkeit und Aufgabe eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden, nicht zuletzt zum Erhalt der Kulturlandschaft, die für die Gemeinde auch als Tourismusdestination so wichtig ist. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darauf hinweisen, dass sich die Stellungnahme der Gemeinde zum ersten Entwurf im Jahr 2021 auf die Kernthemen des Regionalplans konzentrieren musste. In diese Zeit fiel die Abwahl des damaligen Bürgermeisters - ein in NRW außergewöhnlicher Vorgang, so dass Politik und Verwaltung stark gefordert waren. Die Alleinstellungsmerkmale der Gemeinde im Themenfeld Kulturlandschaft und Tourismus sind bisher zu wenig herausgearbeitet worden. Zwischenzeitlich wurden konkrete Ideen (Erinnerungskultur, landesweiter Mountainbike-Stützpunkt) entwickelt. Diese Fortentwicklung würde in besonders guter Art und Weise die schon bestehenden Anziehungspunkte wie Höhenerlebnispfad, Bodenlehrpfad „Todtenbruch“, touristischer Ort Simonskall, Erholungsorte Vossenack und Simonskall ergänzen und dauerhaft stärken. Auch vor dem Hintergrund der Neugründung der kommunenübergreifenden Tourismusorganisation „Rureifel-Tourismus“ bietet sich mit der raumordnerischen Weiterentwicklung dieser Fläche die große Chance, das touristische Profil der Gemeinde Hürtgenwald nachhaltig positiv zu verbessern. In den Anlagen finden Sie hierzu weitere Erläuterungen.

(Anlage 1)

(Anlage 2)

(Anlage 3)

(Anlage 4)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Kulturlandschafts- und Tourismusentwicklung vorgebracht. Dazu wird auch auf die Erläuterungen zur StnID 1033382_008 verwiesen.

1033162_004, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Aufgrund der Dringlichkeit der betroffenen Interessen der Gemeinde Hürtgenwald werden sowohl in Zusammenarbeit mit dem Kreis Düren als auch auf Grundlage des Beschlusses des Rates vom 12.11.2024 konkret folgende Anregungen vorgetragen:

Die bereits im Rahmen des Kommunalgesprächs im Jahr 2017 vorgetragenen und auch im Rahmen der Stellungnahme zum Ersten Planentwurf konkretisierten Planungsabsichten der Gemeinde werden auch im Zweiten Regionalplan-Entwurf in wesentlichen Punkten nicht berücksichtigt (siehe hierzu unten). Im Ergebnis bedeutet das, dass die weitere bauliche Entwicklung der Gemeinde Hürtgenwald grundsätzlich auf die vorhandenen Flächennutzungsplan-Reserven beschränkt bleibt oder sogar dahinter zurückbleiben soll. Im Jahr 2022 wurde das oben bereits erwähnte Baulandentwicklungskonzept als städtebauliches Entwicklungskonzept der Gemeinde beschlossen. Neben der Mobilisierung von Wohnbauland legt die Gemeinde zusammen mit der Gemeindeentwicklungsgesellschaft eine hohe Priorität auf die Entwicklung gewerblicher Bauflächen für endogene Bedarfe. Die Gemeinde Hürtgenwald hat bereits im Rahmen der Kommunalgespräche im Oktober 2017 Dezernat 32 insbesondere auf folgende Entwicklungsziele der Gemeinde hingewiesen:

(1) Entwicklung gewerblicher Bauflächen in Kleinhau und Vossenack auf Grundlage des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren (2016),

(2) Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs in Hürtgenwald-Kleinhau und darauf aufbauender Bauleitplanverfahren,

(3) Aufgabe der Entwicklung der gewerblichen Baufläche (FNP-Reserve) östlich der B399 in Gey.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Darüber hinaus wird auf die Abwägungsvorschläge zu ID 1033162_005, 1033162_006 und 1033162_007 verwiesen.

Inhalt

Zu (1) regionales Gewerbeflächenkonzept des Kreises Düren

Im Rahmen des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes des Kreises Düren wurden zwei Potentialflächen im Gemeindegebiet Hürtgenwald identifiziert: am südlichen Ortsrand von Kleinhau und am nordöstlichen Ortsrand von Vossenack.

(Abbildung)

Die Umsetzung der gewerblichen Potentialfläche in Kleinhau ist insbesondere westlich der L 11 und südlich der Zufahrt zur Biogasanlage auf Grundlage des Regionalplan-Entwurfs nicht möglich (siehe hierzu auch (2)). Die Fläche nördlich der Zufahrt zur Biogasanlage, die im Regionalplan neu dargestellt ist (**ID 1005460**), ist bereits durch Bauleitplanung umgesetzt (14. Flächennutzungsplan-Änderung „Gewerbe und großflächiger Einzelhandel, südlicher Ortsrand Kleinhau“, Bebauungsplan F8 „Erweiterung des zentralen Versorgungsbereichs im Ortsteil Kleinhau“, Bekanntmachung April 2023) und steht insofern nicht zur Deckung der errechneten Bedarfe zur Verfügung.

(Abbildung)

Die Potentialfläche in Vossenack wird bereits im Rahmen der 12. Flächennutzungsplan-Änderung für eine gewerbliche Entwicklung vorbereitet (Aufstellungsbeschluss Oktober 2019, Offenlagebeschluss Oktober 2024). Die landesplanerische Anfrage gem. § 34 Abs. 1 LPlG wurde positiv beschieden. Ebenfalls im Oktober 2024 wurde der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan K 17 "Gewerbegebiet Germeter im Ortsteil Vossenack" für den südlichen Teil der geplanten FNP-Potentialflächen (ca. 5 ha) gefasst. Das entspricht dem im Rahmen des Regionalplan-Entwurfs errechneten, endogenen Bedarf, zu dessen Deckung - wie bereits erläutert - keine anderen Potentialflächen mehr zur Verfügung stehen. Diese Fläche (**ID 1012213**) liegt im aktuellen Regionalplan überwiegend innerhalb des festgelegten ASB Vossenack und wird im zweiten Regionalplan-Entwurf vollständig zurückgenommen.

(Abbildung)

Innerhalb der festgelegten ASB gibt es keine gewerblichen (nicht betriebsgebundenen) FNP-Reserven mehr. Das durch die Gemeindeentwicklungsgesellschaft geplante Gewerbegebiet Germeter in Vossenack kompensiert die Rücknahme einer ähnlich großen Flächenreserve in Gey innerhalb des ASB, die bereits im Rahmen des ersten Regionalplan-Entwurfs zurückgenommen wurde (siehe 3). Im zweiten Regionalplan-Entwurf wird Vossenack als zentralörtlich bedeutsamer Allgemeiner Siedlungsbereich (zASB) dargestellt, so dass die Entwicklung des geplanten Gewerbegebietes an dieser Stelle aus Sicht der Gemeinde

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Zudem ergeben sich gegenüber der ersten Beteiligung keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, insofern wird auf die Erläuterungen zu StnID 1005460 und 1012213 1. Offenlage verwiesen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

den landesplanerischen Vorgaben entspricht.

1033162_006, Gemeinde Hürtgenwald	
<p>Inhalt</p> <p>Zu (2) zASB Kleinhau</p> <p>Entsprechend der Bauleitplanung der Gemeinde Hürtgenwald ist der Ortsteil Kleinhau als zentralörtlich bedeutsamer Allgemeiner Siedlungsbereich (zASB), Regionalplan-Entwurf/ Erläuterungskarte S 1 (Anhang A2) dargestellt. Die Neufestlegung vollzieht hier aber nur bereits erfolgte Entwicklung nach (siehe oben).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.</p>

Inhalt

Zu (3) Aufgabe der Entwicklung der gewerblichen Bauflächen (FNP-Reserve) östlich der B399 in Gey

Grundsätzlich ist es nach den Erfahrungen der Gemeinde aus den letzten 15 Jahren nicht möglich, östlich der B399 einen Gewerbestandort zu entwickeln. Die hier vorhandenen Flächenreserven des FNP (12 ha) sollen an anderer Stelle im Gemeindegebiet realisiert werden, insbesondere am nördlichen Ortsrand von Vossenack (12. FNP-Änderung - 9 ha) und am südlichen Ortsrand von Kleinhau (14. FNP-Änderung - rd. 0,5 ha plus südlich daran anschließende Flächen). Nicht zuletzt seitens ortsansässiger Gewerbebetriebe werden Flächen nachgefragt. Die überwiegend innerörtliche Lage mittelständischer Unternehmen bzw. klein- und mittelständischer Handwerksbetriebe lässt eine Erweiterung vorhandener Betriebsstandorte nicht oder nur mit hohen Auflagen zu. **Die Gemeinde Hürtgenwald regt erneut an, die genannten Bereiche in Vossenack (ID 1012213) und Kleinhau (südlich ID 1005460) als ASB festzulegen. Die Darstellung gewerblicher Bauflächen in Gey (FNP-Reserve) kann zurückgenommen werden.** Insbesondere zu den seit 2019 verfolgten Bauleitplanungen „Gewerbegebiet Germeter“ im Ortsteil Vossenack möchte die Gemeinde zeitnah mit der Regionalplanungsbehörde ins Gespräch kommen. Die landesplanerische Anfrage zur 12. Änderung des Flächennutzungsplans wurde positiv beschieden. Im Vertrauen auf diese Aussage wurden zur Entwicklung der Fläche bereits hohe Planungskosten ausgelöst und Flächen durch die Gemeinde angekauft. Die Gemeinde muss Sicherheit darüber gewinnen, dass die Ziele der Raumordnung einer Genehmigung der geplanten Darstellung eines Gewerbegebietes an dieser Stelle auch mit Blick auf den zweiten Regionalplan-Entwurf nicht entgegenstehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Gemeinde Hürtgenwald. Jedoch kann ein Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* erfolgen.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPIG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Bezüglich der Anregung zu den Bereichen in Vossenack und Kleinhau wird auf die Erläuterungen zu StnID 1033162_005 verwiesen.

1033162_008, Gemeinde Hürtgenwald

Inhalt

Die Vorgaben des Regionalplan-Entwurfs zu den Themen Erneuerbare Energien - Windenergieanlagen, PV-Freianlagen - werden mitgetragen. Mit der „*Potenzialflächenuntersuchung für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) in der Gemeinde Hürtgenwald*“ sowie den darauf aufbauenden Flächennutzungsplanänderungen und Bebauungsplänen kommt die Gemeinde Hürtgenwald dem Grundsatz G.1 bereits nach. Die für eine Ausweisung vorgesehenen Windenergiegebiete im zweiten Regionalplan-Entwurf sind bereits heute als Konzentrationszonen ausgewiesen und/oder mit Windenergieanlagen bebaut.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Hinweise beziehen sich auf Regelungen, die nicht Gegenstand des Gesamtplanverfahrens, sondern des ebenfalls in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien sind.

AZ: BET_116000_1	
Gemeinde Inden	
1033666_001, Gemeinde Inden	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme der Gemeinden Inden zur 2. öffentlichen Auslegung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln</p> <p>Diese Stellungnahme gilt vorbehaltlich der politischen Beratung des Ausschusses für Gemeindeplanung und –entwicklung der Gemeinde Inden am 28.11.2024</p> <p>Die Gemeinde Inden begrüßt die konstruktive Vorgehensweise mit den, von der Gemeinde Inden, geäußerten Belangen. Hier sind besonders die Ausweisungen der Tagesanlagen als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ und die Ausweisung „Freiraumbereich für zweckgebundene Nutzungen, Sonstige Zweckbindungen“ auf der Goltsteinkuppe zu nennen.</p> <p>Im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslage gemäß § 9 Abs. 2 und 3 Raumordnungsgesetz (ROG) in Verbindung mit § 13 Landesplanungsgesetz (LPIG NRW) zur Überarbeitung des Regionalplanes Köln werden seitens der Gemeinde Inden trotzdem folgende Anregungen und Bedenken geltend gemacht:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt.</p> <p>Bezüglich der hier angesprochenen Bedenken/Anregungen wird auf die Erläuterungen zu den Teilstellungnahmen StnID 1033666_002 und 1033666_03 verwiesen.</p>

1033666_002, Gemeinde Inden

Inhalt

Zu Abwägung 1005363 und Änderungsantrag 81

Der Änderungsantrag des Regionalrates wurde nicht hinreichend umgesetzt. Der Änderungsantrag 81 lautet:

„Der Regionalrat folgt nicht dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung. Der Bereich der Goltsteinkuppe wird entsprechend dem Antrag der Gemeinde Inden als AFAB mit der Zweckbindung Erholung und Freizeit ausgewiesen.“

Demnach sollen die Forderungen der Gemeinde Inden umgesetzt werden.

Die Stellungnahme der Gemeinde Inden zur ersten Offenlage lautete: *„...Für die Goltsteinkuppe ist die Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ vorgesehen. Die Ausweisungen „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ steht den schon vorhandenen touristischen Nutzungen und der weiteren Entwicklung im Strukturwandel an diesem für das gesamte Revier bedeutenden Freizeitstandort Indemann entgegen. Da die vorgesehene Ausweisung der aktuellen Nutzung und der geplanten Entwicklung entgegensteht, sollte eine Ausweisung gem. Kapitel 4.1.3 Flächen „Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum“ Ziel 17 vorgenommen werden...“*

Die zeichnerische Festlegung A-2-4 Blatt02-03_Kreis Dueren_Planentwurf weist die Fläche der Goltsteinkuppe zwar nun als „Freiraumbereich für zweckgebundene Nutzungen, Sonstige Zweckbindungen“ aus, jedoch auch weiterhin als „Freiraum, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“. Die Ausweisung steht weiterhin im Widerspruch zu den heutigen und auch geplanten Nutzungen auf der Goltsteinkuppe.

Um dem Antrag 81 des Regionalrates und der Stellungnahme der Gemeinde Inden in Gänze zu folgen, **muss die Ausweisung „Freiraum, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ auf der Fläche der Goltsteinkuppe zurückgenommen werden.**

[ABBILDUNG]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Festlegung von Freiraumbereichen für zweckgebundene Nutzungen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Schon im Rahmen der EuRegionalen 2008 wurde die Goltsteinkuppe mit dem Starterprojekt des Aussichtsturmes Indemann und einem gastronomischen Angebot freizeitwirtschaftlich im Rahmen des anstehenden Strukturwandels in Inden in Wert gesetzt. Auf der Grundlage der Zielsetzungen des Braunkohlenplanes Inden II mit dem hieraus geforderten Rahmenplanes Indesee wird die touristische Inwertsetzung mit Attraktivierung des Angebotes fortgeführt. Weitere Projekte haben mit dem Starterpaket Kernrevier den 3. Stern in der Förderkulissee des Rheinischen Reviers erreicht. Die Förderantragstellung ist in Erarbeitung. Darüber hinaus werden zukünftige Entwicklungen über die Sichtachse in Richtung zukünftiger Seekante initiiert. Für die Goltsteinkuppe ist die Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ vorgesehen. Die Ausweisungen „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ steht den schon vorhandenen touristischen Nutzungen und der weiteren Entwicklung im Strukturwandel an diesem für das gesamte Revier bedeutenden Freizeitstandort Indemann entgegen. An Argumenten zusätzlich hat sich die Weiterentwicklung der Rahmenplanung Inden. 2.0 ergeben. Hieraus ergibt sich eine weit höhere Bedeutung der touristischen Inwertsetzung der Goltsteinkuppe insbesondere in der Verbindung zum SüdWestUfer mit der Strandlandschaft und bis zur Erreichung des geplanten Wasserspiegel als Projekt im Rahmen der IBTA.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Die vom Regionalrat beschlossenen Änderungen ergeben sich aus der Anlage 3 zur Beschlussvorlage RR 39/2024. Die Anlage enthält die Umsetzung der Änderungsanträge in die Zeichnerische Festlegung des 2. Planentwurfs als Kartendarstellung. Die Änderungskarten wurden im Rahmen der Regionalratssitzung am 11.10.24 einzeln aufgerufen und beschlossen. Hierdurch wurde der Wille des

Plangebers eindeutig definiert und dokumentiert. Die Kartendarstellung enthalten einen AFAB mit der Zweckbindung Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus der durch die Freiraumfunktion Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BLSE) überlagert wird. Die Festlegung steht einer touristischen Nutzung nicht entgegen. Entsprechend *G.30 BSLE erhalten und entwickeln* sollen in den BSLE u.a. die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen gesichert und entwickelt werden. Im Übrigen handelt es sich um einen raumordnerischen Grundsatz der in den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen lediglich zu berücksichtigen ist. Auch andere AFAB mit Zweckbindung, wie z.B. das Freilichtmuseum Meckernich-Kommern werden durch die Freiraumfunktion BSLE überlagert.

1033666_003, Gemeinde Inden

Inhalt

Zu Abwägung 1005368:

Das Umfeld der Lucherberger Lagune ist ein Projektbereich der Gemeinde Inden, der Starke Projekte GmbH und dem Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen und umschließt den Bereich mit einer geplanten touristischen Inwertsetzung. Für diese Fläche ist im Rahmenplan Indesee, als Projekt im Strukturwandel, unter anderem eine Nutzung als Strand inklusive Campingplatz vorgesehen.

In der Abwägung heißt es: „Die Festlegung als BSLE bzw. Regionaler Grünzug schließt eine verträgliche Entwicklung von nicht durch bauliche Anlagen geprägter Einrichtungen für Freizeit, Erholung, Sport und Tourismus, z.B. eines Strandzugangs, nicht aus. Dies gilt ebenso grundsätzlich auch für die Planung eines Campingplatzes. Diese erfordert jedoch ergänzend die Beachtung der landesplanerischen Vorgaben für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW).“

Dies gilt nur für den Bereich östlich der Lucherberger Lagune. Für das gesamte Südostufer des geplanten Indesees ist ein Wettbewerb in Vorplanung. Dieser Wettbewerb wird unter anderem die Positionierung des Campingplatzes erarbeiten. Eine Campingplatznutzung ist nur wirtschaftlich sinnvoll, wenn auch die Kosten zur Erschließung des Campingplatzes in einem normalen Rahmen bleiben. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass der Wettbewerb eine Positionierung des Campingplatzes westlich der Lucherberger Lagune und somit in Nähe des allgemeinen Siedlungsbereiches, ergeben wird. Die zeichnerische Festlegung A-2-4 Blatt02-03_Kreis Dueren_Planentwurf weist die Fläche westlich der Lucherberger Lagune als „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ und „Regionale Grünzüge“ aus. Eine Campingplatznutzung wäre somit in diesem Bereich nicht umsetzbar.

Um der Umsetzung des Wettbewerbs inklusive des Campingplatzes nicht im Wege zu stehen, **muss die Ausweisung „Freiraum, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ im Bereich westlich der Lucherberger Lagune zurückgenommen werden.**

[ABBILDUNG]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1005368 1.Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zur besseren Verständlichkeit hier eine ähnliche Formulierung für den gleichen Sachverhalt: Die Festlegungen in dem betreffenden Bereich erfolgen in Anpassung an den aktuellen Stand der Abbau-/Rekultivierungsplanung. Die Festlegung als BSLE bzw. Regionaler Grünzug schließt eine verträgliche Entwicklung von „nicht überwiegend durch bauliche Anlagen“ geprägter Einrichtungen für Freizeit, Erholung, Sport und Tourismus (siehe Z. 17 und G. 27 des Regionalplanentwurfs), z.B. eines Strandzugangs, nicht aus. Dies gilt ebenso grundsätzlich auch für die Planung eines Campingplatzes. Diese erfordert jedoch ergänzend die Beachtung der landesplanerischen Vorgaben für überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW).

AZ: BET_118000_1

Gemeinde Langerwehe

1034374_001, Gemeinde Langerwehe

Inhalt

Stellungnahme zur Reduzierung und Umwidmung der GIB-Fläche an der L 12 (1001340)

Die Reduzierung der Flächengröße von 11 auf 6 ha sowie die gleichzeitige Umwidmung der Fläche von GIBflex auf GIB ist für die Gemeinde Langerwehe nicht hinnehmbar, da damit die geplante Entwicklung einer Bio-Methan-Anlage (Flächenanspruch ca. 10 ha) im betreffenden Bereich unmöglich gemacht wird.

Auf der Grundlage der Ausweisung im ersten Entwurf des Regionalplans 2022 ist die Gemeinde bereits seit geraumer Zeit im Gespräch mit einem Investor, der eine solche Anlage aufgrund der hervorragenden Lage und Anbindung des Gebietes an die BAB A 4 sowie mit einem entsprechenden Einzugsgebiet an Rohstoffen für die Bio-Methan-Anlage errichten will. Entsprechende Gespräche mit den Grundstückseigentümern zur Akquise der Flächen laufen bereits.

Dass die Lage und Anbindung des Standortes an das überörtliche Straßennetz so herausragend sind, hat im Übrigen auch der Rankingprozess Region+ ergeben. Alleine durch die Zuordnung in die Region Mitte des Kreises Düren, kam der Standort trotz der hohen Bewertungszahl im Vergleich mit anderen Standorten im Kreis Düren nicht zum Zuge.

Darüber hinaus würde durch die geplante Einspeisung des Bio-Methan in das bestehende Erdgasnetz neben der Gemeinde Langerwehe die gesamte Region von der Anlage profitieren können. Viele durch die Wärmeplanung ansonsten erforderliche Investitionen in die alternative Wärmeversorgung der Region wären damit nicht mehr erforderlich. Vielmehr könnte nachhaltig auf bestehende Versorgungsstrukturen zurückgegriffen werden. Es muss darüber hinaus gewährleistet werden, dass die Fläche in Rahmen des anstehenden Strukturwandels dazu beitragen kann, die in der Region um den Tagebau Inden wegfallenden Arbeitsplätze zu kompensieren. Neben den Arbeitsplätzen im Tagebau Inden sind dies insbesondere die direkt oder indirekt abhängigen Unternehmen wie Zulieferer und Dienstleister. Um diese anstehenden Arbeitsplatzverluste auszugleichen, müssen Flächen für Industrie, Gewerbe und Handwerk im Umfeld des Tagebaus Inden qualifiziert werden. Die Fläche wäre damit in mehrfacher Hinsicht ein zusätzlicher Baustein, den Strukturwandel für die Region positiv zu gestalten. Es wird daher beantragt, die Fläche auf 10 ha zu vergrößern, um diese Investition in eine umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung der Region und den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze zu ermöglichen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001340 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Langerwehe verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB oder GIBflex ist nicht bedarfsgerecht. Hinsichtlich der Position der einzelnen Flächen sowie die Auswirkungen des Rankings des Prozess Region+ Wirtschaft auf eine mögliche Verortung wird auf die Ausführungen in der Begründung u.a. Tabelle 14 verwiesen.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zudem werden bezüglich der Einspeisung von Biomethan Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Darstellung der Ortsumgehung Schlich/Merode (K 27n)

Im Rahmen der Offenlage im Jahre 2022 hatte die Gemeinde die Darstellung der im neuen Flächennutzungsplan der Gemeinde enthaltenen Planung der Kreisstraße 27n auch im neuen Regionalplan als „sonstige regionalplanerisch bedeutsame überörtliche Straße“ gefordert. Diese Darstellung verfolgt das Ziel, die Ortslagen Schlich und Merode sowie den Umsiedlungsstandort Jüngersdorf/Pier von dem seit der Eröffnung der Autobahnanschlussstelle Langerwehe gestiegenen Durchgangsverkehr zu entlasten. Durch die Lage der geplanten Führung der K 27n werden die aus den südöstlich gelegenen Bereichen der Stadt Düren, der Gemeinden Hürtgenwald und Kreuzau stammenden Verkehre mit den Fahrtzielen Langerwehe Zentralort, Eschweiler und Autobahnanschlussstelle Langerwehe vor der Ortschaft Schlich nach Norden zur bestehenden Unterführung der Weierstraße unter der Bahnstrecke Köln-Aachen und im Weiteren bis zur Einmündung der Weierstraße auf die B 264 geführt. Neben der Entlastung der durch Wohnnutzung geprägten Ortsdurchfahren von Schlich, Merode und Jüngersdorf/Pier von Verkehren und den hiermit einhergehenden Emissionen verfolgt die geplante Errichtung der K 27n das Ziel, Verkehre zu dem geplanten Haltepunkt der Euregiobahn (RB 20) östlich der Ortslage D'horn zu führen. Die hiermit verbundene sinnvolle und komfortable Verknüpfung von überörtlichen KFZ- und Schienenverkehrstraßen dient dem Ziel, Verkehre auf die (umweltfreundliche) Schiene zu verlagern. Der Regionalrat hat entschieden, der Stellungnahme der Gemeinde nicht zu folgen, weil die angeregte Änderung nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans entspricht. Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgesetzt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.

Der Rat hat nunmehr beschlossen, diese Forderung zur Darstellung der Ortsumgehung Schlich/Merode (K 27) mit folgender Begründung aufrecht zu erhalten:

Die Abbindung der K27 war Bestandteil des Braunkohlenplans Umsiedlung Pier von 2004. Insofern wurde die Abbindungsachse auch im Regionalplan von 2003 bereits dargestellt. Auch wenn die Umsiedlung Pier bereits abgeschlossen werden konnte, bleibt die verkehrliche Entwicklung in den Dörfer Jüngersdorf, Pier, Merode und Schlich der Gemeinde Langerwehe eine extreme Herausforderung, da Ende 2015 die Anschlussstelle Langerwehe, Inden, Düren-West der BAB A4 eröffnet wurde. Mit dieser Autobahnabfahrt wird zusätzlich zum innerörtlichen Verkehr, der gesamte überörtliche Verkehr Richtung Eifel durch diese Dörfer geführt.

Die Entfernung der Abbindungsachse im aktuellen Regionalplan ist daher völlig unverständlich. Es wird daher gefordert, die Darstellung nicht aus der zeichnerischen Darstellung zu entfernen. Weiterhin hat der Rat beschlossen, seine Stellungnahme von 2022 aufrecht zu halten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1001345 1. Offenlage).

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich gegenüber der ersten Beteiligung keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Die Aussage, dass die Abbindung der K27 Bestandteil des Braunkohlenplans Umsiedlung Pier ist, trifft nicht zu. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

[Abbildung]



AZ: BET_119000_1	
Gemeinde Kreuzau	
1033385_001, Gemeinde Kreuzau	
<p>Inhalt</p> <p>ASB Kreuzau</p> <p>ID 1005445 - Entwicklungsflächen östlich der Ortslage Kreuzau</p> <p>Der Eingabe vom 30.08.2022 wurde nicht gefolgt mit der Erläuterung/Begründung:</p> <p><i>„Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände hier insbesondere die Festlegung eines Überschwemmungsbereiches sowie die Festlegung als Regionaler Grünzug entgegen.“</i></p> <p>Dieser Begründung wird seitens der Gemeinde entgegengehalten, dass durch die Realisierung eines Hochwasserrückhaltebeckens Kreuzau (HRB Kreuzau) in Drove durch den Wasserverband Eifel-Rur (kurz WVER) südlich der Ortslage Kreuzau die Überschwemmungsgefahr und damit die Festsetzung eines Überschwemmungsbereiches neu zu prüfen und zu beurteilen ist. Die Planungen für das HRB Kreuzau wurden vom WVER in der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus (kurz AGWDT) am 11.09.2024 vorgestellt. Die entsprechende Präsentation ist dieser Stellungnahme beigelegt. Die erforderlichen Verbandsbeschlüsse liegen vor. Die Zeitplanung sieht vor, noch in diesem Jahr den Antrag zur Genehmigung des HRB Kreuzau bei der zuständigen Genehmigungsbehörde (Kreisverwaltung Düren) einzureichen. Die derzeitigen Planungen sehen eine Realisierung des HRB Kreuzau im Jahr 2026 vor.</p> <p>Der Begründung des Raumwiderstandes durch die Festlegung des angrenzenden Gebietes als Regionaler Grünzug wird seitens der Gemeinde entgegengehalten, dass sich auf Ebene des Regionalplanes Strukturen ablesen lassen, welche sowohl begrenzend für den Regionalen Grünzug als auch für den zu erweiternden Allgemeinen Siedlungsbereich zu bewerten sind. Bei dieser Struktur handelt es sich um den „Duffesbach“, welcher die Festlegung des Regionalen Grünzuges im Osten begrenzt. Durch eine Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches bis zum Duffesbach wird ebenfalls das Ziel 18, Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit, weiterhin erreicht und ebenfalls der Regionale Grünzug nicht zerschnitten. Der Regionale Grünzug würde im nördlichen Bereich von Kreuzau Ost maximal in den Randbereichen tangiert. Ein solches Nebeneinander der Festlegungen ist jedoch möglich, wie die Festlegungen nördlich von Kreuzau, im südlichen Bereich des Stadtgebietes Düren, zeigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005445 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54, BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 ist Sache der Fachplanung. In Bezug auf die Aktualisierung der Überschwemmungsgebiete der Fachplanung ist bekannt, dass diese regelmäßig an einzelnen Gewässern aktualisiert werden. Eine veränderte Situation in Bezug auf die ÜB lässt sich jedoch noch nicht erkennen, wenn sich ein HRB erst in der Planungsphase befindet.</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln</p>

Insofern stehen der vollständigen Aufnahme der Entwicklungsfläche östlich der Ortslage von Kreuzau in absehbarer Zukunft keine Raumwiderstände mehr entgegen.

Die Gemeinde bittet aus diesem Grund um vollständige Aufnahme der Entwicklungsflächen östlich der Ortslage.

und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Inhalt

ID 1005446 - Entwicklungsfläche Hoesch Aue / Gelände Hoesch Design GmbH - westlich der Rur

Hier wurde der Eingabe der Gemeinde aus der Stellungnahme vom 30.08.2022 nur teilweise gefolgt. Begründung:

„Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB [...] folgerichtig.[...] Die Abgrenzung der ASB's orientiert sich daher an den bereits bauleitplanerisch gesicherten Flächen.“

Die Gemeinde Kreuzau begrüßt, dass nun, ihrem Wunsch entsprechend, auch westlich der Rur der ASB zeichnerisch dargestellt wird. Allerdings fehlen in dieser Darstellung Teilflächen im südlichen und nördlichen Bereich.

Es ist für die Gemeinde nicht nachvollziehbar, warum nur „bauleitplanerisch gesicherte Flächen“ berücksichtigt werden sollen. Zum einen gibt es im bisher nicht berücksichtigten nördlichen Teil mit der „Roten Villa“ bereits Baubestand und damit nachgewiesene (ehemalige) Siedlungstätigkeit. Zum anderen überplant die Gemeinde zur Zeit bauleitplanerisch den kompletten Bereich (einschließlich nördliche und südliche Teilflächen). Die Planung wurde der Bezirksregierung bereits vorgestellt. Auf die beigefügten Unterlagen der Stellungnahme vom 30.08.2024 wird verwiesen.

Bezüglich der im südlichen Abschnitt nicht berücksichtigten Flächen wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um einen natürlichen Bewuchs handelt. Die Fläche ist auf Luftbildern gut erkennbar, deutlich von Wegen durchzogen und die Anpflanzungen sind, das ergab die Prüfung älterer Luftbildaufnahmen, vor ca. 20 Jahren vorgenommen worden. Ferner konnte in vorliegenden Unterlagen kein Hinweis darauf gefunden werden, dass es sich um eine Ausgleichsfläche handelt.

Es wird daher seitens der Gemeinde beantragt, die kompletten Flächen (einschließlich nördlicher und südlicher Fläche) im ASB Kreuzau zu berücksichtigen. Ein Vermerk vom 06.07.2023 über einen gemeinsamen Ortstermin mit der Bezirksregierung Köln, dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie NRW sowie der Kreisverwaltung Düren ist dieser Stellungnahme beigefügt. Hier wurde unter anderem die landes- und regionalplanerische Bewertung des Vorhabens erörtert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 10054461. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Darüber hinaus werden die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Kreuzau verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als ASB ist nicht bedarfsgerecht. Eine Festlegung der sonstigen Flächen als ASB war lediglich aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand, d.h. die bestehenden Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan, möglich. Die darüber hinaus gehenden Flächen sind nicht darstellungsfähig.

Zudem entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

ID 1005447 - Entwicklungsfläche nördlich der Ortslage /An der alten Malzfabrik

Hier wurde die Eingabe der Gemeinde aus der Stellungnahme vom 30.08.2022 nicht berücksichtigt. Begründung:

Es werden Raumwiderstände angeführt (Biotopverbund, Wald, HQ extrem).

Diese Entscheidung ist nicht nachvollziehbar, da es sich bei der Fläche nicht um Waldfläche handelt. Vielmehr handelt es sich um eine parkähnliche Geländeformation, welche Bestandteil eines die Kulturlandschaft prägenden Gebäudes flankiert, mit weiterem Gebäudebestand. In diesem ehemals industriell genutzten Gebäude (Alte Mälzerei) befindet sich heute eine Wohnanlage mit ungefähr 50 Wohneinheiten. Insofern ist die Fläche schon wegen der bestehenden Wohnnutzung eher dem Allgemeinen Siedlungsbereich und nicht einem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich zuzuordnen. Die Fläche ist eingezäunt und wird gepflegt. Damit ist eine deutliche anthropogene Prägung festzustellen, was einer natürlichen Entwicklung entgegensteht.

Ebenfalls ist die Einstufung des Gebietes als Überschwemmungsfläche im Falle eines HQextrem nicht nachvollziehbar. Hier gibt es lediglich die theoretische Berechnung jedoch konnten in einem entsprechenden Extremereignis (Hochwasser 2021) die Erfahrung gemacht werden, dass keine Überschwemmungen in dem aufgeführten Gebiet stattgefunden haben. Dies ist auf die vorhandene Topographie zurückzuführen. So ist zwischen der aufgeführten Fläche nördlich der Ortslage Kreuzau und dem Flussbett der Rur ein Höhenunterschied von ungefähr 3 Metern zu messen.

Insofern beantragt die Gemeinde erneut, die Fläche in den ASB einzubeziehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005447).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die in Rede stehende Fläche wird aufgrund der entgegenstehenden Festlegungen eines Regionalen Grünzugs und eines BSN (wie auch im Ausgleichsvorschlag aus der ersten Offenlage begründet) nicht als Siedlungsraum festgelegt. Bei den in Klammern genannten Raumwiderständen Wald und HQextrem handelt es sich lediglich um eine beispielhafte Aufzählung von potenziellen Raumwiderständen, die sich aber nicht auf die betreffende Fläche bezieht.

AZ: BET_120000_1

Stadtverwaltung Linnich/Fachbereich 4

1032609_001, Stadtverwaltung Linnich/Fachbereich 4

Inhalt

I. Stellungnahme der Stadt Linnich zum Ersten Planentwurf

Bezug:

- Planunterlagen, Textliche Festsetzungen
- 3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung
- 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung
- 3.1.3 Flexible Siedlungsentwicklung
- 3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereichr
- 3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen
- 3.3.2.1 Bereiche für interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen
- 4.1.1 Allgemeine Freiraumsicherung und Entwicklung
- 5.1 Verkehrsinfrastruktur
- 5.1.4 Straßennetz
- 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe
- 5.4.1 Lockergesteine
- Zeichnerische Festlegungen
- A2-4 Blatt 02-03, Kreis Düren Planentwurf
- Erläuterungskarte A2-S1
- Erläuterungskarte A3

Die Stellungnahmen, welche die Stadt Linnich in der ersten Beteiligungsrunde im Jahr 2022 mit Bezug zu den o.a. Gliederungspunkten abgegeben hat, wurden in der Beschlussfassung zum Zweiten Planentwurf mit dem Ergebnis „wird nicht gefolgt“ oder „wird zur Kenntnis genommen“ abgewogen. Die Abwägungsergebnisse „wird nicht gefolgt“ bauen u.a. darauf auf, dass der Stadt Linnich kein kommunaler Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gem. der Zielfestlegung „*Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*“ zuerkannt wird. Seitens der Stadt Linnich werden diese Entscheidungen zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Gesamtkonzept, welches hinter diesen Stellungnahmen steht, unter Berücksichtigung der sich aus dem künftigen Regionalplan ergebenden Vorgaben sowie aller sonstigen Festsetzungen und Regelungen weiterverfolgt wird. Soweit sich künftige Bedarfe bestätigen sollten oder wie z.B. im Fall der angemessenen Eigenentwicklung von Ortslagen außerhalb des ASB unterhalb der Darstellungsgrenze des Regionalplanes aus den einschlägigen Bestimmungen des LEP ableiten lassen, wird die Stadt Linnich in die entsprechende Planung gehen. Vor diesem Hintergrund wird daher noch einmal die Stellungnahme

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.

Darüber hinaus werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

der Stadt Linnich vom 23.06.2022 zum Ersten Planentwurf als Anlage zur aktuellen
Stellungnahme beigefügt.

[Anlage]

Inhalt

II. Entfallende Festlegungen

Bezug:

- Zeichnerische Festlegungen
- A2-4 Blatt 02-03, Kreis Düren Planentwurf
- A2-5 Blatt 02-03, Kreis Düren Änderungskarte-Entfallende Festsetzungen
- A2-6 Blatt 02-03, Kreis Düren Änderungskarte-Neue Festlegungen

Die Karte A2-5 Blatt 02-03, Kreis Düren Änderungskarte-Entfallende Festlegungen ist aus hiesiger Sicht nicht wirklich nachvollziehbar. An der markierten Stelle (Rurtal in der Gemarkung Floßdorf an der Stadtgrenze zu Jülich) ist auch im ersten Planentwurf des Jahres 2022 keine andere Festsetzung als die sich überlagernden Darstellungen „Überschwemmungsbereich“, „Schutz der Natur“ und „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ erkennbar. Diese Festsetzungen wurden unverändert in den aktuellen Planentwurf übernommen (siehe Karte Planentwurf und Legende). Die in der Kartierung angegebene ID-Nr. ist als Autorenkorrektur Nr. 1026201 in den Unterlagen hinterlegt (Anlage).

.Ein konkreter Bezug zum Stadtgebiet Linnich ist aus dieser Angabe nicht abzuleiten. Unter Berücksichtigung des Hinweises auf die Erläuterungskarte F 9 bleibt hier lediglich zu vermuten, dass die Korrekturangabe im Zusammenhang mit der Neufestsetzung eines geplanten Trinkwasser-Schutzgebietes Koslar-Barmen steht. Wie aus der Karte A2-6 Blatt 02-03, Kreis Düren Änderungskarte- Neue Festlegungen und auch aus der Karte zum aktuellen Planentwurf hervorgeht, berührt der Rand dieses geplanten Schutzgebietes das Stadtgebiet Linnich im Rurtal südöstlich von Floßdorf.

Es wird daher gebeten, die Angaben zu entfallenden Festlegungen zu konkretisieren oder ggfls. zu korrigieren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme bezieht sich auf eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf der Planunterlage ergibt sich hieraus nicht. Die ID 1026201 bezieht sich an der angesprochenen Stelle auf die Neufestlegung des geplanten Trinkwasserschutzgebietes Koslar-Barmen. Weitergehende Änderungen auf dem Gebiet der Stadt Linnich sind von der ID 1026201 nicht umfasst.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

III. Neufestsetzungen

Bezug:

- Zeichnerische Festlegungen
- A-2-6 Blatt 02-03, Kreis Düren Änderungskarte-Neue Festlegungen

Neben dem geplanten Trinkwasser-Schutzgebiet mit Schwerpunkt auf dem Stadtgebiet Jülich, das lediglich eine kleine Fläche des Rurtales auf dem Gebiet der Stadt Linnich einnimmt, betreffen weitere neue Festsetzungen die beiden nach dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe geplanten Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher, nichtenergetischer Bodenschätze (BSAB). Es handelt sich um die laufende Abgrabung im Gewerbegebiet Gansbruch (bisher als GIB ausgewiesen, siehe Anlage „Stellungnahme der Stadt Linnich 2022-06-23“) und um die ebenfalls laufende Abgrabung in der Gemarkung Gereonsweiler einschl. vorgesehener Erweiterungsflächen. Zu der in der Karte angegebenen ID-Nr. ist die Autorenkorrektur Nr. 1018199 (Anlage) hinterlegt:

Die Darstellung der beiden Flächen ist lt. Legende zum Planentwurf lediglich nachrichtlicher Natur. Die konkreten Festsetzungen werden im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe getroffen. Im Rahmen einer zweiten Beteiligungsrunde wurde hierzu mit Datum vom 26.06.2024 eine – voraussichtlich abschließende – Stellungnahme der Stadt Linnich abgegeben. Oben unter Nr. I – „Stellungnahme der Stadt Linnich zum Ersten Planentwurf“ wurde als Anlage noch einmal die Stellungnahme der Stadt Linnich vom 23.06.2022 beigefügt. In dieser Stellungnahme wurde die Abgrabung im Gewerbegebiet Gansbruch unter dem Gesichtspunkt thematisiert, dass der vorhandene GIB im Norden bzw. Nordwesten entsprechend verkleinert und im Südosten in der Größenordnung von mindestens 1:1 erweitert wird. Das Thema wurde ebenfalls in die o.a. Stellungnahme zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe mit gleichlautendem Tenor aufgenommen. An dieser Stelle sei daher auch noch einmal auf die Stellungnahme im Rahmen des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe verwiesen.

Bitte die Anhänge beachten!

[Anhang]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme der Stadt Linnich vom 26.06.2024 zur erneuten öffentlichen Auslegung des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) verwiesen. Die raumordnerische Abwägung zu der in Rede stehenden Stellungnahme der Stadt Linnich vom 26.06.2024 erfolgt nicht im vorliegenden Verfahren, sondern im Rahmen der Aufstellung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine).

Bezüglich der erneut beigefügten Stellungnahme der Stadt Linnich zum ersten Planentwurf zum Thema Tausch des GIB wird auf den Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung und die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. StnID 1001360 1. Offenlage).

AZ: BET_12000_1

Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

1033517_001, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

A. Zusammenfassung

Die Naturschutzverbände kritisieren, dass der 2. Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln mit seinen Änderungen hinsichtlich der Festlegungen im Hinblick auf eine flächensparende Siedlungsentwicklung und einen wirksamen Freiraumschutz noch deutlich hinter dem 1. Planentwurf zurückbleibt. Die in der diesbezüglichen Stellungnahme der Naturschutzverbände aufgezeigten Erfordernisse und planerischen Handlungsmöglichkeiten für einen nachhaltigen Freiraumschutz und zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme werden im neuen Planentwurf nicht aufgegriffen. Auch die zahlreichen Hinweise und Vorschläge zu den Flächenfestlegungen werden weitgehend ignoriert. Damit wird in keiner Weise eine nachhaltige Raumentwicklung befördert, die immer dringender werdenden und prioritären Belange der Daseinsvorsorge (Klimaschutz und Klimaanpassung, Grundwasser- und Gewässerschutz, Hochwasserschutz, Schutz der Biodiversität) können langfristig nicht gewährleistet werden. Der Vorsorgeaspekt spielt bei der Planung eine untergeordnete Rolle. Die Raumentwicklung wird weiterhin vornehmlich den Raumnutzungen überlassen, die wesentlich zur Belastung des Freiraums und von Natur und Umwelt beitragen, allem voran der Siedlungsentwicklung, und damit mehr oder weniger der Steuerung durch die Interessen von Wirtschaft und Kommunen. In noch viel größerem Ausmaß ist dies für die Planung zu den Erneuerbaren Energien zu erwarten, die mit massiven Auswirkungen auf den Naturschutz verbunden sein werden und sich kumulativ auswirken werden.

Die Naturschutzverbände können nicht nachvollziehen, dass der Regionalrat bzw. die Regionalplanung, die zugleich auch Landschaftsrahmenplanung ist, die Anforderungen zur Ausweitung des Freiraumschutzes/Naturschutzes nicht als Aufgabe erkennt und wahrnimmt. Diese wurden in den letzten Jahren noch deutlich bekräftigt durch die neuen Rahmensetzungen wie das völkerrechtliche Abkommen zum „Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework“ von 2022, das u.a. das Ziel zur Wiederherstellung von 30 % der geschädigten Ökosysteme an Land und im Meer bis 2030 vorsieht, und die EU-Verordnung zur Wiederherstellung von Ökosystemen und zur Bekämpfung des Biodiversitätsverlusts von 2024. Im Zuge der massiven Zunahme der Freiraumbeeinträchtigungen müssten auch hier Mindestbedarfe und Zielwerte entwickelt werden. Die Forderung nach einer umfassenden Überarbeitung der Planung bleibt bestehen.

B. Beteiligung der Naturschutzverbände und verfahrensbezogene Fragen

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Es werden allgemeine Hinweise zur Bedeutung der Regionalplanung für eine nachhaltige Raumentwicklung gegeben sowie Bedenken geäußert, dass der vorliegende Planentwurf dieser Aufgabe nicht gerecht wird. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei werden die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und Möglichkeiten umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Hinweise und Bedenken zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc. veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung vorgebracht. Der Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme

B.1 Beteiligungsfrist

Die Naturschutzverbände kritisieren die kurze Offenlagefrist, in der ein intensiver und abschließender Vergleich der zahlreichen Änderungen in sämtlichen Unterlagen, der Berücksichtigung der von den Naturschutzverbänden vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Erarbeitung einer Positionierung nicht möglich ist. Die Beurteilung der geänderten Flächenfestlegungen bedeutet für das Ehrenamt eine sehr zeitintensive Auseinandersetzung, um fundierte Hinweise zu Natur- und Umweltschutz geben zu können. Es ist deutlich erkennbar, dass die effektive Mitwirkung der Zivilgesellschaft und der Verbände an einer Optimierung der die Raumentwicklung auf Jahrzehnte bestimmenden Regionalplanung nicht mehr erwünscht ist.

B.2 Keine Erörterung

Die Naturschutzverbände haben in der Stellungnahme zur 1. Offenlage eindringlich die Durchführung einer Präsenz-Erörterung gefordert, die nicht stattgefunden hat. Es gab vielmehr gar keine Konsultation zu den abgegebenen Stellungnahmen und Einwendungen. Die Erörterung dient einem Austausch und Ausgleich der Meinungen, der zentrale Aufgabe der Regionalplanung ist, um mit allen Beteiligten Konfliktlösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und eine gerechte Abwägung zwischen den Raumnutzungsansprüchen vornehmen zu können. Damit soll die Planung im Sinne der Nachhaltigkeit optimiert werden. Auch daran besteht ganz offensichtlich von Seiten des Regionalrats kein Interesse mehr. Stattdessen wird die Generierung von gravierenden, ggf. rechtlich relevanten Planungsfehlern in Kauf genommen. Dies entspricht nicht mehr einer demokratisch legitimierten und gesamtgesellschaftlich abgestimmten Raumplanung, die die sozialen, ökologischen und ökonomischen Raumansprüche in Einklang bringen soll.

Durch den Wegfall der Erörterung/ einer Konsultation gab es auch nicht die Möglichkeit, sich mit den Gegenäußerungen/Ausgleichsvorschlägen der Regionalplanungsbehörde auseinanderzusetzen. Diese sind erst zur 2. Offenlage einsehbar. Daher ist es nicht angezeigt, die Beteiligung nur auf die Änderungen des 1. Planentwurfs zu beschränken. Im Sinne des anzustrebenden Meinungsausgleichs und einer gesamtplanerischen Abwägung aller raumplanerischer Belange ist diese Vorgehensweise fragwürdig und abzulehnen. Es ist auch unverständlich, warum zur Begründung insgesamt Stellung genommen werden kann und es ist auch nicht hilfreich, dass die Änderungen ausgerechnet in der Begründung nicht kenntlich sind. Ein Vergleich ist in der Kürze der Beteiligungsfrist nicht leistbar. Die Begründung ist aber wesentlicher Bestandteil zur Nachvollziehung von Erwägungs- und Abwägungsgründen und damit für die Erarbeitung der Stellungnahme.

B.3 Anregungen aus der 1. Offenlage weitgehend ohne Resonanz

Die Naturschutzverbände stellen fest, dass fast sämtliche Anregungen und Bedenken zu den textlichen Festlegungen aus der 1. Offenlage keine Berücksichtigung fanden. Auch die zahlreichen, mit örtlichem Fachwissen gut begründeten Bedenken und Hinweise zu den festgelegten Siedlungsbereichen sowie die fundierten Vorschläge zur

gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie teilweise der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Bei der Festlegung wurden auch Reklutivierungsziele bereits genehmigter Abgrabungen berücksichtigt, die auf Grund der abgeschlossenen Abgrabungstätigkeiten mit fehlenden Sicherungserfordernis seitens des Teiplan NR verbunden sind.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut § 8

Verbesserung des Freiraumschutzes, insbesondere durch die Erweiterung der BSN-Kulisse (inklusive des nach einheitlichen Kriterien erarbeiteten Biotopverbundkonzeptes für das Rheinische Revier) fanden keine Berücksichtigung. Die Chance auf Vervollständigung und Einbeziehung der zugrunde liegenden Datenbestände wurde vertan. Der Regionalrat verhindert damit auf Jahrzehnte eine ökologisch nachhaltige Regionalplanung und verweigert sich seiner Verantwortung zur Bewältigung der Klimawandelfolgen und -vorsorge sowie der Biodiversitätskrise. Die Naturschutzverbände halten sämtliche Einwendungen, Bedenken und Anregungen aus der Stellungnahme zum ersten Planentwurf auch für die Offenlage des 2. Planentwurfs aufrecht.

Eine Auseinandersetzung über die Bedenken und Anregungen in direktem Austausch zwischen Behörde, Regionalrat und Beteiligten (Erörterung, s.o.) findet nicht mehr statt. Damit wird das überragende, mit erheblichem Zeitaufwand erbrachte Engagement der ehrenamtlichen Mitglieder der Naturschutzverbände weitestmöglich ignoriert und lässt jegliche Wertschätzung vermissen.

B.4 Nicht vollständige Gesamtabwägung durch Aufteilung in Gesamtplan und Teilpläne

Die Naturschutzverbände kritisieren zum wiederholten Male die Nichtberücksichtigung von wesentlichen Raumnutzungen in der Abwägung, die durch das Erstellen von Teilplänen zustande kommt. Die in der Zwischenzeit beschlossenen Bereiche zum Abbau nichtenergetischer Rohstoffe (BSAB) werden in dem neuen Planentwurf nachrichtlich übernommen, sie werden aber nicht erkennbar zur Beurteilung und Abwägung der nun erfolgenden neuen Festlegungen für Siedlung etc. im Sinne einer Berücksichtigung als Vorbelastung herangezogen. Das reine Aufführen in den SUP-Bögen bedeutet noch keine Berücksichtigung bei der Abwägung der regionalplanerischen Belange. Damit spielen diese Bereiche insbesondere in den stark durch den Braunkohleabbau belasteten Gebieten als Vorbelastung keine Rolle. Die Naturschutzverbände fordern, die SUP-Bögen zu den BASB zur Ermittlung eventueller kumulativer Umweltauswirkungen mit Neufestlegungen des Gesamtplans heranzuziehen. Auch die Gesamtbelastung für Natur und Landschaft im jeweiligen Bezugsraum muss in der Abwägung beachtet werden.

Das ist auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden und gerade auch diese Räume/Kreise massiv betreffenden Ausweisungen von Windenergiebereichen und Beschleunigungsgebieten für den Ausbau der Windenergie und auch der Regelungen zur Beschleunigung des Ausbaus der Freiflächen-Photovoltaik unverantwortlich. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien führt im Rahmen der geltenden Gesetzgebung und der landesplanerischen Ausrichtung unweigerlich zu massiven Umweltauswirkungen, denn sie gehen nach § 2 EEG mit einem überragenden öffentlichen Interesse und dem Dienst an der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit mit einem Vorrang in sämtliche Abwägungsprozesse ein. Auch der Freiraumschutz steht dahinter zurück. Diese Auswirkungen müssen mit sämtlichen Auswirkungen der weiteren freiraumbeanspruchenden Raumnutzungen zusammen ermittelt und in ihrer kumulativen Wirkung betrachtet und bewertet werden. Es ist davon auszugehen, dass

LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Unteren Naturschutzbehörden hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Der Fachbeitrag wird auf dem Internetauftritt der Bezirksregierung Köln sowie des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.

Soweit aus aktuellen Daten (Abfrage Fachplanung/Untere Naturschutzbehörden im Jahr 2018) oder Kartierungen weitere fachlich geeignete Flächen (z. B. geplante Naturschutzgebiete) zur Einbeziehung in den regionalen Biotopverbund identifiziert wurden, sind diese ebenfalls als BSN festgelegt. Bei der Festlegung der BSN wurde darüber hinaus der im LEP NRW festgelegte landesweite Biotopverbund (GSN) berücksichtigt. Die Einbeziehung von weiteren Teilen der festgelegten GSN erfolgte, soweit dies fachlich zur Sicherung einer konsistenten Verbundplanung auf Ebene des Regionalplans erforderlich war. Hierbei wurden gegebenenfalls ergänzende Datenquellen, z. B. Festsetzungen des Landschaftsplans oder Angaben im @LINFOS (Landschaftsinformationssammlung NRW), z. B. das Biotopkataster NRW, berücksichtigt.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-HaItatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab.

Der Regionalplan und seine Teilpläne EE und NR sind rechtlich eigenständige Planwerke. Die jeweiligen Festlegungen sind aufeinander abgestimmt und ergänzen sich inhaltlich widerspruchsfrei. Für jedes Planwerk wurden eigenständige Umweltprüfungen durchgeführt, die die Daten, Anforderungen und insbesondere die Umweltauswirkungen des jeweiligen Planungsstandes mitberücksichtigen. Bei der raumordnerischen Beurteilungen von Planungen und Maßnahmen sind grundsätzlich

es unter Berücksichtigung der Planung zum Abbau nichtenergetischer Rohstoffe und für die Erneuerbaren Energien zu deutlich mehr Kumulationsgebieten als hier in der SUP dargestellt kommen wird. Außerdem werden Ausgleichsräume im Freiraum dadurch zerstört, dass diese nun in großem Umfang für die Erneuerbaren Energien in Anspruch genommen werden.

Es ist sachlich nicht zulässig, dass der Freiraumschutz und die Vermeidung von erheblichen

Umweltauswirkungen auf Natur und Landschaft grundsätzlich zurückstehen müssen. Das bedeutet eine systematische und strukturelle Benachteiligung dieser raumplanerischen Belange. Im Gegenteil bestehen im Gegenzug auch deutlich erhöhte Anforderungen an einen wirksamen und flächenmäßig ausreichenden Schutz des Freiraums, um die Belange des Natur-(Arten-) und Umweltschutzes im Rahmen einer ökologisch nachhaltigen Planung zu gewährleisten. Dem wird in der vorliegenden Planung keine Rechnung getragen, ein Konzept zu dazu gibt es nicht.

B.5 Wegfall des Erfordernisses der landesplanerischen Anpassung

Die Naturschutzverbände kritisieren grundsätzlich die Aufgabe des Erfordernisses der landesplanerischen Anpassung in § 34 Landesplanungsgesetz, wodurch nun keine Kontrolle im Hinblick auf die Anpassung der Bebauungspläne an die Ziele der Raumordnung mehr erfolgt. Eine Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde ist nur dann erforderlich, wenn es (noch) keinen Flächennutzungsplan gibt (§ 10 i.V.m. § 8 BauGB). Es findet keine Kontrolle mehr statt, inwiefern die Vorgaben der Landesplanung und der Regionalplanung in den Bauleitplänen eingehalten werden und insbesondere die festgesetzten Bedarfswerte in der Siedlungsentwicklung und die Vorgaben zu deren Umsetzung erfüllt werden. Das halten die Naturschutzverbände für vollkommen verfehlt. Der regelmäßige Hinweis in den Zielen und Grundsätzen bzw. Erläuterungen darauf, dass in den Bauleitplänen dazu Darstellungen erfolgen müssen, kann nicht überzeugen. Diese Darstellungen sollten der Regionalplanungsbehörde zur Prüfung vorgelegt werden, bevor ein Bauleitplan beschlossen wird.

die Festlegungen aller Planwerke zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Die Teilpläne durchlaufen dieselben Verfahren wie der Gesamtplan und unterliegen genauso wie diesem einer Umweltprüfung, deren Ergebnisse in der Abwägung berücksichtigt werden.

In Kapitel 8 *Gesamtplanbetrachtung* unter Punkt *Abgrenzung von Kumulationsgebieten* des Umweltberichtes ist zu entnehmen, dass BSAB-Flächen bereits aus dem 3. Beteiligungsverfahren im Rahmen der Betrachtung von flächenbezogenen Kumulationsgebieten berücksichtigt worden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass Verfahrensvorgaben hinsichtlich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln sind. Diese gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Verfahrensvorgaben dieser Art werden im LPlG NRW normiert. Die Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung im Rahmen obliegt der kommunalen Planungshoheit. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

C. Bedenken und Anregungen zu den textlichen Festlegungen

C.1 Siedlungsraum (zu Kapitel 3)

Die Naturschutzverbände halten die in der 1. Offenlage vorgetragenen Bedenken und Einwände sowie Hinweise zur Siedlungsplanung auch für den 2. Planentwurf in vollem Umfang aufrecht. Die Planung erweist sich auch im 2. Entwurf als vollkommen unambitioniert zur wirksamen Steuerung des Flächenverbrauchs, da hilft auch der neue Grundsatz zur flächensparenden Umsetzung der Siedlungsentwicklung wenig. Die Kulisse der Siedlungsbereiche wird ohne ausreichende Begründung noch deutlich vergrößert und um etliche Flächen erweitert. Das größtmögliche Desinteresse an einer Begrenzung und Neuausrichtung der Siedlungsentwicklung wird erneut sehr deutlich.

Im Folgenden werden einzelne Änderungen kommentiert.

C.1.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum (zu Kapitel 3.1)

C.1.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung

G.neu1 Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen

Die Naturschutzverbände begrüßen den neuen Grundsatz zur flächensparenden Umsetzung der Siedlungsbereiche in Folge der Wiedereinsetzung des 5 ha-Grundsatzes im LEP. Sie halten die Festlegung als Grundsatz aber aufgrund der stetig zunehmenden Flächenkonkurrenzen zwischen den Raumnutzungen und den dringend erforderlichen Flächenbedarfen für Klimaschutz/Klimaanpassung/ Vorsorge und für den Biodiversitätsschutz nicht für ausreichend und fordern weiterhin eine Zielfestlegung dazu. Eine Strategie zum konsequenten Flächensparen ist, auch in den weiteren Festlegungen zu Siedlungsentwicklung, weiterhin nicht erkennbar. Sie halten an der Forderung aus der 1. Offenlage vollumfänglich fest.

Die Vorgabe zur Umsetzung einer möglichst hohen Bebauungsdichte wird grundsätzlich begrüßt, allerdings müssen hier im Sinne einer zukünftigen flächensparenden Entwicklung der Siedlungsbereiche für Wohnen die bisher bestehenden Dichtekategorien abgelöst werden durch eine deutlich ambitioniertere Ausrichtung auf kompaktere Bebauung. Nur so kann das 5 ha- und langfristig Netto-Null-Ziel erreicht werden. Die Naturschutzverbände halten dementsprechend auch an ihrer Forderung einer Mindestbebauungsdichte von 45 WE/ha aus der 1. Offenlage fest.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1003437, 1006990, 1006991, 1006994 der 1.Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Grundsätze 10 und 11 Siedlungsentwicklung um die Tagebaue

In den geänderten Grundsätzen 10 und 11 findet sich weiterhin kein Ansatz dazu, die Freiraumentwicklung und insbesondere den Biotopverbund im Ausgleich für die jahrzehntelange Belastung des Freiraums und angesichts der dringenden umwelt- und naturschutzfachlichen Probleme als Vorrang und Leitplanke für die kommunale Entwicklung und damit sowohl für die Landschafts- als auch die Bauleitplanung für das Rheinische Revier zu verankern.

In diesem Zusammenhang halten die Naturschutzverbände auch an der Forderung zur Etablierung eines Biotopverbundsystems im Rheinischen Revier fest und fordern die Aufnahme der vorgeschlagenen BSN-Flächen aus Kapitel F in der Stellungnahme zur 1. Offenlage.

Grundsatz 10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen

Die vagen Hinweise auf die Bedeutung der Zwischennutzung der Restseen für das Zusammenwachsen der zukünftigen Landschaft und als Erholungsraum in Absatz 3 der Erläuterung zu Grundsatz 10 reichen bei weitem nicht aus, um dem Freiraumschutz ausreichend Gewicht zu verleihen. Insbesondere der Biotopverbund muss hier als gleichwertiger Entwicklungsgrundsatz verankert werden. Daher sollte der Grundsatz ergänzt werden:

Die Gestaltung der Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften Hambach, Inden und Garzeiler soll eine perspektivische Siedlungsentwicklung der Randkommunen mit Ausrichtung zum See berücksichtigen. Außerdem soll die Entwicklung eines Biotopverbundes um die Tagebauseen und zur Vernetzung mit umliegenden Biotopverbundstrukturen berücksichtigt werden.

Hier sollte in Absatz 2 und 3 der Erläuterung dementsprechend ergänzt werden:

(2) Die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung der Randkommunen zum zukünftigen See sowie die Entwicklung eines Biotopverbundes soll bei der Gestaltung der Tagebaurandbereiche berücksichtigt und unterstützt werden und in Abstimmung und gemäß der Braunkohleplanung erfolgen.

(3) Zwischennutzungen im Bereich der Tagebaue sind insbesondere in Hinblick auf die langen Befüllzeiten der zukünftigen Tagebau-Restseen von Bedeutung, um die zukünftige Landschaft zusammenwachsen zu lassen und der Bevölkerung in allen Phasen des sehr langen Prozesses des Strukturwandels die Möglichkeit der Aneignung und einen „Mehrwert“ und Erholungsraum anzubieten. Hierbei sind insbesondere der Schutz der Natur und die naturnahe Erholung zu fördern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Grundsatz 10 und 11 in Kapitel 3.1.1. "Nachhaltige Siedlungsentwicklung" gibt den Umsetzungskorridor für die siedlungsräumliche Entwicklung an den Tagebau-Restseen und für die "Orte der Zukunft" vor. Textliche Festlegungen bezogen auf die Entwicklungen des Freiraums erfolgen in Kapitel 4 "Freiraum". Beispielsweise wird in der Erläuterung zu Ziel 19 in Punkt 3 klargestellt, dass im Vorfeld des Tagebaus Hambach die Waldflächen des Hambacher Forstes sowie des Merzenicher Erbwalds und der Waldflächen westlich des FFH-Gebiets Steinheide als Vorranggebiete für den regionalen Biotopverbund (BSN) festgelegt werden. In der zeichnerischen Festlegung wurde bereits im ersten Entwurf die komplette Sopienhöhe als BSN sowie große Teile des zukünftigen Hambacher Seeufers als BSLE gesichert. Das Seeufers der künftigen Indesees wird als größtenteils Regionaler Grünzug festgelegt. Auf Grund des aktuellen Planungsstandes der Braunkohlenpläne Garzeiler, wurden angrenzenden Teile als BSLE festgelegt, die aus der Bergaufsicht entlassen wurden.

Bezüglich der eingebrachten Flächenvorschläge für einen potentiellen zu ergänzenden Biotopverbund im Rahmen der ersten Offenlage wird auf die entsprechenden Ausgleichsvorschläge des ersten Entwurfs Stn.-ID. 1006084 bis 1006486 verwiesen.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung (vgl. Bereiche für

(...)

Grundsatz 11 Orte der Zukunft entwickeln

Auch hier sollte der dringend erforderliche Verbund zwischen den benannten Waldflächen und mit weiteren Waldgebieten in der Umgebung direkt angesprochen werden. Daher sollte die Erläuterung in Absatz 1 wie folgt ergänzt werden:

(1) (...) Die mit Änderung des Braunkohleplans beabsichtigte neue Abbaugrenze des Tagebaus Hambach mit Erhalt des Hambacher Forstes, des Merzenicher Erbwaldes und des Waldgebietes westlich des FFH-Gebietes „Steinheide“ eröffnet Perspektiven für die landschaftliche und funktionale Einbindung des Zukunftsfortes Bürgewald mit den umgebenden Landschafts- und Agrarräumen sowie dem zukünftigen Tagebausee. Dafür sollen die benannten Waldbereiche miteinander vernetzt und in ein weiteres Biotopverbundsystem um den Tagebau Hambach eingegliedert werden. Die bestehenden bedeutsamen Fledermausleitstrukturen, insbesondere zwischen dem Hambacher Wald und dem Nörvenicher Wald, sollen erhalten werden. Dies soll auf Grundlage regional abgestimmter Konzepte unter Wahrung der landes- und regionalplanerischen Vorgaben erfolgen.

Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Abstimmungsformate u.a. auch mit der Beteiligung des MUNV und dem MLV und anderen Stakeholdern, dessen konkreten und abgeschlossenen Ergebnisse Eingang in die zukünftigen Änderungsverfahren des Regionalplans finden werden.

Inhalt

C.1.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte SiedlungsentwicklungZiel 3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Die Naturschutzverbände halten ihre Bedenken an der Bedarfsermittlung und -darstellung in vollem Umfang aufrecht. Auch, wenn sich die Bedarfszahlen und Potenzialdarstellungen (tlw. auch durch Verschiebungen zwischen den Flächenkategorien) etwas verändert haben, bleiben die Kritikpunkte grundsätzlich übertragbar. Es sei zudem angemerkt, dass das Ziel 6.1-3 „Flächenangebot“ aus dem LEP, nachdem für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern ist, keine Abweichung von der Bedarfsgerechtigkeit der Siedlungsflächenausweisung ermöglicht. Diese Regelungen dienen laut Abschnittsüberschrift nur als ergänzende Festlegungen zu den Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen.

Zur Bedarfsberechnung/ Begründung:

Die Herleitung insbesondere der GIB-Bedarfe und Flächenausweisungen stellt sich weiterhin nicht transparent dar und die Einhaltung der Bedarfsgerechtigkeit nach den Vorgaben des LEP bleibt zweifelhaft. Verstärkt wird dies durch die Ausweisung von neuen GIBtransformation, für die keine transparente Herleitung erfolgt (s. Abschnitt C.3.3.2 zu Ziel neu2).

Ähnlich verhält es sich mit den Änderungen, die sich durch „Änderungsanträge“ des Regionalrats ergeben haben: Bei den ASB ergeben sich zusätzlich 229 ha an Bedarfsfläche, bei den GIB sind es 98 ha. Inwiefern die Zuordnung der Bedarfszahlen auch durch Verschiebungen erfolgt ist, kann nicht nachvollzogen werden. In jedem Fall finden sich keine Darlegungen oder Begründungen dazu, unter welchen Voraussetzungen diese Änderungsanträge des Regionalrates aufgenommen wurden und ob der gesetzte Bedarfsrahmen damit eingehalten wird bzw. warum dieser erweitert wird. Auch die Veränderungen bei den GIBplus und GIBregional sind nicht erläutert. Teilweise sind sie wohl in die GIBtransformation eingegangen.

Zur Begründung: A. Vorgaben der Raumordnung

Bei der Zusammenstellung der Vorgaben der Raumordnung fehlt der Verweis auf den wiedereingesetzten Grundsatz 6.1-2 Leitbild „flächensparende Siedlungsentwicklung“, der für die Siedlungsplanung maßgebend ist. Auch bei der Auseinandersetzung mit dem Schutzgut Fläche findet dieser weiterhin keinen Eingang in die SUP.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003437, ID 1007022, ID 1006997 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Ergänzend wird erläutert, dass die Festlegung regionaler Potentiale insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen soll. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. Hierzu wird auf die umfangreichen Ausführungen zur Ermittlung der Bedarfe sowie der Methode zur zeichnerischen Festlegung in den entsprechenden Kapiteln der Begründung verwiesen u.a.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu wird auf die Ausführungen unter 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung und konkret auf die Begründung zum Ziel *GIBtransformation sichern und umsetzen* verwiesen.

Zudem ist hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien darauf zu verweisen, dass es sich hierbei um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel

besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Sie stellen somit eine Auslegungshilfe für den Wortlaut des § 38 LPIG dar. Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat diese am 09.12.2022 und der Regionalrat des Regierungsbezirk Düsseldorf am 15.12.2022 beschlossen. Planungen und Vorhaben unter Anwendung des § 38 LPIG NW 2005 in der Fassung vom 28.05.2024 müssen mindestens einem dieser Kriterien entsprechen; die Kriterien müssen nicht kumulativ, d.h. in ihrer Gesamtheit erfüllt sein. Eine Festlegung als Ziel erfolgt somit in sachgerechter Weise auf Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Die Entwicklung von solchen profilierten Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft im Rheinischen Revier. Die Regelungen des § 38 LPIG erfordern daher eine entsprechende Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben hierzu eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung hinsichtlich der Einhaltung der Kriterien gewährleistet werden.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern

neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Berücksichtigung des Grundsatz 6.1-2 LEP NRW hat im Kapitel A sowie auch in den regionalplanerischen Festlegungen Eingang in den Regionalplan sowie seine Festlegungen u.a. konkret im neuen Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparen umsetzen* gefunden. Auf die Ausführungen in der Begründung wird entsprechend verwiesen und ergänzend als redaktionelle Korrektur auch in die Ausführungen in der Begründung u.a. im Kapitel *Region+ Wirtschaft – Regionales Gewerbeflächenkonzept*. Es wird davon ausgegangen, dass die Anregung auf die Ausführungen auf Seite 104 bezieht. Hier wird die Begründung redaktionell noch ergänzend fortgeschrieben.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen (vgl. Kapitel 3.4 bzgl. des Schutzguts Fläche).

Inhalt

Ziel neu1 Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen

Die Umverteilung nicht verortbarer Bedarfe an Wohnbaufläche aus der 1. Offenlage ist nachvollziehbar und die konkrete Adressierung über das neue Ziel analog zu den regionalen Wirtschaftsflächenbedarfen ebenfalls. Es erschließt sich aber nicht, warum zu den im 1. Planentwurf offenbar bedarfsgerecht dargestellten Flächen (Wohnen und Wohnen regional in ASB-Planzeichen) nun weitere vorgeschlagene 29 Flächen aufgenommen wurden. Damit werden weitere 129 ha ASB festgelegt, ohne dass eine hinreichende Begründung für die Überschreitung der im 1. Planentwurf errechneten Bedarfe erfolgt (s.o. zu den Regionalratsanträgen). Außerdem wird der Hinweis abgelehnt, dass die aus dem regionalen Bedarf in den Kommunen verorteten Flächen nicht als solche gekennzeichnet werden. Die Flächen sollten jeweils zugeordnet werden, damit die Umsetzung dieser Flächen im Bedarfsnachweis eindeutig zugeordnet werden können. Außerdem wäre für die regional zu verteilenden Flächen eine Alternativenprüfung mindestens in der gesamten Flächenkulisse aus dem Prozess Wohnen+ vorzunehmen, denn diese Standorte können frei von einer kommunalen Zuordnung festgelegt werden. Insbesondere die Umweltauswirkungen sollten hier ein Kriterium sein, das im Sinne der Vorsorge und Nachhaltigkeit besonderes Gewicht bekommt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung weiterer ASB auf Grundlage regionaler Bedarfe begründet sich durch die Rücknahme regionalplanerischer Wohnbauflächenpotentiale an anderer Stelle innerhalb des Region+Wohnen-Suchbereichs. Die Flächen erfüllen die abgestimmten Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet (s. Begründung zu Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten - Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Auf eine konkrete Standortbestimmung in den einzelnen Kommunen wurde zugunsten einer optimalen Einbindung sich gegebenenfalls ändernder Rahmenbedingungen der Eignungskriterien, wie beispielsweise die Fortentwicklung in der Infrastrukturausstattung oder verbesserter Schienenpersonennahverkehr (SPNV-) / öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)-Anbindung, verzichtet. Die Umsetzung erfolgt unter Berücksichtigung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächen umsetzen* u. a. in Bezug auf die Umsetzung einer höheren Baudichte auf diesen Flächen. Eine weitergehende Kennzeichnung dieser kommunalen Flächen wurde nicht vorgenommen. Dies dient der flexiblen Umsetzung von Wohnbauflächenbedarfen und so der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die planerische Absicht einer Kommune, regionale Wohnbauflächenbedarfe gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* unter Berücksichtigung des Grundsatzes *Regionale Wohnbauflächen umsetzen* in Anspruch zu nehmen, muss im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung im Bauleitplanverfahren dargelegt werden und kann so eindeutig zugeordnet werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPlG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

C.1.1.3 Flexible Siedlungsentwicklung

Die Bedenken und Forderungen zu dem Konzept und den textlichen und zeichnerischen Festlegungen für ASB Flex und GIB Flex bleiben vollumfänglich bestehen. Die Streichung der Vorgaben zur Ausweisung von Flex-Flächen auf 50 % des errechneten Bedarfs für ASB und GIB in Grundsatz 13

„Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren“ ist nicht nachvollziehbar, bleibt diese doch in der Begründung bestehen. Die Ausweisung der Flex-Gebiete ist damit weiterhin in Umfang (Hektar) und räumlicher Verortung weder konzeptionell beschrieben noch ausreichend begründet und es sind weiterhin nur Anteile davon zeichnerisch festgelegt.

Die Aussage in der Begründung, dass nur Bereiche als ASBflex und GIBflex festgelegt werden, die im Rahmen einer raumordnerischen Prüfung einschließlich Umweltprüfung eine Eignung für potentiellen Siedlungsraum aufweisen, kann weiterhin nicht nachvollzogen werden. Es ist außerdem die Rede von einer gesamträumlichen Abwägung, die die Verortung der Vorbehaltsgebiete, insbesondere auch im Sinne einer gesamträumlichen Betrachtung, natur- und artenschutzfachlicher Belange sowie Belange des Bodenschutzes unter Beachtung des Erhalts der Leistungs und Funktionsfähigkeit des Freiraums berücksichtigt. Dies ist unzutreffend, eine Darstellung von einheitlichen Kriterien zur Auswahl der Flächen findet weiterhin nicht statt. Auch eine Berücksichtigung der Umweltauswirkungen im Sinne der Vorsorge und Vermeidung von Steuerung der Siedlungsentwicklung in unkritische Bereiche findet weiterhin nicht statt. Auch nach einigen Änderungen bei den Flächen (Entfall, neue Flächen) bleibt der überwiegende Anteil der Flächen mit erheblichen negativen Umweltauswirkungen belastet (ASBF: 349 ha von 400 ha, 70 %; GIBF: 347 ha von 434 ha, 80 %). Es spielt für eine ausreichende planerische Begründung und Abwägung auch keine Rolle, wie groß der Flächenanteil an der Gesamtsiedlungsfläche ist. Damit gibt es weiterhin keine einheitliche Konzeptionierung und die Abwägung bleibt weiterhin unvollständig.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1006998 der 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Kapitel 3.2 der Begründung kann die grundsätzliche Methodik zur Festlegung von Siedlungsbereichen entnommen werden. Hier werden die konkreten und einheitlichen Kriterien für die Auswahl und Festlegung von Siedlungsbereich beschrieben. Die räumliche Festlegung der Vorbehaltsgebiete für ASBflex und GIBflex erfolgt anhand derselben Methodik und raumordnerischen Kriterien wie die der ASB und GIB (z. B. Raumwiderstände, Entwicklungswunsch der Gemeinde) ergänzt um eine mengenmäßige Begrenzung durch Richtwerte (siehe Begründung Zu G.13 *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*, Abschnitt B. Methodik zur Ermittlung der Richtwerte für ASBflex und GIBflex).

Inhalt

C.1.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung (zu Kapitel 3.2)

C.1.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche

Ziel 7 ASB sichern und entwickeln

Die Bedenken aus der 1. Offenlage werden aufrecht erhalten. Hinzuweisen ist angesichts der Extremhochwasserereignisse in den letzten Jahren darauf, dass die Festlegung in Absatz 8 zu der Vereinbarkeit von Überschwemmungsbereichen mit überlagernden ASB auf Regionalplanebene im Sinne einer weitestgehenden Vorsorge und zum Schutz von Menschenleben unangebracht und als nicht nachhaltig zu bezeichnen ist. In der Begründung werden eben diese Überschwemmungsbereiche auch als Tabukriterien für die Auswahl von Siedlungsflächen eingestuft. Hier wird auch dargelegt, dass wie von den Naturschutzverbänden in der 1. Offenlage gefordert, im 1. Planentwurf enthaltene bedarfsrelevante Siedlungsraumfestlegungen in potenziellen Überflutungsbereichen und in Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, aus der Siedlungsraumfestlegung herausgenommen wurden. Daher sollte insbesondere dieser Bezug aus dem Ziel gestrichen werden. Außerdem sollte jegliche Siedlungsentwicklung in diesen Bereichen ausgeschlossen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (s. ID 1007019 der 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Überlagerung von Überschwemmungsbereichen und Siedlungsraum im Bestand die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen soll. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des vorbeugenden Hochwasserschutzes Rechnung getragen wird. Eine Nutzung für Siedlungszwecke ist im Einzelfall unter den wasserrechtlichen Ausnahmevoraussetzungen möglich. Neue Siedlungsraumpotentiale werden in Überschwemmungsbereichen nicht festgelegt.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

C.1.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung (zu Kapitel 3.3)**C.1.3.1 Bereiche für Gewerbliche und industrielle Nutzungen**Ziel 10 GIB sichern und entwickeln

Die Bedenken aus der 1. Offenlage werden aufrecht erhalten. Hinzuweisen ist angesichts der Extremhochwasserereignisse in den letzten Jahren darauf, dass die Festlegung in Absatz 6 zu der Vereinbarkeit von Überschwemmungsbereichen mit überlagernden ASB auf Regionalplanebene im Sinne einer weitestgehenden Vorsorge (bei den GIB auch vor negativen Umweltauswirkungen auf die Gewässer) und zum Schutz von Menschenleben unangebracht und als nicht nachhaltig zu bezeichnen ist. In der Begründung zu Ziel 7 für die ASB werden eben diese Überschwemmungsbereiche auch als Tabukriterien für die Auswahl von Siedlungsflächen eingestuft. Daher sollte insbesondere dieser Bezug aus dem Ziel gestrichen werden. Außerdem sollte jegliche Siedlungsentwicklung in diesen Bereichen ausgeschlossen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1007037, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz.

Die Überschwemmungsbereiche (ÜB) liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie, ausschließlich an der Erft, zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) enthalten. Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern.

Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Ein Nutzungskonflikt auf Ebene des Regionalplans ist nicht erkennbar. In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zudem gilt, dass die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben werden. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Zum Teil gehen die auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten. Die Umweltprüfung stellt hier eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Inhalt

C.1.3.2 Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle NutzungenZiel 11 GIB interkommunal sichern und umsetzen

Die Bedenken aus der 1. Offenlage werden aufrecht erhalten. Die Streichung der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des GIB interkommunal Hückeswagen/Wermelskirchen ist im Sinne einer kompakten und konzentrierten Siedlungsentwicklung abzulehnen.

Ziel neu2 GIBtransformation sichern und umsetzen

Es erfolgt keine ausreichende Begründung dazu, warum der Planungszeitraum um 10 Jahre verlängert wird, warum diese Flächen nur in 3 bereits stark vorbelasteten Kreisen (722 ha in den Kreisen Düren, Rhein-Erft und der Städteregion Aachen; erhebliche Vorbelastungen auch durch die festgelegten Bereiche zum Abbau nichtenergetischer Rohstoffe) zeichnerisch festgelegt werden bzw. nach welchen einheitlichen Kriterien dies erfolgt und inwiefern sie gegenüber den anderen Raumnutzungsbelangen, insbesondere zum Umwelt- und Naturschutz, in der Abwägung Vorrang haben. Es werden zwar Kriterien für die Operationalisierung der Vorgaben nach § 38 LPlG formuliert, hinsichtlich der hier aufgrund der räumlichen Ungebundenheit (Kulisse Rheinisches Revier) vorliegenden zahlreichen Alternativflächen aber keine Kriterien zur Berücksichtigung weiterer regionalplanerischer Belange formuliert. Die Flächen, die im Anhang zur SUP den Transformationsflächen zugeordnet werden können, zeigen auf, dass es sich mehrfach um sehr große Flächen mit erheblichen negativen Umweltauswirkungen handelt:

ELS_GIBz_2 (105,5 ha): Erhebliche Umweltauswirkungen auf schutzwürdige Böden/ klimarelevante Böden, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, landschaftsgebundene Erholung, geschützte Landschaftsbestandteile, Kulturlandschaft; insgesamt erhebliche Umweltauswirkungen.

KER_GIBz_4 (81,5 ha): Erhebliche Umweltauswirkungen auf schutzwürdige Böden/ klimarelevante Böden, klimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktion, landschaftsgebundene Erholung; insgesamt erhebliche Umweltauswirkungen.

HÜR_GIBz_1 (127,4 ha): Erhebliche Umweltauswirkungen auf klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, geschützte Landschaftsbestandteile, Kulturlandschaft; insgesamt erhebliche Umweltauswirkungen. Für einige der Transformationsstandorte scheint es keine Umweltprüfungen zu geben (Würselen, Niederzier).

Eine Alternativenprüfung findet nicht statt. Damit ist die gesamtplanerische Abwägung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (u.a. ID 1004487 1. Offenlage) vorgebracht. Hinsichtlich der Stellungnahme zum GIBinterkommunal gilt, dass der Stellungnahme nicht gefolgt wird. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

In Bezug auf die Anregung, dass die Streichung der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme des GIB interkommunal Hückeswagen/Wermelskirchen im Sinne einer kompakten und konzentrierten Siedlungsentwicklung abzulehnen ist, gilt, dass der Anregung nicht gefolgt wird. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine veränderte Festlegung des GIBz interkommunal folgerichtig. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben - hier Ziel 6.3-3 LEP NRW sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Sie liegen der geänderten Festlegung des interkommunalen GIB Hückeswagen/Wermelskirchen zugrunde und begründen auf Basis einer Aktualisierung von Grundlagendaten die veränderten textlichen Festlegungen im Z.11 *GIBinterkommunal sichern und umsetzen* und deren Erläuterungen. Die Begründung wird entsprechend geändert und fortgeschrieben (s. u.a. StnID 1000727, ID 1002713, 1.Offenlage).

Hinsichtlich der Anregung, in Bezug auf die Verlängerung des Planungszeitraums um 10 Jahre für die Bedarfsermittlung zur Festlegungen von GIBtransformation gilt, dass der Anregung teilweise entsprochen wird:

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung

fehlerhaft.

von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dem Grundsatz des LEP NRW wird zudem in Bezug auf das Thema „Regionale Konzepte in der Regionalplanung“ im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprochen. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Bezüglich der Definition des besonders langen Planungszeitraums bei Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe gem. Ziel 6.1-1 des LEP wird auf den zunächst zugrunde liegenden § 38a Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (alter Fassung) eingefügt durch Art. 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2021 (GV. NRW. S. 904), in Kraft getreten am 16. Juli 2021 und hier konkret auf die Begründung zu § 38a LPIG aus dem Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP vom 22.06.2021 zu dem Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen [...] hier (LT-Drs. 17/14286: Begründung zu Nummer 17 b) genannten Zeitraum von 30 bis 35 Jahren verwiesen. Hierzu wird entsprechend ausgeführt: „...Im Rahmen der Entwicklung der „Raumstrategie Rheinisches Revier 2038+“ sollen nach derzeitigem Stand konkretisierte Raumbildvarianten und Entwicklungsszenarien mit kurz-, mittel- und langfristigen Zeithorizonten (z.B. 2030 / 2038 / 2050+) erarbeitet werden. Derzeit soll bei der Ermittlung der den Regionalplänen zugrundeliegenden Flächenbedarfen gemäß Ziel 6.1-1 des LEP ein Planungszeitraum von 20 bis maximal 25 Jahren zugrunde gelegt werden, um damit für die Bauleitplanung der Kommunen eine Auswahl von Flächen zu ermöglichen. Der in diesem Grundsatz benannte „besonders lange Planungszeitraum“ soll sich am Zeithorizont 2050+ der oben genannten Raumstrategie für das Rheinische Revier orientieren und 30 bis 35 Jahre umfassen....“

Dies bedeutet, dass sich die Regionalplanungsbehörde die Vorgaben gemäß der o.g. Begründung zum Landesplanungsgesetz zu eigen macht. Zudem ist dies dadurch begründet, dass bei der Annahme von einem besonders langen Zeitraum im Sinne des LPIG davon auszugehen ist, dass dieser zwischen dem regulär für die Neuaufstellung des Regionalplans angenommenen Planungszeitraum von 25 Jahren sowie dem Planungszeitraum für kommunale Planverfahren (ca. 10-15 Jahren bei der Neuaufstellung von Flächennutzungsplänen) einzuordnen ist und daher die Annahme eines 35jährigen Planungszeitraums für die Ermittlung der erhöhten Flächenbedarfe im Sinne des §38 LPIG NRW sachgerecht festgelegt wird. Die Begründung wird entsprechend fortgeschrieben, der Anregung wird insofern entsprochen..

Hinsichtlich der weiteren Anregungen in Bezug auf die Verortung in vorbelasteten Kreisen gilt, dass die angeführten Belange bereits im Verfahren berücksichtigt wurden und der Anregung insofern nicht gefolgt wird,

Erläuternd wird hierzu aufgeführt, dass für die Verortung der GIBtransformation gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe im Rahmen der Neuaufstellung nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden.

Die Regionalplanungsbehörde Köln hat zudem mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB im Sinne einer Bestenauswahl geeigneter und umsetzungsfähiger Standorte zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und in den in der Anregung aufgeführten Kreisen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Hinsichtlich der Verortung der GIBtransformation in den Kreisen Düren, Rhein-Erft und der Städteregion Aachen wird darauf verwiesen, dass gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW auch entsprechend im 2. Planentwurf zeichnerisch im Rheinischen Revier zu verorten hat. Das Rheinische Revier umfasst hierbei im Sinne der landesplanerischen Vorgaben die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis Neuss, Städteregion Aachen und Stadt Mönchengladbach und schließt somit eine räumliche Ungebundenheit aus. Hierzu wird zudem auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung zur Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen* verwiesen. Die zeichnerische Festlegung der GIBtransformation erfolgte zudem auf Grundlage mehrerer Abstimmungsprozesse und der hierbei zugrunde liegender Kriterien. Hierzu wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung im *Kapitel B. Methodik zur*

zeichnerischen Festlegung der GIBtransformation verwiesen.

Zudem wurden für die Standorte Hürth-Knapsack und Niederzier (Prübogen Bezeichnungen: HÜR_GIBz_1 und NDZ_GIBz_1) in der Zweckbindung sowie in den Erläuterungen zur Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen* die Inanspruchnahme der Standorte an Voraussetzungen gebunden, so dass eine mit den Zielen der Raumordnung und den Umweltauswirkungen verträgliche Umsetzung sichergestellt ist.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Zudem ist die Planungsregion und das Rheinische Revier großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer

mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen im Sinne des Transformationsprozesses gem. LPIG sowie gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz)) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Der Regionalrat hat der Festlegung der GIBtransformation gegenüber anderen Raumnutzungsbelangen, insbesondere zum Umwelt- und Naturschutz im Sinne einer gesamtplanerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu u.a. vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung beispielsweise agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen. Auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung wird hierzu verwiesen.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen

mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Auch die Aussage, dass eine Betrachtung von Kumulationswirkungen zwischen den Schutzgütern und Summationswirkungen mit weiteren Planfestlegungen und Planungen/ Vorhaben im Umfeld nicht stattfindet und Ausgangsbelastungen nur rudimentär in den Prüfbögen aufgeführt werden, dann aber in der Bewertung der Umweltauswirkungen keine Berücksichtigung mehr finden, ist nicht korrekt. Die übergreifende Berücksichtigung von Summationswirkungen erfolgt im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung im Umweltbericht (Kap. 8). Hier wird auch das Schutzgut Fläche betrachtet, da ausschließlich hier eine sinnvolle Betrachtung des Gesamtflächenverbrauchs vollzogen werden kann.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

Inhalt

C.2 Freiraum (zu Kapitel 4)

Der Regionalplan wird mit seinen Festlegungen für den Freiraum den großen Herausforderungen des Klimawandels und Artensterbens sowie des damit eng verbundenen Problems des Flächenverbrauchs/ der Flächenkonkurrenzen auch im 2. Entwurf nicht ansatzweise gerecht. Die zahlreichen Vorschläge der Naturschutzverbände zu den textlichen Festlegungen und insbesondere zur Optimierung der BSN-Kulisse zur Stärkung des Biotopverbundes, auch im Rheinischen Revier, wurden nicht berücksichtigt. Damit wird die örtliche Kenntnis der ehrenamtlichen Naturschützer*innen als Beitrag zu einer sachgerechten, ökologisch nachhaltigen Planung nicht genutzt. Stattdessen werden die dem Freiraumschutz entgegenstehenden Belange noch gestärkt (Siedlung, Landwirtschaft). Im Hinblick auf die herausragende Verantwortung der Regionalplanung/ des Regionalrats für die Bewältigung der Klimawandelfolgen und -vorsorge sowie der Biodiversitätskrise ist das unverantwortlich. Dies wird absehbar durch die Planungen zu den Erneuerbaren Energien noch massiv verstärkt werden.

In seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan ist für den Regionalplan eine naturschutzfachlich begründete Zielsetzung für die landschafts- und naturschutzbezogenen Darstellungen erforderlich. An ihm liegt es, durch verschiedene geeignete Freiflächendarstellungen dafür Sorge zu tragen, dass ein regional schlüssiges und perspektiv kohärentes und ausreichend groß bemessenes Flächenangebot zum Schutz und zur Entwicklung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes abgegrenzt wird. Dazu gehört neben einer ausreichenden und wirksamen Grün- und Freiraumversorgung der Bevölkerung die Darstellung eines Biotopverbundkonzeptes und einer schlüssigen, wirksamen Basis einer Schutzgebietskulisse, die den Anforderungen der Biodiversitätsstrategien von Bund und Land, dem Entwicklungsgebot aus dem FFH-Gebietsschutzrecht, der positiven Bestandsentwicklung defizitärer Arten und der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sowie den neuen rahmensetzenden Regelungen wie dem völkerrechtlichen Abkommen zum „Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework“ von 2022, das u.a. das Ziel zur Wiederherstellung von 30 % der geschädigten Ökosysteme an Land und im Meer bis 2030 vorsieht, und der EU-Verordnung zur Wiederherstellung von Ökosystemen und zur Bekämpfung des Biodiversitätsverlusts von 2024 genügt. Der vorbereitende Fachbeitrag des LANUV reicht heute nicht mehr aus, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Wie für die anderen Raumnutzungen auch müssten Mindestbedarfe für die Flächendarstellungen ermittelt werden, z.B. zu Flächenbedarfen für einzelnen Freiraumfunktionen, aufzubauenden Mindestbreiten von Verbundkorridoren und zur Mindestgröße von Populationen, Kernflächen zum Schutz einzelner Arten/Zielartenverbände sowie zum Umgebungsschutz. Bislang fehlt es an einem solchen, auch naturwissenschaftlich belastbarem Konzept.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Grundsätzlich ist eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung nicht möglich. Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurde die Datengrundlage der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes

Die Naturschutzverbände halten die in der 1. Offenlage vorgetragenen Bedenken und Einwände sowie Hinweise zur Siedlungsplanung auch für den 2. Planentwurf in vollem Umfang aufrecht.

Im Folgenden werden einzelne Änderungen im 2. Entwurf kommentiert.

wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen beispielsweise zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar

Darüber hinaus sind laut § 6 LNatSchG die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind

im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In §18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz

Inhalt

C.2.1 Regionale Grünzüge (zu Kapitel 4.2)

Die Naturschutzverbände bringen in Kapitel E.2 dieser Stellungnahme Vorschläge zur Ergänzung/ Erweiterung der BSN/ BSLE/ RGZ-Kulisse ein.

Ziel 18 Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen

Die Bedenken und Forderungen aus der 1. Offenlage werden aufrecht erhalten. Aufgrund von Autorenkorrekturen wurde das Ziel deutlich geändert. Nunmehr sollen auch

- die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen,
- die Errichtung von Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, die auf den Freiraum angewiesen sind und die nicht außerhalb des Regionalen Grünzugs realisiert werden können und
- die Errichtung von nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägten Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen

möglich sein, soweit die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des Regionalen Grünzugs erhalten bleibt.

Dagegen bestehen Bedenken, denn diese weiteren Öffnungen sind mit dem Ziel 7.1-5 des LEP NRW unvereinbar. Das LEP-Ziel betont deutlich den Schutz vor siedlungsräumlichen Entwicklungen. Daher lässt es nur ausnahmsweise eine siedlungsräumliche Entwicklung zu, wenn es keine andere Möglichkeit außerhalb des Regionalen Grünzugs gibt und dessen Funktion dennoch erhalten bleibt.

Die Änderung des Ziels 18 beabsichtigt aber, jede Siedlungsentwicklung der im Freiraum gelegenen Ortsteile und jede auf den Freiraum angewiesene Nutzung zuzulassen. Das konterkariert das LEP-Ziel deutlich. Auch die im Ziel 18 angestrebte Zulassung von Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen geht deutlich über das Ziel des LEP hinaus. Denn der LEP will die Regionalen Grünzüge nur als „siedlungsnahen Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen“ vorsehen. Das Ziel 18 würde aber in der jetzigen Form auch bauliche Anlagen für diese Nutzungen zulassen.

Daher sollte der neu hinzugefügte letzte Absatz des Ziel 18 ersatzlos gestrichen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten.

Das Ziel 18 wurde für die leichtere Nachvollziehbarkeit überarbeitet, beinhaltet aber keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen im Vergleich zur Formulierung des Ziel 18 im ersten Regionalplanentwurf.

Bestehen bleibt die Formulierung: "Ausnahmsweise dürfen RG für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben." Ergänzt wurde die Festlegung um die Forderung, dass bei Beeinträchtigungen von Grünzugfunktionen ein räumlich-funktionaler Ausgleich zu prüfen ist.

Bereits im ersten Regionalplanentwurf unter Punkt 7 der Erläuterungen wurde klargestellt, dass im Einzelfall Errichtung von Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen oder Verkehrsinfrastruktur im RG möglich seien, diese wurde durch die Nennung der Häfen auf Anregung ergänzt. Weiterhin sichergestellt bleibt, dass die Durchgängigkeit und die Funktionsfähigkeit der Regionalen Grünzüge erhalten bleiben muss. Auch die Errichtung von nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägten Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen war bereits unter Punkt 7 der Erläuterungen im Ziel 18 des ersten Regionalplanentwurfs möglich. Somit besteht weiterhin kein Widerspruch zum Ziel 7-1.5 LEP.

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Inhalt

C.2.2 Landwirtschaft (zu Kapitel 4.4)Grundsatz 33 Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen

Der Grundsatz wird durch eine Hinzufügung deutlich geschärft. Demnach sollen „agrarstrukturell bedeutsame Flächen bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen oder Funktionen besonderes Gewicht“ erhalten.

Dabei sollen diese agrarstrukturell bedeutsamen Flächen in der Erläuterungskarte F4 erkennbar sein. Eine nähere Inaugenscheinnahme dieser Erläuterungskarte zeigt, dass nahezu der gesamte Freiraum- und Agrarbereich als agrarstrukturell bedeutsame Fläche dargestellt ist. Dabei sind auch BSN-, NATURA 2000- und Naturschutzgebiete regelmäßig als „agrarstrukturell bedeutsam“ dargestellt. Faktisch sind nahezu alle landwirtschaftlich genutzten Flächen als „agrarstrukturell bedeutsam“ dargestellt. In der Erläuterungskarte gibt es keine landwirtschaftlichen Flächen, die nicht als „bedeutsam“ bezeichnet werden. Damit wäre jegliche landwirtschaftlich genutzte Fläche als „agrarstrukturell bedeutsame“ Fläche gegenüber den anderen Raumnutzungen mit einem höheren Gewicht in der Abwägung versehen, ohne dass eine Auseinandersetzung und Begründung mit einer generellen „Gewichterhöhung“ für ein/e ganze Raumnutzungskategorie/ Planzeichen erkennbar ist. Offenbar hat die in der Begründung dargestellte Einschränkung der besonderen Bedeutsamkeit auf Bereiche mit besonders günstigen Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Nutzung (Kriterien: Bodeneigenschaften (Schutzwürdigkeit, Bodenwert), der Umsatz, die Feldblockgröße, die Hangneigung und die Eignung für Sonderkulturen) keine differenzierende Wirkung. Diese weitreichende und den Freiraumschutz erheblich einschränkende Regelung ist abzulehnen.

Mindestens sind davon auszuschließen Flächen in BSN, BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft, NATURA-2000-Gebieten, NSG sowie gesetzlich geschützte Biotope und Biotopverbundflächen der Stufe I des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV, sofern diese nicht als BSN gesichert sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Ziele sind verbindliche Vorgaben, während die Grundsätze Abwägungsdirektiven darstellen.

Die AFAB umfassen einen vielfach hohen Anteil an landwirtschaftlichen Flächen - hierzu gehören auch die agrarstrukturell bedeutsamen Flächen -, schließen jedoch auch andere vielfältige Nutzungen und Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE) u.a. mit ein. Die BSN sind Vorranggebiete und durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erhalten und zu entwickeln. Beeinträchtigungen des landesweiten Biotopverbunds sind gemäß Grundsatz 7.2-3 LEP NRW zu vermeiden. Auch außerhalb der Gebiete für den Schutz der Natur soll Freiraum, der sich durch eine hohe Dichte an natürlichen oder kulturlandschaftlich bedeutsamen Elementen, an für gefährdete Arten und Lebensräume bedeutsame Landschaftsstrukturen oder durch besondere Eigenart und Schönheit auszeichnet, vor Inanspruchnahme bewahrt werden (Grundsatz 7.2- 5 LEP NRW). Ich verweise hierzu auf den Grundsatz G. 29. Danach sind schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen.

Der Grundsatz richtet sich an die Landschafts- und Bauleitplanung. Er dient dazu auch außerhalb der für den Biotopverbund festgelegten Vorranggebiete (BSN) weitere wertvolle Flächen für den Biotopverbund zu sichern. Dies bezieht sich zum einen auf weniger schutzwürdige bzw. weniger bedeutsame Flächen im Freiraum. Zum anderen sind kleinräumige oder sehr schmale Flächen im Freiraum oder auch im Siedlungsraum gemeint, die im Rahmen der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht Bestandteil der zeichnerischen Festlegung als BSN sein können. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor.

Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Da für BSN und auch BSLE raumordnerische Ziele (20 & 21) für die fachplanerische Sicherung festgelegt wurden, wird kein Konflikt gegenüber dem Vorbehaltsgebiets des AFAB und den in der Erläuterungskarte F4 dargestellten agrarstrukturell bedeutsamen Räumen gesehen.

Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich der angesprochenen agrarstrukturell bedeutsamen Flächen kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

C.2.3 Wald (zu Kapitel 4.5)**Ziel 22 Waldbereiche erhalten und entwickeln**

Gegen die sprachliche Umstellung des zweiten Absatzes bestehen keine Bedenken. Gerade wegen der Rechtsprechung gegen das entsprechende LEP-Ziel müssen aber Bedenken gegen die folgenden Absätze erhoben werden. Die Änderungen öffnen entgegen der schlecht verständlichen Autorenkorrektur 1023121 den Walderhalt so weitgehend und unkonkret, dass es sich um kein Ziel mehr handeln kann. Dadurch, dass alle Waldinanspruchnahmen ermöglicht werden, die mit Ersatzaufforstungen (offenbar im Sinne von Grundsatz 36) kompensiert werden, verliert das Ziel 22 seine Funktion des Walderhaltes und fällt auf einen Grundsatz zurück.

Angesichts der inflationären Deklaration von Planungen und Maßnahmen mit massiven negativen Auswirkungen auf den Freiraum als „im überragenden öffentlichen Interesse liegend und der öffentlichen Sicherheit/Gesundheit dienend“ und dem damit verbunden hohen Abwägungsgewicht bedarf es eines starken Waldziels, um den in NRW für große Teile des Waldes nur über die Ausweisung als Waldbereich/Vorranggebiet im Regionalplan bestehenden Schutz auch in Zukunft noch zu gewährleisten.

Um den Ziel-Charakter erhalten zu können, sollte statt weiterer Öffnungen der auch weiterhin nötige Kerninhalt des Walderhaltungsziels benannt werden. Die Naturschutzverbände schlagen dazu folgende Formulierung zur Ergänzung des 1. Absatzes vor:

Waldbereiche in waldarmen Bereichen und in Bereichen zum Schutz der Natur dürfen für entgegenstehende Planungen und Maßnahmen nicht in Anspruch genommen werden.

Die Naturschutzverbände halten einen grundsätzlichen Ausschluss der Inanspruchnahme von Waldflächen, der sich auf die besonders schutzbedürftigen Wälder beschränkt, zum Schutz der Waldfunktionen für erforderlich und rechtlich zulässig. Die im Ziel benannten Waldbereiche sind eindeutig definiert und räumlich verortet. Waldarme Bereiche sind nach dem Grundsatz 7.3-3 des LEP definiert als Wälder in Gemeinden mit weniger als 20 % Waldanteil (Abb. 5 LEP). Den Waldfunktionen kommt in allen Wäldern der waldarmen Gemeinden eine besondere Bedeutung, insbesondere hinsichtlich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, zu. Die BSN haben eine herausragende Bedeutung für den Biotop- und Artenschutz und den landesweiten Biotopverbund. In diesen räumlich eindeutig bestimmten Waldbereichen sollte eine Waldinanspruchnahme grundsätzlich ausgeschlossen sein. Für begründete Ausnahmefälle besteht die Option eines Zielabweichungsverfahrens.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Rechtsprechung des BVerwG entspricht die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln.

Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Die Waldbereiche im Regionalplan an Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt. Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum. Somit ist die Kulisse der Waldbereiche hinreichend räumlich und sachlich bestimmbar.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung wurden die Formulierungen des Ziel 22 "Waldbereiche erhalten und entwickeln" des ersten Regionalplanentwurfs im zweiten Planentwurf angepasst. In der Zielfestlegung des Ziels 22 des ersten Regionalplanentwurfs, gelten andere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Waldbereichen, als im zweiten Regionalplanentwurf:

Die Absätze 3 und 4 des Entwurfstextes zum Ziel 22 widersprechen dem Ziel 7.3-1 des LEP, auch wenn man dies nur als Grundsatz begreift, und sollten gestrichen werden. Ansonsten sollten folgende Ergänzungen als Mindestanforderungen auch für die Waldbereiche in nicht walddarmen Bereichen vorgenommen werden:

- Anlagen der linienhaften Infrastruktur zur Energieversorgung und für Verkehrsstrassen

Für Leitungs- und Verkehrsstrassen sollte die Ausnahme an die Alternativlosigkeit gekoppelt werden. Bei der Planung von Verkehrs- und Leitungsstrassen ist die großräumige Umgehung von Waldbereichen im frühen Planungsstadium häufig möglich. Die Naturschutzverbände schlagen folgende Zielergänzung vor:

Die ausnahmsweise linienhafte Inanspruchnahme von Waldbereichen für Leitungs- und Verkehrsstrassen ist nur zulässig, wenn keine raumverträglichen Trassenkorridore außerhalb von Waldbereichen zur Verfügung stehen. Sollte es keine raumverträglichen Trassenkorridore außerhalb von Waldbereichen geben, ist bei der Planung einer Bandinfrastruktur durch Waldbereiche die Inanspruchnahme besonders schutzwürdiger/ empfindlicher Waldbereiche zu vermeiden. Dazu gehören neben BSN, NSG/ Wildnisentwicklungsgebieten und Natura 2000-Gebieten auch gesetzlich geschützte Biotope, alt- und totholzreiche Waldbestände und naturschutzwürdige Biotopkatasterflächen.

- Weitestgehende Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen

Außerdem sollte das Ziel um folgende Vorgaben ergänzt werden:

Bei einer ausnahmsweisen Inanspruchnahme eines Waldbereichs sind Beeinträchtigungen soweit wie möglich zu vermeiden bzw. zu vermindern. Bei der Entscheidung über die Ausnahme ist die unterschiedliche Biotopwertigkeit von Waldflächen insbesondere mit Blick auf die Waldfunktionen Arten- und Biotopschutz sowie Klimaschutz besonders zu berücksichtigen.

Im Hinblick auf den folgenden Teilplan zu den Erneuerbaren Energien und insbesondere die Windenergieplanung werden folgende Ergänzungen des Waldziels gefordert:

- Ausweisung von Windenergiebereichen im Rahmen der kommunalen Positivplanung

Die Ausnahmeregelung sollte für die Ausweisung von kommunalen Windenergiebereichen im Wald für walddarme Gemeinden (unter 20 % Waldanteil) ebenfalls nicht gelten, da in diesen Gemeinden alle Waldflächen wichtige Freiraumfunktionen erfüllen.

Außerdem sollten folgende Flächen grundsätzlich für alle Waldbereiche ausgenommen werden:

Einerseits darf im zweiten Planentwurf nur eine Inanspruchnahme erfolgen, wenn der Ausgleich der im Regionalplan gesicherten Waldbereiche durch die zeichnerische Sicherung neuer Waldbereiche erfolgt. Das heißt unabhängig von Kompensationserfordernissen aus den nachgelagerten Planverfahren, müssen bereits auf Regionaler-Ebene in mindestens gleichen Flächenumfang Waldbereiche regionalplanerisch vor weiteren Inanspruchnahmen gesichert werden. Zudem ist die Funktion des jeweils betroffenen Waldbereiches insgesamt zu erhalten. Durch diese beiden Ergänzungen in den Erläuterungen wird sichergestellt, dass in der Regel kein Funktionsverlust des fehlenden Waldbereiches langfristig erfolgt. Somit können die langfristigen Folgen einer Waldinanspruchnahme auf regionalplanerischer Ebene bereits gemindert bzw. vermieden werden.

Der Grundsatz G.36 gibt den fachplanerischen Umsetzungskorridor hierfür vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddarmen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Punkt- oder linienhafte Inanspruchnahmen die insbesondere durch Windenergieanlagen und Trassen erfolgen wird auf Grund § 2 EEG der Vorrang in der Abwägung eingeräumt. Entsprechend können diese Maßnahmen umgesetzt werden, ohne dass ein Regionalplanänderungsverfahren zur Sicherung von Ausgleichsflächen vorab im Regionalplan erfolgen muss. In diesen Fällen reicht die Bewältigung der Kompensationserfordernisse im nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren (siehe hierzu Grundsatz 36).

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen

- BSN,
- NSG, NATURA 2000-Gebiete, Nationalparke, Nationale Naturmonumente

- Naturdenkmale

- Naturwaldzellen,

- Wildnisentwicklungsgebiete

- Wälder im Bereich gesetzlich geschützter Biotope

- Wälder, die als geschützte Landschaftsbestandteile ausgewiesen sind,

- Biosphärenreservate,

- Wälder in Wasserschutzzonen I und II,

- Biotopverbundflächen der Stufe I des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege

des LANUV, sofern diese nicht als BSN gesichert

- Moorflächen, die zur Wiedervernässung bzw. Renaturierung geeignet sind¹,

- Wälder in großen unzerschnittene verkehrsarmen Räume (UVZR)² bei Wäldern in der Größenklasse > 100 km².

Nach Auffassung der Naturschutzverbände kommen für eine naturverträgliche Planung der Windenergiebereiche außerdem nur „intensiv genutzte, naturferne Forstflächen“ einschließlich darin liegender geeigneter Windwurf- und Dürreflächen in Frage, sofern diese keine Sukzessionsstadien einer natürlichen Waldentwicklung aufweisen.

Die Naturverträglichkeit von Windenergieanlagen im Wald hängt neben der Beachtung der oben genannten Ausschlussbereiche entscheidend davon ab, dass bei der planerischen Festlegung von Windenergiebereichen solche Standorte vorrangig ausgewiesen werden, die aufgrund von baulichen Vorbelastungen (wie bauliche Anlagen, versiegelte Flächen, Leitungstrassen, Bundesfernstraßen, angrenzende Industriegebiete) eine geringere ökologische Wertigkeit aufweisen und bei denen die Erschließung durch ein Straßen- und Wegenetz für den Transport der WEA-Bauteile bereits vorhanden ist bzw. erforderliche Ausbauten zu einer geringstmöglichen

Inanspruchnahme von Waldflächen führen.

- Errichtung von Windenergieanlagen im Repowering

Die Naturschutzverbände sprechen sich grundsätzlich für die vorrangige Nutzung des Repowerings zum Ausbau der Windenergie aus. Aus dem novellierten

Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die Rahmenbedingungen zur Prüfungen von Windenergieanlagen finden sich in den Zielen 10.2-6 bis einschließlich 10.2-12 des LEP wieder. Diese geben den Umsetzungskorridor für die Verortung von Windenergiebereichen in Waldbereichen und Bereichen für den Schutz der Natur vor. Diesen Regelungen werden im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien angewendet und die Möglichkeiten zur Verortung genutzt. Unabhängig davon müssen die Belange windsensibler Vogelarten im Rahmen der Umweltprüfung zum Teilplan EE überprüft und entsprechende Minderungs- bzw. Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden.

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Bundesimmissionsschutzgesetz (§ 16 b BImSchG) ergeben sich räumlich/zeitlich sehr weitgehende Optionen für ein Repowering von WEA. Die Möglichkeiten für Altanlagen mehrere neue WEA zu errichten und dieses in einer Entfernung von bis zum fünffachen der Anlagenhöhe der neuen WEA würden für ein Repowering im Wald bedeuten, dass sich das Repowering nicht auf eine wesentliche Wiedernutzung der Flächen der Altanlage immissionsschutzrechtlich beschränken lässt. Insofern bestehen Bedenken gegen die geplante Ausnahmeregelung für punktuelle Eingriffe in den Waldbestand im Hinblick auf WEA in regionalplanerischen Waldbereichen.

Einer Ausnahmeregelung für das Repowering im Wald wird nur zugestimmt, wenn durch eine Ergänzung der Zielformulierung die sehr weitgehenden Optionen nach § 16 b BImSchG auf ein mit den Waldfunktionen verträgliches Maß reduziert werden können. Dazu wären folgende Änderungen des Ziels erforderlich:

Die Errichtung einer Windenergieanlage ist im Rahmen des Repowerings nur zulässig, wenn sich der Altstandort bereits innerhalb eines regionalplanerischen Waldbereichs befindet, die Anlagenanzahl nicht erhöht wird, der Bau und Betrieb der neuen WEA mit den Waldfunktionen zu vereinbaren ist und der Altstandort in wesentlichen Flächenanteilen erneut genutzt wird“.

Die Erläuterungen sollten wie folgt ergänzt werden:

„Durch Repowering soll die Flächeninanspruchnahme für Windenergieanlagen im Wald nicht erhöht und durch standörtliche Optimierungen die Beeinträchtigungen der Waldfunktionen verringert werden. Mögliche Standortverschiebungen und/ oder ggf. die Reduzierung alter Windenergieanlagenstandorte durch ein Repowering müssen zur Minderung insbesondere von Konflikten mit dem Artenschutz beitragen.“

1 Vgl. "Landesmoorkulisse" NRW, Link: https://www.gd.nrw.de/pr_kd_moorkulisse.php?q=landesmoorkulisse

2 <http://uzvr.naturschutzinformationen.nrw.de/uzvr/de/karte>

1033517_014, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	
Inhalt	Abwägung
<u>Grundsatz G 36 „Eingriffe in den Wald ausgleichen“</u>	Typ
Der textlichen Änderung des Grundsatzes, wonach wertvolle Offenlandbereiche von Ersatzaufforstungen ausgespart werden sollen, wird zugestimmt.	Hinweis
	Ausgleichsvorschlag
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung
	Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

C.2.4 Wasser (zu Kapitel 4.7)

C.2.4.1 Oberflächengewässer und Talsperren (zu Kapitel 4.7.1)

Ziel 25 Standorte für bestehende Talsperren und Vorsorgebereiche Talsperren sichern

Die Änderungen in Tabelle 2 sind teils nicht nachvollziehbar und auch nicht sachgerecht.

Die Aggertalsperre stellt de facto einen bedeutenden Erholungsstandort dar, auch wenn der Freizeit- und Erholungsschwerpunkt gestrichen wird. Das Gewässer wird für diverse Wassersport- Aktivitäten genutzt. Es erschließt sich nicht, weswegen diese bestehende Nutzung sich nicht auch in Tabelle 2 widerspiegeln soll.

Ebenso muss hinterfragt werden, wie eine Niedrigwasseraufhöhungs-Funktion des Stauweihers Bieberstein begründet werden soll. Für eine realistische Niedrigwasseraufhöhung reicht das Volumen des Staugewässers nicht aus. Zudem würde dies deutliche Wasserpegelschwankungen auslösen, die nicht gewollt sein können.

Auch dass die geplante Leppetalsperre und die geplante Steinaggertalsperre der Trinkwassergewinnung dienen sollen wurde bisher noch nie in Erwägung gezogen.

Die Tabelle 2 sollte inhaltlich überarbeitet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die textliche Festlegung wird angepasst. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

In Rücksprache mit der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde wird für die Aggertalsperre die Funktion E für Erholung ergänzt. Weitere Änderungen ergeben sich nicht. Die Änderung der Funktion wird analog der Tabelle 2 auch im Beiblatt der Erläuterungskarte F9 ergänzt bzw. angepasst.

Inhalt

C.2.4.2 Grundwasser- und Gewässerschutz (zu Kapitel 4.7.2)

Grundsatz 46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen

Gegen die Streichungen bestehen Bedenken. Die Streichung der wassergefährdenden Nutzungen aus dem Erläuterungstext zeigt, dass es hier nicht nur um eine semantische Änderung geht, sondern tatsächlich eine Öffnung beabsichtigt scheint. Dies ist abzulehnen.

Grundsatz 47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlegebiet sichern

Gegen die Streichung des Wortes „potentiell“ im Grundsatz bestehen ebenso Bedenken, wie gegen die Streichung der wassergefährdenden Nutzungen im Erläuterungstext. Bedenken bestehen insbesondere deshalb, weil absehbar scheint, dass die Deponie Erftstadt-Erp die Grundwasserentnahme des Wasserwerks Dirmierzheim beeinträchtigt. Im Zusammenhang mit der Wiederherstellung eines stabilen Wasserhaushalts nach Beendigung der Kohleverstromung im Rheinischen Revier wird auf die Notwendigkeit der Stilllegung von Wasserwerken in Paffendorf, Sindorf und ggf. Türnich hingewiesen. Die Wasserversorgung soll in einigen Jahrzehnten durch das Wasserwerk Dirmierzheim übernommen werden.

In diesem Zusammenhang wird die Erweiterung der Wasserschutzzonen bei Dirmierzheim (siehe F0, Trinkwasservorsorge, Erläuterungskarte A3) von den Naturschutzverbänden ausdrücklich begrüßt; eine rasche Festsetzung ist anzustreben. Demgegenüber wird die in der geplanten Wasserschutzzone gelegene Deponie bei Erftstadt-Erp ausdrücklich abgelehnt. Im Sinne einer auf zukünftige Bedarfe ausgerichteten Wasserversorgung in der ganzen Region kann die bestehende Kiesabgrabung nicht als Deponiestandort genutzt werden. Siehe dazu auch die Forderungen zum Ziel 41.

Grundsatz neu.2 Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlegebiet sicherstellen

Der neu eingefügte Grundsatz basiert auf Stellungnahmen des Erftverbands und des Rhein- Erft-Kreises. Der daraus entwickelte Grundsatz ist allerdings so schwach, dass er angesichts der absehbaren Situation nicht zielführend ist. Daher sollte dem Rhein-Erft-Kreis gefolgt werden, der das folgende Ziel gefordert hat:

Eine weitere Siedlungsentwicklung über die bisherigen beplanten Bereiche hinaus ist in den Bereichen, die nach dem Grundwasserwiederanstieg einer dauerhaften Grundwasserabsenkung bedürfen, auszuschließen.

Der Grundsatz neu.2 ist dann verzichtbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Aufzählung in der Erläuterung 2 zu Grundsatz 46 war beispielhaft, nicht vollständig und daher missverständlich. Die Ermittlung, wann bzw. mit welcher Planung oder Maßnahme ein Gefährdungspotential für die Trink-/ Heilwassergewinnung vorliegt, obliegt der zuständigen Wasserbehörde. Darauf wird in weiterhin in der Erläuterung 2 des Grundsatzes 46 verwiesen.

Die Streichung des Wortes potentiell im Grundsatz 47 stellt keine Aufweichung dar, da nach wie vor die Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung gefährden, vermieden werden sollen. Auch die Aufzählung in der Erläuterung 2 im Grundsatz 47 war beispielhaft, nicht vollständig und daher missverständlich. Die Ermittlung, wann bzw. mit welcher Planung oder Maßnahme ein Gefährdungspotential für die Trink-/ Heilwassergewinnung vorliegt, obliegt der zuständigen Wasserbehörde. Darauf wird in Erläuterung 2 des Grundsatzes 46 verwiesen.

Der Grundsatz neu2 bleibt erhalten und nicht zu einem Ziel umgewandelt.

Inhalt

C.2.4.3 Klimafolgenbewältigung

Es fällt insgesamt auf, dass selbst in den Bach- und Flussauen, wo eine Fülle öffentlicher Belange einen starken Schutz der Fläche abverlangen würde, wo Hochwasserschutz, Gewässerschutz, Grundwasserschutz, Biotopverbund, Artenschutz, Trinkwasserversorgung und Naherholung zusammenfallen, ein wirksamer Schutz regelmäßig außen vor bleibt. An etlichen Stellen bleiben hier bauliche Flächendarstellungen erhalten, anstatt eine zukunftsfähige, vorsorgende und klimaangepasste Planung einzuleiten. Negative Beispiele - allein aus dem Rhein-Sieg-Kreis - sind z.B. die Freizeitdarstellung auf der Insel Grafenwerth, Siedlungs- bzw. Gewerbedarstellungen am unteren Pleisbach in Niederpleis, am Pleisbach im Gewerbegebiet Oberpleis, am Orbach in Odendorf, am Hanfbach in Hennef, an der Sieg Schleife bei Rosbach (westlich des Bahnhofs), am Eipbach in Eitorf, am Waldbrölbach in Ruppichterorth, an der Agger bei Wahlscheid, am Auelsbach in Lohmar, an der Sieg in Siegburg-Zange, in Troisdorf- Sieglar, am Bornheimer Bach (Höhe Freibad und Wolfsburg), am Mühlenbach in Merten, am Hardtbach in Alfter-Witterschlick und -Volmershoven, am Swistbach in Meckenheim, am Eulbach und am Wallbach in Rheinbach, am Schießbach in Flamersheim und am Swistbach in Heimerzheim.

Eine planerische Perspektive zur Bewältigung der anstehenden Klimafolgenbewältigung scheint insofern schlicht verweigert zu werden, die Erfahrungen der Flutkatastrophe im Juli 2021 haben zu keiner Neubewertung und Aufwertung der Gewässerkorridore in der planerischen Darstellung geführt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Regionalplan werden gemäß Ziel 24 Erläuterung 1 alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km² gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt. Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Sofern die Kriterien auf die genannten Fließgewässer zutreffen, werden diese im Regionalplan festgelegt.

Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB bzw. zeckgebundenen ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen

Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. die Detaillierungsgrenze des Regionalplans überschreiten.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als

Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Inhalt

C.3 Infrastruktur (zu Kapitel 5)

Die Naturschutzverbände halten die in der 1. Offenlage vorgetragenen Bedenken und Einwände sowie Hinweise zur Infrastrukturplanung auch für den 2. Planentwurf in vollem Umfang aufrecht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Es wird diesbezüglich auf die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung und die dortigen Ausführungen verwiesen.

Inhalt

C.3.1 Verkehrsinfrastruktur (zu Kapitel 5.1)

Ziel 30 Bestehendes Straßennetz erhalten und Trassen für künftige Straßen sichern und Grundsatz 57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen Die Bedenken zu diesen Festlegungen aus der 1. Offenlage bleiben bestehen. Die Festlegungen des Ziels 30 und des Grundsatzes 57 sollen sicherstellen, dass Bedarfsplanmaßnahmen ihrem Planungsstand entsprechend im Regionalplan festgelegt werden. Wenn die fachplanerisch aufgrund einer Linienbestimmung festgelegte Grobtrasse klar ist, bestehen auch keine Bedenken gegen deren Festlegung als Grobtrasse im Regionalplan. Ist fachplanerisch noch keine Grobtrasse durch die Bestimmung der Linie festgelegt worden, darf der Regionalplan auch keine Grobtrasse festlegen.

Ebenso darf keine früher durch eine Linienbestimmung festgelegte Grobtrasse ohne Weiteres geändert werden. Dies ist aber offenbar der Fall, z.B. beim Lückenschluss der Eifelautobahn A 1 an der Landesgrenze aufgrund der Eingabe 1006483. Für diese neue Grobtrasse besteht keine neue Linienbestimmung; es gilt weiterhin die Linienbestimmung von 1970. Da diese neue Grobtrasse in keiner Weise verfestigt ist, kann sie nicht im Regionalplan festgelegt werden.

Insofern bestehen auch Bedenken gegen die Änderung des Grundsatzes 57. Es ist nicht sinnvoll, einerseits bedeutende Abweichungen von der Grobtrasse zu eröffnen, aber gleichzeitig neue Grobtrassen ohne vorhergehende Linienbestimmung festzulegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Fernstraßenausbaugesetz enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung wird auf Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen. Die Änderung der Trassendarstellung erfolgt auf Basis der Anregung in StnID 1006483 der ersten Offenlage, abweichend von dem aus dem Linienbestimmungsverfahren 1970 ermittelten Verlauf. Hintergrund ist ein Schreiben des damaligen Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 17.07.2019. Demnach sieht das Bundesverkehrsministerium in der optimierten Trasse eine rechtssichere Alternative zur linienbestimmten Trasse, daher wird auf ein neues Linienbestimmungsverfahren verzichtet. Die Begründung der Linie erfolgt im Zuge des noch durchzuführenden Planfeststellungsverfahrens.

Inhalt

C.3.2 Versorgungsinfrastruktur (zu Kapitel 5.2)

Grundsatz 64 Energieoptimierte Siedlungsentwicklung umsetzen

Gegen die Streichung dieses Grundsatzes bestehen Bedenken, denn er richtet sich nicht an die raumbedeutsame Energiegewinnung etwa durch Windenergieanlagen oder raumbedeutsame Photovoltaikanlagen, sondern an die Bauleitplanung. Diese sollte selbstverständlich weiter zu energiesparender Planung und Planung mit z.B. Auf-Dach-PV-Anlagen, Quartierspeichern etc. angehalten werden.

Der Grundsatz sollte daher nicht gestrichen werden, denn er ist – auch unabhängig von einem sachlichen Teilplan – nötig.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung von Inhalten des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen. Das LEP NRW Ziel 10.1-4 Kraft Wärme Kopplung sowie der Grundsatz 6.1-7 geben Hinweise für die nachgelagerten Planungsebenen. Das Prinzip der siedlungsräumlichen Konzentration (vgl. Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren*) unterstützt die Umsetzung des Ziels auf Ebene des Regionalplans. Weiterer Konkretisierungsbedarf besteht auf der Regionalplanebene nicht.

Im Übrigen werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien gegeben.

Inhalt

C.3.3 Entsorgungsinfrastruktur (zu Kapitel 5.3)

Ziel 41 Standorte für Abfalldeponien sichern

Die Tabelle weist etliche neue Abfalldeponie-Standorte aus, von denen nicht klar ist, wie sie entstanden und begründet worden sind. Dagegen bestehen Bedenken. Es muss wenigstens eine grundsätzliche Prüfung des Bedarfs erfolgen, die auch nachvollziehbar dargelegt wird. Eine Darstellung neuer angedachter Deponie-Standorte aufgrund von Wünschen aus der Privatwirtschaft ist nicht tragbar - sowohl, weil etwaige Beeinträchtigungen durch diese neuen Standorte nicht geprüft wurden, als auch weil keine hinreichende Bedarfsprüfung erfolgt zu sein scheint. Da die Abfallwirtschaftsindustrie sich durch starke Konkurrenz der Firmen untereinander auszeichnet, führen solch unzureichend geprüfte Standort-Darstellungen auch zu einer kritischen Marktverzerrung.

Insbesondere bestehen Bedenken gegen die Festlegung des Standortes Swisttal (siehe Erläuterung 5), wenn bei diesem Standort offenbar verfestigte Artenschutz-Probleme bestehen. Falls solche bisher ungelösten Probleme bestehen, muss die Regionalplanung diese Probleme vor einer räumlichen Festlegung selbst rechtskonform lösen, siehe VV-Artenschutz NRW.

Auch der Standort Ertftstadt sollte gestrichen werden. Die Wasserschutzzone des Wasserwerks Dirmerzheim wird künftig größte Bedeutung für die Trinkwasserversorgung der Region gewinnen. Die in der geplanten Wasserschutzzone gelegene Deponie bei Ertftstadt-Erp gefährdet diese Trinkwasserversorgung und wird ausdrücklich abgelehnt. Im Sinne einer auf zukünftige Bedarfe ausgerichteten Wasserversorgung in der ganzen Region kann die bestehende Kiesabgrabung nicht als Deponiestandort genutzt werden. Der Deponiestandort sollte daher aus der Karte und der Tabelle gestrichen werden. Zur Begründung siehe auch zum Grundsatz 47.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Bezüglich des Deponiebedarfs wird darauf verwiesen, dass für die auf Grundlage der 1. Offenlage ergänzten Deponiestandorte die grundsätzliche abfallwirtschaftliche Erforderlichkeit von den zuständigen Abfallwirtschaftsbehörden bzw. dem LANUV bestätigt wurde. Weitergehende Nachweise sind auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen zu erbringen.

Die Betroffenheit für die Flächeninanspruchnahme des Prüfbereich SWI_Deponie_2 gegenüber dem verfahrenskritischen Vorkommen der planungsrelevanten Art der Knoblauchkröte wird im Rahmen der Umweltprüfung ermittelt, beschrieben und bewertet. Gemäß Punkt 5 der textlichen Erläuterungen zum Ziel 41 des Regionalplanentwurfs darf der Deponiebereich nur unter der Maßgabe Inanspruch genommen werden, dass in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die artenschutzrechtliche Zulässigkeit nachgewiesen wird. Somit kann eine Beeinträchtigung dieses Belanges abschließend ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich des Deponiestandorts Ertftstadt ist der Stellungnahme entsprochen (s. StnID 1033038_005).

Inhalt

D Bedenken und Anregungen zum Umweltbericht

Nach Auffassung der Naturschutzverbände ist auch der überarbeitete Umweltbericht in wesentlichen Punkten unvollständig und daher als Entscheidungsgrundlage für die regionalplanerische Abwägung ungeeignet. Die Stellungnahme im Rahmen der 1. Offenlage wird daher vollumfänglich aufrechterhalten. Vor allem fehlt weiterhin eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Schutzgut Fläche, was sich einerseits in einer nur floskelhaften und oberflächlichen Behandlung dieses Themas und andererseits am Ausbleiben einer Prüfung von flächensparenden Planungsalternativen zeigt. Insbesondere sind Ausführungen zum Grundsatz 6.1-2 des Landesentwicklungsplanes („5 ha-Grundsatz“) erforderlich.

Die Umweltprüfung wird außerdem nicht dazu genutzt, eine nachhaltige Planung der Raumentwicklung zu fördern, insbesondere die Siedlungsentwicklung auf konfliktarme Standorte zu lenken, für die Durchsetzung der Ziele zu Umwelt und Naturschutz des Regionalplans selbst zu sorgen und die Regulierungswirkung des Regionalplans im Hinblick auf das Erreichen der planungsleitenden/ übergeordneten Ziele zu überprüfen und zu gewährleisten. Das zeigt sich auch daran, dass ausweislich des Umweltberichtes zahlreiche Flächenfestlegungen neu aufgenommen wurden, bei denen es zu einer direkten Flächeninanspruchnahme von NSG kommt. Teilweise sind die Inanspruchnahmen dabei nicht nur randlich, sondern überlagern die NSG großflächig. Dies lehnen die Naturschutzverbände entschieden ab. Es müssen Alternativen außerhalb von Schutzgebieten gefunden werden.

Folgende Auflistung zeigt beispielhaft, dass zahlreiche Flächen im Freiraum hinzugekommen sind, bei denen u.a. die Schutzgüter NSG, Nationalpark, Wildnisgebiet, Biotopverbund, schutzwürdige Biotope, FFH, UZVR, Klimaböden betroffen sind (aus Anhang M des Umweltberichtes). Das planungsleitende Ziel der Lenkung der Siedlungsentwicklung auf konfliktarme Bereiche scheint im 2. Entwurf gar keine Rolle mehr zu spielen.

[Anlagen]

Flächeninanspruchnahmen erfolgen auch trotz Betroffenheit verfahrenskritischer Arten. Die hier vorgesehene Befassung mit diesem Aspekt erst auf der nachfolgenden Planungs- / Projektebene wird abgelehnt – auch wenn beispielsweise die Festlegung des Plangebietes SWI_Deponie_2 mit der Maßgabe erfolgt, dass die regionalplanerisch festgelegte Nutzung nur erfolgen darf, wenn im nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die artenschutzrechtliche Zulässigkeit nachgewiesen wird.

Auch bei Zweifeln an der Verträglichkeit mit den Natura-2000-Schutzziele ist eine Verlagerung auf die nachfolgende Planungs- Projektebene nicht sachgerecht und

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1073796 ff. 1.Offenlage).

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Bei der räumlichen Verortung von bedarfsgerechten Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

rechtlich nicht zulässig. Dies gilt besonders für die Erweiterungsfläche des Flughafens Köln/Bonn. Hier wird von den Gutachtern auch gänzlich ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung aufgezeigt, dass mit erheblichen Beeinträchtigungen der Natura-2000-Schutzziele zu rechnen ist und hier eine Abweichungsentscheidung nach § 34 Abs. 3 bis 5 BNatSchG erforderlich sein wird. Dies kann nicht auf die Zulassungsebenen abgeschichtet werden. Der Plan ist zu dieser Festlegung aller Voraussicht nach nicht umsetzungsfähig.

Eine Strategische Umweltprüfung muss die Umweltauswirkungen in ihrer Gesamtheit und Zusammenschau darlegen und im Hinblick auf ihre Erheblichkeit nachvollziehbar bewerten. Nur dann kann sie ihre Aufgabe als angemessene Entscheidungs- und Abwägungsgrundlage erfüllen. Diesen Anforderungen wird die vorliegende Umweltprüfung in keiner Weise gerecht. Umweltauswirkungen werden in vielen Teilen weder umfassend/ angemessen ermittelt und dargestellt, noch in ihrer Erheblichkeit fachlich nachvollziehbar auf Basis der Wirkfaktoren und der teils räumlichen Ausprägungen der Schutzgüter im Hinblick auf ihre wertbestimmenden fachlich-rechtlichen Zielsysteme und diesbezüglicher konkretisierender Planungen/ Konzepte bewertet.

Besonders defizitär ist die Behandlung der neu hinzugekommenen Flächen. So ist nicht erkennbar, ob für alle Flächen eine Umweltprüfung vorgenommen wurde, welche Flächen sogenannte Transformationsflächen sind und wie sich dies auf die Gesamtplanbetrachtung auswirkt.

Unverständlich ist, warum im Umweltbericht bei der Prüfung der einzelnen Schutzgüter der Punkt „Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln“ wegfällt.

Bei der Betrachtung der Treibhausgase fehlt die Betrachtung der durch die zu erwartende Bautätigkeit induzierten Treibhausgasemissionen. Insbesondere fehlen Aussagen dazu, inwieweit Treibhausgase beispielsweise durch Geschosswohnungsbau gegenüber Einfamilienhausbau eingespart werden können.

Bei den geplanten Maßnahmen zur Überwachung fehlen geeignete Monitoringindikatoren zum Schutzgut Klima.

Hinsichtlich der Ausführungen zum Grundsatz 6.1-2 LEP NRW wird darauf verwiesen, dass der Regionalplan diesem durch Aufnahme eines neuen Grundsatzes *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* entspricht. Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung durch Maßnahmen dazu beitragen, dass die Siedlungsentwicklung flächensparend erfolgt und so dazu beitragen, die Flächeninanspruchnahme im Regierungsbezirk Köln langfristig auf „Netto-Null“ zu reduzieren. Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen dabei besonders in den Blick genommen werden. Bei der Umsetzung der Siedlungsbereiche soll eine möglichst hohe Bebauungsdichte angestrebt werden, sofern diese mit den städtebaulichen Belangen, siedlungsklimatischen Erfordernissen und dem vorsorgenden Hochwasserschutz vereinbar ist. Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Der LEP NRW formuliert zudem die Grundsätze 6.1-3 Leitbild „dezentrale Konzentration“, 6.1-5 Leitbild „nachhaltige europäische Stadt“ in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgt dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Zudem ist die Planungsregion und das Rheinische Revier großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R.

alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche (z. B. geschützte Biotope, Naturschutzgebiete), die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Aufgrund der Darstellung im Flächennutzungsplan und der tatsächlichen Umstände im Bestand besteht ein

Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Eine Betroffenheit von Naturschutzgebieten war dabei nicht vollständig zu vermeiden. Die Naturschutzgebiete sind dabei i.d.R. nicht durch eine Flächeninanspruchnahme betroffen, sondern befinden sich fast vollständig jeweils im Umfeld, d.h. im Wirkungsbereich der Planfestlegungen. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten, sowie fachrechtlich in den Regionalplan übernommene Planinhalte, wie z.B. die Abbildung des Netzzusammenhangs vorhandener Straßen. Sie sind nicht Gegenstand des Entscheidungsprogramms der Neuaufstellung des Regionalplans, so dass diese allein als Belastung oder Entlastung in die Umweltprüfung des Gesamtplans eingehen. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern vorzunehmen.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, auf die in der Stellungnahme erwähnten Schutzgüter ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber den angesprochenen Schutzgütern wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

In Bezug auf die Transformationsflächen wird auf die textlichen Festlegungen im Ziel *GIBtransformation sichern und umsetzen* sowie die entsprechende Zweckbindung und das Plansymbol im Rahmen der zeichnerischen Festlegungen und die entsprechenden Ausführungen in der Begründung verwiesen, die eine eindeutige Zuordnung ermöglichen.

In Bezug auf die Erweiterungsfläche des Flughafens Köln/Bonn wird darauf verwiesen, dass gemäß § 9 LPlG NRW der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes trifft. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und

Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen Flugplatz festzulegen. Darüber hinaus wurde folgende Zweckbindung in (Z.34) *Flugplätze sichern* ergänzt: Die regionalplanerische Sicherung der Flughafenerweiterungsfläche „Areal Nord“ erfolgt unter dem Vorbehalt, dass in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die Natura 2000-Verträglichkeit für die Inanspruchnahme nachgewiesen wird. Um die Natura 2000-Verträglichkeit des Plangebiets der Norderweiterung des Flughafens Köln/Bonn darzulegen, sind umfangreiche Aktualisierungen der vorliegenden Gutachten erforderlich. Da bereits auf der Grundlage überschlägiger Betrachtungen absehbar ist, dass erhebliche Beeinträchtigungen auf das Vogelschutzgebiet und ggf. das FFH-Gebiet „Wahner Heide“ nicht ausgeschlossen werden können, sind differenzierte fachgutachterliche Ausarbeitungen erforderlich, die nur auf der Grundlage einer konkreten technischen Planung sowie sich daraus ableitenden Auswirkungen vorgenommen werden können.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Festlegung der Fläche „Areal Nord“ als Grünzug und Fläche für Natur und Landschaft verstößt gegen das Ziel 8.1-6 des LEP. Die Fläche „Areal Nord“ ist ein bisher dem Flughafen als Erweiterungsfläche zugeschriebener Bereich zwischen der nördlichen Flughafengrenze und der Schleife der ICE-Trasse. Sie wurde im Rahmen eines Regionalplanänderungsverfahrens in 2004 als Flughafenfläche im Regionalplan festgelegt, weil sie die einzige mögliche Erweiterungsfläche für die Passagiervorfeldbereiche des Flughafens ist. Sie muss auch weiterhin als Fläche für den Flugverkehr festgeschrieben sein. Zur weiteren Begründung wird auf die ausführlichen Stellungnahmen des Flughafens Köln/Bonn verwiesen.

Die Betroffenheit für die Flächeninanspruchnahme des Prüfbereich SWI_Deponie_2 gegenüber dem verfahrenskritischen Vorkommen der planungsrelevanten Art der Knoblauchkröte wird im Rahmen der Umweltprüfung ermittelt, beschrieben und bewertet. Gemäß Punkt 5 der textlichen Erläuterungen zum Ziel 41 des Regionalplanentwurfs darf der Deponiebereich nur unter der Maßgabe Inanspruch genommen werden, dass in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die artenschutzrechtliche Zulässigkeit nachgewiesen wird. Somit kann eine Beeinträchtigung dieses Belanges abschließend ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die Betrachtung des Prognose-Null-Falls ist nicht in Gänze weggefallen, sondern

erfolgt jetzt in einem eigenen Kapitel (Kap. 4.10) im Umweltbericht.

Treibhausgasemissionen, die durch Bautätigkeiten entstehen, sind auf Regionalplanebene nicht zu prognostizieren, da hierzu die erforderliche Grundlage fehlt (geplante Bebauung, Bauzeitdauer usw.). Insbesondere für die Siedlungspotenzialflächen ist die Prognose schwierig, da auf Regionalplanebene noch nicht bekannt ist, ob die Flächen überhaupt als Siedlungsflächen herangezogen werden.

Es wird geprüft, ob es für das Schutzgut Klima weitere geeignete Monitoringindikatoren gibt. Sofern dies der Fall ist, wird der Umweltbericht ergänzt.

Inhalt**E.1 Kreis Heinsberg****Stadt Wegberg****Flächenbezeichnung** (aus Änderungskarten): 190

Gegen die Neudarstellung von GIB-Flächen am Prüfcenter Wegberg-Wildenrath bestehen Bedenken. Der Bereich hat eine hohe bis sehr hohe ökologische Wertigkeit, ist als LSG geschützt, weist Mischwald auf und grenzt teils an das NSG mit FFH-Lebensraum- und Biototypen (HS-005 Helpensteiner Bachtal, oberes Schaagbachtal und Petersholz) an. Damit haben diese Bereiche elementare funktionale Bedeutung für dieses südlich und mittig im Gebiet liegende NSG. Sie sind Teil des Biotopverbund besondere Bedeutung (VB-K-4803-009), Ergänzungs- und Entwicklungsflächen zum NSG sowie Trittstein- und Vernetzungsbiotope in der intensiv genutzten Agrar- und Siedlungslandschaft und eine wichtige Nord-Süd-Achse des Biotopverbunds mit VB-K-4803-10. Die Flächen sind Jagdgebiet für Fledermäuse, Uhu (Brutnachweis angrenzend und -verdacht im 1000m-Radius) sowie für den Rotmilan (Brutverdacht). Das schmale, mittig gelegenen NSG weist bereits heute starke Vorbelastung durch die Gewerbenutzung auf. Die beabsichtigte Umwidmung des Waldes/BSLE zu einem GIB widerspricht den festgesetzten Zielen des NSG, des Landschaftsplans und der Schutzziele des Biotopverbunds in diesem Raum. Die Abholzung der Restwaldflächen (bodensaure Eichenwälder und sonstige schutzwürdige Wälder auf nährstoffarmen Sandböden) würde den Biotopverbund in dem Raum großräumig unterbrechen und zu einer signifikanten Schädigung des NSG führen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung der Waldbereiche).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Das Wegberger Oval ist das größte städtische Gewerbe- und Industriegebiet. Im Oval ist eines der weltweit größten Testzentren für Schienenfahrzeuge ansässig. Zur Standortsicherung ist eine stetige Anpassung und auch Erweiterung der Kapazitäten erforderlich. Zurzeit existieren jedoch keine verfügbaren Flächen mehr im Wegberger Oval. Beispielsweise ist eine Erweiterung des Centers um ein Ausbesserungswerk für ICE-Züge angedacht / vorstellbar. Hierdurch würde eine beschleunigte Wartung und Reparatur von ICE-Zügen der Deutschen Bahn ermöglicht. Der Standort soll darüberhinaus zu einem Kompetenzzentrum für Schienenfahrzeuge entwickelt werden. Um diese Zukunftsperspektive zu ermöglichen ist eine GIB-Darstellung der Flächen WI4 und WI6 erforderlich, zumal am Standort der unmittelbare Zugang an das Schienennetz und eine Grundinfrastruktur für diesen Kompetenzbereich vorhanden ist. In dieser Qualität ist der Standort einmalig.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und

Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Die Betroffenheit eines NSG-Umfeldes kann beispielsweise durch Abstandsflächen in der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene gelöst werden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene bzw. Ebene des Fachrechts erfolgen

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die

zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen. Eine weitere Konkretisierung erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 188

Gegen die Neudarstellung eines GIB in einem BSN bestehen Bedenken: Der Bereich liegt im NSG HS-005 Helpensteiner Bachtal, oberes Schaagbachtal und Petersholz sowie im Biotopverbund herausragende Bedeutung (Schwerpunkt Magerrasen, Trockenheiden, Wald) mit einem aktuellen Brutnachweis des Uhus. Im Übrigen wird auf die Argumente gegen das GIB 190 verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von BSN, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Südlich der Friedrich-List-Allee bzw. westlich angrenzend an GIB-Flächen eines vorhandenen Unternehmens befindet sich gem. FNP ein Sondergebiet für eine Bauschuttrecyclinganlage. Ferner wurde für diese Nutzung der vorhabenbezogene Bebauungsplan II-8 im Jahre 2008 beschlossen. Es wird daher angeregt, diesen Bereich bei der GIB-Darstellung zu berücksichtigen, da der neue Eigentümer beabsichtigt, neben der genannten Bauschuttrecyclinganlage, nun zusätzlich an diesem Standort eine Abfallverwertung zu betreiben.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der

Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung hier konkret einem AFAB, BSLE und BSN wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt, da der Regionalplan damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten entspricht und die tatsächliche Situation im Bestand abbildet. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht – hier dokumentiert durch eine weiterhin bestehende Festlegung eines Sondergebietes auf Ebene der Bauleitplanung, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist.

Die Abgrenzung des GIB erfolgt aufgrund der faktischen Umstände im Bestand sowie unter Berücksichtigung der umliegenden Freiraumfunktionen (u.a. BSN und BSLE).

Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene. Die Betroffenheit eines NSG-Umfeldes kann beispielsweise durch Abstandsflächen in der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene gelöst werden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene bzw. Ebene des Fachrechts erfolgen

Im Grundsatz (*G.29*) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* des Planentwurfs, wird der Auftrag an die nachfolgende Planungsebenen erteilt, sich mit der Entwicklung und dem Schutz schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb der Vorranggebiete BSN auseinanderzusetzen. Kleinteilige Nutzungen und Funktionen entsprechen nicht dem regionalen Maßstab und sind damit folglich Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB folgerichtig.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen

Eine Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen erfolgt zudem nicht, da ausschließlich bereits bauleitplanerisch gesicherte Flächen in die Festlegung eines GIB überführt werden. Diesen wurde gegenüber einer Freiraumdarstellung im Sinne einer planerischen Abwägung zudem auf regionalplanerischer Ebene Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu auch vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 191

Der Bereich hat eine hohe ökologische Bedeutung: wertgebende Arten im Gebiet (Brut-, Nahrungshabitat) sind Feldlerche, Schafstelze, Mehlschwalbe, Rauchschwalbe, Turmfalke, Habicht, Waldkauz sowie Fledermausarten der nahen Biotop- und Biotopverbundflächen. Der Bereich nimmt schutzwürdige klimarelevante und fruchtbare Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung sowie einen regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (Landschaftskulturelles Erbe Nr. 018, Regionalplan Köln, Anhang B, Kulturlandschaftsentwicklung) in Anspruch. Die Planung würde zu Beeinträchtigungen eines seit Jahrhunderten bestehenden, kulturhistorisch wertvollen, charakteristischen Siedlungs- und Landschaftsbildes im Umfeld einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung führen. Der gültige Regionalplan weist für das Gebiet ein ASB von weniger als 15 ha aus. Der Entwurf der 1. Offenlage von ca. 20,1 ha, die vorliegende Planung nochmals eine Vergrößerung von 13 ha. Bei einem Bevölkerungswachstum von lediglich 0,2% (Information u. Technik NRW, Abruf 22.05.22) und gleichzeitiger überproportionaler Zunahme der älteren Bevölkerung (Gruppe 65 – 80 Jahre plus 42,3%, Gruppe 80 und mehr Jahre plus 129,3%) ist die aktuelle Vergrößerung nicht zu rechtfertigen und widerspricht in hohem Maß den Flächensparzielen in den textlichen Ausführungen. Daher bestehen gegen die ASB Ausweitung Bedenken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: ASB-Fläche (WE5) Der Regierungsbezirk Köln ist eine wachsende Region. Daher ist es notwendig eine ausreichende Anzahl von Flächen für den Wohnungsbau und nichtstörendes Gewerbe bereit zu stellen. Die hier vorgeschlagene ASB Ausweisung ist dazu geeignet, diesem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der

Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1026030 und 1004196

Gegen die Inanspruchnahme der Waldrestfläche (1026030), die in Verbindung mit dem Wald nördlich der Bahnlinie (BK-4803-055 mit denkmalgeschützten Flachsrosten), dem periodisch wasserführenden Bachmannsgraben und dem Weiher / der Parkanlage (siehe Änderung 1004196) einen bedeutenden Amphibienlebensraum darstellt, bestehen Bedenken. Hier werden jährliche Amphibienwanderung (langjährig betreut durch den NABU Wegberg) mit ca. 3.000 Tieren (Erdkröte, Grasfrosch, Teichfrosch, Bergmolch, Teichmolch, Fadenmolch, Kammmolch, 2023) festgestellt. Damit wäre ein wesentlicher Amphibienlebensraum betroffen. Eine Umwandlung / Abholzung des Wäldchens mit nachfolgender baulicher Nutzung könnte nur mit einer Anhebung des derzeitigen Geländeniveaus von mehreren Metern (!) durchgeführt werden (östlich des Planungsgebiets bereits umgesetzt und z.T. großflächig mit Parkfläche und Discounter versiegelt). Dergleichen ist nicht mehr zeitgemäß!

Die Umwandlung (1004196) ist zum Schutz des Gebietes sehr zu begrüßen. Allerdings ist die Einbeziehung des westlich gelegenen BK-4803-055 (Wäldchen nördlich der Bahnlinie in Wegberg- Dorf) als auch das Restwäldchen südlich der Bahnlinie (1026030) angezeigt, da die drei Teilgebiete in engem räumlichen und funktionalen Zusammenhang stehen (Sommer- und Winterlebensraum für Amphibien, Amphibienlaichgewässer, Fledermausquartiere und Jagdgebiet). Daher wird die Zusammenfassung der Gebiete 1004196 (1) und 1026030 (2) mit der Biotopkatasterfläche BK-4803-055 (3) als Waldbereich vorgeschlagen; siehe Kartenskizze.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie linienhafte Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG)

hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Inhalt

E.2 Kreis Düren

Gemeinde Titz

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1001548 und 1001561

Die GIB-Flächen sind deutlich zu groß dimensioniert und sollten entfallen. Dies auch, da in diesem Raum an der Merscher Höhe nördlich Jülich ein riesiger überregional bedeutsamer GIB-Bereich ausgewiesen ist bzw. wird, dessen Planung schon weit fortgeschritten ist. Dieses Gebiet sollte interkommunal betrieben werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001548 und ID 1001561) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Stadt Jülich

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005975

Die ASB-Erweiterung wird abgelehnt. Sie betrifft ein wertvolles Steinkauzvorkommen und Obstwiesen. Zudem sollte grundsätzlich kein ökologisch wertvolles Grünland bebaut werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005975) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Inhalt

Mehrere Kommunen

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1006609

Gegen die geplante Bahntrasse von Bedburg über Jülich nach Aachen bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Sie darf aber keinesfalls durch schützenswerte Landschaftselemente verlaufen, z.B. Obstwiesen. Die Sophienhöhe sollte großräumig umfahren werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen und keine Bedenken geäußert. Die Hinweise beziehen sich auf die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Gemeinden Inden

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005366 und 1007803

Diese Straßenplanungen müssen aus Gründen des Naturschutzes entfallen. In diesen Bereichen liegen bereits jetzt wertvolle beruhigte Bereiche, die für den Artenschutz erhalten und entwickelt werden sollen. Die Naturschutzverbände haben hierfür ein ausführliches Naturschutzkonzept „Indesee“ vorgelegt. Bau und Betrieb der Straßen würden dieses Konzept konterkarieren, die vorgeschlagenen Maßnahmen entwerten und den Biotopverbund erheblich schwächen. Aufgrund des umliegenden, schon bestehenden Straßennetzes sind diese neuen Straßen zudem überflüssig, würden diesen Raum beunruhigen, zerschneiden, verlärmern und verpesten (siehe auch 1004370_016 und 1005370). Betrifft auch Aldenhoven.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005366 und ID 1007803) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Entsprechend der Plankonzeption werden räumlich noch zu konkretisierende Ersatzstraßen aus den Braunkohlenplänen gesichert, die eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Straßenverkehrsnetz übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Dies ist hier der Fall. Die Anregungen richten sich an nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und es wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004370_016 und 1005370

Beide Flächen (neue Wasserflächendarstellung Lamersdorfer Kanal und daran angrenzender ASB) sollten wegen des Naturschutzes im Nordbereich des künftigen Sees gestrichen werden. Das Gebiet zwischen zukünftigem See und neuer Inde ist schon jetzt von zahlreichen seltenen Arten besiedelt (z.B. Wiesenpieper, Graumammer, Weißen, Wat- und Wasservogel) und soll weiter zu einem Schwerpunkt des Biotopverbundes im Rheinischen Revier entwickelt werden. Der Ausbau und Betrieb des Kanals zu einer Regattastrecke mit angrenzenden Sport- und Freizeiteinrichtungen würde diesen Bestrebungen zuwiderlaufen (siehe auch 1005366 und 1007803.)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004370_016 und ID 1005370) vorgebracht. Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:

Zur Festlegung des ASB: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Zur Festlegung der neuen Seekontur: Die Darstellung des Tagebaus Inden wird entsprechend der Darstellungen des Braunkohleplans Inden vorgenommen. Das Verhältnis zwischen Braunkohlenplanung und Regionalplanung wird in Kapitel 1.5 *Verhältnis zur Braunkohlenplanung* im Regionalplan Köln erläutert.

Inhalt

Gemeinde Aldenhoven

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1001006 und 1001004

Das GIB ist überdimensioniert. Es betrifft die direkt angrenzenden regionalen Grünzüge. Diese sollten verbreitert, das GIB hingegen deutlich verkleinert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1006286

Gegen die Straßen-Darstellung bestehen Bedenken. Die Sophienhöhe sollte als Bereich zum Schutz der Natur unzerschnitten und ungestört bleiben und nicht durch Straßen zerschnitten werden. Außerdem würde der Schutzzweck der bereits entstandenen und wertvollen Biotope beeinträchtigt und zerstört, z.B. der „Goldenen Aue“. Die Sophienhöhe ist inzwischen Lebensraum vieler störungsempfindlicher und seltener Tierarten, z.B. Wiesenpieper, Feld- und Heidelerche, Baumfalke, Neuntöter, Wildkatze, Haselmaus, Wechselkröte, Libellen- und Schmetterlingsarten. Die Straßendarstellung sollte gestrichen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1006286) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan sowie dem Braunkohleplan Hambach dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Eine weitere Konkretisierung und Prüfung der Umweltverträglichkeit erfolgt im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005215, 1007754, 1007630 und 1005206

Die Tagesanlagen und Kohlebunker sollten zumindest teilweise renaturiert und zur Stärkung des Biotopverbunds aufgewertet werden. Die Baugebiete sind zu verkleinern. Auch ist fraglich, was in einem ASB angesiedelt werden soll, das direkt an ein großes Industriegebiet angrenzt, aber keinen Kontakt zu bestehender Siedlungsbebauung hat. Die ganze geplante Fläche scheint überdimensioniert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005215, ID 1007754, ID 1007630 und ID 1005206) vorgebracht. Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zu den bestehenden Abwägungsvorschlägen wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüber hinaus wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen

übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB sowie eines GIBtransformation gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Stadt Düren

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005409

Von der Erweiterung des ASB Birgel sollte abgesehen werden. Aktuell ist dort erhaltenswertes Grünland mit Altbaumbeständen um die Burg, Felder mit Rebhuhn und Feldlerche, Hecken mit Neuntöter und Haselmaus.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005409) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme

angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005392

Gegen die Umwandlung des Waldbereiches westlich von Merken in einen Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich bestehen Bedenken. Der Bereich ist heute klar als Wald ausgeprägt. Er erfüllt auch wichtige Funktionen – nicht nur wegen der Abschirmung des Tagebaus, sondern auch als Biotopverbundelement zwischen den beiden Regionalen Grünzügen südlich und nördlich von Merken. Der Waldbereich sollte daher erhalten bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Auf Grund der Zielfestlegung hinsichtlich Immissionsschutz in Kapitel 2.1 des Braunkohleplan Inden II sind die begrünt beziehungsweise bewaldeten Immissionsschutzwälle nach Ende der Nutzung zurückzubauen. Bei dem hier angesprochenen Bereich handelt es sich um ein ausschließlich dem Immissionsschutz zweckdienlichen Wald, der nach Ende der Nutzung wieder zurück zu bauen ist.

Inhalt

Gemeinde Nörvenich**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 91**

Diese GIB-Erweiterung sollte gestrichen werden. Die Zufahrt zum Industrie- und Gewerbegebiet Gut Gypenbusch besteht ja schon. Entlang der Straße darf keine Gewerbeansiedlung stattfinden. Ansonsten würden das Feuchtgebiet „Die Else“ und die Artenvielfalt auf den extensiv genutzten Ausgleichsflächen für den Tagebau Hambach des Heidefelder Hofes, der auf der anderen Seite der L495 liegt, beeinträchtigt. Betroffen von der Planung wären vor allem Vögel des Offenlandes und Fledermäuse und der Biotopverbund wird gestört. Ein Bedarf für diese Darstellung ist nicht ersichtlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Gemeinde Nörvenich hat mit der Entwicklung des Gewerbegebietes Nörvenich-Gypenbusch und einer gelungenen Unternehmensansiedlung ein echtes Leuchtturmprojekt für das Gelingen des Strukturwandels im Rheinischen Revier geschaffen – gerade im Hinblick auf den Zeitplan, da es sich nicht um Pläne und Absichten handelt, sondern das Projekt bereits in der Umsetzung ist. Aktuell liegt der Bau, u.a. des Logistikzentrums für den Versandhandel, im Zeitplan. Die Inbetriebnahme ist für Juli 2025 geplant. Es entstehen 800 Arbeitsplätze in 14 Berufsfeldern, 60.000 Päckchen und Pakete werden pro Tag von dort versendet. Daneben gibt es mit Europas modernstem Betonfertigteilewerk für den Wohnungsbau, eine weitere Großansiedelung, welche hunderte Arbeitsplätze schaffen wird und eine Reihe weiterer, kleinerer Betriebe. Sowohl die Konzerne wie auch die kleineren Firmen benötigen zur Erreichung ihrer Klimaziele die Möglichkeit, u.a. die Verkehre des Gebietes zu Dekarbonisieren. Dafür ist eine Wasserstofftankstelle unverzichtbar und ausdrücklich gewünscht. Zudem verläuft nach jetziger Trassenplanung die H2-Pipeline von OGE am Gebietsrand. Darüber hinaus ist es gerade aufgrund der Verkehre und der gesetzlich vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten unverzichtbar, ein Hotel und einen Gastronomiebetrieb an den Standort zu bringen. Zudem bedarf es Flächen für die bedarfsgerechte Erweiterung der jetzt bauenden Betriebe bzw. für die ortsnahe Ansiedelung von deren direkten Zulieferbetrieben, um auch hier Wegstrecken zu sparen und damit die Umwelt zu entlasten.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese

Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005186

Die nochmalige Ausdehnung des ASB zwischen Rath und Wissersheim wird abgelehnt. Von der Planung wären Feldvögel, u.a. Grauammervorkommen, und Fledermäuse (Ausgleichsmaßnahmen für den Tagebau Hambach) und ein Steinkauzrevier in Wissersheim betroffen. Südlich des neu gebauten Kindergarten Rath, liegt eine Ausgleichsfläche, die im Zuge der Ausgleichmaßnahmen für den Tagebau Hambach von RWE Power angelegt wurde. Nörvenich verfügt auch ohne diese Baugebiete bereits über sehr große ASBs. Die Vergrößerung der ASB-Fläche zwischen Rath und Wissersheim ist unnötig, übersteigt den Bedarf und ist daher unzumutbar, auch wenn dafür ein Bereich bei Hochkirchen entfällt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005186) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt, so auch hier beim ASB Rath-Wissersheim. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüber hinaus stellt die Umweltprüfung eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Inhalt

Gemeinde Vettweiß

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1008436

Gegen die Darstellung der Umgehungsstraße Kelz im Zuge der L 264 bestehen Bedenken. Sie sollte nicht dargestellt werden aufgrund des Feldvogelschutzes. Dort würde in eines der letzten Vorkommen der Grauammer eingegriffen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1008436) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Darüber hinaus werden entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Eine Prüfung der genannten Belange erfolgt übergeordnet in einem möglichen anschließenden Planfeststellungsverfahren.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1001423

Gegen diese ASB-Erweiterung bestehen Bedenken. Durch diese großflächige Wohnbebauung sind alle Vogelarten der offenen Feldflur betroffen. Nördlich angrenzend befinden sich Feldvogelschwerpunktorkommen u.a. mit Grauammer. Betroffen ist auch das Steinkauz-Revier im Osten der Fläche.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001423) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialie kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüber hinaus stellt die Umweltprüfung eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1012165

Das Baugebiet sollte verkleinert werden. Südlich angrenzend befinden sich landesweit bedeutsame Feldvogelschwerpunktorkommen u.a. mit Grauammer. Durch diese großflächige Wohnbebauung sind alle Vogelarten der offenen Feldflur betroffen. Auch der Baum- und Gebüschstreifen entlang der Bördebahn ist von den Baumaßnahmen betroffen. Der Erhalt und der Ausbau dieser Gehölzstreifen ist wichtig. Alle Grünlandflächen am Reiterhof sind zu erhalten, da im Brutrevier des Steinkauzes.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1012165) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen

werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Gemeinde Kreuzau

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005446 und 1010452

Beide Baugebiete sollten aus Artenschutz- und Wasserschutzgründen aufgegeben werden. Die Lage ist unmittelbar an Rur und Mühlenteich und am FFH-Gebiet. So sind Konflikte mit dem Gewässerschutz vorprogrammiert. Auch wird eine Verbesserung der Gewässer und ihrer Ufer verhindert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005446) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Abwägungsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Laut §8 (3) ROG ist die Umweltprüfung auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen zu beschränken, wenn in anderen umfassenden Plänen der oder teilweise Programmen bereits eine Umweltprüfung nach Absatz 1 durchgeführt wurde. Dies fand beispielsweise bei betreffenden vorhanden Umweltprüfung im Rahmen von Neuaufstellungen des Flächennutzungsplans, bei bereits durchgeführten und umweltgeprüften Regionalplanänderungen oder wie in diesem Fall bei der Aufstellung eines Bebauungsplanverfahrens Anwendung. Im Zuge des Verfahrens wurde sich ebenenspezifisch mit den angesprochenen Belangen auseinandergesetzt.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005448 und 1012154

Beide Baugebiete wirken in Bezug auf die Ortsgröße überdimensioniert. Auf die südliche Fläche sollte völlig verzichtet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005448 und ID 1012154) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Inhalt

Stadt Heimbach

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 79

Die weitere Erschließung dieser schutzwürdigen Bereiche im/am Nationalpark sollte dringend abgelehnt werden. Die ganze Planung ist völlig überdimensioniert. Die Planung muss deutlich verkleinert werden und sollte die Uferbereiche unangetastet lassen. Zudem mindern derartige Projekte den Erholungswert des Nationalparkas und seiner Region. Die Darstellung des ASB-E wird daher abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen ASB mit der Zweckbindung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen festzulegen.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt:

Im März 2021 wurde ein von der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. beauftragtern „Fachbeitrag Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln“ zur Bestandsanalyse und touristischen Projektideen im Nationalparkraum vorgelegt. Zwar hätten nur wenige Projektideen von ihrer Größe her eine Relevanz für die Darstellung im Regionalplan (Flächen größer 10 ha), es empfehle sich jedoch ein gesamträumliches Konzept zur Weiterentwicklung und Abstimmung der vorhandenen Projektideen in den Nationalparkkommunen. So könnten Potenziale für Erholung und Tourismus gesichert, zielgruppenspezifische Angebote für einen nachhaltigen Tourismus abgestimmt und Redundanzen vermieden werden. Der Fachbeitrag regt an, rund um das bereits heute schon intensiv touristisch genutzte Heimbacher Staubecken einen Bereich von 72 ha zeichnerisch und textlich als ASB mit zweckgebundener Nutzung für Erholung, Freizeit und Tourismus festzulegen. Insbesondere der vorhandene Ferienparks mit seinen ca. 1.000 Betten und 220.000 bis 230.000 Übernachtungen pro Jahr bedarf auch in der Zukunft einer Entwicklungsfähigkeit wie auch der nördlich des Staudamms gelegenen Bereich mit der Anlegestelle der Rursee-Schiffahrt, dem 4-Sterne-Hotel und anderen touristischen Infrastruktureinrichtungen. Die mit dem Nationalpark in Zusammenhang gebrachte starke Zunahme der Übernachtungen in der NP-Region sind einzig in diesem Ferienpark begründet.

Inhalt

Stadt Nideggen

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005324

Die weitere Erweiterung des ASB Nideggen bei Gut Kirschbaum lehnen die Naturschutzverbände ab. Hier wird in die freie Fläche geplant und unzerschnittener Bereich zerstört. Auch aus Gründen des Feldvogelschutzes wird das Baugebiet abgelehnt. Die Stadt Nideggen verfügt hier bereits über überdimensionierte Baugebiete.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005324) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüber hinaus stellt die Umweltprüfung eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Haithauschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005326

Die ASB tangieren direkt die angrenzenden Naturschutzgebiete und den Nationalpark und haben negative Einflüsse durch Lärm, Licht und Abgase auf die Schutzgebiete. Daher müssen deutlich größere Pufferzonen durch größere Abstände eingehalten werden und die Planungen in ihrer Größe verkleinert werden. Störungsempfindliche Arten würden sonst dauerhaft vergrämt. Zudem mindern derartige Projekte den Erholungswert des Nationalparks und seiner Region.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005326) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Abwägungsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

	<p>Der Festlegung eines ASB sowie eines ASBz für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung gegenüber einer Freiraumdarstellung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p>
--	---

Inhalt

Gemeinde Hürtgenwald

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1026725

Die Darstellung als Wald wird begrüßt.

Die Abgrenzung des BSN sollte aber korrigiert werden, indem die Lücke innerhalb des BSN auf Hürtgenwalder Gebiet mit BSN überplant wird. Die Landschaftsstruktur ist trotz der alten Militärbunker sehr vom Wald geprägt. Der Bereich weist wertvolle Lebensräume und Tierarten auf und sollte gemeinsam mit der als BSN gesicherten Umgebung einheitlich gesichert werden. Daher sollte die BSLE-Fläche inmitten des BSN in einen einheitlichen BSN umgewandelt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird teilweise Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus wird angeregt, die BSN-Darstellung zu ändern. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt wurde. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LnatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Unteren Naturschutzbehörden hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Der Fachbeitrag wird auf dem Internetauftritt der Bezirksregierung Köln sowie des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.

Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien einer BSN-Fläche.

Inhalt

E.3 Rhein-Erft-Kreis**Stadt Elsdorf und Stadt Bergheim**

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005278, 1005231, 1005278, 1004990, 12

Im Vergleich zur ersten Offenlage wurde die Gewerbefläche im Bereich der Stadt Elsdorf und im angrenzenden Bereich der Stadt Bergheim erneut deutlich vergrößert. Die nun angesetzten Flächen sind, obgleich durch einen Flächentausch mit dem südlich gelegenen Gewerbegebiet Heppendorf/ Sindorf (Fläche 1005231, 1005278) teils kompensiert, deutlich über den Bedarf der Kommune mit lediglich rund 22.000 Einwohnern hinaus dimensioniert. Durch den bevorstehenden Entfall der Braunkohlen-Infrastruktur (Kraftwerke, Kohlebunker, etc.) steht ausreichend Fläche zur Verfügung, sodass die Naturschutzverbände keine Notwendigkeit für die Aktivierung der Transformationsfläche (1005278) auf Elsdorfer Stadtgebiet sehen. Die Lage und Ausdehnung der geplanten Gewerbegebiete (1005231, 1005278) und des Transformationsgebiets (1005278) könnten kaum schlechter gewählt sein, da dadurch der einzig verbliebene Freiraumkorridor zwischen der geschlossenen Bebauung der Stadt Elsdorf und der geschlossenen Bebauung der Stadt Bergheim gänzlich entfällt und so KEINE Vernetzung mehr gegeben ist. Verschlimmert wird dies durch den Lückenschluss durch den auf Bergheimer Fläche liegenden Gewerbebereich bei BM-Zieverich (12) und das ebenfalls erweiterte Gewerbegebiet bei BM-Thorr (1004990). Durch die Transformationsfläche (1005278) wird zudem der geschützte Bach „Elsdorfer Fließ“ komplett überplant und ein beliebter Bereich zur Naherholung für die Elsdorfer Bevölkerung zerstört. Nördlich angrenzend wird der geschützte Bach und die hier ökologisch wertvollen Randbereiche durch das Gewerbegebiet (12) ebenfalls ausradiert.

Die Minimalforderung der Naturschutzverbände ist die Planung und Sicherung eines mehrere hundert Meter breiten, südlich parallel zur Autobahn A 61 verlaufenden Freiraumkorridors, um die Durchlässigkeit weiter zu gewährleisten und die vorgesehenen Barrieren zumindest etwas zu minimieren. Da laut Kartenblatt südöstlich des „Gut Desdorf“ ein solcher Korridor (als AFAB) vorgesehen zu sein scheint, sollte dieser verbreitert und nach Nordwest fortgeführt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. In diesem Rahmen erfolgte im Regionalplan auch über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und

	Genehmigungsebenen.
--	---------------------

Inhalt

Stadt Kerpen

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004747

Die Naturschutzverbände lehnen das GIBtransformation 1004747 (KER_GIBz_4) mit einer Größe von 81,4 ha im Süden von Kerpen ab. Das Gebiet betrifft Flächen mit hoch schutzwürdigem Boden. Der Raum ist bisher ein ausschließlich von landwirtschaftlicher Nutzung geprägter Freiraum, der als Grünvernetzung zwischen den FFH-Gebieten und dem Neffelbachbereich gesichert werden sollte. Hinweis auf Ziel G.19: Freiraumsicherung und -entwicklung.

Als besonders bedeutsam ist die unter Pkt. 2.17 hervorgehobene klimaökologische Bedeutung im Umweltbericht zu nennen, die eine Nutzung der Fläche für Industrie- und Gewerbe, aber auch für den weiteren Siedlungsausbau aus Sicht der Naturschutzverbände ausschließt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Flächenbezeichnung KER_GIBF_1

Im Umweltbericht wird auf die klimaökologische Bedeutung des südwestlichen Teils hingewiesen und eine Aussparung dieses Bereiches vorgeschlagen. Diese Aussage bezieht sich auf den Vegetationsbestand. Im südwestlichen Teil befindet sich aber auch ein Regenüberlaufbecken, das die sauren und schwermetallhaltigen Wässer aus der Berrenrather Börde aufnimmt. Die Aussage unter 2.1.6 ist falsch, da hier ein Oberflächenwasserkörper vorliegt. Das Becken wurde über die letzten Jahre zugeschlammmt und muss einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung zum Schutz der Erft vor belastetem Wasser unterworfen werden. Aus Sicht der Naturschutzverbände fehlt dieser wichtige Hinweis im Zusammenhang mit einer Umweltprüfung und sollte hier aufgeführt werden, da die Nutzbarkeit des Gebietes dadurch eingeschränkt ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1021211 und 1027296

Grundsätzlich sind die Erweiterungen der BSN- und Wald-Bereiche zu begrüßen, kann aber die notwendige Waldvernetzung zwischen den FFH-Gebieten nicht gewährleisten. Hier bleibt die Forderung der Naturschutzverbände nach Herstellung einer leistungsfähigen Waldvernetzung zwischen Hambacher Wald und Steinheide ausdrücklich bestehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird grundsätzlich Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus werden weitere Bedenken geäußert. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen sollen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechen folgerichtig als BSN festgelegt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese

bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Abstimmungsformate u.a. auch mit der Beteiligung des MUNV und dem MLV und anderen Stakeholdern, dessen konkrete und abgeschlossenen Ergebnisse Eingang in die zukünftigen Änderungsverfahren des Regionalplans finden werden.

Inhalt

Stadt Bergheim und Stadt Pulheim

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1006268

Die Planung zum Straßenneubau der L93n Stommeln bis Niederaußem wurde in den letzten Jahren heftig diskutiert. Große Teile der Bevölkerung, die Landwirte und die Naturschutzverbände sind strikt gegen den Neubau, weil der Bedarf nicht gesehen wird. Dies insbesondere wegen der unnötigen Zerschneidung des Landschaftsraums, der Störung der Offenland-Vogelarten und der Behinderung der Feldhamsterausbreitung (Auswilderungsprojekt). Das Straßenprojekt sollte nicht dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1006268) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Darüber hinaus werden entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Zudem ist die Bedarfsplanmaßnahme bereits linienbestimmt. Eine Prüfung der genannten Belange erfolgt übergeordnet in einem möglichen anschließenden Planfeststellungsverfahren.

Inhalt

Stadt Hürth und Stadt Erftstadt**Flächenbezeichnung** (aus Änderungskarten): 1001415

Die vorgesehene Planung eines GIBTransformation (Gewerbegebietes Barbarahof/ Knapsack) zerstört die Durchlässigkeit des Regionalen Grünzuges, da dieser durch den Knapsacker Hügel im Osten und die Siedlungsbereiche im Westen begrenzt ist. Es bleibt nur ein schmaler Korridor unmittelbar an der Ortslage Erftstadt-Kierdorf übrig. Die geltend gemachte „Kommunale Entwicklungsabsicht“ kann die nachteiligen Folgen nicht überspielen. Die Naturschutzverbände sehen keinen Bedarf für diese Planung. Die Planung führt zu einer Versiegelung klimarelevanter Böden.

Der Umweltbericht kommt wegen Inanspruchnahme von Grünflächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung, Inanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils und eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches zu der Einschätzung „dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden“.

Die massive Durchschneidung des BSLE und des regionalen Grünzuges ist nicht zu übersehen und auch nicht durch kleine Grünflächen im Gewerbegebiet zu kompensieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die Fläche in einer Kumulationszone im Rhein-Erft-Kreis liegt, innerhalb derer Umweltauswirkungen umso mehr zu berücksichtigen sind.

Die Ausweisung wird mit dem Argument des Flächenbedarfes durch den Strukturwandel begründet. Da in unmittelbarer Nähe großflächige Anlagen der Braunkohlenindustrie vorhanden sind, können dort im Rahmen der Konversion von Betriebsflächen neue Betriebe angesiedelt werden. Im Übrigen wird grundsätzlich bezweifelt, dass der im Zuge des bis mindesten 2030 laufenden Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung vermutete Arbeitskräfteüberschuss tatsächlich eintritt und daher eine Neuansiedlung von Gewerbe auf großen Flächen aus diesem Grunde nicht erforderlich scheint.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBTransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Zudem ist hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien darauf zu verweisen, dass es sich hierbei um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Die Entwicklung von solchen profilierten Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft im Rheinischen Revier. Die Regelungen des § 38 LPIG erfordern daher eine entsprechende Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

In Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" des Regionalplanentwurfs Köln wurde festgelegt, dass Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der RG beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Gleichzeitig wird die Ausnahmeregelung getroffen, dass Ausnahmsweise RG für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden dürfen, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die Erweiterung des GIB in Hürth/Knapsack durch Festlegung eines GIBtransformation mit konkreten textlichen Festlegungen hinsichtlich der Zweckbindung für diesen Standort erfolgt im Sinne des Ziels *GIBtransformation sichern und umsetzen*. In der Zweckbindung sowie ergänzend in den Erläuterungen in Punkt 6 wird zudem sichergestellt, dass die Funktionsfähigkeit des RG auch bei einer Inanspruchnahme weiterhin gewährleistet bleibt. Der bedarfsgerechten Festlegung eines GIBtransformation entsprechend der landesplanerischen Zielvorgaben gem. 6.3-3 LEP NRW wird zusammen mit entsprechenden textlichen Zielvorgaben am Standort Hürth-Knapsack in Bezug auf die Entwicklung eines klimaökologischen und thermischen Ausgleichsraums sowie gemäß den textlichen Zielvorgaben zur Umsetzung eines durchgängigen Grünzugs mit einer Mindestbreite von 200 Metern gem. entsprechender Zweckbindung in Ziel *GIBtransformation sichern und umsetzen* und unter Beachtung der Ausnahmeregelung im Ziel *Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen* im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang gegenüber einer Freiraumfestlegung hier RG, BSLE und AFAB eingeräumt.

Hinsichtlich der Verortung der GIBtransformation in den Kreisen Düren, Rhein-Erft und der Städteregion Aachen wird darauf verwiesen, dass gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW auch entsprechend im 2. Planentwurf zeichnerisch im Rheinischen Revier zu verorten hat. Das Rheinische Revier umfasst hierbei im Sinne der landesplanerischen Vorgaben die Kreise Düren,

Euskirchen, Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis Neuss, Städteregion Aachen und Stadt Mönchengladbach und schließt somit eine räumliche Ungebundenheit aus. Hierzu wird zudem auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung zur Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen* verwiesen. Die zeichnerische Festlegung der GIBtransformation erfolgte auf Grundlage mehrerer Abstimmungsprozesse und der hierbei zugrunde liegenden Kriterien. Hierzu wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung im *Kapitel B. Methodik zur zeichnerischen Festlegung der GIBtransformation* verwiesen. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Der Regionalrat hat der Festlegung der GIBtransformation gegenüber anderen Raumnutzungsbelangen, insbesondere zum Umwelt- und Naturschutz im Sinne einer gesamtplanerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu u.a. vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung beispielsweise agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen. Auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung wird hierzu verwiesen.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Auch die Aussage, dass eine Betrachtung von Kumulationswirkungen zwischen den Schutzgütern und Summationswirkungen mit weiteren Planfestlegungen und

Planungen/ Vorhaben im Umfeld nicht stattfindet und Ausgangsbelastungen nur rudimentär in den Prüfbögen aufgeführt werden, dann aber in der Bewertung der Umweltauswirkungen keine Berücksichtigung mehr finden, ist nicht korrekt. Die übergreifende Berücksichtigung von Summationswirkungen erfolgt im Rahmen der Gesamtplanbetrachtung im Umweltbericht (Kap. 8). Hier wird auch das Schutzgut Fläche betrachtet, da ausschließlich hier eine sinnvolle Betrachtung des Gesamtflächenverbrauchs vollzogen werden kann.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft ermittelt, beschrieben und bewertet. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Zudem sollen bei unvermeidbarer Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten

werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIBz mit den entsprechenden textlichen Zweckbindung gem. der Zielvorgaben (vgl. hierzu die Ausführungen in den textlichen Festlegungen zu bzw. in der Begründung) wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang daher auch eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Darüberhinaus geht die Stellungnahme über geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Es werden Hinweise zum Braunkohleausstieg und zum Flächenbedarf im Strukturwandel gegeben.

Inhalt

Stadt Frechen

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003657

Die Erweiterung des GIB Wachtberg wird abgelehnt.

Der Umweltbericht schätzt die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich ein, weil Grünflächen mit mindestens sehr hoher klimaökologischer Bedeutung und ein regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich beansprucht werden. Darüber hinaus handelt es sich überwiegend um Waldflächen, die auf Grund der Vielfalt und geringen Störeinflüssen einen hohen ökologischen Wert aufweisen. Waldflächen sollten im waldarmen Rhein-Erft-Kreis generell vor Inanspruchnahme geschützt bleiben.

Die Ausweisung des Gewerbegebietes wird mit dem Argument des Flächenbedarfes durch den Strukturwandel begründet. Das spricht im vorliegenden Fall deutlich gegen eine GIB-Erweiterung: Da in unmittelbarer Nähe großflächige Anlagen der Braunkohlenindustrie vorhanden sind, können dort im Rahmen der Konversion von Betriebsflächen neue Betriebe angesiedelt werden.

Die Festlegung der weiter nördlich gelegenen Teilfläche 1003659 als Waldbereich wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich aufgrund eines Flächentausches Waldbereich (siehe Stn ID 1003657 der 1. Offenlage) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen wird Zustimmung zur Festlegung von Waldbereich erklärt.

Inhalt

E.4 Köln

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 68

Gegen die Neudarstellung des Areal-Nord des Flughafens Köln/Bonn bestehen Bedenken. Diese Erweiterung ist zu streichen. Zur Begründung wird auf die Ausführungen in dieser Stellungnahme zum textlichen Ziel 34 „Flugplätze sichern“ verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen Flugplatz festzulegen. Darüber hinaus wurde folgende Zweckbindung in (Z.34) *Flugplätze sichern* ergänzt: Die regionalplanerische Sicherung der Flughafenerweiterungsfläche „Areal Nord“ erfolgt unter dem Vorbehalt, dass in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die Natura 2000-Verträglichkeit für die Inanspruchnahme nachgewiesen wird.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt:

Die Festlegung der Fläche „Areal Nord“ als Grünzug und Fläche für Natur und Landschaft verstößt gegen das Ziel 8.1-6 des LEP. Die Fläche „Areal Nord“ ist ein bisher dem Flughafen als Erweiterungsfläche zugeschriebener Bereich zwischen der nördlichen Flughafengrenze und der Schleife der ICE-Trasse. Sie wurde im Rahmen eines Regionalplanänderungsverfahrens in 2004 als Flughafenfläche im Regionalplan festgelegt, weil sie die einzige mögliche Erweiterungsfläche für die Passagiervorfeldbereiche des Flughafens ist. Sie muss auch weiterhin als Fläche für den Flugverkehr festgeschrieben sein. Zur weiteren Begründung wird auf die ausführlichen Stellungnahmen des Flughafens Köln/Bonn verwiesen.

Inhalt

E.5 Leverkusen**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1001464**

Die Fläche ist eine landwirtschaftliche Fläche mit großem Anteil Grünland und zur Zeit sehr hochwertig für die Avifauna der Umgebung, die Verbindung der freien Landschaft zwischen Heidberg und Neuenhof/Landscheid sowie die Förderung des Klimaschutzes. Sie ist daher zwingend in diesem Zustand zu erhalten. Diese Region ist bereits durch die in den letzten Jahren erfolgte Ansiedlung von großen Industrieflächen am Straßerhof stark belastet worden, so dass eine weitere Entwertung nicht erfolgen soll. Die heutige Festlegung als Freiraum zum Schutz der Natur ist daher beizubehalten. Die Änderungskarte „Entfallende Festlegungen“ ist hier fehlerhaft.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001464 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden,

ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1007696, 1004881

Die Festlegung der möglichen L 43n widerspricht der Wertigkeit dieses Landschaftsbereiches. In diesem Bereich ist mit den naturnahen bzw. als NSG ausgewiesenen Kiesgruben Monbag, Buschbergsee und Laacher See ein sehr hohes Schutzpotential gegeben. Die Festlegung der L 43n sollte daher gestrichen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004881) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Die Konkretisierung erfolgt auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1001462

Die Fläche sollte nicht als ASB, sondern aus Gründen des Artenschutzes, Klimaschutz und wegen der Nähe zum Natura 2000 Gebiet Wupper weiterhin mit der bisherigen Festlegung versehen werden. Wie die Naturschutzverbände mehrfach nachgewiesen haben, gibt es genügend andere Flächen in Leverkusen, die den Bedarf für eine neue Feuerwache abdecken können. Bestärkt werden wir in der Bewertung, dass diese Fläche nicht benötigt wird, durch die aktuelle Ratsvorlage in der sogenannte „Interemslösungen“ für eine Feuer- und Rettungswache vorgeschlagen werden, welche laut Vorlage ermöglichen, dass der Feuer- und Rettungsdienst mit dieser Interimslösung „leistbar“ sei. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat in den nächsten Tagen diesen „Interemslösungen“ zustimmen wird und somit diese verwirklicht werden. Die Interimslösungen leisten somit das, was für eine Dauerlösung gebraucht wird und ergänzen so weiterhin die von uns vorgestellten Alternativen um eine weitere geeignete Alternative zu der Fläche 1001462.

Somit sehen wir mindestens 7 mögliche realisierbare Alternativflächen für den Standort 1001462. Es besteht daher kein Bedarf diese Fläche umzuwidmen. Die ASB-Neudarstellung wird daher abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionsverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht

darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1006011

Wir befürworten die Festlegung der Fläche südlich der Dhünn als Freiraum.

Eine Festsetzung der Bereiche nördlich der Dhünn in 1006011 als ASB halten die Naturschutzverbände nicht für sinnvoll. Diese Fläche sollte als Freiraum festgelegt werden. Es handelt sich hier um die ehemalige Aue der Dhünn. Die Dhünn ist als FFH Gebiet ausgezeichnet. Die heutige Nutzung dieser Fläche als Sportstätte hat sie aus Sicht des Artenschutzes bereits stark entwertet. Im Sinne des Klimaschutzes und der Artenvielfalt sollte diese Fläche wieder renaturiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf

	Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.
--	---

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1007658

Wir befürworten die Festlegung der Fläche als BSN.

Wir sind weiterhin der Ansicht, dass auch die direkt angrenzende Fläche des Rheins auf Leverkusener Gebiet ebenso als BSN festgelegt werden muss. Dies gilt ebenso für den Bereich der Wuppermündung vom Rhein bis zur A 59 und südlich bis zur Rheinbrücke. Diese Flächen sind aufgrund des Arteninventars und der Chance auf noch weitere Verbesserung schützenswert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus gilt, dass die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt wurde. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): L 288n durch den Bürgerbusch

Der Bürgerbusch – als letzter großer Wald in Leverkusen - ist aus Sicht des Artenschutzes und der Naherholung unbedingt schützenswert. Eine neue Straße würde ihn zerschneiden und in seinen Funktionen für die Natur und den Menschen stark entwerten. Die Naturschutzverbände lehnen diese Planungen daher vollständig ab. Sie ist nicht mehr zeitgemäß und schädlich für das Ökosystem Bürgerbusch.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt werden, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung. Der konkrete Verlauf der Trasse wurde noch nicht hinreichend räumlich konkretisiert. Insofern können die angesprochen Belange auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen berücksichtigt werden.

Inhalt

E.6 Rheinisch-Bergischer-Kreis

Stadt Bergisch Gladbach

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004670

Das potenzielle Gewerbegebiet Spitze wurde gegenüber der ersten Offenlage des Regionalplanentwurfes wieder auf die Flächengröße im bestehenden Regionalplan vergrößert, ohne dass eine schlüssige Argumentation für die speziell mit dieser Ausweisung verbundenen Eingriffe in das Landschaftsbild und beste Böden geliefert wird. Auch eine sinnvolle bzw. unmittelbare Vernetzung von Strunde- und Dürschtal wird verhindert.

Stattdessen wird der Vernetzungskorridor planerisch um das potenzielle Gewerbegebiet herumgeführt. (1008170, 1004481) Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004670, ID 1004481, ID 1008170, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum. Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk

Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die vorgebrachten Belange wurden bereits in der Umweltprüfung berücksichtigt und haben Eingang in die Abwägung gefunden vgl.hierzu die Ausführungen im Prüfbogen: GL_GIB_1_A. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in

Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Hinsichtlich der Festlegungen zu den Regionalen Grünzügen wird auf die Ausführungen unter den ID 1004481 sowie 1008170 sowie in der Begründung verwiesen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 127, 126

Nicht akzeptabel ist die Ausweisung von neuen Siedlungsflächen für Wohnungsbau in Teilbereichen zwischen der A4 und der ehemaligen B55 im Bereich Frankenforst/ Refrath/Lustheide.

(Beschluss des Regionalrates 127 – Lustheide, Refrath, Frankenforst, Brüderstraße – Waldflächen an der Autobahn A4)

Dieses bewaldete Landschaftsschutzgebiet war ehemals Bestandteil des Königsforstes, weist landschaftsökologisch schützenswerte Bereich auf und dient der Abschirmung der Bebauung zur Autobahn hin.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten

Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen

(BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003820_006 – Herkenrath-Südost

Hierbei wird ein Quellsiefen des Volbachs tangiert. Die Änderung wird abgelehnt.

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1008175 – Birkerhof, östlich der L 195

Unorganische Erweiterung in die freie Landschaft und Nutzung von besten Böden. Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung vorgebracht.

Die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten. (vgl. ID 1003820_006 und ID 1008175, 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag zu ID 1003820_006 wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. die Detailierungsgrenze des Regionalplans überschreiten. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden. Dabei ist die Bereichsabgrenzungen gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf vorgenommen worden, d. h. sie ist ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag zu ID 1008175 wird auf Folgendes

verwiesen:

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der

regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003820_005 – Birkerhöhe nördlich K 41

Das Siedlungsband an der K41 wird verstärkt und die landschaftsökologisch erforderliche Durchlässigkeit verringert. Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003820_005, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden. Zudem gilt, dass die Bereichsabgrenzung gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf vorgenommen wurden, d. h. sie ist ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004674 – Overather Straße

Hier werden Waldflächen in Anspruch genommen und ein Edelkrebs-Vorkommen im Böttcherbach gefährdet. Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003820_005, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da in großen Teilen bereits im FNP als Baufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden.

Zudem gilt, dass die zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003820_003 – Lochermühle

Eine Einbeziehung der Naturschutzgebietes Strundetal in den ASB wird entschieden abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003820_003, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte.

Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da bereits im FNP als Baufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden. Zudem gilt für den kleinteiligen Bereich der Strunde, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Flächen unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige

Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004663 – Rommerscheid

Eine Ausweisung als ASB wird auf Grund der landschaftlichen Gegebenheiten und der hohen Bedeutung für das Stadtklima und die Wasserrückhaltung entschieden abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004663, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden,

ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die vorgebrachten Belange wurden bereits in der Umweltprüfung berücksichtigt und haben Eingang in die Abwägung gefunden. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1008159 – Am grünen Weiher

Hierbei wird der feuchte Bereiche zwischen Weiden- und Mutzbach und auch der dortige Regionale Grünzug tangiert. Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1008159, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden.

Zudem gilt, dass die Bereichsabgrenzung gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf vorgenommen wurden, d. h. sie ist ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004645 – Hoppersheider Busch

Die Erweiterung in den bestehenden Waldbestand und die zu erwartenden Auswirkungen auf das benachbarte Naturschutzgebiet erfordern einen Verzicht auf die Änderung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004645 1. Offenlage) vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Darüberhinaus gilt, dass gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen hat. Aufgrund des vorhandenen Bedarfs, der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit wurde einer Festlegung als ASB Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt sowie der Regionale Grünzug in dem betreffenden Bereich im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig zurückgenommen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zudem gilt, dass die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben werden. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche

Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004750 – Bahndammtrasse

Die Straßenplanung auf der Bahndammtrasse wird aus landschaftsökologischen Gründen entschieden abgelehnt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans, da die angesprochene Festlegung der geplanten Straße bereits im ersten Planentwurf enthalten war. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus werden entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Inhalt

Stadt Burscheid

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003560

Die Fläche ist eine landwirtschaftliche Fläche mit großem Anteil Grünland und zur Zeit sehr hochwertig für die Avifauna der Umgebung, die Verbindung der freien Landschaft zwischen Heidberg und Neuenhof/Landscheid sowie die Förderung des Klimaschutzes. Sie ist daher zwingend in diesem Zustand zu erhalten. Diese Region ist bereits durch die in den letzten Jahren erfolgte Ansiedlung von großen Industrieflächen am Straßerhof stark belastet worden, so dass eine weitere Entwertung nicht erfolgen soll. Die Darstellung als GIB sollte daher entfallen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003560, ID 1001464 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Zudem werden konkret in Burscheid bereits vorhandene Bereiche mit entsprechender Darstellung im Flächennutzungsplan in den GIBinterkommunal aufgenommen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel wird auf die Ausführungen in den textlichen Festlegungen sowie in der Begründung im Kapitel 2.1 verwiesen.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3

Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Zudem ist die Planungsregion und das Rheinische Revier großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Regionalrat hat der Festlegung eines GIBinterkommunal

gegenüber anderen Raumnutzungsbelangen, insbesondere zum Umwelt- und Naturschutz im Sinne einer gesamtplanerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu u.a. vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung beispielsweise agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen. Auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung wird hierzu verwiesen.

Inhalt**Flächenbezeichnung** (aus Änderungskarten): 1003888

Gegen die Neudarstellung des ASB bestehen Bedenken: Es handelt sich hier um teilweise alte, sehr schützenswerte Obstwiesenbestände, Grünland und eine ehemalige inzwischen verwilderte und daher aus Sicht des Artenschutzes wertvolle Obstplantage. Hier wird eine Obstwiese bzw. ein geschützten Landschaftsbestandteil überplant. Eine Ausweisung als Siedlungsraum würde eine Bebauung ermöglichen und somit die Grünraumfunktion dieser Fläche zerstören. Auch der angrenzende BSN würde negativ beeinflusst. Dieses Gebiet ist daher weiterhin aus Sicht des Artenschutzes und der Grünraumplanung als Freiraum festzusetzen.

Der Bereich ist als ASB auch ungeeignet: Er liegt fern von Infrastruktur, Versorgung, Dienstleistungen etc. Eine Ausweitung des ASB jenseits der Autobahn drängt sich keineswegs auf. Die Naturschutzverbände lehnen daher die Festlegung als Siedlungsraum ab. Im Gegenteil sollte der Bereich darum die Fläche als AFAB, BSLE und RG festzulegen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003888, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Darüberhinaus gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern im Sinne der bedarfsgerechten neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für

die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Im Kontext einer gesamträumlichen Betrachtung, auch im Rahmen der durchgeführten Umweltprüfung sowie der Auswertung der Anregungen im Rahmen der 2. Offenlage wird einer erforderlichen und bedarfsgerechten Flächensicherung durch Erweiterung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung angrenzend an den Hauptort Burscheids im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Flächenbezeichnung: 1003561, 1003562, 1003565

Sowohl gegen die GIB, als auch gegen die ursprünglich geplante ASB-Festlegung bestehen Bedenken. Es handelt sich größtenteils um kleinbäuerlich geprägte Kulturlandschaft mit Wiesen und Hochstammobst-, Gehölz- und Waldbeständen. Dies spricht für einen hohen ökologischen Wert.

Der heute gewerblich bebaute Bereich hat eine Flächengröße von nur 4,4 ha. Eine Ausweitung dieser Gewerbe-Bebauung ist angesichts der südlich und nördlich angrenzenden lockeren Wohnbebauung unrealistisch. Die Fläche erreicht damit nicht die Dimension von 10 ha, die man für eine so abgelegene Neudarstellung voraussetzen müsste. Die dargestellte Flächenreserve für GIB erscheint auch unangemessen, angesichts der großen Fläche im Bereich Oberlandscheid beiderseits der A1.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003561, StnID 1003562 und StnID 1003565, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Diesen wird im vorliegenden Fall entsprochen.

Inhalt

Stadt Leichlingen

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003556 – Trompete

Hier wird ein flächiges Naturdenkmal (Sandhügels der Heideterrasse) tangiert. Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003556, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Stadt Overath

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1002857, 1004343, 1004635_001 – Immekeppel

Hier besteht die Gefahr, dass bei der Umsetzung der Ausweisung stark in die Topographie eingriffen werden muss und eine bandartige Siedlungsstruktur entsteht. Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002857, ID 1004343, ID 1004635_001, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Zudem gilt, dass die Anregungen zur Umsetzung eine Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen betrifft. Eine bandartige Siedlungsentwicklungen im Sinne Ziel 6.1-4 LEP NRW wird nicht vorbereitet. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Gemeinde Odenthal

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003550 – Trienenhaus

Mit der vorgesehen Ausweisung wird die Grundlage für die weiteren Zersiedlung im Bereich Kürten-Schanze geschaffen und ist daher aus grundsätzlichen Erwägungen entschieden abzulehnen.

Es ist äußerst fragwürdig, wie die Ausweisung dieser Kleinfläche mit den grundsätzlichen Maßstäben der Regionalplanung vereinbar ist.

Aus der Sicht des Naturschutzes darf mit dieser Ausweisung nicht der auf dem angrenzenden Kürtener Gemeindegebiet unorganischen geplanten "Klimaschutzsiedlung" Vorschub geleistet werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003550, 1. Offenlage) vorgebracht. Zudem werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da ausschließlich bereits im FNP dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf. (vgl. ID 1003820_004 1.Offenlage). Weitergehende Hinweise hinsichtlich einer unorganischen Siedlungsentwicklung richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene der Nachbarkommune.

Inhalt

E.7 Oberbergischer Kreis

Stadt Wiehl

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003593

Gegen die beabsichtigte West-Erweiterung des ASB Drabenderhöhe bestehen Bedenken. Die Naturschutzverbände haben bereits den ASB-Streifen entlang der B 56 im ursprünglichen Planentwurf abgelehnt. Gegen die nochmalige Erweiterung bestehen weitergehende Bedenken, weil der ASB damit noch näher an das Quellgebiet heranrückt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003593, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrechterhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-

	<p>Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.</p>
--	---

Inhalt

Gemeinde Engelskirchen**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1002739**

Die Ost-Erweiterung des ASB Miebach wird abgelehnt. Weder ist ein Bedarf erkennbar, noch ist diese große Erweiterung verträglich. Der mittig im ASB gelegene Siefen stellt einen wertvollen Lebensraum dar für Fließgewässerorganismen, wie Feuersalamander, aber auch für Spechte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002739, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrechterhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist in der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise

in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Gemeinde Lindlar**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1001018_001**

Auch gegen den verkleinerten GIB bestehen weiterhin Bedenken: Das als GIB verplante Grünland ist gut strukturiert. Hier kommt ein Magerwiesengebiet mit mehreren Arten der Roten Liste (Neuntöter, Ampfer-Grünwidderchen, Tausendgüldenkraut, Weinbergslauch) sowie etlichen weiteren seltenen Arten vor. Der gesamte Bereich ist landschaftlich besonders wertvoll. Eine Bebauung kommt realistisch nicht in Betracht

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001018_001, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrechterhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen

Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Inhalt

Gemeinde Marienheide**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1000916_001**

Die weitere Erweiterung des ASB für zweckgebundene Nutzungen – Erholung nördlich der Listertalsperre wird abgelehnt. Es besteht kein Bedarf, denn es gibt bereits riesige ASBz bis zur Kreisgrenze! Eine weitere Ausdehnung ist weder nötig, noch verträglich. Nur ein Teil der ASBz-Erweiterung betrifft bereits bebaute Bereiche.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1000916_001, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrechterhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist in der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende

einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Stadt Hückeswagen

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1000727, 1002713

Die Neudarstellung eines interkommunales GIB zusammen mit Remscheid wird abgelehnt. Die Gesamtplanung ist sehr umstritten, denn es fehlt der Bedarf und es sind ökologisch wertvolle Flächen betroffen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1000727 und ID 1002713, 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrechterhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale interkommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Für die GIBinterkommunal gilt, dass die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf erfolgt. Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring (sfm).

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der

Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

Stadt Radevormwald

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1000992_001

Die Neudarstellung eines ASBflex nördl. Herbeck wird abgelehnt. Für eine solche Fläche fehlt ein Bedarf.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1000992_001, 1. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag wird aufrechterhalten.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von flexiblen Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, das ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Inhalt**E.8 Rhein-Sieg-Kreis****Stadt Bad Honnef****Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 162**

Die betroffene Fläche ist die Insel Grafenwerth. Im derzeit geltenden Regionalplan ist diese als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit den Funktionen als regionaler Grünzug und Fläche für den Grundwasser- und Gewässerschutz dargestellt. Im ersten Regionalplanentwurf aus 2022 war die Fläche weiterhin als Freiraum und regionaler Grünzug dargestellt. Im nun vorliegenden Entwurf ist die Insel als ASB mit der Zweckbindung Ferieneinrichtungen und Freizeit dargestellt. Diese Darstellung ist aus naturschutzfachlicher und landschaftspflegerischer Sicht abwegig und rechtlich nicht vollzugsfähig.

Die Insel liegt vollständig in einem rechtsverbindlich festgesetzten Landschaftsschutzgebiet. Ihr Ufer mit nennenswerten Landanteilen und den Molen und die dahinterliegenden Bereiche des Rheins und des Altarms sind als FFH-Gebiet (DE-4405-301 Rhein-Fischschutzzonen) festgesetzt. Darüber hinaus ist ein erheblicher Teil des östlichen Ufers als FFH-LRT (3270 - Flüsse mit Schlammbänken mit Vegetation des Chenopodion rubri p.p. und des Bidention p.p.) deklariert, der zudem eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotope (BT-SU-02851, BT-SU-02839, BT-SU-02850, BT-SU-02852, BT-SU-02853, BT-SU-02859) kartiert. Schließlich sind alle Uferbereiche, die dahinterliegenden Teile des Rheins und des Altarms sowie die südliche Spitze der Insel gemäß dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege NRW als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung (VB-K-5309-004) klassifiziert. Damit sind die Flächen Teil einer Kernfläche des Biotopverbundes in NRW.

Insgesamt ist einerseits festzuhalten, dass im Falle einer rechtskräftigen Festsetzung als ASB, der tatsächliche Vollzug einer damit angestrebten Nutzung unmöglich wäre. Schon heute sehen sich Veranstaltungen auf der Insel mit erheblichen Artenschutzauflagen konfrontiert. Die Insel ist Teil des Rast- bzw. Balzlebensraums der Rauhaufledermaus, einer ziehenden Fledermausart. Der Schutz von altem, höhlenreichem Baumbestand ist daher besonders wichtig und steht grundsätzlich im Widerspruch zu einer angehoben Verkehrssicherungspflicht. Andererseits ist offenkundig, dass die naturschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Belange aufgrund der Vielzahl verschiedener Schutzkategorien und Dimensionen gewichtig sind. Hierzu ist auch ein Blick zu nehmen auf die großen Defizite des Landes NRW beim Schutz und bei der Neuentwicklung von Auenwäldern insgesamt und der hohen Inanspruchnahme der Rheinufer in ganz NRW durch Bebauung. Die Rheininseln haben beim Aufbau eines Biotopverbundnetzes entlang des Rheins eine

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Zum einen wird die Inselmitte bereits heute intensiv baulich genutzt und ist somit Siedlungsbereich. So befinden sich eine Tennisanlage mit öffentlichem Restaurant, ein Freizeitbad mit einer Gesamtfläche von 30.000 Quadratmetern, das zehntausende Besucher jedes Jahr anzieht, sowie festinstallierte Sportflächen (Fußballfeld mit Toren, Basketball Court, Calisthenics-Anlage) auf der Insel. Auch die Nordspitze der Insel ist mit dem Inselcafé samt Biergarten sowie einem großen Spielplatz als öffentliche Grünfläche/Park in dieser Qualität anzusprechen. Zur weiteren Steuerung und Absicherung der Nutzungen ist aus unserer Sicht zudem angezeigt, der Kommune im Sinne der Subsidiarität die Möglichkeit einzuräumen, über Bauleitplanungen weitergehende Regelungen und auch Beschränkungen/ Ordnungen zu treffen. Dies bedarf zwingend eine entsprechende Hinterlegung im Regionalplan. Hintergrund der Notwendigkeit der Bauleitplanung ist die immer weiter eingeschränkte Möglichkeit, kulturelle Veranstaltungen auf der Insel vorzunehmen. Hierfür ist auch die Einteilung der zentralen Inselflächen als Landschaftsschutzgebiet eines der Probleme. Im Ergebnis sollen der Kommune Handlungsmöglichkeiten wieder zur Verfügung gestellt werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung

herausragende Bedeutung.

Vor dem Hintergrund des erklärten Ziels dieses Regionalplanentwurfs in Kapitel 4.3.1 der textlichen Festsetzungen - nämlich der Sicherung eines konsistenten regionalen Biotopverbundsystems - ist eine Hochstufung des gesamten FFH-Gebiets bzw. der Biotopverbundfläche und damit auch der Insel als BSN und Erhalt der Festsetzung als regionaler Grünzug angemessen. Der Rhein, in besonderer Weise der Rheinaltarm sowie die Insel Grafenwerth sind von herausragender Bedeutung für den Biotopverbund und damit auch für die heimische Artenvielfalt. Eine Ausweisung als BSN würde die sanfte Freizeitnutzung als Naturerfahrungsraum und die landschaftsorientierte Erholung keineswegs ausschließen, sie aber auf eine Rücksichtnahme verpflichten. Das ist zumutbar und angesichts der Biodiversitätskrise und der Vorgaben des EU-Restauration Law, der Wiederherstellungsverordnung, auch erforderlich. Der Schutz würde die für die landschaftsorientierte Erholung im Zentrum der Insel geschätzte Natur und Landschaft vor Freizeitgroßprojekten und der damit verbundenen Zerstörung bewahren, die nämlich durch Sperrzeiten, Lärm und Flächen- und Zugangsbeschränkungen sowie erhebliche Flurschäden bei ungeeigneten Wetterverhältnissen die Insel für die normale Freizeitnutzung entwertet. Der Schutz stünde im Einklang mit dem rechtskräftigen Landschaftsschutzgebiet und den vielfältigen Schutzgütern. Als absolutes Minimum zur Sicherung des FFH-Gebietes, der geschützten Biotope und des Landschaftsschutzgebietes ist Erhalt der rechtskräftigen Darstellung als BSLE und regionaler Grünzug notwendig. Die Ziele G19, G29, Z19, Z20 und Z27 sind auch umzusetzen!

Tatsächlich besteht auch planerisch kein Bedarf für ein ASB-E. Für große, überregionale Freizeitereignisse wie Festivals steht bereits der Rheinauenpark in Bonn in der Nähe zur Verfügung. Eine Begründung für die Darstellung als ASB ist nicht plausibel zu machen.

Eine Ausweisung der Insel Grafenwerth als ASB wird von den Naturschutzverbänden entschieden abgelehnt.

Die Umweltprüfung schließt mit der Einschätzung: „Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei sechs Kriterien (gesetzlich geschützte Biotope, Biotopverbundflächen, schutzwürdige Biotope, Überschwemmungsgebiet, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, regional bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.“

Die FFH-Vorprüfung ist extrem fehlerhaft. Sie übersieht bereits, dass die ASB-Darstellung FFH Gebietsflächen unmittelbar überplant und die Ausweisung erhebliche Belastungseffekte für das FFH-Gebiet auslöst (Kunstlicht, Störung, Erschütterung, Laichgebiete, Ufervegetation), die weit in das FFH-Gebiet hineinreichen.

Eine Summationsprüfung fehlt der FFH-Vorprüfung insgesamt, sie wird in die Umweltprüfung ausgelagert und ist dort mangelhaft ausgeführt. Eine tatsächliche FFH-Prüfung fehlt, obwohl das Vorhaben die FFH-Schutzgüter erheblich betrifft und

gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung dokumentierten Auswirkungen (gesetzlich geschützte Biotope, Biotopverbundflächen, schutzwürdige Biotope, Überschwemmungsgebiet, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, regional bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche) stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht grundsätzlich entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Flächen des FFH-Gebietes überplant werden. Der Prüfgegenstand des Hartholz-Auenwaldes wurde in der Prüfung nicht berücksichtigt.

Die FFH-Vorprüfung und FFH-Prüfung ist insgesamt für den Regionalplan fehlerhaft nicht von der Behörde, der BezReg Köln, durchgeführt worden, sondern es liege lediglich unterstützende Gutachten dazu vor.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1008414; 1004919

Die Fläche ist im ersten Entwurf als allgemeiner Freiraum, regionaler Grünzug und Fläche für den Grundwasser- und Gewässerschutz dargestellt. Im nun vorliegenden Entwurf ist die Fläche als ASB dargestellt. Die Fläche grenzt zwar an einen ASB im Norden, jedoch ist dieser ASB seit Jahrzehnten und bis heute nicht als solcher entwickelt und wird es aufgrund der Größe und der Vielzahl an Flächeneigentümern in absehbarer Zukunft auch nicht. Jedenfalls sind bis heute keine konkreten Pläne, Bebauungspläne oder ähnliches aufgestellt worden. Somit erscheint es, dass die Stadt Bad Honnef diese Flächen nicht aufgrund eines tatsächlichen Bedarfs umgewidmet sehen möchte, sondern lediglich, um sich alle Optionen offenhalten zu können. Die Fläche liegt in einem rechtskräftig festgesetzten Landschaftsschutzgebiet und ist zudem gemäß dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege NRW als Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung identifiziert. Es handelt sich um ein Mosaik aus Waldbereichen, Wiesen und dem in diesen Bereichen natürlichen und unveränderten Bach „Honnefer Graben“. Die Fläche grenzt im Osten an des Naturschutz- und FFH-Gebiet Siebengebirge und steht mit diesem in unmittelbarem funktionalem Zusammenhang. Eine Ausweisung als ASB ist aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes nicht vertretbar und muss zurückgenommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen: Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die zusätzliche Festlegung als BSLE erfolgt [unter Berücksichtigung des Planungsmaßstabs] entsprechend dem Vorschlag des Rhein-Sieg-Kreises (ID 1004919 1. Offenlage) als Träger der Landschaftsplanung.

Weiterhin ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

Stadt Königswinter

Die Naturschutzverbände begrüßen die Rücknahmen diverser Siedlungsbereiche im Stadtgebiet. Zur darüber hinaus nötigen weiteren Rücknahme siehe unten.

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005720 Vinxel und 1005722 Stieldorf Nordost

Die Änderung von ASB zu Regionaler Grünzug und BSLE darf nicht nur die Flächen westlich und östlich von Vinxel erfassen, sondern sollte auch die ASB-Flächen nördlich und nordöstlich angrenzend an die Ortslagen Vinxel und Stieldorf einschließen. Sie sind zum überwiegenden Teil nach aktuell geltendem Recht Regionaler Grünzug. Diese Darstellung ist geeignet, die gesetzlich Zweckbestimmung dieser Naturparkflächen gemäß § 27 BNatSchG umzusetzen. Auf Naturparkflächen ist eine "dauerhaft umweltgerechte Landnutzung zu erhalten und anzustreben", die die "Arten- und Biotopvielfalt der Landschaft erhält, entwickelt oder wiederherstellt." Absatz 3 bestimmt, der Landschaftsraum des Naturparks steht für eine Besiedelung nicht zur Verfügung. Die Erweiterung der besiedelten Ortslagen in den Naturraum hinein ist bundesgesetzlich nicht zulässig. Im Übrigen hat die Stadt Königswinter für den Bereich nördlich von Vinxel die bauliche Erweiterung der Ortslage aufgegeben und frühere, anderslautenden Beschlüsse ersatzlos aufgehoben (SiV 106/2024, Nr. 6 vom 30.09.2024). Die Regionalplanung zeigt bislang nicht auf, wie sie die Naturparke im Plangebiet als „einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiete“ planerisch fördert und deren Schutzziele umsetzt.

Im Übrigen gilt hier der Umgebungsschutz für das FFH-Gebiet „Siebengebirge“. Baugebiete im Umfeld gefährden zahlreiche Schutzgüter des Gebietes durch zunehmende Störungen, negative Auswirkungen durch Haustiere (Vermischung von Hauskatzen mit Wildkatzen, Prädation), verändertes Mikroklima, Eutrophierung einerseits und durch den Verlust von Nahrungsräumen von Arten im Schutzgebiet, die ohne die Freiflächenumgebung um das Schutzgebiet nicht lebensfähig wären, da das Schutzgebiet nur einzelne essentielle Bestandteile der Lebensräume der Arten abdeckt. Das betrifft insb. Fledermausarten, Greifvögel sowie verschiedene Säugetierarten. Schließlich darf das FFH-Gebiet nicht weiter isoliert werden, seine Einbindung in ein kohärentes Schutzgebietsnetz ist vielmehr aktiv zu stärken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt, darüber hinaus gilt:

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass es der Kommune frei steht nach Wirksamkeit des Regionalplans eine Rücknahme der Fläche (ggf. im Rahmen eines Flächentausches) in einem separaten Änderungsverfahren anzuregen.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen

des Bodenschutzes gewährt wurde.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Auf eine mögliche Betroffenheit des Naturparks wird in den entsprechenden Prüfbögen hingewiesen, dies wird nicht als erheblich beeinträchtigende Umweltauswirkung gewertet. Durch die Identifizierung der erheblichen Betroffenheiten in Prüfbogen KÖN_ASB_1 gegenüber dem Naturschutzgebiet, den klimarelevante Böden und Landschaftsbild bereits auf der regionalplanerischer Ebene, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005727

Gegen die Erweiterung des GIB südwestlich von Oberpleis bestehen im Grundsatz keine Bedenken. Allerdings sollten die Bachtäler des Lützbaches und Rottbaches dabei durchgängig erhalten bleiben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird grundsätzlich Zustimmung erklärt und ferner werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005744 und 1005719

Gegen die GIB-Neudarstellung in der Altstadt Königswinter, Am Kissel, unterhalb des Kreuzungsbauwerks L 331 / EB 42 bestehen Bedenken. Das Gelände ist im nördlichen Abschnitt Industriebrache, im südlichen Abschnitt ein diffuses Freigelände rund um die Talstation der ehemaligen Petersberg-Bergbahn. Die Industrienutzung in diesem Bereich (Fa Lemmerz) ist auf dem Rückzug. Sie widerspricht zudem dem entwicklungspolitischen Leitbild für die Altstadt Königswinter. Das Gelände hat durch das Kreuzungsbauwerk im Verbund mit dem vierspurigen Ausbau der B 42 und mangelnde bauplanungsrechtliche Fürsorge seinen Charakter als Eingangstor zum Siebengebirge / Petersberg verloren. Es wird empfohlen, das Potential des Geländes als Tourismusachse zum Petersberg regionalplanerisch aufzugreifen und zu unterstützen und den Ansatz des 1. Planentwurfs des Regionalplanes weiterzuentwickeln. Der historische Dienstweg des Abtes von seinem Domizil am Rhein in der Altstadt zum Kloster Heisterbach am Nordrand des Petersbergs und die Anknüpfung an die historische Petersbergbahn bieten Stoff für innovative naturnahe Entwicklungen. Die Stadt Königswinter hat mit der Aufhebung eines Bebauungsplans in diesem Bereich, angrenzend an das NSG, dazu ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Umwandlung der Festlegung in GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005714

Die ASB-Neudarstellung bei Ittenbach, Bereich Lahrring wird abgelehnt. Eine Bebauung dieser Bestandsflächen des FFH- und NSG-Gebietes Siebengebirge muss ausgeschlossen bleiben. FFH- und NSG-Flächen sind vor Einwirkungen von angrenzenden Flächen zu schützen (gesetzlicher Umgebungsschutz). Bestandsflächen aufzugeben, um sie wie angrenzende Flächen baulich nutzen zu können, ist die vollkommene Umdrehung des Umgebungsschutzes. Der Schutz von FFH-Gebieten vor der Besiedelung durch Menschen ist europarechtlich geboten, am Lahrring ebenso wie gegenüber am Oelberggringweg. Baugebiete im Umfeld des FFH-Gebietes gefährden zahlreiche Schutzgüter des Gebietes durch zunehmende Störungen, Einfluss von Haustieren (Paarung von Hauskatzen mit Wildkatzen, Prädation), verändertes Mikroklima, Eutrophierung einerseits und durch den Verlust von Nahrungsräumen von Arten im Schutzgebiet, die ohne die Freiflächenumgebung um das Schutzgebiet nicht lebensfähig wären, da das Schutzgebiet nur einzelne essentielle Bestandteile der Lebensräume der Arten abdeckt. Das betrifft insb. Fledermausarten, Greifvögel sowie verschiedene Säugetierarten. Schließlich darf das FFH-Gebiet nicht weiter isoliert werden; seine Einbindung in ein kohärentes Schutzgebietsnetz ist vielmehr aktiv zu stärken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen und die Ergebnisse der FFH-Vorprüfungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005715

Die ASB-Darstellung bei Ittenbach, Gebiet Kratzgarten wird abgelehnt. Die Fläche ist LSG, hat eine sehr hohe Bodenfruchtbarkeit. Die dichte Gehölzstruktur am Elsterbach stellt ein Biotop für Gehölzbrüter dar, das durch Bebauung verloren geht. Das Gebiet ist Jagdhabitat für Fledermäuse. Auf die Lagebeschreibung in ISEK It-W-02 / 03 wird verwiesen. Das Gebiet ist durch § 27 BNatSchG vor Bebauung / Besiedelung geschützt. Die ökologisch hochwertigen Strukturen und die Artenvielfalt müssen nachhaltig sichergestellt werden. Es wird angeregt, den Elsterbach als BSN darzustellen und die BSLE-Festlegung im Übrigen beizubehalten

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt Königswinter noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene

der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Darüber hinaus gilt, dass die Umweltprüfung eine wichtige Grundlage für die Abwägung darstellt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1026270 Steinbruch Hühnerberg

Das bestehende FFH und NSG muss im Regionalplan planungsrechtlich als BSN gesichert bleiben. Das scheint gem. der Änderungskarte nicht der Fall zu sein. Hier besteht eine europarechtliche Pflicht, den nationalen Schutz sicherzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karnonatgestein, Sandstein, Vulkanit) - inklusive Zwischennutzungen und Rekultivierungsziele - sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung daher lediglich nachrichtlich dargestellt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans für Festgesteine können Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Stadt Sankt Augustin**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1026274**

Die Rücknahme der Flächen des WTP und der GIB-Fläche wird begrüßt. Allerdings sollte die Streichung das Gesamtgebiet betreffen. Eine Schwerpunktdarstellung eines ASB dort neu einzuführen, ist mit den Anforderungen an den hervorgehobenen notwendigen Schutz der Biologischen Vielfalt unvereinbar. Der Gesamtraum hat erhebliche Biotopverbundfunktionen zu erfüllen und dient dem Schutz von Kreuzkröte, Wechselkröte, Kiebitz und anderen Arten. Die Planungsziele Z20 und G29 sind zu beachten. Eine Umsetzung der ASB-Darstellung wäre nicht vollziehbar, da durch sie bereits bestehende CEF-Flächen und Kompensationsflächen, u.a. der Deutschen Bahn (S 13), in ihrer Gesamtwirkung weiter isoliert und beeinträchtigt werden würden. Das Gesamtgebiet wird auch für Kompensationsmaßnahmen für den Ausbau des Autobahnnetzes in der Region benötigt, um Eingriffskompensation und CEF-Maßnahmen umsetzen zu können. Es stellt einen Biodiversitäts-Hot-Spot dar.

Das Gebiet ist auch für eine ASB-Nutzung faktisch ungeeignet, da es erheblichen Lärmbeeinträchtigungen aus Autobahn, Bahn (Güterzugstrecke, viergleisiger Ausbau), Hubschrauberverkehr und Flugplatzbetrieb ausgesetzt ist. Die erforderliche Zweckbindung für ein Schwerpunktgebiet fehlt in der Plandarstellung. Es gibt auch keinen Bedarf für diese Darstellung, da auf dem östlich angrenzenden Gelände der Bundespolizei erhebliche Nachverdingungsreserven bestehen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird teilweise Zustimmung erklärt.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum stehen das NSG Grube Bergmann, der Regionale Grünzug und das BGG entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist.

Die BimA als Treuhänderin der angrenzenden Liegenschaft der Bundespolizei bringt allerdings eine Erweiterung des zweckgebundenen ASB vor. Diese -so wurde versichert - ist mit der Stadt Troisdorf abgestimmt worden.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASBz) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf

eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die im Rahmen der Umweltprüfung in dem Prüfbogen STA_ASBz_1_A für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Stadt Bornheim**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005673**

Die Ausweisung der GIB-Fläche liegt im schmalen Biotopverbundkorridor zwischen den Freiflächen zwischen Hersel und Roisdorf einerseits und dem Rhein andererseits. Eine weitere Verengung ist mit den Grundanforderungen an funktionierende Verbundachsen mit Mindestbreiten nicht vereinbar. Fachplanerische Zielwerte für Verbundachsen sollten der Raumplanung zugrunde liegen, Verbundachsen sind nicht lediglich Resträume zwischen baulicher Inanspruchnahme (s. hierzu z.B. Alterra, 2001, „Handboek Robuuste Verbindingen“, Research Instituut voor de Groene Ruimte).

Die Umsetzung der Planung wäre auch nicht vollzugsfähig, da durch sie bereits bestehende CEFFlächen und Kompensationsflächen in unmittelbarer Nachbarschaft in ihrer Gesamtwirkung weiter isoliert und beeinträchtigt werden würden.

Das Offenhalten von Verbundachsen und die räumliche Trennung von Ortsteilen ist ein elementarer Planungsgrundsatz in der Raumordnung ist auch Basis der Orientierung und Heimatfindung der Menschen, die sich mit ihren Stadtteilen und den umgebenden Freiraum identifizieren.

Weiterhin verstößt die Planung gegen die Vorgaben des Förderprojektes der BR Köln zum Grünen C im Rahmen der Regionale 2010. Der Freiraum ist dort verbindlich dauerhaft zu sichern. Dazu haben sich die Kommunen verpflichtet. Die BR als Fördergeldgeberin sollte diese Pflicht in ihrer eigenen Verantwortung ebenfalls beachten. Siehe dazu auch die Grundsätze G19, G20, G21, G29 und die Ziele Z18, Z20.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ferner wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurde die Datengrundlage der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen beispielsweise zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsräumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005672

Den Naturschutzverbänden ist bekannt, dass die Stadt Bornheim hier ein Baugebiet entwickelt hat. Dieses ist aber mit der Regionalplanung unvereinbar. Eine nachfolgende Darstellung ist daher nicht möglich. Die Entwicklung fand auf dem Gebiet gesetzlich geschützter Biotope statt. Deren Verlagerung wurde zwar von der uNB befreit, die Verlagerung ist aber nicht gelungen, so dass die Bedingungen der Befreiung nicht erfüllt werden. Weiterhin verstößt die Planung gegen die Vorgaben des Förderprojektes der Bezirksregierung Köln zum Grünen C im Rahmen der Regionale 2010. Der Freiraum ist dort verbindlich dauerhaft zu sichern und insofern, zumindest langfristig, auch wieder herzustellen. Die BR Köln sollte hier als Fördergeldgeberin ihre eigene Planung entsprechend anpassen. Siehe dazu auch die Grundsätze G19, G20, G21 und das Ziel Z18 und Z20. Eine ASB-Darstellung kommt insofern nicht in Frage. Hinsichtlich der Umweltprüfung ist ein Zustand zu unterstellen, der den Ausgangszustand der Fläche in die Beurteilung einbezieht. Das Gebiet hat erhebliche Bedeutung für den Artenschutz, das ASB führt zu erheblichen Störungen des Gesamtgebietes.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorrangbiotope Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurde die Datengrundlage der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen beispielsweise zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN als auch der BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und

Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf

	<p>regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.</p>
--	--

Inhalt**Stadt Siegburg**

Die Stadt Siegburg hat per Ratsbeschluss die Abwicklung weiter Teile des Gewerbegebietes Zange II zu Gunsten der Freiraumentwicklung beschlossen und diesen Beschluss auch der Bez- Reg Köln mitgeteilt. Es wird daher angeregt, in der abschließenden Fassung des Regionalplanes dem Vorschlag des Rates zu folgen, jedenfalls mindestens für die Flächen, die sich auch im Eigentum der Stadt Siegburg befinden (Parzelle 43, 64, 65). Die Darstellungsänderung ist regionalplanerisch relevant, weil erhebliche öffentliche Aspekte (Hochwasserschutz, FFH-Umgebungsschutz, Umsetzung WRRL) betroffen sind und davon profitieren. Die Auenwaldentwicklung ist in NRW hochgradig defizitär und die angeregte Darstellung dient der Sicherung zukünftiger Auenwaldentwicklung, die vertraglich für die Flächen bereits vereinbart ist. An u.a. die Planungsziele Z27, Z28, Z19, Z20 wird erinnert.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.

Im Übrigen wird auf den Ausgleichsvorschlag zur ID 1032429_001 verwiesen.

Inhalt

Stadt Troisdorf**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 172**

Die GIB-Darstellung steht im Widerspruch zu der dort anstehenden Naturschutzgebietsdarstellung, also einer BSN-Darstellung im Regionalplan. Hier sind erhebliche Artenschutzkonflikte zu erwarten. Die Darstellung eines GIB ist mit der Wasserrahmenrichtlinie unvereinbar, da für den Vollzug zwei Stillgewässer größtenteils zugeschüttet werden müssten. Die Fläche wird auch als Kompensationsfläche für eine Umsetzung der sog. „Rheinspange“, BAB 555, benötigt, einer Planung aus dem Bundesverkehrswegeplan, für die nach wie vor ein Planungsauftrag besteht. Das Vorhaben löst erhebliche Kompensationspflichten aus (Eingriffsregelung, Artenschutz). Dabei sollen landwirtschaftliche Fläche gemäß der Rechtslage (BNatSchG, § 15, Abs. 3, LNatSchG NRW, § 31, Abs. 7) soweit als möglich geschont werden. Diese Anforderung muss auch in der Regionalplanung beachtet werden. Die nachrichtliche Darstellung von Verkehrsvorhaben dient ausschließlich dazu, solche Planwirkungen frühzeitig mit in die Gesamtplanung einzustellen. Entsprechend sind ehemalige Abbauf Flächen auch als potentielle Kompensationsflächen zu sichern und vorzuhalten.

Eine Gewebegebietsdarstellung wäre auch rechtlich nicht haltbar, da eine Umsetzung der Planung angesichts der hohen naturschutzfachlichen Widerstände nicht gelingen würde. Eine Planung von GIB-Flächen, die später nicht rechtskonform vollzogen werden können, ist unzulässig. Für die bereits bestehenden GIB-Darstellungen am Zündorfer Weg wird langfristig und z.B. auch im Kontext mit der geplanten Trasse der BAB 555 ein Rückbau der Gewerbeflächen (z.B. als Teilkompensation im Rahmen der Eingriffskompensation) und eine Darstellung als Regionaler Grünzug empfohlen. Betrifft auch Kölner Stadtgebiet-

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von BSN, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Fläche wird als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) dargestellt. Auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf und im südlichen Stadtgebiet von Köln besteht eine erhebliche Nachfrage nach geeigneten Produktionsflächen, die durch die bestehenden geringen Flächenreserven nicht gedeckt werden kann. Die Fläche wird durch Verkehrsstrassen (BAB A 59, B 8, ICE-Schienenstrecke (s. Abb.) in östlicher, nördlicher und westlicher Richtung begrenzt. Unmittelbar südlich schließt sich darüber hinaus eine bereits in gewerblich-industrieller Nutzung befindliche Fläche (Logistikzentrum) an. Unmittelbar östlich befindet sich eine weitere gewerblich-industriell genutzte Fläche (Schwarzsmischwerk). Infolge der hierdurch entstehenden Insellage ist die Bedeutung der Fläche für den Natur und Artenschutz sowie den Biotopverbund erheblich eingeschränkt. Jüngere Bestandskartierungen, die zum Zeitpunkt der Einstufung der Fläche als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung noch nicht vorlagen, haben ergeben, dass die Fläche nur für wenige seltene, in ihrem Bestand bedrohte Tierarten (Teichrohrsänger, Wechselkröte und Zauneidechse) einen essentiellen Lebensraum darstellt. Für diese Arten kann in dem von den Vorhabensträgern an der West- und Nordgrenze der Fläche vorgesehenen Biotopvernetzungsstreifen ein geeigneter Ersatzlebensraum geschaffen und der Biotopverbund weiterhin gewährleistet werden. An der Westgrenze der unmittelbar südlich angrenzenden, bereits gewerblich-industriell genutzten Fläche wurde bereits ein solcher Biotopvernetzungsstreifen angelegt, der von den betreffenden Arten sehr gut angenommen wurde und sich schon nach kurzer Zeit zu einem hochwertigen Lebensraum entwickelt hat. Dieser soll entlang der hier in Rede stehenden Fläche in nordwestlicher und nordöstlicher Richtung um 4,2 ha erweitert werden. Unter dieser Voraussetzung stehen der Darstellung der Fläche als GIB Gründe des Naturschutzes und der Biotopvernetzung nicht entgegen. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist jedoch sicherzustellen, dass die gewerblich-industriell nutzbare Fläche auf die in der Stellungnahme in Abbildung 1 gekennzeichnete Fläche begrenzt

wird und der Biotopvernetzungsstreifen – wie in Abbildung 4 der Stellungnahme - realisiert wird. In die textlichen Festlegungen soll eine dahingehende Maßgabe aufgenommen werden. Bisher war die Fläche durch Abgrabungen und Nebenanlagen des Abgrabungsbetriebes in Anspruch genommen. Die hier befindlichen Seeflächen sollen mit unbelastetem Bodenaushub verfüllt werden. Dazu liegen bereits positive Erfahrungen aus der unmittelbaren Nachbarschaft vor. So wurde im Bereich der heute von dem Logistikzentrum eingenommenen ehemalige Abgrabungsfläche unmittelbar südlich der hier in Rede stehenden Fläche auf der Grundlage eines wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses erst vor wenigen Jahren eine entsprechende Verfüllung verwirklicht. Die damals wieder gewonnene Fläche wurde dem Flächennutzungsplan der Stadt Troisdorf entsprechend für gewerblich-industrielle Nutzungen verfügbar gemacht und genutzt. Bodenaushub zur Verfüllung steht aus standortnahen Herkünften in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Das Unternehmen mit der die Vorhabensträger eine Kooperation anstreben, hat bereits erhebliches Interesse daran bekundet, das durch die Verfüllung der ehemaligen Abgrabungsfläche entstehende freie Volumen für die ortsnahe Entsorgung von anfallendem Bodenaushub mit zu nutzen, da im Ballungsraum Köln/Bonn keine ausreichenden Verfüllkapazitäten für Bodenaushub mehr zur Verfügung stehen. Aufgrund der Lage der Fläche sind Beeinträchtigungen der Nachbarschaft durch den Verfüllbetrieb sowie die anschließende gewerblich-industrielle Nutzung nicht zu erwarten. Im Sinne einer sparsamen Flächeninanspruchnahme ist die Ausweisung der in Rede stehenden Fläche als GIB geboten.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden,

ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung hier konkret einem AFAB, BSLE, BSN und Regionalen Grünzug wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt, da eine weitere Konkretisierung auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene erfolgen kann. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ergänzend wird auf (G.29) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass keine BSN-Festlegungen erforderlich sind, um im Landschaftsplan entsprechende Festsetzungen zu treffen.

Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Die Betroffenheit eines NSG-Umfeldes kann beispielsweise durch Abstandsflächen in der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene gelöst werden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter

Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene bzw. Ebene des Fachrechts erfolgen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinweise zum Autobahnneubau A553 (Rheinspange) richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004799

Das ASB zwischen Eschmar und Müllekoven liegt mitten im Verbundkorridor / Landschaftsengpass zwischen den Restpopulationen des Steinkauzes in der Siegaue und im Freiraum zwischen Spich/ Kriegsdorf und Niederkassel. Der Freiraum ist daher in der maximalen Öffnungsweite zwischen Rheidter Straße und Astrid-Lindgren-Straße zu erhalten, um eine Verbundfunktion, die für die Population essenziell ist, aufrecht zu erhalten und wieder stärken zu können. Der Steinkauz ist Verantwortungsart der Bundesrepublik Deutschland, NRW hat eine besondere Verantwortung für die Art. Die Vorkommen in Troisdorf liegen am Rand des Verbreitungsgebietes in NRW und sind daher besonders schutzbedürftig. Für den Rhein-Sieg-Kreis liegt ein Verbundkonzeptentwurf vor, der bislang ohne Beachtung durch die Bezirksregierung Köln geblieben ist, jedoch Basis einer freiraumplanerischen und klimaanpassenden Annäherung an das Plangebiet sein kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Inhalt

Gemeinde Alfter**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004546**

An den Rändern überlagert sich die ASB-Darstellung mit der Freiraumkulisse des Grünen C. Die Vorgaben des Förderprojektes der BezReg Köln zum Grünen C im Rahmen der Regionale 2010 verlangen die Sicherung dieses Freiraumes. Es wird daher vorgeschlagen, die Darstellung am Ostrand zu reduzieren, da anderenfalls die Darstellung des Regionalplanes (Unschärfe) dazu verleitet, in den Freiraumkorridor weitere Siedlungsentwicklungen hinein vorzunehmen. Der Regionalplan hat jedoch die Pflicht, den Freiraum des Grünen C insgesamt dauerhaft zu sichern. Siehe dazu auch die Grundsätze G19, G20, G21 und die Ziele Z18, Z20.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln erfolgt im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems über ein Freiraumverbundsystem für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u. a. durch die Festlegung der Vorrangbiotope Regionaler Grünzüge, Bereiche zum Schutz der Natur, Waldbereiche sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie den Allgemeinen Freiraum- und

Agrarbereichen, hierzu wurden für Steuerung die angesprochenen textlichen Festlegungen getroffen. Diese wurden erarbeitet auf den Grundlagen der Fachbeiträge Klima, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Kulturlandschaft und Forstwirtschaft. In den Fachbeiträgen wurde die Datengrundlage der genannten Festlegungen erarbeitet. Unter Berücksichtigung des regionalplanerischen Maßstabes wurden die verschiedenen Kriterien der erarbeiteten Fachbeiträge berücksichtigt und methodisch angewendet.

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen beispielsweise zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die

	Abwägung dar.
--	---------------

Inhalt

Gemeinde Wachtberg

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004843

Die Verlagerung der ASB-Fläche vom nördlichen Rand Berkums nach Süden ist nicht nachvollziehbar. Die gesamte Infrastruktur des Ortes Berkum (Altenheim, Schule) befinden sich am nördlichen Siedlungsrand. Die Verlagerung des Baugebietes nach Süden erfolgt ohne einen Siedlungskontakt zu Berkum. Dort stellt das Gebiet einen Fremdkörper dar, der kaum städtebaulich integriert werden kann. Er führt dort zu erheblich größeren Beeinträchtigungen der Landwirtschaft.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Gemeinde Wachtberg noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant einbezogen und berücksichtigt.

Im Übrigen wird auf den Ausgleichsvorschlag der ID 1004843 1. Offenlage verwiesen.

Inhalt

Gemeinde Swisttal

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005033

Die Darstellung des BSN wird begrüßt. Allerdings sollte es den tatsächlichen Bachauenwald einschließen und daher weiter nach Norden bis zum Siedlungsrand verlängert werden, entsprechend der NSG- und LSG-Ausweisung im Landschaftsplan. Siehe dazu auch die Grundsätze G19, G20, G21 und die Ziele Z18, Z20. Die dort festgestellten gesetzl. geschützten Biotope und das hohe Schutzinteresse des Landes NRW am Schutz und an der Entwicklung von Auenwäldern, deren Gesamtbestand hochdefizitär ist, legt eine BSN-Darstellung unmittelbar nahe.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird teilweise Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus wird angeregt die Darstellung des BSN zu ändern. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt wurde. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht maßstabsbedingt nicht den vorgenannten Kriterien.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1005029

Das geplante ASB-Gebiet südöstlich und hinsichtlich der Höhenlage oberhalb von Odendorf ist angesichts der Ereignisse des Extremhochwassers im Juli 2021 nicht vertretbar. Das Gebiet wäre einem Starkregenereignis durch bergseitigen Zufluss besonders ausgesetzt, ohne über eine schlüssige Ableitungsoption des Niederschlagswassers zu verfügen. Zugleich wird die Fläche benötigt, um Niederschlagswasser im Boden aufzufangen und zurückzuhalten, zum Schutz des bestehenden Dorflage. Das ASB läge im Korridor eines Ausweichgerinnes, das als Landschaftsrinne sinnvoll zu entwickeln wäre, um die Ortslage vor weiteren Extremhochwässern zu bewahren und Hochwasser am Ort vorbei abzuleiten (siehe nachfolgende Karte). Dem Gebiet fehlt auch jeglicher Anschluss an die bestehende Siedlungsstruktur.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Gemeinde Swisttal noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine ergänzende Festlegung als ASB.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Gemeinde Eitorf

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1004325,1004556,1004923,100645

Der Entfall dieser GIB-Fläche wird außerordentlich begrüßt. Ein Vollzug wäre hier aus artenschutzgründen auch nicht möglich gewesen. Nun sollte die Fläche als Teilpopulation der Maculinea-Falter (Syn. Phengaris), FFH-Anhang-IV-Art, gesichert und weiter entwickelt werden. Eine BSN-Darstellung wird wegen der erheblichen Verantwortung des Rhein-Sieg-Kreises für diese Art in ganz NRW empfohlen. Es ist Auftrag der Regionalplanung, wichtige Artenzentren planungsrelevanter Arten zu sichern und ihnen eine Entwicklungsperspektive aufzubauen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt.

Darüberhinaus gilt, dass gem. Landesentwicklungsplan (LEP) Ziel 6.3-3 die Kommune nachgewiesen hat, dass der bedarfsgerechten Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an den vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereich oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen in Altebach II aufgrund der o.g. entgegenstehende Schutz- oder Nutzungsbindungen nicht möglich ist. Der Regionalplan legt hier sachgerecht stattdessen Freiraum fest (AFAB, BSLE sowie z.T. BSN).

Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.

Darüber hinaus richtet sich die Anregung auch an Regionalplanungsbehörden der übrigen Planungsregionen NRW.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1006158

Es wird empfohlen, diese GIB-Darstellung, sofern sie überhaupt umsetzbar und vollziehbar ist, an einen Siedlungsbestand anzugliedern, um die erheblichen negativen Wirkungen einer Gewerbefläche „auf der grünen Wiese“ zu mindern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen

Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Im Sinne der Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW hat die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen sowie einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Die Gemeinde Eitorf verfügt noch über kommunalen Bedarf für zusätzliche Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

	<p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>
--	---

Inhalt

Stadt Hennef**Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten):** 1004611 (Wasserhess)

Die Fläche ist für eine bauliche Entwicklung völlig ungeeignet und würde zentralen Planungsgrundsätzen zur Siedlungsentwicklung widersprechen („Außerhalb der Siedlungsbereiche sind bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen auszuschließen.“, Z2, Text des Regionalplan- Entwurfes). Diese hier vorgeschlagene ASB-Ausweisung „Auf der grünen Wiese“ ist vermeidbar, weil es in Uckerath hinreichende Optionen gibt, durch kleinteilige Ergänzungen am Siedlungsrand Wohnraum zu schaffen. Die Verfestigung der Siedlung entlang der Straße bedrängt zudem den im Naturschutzgroßprojekt der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Biotopverbund, dessen Wirksamkeit erheblich abnimmt, wenn die Siedlungsfläche bis an seinen Rand hin vorangetrieben wird. Die vorgeschlagene Fläche ist aktuell Landschaftsschutzgebiet. Es wird daher mit Rücksicht auf die zentralen Aufgaben zur Sicherung und zum Aufbau des Biotopverbundes und zum Schutz der dortigen Landschaft dringend empfohlen, diese Darstellung einer ASB-Fläche zu streichen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Der in der Stellungnahme zitierte Auszug aus Z.2 adressiert Bereiche außerhalb von Siedlungsbereichen und ist daher hier nicht einschlägig. Im Übrigen wird durch Absatz 2 von Z.2 sichergestellt, dass neue Bauflächen und -gebiete in der Regel an vorhandene Siedlungen anzuschließen sind. Näheres ist auch den Erläuterungen der in Rede stehenden Textlichen Festlegung zu entnehmen.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die

Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben. Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

Inhalt

E.9 Kreis Euskirchen**Stadt Euskirchen****Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 103**

Die Erweiterung des GIB wird abgelehnt. Der Bedarf ist nicht ersichtlich. Mit dem Gewerbegebiet EU_GIBz_1, im alten Regionalplan GIB für flächenintensive Großvorhaben, wird im neuen Regionalplan ein 212 ha großes Gewerbegebiet für gewerbliche und industrielle Nutzung realisiert. Außerdem befinden sich mit dem Gewerbegebiet Mechernich-Obergartzem noch freie Flächen in direkter Nähe. Am Bedarf lässt auch zweifeln, dass die - bereits im alten Regionalplan enthaltene GIB, EU_GIBz_1 - bis heute völlig ungenutzt ist. Trotz fehlendem Bedarf sind außerdem in unmittelbarer Nähe die beiden GIB GIB_EUSz_2 und GIB_EUS_3 im neuen Regionalplan vorgesehen. Daher kann es für diese GIB-Erweiterung erst recht kein Bedarf geben. Laut Landesentwicklungsplan (LEP NRW) ist eine bandförmige Bebauung unzulässig. Durch die GIB_EUSz_2, GIB_EUS_3 und der hier vorgeschlagene GIB wird die Bandbebauung an der B266 zwischen Euskirchen und Wißkirchen in unzulässiger Weise über ca. 1,5 km in Richtung Obergartzem verlängert. Diese GIB-Erweiterung verhindert an dieser Stelle die Einrichtung einer funktionsfähigen Biotopverbindung zwischen den südlich gelegenen Wäldern Billiger Wald und NSG an der Burg Veynau mit dem nördlich gelegenen alten Waldbestand Planckseling. Dieser von den Naturschutzverbänden im Biotopverbundsystem „rheinisches Revier“ vorgeschlagene Biotopverbindung verbindet die Eifel mit der Börde und stellt eine wichtige Ergänzung zu dem an dieser Stelle schmalen Biotopverbund dar. Die Erweiterung des GIB ist daher zu streichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Der Regierungsbezirk Köln ist eine wachsende Region. Daher sind nicht nur ausreichend Flächen für den steigenden Wohnungsbedarf auszuweisen, sondern auch Flächen für Gewerbe und Industrie, um die notwendigen Arbeitsplätze im Regierungsbezirk schaffen zu können. Die hier vorgeschlagene GIB-Ausweisung ist dazu geeignet, diesem Bedarf Rechnung zu tragen, da sie der Erweiterung und Sicherung vorhandener sowie geplanter gewerblich/industrieller Nutzungen dienen sollen. Die tatsächliche Nachfragen bei den Kommunen, insbesondere von regionalbedeutsamen Firmen, nach verkehrlich gut erschlossenen Flächen ist hoch und weiterhin steigend. Daher wird die Forderung der Kommunen, das GIB zu erweitern unterstützt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die

Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Eine bandartige Siedlungsentwicklungen im Sinne Ziel 6.1-4 LEP NRW wird nicht vorbereitet.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Flächenbezeichnung (aus Änderungskarten): 1003820_004_2 – Diepeschrather Wiese

Hierbei wird die Mutzbach-Aue tangiert. Es werden Bereich für den Schutz der Natur, der Regionale Grünzug und Überschwemmungsbereiche überplant. Die Änderung wird abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003820_004_2 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Weitere Siedlungsflächen im Leverkusener Stadtgebiet

Der Regionalplanentwurf in der Fassung der 2. Offenlage beinhaltet GIB und ASB, die im aktuellen Flächennutzungsplan der Stadt nicht als Siedlungsfläche/Industrie vorgesehen sind. Die Wertigkeit der Flächen zeigt sich z.B. durch eine Definition mehrerer Flächen im aktuellen Landschaftsplanentwurf der Stadt mit dem Entwicklungsziel 7. Diese Flächen sind aus Sicht des Artenschutzes und des Klimaschutzes nicht zu bebauen, müssen daher im heutigen Bestand konserviert werden und dürfen nicht durch weitere Bebauung weiter entwertet werden. Dies gilt auch für die heutigen Ackerflächen zwischen der Solingerstr. und der Straße „am Hauweg“ sowie den Eichenwald N/W des Hauweges. Sie müssen im heutigen Zustand erhalten bleiben und dürfen nicht als Industriefläche definiert werden. Daher sollten die Flächen nicht als GIB bzw. ASB festgelegt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Grundsätzlich gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: BET_12029_1

BUND Niederkrüchten

1034778_001, BUND Niederkrüchten

Inhalt

Regionalplan Neu 2024 Reg.-Bezirk Köln Hier: Bahntrassen im Bereich Elmpter Wald und Anschluß des Industrieparks Elmpf ehemaliges Flughafengelände - Stellungnahme zu Änderungen des Regionalplans für Reg-Bez. Köln

Die geplante Änderung des Regionalplanes lehnen wir ab, weil sie Natur- und Umweltschutz massiv zuwiderläuft.

In dem vorliegenden Entwurf des geänderten Regionalplans heißt es, dass Bahnlinien durch den Wassenberger Wald und insbesondere den Elmpter Wald geplant sind. Es wird darin auf die „Verpflichtung zur Sicherung vorhandener Bahntrassen“ verwiesen. Der Trassenverlauf ist auf alten, viele Jahre nicht mehr betriebenen Trassen zum großen Teil ohne vorhandene Schienen und begleitende Infrastruktur geplant. Der Ausbau geschieht vermutlich 2-gleisig mit Elektrifizierung. Es ist von einem hohen Verkehrsaufkommen auszugehen.

Geplant sind:

Einerseits eine Trasse von Ratheim/Wassenberg durch den Wassenberger Wald mit Anbindung an die Strecke MG-Wegberg-Dalheim (Personenverkehr RB34 und Anbindung Siemens-Prüfcenter) im Bereich Wegberg-Arsbeck. Die Strecke MG-Wegberg-Dalheim ist Teil des ehemaligen sog. Eisernen Rheins von Antwerpen ins Ruhgebiet.

Andererseits und besonders problematisch: die Trasse zum im Aufbau befindlichen Gewerbe- und Industriegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Bezirk Düsseldorf) durch den Elmpter Wald ebenfalls mit Anbindung im Bereich Arsbeck an dieselbe Strecke (Bezirk Köln).

Stellungnahme:

1) Die Trassen durchschneiden den Elmpter und Wassenberger Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in den Niederlanden und Deutschland bildet ein komplexes Ökosystem. Hier sind der Nationalpark Meinweg, das FFH-Gebiet Lüsekamp, das FFH-Gebiet Boschbeeketal, das europäische Vogelschutzgebiet Mass-Nette-Platte sowie die DBU-Flächen im Bereich des ehemaligen Flughafengeländes zu nennen. Jegliche massive Veränderung von außen führt zu einer Veränderung im Gleichgewicht des biologischen Systems mit der möglichen Folge einer irreversiblen Schädigung oder gar Zerstörung der Natur und des biologischen Gleichgewichts. Hier sei auf den weiteren Eintrag von Feinstaub, die Lärm- und Lichtemissionen, die Kollision mit wandernden Tieren (also Lebensraumzerschneidung), die Belastung mit Pestiziden, die an Bahntrassen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch den NVR der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

ausgebracht werden hingewiesen. Im Bereich des ehemaligen Flughafens befindet sich zudem ein Trinkwasserschutzgebiet, welches durch die im Bahngleis erforderliche regelmäßige Ausbringung von Pestiziden beeinträchtigt werden wird. In allen Punkten ist eine entsprechende Voruntersuchung der Umweltauswirkungen zu fordern.

2) Beide Trassen enden auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins und führen durch Wegberg in Richtung Mönchengladbach. Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung insbesondere im Bereiche Wegberg käme es bei den zu erwartenden Güterverkehren gerade aus den angeschlossenen Industriegebieten zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner. Erwähnt seien hier die erhöhte Herzinfarkt- Schlaganfall- und Depressionsrate durch Lärmbelästigung. Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge. Gerade Güterzüge verursachen erhebliche Erschütterung, die ein eigenes Krankheitspotential bergen. Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins per Landtagsbeschlüssen aus 2007 und 2011 abgelehnt.

3) Eine Bahntrasse zerschneidet die touristisch interessante Region und nimmt den Anwohnern von Niederkrüchten und auf niederländischer Seite die Chance auf eine Weiterentwicklung des Tourismus.

Aus den genannten Gründen und zum Erhalt der geschützten Landschaftsbestandteile und der schutzwürdigen Arten, der Gefahr für die Trinkwassergewinnung, zum Schutze der Gesundheit der Anwohner und Anwohnerinnen sowie der regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trassen in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar. Wir lehnen diese Änderung des Regionalplanes daher ab.

AZ: BET_121000_1	
Gemeinde Merzenich	
1033704_001, Gemeinde Merzenich	
<p>Inhalt</p> <p>Abwägung 1000986_001:</p> <p>Die Gemeinde Merzenich sieht die Ihre Erwägungen zu den weiteren Gewerbeflächenbedarfen nicht ausreichend gewürdigt. Wie in der Stellungnahme vom 27.06.2022 dargelegt. Hat die Gemeinde eine Umfangreiche Beteiligung durchgeführt. Hierbei kamen zahllose Bedarfe an weiteren Gewerbeflächen zutage, welche die Gemeinde im Zuge der Stellungnahme gebündeltwiedergegeben hat. Hierbei wurden bereits planerische Erwägungen, wie ein Siedlungsraumanschluss entsprechend berücksichtigt. Daher sieht die Gemeinde erneuten Prüfungsbedarf, ob die Gewerbeflächenbedarfe korrekt wiedergegeben sind. Es liegen weitgehende Bedarfe vor, welche der Regionalplanungsbehörde durch weitere Erörterungstermine bekanntgemacht wurden. Daher erwartet die Gemeinde Merzenich eine entsprechende Berücksichtigung dieser Bedarfe innerhalb der Festlegungen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1000986_001, 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gemäß BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Auf Ebene des Regionalplans besteht daher kein weiterer Präzisierungsbedarf. Die Pflicht der Gemeinde Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen ergeht aus § 1 Abs. 4 BauGB. Bauleitpläne sind gem. § 2 Abs. 1 BauGB von der Gemeinde in eigener Verantwortung aufzustellen. Die Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung im Rahmen obliegt der kommunalen Planungshoheit. Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p> <p>Zudem wird auf die Erläuterungen in StnID 1033704_006 verwiesen.</p>

Inhalt

Abwägung 1001636:

Die Gemeinde Merzenich verweist darauf, dass in der zeichnerischen, sowie schriftlichen Stellungnahme ein Tausch der Flächenbezeichnungen ASBflex und ASB in Richtung des Merzenicher S-Bahnhaltepunktes angeregt wurde. Dies bleibt allerdings in der neuen zeichnerischen Festsetzung unerwähnt und unberücksichtigt. Daher sollte die zeichnerische Festsetzung dahingehend korrigiert werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1001636 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend wird klargestellt, dass auf Anregung der Gemeinde Merzenich neue Siedlungspotentiale im Bereich des S-Bahnhaltepunktes Merzenich (Bereich: An der Heide) festgelegt wurden. Die Festlegung des ASB erfolgte auf Grundlage zusätzlicher regionaler Bedarfe (Region+ Wohnen), da die kommunalen Bedarfe bereits vollständig verortet wurden. Der Anregung der Stadt wurde insofern Rechnung getragen. Unklar bleibt in diesem Zusammenhang die Anregung eines Tauschs der Flächenbezeichnungen ASBflex und ASB in Richtung des Merzenicher S-Bahnhaltepunktes.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Inhalt

Abwägung 1001638:

Erneut verweist die Gemeinde Merzenich hier auf den nicht korrekt ermittelten Bedarf an Gewerbeflächen. Hier wurden nun sogar signifikant weniger Flächen als GIBflex dargestellt, als notwendig und als in der ersten Stellungnahme vom 27.06.2022 dargelegt. Zu keinem Zeitpunkt war die Stellungnahme als Forderung nach Reduzierung zu verstehen, wie auch in der zeichnerischen Stellungnahme korrekt und bedarfsgerecht dargestellt. Die Gemeinde Merzenich verfügt demnach im Bereich „Auf der Heide“ sehr wohl, über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB). Auch der Verweis auf mögliche zukünftige Regionalplanänderung nach Inkrafttreten des in Aufstellung befindlichen Regionalplans scheinen in diesem Zusammenhang nicht sachgerecht. Die Gemeinde wird bis zur Rechtskraft einer solchen Änderung enorm in Ihrer Ausübung der kommunalen Selbstverwaltung der Bauleitplanung limitiert. Daher regt die Gemeinde an, dass die entsprechenden Mehrbedarfe bereits jetzt, im Zuge der erneuten Offenlage, geändert werden, um Planungsziele der kommunalen Bauleitplanung nicht unnötig zu verlängern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001638 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Darüber hinaus werden zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamt-räumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine

gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Das Ausschöpfen der ermittelten Bedarfe durch Festlegungen ist nicht zwingend erforderlich und "übrige" Bedarfe werden nicht regional verteilt. Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wird um die tatsächlichen verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Rahmen der Anpassungspflicht an die Ziele der Raumordnung sind im kommunalen Bauleitplanverfahren die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.

1033704_004, Gemeinde Merzenich

Inhalt

Abwägung 1001639:

Erneut verweist die Gemeinde Merzenich hier auf den nicht korrekt ermittelten Bedarf an, in diesem Fall interkommunalen, Gewerbeflächen. Durch den vorhandenen Siedlungsraumanschluss durch das Wohngebiet "Auf der Heide" (hier als ASB geändert dargestellt) und die zusätzlich berücksichtigte geplante Ortsumgehung Arnoldsweiler sieht die Gemeinde die beschriebene Abwägung als unzutreffend an. Eine Beeinträchtigung der Freiraumfunktion im Sinne des Ziel 2-3 LEP NRW im Inneren einer Autobahnzufahrt, empfindet die Gemeinde als nicht sachgerecht. Auch der Verweis auf mögliche zukünftige Regionalplanänderung nach Inkrafttreten des in Aufstellung befindlichen Regionalplans scheinen auch in diesem Zusammenhang nicht sachgerecht. Die Gemeinde wird bis zur Rechtskraft einer solchen Änderung enorm in Ihrer Ausübung der kommunalen Selbstverwaltung der Bauleitplanung limitiert. Daher regt die Gemeinde an, dass die entsprechenden Mehrbedarfe bereits jetzt, im Zuge der erneuten Offenlage, geändert werden, um Planungsziele der kommunalen Bauleitplanung nicht unnötig zu verlängern. Eine Entsprechende Vermarktung dieser Flächen über namenhafte Partner wie NRW Global Business stehen bereits an.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001639 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Zwar wird durch die Festlegung des ASBs im Bereich "Auf der Heide" ein Siedlungsraumanschluss hergestellt, jedoch ist eine Festlegung eines GIBinterkommunal weiterhin nicht bedarfsgerecht. Diesbezüglich wird auf den Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Bezüglich der Bedarfsermittlung wird auf die Erläuterungen zu ID 1033704_006 verwiesen.

1033704_005, Gemeinde Merzenich

Inhalt

Abwägung 1004216:

Die Gemeinde Merzenich zeigt hiermit frühzeitig an, dass eine Veränderung des Status des Morschenicher Flugplatzes („Flugplatz Bürgewald“) bevorsteht. Derzeit liegt bei dem zur Rede stehenden Flugplatz keine Raumbedeutsamkeit für den Luftverkehr vor. Dies wird sich im beabsichtigten Geltungszeitraum des hier offengelegten Regionalplans ändern. Der Flugplatz wird sich innerhalb der Strategie „Aviation im Rheinischen Revier“ zu einem bedeutsamen Flugplatz entwickeln. Die Revitalisierung der Ortslage Bürgewald und die damit verbundene (mediale) Aufmerksamkeit, auch der fördergeldverwaltenden Stellen, legen nahe, dass der Flugplatz in Zukunft eine signifikant größere Rolle einnehmen wird. Auch die Berücksichtigung Bürgewalds innerhalb der Internationalen Bau- & Technologieausstellung (IBTA) legen eine solche Entwicklung nahe. Daher regt die Gemeinde Merzenich eine Berücksichtigung im Regionalplan an.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird daher aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1004216 1. Offenlage).

Inhalt

Abwägung 1012038:

Erneut verweist die Gemeinde Merzenich hier auf den nicht korrekt ermittelten Bedarf an Gewerbeflächen. Wie in den vorangegangenen Abschnitten bereits ausführlich dargelegt legt die Gemeinde Merzenich hier vehement Widerspruch gegen diese Form der Planungsmethodik ein. Die hier angemeldeten Flächen müssen dringend entwickelt werden. Die bereits begonnene Bauleitplanung gemeinsam mit einem überregional bedeutsamen Gewerbebetrieb der Gemüseveredelung zeigen bereits den erheblichen (Mehr-)Bedarf. Durch eine Verweigerung der Berücksichtigung dieser Flächen im Regionalplan bremst die Regionalplanungsbehörde erheblich den Strukturwandelprozess im Rheinischen Revier, den Erhalt und die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Rheinisches Revier, sowie den Ausbau der Arbeitsplätze im Rheinischen Revier. Daher regt die Gemeinde Merzenich nochmals eindringlich eine entsprechende Berücksichtigung im Regionalplan an, um solchen übergeordneten Prozessen und durch Kabinettsbeschlüsse auf Bundes- und Landesebene gesicherte Strategien nicht im Wege zu stehen.

Die Gemeinde Merzenich verweist an dieser Stelle nochmals auf einen durchgeführten politischen Beteiligungs-Workshop und einen Beteiligungs-Workshop mit der Öffentlichkeit welcher diese Stellungnahme stützt und legitimiert. Zusätzlich verweist die Gemeinde merzenich noch auf die Stellungnahme der Neuland Hambach GmbH. Bei Rückfragen steht Ihnen die Gemeindeverwaltung jederzeit zur Erörterung der notwendigen Anpassungen zur Verfügung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1012038, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2

Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird im Verfahren gemäß § 34 LPlG sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen

erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38a LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Ein Flächentausch innerhalb der in Rede stehenden Flächen ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

AZ: BET_122000_1	
1027814	
1033349_001, 1027814	
<p>Inhalt</p> <p>Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 die Neuaufstellung des Regionalplans für den gesamten Regierungsbezirk Köln beschlossen und die Regionalplanungsbehörde beauftragt, das Aufstellungsverfahren gern. § 9 (2) Raumordnungsgesetz und § 19 Landesplanungsgesetz durchzuführen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Öffentlichkeit sowie die Belange der berührten öffentlichen Stellen in der Zeit vom 07.02.2022 bis 31.08.2022 Stellungnahmen zur Planunterlage, Textlichen Festsetzungen, Zeichnerischen Festlegungen, Begründungen und Umweltbericht vorbringen können (§ 13 Landesplanungsgesetz NRW i.V.m. § 9 (2) Raumordnungsgesetz). Mit Ratsbeschluss der Stadt Nideggen vom 23.08.2022 hatte ich Ihnen die Stellungnahme der Stadt Nideggen mit der Bitte um Berücksichtigung und Eingangsbestätigung zugesendet. Eine weitere Ergänzung zu meiner o.g. Stellungnahme hatte ich Ihnen am 13.02.2024 mit der Bitte um Berücksichtigung zugesendet. In seiner Sitzung am 11.10.2024 hat der Regionalrat nun die öffentliche Auslegung bzw. Veröffentlichung des zweiten Planentwurfs zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln beschlossen und mit Schreiben vom 15.10.2024 um Beteiligung der Kommunen gebeten. Nachfolgend sende ich Ihnen die Stellungnahme der Stadt Nideggen mit der Bitte um Berücksichtigung und Eingangsbestätigung. Die im Rahmen der Beteiligung zum ersten Planentwurf im Jahr 2022 von der Stadt Nideggen in ihrer Stellungnahme vom 30.08.2022 sowie in einer ergänzenden Stellungnahme vom 13.02.2024 vorgebrachten Anregungen und die jeweiligen Begründungen bleiben weiterhin bestehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben und auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.. Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht (s. Bekanntmachung Amtsblatt).</p>

Inhalt

Es bleibt seitens der Stadt Nideggen festzustellen, dass das vorhandene Angebot an Wohnbauflächen derzeit sowie zukünftig die Nachfrage nicht bedienen kann. Insbesondere möchte ich hier den sozialen Wohnungsbau ansprechen, wobei die Stadt Nideggen derzeit nur noch zwei Wohnungen bedient. Außerdem möchte ich auf die Ziele der Wachstumsoffensive des Kreises Düren verweisen, welche der Kreis Düren als betroffene Kommune des Strukturwandels durch die Beendigung des Kohletagebaus bis zum Jahr 2025 notwendiger Weise aufgerufen hat. Allein dadurch und ergänzt durch die Stadtfucht ist absehbar, dass zu wenig Wohnraum auf dem Stadtgebiet Nideggens zur Verfügung steht. Der Kreis Düren unterstützt somit die planerische Zielsetzung der Kommunen auf dem Kreisgebiet Dürens. Die eigenen Planungen der Stadt Nideggen werden durch die Wachstumsoffensive unterstützt und beworben. Die im Regionalplanentwurf dargestellten ASB-Darstellungen sind aus Sicht der Stadt auch im zweiten Planentwurf restriktiv, wenngleich in den Stadtteilen Nideggen und Schmidt in begrenztem Maße zusätzliche ASB-Flächen zugestanden wurden. Auf lange Sicht ist zudem die Planungshoheit der Stadt Nideggen zu stark beschnitten. Es wird daher vorgeschlagen, dass die ASB-Darstellung wie folgt geändert wird.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Darüber hinaus ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass

eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt**ASB Nideggen und Umgehungsstraße L249n**

In ihrer Stellungnahme zum ersten Planentwurf hat die Stadt Nideggen die Erweiterung des ASBs im Norden („Neubaugebiet Schmittbüchel“, Bauleitplanverfahren eingeleitet), nach Nordosten (Gewerbegebiet und Sondergebiet „Gut Kirschbaum“, Bauleitplanverfahren eingeleitet) sowie nach Osten (langfristiges Siedlungsentwicklungspotenzial) vorgeschlagen.

Während der Vorschlag zur Erweiterung im Bereich Schmittbüchel vollständig übernommen wurde, wurden die Erweiterungen im Nordosten nicht und im Osten nur stark eingeschränkt berücksichtigt. Hierzu nimmt die Stadt Nideggen wie folgt Stellung:

Für das Sonder- und Gewerbegebiet „Gut Kirschbaum“ wurden Bauleitplanverfahren eingeleitet. Der Bebauungsplan „N21 - Sondergebiet Gut Kirschbaum“ (Satzungsbeschluss vom 12.11.20224) liegt vollständig innerhalb des ASBs, der Bebauungsplan „N22 - Gewerbegebiet Gut Kirschbaum“ hingegen liegt zu rund einem Drittel außerhalb der ASB-Darstellung. Zumindest die im Geltungsbereich des Bebauungsplanes N22 liegenden (und gleichzeitig auch im FNP entsprechend dargestellten) Flächen sollen in den ASB aufgenommen werden. Im Hinblick auf eine perspektivische Realisierung der Ortsumgehung L249n, für die im Rahmen der Stellungnahme eine aktualisierte Darstellung angeregt wird, würde sich eine Erweiterung des ASBs bis zum voraussichtlichen Verlauf der L249n anbieten. Der Verlauf entspricht dem heute vorhandenen Wirtschaftsweg, der nach perspektivischem Ausbau zur L249n in diesem Bereich einen sinnvollen Siedlungsabschluss darstellen würde. Im Regionalplan ist bereits für Nideggen der Bau dieser Umgehungsstraße L249n dargestellt. Auch wenn der bisher dargestellte Routenverlauf im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten ist, ergibt nach derzeitiger Einschätzung eine solche Umgehung in der dargestellten Form an dieser Stelle aus planerischer Sicht wenig Sinn. Der dargestellte Straßenverlauf der L249n schränkt zudem eine mögliche Siedlungsentwicklung des Zentralortes in Richtung Osten ein. Daher wird weiterhin ein alternativer Routenverlauf vorgeschlagen. Die Stadt Nideggen strebt diesbezüglich eine Anpassung der Darstellung im Landesstraßenbedarfsplan an.

Eine mögliche Siedlungsentwicklung der Stadt Nideggen ist durch die vorhandene Topographie stark eingeschränkt. Westlich der Siedlung befindet sich das Rurtal. Die bewaldeten Steilhänge mit den Buntsandsteinfelsen sind größtenteils als Naturschutzgebiete ausgewiesen, so dass eine Entwicklung nach Westen nicht möglich ist. Diese Naturschutzgebiete und Seitentäler (u. a. im Bereich des Hohlbachs) erstrecken sich bis südlich von Nideggen. Auch hier ist eine perspektivische Erweiterung des Siedlungsbereichs nicht möglich. Nach Norden hin

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005324 bzw. ID 1005330).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

wird das Erweiterungspotenzial durch den Bereich Schmittbüchel (Bauleitplanverfahren eingeleitet) bereits ausgeschöpft- eine weitere Entwicklung in Richtung der angrenzenden Kommunen wird nicht angestrebt. Somit verbleibt als einzige Möglichkeit für eine perspektivische Erweiterung eine Entwicklung in Richtung Osten. Es wird daher weiterhin eine Erweiterung des ASBs angeregt.

[Abbildung]

[Abbildung]

Inhalt

GIB Schmidt

In ihrer Stellungnahme zum ersten Planentwurf hat die Stadt Nideggen die Erweiterung des ASBs nach Westen (ggf. in Kombination mit einer GIB-Darstellung) vorgeschlagen. Im zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans wurden weder ein GIB dargestellt noch die vorhandene ASB-Darstellung erweitert. Hierzu nimmt die Stadt Nideggen wie folgt Stellung:

Am westlichen Siedlungsrand von Schmidt wurde in der Stellungnahme der Stadt Nideggen die Erweiterung des bestehenden ASBs vorgeschlagen. Hintergrund waren die geplanten Entwicklungen im Bereich der bestehenden Einrichtungen städt. Bauhof/ Feuerwehr sowie die Sicherung des bestehenden Gewerbegebiets und der Potenziale zur zukünftigen Erweiterung des vom Siedlungskörper getrennten Gewerbegebietes in Richtung des Siedlungsrandes.

Die im Kontext der vorgeschlagenen Erweiterung des ASBs bzw. Darstellung eines GIBs stehenden Planungen wurden als Grundlage für die zukünftige Entwicklung Schmidts im Rahmen eines integrierten Handlungs- bzw. Entwicklungskonzepts für den Stadtteil Schmidt (dem sogenannten „Masterplan Schmidt“) als Leitlinie für die zukünftige Stadtteilentwicklung vom Rat der Stadt Nideggen beschlossen. Ein zentrales städtebauliches Leitprojekt ist die Errichtung eines Bürger- und Vereinshauses im Bereich städt. Bauhof/ Feuerwehr. Da der Regionalplan jedoch nicht parzellenscharf ist und Flächen erst ab einer Größenordnung von 10 ha regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz haben (vgl. Abwägung zur Stellungnahme der Stadt Nideggen im Rahmen der Beteiligung zum ersten Planentwurf), kann auf die Erweiterung des ASBs in diesem Bereich aus Sicht der Stadt verzichtet werden. Gleichzeitig möchte die Stadt Nideggen jedoch darauf hinweisen, dass das örtliche Gewerbe eine große Bedeutung für die Stadt Nideggen und den Stadtteil Schmidt hat. Im Stadtgebiet von Nideggen sind bislang keine GIB-Darstellungen vorhanden. Während das Gewerbegebiet in Nideggen (größtenteils) innerhalb des ASBs liegt, befinden sich die bestehenden Gewerbegebiete in Schmidt und Embken regionalplanerisch im Freiraum. Zur Sicherung des Bestands und entsprechend der Darstellung des Flächennutzungsplanes wird angeregt, das bestehende Gewerbegebiet als GIB darzustellen. Darüber hinaus ist es aus städtebaulicher Sicht aus mehreren Gründen sinnvoll auch die daran angrenzenden Flächen als GIB darzustellen.

- Erstens befindet sich das bestehende, etwa 7,5 ha große Gewerbegebiet außerhalb des Siedlungszusammenhangs. Im Hinblick auf eine kompakte und zusammenhängende Siedlungsentwicklung wird die Herstellung des Siedlungsanschlusses angestrebt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005325 und ID 1005327).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

Darüber hinaus werden die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Die Gemeinde Nideggen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Für die Bedarfsberechnung (unter Drittens angesprochen) gilt folgendes:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten

- Zweitens trägt eine GIB-Darstellung dazu bei, lokales Gewerbe vor Ort zu halten. Innerhalb des Stadtgebiets von Nideggen (darunter auch in Schmidt) befinden sich zahlreiche gewerbliche Betriebe. Eine Erweiterung ist für wachsende Betriebe aufgrund der gewachsenen Strukturen in den Ortslagen oftmals nicht möglich. Um solche lokalen Betriebe auch weiterhin im Stadtgebiet zu halten und eine Abwanderung zu verhindern, ist eine Sicherung von gewerblichen Flächen in den beiden Hauptorten Nideggen und Schmidt folgerichtig. Während die Flächen in Nideggen bereits über eine ASB-Darstellung gesichert sind, fehlt eine solche Flächensicherung in Schmidt bislang. Daher wäre eine Darstellung als GIB an dieser Stelle für den zweiten Siedlungsschwerpunkt der Stadt konsequent und sinnvoll.

- Drittens ist die Nachfrage an Gewerbeflächen im Stadtgebiet weiterhin hoch (die Stadt Nideggen führt eine Liste mit Interessenten für Gewerbeflächen, die regelmäßig um neue Anfragen erweitert wird). Entgegen der in der Abwägung zur Stellungnahme der Stadt Nideggen im Rahmen der Beteiligung zum ersten Planentwurf getroffenen Aussage, wäre eine Ausweisung als GIB aufgrund der hohen Nachfrage sehr wohl bedarfsgerecht.

- Und viertens erfolgt die verkehrliche Erschließung des Gewerbegebiets heute von der L 246 aus über die Monschauer Straße sowie die Straßen Klaus und Am Grünland. In Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW soll am Knotenpunkt L 246 / Monschauer Straße zukünftig ein Kreisverkehrspunkt entstehen, von dem aus eine direkte Zufahrt zum Gewerbegebiet ermöglicht wird. Die neue Zufahrt befindet sich inmitten der nun als GIB vorgeschlagenen Fläche, so dass eine Entwicklung entlang der neuen Erschließung sinnvoll ist, um anbaufreie Erschließungsstraßen zu vermeiden. Durch diese Entwicklung wird neben einer Verschließung des Brückenkörpers und der damit einhergehenden nicht mehr durchzuführenden Wartung und Instandsetzung gleichzeitig auch der Bereich des geplanten Bürger- und Vereinshauses entlastet, an dem darüber hinaus u. a. auch ein Mobilitätshub für die touristische Erschließung der Rureifel/ Lenkung der touristischen Verkehre entstehen soll.

[Abbildung]

[Abbildung]

Wir hoffen auf die Unterstützung der regionalen Planungsbehörde, dass die erwähnten Maßnahmen im Sinne des Strukturwandels auch des Rheinischen Reviers, der Wachstumsinitiative 300.000+ des Kreises Düren umgesetzt werden.

für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt

B) Sachlicher Teilplan Erneuerbarer Energien

Am 14.02.2024 wurde regionalplanerische Konzept des Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien vorgestellt. Am 08.03.2024 wurde der Vorentwurf der zeichnerischen Festlegungen präsentiert. Nach näherer Prüfung der zur Ausweisung vorgesehen Windenergiebereiche im Stadtgebiet Nideggen ergaben sich aus städtischer Sicht einige Fragen und Anmerkungen, die Ihnen im Rahmen einer Videokonferenz vorgetragen wurden. Sie nahmen dies zum Anlass die Planungen zu kontrollieren. Im Ergebnis der uns nun vorliegenden Unterlagen kann festgehalten werden, dass die ihrerseits durchgeführte Überprüfung zu einer Anpassung der Konzentrationsbereiche führte und diese nun in etwa der städtischen Planung der Windenergiebereiche entspricht.

[Abbildung]

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Hinweise beziehen sich auf Regelungen, die nicht Gegenstand des Gesamtplanverfahrens, sondern des ebenfalls in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien sind.

AZ: BET_124000_1	
Gemeinde Nörvenich	
1033386_001, Gemeinde Nörvenich	
<p>Inhalt</p> <p>1. Ausweisung Allgemeiner Siedlungsbereich in Eschweiler über Feld</p> <p>Im aktuellen Planentwurf wird der Ortsteil Eschweiler über Feld als Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich dargestellt. Der Anregung, den Ortsteil als Allgemeinen Siedlungsbereich auszuweisen, wurde im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung nicht gefolgt, u.a. mit der Begründung, dass Siedlungen erst mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festgelegt werden können (§ 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F.).</p> <p>Die Anregung nach der Ausweisung der ASB-Fläche wird im Rahmen der Offenlage wie folgt begründet:</p> <p>Die Landesplanungsbehörde hat 2019 ein 1. Änderungsverfahren des Landesentwicklungsplans verabschiedet, welches unter anderem auch eine Anpassung der Siedlungsentwicklung und der damit verbundenen Ausweisung der Flächen als Allgemeine Siedlungsbereiche, insbesondere für Ortsteile unter 2.000 Einwohner, erlaubte.</p> <p><i>„In den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzfläche eine bedarfsgerechte, an die vorhandene Infrastruktur angepasste Siedlungsentwicklung möglich.</i></p> <p><i>Darüber hinaus ist die bedarfsgerechte Entwicklung eines solchen Ortsteils zu einem Allgemeinen Siedlungsbereich möglich, wenn ein hinreichend vielfältiges Infrastrukturangebot zur Grundversorgung sichergestellt wird.“</i> (Ziel 2-4 „Entwicklung der Ortsteile im Freiraum“)</p> <p>Eschweiler über Feld verfügt als zweitgrößter Ort in der Gemeinde über die entsprechende Infrastruktur: Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge (Arztpraxis), der Deckung des täglichen Bedarfes (Hofläden), Sportangebote (Turnverein, Sportverein), eine Kirche, ein Friedhof, eine Kindertagesstätte und eine Grundschule, eine Löscheinheit der Feuerwehr sowie diverse gewerbliche Betriebe im Mischgebiet. Der Bestand dieser Einrichtungen kann als Gewährleistung für eine Grundversorgung angesehen werden, wodurch eine Ausweisung zum ASB auf Grundlage der LEP-Fassung von 2019 realisierbar gewesen wäre.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1005187 1.Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung <i>„Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“</i> möglich. Sie richtet sich nach Ziel 23 LEP NRW. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p> <p>Darüber hinaus wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2</p>

Mit Urteil vom 21.03.2024 hat das OVG NRW auf Normenkontrollantrag des BUND zwölf Festlegungen (Ziele) der 1. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW aus dem Jahr 2019 für unwirksam erklärt. Das Urteil ist nunmehr rechtskräftig und damit allgemeinverbindlich. Unter anderem ist davon auch das o.g. Ziel betroffen, so dass die Rechtswirksamkeit derzeit aufgehoben ist und nun wieder die geltende Fassung des LEP aus 2017 besteht, welche eine bedarfsgerechte Entwicklung von Ortsteilen unter 2.000 Einwohnern nicht vorsieht.

Ohne dieses Urteil hätte der Gemeinde innerhalb der frühzeitigen Beteiligung 2022 die ASB-Ausweisung zustehen können, das Urteil des OVGs wurde erst im Jahr 2024 rechtskräftig.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass seitens der Landesplanungsbehörde der Wille besteht, Orten unter 2.000 Einwohner entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen. Derzeit arbeitet der Landesgesetzgeber an einer Änderung des Landesentwicklungsplans, um diese Ziele rechtssicher in den Plan aufzunehmen. Die Gemeinde Nörvenich bittet daher erneut, der Absicht seitens der Landesplanungsbehörde grundsätzlich Rechnung zu tragen.

[Hinweis Regionalplanungsbehörde: Die Gemeinde hat der Stellungnahme nochmals eine Stellungnahme der Gemeinde angefügt, die sich an dieser Stelle in mehreren Textabschnitten von der Stellungnahme des Beteiligungssystems unterscheidet. Die Anregung bleibt jedoch inhaltlich gleich.]

Weiterhin ist festzuhalten, dass die vorhandenen Flächenreserven, aufgrund der Entwicklung der Neubaugebiete C16 und C17 (+200 EW), im Ort nahezu erschöpft sind. Perspektivisch wird eine Erweiterung durch ein südlich anschließendes Neubaugebiet (C18 (+250 EW)) angestrebt, entsprechende Erschließungsoptionen sind in dem rechtskräftigen Bebauungsplan C17 bereits enthalten. Durch den zu erwartenden Bevölkerungszugewinn wird sich die derzeitige Einwohnerzahl von 1.129 Einwohnern (Stand: 30.09.2024) der 2.000-EW-Grenze bis 2028 erheblich annähern. Die Entwicklung der Neubaugebiete sind ein weiteres Argument für die Ausweisung der ASB-Fläche.

Zudem bestehen innerörtlich weitere, nicht unerhebliche Nachverdichtungspotenziale, mit einer Größe von 1,1 ha, die innerhalb der Gültigkeitsdauer des neuen Regionalplanes entwickelt werden können.

„Außerdem kann von diesem Grundsatz abgewichen werden, wenn im Einzelfall regionalplanerisch bewusst ein zentralörtlich bedeutsamer Allgemeiner Siedlungsbereich entwickelt und dazu entsprechend im Regionalplan festgelegt wird. (LEP NRW, S. 62)

Es ist daher sinnvoll, einen dritten ASB zu realisieren, um aus planerischer Sicht die Möglichkeit der weiteren örtlichen Entwicklung im Ortsteil Eschweiler über Feld zu gewährleisten und innerhalb der kommunalen Struktur eine ausgewogene Siedlungsentwicklung entlang einer Ost-West-Achse, bestehend aus den Allgemeinen Siedlungsbereichen Nörvenich, Rath-Wissersheim und Eschweiler über Feld

ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

anzustreben.

[Abbildung] [Abbildung]

Abb_ID1005187_1 (s. Anlage)
Anlage)

Darstellung Entwurf Regionalplan
Nörvenich

Abb_ID1005187_2 (s.

Darstellung Gemeinde

Inhalt

2. Darstellung ASB Hochkirchen [In der nochmals angehängten gemeindlichen Stellungnahme heißt es anstelle von "Darstellung ASB Hochkirchen": "Flächentausch ASB Hochkirchen"]

Der Planentwurf stellt für den Ortsteil Hochkirchen aktuell bedeutende Flächen als Allgemeinen Siedlungsbereich dar. Mit ca. 453 Einwohnern (Stand 30.09.2024) gehört Hochkirchen zu den kleineren Ortsteilen im Gemeindegebiet.

Aufgrund der vergleichsweise geringen Einwohnerzahl ist bei der Größe der neu ausgewiesenen ASB-Fläche die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung, die als Kernziel im LEP oftmals als Grundlage herangezogen wird, weit überschritten. Die Gemeinde Nörvenich beabsichtigt innerhalb der Gültigkeitsdauer des Regionalplans keine Entwicklung der Flächen in der dargestellten Dimension.

Entsprechend der Zielformulierungen im LEP NRW ist das 6.1-1 Ziel „Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung“ ausschlaggebend für den geplanten Flächentausch.

„Sofern im Regionalplan bereits bedarfsgerecht Siedlungsraum dargestellt ist, darf Freiraum für die regionalplanerische Festlegung neuen Siedlungsraums in Anspruch genommen werden, wenn zugleich an anderer Stelle ein gleichwertiger, bisher planerisch für Siedlungszwecke vorgesehener Bereich im Regionalplan wieder als Freiraum festgelegt oder eine gleichwertige Baufläche im Flächennutzungsplan in eine Freifläche umgewandelt wird (Flächentausch).“ (LEP S. 46).

Es ist darauf hinzuweisen, dass ein entsprechender Flächentausch der dargestellten ASB-Flächen zwischen Hochkirchen und Eschweiler über Feld, auch unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll ist, da somit die Flächenneuinanspruchnahme im Freiraum stark reduziert werden könnte und keine wertvollen Ackerflächen einer Siedlungsentwicklung weichen müssen, für die in dieser Dimension keine Entwicklungsabsicht besteht. In Eschweiler über Feld sind die angesprochenen Flächen bereits versiegelt, wodurch ein Flächentausch zusätzlich mit dem allgemeinen 5 ha-Ziel der Landesregierung einhergehen würde.

Die Gemeinde erbittet somit erneut, die umrandeten ASB-Flächen in Hochkirchen in den planerischen Allgemeinen Freiraum zu überführen und im Gegenzug die Neuausweisung eines ASBs im Ortsteil Eschweiler über Feld vorzunehmen. Auch nach der Neuausweisung der bezeichneten Flächen bleiben dem Ortsteil Hochkirchen weiterhin ausreichende Entwicklungsflächen vorbehalten, welche im Sinne des Ziels 6.1.1 dann als bedarfsgerecht angesehen werden können.

[Abbildung] [Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005188 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Eine weitergehende Rücknahme des ASBs wird zur Sicherung des Siedlungszusammenhangs nicht vorgenommen.

Zur Verortung eines ASBs im Ortsteil Eschweiler über Feld wird auf StnID 1033386_001 verwiesen.

Abb_ID1005188_1 (s. Anlage)

Abb_ID1005188_2 (s. Anlage)

Darstellung Entwurf Regionalplan

Darstellung Gemeinde Nörvenich

AZ: BET_125000_1

Landgemeinde Titz

1034554_001, Landgemeinde Titz

Inhalt

Ich stimme den Ausführungen zu, dass die Aufstellung eines neuen Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln aufgrund vielfältiger Raumansprüche, neuer Herausforderungen und geänderter gesetzlicher Vorgaben notwendig ist. Der Planentwurf bietet erstmals einen einheitlichen, zukunftsorientierten raumordnungsrechtlichen Rahmen für die gesamte Planungsregion. Die Regelung der Bestimmungen zur Sicherung und zum Abbau von Lockergesteinen sowie zu erneuerbaren Energien in separaten Sachlichen Teilplänen ist zu begrüßen.

Die Anrainerkommunen des Rheinischen Reviers stehen durch den nun noch deutlich weiter vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung vor gewaltigen Herausforderungen. In diesem Kernrevier, das ungefähr ein Drittel des gesamten Rheinischen Reviers ausmacht, werden die größten Anpassungslasten des Braunkohleausstiegs anfallen. Entgegen der Grundlage des ersten Planentwurfs aus dem Jahre 2022 wird der Ausstieg aus der Kohleverstromung in Nordrhein-Westfalen durch das Kohleausstiegsgesetz bereits um acht weitere Jahre auf 2030 vorgezogen.

Um die Voraussetzungen für die daraus resultierende enorme Beschleunigung an notwendigen Entwicklungen und den Strukturwandel in der gesamten Region zu schaffen, müssen bereits jetzt regionalplanerische Festsetzungen getroffen werden, welche erst in 15 oder 20 Jahren getroffen werden sollten. Das Ausbleiben von vor allem ausländischen Investitionen in unserem Land und die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland zeigt, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland sich neu positionieren werden muss; dem muss auch der Regionalplan Rechnung tragen: Wo, wenn nicht hier, einer der größten sich im Wandel befindlichen Regionen des Landes, bietet sich die Chance, neue Strukturen zu schaffen, um für neue Investitionen für zukunftsfähige Sektoren interessant zu werden? In ersten Bereichen ist uns dies bereits hier in den Kommunen vor Ort im ländlichen Raum gelungen. So siedeln sich bereits Forschungseinrichtungen und High-Tech Unternehmen in den interkommunalen Gewerbegebieten, beispielsweise dem auch durch die Landgemeinde Titz als Gesellschafterin entwickeltem Brainergy Park, an.

Die in den zweiten Entwurf bereits aufgenommen Änderungen des Regionalplans unterstütze ich sehr und möchte mich dafür bedanken, dass diese Änderungen aufgenommen wurden. Die Ausweitung des ASB Rödingen sowie des GIBregional erhöhen die Entwicklungspotenziale der Ortschaft Rödingen in Richtung Süden deutlich. Auch die Änderungen zur Verkehrsinfrastruktur im Norden der Landgemeinde sowie der Ausweisung von Freiraum nördlich der Ortschaft Titz unterstütze ich. Bei den Änderungen zur nachrichtlichen Übernahme möchte ich auf das laufende

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Darüber hinaus werden die Abwägungsvorschläge aus der erste öffentlichen Auslegung zur Kenntnis genommen und es wird Zustimmung erklärt.

Verfahren sowie auf meine Stellungnahme vom 24. Mai 2024 (Zeichen: 51.10.00-03-RP-NR-JS) verweisen.

1034554_002, Landgemeinde Titz

Inhalt

Generell ist es für die Landgemeinde Titz von besonderer Bedeutung, einen konfliktfreien Rahmen für die Umsetzung der sich aus dem Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier ergebenden Zielsetzungen zu schaffen. Dies beinhaltet sowohl die nachfolgend aufgeführten allgemein gültigen Punkte sowie auch die Stellungnahme zu einzelnen detaillierteren Themen der textlichen sowie zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans, die im Anschluss daran aufgeführt sind:

- Der Planentwurf zeigt nicht den vollständigen Geltungsbereich des Regierungsbezirks Köln, bzw. weist möglicherweise sogar Flächen aus, welche im Regierungsbezirk Düsseldorf befindlich sind. Ferner werden auch die Grenzen der Kommunen Bedburg und Titz falsch abgebildet, weshalb mir nicht bewusst ist, ob ich nun zu Flächen, welche seit 1. Januar 2022 nicht mehr im Geltungsbereich der Landgemeinde liegen oder der Landgemeinde eben neu zugewiesen wurden, Stellung nehmen soll.

Die in der Karte auf der nächsten Seite zu entnehmenden roten Flächen wurden dem Verwaltungsbereich der Landgemeinde Titz entnommen und der Stadt Bedburg zugeordnet. Die grüne und gelbe Fläche wurde der Landgemeinde Titz von den Städten Jüchen und Bedburg zugesprochen. Die organgefarbene Fläche erhielt die Stadt Jüchen aus der der Stadt Bedburg.

[Abbildung]

Hierbei handelt es sich meiner Einschätzung nach um einen formellen Fehler, da es sich um eine Flurbereinigung von etwa 30 ha (10 ha werden in der landesplanerischen Raumplanung als raumbedeutsam betrachtet) gehandelt hat. Grundlage ist das Flurbereinigungsverfahren Jackerath (Az.: 33.45 -5 10 02-; Schreiben vom 26. März 2012 mit dem AZ.: 33.41 - 5 10 02), welches mit der öffentlichen Bekanntmachung der Ausführungsanordnung durch die Bezirksregierung Köln am 16. November 2021 abgeschlossen wurde (<https://www.bezreg-koeln.nrw.de/systemfiles/media/documentfileverfahrenverfahrensuebersichtenflurbereinigungsverfahrenjackerathausfuehrungsanordnung.pdf>; Stand: 24. Oktober 2024).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen werden an die Gebietsänderungen angepasst. In diesem Bereich werden die Festlegungen des Regionalplan Düsseldorf übernommen.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

Der als weiße Fläche dargestellte Tagebaubereich um Holzweiler entspricht nicht den Vorgaben des geltenden Braunkohlenplans sowie der aktuellen Leitentscheidung. Um Entwicklungspotenziale vollumfänglich greifbar und verständlich zu machen, halte ich es für zwingend erforderlich, dass die aktuellen Planungsstände der Tagebaue Hambach und Garzweiler farblich sowie in Richtiger Lage und Kubatur dargestellt werden. Konkrete Details wurden durch RWE bereits ermittelt und vorgestellt. Erst durch eine korrekte bildhafte Darstellung wird deutlich, welche Potenziale sich für die Ortschaften unmittelbar an den Seen ergeben werden. Durch den weiter vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung und der damit einhergehenden Verlagerung des Sees des Tagebaus Garzweiler bietet sich vor allem für die Ortschaft Jackerath ein völlig neues Entwicklungspotenzial.

- Die Leitentscheidung 2023 initiierte einen Perspektivwechsel, der sich in den Plan- und Genehmigungsverfahren widerspiegeln soll. Ziel ist die Entwicklung der Transformationsräume der Tagebaue und ihrer Umgebung zu zukunftsfähigen Räumen, die frühzeitige und vielfältige Entwicklungsperspektiven bieten. Dabei wird eine zügige Inwertsetzung der Tagebaurandbereiche sowie die Möglichkeit vielfältiger Zwischennutzungen im Böschungssystem angestrebt.

Kommunale Entwicklungspläne, wie touristische Erschließungen in End- und Zwischenlandschaften, müssen in der Regionalplanung Berücksichtigung finden, um deren Umsetzung zu fördern. Der planerische Vollzug erfolgt teilweise im Rahmen des kommenden Regionalplans, auch zur Vorbereitung der Internationalen Gartenausstellung Garzweiler 2037, für die bereits landeseitige Unterstützung zugesichert wurde. Notwendige Genehmigungen sind planungsrechtlich sicherzustellen, wobei der Regionalplan keine restriktiven Festlegungen enthalten sollte, die zukünftige Entwicklungen behindern.

Die Transformationsräume der Tagebaue sind als Konversionsflächen zu verstehen, die eine spezifische lokale Planung und Entwicklung erfordern. Für die Bereiche der Braunkohlepläne und zugehöriger strategischer Entwicklungskonzepte müssen daher besondere Regelungen getroffen werden, um eine Wiederverbindung der Tagebaue mit dem umgebenden Raum zu ermöglichen, auch ohne einen Siedlungsansatz.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen werden hinsichtlich der Abbaugrenzen des Tagebaus an den aktuellen Stand der Braunkohlenplanung angepasst. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Darüber hinaus erfolgt keine Änderung.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Demnach ist im Zusammenspiel von Regional- und Braunkohleplanung zu unterscheiden zwischen Bereichen, für die bereits im Planungszeitraum des Regionalplans 2043 eine Entlassung aus der Bergaufsicht zu erwarten ist bzw., die aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr für den Bergbau in Anspruch genommen werden und für die im Rahmen der Braunkohleplanung eine hinreichende Grundlage zur Darstellung im Regionalplan gegeben ist (z.B. südliches Vorfeld des Tagebaus Hambach mit Hambacher Wald und Morschenich). Für Bereiche, in denen auch gem. der künftigen Braunkohlenplanung eine bergbauliche Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über den Planungshorizont des Regionalplanes hinaus erstreckt (z. B. Bereiche der künftigen Restseen Hambach und Garzweiler) sind regionalplanerische Festlegungen aktuell im Hinblick auf den Planungshorizont 2043 sowie das Erfordernis zur Änderung der Braunkohlenpläne nicht möglich.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

Inhalt

- Die Aktivierung von Ortskernen zu attraktiven Wohnstandorten ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe, die im Regionalplan verankert werden sollte. Dabei sind bedarfsgerechte und kommunalspezifische Wohnflächenreserven zu berücksichtigen. Angesichts der Überschwappeneffekte urbaner Zentren wie Köln, Düsseldorf, Bonn und Aachen ist die Schaffung von Wohnflächenreserven in stadtnahen Gebieten und Orten mit guter Infrastruktur erforderlich. Der Regionalplan sollte zudem weitere Flächen für zukünftige Entwicklungen in Wohn-, Gewerbe- und Industriebereichen bereitstellen, um den Herausforderungen wie wirtschaftlichen Strukturveränderungen und dem Klimawandel gerecht zu werden.

Ich bezweifle angesichts der dynamischen Leitentscheidungsprozesse der vergangenen Jahre, dass (fünf Jahre alte) Datengrundlagen aus dem Jahre 2019 die tatsächlichen Trends abbilden und somit Potenziale und Bedarfe richtig festgelegt werden können. Ein Plan, welcher Festlegungen für fast 20 Jahre treffen soll, muss auf aktuelleren Entwicklungszahlen basieren und dies sollte einer Bezirksregierung in einem zweiten Planentwurf auch möglich sein. Betrachtet man durch IT.NRW eine Datengrundlage aus dem Jahre 2023, so wird der Landgemeinde eine dynamisch wachsende Bevölkerungsperspektive prognostiziert, mit einem Bevölkerungswachstum von fast 600 Einwohnerinnen und Einwohnern bis zum Zeitpunkt des vorgezogenen Kohleausstiegs von 2023 beginnend, also in fast sieben Jahren.

[Abbildung]

Die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen ist ein zentraler Bestandteil der Strukturstärkungsstrategie; nur durch die zeitnahe Bereitstellung ausreichender Flächen für Investitionen können die durch Innovationsprojekte ausgelösten wirtschaftlichen Aktivitäten ihre beschäftigungspolitische Wirkung entfalten. Der Regionalplan sollte Auswahlmöglichkeiten für Flächeneigentümer bieten, um geeignete Flächen für Gewerbe und Industrie zu sichern. Um reaktionsfähig zu bleiben, sind daher eine höhere Anzahl an potenziellen Gewerbe- und Industrieflächen sowie Maßnahmen wie Verfahrensbeschleunigungen und die Einrichtung von Sonderplanungs- und Wirtschaftszone erforderlich. Anrainerkommunen und Planungsverbände benötigen zeitnahe und zusätzliche Flächenausweisungen.

Dies zeigt auch eine Studie des statistischen Bundesamtes zum Binnenwanderungssaldo der Stadt- und Landkreise, welche ganz klar aufzeigt, dass ländliche Kreise deutlich dynamischer wachsen als städtische Kreise oder gar schrumpfende kreisfreie Städte.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist in großen Teilen inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung. (vgl. ID 1001565, ID 1001564, ID 1001823, ID 1011838 der 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturellen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in einigen Fällen kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des

Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Dies verhindert – unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit –, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Zum anderen werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung einiger in Rede stehender Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände/ Umweltauswirkungen/landesplanerische Vorgaben/sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entgegen. Dies gilt entsprechend für die Festlegung von Flex-Bereichen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist Tabelle 8: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* zu entnehmen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt wird, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Darüber hinaus werden zusätzliche Bedarfe gemäß § 38 LPlG NRW im 2. Planentwurf

vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung *GIB transformation sichern und umsetzen*. Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme in Bezug auf die Anregungen zu Maßnahmen wie Verfahrensbeschleunigungen und die Einrichtung von Sonderplanungs- und Wirtschaftszonen geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

1034554_005, Landgemeinde Titz

Inhalt

Die Landgemeinde Titz hat als Trägerin und Mitgliedskommune des Zweckverbands Landfolge Garzweiler das „Grobkonzept Straßen- und Radverkehrsnetz“ für den Bereich des Tagebaus Garzweiler mit erarbeitet, das auf der Website des Zweckverbands unter www.landfolge.de zum Download verfügbar ist. Alle im Konzept aufgeführten Maßnahmen sollten im Regionalplan Berücksichtigung finden. Die L31n und L48 sind nicht mehr Teil dieses Konzepts, während die neu dargestellte L279n als Ersatz für die entfallene L48n begrüßt wird. Auch die östlich der A44n verlaufende 1_19n von Jackerath nach Hochneukirch wird positiv bewertet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Bezüglich der Festlegung der L31n und L48n geht die Stellungnahme über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen werden entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Zudem erfolgt durch die Festlegung der Trasse der L48n eine Fortsetzung der bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Straße.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

1034554_006, Landgemeinde Titz

Inhalt

Der Grundsatz „G.S2 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln“ wird ausdrücklich unterstützt. In diesem Kontext wird auf das gesamtregionale Radverkehrsnetz für das Rheinische Revier verwiesen, das von den Kreisen und kreisfreien Städten beschlossen wurde. Ich bitte darum, das Radverkehrskonzept mit den relevanten Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten in den Regionalplan Köln zu integrieren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus wird auf das gesamtregionale Radverkehrsnetz für das Rheinische Revier verwiesen. Dieses ist als Datengrundlage für die Erläuterungskarte I2 bereits in den Regionalplan integriert.

Eine zeichnerische Festlegung von Radwegen im Regionalplan erfolgt nicht, da die landesplanerischen Vorgaben zum Zeitpunkt der Planaufstellung kein Sicherungserfordernis begründen. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Radwegen im Rahmen der Fachplanung oder der Bauleitplanung nicht entgegen.

Inhalt

Für eine erfolgreiche Mobilitätswende sind neue Infrastrukturen erforderlich, insbesondere die Verbesserung der Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum. Der Regionalplan sollte daher einen Grundsatz zur Förderung der Elektromobilität in ländlichen Gebieten aufnehmen, um die planerischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für deren Ausbau zu schaffen und zu erleichtern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen geht die angeregte Änderung über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Förderung der Elektromobilität richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

1034554_008, Landgemeinde Titz

Inhalt

Im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans ist sicherzustellen, dass keine Vorfestlegungen, Ziele oder Grundsätze getroffen werden, die einer zukünftigen Entwicklung des Braunkohlenpangebiets entgegenstehen. Vielmehr sollte bereits jetzt eine entsprechende Einbindung und Entwicklung des Braunkohlenplangebiets in den Geltungsbereich des Regionalplans berücksichtigt werden. Hierfür sind die relevanten Konzepte und Überlegungen des Zweckverbands LANDFOLGE Garzweiler und somit die seiner Verbandskommunen bei der Erstellung des Regionalplans in den entsprechenden Grundsätzen (G) und Zielen (Z) zu integrieren (vgl. G.10). Zudem plädiere ich dafür, dass auch der Zweckverband als Träger öffentlicher Belange in zukünftigen Verfahren einzubeziehen ist und nicht nur seine Verbandskommunen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Der Zweckverbands LANDFOLGE wird als Öffentliche Stelle im Regionalplanneuaufstellungsverfahren beteiligt.

Inhalt

Zur Auslagerung nichtenergetischer Rohstoffe in den Sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe ist es wichtig zu betonen, dass sich dieser Teilplan noch in einem dynamischen Prozess befindet. Änderungen in den Ausweisungen sind daher weiterhin möglich. Aus diesem Grund halte ich es für nicht zielführend, Inhalte des Sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe in den Regionalplan zu überführen. Diese Vorgehensweise würde der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, die für einen erfolgreichen Planungsprozess erforderlich sind, nicht gerecht werden. Hier sollte die Handhabung der Inhalte in ähnlicher Weise wie beim Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien gewählt werden. Andernfalls könnte es dazu führen, dass wichtige Anpassungen und notwendige Änderungen nicht rechtzeitig berücksichtigt werden. Dies würde nicht nur die Aktualität der Planungsunterlagen gefährden, sondern auch die Möglichkeit, auf neue Entwicklungen und Anforderungen flexibel zu reagieren, erheblich einschränken.

Aus diesem Grund möchte ich anregen, den Bereich der nachrichtlichen Übernahme in den Planentwürfen zu streichen. Eine solche Streichung würde nicht nur zur Klarheit und Übersichtlichkeit der Planungsunterlagen beitragen, sondern auch Missverständnisse und mögliche Verwirrungen bei den Beteiligten vermeiden. Ein übersichtlicher und klar strukturierter Plan ist von entscheidender Bedeutung, um die Akzeptanz und das Verständnis der Öffentlichkeit für die Planungen zu fördern. Insgesamt plädiere ich dafür, die Inhalte des Sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe vorerst unabhängig zu halten, um den noch offenen Fragen und Möglichkeiten Raum zu geben. Dies würde sicherstellen, dass alle relevanten Aspekte und Veränderungen in der künftigen Planung angemessen berücksichtigt werden können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die nachrichtliche Darstellung der zeichnerischen Festlegungen des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - wird aus den nachfolgenden Gründen aufrechterhalten.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Durch die Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die bedingten Festlegungen des Regionalplanes sind erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus rechtlichen und/ oder tatsächlichen Gründen endgültig scheitern und Festlegungen des Teilplans NR in der Folge faktisch nicht umsetzbar und damit funktionslos sind. Die Festlegungen des Regionalplans erfüllen dann eine Auffangfunktion, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung bestehender (Frei-)Raumqualitäten sichergestellt wird.

Die nachrichtliche Darstellung der räumlichen Umgriffe der BSAB und Reservegebiete gemäß Teilplan NR ist erforderlich, damit die verbindlichen Vorgaben der Zielfestlegung Z. neu4 räumlich hinreichend bestimmt bzw. bestimmbar sind (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 Raumordnungsgesetz).

Inhalt

Detailliert möchte ich folgende, für die Landgemeinde Titz wichtige Aspekte aufführen:

1. Ausweisung der Ortschaft Jackerath als ASB

Auch wenn die Einwohnerzahl von Jackerath derzeit unter dem Kriterium von 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegt und die Flächenkriterien nicht eingehalten werden, plädiere ich für eine Ausweisung Jackeraths als ASB. Dies ist vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der Bevölkerung und der regionalplanerischen Bedeutung notwendig.

Zunächst möchte ich betonen, dass die Bevölkerung in der Landgemeinde und vor allem auch in dem Siedlungsschwerpunkte Jackerath stark wächst. Diese Entwicklung ist ein positiver Indikator für die Attraktivität der Region und sollte aktiv gefördert werden. Ein ASB würde nicht nur den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung Rechnung tragen, sondern auch Anreize für die Ansiedlung von Familien und Unternehmen bieten.

Zudem ist zu beachten, dass die Nichteinhaltung der Bevölkerungs- und Flächenkriterien nicht nur auf Jackerath zutrifft, sondern auch auf andere Ortschaften. Exemplarisch nenne ich die Ortschaft Schophoven (Gemeinde Inden), die ausweislich des aktuellen Planentwurfs als ASB ausgewiesen werden soll. Dies trifft auch auf weitere Ortschaft im Regierungsbezirk zu. Vergleicht man nun jedoch die Bevölkerungsdichte nur der Ortschaften Jackerath und Schophoven miteinander, und zwar unter Berücksichtigung der beiden genannten Kriterien, so weist Jackerath (169 Einw./km²) bereits 2019 eine höhere Bevölkerungsdichte als Schophoven (163 Einw./km²) auf. Für die bessere Vergleichbarkeit, da die Regionalplanung Daten aus 2019 verwendet, habe auch ich Daten aus 2019 verwendet, welche schon damals und heute noch mehr deutlich gewesen sind.

[Abbildung]

In den für Jackerath ausgewiesenen Bevölkerungswerten sind wegen des Datenstands 2019 rund 150 Einwohnerinnen und Einwohner nicht berücksichtigt, die seitdem in die Ortschaft gezogen sind (nach Entwicklung und Vermarktung des Baugebiets „In der Hamm“/Garzweilerallee). Insofern ist nicht nur die Bevölkerungsdichte höher als die der Vergleichsortschaft Schophoven, sondern mutmaßlich mittlerweile auch die Bevölkerungszahl.

Diese Ungleichbehandlung ist nicht nachvollziehbar und sollte in der Regionalplanung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag (vgl. ID 1001566 1. Offenlage) wird auf Folgendes verwiesen: Für die Festlegung eines Ortsteils im Freiraum als ASB ist die Bevölkerungsdichte nicht ausschlaggebend. Neben den bereits angeführten Kriterien, die sich aus den landesplanerischen Vorgaben ergeben, werden auch die bedarfsgerecht festgelegten Entwicklungsperspektiven sowie die dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der jeweiligen Kommune (Grundsatz 6.3-1 LEP NRW) berücksichtigt. Es handelt sich damit um eine im Einzelfall zu treffenden Abwägungsentscheidung, bei der ein Vergleich mit anderen Kommunen nicht zweckdienlich ist.

BSLE dienen unter anderem dazu die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen zu sichern und diese zu entwickeln. Darüber hinaus handelt es sich um ein Vorbehaltsgebiet. Die Inanspruchnahme der BSLE für andere Funktionen und Nutzungen ist im Rahmen der planerischen Abwägung möglich.

Hinsichtlich der zum jetzigen Zeitpunkt angeführten Flächentauschoptionen wird darauf verwiesen, dass die räumliche Verortung von Siedlungsraumpotentialen im Sinne des Gegenstromprinzips nur bei Vorliegen einer kommunalen

beseitigt werden. Jackerath hat, bedingt durch die geplante Verlagerung des zukünftigen Sees, der die Lagegunst der Ortschaft deutlich erhöhen wird, eine besondere regionalplanerische Bedeutung, die es rechtfertigt, die Ortschaft zeichnerisch als ASB festzulegen. Die Abwägung ist unter Berücksichtigung der zuvor angeführten Punkte demnach als nicht nachvollziehbar einzustufen und ggf. als fehlerhaft zu beurteilen.

Die zeichnerische Festsetzung mit dem Titel „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ erstreckt sich bis an den Siedlungsbereich von Jackerath. In diesem spezifischen Bereich wird jedoch eine intensive Nutzung für Erholungszwecke erwartet, die möglicherweise den Bau entsprechender Infrastruktur sowie die Weiterentwicklung des Ortsteils Jackerath bis hin zum Seeufer umfassen könnte. Vor diesem Hintergrund fordere ich die Streichung der Festsetzung nördlich und westlich von Jackerath, was eine Reduzierung der Schraffur um minimal vier Striche zur Folge hätte. Diese Anpassung würde eine harmonische Entwicklung des Ortskerns und der umliegenden Landschaft fördern. Die geplante Ausweisung hat eine gegenteilige Entwicklung zur Folge und benachteiligt die Ortschaft Jackerath im Vergleich aller übrigen an den Seen gelegenen Ortschaft maßgeblich.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die geplante internationale Gartenausstellung 2037 (IGA 2037), für die Jackerath als einer von drei Ankerpunkten vorgesehen ist. Die Unterstützung und Förderung durch die aktuelle Landesregierung unterstreichen die Relevanz Jackeraths in diesem Kontext. Um den Anforderungen und Chancen der IGA 2037 gerecht zu werden, müssen bereits heute unbürokratische Entwicklungspotenziale geschaffen werden. Hierzu ist die Ausweisung als ASB ein entscheidender Schritt.

In den textlichen Festsetzungen zu Punkt 1.5 hinsichtlich des Verhältnisses zur Braunkohlenplanung wird deutlich, dass die alten Standorte der umgesiedelten Orte in den Fokus rücken sollen. Gleichzeitig werden Ortschaften mit neuen Entwicklungspotenzialen systematisch ausgebrems, da diese erst einmal keinerlei Betrachtung finden und auf das laufende Braunkohleplanverfahren verwiesen wird. Diese Diskrepanz ist nicht nur ungerecht, sondern gefährdet auch die nachhaltige Entwicklung der Region. Der Planungszeitraum des Regionalplans bis 2043 ist aus meiner Sicht viel zu lang und könnte das Potenzial Jackeraths und weiterer Ortschaften erheblich einschränken.

Sollte eine Ausweisung als ASB daran scheitern, dass gemäß der textlichen Festsetzung die Bedarfe der Landgemeinde bereits übererfüllt sind, möchte ich die dynamische Bevölkerungsentwicklung in der Landgemeinde und somit auch der Ortschaft Jackerath noch einmal betonen. Zudem biete ich an, Flächen, die derzeit an anderen Standorten der Landgemeinde als ASB ausgewiesen sind, jedoch aufgrund ihrer Topographie und anderer Restriktionen schwer oder gar nicht entwicklungsfähig sind, gegen geeignete Flächen in Jackerath zu tauschen. Dies würde eine gerechtere Verteilung von Entwicklungspotenzialen ermöglichen und zur Stärkung der regionalen Infrastruktur beitragen.

Zusammenfassend fordere ich die zuständigen Planungsbehörden auf, Jackerath als

Entwicklungsabsicht erfolgt ist.

allgemeinen Siedlungsbereich auszuweisen. Hierdurch würde ein Siedlungsanschluss des geforderten interkommunalen GIB (Bedburg, Erkelenz, Jüchen und Titz) deutlich erleichtert werden. Dies würde nicht nur die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen, sondern auch die Chancen für eine positive und zukunftsorientierte Entwicklung unserer Region nachhaltig fördern.

Inhalt

2. Ausweisung eines GIBinterkommunal bei Jackerath

Die gegenwärtige Verteilung der Industrie- und Gewerbeflächen in Nordrhein-Westfalen konzentriert sich überwiegend im Großraum Köln, in Aachen sowie entlang der Autobahn A4 zwischen Aachen und Köln. Diese Konzentration ist historisch bedingt, da in den Anrainerkommunen der Tagebaue die Ausweisung großer Flächen für Industrie und Gewerbe aufgrund der Priorität, die diesen Flächen als Tausch- oder Ausgleichsflächen für den Bergbau eingeräumt wurde, nicht möglich war.

Eine unmittelbare Folge dieser Entwicklung ist der hohe Anteil an Auspendlern in der Landgemeinde Titz, wo überdurchschnittlich viele Erwerbstätige täglich zur Arbeit pendeln. Die zehn stärksten Auspendlerströme aus dieser Region führen zu über 1 Mio. Arbeitswegen jährlich, was nahezu 21 Millionen Pendlerkilometern und einer Emission von etwa 6.500 Tonnen CO₂ entspricht (vgl. Stellungnahme 51.10.00.03 JS vom 31.05.2022, S. 7 f). Diese enormen Zahlen verdeutlichen die Notwendigkeit einer angepassten Raumplanung, die darauf abzielt, den Verkehr durch Neuansiedlungen von Gewerbe und Handwerk zu reduzieren.

Mit der kürzlich beschlossenen Leitentscheidung 2023 und dem vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung wird sich die Verfügbarkeit von Flächen durch den Bergbau erheblich ändern. Dies eröffnet nun die Chance, die Anrainerkommunen stärker in die Planungen zur Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen einzubeziehen. Es ist von entscheidender Bedeutung, regionale Disparitäten, die aus vergangenen Restriktionen resultieren, aktiv abzubauen und nicht weiter zu verfestigen.

Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist für den Wohlstand in Nordrhein-Westfalen unerlässlich. Eine innovative Industrie, industrielle Dienstleistungen, Handel und Handwerk bilden das Rückgrat der wirtschaftlichen Stärke des Landes. Besonders hervorzuheben ist, dass die nordrhein-westfälische Wirtschaft maßgeblich von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprägt ist. Diese oft inhabergeführten Familienbetriebe sind stark an ihren Standorten verwurzelt und tragen entscheidend zum sozialen Leben bei.

Vor diesem Hintergrund sollte bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen im gesamten Regierungsbezirk Köln geschaffen werden, insbesondere im Kontext des Strukturwandels. Ein GIBinterkommunal im Nordosten von Jackerath, in dessen Nähe sich das geplante „Innovation Valley“ befindet, könnte dabei eine zentrale Rolle spielen. Dieses Projekt des Zweckverbands Landfolge Garzweiler bietet die Möglichkeit, wesentliche Flächen im Gemeindegebiet der Landgemeinde Titz zu nutzen und das „Eingangstor“ zum „Innovation Valley“ zu gestalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme (siehe ID 1001546 1. Offenlage) im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt gemäß Ausgleichsvorschlag zu ID 1001546 sowie ID 1001398 der 1. Offenlage.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Darüberhinaus gilt, dass eine regionalplanerische Festlegung des angeregten Innovation Valley gegenwärtig nicht möglich ist: Die Festlegung der zukünftigen Abbaubereiche, Ufer- und Randbereiche sowie Rekultivierung erfolgt im Rahmen des in Änderung befindlichen Braunkohleplans Garzweiler II und kann durch die Regionalplanung nicht vorweggenommen werden und aufgrund der langen Befüll- und Rekultivierungszeiten für den Tagebau Garzweiler voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans bis 2043 erfolgen. Darüberhinaus würde der beabsichtigte Standort aufgrund seiner isolierten Lage im Freiraum nicht in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.3-3 stehen, demzufolge neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an vorhandene Siedlungsbereiche festzulegen sind.

Zudem gilt, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Die Stellungnahme bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die

Das angestrebte interkommunale Gewerbegebiet soll sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren und die Transformation zweier Schlüsselindustrien in der Region unterstützen: der Energiewende und der Entwicklung neuer, nachhaltiger Landwirtschaftsformen. Diese Initiativen schaffen dringend benötigte Arbeitsplätze für diejenigen, die durch den Kohleausstieg neue Perspektiven suchen, sowie für hochqualifizierte Absolventen, die ihre Ausbildung an regionalen Universitäten abgeschlossen haben.

Die Schaffung solcher Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen ist entscheidend, um Innovationen lokal zu fördern und umzusetzen. Daher ist eine sorgfältige und maßvolle Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung nicht nur wünschenswert, sondern notwendig für die wirtschaftliche Zukunft der Region.

zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

3. Sophienhöhe und Rödingen-Höllen

Die Sophienhöhe bietet ein bedeutendes Potenzial für eine nachhaltige touristische Entwicklung und Erholung und sollte daher so gestaltet werden, dass auch zukünftigen Generationen ein hohes Maß an Flexibilität in ihrer Nutzung erhalten bleibt. Eine Ausweisung der Gesamtfläche des „nördlichen, bereits weitgehend rekultivierten Bereichs der Sophienhöhe“ (vgl. Text, S. 36) als Bereich für besondere Schutzvorkehrungen (BSN) würde jedoch erhebliche Einschränkungen mit sich bringen. Diese könnten die geplanten Entwicklungen behindern und den Handlungsspielraum für weitere Gestaltungsmöglichkeiten erheblich reduzieren.

Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass zukünftige Planungen nicht durch vorschnelle Festlegungen begrenzt werden, die die Entwicklungsmöglichkeiten dieser einzigartigen Landschaft beeinträchtigen könnten.

In diesem Sinne empfehle ich, die Ausweisung der Sophienhöhe als BSN zurückzustellen oder differenziert zu gestalten. Der Regionalplan sollte in jedem Fall klarstellen, dass er die Ziele der Leitentscheidung unterstützt. Unter anderem weist die Leitentscheidung 2023 darauf hin, dass alle Tagebauanrainerkommunen im Rahmen des Strukturwandels neue Flächen außerhalb besiedelter Gebiete benötigen. RWE wird den Verbänden im Tagebauumfeld hierfür jeweils mindestens 50 Hektar zur Verfügung stellen, um gemeinwohlorientierte Strukturwandelprojekte zu realisieren, entsprechend der Masterpläne zum entwicklungsunbeeinflussten Verkehrswert.

In diesem Zusammenhang bitte ich darum, die zeichnerische Festsetzung mit dem Titel „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ zwischen der Bundesstraße 55 und der Ortschaft Rödingen-Höllen, nördlich der Sophienhöhe zu streichen. In diesem spezifischen Bereich wird, wie auch bei der Ortschaft Jackerath im Norden der Landgemeinde am Tagebau Garzweiler, eine intensive Nutzung für Erholungszwecke erwartet, die möglicherweise den Bau entsprechender Infrastruktur sowie die Weiterentwicklung des Ortsteils Rödingen-Höllen in Richtung Süden umfassen könnte. Diese Anpassung würde eine harmonische Entwicklung des Ortes und der umliegenden Landschaft fördern. Die geplante Ausweisung hat eine gegenteilige Entwicklung zur Folge.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. In §18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt

werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Planungen und Maßnahmen innerhalb des Vorbehaltsgebiet BSLE sind unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Insbesondere geplante „nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen“ können in Bereiche zum Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierten Erholung als sinnvolle Unterstützung ergänzt werden. Hierbei sind die Vorgaben des Ziel 17 „Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen raumverträglich steuern“ zu beachten und der Grundsatz 27 „Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen raumverträglich umsetzen“ des Regionalplanentwurfs zu berücksichtigen. Des Weiteren stellt Grundsatz 26 „Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen“ klar, dass die für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus bedingten Nutzungen an geeigneter Stelle im BSLE umgesetzt werden sollen. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen

	qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.
--	--

1034554_013, Landgemeinde Titz

Inhalt

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der vorliegende Planentwurf Mängel aufweisen könnte, die sowohl die kartografische Darstellung als auch die Berücksichtigung aktueller demografischer Entwicklungen betreffen. Insbesondere die fehlerhafte Abbildung der Geltungsbereiche und Grenzen der Kommunen sowie die unzureichende Integration von Transformations- und Entwicklungspotenzialen für die Region des Kernreviers des Rheinischen Reviers stellen eine erhebliche Einschränkung für die zukünftige Planung dar.

Die Notwendigkeit einer transparenten und aktuellen Datenbasis für die langfristige Raumentwicklung ist evident, insbesondere im Hinblick auf die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung und die damit verbundenen Anforderungen an Wohn- und Gewerbeflächen. Die Schaffung interkommunaler Gewerbegebiete und die Anpassung der planerischen Rahmenbedingungen sind entscheidend, um den regionalen Herausforderungen gerecht zu werden und nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern.

Eine Überarbeitung des Planentwurfs, die sowohl die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der Landgemeinde Titz und aller weiterer Kommunen im Kernrevier des Rheinischen Reviers als auch die zeitgemäße Einbindung relevanter Konzepte und Stakeholder umfasst, ist dringend erforderlich. Nur so kann der Regionalplan zu einem Instrument werden, das der dynamischen Entwicklung der Region Rechnung trägt und die Weichen für eine zukunftsfähige Gestaltung des Lebensraums stellt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird allgemeine Kritik geäußert sowie allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Hinsichtlich des fehlerhaften Grenzbereichs wird auf die Erläuterungen zu StnID 1034554_002 verwiesen. Hinsichtlich der Bedarfsberechnung wird zudem auf die Ausführungen zu StnID 1034554_004 sowie 1034554_010 und 1034554_011 verwiesen.

AZ: BET_126000_1	
Vettweiß	
1032562_001, Vettweiß	
<p>Inhalt</p> <p>a. <u>GIBregional nördlich der Hauptortslage Vettweiß</u></p> <p>Die Gemeinde Vettweiß begrüßt die Darstellung des GIB regional über das Programm Wirtschaft+. Dieser grenzt östlich an das bestehende Gewerbegebiet der Gemeinde an. Die Fläche ist im Gewerbeflächenkonzept enthalten und entspricht auch dem kommunalen Wunsch.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt

b. GIB nördlich der Hauptortslage Vettweiß

Die Gemeinde begrüßt die Aufnahme der Gewerbeflächen bei Kettenheim (12. FNP-Änderung, ID 1001441) in den GIB. Dennoch weicht die Darstellung des GIB sowohl von der bisherigen Darstellung im bestehenden Regionalplan als auch von dem tatsächlich vorhandenen Bestand ab. Hierdurch wird die Gemeinde in ihrer Entwicklungsfähigkeit beschnitten.

i. Im nördlichen Bereich soll eine Fläche, die im aktuellen Regionalplan als GIB ausgewiesen ist, zurückgenommen werden (Fläche GIB Nr. 1). Diese Fläche wird in der derzeit laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Vettweiß jedoch zur Ausweisung vorgesehen. Bei Rücknahme der Fläche aus dem Regionalplan erfolgt hier ein Zielkonflikt zwischen beiden Planungsebenen. Wir bitten darum, diese Fläche nicht aus dem Regionalplan zu streichen. Ferner sollte hier auf die Ausweisung eines BSLE verzichtet werden, um die gemeindliche Entwicklungsfähigkeit hier nicht weiter zu erschweren.

ii. Weiterhin plant die Gemeinde Vettweiß die Weiterentwicklung des GIB bis hin zur L 33 (Fläche GIB Nr. 2). Diese Flächen können gut erschlossen werden und halten deutliche Abstände von Wohnbauflächen/ ASB-Flächen ein, so dass hier die besten Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. An der L 33 sind bereits Abfahrtsrampen und ein Brückenbauwerk für einen planfreien Knotenpunkt vorbereitet, da hier eine Anbindung an die Trasse der B56n vorgesehen war.

Daher sollen auch diese Flächen in den Regionalplan als GIB-Darstellung aufgenommen werden.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1001442 und 1001448 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Des Weiteren wird auf die Erläuterungen zu ID 1001425 aus der ersten Offenlage verwiesen.

Inhalt

III. Siedlungsraum (Änderung textliche Festlegung)

Die Festlegungen „Im regionalplanerisch festgelegten Freiraum ist eine Siedlungsentwicklung gemäß Ziel 2-3 LEP NRW nur ausnahmsweise möglich“ und „In den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen kann eine Siedlungsentwicklung gemäß Ziel 2-4 LEP NRW erfolgen“ wurden ersatzlos gestrichen (ID 1026819, 1027992). Dies hat für die Gemeinde Vettweiß deutliche Auswirkungen. Die Kommune zeichnet sich durch eine als ASB dargestellten Hauptort und 10 kleinere, im Freiraum liegende Ortschaften aus. In diesen leben mit ca. 7.000 EW ein Großteil (70%) der insgesamt rund 10.000 EW. Durch den Entfall der Regelung wird die Entwicklung dieser Ortsteile auf ein Minimum reduziert. Die Einwohnerschaft ist sehr ortsverbunden, das Vereinsleben findet aktiv statt. Es ist angezeigt, diese heute attraktiven Orte nicht einer Überalterung und einem Ausstreben auszusetzen, sondern die bestehende Nachfrage in diese Orten zu decken. In Zeiten mit einem Bevölkerungsrückgang kann dies nur über Zuhilfenahme von Zuzügen erfolgen. Es wird dringend angeregt, die zuletzt durch das OVG gekippten Regelungen der Ziele 2-3 und 2-4 wieder zu aktivieren und in den Regionalplan einzustellen. Zumindest kommunale Bedarfe sollten auch im Freiraum, anschließend an bestehende Ortslagen, umgesetzt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Bei dem geänderten Planinhalt handelt es sich um eine Anpassung an den aktuellen rechtlichen Rahmen des LEP NRW aufgrund der Rechtsprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE). Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unter Maßgabe der aktuell rechtskräftigen Vorgaben des LEP NRW möglich.

Inhalt

IV. Bereiche zum Schutz der Natur (BSN)

Im Entwurf des Regionalplanes sind im Gemeindegebiet von Vettweiß Erweiterungen der bisherigen BSN dargestellt. Diese betreffen im wesentlichen folgende Gebiete:

- Erweiterung des BSN Drover Heide nach Süden und Südosten
- Erweiterung des BSN Stockheimer Wald nach Osten und Westen
- Erweiterung des BSN Neffelbachaue, vor allem bei LUXHEIM, DISTERNICH und bei SIEVERNICH

Gemäß Z.19 stellen BSN Vorranggebiete dar. „*Sie dienen dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds. Die BSN sind für den Schutz und für die Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften zu erhalten, zu entwickeln und vor nachhaltigen Beeinträchtigungen, insbesondere auch ihrer Entwicklungspotentiale, zu bewahren. Die Entwicklung des regionalen Biotopverbundsystems soll, soweit möglich, auch zum vorbeugenden Hochwasserschutz beitragen. Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der BSN beeinträchtigen, sind auszuschließen. Ausnahmsweise kann die Inanspruchnahme von BSN erfolgen, wenn die angestrebte Nutzung nicht an anderer Stelle realisierbar ist, die Bedeutung des Bereichs dies zulässt und der Eingriff auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt wird.*“

Im Rahmen der Fachplanungen können aus diesen BSN Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete oder geschützte Landschaftsbestandteile entwickelt werden. Daher ist anzunehmen, dass in Zukunft hier weitgehende Restriktionen für die Landwirtschaft bestehen werden.

Das Gemeindegebiet liegt innerhalb der Zülpicher Börde. Die vorherrschend guten Ackerstandorte werden traditionell intensiv genutzt. Heute sind ausgedehnte Ackerplatten mit vorherrschend Getreide- und Zuckerrübenanbau prägend.

Durch die Ausweisung als BSN ist zu befürchten, dass die landwirtschaftliche Nutzung zugunsten des Naturschutzes zurückgedrängt wird. Aktuell besteht auf dem Weltmarkt ein Mangel an Getreide, für Zuckerrüben wird die Ernte aufgrund der fehlenden Niederschläge gering ausfallen. Für beide Arten an Ackerfrüchten können Produktionseinschränkungen aktuell nicht verkraftet werden. Weiteren Flächeneinschränkungen oder Einschränkungen der Nutzbarkeit kann derzeit nicht zugestimmt werden. Der Vergrößerung der BSN wird folglich widersprochen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN

den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt**V. Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE)**

Im Entwurf des Regionalplanes sind im Gemeindegebiet von Vettweiß mehrere neue BSLE dargestellt.

Diese betreffen folgende Gebiete:

- Nördlich der Hauptortslage und um Kelz
- Südlich der Hauptortslage bis an die Neffelbachaue
- Östlich der Neffelbachaue bei Müddersheim und Disternich

Die Flächen sind als BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offeneren Agrarlandschaft festgelegt.

Gemäß Grundsatz G.30 sind BSLE als Vorbehaltsgebiete festgelegt und sollen für

- *die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und die Regenerationsfähigkeit der Naturgüter,*
- *Landschaftsräume mit besonderer Eigenart, Vielfalt und Schönheit und/oder von kulturhistorischer Bedeutung,*
- *wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen einschließlich für den Biotopverbund bedeutsamer Elemente und*
- *die Voraussetzungen für landschaftsorientierte Erholungs-, Sport-, Tourismus- und Freizeitnutzungen*

gesichert und entwickelt werden. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Funktionen und Nutzungen nicht vereinbar sind, sollen vermieden werden.

Gemäß Ziel Z.21 sollen BSLE durch die Fachplanung „unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutz- und Entwicklungsfähigkeit durch geeignete Maßnahmen [gesichert werden]. Wesentliche Teile für die Funktionen und Nutzungen gemäß (G. 30) BSLE erhalten und entwickeln sind entsprechend den fachgesetzlichen Regelungen als Landschaftsschutzgebiete auszuweisen.“

Auch für Landschaftsschutzgebiete sind Einschränkungen der Landwirtschaft möglich, beispielsweise wenn bauliche Anlagen errichtet werden sollen oder Bepflanzungen beseitigt werden müssen. Weiterhin wird hier mit Einschränkungen aufgrund

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN

artenschutzrechtlicher Vorgaben zum Schutz der Feldvögel gerechnet. Auch der Ausweisung weitere BSLE wird widersprochen.

den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt

Weiterhin geht aus dem inzwischen vorliegenden Text des Sachlichen Teilplan erneuerbare Energien hervor, dass raumbedeutsame PV-Freiflächenanlagen „an möglichst konfliktarme Standorte bevorzugt werden sollen. Grundlage zur Identifizierung geeigneter und konfliktarmer Flächen kann dabei ein gesamträumliches kommunales oder kreisweites Konzept sein. Neben den Vorgaben des LEP NRW sollen darin insbesondere die Regelungen des Grundsatzes G 31. BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft sowie des Regionalplans Köln (Gesamtplan) berücksichtigt“ Es ist demnach davon auszugehen, dass die Ansiedlung von PV-FFA bei Ausweisung des BSLE deutlich erschwert werden wird.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Die raumordnerische Zulässigkeit von raumbedeutsamen Freiflächen-Solaranlagen richtet sich nach den Zielen und Grundsätzen des LEP NRW und nach Inkrafttreten des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien zusätzlich nach dessen Grundsätzen. Im BSLE sind Freiflächen-Solaranlagen zulässig, wenn die Schutz- und Nutzfunktionen nicht entgegenstehen. Dies bedarf stets einer Einzelfallprüfung bzw. kann im Rahmen kommunaler oder kreisweiter Konzepte untersucht werden. Dabei sind Grundsätze der Raumordnung der bauleitplanerischen Abwägung zugänglich.

1032562_008, Vettweiß

Inhalt

a. ASB-Darstellung für den Hauptort der Gemeinde Vettweiß:

Die Gemeinde begrüßt die Aufnahme der Flächen nordwestlich der Hauptortslage (ID 1001423) in den ASB sowie die Streichung der ASB-Flächen innerhalb der Sicherheitsabstände eines Störfallbetriebes (ID 1001450). Auch die Erweiterung des ASB über das Programm Wohnen+ wird sehr begrüßt (ID 1012165). In der vorherigen Fassung waren kein regionalen Bedarfe berücksichtigt, dies wurde nun korrigiert.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Abwägungsvorschläge aus der erste öffentlichen Auslegung werden zur Kenntnis genommen und Zustimmung erklärt.

Inhalt

Allerdings sind bereits heute Flächen südlich des ASB entwickelt, die in den ASB aufgenommen werden sollten: Im Bereich K28/ Zur Tankstelle ist eine Tankstelle errichtet. Die angrenzenden Flächen sind als Regenrückhaltebecken und Ausgleichsfläche ebenfalls als Siedlungsfläche geprägt. Im weiteren Verlauf liegt Wohnbebauung vor. Nordöstlich daran angrenzend sind Flächen im Rahmen der FNP-Neudarstellung zur Ausweisung vorgesehen, da diese im geltenden Regionalplan als ASAB dargestellt sind. Auch hier sollte eine Plankorrektur bzw. Übernahme der kommunalen Wünsche erfolgen (s.u.). In Abweichung zum Planungsstand zur Offenlage werden nun die nördlichen Flächen als ASB ausgewiesen, so dass dieser auf die Flächen im Bereich bis zur Tankstelle ausgedehnt werden können. Die Darstellungsschwelle von 10 ha wird mit den angrenzenden Flächen zusammen erreicht.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1001451 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zudem wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung nur in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

AZ: BET_127000_1	
Kreis Euskirchen	
1032766_001, Kreis Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 10.06.2024 an [Anonymisiert] wird seitens des Kreises Euskirchen nochmals darauf hingewiesen, dass die Bedarfsberechnung, die als Grundlage für die Festsetzungen im Regionalplan dient, nicht den aktuellen Bedarfen im Kreis entspricht. Der Kreis Euskirchen ist derzeit von starken Veränderungen hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung geprägt. Der Regionalplan, der die Grundlage für die kommunalen Planungen der nächsten Jahre darstellen soll, beruht auf der Bevölkerungsprognose von IT-NRW auf der Basis der Bevölkerungszahlen von 2018 (rote Linie im Diagramm s.u.). Doch bereits die Prognose von IT-NRW auf Grundlage der Zahlen von 2021 zeigt, dass die Grundlage für den Regionalplan nicht mehr der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung entspricht (grüne Linie im Diagramm). Die tatsächliche Bevölkerungszahl im Kreis zum 30.06.2023 lag mit 198.967 Einwohnern bereits wieder erheblich über dieser Prognose. Inzwischen ist die 200.000-Einwohner-Grenze überschritten. (Abbildung)</p> <p>Eine Bevölkerungsprognose der Bertelsmann Stiftung sieht für den Kreis Euskirchen bis 2040 einen Bevölkerungszuwachs von 4,3 % (s. Tabelle) vor. (Abbildung)</p> <p>Somit ist die dem neuen Regionalplan zugrunde gelegte Bedarfsberechnung völlig überholt und entspricht bereits jetzt nicht mehr den erforderlichen Bedarfen. Es ist sehr bedauerlich, dass diese Entwicklung im laufenden Aufstellungsverfahren zum neuen Regionalplan keine Berücksichtigung erfahren hat bzw. wird. In den zwischenzeitlich geführten Korrespondenzen und Gesprächen mit [Anonymisiert] und mit Vertretern der Bezirksregierung Köln im Rahmen der Planerkonferenz mit den Kommunen im Kreis Euskirchen am 26.09.2024 wurde jedoch zugesagt, dass nachgewiesene Mehrbedarfe in Änderungsverfahren zum Regionalplan Berücksichtigung finden können. Es muss gemäß § 1 (3) ROG bei der Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamtraums gewährleistet sein, dass die Gegebenheiten und Erfordernisse der Teilräume berücksichtigt werden (Gegenstromprinzip). Hierzu gehören auch Mehrbedarfe durch eine Bevölkerungsentwicklung, die über die zugrunde gelegten Prognosen hinausgeht. Der Kreis Euskirchen erwartet und fordert daher, dass Änderungsverfahren bei nachgewiesenem Mehrbedarf der Kommunen zukünftig zügig, in einem für die Kommunen vertretbaren Zeitrahmen und mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand umgesetzt werden, um die Entwicklung insbesondere im ländlichen Raum, die im Kreis Euskirchen aktuell durch Bevölkerungswachstum gekennzeichnet ist, nicht unnötig zu behindern.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung./ Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1002177 der 1.Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p> <p>Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt wird, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.</p>

AZ: BET_127000_2	
Kreis Euskirchen	
1033875_001, Kreis Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>In der vom Regionalrat beschlossenen Anlage 3 zur Beschlussvorlage RR 39/2024 ist in der Tabelle unter Nr. 107 die Festsetzung der Ortsteile Strempt, Satzvey, Lessenich, Wachendorf und Antweiler der Stadt Mechernich aufgeführt. In der Kartendarstellung dieser Anlage 3 zur Nr. 107 ist allerdings nur der Ortsteil Satzvey als ASB dargestellt. In den Planunterlagen zur erneuten Offenlage ist ebenfalls nur Satzvey als ASB festgesetzt. Dies entspricht nicht dem textlichen Teil des Beschlusses (Anlage 3 Nr. 107). Eine Niederschrift, die diese Diskrepanz erklären würde, liegt noch nicht vor. Der Kreis Euskirchen fordert daher die Überprüfung der Beschlussfassung und soweit sich hieraus nicht ergibt, dass abweichend vom textlichen Teil der Anlage 3 (Tabelle Nr. 107) nur die Festsetzung von Satzvey als ASB erfolgen soll, die Ortsteile Strempt, Lessenich, Wachendorf und Antweiler ebenfalls als ASB auszuweisen. Ein entsprechender Auszug aus der Anlage 3 zu RR39/2024 ist beigelegt.</p> <p>(Anlage 1) (Anlage 2)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die vom Regionalrat beschlossenen Änderungen ergeben sich aus der Anlage 3 zur Beschlussvorlage RR 39/2024. Die Anlage enthält die Umsetzung der Änderungsanträge in die Zeichnerische Festlegung des 2. Planentwurfs als Kartendarstellung. Die Änderungskarten wurden im Rahmen der Regionalratssitzung am 11.10.24 einzeln aufgerufen und beschlossen. Hierdurch wurde der Wille des Plangebers eindeutig definiert und dokumentiert. Die Kartendarstellung enthalten lediglich für den OT Satzvey eine Festlegung als ASB. Die Diskrepanz das in Spalte 2 (Kommune/Fläche) der Tabelle des Änderungsantrags von CDU,SPD und FDP nicht nur der OT Satzvey aufgeführt ist, ergibt sich daraus, dass zunächst auch über den Umgang mit den weiteren OT beraten wurde, der Änderungsantrag sich dann aber - wie aus der Kartendarstellung zu entnehmen - nur auf den OT Satzvey bezog. Dies ergibt sich auch aus der Spalte 4 (Begründung), welche sich explizit auf den OT Satzvey bezieht.</p>

AZ: BET_128000_1

Stadt Bad Muenstereifel

1033227_001, Stadt Bad Muenstereifel

Inhalt

Die Stadt Bad Münstereifel nimmt zur erneuten Offenlage des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln wie folgt Stellung zu den beiden Änderungen auf dem Stadtgebiet.

In der vorangegangenen Stellungnahme der Stadt Bad Münstereifel vom Juni 2022 wurde die Aufnahme eines rd. 25 ha großen Areals im Bereich Kernstadt-Marienbäumchen als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) beantragt, in welchem auch nicht störende Gewerbebetriebe angesiedelt werden könnten.

Aus dem zweiten Planentwurf wird für die Stadt Bad Münstereifel u.a. folgende Änderung ersichtlich: Im Bereich Kernstadt-Marienbäumchen wurde eine rd. 11 ha große Fläche als ASB in den Entwurf aufgenommen. Diese Änderung wird seitens der Stadt Bad Münstereifel äußerst positiv bewertet, da sie die Ansiedlung nicht störender Gewerbebetriebe ermöglicht und so einen Beitrag zur Deckung des endogenen Bedarfs leistet.

Mit rd. 11 ha Flächengröße ist diese ASB-Fläche jedoch kleiner als die beantragten 25 ha und weicht in ihrem Geltungsbereich vom Vorschlag der Stadt Bad Münstereifel teilweise ab. Die Regionalplanungsbehörde ist mit dieser Änderung in ihrer Abwägung der Stellungnahme der Stadt Bad Münstereifel nur teilweise gefolgt. Zur Begründung heißt es: „Der ASB wird entsprechend der landesplanerisch möglichen Größenordnung (Bedarfsermittlung gem. LEP NRW) erweitert“.

Dies bedeutet, dass mit der Erweiterung des ASB um 11 ha, in welchem auch nicht störende Gewerbebetriebe angesiedelt werden könnten, der Nettobedarf der Stadt an gewerblichen Potentialflächen zwar rechnerisch erreicht wird. Die Bedarfsermittlung erfolgt jedoch anhand rückwärtsgewandter Daten, also aufgrund der Entwicklungen der vergangenen Jahre. Dieses Verfahren wurde bereits im früheren Verlauf des Verfahrens kritisiert, da diese Methode nicht die tatsächliche Entwicklung widerspiegelt und einer zukünftigen Entwicklung nicht gerecht werden kann. Dem reinen Bedarf an gewerblichen Potentialflächen für die Stadt ist mit der Erweiterung des ASB im Bereich Kernstadt-Marienbäumchen zwar Rechnung getragen, ermöglicht darüber hinaus jedoch keinen flexiblen Spielraum. Die Stadt Bad Münstereifel hält daher an ihrer Eingabe einer großzügiger dimensionierten ASB-Fläche bis zu 25 ha an dieser Stelle weiterhin fest, um auch zukünftig im Sinne der städtischen Wirtschaftsförderung ein attraktiver Standort für Neuansiedlungen, Unternehmenserweiterungen oder -verlagerungen darstellen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 10009851. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick

auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben hiervon unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_129000_1

Gemeinde Blankenheim

1032682_001, Gemeinde Blankenheim

Inhalt

Mit Stellungnahme im Rahmen der ersten Offenlage wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Blankenheim sich im Verfahren für die 38. Änderung des Flächennutzungsplans sowie zur Aufstellung des Bebauungsplanes Blankenheim Nr. 4 B VI „Gewerbegebiet Blankenheim-Nord“ befindet. Hintergrund ist die beabsichtigte Erweiterung des Gewerbegebiets. Der betroffene Bereich wurde im ersten Planentwurf für den Regionalplan als „GIB-flex“ ausgewiesen und angerechnet. Die Gemeinde Blankenheim bat im Zuge der Stellungnahme darum, den betroffenen Bereich der Erweiterung als „GIB“ darzustellen **ohne** gleichzeitig die flächenmäßige Zubilligung des „GIB-flex“ zu minimieren.

Nach dem zweiten Planentwurf wurde die Darstellung in dem betroffenen Bereich tatsächlich als „GIB“ dargestellt, nicht mehr als „GIB-flex“. Jedoch wurden keine alternativen Flächen als neue „GIB-flex“ hinzugefügt.

Tatsächlich wurden die o.g. Bauleitplanverfahren zwischenzeitlich abgeschlossen. Zudem wurde bereits die Vermarktung aufgenommen. Es sind bereit zahlreiche Anfragen bei der Gemeinde eingegangen. Erste Vorstellungen von Interessenten in dem für die Grundstücksverkäufe zuständigen politischen Ausschuss sind bereits erfolgt, sodass es in den kommenden Wochen bereits zum Abschluss erster Verkäufe kommen wird.

Es ist daher damit zu rechnen, dass diese Gewerbeflächen in naher Zukunft bereits bebaut und nicht mehr zur Verfügung stehen.

Somit stehen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Rahmenbedingungen auf Grundlage des zweiten Planentwurfs zur Änderung des Regionalplans für die Gemeinde zukünftig keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr zur Verfügung.

Für die Gemeinde ist die wirtschaftliche Entwicklung jedoch von großer Bedeutung. Mit einem strategisch guten Standort, direkt an der BAB1 gelegen, verzeichnen wir enorme Nachfrage. Vorhandene Betriebe benötigen aufgrund der betrieblichen Entwicklungen häufig Erweiterungsfläche, die dann nicht mehr verfügbar gemacht werden kann. Daneben gehen auch regelmäßig Anfragen zu Neuansiedlungen ein. Zuletzt insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien (z.B. zur Ansiedlung von Batteriespeichersystemen). Die Gemeinde begrüßt dieses Interesse, um mit innovativen Betrieben und Gewerbearten auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird hinsichtlich der Anregung zur Festlegung eines GIBflex aufrecht erhalten (vgl. ID 1001011 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der

Deshalb forder ich Sie auf, neue "GIB-flex"-Flächen für die Gemeinde Blankenheim vorzusehen.

Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

AZ: BET_130000_1	
Stadt Euskirchen	
1033171_001, Stadt Euskirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Die Kreisstadt Euskirchen nimmt im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung zum zweiten Planentwurf für die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln wie folgt Stellung:</p> <p>1. 1002314 – ASB Stotzheim, nördlich Selmenstraße</p> <p>Die Festlegung der nachgemeldeten Fläche als ASB wird begrüßt.</p> <p>2. 1002315/103 – Interkommunales Gewerbegebiet Euskirchen/Mechernich</p> <p>Die der Festlegung zugrundeliegende Argumentation des Regionalrats wird ausdrücklich unterstützt. Die Festlegung des zusätzlichen GIB südlich der B266, als Ergänzung zu dem nördlich hieran angrenzenden interkommunalen Gewerbegebiet, wird begrüßt.</p> <p>3. 1002317 – Kuchenheim-Südwest</p> <p>Die Erläuterungen der Regionalplanungsbehörde zum fehlenden Spielraum für die Ausweisung zusätzlicher ASB werden zur Kenntnis genommen. Die Festlegung des ergänzenden ASB in Form eines Vorbehaltsgebietes (ASBflex) wird vor diesem Hintergrund als geeignete Kompromisslösung begrüßt.</p> <p>4. 1002320 – Kirchheim, ehemalige Gärtnerei</p> <p>Die Erläuterungen der Regionalplanungsbehörde zum gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung sowie der generellen Regelungstiefe wird zur Kenntnis genommen. Klarstellend wird darauf hingewiesen, dass die derzeitige Planung zur Nachnutzung der ehemaligen Gärtnerei in Kirchheim einen Teilbereich von etwa 3,48 ha (9 Flurstücke) beinhaltet, der außerhalb des im Regionalplanentwurf festgelegten ASB liegt. Das Plangebiet ist am weitesten Punkt etwa 200 m von dem derzeit dargestellten ASB entfernt (s. Geltungsbereich gem. Anlage). Ich bitte um Klarstellung, ob die Planung auch unter Berücksichtigung der vorgenannten Gesichtspunkte unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit liegt.</p> <p>Sollte dies nicht der Fall sein, so wird weiterhin um Festlegung der benannten Fläche als ASB gebeten.</p> <p>[...]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Zu Punkt 1. bis 4.: es wird Zustimmung zu Planung erklärt. Zu Punkt 5.:</p> <p>Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen [(vgl. ID 1002320 1. Offenlage)]. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.</p>

Die Stellungnahme wurde per Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW beschlossen und wird dem Ausschuss für Umwelt und Planung in der Sitzung am 27.11.2024 zur Genehmigung vorgelegt.
(Anlage)

Inhalt

5. 1030869 - Überschwemmungsbereiche

Die Darstellung der vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete im Regionalplan wird begrüßt. Entsprechend neu berechnete (vorläufig gesicherte) Überschwemmungsgebiete liegen der Stadt Euskirchen bislang lediglich für die obere Erft vor. Ein genauer Abgleich der im Regionalplan-Entwurf dargestellten Überschwemmungsbereiche mit den vorliegenden Daten ist aufgrund des Maßstabs des Regionalplans nicht möglich. Jedoch scheinen diesem u. a. auch aktualisierte Stände des Überschwemmungsbereich des Veybachs zugrunde zu liegen.

Es wird daher um Auskunft darüber gebeten, welche konkreten Festlegungen und Berechnungen den dargestellten Überschwemmungsbereichen im Stadtgebiet Euskirchen zugrunde liegen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Für das Gebiet der Stadt Euskirchen betrifft dies Festlegungen zu den Gewässern oder Gewässerabschnitten des Rotbach, Lechenicher Mühlengraben, Erpa, Erft, Liblarer Mühlengraben und Swistbach. Auch für den Veybach auf dem Gebiet der Stadt Euskirchen sowie in Mechernich liegen entsprechende Daten der Fachplanung vor, welche als ÜB im Entwurf des Regionalplanes mit dargestellt sind. Für konkrete Informationen zu den Berechnungen oder Festlegungen im Detail wird auf die Zuständigkeit der Fachplanung in Dez. 54 der BR Köln verwiesen. Ein aktuelle Übersicht aller bestehenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung in Dez. 54 ist jedoch auch auf der Homepage der BR Köln abrufbar.

AZ: BET_134000_1	
Stadt Mechernich	
1032823_001, Stadt Mechernich	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1001061 1.Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>
<p>1.Datengrundlage: Der derzeitige Entwurf 2024 des Regionalplans fußt auf einer Datengrundlage aus dem Jahre 2018. Diese Datengrundlage und hierauf aufbauende planerische Prognoseentscheidungen spiegeln die Realitäten der Bevölkerungsentwicklung nachweislich und für jeden erkennbar nicht wider. Dementsprechend kann auf dieser veralteten und damit fehlerhaften Planungsgrundlage keine tragfähige Planungs- / Prognoseentscheidung bezüglich der Bedarfe an Wohnbauflächen und Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche getroffen werden.</p> <p>Hinweis: OVG Berlin-Brandenburg -Urteil vom 23.07.2024 -OVG 11 A 16.20-, bei dem es zwar um den Nationalen Luftreinhalteplan geht, der aber deswegen zu ändern ist, weil die diesem Plan zu Grunde liegende Prognose fehlerhaft ist, da sie auf einer nicht aktuellen Datengrundlage beruht.</p> <p>Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, den Regionalplan auf eine aktuelle Datengrundlage zu stellen, die zweifelsfrei die Grundlage für regionalplanerische Prognoseentscheidungen im Hinblick auf eine, dem Bedarf entsprechende Ausweisung/Darstellung von Bauflächen bilden kann.</p>	

1032823_002, Stadt Mechernich

Inhalt

2. Rechtsprechung OVG NRW:

Mit Urteil vom 21.03.2024 -11 D 133/20.NE- hat das OVG NRW auf Normenkontrollantrag des BUND zwölf Festlegungen der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Dieses Urteil hat erhebliche Auswirkungen auf die kommunale Planungshoheit, insbesondere im ländlichen Raum, in der Ballungsrandzone. Es behindert einmal mehr den dringend erforderlichen Wohnungsbau für breite 2 Schichten der Bevölkerung, der letztendlich nur angegangen werden kann, wenn die Kommunen Bauleitplanung betreiben und Wohnbauflächen schaffen. Der Entwurf des R-Plans 2024 berücksichtigt diese Rechtsprechung bereits in seiner Überarbeitung, während gleichzeitig von Seiten der Landesregierung -MWIKE- signalisiert wird - siehe Protokoll der Bürgermeisterkonferenz des Kreises Euskirchen vom 05.09.2024, unter Anwesenheit des Regierungspräsidenten Dr. Wilk-, dass es noch in 2024 ein drittes LEP-Änderungsverfahren geben wird, mit dem Regelungen, die dem OVG-Urteil zum Opfer gefallen sind, ersetzt werden sollen. Damit laufen Landes- und Regionalplanung erkennbar in unterschiedliche Richtungen, mit der möglichen Konsequenz, dass der Regionalplan, der sich derzeit in der erneuten Beteiligung befindet, demnächst wieder geändert und an die Vorgaben der Landesplanung angepasst werden muss. Dies alles kostet Zeit und bindet Ressourcen, die der Schaffung von Bauland und der Entspannung, eines aus dem Ruder laufenden Wohnungsmarktes entgegenlaufen. Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, den Regionalplan nach dem Prinzip „Genauigkeit vor Schnelligkeit“ erst dann weiter zu führen, wenn die landesplanerischen Vorgaben klar definiert sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes.

Inhalt

3. Aktuelle Beteiligung:

Mit Datum vom 07.10.2024 veröffentlichte die Bezirksregierung Köln eine „Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung gem. § 9 Abs. 2 und Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG NRW)“ in der formuliert wird: „Der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln wird in seiner 17. Sitzung am 11.10.2024 unter TOP 5 den Zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschließen (vgl. Sitzungsvorlage RR 32/2024)“. Aus Sicht der Stadt Mechernich greift die Bezirksregierung Köln hier einer politischen Entscheidung vor, die erst noch zu treffen ist. Sie greift damit präjudizierend in einen politischen Entscheidungsprozess ein.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, das Beteiligungsverfahren im Hinblick auf die Rechtskonformität des Verfahrensablaufs zu überprüfen. Die Beteiligung begann bereits am vierten Tag nach der Beschlussfassung des Regionalrates - 11.10.2024- und erstreckt sich auf die Zeit vom 15.10.2024 bis einschließlich 15.11.2024, wovon zwei Wochen in der Urlaubszeit liegen, was erforderliche Personalressourcen deutlich schmälert. In diesem Zeitfenster ist/war aus Sicht der Stadt Mechernich eine, der Bedeutung der Regionalplanung für die Kommunale Planungshoheit angemessene Tiefe der Bearbeitung nicht möglich. Die umfangreichen Planunterlagen -4 GB- mit „Suchspielen“ über mehrere Dateien, z. B. wer verbirgt sich hinter welcher ID, sind mit den personellen Ressourcen kleinerer kommunaler Verwaltungen in der Kürze der Zeit nicht sachgerecht aufzuarbeiten. Hinzu kommt, dass der politischen Bedeutung dieser Planung entsprechend, der Rat der Stadt Mechernich eine angemessene Information und Beratungszeit angemahnt hat, um eine umfassende und abgestimmte Stellungnahme beschließen zu können. Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, die Beteiligungsfristen zu verlängern.

4. Politische Beratung -Regionalrat-:

Die Gesamtunterlagen zum Regionalplan -Entwurf 2024- mit ihrer Fülle von Fachthemen, Anlagen in kartographischer und textlicher Form, den jeweiligen textlichen Rücknahmen, Erweiterungen, Umformulierungen und neuen Verortungen im Gesamttext, den Auswertungen aller Beteiligungen auf fast 10.000 Seiten und ungezählten Plänen und grafischen Darstellungen und der Berücksichtigung des OVG-Urteils vom 21.03.2024, sind von Entscheidungsträgern in der Kürze der vorgegebenen Zeit nicht so weit zu verinnerlichen, dass hier eine sachgerechte, demokratische Entscheidung gefällt werden kann. Damit stehen die Kommunen absehbar zukünftig vor Regelungen, die sich zum Nachteil ihrer Kommunalen Selbstverwaltung in Form der Kommunalen Planungshoheit auswirken werden, weil ehrenamtliche Entscheidungsträger in der Kürze der Zeit die Weite und

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes.

Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht haben erfassen und absehen können. Es bleibt dann nur die Erkenntnis: „hätten wir das gewusst“. Es besteht die Gefahr, dass jeder „Fachideologe“ seine Wünsche in einem solchen Konglomerat von Planung „geschickt verstecken“ kann und dies später zu Umsetzungsproblemen bei erforderlichen Planungen führen wird, weil jeder Beteiligte/jede Fachbehörde eine Stelle in diesem Planwerk finden wird, um sein/ihr Veto einlegen zu können. Wir erleben genau dies in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, „irgendwas geht immer nie!“

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, diesem komplexen Regionalplanverfahren die Verfahrensdauer zu gewähren, die eine umfassende, die Thematik erfassende politische Beratung ermöglicht und die der Bedeutung dieser Planung, mit konkreter planerische Folgewirkung für 8 Kreise und 95 Kommunen, gerecht wird.

Inhalt

5. Dem Bedarf gerecht werden:

Ein auch im Entwurf des Regionalplans und seiner textlichen Festlegungen immer wieder betonte Zielsetzung ist die Bedarfsgerechtigkeit als Grundlage regionalplanerischen Handelns. Die Stadt Mechernich hat diesen Bedarf nicht nur an bekannten -aktuellen- Zahlen festgemacht, sondern auch an den Themen: „Wie wollen Menschen Wohnen“, „Home-Office“, „Bezahlbarer Wohnraum“ und „Wohneigentum / Wohneigentumsquote“. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung, dass sich auf kommunaler Ebene Bedarf in konkreter Nachfrage widerspiegelt und erst wenn dieser Bedarf konkret durch Nachfrage formuliert wird, betreibt die Stadt Mechernich verbindliche Bauleitplanung. -Anmerkung: Es gibt auch derzeit immer noch Wartelisten für Baugrundstücke, deren Zahl selbst nach Corona, Baupreissteigerungen, höheren Zinsen und Inflation nur unwesentlich gesunken ist.- Neubaugebiete mit fertiger Erschließung, nachts brennender Straßenbeleuchtung und mehr Baulücken als realisierte Neubauvorhaben gibt es, auch vor dem Hintergrund einer sich dramatisch zuspitzenden Haushaltslage, in Mechernich schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Zusammengefasst darf hier formuliert werden, dass die Stadt Mechernich ihren Bedarf an Wohnbau- und auch Gewerbeflächen, unabhängig theoretischen Rechenmodelle und Prognosen, tagesaktuell am besten kennt. Die Stadt Mechernich geht davon aus, dass diese Themen, die inhaltlich in der Stellungnahme der Stadt vom 07.07.2022 dezidiert beschrieben und grafisch hinterlegt wurden, im Zeitraum der Gültigkeit des neuen Regionalplans einen weiteren Bedarf an Wohnbauflächen auslösen werden. Derartige Entwicklungen sind bereits heute für eine bedarfsgerechte kommunale Bauleitplanung, die erkennbar zukünftigen Anforderungen gerecht werden soll und will, zu berücksichtigen. In der vorliegenden Abwägung wurden diese Themen seitens der Regionalplanung als Typ „Hinweis“ mit dem Ausgleichsvorschlag „Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen“ und den Erläuterungen „Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht“ eher weg-, denn sachgerecht abgewogen.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, neben einer aktuellen Datengrundlage -siehe Nr. 1.-, auch die hier unter Nr. 5 genannten Kriterien zu Grundlage der Quantifizierung des zu prognostizierenden Wohnbauflächenbedarfs zu machen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001062, 1001063 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer

Präzisierungsbedarf.

Inhalt

7. Kommunale Planung / Regionalplanung

Anlässlich der Planer Konferenz des Kreises Euskirchen, am 26.09.2024 im Kreishaus Euskirchen, wurde durch die vertretende Bezirksplanungsbehörde nach Kritik am Verfahren und Inhalten des Regionalplans argumentiert, dass der Zeitdruck vorgegeben sei und ggf. später, in nachgelagerten Abstimmungen mit der Bezirksplanungsbehörde und auch möglichen Änderungen des Regionalplans, den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden könnte ihren Belangen entgegen zu kommen. Genau diese Punkte sind aus Sicht der Stadt Mechernich in der kommunalen Praxis nicht zielführend. Dies begründet sich: a. Die Beschleunigung des Wohnungsbaus stellt in Zeiten der Wohnungsnot ein zentrales Anliegen der Politik dar, dem durch Änderung des BauGB mit geplanten Verfahrenserleichterung für die Bauleitplanung und deutlich erweiterten Zulassungsmöglichkeiten für Vorhaben des Wohnungsbaus, auf Grundlage des § 34 BauGB „Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile“ Rechnung getragen werden soll. In einer solchen Situation auch noch komplexe Änderungsverfahren eines Regionalplans, einer Änderung des Flächennutzungsplans und der Aufstellung eines Bebauungsplans vorschalten zu wollen und damit bürokratische Verfahren weiter in die Länge zu ziehen, konterkariert die dringend erforderliche Notwendigkeit Wohnraum zu schaffen und erkennt gesellschaftliche Notwendigkeiten. b. Nachgelagerte Abstimmungen mit Darlegungspflichten gegenüber der Bezirksplanungsbehörde über kommunale Planungsmöglichkeiten verlängern und bürokratisieren auch in diesem Fall die jeweiligen Planungsprozesse -siehe oben-. Aus Sicht der Stadt Mechernich kommt hinzu, dass diese Abstimmungs- und Darlegungsprozesse auch durch jeweilige Auffassungen, Grundeinstellungen und der Entscheidungsfreudigkeit einzelner Mitarbeiter der Bezirksplanungsbehörde bestimmt werden. Damit ist dort, wo es eben auch „menschelt“, der Umfang kommunaler Planungshoheit von subjektiven Faktoren abhängig. Vor dem Hintergrund der rechtlichen Bedeutung der kommunalen Planungshoheit für eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung sieht die Stadt Mechernich dies kritisch.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, die Regionalplanung so anzulegen, dass auf ihrer Grundlage, in Form der grafischen Darstellungen und textlichen Festlegungen, klare Grundlagen, Vorgaben und Möglichkeiten, dann ohne weitergehende Darlegungspflichten, für die kommunale Planung festgelegt werden, die den Kommunen Planungssicherheit für die Laufzeit dieser Planung geben. Nachgelagerte Abstimmungen mit der Bezirksplanungsbehörde oder auch Änderungen des Regionalplans sollen die Ausnahme im Zusammenwirken zwischen Regionalplanung und kommunaler Planung bleiben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Pflicht der Gemeinde Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen ergeht aus § 1 Abs. 4 BauGB. Bauleitpläne sind gem. § 2 Abs. 1 BauGB von der Gemeinde in eigener Verantwortung aufzustellen.

Die Frage, ob ein Bebauungsplan dem Anpassungsgebot des § 1 Abs. 4 BauGB genügt, ist von der Gemeinde in eigener Verantwortung und von den Gerichten als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung im Normenkontrollverfahren in vollem Umfang und unabhängig von etwaigen behördlichen Stellungnahmen zu prüfen (vgl. OVG Münster Ur. v. 27.1.2021 – 7 D 90/18, BeckRS 2021, 2356, beck-online).

Gem. § 34 Abs. 1 LPlIG NRW n.F. steht es im Ermessen der Gemeinde bei der Aufstellung oder Änderung eines Bauleitplanes unter Vorlage der erforderlichen Planunterlagen bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele der Raumordnung für den Planbereich bestehen. Eine Pflicht der Gemeinde eine entsprechende Anfrage bei der Regionalplanungsbehörde zu stellen, wie es gem. § 34 LPlIG NRW a.F. verlangte, besteht grundsätzlich nicht mehr.

Inhalt

8. Zum Thema „ASB sichern und entwickeln“ -zu Z. 7- Der konkrete Fall – Erweiterung der Sportanlage Kommern

Aus den Textlichen Festlegungen der Synopse -Seite 33-: Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist die Umsetzung der Siedlungsflächenentwicklung für die Unterbringung insbesondere von überwiegend dem Wohnen dienende Nutzungen sowie des wohnverträglichen Gewerbes, öffentlicher und privater Dienstleistungen sowie die Verortung siedlungszugehöriger Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen vorrangig in den ASB räumlich zu konzentrieren.“ Diese Einfügung kann nicht als Autorenkorrektur angesehen werden, da sie Konflikte geradezu herausfordert und somit planerische Grundsätze im Kern betrifft. Die Realisierung einer Sportanlage innerhalb eines dem Wohnen dienenden Bereiches präjudiziert Immissionskonflikte. Diese Anlagen bedürfen eines verträglichen Abstandes zur Wohnbebauung. Die Stadt Mechernich hat eine Sportanlage, die nunmehr erweitert werden soll, im Freiraum östlich des ASB Kommern legal entwickelt.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, um eine weitere Entwicklung der Sportanlage Kommern im Rahmen des dann gültigen R-Plans vornehmen zu können, den ASB Kommern soweit auszudehnen, dass diese Sportanlage Bestandteil des ASB wird. Gleichzeitig wird beantragt, für diese Sportanlage eine Erweiterungsfläche von ca. 30.000 m² im Südosten auszuweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Planzeichendefinition der ASB entspricht der LPIG DVO in Verbindung mit Anlage 3 Nr. 1. a) LPIG DVO. ASB dienen demnach der Ansiedlung von Einrichtungen des Wohnens, Einzelhandels, wohnverträglichen Gewerbes, von Wohnfolgeeinrichtungen sowie öffentlicher und privater Dienstleistungen. Dazu gehören auch siedlungszugehörige Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsbereiche. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

In der Regionalplanung erfolgt die ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können.

Zum Thema neue ASB-Festlegung in Kommern:

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

1032823_007, Stadt Mechernich

Inhalt

9. Grundsatz Netto-Null:

Eine Planung die zum Ziel hat bedarfsgerecht Flächen für (wohn-)bauliche Entwicklungen darzustellen, auf deren Grundlage die kommunale Bauleitplanung konkret Wohnbauflächen entwickeln soll/muss, muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es ein nicht unerhebliches Bevölkerungswachstum und eine konkrete Wohnungsnot gibt, u.a. und gerade auch im Regierungsbezirk Köln, in und an der Ballungszone Köln-Bonn. In diesem Zusammenhang wirkt der „Netto-Null-Grundsatz“ als eine, die gesellschaftlichen Realitäten verkennende Planungsideologie.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, diesen „Netto-Null-Grundsatz“ zu streichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung konkretisiert die landesplanerischen Festlegungen für eine flächensparende Siedlungsentwicklung. Die Formulierung entspricht den landesplanerischen Vorgaben (siehe Begründung zu Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Festlegung ist als Grundsatz der Raumordnung der Abwägung auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen zugänglich.

1032823_008, Stadt Mechernich

Inhalt

10. Abfalldeponie ehemalige „Grube Schönborn“:

Im dargestellten Bereich, nordwestlich der Zikkurat in Mechernich-Firmenich, sieht der Regionalplan - Zweiter Entwurf- als neue Festlegung eine Abfalldeponie vor. Diese Festlegung resultiert aus einer Anregung -Nr. 1007423- im bisherigen Regionalplanverfahren und wird mit der Notwendigkeit begründet, benötigte Flächen für die zu deponierenden, bleibelasteten Böden aus der Mechernich-Kaller-Bleibelastungszone schaffen zu müssen.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, die Darstellung „Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen – Aufschüttungen und Ablagerungen – AbfalldPONien“ im Bereich der ehemaligen „Grube Schönborn“ ausschließlich mit der Zielsetzung festzulegen, hier bleibelastete Böden aus der Mechernich-Kaller-Bleibelastungszone zu deponieren. Einen allgemeinen Deponiestandort lehnt die Stadt Mechernich strikt ab! (Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung von Deponieklassen oder die Bestimmung zulässiger Abfallarten geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Im Regionalplan findet grundsätzlich nur die räumliche Sicherung von raumbedeutsamen Deponiestandorten statt. Eine weitergehende Konkretisierung der Deponieplanung erfolgt auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Mit der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandorts ist weder eine Bewertung der fachplanerischen Eignung des Standorts verbunden noch wird eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Deponie vorweggenommen. Dies obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt**11. GIB Obergartzem:**

Die Stadt Mechernich hat in den letzten Jahrzehnten ihre gewerbliche Entwicklung in den Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen zu wesentlichen Teilen nördlich und westliche des Ortes Obergartzem vollziehen können. Diese Lage hat sich in der Vergangenheit aufgrund der unmittelbaren Nähe zum BAB1- Anschlussstelle Wißkirchen als optimal erwiesen. Gewerbliche Zielverkehre konnten so unmittelbar hinter der Autobahn abgefangen werden und mussten keine langen Fahrwege durch die Dörfer der Eifel in Kauf nehmen, um ihren Gewerbestandort zu erreichen. Die gewerbliche Entwicklung wurde auch durch Großbetriebe wie die Molkerei Hochwald – ca. 250 Arbeitsplätze- geprägt. Derzeit verfügt die Stadt Mechernich über keine weiten GIB-Flächenpotentiale mehr. Im Entwurf zum R-Plan ist eine Erweiterung vorgesehen, die aber bei einer Planungsperspektive von über 20 Jahren dem Bedarf nicht gerecht werden wird.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, den GIB Obergartzem, im Bereich bis zur Stadtgrenze, in die GIB-Darstellung mit einzubeziehen -siehe Skizze-. gewünschte Erweiterung 6,8 ha GIB neu zusätzlich zu RP -Entwurf- (Abbildung).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Der Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten. (vgl. ID 1001074 1.Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese

bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben hiervon unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1032823_010, Stadt Mechernich

Inhalt

12. ASB Kommern:

Im nordwestlichen Bereich von Kommern befindet sich innerhalb des ASB-Kommern das Gewerbe- und Sondergebiet „Monzenbend“. Für diesen Bereich gibt es seit Jahren eine hohe Grundstücksnachfrage von Handwerksbetrieben. Mit dieser Klientel verbindet sich auch eine hohe Arbeitsplatzdichte und betriebliche Diversität. Die Stadt Mechernich sieht hier eine gesunde gewerbliche Struktur und möchte diese sichern und für die Zukunft weiterentwickeln. Derzeit gibt es auch hier keine Grundstücke mehr und auch die regionalplanerischen Vorgaben würden eine Erweiterung des Baugebietes „Monzenbend“ nicht ermöglichen.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, den ASB Kommern im Bereich Monzenbend, wie in der nachfolgenden Skizze dargestellt, zu erweitern - siehe Skizze-. gewünschte Erweiterung rund 7,0 ha ASB Kommern zusätzlich zu RP-Entwurf. (Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1001091 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Inhalt

6. Siedlungsflächenmonitoring -SFM-:

Das Siedlungsflächenmonitoring stellt sich insbesondere in Flächengemeinden des ländlichen Raums als Problem dar. Unbebaute innerörtliche Baugrundstücke/ Baulücken mit Größen von größer gleich 2.000 m² finden sich hier in einem Umfang, dessen schlichte Addition im Rahmen des SFM summarisch zu beträchtlichen Wohnbauflächenpotentialen führt, die zwar theoretisch vorhanden sind, aber faktisch aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht dem Wohnungsmarkt zugeführt werden können. Diese Flächen werden teilweise seit Generationen einer baulichen Entwicklung vorenthalten und können aus Sicht der Stadt Mechernich daher auch nicht, unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung, in eine Bilanzierung mit einbezogen werden. Dies gilt insbesondere für die Situation des derzeitigen Wohnungsmarktes, die akut dingendes Handeln erfordert.

Anregung: Die Stadt Mechernich regt an, Baulücken ab 2.000 m², insbesondere auch in ihrer summarischen Betrachtung, nicht mehr bei der Bilanzierung von Wohnbauflächen als Baulandreserven zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Siedlungsflächenreserven werden gemäß LEP NRW über die fortlaufende Raumbesichtigung im Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

AZ: BET_135000_1	
Gemeinde Nettersheim	
1033040_001, Gemeinde Nettersheim	
<p>Inhalt</p> <p>Zunächst möchten wir unsere Verwunderung darüber äußern, dass die Eingaben aus unserer Stellungnahme vom 15.06.2022 zum ersten Planentwurf des Regionalplanes offenbar keinerlei Berücksichtigung gefunden haben und möchten ausdrücklich darum bitten, diese Vorgehensweise noch einmal kritisch zu hinterfragen und die Anregungen/ Bedenken der Kommune zu berücksichtigen. Dies besonders vor dem Hintergrund, dass auch in den kommenden Jahren eine zukunftsorientierte Entwicklung des Gemeindegebietes von immenser Wichtigkeit ist.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p>

Inhalt

Im Rahmen der zweiten Offenlage ist nun ein weiterer Aspekt für die Gemeinde Nettersheim hinzugekommen, der ebendiese zukunftsweisende Entwicklung weiter einschränkt. Östlich der ehemaligen Eifelhöhenklink in Marmagen soll nunmehr ein großer Bereich für den Schutz der Natur (BSN-Fläche), ID 1007665, ausgewiesen werden. Dies würde eine progressive Entwicklung des Areals, besonders vor dem Hintergrund baulicher Überlegungen und aus städtebaulicher Sicht logischer Konsequenz, beträchtlich hemmen. Aus Sicht der Gemeinde muss für dieses besondere Gebiet eine Möglichkeit geschaffen werden um eine Negativentwicklung, welche weitreichende Konsequenzen für den Ort Marmagen mit sich bringen würde, zu verhindern. Langfristig muss das Ziel sein, diese Flächen in einem logischen städtebaulichen Schluss und mit einer baulichen Perspektive an den Kernort Marmagen anzuschließen. Es wird daher dringend darum gebeten, wie auch schon in unserer ersten Stellungnahme vom 15.06.2022 gefordert, die Flächen, welche in östlicher Richtung an die ehem. Eifelhöhenklink in Marmagen angrenzen, weiterhin und vollumfänglich auf der Basis des noch gültigen Regionalplanes als ASB-Flächen auszuweisen. Ich bitte um wohlwollende Berücksichtigung der vor genannten Anregungen/Bedenken. Bei Fragen steht Ihnen meine Mitarbeiterin [Anonymisiert] gerne zur Verfügung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1007665, 1000881 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche

für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPIG sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben hiervon unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_136000_1

Stadt Schleiden

1032620_001, Stadt Schleiden

Inhalt

Die auf dem Stadtgebiet Schleiden getroffenen Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf (Stand 2021) werden grundsätzlich begrüßt. Es bestehen lediglich in Bezug auf eine Neuausweisung in Vogelsang Bedenken.

Die Stadt Schleiden forderte die Regionalplanungsbehörde im Rahmen der vergangenen Stellungnahme vom 28. Juni 2022 u.a. auf, den Bereich „Vogelsang“ unter Beachtung des touristischen Fachbeitrags als darstellungsrelevante Fläche planungsrechtlich mit einer Neuausweisung dahingehend zu sichern, dass ein allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) mit der Zweckbestimmung Freizeit, Tourismus, Erholung, Kultur und Bildung verortet wird. Der Stellungnahme wurde teilweise gefolgt.

Der zweite Planentwurf im Rahmen der erneuten Beteiligung stellt zwar einen allgemeinen Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen (Einrichtungen für Bildung, Kultur, Erholung, Freizeit und Tourismus) dar (im folgenden ASBz genannt), beschränkt den ASBz gemäß Abwägung jedoch auf die bestehenden baulichen Nutzungen bzw. baulich geprüfte Bereiche mit Entwicklungsoptionen für touristische Nutzungen.

Die zeichnerischen Festlegungen setzen diese Beschränkung nicht konsequent um, sodass bestehende bauliche Nutzungen (z.B. Ferienwohnanlage Neugrad; Flüchtlingsunterkunft Camp Schelde; Klärbecken etc.) rund um den dargestellten ASBz teilweise nicht von diesem erfasst sind, bzw. nicht als solcher dargestellt werden. Im Rahmen der Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes Vogelsang wurden zudem Bereiche mit Entwicklungsoptionen für touristische Nutzungen geprüft.

Gemäß Begründung zum zweiten Planentwurf des Regionalplans soll die Festlegung des ASBz der Sicherung der bestehenden und gemäß Teilflächennutzungsplan vorgesehenen baulichen Nutzungen sowie einer nationalpark- und raumverträglichen (Weiter-)entwicklung des Geländes dienen.

Es wird auf das Gegenstromprinzip verwiesen, sodass die Stadt Schleiden die Regionalplanungsbehörde auffordert, alle im (von der Bezirksregierung Köln genehmigten) Teilflächennutzungsplan Vogelsang (vgl. Anlage 2) befindlichen Flächen ausgenommen der südlichen Grünfläche mit Zweckbestimmung Freizeitnutzung ohne baulichen Bestand, ausgenommen der westlichen Wald- und Grünfläche sowie ausgenommen der nördlichen Wald- und Grünfläche mit Zweckbestimmung Parkanlage gemäß Anlage 1 in den ASBz aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1001025 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Eine Änderung der Planzeichnung ist aufgrund dessen nicht, erforderlich.

[...]

Weitere Belange werden nicht abgegeben.

1032620_002, Stadt Schleiden

Inhalt

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass im zweiten Planentwurf der zeichnerischen Festlegungen des Blattes 10-11; Kreis Euskirchen innerhalb der Planzeichenlegende; 1. Siedlungsraum; b) ASB für zweckgebundene Nutzungen das Planzeichen „Z“ z.B. mit der Bezeichnung „bf) sonstige Zweckbestimmungen“ fehlt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Legende zur Zeichnerischen Festlegung wird angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

AZ: BET_138000_1	
Stadt Zülpich	
1033861_001, Stadt Zülpich	
<p>Inhalt</p> <p>[...] Ansonsten hält die Stadt Zülpich an der im Rahmen der 1. Beteiligung geäußerten Anregungen (siehe Anlage) fest. Diese wurden im aktuellen Entwurf nicht berücksichtigt.</p> <p>Zusätzlich zur gemeinsamen Stellungnahme des Kreises Euskirchen gibt die Stadt Zülpich folgende eigene Stellungnahme zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln ab. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Tourismus und Demografie der Stadt Zülpich hat die Verwaltung in seiner Sitzung am 10.03.2022 damit beauftragt, die Darstellung des Freizeit- und Erholungsschwerpunktes Wassersportsee und die Erweiterung des Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) für den Bereich nord-östlich der geplanten Verbindungsstraße nach Nemmenich gegenüber der zur Beteiligung vorgelegten Fassung des Regionalplanentwurfes zu fordern (siehe Anlagen).</p> <p>ASB Freizeit Tourismus u. Erholung</p> <p>Der Touristische Fachbeitrag zur Überarbeitung des Regionalplans (Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen) enthält den Vorschlag, am Wassersportsee einen ASB mit zweckgebundener Nutzung für Freizeit, Tourismus und Erholung darzustellen. Diesem Vorschlag sollte auch im Regionalplan entsprochen werden.</p> <p>Abbildung 14: Zülpich Seepark: Vorschlag Abgrenzung ASB mit zweckgebundener Nutzung für Freizeit, Tourismus und Erholung (Abbildung)</p> <p>GIB-Erweiterungsfläche</p> <p>Die im Regionalplanentwurf vorgesehene GIB-Erweiterungsfläche ist nach Auffassung der Stadt zu gering ausgefallen, um den langfristigen Bedarf (ca. 20 Jahre) für die Stadt Zülpich zu decken. Hier sollte zumindest eine beidseitige Entwicklung des Gewerbegebietes entlang der derzeit im Ausbau befindlichen Straße nach Nemmenich möglich sein. Der östlich der Straße gelegene Bereich befindet sich im Wasserschutzgebiet (WSG III A), was im Übrigen auch bereits für große Teile des bestehenden Industrie- und Gewerbegebietes gilt. Eine entsprechende Bedingung, dass hier keine grundwassergefährdenden Betriebe zulässig sind, wäre daher für diesen Bereich erforderlich.</p> <p>Die im Regionalplanentwurf bereits enthaltene GIB-Erweiterung enthält außerdem eine Abstandsfläche zur angrenzenden Bahnlinie, die u. E. nicht erforderlich ist. Um</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002350, 1002351 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.</p> <p>Hinsichtlich des Umgangs mit der gemeinsamen Stellungnahme des Kreises Euskirchen wird auf den jeweiligen Abwägungsvorschlag der Teilstellungnahmen des Kreises Euskirchen verwiesen.</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag zur GIB-Erweiterung wird auf folgendes verwiesen:</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung</p>

eine entsprechende Vergrößerung der GIB-Fläche auch in Richtung Bahnlinie wird daher gebeten.

der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Dabei gilt, dass gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und

Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in der StädteRegion Aachen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Sofern GIBregional bzw. GIBplus in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit zusätzlichen Bedarfen für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete (GIBflex).

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben hiervon unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033861_002, Stadt Zülpich	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Die Stadt Zülpich begrüßt die im aktuellen RegionalplanEntwurf erfolgte Darstellung der geplanten Bahnhaltepunkte „Ülpenich“ und „Dürscheven“.</p>	

AZ: BET_139000_1	
Kreis Heinsberg	
1034609_001, Kreis Heinsberg	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Seitens der <u>unteren Abfallwirtschaftsbehörde</u>, des <u>Gesundheitsamtes</u>, des <u>Straßenbau- und baulastträgers für die Kreisstraßen</u>, des <u>Aufgabenträgers für den ÖPNV</u>, der <u>unteren Immissionsschutzbehörde</u>, der <u>unteren Naturschutzbehörde</u>, der <u>unteren Wasserbehörde</u> sowie der <u>Abgrabungsbehörde</u> werden keine Bedenken geäußert.</p>	

1034609_002, Kreis Heinsberg	
Inhalt	Abwägung
Das Bauordnungsamt verweist auf die Planungshoheit der Kommunen des Kreises Heinsberg.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Die **untere Bodenschutzbehörde** weist auf Folgendes hin:

Im Bereich der Stadt Hückelhoven, an der Ratheimer Halde (Bergehalde 4/ HK), ist eine Abfalldeponie im Regionalplan eingezeichnet. Die Ausdehnung der Deponie erstreckt sich über einen Bereich, der aus mehreren Altablagerungen (Altlast-Verdachtsflächen Nr. Hückelhoven 3, 2, 99, 46, 708037, 708048), der Bergehalde der Sophia-Jacoba und aus einer später angeschütteten Böschung aus Müllverbrennungsasche besteht. Die Endhöhe der Bergehalde der Sophia-Jacoba soll 150 m NHN betragen. Der Höhenunterschied bis zum Böschungsfuß an den Altablagerungen beträgt ca. 60 m. Dies wirft die Frage auf, wie Entwässerungssysteme oder Basisabdichtungssysteme erstellt werden sollen. Für die Bergehalde der Sophia-Jacoba GmbH liegt der Abschlussbetriebsplan vom 26.04.2024 vor. Die Rekultivierungsplanung hierzu wäre erneut zu ändern. Die Zuständigkeit für diesen Bereich liegt bei der Bezirksregierung Arnsberg. Zudem ist zu klären, wer die Zuständigkeit für die neue Deponie, abhängig von der Deponieklasse, erhält. Dies ist aus den Planunterlagen nicht ersichtlich. Bereits jetzt gehen Belastungen (Zink, Sulfat und Chlorid) von der Bergehalde auf das Grundwasser aus. Bei einer Überplanung von Bergehalde und Altablagerungen ist eine Lokalisierung von eventuell drohenden Schadstoffquellen innerhalb der verschiedenen Auffüllungsbereiche nicht mehr möglich. Zudem weist der Kreis Heinsberg darauf hin, dass es bereits in der Vergangenheit zu starken Beschwerden wegen Staubentwicklung und hohem Verkehrsaufkommen in der Ortschaft Kleingladbach gekommen ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Im Übrigen wird auf den geänderten Abwägungsvorschlag zu ID 1033261_016 verwiesen.

AZ: BET_142000_1	
Stadt Geilenkirchen	
1033661_001, Stadt Geilenkirchen	
<p>Inhalt</p> <p>Diese Stellungnahme wurde durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung der Stadt Geilenkirchen in der 26. Sitzung am 31.10.2024 beschlossen. Es wird begrüßt, dass die Anregungen aus der ersten öffentlichen Auslegung in den Entwurf des Regionalplans eingeflossen sind und die Regionalplanung an die kommunalen Entwicklungsabsichten der Stadt Geilenkirchen angepasst wurden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Gegen den Entwurf des Regionalplans Köln bestehen lediglich kleinere Bedenken hinsichtlich des festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichs für die Ortschaft Teveren. Bei der zeichnerischen Festlegung des ASB in Teveren wurde der westliche Teil der Ortschaft, welcher die beiden großen Baugebiete „Sisbenden“ und „Pfarrer-Claßen-Straße“ (beide bereits bebaut) umfasst, ausgelassen. Diesbezüglich bitte ich die zeichnerische Festlegung des ASB noch einmal anzupassen. Als Anlage (ANL01) zu diesem Schreiben übersende ich Ihnen einen skizzierten Vorschlag für eine mögliche Festlegung des ASB in Teveren und bitte um entsprechende Berücksichtigung.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage (ANL01) angefügt]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Anregungen zur Anpassung des Abwägungsvorschlages der ersten öffentlichen Auslegung (zeichnerische Festlegung des ASB in Geilenkirchen-Teveren) vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich jedoch keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der „nachhaltigen europäischen Stadt“ kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Entsprechend der landesplanerischen Vorgaben gliedert der Regionalplan den Regierungsbezirk in Siedlungsraum und Freiraum. Im Sinne der raumordnerischen Grundsätze ist die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten (§ 2 Absatz 2 ROG). Gemäß den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zum Siedlungsraum sind bandartige Siedlungsentwicklungen ebenso wie Splittersiedlungen zu vermeiden (Ziel 6.1-4 LEP NRW). Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der „nachhaltigen europäischen Stadt“ kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Die Innenentwicklung soll Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben (Grundsatz 6.1-6 LEP NRW).

Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand westlich des Rodebeachs zurück, um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu

vermeiden.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Weiterhin möchte ich als redaktionellen Hinweis mitteilen, dass meine Stellungnahme vom 25.08.2022 (AZ: BET_142000_1) in Ihrer Abwägungstabelle (Datei: „B-1 Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a.“) nicht vollständig aufgeführt wurde. Mein Punkt „2.2) Ausweisung eines neuen ASB für den Stadtteil Teveren“ fehlt in dieser Tabelle (Seite 1665 von 4777). Da aus den weiteren Unterlagen hervorgeht, dass diese Anregung im Verfahren grundsätzlich berücksichtigt wurde, gehe ich davon aus, dass es sich - wie zuvor beschrieben - lediglich um einen redaktionellen Fehler handelt.

Abwägung**Typ**
Hinweis**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf einen redaktionellen Fehler in der Planunterlage B-1 "Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a." hingewiesen. Es handelt sich um eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf des Planentwurfs ergibt sich hieraus nicht.

Der Ausgleichsvorschlag zum Punkt "2.2) Ausweisung eines neuen ASB für den Stadtteil Teveren" der Stellungnahme der Stadt Geilenkirchen vom 25.08.2022 wird in der Planunterlage B-1 nicht aufgeführt.

Im Vorfeld des Beschlusses zur zweiten öffentlichen Auslegung wurden dem Regionalrat des Regierungsbezirks Köln als Planungsträger die Original-Stellungnahmen zur ersten öffentlichen Auslegung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass der Plangeber seine Abwägungsentscheidung auf Basis einer vollständigen Entscheidungsgrundlage vollzieht (vgl. Sitzungsvorlage RR 39/2024).

Der Planungsträger hat sich inhaltlich mit der in Rede stehenden Anregung befasst; das Ergebnis kann der Planunterlage A-2-3 "Blatt01_Kreis Heinsberg_Änderungskarte Neue Festlegungen" entnommen werden. Für den Ortsteil Geilenkirchen-Teveren wurde die zeichnerische Festlegung geändert und ein ASB zeichnerisch festgelegt. Zu Dokumentationszwecken wird dieser Abwägungsvorschlag nachfolgend erläutert:

Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festzulegen. Eine Weiterentwicklung solcher Ortsteile zu ASB ist unter den Voraussetzungen des Ziels 2-3 LEP NRW möglich. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden. Bei der aufgeführten Ortslage handelt es sich um eine vorhandene Ortslage im regionalplanerischen Freiraum (bauleitplanerisch verfestigt), welche die landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 2-3 LEP NRW zur Festlegung als Siedlungsraum erfüllt. Eine Festlegung als ASB ist daher sachgerecht.

Eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur innerhalb der Kommune wird gewahrt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (s. Stellungnahme ID 1033661_002).

1033661_004, Stadt Geilenkirchen	
Inhalt	Abwägung
Darüber hinaus bestehen keine Bedenken gegen die vorgelegte Planung.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_143000_1	
Stadt Heinsberg	
1033612_001, Stadt Heinsberg	
Inhalt	Abwägung Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.
Bereiche für gewerbliche Nutzungen (GIB) G01: Neudarstellung / Heinsberg Schleiden / BSLE / GIB <u>Erläuterung 1. Offenlage:</u> Neu-Darstellung als GIB zur Deckung des städtischen Bedarfs an Wirtschaftsflächen (s. auch Gewerbeflächenkonzept der WFG). Antrag auf Änderung der Darstellung im Entwurf: GIB unmittelbar im Anschluss an die K5 / Kreisverkehr Schleiden. Rücknahme der Abgrabungsteilfläche im Norden <u>Beschlussempfehlung 1. Offenlage:</u> Die Ausweisung eines GIB in diesem Bereich wird begrüßt. Die Abgrenzung und Größe soll jedoch gemäß EA 04 angepasst werden. <u>Berücksichtigung 2. Offenlage:</u> Lage der GIB-Darstellung wurde angepasst, jedoch verbleibt der gesamte südl. Bereich als GIB-Flex für zukünftige Bedarfe. <u>Beschlussempfehlung 2. Offenlage:</u> Die Darstellung wird begrüßt.	

Inhalt

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung Flex (GIB-Flex)

GF01: Neudarstellung / Heinsberg Schafhausen / BSLE / GIB-Flex

Erläuterung 1. Offenlage: Darstellung als Erweiterungsbereich G 01 Antrag auf Verschiebung der GIB/GIB Flex -Ausweisung im Entwurf.

Beschlussempfehlung 1. Offenlage:Die Ausweisung eines GIB Flex wird begrüßt. Die Abgrenzung / Lage soll jedoch gemäß EA04 angepasst werden.

Berücksichtigung 2. Offenlage: Lage der GIB-Darstellung wurde angepasst, jedoch verbleibt der gesamte südl. Bereich als GIB-Flex für zukünftige Bedarfe.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die Darstellung wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Bereiche für regionale gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB regional)

GR01 Neudarstellung / Waldenrath / AFAB / GIB regional

Erläuterung 1. Offenlage: Im Bereich Waldenrath / Birgden ist eine Ausweisung als GIB regional (24 ha) zur Sicherung des Standortes zur interkommunalen Kooperation entsprechend des Bedarfes in unmittelbarer Nähe zur B56 / BAB 46 geplant. GIB regional dienen der Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen der Kreise. Die Flächen werden nicht auf die Bedarfe der Belegenheitskommunen angerechnet. Ca. 10ha sind auf dem Heinsberger Stadtgebiet geplant, so dass ein ausreichender Siedlungsabstand zur Ortslage Waldenrath gewährleistet ist. Die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes mit der Gemeinde Gangelt ist im Gewerbeflächenkonzept der WFG enthalten.

Beschlussempfehlung 1. Offenlage: Die Darstellung als GIBregional zur Sicherung des Standortes einer interkommunalen Kooperation mit der Gemeinde Gangelt wird begrüßt

Berücksichtigung 2. Offenlage: Die nördliche Verschiebung der GIBregional Darstellung in Richtung der B56 wird begrüßt.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die Darstellung wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans

EA01 / Änderung / Heinsberg / GIB / ASB

Erläuterung 1. Offenlage: Im Rahmen der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Heinsberg wurde von der BR Köln festgestellt, dass der Regionalplan derzeit im Bereich der Heinsberg Galerie ein GIB darstellt.

Einzelhandelsstandorte können jedoch nur in ASB entwickelt werden. Mit dem zuständigen Dezernat 32 wurde vereinbart, dass die Stadt Heinsberg im Rahmen dieser Offenlage zum Regionalplan die entsprechende Änderung / Anpassung beantragen wird.

Beschlussempfehlung 1. Offenlage: Die Änderung der Darstellung im Bereich der Heinsberg Galerie von GIB in ASB wird beantragt.

Berücksichtigung 2. Offenlage: Die Stellungnahme wurde berücksichtigt.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die Darstellung wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans

EA03 / Neudarstellung / Oberbruch / BSN/BSLE / ASB

Erläuterung 1. Offenlage: Im Gewerbeflächenkonzept der WFG für den Kreis Heinsberg sowie bei der Neuaufstellung des FNP der Stadt Heinsberg (GE Dre-01+ GE-Obe-01) ist u.a. die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen westlich des angrenzenden Gewerbe- und Industriegebiets Dremmen und südlich der Parkstraße in Oberbruch im Anschluss an die Wurmaue enthalten. Der Biotopverbund wird berücksichtigt und nicht unterbrochen. Die „Wurm“ und ein Pufferstreifen werden ebenfalls geschont und freigehalten. Südlich der Parkstraße in Oberbruch wird eine ASB Ausweisung beantragt, da an diesem Standort eher mischgebietsverträgliche Nutzungen und keine emittierenden Gewerbe- und Industrieansiedlungen erfolgen können.

Beschlussempfehlung 1. Offenlage: Die Ausweisung von ASB Flächen südlich der Parkstraße wird beantragt.

Berücksichtigung 2. Offenlage: Eine ASB-Ausweisung in einer Tiefe von ca. 40 m südlich der Parkstraße wird berücksichtigt.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die ASB-Ausweisung südlich der Parkstraße wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans

EA04 / Änderung / Heinsberg Schleiden / AFAB/GIB Flex/GIB / GIB/GIB Flex

Erläuterung 1. Offenlage: Die Aussparung der GIB Fläche und die Ausweisung eines AFAB Bereichs südlich der Umgehungsstraße K5 / Kreisverkehr erfolgt auf Grund einer geplanten BSAB Ausweisung in diesem Bereich. Eine Abgrabung in diesem Bereich würde einen Neuaufschluss bedeuten, da die bestehende Abgrabung „Tagebau Wilhelm“ auf Grund der Umgehungsstraße K5 von den übrigen Tagebauflächen getrennt ist. Aus diesem Grund und zur Anbindung der geplanten Wirtschaftsflächen im Bereich des Kreisverkehrs, wird eine GIB Darstellung unmittelbar südlich der Umgehungsstraße beantragt. Des Weiteren werden zusätzliche GIB-Flächen beantragt, da zwischenzeitlich erhebliche GIB-Flächen in Anspruch genommen wurden und die Stadt einen erhöhten Neubedarf hat. In diesem Zusammenhang sind die aktuellen Daten des Siedlungsflächenmonitoring zu berücksichtigen. Die Daten aus dem Jahr 2017 sind überholt und bilden nicht die zwischenzeitlichen Flächeninanspruchnahmen ab. Falls jedoch nicht der gesamte Bereich als GIB dargestellt werden kann, sollen GIB-Flex Flächen vorzugsweise im Südwesten ausgewiesen werden

Beschlussempfehlung 1. Offenlage: Die Ausweisung des gesamten Bereichs als GIB zur Deckung des Bedarfs der Stadt Heinsberg an Wirtschaftsflächen wird gemäß beigefügter Skizze beantragt. Des Weiteren wird ein möglicher Neuaufschluss einer Abgrabung (BSAB HS-HS-009), südlich der Umgehungsstraße K5 abgelehnt.

Berücksichtigung 2. Offenlage: Die GIB-Darstellung schließt nunmehr unmittelbar an die K5 an. Jedoch wird der südliche Teil als GIB-Flex dargestellt. Die Abgrabung ist entfallen.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die veränderte GIB / GIB Flex Ausweisung wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans

EA06 / Neudarstellung / Kirchhoven / BSN/BSLE / GIB+ASB

Erläuterung 1. Offenlage: Das Betonsteinwerk Poetsch benötigt weitere Betriebsflächen zur Erneuerung der Betriebsanlagen und zur Schaffung weiterer Lagerflächen. Die entsprechende Erweiterung der Abgrabung wurde zwischenzeitlich genehmigt. Die Darstellung eines GIB Bereich mit der Verknüpfung über ASB Flächen wurde durch das Unternehmen mit der Regionalplanungsbehörde der BR Köln abgestimmt.

Beschlussempfehlung 1. Offenlage: Änderung gemäß Beschluss des Planungs-, Umweltund Verkehrsausschusses vom 20.06.2022: Die Neu-Darstellung eines GIB-/A-SB-Bereichs zur Sicherung des vorhandenen Betriebes wird gemäß beigefügter Skizze beantragt. Die ASB-Darstellung soll entlang der Stapper Straße auf ein Minimum reduziert werden und der gewerbliche Siedlungsbestand soll von der ASB-Darstellung ausgenommen werden.

Berücksichtigung 2. Offenlage: Die GIB Darstellung mit einer ASB Anbindung ist erfolgt. Der bestehende Gewerbepark wurde in die ASB-Darstellung aufgenommen. Neue Baurechte können darüber nicht abgeleitet werden.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die GIB- und ASB- Darstellungen werden begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum Entwurf des Regionalplans

EA10 / Änderung / Schafhausen, Oberbruch, Dremmen / Straße für den vorwiegend überregionalen u. regionalen Bedarf (Bestand)

Erläuterung 1. Offenlage: Im Entwurf zum Regionalplan wurde die verkehrswichtige L228 im Teilabschnitt von der BAB 46 bis zur B221 nicht mehr als verkehrswichtige überregionale bzw. regionale Straße dargestellt. Die L228 hat weder im Bereich Dremmen einen unmittelbaren Anschluss an die der BAB 46 noch im Bereich Heinsberg / Schafhausen an die B221. In beiden Bereichen existieren keine höhengleichen Anschlusspunkte über die die Verkehre umgeleitet werden könnten. Aus diesem Grunde ist es notwendig weiterhin die L228 in den Stadtteilen Dremmen, Oberbruch und Schafhausen wie im rechtskräftigen Regionalplan enthalten, als verkehrswichtige Straße darzustellen.

Beschlussempfehlung 1. Offenlage: Die Beibehaltung Darstellung des Teilabschnittes der L228 als verkehrswichtige Straße in den Stadtteilen Dremmen, Oberbruch und Schafhausen wird beantragt.

Berücksichtigung 2. Offenlage: Die Stellungnahme wurde berücksichtigt.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die Darstellung wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum 2. Planentwurf / erneute Offenlage des Regionalplans 2024
Erläuterungskarte A3 "Hochwasserschutz" 02 / Neudarstellung / Kempen, Heinsberg, Unterbruch / RÜB

Erläuterung 2. Offenlage: Am östlichen Siedlungsrand von Unterbruch, sind im Bereich von Fell und Rohmen rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche im Bereich der Ortslagensatzung dargestellt. Dieser Überschwemmungsbereich erstreckt sich ebenfalls über die bebaubaren Bereiche im Außenbereich von Rolland.
Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die Herausnahme der Darstellung des RÜB im Bereich der rechtskräftigen Ortslagensatzung bzw. der Satzung über die bebaubaren Bereiche im Außenbereich von Unterbruch wird beantragt.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß der Zielfestlegung *Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln* erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Die ÜB liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) enthalten. RÜB sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen.

Die ÜB überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des vorbeugenden Hochwasserschutzes Rechnung getragen wird. Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Eine Nutzung für Siedlungszwecke ist unter den jeweils einschlägigen wasserrechtlichen Ausnahmevoraussetzungen möglich.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum 2. Planentwurf / erneute Offenlage des Regionalplans 2024

Nachrichtliche Übernahme: Räumlicher Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gem. Teilplan nichtenergetische Rohstoffe

Erläuterung 2. Offenlage: In der Stellungnahme der Stadt Heinsberg zum Teilplan „Nichtenergetische Rohstoffe“ vom 17.06.2024 wird berichtet, dass die geplante Ausweisung BSAB-L-09 (südlich von Heinsberg-Laffeld) seitens der Stadt Heinsberg gem. Beschlussfassung des Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 13.06.2024 nicht unterstützt wird. Bisher ist noch keine Beschlussfassung über die Stellungnahmen im Rahmen der Offenlage zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe seitens des Regionalrates erfolgt.

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Auf die Stellungnahme der Stadt Heinsberg zum Teilplan nichtenergetische Rohstoffe zur Ausweisung BSAB-09 vom 17.06.2024 wird verwiesen. Der Abwägungsentscheidung des Regionalrats über die Offenlage zum TP Nichtenergetische Rohstoffe sollte nicht vorweggegriffen werden.

[Abbildung]

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme der Stadt Heinsberg vom 17.06.2024 zur erneuten öffentlichen Auslegung des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) verwiesen. Die raumordnerische Abwägung zu der in Rede stehenden Stellungnahme der Stadt Heinsberg vom 17.07.2024 erfolgt nicht im vorliegenden Verfahren, sondern im Rahmen der Aufstellung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine).

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für Lockergesteine können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Im überarbeiteten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (Entwurf 2024) sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der BSAB beziehen sich jedoch auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurden die zeichnerischen Festlegungen mitunter angepasst. Die nachrichtlichen Darstellungen der BSAB gem. Teilplan NR werden im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

Der Abwägungsentscheidung des regionalen Planungsträgers im Rahmen der Aufstellung des Teilplans NR wird nicht vorweggegriffen.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum 2. Planentwurf / erneute Offenlage des Regionalplans 2024

Erläuterungskarte neue Festlegungen / Neudarstellung

Erläuterung 2. Offenlage: Im Bereich der BSAB-Darstellung zur Abgrabung Himmerich ist im 2. Planentwurf eine Darstellung als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie festgelegt. Am Standort ist die Errichtung und der Betrieb einer Mineralstoffdeponie der Klasse 0 nebst der zeitlich befristeten Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen in einer Größe von ca. 3 ha vorgesehen

Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Im ersten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes war lediglich eine BSAB-Darstellung enthalten. Nunmehr ist zusätzlich ein Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie dargestellt. Diese Darstellung als Abfalldeponie wird aufgrund von zu erwartenden zusätzlichen Immissionsbelastungen durch Anlagenteile und Verkehrsbelastungen durch an- und abfahrende LKW zurückgewiesen.

[s. Abb. Nr. 1 S. 11 Stellungnahme der Stadt Heinsberg zum Entwurf der Regionalplanneuaufstellung für den Regierungsbezirk Köln]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. 1. Offenlage ID 1006881_001) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt bzw. richten sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen. Hierzu wird auch auf die Ausführungen in ID 1035507_002 verwiesen.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Ergänzungs- und Änderungswünsche der Stadt Heinsberg zum 2. Planentwurf / erneute Offenlage des Regionalplans 2024
Erläuterungskarte A3 "Hochwasserschutz" 01 / Neudarstellung / Kempen, Heinsberg, Unterbruch / RÜB

Erläuterung 2. Offenlage: Im Bereich der in Aufstellung befindlichen 48. Änderung des Flächennutzungsplanes in Kempen sowie des im Parallelverfahren in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 89 „Kempen – Kempener Straße / Oberstraße ist im 2. Planentwurf eine rückgewinnbare Überschwemmungsfläche (RÜB) dargestellt. Für die 48. FNPÄnderung wurde am 01.08.2024 das landesplanerische Einvernehmen erteilt. Das o.g. Plangebiet dient der Eigenentwicklung des Stadtteils Kempens.
Beschlussempfehlung 2. Offenlage: Die Herausnahme der Darstellung des RÜB im Bereich der 48.Änderung des Flächennutzungsplans in Kempen wird beantragt.
 [Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die vorsorgende regionalplanerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß der Zielfestlegung *Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln* erfolgt, um diese vor entgegenstehenden Nutzungen (z.B. baulicher Inanspruchnahme) zu schützen und zu sichern. Die ÜB liegen überwiegend im Freiraum und basieren auf der fachplanerischen Abgrenzung der Bemessung des 100-jährlichen Hochwassers einschließlich Flächen, die auf der Grundlage von Fachplanungen als Abfluss- oder Retentionsraum gesichert oder entwickelt werden sollen. An manchen Fließgewässern sind in den Überschwemmungsbereichen auch potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) enthalten. RÜB sind Freiraumbereiche, die im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen.

Die ÜB überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des vorbeugenden Hochwasserschutzes Rechnung getragen wird. Im Falle der Betroffenheit von RÜB ist eine Inanspruchnahme gemäß der Zielfestlegung *Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln* möglich, sofern im Rahmen einer Einzelfallprüfung unter Beteiligung der Fachplanung der Nachweis erbracht wird, dass diese Flächen nicht für eine Rückgewinnung geeignet sind.

Im konkreten Fall liegen die in Rede stehenden Flächen am äußersten Rand des zeichnerisch festgelegten ÜB, ihr Einbezug resultiert jedoch aus der Einstufung als RÜB. Die Vereinbarkeit einer baulichen Entwicklung mit der Zielfestlegung *Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln* sowie die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen abgestimmt bzw. sichergestellt werden.

AZ: BET_144000_1	
Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften	
1033261_001, Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften	
Inhalt	<p>mit Schreiben vom 15.10.2024 haben Sie mitgeteilt, dass der Regionalrat des Regierungsbezirk Köln in seiner 17. Sitzung am 11.10.2024 den zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen hat. Innerhalb eines Zeitraums bis zum 15.11.2024 wird die Stadt Hückelhoven um Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Der Rat der Stadt Hückelhoven hat in seiner Sitzung am 06.11.2024 beschlossen, im entsprechenden Beteiligungsverfahren eine Stellungnahme mit Bedenken zum Regionalplanentwurf und der zugehörigen Beteiligungssynopse (Öffentliche Stellen) abzugeben.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen vorgebracht.</p>

Inhalt

Anmerkung zum Verfahrensablauf

Die Vorgehensweise der Bezirksregierung Köln hinsichtlich des Regionalplanverfahrens wird seitens der Stadt Hückelhoven sehr stark kritisiert. So wurde die zweite Runde der Öffentlichkeitsbeteiligung in einer Videokonferenz am 14.10.2024 (erster Montag der Schulferien) vorgestellt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung findet vom 15.10.2024 bis 15.11.2024 statt, wobei der 15.11.2024 als letzter fristgerechter Abgabetermin für eine Stellungnahme festgesetzt ist. Seitens der Bezirksregierung Köln werden Fristverlängerungen nicht gewährt. Neben der Tatsache, dass die Hälfte des Zeitfensters der Öffentlichkeitsbeteiligung in den Schulferien terminiert ist und die Unterlagen zum Regionalplanverfahren mehrere hundert (!) Seiten umfassen, ignoriert die Bezirksregierung Köln entsprechende Verfahrensabläufe und Fristen im Hinblick auf die Beteiligung der kommunalen politischen Gremien. Bei einem Verfahren, welches 2016 gestartet wurde und sich nunmehr über 8 Jahre erstreckt, sollte es möglich sein, einen Verfahrensschritt mit ausreichend zeitlichen Rahmen der Beteiligung anbieten zu können. Vor dem Hintergrund, dass sich viele und gravierende Änderungen gegenüber dem letzten Verfahrensstand ergeben haben, ist ein Beteiligungszeitraum von 30 Tagen — die Hälfte davon innerhalb der Ferienzeit — in der der Stadtrat mit einer Beratung und einer Beschlussfassung einzubeziehen ist, als unverständlich zu bezeichnen. Die Notwendigkeit dieser zeitlichen Vorgehensweise sollte im Kontext der zurückliegenden zeitlichen Beratungszeiträume einmal erläutert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.

1033261_003, Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)

Es ist zu begrüßen, dass im Bereich der ASB-Ausweisungen viele Anregungen und städtebaulichen Entwicklungsziele, welche die Stadt Hückelhoven im Kommunalgespräch 2017 und in der ersten Stellungnahme zum Regionalplanentwurf (Schreiben der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022) vorgetragen hat, berücksichtigt wurden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033261_004, Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)

Im aktuellen Regionalplanentwurf wird eine Teilfläche der ehemaligen Matratzenfabrik Houben als ASB dargestellt (Nr. 1001821). Die ursprüngliche Ausweisung im derzeit gültigen Regionalplan von 2003 stellt für die Fläche Wald dar. Es gibt zwar einen rechtskräftigen Bebauungsplan aus dem Jahr 1974, welcher gewerbliche Bauflächen festsetzt, auf Grund des tatsächlich bestehenden Waldbestandes soll dieser aber zukünftig geändert werden, um den bestehenden Wald zu erhalten. Aus diesem Grund ist es Ziel, den Bereich des Waldes, der im zweiten Regionalplanentwurf neu als ASB-Fläche festgelegt wird, weiterhin als Waldfläche darzustellen. Da das Grundstück ursprünglich gewerblich hätte genutzt werden können und im Siedlungsflächenmonitoring der Bezirksregierung Köln als gewerbliche Flächenreserve ausgewiesen wird, wird angeregt, das bestehende gewerbliche Flächenpotential für eine zukünftige Entwicklung anrechnen zu lassen. Zudem soll die wegfallende ASB-Fläche für die Entwicklung der Flächen in Millich - In der Weide (**Anlage 1**) genutzt werden. Diesem im ersten Regionalplanentwurf vorgebrachten städtebaulichen Entwicklungswunsch wurde bei der Abwägung nicht entsprochen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001821 1. Offenlage). Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Ein Flächentausch auf Ebene der Regionalplanung ist hier nicht möglich, da es sich nicht um eine Regionalplanreserve handelt, sondern um eine Reserve im Flächennutzungsplan der Stadt Hückelhoven. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der Festsetzung im rechtswirksamen Bebauungsplan besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die in Rede stehende ASB-Festlegung in Hilfarth in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Jedoch kann ein Flächentausch auf Ebene der Flächennutzungsplanung gemäß der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* im Rahmen des Anpassungsverfahrens gemäß § 34 LPLG NRW erfolgen.

Hinsichtlich der angeregten Alternativfläche (Millich - in der Weide) gilt, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Die Stellungnahme geht diesbezüglich über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich dessen ungeachtet keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1001813 1. Offenlage). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Gewerbe- und Industriegebiete (GIB)

Hinsichtlich der im Regionalplanentwurf definierten Gewerbe- und Industriegebiete (GIB) sowie den zugehörigen Begründungen bzw. textlichen Festlegungen bestehen von Seiten der Stadt Hückelhoven diverse Anmerkungen sowie Anpassungserfordernisse.

Gewerbe- und Industriegebiete (GIB)

Gewerbliche Flächenreserven der Stadt Hückelhoven zum 01.01.2017

Bereits in der Stellungnahme der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022 wurde erläutert, dass die von Seiten der Bezirksregierung im ersten Planentwurf angenommene gewerbliche Flächenreserve in Höhe von insgesamt 39 ha nicht der Realität entspricht bzw. von kommunaler Seite bis heute nicht nachvollziehbar ist. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass vorgenannte Zahl erstmalig über den ersten Regionalplanentwurf im November 2021 an die Kommune kommuniziert worden ist. Dadurch ist erklärbar, warum im Zeitraum zwischen 2017 und 2021 kein Widerspruch seitens der Stadt Hückelhoven bezüglich dieser Angabe eingelegt worden ist. Hinsichtlich der Ermittlung der vorgenannten Zahl von 39 ha Gewerbeflächenreserve liefern auch die Erläuterung der Begründung zum ersten Regionalplanentwurf als auch die Begründung des zweiten Regionalplanentwurfs keine abschließenden Antworten. Es wird lediglich angegeben, dass vorgenannte Zahl aus dem Siedlungsflächenmonitoring entnommen wurde.

Konkret wurde in der Begründung zum ersten Regionalplanentwurf hinsichtlich der Ermittlung der Flächenreserven auf Seite 51 Folgendes erläutert:

„Die Regionalplanungsbehörde hat hierzu die Bedarfe den bis zum Zeitpunkt der Neuauflistung aktuell gültigen Regionalplanreserven gegenübergestellt. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuauflistung des Regionalplans Köln in kommunalen Einzelgesprächen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehenden Restriktionen verifiziert. Zusammen mit der Datenerfassung im Siedlungsflächenmonitoring sind diese in die Bilanzierung der zukünftigen Siedlungsflächenpotentiale eingeflossen.“

Weiterhin heißt es auf Seite 53:

„Die dem Bedarf gegenüberzustellenden Reserven sowie die erfolgten Inanspruchnahmen entsprechen gemäß LEP NRW dem im Siedlungsflächenmonitoring (sfm) landesweit zugrunde liegenden Kriterienkatalog für die Flächenerfassung. Hierzu hat die Regionalplanungsbehörde Köln die Daten des

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. u.a. ID 1001798, ID 1001803 - ID 1001805, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Es werden zudem Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben und es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Die Stellungnahme geht teilweise über die geänderten Planinhalte hinaus (u.a. hinsichtlich der Erfassungsmethodik im sfm) bzw. bezieht sich in Teilen auf nicht geänderte Teile des Plans.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird daher nachfolgend ausgeführt:

Die Kommunen haben jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Die Vorgaben in § 4 Abs. 4 LPIG NRW definieren hierbei den gesetzlich verankerten Auftrag zur Raumbesichtigung für die Regionalplanungsbehörden. Gemäß LPIG NRW erfolgt die Einarbeitung der Informationen im sfm durch die Kommunen bzgl. der Berichtspflicht werden die Kommunen regelmässig durch die Regionalplanungsbehörde aufgefordert, die Einarbeitungen zu aktualisieren u.a. auch im Juni 2017 bzgl. der Berichtspflicht mit Erhebungsstichtag 01.01.2017. Unter anderem wurde im Januar 2019 eine aktualisierte Bedarfsermittlung für den Wohn- und Gewerbeflächenbedarf allen Kommune zur Verfügung gestellt, in dem auch die erfassten Reserven auf der FNP- und Regionalplanebene zu entnehmen waren. Zudem erfolgte im Rahmen der Vorbereitung des Regionalplanentwurfs ein regelmässiger Austausch zu den vorhandenen Datengrundlagen. Die Erfassung im sfm richtet sich nach den landeseinheitlichen Kriterien zur planerischen Verfügbarkeit von Reserveflächen im sfm (siehe Siedlungsflächenmonitoring Nordrhein-Westfalen, Kriterienkatalog des Siedlungsflächenmonitorings - Mindestanforderungen und Empfehlungen (Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen 2013). Zudem wird hierzu auch auf die Handreichung zum Kriterienkatalog (Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Februar 2017, vgl. hierzu erfolgtes Anschreiben der

sfm zum vorliegenden Stichtag gemäß der landesweiten Berichtspflicht für Festlegungen der Siedlungsbereiche im Regionalplan Köln zu Grunde gelegt. (siehe auch Siedlungsflächenmonitoring Nordrhein-Westfalen-Ergebnisbericht, Erhebung der Siedlungsflächenreserven 2017)." (Anmerkung: Der vorgenannte Entwurf ist nicht mehr abrufbar.)

In der Begründung zum zweiten Regionalplanentwurf heißt es im Hinblick auf die Ermittlung der Siedlungsflächenreserven auf Seite 55 lediglich:

„Dem ermittelten Bedarf sind gemäß LEP NRW die vorhandenen Siedlungsflächenreserven gegenüberzustellen. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat hierzu die bis zum Zeitpunkt der Neuaufstellung aktuell gültigen Flächennutzungsplanreserven gemäß Siedlungsflächenmonitoring erhoben. siehe Bericht zu Erhebung der Flächenreserve zum Erhebungsstichtag 01.01.2017 (MWIDE 2019).“

Im Kommunalgespräch zwischen der Bezirksregierung und Vertretern der Stadt Hückelhoven am 20.12.2017 wurden die seinerzeit vorhandenen gewerblichen Flächenreserven erstmalig detailliert diskutiert. Nach Veröffentlichung der Zahl der Gewerbeflächenreserve von 39 ha im Rahmen des ersten Regionalplanentwurfs wurde die Regionalplanungsbehörde in einer Vielzahl gemeinsamer Abstimmungstermine (u.a. zuletzt 13.12.2022/ 24.05.2023) als auch in der Stellungnahme der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022 mehrfach darauf hingewiesen, dass das Siedlungsflächenmonitoring zum Stichtag 2017 nicht aktuell war bzw. das Erfassungssystem grundsätzlich keine valide Datengrundlage darstellte und die angegebene Reserve zahlenmäßig somit nicht nachvollziehbar ist. Da im zweiten Regionalplanentwurf eine entsprechende Gewerbeflächenreserve von 39 ha trotz einer zwischenzeitlich erfolgten Fortschreibung des Siedlungsflächenmonitorings nach wie vor angegeben wird (s. S. 63 Begründung Regionalplanentwurf), wurde von städtischer Seite eine tabellarische Aufstellung des Systems zum Stichtag 01.01.2017 bei der Bezirksregierung angefordert. Diese Aufstellung, die als überarbeitete Version der Stellungnahme als **Anlage 2** beigefügt ist, wirft ebenfalls mehr Fragen auf, als beantwortet werden. Sowohl die Präzision als auch der Inhalt des Siedlungsflächenmonitorings ist im Hinblick auf die nachfolgenden Ausführungen als fragwürdig einzustufen.

Gewerbe- und Industriegebiete (GIB)

Anmerkungen zur beiliegenden Tabelle (Anlage 2 — Stand Siedlungsflächenmonitoring):

Die angefügte Tabelle (Anlage 2) basiert auf einer von der Bezirksregierung übermittelten Aufstellung zum Siedlungsflächenmonitoring ab dem Stichtag 01.01.2017. Die Ursprungstabelle wurde um die Angaben zum Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) reduziert und durch die Stadt Hückelhoven mit den hellblau hinterlegten Spalten mit erläuternden Angaben ergänzt. In der Aufstellung handelt es sich somit ausschließlich um Flächen, die im Siedlungsflächenmonitoring zu den Gewerbeflächen gezählt werden. Die weiß hinterlegten Spalten umfassen somit

Regionalplanungsbehörde aus dem Jahr 2017 an alle Kommunen im Regierungsbezirk Köln) verwiesen. In Bezug auf die in der Anregung formulierten Ausführungen hinsichtlich der aufgeführten Erfassung von Reserven auf Ebene des Flächennutzungsplans sowie z.B. der Einstufung als Reserve und hier konkret als betriebsgebundene Reservefläche gilt, dass die landeseinheitlichen Kriterien im sfm zugrunde zu legen sind. Bei der Erfassung betriebsgebundener Reserven gelten die landeseinheitlichen Regelungen sowohl zur Erfassung gemäß sfm beispielsweise auch in Baal als auch in Bezug auf das Erfordernis der Anrechnung betriebsgebundener Reserven. Dies richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben und ist den Ausführungen im LEP NRW zu Ziel 6.1-1 *flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung* zu entnehmen. Die erstellten Ergebnisberichte im sfm auf Landesebene können jederzeit im Downloadbereich der Landesplanungsbehörde heruntergeladen werden. Zudem wird darauf verwiesen, dass alle Anregungen hinsichtlich der Erfassung im sfm bzw. in Bezug auf die Bearbeitung der Datengrundlagen im Monitoringsystem an das Siedlungsflächenmonitoring und dessen Systematik gerichtet sind. Dies ist landeseinheitlich geregelt und nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln, Anregungen hierzu gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung sowie in Bezug auf die Betreuung des Siedlungsflächenmonitorings auch im Rahmen der Erfassung zum sfm gewährleistet werden. Dies erfolgte auch hinsichtlich vorgenommener Veränderungen bei den Festlegungen der Siedlungsbereichsabgrenzungen im Regionalplan. Es trifft zudem nicht zu, dass der Regionalplan ausführt, dass eine rückwirkende Zuordnung der Flächeninanspruchnahme generell nicht möglich war. Vielmehr erläutert die Begründung, dass es erst seit 2019 möglich ist, die Inanspruchnahme auf Flächen einem konkreten Jahr zuzuordnen. Dies ist jedoch hinsichtlich der Ermittlung von Wirtschaftsflächenbedarfen gem. LEP Trendfortschreibung erforderlich, so dass bezüglich der Anwendung hierzu keine valide Datengrundlage für eine Trendfortschreibung gemäß LEP NRW im Regierungsbezirk Köln vorlag. Erläuternd wird in der Begründung explizit ausgeführt, dass datumsbasierte Inanspruchnahmen für den Beobachtungszeitraum erst ab September 2019 eindeutig zuzuordnen sind. Eine Meldung zu den Inanspruchnahmen im Sinne der Berichtspflicht erfolgte durch die Regionalplanungsbehörde daher generiert für alle Inanspruchnahmen die vor diesem Erhebungszeitraum lagen. Es trifft somit auch nicht zu, dass das Monitoringsystem zum Stichtag 01.01.2017 generell keine valide Datengrundlage darstellt bzw. dass es grundsätzlich falsch sei, einen Stichtag vor September 2019 anzusetzen. Vielmehr trägt der Regionalplan Köln dem Umstand Rechnung, dass die übermittelten Daten hinsichtlich der Thematik zu den Flächeninanspruchnahmen als eher unsicher einzustufen sind, indem die Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe aus benannten Gründen nicht durch eine monitoringbasierte Trendfortschreibung gemäß LEP NRW, sondern für eine Übergangszeit in Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde für den Regionalplan Köln durch die Berechnung über die sogenannte Methode der Gewerbe- und Industrieflächenprognose (GIFPRO) (Bauer, Bonny 1987) erfolgt. Auf die hierzu erfolgten Ausführungen in der Begründung u.a. im

unbearbeitete Angaben der Bezirksregierung Köln. In einem ersten Bearbeitungsschritt wurde überprüft, welche Flurstücke unter den jeweiligen Bezeichnungen in der Spalte „fl_nummer“ subsummiert sind. Hierbei fällt auf, dass einige Grundstücke parzellenscharf abgebildet sind. In einer Vielzahl von Fällen sind jedoch mehrere Flurstücke unter einer einzelnen Bezeichnung zusammengefasst. Ebenso ist in der Kartendarstellung des Siedlungsflächenmonitorings erkennbar, dass sich die Aufteilung der dargestellten Flächen nicht an den Flurstücksgrenzen orientiert, sondern einzelne Flurstücke auf mehrere Bezeichnungen aufgeteilt werden. Um Dopplungen zu vermeiden, wurden solche Flurstücke, die sich in der Kartendarstellung über mehrere Bezeichnungen erstrecken, einer einzelnen Bezeichnung zugeschlagen. Die Bezeichnungen, die mehrere Flurstücke umfassen, haben in der Tabelle **(Anlage 2)** folgende laufende Nummern:

7/ 8/ 11/ 13/ 15/ 23/ 24/ 25/ 26/ 28/ 29/ 30/ 32/ 35/ 36/ 39

In der weiteren Analyse des Siedlungsflächenmonitorings ist zu erkennen, dass unter diversen Bezeichnungen Flurstücke umfasst sind, die entweder Straßenverkehrsflächen oder Grünflächen (Wald/ Ackerland/ Versickerungsflächen/ sonst. Grünflächen) darstellen. Hierzu gehören die Bezeichnungen mit den folgenden laufenden Nummern der Tabelle (Anlage 2):

2/ 12/ 25/ 29/ 30/ 35/ 36/ 38/ 39/ 40

Das Monitoringsystem führt eine auf den Quadratmeter genaue Flächengröße der einzelnen Bezeichnung in der Spalte „fl_brutto“ auf. Da das System jedoch nicht parzellenscharf ist, sondern auf die Darstellung im Flächennutzungsplan Bezug nimmt, kommt es im Vergleich mit den tatsächlichen Flurstücksgrößen (Spalte „Flächengröße (parzellenscharf)“) in jedem Tabellenfeld zu Abweichungen. Eine exakte Aussagekraft haben diese Abweichung nicht, da das Monitoringsystem häufig nur Teilflächen eines einzelnen Flurstücks berücksichtigt (z.B. laufende Nummern 10/ 35). Hinsichtlich der erforderlichen Anpassungen in Bezug auf die Straßenverkehrs- sowie Grünflächen (Wald/ Ackerland/ Versickerungsflächen, sonst. Grünflächen) wird auf die Ausführungen im Abschnitt „Heutige Flächenreserven (Stand 11/2024) und Ausblick“ und die dabei formulierten Anpassungserfordernisse verwiesen. Insgesamt ist festzuhalten, dass eine nicht parzellenscharfe Darstellungen bereits zu einem hohen Präzisionsverlust im Siedlungsflächenmonitoring führt und eine daraus abgeleitete konkrete Angabe einer Gewerbeflächenreserve von 39 ha bereits als fragwürdig erscheinen lässt. Einen deutlich schwerwiegenderen Fehler stellt die Angabe von Inanspruchnahmen von Gewerbeflächenreserven in der tabellarischen Aufstellung der Bezirksregierung dar (Anlage 2). In der Spalte „jahr_inans“ wird das entsprechende Jahr angegeben, in dem die Inanspruchnahme der jeweiligen Fläche dokumentiert wurde, jedoch erst ab dem Jahr 2019. Die Addition der Flächengrößen in den angegebenen Jahren führt zum Ergebnis, dass rund 25,4 ha und nicht 39 ha Gewerbeflächenreserve im Siedlungsflächenmonitoring dokumentiert waren. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass die Flächen der Winkelhalde, auf der heute die Sportplatzflächen bzw. der Mehrgenerationenpark verortet sind (laufende Nr. 15 bis einschl. 19 der Tabelle — Anlage 2), laut Kenntnisstand der Stadt Hückelhoven zum

Kapitel Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs wird entsprechend verwiesen. Beim Siedlungsflächenmonitoring handelt es sich um ein Instrument zur Raubeobachtung und somit auch um keine statische Erfassungsgrundlage. Dies begründet somit auch eine dynamische Veränderung der vorliegenden Zahlenwerte im sfm über den Erstellungszeitraum des Regionalplans hinaus. Hierzu wird auf die textlichen Festlegungen im (Z. 3) *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* und (Z. 4) *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* verwiesen, die diesen Umstand aufgreifen, so dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW jederzeit bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können. Auf die weiteren Ausführungen im Rahmen der Begründung wird zudem verwiesen. Dabei ist auch zu beachten, dass die Bereichsabgrenzungen des Regionalplans gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf sind, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gemäß BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Diesem Aspekt wurde im Rahmen der zweiten Offenlage bereits konkret durch veränderte Abgrenzungen von GIB in Hückelhoven (vgl. u.a. Ausgleichsvorschlag ID 1001806, 1. Offenlage) Rechnung getragen.

Zudem gilt, dass die Abschätzung von Flächenbedarfen aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich ist. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht.

Erhebungsstichtag 01.01.2017 im Siedlungsflächenmonitoring als Gewerbeflächenreserve erfasst waren. Unter Berücksichtigung dieser Flächen könnte die gewerbliche Flächenreserve (wie in der Tabelle aufgeführt) mit 38,7 ha beziffert werden. Ob sich oben genannte Abweichung tatsächlich dadurch erklären lässt, kann auf Grundlage der vorliegenden Datenbasis nicht verifiziert werden, da die Flächen der Winkelhalde in der Spalte „jahr_inans“ nicht aufgeführt sind. Ebenso wenig lässt sich aus kommunaler Sicht nachvollziehen, ob die jeweils in der Tabellenspalte angegebenen Flächen tatsächlich zur Gewerbeflächenreserve zum Stichtag 01.01.2017 gezählt wurden, da bei Betrachtung des heutigen Stands des Siedlungsflächenmonitorings Flächen als Reserve eingestuft sind, die vormals anscheinend als in Anspruch genommen dokumentiert waren (z.B. Anlage 2 — Nr. 12 — B8 GRES Hückelhoven-0007). Weiterhin werden in dieser Aufstellung der Spalte „jahr_ians“ Flächen berücksichtigt bzw. zugeordnet, die teilweise Jahre bisweilen Jahrzehnte vorher in Anspruch genommen wurden. Hierzu gehören die Flächen unter den folgenden Nummern der Anlage 2:

1 / 10/ 14/ 20

Welche Flächen in der Angabe von 39 ha Reserve zum Stand 01.01.2017 tatsächlich berücksichtigt wurden, kann seitens der Kommune weder nachvollzogen noch beantwortet werden. In der Begründung zum zweiten Regionalplanentwurf wird in Kap. 3, S. 49 („Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs“) von Seiten der Regionalplanungsbehörde weiterhin ausführlich erläutert, dass eine Dokumentation der Inanspruchnahme von Fläche mit größeren Unsicherheiten verbunden war. Der Bezirksregierung war eine rückwirkende Zuordnung der Flächeninanspruchnahmen somit laut eigener Angabe in der Begründung zum zweiten Regionalplanentwurf erst ab September 2019 eindeutig möglich. Es ist somit handwerklich falsch, einen Stichtag vor September 2019 anzusetzen. Hinsichtlich des Siedlungsflächenmonitorings ist abschließend ebenfalls anzumerken, dass die Bezirksregierung in der Begründung zum zweiten Regionalplanentwurf in Kap. 3 (Ermittlung des Wirtschaftsflächenbedarfs der Kommunen) selbst zu dem Ergebnis kommt, dass das Monitoringsystem zum Stichtag 01.01.2017 keine valide Datengrundlage darstellt, weshalb zur Ermittlung der zukünftigen kommunalen Gewerbeflächenbedarfe die sogenannte Methode der Gewerbe- und Industrieflächenprognose (GIFPRO) herangezogen wurde. Aus kommunaler Perspektive ist nicht nachvollziehbar, wie die Regionalplanungsbehörde ein Verfahren auf Basis eines Monitoring-Systems durchführen kann, welches mit gravierenden Unwägbarkeiten, Ungenauigkeiten und Fehlern (siehe untenstehenden Abschnitt „heutige Flächenreserven“) verbunden ist. Ein Regionalplanverfahren, welches die Entwicklungsperspektiven der nächsten 25 Jahre definiert und festlegt, kann nicht auf einer ungenauen Datenbasis zum Stichtag 01.01.2017 durchgeführt werden. Die Stadt Hückelhoven behält sich hier, wie auch im gesamten Verfahren vor, die von der Bezirksregierung angewandte Verfahrensweise zur Erfassung der gewerblichen Flächenreserven einer gerichtlichen Prüfung zu unterziehen.

Weitere Anmerkungen zum Verfahrensablauf

In der nun vorliegenden Stellungnahme 1001803 zum zweiten Regionalplanentwurf

Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Hierbei gilt, dass gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden kann, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Darüber hinaus werden zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex) so auch konkret in Hückelhoven. Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Es wird darauf hingewiesen, dass Verfahrensvorgaben hinsichtlich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln sind. Diese gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Verfahrensvorgaben dieser Art werden im LPIG NRW normiert. Die Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung im Rahmen obliegt der kommunalen Planungshoheit, dies schließt Änderungen auf Ebene des Flächennutzungsplans ein. Auf bauleitplanerischer Ebene kann auch hier für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

(siehe Beteiligungssynopse Öffentliche Stellen) wird seitens der Bezirksregierung angegeben, dass eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Aufstellungsprozesses nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar ist. Mit dieser Aussage bezieht sich die Bezirksregierung auf das Siedlungsflächenmonitoring, welches von Seiten der Stadt Hückelhoven in der Stellungnahme vom 22.06.2022 bereits als unzutreffend dargestellt wurde. Aus kommunaler Perspektive ist diese Angabe aus den bereits dargestellten Gründen nicht nachvollziehbar. Eine bedarfsgerechte Planung kann nur auf Grundlage einer aktuellen Datenbasis erfolgen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Bezirksregierung selbst das Siedlungsflächenmonitoring zum Stichtag 01.01.2017 als unzutreffend darstellt. Weiterhin ist anzumerken, dass die Kommunalgespräche im Kreis Heinsberg bezüglich der Regionalplanreserven gemäß Angabe der Bezirksregierung erst gegen Ende des Jahres 2017 erfolgt sind. Es ist von Seiten der Kommune nicht ersichtlich, welche Änderungen sich aus diesen Gesprächen ergeben haben.

Weitere Anmerkungen zum Verfahrensablauf

Hinsichtlich des Verfahrensablaufs ist ebenfalls festzuhalten, dass die Bezirksregierung von den Vertretern der Stadtverwaltung Hückelhoven auf die Abweichungen und Ungenauigkeiten im Siedlungsflächenmonitoring zum Stand 2017 im Nachgang an die Veröffentlichung des ersten Regionalplanentwurfes und insbesondere in den letzten gemeinsamen Terminen am 13.12.2022 und am 24.05.2023 mehrfach hingewiesen wurden. Die Vertreter der Bezirksregierung teilten in diesen Gesprächen auf Rückfrage ausdrücklich mit, dass eine Fortschreibung des Siedlungsflächenmonitorings zu einer Anpassung der verfügbaren Flächenreserve führt und das Regionalplanverfahren mit der aktualisierten Angabe zur Flächenreserve eines späteren Stichtags fortgesetzt wird. In der Rückbetrachtung ist zu vermuten, dass die Vertreter der Bezirksregierung hinsichtlich dieser Aussage lediglich Bezug auf die Möglichkeit eines Flächentausch genommen haben. So wurde die Gewerbeflächenreserve der Winkelhalde, die im Siedlungsflächenmonitoring im Jahr 2017 gemäß Kenntnisstand der Stadt Hückelhoven als GIB-Fläche ausgewiesen war, aufgrund ihrer Nutzung als Sportplatzfläche bzw. Mehrgenerationenpark zurückgenommen. In der Folge konnte der laut Siedlungsflächenmonitoring vorhandene gewerbliche „Flächenüberhang“ reduziert und eine daraus entstehende Flächenreserve von 8 ha im aktuellen Regionalplanentwurf in den nördlichen Bereich der Ortslage Baal verlagert werden (Gewerbegebiet Baal Nord). Eine seitens der Stadt Hückelhoven angenommene Fortführung des Regionalplanverfahrens mit einer Flächenreserve eines späteren Stichtags lässt sich ebenfalls aus Schreiben der Bezirksregierung vom 19.12.2023 herleiten, in der keine raumordnerischen Bedenken hinsichtlich der 53. Flächennutzungsplanänderungen (Gewerbegebiet Baal-Nord) vorgebracht wurde. In diesem Schreiben wurde seitens der Bezirksregierung Folgendes erläutert:

*„Für die Stadt Hückelhoven wurde im Rahmen des Siedlungsflächenbedarfsberechnung ein Gesamtbedarf an GIB von 32,23 ha ermittelt. Dem errechneten Bedarf der Stadt Hückelhoven in Höhe von 32,23 ha im Bereich Gewerbe stehen derzeit (**Stand 19.12.2023**) rund 24,21 ha genehmigte*

Flächennutzungsplanreserven entgegen. Daraus folgt, dass die vorgesehenen 8,0 ha gewerblichen Bauflächen derzeit nicht zur Verfügung stehen."

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Bezirksregierung in diesem Schreiben nicht explizit darauf hinweist, dass sich der vorbeschriebene Flächentausch der Winkelhalde auf den Stichtag 01.01.2017 bezieht. Vielmehr wird durch die Angabe „Stand 19.12.2023" erneut suggeriert, dass ein späterer Betrachtungszeitraum für das Regionalplanverfahren ausschlaggebend sein wird. Die Angaben der Vertreter der Bezirksregierung waren im Hinblick auf die Gesamtbetrachtung der gewerblichen Flächenreserve bzw. der Fortführung des Regionalplanverfahrens mit einem aktualisiertem Zahlenwerk unzureichend bzw. irreführend. Aus kommunaler Sicht ist es fragwürdig, warum die Regionalplanungsbehörde ihre Verfahrensweisen und Berechnungsmethoden nicht transparent und eindeutig in den gemeinsamen Gesprächen darlegt und erläutert. Vielmehr macht es den Anschein, dass die kommunalen Vertreter in diesen Gesprächen bewusst im Unklaren gelassen worden sind. Die Bezirksregierung wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Stadt Hückelhoven, unter der vorbeschriebenen Annahme der Fortführung des Verfahrens mit aktuellem Zahlenwerk eines späteren Stichtags, in den Folgejahren (insbesondere seit dem Jahr 2021) sowohl Gewerbeflächen veräußert als auch Grunderwerb (Perspektivflächen sowie Tauschflächen) getätigt hat. Es ist in der Retrospektive nicht zu beantworten, ob die entsprechenden Grundstücksgeschäfte auch mit aktuellem Wissensstand durchgeführt worden wären. In jedem Fall erfolgten Entscheidungen von weitreichender finanzieller Tragweite auf Grundlage einer irreführenden Kommunikation der Regionalplanungsbehörde im Verfahrensablauf.

Weitere Anmerkungen zur Methodik der Bezirksregierung im Regionalplanverfahren

Die Festsetzung eines Stichtags bei den Flächenreserven (hier 01.01.2017) führt weiterhin zu einer Gemengelage, die vom Grundsatz her dem Raumordnungsgrundsatz gem. §2 Abs. 2 Nr. 1 ROG (nachhaltige Raumentwicklung) bzw. gem. §2 Abs. 2 Nr. 3 ROG (Gewährleistung der Daseinsvorsorge) widerspricht. Kommunen, die ihre Gewerbeflächenreserven bis zum Stichtag vollständig veräußert haben oder über das Siedlungsflächenmonitoring als „in Anspruch genommen" dokumentieren können, erhalten in Folge eines hohen Flächenverbrauchs über die aktuelle Regionalplanneuaufstellung neue Gewerbeflächenreserven. Kommunen, die im selben Zeitpunkt einen identischen Flächenverbrauch hatten oder ggf. sparsam mit der Ressource Fläche umgegangen sind, eine entsprechende Inanspruchnahme jedoch noch nicht über das Siedlungsflächenmonitoring dokumentieren konnten, werden im Regionalplanverfahren benachteiligt, da ihnen keine weiteren Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden. Vorgenannter Gedankengang kann an einem theoretischen Beispiel veranschaulicht werden:

Die Kommunen A und B haben jeweils 10 ha Flächenreserve im Jahr 2016. Beide Kommunen veräußern ihre Flächen zur Ansiedlung von Unternehmen im selben Jahr. Während in Kommune A im Jahr 2016 bereits gebaut wird, erfolgt der Baubeginn in Kommune B erst im Jahr 2017. Eine Fortschreibung des Siedlungsflächenmonitorings wird von Seiten der Bezirksregierung erst per nachgewiesenem Baubeginn akzeptiert. Aufgrund des Stichtags 01.01.2017 im Regionalplanverfahren erhält Kommune A neue

Ausweisungen, da keine Flächenreserven mehr vorhanden sind. Währenddessen erhält Kommune B keine neuen Flächen, da gem. Siedlungsflächenmonitoring zum Stichtag noch 10 ha Flächenreserve theoretisch vorhanden ist. Vorbeschriebener Widerspruch verschärft sich umso mehr vor dem historischen Kontext der Stadt Hückelhoven. Im Jahr 1997 wurde die Zeche Sophia-Jacoba geschlossen, die für Jahrzehnte der wichtigste Arbeitgeber im Stadtgebiet und Hauptauftraggeber für eine Vielzahl von Zuliefererbetrieben war. Die Zechenschließung führte zur dringenden Notwendigkeit, neue Betriebe anzusiedeln, um dadurch neue Arbeitsplätze am Standort zu schaffen, was in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive erfolgt ist. Weiterhin entstanden aufgrund dieser Ausgangssituation in Hückelhoven hauptsächlich ehemalige Zechen- bzw. Brachflächen, die in den Folgejahren sukzessive recycelt worden sind. Das vorhandene Flächenangebot (konkret die Bodengrundverhältnisse) war bzw. ist teilweise stark belastet, was in der Vergangenheit zu einer gebremsten Nachfrage geführt hat. Insbesondere die Flächen des Industrieparks Rurtal in der Ortslage Ratheim waren von diesem Entwicklungshindernis betroffen. Die Nachfrage nach solchen Flächen hat sich erst sukzessive erhöht, nachdem das Flächenangebot im regionalen Kontext deutlich reduziert war. In der Folge wurden die dort vorhandenen Flächen hauptsächlich erst ab dem Jahr 2015 veräußert. Gemäß der Ansiedlungsrichtlinien der Stadt Hückelhoven sind Bauvorhaben innerhalb von zwei Jahren nach Kaufvertragsabschluss abzuschließen. Diese Bebauungsverpflichtung wurde in Hückelhoven ausnahmslos eingehalten. Die Inanspruchnahme der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring konnte in weiten Teilen allerdings erst nach dem definierten Stichtag dokumentiert werden. Die vorbeschriebene Kausalkette lässt sich insgesamt wie folgt zusammenfassen: Ein später Kohleausstieg gegen Ende der 1990er Jahre hat dazu geführt, dass schwieriger vermarktbare Gewerbegrundstücke erst ab dem Jahr 2015 veräußert werden konnten. Durch einen willkürlich festgesetzten Stichtag konnte die Stadt Hückelhoven entsprechende Flächeninanspruchnahmen im Siedlungsflächenmonitoring nicht dokumentieren. In der Folge erhält die Stadt Hückelhoven deutlich weniger neue gewerbliche Ausweisungen als eine Vergleichskommune, die im nahezu identischen Betrachtungszeitraum einen mindestens vergleichbaren Gewerbeflächenverbrauch hatte, diesen jedoch bereits nachweisen konnte.

Heutige Flächenreserven (Stand 11/2024) und Ausblick

Das Siedlungsflächenmonitoring wird von Seiten der Stadt Hückelhoven regelmäßig fortgeschrieben. Nach wie vor bestehen aus Sicht der Stadt Hückelhoven Anpassungserfordernisse, die allerdings noch nicht zum Tragen gekommen sind, da von Seiten der Bezirksregierung hier entsprechende Flächennutzungsplanänderung als Nachweis gefordert werden. Eine Anpassung des FNP im Hinblick auf die in diesem Kapitel aufgeführte Aufstellung wird in Zukunft vorgenommen werden. Dennoch kann auch diese Vorgehensweise nicht verstanden werden. Wenn auf einer Fläche ein rechtskräftiger, parzellenscharfer Bebauungsplan existiert, der klare Festsetzungen für gewerbliche Bauflächen und Grünflächen festsetzt, warum dies nicht als Datengrundlage angewandt werden kann und hierfür noch einmal der Flächennutzungsplan geändert werden muss. Auch dies zeigt dass eine

quadratmetergenau Berechnungsgrundlage im Siedlungsflächenmonitoring nicht auf Basis der Flächennutzungsplandarstellungen abgeleitet werden kann. Zum aktuellen Zeitpunkt (11/2024) stehen der Stadt Hückelhoven gemäß Report des Siedlungsflächenmonitorings insgesamt 16,14 ha Gewerbeflächenreserve einschließlich betriebsgebundener Reserven (**Anlage 3** - Report sfm vom 17.10.2024) zur Verfügung. Die Analyse der tabellarischen Aufstellung der Bezirksregierung (**Anlage 2** — Spalte „Flächenreserve 18.10.2024 laut BezReg (sfm)“), bei der die derzeit im Online-Portal als Gewerbeflächenreserve ausgewiesenen Bezeichnungen summiert wurden, führt wiederum zu einem Wert von 15,18 ha. Vorgenannte Abweichungen zwischen dem im Online-Portal generierten Report und der tabellarischen Aufstellung sind aus städtischer Perspektive erneut nicht nachvollziehbar und untermauern den Eindruck eines ungenauen Monitoring-Systems. Die tatsächlich vorhandene Gewerbeflächenreserve ist grundsätzlich noch weiter zu reduzieren, da diverse Grundstücke im Siedlungsflächenmonitoring zwar als gewerbliche Reserve ausgewiesen werden, in der Realität jedoch nicht mehr verfügbar sind bzw. nicht als Gewerbeflächenreserve gezählt werden dürften. Hierbei handelt es sich folgende Flächen:

Ortslage Ratheim — Industriepark Rurtal

a) Unter der Bezeichnung *B8 GRES Hückelhoven-0016_2_1_1_2* (Anlage 2 — lfd. Nr. 35) wird eine Arrondierungsfläche im Industriepark Rurtal im Siedlungsflächenmonitoring geführt. Unter dieser Bezeichnung sind vier Flurstücke zusammengefasst. Es handelt sich hierbei um drei Waldparzellen und eine landwirtschaftlich genutzte Parzelle. Von den betroffenen Grundstücken wird eine Teilfläche von rund 2,1 ha als gewerbliche Flächenreserve im Siedlungsflächenmonitoring geführt. Im Sinne der Sicherung von gewachsenen Naturräumen bzw. des Naturschutzes kommt eine Rodung der entsprechenden Flächen nicht in Frage. Eine Anpassung im Siedlungsflächenmonitoring wurde bis dato noch nicht akzeptiert, da laut Angabe der Bezirksregierung hierfür eine Änderung des Flächennutzungsplanes als Nachweis vorliegen muss. Eine entsprechende Flächennutzungsplanänderung wird in Zukunft durchgeführt werden, sodass entsprechende Flächenkontingente als Flächentausch an anderer Stelle im Stadtgebiet verortet werden können.

b) Die Versickerungsbecken und Grünflächen entlang des Grundstücks Gemarkung Hückelhoven-Ratheim, Flur 59, Flurstück Nr. 1108 (Grundstück eines Großkonzerns aus dem Bereich Lebensmitteleinzelhandel), ein Teil der Straßenverkehrsfläche der L117n und die Straßenverkehrsfläche „An der Siefe“ werden im Siedlungsflächenmonitoring dem eigentlichen Betriebsgrundstück zugerechnet (*B8 GRES Hückelhoven-0017_1* [Anlage 2 — lfd. Nr. 36]). Diese Grundstücke umfassen in Summe rund 1,8 ha Fläche und werden ebenfalls in der Gewerbeflächenreserve der Stadt Hückelhoven berücksichtigt. Auch hier wird in Zukunft ein FNP-Änderungsverfahren eingeleitet werden, sodass entsprechende gewerbliche Flächenkontingente an anderer Stelle im Stadtgebiet abgebildet werden können.

c) Unter der Bezeichnung *B8 GRES Hückelhoven-0016_1_1_1_1_2* (Anlage 2 — lfd. Nr. 25) werden drei Gewerbegrundstücke und eine Straßenverkehrsfläche als

gewerbliche Flächenreserve mit einer Gesamtfläche von rund 1 ha erfasst. Ein Gewerbegrundstück ist bereits veräußert und wird zeitnah bebaut werden. In Summe stellen somit rund 0,5 ha Fläche keine gewerbliche Flächenreserve für die Stadt Hückelhoven dar.

d) Unter den Bezeichnungen *B8 GRES Hückelhoven-0016_1_1_1_1_1* (Anlage 2 — Nr. 22) bzw. *B8 GRES Hückelhoven-0016_2_1_1_1_1_2* (Anlage 2 — lfd. Nr. 31) werden jeweils ein Gewerbegrundstück und ein Teil einer Waldparzelle mit insgesamt rund 0,9 ha Fläche als betriebsgebundene Reserve und damit als Gewerbeflächenreserve der Stadt Hückelhoven erfasst. Abzüglich der Waldfläche sind die Expansionsflächen der beiden Unternehmen lediglich rund 0,6 ha groß. Die gesamte Fläche kann in der Realität nicht mehr vermarktet werden. Die Waldflächen werden in einem zukünftigen FNP-Änderungsverfahren ebenfalls berücksichtigt werden.

Ortslage Baal — Industriegebiet Baal

e) Ein Teil der Betriebsfläche eines im Industriegebiet Baal ansässigen Unternehmens wird im Siedlungsflächenmonitoring unter der Bezeichnung *B8 GRES Hückelhoven-0001* (Anlage 2 — lfd. Nr. 6) als betriebsgebundene Reserve aufgeführt. Die Fläche ist dem Betriebsgrundstück zuzurechnen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die rund 0,9 ha große Fläche auch nach mehrmaligen Hinweisen der Stadt Hückelhoven weiterhin als Gewerbeflächenreserve berücksichtigt wird.

Ortslage Hilfarth — Betriebsgrundstück Logistik

f) In Hilfarth befindet sich angrenzend an eine ehemalige Produktionsstätte eine rund 4,0 ha große Waldparzelle. Die Fläche mit der Bezeichnung *B8 GRES Hückelhoven-0007* (Anlage 1 — lfd. Nr. 12) wird im Siedlungsflächenmonitoring als betriebliche Reserve eingestuft. Auch hier ist eine Flächennutzungsplanänderung vorgesehen um den Bereich im planungsrechtlichen Sinne als Waldfläche zu sichern (s. Erläuterung zum ASB).

Ortslage Ratheim — Gewerbegebiet Haller Acker

g) Im Siedlungsflächenmonitoring ist die noch nicht entwickelte Gewerbefläche am Haller Acker mit einer Fläche von rund 4,1 ha als Gewerbeflächenreserve berücksichtigt (*B8 GRES Hückelhoven-FNP-54* [Anlage 2 — lfd. Nr. 40]). Auch in diesem Bereich werden die zukünftigen Straßenverkehrs- sowie Grünflächen in einer Größe von rund 1,3 ha der Gewerbeflächenreserve zugeschlagen. Insgesamt werden nach erfolgter Erschließung lediglich rund 2,8 ha vermarktbare Gewerbefläche Haller Acker entstehen bzw. vermarktet werden können. Eine FNP-Anpassung wird hier ebenfalls erfolgen.

Zusammengefasst zeichnet sich in der Realität der tatsächlich vorhandenen Gewerbeflächenreserven somit folgendes Bild:

(Tabelle)

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass bereits veräußerte jedoch unbebaute Gewerbegrundstücke nach den Vorgaben des Siedlungsflächenmonitorings vollständig der städtischen Gewerbeflächenreserve zuzuschlagen sind, stehen der Stadt Hückelhoven abzüglich der vorstehend aufgeführten Anpassungserfordernisse zum aktuellen Zeitpunkt noch 5,74 ha Fläche zur Verfügung. Die Differenz von 10,4 ha soll nach erfolgter Flächennutzungsplanänderung an anderer Stelle im Stadtgebiet verortet werden. Die Ausführungen aus der Stellungnahme der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022 besitzen hinsichtlich der tatsächlich verfügbaren Gewerbeflächenreserven somit grundsätzlich Gültigkeit. Abzüglich der bereits veräußerten aber noch unbebauten Betriebsgrundstücke kann die Stadt Hückelhoven derzeit lediglich rund 4,64 ha Gewerbefläche tatsächlich vermarkten. Im Monitoringsystem bzw. in dieser Flächenangabe ist die vermarktbare Gewerbefläche im Entwicklungsgebiet Haller Acker (voraussichtlich rund 2,8 ha [netto] — s.o.) bereits erfasst. Zuzüglich der noch nicht im Monitoringsystem dargestellten Gewerbefläche im Bereich Baal-Nord (rund 5,7 ha [netto] — s. u. 1001806) werden selbst bei einer stark verlangsamten Flächeninanspruchnahme (seit dem Jahr 2003 durchschnittlich 5,1 ha pro Jahr) die Gewerbeflächenreserven gemäß des zweiten Regionalplanentwurfes nicht lange vorhalten. Der aktuelle Regionalplanentwurf sichert somit weder das im Raumordnungsgesetz festgehaltene Ziel der Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge noch dem vom Souverän (Rat der Stadt Hückelhoven) gesetzten Auftrag zur Sicherstellung der kommunalen gewerblichen Flächenvorsorge.

1033261_012, Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften

Inhalt

Erweiterung Industriepark Rurtal

Im aktuellen Regionalplanentwurf wird für die Stadt Hückelhoven ein GIBflex-Bedarf in Höhe von 11 ha ausgewiesen und als Erweiterung des Industriepark Rurtal zeichnerisch festgesetzt (s. S. 83 Begründung Regionalplan). Eine Gewerbeflächenentwicklung an dieser Stelle im Stadtgebiet entspricht vom Grundsatz her den städtischen Entwicklungsabsichten. Mit Verweis auf die vorangegangenen Ausführungen im Abschnitt „Heutige Flächenreserven“ beantragt die Stadt Hückelhoven die freiwerdenden Gewerbeflächenreserven von rund 10,4 ha in diesem Teilbereich zu berücksichtigen und strebt somit bereits heute eine Umwandlung der Ausweisung von GIBflex zu GIB an.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. /Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1001808, 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1033261_013, Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften

Inhalt

Entwicklung Gewerbegebiet Baal-Nord

Im aktuellen Regionalplanentwurf wird eine rund 8 ha große Gewerbeflächenausweisung im nördlichen Bereich der Ortslage Baal zeichnerisch festgehalten. Gegen die bereits beantragte 53. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Hückelhoven für diesen Bereich wurde seitens der Bezirksregierung mit Schreiben vom 19.12.2023 keine raumordnerischen Bedenken erhoben. Die entsprechende zeichnerische Festlegung im Regionalplanentwurf wird von Seiten der Stadt Hückelhoven dahingehend zustimmend zur Kenntnis genommen. Abzüglich der Straßenverkehrs- und Grünflächen werden im Bebauungsplangebiet voraussichtlich rund 5,7 ha vermarktbare Gewerbefläche (netto) entstehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben.

1033261_014, Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften

Inhalt

Plangebiet A46

Die von der Stadt Hückelhoven in ihrer Stellungnahme vom 22.06.2022 beantragte Gewerbeflächenausweisung in der Größenordnung von 22 ha in der Nähe der Ortschaft Erkelenz-Houwerath (nördlich A46) wird von städtischer Seite zurückgenommen und im aktuellen Regionalplanentwurf auch nicht berücksichtigt. Begründet wird dies unter anderem mit den Ergebnissen aus den Gesprächen zwischen der Kommune und der Bezirksregierung, in denen u.a. ein fehlender Siedlungszusammenhang beanstandet wurde. Weiterhin hat sich seit dem Jahr 2022 eine neue städtische Entwicklungsperspektive ergeben. Die Fläche soll zukünftig für die nachhaltige Energieerzeugung mittels Freiflächenphotovoltaikanlagen genutzt werden. Die dafür erforderliche 60. Flächennutzungsplanänderung sowie ein zugehöriges Bauleitplanverfahren befinden sich derzeit in der Umsetzung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Inhalt

Erweiterung Industriepark Rurtal

In der Beteiligungssynopse Öffentlichkeit findet sich keine Stellungnahme der Bezirksregierung hinsichtlich der von der Stadt Hückelhoven in der Stellungnahme vom 22.06.2022 beantragten Entwicklungsabsicht im Bereich der Ortslage Ratheim, ehemaliger Mitarbeiterparkplatz Industriepark Rurtal. Es ist zu vermuten, dass die Fläche aufgrund ihrer Größe nicht raumbedeutsam ist, weshalb keine weiteren Angaben im Regionalplanverfahren hierzu erfolgt sind. Die Stadt Hückelhoven verfolgt weiterhin die Absicht, die rund 1,7 ha große Brachfläche als Arrondierungsfläche des Industriepark Rurtal einer gewerblichen Nutzung zuzuführen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf einen redaktionellen Fehler in der Planunterlage B-1 "Synopsis: Öffentliche Stellen u.a." hingewiesen. Es handelt sich um eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf des Planentwurfs ergibt sich hieraus nicht.

Der Ausgleichsvorschlag zur beantragten Entwicklungsabsicht im Bereich der Ortslage Ratheim, ehemaliger Mitarbeiterparkplatz Industriepark Rurtal der Stellungnahme der Stadt Hückelhoven vom 22.06.2022 wird in der Synopse nicht aufgeführt.

Im Vorfeld des Beschlusses zur zweiten öffentlichen Auslegung wurden dem Regionalrat des Regierungsbezirks Köln als Planungsträger die Original-Stellungnahmen zur ersten öffentlichen Auslegung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass der Plangeber seine Abwägungsentscheidung auf Basis einer vollständigen Entscheidungsgrundlage vollzieht (vgl. Sitzungsvorlage RR 39/2024).

Der Planungsträger hat sich inhaltlich mit der in Rede stehenden Anregung befasst; das Ergebnis kann der Planunterlage A-2-1 "Blatt01_Kreis Heinsberg_Planentwurf" entnommen werden. Für den in Rede stehenden Bereich der Ortslage Ratheim wurde die zeichnerische Festlegung nicht geändert. Zu Dokumentationszwecken wird dieser Abwägungsvorschlag nachfolgend erläutert:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum,

bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.

Inhalt

Darstellung einer Deponiefläche

Im neuen Regionalplanentwurf ist die Festlegung und Ausweisung einer Halde zur Ablagerung von Mineralstoffen vorgesehen (Nr. 1003238_001). Dazu sollen 10 ha der Steinkohlenbergbauhalde und 20 ha der angrenzenden Ackerflächen genutzt werden.

Die Stadt Hückelhoven wendet sich klar und ausdrücklich gegen diese Ausweisung.

Die Ausweisung der 30 ha großen raumbedeutsamen Deponiefläche war in den bisherigen Entwürfen des Regionalplanes zu keiner Zeit enthalten. Die Stadt Hückelhoven wird im vorliegenden Fall zum ersten Mal über den Planungsabsichten der Bezirksregierung informiert. Die planerische Umsetzung eines solchen Vorhabens ist äußerst sensibel und diffizil. Es ist unverständlich, warum die Bezirksregierung nicht im Vorfeld versucht hat, mit der Stadt und/oder dem Kreis Heinsberg die raumbedeutsame und zukünftig die Lebensqualität in den genannten Stadtteilen negativ beeinflussende Nutzungsabsicht abzuklären. Eine vorherige Information und Abstimmung wären aus Sicht der Stadt notwendig, zweckdienlich und unter beteiligten Behörden üblich gewesen. Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich teilweise um eine heute noch unter Bergaufsicht stehende Halde des ehemaligen Steinkohlebergbaus. Die Halde wurde viele Jahrzehnte lang durch die Zeche Sophia-Jacoba aufgeschüttet. Dadurch sind die Stadtteile Ratheim, Kleingladbach und Altmühl stark belastet und in Mitleidenschaft gezogen worden. Hinzu kommt, dass nach Beendigung des Bergbaus im Jahre 1997 zunächst ein Abschlussbetriebsplan für die Halde erarbeitet wurde, der eine mächtige Überdeckung des Abraummaterials mit kulturfähigem Boden zum Inhalt hatte. Die Aufschüttung mit kulturfähigem Boden dauert bis heute an und führt ebenfalls zu nicht unerheblichen Emissionen und Beeinträchtigungen. Dadurch bedingt ist die Belastung für die Bürgerschaft in der Zeit nach dem Bergbau nicht wesentlich besser geworden. Zeitweise beeinträchtigt das hohe LKW-Verkehrsaufkommen die Ortschaften, mindert die dortige Lebensqualität und führt seit vielen Jahren zu Protesten und Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Der Aufwand zur Erfüllung des Abschlussbetriebsplans ist sehr hoch sowohl für das ehemalige Bergbauunternehmen als auch wegen der oben beschriebenen Beeinträchtigungen für die Bevölkerung. Es ist nicht zu verstehen, warum jahrelang ein für die Bevölkerung als Belastung empfundener Aufwand betrieben wird, immense Kosten auf der einen Seite und Minderungen der Lebensqualität auf der anderen Seite produziert werden, wenn durch die geplante Deponienutzung der Aufwand durch das Bedecken mit kulturfähigem Boden konterkariert und die Belastungen für die Bevölkerung fortgesetzt werden. Die von Seiten des Antragsstellers (Beteiligungssynopse Öffentlichkeit — 1003238_001) vorgetragenen Aussagen zum Thema Erschließung sind unzutreffend und aus Perspektive der Stadt Hückelhoven grundlegend falsch. Es entbehrt jeder Ortskenntnis, dass eine Erschließung der Deponiefläche „ohne jegliche Belastung von Wohngebieten“ erfolgen kann. Die über

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat in seiner Zuständigkeit beschlossen, seine ursprüngliche Abwägungsentscheidung bezüglich des zweiten Planentwurfs (2024) hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandort Hückelhoven zu revidieren und die im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung zu diesem Punkt eingegangenen Stellungnahmen abweichend zu bewerten. (s. ID 1003238_001 1. Offenlage)

Die geänderte Abwägungsentscheidung basiert insbesondere auf Erkenntnissen aus der zweiten Öffentlichen Auslegung (s. ID 1033261_016, 1034609_003).

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für regionalplanerische Festlegungen. Die Stadt Hückelhoven als Belegenheitskommune hat im Verfahren erhebliche Bedenken vorgebracht. Demnach besteht die Befürchtung, dass die Nutzung der ehemaligen Halde als Deponiestandort für die ansässige Bevölkerung mit erheblichen Emissionen, insbesondere verkehrlicher Art, verbunden ist. Nach Aussage der Stadt ist die Akzeptanz in der Bevölkerung für einen Deponiestandort aufgrund der Vorbelastung durch die bisherige bergbauliche Nutzung nicht vorhanden. Die städtebaulichen Entwicklungsvorstellungen der Kommune sehen für die Halde als Nachnutzung eine ökologische Aufwertung sowie eine Kombination aus landwirtschaftlicher Nutzung und einem Standort für Erneuerbare Energien (AgriPV) vor. Darüber hinaus soll der Bereich in Teilen für eine extensive Naherholung erhalten bleiben. Nach Aussage der Stadt würde die Umsetzung der vorgeschlagenen Deponie die Planungen konterkarieren.

Hinsichtlich der abfallwirtschaftlichen Belange empfiehlt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) zwar grundsätzlich potenzielle Standorte für zusätzliche Deponiekapazitäten im Hinblick auf konkurrierende Nutzungen zu sichern, um die mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit zu schaffen. Eine zwingende abfallwirtschaftliche Erforderlichkeit für den konkreten Deponiestandort Hückelhoven wurde von Seiten der Abfallwirtschaft jedoch nicht

Jahre hinweg dauernde Überdeckung der Halde mit kulturfähigem Boden im Rahmen der Erfüllung des Abschlussbetriebsplans erfolgte durch Bodenmaterial, das aus Baustellen aus ganz NRW angeliefert wurde. Diese Belieferungen erfolgten überwiegend aus östlicher Richtung über die A 46. Dabei benutzten die Fahrzeuge die Abfahrt Hückelhoven-Ost und erreichten die Halde über die Houverather Straße und Palandstrasse. Der Schwerlastverkehr durchquert somit also den gesamten Stadtteil Kleingladbach. Dies führt zu hohen Beeinträchtigungen der Lebensqualität in dem ländlich geprägten Stadtteil. In der Vergangenheit haben jegliche Versuche der Verkehrslenkung sich als unzureichend erwiesen. Insbesondere scheiterten die Versuche aufgrund der Tatsache, dass Teile der beschriebenen Strecke zwar durch eine eng bebaute Ortslage führen, diese aber rechtlich gesehen eine Landstraße darstellt. Von Seiten des Straßenbausträgers sind bis heute keine von Seiten der Stadt Hückelhoven vorgeschlagen Abhilfemaßnahmen akzeptiert worden. Eine Umlenkung der LKW-Verkehre über die Abfahrt Hückelhoven-West führt zwar zu einer Entlastung für den Stadtteil Kleingladbach, verursacht jedoch bereits jahrelange Belastungen auf der Heerstraße und Myhler Straße sowie neue Belastungssituation in Ratheim entlang der Straßen Jacobastrasse, Breslauer Straße, Buscherbahn, Danziger Straße, Stettiner Straße, Schulte-Braucks-Straße sowie Am Reitplatz. Nachdem die Bevölkerung jahrzehntelang unter den Beeinträchtigungen des Steinkohlebergbaus gelitten hat, und diese nach Beendigung des Bergbaus durch die hohen ökologischen Anforderungen an die Endgestaltung der Halde bis heute andauern, ist eine weitere Nutzung als Deponiefläche unzumutbar für die Hückelhovener Bevölkerung. Die Annahme des Antragsstellers, eine Erschließung der Deponie könne ohne jegliche Belastung von Wohngebieten erfolgen, ist somit vollkommen unvermittelbar, sachlich falsch und nur durch einen unpräzisen Blick auf die Ortslage bzw. Gegebenheiten vor Ort erklärbar. Einer Ausweisung einer Deponiefläche ist auch aus ökologischen Überlegungen sowie aufgrund der geplanten weiteren Nutzung der Halde zu widersprechen. So besteht die Halde aus Haldenhängen und einem Plateau. Die Hänge sollen der ökologischen Nutzung vorbehalten bleiben. Hier hat sich teilweise bereits eine Nachfolgevegetation gebildet, die für die Zukunft gesichert und gefördert werden soll. Für das Plateau ist weiterhin eine Agri — Photovoltaikanlage mit einer Größe von 18 ha Fläche in Planung. Unter dieser Photovoltaikanlage soll Landwirtschaft in Form von Sonderkulturen betrieben werden. Es gibt bereits einen Vorhabenträger zur Umsetzung dieser Maßnahmen. Das dazu notwendige Planungsrecht soll mit einem Aufstellungsbeschluss für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan im November 2024 begonnen werden. Durch diese Nutzung wird ein wesentlicher Beitrag zur Umsetzung der Klimaschutzziele, die sich die Stadt gesetzt hat, geleistet. Neben der vorbeschriebenen Nutzung soll die Halde außerdem als extensive Naherholungsfunktion erhalten bleiben. Dazu eignen sich die beiden Auffahrten auf die Halde, die sich an entgegengesetzten Enden des Haldenkörpers befinden. Mit einem am Haldenfuß verlaufenden Weg ist einen Rundlauf mit Ausblickfunktion ohne großen Aufwand möglich. Die Naherholungsfunktion plant die Stadt Hückelhoven auch deswegen, um der Bevölkerung „ihre“ Halde „zurückzugeben“, unter deren Beeinträchtigungen sie jahrelang bis heute hin gelitten hat bzw. leidet. Eine Umsetzung der vorgeschlagenen Deponie würde auch diese Überlegungen, die kurzfristig in konkreten Planungen manifestiert werden, konterkarieren.

benannt. Der Regionalplan sichert darüber hinaus zusätzliche Deponiekapazitäten an anderen raumverträglichen Standorten in der Planungsregion und schafft damit die Voraussetzung zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für ablagerungsbedürftigen Abfälle.

Hinsichtlich der privaten, betrieblichen Belange des Deponiebetreibers und der damit verbundenen Eigentumsgarantie des Art. 14 GG ist darauf hinzuweisen, dass sich diese in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen bezieht. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37).

Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Vor dem dargelegten Hintergrund der ständörtlichen Vorprägung durch die Abraumhalde des ehemaligen Bergwerkes Sophia-Jakoba und die hiernit verbunden städtebaulichen Entwicklungsvorstellungen zur ökologischen bzw. energetischen Nachnutzung misst der Regionalrat den von der Stadt Hückelhoven vorgebrachten Bedenken im Rahmen der Gesamtabwägung ein höheres Gewicht bei als den abfallwirtschaftlichen Belangen. Auch die privaten Entwicklungsabsichten zum Betrieb einer neuen Abfalldeponie am Standort, welche als abwägungsrelevante Eigentümerinteressen in die Entscheidungsfindung einfließen, treten unter umfassender Würdigung aller relevanten öffentlichen und privaten Belange im Ergebnis der gesamtheitlichen planerischen Abwägung zurück. Ausgeübte und bestandsgeschützte Rechte bzw. Befugnisse werden nicht berührt.

Vor diesem Hintergrund wird auf die regionalplanerische Sicherung des Deponiestandorts verzichtet. Die Textlichen und Zeichnerischen Festlegung, die Begründung und der Umweltbericht werden entsprechend angepasst.

Gemäß § 9 Abs.3 S.1 ROG ist eine erneute Auslegung entbehrlich, wenn die Belange nicht erstmalig oder stärker berührt sind. Da die Zeichnerischen Festlegungen wieder dem Stand des ersten Planentwurfs (2021) entsprechen, führen die Änderungen nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen, da diese im Rahmen der 1. Offenlage bereits geäußert und im Sinne einer nun erneut vorgenommenen Gesamtabwägung in Bezug auf die Anregungen im Rahmen der zweiten Offenlage nun entsprechend der Betroffenheit der öffentlichen und insbesondere privaten Belange individualisiert zugrunde gelegt wurden, so dass die geänderten zeichnerischen Festlegungen nicht erneut im Internet zu veröffentlichen sind und somit in Bezug auf diese Änderung auch nicht erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

1033261_017, Stadt Hückelhoven - Amt für Stadtplanung und Liegenschaften

Inhalt

Fazit

Gemäß den kommunalen, politischen Beschlüssen erhebt die Stadt Hückelhoven Bedenken gegen den Regionalplanentwurf und fordert die vorgebrachten Änderungen in den Regionalplanentwurf aufzunehmen und im weiteren Verfahrensablauf zu berücksichtigen. Darüber hinaus weist die Stadt Hückelhoven mit diesem Schreiben darauf hin, dass die vorbeschriebene Vorgehensweise bzw. der Verfahrensablauf der Bezirksregierung einer juristischen Prüfung unterzogen wird. Sollte sich hierbei ergeben, dass bereits heute schwerwiegende Verfahrens- oder Methodikfehler begangen wurden, wird die Verwaltung bereits vor Abschluss des Regionalplanverfahrens Rechtsmittel gegen den vorliegenden Regionalplanentwurf einlegen.

(Anlage 1)

(Anlage 2)

(Anlage 3)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird zusammenfassend auf die Stellungnahme im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung verwiesen hier insbesondere ID 1033261.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange werden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zudem aufrecht erhalten,

Zudem wird auf die Erläuterungen im Rahmen der Ausführungen zu ID 1033261 und insbesondere ID 1033261_006 verwiesen.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

AZ: BET_146000_1	
Stadt Übach-Palenberg	
1033359_001, Stadt Übach-Palenberg	
<p>Inhalt</p> <p>Der Rat der Stadt Übach-Palenberg hat in öffentlicher Sonderratssitzung am 14.11.2024 beschlossen, zum zweiten Planentwurf des Regionalplanes, folgende Stellungnahme einzureichen:</p> <p>Der Stellungnahme liegen zwei Anlagen bei:</p> <p>1) Die erste Anlage ist ein Plan, der die Flächen darstellt, die die Stadt Übach-Palenberg im Rahmen der ersten Stellungnahme zum Aufstellungsverfahren zusätzlich anmelden wollte und zu denen nun teilweise erneut Stellung genommen wird.</p> <p>2) Die zweite Anlage ist ein Auszug aus der Beteiligungssynopse, der die Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg bei der ersten Beteiligung sowie die Abwägung der Bezirksregierung hinsichtlich der angemeldeten einzelnen Flächen enthält.</p> <p>Die Darstellungen des zweiten Planentwurfes zur Neuaufstellung des Regionalplanes sowie die Auseinandersetzung mit der Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg werden zur Kenntnis genommen. Es wird darüber hinaus zu folgenden in Anlage 1) aufgeführten Flächen bzw. Teilstellungnahmen in Anlage 2) erneut Stellung genommen:</p> <p><i>ASB 2 neu, ASB 4 neu, ASB 6 neu und GIB 2 neu</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur nachfolgenden Stellungnahme vorgebracht.</p>

1033359_002, Stadt Übach-Palenberg

Inhalt

ASB 2 neu (*siehe Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a. 1000961*):

Der Verweis der Bezirksregierung (BezReg) auf die fehlende Parzellenschärfe der Darstellungen im Regionalplan und auf die fehlende Größe der ASB 2 *neu* für eine Darstellung ist nachvollziehbar. Gemäß Abwägung der BezReg wird die Fläche als „Grundstücke in den Randbereichen“ interpretiert, die unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans liegt und somit Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungsebenen ist. Es wird allerdings befürchtet, dass die Flächen zwischen derzeitigem Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) und Wirtschaftsweg bei einer Anfrage gem. § 34 LPlG nicht als Randbereich interpretiert und somit kein landesplanerisches Einvernehmen erteilt würde. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund plausibel, dass der dann neue Regionalplan solche Randbereiche bereits hätte berücksichtigen können und aufgrund der Aktualität der neuen Darstellungen kleinflächige Erweiterungen in den Agrar- und Freiraumbereich nicht zugelassen werden.

Eine Darstellung als ASB bis zum Wirtschaftsweg (westliche Verlängerung der Friedensstraße) würde somit Planungssicherheit schaffen und darüber hinaus den Siedlungsraum sinnvoll abrunden. Außerdem würde eine Darstellung als ASB nur auf Kosten der Freiraum- und Agrarbereiche stattfinden, nicht aber Regionale Grünzüge o.ä. raumbedeutsamer Freiraumfunktionen einschränken.

Insofern wird darum gebeten, die Darstellung der ASB bis zum Wirtschaftsweg zu erweitern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1000961 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

ASB 4 neu (siehe Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a. 1000963):

Die BezReg folgt der Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg teilweise. Die Darstellung Allgemeiner Siedlungsbereiche beschränkt sich jedoch auf den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Marienhöhe. Die übrigen Flächen werden nicht als ASB dargestellt, da sie nicht bedarfsgerecht seien und somit dem Ziel 6.1-1 LEP NRW widersprechen. Dies kann nicht nachvollzogen werden, da die Stadt Übach-Palenberg am 28.05.2021 die Anfrage gem. § 34 LPlG für den in Rede stehenden Bereich Marienhöhe gestellt hat. Seitens der BezReg wurde uns mit Schreiben vom 13.10.2021 (Aktenzeichen 32/62.-1.15.07-2021-01) von Frau Vanck-Melich die Auskunft erteilt, dass gegen das Vorhaben keine raumordnerischen Bedenken erhoben werden.

In der Zwischenzeit wurde der erste Bauabschnitt durch den Bebauungsplan Nr. 128 – Marienhöhe – gem. § 13b BauGB planungsrechtlich erschlossen. Der FNP wurde im Wege der Berichtigung gem. § 13b i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend angepasst. Der zweite Bauabschnitt wird aktuell durch den Bebauungsplan Nr. 139 – Marienhöhe II – realisiert. Da das Aufstellungsverfahren gem. § 13b BauGB nicht mehr möglich ist, ist für den 2. Bauabschnitt ein Regelverfahren mit FNP-Änderung erforderlich, welches sich in der öffentlichen Auslegung befindet.

In einem Abstimmungsgespräch mit der BezReg am 21.06.2023 wurde diesbezüglich die Frage geklärt, ob für die 69. FNP-Änderung im Bereich Marienhöhe II eine separate Anfrage gem. § 34 LPlG gestellt werden müsse. Damals teilte uns [ANONYMISIERT] mündlich mit, dass dies nicht erforderlich sei und das landesplanerische Einvernehmen für den Bereich Marienhöhe II nach wie vor gilt.

Insofern wird darum gebeten, den ASB auf den Bereich Marienhöhe II auszudehnen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1000963 1. Offenlage) vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPlG sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt.

Inhalt

ASB 6 neu (siehe Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a. 1000965):

Der Verweis der BezReg auf die fehlende Parzellenschärfe der Darstellungen im Regionalplan und auf die fehlende Größe der *ASB 6 neu* für eine Darstellung ist nachvollziehbar. Gemäß Abwägung der BezReg wird die Fläche als „Grundstücke in den Randbereichen“ interpretiert, die unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans liegt und somit Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungsebenen ist. Es wird allerdings befürchtet, dass die Flächen bei einer Anfrage gem. § 34 LPIG nicht als Randbereich interpretiert und somit kein landesplanerisches Einvernehmen erteilt würde. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund plausibel, dass der dann neue Regionalplan solche Randbereiche bereits hätte berücksichtigen können und aufgrund der Aktualität der neuen Darstellungen kleinflächige Erweiterungen in den Agrar- und Freiraumbereich nicht zugelassen werden. Zudem erhält die Fläche die Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“, obwohl eine solche im Bereich des *ASB 6 neu* aufgrund der derzeitigen Sportplatznutzung tatsächlich nicht gegeben ist.

Eine Darstellung als ASB würde somit Planungssicherheit schaffen und darüber hinaus den Siedlungsraum sinnvoll abrunden. Außerdem würde eine Darstellung als ASB keine tatsächlich vorhandene raumbedeutsame Freiraumfunktionen einschränken.

Insofern wird darum gebeten, die Fläche im Kreuzungsbereich der Straßen „Am Ginsterbusch“ und „Hügelstraße“ als ASB darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (s. ID 1000965 1. Offenlage). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

GIB 2 neu (siehe Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a. 1000973):

Die Ablehnung der Darstellung als gewerblich-industrieller Bereich (GIB) und die Erläuterungen können nicht nachvollzogen werden. Aus den in der Stellungnahme zum ersten Planentwurf hervorgebrachten Gründen (siehe 1000973) ist die beabsichtigte Entwicklung der in Rede stehenden Fläche für eine gewerbliche und industrielle Nutzung alternativlos. Außerdem ist die Stadt Übach-Palenberg aufgrund ihrer geringen Flächengröße und der damit verbundenen hohen Siedlungsdichte im Vergleich zu anderen Städten in Kreis Heinsberg ohnehin in ihrer zukünftigen Siedlungsentwicklung sehr eingeschränkt.

Gemäß Z.3 der Begründung zum zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans ist die Siedlungsentwicklung am Bedarf auszurichten (siehe auch Ziel 6.1-1 LEP NRW). Eine bedarfsgerechte Entwicklung stellt gem. § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG eine langfristige wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur sicher. Die BezReg hat für die Stadt Übach-Palenberg einen kommunalen Bedarf an GIB-Flächen von 37 ha ausgewiesen. Bei Nichtdarstellung des *GIB 2 neu* unterschreitet der Regionalplanentwurf den zugestandenen kommunalen Bedarf deutlich und widerspricht damit nicht nur den Zielen des LEP NRW, sondern missachtet auch die Grundsätze der Raumordnung gem. § 2 ROG. Dadurch ist eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur in Übach-Palenberg stark gefährdet. Das Defizit zwischen GIB-Bedarf und Regionalplan-Darstellung beläuft sich im zweiten Planentwurf auf ca. 14 ha (ca. 38 % !) und könnte durch das geplante Gewerbegebiet fast vollständig ausgeglichen werden.

Die Festlegung von Regionalen Grünzügen (RG) im Bereich des *GIB 2 neu* zur Schaffung einer großräumig zusammenhängenden Freiraumstruktur kann ebenfalls nicht nachvollzogen werden, da ein potenzieller RG bereits heute durch die Roermonder Straße sowie ihrer einseitigen Bebauung fragmentiert ist. Somit ist auch keine Biotopvernetzung gegeben. Des Weiteren erfüllen die Grünstrukturen des Übachtals sowie des Wurmthals westlich der in Rede stehenden Fläche die Funktion als klimaökologischer Ausgleich. Die von der BezReg aufgeführten Raumwiderstände stehen der Festlegung der in Rede stehenden Fläche als Siedlungsraum (hier GIB) somit tatsächlich nicht entgegen.

Darüber hinaus ist zu betonen, dass sich die Stadt Übach-Palenberg aktuell in Gesprächen mit der Stadt Herzogenrath befindet, die Flächen mit einem interkommunalen Ansatz als interkommunales Gewerbegebiet zu entwickeln. Der Regionalplanentwurf 2024 stellt südlich der L240n auf dem Stadtgebiet von Herzogenrath bereits GIB dar. Die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete werden von der Landesregierung ausdrücklich begrüßt und gefördert. Auch vor diesem Hintergrund sollte eine entsprechende Festlegung als GIB erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich darüber hinaus keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (s. ID 1000973 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG wurde hinsichtlich der Anregung der Stadt Übach-Palenberg mit den zeichnerischen Festlegungen im Rahmen der 2. Offenlage den natur- und artenschutzfachlichen Belangen Vorrang vor der Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gewährt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Hierzu gilt, dass die Festlegung der Regionalen Grünzüge auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume erfolgt. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z. B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als

Es wird darum gebeten, die Fläche *G/B 2 neu* im weiteren Verfahren bedarfsgerecht als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) festzulegen.

besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. Engstellen, die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.

Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des Regionalen Grünzugs als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet. Die einseitige, nicht durchgängig geschlossene Bebauung entlang der Roermonder Straße steht der Festlegung des Regionalen Grünzugs nicht entgegen.

AZ: BET_147000_1	
StädteRegion Aachen	
1034259_001, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p><u>Einordnung Ausgangssituation, Änderungen zum ersten Regionalplanentwurf:</u></p> <p>Die StädteRegion Aachen versteht sich als innovativer Gemeindeverband, der im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans insbesondere die notwendigen raumrelevanten Strukturen für zukunftsfähiges Wohnen und Arbeiten, vernetzte Mobilität und eine nachhaltige Energieversorgung fokussiert.</p> <p>Die Konkurrenz der einzelnen Nutzungen Wohnen, Erholung, Arbeiten, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr und Infrastruktur um die endliche Ressource Fläche ist groß. Daher ist es umso wichtiger, auf eine bedarfsgerechte Flächenausweisung und effiziente Flächennutzung hinzuwirken und den jeweiligen Nutzungen im Einklang mit den relevanten Belangen von Umwelt, Natur, Landschaft und Klimaschutz die am besten geeigneten Flächen zuzuweisen. Unter den vielfältigen aktuellen herausfordernden Rahmenbedingungen forciert die StädteRegion Aachen daher konsequent die Umsetzung relevanter Strukturwandelprojekte sowie die interkommunale Zusammen-arbeit mit dem Ziel einer zukunftsfähig aufgestellten, nachhaltig strukturierten Region der kurzen Wege.</p> <p>Angesichts der weitreichenden Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Region durch die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln hat die StädteRegion Aachen den 2016 eingeleiteten Aufstellungsprozess im Austausch mit den städteregionsangehörigen Kommunen in vielfältiger Hinsicht begleitet. Grundlage für die Erstellung des ersten Planentwurfes bildeten insoweit neben diversen thematischen Fachbeiträgen der Regionalplanungsbehörde auch ergänzende lokal bzw. thematisch fokussierte Beiträge wie bspw. Entwicklungskonzepte im Rheinischen Revier oder teilräumliche Gewerbeflächenkonzepte.</p> <p>Die StädteRegion Aachen ist dabei dem expliziten Aufruf der Bezirksregierung Köln selbst gefolgt, eine gemeinsame Gewerbeflächenstrategie mit den Kommunen unter Berücksichtigung der Erfordernisse vor Ort auszuarbeiten und mit konzeptionellen Beschlussfassungen aller Kommunen zu hinterlegen, um hier die Gegebenheiten der Teilräume im Sinne des Gegenstromprinzips nach dem Raumordnungsgesetz mit Blick auf die Umsetzungsmöglichkeiten zielgerecht einbinden zu können.</p> <p>Mit Bedauern muss festgestellt werden, dass auch der erneut offengelegte Regionalplanentwurf 2024 teilweise im Gegensatz zu diesen Konzepten steht und deren Umsetzung gar konterkariert. Zudem wurde mit Blick auf die umfassende</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht und Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.</p> <p>Darüber hinaus wird der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen und bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.</p>

<p>Stellungnahme der StädteRegion Aachen vom 31.08.2022 im Rahmen der ersten Regionalplanoffenlage von 132 Eingaben bzw. Anregungen zur Änderung in 96 Punkten nicht gefolgt (Beteiligungssynopse Öffentliche Stellen u.a. der Bezirksregierung Köln S. 36-177). Da es sich nach Ankündigung der Bezirksregierung Köln bei der aktuellen erneuten Planoffenlegung um eine eingeschränkte Offenlage handelt, in der Stellungnahmen nur zur geänderten Planinhalten zugelassen werden, wird von einer erneuten detaillierten Kommentierung seitens der StädteRegion abgesehen und diese auf wesentliche, umfassende Aspekte beschränkt. Zudem wird auf die detaillierten Stellungnahmen der Kommunen verwiesen.</p>	
---	--

Inhalt

Insgesamt zeigen sich im vorliegenden zweiten Planentwurf nach wie vor deutliche Flächendefizite hinsichtlich der prognostizierten Bedarfe für allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Gewerbe-/ Industriebereiche (GIB), mit zum Teil weiter unausgewogenen Flächenausweisungen und Verortungen, wie die folgenden Tabellen verdeutlichen (Hinweis: die Summen in diesen Tabellen der Bezirksregierung sind teilweise fehlerhaft).

Im aktuellen Regionalplanentwurf 2024 gab es eine Anpassung der ermittelten Bedarfe bzw. aus-gewiesenen Potenziale für ASB und GIB, womit nun insbesondere ein wesentlich höheres Defizit an ASB-Flächen resultiert als im ersten Planentwurf 2021. Das Flächendefizit hat sich demnach in der Gesamtbilanz der Städteregion Aachen für ASB um weitere 184 ha verschärft. Ausgehend von ASB-Bedarfen im Umfang von 1119 ha im Entwurfsstand 2021 auf nun 1303 ha im Entwurfsstand 2024, denen lediglich ein ausgewiesenes ASB-Potenzial von 879 ha gegenübersteht, gipfelt dies nun in einem rechnerischen Delta von 424 ha, die zusätzlich/mehr als ASB benötigt werden. Die StädteRegion Aachen verzeichnet in dieser Gegenüberstellung damit das höchste Defizit an ASB-Flächen aller Kreise innerhalb des Regierungsbezirks Köln. Besonders auffällig ist der sprunghafte Anstieg des ASB-Bedarfs im Oberzentrum Stadt Aachen um 169 ha (von 468 ha 2021 auf 637 ha 2024). Vor dem Hintergrund des ausgewiesenen ASB-Potenzials von 122 ha resultiert für die Stadt Aachen nun ein Defizit von 515 ha ASB, eine immense Diskrepanz, die weitere bodenrechtliche Spannungen auch im Umland erwarten lässt. Auch die angrenzenden Kommunen Würselen und Herzogenrath zeigen deutliche ASB-Unterdeckungen, während sich das Verhältnis lediglich in den Eifelkommunen mit ausgewiesenen ASB-Überdeckungen umkehrt.

Mit dem aktuellen Regionalplanentwurf wird somit kein adäquater Rahmen für die zu erwartenden Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklungen geboten und die Knappheit hinsichtlich der künftigen Wohnraumversorgung weiter forciert, zumal bereits drei Kommunen der Städteregion Aachen (Aachen, Eschweiler und Würselen) gemäß der Anfang 2023 in Kraft getretenen Baulandmobilisierungsverordnung NRW zu den Gemeinden mit einem angespannten Wohnungsmarkt gehören. Indikatoren dafür sind die erheblich angestiegenen Miet- und Grundstückspreise und mangelnde Möglichkeiten der Wohnraumversorgung in verschiedenen Segmenten sowie knappe Flächenressourcen.

Die Daten, auf denen die Ermittlung des Flächenbedarfs basieren, wurden bereits im bisherigen Aufstellungsprozess in Frage gestellt und spiegeln insofern die derzeitige Realität der StädteRegion Aachen nicht wieder. Der aktuelle Planentwurf 2024 dokumentiert nun im Vergleich zu 2021 ebenfalls die weiter verschärfte Situation hinsichtlich der defizitären ASB-Bedarfsdeckung, reagiert jedoch planerisch nicht auf die offensichtliche Problemlage. Umso fragwürdiger ist auch die reihenweise

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003943 der 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in einigen Fällen kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Dies verhindert – unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit –, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer

vorgenommene Ablehnung der diversen in der letzten städteregionalen Stellungnahme bzw. von den Kommunen im Rahmen der ersten Planoffenlage geforderten Siedlungsrandarrondierungen, die zu einer ausgewogeneren Siedlungsflächenbereitstellung unter bestmöglicher Berücksichtigung vorhandener Infrastrukturauslastung beitragen und einen Teil des ASB-Deltas hätten auffangen können.

Tabelle 7: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln (Begründung Entwurf 2021)

[Abbildung]

Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln (Begründung Entwurf 2024)

[Abbildung]

Tabelle 8: Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln (Begründung Entwurf 2021, alter Stand)

[Abbildung]

Tabelle 9: Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln (Begründung Entwurf 2024, neuer Stand)

[Abbildung]

Auch bei den Flexibilisierungsinstrumenten ASBflex und GIBflex, die seitens der StädteRegion Aachen ausdrücklich begrüßt wurden und wichtige Handlungsspielräume und Beschleunigungsfaktoren für die folgenden Planungsebenen bieten können, bleibt der aktuelle Planentwurf hinter den Erwartungen zurück. Zur großen Irritation wird dieses Instrument lediglich 3 Kommunen der StädteRegion zugestanden (siehe Tabellen), eine Anwendung in den weiteren Kommunen ist diesen mangels Flächenverortung vorenthalten, obwohl auch hier teilweise Flächenanregungen vorgetragen wurden, die in diese Flächenkategorie hätten übertragen werden können.

Aus Sicht der StädteRegion Aachen erfüllt der Regionalplanentwurf insoweit nicht das Ziel 6.1-1 des LEP NRW, wonach „die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festlegt.“

Umsetzung entziehen. Zum anderen werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung einiger in Rede stehender Fläche als Siedlungsraum stehen Raumwiderstände/ Umweltauswirkungen/landesplanerische Vorgaben/sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entgegen. Dies gilt entsprechend für die Festlegung von Flex-Bereichen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist Tabelle 8: *Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln* zu entnehmen. Dabei kann es rundungsbedingt zu Abweichungen aufgrund der technischen Verarbeitung der Daten kommen. Dies entspricht auch dem groben, gesetzlich vorgegebenen überörtlichen Maßstab des Regionalplans. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1034259_003, StädteRegion Aachen

Inhalt

Da angesichts des aktuellen Planentwurfs auf Ebene der Regionalplanung keine weitere Handhabe zur Entschärfung dieser Problemlage zu erwarten ist, zeigt sich auch hier die Notwendigkeit auf lokaler/ städteregionalen Ebene alternative Strategien zu entwickeln. Um für die zukünftige Siedlungs- und Wohnraumentwicklung bedarfsgerecht handeln zu können, hat die StädteRegion als eine von bundesweit vier Regionen dazu Mitte 2024 den Förderzuschlag als „Modellprojekt der Raumordnung“ (MORO) – „Mehr Wohnungsbau ermöglichen: Raumordnung und interkommunale Kooperation als Wege aus der Wohnungsnot“ erhalten. Auch hierbei steht die interkommunale Zusammenarbeit und die detailliertere Auseinandersetzung mit den Bedarfslagen in den städteregionalen Kommunen sowie den angrenzenden Gemeinden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und den Niederlanden im besonderen Fokus, basierend auf den etablierten Austauschformaten der letzten Jahre sowie dem Wunsch nach der Weiterentwicklung regionaler Zusammenarbeit unter Einbindung weiterer Partner wie dem Region Aachen Zweckverband. Da die Daten von IT.NRW von den Fachexperten im Rahmen der MORO-Begleitforschung als nicht der örtlichen Realität entsprechend angesehen werden, wird in diesem Projekt auch eine neue differenziertere Wohnungsbedarfsprognose für die StädteRegion Aachen avisiert. In diesem Zusammenhang wird auch der LOI der Bezirksregierung Köln zur MORO-Mitwirkung ausdrücklich begrüßt und an die dortigerseits bereits in Aussicht gestellten, schnellen künftigen Regionalplanänderungsverfahren im Bedarfsfall gerne angeknüpft, soweit eine Berücksichtigung im jetzigen Aufstellungsprozess aus zeitlichen Gründen nicht möglich sei.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen und Maßnahmen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

<p>Inhalt</p> <p><u>Einordnung zukünftige wirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Entwicklung (insbes. GIB)</u></p> <p>Die Wirtschaftsstruktur der StädteRegion Aachen ist geprägt durch die Wissenschaftslandschaft, in deren Zentrum sich eine der wenigen deutschen Exzellenzuniversitäten sowie eine der größten und renommiertesten Fachhochschulen Deutschlands befinden und einem starken verarbeitenden Gewerbe. Durch die räumliche Nähe zu den beiden Aachener Hochschulen ergibt sich in der StädteRegion Aachen eine besonders dichte und technologieorientierte Unternehmensstruktur. Dies zeigt sich einerseits durch eine besonders hohe Gründungsintensität technologieorientierter Unternehmen. Damit einher geht ein stetiges Wirtschaftswachstum und eine entsprechende Nachfrage nach Gewerbeflächen. Darüber hinaus ist die StädteRegion Aachen durch den Strukturwandel geprägt. Nur 40 Jahre nach dem ersten energiepolitisch bedingten Strukturwandel im Aachener Revier trifft die StädteRegion Aachen in besonderem Maße das Auslaufen des Braunkohletagebaus mit dem regionalen Kraftwerksstandort Weisweiler und deren Zulieferbetrieben.</p> <p>Die gravierenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Wirtschaft und die Energieversorgung in der StädteRegion Aachen werden durch aktuelle globale Entwicklungen in dramatischer Weise verstärkt. In Zukunft muss die Region nachhaltiger und unabhängiger wirtschaften, Forschung und Innovation müssen gestärkt, aufwendige Transportwege mit unsicheren Lieferketten vermieden und marktnahe Produktionsstätten geschaffen werden. Hierzu bedarf es weiterer Anstrengungen zur Strukturstärkung sowie entsprechender Entwicklungsräume, die zwischen den unterschiedlichen Akteuren auf Landes-, Bezirksregierungs-, ZRR- und Kommunalebene dringend der zeitlich sowie inhaltlich optimierten deckenden Abstimmung bedürfen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p> <p>Zudem gilt, dass der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch festlegt und eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen sichert.</p> <p>Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPlG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.</p>
---	--

1034259_005, StädteRegion Aachen

Inhalt

Im Zuge der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans wurde ein Zusatzbedarf an Gewerbeflächen durch den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Braunkohle anerkannt und bedeutsame Strukturwandelprojekte in der Städteregion identifiziert. Dazu gehören unter anderem der Forschungsflugplatz Würselen-Aachen, der EUREGIO Railport und der kreisübergreifende Future Mobility Park.

Gleichzeitig wurde als wichtiges zukunftsweisendes Instrument interkommunaler, vorausschauender und nachhaltiger Gewerbeflächenpolitik im regionalen Kontext auf Basis einer gemeinsamen Gewerbeflächenstrategie ein städteregionaler Gewerbeflächenpool implementiert, um für alle Kommunen eine möglichst große Flexibilität zu schaffen, Divergenzen innerhalb der Region zu nivellieren und Flächenengpässe zu beseitigen. Nach diesem Lösungsansatz sollten insbesondere drei Gewerbegebiete in Eschweiler (ca. 73 ha, Bereich Kinzweiler östlich der L 240), Würselen (ca. 43 ha, südlich Forschungsflugplatz Würselen-Aachen) und Herzogenrath (ca. 6,5 ha, südlich Technologiepark) möglichst unter Inanspruchnahme von Fördermitteln entwickelt werden und dem folgend als GIBregional bzw. GIBinterkommunal passend im Regionalplan verstandortet werden. Im Frühjahr 2020 wurde die komplexe Poolkonstruktion von den Räten der beteiligten regionsangehörigen Kommunen (Stadt Aachen, Stadt Eschweiler, Stadt Herzogenrath, Gemeinde Roetgen, Stadt Stolberg, Stadt Würselen) sowie der StädteRegion Aachen beschlossen und eine entsprechende Vereinbarung verabschiedet.

Die StädteRegion Aachen stellt jedoch mit Bedauern auch nach wiederholten Eingaben fest, dass auch der zweite Regionalplanentwurf im Gegensatz zum Städteregionalen Gewerbeflächenpool steht. Zwar werden mit einer zusätzlichen GIB-Fläche in Herzogenrath, südlich des Technologieparks, nun die relevanten Flächen des Städteregionalen Gewerbeflächenpools als GIB-Flächen anerkannt, was die StädteRegion Aachen ausdrücklich begrüßt, jedoch sind die Zweckbindungen der Flächen nicht kongruent zur Konzeption des Gewerbeflächenpools. Insbesondere durch die fehlende Übernahme des 2006 durch den Regionalrat initiierten interkommunalen Gewerbegebiets am Standort Flugplatz Merzbrück kommt es hierbei zu erheblichen Verwerfungen, die den bisherigen Bestrebungen und Vereinbarungen zuwiderlaufen. Durch die seitens der Bezirksregierung vorgenommene Streichung des dortigen interkommunalen Gewerbegebiets und die „Ersatzausweisung“ als GIBtransformation mit der Begründung, dass die Fläche sonst komplett entfallen wäre, decken sich entscheidende Planungsleitlinien nicht mehr. Damit entfallen im schlimmsten Fall durch die abweichende Regionalplanung zudem Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit in der in einem mehrjährigen Prozess beschlossenen Konstellation bzw. werden aus nicht nachvollziehbaren Gründen in bislang nicht fokussierte Bereiche verschoben. Lediglich die Fläche im Bereich Eschweiler-Kinzweiler wurde bereits über eine vorgezogene Regionalplanänderung gewürdigt und ist auch im Regionalplanentwurf als GIBinterkommunal ausgewiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1004088 1. Offenlage). Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend wird auf den Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme ID 1033441_001 verwiesen.

Die StädteRegion Aachen hält insoweit an ihrer bisherigen Stellungnahme und Anregung zur Berücksichtigung des städteregionalen Gewerbeflächenpools im Regionalplan fest.

Inhalt

Die im ersten Regionalplan enthaltenen Flächen GIBz mit der Zweckbestimmung Starterstandorte Strukturwandel sowie der Grundsatz G.17 „Chancen für den Strukturwandel nutzen“ wurden im aktuellen Entwurf in die neu erstellte Flächenkategorie GIBtransformation und in das Ziel Z.neu2 „GIBtransformation sichern und umsetzen“ überführt. Dadurch wurde der ursprüngliche Grundsatz zu einem Ziel angehoben. Dieses neue Ziel kann anhand der Anforderungen an zulässige Vorhaben im Vergleich zu den bisherigen Festlegungen Einschränkungen bzw. Unsicherheiten mit sich führen. So haben die im Ziel aufgeführten Kriterien zum Teil keinen Bezug zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen auf nachfolgenden Planebenen wie dem Festsetzungskatalog des Baugesetzbuchs (z.B. „Vorhaben und Vorhabenverbünde für Produkt- und Prozessinnovationen in innovativen oder zukunftssträchtigen Bereichen, die den Strukturwandel im Rheinischen Revier mit dem Ziel unterstützen, idealerweise tarifgebundene Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen sowie Wertschöpfung zu erhalten und neue Wertschöpfung zu organisieren“). Hier zeichnen sich bereits Unklarheiten und Unsicherheiten auf der umsetzenden Ebene der kommunalen Bauleitplanung ab, zu der die StädteRegion Aachen mit Blick auf die Zielkonkretisierungen vielseitigen Klärungsbedarf sieht. Es bedarf dabei klarer Definitionen und Hinweise zur Anpassung der nachfolgenden Planungsebenen an das Ziel Z.neu2, das die Nutzbarkeit und Flächenentwicklung auch angesichts bereits fortgeschrittener Flächenkonzeptionierungen und laufender Fördermittelanträge nicht hemmt. Angesichts dieser Unklarheiten bzw. Tragweite sollte auch eine Herabstufung der Anforderungen wieder zu einem Grundsatz erwägt werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Zudem ist hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien darauf zu verweisen, dass es sich hierbei um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Sie stellen somit eine Auslegungshilfe für den Wortlaut des § 38 LPIG dar. Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat diese am 09.12.2022 und der Regionalrat des Regierungsbezirk Düsseldorf am 15.12.2022 beschlossen. Planungen und Vorhaben unter Anwendung des § 38 LPIG NW 2005 in der Fassung vom 28.05.2024 müssen mindestens einem dieser Kriterien entsprechen; die Kriterien müssen nicht kumulativ, d.h. in ihrer Gesamtheit erfüllt sein. Eine Festlegung als Ziel erfolgt somit in sachgerechter Weise auf Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Die Entwicklung von solchen profilierten Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft im Rheinischen Revier. Die Regelungen des § 38 LPIG erfordern daher eine entsprechende Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in

	der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben hierzu eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung hinsichtlich der Einhaltung der Kriterien gewährleistet werden.
--	---

Inhalt

Standort Würselen-Merzbrück, Forschungsflugplatz Würselen-Aachen, GIB-Ausweisungen

Die Landesregierung hat den Standort rund um den Forschungsflugplatz Würselen-Aachen zuletzt per Kabinettsbeschluss vom März 2024 zum Ankerprojekt für den Strukturwandel identifiziert.

Die schon seit mehreren Jahren regionalplanerisch gesicherten GIB-Flächen rund um den Forschungsflugplatz und die darüber hinaus seitens der StädteRegion Aachen und Stadt Würselen in der Regionalplanoffenlage 2022 angeregte Erweiterung um zusätzliche Transformationsflächen sollen einerseits zusätzlichen Raum zur Bewältigung des Strukturwandels bieten und andererseits die durch den Städteregionalen Gewerbeflächenpool gebündelten kommunalen Bedarfe für eine regionale, interkommunale und nachhaltige Gewerbeflächenentwicklung abbilden. Die bestehende GIB-Fläche südlich der Landebahn ist bereits elementarer Bestandteil der interkommunalen Zusammenarbeit zum Gewerbeflächenpool in der StädteRegion Aachen, der von den Räten der beteiligten regionsangehörigen Kommunen (Stadt Aachen, Stadt Eschweiler, Stadt Herzogenrath, Gemeinde Roetgen, Stadt Stolberg, Stadt Würselen) sowie der StädteRegion Aachen beschlossen und dazu eine entsprechende Vereinbarung verabschiedet wurde. Die Bauleitplanung wurde mit dieser Zielsetzung bereits ebenfalls eingeleitet und 2021 die landesplanerische Konformität seitens der Bezirksregierung bestätigt.

Im Zuge der Beteiligung zur Regionalplanneuaufstellung Mitte 2022 haben die Stadt Würselen und die StädteRegion Aachen in Ihren Stellungnahmen vor dem Hintergrund des interkommunalen Gewerbeflächenkonzepts eine Flächenerweiterung des o.g. GIB-Bereichs Würselen-Merzbrück nach Süden und Norden als Transformationsflächen angeregt, dies insbesondere unter Berücksichtigung ihrer herausragenden Bedeutung für den Themenschwerpunkt Aviation im Rheinischen Revier i.V.m. ihrer besonderen Lagegunst sowie den verkehrlichen/ infrastrukturellen Erschließungsvorteilen.

Als neue Flächenkategorie Transformationsfläche sollte diese ergänzend zu der bereits konzeptionierten Poolfläche der Aufnahme von Sonderbedarfen im Rheinischen Revier entsprechend LEP NRW und §38a LPlG NRW dienen. Diesbezüglich wurde in der Machbarkeitsstudie der RegioTram Ast Merzbrück eine möglichst optimierte Flächenerschließung bereits vorausschauend einbezogen, um eine beispielhaft nachhaltige Gewerbeflächenkonzeptionierung zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund wird die derzeitige GIB-„Umwidmung“ südlich des Forschungsflugplatzes als Transformationsfläche und lediglich geringfügige Erweiterung mit GIBflex als nicht ausreichend und dem Städteregionalen Gewerbeflächenkonzept zuwider laufend angesehen. Insbesondere ist hinsichtlich der GIBflex-Ausweisung fraglich, auf welche Tauschmöglichkeiten die Bezirksregierung abzielt, da ja eben eine Bedarfs-Bündelung und zügige Umsetzungsstrategie am

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird nicht entsprochen. Diesbezüglich wird auf die Stellungnahme ID ID 1033441_003 verwiesen.

verkehrsgünstigem Standort Merzbrück mit besonderer Strahlkraft für die StädteRegion Aachen forciert wird, zumal hierzu bereits weitergehende Grundstücksverfügbarkeiten bei der interkommunalen Entwicklungsgesellschaft bestehen. Die Deckung der regionalplanerischen Sicherung der zusätzlichen Flächen hat die Regionalrat in seiner Sitzung am 11.10.24 Rechnung getragen, wonach die Fläche möglichst zügig in einem nachgelagerten Änderungsverfahren des neuen Regionalplans vorgesehen ist.

[Abbildungen]

1034259_008, StädteRegion Aachen

Inhalt

Alsdorf, GIB-Bereich Alsdorf Schaufenberg

Die Ausweitung weiterer GIB-Bereiche in Alsdorf Schaufenberg wird grundsätzlich begrüßt. Es wird der erneuten Anregung der Stadt Alsdorf gefolgt, in Übereinstimmung mit dem städteregionalen Gewerbeflächenkonzept, statt der Ausweisung als GIBregional / GIBflex diese als GIB ohne Zweckbindung darzustellen, da die Stadt Alsdorf ihre interkommunale Zusammenarbeit an an-derer Stelle im Rahmen des Future Mobility Parks fokussiert. Auf die entsprechenden Bedarfsausführungen der Kommune wird verwiesen.

[Abbildungen]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt.

Bezüglich der Anregung, eine Ausweisung als GIB vorzunehmen, wird auf die Erläuterungen zu den Stellungnahmen der Stadt Alsdorf StnID 1034516_023 sowie 1034516_005 verwiesen.

Inhalt

Alsdorf & Baesweiler, Future Mobility Park

Die Kommunen Aldenhoven, Alsdorf, Baesweiler und Linnich verfolgen unterstützt durch die StädteRegion Aachen und den Kreis Düren das gemeinsame Ziel, ein interkommunales Gewerbegebiet an den Standorten des ehemaligen Zechengeländes Emil Mayrisch in Aldenhoven und Baesweiler sowie nahe des Business Park Alsdorf-Hoengen auf dem Gebiet der Gemeinde Aldenhoven zu errichten, weiterzuentwickeln und zu betreiben. Unter dem Namen „Future Mobility Park“ soll gemäß dem städteregionalen Gewerbeflächenkonzept eine moderne, zukunftsweisende und nachhaltige, weitgehend klimaneutrale Gewerbeflächenentwicklung stattfinden, um dringend benötigte Gewerbeflächen interkommunal zu mobilisieren und dem strukturwandelbedingten Wegfall von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung entgegenzuwirken. Die Kommunen, gemeinsam mit der StädteRegion Aachen und dem Kreis Düren haben noch auf der EXPO 2024 den gemeinsamen Willen, diese Flächenentwicklung zu forcieren und diese voranzutreiben mit der Unterzeichnung eines Lols Ausdruck verliehen. Die StädteRegion Aachen begrüßt daher die Ausweisung der zusätzlichen Transformationsfläche östlich des Business Park Alsdorf auf dem Gebiet der Kommune Aldenhoven in der erneuten Regionalplanoffenlage.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Zudem werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben.

Inhalt

Baesweiler, Erweiterung einer GIB-Fläche im Nordosten der zweckgebundenen GIB-Fläche des ehemaligen Kraftwerkstandortes Siersdorf (Future Mobility Park Baesweiler/Aldenhoven)

[Abbildungen]

Eine Ausweitung der GIB-Fläche wurde bereits zur ersten Regionalplanoffenlage angeregt und nicht übernommen. Die StädteRegion Aachen schließt sich der Forderung der Kommune an, hier zumindest eine GIBflex Ausweisung vorzunehmen. Weshalb dies als 10ha GIBflex-Fläche gemäß Tabelle 9 für Baesweiler nicht verortet werden soll, sondern die Bezirksregierung für Baesweiler an 0 ha GIBflex festhält, kann nicht nachvollzogen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Weiterführend wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme StnID 1033384_003 der Stadt Baesweiler verwiesen.

Inhalt

Monschau, Erweiterung eines GIB-Bereiches im Osten von Imgenbroich

Die Erweiterung, die im Wesentlichen der Anregung aus der ersten Regionalplanoffenlage entspricht, wird begrüßt.

Diese Fläche ist jedoch beispielhaft für viele ähnliche Fallkonstellationen von Flächenarrondierungen, die von Kommunen angeregt wurden, die jedoch leider in der Abwägung der Bezirksregierung abgelehnt wurden. Das wiederholt aufgeführte Argument der Darstellungsschwelle von 10 ha kann in diesem Kontext nicht schlüssig nachvollzogen werden, da an diversen Stellen innerhalb des Regierungsbezirks Flächen deutlich unterhalb von 10 ha ergänzt wurden.

Bezogen auf die weiteren Änderungen bei der Ausweisung von GIB-Flächen in den städteregionalen Kommunen folgt die StädteRegion Aachen den Stellungnahmen der betroffenen Kommunen bzw. begrüßt die zusätzlichen Ausweisungen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus erfolgen die zeichnerischen Festlegungen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1034259_012, StädteRegion Aachen

Inhalt

Weitere Darstellungen:

In der „Änderungssynopse Textliche Festlegung“ 1003959 wurde die geforderte Korrektur nicht übernommen. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Obersee ein Teil der Rurtalsperre darstellt und nicht gesondert aufgeführt wird. Demnach ist zu verstehen, dass die Rurtalsperre auch der Trinkwassernutzung dient. In Tabelle 2: „zeichnerisch festgelegte Standorte für bestehende Talsperren und Vorsorgebereiche Talsperren im Regierungsbezirk der Bezirksregierung Köln sowie ihre Zweckbestimmung“ ist leider unter Rurtalsperre kein T für Trinkwassergewinnung eingetragen. Es wird gebeten dies nachzutragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Festlegung der wasserwirtschaftlichen Funktionen ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). In Rücksprache wurden die Funktionen wie folgt angepasst: Für die Rurtalsperre werden die Funktionen Niedrigwasseraufhöhung (N), Brauchwasser (B), Erholung (E), Hochwasserschutz (H), Krafterzeugung (K) und Trinkwassergewinnung (T) gelistet. Die Änderungen der Funktionen werden analog der Tabelle 2 auch im Beiblatt der Erläuterungskarte F9 ergänzt bzw. angepasst. Zur weiteren Erläuterung wird auch auf die Stellungnahme 1033383_007 verwiesen.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

1034259_013, StädteRegion Aachen	
<p>Inhalt</p> <p>Die StädteRegion Aachen begrüßt die Aufnahme der Linienführung der Anbindung Baesweiler an die Strecke Aachen – Jülich. Es wird der Anregung der Stadt Baesweiler gefolgt, den Trassenverlauf um 200 m nach Westen in Richtung des Future Mobility Parks zu verschieben, um eine attraktive Erschließung dessen mit dem SPNV auch aus Baesweiler zu ermöglichen.</p> <p><i>[Abbildungen]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht entsprochen. Es wird auf den Abwägungsvorschlag zu StnID 1033356_007 verwiesen.</p>

1034259_014, StädteRegion Aachen

Inhalt

Zusammenfassung:

Das Bestreben, den Neuaufstellungsprozess des Regionalplans Mitte 2025 abzuschließen kann aus Sicht der StädteRegion nachvollzogen werden. Die StädteRegion begrüßt die vom Regionalrat in der Sitzung des Regionalrats am 11. Oktober 2024 eingebrachten Änderungen, welche in den aktuellen Entwurf übernommen wurden (ASB in Rohren (Monschau), Schienenanbindung in Baesweiler). Die StädteRegion begrüßt ausdrücklich die Initiative des Regionalrats in der gleichen Sitzung hinsichtlich zusätzlicher Flächen am Standort Merzbrück durch einen entsprechenden Ergänzungsbeschluss, wonach die Fläche möglichst zügig in einem nachgelagerten Änderungsbeschluss des neuen Regionalplans vorgesehen ist. Gleiches gilt für die Reservefläche Monschau/Simmerath. Darüber hinaus ist es zwingend notwendig, zügige Änderungen des künftigen Regionalplans auch bezüglich weiterer zusätzlicher Flächenausweisungen und Anpassungen in einem vertretbaren Zeitrahmen und mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zum künftigen Verfahrensablauf gegeben.

AZ: BET_148000_1	
Stadt Wassenberg	
1033323_001, Stadt Wassenberg	
<p>Inhalt</p> <p>A. Allgemeiner Siedlungsbereich</p> <p>1. Arrondierung zwischen Bergstraße und Am Segelberg, Wassenberg-Oberstadt</p> <p>Abb.-ID: 1005491</p> <p>Die Stadt Wassenberg begrüßt die vorgesehene Planung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

2. Arrondierung des Siedlungsgebietes auf der Fläche südlich des Wasserschutzparks**Abb.-ID: 1005492**

Die Stadt Wassenberg kann dem Abwägungsergebnis nicht folgen und widerspricht diesem. Die Nachfrage nach Wohnraum ist in Wassenberg auf einem Höchststand und kann bereits jetzt kaum noch gedeckt werden. Es kommen im zentralen Siedlungsgebiet lediglich vereinzelte Arrondierungsmöglichkeiten in Frage, die beinahe ausgeschöpft und verhältnismäßig marginal sind. Die mit Stellungnahme vom 25.08.2022 dargestellte Fläche erstreckt sich über lediglich 0,1 km² und eignet sich außerordentlich zur Abrundung des zentralen Siedlungsgebietes Wassenbergs. Zur teilweisen Deckung der hohen Nachfrage nach Wohnungsraum ist sie damit bedarfsorientiert und entspricht der Zielfestlegung „Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten“.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005492 1. Offenlage) vorgebracht.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Stadt Wassenberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich daher keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen (Stn ID 1005492) verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

3. Fläche nördlich des Wasserschutzparks zwischen dem Wirtschaftsweg und der Bebauung als Arrondierung des Siedlungsschwerpunktes**Abb.-ID: 1005493**

Die Stadt Wassenberg kann dem Abwägungsergebnis teilweise dahingehend folgen, dass die Erweiterung des ASB im südlichen Bereich innerhalb des Gebietes für Grundwasser- und Gewässerschutz liegt. Die Stadt Wassenberg kann dem Abwägungsergebnis jedoch dahingehend nicht folgen, dass es keinen ausreichenden kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionaplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gebe und widerspricht dem Abwägungsergebnis insoweit. Zur näheren Begründung siehe A. 2 [Stellungnahme ID 1033323_002]. Die mit Stellungnahme vom 25.08.2022 dargestellte Fläche erstreckt sich insgesamt über 0,13 km². Als Kompromiss schlägt die Stadt Wassenberg vor, den nördlichen Zipfel der ursprünglich vorgeschlagenen Fläche zwischen „Dämmerweg“ und der Straße „Am Steg“ als Allgemeinen Siedlungsbereich auszuweisen. Die Fläche beschränkt sich auf eine Größe von lediglich ca. 0,027 km² und ist damit vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum in Wassenberg bedarfsgerecht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005493 1. Offenlage) vorgebracht.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklausur nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich dessen ungeachtet keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit

vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPLG sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha. Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

B. Gewerbe- und Industriegebiet**1. Ausweisung einer Gewerbefläche zwischen Rurtalstraße und Forster Weg als Arrondierung des vorhandenen Gewerbegebietes****Abb.-ID: 1005494**

Dem Abwägungsergebnis wird dahingehend widersprochen, dass die Stadt Wassenberg über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzung habe. Zum aktuellen Zeitpunkt stehen im Stadtgebiet Wassenberg keine Gewerbeflächen zur Verfügung bei gleichzeitiger sehr hoher und anhaltender Nachfrage von Gewerbetreibenden, die sich entweder neu in Wassenberg ansiedeln, oder ihre bereits im Stadtgebiet liegenden Betriebsstätten erweitern wollen. Der Bedarf zur Erweiterung des Gewerbegebietes ist damit eindeutig gegeben und zwingend notwendig.

Darüber hinaus ist das Argument, dass die Darstellungsschwelle nicht erreicht sei bzw. die Fläche unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans liegen würde, nicht nachvollziehbar. Das Vorhaben einer Arrondierung beläuft sich zwangsläufig auf verhältnismäßig kleine Flächen, die einer weitaus größeren Gebietsfläche zugeordnet werden soll. Da das Gewerbegebiet „Forst“ weitaus größer als 10 ha ist, sollte dieses Argument nicht tragen dürfen. Die Arrondierung ist insofern auch bedarfsgerecht. Es wird daher weiter darum gebeten, die Fläche zwischen Rurtalstraße und Forster Weg als Arrondierung des vorhandenen Gewerbegebietes auszuweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005494 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPIG sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

2. Ausweisung einer Gewerbefläche zwischen Lotthorster Straße und L117**Abb.-ID: 1026028**

Die Stadt Wassenberg bittet die Autorenkorrektur zur Abb.-ID 1026028 zu revidieren. Wie unter B.1. bereits beschrieben, verfügt die Stadt Wassenberg über einen erheblichen Bedarf an Regionalplanreserven für gewerbliche und industrielle Nutzung, da derzeit keine Gewerbeflächen zur Verfügung stehen und gleichzeitig eine sehr hohe Nachfrage an der Ausweisung zusätzliche Gewerbeflächen besteht. Ohne die Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen wird die Stadt Wassenberg keine Möglichkeit haben, sich in dieser Hinsicht zu entwickeln, weshalb die Ausweisung von hoher Bedeutung und dringend notwendig ist. Es wird beantragt, die dargestellte Fläche in einer Größe von ca. 12 ha als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) oder alternativ als GIB-Flex-Bereich festzusetzen. Aufgrund der Größe von lediglich 12 ha ist davon auszugehen, dass die Fläche bedarfsgerecht ist, zumal sie nur leicht über der Darstellungsschwelle von 10 ha liegt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026028 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird zudem auf Folgendes verwiesen: Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Darüber hinaus werden zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete

Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Die Ermittlung der Flex-Bedarfe fußt dabei auf einem Richtwert von 50% der ermittelten Siedlungsraumbedarfe, um einerseits ein angemessenes Verhältnis zum Siedlungsflächenbedarf herzustellen und andererseits in Hinblick die zeichnerische Festlegung (in der Regel ab 10 ha) ein regionalplanerisch darstellungsfähiges Mengengerüst zu erhalten. Dabei werden auch etwaige Überhänge bei den Siedlungsflächenreserven berücksichtigt. Die Festlegung von ASBflex und GIBflex erfolgt im Rahmen der Neuaufrstellung des Regionalplans anhand eines eigenen Planzeichens. Das Ausschöpfen der ermittelten Bedarfe durch Festlegungen ist nicht zwingend erforderlich und "übrige" Bedarfe werden nicht regional verteilt. Die Tabelle *Potentiale zur Festlegung von ASBflex und GIBflex in den Kommunen des Regierungsbezirks Köln* in der Begründung wurde um die tatsächlichen verorteten ASBflex und GIBflex ergänzt und ist insofern als Dokumentation eines Prozesses zu verstehen.

ASBflex und GIBflex dürfen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme richtet sich nach dem Ziel *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Im Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW sind die Bereiche (ASB/GIB) zu benennen, innerhalb welcher dauerhafte Vollzugshindernisse vorliegen. So wird sichergestellt, dass nicht mehr Fläche als gemäß ermitteltem Bedarf in Anspruch genommen wird.

AZ: BET_149000_1	
Mühlenstadt Wegberg	
1033438_001, Mühlenstadt Wegberg	
<p>Inhalt</p> <p>der Ausschuss für Wohnen, Bauen, Vergabe und Liegenschaften der Stadt Wegberg hat über die Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf beraten und die Verwaltung beauftragt, die nachfolgende Stellungnahme bezogen auf das Stadtgebiet Wegberg vorzubringen. Ich bitte Sie, die Anregungen dieser Stellungnahme bei der weiteren Bearbeitung des Regionalplanes zu berücksichtigen. Die Bezeichnungen der betroffenen Bereiche sind aus der Ursprungsstellungnahme vom 31.08.2022 entnommen. Sofern diese Bereiche den in den Planunterlagen aufgeführten ID zugeordnet werden können, wird die jeweilige ID zusätzlich angegeben.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt

Nachrichtliche Übernahme von BSAB (ID 1018199)

Als nachrichtliche Übernahme wurden nun im Regionalplanentwurf die Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) übernommen. Dieser sachliche Teilplan befindet sich jedoch noch im Verfahren. Am 18.06.2024 hatte der Fachausschuss der Stadt Wegberg über den Inhalt der Stellungnahme einen Beschluss gefasst. In dieser Stellungnahme (siehe Anlage) wurde zum Abgrabungsbereich B 57 / Am alten Schlagbaum (L127) ausgeführt, dass die angrenzende Wohnbevölkerung bereits heute durch die bestehenden Betriebsabläufe (Beton- und Asphaltwerk, Bauschuttrecycling, Grünannahme und bestehende Abgrabung) des ansässigen Unternehmens und den damit verbundenen Emissionen extrem stark beeinträchtigt wird. Der ursprünglich erteilte „lokale Konsens“ wurde zurückgenommen. Aus aktueller Sicht der Stadt Wegberg ist eine Unterschreitung der regionalplanerischen Vorsorgeabstände zu betroffenen ASB, Bauflächen und / oder Ortslagen nicht akzeptabel. Der beabsichtigte zusätzliche Abgrabungsbereich wird daher von Seiten der Stadt Wegberg nicht unterstützt. Aufgrund der Tatsache, dass bisher noch keine Beschlussfassung durch den Regionalrat über diese Stellungnahme und insgesamt über den sachlichen Teilplan Nichtenergetischer Rohstoffe (Lockergesteine) stattgefunden hat, wird auf diese Diskrepanz hingewiesen und somit angeregt, von einer nachrichtlichen Übernahme der noch nicht beschlossenen BSAB abzusehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird geändert.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR - richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Im vorliegenden Regionalplan Köln sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Regionalplanerische Vorgaben zur zeichnerischen Festlegung der BSAB sind somit nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns. Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gemäß Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) beziehen sich auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurde die zeichnerische Festlegung des in Rede stehenden BSAB-L-02 der Anregung entsprechend angepasst.

Die nachrichtliche Darstellung des BSAB-L-02 wird im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln korrigiert.

Darüber hinaus werden Anregungen und Bedenken zum Teilplan NR geäußert. Die raumordnerische Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken erfolgt nicht im vorliegenden Verfahren, sondern im Rahmen der Aufstellung des Teilplans NR.

Inhalt

Darstellung der Schienenwege „Wegeberg-Dalheim – Niederkrüchten“ und „Wegberg-Dalheim – Wassenberg“

Im zweiten Planentwurf werden Schienenwege der ehemaligen Bahntrassen „Wegberg-Dalheim – Niederkrüchten“ (IDs 1004882, 1000997, 1003787) und „Wegberg-Dalheim – Wassenberg“ (ID 1006593) neu dargestellt (vgl. Abb. 1). Die Stadt Wegberg lehnt diese Darstellung aus den nachfolgend aufgeführten Gründen kategorisch ab.

Abbildung 1: siehe beigelegte pdf-Datei der Stellungnahme

Gemäß Begründung zum Regionalplanentwurf sollen die aufgeführten Schienenwege nun auf Grundlage des Ziels 8.1-11 „Öffentlicher Verkehr“ des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW) im Regionalplan dargestellt werden.

Dieses Ziel gibt landesplanerisch Folgendes vor:

Die Mittel- und Oberzentren des Landes sind bedarfsgerecht an den Öffentlichen Verkehr anzubinden. Das Schienennetz ist so leistungsfähig zu entwickeln, dass es die Funktion des Grundnetzes für den Öffentlichen Personennahverkehr wahrnehmen kann. Zur leistungsstarken Erschließung der Städteregion Rhein-Ruhr ist der Rhein-Ruhr Express (RRX) zu verwirklichen. Nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege sind von der Regionalplanung als Trassen zu sichern.

Dieses Ziel wird zudem wie folgt erläutert:

Um Zentralität, Erreichbarkeit und Versorgungsfunktionen der Mittel- und Oberzentren zu erhalten, benötigen sie eine Anbindung an den Öffentlichen Verkehr. Dies soll bevorzugt durch den Schienenverkehr, kann aber auch, je nach örtlichen Verhältnissen in Mittelzentren, durch andere Verkehrsmittel des Öffentlichen Verkehrs (wie z. B. Schnellbusse) hergestellt werden. [...] Die Art der Anbindung an die öffentlichen Verkehrsverbindungen richtet sich nach dem Potenzial.

Nicht mehr genutzte (nicht mehr bediente, stillgelegte oder bereits freigestellte), raumbedeutsame Schienenverbindungen werden als Optionstrassen für die Zukunft benötigt, da eine völlige Neuplanung von Trassen angesichts der hohen Siedlungsdichte mit erheblichen Restriktionen und hohen Kosten verbunden ist. Raumbedeutsame Verbindungen sind zum einen die in den Bedarfsplänen von Bund und Land zur Reaktivierung enthaltenen Schienentrassen und zum anderen nicht mehr genutzte Schienentrassen, für deren Reaktivierung als Schienenstrecke zurzeit zwar kein Bedarf absehbar ist, die jedoch regionalbedeutsame Siedlungsflächen, Einrichtungen oder Anlagen miteinander verbinden

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004882, 1000997, 1003787 und 1006593, 1. Offenlage) vorgebracht. Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind (s. Begründung Kapitel 5.1.3). Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt. Zudem sind beide Trassenverläufe in der Landschaft und auf Luftbildern erkennbar.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Eine Sicherung dieser Trassen erfolgt, um sie im Bedarfsfalle reaktivieren zu können. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

Bei den Gemeinden Niederkrüchten und Wassenberg handelt es sich gemäß Landesentwicklungsplan lediglich um Grundzentren. Wegberg hingegen ist als Mittelzentrum dargestellt. Für den öffentlichen (Personen)Verkehr sind die beiden neu dargestellten Schienenwege somit gemäß Ziel 8.1-11 des LEP NRW nicht relevant, da hierdurch keine Mittel- oder Oberzentren miteinander verbunden werden.

Der neu dargestellte Schienenweg Richtung Niederkrüchten-Elmpt schließt gemäß Darstellung im aktuellen Regionalplan der Bezirksregierung Düsseldorf ausschließlich die GIB-Fläche des ehemaligen Militärflughafens an. Eine Reaktivierung des dargestellten Schienenweges könnte somit lediglich als Güterverkehrsverbindung fungieren. Bei dem geplanten Gewerbegebiet in Niederkrüchten handelt es sich um eine regionalbedeutsame Siedlungsfläche. Dies macht eine Darstellung im Regionalplan gemäß Erläuterungen zum Ziel 8.1-11 des LEP NRW möglich. Entscheidend für die Festlegung / Darstellung ist gemäß LEP NRW und der Begründung zum Regionalplanentwurf jedoch ein in der Örtlichkeit als landschaftliche Prägung erkennbarer Verlauf der ehemaligen Bahntrasse. Dieser ist aus Sicht der Stadt Wegberg für den Anschluss nach Niederkrüchten-Elmpt und dem damit zu erwartenden umfangreichen Güterverkehr nicht im erforderlichen Maß gegeben. Aus diesem Grund sowie aufgrund der zu befürchtenden erheblichen Beeinträchtigungen für das Stadtgebiet durch Lärm- und Erschütterungsbelastungen einer entsprechenden Güterverkehrsverbindung wird die Darstellung des Schienenweges „Wegberg-Dalheim – Niederkrüchten“ im Regionalplan seitens der Stadt Wegberg kategorisch abgelehnt.

Die Darstellung des Schienenweges „Wegberg-Dalheim - Wassenberg“ wird ebenfalls abgelehnt, da diese zukünftig nicht für eine Verbindung von Mittel- und Oberzentren fungieren kann. Somit werden keine raumbedeutsamen Siedlungsflächen miteinander verbunden und das Ziel 8.1-11 des LEP NRW ist für diesen Schienenweg nicht anzuwenden.

Inhalt

Betriebsgebunde GIB-Flächen (WI 4 und WI 6 bzw. ID 190 Wildenrath) und weitere gebundene Reserveflächen

Die neu dargestellten WI 4 und WI 6 innerhalb des Gewerbegebietes Wegberg -Oval (Teststrecke des Prüf- und Validationscenters Wegberg-Wildenrath für Schienenfahrzeuge der Siemens Mobility GmbH) sind sehr wichtig für die weitere gewerbliche Entwicklung des Sonderstandortes, allerdings sind diese bereits betriebsgebunden als Entwicklungsflächen für Siemens vorgesehen und von daher nicht mehr für die laufenden Anfragen bzw. den freien Markt verfügbar.

Abbildung 2: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abbildung 3: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass — vermutlich versehentlich — die bisher im Wildenrath-Oval bestehenden und zum großen Teil bereits bebauten gewerblichen Bauflächen (bisher GIB-Darstellungen, vgl. Abb. 2) in der Plandarstellung in „Waldbereiche“ geändert wurden. Entsprechend Ihrer Änderungskarten der zeichnerischen Darstellung ist hier jedoch keine Änderung vorgesehen. Eine Anpassung zur GIB-Darstellung kann für diese Bereiche redaktionell erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen werden angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

Auch weitere größere gewerbliche Bauflächenreserven werden betriebsgebunden vorgehalten und können nicht der Gewerbeflächenbedarfsermittlung angerechnet werden. Hier ist beispielhaft eine 2,5 ha große Fläche im Nordwesten der Ortslage Wegberg (vgl. Abb. 4) zu nennen.

Abbildung 4: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Gemäß § 4 Abs. 4 LPIG NRW kommt den Regionalplanungsbehörden die Aufgabe zu, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Siedlungsflächenmonitoring (sfm) durchzuführen. Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raubeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst (siehe Siedlungsflächenmonitoring Nordrhein-Westfalen, Kriterienkatalog des Siedlungsflächenmonitorings - Mindestanforderungen und Empfehlungen (Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen 2013). Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Für gewerbliche und industrielle Flächenreserven, die der Erweiterung eines bestehenden Betriebes dienen (betriebsgebundene Erweiterungen), gelten die landeseinheitlichen Regelungen zur Erfassung gemäß sfm. Sie sind entsprechend der landesplanerischen Vorgaben zur Hälfte anzurechnen.

Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf

den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten.

Inhalt

GIB WI 7 (Wildenrath) zur Neubeantragung

Aufgrund der beschriebenen betriebsgebundenen Reserveflächen wird mit dieser Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans daher eine neue Fläche zur Aufnahme als GIB-Fläche beantragt. Es liegen für die unmittelbar nordöstlich des Wildenrath Ovals gelegene und ca. 15 ha große Fläche, bereits konkrete Anfragen von überwiegend eisenbahn-affinen Zulieferbetrieben vor (Ortsbindung).

Dieser Standort wird daher prioritär beantragt, da kurz- bis mittelfristig die Ansiedlungsmöglichkeit von Gewerbebetrieben, auch aufgrund der sehr guten Anbindung an die verkehrliche Infrastruktur (Schiienenanbindung sowie B221 im Westen / L361 im Osten) sowie des relativ geringen Konfliktpotenziales aus der derzeitigen ackerbaulichen Nutzung, besteht.

Abbildung 5: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Stadt Wegberg verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIB ist somit nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zur Stellungnahme ID 1033438_005 verwiesen.

Inhalt

GIB RA1 (Rath-Anhoven) zur wiederholten Beantragung:

Die Stadt Wegberg verfügt zwar über einige Reserveflächen für Gewerbegebiete. Allerdings sind diese vorwiegend von den Gewerbebetrieben betriebsgebunden als Reserven vorgehalten. Dadurch sind diese Flächen nicht verfügbar. Die Stadt kann also auf diese Standorte nicht zugreifen und damit nicht auf Anfragen reagieren bzw. kann keine weiteren Gewerbeflächenreserven auf dem öffentlichen Markt anbieten und entwickeln. Insbesondere kann die Stadt im Rahmen der Bestandspflege Betrieben, die sich positiv entwickeln und vergrößern wollen, keine adäquaten Flächen anbieten. Der Wirtschaftsförderung liegen Anfragen von kleineren und / oder mittelständischen Betrieben vor, die bereits in der Stadt Wegberg im Zusammenhang geschlossener Ortschaften angesiedelt sind und keine Erweiterungsmöglichkeiten haben. Gerade im Hinblick auf diese Bestandspflege sowie für die Ausgliederung der beschriebenen Gemengelagen ist der dargestellte Standort RA 1 als potentielle GIB-Fläche (oder gemäß Grundsatz G13: GIBflex-Fläche) prädestiniert.

Die Stadt Wegberg schlägt deswegen vor, die Fläche westlich angrenzend an Rath-Anhoven als GIB- oder GIBflex-Fläche in den Regionalplan aufzunehmen. Auch eine Reduzierung des Standorts (wobei dann die GIB-Fläche von Süden her entwickelt wird) bzw. eine Teilung in GIB- sowie GIBflex-Fläche ist aus Sicht der Stadt möglich. Es wird daher erneut beantragt, die Fläche RA1 als regionalplanerisch bedeutsam aufgrund der o. g. Gründe im Regionalplan darzustellen.

Abbildung 6: siehe beigegefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich darüber hinaus keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (s. ID 1004210 1. Offenlage). Im Übrigen wird auf die Ausführungen zur Stellungnahme ID 1033438_005 verwiesen.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

WI 2 (Wildenrath) Beantragung als ASB statt als GIB

Die Fläche WI 2 (ca. 10 ha) stellt unmittelbar südlich des Allgemeinen Siedlungsbereiches Wildenrath eine natürliche Siedlungserweiterung dar. Zwar ist sie im kreisweiten Gewerbeflächenkonzept 2019 zur Aufstellung des Regionalplanes als potentielle GIB-Fläche aufgeführt und als solche in der Stellungnahme der Stadt Wegberg zur Auslegung der Neuaufstellung des Regionalplans vom 31.08.2022 beantragt, wurde aber aufgrund fehlender Flächenbedarfe abgelehnt.

Hingegen ist zwischen bebauter Ortslage Wildenrath und Umgehung B221 im Regionalplan-Entwurf für die Stadt Wegberg eine zur künftigen, vorbehaltlichen Entwicklung ASBflex Fläche dargestellt (*Grundsatz G13 „flexible Siedlungsentwicklung“*). Aufgrund der Nähe zur B221 sind auf einer beträchtlichen Länge erhöhte Schallschutzmaßnahmen nötig, um die zukünftigen Bewohner*innen zu schützen. Daher schlägt die Stadt Wegberg einen Flächentausch vor, bei dem ein Teil der bisherigen ASBflex-Fläche (ca. 10 ha) entlang der B221 entfällt und dafür die Fläche WI2 als ASBflex-Fläche (ebenfalls ca. 10 ha) in den Regionalplan-Entwurf aufgenommen wird.

Beide Standorte sind hinsichtlich des geringen Konfliktpotenzials im Bereich Natur- und Landschaftsschutz vergleichbar und damit geeignet. Für den Standort WI 2 spricht seine sehr gute Einfügung in den Siedlungszusammenhang und die Nähe zu zentralen Einrichtungen.

Abbildung 7: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte zeichnerische Festlegungen des Plans in Wegberg-Wildenrath. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

WE 1 (Wegberg) zur Sicherung ökologischer Verbundfunktionen/ Minderung ASB-Reserven

Aus Sicht der Stadt Wegberg ist die Darstellung als Waldbereich sinnvoll und begründbar. Die Flächen innerhalb des Grenzlandrings im Bereich der Schwalm sind aufgrund ihrer gesamten Größe und der ökologischen Hochwertigkeit raumordnerisch bedeutsam und zugehörig zu einem großen Freiflächen- und Biotopverbund. Daher sollte bereits auf Ebene der Regionalplanung einer, wenn auch nur geringen Bebaubarkeit entgegengewirkt werden.

Diese Schwalmauebereiche sind neben ihren ökologischen und klimatischen Funktionen (Frischluftschneise) bedeutsam für den vorbeugenden Hochwasserschutz und daher als Überschwemmungsgebiete entsprechend festgesetzt sowie im Regionalplanentwurf als Überschwemmungsbereiche dargestellt. Sie sind daher in keiner Weise siedlungszugehörig, sondern bilden einen raumbedeutsamen, hochwertigen Freibereich mit der Schwalm als zentraler Wasserlauf, die mit ihren angrenzenden Wald- und Grünflächen durch die Mühlenstadt fließt. Aus diesen Gründen ist die ASB-Fläche zu reduzieren und WE 1 als Waldbereich darzustellen.

Abbildung 8: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1004195 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab

einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie linienhafte Flächen) liegen, sind in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung - auch für die bauleitplanerische Sicherung bedeutender siedlungszugehöriger Freiflächen.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

WE 3 und WE 4 (Wegberg) zur Sicherung ökologischer Verbundfunktionen, Minderung ASB-Reserven

Entgegen der Darstellung in der Abwägung zur Auslegung des Regionalplanentwurfs sieht die Stadt die Flächen als Lückenschlüsse eines großen Biotop- und Freiraumverbundes. D. h. auch wenn die Ergänzungsflächen WE 3 und WE 4 in ihrer Ausdehnung zunächst nicht raumbedeutsam erscheinen, sind sie dies im Zusammenhang mit der bereits als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) mit der Schutzfunktion Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE)“ dargestellten Beeckbach-Aue (und dem Beecker Wald) doch.

Aufgrund der ökologischen Wertigkeit und der Nachhaltigkeit sollte diese bisherige Freifläche und die weiterführende Fläche des Beeckbachs und Umgebung in die Stadt hinein (WE 4), aber auch die WE 3 Fläche als Frischluftschneise (bestehender Wald) von Norden vom „Beecker Wald“ ebenfalls in die Stadt hinein, als regionalplanerisch bedeutsamer Freiflächen- und Biotopverbund insgesamt gewertet und im Regionalplan dargestellt werden. Eine Verbindung zur Schwalm und den beantragten Waldbereichen würde nicht nur die ökologische Hochwertigkeit und Biotopfunktion verbessern, sondern auf insgesamt über 70 ha innerstädtischer Freiflächen die Erholungsfunktion optimieren.

Des Weiteren sind weite Teile der Freifläche (bis zur Ophover Mühle) als Landschaftsschutzgebiet gem. Landschaftsplan III/6 „Schwalmplatte“ festgesetzt. Darüber hinaus ist der gesamte Beeckbach bis zur Mündung in die Schwalm ordnungsbehördlich durch die Bezirksregierung als Überschwemmungsgebiet „Beeckbach“ festgesetzt.

Durch die Freiflächen- und Biotopverbundfunktion der WE 3, WE 4 und der bisherigen Freiflächen am Beeckbach innerhalb des Grenzlandrings liegt die Gesamtfläche oberhalb der regionalplanerischen Mindestdarstellungsfähigkeit und ist übergeordnet bedeutsam.

Abbildung 9: siehe beigelegte pdf-Datei der Stellungnahme

Abbildung 10: siehe beigelegte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1004195 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Ein Flächentausch (Minderung der ASB-Reserven) ist hier nicht möglich, da es sich bei den in Rede stehenden Flächen weder um Regionalplanreserven noch um Reservflächen im Flächennutzungsplan gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) handelt. Weiterhin wird auf die Ausführungen in Stellungnahme-ID 1033438_009 verwiesen.

1033438_011, Mühlenstadt Wegberg

Inhalt

ID 1026030 als Waldbereich darstellen

Der hier vorhandene stadtbildprägende Waldbereich stellt mit seinen ökologischen und klimatischen Funktionen eine wichtige Verbindung zwischen dem östlich angrenzenden Biotopverbund des Beecker Waldes und der Innenstadt dar. Es ist erklärtes Ziel, hier keine bauliche Entwicklung zu ermöglichen. Daher wird angeregt, den Bereich ID 1026030 als Waldbereich darzustellen und die ASB-Reserve entsprechend zu mindern. Sollte eine Darstellung als Waldbereich nicht möglich sein, wird beantragt die ursprüngliche Darstellung als AFAB aufzuweisen.

Diese im aktuellen Planentwurf zugestandene ASB-Darstellung sollte an anderer Stelle im Stadtgebiet dargestellt werden.

Abbildung 11: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026030 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Ein Flächentausch (Minderung der ASB-Reserven) ist hier nicht möglich, da es sich bei der in Rede stehenden Fläche weder um eine Regionalplanreserve noch um eine Reservefläche im Flächennutzungsplan gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) handelt. Weiterhin wird auf die Ausführungen in Stellungnahme-ID 1033438_009 verwiesen.

Inhalt

WE 7 zur Arrondierung der Ortslage Beeck als ASB darstellen

Um eine Arrondierung der Ortslage Beeck bis zum Grenzlandring zu ermöglichen, wird erneut angeregt, nördlich des Kiefernweges bzw. südlich des Grenzlandringes einen ASB im Regionalplan auszuweisen und so hier der ursprünglichen Zielsetzung des Regionalplanes aus dem Jahre 2003 weiterhin zu entsprechen.

Hierzu kann bspw. die freiwerdende Fläche gemäß ID 1026030 verwendet werden.

Abbildung 12: siehe beigefügte pdf-Datei der Stellungnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1004202 1. Offenlage).

Inhalt

Abweichung zwischen zeichnerischen Darstellungen und textlichen Festsetzungen

Abschließend weise ich darauf hin, dass zwischen den Ausführungen in der Abwägungstabelle AZ:BET_149000_1 und den zeichnerischen Darstellungen (Regionalplanentwurf, Neufestlegungen, Entfallende Festlegungen) zum Teil inhaltliche Abweichungen bestehen. Betroffen sind ID 188, 190, 191 und 192.

Die Stadt Wegberg geht bei den genannten IDs davon aus, dass die zeichnerischen Darstellungen den aktuellen und gültigen Stand des Regionalplanentwurfes darstellen. Die abweichenden Abwägungstabellen etc. sind daher redaktionell auf den Stand der zeichnerischen Darstellungen anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und nicht den Abwägungsvorschlägen der Regionalplanungsbehörde zu folgen. Insofern sind die Ausgleichsvorschläge in der "Beteiligungssynopse:Öffentliche Stellen u.a." nicht redaktionell anzupassen sondern dienen der Dokumentation des Abwägungsprozesses. Abweichende Abwägungsentscheidungen des Regionalrats Köln sind der "Synopse Änderungsantrag Regionalrat" zu entnehmen. Zudem ist im Rahmen der 2.Offenlage eine weitergehende Abwägung zu betroffenen Belangen erfolgt s. ID 1033517_024, 2. Offenlage.

AZ: BET_151000_1	
Stadt Bonn	
1033720_001, Stadt Bonn	
<p>Inhalt</p> <p>für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns und legen diese vorbehaltlich ihrer Beschlussfassung durch den Rat der Stadt hiermit vor. Die Bundesstadt Bonn ist im Regierungsbezirk Köln bedeutsames Zentrum, dem mit Sitz einer Vielzahl an Bundesbehörden und Heimat von Institutionen der UN eine besondere Funktion im regionalen Gefüge zukommt. Wie für die verdichteten und zentralen Orte im Regierungsbezirk Köln typisch, besteht auch in der Bundesstadt ein großer Bedarf an Entwicklungsflächen für Siedlung und Gewerbe. Als Grundlage der Neuaufstellung des Regionalplans Köln sind diese Flächenbedarfe auf Basis der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung sowie noch vorhandener Flächenpotenziale durch die Regionalplanungsbehörde mit 752 ha Bedarf für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sowie 211 ha Bedarf für Bereiche für Gewerbe und Industrie (GIB) beziffert (vgl. Begründung des 2. Planentwurfs, Seite 62). Schon heute und in den vergangenen Jahren ist die räumliche Entwicklung der Bundesstadt von einer Vielzahl an Flächennutzungskonkurrenzen und einem signifikanten Nachfrageüberhang insbesondere im Bereich der Flächen für den Wohnungsbau gekennzeichnet. Aktuelle Bevölkerungsprognosen (vgl. u.a. IT NRW) lassen einen weiterhin deutlichen Anstieg der Einwohnendenzahl in Bonn erwarten. Zugleich sind die Flächenentwicklungspotenziale innerhalb des bestehenden Siedlungsgefüges sehr begrenzt und es muss davon ausgegangen werden, dass die bestehende und erwartete Flächennachfrage nicht allein auf Potenzialen der Innenentwicklung gedeckt werden kann. Die Festlegung von neuen Flächen als ASB sichert der Bundesstadt Bonn kommunale Handlungsspielräume im Sinne der Wohnraum-, Gewerbe- und Infrastrukturentwicklung und eröffnet eine aktive Steuerungsmöglichkeit der Raumentwicklung, die insbesondere auch die Aspekte von Klimaschutz und -anpassung berücksichtigen kann. Diese Handlungsspielräume braucht es zudem, um die städtischen Funktionen im regionalen Kontext wahrnehmen zu können und die ökonomische Stabilität der Bundesstadt und der Region zu sichern. Vor diesem bekannten Hintergrund besteht in Teilen Unverständnis für den vorgelegten zweiten Planentwurf des Regionalplans Köln mit seinen Festlegungsinhalten für die Bundesstadt Bonn. Bereits der erste Planentwurf aus dem Jahr 2021 zeigte, dass die für die Bundesstadt Bonn ermittelten Flächenbedarfe ASB und GIB im Stadtgebiet nur anteilig gedeckt werden können. Es ist zu erwarten, dass die in der Bundesstadt nicht gedeckten Bedarfskontingente im Sinne des regionalen Ausgleichs innerhalb des Planungsbezirks in die weniger zentralen Lagen übertragen werden. Dies hat die bekannten ökologisch nachteiligen Wirkungen u.a. eine höhere Flächenintensität der Nutzungen sowie eine strukturelle Erhöhung des Mobilitätsaufkommens zur Folge. Entsprechend bekundete die Bundesstadt Bonn mit ihrer Stellungnahme im Rahmen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.</p>

der Offenlage des 1. Planentwurfs 2022 die kommunale Entwicklungsabsicht für zusätzliche ASB im Umfang von rund 170 ha, von denen rund ein Drittel bislang nicht entwickelt bzw. planungsrechtlich gesichert sind, um einen Beitrag zur Flächenbedarfsdeckung zu leisten. Die Prüfung des nun offen liegenden zweiten Planentwurfs macht offensichtlich, dass den Stellungnahmeinhalten in der Mehrzahl nicht gefolgt wurde.

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich Lessenich-Meßdorf (A 1)

Die Fläche ist entsprechend dem kommunalen Festlegungsvorschlag 2022 als ASB festzulegen.

*Begründung:***Flächenteil 1.1**

Die Stadt hält an der vorgeschlagenen Abgrenzung für den ASB in diesem Bereich fest (s. Abbildung 1). Der bereits bebaute Siedlungsbereich Meßdorf ist als ASB festzulegen, um die städtebauliche Entwicklung hier mittels Bauleitplanung zukünftig steuern zu können. Die nur teilweise Festlegung von Meßdorf als ASB, ist dazu nicht ausreichend. In den Unterlagen zur Offenlage wird ausgeführt, dass trotz vorhandener Bebauung auf die Festlegung als ASB verzichtet wird, um die Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten des Regionalen Grünzugs zu vermeiden und die funktionsgerechte Freiraumverbindung zwischen dem Meßdorfer Feld und dem Regionalen Grünzug der Gemeinde Alfter erhalten zu können. Die vorgeschlagene Abgrenzung der Bundesstadt -Bonn beschneidet den bestehenden Verbindungskorridor zwischen Meßdorf und Dransdorf nicht, sondern weitet sich nach Westen aus. Weiter ist es notwendig, die ca. 9 ha große Fläche westlich an Meßdorf angrenzend als ASB festzulegen. Auf dieser Fläche können nach Maßgabe des Regionalplans min. 60 WE/ha realisiert werden (analog zum NEILA-Dichteatlas 60 bis über 100 WE/ha). Dies stellt auf Regionalplanebene die größte zusammenhängende Bonner Entwicklungsfläche für ca. 540 WE dar; bei Nichtrealisierung dieser ASB-Entwicklungsfläche gibt es kein Flächenpotenzial im Stadtgebiet, um die dort möglichen Wohneinheiten an anderer Stelle zu kompensieren. Bei einer wohnbaulichen Entwicklung der heute noch nicht baulich genutzten Flächen werden Böden mit hoher Funktionserfüllung und Wasserspeicherfunktion sowie Flächen mit hoher bioklimatischer Funktion in Anspruch genommen, weshalb bei der baulichen Entwicklung besonders hohe Ansprüche an eine klimakluger Entwicklung und Gestaltung zu stellen sind.

Flächenteil 1.2

Der zweite Planentwurf legt eine unbebaute Fläche zwischen Johann-Bieser-Straße und Gielsdorfer Straße/Dompfaffenweg als ASB fest (s. Abbildung 1, Bereich 1.2). Diese Fläche ist bereits teilweise mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf Grundlage des rechtskräftigen Bebauungsplanes 7321-30 belegt. Die Festlegung als ASB ist aus Sicht der Bundesstadt Bonn zurückzunehmen und entspricht nicht dem Entwicklungswunsch der Stadt. Aufgrund der genannten Belegung mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wird durch die Festlegung dieser Fläche als ASB keine neue

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zu Flächenteil 1.1:

Der Stellungnahme ist bereits in Teilen entsprochen (s. StnID 1010872 1. Offenlage). Weiterhin: Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Zu Flächenteil 1.2 :

Gemäß § 9 LPiG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen beschlossen die angesprochene Fläche als Alternativfläche festzulegen (s. StnID 1010872) Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird trotz fehlender kommunalen Entwicklungsabsicht aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Entwicklungsfläche für den dringend benötigten Wohnungsbau geschaffen.

[Abbildung] Abgrenzungsvorschlag A 1 im Vergleich mit ASBFestlegung gern. 2.
Planentwurf Regionalplan Köln (Quelle: eigene Darstellung, ohne Maßstab)

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich Niederholtorf (A3)

Die gesamte Fläche Niederholtorf inkl. Ungarten ist entsprechend dem kommunalen Festlegungsvorschlag 2022 als ASB festzulegen.

Begründung:

Der bereits bebaute Siedlungsbereich Niederholtorf ist als ASB festgelegt. Dies wird begrüßt. Die südliche Abgrenzung des ASB entspricht jedoch nicht dem Vorschlag der Kommune und ist an den vorhandenen Bebauungsplan Nr. 8322- 17 anzupassen. Ein Großteil der über diesen Bebauungsplan festgesetzten Bebauung befindet sich bereits in Umsetzung. Des Weiteren ist es vor dem Hintergrund der beabsichtigten integrierten räumlichen Entwicklung Niederholtorfs und Ungartens planerisch geboten, auch Ungarten als ASB festzulegen.

[Abbildung] Abgrenzungsvorschlag A3 im Vergleich mit ASBFestlegung gem. 2. Planentwurf Regionalplan Köln (Quelle: eigene Darstellung, ohne Maßstab)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt. Darüber hinaus gilt folgendes:

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung s. ID 1011193 1. Offenlage wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich Gielgen (D1)

Die Flächen sind gem. städtischer Stellungnahme 2022 nicht als ASB festzulegen.

Begründung:

Auch in Anerkennung des beschriebenen und bewussten Entwicklungsflächendefizits der Bundesstadt sind für diesen Standort die naturschutzfachlichen Bedenken in den Vordergrund zu stellen und auf die Festlegung der Fläche als ASB zu verzichten. Dieser Bereich bildet u. a. eine Engstelle im Netz der regionalen Grünzüge und ist in Teilen als Kompensationsfläche hergerichtet.

[Abbildung] Abgrenzungsvorschlag zur Festlegungsstreichung D1 im Vergleich mit ASS-Festlegung gem. 2. Planentwurf Regionalplan Köln (Quelle: eigene Darstellung, ohne Maßstab)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: kommunale Entwicklungsabsicht als wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Angesichts der Schwierigkeiten bei der Darstellung größerer Potenzialflächen im Regionalplanverfahren gewinnen die Arrondierungen des Regionalplanentwurfes in Hohlz wieder stärkere Beachtung. Wenn aus der vom Rat beschlossenen Stellungnahme die Darstellung von 39 ha entfallen, kann ein Teil davon durch die Flächen in Hohlz mit rd. 8 ha und rd. 4,5 ha kompensiert werden. Von daher kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, dass die eigene Stellungnahme der Bundesstadt Bonn einer Realisierung entgegensteht. Zumindest hat sich dies kommunalpolitisch nicht so verfestigt, um es einer langfristigen Flächenvorsorgeplanung im Regionalplan entgegenhalten zu können. Dass die Flächen grundsätzlich geeignet sind, zeigt bereits die Aufnahme in den Regionalplanentwurf. Die Bundesstadt Bonn hat in ihrer Stellungnahme auch nicht speziell begründet, warum die Flächen entfallen sollen. Hintergrund, die geeigneten

Flächen aus dem Planentwurf herauszunehmen, war weniger die Eignung als ASB, sondern der seit Jahren geführte politische Streit über die Art und das Maß einer möglichen baulichen Nutzung der Areale. Insofern ist von einer üblichen Abwägunslage auszugehen, die im Sinne einer Beibehaltung der Entwurfsdarstellung durch Beschluss des Regionalrates getroffen werden kann.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im

Inhalt

Allgemeiner Siedlungsbereich Hoholz

Die Flächen sind gem. städtischer Stellungnahme 2022 nicht als ASB festzulegen.

Begründung:

Für diesen Standort sind die naturschutzfachlichen Bedenken auch in Anerkennung des beschriebenen und bewussten Entwicklungsflächendefizits der Bundesstadt in den Vordergrund zu stellen und auf die Festlegung der Fläche als ASB zu verzichten. Dieser Bereich liegt im Naturschutzgebiet „Niederholtorf“ und im Biotopverbund mit besonderer Bedeutung (Stufe 2). Daher verfolgt die Bundesstadt Bonn das Ziel, diesen Bereich von Bebauung freizuhalten. Mit dem Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht kein weiteres Sicherungserfordernis auf Ebene der Regionalplanung.

[Abbildung] Abgrenzungsvorschlag zur Festlegungsstreichung D2 im Vergleich mit ASB-Festlegung gem. 2. Planentwurf Regionalplan Köln (Quelle: eigene Darstellung, ohne Maßstab)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: kommunale Entwicklungsabsicht als wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Angesichts der Schwierigkeiten bei der Darstellung größerer Potenzialflächen im Regionalplanverfahren gewinnen die Arrondierungen des Regionalplanentwurfes in Hoholz wieder stärkere Beachtung. Wenn aus der vom Rat beschlossenen Stellungnahme die Darstellung von 39 ha entfallen, kann ein Teil davon durch die Flächen in Hoholz mit rd. 8 ha und rd. 4,5 ha kompensiert werden. Von daher kann nicht ohne weiteres unterstellt werden, dass die eigene Stellungnahme der Bundesstadt Bonn einer Realisierung entgegensteht. Zumindest hat sich dies kommunalpolitisch nicht so verfestigt, um es einer langfristigen Flächenvorsorgeplanung im Regionalplan entgegenhalten zu können. Dass die Flächen grundsätzlich geeignet sind, zeigt bereits die Aufnahme in den Regionalplanentwurf. Die Bundesstadt Bonn hat in ihrer Stellungnahme auch nicht speziell begründet, warum die Flächen entfallen sollen. Hintergrund, die geeigneten

Flächen aus dem Planentwurf herauszunehmen, war weniger die Eignung als ASB, sondern der seit Jahren geführte politische Streit über die Art und das Maß einer möglichen baulichen Nutzung der Areale. Insofern ist von einer üblichen Abwägunslage auszugehen, die im Sinne einer Beibehaltung der Entwurfsdarstellung durch Beschluss des Regionalrates getroffen werden kann.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im

Inhalt

Im Weiteren gelten die Anpassungsanregungen für folgende Flächen fort:

[Tabelle]

Insgesamt elf der in der Stellungnahme von 2022 genannten Flächen bzw. Festlegungsanregungen wurden gem. Ausführungen der Regionalplanungsbehörde aufgrund ihrer Maßstäblichkeit nicht in den Planentwurf übernommen. Dies kann grundsätzlich nachvollzogen werden. Dennoch sind diese Teilflächen als ASB-Festlegungen in der Gesamtsumme für Bonn vor dem Hintergrund des bestehenden Flächenmangels und des klaren städtischen Bekenntnisses zu einem Vorrang der Innenentwicklung vor Außenentwicklung (vgl. DS Nr. 1812770) relevant. Vor diesem Hintergrund werden die Festlegungsvorschläge der städtischen Stellungnahme von 2022 erneut vorgebracht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Weiterhin werden die Stellungnahmen aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten (vgl.

IDs 1. Offenlage: 1011194, 1011195, 1011421, 1011423, 1011424, 1011425, 1011426, 1011429, 1011430, 1011579, 1011580, 1011582, 1011622, 1011624, 1011625).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Derzeit wird ein neuer ÖPNV-Bedarfsplan aufgestellt. Alle dort enthaltenen raumrelevanten Projekte auf Bonner Stadtgebiet sind als verkehrliche Infrastrukturen im Regionalplan festzulegen, um bei der Umsetzung dieser für die Mobilitätswende entscheidenden Elemente bereits heute die regionalplanerische Grundlage zu schaffen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen und Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die in den aktuell gültigen Bedarfsplänen enthaltenen Planungen sind entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3 und 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

1033720_008, Stadt Bonn	
Inhalt	<p>Die Regionalplanung ordnet und legt die Ziele für die Raumentwicklung in den Planungsregionen für die nächsten Jahrzehnte fest Die Bundesstadt Bonn dankt für das umfangreiche und komplexe Beteiligungsverfahren im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans. Damit auch die Bundesstadt Bonn ihren Entwicklungsabsichten zur nachhaltigen Stadtentwicklung nachkommen kann, sind die in dieser Stellungnahme aufgeführten Anpassungen des Regionalplans als Voraussetzung für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der Stadt erforderlich.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

AZ: BET_152000_1	
Rhein-Sig-Kreis; FB 01.3	
1033155_001, Rhein-Sig-Kreis; FB 01.3	
<p>Inhalt</p> <p>I. ALLGEMEINE ANREGUNGEN Bei der Prüfung des 2. Planentwurfes ist aufgefallen, dass es eine Reihe unbestimmter Rechtsbegriffe sowie „Spielräume“ bei der Auslegung eigentlich endabgewogener Zielfestlegungen gibt. Aus hiesiger Sicht birgt dies ein Risiko in Bezug auf die Angreifbarkeit des Regionalplans. Es wird für erforderlich gehalten, die Ziele diesbezüglich zu prüfen und ggf. zu schärfen, so dass sie ihrem Zielcharakter gerecht werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Ziele der Raumordnung sind als verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums formuliert.</p>

Inhalt

Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren

Textliche Festlegungen sowie Erläuterung S. 56

Durch die Streichung der Ausnahmeregelung in der Zielfestlegung ist die verbliebene Aussage, dass „die Siedlungsentwicklung **vorrangig** innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt“ unbestimmt.

Auch die in den Erläuterungen unter Ziffer (3) gewählte Formulierung, dass die Kommunen „**plausibel darzulegen**“ haben, dass die landesplanerischen Vorgaben erfüllt sind, lässt Interpretationsspielräume.

In der Begründung auf S. 36 wird auf diesbezügliche Regelungen des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW) verwiesen. Nach dem Urteil des OVG Münster zum LEP NRW ist unklar, auf welche LEP-Regelung sich diese Aussage bezieht.

Aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises wird eine Klarstellung für erforderlich gehalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der Anregung handelt es sich um eine Anpassung des aktuellen rechtlichen Rahmens des LEP NRW aufgrund der Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE). Die Formulierung im Z. 1 greift die landesplanerischen Vorgaben u.a. im Ziel 2-3 LEP NRW auf, dass als Grundlage für eine nachhaltige, umweltgerechte und den siedlungsstrukturellen Erfordernissen Rechnung tragende Entwicklung der Raumnutzung das Land in Gebiete zu unterteilen ist, die vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllen oder erfüllen werden. Zudem führen die landesplanerischen Vorgaben Ausnahmeregelungen aus, da beispielsweise eine ausnahmslose Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf regionalplanerisch festgelegte Siedlungsbereiche den Belangen vorhandener kleinerer Ortsteile nicht gerecht würde.

Aufgrund des OVG-Urteils sind beispielsweise für Bauflächendarstellungen innerhalb der im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteile (im Folgenden: Ortsteile im Freiraum) die Maßstäbe des Ziels 2-3 LEP 2017 anzusetzen. Demnach kann sich in den Ortsteilen im Freiraum eine Siedlungsentwicklung vollziehen; die Siedlungsentwicklung in diesen Ortsteilen ist unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe auszurichten (Eigenentwicklung).

Diese erhöhte Begründungspflicht gemäß der aktuellen Rechtslage für die Ortsteile im Freiraum bedeutet beispielsweise, dass die zur Ausweisung empfohlenen Neudarstellungen bezogen auf den jeweiligen Ortsteil in Summe die Anforderungen der Eigenentwicklung erfüllen. Dieser Nachweis kann z.B. in Bezug auf die Einhaltung der Ziele der Raumordnung im Sinne der Eigenentwicklung nur auf Ebene der konkretisierenden Bauleitplanung durch die jeweilige Kommunen erfolgen. Die Ausführungen in den Erläuterungen dienen hierzu der Klarstellung.

Inhalt

Z. 2 Zersiedlung vermeiden

Textliche Festlegungen sowie Erläuterungen S. 56/57

Der 1. Absatz des Ziels bezieht sich auf Flächen außerhalb der Siedlungsbereiche, also außerhalb der Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und Gewerbe- und Industriebereiche (GIB). In den Erläuterungen unter Ziffer (2) wird konkretisiert: „Unter die Vermeidung von Splittersiedlungen fällt auch deren Erweiterung bzw. Verfestigung“. Diese Formulierung ist abgeleitet aus dem Ziel 6.1-4 des LEP NRW. In der dortigen Erläuterung wird ausgeführt, dass sich die Regelung des Ziels auf Entwicklungen im Außenbereich beziehen, die über die bestehenden Möglichkeiten des § 34 (4) und § 35 BauGB hinausgehen. Aus hiesiger Sicht stellt sich die Frage, welche weiteren rechtlichen Möglichkeiten einer baulichen Entwicklung im Außenbereich über diese Regelungen des BauGB hinaus überhaupt bestehen. In Hinblick auf den Zielcharakter wird um Klarstellung gebeten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Anregung bezieht sich auf die Erläuterung zu Ziel 6.1-4 LEP NRW und richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

Inhalt

Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Erläuterungen Ziffer 3, S. 59

Durch die Streichung des ersten Satzes in Ziffer 3 entfällt die Auskunft der Bezirksregierung über die Inanspruchnahme von Siedlungsflächen im Rahmen der jetzt freiwilligen Anfrage nach § 34 Landesplanungsgesetz (LPIG).

In der Begründung S. 58 heißt es: „Zudem leistet die Regionalplanung im Sinne des landesplanerischen Leitbildes „flächensparende Siedlungsentwicklung“ über die Raumbeobachtung ihren Beitrag, das Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche für ihr Plangebiet zu erfassen und der Landesplanungsbehörde gem. § 4 (4) LPIG NRW (Siedlungsflächenmonitoring) zu berichten.“

Es wird daher dringend angeregt klar zu stellen, dass die Regionalplanungsbehörde auch zukünftig im Rahmen der freiwilligen Anfrage nach § 34 LPIG Auskunft über die Bilanzierung des Flächenverbrauchs geben wird.

Erläuterungen Ziffer 3, S. 59

Das in Ziel 3 Ziffer 3 festgelegte Rücknahmeerfordernis bei negativem Saldo ist nur aus der Tabelle 8 der Begründung S. 61 ff. ablesbar. Daher wird empfohlen, auf diese Tabelle zu verweisen oder sie in die Textlichen Festlegungen zu integrieren.

Erläuterungen Ziffer 4, S. 60

Gemäß Ziffer 4 ist die quantitative Zuordnung der Inanspruchnahme der Bedarfe durch die beteiligten Kommunen darzulegen. Es ist unklar, in welchem formellen Rahmen dies erfolgen muss. Es wird gebeten, die Begründung diesbezüglich zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPIG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Hinsichtlich der Anregung zu Ziffer 3 wird darauf verwiesen, dass der Gesetzgeber nunmehr auf das Ermessen der Kommune setzt, im Rahmen der Bauleitplanung von der Möglichkeit einer Anfrage nach § 34 LPIG NRW bei der Regionalplanungsbehörde Gebrauch zu machen. Daher sind weitergehende Ausführungen hierzu im Rahmen der regionalplanerischen Festlegungen nicht erforderlich. Im Sinne einer raumordnerischen Beratung unterstützt die Regionalplanungsbehörde gern weiter im Zuge der Neuaufstellung bzw. Änderung von Flächennutzungsplänen. Beispielhaft genannt seien hier Themen der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung oder die Umwandlung von Freiraum.

Hinsichtlich der Anregung zu Ziffer 3 und 4 wird darüberhinaus darauf verwiesen, dass im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung die Inanspruchnahme der Bedarfe in der kommunalen Bauleitplanung darzulegen ist. Hierbei gilt, dass die Ziele der Raumordnung gem. § 1 Abs. 4 BauGB von den Kommunen zu beachten und der bauleitplanerischen Abwägung nicht zugänglich sind. Die Anpassung der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung wird im Rahmen der Genehmigung gem. § 6 BauGB durch das Städtebaudezernat der Bezirksregierung geprüft. Wir empfehlen weiterhin frühzeitig vom Beratungsangebot der Regionalplanungsbehörde Gebrauch zu machen und die Regionalplanungsbehörde zu Beginn der Planungsüberlegungen zu kontaktieren. Mögliche Zielverstöße können so frühzeitig und nicht erst im Rahmen der Genehmigung erkannt werden. Weitergehende Ausführungen hierzu sind nicht erforderlich. Die Erläuterungen dienen der Klarstellung.

Inhalt

3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche

Z.7 ASB sichern und entwickeln

Begründung S. 93

In der Begründung auf Seite 93 wird auf Ziel 2-3 des LEP NRW verwiesen. Es wird angeregt, aufgrund des OVG-Urteils vom 21.03.2024 auf die dem Ziel zu Grunde liegende Rechtsfassung des LEP NRW zu verweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Ausführungen bezüglich der Anpassung aufgrund der Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE) sind entsprechend im Rahmen der 2. Offenlage vorgenommen worden s. ID 1027992.

Inhalt

3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung

3.3.1 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Z.10 GIB sichern und entwickeln

Zielfestlegung S. 75 sowie Erläuterungen S. 76

Durch die Änderung wurden alle Ausnahmen zur Zulässigkeit weniger stark emittierender Betriebe gestrichen. Gemäß Ziffer 4 der Erläuterungen hat „die Bauleitplanung bzw. die Fachplanung bei neuen Planungen und Maßnahmen eine Fehlnutzung der GIB durch Betriebe die auf diese Qualitäten nicht angewiesen sind, auszuschließen“. Die Zielfestlegung wird in Hinblick auf den direkten Anschluss von GIB an die ASB, die bereits durch nicht gewerbliche Nutzungen umgesetzt sind, kritisch gesehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Ergänzend wird erläutert, dass die GIB insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen umfassen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 *GIB sichern und entwickeln* wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit „KAS 18“ in der jeweils aktuellen Fassung. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

3.3.2.1 Bereiche für interkommunale gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBinterkommunal)

Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen

Zielfestlegung S. 76 sowie Begründung S. 112

Aus der Zielfestlegung wird nicht ersichtlich, dass bezogen auf das GIBinterkommunal Alfter/Bornheim auch die Bundesstadt Bonn als Kommune beteiligt ist. Dies ist nur aus der Tabelle in der Begründung ersichtlich. Es wird empfohlen, die Spalte „Beteiligte Kommunen“ im Ziel zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Anregung wird darauf verwiesen, dass weitergehende Informationen zur interkommunalen Kooperation und den beteiligten Kommunen konkret in den Erläuterungen zu Z.11 *GIBinterkommunal sichern und umsetzen* hier unter der Ziffer 1 inklusive eines Verweises auf Tabelle 10 der Begründung ausgeführt werden. Dies erfolgt aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Zuordnung zur zweckgebundenen zeichnerischen Festlegung. Die Informationen in der Tabelle zum Ziel beschränken sich auf eine eindeutige Zuordnung der zeichnerischen Festlegungen unter Aufführung der jeweiligen Belegenheitskommune(n), der Zweckbindung sowie des verwendeten Plansymbols hinsichtlich der konkreten räumlichen Festlegungen. Weitergehende Informationen - wie hier zur Beteiligung weiterer Kommunen im Rahmen einer interkommunalen Kooperation (vgl. Tabelle 10) finden sich darüberhinaus in der Begründung unter eindeutiger Zuordnung gem. den Erläuterungen. Eine zusätzliche Spalte in der Tabelle im Ziel ist daher nicht erforderlich.

Inhalt

3.3.2.2 Bereiche für regionale gewerbliche und industrielle Nutzungen

Z.12 GIBregional sichern und umsetzen

Zielfestlegung S. 78

Im Hinblick auf die Zielfestlegung fehlt die Klarstellung, wer die „beteiligten Kommunen einer Teilregion“ und damit die potentiellen Kooperationspartner für eine interkommunale Kooperation sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Dem Hinweis ist bereits entsprochen. Die Definition der jeweiligen Teilregion ist Ziffer 3) der Textlichen Festlegungen zum Z.12 GIBregional sichern und umsetzen zu entnehmen.

Inhalt

3.3.2.4 Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen**Z.14 GIBz sichern und umsetzen**Zielfestlegung S. 82

In der Tabelle der Zielfestlegung fehlen die in der Zeichnerischen Darstellung vorhandenen Standorte GIBz Abfallbehandlungsanlagen. Diese sollten in der Tabelle ergänzt werden oder es sollte eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass Ziel 14 für diese nicht gilt. Darüber hinaus wird empfohlen, in den Erläuterungen auf das Ziel 44 zu verweisen.

Siehe auch Anregungen zu Kapitel 5.3.2 — Z.44

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die textlichen Festlegungen zu diesen GIB mit Zweckbindung finden sich unter dem Ordnungspunkt 3.3.2 *Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen* und hier fortlaufend unter den entsprechenden Gliederungspunkten. Zudem sichern die zeichnerischen Festlegungen GIB mit weiteren Zweckbindungen. Diese sind eindeutig über die zeichnerische Verortung sowie die Legende in der Planzeichnung als GIB für zweckgebundene Nutzungen verortet sowie entsprechend in den textlichen Festlegungen in den entsprechenden Kapiteln zugeordnet. Sofern erforderlich, sind in den Erläuterungen zudem Querverweise zu den entsprechenden Zielfestlegungen aufgeführt u.a. im Z.5. In Bezug auf die geforderte Klarstellung zu Z.14 gilt, dass das Ziel unter der Überschrift "Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen" bereits erkennen lässt, dass neben den GIBz im Z.14 auch weitere GIB mit Zweckbindung im Rahmen der Neuaufstellung festgelegt wurden. Die Begründung führt weiter aus, dass diese GIBz erforderlich sind, um im Regionalplan zusätzlich Flächensicherungen für bestimmte Nutzungen und Betriebe an Standorten vorzunehmen, die aufgrund ihrer besonderen räumlichen Lage, besonderer geologischer, verkehrlicher oder anderer spezifischer Standortfaktoren oder aufgrund rechtlicher Vorgaben ausschließlich den benannten Nutzungen und Betrieben vorbehalten und aufgrund dieser spezifischen Nutzung im Regionalplan festgelegt sind..

Zu den Zielfestlegungen für Abfallbehandlungsanlagen und weitere Zweckbindungen gilt zudem, dass Querverweise in den Erläuterungen immer dort erfolgen, wo sie für die Auslegung bzw. Anwendung eines Ziels erforderlich sind. So wird z.B. in Bezug auf die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung im Z.3. ausgeführt, dass GIB für zweckgebundene Nutzungen gemäß den Festlegungen (Z. 14) GIBz sichern und umsetzen, (Z. 32) Landesbedeutsame Häfen sichern, (Z. 33) Güterumschlagplätze für den kombinierten Güterverkehr Schiene-Straße sichern und (Z. 44) Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern von einer Bedarfsprüfung ausgenommen sind.

Inhalt

4.2 Regionale Grünzüge

Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen

Zielfestlegung S. 98, Erläuterungen Ziffer 6

Es wird die Streichung des im 2. Planentwurfs neu eingefügten Texts „Landschafts- und“ angeregt. Es ist nicht Aufgabe der Landschaftsplanung darzulegen, dass im Einzelfall keine Alternativen für siedlungsräumliche Entwicklungen außerhalb des betroffenen Regionalen Grünzuges bestehen. Dies wäre eine falsch adressierte Aufgabenzuweisung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angesprochene Textpassage lautet wie folgt: "Im Rahmen der Fachplanungen sowie der kommunalen Landschafts- und Bauleitplanung ist nachvollziehbar darzulegen, dass keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben."

Die Aufzählung der Fachplanungen, der Landschafts- und Bauleitplanung beinhaltet nicht das Erfordernis, dass für jede Planung, die RG in Anspruch nimmt, alle drei Aufgabenbereiche eine Alternativenprüfung durchführen müssen. Es soll lediglich kein Aufgabenbereich ausgeschlossen werden und dient der Vollständigkeit halber. Eine abschließende Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Inhalt

4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur**Z.20 Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern**

Erläuterungen Ziffer 2, S. 103

Der Wechsel von einer „Soll-Bestimmung“ in eine Verpflichtung („muss“) schränkt den Handlungsspielraum der Träger der Landschaftsplanung ein.

Vornehmlich sind nach dem Wortlaut des § 7 Abs. 1 LNatSchG NRW die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität im Landschaftsplan darzustellen und rechtsverbindlich festzusetzen. Dies wird durch § 6 Abs. 3 DVO-LNatSchG bezgl. der Abgrenzung und Kennzeichnung der Schutzgebiete, der Darstellung der getroffenen Festsetzungen und der Bestandteile des Biotopverbundes konkretisiert. Der Landschaftsplan ist in NRW als Satzung ausgestaltet. Der Satzungscharakter erfordert allgemeingültige Regelungen. Vertragliche Vereinbarungen stoßen in Bezug auf die Bestimmtheit des Adressaten-kreises bei individuellen Abweichungen/ Ausnahmen und hiermit verbunden auf den Gleichbehandlungsgrundsatz an Grenzen. Der Verwaltungsaufwand als Folge einer solchen Regelung wird aufgrund einer Vielzahl an Vertragspartnern und dement-sprechender Verhandlungen ungleich höher eingeschätzt, als die bestehende Praxis.

Eine Verpflichtung zur Prüfung von vertraglichen Regelungen verschärft die angelegenen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen im BNatSchG und LNatSchG. Der Regionalplan in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan berücksichtigt die in Aufstellung befindlichen und die rechtskräftigen Landschaftspläne im Gegenstromprinzip (RdErl. d. MURL zur Landschaftsplanung v. 9.9.1988 - IV B 4 — 1.06.00). Dieser stärkt als übergeordnete Planung die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Eine Verpflichtung zur Prüfung vertraglicher Vereinbarungen kann jedoch die Akzeptanz planerisch vorbereiteter Schutzgebietskonzepte im Landschaftsplan schwächen. Die Umsetzung der im Landschaftsplan festgesetzten Maßnahmen erfolgt im Rhein-Sieg-Kreis auf freiwilliger Basis. Ein Änderungsbedarf ist aufgrund erfolgreicher Umsetzung der Landschaftsplanung nicht erkennbar. Die vormalige Formulierung übernimmt die Regelung des BNatSchG, dass vorrangig geprüft werden soll (§ 3 Abs. 3 BNatSchG). Die Soll-Formulierung aus dem 1. Planentwurf sollte beibehalten werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In der Stellungnahme wird sich auf folgende Änderung der textlichen Festlegung des Ziel 20 "Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern" in Punkt 2 der Erläuterung des Regionalplanentwurfs bezogen:

"Sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann, ~~soll~~ muss diese Möglichkeit vorrangig geprüft werden."

Durch die Änderung der Formulierung wird klargestellt, dass ein Prüferfordernis besteht, ob eine vertragliche Vereinbarungen auch den Schutzzweck gewährleisten kann. Hierbei ist die getroffene Einschränkung des „angemessenen Aufwandes“ zu beachten, diese gewährleistet, dass es bei der Anwendung nicht zu einer unverhältnismäßigen Erhöhung des Verwaltungsaufwandes kommt.

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die Konkretisierung der bundes- und landesgesetzlichen Regelungen des BNatSchG und des LNatSchG ist bei regionalplanerischer Relevanz durch die textlichen und zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans umzusetzen.

Inhalt

4.3.2 Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

Z.21 BSLE fachplanerisch sichern

Erläuterungen Ziffer 1., S. 106

Mit Verweis auf die Anregungen zu Z. 20 (Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern) wird angeregt, die Soll-Formulierung aus dem 1. Planentwurf beizubehalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In der Stellungnahme wird sich auf folgende Änderung der textlichen Festlegung des Ziel 21 "BSLE fachplanerisch sichern" in Punkt 1 der Erläuterung des Regionalplanentwurfs bezogen:

"Sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann, ~~soll~~ muss diese Möglichkeit vorrangig geprüft werden."

Durch die Änderung der Formulierung wird klargestellt, dass ein Prüferfordernis besteht, ob vertragliche Vereinbarungen den Schutzzweck auch gewährleisten können. Hierbei ist die getroffene Einschränkung des „angemessenen Aufwandes“ zu beachten, diese gewährleistet, dass es bei der Anwendung nicht zu einer unverhältnismäßigen Erhöhung des Verwaltungsaufwandes kommt.

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die Konkretisierung der bundes- und landesgesetzlichen Regelungen des BNatSchG und des LNatSchG ist bei regionalplanerischer Relevanz durch die textlichen und zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans umzusetzen.

Inhalt

4.5.1 Walderhaltung und -vermehrung

Z.22 Waldbereiche erhalten und entwickeln

Zielfestlegung S. 109

Für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Naturschutzgebieten und in der Kulisse des Naturschutzgroßprojektes chance7 wurden Änderungen an der rechtlichen Waldeigenschaft im Einzelfall erforderlich. Die bisherige Formulierung lässt Inanspruchnahmen ausnahmsweise zu, ohne diese von einer Neuanlage von Wald abhängig zu machen. Handlungsmöglichkeiten Waldausgleich auch durch Klimaschutzmaßnahmen auf Kalamitätsflächen oder Qualifizierungsmaßnahmen in Altholzbeständen zu betreiben, sollten gestärkt werden. Anforderungen des Naturschutzes sowie kommunale Optionen für Ausgleichskonzepte würde mehr Raum eingeräumt. Den Belangen der Landwirtschaft in der Situation der Flächenkonkurrenz würde gemäß dem Rücksicht-nahmegebot des BNatSchG Rechnung getragen. Es wird vorgeschlagen, die Formulierung aus dem 1. Planentwurf wiederaufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Rechtsprechung des BVerwG entspricht die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, ist die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziel der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugänglicher Grundsatz der Raumordnung zu behandeln.

Dieses Urteil wirkt sich auch auf das Ziel 22 des ersten Regionalplanentwurfs "Waldbereiche erhalten und entwickeln" aus, welches das Ziel 7.3-1 LEP NRW konkretisierte die in Frage gestellte Formulierung beinhaltete. Somit wurde im zweiten Regionalplanentwurf die Formulierung von Ziel 22 an die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst und in der Formulierung geändert.

Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 weiterhin den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden.

Grundsatz 42 "Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung" und Grundsatz "G.37 Kleinwaldflächen berücksichtigen" setzt dabei die Erfordernisse des Klimaschutzes um.

Auf Grund der aufgeführten Rahmenbedingungen kann dem Vorschlag nicht gefolgt werden.

Inhalt

4.5.2 Waldfunktionen und —nutzungen

Z.neu3 „Wälder mit besonderer forstlicher Bedeutung und Wildnisgebiete schützen“

Zielfestlegung S. 113

Zur Klarstellung sollten Naturwaldzellen als Begriff in das Ziel Z.neu3 aufgenommen werden. Naturwaldzellen nach § 49 Abs. 5 LFoG werden durch ordnungsbehördliche Verordnung der höheren Forstbehörde im Benehmen mit der höheren Naturschutzbehörde ausgewiesen und kommen in Ihrem Schutzzweck den Wildnisgebieten nach § 40 LNatSchG NRW gleich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel "Wälder mit besonderer forstlicher Bedeutung und Wildnisgebiete schützen" (Z. neu3) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Es verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor für nachfolgende Planungsebenen, um den örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Es werden keine Einschränkungen vorgeben, die die Sicherung von Naturwaldzellen einschränkt.

Inhalt

4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz

G 49 Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken minimieren

Grundsatzfestlegung S. 130

Bezüglich der Stellungnahme 1004906 des Rhein-Sieg-Kreises wird in der Abwägung auf G49 verwiesen. Gleichwohl sollte unter G49 Punkt 5 die Aufzählung zu Möglichkeiten die Retentionsfunktion der Böden zu erhöhen um einen Vorrang für Entwässerungen mittels Versickerungen ergänzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Grundsatz ist formuliert, dass, sofern sich im Rahmen von Planungen und Maßnahmen die Möglichkeit bietet, die Retentionsfunktion des Bodens zu erhöhen, diese genutzt werden soll. Weitere Aufzählungen oder Vorränge werden nicht ergänzt.

Inhalt

5.3 Entsorgungsinfrastruktur 5.3.2 Abfallbehandlung
Z.44 Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern
Zielfestlegung S. 156/157 (Tabelle)

Das herausragende Projekt „Grüne Mine“ ist regional sowie überregional von hoher Bedeutung, ein Zukunftsprojekt der Region im Zusammenspiel von nachhaltiger Anwendung, Forschung und Wissenstransfer auch im außerschulischen Kontext. Die Erweiterung des dort ansässigen Entsorgungsbetriebes in Swisttal-Ollheim bildet hierbei die zwingende Grundvoraussetzung für den Projektfortschritt und bedingt die Umsetzung der weiteren Projektbestandteile außerhalb der eigenen betrieblichen Erweiterung. Im jetzigen Regionalplanentwurf ist nur eine kleine Fläche als GIB für zweckgebundene Nutzung (GIBz) — Abfallbehandlungsanlagen dargestellt. Dies wird dem innovativen Projekt weder hinsichtlich der Flächengröße noch der entsprechenden Zweckbindung planerisch gerecht. Selbst die eigentliche betriebliche Erweiterung wäre mit der dargestellten Fläche nicht zu realisieren. Es wird daher angeregt, die Fläche der Gesamtplanung „Grüne Miene“ im Regionalplan als GIBz auszuweisen. Flächenabgrenzung gern. Konzeptentwurf „Grüne Miene“: Bitte beachten Sie die Abbildung S. 7 im anliegenden Originaldokument der Stellungnahme (als PDF angefügt). Zudem wird angeregt, den Standort Swisttal in der Tabelle (S. 157), analog zu Lindlar, als „Abfallbehandlungsanlage und Verwertungszentrum sowie Standort für Kreislauf-, Abfall- und Ressourcenwirtschaft einschließlich Bildung, Forschung, Wissenschaft und Wissensvermittlung“ auszuweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen: Bei dem ansässigen Entsorgungsbetrieb handelt es sich um einen vorhandenen Betriebsstandort im regionalplanerischen Freiraum, der die regionalplanerische Darstellungsschwelle erreicht. Entsprechend der Plankonzeption sind Standorte für Abfallbehandlungsanlagen ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als GIBz Abfallbehandlungsanlage zeichnerisch festgelegt, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Da es sich nicht um einen neuen Siedlungsansatz i.S.v. Ziel 6.3-3 LEP NRW bzw. eine neue Abfallbehandlungslage i.S.v. Ziel 8.3-2 LEP NRW handelt, sondern um einen vorhandenen Betriebsstandort, ist die Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage auch ohne unmittelbaren Anschluss an die vorhandenen ASB oder GIB mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage folgerichtig. Bei der regionalplanerischen Festlegung wurden Optionen für betrieblichen Erweiterung der Abfallbehandlungsanlage berücksichtigt.

Das unter dem Projektnamen "Grüne Miene" bezeichnete Vorhaben lässt sich nicht unter die Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage fassen. Die geplanten Nutzungen entsprechen denen eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzungen. Diese dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Insofern sind die Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.1-1 LEP NRW zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraum, d.h. Allgemeine

Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), zu beachten. Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Im Rahmen des Regionalen Verteilprozess Region⁺-Wirtschaft wurde über die kommunalen Bedarfe hinaus ein ca. 26 ha großer GIB mit regionaler Bedeutung nördlich des angeregten Standorts in Swisttal (Heimerzheim) verortet.

Das Vorgehen für den bestehenden GIB mit der Zweckbestimmung Abfallhandlungsanlage am Standort Lindlar kann nicht ohne weiteres übertragen werden. Der Standort wurde unter anderen rechtlichen Rahmenbedingungen (Vorgänger zum aktuellen LEP NRW) im Rahmen einer vorhabenbezogenen Regionalplanänderung regionalplanerisch festgelegt. Neufestlegungen müssen die aktuellen rechtlichen Vorgaben beachten.

Aus den o.g. Gründen ist eine Festlegung als GIB oder GIB mit Zweckbindung zum aktuellen Planungsstand nicht mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Vorhabens für die Region, steht es der Gemeinde Swisttal frei, nach Rechtswirksamkeit des in Aufstellung befindlichen Regionalplans einen Antrag auf eine vorhabenbezogene Regionalplanänderung zu stellen.

AZ: BET_153000_1	
Gemeinde Alfter	
1034787_001, Gemeinde Alfter	
<p>Inhalt</p> <p>Den Änderungen zu den Zielen und Grundsätzen im Rahmen der textlichen Festlegungen zum zweiten Entwurf des Regionalplans wird zugestimmt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

1. Bereich: Alfter – ASB zwischen Birrekoven und Steinergasse

Beteiligungssynopse: ID-Nr. 1004533

Die Darstellung des ASB wird im Bereich zwischen den Straßen Birrekoven, Steinergasse und Eulengasse zurückgenommen. Stattdessen wird dieser Bereich den Festlegungen des FNP angepasst (s. Anlage Entwicklungswünsche Alfter, Seite 2).

[Anlage]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Außerdem wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1004533 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

2. Bereich: Gielsdorf – Alfterer Straße und Laurentiusweg

Beteiligungssynopse: ID-Nr. 1004535

Die Darstellung des ASB im Bereich Alfterer Strafle und Laurentiusweg soll, wie im FNP dargestellt, übernommen werden. In diesem Bereich ist das Planungsrecht durch die Gemeinde über Satzungen geregelt. (s. Anlage Entwicklungswünsche Alfter, Seite 3)

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Außerdem wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1004535 1.Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

3. Bereich: Gielsdorf – BSN Mirbachtal

Beteiligungssynopse: ID-Nr. 1004548

Die Darstellung des BSN im Mirbachtal wird bis auf Höhe des südlichen Endes Birrekoven zurückgenommen. Im Kreuzungsbereich der Mirbachstraße und Schleibendgesweg sieht der FNP einen Suchraum für die Hochwasserrückhaltung vor. Dies ermöglicht der Gemeinde Alfter die Planung und Errichtung baulicher Anlagen für den Hochwasserschutz entlang des Mirbachs (s. Anlage Entwicklungswünsche Alfter, Seite 4).

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Außerdem wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1004548 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

1034787_005, Gemeinde Alfter

Inhalt

4. Bereich: Alfter – ASB nördlich Bahnhofstraße, zwischen Straßenbahnlinie 18 und Roisdorfer Straße/Kreisstraße 5; Beteiligungssynopse: ID-Nr. 1004529

Die Darstellung als ASB wird in diesem Bereich zurückgenommen. Stattdessen erfolgt, analog zum FNP, die Darstellung als Freiraum mit RG und BSLE. Eine Darstellung als ASB widerspricht den interkommunal abgestimmten Klimaschutzzielen der Region Rhein-Voreifel. Danach wird dieser Bereich als Zone mit Gebieten der stadtklimarelevanten Grün- und Freiräume dargestellt (s. Anlage Entwicklungswünsche Alfter, Seite 5).

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Gemeinde führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Gemeinde.

1034787_006, Gemeinde Alfter

Inhalt

5. Bereich: Witterschlick – Ortsumgehung L 113n

Es erfolgt eine vollständige planerische und zeichnerische Löschung der Ortsumgehung L 113n als Landesstraßenbedarfsplanmaßnahme aus den Planwerken des Regionalplans. Hierzu erfolgte bereits 2021 die 6. Änderung zur Löschung der L 113n aus den Planwerken des FNP. Im Rahmen der diesjährigen Beteiligung zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans NRW hatte die Gemeinde zu dieser Maßnahme bereits Fehlanzeige gemeldet. Hierzu möchte die Gemeinde Alfter auch auf die Stellungnahme des Landesbetrieb Straßenbau NRW (Beteiligungssynopse: ID-Nr. 1006273) hinweisen.

Zudem möchte die Gemeinde anführen, dass die aktuelle Linienführung der OU L 113n im zweiten Entwurf durch ein bestehendes Naturschutzgebiet verläuft (s. Anlage Entwicklungswünsche Alfter, Seite 6).

[Anlage]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen werden entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Inhalt

6. Bereich: Witterschlick - Freiraum am Heerweg

In Ergänzung zu den neudargestellten BSN-Bereichen (s. Beteiligungssynopse: ID-Nr. 1007654 (T+B)), wird der Freiraumbereich entlang des Heerweges, analog zum Entwurf des Landschaftsplans 3 Alfter, ebenfalls als BSN dargestellt. In diesem Bereich befinden sich in Teilen gesetzlich geschützte und schutzwürdige Biotope, sowie FFH-Lebensraumtypen (s. Anlage Entwicklungswünsche Alfter, Seite 7).

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

AZ: BET_154000_1	
Stadt Bad Honnef	
1032706_001, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>I. Vorbemerkung</p> <p>Die Stadt Bad Honnef begrüßt die Überarbeitung des Regionalplan-Entwurfs und den weitergehenden Beteiligungsprozess zur zweiten Fassung. Dazu wird insbesondere anerkannt, dass einige aus Sicht der Stadt wesentliche Inhalte im Sinne der vorgelegten ersten Stellungnahme angepasst oder zumindest modifiziert wurden. Dies gilt namentlich insbesondere für die geänderten Festlegungen zur Rhein-Insel Grafenwerth, für den Plan-Standort des neuen DB-Haltepunktes Bad Honnef/ Rhein, für die GIB-Standortentwicklung im Stadtbezirk Aegidienberg/ Anschlussstelle A3, und für einige Korrekturen bei der ASB-Abgrenzung sowie textliche Festlegungen bzw. Formulierungen. Dennoch verbleiben einige Aspekte der allgemeinen Systematik der regionalplanerischen Festlegungen und deren konkreter Umsetzung im Planentwurf für den Bereich Bad Honnef, auf die (nochmal) eingegangen werden muss.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1032706_002, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Zu 3.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum

3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung

Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren

Auf die Stellungnahme weiter unten zu den ASB-Ausweisungen bzw. in Bezug auf Ortsteile innerhalb des derzeitigen regionalplanerischen Freiraums wird weiterhin verwiesen. Die Stadt Bad Honnef hält hierzu nach wie vor, insgesamt und räumlich-konkret, eine Überprüfung und Änderung des Regionalplanes für angebracht. Diese Anforderung ergibt sich zusätzlich durch die nun vorliegenden Änderungen im Plan (Neudarstellung einzelner ASB und GIB im gesamten Regional-planumgriff), die die Frage nach einer einheitlichen Bewertung bzw. Handhabung jener Einzelfälle aufwirft, die nicht berücksichtigt wurden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu StnID 1032706_005 ff. verwiesen.

Eine darüber hinausgehende Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

1032706_003, Stadt Bad Honnef

Inhalt

Zu 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung

3.2.1 Allgemeine Siedlungsbereiche

Z.7 ASB sichern und entwickeln

Die Stadt Bad Honnef bittet weiterhin um Überprüfung und Nachzeichnung der ASB in Bad Honnef gemäß der Definition dieses Ziels. Auf die weiterführenden Karten aus der ersten Stellungnahme und ergänzten Hinweise unter Pkt. III. dieser Stellungnahme wird verwiesen, soweit nicht im zweiten Planentwurf Änderungen bereits vorgenommen wurden. Unter Bezugnahme auf das Z.7 und seine Erläuterungen sind z. B. auch die Flächen Stadtgarten, Stadtbahn-Endhaltestelle inkl. Parkplatz und ehem. Hallenbad als ASB anzusprechen und darzustellen. Unter Pkt. III. dieser Stellungnahme wird weiterhin die Neudarstellung („Nachzeichnung“) der ASB für die Ortsteile östlich der A 3 gefordert. Auf die Begründung dazu in der ersten Stellungnahme wird verwiesen. Im Änderungsplan zum zweiten Planentwurf wurden an anderer Stelle im Regierungsbezirk umfängliche Neudarstellungen von ASB für bestehende Siedlungskörper vorgenommen. Insofern nimmt die Stadt Bad Honnef hier Stellung zu Plan-Änderungen, allerdings eben im Sinne der Systematik und gleichen Behandlung gleicher Fälle.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist teilweise inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1008390 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Bezogen auf die genannten anderen Stellen im Regierungsbezirk ist eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu StnID 1032706_005 ff. verwiesen.

1032706_004, Stadt Bad Honnef

Inhalt

III. Stellungnahme zu den zeichnerischen Festlegungen der Planunterlage

Zur Planzeichnung Teil 1. Siedlungsraum

Seitens der Stadt Bad Honnef wird weiter um die Prüfung und Übernahme der nachfolgend einzeln aufgeführten Änderungswünsche zur Abgrenzung der ASB gebeten. Im Ergebnis hält die Stadt Bad Honnef in der Zusammenschau dieser Einzelflächen eine Neuabgrenzung bzw. Neudarstellung der ASB für das Stadtgebiet in der Planzeichnung für erforderlich, insbesondere damit nachfolgende Bauleitplanverfahren nicht im Widerspruch zu Zielen der Regionalplanung stehen oder ein solcher Widerspruch – gerade bei Bestandsüberplanungen – nicht konstruiert werden kann. Ein Abgleich mit sämtlichen Erläuterungskarten zum Regionalplan wird sodann erforderlich. Die vorgenannte Anforderung ergibt sich insbesondere mit Blick auf die Überarbeitungs-Systematik des Regionalplan-Entwurfs, d. h. auch im Rückgriff auf die Abwägungen zur ersten Stellungnahme sowie die zahlreichen Änderungen/Anpassungen an anderer Stelle im Regierungsbezirk.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu StnID 1032706_005 ff. verwiesen.

Eine darüber hinausgehende Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Inhalt

ASB-207-neu09

[Abbildung]

Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung). Es handelt sich um Wohnbebauung und um siedlungsbezogene, große Sportanlagen, die in dieser Funktion dem ASB zuzuordnen sind. In der regionalplanerischen Abwägung zur obigen Stellungnahme wird ausgeführt: „Die Festlegung des Siedlungsbereichs bleibt hier hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück, um eine nachteilige Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden. Westlich der L 144 beginnt der multifunktionale Freiraum des Siebengebirges (BSN, Regionaler Grünzug, BSLE).“ Diese Bewertung ist so nicht nachvollziehbar. Eine nachteilige Entwicklung der Siedlungsstruktur durch bestehende Wohnbaugrundstücke und Sportanlagen ist per se nicht (mehr) möglich. Der Bereich liegt zudem östlich der L 144 im Anschluss von weiterer Bebauung. Im Sinne und Stil anderer Anpassungen im gesamten zweiten Planentwurf ist der Verzicht auf diese ASB-Nachzeichnung nicht zu akzeptieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

ASB-207-neu13

[Abbildung]

Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung) und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um Wohnbebauung. In der regionalplanerischen Abwägung zur obigen Stellungnahme wird ausgeführt: „Die angeregte Festlegung zur Erweiterung des Siedlungsbereichs soll der Sicherung einer Aussenbereichslage dienen. Diese hat durch die Abgrenzung des umliegenden Naturschutzgebietes keine Möglichkeit der Erweiterung oder des Ausbaus. Negative Auswirkungen auf das angrenzende Schutzgebiet sind zu vermeiden.“ Diese Bewertung ist so nicht nachvollziehbar. Es handelt sich in der Substanz – bis auf ggf. einzelne Randflurstücke – nicht um eine Außenbereichslage. Die Bebauung schließt an weitere Bebauung in dem Stadtteil an. NSG- und FFH-Gebiet sparen diesen Bereich zu Recht aus; die grobe Übernahme des NSG in regionalplanerische Freiraumfestlegungen ist in dem Bereich, trotz des Maßstabs, zu ungenau gefaßt bzw. „abgerundet“. Im Sinne und Stil anderer Anpassungen im gesamten zweiten Planentwurf ist der Verzicht auf diese ASB-Nachzeichnung nicht zu akzeptieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

ASB-207-neu14

[Abbildung]

Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), der Bauleitplanung (FNP) und Schutzgebiets-grenzen. Es handelt sich um wichtige Infrastrukturflächen (Wasserwerk) und Wohnbebauung, insbesondere im nördlichen Teilbereich. In der regionalplanerischen Abwägung zur obigen Stellungnahme wird ausgeführt: „Die Festlegung eines Siedlungsbereiches aber auch die nachfolgende Bauleitplanung stösst hier auf wasserrechtliche Restriktionen. Der südliche Bereich der vorgeschlagenen Erweiterungsfläche liegt innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes Rhein. Darüber hinaus gilt für die in Rede stehende Fläche die Einschränkungen einer Trinkwasserschutzzone II. Eine ASB Darstellung würde hier den regionalplanerischen Zielen zu Überschwemmungsbereichen und BGG widersprechen.“ Im Sinne und Stil anderer Anpassungen im gesamten zweiten Planentwurf ist der komplette Verzicht auf diese ASB-Nachzeichnung aus Sicht der Stadt nochmal zu überprüfen. Wie festgestellt, betrifft das Überschwemmungsgebiet nur den südlichen Teil der Fläche substanziell. Im nördlichen Teil liegen zudem mit Bebauungsplan festgesetzte Infrastrukturflächen, u. a. vor allem das Wasserwerk, die dem ASB zugerechnet werden können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

ASB-207-neu15

[Abbildung]

Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), Stadtentwicklungszielen, der Bauleitplanung und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um gemischt genutzte bauliche Bereiche, Sportanlagen und vor allem wichtige Infrastrukturf lächen (P+R/ Parkplatz-Anlage im Verbund mit Stadtbahn-/ Bahneinrichtungen). Abgeleitet aus den Zielsetzungen des ISEK und des InHK verfolgt die Stadt Bad Honnef eine Planungs- und Maßnahmenstrategie, im Bereich der heutigen Stadtbahn-Endhaltestelle einen neuen Mobilitätsknoten „Bad Honnef“ mit Parkhaus zu etablieren. Dies umfasst auch die Verlagerung und den Neubau des DB-Bahnhofs in diesen Bereich, der inzwischen durch die DB konkret betrieben wird. Auf die weitergehende erste Stellungnahme wird Bezug genommen. In der regionalplanerischen Abwägung zur obigen Stellungnahme wird ausgeführt: „Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der nachhaltigen europäischen Stadt kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Eine solche Raumkante ist die vorhandene Bahnlinie, d.h. die Siedlungsentwicklung soll an der Bahntrasse enden und nicht in Richtung Rhein weitergeführt werden. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (Landschaftsschutzgebiet) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.“ Dieser Bewertung kann insoweit nicht gefolgt werden, als dass die konstruierte „Raumkante Bahnlinie“ an dieser wie auch an wenigen anderen Stellen in der Tallage Bad Honnefs eben nicht existiert, auch und schon gar nicht historisch. Im fraglichen Bereich liegt das historische „Fischerdorf“ am Rhein-Altarm. Das InHK der Stadt setzt diese Anknüpfungspunkte, abgeleitet aus der Historie und Örtlichkeit, konzeptionell um – darauf wird Bezug genommen. Bei den beiden um die Mobilitätsknoten Bad Honnef sowie Rhöndorf (s. u.) herum vorgeschlagenen ASB-Nachzeichnungen handelt es sich um Flächen bzw. Standorte für regional bedeutsame Infrastrukturprojekte der Verkehrswende. Diese sollen im vorliegenden Fall z. B. auch Hochbauten wie das o. g. Parkhaus enthalten, die sich in die Reihe bestehender Bauten (Hallenbad usw.) einfügen. Im Sinne und Stil anderer Anpassungen im gesamten zweiten Planentwurf ist der Verzicht auf diese ASB-Nachzeichnung sowie -Neudarstellung nicht zu akzeptieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1008420 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

ASB-207-neu16

[Abbildung]

Eine Prüfung und Ergänzung (Neudarstellung) des ASB ist erforderlich in Abgleich mit dem faktischen Siedlungsbestand (Bestandsnachzeichnung), Stadtentwicklungszielen, der Bauleitplanung und Schutzgebietsgrenzen. Es handelt sich um Wohnbauflächen und vor allem wichtige Infrastrukturflächen (P+R/Parkplatz-Anlage im Verbund mit Stadtbahn-/ Bahneinrichtungen). Abgeleitet aus den Zielsetzungen des ISek und des InHK verfolgt die Stadt Bad Honnef eine Planungs- und Maßnahmenstrategie, im Bereich des Bahnhofs und der Stadtbahn-Haltestelle einen Mobilitätsknoten „Rhöndorf“ zu etablieren. Dies umfasst auch die ergänzende Planung und Errichtung von Infrastruktur. Im Verbund damit soll auch die Rheinlage Rhöndorfs (Rheinuferbereich) aufgewertet und weiterentwickelt werden. Trotz und in Kenntnis der Lage dieses Gesamtbereichs in anspruchsvollen Schutzgebieten, v. a. dem Überschwemmungsgebiet, legt die Stadt Bad Honnef besonderen Wert darauf, diese Entwicklungsziele auch regionalplanerisch abgesichert zu sehen. Dies gilt auch mit Blick auf die Einbeziehung der Partner DB, NVR bzw. Stadtbahn in die Regionalplanung und nachfolgende Planungsprozesse. In der regionalplanerischen Abwägung zur obigen Stellungnahme wird ausgeführt: „Die Siedlungsentwicklung soll im Sinne der nachhaltigen europäischen Stadt kompakt gestaltet werden, das jeweilige Zentrum soll gestärkt werden und die Orts- und Siedlungsränder sollen erkennbare und raumfunktional wirksame Grenzen zum Freiraum bilden (Grundsatz 6.1-5 LEP NRW). Eine solche Raumkante ist die vorhandene Bahnlinie, d.h. die Siedlungsentwicklung soll an der Bahntrasse enden und nicht in Richtung Rhein weitergeführt werden.“ Dieser Bewertung kann insoweit nicht gefolgt werden, als dass die konstruierte „Raumkante Bahnlinie“ an dieser wie auch an wenigen anderen Stellen in der Tallage Bad Honnefs eben nicht 9 existiert, auch und schon gar nicht historisch. Der alte Ortskern Rhöndorf reicht hier bis an den Rhein heran. Das InHK der Stadt setzt diese Anknüpfungspunkte, abgeleitet aus der Historie und Örtlichkeit, konzeptionell um – darauf wird Bezug genommen. Bei den beiden um die Mobilitätsknoten Bad Honnef und Rhöndorf herum vorgeschlagenen ASB-Nachzeichnungen handelt es sich um Flächen für regional bedeutsame Infrastrukturprojekte der Verkehrswende. Im Sinne und Stil anderer Anpassungen im gesamten zweiten Planentwurf ist der Verzicht auf diese ASB-Nachzeichnung nicht zu akzeptieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prækclusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

ASB neu Ortslagen Orscheid, Wülscheid und Brüingsberg

[Abbildung]

Für die Siedlungsbereiche östlich der A 3 bittet die Stadt Bad Honnef nochmals um eine Überprüfung der zeichnerischen Festlegungen in der Regionalplan-Karte. Mit Blick auf die ASB ist aus den in der ersten Stellungnahme benannten Gründen die Festlegung von drei neuen ASB-Abgrenzungen für die Ortsteile Bad Honnef-Orscheid, -Wülscheid und -Brüingsberg aus Sicht Bad Honnefs nach wie vor angezeigt. Auf die erste Stellungnahme wird insoweit Bezug genommen. In der Überarbeitung des Regionalplanes wurden an zahlreichen Stellen im Planungsraum Nach- bzw. Neuzeichnungen von ASB vorgenommen. Wenngleich die Sachlage von hier aus nicht in ganzer Tiefe recherchiert und mit Blick auf die Abwägungen nachvollzogen werden kann, legt der Vergleich einzelner neuer ASB-Ausweisungen – z. B. innerhalb der Stadtgebiete von Bornheim und Königswinter – die Rückfrage nahe, ob bzw. inwieweit für die ASB-Auswahl analoge Kriterien herangezogen sind. In dieser hier vorliegenden zweiten Stellungnahme legt die Stadt Bad Honnef Wert auf die Klärung und Feststellung in Bezug auf die Systematik der Regionalplanung, hier zu analogen Bewertungen zu kommen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1008426 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1032706_011, Stadt Bad Honnef	
<p>Inhalt</p> <p>Korrektur Stadtgrenze Bad Honnef</p> <p>Nach einem förmlich vollzogenen Gebietsänderungsvertrag mit der Stadt Königswinter an der nördlichen Stadtgrenze Bad Honnefs hat sich der Verlauf der Stadtgrenze geändert. Dies ist in entsprechenden Alkis-Daten bereits umgesetzt; die Regionalplan-Karte kennt noch die alte Grenze. Die Grenz-Änderung sollte in der Plankarte – allein zur Vermeidung von Missverständnissen – nachvollzogen werden.</p> <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegungen werden an die Gebietsänderungen angepasst.</p> <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.</p>

Inhalt

IV. Hinweise zum Beteiligungsprozess

Die Beteiligungsunterlagen umfassen samt der Fachbeiträge, auf die in vielen Belangen des eigentlichen Planwerks verwiesen wird, zuzüglich der Synopsen und Abwägungsdokumente mehrere tausend Seiten Text und umfangreiche Datensätze. Die Lektüre und Einordnung dieser Dokumente sind für die Kommunen zeit- und damit personalintensiv. Der Umfang der Inhalte eines Regionalplanes und die inhaltlich tiefgehende Befassung mit den Themen bedingt den Umfang der Dokumente. An der Taktung des laufenden Beteiligungsprozesses gab es bereits im Vorfeld Kritik. Ein Beteiligungsschritt von lediglich einem Monat, der zur Hälfte von den Herbstferien betroffen ist, ist dem Umfang und der Bedeutung des Regionalplans in keiner Weise angemessen und unterwandert in gewisser Weise das vorgesehene Gegenstromprinzip.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienlicher Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen. Ferner wurden die Kommunen während des gesamten Erarbeitungsprozesses sowohl im formellen als auch im informellen Verfahren laufend und umfassend eingebunden. Von einer Unterwanderung des Gegenstromprinzips kann daher keine Rede sein.

AZ: BET_155000_1	
Stadt Bornheim	
1033257_001, Stadt Bornheim	
<p>Inhalt</p> <p>ID 1026382, Sechtem:</p> <p>Die Stadt Bornheim hatte auf Grundlage des 1. Entwurfs für den neuen GIB östlich der K 60 eine Vergrößerung dieses zur Ortsabrundung beantragt. Hiermit sollten neben der Deckung des kommunalen Gewerbeflächenbedarfs auch eine unwirtschaftliche, einseitige Erschließung vermieden werden. Statt einer Vergrößerung wurde das GIB im 2. Entwurf verkleinert und in ein GIBflex umgewandelt. Die Gewerbeflächenreserven zur Deckung des kommunalen Bedarfs (30 ha) sind inzwischen entwickelt/vermarktet bzw. befinden sich in der Bauleitplanung. Der GIBregional in Roisdorf (Id. 1005669, Uedorfer Weg) ist zur Deckung des regionalen Bedarfs. Der neue GIB in Hersel (Id. 1005673, 7 ha) reicht allein nicht zur Deckung des kommunalen Bedarfs aus. Die Umwandlung des GIBflex in ein GIB wird deshalb beantragt. Hilfsweise könnte auch eine Änderung in ein GIBregional zur Deckung des regionalen Bedarfs (184 ha) erfolgen. Hier könnte Bornheim ein fehlendes Gewerbeflächenangebot in der Bonner Region kompensieren. Da der 1. Entwurf eine größere Fläche vorsah, hat die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Bornheim dort bereits Flächen für die Entwicklung erworben. Im 2. Entwurf wurde die Fläche rundlicher dargestellt, was in keiner Weise einer gewerblichen Erschließung und wirtschaftlichen Ausnutzung Rechnung trägt. Zudem wurde die Fläche teilweise reduziert und durch die Ausweisung in GIBflex eine Hürde für die Entwicklung auferlegt. Daher wird beantragt, die Flächenabgrenzung des GIB/ GIBregional entsprechend der übermittelten Form größer auszuweisen.</p> <p>Ausschnitt 2. Entwurf: GiBflex [Abbildung]</p> <p>Antrag GIB [Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1005650 1.Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Im Übrigen:</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.</p> <p>Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1</p>

LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret im Rhein-Sieg-Kreis. hierzu wird zur Verortung von GIBregional in der Teilregion Bonn/Rhein-Sieg-Kreis zudem auf die Ausführungen in der Begründung verwiesen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Hinsichtlich der Ausführungen zum Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird auf die Ausführungen in den textlichen Festlegungen sowie der Begründung verwiesen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPlG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

ID 1005673, Hersel:

Der Bereich südlich der Allerstraße für die Gewerbegebietserweiterung, welche bereits im FNP als gewerbliche Baufläche dargestellt ist, wurde nur teilweise als GIB dargestellt. Der Stellungnahme der Stadt Bornheim wurde somit nur teilweise gefolgt. Die Stellungnahme der Bezirksregierung mit der Aussage, dass der Stellungnahme Bornheims gefolgt wurde, ist somit nicht korrekt. Die Festlegung eines GIB zwischen L 300 und Stadtbahntrasse fehlt in der Darstellung. Sie ist für die Planung der Ortsumgehung, der Realisierung eines Feuerwehrgebäudes sowie einer Gewerbeentwicklung jedoch wichtig und wird hiermit wegen sonst befürchteten Hemmnissen für eine Realisierung beantragt.

Antrag: GIB Hersel [Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prækclusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Widdig

Für die Planung zur Ansiedlung eines Netto-Marktes wird die Erweiterung des ASB zwischen L 300 und Stadtbahnlinie erneut beantragt. Dieses Projekt ist zur Sicherung der Nahversorgung von großer Bedeutung für die Stadt Bornheim. Daher spricht sich die Stadt Bornheim für eine Festlegung als ASB aus.

Antrag: ASB-Erweiterung [Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ferner ergeht der Hinweis, dass bei der Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsvorhaben insbes. Kapitel 6.5 des Landesentwicklungsplans NRW zu berücksichtigen ist.

Inhalt

Waldorf

Da die geplante Erweiterung des Biohofes derzeit weit über den Bestand hinausgeht, wird der GIB für diese Erweiterung nochmals beantragt. Der Biohof ist eines der wichtigen Betriebe der Stadt Bornheim mit überregionaler Anziehungskraft. Dem Bestandsbetrieb sollte somit auch eine Erweiterung mit ergänzendem Zweck ermöglicht werden.

Erneuter Antrag: GIB Biohof [Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1005663 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

AZ: BET_157000_1	
Stadt Hennef	
1033304_001, Stadt Hennef	
<p>Inhalt</p> <p>Vielen Dank für die Beteiligung im o.g. Verfahren. Die Kommunen wurden mit Schreiben vom 15.10.2024 zur Stellungnahme zu den geänderten Teilen des neuen Planentwurfes Regionalplan bis zum 15.11.2024 aufgefordert. Ich bedauere, dass in der Kürze der vorgesehenen Beteiligung keine Beratung bzw. Beschluss in den zuständigen politischen Gremien der Stadt Hennef möglich ist. Ich bitte Sie, dies bei weiteren Planverfahren zu berücksichtigen und eine längere Beteiligungsdauer vorzusehen. Die Sichtung, Auswertung und politische Beratung der sehr umfangreichen Planunterlagen ist in der angegebenen, kurzen Zeit nicht möglich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.</p>

1033304_002, Stadt Hennef	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
Die Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereiches am südlichen Ortsausgang Uckeraths entlang der B8 wird begrüßt.	

Inhalt

Auch für den Ortsteil Bröl wurde 2021 eine Darstellung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ gefordert. Neben der Bereitstellung von ausreichenden Siedlungsflächen für den dringend erforderlichen Wohnungsbau muss der Wirtschaft ein passendes Angebot an Flächen zur Verfügung stehen, damit bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Der Mangel an gewerblichen Flächen, Immobilien und Entwicklungsmöglichkeiten behindert in erster Linie die Expansion Hennefer Firmen und bedingt eine Abwanderungstendenz ins Umland. Das Gewerbeentwicklungskonzept des Rhein-Sieg-Kreises hat die Fläche entlang der B 468 inmitten Bröls als geeignet dargestellt. Auch die Bedarfsflächenermittlung des Regionalplanes hat einen deutlichen Bedarf an Gewerbeflächen ermittelt, den die Stadt Hennef derzeit nicht annäherungsweise innerhalb des derzeitigen Siedlungsflächenbereiches entwickeln kann. Die Baulücke in Bröl entlang der B478 bietet sich für eine gewerbliche Entwicklung an. Östlich grenzt bereits ein etwa 13.300m² große Gewerbefläche an (Bebauungsplan Nr. 04.1-1B Bröl, Alter Weg), die dann erweitert werden kann. Die Fläche ist relativ eben und gut erschlossen. Der Autobahnanschluss ist direkt erreichbar. Zur südlich angrenzenden Brölaue und dem Überschwemmungsgebiet wird ein ausreichender Abstand eingehalten. Im Gegenzug kann bei einer Entwicklung dieses Areals Flächen, die bereits durch Bebauungspläne als Wohngebiete in diesem Ortsteil festgesetzt sind, aber bis heute nicht entwickelt wurden und im Überschwemmungsgebiet der Bröl liegen, als Kompensation möglicherweise zurückgenommen werden.

Siehe Abbildung in der Anlage!

Auszug aus dem Gewerbeflächenkonzept 2035 für die Kommunen des Rhein Sieg Kreises, TEIL B

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen ist die Stellungnahme inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1004612 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Der neuen Darstellung eines Bereiches für Naturschutz direkt westlich an den GIB südlich der B8 (Abb. ID1006453) angrenzend beim Ortsteil Stotterheck an Mendt/Kreis Altenkirchen wird widersprochen. Ich bitte Sie, die Darstellung des BSN, der direkt östlich an die Gewerbebaufläche angrenzt, zurückzunehmen. Im Flächennutzungsplan von 2018 der Stadt Hennef ist diese Fläche als „Gewerbliche Baufläche“ dargestellt. Es bestehen hier kommunale Entwicklungsabsichten, die auch durch den regionalplanerisch ermittelten Bedarf gedeckt sind. Ein Heranrücken des BSN führt zu Einschränkungen der zukünftigen gewerblichen Nutzung des Gebietes.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die G Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den

regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Inhalt

Der Änderung aufgrund ID1026820 ((Änderungssynopse Textliche Festsetzungen Seite 15f.) möchte ich widersprechen. Den Kommunen wird nun auferlegt, jeweils selbstständig dazulegen, ob sie mit ihrer Bauleitplanung den Zielen der Raumordnung entsprechen. Dies führt zu immer komplexeren Bauleitplanverfahren, die nun allein durch die Kommunen zusätzlich mit Prüfung der regionalplanerischen Belange zu stemmen sind. Möglicherweise wird erst nach Abschluss dieser umfangreichen Bauleitplanverfahren dann im Falle der Genehmigung des Flächennutzungsplanes bzw. einer Änderung festgestellt, dass keine bedarfsgerechte, den Zielen der Raumordnung angepasste Entwicklung stattgefunden hat. Wenn der Flächennutzungsplan bzw. die Änderung zu diesem späten Zeitpunkt nicht genehmigt wird, kann ein erheblicher Vertrauensverlust entstehen, insbesondere, wenn die Planung durch Dritte angestoßen wurde.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Pflicht der Gemeinde Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen ergeht aus § 1 Abs. 4 BauGB. Bauleitpläne sind gem. § 2 Abs. 1 BauGB von der Gemeinde in eigener Verantwortung aufzustellen.

Die Frage, ob ein Bebauungsplan dem Anpassungsgebot des § 1 Abs. 4 BauGB genügt, ist von der Gemeinde in eigener Verantwortung und von den Gerichten als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung im Normenkontrollverfahren in vollem Umfang und unabhängig von etwaigen behördlichen Stellungnahmen zu prüfen (vgl. OVG Münster Urt. v. 27.1.2021 – 7 D 90/18, BeckRS 2021, 2356, beck-online).

Gem. § 34 Abs. 1 LPIG NRW n.F. steht es im Ermessen der Gemeinde bei der Aufstellung oder Änderung eines Bauleitplanes unter Vorlage der erforderlichen Planunterlagen bei der Regionalplanungsbehörde anzufragen, welche Ziele der Raumordnung für den Planbereich bestehen. Eine Pflicht der Gemeinde eine entsprechende Anfrage bei der Regionalplanungsbehörde zu stellen, wie es gem. § 34 LPIG NRW a.F. verlangte, besteht grundsätzlich nicht mehr.

1033304_006, Stadt Hennef	
Inhalt	<p>Die Stadt Hennef begrüßt den offenen Diskussionsprozess, geht aber davon aus, dass weiterhin auch außerhalb des eigentlichen Beteiligungsverfahrens ergänzend Stellungnahmen bzw. eigene regionalplanerisch bedeutende Planungsabsichten eingebracht werden können.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Grundsätzlich stehen Regionalrat und Regionalplanungsbehörde bei regionalplanerischen Fragestellungen gerne für Rückfragen zur Verfügung.</p> <p>Im Übrigen wird Zustimmung erklärt und es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_158000_1	
Stadt Königswinter	
1032208_001, Stadt Königswinter	
Inhalt	<p>Die Stadt Königswinter beantragt die Herausnahme der ehemals als Bebauungsplan angedachte Fläche nördlich der bestehenden Siedlung, westlich und östlich der Holtorfer Straße aus dem ASB Vinxel. Der Bereich soll wieder als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt werden.</p> <p>Vorbehaltlich der geplanten Beschlussfassung durch den Stadtrat am 4.11.2024 wird die Stadt Königswinter eine entsprechende Stellungnahme im Beteiligungsverfahren abgeben.</p> <p>Ich sende Ihnen eine Karte des ehemals angedachten Geltungsbereichs vorab zur Kenntnis und bitte um Berücksichtigung.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Stellungnahme wurde bereits in Teilen entsprochen (s. StnID 1005720 1.Offenlage bzw. Änderungskarte): Für den Bereich westlich Vinxel-Auf den Steinen/ Hohnacker sind Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche sowie Regionale Grünzüge festgelegt.</p> <p>Bezogen auf übrige Bereiche des in Rede stehenden Geltungsbereichs gilt Folgendes:</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.</p> <p>Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass es der Kommune frei steht nach Wirksamkeit des Regionalplans eine Rücknahme der Fläche (ggf. im Rahmen eines Flächentausches) in einem separaten Änderungsverfahren anzuregen.</p>

Inhalt

Änderung 1005720 – ASB Vinxel

Die Stadt Königswinter beantragt die Herausnahme der ehemals als Bebauungsplan 50/19 angedachten Fläche nördlich der bestehenden Siedlung, westlich und östlich der Holtorfer Straße aus dem ASB Vinxel. Der Bereich soll als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festgelegt werden (vgl. Beschluss des Stadtrates vom 04.11.2024 in Anlage 1).

Begründung: Der Regionalrat ist der Anregung der Stadt Königswinter vom 24.08.2022 zum ersten Planentwurf zur Reduzierung des ASB Vinxel mit dem zweiten Planentwurf gefolgt (Änderung 1005720). Für die übrigen Teile der Potenzialfläche KÖN_ASB_1 nördlich von Vinxel bestehen die gleichen Einschränkungen und Bedenken:

- Im Umweltbericht zum Regionalplan kommt der Gutachter für die unbebauten ASB-Flächen im Bereich westlich und nördlich von Vinxel (Kön_ASB_1) zu folgender Gesamteinschätzung: Bei voraussichtlich drei Kriterien (Naturschutzgebiet, klimarelevante Böden, Landschaftsbild) sind **erhebliche Umweltauswirkungen** zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.
- Die FFH-Vorprüfung zum Regionalplan für diese Flächen kommt zu dem Ergebnis, dass die Beurteilung erheblicher Beeinträchtigungen durch stoffliche Wirkungen (insbesondere Stickstoff-Depositionen) nur auf der Grundlage der konkreten Nutzung und der zu erwartenden stofflichen Immissionen vorgenommen werden kann, für die eine weitere Konkretisierung der Planung erforderlich ist. Das bedeutet, dass eine abschließende Beurteilung der Erheblichkeit erst in einer **FFH-Verträglichkeitsprüfung im nachgelagerten Verfahren** (auf Ebene des FNP) erfolgen muss. Ob und unter welchen Einschränkungen eine wohnbauliche Entwicklung möglich ist, ist daher derzeit unklar.
- Die Flächen nördlich vom ASB Vinxel sind in der Erläuterungskarte F2 als **schutzwürdige Böden mit hoher Funktionserfüllung** dargestellt.
- Die Flächen nördlich vom ASB Vinxel sind in der Erläuterungskarte F3 zum Regionalplan als **Regionaler Grünzug mit den Schwerpunkten Erholung und Biotopverbund** bzw. festgelegt. Der wichtige Regionale Grünzug verläuft vom Ennert durch das Siebengebirge.
- Die Flächen um den ASB Vinxel sind in der Erläuterungskarte F4 zum Regionalplan als **Agrarstrukturell bedeutsamer Raum** dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wurde bereits in Teilen entsprochen (s. StnID 1005720 1. Offenlage bzw. Änderungskarte): Für den Bereich westlich Vinxel-Auf den Steinen/ Hohnacker sind Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche sowie Regionale Grünzüge festgelegt.

Bezogen auf übrige Bereiche des in Rede stehenden Geltungsbereichs gilt Folgendes:

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass es der Kommune frei steht nach Wirksamkeit des Regionalplans eine Rücknahme der Fläche (ggf. im Rahmen eines Flächentausches) in einem separaten Änderungsverfahren anzuregen.

- Des Weiteren ist der **Innenentwicklung** gemäß der wohnungsbaupolitischen Ziele der Stadt Königswinter der Vorrang einzuräumen. Im gesamten Stadtgebiet sind neben zahlreichen Innenentwicklungspotenzialen auch andere Erweiterungsoptionen vorhanden (vgl. Entwurf Fachbeitrag Wohnen zum neuen Flächennutzungsplan).
- Es besteht auch **keine kommunale Entwicklungsabsicht** mehr. Gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 04.11.2024 soll der Bereich nördlich von Vinxel zukünftig nicht mehr als Entwicklungspotenzial im Regionalplan berücksichtigt werden. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 50/19 wurde bereits am 27.04.2022 vom ASUK aufgehoben.

Vor diesem Hintergrund regt die Stadt Königswinter an, die Änderungsfläche 1005720 anzupassen und den ASB Vinxel im Norden um weitere rund 10 ha zu reduzieren. Die Flächen sollen als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich festgelegt werden. (vgl. Stadtratsbeschluss in Anlage 1 und Abgrenzungsvorschlag in Anlage 2)

Inhalt

Änderung 1005724 – ASB Oberpleis

Der ASB Oberpleis wurde im Nordwesten im zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln anders abgegrenzt als mit Schreiben der Stadt Königswinter vom 24.08.2022 angeregt, so wurde der ASB auch östlich des Forellenweges zurückgenommen. Für die Fläche östlich des Forellenweges besteht aber weiterhin eine Entwicklungsabsicht in Richtung Wohnen. Auf die entsprechenden Beschlüsse wird verwiesen (vgl. Beschlüsse 281/2017 und 435/2019 des Planungs- und Umweltausschuss (PUA)). Lediglich die Flächen entlang des Lützbaches sollten u.a. aufgrund der potenziellen Überflutungsgefahr von der Festlegung als ASB ausgespart werden. Ein Abgrenzungsvorschlag findet sich in der Anlage 3.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist bereits in Teilen entsprochen (s. StnID 1005724 1. Offenlage).

Im Übrigen gilt: Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Dies gilt auch für die angeregte Fläche östlich des Forellenweges. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

ASB Thomasberg/ Heisterbacherrott

Innerhalb des ASB ist der Allgemeine Agrar- und Freiraumbereich (AFAB) um den Limperichsberg nicht korrekt abgegrenzt. Während der Bereich um den neuen Kindergarten bzw. die neuen Sportanlagen nicht im ASB liegt, ist der Bereich des alten Bolzplatzes westlich des ehemaligen Steinbruchs weiterhin als ASB festgelegt. Letztere Fläche ist im Flächennutzungsplan zwar derzeit noch als Wohnbaufläche dargestellt, aufgrund der bestehenden Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet (LSG), eines Altlastenverdacht und der Topografie der Fläche hatte der Planungs- und Umweltausschuss (PUA) bereits am 29.03.2017 einstimmig beschlossen, dass eine bauliche Entwicklung auf dieser Fläche nicht mehr verfolgt werden soll. Diese Entscheidung wurde in den Beratungen der Potenzialflächenbewertung zum integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) durch den PUA am 20.02.2019 einstimmig bestätigt. Die Stadt Königswinter regt daher an, die Grenzen des ASB an die Grenze des LSG anzupassen. Ein Abgrenzungsvorschlag findet sich in der Anlage 4.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

AZ: BET_159000_1	
Stadt Lohmar	
1034517_001, Stadt Lohmar	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die in Rede stehende regionalplanerische Festlegung konkretisiert Ziel 6.1-4 LEP NRW. Regional- und Bauleitplanung sind darin aufgefordert, den Freiraum zu schützen und kleinteilige bauliche über die bestehenden Möglichkeiten des § 34 Abs. 4 und § 35 BauGB hinausgehende Entwicklungen im Außenbereich zu verhindern (siehe Erläuterung zu Ziel 6.1-4 LEP NRW). Diesem Auftrag kommt Z.2 nach und stellt in der Erläuterung klar, dass unter die Vermeidung von Splittersiedlungen auch deren Erweiterung bzw. Verfestigung fällt.</p> <p>Gemäß § 35 Abs. 6 BauGB kann Vorhaben in den durch Satzung bestimmten Bereichen gerade nicht entgegengehalten werden, dass sie [...] die Entstehung oder Verfestigung einer Splittersiedlung befürchten lassen. In der Folge ist bei Beschluss einer nach BauGB sachgemäßen Außenbereichssatzung durch die Kommune Ziel 6.1-4 LEP NRW bzw. Z.2 des Regionalplans Köln nicht einschlägig.</p> <p>Im Übrigen adressiert § 1 Abs. 4 BauGB Bauleitpläne iSv § 1 Abs. 2 BauGB (Flächennutzungsplan und Bebauungsplan). Außenbereichssatzungen gem. § 35 Abs. 6 BauGB unterliegen daher grundsätzlich nicht dem Regelungsregime von § 1 Abs. 4 BauGB. Die Regelungen in § 35 Abs. 3 Satz 2 und 3 BauGB sowie Anwendungsvoraussetzungen für die Aufstellung von Außenbereichssatzungen gem. § 35 Abs. 6 Satz 4 BauGB bleiben unberührt.</p> <p>Es erfolgt eine entsprechende Klarstellung in der Begründung. Dabei handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.</p>

1034517_002, Stadt Lohmar

Inhalt

Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Umgang mit den Anregungen der Stadt Lohmar aus der ersten Offenlage nicht immer nachvollziehbar bzw. plausibel ist. Für verschiedene Bereiche wurde durch die Stadt Lohmar angeregt, die Flächenabgrenzung an die tatsächliche Nutzung bzw. Bauleitplanung anzupassen. Diesem wurde nur teilweise gefolgt. Ich erlaube mir daher, auf die Punkte erneut einzugehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Inhalt

Stn-ID 1005483 ASB Heide

Der Anregung, die Darstellung des ASB an die tatsächliche, mit Bauleitplanung gesicherte Bebauung anzupassen, wurde nicht gefolgt, während dieses beispielsweise für Lohmar Ost (Stn-ID 1005484) erfolgte. In der Erläuterung wird angegeben, dass in der landesplanerischen Auslegung die fachrechtliche Abgrenzung des in Aufstellung befindlichen NSG Auelsbach zu berücksichtigen ist. Die Stadt Lohmar bleibt bei ihrer Anregung. Dieses ist aus Sicht der Stadt Lohmar kein Widerspruch. Das geplante NSG Auelsbach liegt außerhalb der im Flächennutzungsplan und im Bebauungsplan 41.2 festgesetzten Wohnbauflächen bzw. Wohngebiete. (s. Anlagenkarte) Die Stadt Lohmar widerspricht einer faktischen Aufhebung von Baurechten, indem der Regionalplan dem noch in Aufstellung befindlichen Landschaftsplan Vorrang einräumt. Die Darstellung des ASB ist mindestens auf die Darstellung im Flächennutzungsplan auszuweiten.

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen wird die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten (vgl. ID 1005483 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Stn-ID 1005486 ASB Weegen

Der Anregung, die Darstellung des ASB an die tatsächliche, mit Bauleitplanung gesicherte Bebauung anzupassen, wurde nicht gefolgt, während dieses beispielsweise für Lohmar Ost (Stn-ID 1005484) erfolgte. Es ist nicht erkennbar, worin das begründet ist. Die Stadt Lohmar widerspricht auch hier einer faktischen Aufhebung von Baurechten. Die Darstellung des ASB ist mindestens auf die Darstellung im Flächennutzungsplan auszuweiten. (s. Anlagenkarte)

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen wird die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten (vgl. ID 1005486 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Stn-ID 1005487 ASB Donrath-Ost

Der Anregung, die Darstellung des ASB an die tatsächliche Bebauung und die im FNP ausgewiesenen Wohnbauflächen anzupassen, wurde nicht gefolgt, während dieses beispielsweise für Lohmar Ost (Stn-ID 1005484) erfolgte. Es ist nicht erkennbar, worin das begründet ist. Die Stadt Lohmar widerspricht auch hier einer faktischen Aufhebung von Baurechten. Die Darstellung des ASB ist mindestens auf die Darstellung im Flächennutzungsplan auszuweiten. (s. Anlagenkarte)

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen wird die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten (vgl. ID 1005487 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: BET_160000_1	
Stadt Meckenheim	
1033401_001, Stadt Meckenheim	
<p>Inhalt</p> <p>Grundsätzlich begrüßt die Stadt Meckenheim den vorgelegten Entwurf und die nun eingebrachten Änderungen. Der Entwurf stellt eine wertvolle Grundlage für die zukünftige Entwicklung unserer Region dar. In unserer Stellungnahme vom 31.08.2022 haben wir Hinweise und Anpassungsempfehlungen eingebracht, die teilweise berücksichtigt wurden und teilweise nach Abwägung unberücksichtigt blieben. Positiv hervorzuheben sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die geänderte Darstellung der Lüftelberger Straße als Allgemeiner Siedlungsbereich (ID-104427), • die Aufnahme eines Bereiches zum Schutz der Natur entlang des Ersdorfer Bachs (ID-1004433 und ID-1004936) und • die Aufnahme der L163n als Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (ID-1004435). <p>Besonders begrüßen wir die Entnahme des regionalen Grünzuges im „Grünen Ei“ (ID-Änderungsantrag 168), die wir angesichts der Lage – umschlossen von Siedlungsbereichen und übergeordneten Verkehrsstraßen sowie der intensivlandwirtschaftlichen Nutzung – als notwendig erachten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1033401_002, Stadt Meckenheim

Inhalt

Leider wurden einige Anpassungsempfehlungen der Stadt Meckenheim nicht berücksichtigt. So blieb die Empfehlung zur Entnahme des Regionalen Grünzugs im Bereich der Swistbachaue (ID-1004431) ebenso unberücksichtigt wie die Empfehlung zur Entnahme eines Bereichs zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung zwischen Meckenheim und Rheinbach (ID-1004432). Auch der Anpassungsempfehlung bezüglich der Quellenangaben wurde nicht gefolgt. Die vorliegende Stellungnahme ist durch die politischen Gremien der Stadt Meckenheim beschlossen worden und gliedert sich analog zu unserer Stellungnahme vom 31.08.2022 in Hinweise und Anpassungsempfehlungen. Hinweise enthalten keine konkreten Änderungswünsche an den Offenlageentwurf des Regionalplanes, sondern umfassen vielmehr Empfehlungen zu verfahrenstechnischen Aspekten. Anpassungsempfehlungen sind hingegen stets verbunden mit einem konkreten Änderungswunsch hinsichtlich der zeichnerischen oder textlichen Festlegung oder/ sowie der Begründung. Unsere inhaltlichen Anmerkungen sind zudem in einer Anlage räumlich verortet, um die Anpassungsempfehlungen nachvollziehbar darzustellen. An den Anpassungsempfehlungen der Stellungnahme vom 31.08.2022, denen nicht gefolgt wurde, hält die Stadt Meckenheim weiterhin fest.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Weiterhin werden Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme genannt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Hinweis 1: Offenlagezeitraum

Uns ist bewusst, dass sich das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans in einem zeitlich engen Rahmen bewegt und sich dieser insbesondere aufgrund des OVG Urteiles zum LEP NRW sowie den sich daraus ergebenden Folgen nochmals verschärft hat. Dennoch möchten wir eingangs unser Bedauern über den gewählten Offenlagezeitraum vom 15. Oktober 2024 bis zum 15. November 2024 äußern. So fällt die Offenlagezeit in die Herbstferien, was sowohl die Kapazitäten zur Bearbeitung und Beteiligung innerhalb der Verwaltung eingeschränkt hat als auch die Einbindung der politischen Gremien erschwert. Die Erarbeitung einer kommunalen Stellungnahme, welche durch die politischen Gremien unserer Stadt getragen wird, bedarf zusätzlicher zeitlicher Ressourcen. Der derzeitige Offenlagezeitraum erlaubt es uns daher nur unter erheblichem Zeitdruck, eine vollumfängliche und abgestimmte Rückmeldung zu geben. Wir möchten daher anregen, bei künftigen Verfahren einen längeren Beteiligungszeitraum vorzusehen, um eine angemessene Bearbeitung und Einbindung der politischen Gremien zu erleichtern.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.

Inhalt

Hinweis 2: Eingeschränkte Möglichkeit der Stellungnahme

Weiterhin möchten wir anmerken, dass die Vorgabe, die Stellungnahme im Wesentlichen auf die Änderungen im Vergleich zum ersten Entwurf zu beschränken, den Rahmen der Beteiligung stark einschränkt. Eine umfassende Beteiligung, die auch unzureichend abgewogene Anregungen und Anpassungsempfehlungen zu dem ersten Planentwurf adressiert, wäre im Sinne eines integrativen Prozesses wünschenswert. Wir bitten daher um Verständnis, dass wir uns im Folgenden zu Punkten äußern, die nicht Gegenstand der überarbeiteten Planänderungen sind, aber für die Integrität des Planes und regionale Entwicklung aus unserer Sicht relevant sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

1033401_005, Stadt Meckenheim

Inhalt

Anpassungsempfehlung 1: Entnahme eines Regionalen Grünzuges in der Swistbachaue

Die Stadt Meckenheim hält an der Anpassungsempfehlung aus der Stellungnahme vom 31.08.2022 fest, den Regionalen Grünzug im Bereich der Swistbachaue (ID-1004431) herauszunehmen. Östlich des Meckenheimer Siedlungskörpers ist ein Regionaler Grünzug festgesetzt, der auch den überwiegenden Teil der Swistbachaue bedeckt (vgl. Anlage 1). Der regionale Grünzug ist nicht im LEP dargestellt. Die Darstellung als Regionaler Grünzug kann sowohl durch die dargestellte Methodik als auch durch die Abwägungserläuterung nicht nachvollzogen werden. Die getroffene Abwägung geht zudem nur unzureichend auf die Aspekte unserer Stellungnahme (insbesondere der Feststellung, dass die Darstellung als Regionaler Grünzug nicht durch die Methodik abgedeckt wird) ein. Die Stadt Meckenheim fordert, den dargestellten Bereich nicht als Regionalen Grünzug darzustellen und die Fläche mangels entsprechender Voraussetzungen, zukünftig ausschließlich als „Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich/Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“, was der Beibehaltung der bisherigen regionalplanerischen Festsetzung entspricht, darzustellen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

1033401_006, Stadt Meckenheim

Inhalt

Anpassungsempfehlung 2: Entnahme eines Bereiches zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung

Der regionalplanerisch festgelegte Freiraum zwischen den beiden Städten Rheinbach und Meckenheim war im ersten Entwurf vollständig als BSLE-Fläche dargestellt (vgl. Anlage 2). Die Stadt Meckenheim hat in ihrer ersten Stellungnahme vom 31.08.2022 auf eine Herausnahme der Flächen verwiesen, da eine fachliche Begründung und nähere Erläuterung für diese Festlegung fehlte (ID-104432). Der Rhein-Sieg-Kreis hat in seiner Stellungnahme ebenfalls auf diese zusammenhängenden Flächen zwischen Meckenheim und Rheinbach verwiesen (ID-1004967). Dieser Anregung sowohl der Stadt Meckenheim wie auch des Rhein-Sieg-Kreises konnte die Bezirksregierung zunächst jedoch nicht folgen. Durch einen Änderungsantrag zur 17. Sitzung des Regionalrats am 11.10.2024 (ID-Änderungsantrag 169) wurden die Flächen, allerdings nun nur auf Rheinbacher Stadtgebiet, sodann nicht länger als Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung dargestellt, während die Festlegung auf Meckener Stadtgebiet bestehen bleibt, was in der Logik nicht nachvollziehbar ist. Die Bewertung und Betrachtung der kulturlandschaftlich zusammenhängenden Flächen endete an dieser Stelle also an den Grenzen des Gemeindegebietes. Dies führt nicht nur in der kartographischen Darstellung zu einer willkürlich anmutenden Abgrenzung, welche nicht dem kulturlandschaftlichen Bild vor Ort entspricht. Hier ist mutmaßlich die zeichnerische Umsetzung der Darstellung nicht für den kompletten Bereich erfolgt und muss ergänzt werden. Die Stadt Meckenheim fordert, für den genannten Bereich eine einheitliche Darstellung umzusetzen, die sowohl fachlich begründet und nachvollziehbar ist, als auch das regionale Landschaftsbild berücksichtigt.

Sofern Rückfragen bestehen oder aus ihrer Sicht ein weiterer Abstimmungsbedarf erforderlich ist, stehen wir gerne zur Verfügung.

(Abbildung)

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1004432). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präziserungsbedarf.

AZ: BET_16000_1	
Landessportbund NRW e.V.	
1033980_001, Landessportbund NRW e.V.	
<p>Inhalt</p> <p>Anmerkungen / Vorschlag des Stadtsportbundes Bonn ([ANOMIYIERT] – Referent) zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf</p> <p>Wir regen an, im Bereich des Kottenforsthanes oberhalb der Ortslagen Friesdorf, Kessenich und Dottendorf die BSN-Bereiche, die dem Landschaftsschutz unterliegen, mit einer Festlegung als BSLE zu überlagern.</p> <p>Begründung:</p> <p>In dem Bereich existieren positive Machbarkeitsstudien für eine Mountainbikestrecke mit lokaler Bedeutung. Sie wurden im Auftrag des Sport- und Bäderamtes der Stadt Bonn erstellt. Durch die gute Anbindung an den ÖPNV und die unmittelbare Nähe zu den Siedlungsbereichen erfüllt der Bereich alle Kriterien zur Umsetzung der Ziele G.26, Z.17 und G.27. Zumutbare Alternativen im Sinne der Erläuterung Z.19.6 hätten, soweit sie überhaupt dargestellt werden könnten, ungünstige Auswirkungen z.B. auf den Klimaschutz, weil sie schlechter mit ÖNV erreichbar sind. Die entsprechende Festlegung würde es erleichtern, auch andere Freizeitnutzungen im Sinne von Z.17 zu steuern (Beispiele Scouting, Geocaching u.a.) ohne in jedem Einzelfall aufwändige Prüfverfahren in Gang zu setzen. Insgesamt ist allerdings zu überprüfen, ob die genannten Flächen überhaupt den Vorgaben von Z.19 entsprechen. Die Kriterien in Z.19.3 werden unseres Ermessens wenn überhaupt nur in geringem Umfang erfüllt. Insofern sollte die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet auch ohne BSN-Status möglich sein und eine Festlegung als BSLE sollte in diesem Sinne eher unterstützend wirken.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt wurde. Zugrunde gelegt wurden festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut § 8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Unteren Naturschutzbehörden hatten Gelegenheit, sich fachlich in den Prozess der Ermittlung der regionalen Biotopverbundflächen einzubringen. Der Fachbeitrag wird auf dem Internetauftritt der Bezirksregierung Köln sowie des Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</p>

1033980_002, Landessportbund NRW e.V.	
Inhalt	Abwägung
Der Kreissportbund Euskirchen meldet: „keine Bedenken“.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_161000_1	
Gemeinde Much	
1034602_001, Gemeinde Much	
<p>Inhalt</p> <p>1. Der Rücknahme der GIB-Flächen im Bereich des Gewerbegebietes Bövingen-Ost und Bövingen-West wird widersprochen. Diese Flächenweiterungen sollen weiterhin (bereits bestehende Reserveflächen) dargestellt werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Zu 1 und 2.</p> <p>Auch wenn die Flächen, die am GIB Bereich der Gewerbegebiete Bövingen Ost und Bövingen-West sowie Much-Bitzen zurückgenommen werden sollen, relativ klein erscheinen, würde eine Rücknahme jedoch dazu führen, dass für die Erweiterungsflächen ein eigenständiger Siedlungsansatz entstehen würde. Dies kann planerisch nicht gewollt sein. Umweltschutzrechtliche Belange können im nachgelagerten Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplans und dem Aufstellungsverfahren zum entsprechenden Bebauungsplan bewertet und berücksichtigt werden. Daher spricht sich die Gemeinde Much gegen eine Rücknahme der Reserveflächen aus.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Autorenenkorrektur ID 1029195 verwiesen:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven, soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant, einbezogen und berücksichtigt. Im Randbereich der in Rede stehenden Fläche stehen der Festlegung als Siedlungsraum versehentlich - aufgrund einer vorgenommenen maßstabsbedingten Abrundung der zeichnerischen Festlegung - Raumwiderstände entgegen: hier BGG/WSZ II. Teilflächen im Randbereich sind im Regionalplan auf der Basis der Wasserschutzzone II eines fachplanerisch festgesetzten Wasserschutzgebiets gemäß Z.26 als Bereich für Gewässerschutz und Grundwasserschutz festgelegt. Als landesplanerische Vorgabe hat Ziel 7.4-3 des LEP NRW den Zweck, dass Raumordnung und Wasserwirtschaft zusammen die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungsanlagen von gefährdenden Nutzungen freihalten. Hier gilt, dass die zeichnerische Festlegung entsprechend redaktionell geändert wurde.</p> <p>Im Übrigen gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW).</p>

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung (gem. Z.26). Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

1034602_002, Gemeinde Much

Inhalt

2. Der Rücknahme der GIB-Fläche im Bereich des Gewerbegebietes Much-Bitzen wird weiterhin widersprochen. Eine Modifizierung der Flächendarstellung kann im nachgelagerten FNP-Neuaufstellungsverfahren vorgenommen werden.

Begründung:

Zu 1 und 2.

Auch wenn die Flächen, die am GIB Bereich der Gewerbegebiete Bövingen Ost und Bövingen-West sowie Much-Bitzen zurückgenommen werden sollen, relativ klein erscheinen, würde eine Rücknahme jedoch dazu führen, dass für die Erweiterungsflächen ein eigenständiger Siedlungsansatz entstehen würde. Dies kann planerisch nicht gewollt sein. Umweltschutzrechtliche Belange können im nachgelagerten Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplans und dem Aufstellungsverfahren zum entsprechenden Bebauungsplan bewertet und berücksichtigt werden. Daher spricht sich die Gemeinde Much gegen eine Rücknahme der Reserveflächen aus.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Ferner ist die Stellungnahme inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1005568 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

3. Der Nichtaufnahme des Bereiches Bockemsweg, inklusive der dort vorgesehenen Reservefläche zum ASB des Ortskerns Much wird widersprochen.

Begründung:

Zu 3 und 4.

Die Straße Bockemsweg schließt unmittelbar an den ASB Much an und wird seitens des Katasters nicht als eigenständiger Ortsteil geführt, sondern der Ortslage Much zugeordnet. Daher sollte dieser Bereich auch dem ASB Much zugeordnet werden und im Regionalplan ebenfalls entsprechend dargestellt werden. Hinsichtlich der Reservefläche handelt es sich um die nord-östliche Freifläche am Ende der Straße Bockemsweg, dessen gegenüberliegender Straßenbereich bereits eine Wohnbebauung ausweist. Zu planerischen Abrundung ist dieser überschaubare Freiraumbereich aufgrund der dortigen, gegenüberliegenden Bebauung für eine Bauflächendarstellung prädestiniert. Gleiches gilt für die Parzelle Gemarkung Wersch, Flur 2, Flurstück 935 in der als ASB ausgewiesenen Siedlungsfläche der Ortslage Marienfeld. Diese ist bereits von Wohnbebauung und dem ASB Marienfeld umschlossen. Seitens des Katasters wird die Fläche der Ortslage Marienfeld zugeordnet. Dementsprechend sollte auch hier eine Ausweisung als ASB-Fläche (ASB Marienfeld) erfolgen. Umweltschutzrechtliche Belange können im nachgelagerten Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplans und dem Aufstellungsverfahren zum entsprechenden Bebauungsplan bewertet und berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

4. Der Nichtaufnahme der Parzelle Gemarkung Wersch, Flur 2, Flurstück 935 zum ASB Marienfeld wird widersprochen.

Begründung:

Zu 3 und 4.

Die Straße Bockemsweg schließt unmittelbar an den ASB Much an und wird seitens des Katasters nicht als eigenständiger Ortsteil geführt, sondern der Ortslage Much zugeordnet. Daher sollte dieser Bereich auch dem ASB Much zugeordnet werden und im Regionalplan ebenfalls entsprechend dargestellt werden. Hinsichtlich der Reservefläche handelt es sich um die nord-östliche Freifläche am Ende der Straße Bockemsweg, dessen gegenüberliegender Straßenbereich bereits eine Wohnbebauung ausweist. Zu planerischen Abrundung ist dieser überschaubare Freiraumbereich aufgrund der dortigen, gegenüberliegenden Bebauung für eine Bauflächendarstellung prädestiniert. Gleiches gilt für die Parzelle Gemarkung Wersch, Flur 2, Flurstück 935 in der als ASB ausgewiesenen Siedlungsfläche der Ortslage Marienfeld. Diese ist bereits von Wohnbebauung und dem ASB Marienfeld umschlossen. Seitens des Katasters wird die Fläche der Ortslage Marienfeld zugeordnet. Dementsprechend sollte auch hier eine Ausweisung als ASB-Fläche (ASB Marienfeld) erfolgen. Umweltschutzrechtliche Belange können im nachgelagerten Verfahren zur Aufstellung des Flächennutzungsplans und dem Aufstellungsverfahren zum entsprechenden Bebauungsplan bewertet und berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

AZ: BET_163000_1	
Stadt Niederkassel LAP	
1032692_001, Stadt Niederkassel LAP	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Niederkassel begrüßt viele der getroffenen Entscheidungen für den aktuellen Entwurf (Entfallende Festsetzungen und neue Festlegungen) im Stadtgebiet. Insbesondere die von der Stadt Niederkassel gewünschte Rücknahme des GIBregional Ranzel, die Darstellung der Waldfläche im Norden des „Chemieparks Lülisdorf“ sowie die Umwandlung von ASB-Flächen in GIB-Flächen in den Bereichen Niederkassel Ort, Gewerbegebiet Rheidt und Gewerbegebiet Mondorf erscheinen sinnvoll.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Die Stellungnahme zur zweiten Beteiligung beschränkt sich auf eine einzelne zeichnerische Festlegung im Stadtgebiet.

Teil A-2 Zeichnerische Festlegungen

Darstellung der „Rheinspange“ A553:

Im aktuellen Entwurf des Regionalplanes wird die „Rheinspange“ A553 weiterhin nördlich der Stadtteile Lülsdorf und Ranzel dargestellt. In einem umfassenden Abwägungsprozess wurde jedoch diese Variante zugunsten der Variante 6aT verworfen. Diese Lösung stellt die Vorzugsvariante der Autobahn GmbH dar und wird nun weiter im Detail geplant. Auch die Stadt Niederkassel bevorzugt diese Tunnelvariante, da sie die geringsten Auswirkungen auf das Stadtgebiet mit sich bringt und bittet daher um die Anpassung der Trassenführung im Regionalplan.

[Abbildung]

Auszug aus dem aktuellen Entwurf des Regionalplans

[Abbildung]

Vorzugsvariante 6aT

(Quelle: <https://infomesse-rheinspange.de/vorzugsvariante/>, abgerufen am 30.10.2024)

Siehe Anlage mit Pläne

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Festlegung erfolgt gemäß den Erläuterungen zu G.57 *Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* als Grobtrasse. Sie beruht auf dem im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung untersuchten Verlauf und ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung liegt noch kein abschließendes Ergebnis der Linienbestimmung vor. Daher besteht aktuell kein Änderungserfordernis.

AZ: BET_164000_1	
Stadt Rheinbach	
1033137_001, Stadt Rheinbach	
<p>Inhalt</p> <p><u>Geänderte textliche Festlegungen</u></p> <p>Ziel 1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren</p> <p>Grundsatz G16 Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten</p> <p>Die Rücknahme und Beschränkung einer flexibleren Siedlungspolitik, die insbesondere Kommunen in einer angespannten Grundstücks- und nicht zuletzt deshalb auch in einer angespannten Wohnungsmarktlage einen größeren Entwicklungsspielraum ermöglichte, wird nicht befürwortet. Durch Streichen der Ausnahmeregelung in G 16 (Siedlungsentwicklung im regionalplanerisch festgelegten Freiraum bei Schienenanbindung) und die durch Ziel 2-3 LEP formulierten Beschränkungen wird eine strategische Siedlungsentwicklung stark behindert. (siehe auch: ID 1005431 und ID 1005440)</p> <p>Die im 1. Entwurf 2021 –Textliche Festlegungen- enthaltene Formulierung im Grundsatz G 16: „Ausnahmsweise kann eine kommunale Siedlungsentwicklung in ASB und Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, die über eine Schienenanbindung verfügt, ebenfalls vorrangig erfolgen.“ soll daher im 2. Entwurf 2024 auch vor dem Hintergrund einer möglichst klimaneutralen Mobilität insbesondere im ländlichen Raum wieder in die die Textliche Festlegung aufgenommen werden.</p> <p>Mit Verweis auf die landesplanerischen Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen wurde der Anregung der Stadt Rheinbach, den Ortsteil Oberdrees aufgrund seiner Lage „an der Schiene“ in Verbindung mit einem Bahnhaltelpunkt zielgerichtet zu einem ASB zu entwickeln weiterhin nicht gefolgt. Zur Klarstellung der landesplanerischen Zielvorstellungen wurde die textliche Festlegung des Ziels Z 1: „Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“ geändert. Die Anpassung erfolgte aufgrund Rechtsprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE).</p> <p>Dies ist bedingt nachvollziehbar, jedoch ist aus Sicht der kommunalen Stadtentwicklung Rheinbachs eine größere Flexibilität für die Entwicklung von Wohnbauflächen im Hinblick auf die Wohnbedarfe insbesondere mit Blick auf bezahlbaren Wohnraum für junge Familien erforderlich. Die Bedarfsdeckung des kommunalen Bedarfs von 110 ha Fläche für Wohn- und Mischnutzung stellt die Stadt Rheinbach vor große Herausforderungen, da die FNP-Flächenreserven nur noch knapp 27 ha Bruttofläche betragen und sich die regionalplanerischen Festlegungen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten (vgl. ID 1005431 sowie 1005440 1. Offenlage). Ergänzend zu bestehenden Ausgleichsvorschlägen wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Bei dem geänderten Planinhalt handelt es sich um eine Anpassung an den aktuellen rechtlichen Rahmen des LEP NRW aufgrund der Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE). Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung. Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unter Maßgabe der aktuell rechtskräftigen Vorgaben des LEP NRW möglich.</p> <p>Darüber hinaus ergeben sich gegenüber der ersten Beteiligung keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

neben der Bestandserfassung von Flurzheim auf Ortsarrondierungen beschränken. Die Siedlungsentwicklung der Stadt Rheinbach war in den vergangenen 10 Jahren konsequent auf die Innenentwicklung, insbesondere auf die Nachverdichtung und Konversionsflächen in der Kernstadt Rheinbach ausgerichtet. Die Bodenpreise in den innerstädtischen Lagen sind jedoch ein großes Hemmnis für bezahlbaren Wohnraum. Gleiches gilt für die Verfügbarkeit von Flächen. Aber auch Nutzungshemmnisse können die tatsächliche Verfügbarkeit des Baulandes einschränken, so dass das planerisch gesicherte Baulandpotenzial dem nachweisbaren Bedarf nicht genügt und eine Inanspruchnahme von Flächen im bisherigen Freiraum erforderlich wird. Um die Inanspruchnahme von Flächen im Freiraum zu reduzieren, hat die Stadt Rheinbach im Zuge der Kommunalgespräche 2017 eine regionalplanerische ASB-Reserve (ASB-185-01) von ca. 23 ha westlich der Kernstadt zugunsten einer zielgerichteten Entwicklung des Ortsteils Oberdrees als Allgemeinen Siedlungsbereich „an der Schiene“ aufgegeben. Perspektivisch eröffnen sich durch Wiederaufnahme des Haltepunktes Oberdrees mittel- bis langfristig Entwicklungschancen für Oberdrees, wenn sich Rahmen des regelmäßig durchzuführenden Siedlungsflächenmonitorings absehbare Widerstände für eine auf den ASB ausgerichtete Siedlungsentwicklung ergeben.

Aus diesem Grund wird weiterhin an der Forderung festgehalten, den Ortsteil Oberdrees zielgerichtet zu einem ASB zu entwickeln und eine entsprechende Festlegung im Regionalplan zu treffen.

Anhänge

[BET_164000_1.pdf](#)

AZ: BET_165000_1	
Gemeinde Ruppichteroth	
1034291_001, Gemeinde Ruppichteroth	
<p>Inhalt</p> <p>aufgrund des Ratsbeschlusses vom 14.11.2024 reicht die Gemeinde Ruppichteroth die u.st. Stellungnahme ein. Ich weise allerdings darauf hin, dass der Rat der Gemeinde den eng gesetzten Zeitrahmen zur Abgabe der Stellungnahme ausdrücklich kritisiert. Insbesondere war eine Abstimmung der Gemeinde mit dem Rhein-Sieg-Kreis aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.</p>

Inhalt

Stellungnahme ID 1005199-Gemeinde Ruppichteroth

In der Stellungnahme der Gemeinde Ruppichteroth zu dem ersten Planentwurf des Regionalplans wurde unter Punkt „3. Südlich Heide“ darauf hingewiesen, dass Entwicklungsabsichten im südlichen Bereich der derzeitigen ASB-Ausweisung bestehen. Die Stellungnahme wird in der Beteiligungssynopse unter der ID 1005199 geführt. Im Abwägungstext wird von Ihrer Seite einer weiteren Ausweisung zugestimmt. Lediglich der Bereich östlich der Straße könne aufgrund der Nähe zum Wald und Landschaftsschutzgebiet nicht ausgewiesen werden. Eine Änderung in der zeichnerischen Festlegung solle teilweise erfolgen. In der zeichnerischen Festlegung wurde in diesem Bereich keine Änderung vorgenommen. Ich bitte um redaktionelle Aufnahme des Erweiterungsbereiches in das ASB.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf einen redaktionellen Fehler in der Planunterlage B-1 "Synopse: Öffentliche Stellen" hingewiesen. Es handelt sich um eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf des Planentwurfs ergibt sich hieraus nicht.

Der Ausgleichsvorschlag lautet fälschlicherweise „Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt“.

Im Vorfeld des Beschlusses zur zweiten öffentlichen Auslegung wurden dem Regionalrat des Regierungsbezirks Köln als Planungsträger die Original-Stellungnahmen zur ersten öffentlichen Auslegung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass der Plangeber seine Abwägungsentscheidung auf Basis einer vollständigen Entscheidungsgrundlage vollzieht (vgl. Sitzungsvorlage RR 39/2024).

Der Planungsträger hat sich inhaltlich mit der in Rede stehenden Anregung befasst; das Ergebnis kann den Zeichnerischen Festlegungen (Planunterlage A-2-22 Blatt12-13_Bonn Rhein Sieg Kreis_Planentwurf) entnommen werden.

Der in Rede stehende Bereich südlich des Ortsteils "Heide" wurde nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) festgelegt. Der Festlegungen des Regionalplan stehen der kommunalen Entwicklungsabsicht im Übrigen nicht entgegen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des

Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1034291_003, Gemeinde Ruppichteroth

Inhalt

3. Siedlungsraum

Zu Z.2 Zersiedlung vermeiden

Aufgrund der Änderung des Ziels 2 – 3 LEP NRW und der Streichung von Ziel 2 – 4 LEP NRW wurde nun auch das Ziel 2 im zweiten Planentwurf des Regionalplans geändert. Es wird befürchtet, dass auf dieser Grundlage nach Rechtskraft des Regionalplanes noch restriktiver mit Bauwünschen in den Ortslagen gem. § 34 und § 35 BauGB umgegangen werden könnte. Als ländliche Kommune mit zahlreichen Ortslagen, die nach § 34 und § 35 Baugesetzbuch (BauGB) zu beurteilen sind, ist es von gewichtiger Bedeutung, dass in diesen Ortslagen bauliche Veränderungen bis hin zu Baulückenschließungen vorgenommen werden können, um so, die Wohnflächenbedarfe, die aus diesen Ortslagen selbst resultieren auch decken zu können. Nachkommende Generationen könnten in Zukunft gezwungen sein, ihr Heimatdorf zu verlassen. Ich fordere Sie auf, die Formulierung dahingehend zu ändern, dass keine weitere Verschärfung zu der derzeitigen Rechtslage eintreten kann.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Bei der Anregung handelt es sich um eine Anpassung des aktuellen rechtlichen Rahmens des LEP NRW aufgrund der Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE). Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung. Eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unter Maßgabe der aktuell rechtskräftigen Vorgaben des LEP NRW möglich.

Regelungsinhalte der §§ 34 und 35 BauGB bleiben unberührt.

AZ: BET_167000_1	
Kreisstadt Siegburg	
1032429_001, Kreisstadt Siegburg	
<p>Inhalt</p> <p>Nach geänderter Sachlage bitten wir um Ergänzung der planzeichnerischen Festlegung im 2. Planentwurf zum Regionalplan im Bereich des Siegburger Gewerbegebietes Zange II. Das Gebiet ist aktuell als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) im Regionalplan, Teilplan Bonn/Rhein-Sieg festgelegt.</p> <p>Im Entwurf zum Regionalplan von 2024 wurde das GIB im Bereich des Gewerbegebietes Zange II teilweise reduziert. Die Stadt Siegburg strebt nun eine weitere Verkleinerung der Gewerbefläche zugunsten der Entwicklung eines Auenwaldes an.</p> <p>Das Gebiet erstreckt sich über zwei Bebauungspläne. Die Einleitung der Verfahren zur Änderung der Bebauungspläne 58/2 und 58/3 wurde am 06.06.2024 vom Planungsausschuss der Stadt Siegburg mit dem Ziel westlicher und südlicher Teilflächen des Gewerbegebiets als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft festzusetzen beschlossen. Die Geltungsbereiche zu den beiden Änderungsverfahren sind im Anhang in Abbildung 1 aufgeführt.</p> <p>Vor diesem Hintergrund bitten wir um Anpassung des Regionalplanentwurfes zugunsten der planzeichnerischen Festlegung dieses Bereiches als „Freiraum“ mit der ergänzenden Festlegung als „Bereich für den Schutz der Natur“. Der vorgesehene überlagerte „Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz“ soll für den gelb markierten Änderungsbereich in Abbildung 2 weiterhin erhalten bleiben. Der östliche Bereich des Gewerbegebietes (blau markiert in Abbildung 2) soll aufgrund zwischenzeitlich vorliegender Wasserrechtlicher Erlaubnisse und Genehmigungen zugunsten der Errichtung eines hochwassergeschützten Planums aus dem festgesetzten Überschwemmungsgebiet entlassen werden. Darstellung des Bereiches in Abbildung 2.</p> <p>[Anlage]</p> <p>[Abbildung]</p> <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Ohne eine entsprechende Änderung der Überschwemmungsgebiete der Fachplanung, kann auch im Regionalplan kein ÜB wegfallen. Das ÜB bleibt entsprechend bestehen.</p> <p>Ein "Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz" (BGG) liegt in dem Bereich nicht vor.</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.</p>

AZ: BET_168000_1	
Gemeinde Swisttal	
1033847_001, Gemeinde Swisttal	
<p>Inhalt</p> <p>Einige Themen haben für die Gemeinde Swisttal eine besondere Relevanz. Hierbei wird besonders eindringlich darum gebeten, diese im aktuellen Verfahren der Neuaufstellung des Regionalplanes mit aufzunehmen. Um ihre Bedeutung für die Gemeinde zu verdeutlichen, werden diese im Folgenden vorab zusammengefasst. In der als Anlage beigefügten Tabelle werden diese Anregungen noch einmal ausführlich dargestellt und sind besonders gekennzeichnet.</p> <p>1. Grüne Mine</p> <p>Ein besonders wichtiges Anliegen ist die Berücksichtigung der Entwicklung des Projektes „Grüne Mine“ der Firma Hündgen Entsorgung GmbH und Co. KG im jetzigen Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans. Für eine ausreichende Planungssicherheit wird aus diesem Grund gefordert, eine Erweiterung der Fläche um das bestehende Betriebsgelände der Firma Hündgen im jetzigen Verfahren als GIBz entsprechend der in der Tabelle dargestellten Fläche mitaufzunehmen. Da es sich um ein innovatives Großprojekt mit überregionaler Bedeutung handelt, ist eine Zweckbindung erforderlich. Diese soll in Anlehnung an GIBz aus Lindlar als „Abfallbehandlungsanlage, Verwertungs- und Recyclingzentrum sowie Standort für Kreislauf-, Abfall- und Ressourcenwirtschaft, regenerative Energiezeugung einschließlich Bildung, Forschung, Wissenschaft und Wissensvermittlung festgelegt werden.</p> <p>2. Bauland an der Schiene</p> <p>Für eine auf zentrale Orte ausgerichtete Siedlungsentwicklung im Sinne des Ziels 2.1 LEP NRW ist für die Gemeinde Swisttal von hoher Relevanz, dass die geforderten ASB-Flächen (erste Beteiligungsphase 2022) aus der Rahmenplanung „Bauland an der Schiene“ des Landes NRW insgesamt übernommen werden.</p> <p>3. GIBregional in Heimerzheim</p> <p>Die Gemeinde Swisttal benötigt dringend GIB-Flächen, um der Nachfragen nach Entwicklungsmöglichkeiten im Gewerbesegment zu erfüllen. Gemäß dem jetzigen Regionalplanentwurf werden der Gemeinde Swisttal keine weiteren GIB-Flächen zeichnerisch zur Verfügung stehen. Alle zeichnerisch festgelegten GIB-Flächen in Swisttal sind jedoch vollständig entwickelt. Im Hinblick auf einen Planungshorizont des Regionalplanes von 20-25 Jahren ist dies seitens der Gemeinde und des dadurch entstehenden Entwicklungshindernisses für Gewerbe nicht hinnehmbar. Die</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden einleitend Themen hervorgehoben welche in nachfolgenden Teilstellungnahmen noch einmal ausführlich dargestellt werden. Es wird daher auf die Ausgleichsvorschläge der Stellungnahmen ID 1033847_025, ID 1033847_005, ID 1033847_008, ID 1033847_017, 1033847_014 sowie 1033847_015 verwiesen.</p>

Grundlage, auf denen die im Regionalplan ermittelten Bedarfe beruhen, sind nicht mehr zeitgemäß und spiegelt die aktuelle Entwicklung in Swisttal nicht wider. An der Stellungnahme aus dem Jahr 2022 wird daher festgehalten und die Umwandlung der GIBRegional-Flächen in GIB-Flächen gefordert.

4. Hochwasserschutz Steinbachtalsperre

Die Gemeinde Swisttal wurde im Jahr 2021 stark von der Hochwasserkatastrophe getroffen. Es ist unumgänglich, und deswegen vorangestellt, dass der Steinbachtalsperre eine Hochwasserschutzfunktion zugeteilt wird und die textlichen Festlegungen demzufolge angepasst werden.

5. BSLE-Flächen in Swisttal

Der Regionalplanentwurf weist entgegen dem rechtskräftigen Regionalplan vermehrt BSLE-Flächen für die Gemeinde Swisttal aus. Hierzu nahm die Gemeinde bereits in der ersten Beteiligungsphase Stellung, mit der Bitte die Ausweisung nachvollziehbar darzulegen, und alle Fachbeiträge und Fachinformationssysteme abschließend aufzulisten. Eine umfangreiche Ausweitung der BSLEFlächen im Vergleich zum aktuell rechtsgültigen Regionalplan ist weiterhin nicht nachvollziehbar. In Verbindung mit dem geplanten Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplanes und der Ausweisung von Windenergiebereichen sieht die Gemeinde hier zudem die Notwendig einer Verzahnung der Themenbereiche Erneuerbare Energien mit dem Gesamtplan, um möglichen Konflikten (Klimaneutralität/ Klimaschutz) entgegenzuwirken.

Inhalt

Allgemeine Anregungen

Zudem zeigen sich an vielen unterschiedlichen Stellen der textlichen Festlegungen des Regionalplanes wiederkehrende Themen, deren Anpassung dringend erforderlich ist. Es wird angeregt, den gesamten Regionalplan diesbezüglich zu ergänzen bzw. zu ändern. An einzelnen Stellen in der nachfolgenden Tabelle wird dies immer wieder verdeutlicht. Es werden jedoch nicht alle Textstellen des Regionalplanes, die hiervon betroffen sind, in der Tabelle noch einmal einzeln beleuchtet.

- Durch das vollständige Ausgliedern des Themenbereiches der erneuerbaren Energien in einen eigenen Teilplan ergeben sich Unabwägbarkeiten im Zusammenspiel der Festlegungen aus dem Gesamtplan zu Inhalten des Teilplans. Im Gesamtplan wird an vielen Stellen der Klimaschutz mit aufgegriffen, jedoch nicht vollumfänglich behandelt. Auch in der Gesamtplanung des Regionalplanes sollte in den textlichen Festlegungen und der Begründung der Umgang mit erneuerbaren Energien geregelt oder zumindest mit aufgegriffen werden, um eine konfliktfreie Verzahnung unterschiedlicher Festlegungen wie z.B. Hochwasserschutz, hochwertige Böden, Klimaanpassung mit dem Ausbau erneuerbarer Energien zu ermöglichen. Durch das Ausklammern werden unterschiedliche ökologisch und klimatisch sinnvolle Festlegungen auf kommunaler Ebene gegeneinander ausgespielt. Zudem werden die Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Klimaanpassung zu Lasten der kommunalen Planungen gehen. Hier wird der Regionalplan seiner Steuerungsfunktion nicht gerecht. Es wird daher gefordert, trotz Ausgliederung des Teilplans Erneuerbare Energien die Möglichkeiten der Umsetzung von Maßnahmen im Gesamtplan zu benennen.

- Die Landesregierung setzt gemäß § 76 Wasserhaushaltsgesetz Überschwemmungsgebiete fest. Diese sind regelmäßig an neue Erkenntnisse anzupassen. Um die Festlegungen des Regionalplanes möglichst aktuell zu halten, wird angeregt, die Überschwemmungsbereiche als nachrichtliche Übernahmen in den Plan einzufügen. Auf diese Weise wird zudem transparent dargelegt, dass der Turnus der Aktualisierung der Überschwemmungsgebiete nicht mit dem Turnus der Neuaufstellung des Regionalplanes übereinstimmt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden textliche Festlegungen kritisiert welche in nachfolgenden Teilstellungnahmen noch einmal ausgeführt werden. Insofern wird auf die Ausgleichsvorschläge der jeweiligen Teilstellungnahmen verwiesen. Eine darüber hinausgehende Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien gegeben.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 hatten die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien konnten Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand

von Juni 2023 dar. Auch die potentiellen Überflutungsbereiche (HQ100 geschützt), die rückgewinnbaren und zukünftigen Überschwemmungsbereiche sowie die Darstellung der Extremhochwässer wurden zeitgleich 2023 mit den bei der Fachplanung in Dez. 54 vorliegenden Daten abgeglichen und aktualisiert.

Inhalt

Z.2 Zersiedlung vermeiden inklusive Begründung und Erläuterungen

a) Verwendete Begriffe definieren und konsistent verwenden Siedlungsbereiche sind als ASB oder GIB definiert. Was jedoch nicht konkretisiert wird, sind die Begriffe der Siedlung und der Ortsteile. Weiterhin wird innerhalb der Erläuterungen des Ziels der Begriff baulich genutzter Flächen verwendet. Für diese Begriffe fehlt eine inhaltliche Abgrenzung untereinander, um eine Schärfung des Ziels herbeizuführen. Mit den aktuellen Begrifflichkeiten bleibt die Bedeutung des Ziels vage, was der Grundstruktur eines endabgewogenen Ziels widerspricht.

b) Inhaltliche Schärfung der Erläuterung Mit Erläuterung (3) soll die geordnete Siedlungsentwicklung konkretisiert werden. Im Wortlaut besteht hier jedoch ein Widerspruch zur Zielformulierung: im Ziel selbst steht, dass neue Bauflächen etc. an vorhandene Siedlungen anzuschließen sind. Es besteht die Vermutung, dass vorhandene Siedlungen mit Siedlungsbereichen gleichzusetzen sind. Dementsprechend handelt es sich hierbei um den Anschluss an bestehende ASB oder GIB. In der Erläuterung wird jedoch von der Angrenzung an ‚baulich genutzten Flächen‘ oder im FNP dargestellte Flächen gesprochen. Dies würde deutlich mehr Bereiche mit einbeziehen, für die eine bauliche Entwicklung möglich ist. Auch Splittersiedlungen könnten unter den Begriff der ‚bereits baulich genutzten Flächen‘ gefasst werden. Hier ist demnach, beispielsweise mithilfe von Legaldefinition der Begrifflichkeiten, die textliche Erläuterung oder aber das Ziel selbst zu konkretisieren.

c) Entscheidungsspielraum aus dem Ziel herausnehmen Durch eine nicht abschließende Aufzählung bleibt für die ökologischen Belange ein erheblicher Definitionsspielraum. Ziele sollten jedoch keinen Entscheidungsspielraum lassen. Die Aufzählung ist demnach zu konkretisieren und abschließend zu formulieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 2-3 LEP NRW wird festgelegt, dass das Land in Gebiete zu unterteilen ist, in denen vorrangig Siedlungsfunktionen (Siedlungsraum) oder vorrangig Freiraumfunktionen (Freiraum) erfüllt werden sollen. Der Siedlungsraum umfasst die regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche. In den Erläuterungen zu Ziel 7.1-1 LEP NRW wird weiter ausgeführt, dass der LEP NRW in Ziel 2-3 eine Festlegung enthält, dass sich die Siedlungsentwicklung der Gemeinden innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereiche vollziehen muss. Hierzu besteht eine präzise festgelegte Unberührtheit für die Siedlungsentwicklung in den Ortsteilen, die im regionalplanerisch ausgewiesenen Freiraum liegen, sowie abschließend bestimmte Ausnahmen für bestimmten Sonderbauflächen und –gebiete.

Der im Ziel verwandte Begriff „Siedlungsentwicklung“ umfasst gemäß LEP NRW i.S.v. Ziel 2-3 insbesondere die bauleitplanerische Ausweisung von Bauflächen und Baugebieten sowie Entwicklungen gemäß § 34 BauGB. Die so definierte Siedlungsentwicklung muss zielkonform in den regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereichen und – in begrenztem Umfang – in kleineren, dem regionalplanerisch festgelegten Freiraum zugeordneten Ortslagen erfolgen. Hierzu wird auf die entsprechenden Ausführungen im LEP NRW verwiesen. Zudem wird auf die Zielfestlegungen des LEP NRW hinsichtlich des Ziels *Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen sowie dessen Erläuterungen* verwiesen.

Die Siedlungsentwicklung beispielsweise in in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen sowie Siedlungsentwicklungen, die ausnahmsweise im Freiraum gemäß den Regelungen des LEP NRW zulässig sind richtet sich an die Kommunen, welchen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung die Siedlungsentwicklung obliegt. *vgl. Ziel Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren*. Sie haben dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere die Darstellung bzw. Festlegung neuer Bauflächen und -gebiete innerhalb der festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt. Gleichwohl können auch in (größeren) regionalplanerisch festgelegten Siedlungsbereichen Neuansätze mit den beschriebenen negativen Auswirkungen auf den Freiraum entstehen, wenn die Siedlungsentwicklung nicht von „Innen nach Außen“ erfolgt. Daher ist im Rahmen der Bauleitplanung zu gewährleisten, dass neue Bauflächen und -gebiete an vorhandene Siedlungen anschließen. Die Erläuterungen greifen diesen Aspekt der bauleitplanerischen Konkretisierung auf.

Die Zeichnerische Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab (1:50.000), der die generelle Regelungstiefe des Regionalplans vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die Konkretisierung und Umsetzung der zeichnerischen Festlegungen obliegt den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Hierzu dienen auch die Ausnahmen im Ziel, da aufgrund der Vielfältigkeit der Planungsregion aufgrund siedlungsstruktureller oder ökologischer Erfordernisse kein direkter Anschluss an den Siedlungsbestand möglich sein kann. So kann beispielsweise in den verdichteten Räumen der Planungsregion ein kleinräumig zusammenhängendes Freiraumsystem sowie die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums erhalten werden. Auch insbesondere für die Teilregionen im Regierungsbezirk, die durch naturräumliche bzw. topografische Voraussetzungen stark in ihrer Flächenentwicklung eingeschränkt sind, kann in begründeten Einzelfällen vom unmittelbaren Siedlungsanschluss abgewichen werden. Die Erläuterungen dienen entsprechend der Klarstellung für die Umsetzung auf der Ebene der Bauleitplanung. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde gewährleistet werden. Auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung wird verwiesen.

Hinsichtlich der Ausführungen zu Splittersiedlungen gilt, dass § 1 Abs. 4 BauGB Bauleitpläne i.S.v. § 1 Abs. 2 BauGB (Flächennutzungsplan und Bebauungsplan) adressiert. Außenbereichssatzungen gem. § 35 Abs. 6 BauGB unterliegen daher grundsätzlich nicht dem Regelungsregime von § 1 Abs. 4 BauGB. Die Regelungen in § 35 Abs. 3 Satz 2 und 3 BauGB sowie Anwendungsvoraussetzungen für die Aufstellung von Außenbereichssatzungen gem. § 35 Abs. 6 Satz 4 bleiben unberührt.

Inhalt

**Textliche Festlegungen Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten
Begründung zu Z. 3**

a) Korrektur der Summe des kommunalen Bedarfs In der Tabelle 1 der textlichen Festlegungen wurde in Spalte 1 die Summe des kommunalen Bedarfs für Wohnen und Mischnutzungen im ASB aufgliedert. Für die Gemeinde Swisttal ist jedoch der Summenwert nicht aus den nachfolgenden Zahlen ablesbar: die Summe der Zahlen in der Klammer (64 + 23 + 0) ergibt nicht die Zahl vor der Klammer (88). Es wird darum gebeten dies zu korrigieren.

[Abbildung] Auszug aus Tabelle 1 der textlichen Festlegungen zu Z.3

b) Inhaltliche Übernahme des Änderungsantrages des Regionalrates oder diesen als Anhang beifügen. Weiterhin wird darum gebeten, den Änderungsantrag des Regionalrates in die Ausführungen des Textes inhaltlich einzuarbeiten. Eine schriftliche Ausführung des Änderungsantrages des Regionalrates in der Erklärung der Spalte 1 (siehe nachstehende Abbildung) (und 3; Begründung, siehe nachstehende Abbildung) liegt den Unterlagen als Anlage nicht bei, weshalb die Herleitung dieser Zahl nicht möglich ist. Dies sollte bestenfalls durch Anpassung der textlichen Festlegungen oder der Begründung durch Einfügen des Änderungsantrages ergänzt werden.

[Abbildung] Auszug aus der textlichen Festlegung Z.3 ‚Lesehilfe‘ zur Tabelle 1

[Abbildung] Auszug aus den textlichen Festlegungen zu Z.3, Tabelle 1

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zu a): Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen. Dabei kann es rundungsbedingt zu Abweichungen aufgrund der technischen Verarbeitung der Daten kommen. Dies entspricht auch dem groben, gesetzlich vorgegebenen überörtlichen Maßstab des Regionalplans. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gemäß BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Auf Ebene des Regionalplans besteht daher kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu b): Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in Einzelfällen, in den in Anlage 3 (siehe hierzu Beschlussvorlage zum Änderungsantrag Vorlage RR 39/2024) vom Plankonzept abzuweichen. Da dies auch Auswirkungen hinsichtlich des Verteilmodells zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung hat, ist dies den textlichen Festlegungen bzw. der Begründung in der Spalte Änderungsantrag in konkreter Zuordnung zu den einzelnen Kommunen zu entnehmen. Die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung ist somit Tabelle 1: Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln eindeutig zu entnehmen und hinsichtlich der über den Änderungsbeschluss erfolgten Verteilung auf einzelne Kommunen im Sinne der landesplanerischen Vorgaben gewährleistet.

Die Verortung der über den Änderungsantrag des Regionalrates erfolgten zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan Köln erfolgt auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010,

in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die Genese bzgl. des Ursprungs der veränderten zeichnerischen Festlegungen ist zudem den Unterlagen zum Änderungsantrag hier den Sitzungsvorlagen (Vorlage RR 39/2024) zu entnehmen. Eine weitere Konkretisierung ist daher nicht erforderlich.

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen i.V.m. Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten 5029

Es wird um vollumfängliche Übernahme der vorherigen Stellungnahme 1005029 gebeten: In den zeichnerischen Festlegungen soll der ASB in Odendorf entsprechend der Flächen ‚Bauland an der Schiene‘ erweitert werden. Die Abgrenzung der entsprechenden Flächen ist der blauen Markierung der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen. Der Stellungnahme der Gemeinde 2022 zur Übernahme von ASB-Flächen aufgrund der Rahmenplanung „Bauland an der Schiene“ im Ortsteil Odendorf wurde teilweise gefolgt: südöstlich von Odendorf wurde eine Fläche als ASB festgelegt, die den festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereich in Odendorf insgesamt abrundet. Die vorgeschlagenen Flächen im Nordosten Odendorfs an den Gleisen sowie südöstlich wurden nicht wie vorgeschlagen übernommen. Die Argumentation in der Abwägung stützt sich hauptsächlich auf die Darstellungsschwelle für eine zeichnerische Festlegung von 10 ha; Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Weiter heißt es, dass die geforderten Flächen nicht den Bedarfen der Gemeinde entsprechen. Dies ist nicht in Gänze nachvollziehbar. Bei den von der Gemeinde vorgeschlagenen Flächen handelt es sich um solche Flächen, die im Rahmen des Projektes Bauland an der Schiene ermittelt wurden. Der hier ermittelte Bedarf beläuft sich auf 23 ha (vgl. Tabelle textliche Festlegungen zu Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten). Demnach wurden die Bedarfe insgesamt auf Ebene des Landes bereits dargestellt und in den Bedarfsflächen in Z.3 auch textlich festgelegt. Auch wenn es sich um kleinteiligere Flächen im Sinne der Darstellungsschwelle handelt, sieht die Gemeinde hier auch eine regionalplanerische Relevanz. Die Gemeinde bittet weiterhin um die Übernahme aller vorgeschlagenen Flächen (in der Abbildung blau markiert).

[Abbildung] Auszug aus dem Regionalplan mit eigener Darstellung der Flächen Bauland an der Schiene

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen wird die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten (vgl. ID 1005029 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

**Z.6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln i.V.m. Z.27
Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln**

Die Gemeinde bittet um Erläuterung, wie damit umgegangen werden soll, wenn ASBflex und/oder GIBflex ebenfalls aufgrund von Vollzugshemmnissen nicht realisierbar sind. Dieses Szenario ist in Bezug auf die zurzeit in Überarbeitung befindlichen Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 Wasserhaushaltsgesetz durchaus realistisch. In Z.6 ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln ergibt sich aus den textlichen Festsetzungen unter Erläuterung (1), dass bestimmte ermittelte kommunale Bedarfe, die aufgrund von dauerhaften Vollzugshemmnissen nicht innerhalb der Vorranggebiete (ASB bzw. GIB) umsetzbar sind, im ASBflex und GIBflex realisiert werden können. Als dauerhaftes Vollzugshindernis werden in der Erläuterung beispielhaft neu festgesetzte Überschwemmungsgebiete genannt. Zurzeit werden die Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG für die Bereiche Swistbach, Steinbach, Schießbach und Sürstbach durch die Bezirksregierung Köln neu erarbeitet. Die Festlegungen des Regionalplanentwurfes greifen nach Meinung der Gemeinde hier zu kurz. Nicht erwähnt wird die Möglichkeit, dass ASBflex Flächen nach den Neuberechnungen und der darauffolgenden vorläufigen Sicherung der Überschwemmungsgebiete ebenfalls in einem Überschwemmungsgebiet liegen könnten. Die Gemeinde Swisttal besitzt festgelegte ASBflex Flächen im Norden von Odendorf. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Flächen zukünftig in einem fachplanerisch gesicherten Überschwemmungsgebiet liegen werden. Die Gemeinde bittet um Klarstellung. Ein Verweis auf die Fachplanungs- und Bauleitplanungsebene sowie die Planungs- und Genehmigungsverfahren scheint hier nicht zielführend (siehe Z.27 Erläuterung (2) und (6) Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Allgemeine Siedlungsbereiche flex (ABSflex) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen flex (GIBflex) werden gem. G.13 als Vorbehaltsgebiete festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. ABSflex dienen der Sicherung potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeigneter Bereiche. Gem. § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 ROG ist diesen Bereichen bei der Abwägung konkurrierender raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden. Überschwemmungsbereiche sind auf dem in Rede stehenden Bereich (ASBflex im Norden von Odendorf) nicht festgelegt. Ein grundsätzliches Vollzugshindernis ist auf Ebene der Regionalplanung daher nicht erkennbar.

Inhalt

Z.10 GIB sichern und entwickeln, Z.14 inklusive Begründung

Konkretisierung der Ziele Z.10 und Z.14 GIB-Flächen sind als Vorranggebiete festgelegt. Entsprechend der Erläuterung (6) zum Ziel 10 stellt die Überlagerung von GIB durch andere Vorranggebiete keinen regionalplanerischen Konflikt dar (etwaige Konflikte sind auf nachgelagerten Ebenen zu lösen). In Ziel Z.14 steht zu GIBz, dass sie ausschließlich für die ausgewiesene Nutzung zu verwenden sind. In der Begründung zu diesem Ziel wird darauf verwiesen, dass die Vorgaben für GIBz analog zu GIB (Z.10) gelten. Hieraus ergeben sich Unstimmigkeiten:

- Die Ausschließlichkeit in der Nutzung steht im Widerspruch zu der Konfliktfreiheit der Überlagerung verschiedener Vorranggebiete.

- Es fehlt eine Klarstellung, welche Art von Vorranggebieten in der Überlagerung regionalplanerisch keinen Konflikt auslösen. Dies gilt ebenso für festgelegte ASB (vgl. Z.7).

- Zudem fehlt hier ein Verweis / eine Verzahnung zum Umgang mit z.B. evtl. Vorranggebieten aus dem zukünftigen Teilplan Erneuerbaren Energien. Falls es hierbei zu Überlagerungen kommen sollte ist abschließend festzulegen, wie die unterschiedlichen Belange abgeschichtet werden, welche Priorität den jeweiligen Vorranggebieten (oder Teilplänen) zugesprochen wird.

Es wird um Konkretisierung bzw. Schärfung der Formulierungen sowie um Ergänzung zur den oben genannten Punkten gebeten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Hinsichtlich der Anregung zur Klarstellung sich überlagernder Vorranggebiete im Z.10 gilt, dass sich die Überlagerungen aus den zeichnerischen Festlegungen sowie den zugehörigen Textlichen Festlegungen ergeben. Hierzu wird zudem auf die entsprechenden Zielfestlegungen verwiesen. U.a. wird in den Erläuterungen von Z.26 *Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern* ausgeführt, dass BGG zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen überlagern. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. In den fachgesetzlichen Verfahren ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Die Erläuterungen befassen sich hier auch mit dem Verhältnis der betroffenen Ziele zueinander. Gleiche Ausführungen finden sich in den entsprechenden Erläuterungen zu Z.27 *Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln* ergänzend hierzu G. 48 *Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen*. Die Ausführungen in der Begründung zu Z.14 stellen somit keinen Widerspruch dar, da die o.g. Ausführungen gleichermaßen für die im Z.14 genannten GIBz gelten. Hinsichtlich der Anregung zum Thema "Ausschließlichkeit" der Nutzung wird klar gestellt, dass diese sich im Zusammenhang mit GIBz auf die Zweckbestimmung der baulichen Nutzungen innerhalb der GIBz bezieht, die grundsätzliche Vereinbarkeit mit sonstigen überlagernden Zielfestlegungen aber unberührt lässt.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 hatten die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln

keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien konnten Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen GIBregional, Z.12

Umwandlung GIBregional in eine ‚normale‘ GIB-Fläche, die Kategorien ‚zweckgebunden‘ und ‚regional‘ entfallen. Dies ist sowohl zeichnerisch als auch in den textlichen Festlegungen anzupassen. Eine Voraussetzung zur Nutzung von GIBregional-Flächen ist die Zusammenarbeit mit einer weiteren Kommune. In der Vergangenheit fanden hierzu intensive Gespräche mit der Stadt Bonn statt, dies jedoch leider ergebnislos. Die Gemeinde Swisttal benötigt jedoch dringend GIB-Flächen, um die in den letzten Jahren angestiegenen Nachfragen nach den Entwicklungsmöglichkeiten im Gewerbesegment innerhalb der Gemeinde Swisttal zu erfüllen. Gemäß des jetzigen Regionalplanentwurfes werden der Gemeinde Swisttal keine weiteren GIB-Flächen zur Verfügung stehen. In Hinblick auf einen Planungshorizont von 20-25 Jahren des Regionalplanes ist es seitens der Gemeinde und des dadurch folgenden Entwicklungshindernisses für Gewerbe nicht hinnehmbar. Die Grundlage, auf denen die im Regionalplan ermittelten Bedarfe beruhen sind nicht mehr zeitgemäß und spiegeln die aktuelle Entwicklungstendenz in Swisttal bei weitem nicht wider. Eine Festlegung eines Bedarfes, der zum einen veraltet ist und zum anderen für die nächsten 20-25 Jahre bindend ist, wird seitens der Gemeinde nicht akzeptiert. Es wird weiterhin eine Umwandlung der GIBregional-Flächen in GIB-Flächen gefordert. An der Stellungnahme aus dem Jahr 2022 wird weiterhin festgehalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1005032 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der

Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick

auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Inhalt

Z.14 i.V.m Z.44 und andere

Klarstellung oder Ergänzung der Auflistung In Z.14 gibt es eine tabellarische Auflistung der Standorte für GIBz im Regierungsbezirk. In dieser Liste sind nur ein Bruchteil der tatsächlichen zweckgebundenen GIB-Flächen aufgeführt (bspw. fehlen die Flächen für GIBregional oder die Abfallbehandlungsanlagen, vgl. Legende der zeichnerischen Festlegungen). Diese sollten in der Tabelle ergänzt werden oder es wird eine Klarstellung formuliert, dass dieses Ziel nur für bestimmte Zweckbindungen gilt. Ein jeweiliger Verweis zu den anderen Zweckbindungen ist hierfür jedoch notwendig (sowie ein Verweis innerhalb der jeweils anderen Ziele).

[Abbildung] Auszug aus der Legende der zeichnerischen Festlegungen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die textlichen Festlegungen zu diesen GIB mit Zweckbindung finden sich unter dem Ordnungspunkt 3.3.2 *Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen* und hier fortlaufend unter den entsprechenden Gliederungspunkten. Zudem sichern die zeichnerischen Festlegungen GIB mit weiteren Zweckbindungen. Diese sind eindeutig über die zeichnerische Verortung sowie die Legende in der Planzeichnung als GIB für zweckgebundene Nutzungen verortet sowie entsprechend in den textlichen Festlegungen in den entsprechenden Kapiteln zuzuordnen. Sofern erforderlich sind in den Erläuterungen zudem Querverweise zu den entsprechenden Zielfestlegungen aufgeführt u.a. im Z.5.. In Bezug auf die geforderte Klarstellung zu Z.14 gilt, dass das Ziel unter der Überschrift "Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen" bereits erkennen lässt, dass neben den GIBz im Z.14 auch weitere GIB mit Zweckbindung im Rahmen der Neuaufstellung festgelegt wurden. Die Begründung führt weiter aus, dass diese GIBz erforderlich sind, um im Regionalplan zusätzlich Flächensicherungen für bestimmte Nutzungen und Betriebe an Standorten vorzunehmen, die aufgrund ihrer besonderen räumlichen Lage, besonderer geologischer, verkehrlicher oder anderer spezifischer Standortfaktoren oder aufgrund rechtlicher Vorgaben ausschließlich den benannten Nutzungen und Betrieben vorbehalten und aufgrund dieser spezifischen Nutzung im Regionalplan festgelegt sind.

Zu den Zielfestlegungen für Abfallbehandlungsanlagen und weitere Zweckbindungen gilt zudem, dass Querverweise in den Erläuterungen immer dort erfolgen, wo sie für die Auslegung bzw. Anwendung eines Ziels erforderlich sind. So wird z.B. in Bezug auf die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung im Z.3. ausgeführt, dass GIB für zweckgebundene Nutzungen gemäß den Festlegungen (Z. 14) GIBz sichern und umsetzen, (Z. 32) Landesbedeutsame Häfen sichern, (Z. 33) Güterumschlagplätze für den kombinierten Güterverkehr Schiene-Straße sichern und (Z. 44) Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern von einer Bedarfsprüfung ausgenommen sind.

Inhalt

Z.18 Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen und Begründung zu Z.18

Konkretisierung des Begriffes „Infrastruktureinrichtungen“ In den textlichen Festlegungen zu Z.18 heißt es, dass sofern die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit der Regionalen Grünzüge erhalten bleiben, die Errichtung von Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, die auf den Freiraum angewiesen sind und die nicht außerhalb des Regionalen Grünzuges realisiert werden können, möglich sind. Hierbei wird der Begriff „Infrastruktureinrichtungen“ nicht weiter konkretisiert. Insgesamt wird nicht ersichtlich, ob Erneuerbare Energien in diesem Sinne zu Infrastruktureinrichtungen zählen. Auch wenn der Themenkomplex Erneuerbare Energien im TP EE konkretisiert wird, wird um Klarstellung gebeten, ob EE auch zu Infrastruktureinrichtungen zählen. Es wird gebeten, in der Begründung den Begriff Infrastruktureinrichtungen zu definieren/konkretisieren.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag**Erläuterung**

Die Erläuterung Punkt 7 zu Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" des Regionalplanentwurfs besagt, dass im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen, Häfen oder Verkehrsinfrastruktur im Ausnahmefall zulässig sein können. Die Auflistung ist nicht abschließend durch die beispielhafte Aufzählung.

Eine abschließende Aufzählung für den zeitlichen Planungshorizont des Regionalplans ist nicht zielführend. In der getroffenen Formulierung verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor für nachfolgende Planungsebenen, um potentiellen technischen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen. Daraus erwachsen keine Einschränkungen gegenüber nicht benannten Infrastruktureinrichtungen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die Einzelfallbetrachtung erfolgt aus regionalplanerischer Sicht abschließend im Rahmen des Anpassungsverfahrens nach § 34 LPlG. Eine allgemein gültige Aussage zu Windenergie-Planung würde den Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten des

	Einzelfalls nicht Rechnung tragen.
--	------------------------------------

Inhalt

Begründung zu G.23 Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken

Es wird darum gebeten, dass kommunale und interkommunale Freiraumkonzepte, die auch auf Flächen außerhalb der Vorranggebiete im Freiraum gemäß des Grundsatzes 23 sinnvolle Kompensationsmaßnahmen treffen, eine gleichwertige Berücksichtigung auch in den textlichen Festlegungen finden. Gemäß Ziel 7.1-2 LEP NRW soll der Freiraum im Regionalplan durch Festlegung spezifischer Freiraumfunktionen und -nutzungen geordnet und entwickelt werden. Der hieraus im Regionalplan ausformulierte Grundsatz 23 regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken gründet sich auf die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete im Freiraum, wodurch die landesplanerisch angestrebte Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen unterstützt werden soll. Hierdurch entsteht der Eindruck, dass Kompensationsmaßnahmen in den Vorranggebieten im Freiraum durchgeführt werden sollen. Bestehende kommunale Konzepte sind jedoch in der Fläche differenzierter und auf kleinteiligere Belange des Raumes ausgerichtet, als die festgelegten Vorranggebiete im Regionalplan. In der Umsetzung kommunaler Freiraumkonzepte führt dies dazu, dass Maßnahmen auch außerhalb der im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete sinnvoll umgesetzt werden. Dies könnte (auch wenn es sich um einen Grundsatz handelt) zu Konflikten führen. Beispielhaft ist hier zu nennen, dass ein Ausgleich stets ortsnahe und in bereits durch Fachrecht geschützten Grün-, Frei- und Waldflächen erfolgen sollte. Diese können sich jedoch auch innerhalb eines ASB bestehen (zusätzlich wird auf die textliche Festlegung unter Z.7 ASB sichern und entwickeln verwiesen). Kompensationsmaßnahmen auf geschützten Freiflächen innerhalb eines ASB könnten nach dem o.g. Grundsatz nicht gleichwertig zu Vorranggebieten in Freiflächen gemäß dem Regionalplan zielführend in Anspruch genommen werden. Es wird um Aufnahme einer differenzierteren Betrachtung oder um Aufnahme des Zusatzes, dass kommunale und interkommunale Freiraumkonzepte mit ihrer Ausdifferenzierung eine gleiche Wertigkeit erlangen, gebeten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen.“ Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und

	Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

Inhalt

G.24 Bodenschutz, Funktionen von Böden erhalten

Erneuerbare Energien in Bezug auf die Bodenfunktion erwähnen. Der Schutz hochwertiger Böden ist als unstrittiger Grundsatz zu unterstützen. Jedoch zeichnet sich auch hier ein kaum lösbarer Konflikt zu dem überragenden öffentlichen Interesse der Umsetzung von Anlagen der EE ab. Diese Konfliktlösung wird vollständig auf die Bauleitplanung abgeschichtet und unterbindet die politische Zielsetzung, Klimaschutzmaßnahmen zur Erzeugung von EE beschleunigt umzusetzen. Für die Gemeinde Swisttal trifft dieser Konflikt in weiten Teilen des Gemeindegebietes zu, da nahezu flächendeckend hochwertige Böden existieren, die Belange der Landwirtschaft betroffen sind und mehrere überregionale Infrastrukturtäger die Flächenkorridore für Freiflächen-PV-Anlagen eröffnen. Eine vollständige Aussparung der Thematik führt zu einer Verschärfung der Nutzungskonflikte auf kommunaler Ebene. Hier kommt der Regionalplan seiner Aufgabe als Steuerungsinstrument nicht nach. Anlagen zur Erzeugung der EE sollten daher explizit im Text Erwähnung finden. Ebenso wird auf den Punkt ‚Allgemeines‘ im Anschreiben verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen BSN-Flächen zu Z.19 5033

Die Orbachaue südlich von Odendorf ist entsprechend der Biotopverbundfläche VB-K-5207-012 bzw. dem Naturschutzgebiet 2.1-2 "Ohrbach, Jungbach (Landschaftsplan Nr. 4 "Meckenheim, Rheinbach, Swisttal") als BSN-Fläche festzulegen. In der letzten Stellungnahme 2022 wurde diesbezüglich sowohl von der Gemeinde Swisttal als auch vom Rhein-SiegKreis eine Stellungnahme formuliert. Die jetzige zeichnerische Festlegung spiegelt jedoch weder die Forderungen des Rhein-Sieg-Kreises noch die der Gemeinde Swisttal wider. Daher wird erneut um Korrektur der Flächendarstellung - 11 - - 12 - gebeten. Die aktuell dargestellte Fläche entspricht zudem weder dem festgesetzten Landschaftsschutzgebiet noch stellt sie eine Übernahme des Naturschutzgebietes dar. Es wird darum gebeten, „nur“ die Fläche des NSGs als BSN-Fläche zeichnerisch festzulegen. Der südöstliche Bereich der BSN-Fläche im aktuellen Entwurf des Regionalplanes ist hierfür nicht geeignet, da dieser aktuell zum Teil als Hundeübungsplatz verwendet wird und sich dort eine Altdeponie befindet. Die Deponiesanierung der Altdeponie ist zudem Bestandteil des kommunalen Wiederaufbauplans. Erst im Zuge der Sanierung und nach deren Abschluss ist die Eignung als potentiell NSG bzw. als BSN-Fläche einschätzbar.

[Abbildung] Ausschnitt aus dem Landschaftsplan Nr. 4

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005033, 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird. Die infolge der Anregung (ID 1005033) im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung erfolgte Neufestlegung des BSN in dem in Rede stehenden Bereich entspricht der vom LANUV NRW bewerteten Biotopverbundfläche mit herausragender Bedeutung. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Z.21 BSLE fachplanerisch sichern

Es wird darum gebeten, Z.21 in Bezug auf Erneuerbare Energien zu spezifizieren. Es fehlen Festlegungen, wie einem Konflikt zwischen Anlagen des Klimaschutzes und BSLE-Flächen zukünftig begegnet werden soll. Es fehlt zumindest eine Erwähnung, dass mögliche Konflikte entstehen könnten, und dies im TP EE ausführlich behandelt wird. Insbesondere Freiflächen-PV-Anlagen sollen bekanntlich im Umfeld von Infrastrukturträgern umgesetzt werden. Der Hinweis auf die vorgenommene Systematik, nach der BSLE ausgewiesen werden, greift hier zu kurz. Hier sollte mindestens der absehbare Konflikt in den textlichen Festlegungen oder der Begründung thematisiert werden. Beispielsweise könnte in Erläuterung (2) hierzu eine Ergänzung erfolgen. Zudem wird in diesem Ziel beispielhaft sichtbar, was unter dem Punkt ‚Allgemeines‘ (oben) bereits formuliert wurde: Da es sich bei dieser Festlegung um ein Ziel handelt, sollte hier auch abschließend geklärt werden, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen Erneuerbare Energien realisiert werden können. Es sollte deutlich werden, ob Erneuerbare Energien ähnlich wie kleinere Ortschaften von den Festlegungen unberührt bleiben und wenn ja, bis zu welchem Maßstab. Eine Ausgliederung des Themas Erneuerbaren Energien ist in diesem Zusammenhang nicht zielführend bzw. sollte bereits in diesem Plan berücksichtigt werden, um eine Verzahnung der Pläne sicherzustellen. Hier kommt der Regionalplan seiner Aufgabe als Steuerungsinstrument nicht nach. Anlagen zur Erzeugung der EE sollten daher explizit im Text Erwähnung finden. Ebenso wird auf den Punkt ‚Allgemeines‘ im Anschreiben verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Zeichnerische Festlegungen BSLE-Flächen 5035

Eine umfangreiche Ausweitung der BSLE-Flächen im Vergleich zum aktuell rechtsgültigen Regionalplan ist weiterhin nicht nachvollziehbar. Daher wird der zusätzlichen Ausweisung von BSLE-Flächen im Gemeindegebiet, über den alten Regionalplan hinaus, grundsätzlich widersprochen. Aus der Abwägung ist weiterhin nicht nachvollziehbar, woher die umfangreiche Ausweisung der BSLE-Flächen im Gemeindegebiet Swisttal stammen. Auch die in der Begründung aufgezählten zugrunde gelegten Fachbeiträge (G.30) können die umfangreiche Ausweitung der Flächen nicht erklären. Eine Ausweisung in dieser Flächengröße ergibt sich

- Weder aus der Festsetzung von Landschaftsschutzgebieten,
- noch wurden die Flächen als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet (LANUV 2019, S. 306ff.)
- noch im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder -Überschwemmungsbereiche festgelegt - noch handelt es sich um Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II)
- noch erschließt es sich aus den weiteren Aufzählungen in der Begründung, soweit dies nachvollzogen werden konnte.

In sämtlichen Darstellungen aus Fachbeiträgen oder Anlagen zu diesen sind große Flächen in Swisttal als Verbundflächen o. Ä. zu finden. Die Flächen zwischen Dünstekoven und Morenhoven östlich der Autobahn 61 sind jedoch in keiner dieser Karten verzeichnet, weshalb sich eine großräumige Festlegung als BSLE-Fläche nicht erschließt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. [(vgl. ID 1005035, 1. Offenlage).]

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte

	<p>Erholungs-/ Kurgelbiete sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt.</p> <p>Die Erläuterungskarte F6 "BSLE mit besonderer Bedeutung für den Schutz von Arten des Offenlands/der Äcker" differenziert die Flächen BSLE mit besonderer Funktion für den Erhalt von Arten der offenen Agrarlandschaft.</p> <p>Die Erläuterungskarte F1 Unzerschnittene verkehrsarme Räume zeigt beispielsweise differenziert die UZVR die auch Grundlage der Abgrenzung der BSLE waren.</p> <p>Für den Aspekt der Kulturlandschaften zeigen die Erläuterungskarten B 1 "Kulturlandschaften" und B 2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche" die differenzierten Grundlagendaten der regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche.</p> <p>Die in Rede stehende Fläche wird aufgrund ihrer räumlichen Verortung innerhalb des regionalbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs KLB Obere Swistbachaue (Kulturlandschaftsbereich Regionalplan Köln 261) als BSLE festgelegt.</p>
--	---

Inhalt

Erläuterungskarte F5 Regionaler Biotopverbund

BSLE-Flächen (Biotopverbund) sind nicht in den Erläuterungskarten F5 – Regionaler Biotopverbund dargestellt. In der Legende werden die BSLE-Flächen (Biotobverbund) zeichnerisch mit senkrecht verlaufenden hellgrünen Strichen dargestellt. Diese sind in den Erläuterungskarten F5 Regionaler Biotopverbund nicht dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte F5 "Regionaler Biotopverbund" der textlichen Festlegungen wird angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben

Inhalt

Z.25, Erläuterung (7), Tabelle 2 5607

Übernahme des Buchstaben ‚H‘ in die textlichen Festlegungen für die Steinbachtalsperre Laut Abwägung wurde der Stellungnahme gefolgt, die Ergänzung des Buchstaben ‚H‘ in den textlichen Festlegungen ist jedoch nicht erfolgt. Wir bitten darum, dies nachzuholen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um ein Missverständnis. Der Stellungnahme ID 1005607 aus der ersten Offenlage hätte nicht gefolgt werden dürfen. Nicht für die Steinbachtalsperre sondern für die geplante Steinaggertalsperre wurde das H für Hochwasserschutz als Funktion ergänzt.

In Bezug auf die Steinbachtalsperre besitzt diese laut der Fachplanung (Dez. 54, BR Köln) die Funktion Hochwasserschutz H derzeit nicht. Die Funktionen sollen erst nach dem Wiederaufbau der Stauanlage neu festgelegt werden.

Inhalt

**Vorbeugender Hochwasserschutz – Begründung zu Z.27
Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln und G.48 Potentiellen
Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen 5038**

Es wird darum gebeten, nachvollziehbar darzulegen, unter Angabe der zugrundeliegenden Quellen, weshalb in der Gemarkung Morenhoven ein hochwassergeschützter Überschwemmungsbereich festgelegt wird. Die Gemeinde versteht die Abwägung der Bezirksregierung dahingehend, dass mit „überschwemmungsgefährdeter Bereich“ „potentielle Überflutungsbereiche“ gemeint ist. Denn aus den Regionalplanunterlagen (und den Hochwassergefahren-/ -risikokarten der BZR Köln) wird ersichtlich, dass in der Gemeinde Swisttal nicht nur der gegenständliche Bereich in Morenhoven bei HQ100 überschwemmt ist. Nach Durchsicht der Unterlagen wurde festgestellt, dass der RÜB Morenhoven auch als hochwassergeschützt festgelegt ist. In der Begründung zu Z.27 heißt es, dass in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft Rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche in unbebauten hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die Überschwemmungsbereiche einbezogen wurden. Das Gebiet (RÜB Morenhoven) ist gleichzeitig auch ein potentieller Überflutungsbereich. In der Begründung zu G.48 heißt es, dass potentielle Überflutungsbereiche Flächen sind, die durch technische Maßnahmen und Strukturen vor Hochwasser geschützt sind, auf denen aber bei einem Versagen mit einem potentiellen Überflutungsrisiko auch bei HQ 100 zu rechnen ist. Der Gemeinde ist nicht bekannt, dass in diesem Bereich in Morenhoven technische Einrichtungen oder Strukturen zum Schutz vor Hochwasser vorhanden sind, oder dass solche bei einem HQ100 versagen könnten. Auch nach Rücksprache mit der BZK konnte die Frage nicht abschließend geklärt werden. Die Gemeinde bittet um Darlegung der Gründe und Quellen, weshalb dieser Bereich als HQ100 geschützt eingestuft/festgelegt wird. Im Übrigen wird darum gebeten, diese Festsetzungen nachrichtlich zu übernehmen, da es sich um Festsetzungen handelt, die von Fachämtern rechtsverbindlich erlassen worden sind und werden, eine regionalplanerische Relevanz aufzeigen und zudem turnusmäßig neu ermittelt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die rückgewinnbaren Überschwemmungsbereiche (RÜB) wie das in Morenhoven wurden in Abstimmung mit der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde in Dez. 54 abgestimmt. Grundsätzlich nach dem Prinzip, dass diese in unbebauten hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert wurden und diese aber durch technische Maßnahmen und Strukturen vor dem Hochwasser HQ100 geschützt sind. In den Hochwassergefahrenkarten und -risikokarten werden diese als so genannte gelbe Flächen ausgewiesen. Nach Rücksprache mit der Fachplanung basiert diese Farbgebung der gelben Flächen in den Hochwassergefahrenkarten auf einer LAWA-Empfehlung. Da es sich um eine Empfehlung handelt, wurden in wenigen Fällen durch die Fachplanung gelbe Flächen nicht nur hinter offiziellen Hochwasserschutzeinrichtungen ausgewiesen und davon abgewichen. In diesem Fall in Morenhoven existiert in dem Bereich so etwas, was die Fachplanung als Deich verstehen kann, ohne dass es ein offizieller Deich ist. Daher wurde diese Fläche durch die Fachplanung auch als so genannte gelbe Flächen ausgewiesen und entsprechend in Absprache im Regionalplan über ein RÜB in die Überschwemmungsgebiete (ÜB) übernommen.

Aktuell werden die Überschwemmungsgebiete am Siwstbach und einigen Nebengewässern durch das Dez. 54 der BR Köln neu ermittelt und aktualisiert. Die Ergebnisse im Entwurf wurden schon bekannt gegeben, das Gewässer ist aber noch nicht neu festgesetzt. In diesen Prozess ist auch die Gemeinde Swisttal mit beteiligt worden. Nach dem Stand des Entwurfes wird das heutige RÜB in Morenhoven zukünftig Teil des festzusetzenden Überschwemmungsgebietes der Fachplanung sein und würde darüber als ÜB mit im Regionalplan dargestellt werden. Im Regionalplan müsste die Darstellung des jetzigen RÜB entsprechend aktualisiert bzw. geändert werden. Dies ist aber erst möglich, sobald die Neufestsetzung am Siwstbach durch die Fachplanung in Dez. 54 abgeschlossen ist.

Inhalt

Begründung zu Z.27 Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln

Korrektur: Verweis der Erläuterungskarte Die RÜB sind in der Erläuterungskarte F10 dargestellt. In der Begründung wird zu Z.27 auf die Erläuterungskarte F9 verwiesen. Diese behandelt jedoch die Thematik der Trinkwasservorsorge.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die textliche Festlegung wird angepasst. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Der Hinweis ist richtig. Die RÜB sind der Erläuterungskarte F10 zu entnehmen und nicht der Erläuterungskarte F9. Die Begründung zu Z.27 im Kap. 4.7.3 wird entsprechend korrigiert.

Inhalt

Begründung zu Z.27 Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln i.V.m. den textlichen Festlegungen zu Z.27, Erläuterung (2)

Begründung zu Hochwasserschutz i.V.m. den textlichen Festlegungen. Klarstellung der Erläuterung (2) in Z.27 In der Erläuterung (2) zu den textlichen Festlegungen des Z.27 steht, dass Neuplanungen oder wesentliche Erweiterungen von ÜB zu einem Planungserfordernis auf regionalplanerischer Ebene führen. Eine Begründung hierzu ist nicht enthalten. Es wird eine Klarstellung gefordert, worauf sich das Erfordernis einer Neuplanung begründet. Es wird gebeten, die Grundlage mit in die textlichen Festlegungen aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Klarstellung bzw. Änderung in den Erläuterungen wird nicht als erforderlich angesehen. Ein Planerfordernis auf Ebene der Regionalplanung entsteht beispielsweise dann, wenn sich die den ÜB zugrundeliegenden Fachdaten zu den Überschwemmungsgebieten der Fachplanung (Obere Wasserbehörden Dez. 54) ändern.

Inhalt

Stellungnahmen der Gemeinde i.V.m. Z.27 ÜB erhalten und entwickeln und Begründung 5038, 8093, 8094

Durch die Abwägungen der Stellungnahmen der Gemeinde Swisttal (ID 1005038, 1008093, 1008094) wird die vorgenommene Festlegung dahin konkretisiert, dass die Datengrundlage zu den Überschwemmungsbereichen aktualisiert wurde (mit Stand von Juni 2023). Durch die Abkopplung des Themenbereiches Erneuerbare Energien bleibt jedoch ungelöst, wie mit technischen Anlagen zum Hochwasserschutz und Anlagen der Erneuerbaren Energien zu verfahren ist. Hierzu fehlt eine beispielhafte Auflistung solcher Anlagen im Text der Begründung und/oder den textlichen Festlegungen. Es wird um Klarstellung gebeten. Den textlichen Festlegungen ist zu entnehmen, dass Überschwemmungsbereiche als Vorranggebiete festgelegt werden. Sie dienen dem vorbeugenden Hochwasserschutz, sind für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln, sowie von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden Nutzungen freizuhalten. Der letzte Halbsatz wurde aufgrund der Abwägungen aus der ersten Beteiligungsphase in die textlichen Festlegungen mit aufgenommen. Keinerlei Erwähnung finden hierbei Maßnahmen Erneuerbarer Energien oder deren dazugehörigen Infrastruktureinrichtungen. Eine Erläuterung, wie mit einer vermeintlichen entgegenstehenden Maßnahme im Vorranggebiet eines Überschwemmungsbereiches aufgrund der Erreichung der Klimaneutralität, hier Erneuerbare Energien, umgegangen werden soll, wird nicht erwähnt. Es sollte zumindest eine Klarstellung in den textlichen Festlegungen Erwähnung finden, dass dieser Themenkomplex im TP EE konkretisiert wird. Hier kommt der Regionalplan seiner Aufgabe als Steuerungsinstrument nicht nach. Anlagen zur Erzeugung der EE sollten daher explizit im Text Erwähnung finden. Ebenso wird auf den Punkt ‚Allgemeines‘ im Anschreiben verwiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungen sind hinreichend konkret beschrieben. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden.

Die Vereinbarkeit konkreter raumbedeutsamer Vorhaben im Bereich der Erneuerbaren Energien innerhalb eines Überschwemmungsbereichs wird im Rahmen des Anpassungsverfahrens nach § 34 LPlG bzw. der Zulassungsverfahren überprüft.

Inhalt

F9 - Trinkwasserschutzgebiete Erläuterungskarte

Fehlendes oder fehlerhaftes Planzeichen in Legende In der Erläuterungskarte F9 Trinkwasserschutz ist im Bereich der Gemeinde Swisttal ein Zeichen vorhanden, das in der Legende nicht zu finden sind. Es wird um Korrektur der Darstellung gebeten oder um Übernahme in die Legende. Sollten sich Darstellungen überlappen, wird um Klarstellung gebeten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Das es einen Fehler in der Darstellung in der Erläuterungskarte F9 gibt ist richtig. In der Erläuterungskarte F9, vorrangig im Bereich der Gemeinde Swisttal, überlagern sich die geplanten Trinkwasserschutzgebiete Heimerzheim und Dirmerzheim. So entsteht der Eindruck durchgängiger grauer Linien, welche, wie in der Legende definiert, grau gestrichelt sein müssen. Die Erläuterungskarte F9 wird entsprechend korrigiert.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

Z.41 Abfalldeponien, Erläuterung (5)

Konkretisierung der Erläuterung (5) in den textlichen Festlegungen zu Z.41 In der Erläuterung (5) zu Z.41 findet ein Standort der Gemeinde Swisttal textlich Erwähnung. In der Gemeinde Swisttal sind aktuell mehrere Standorte mit der Zweckbindung Abfalldeponie festgelegt. In dieser Erläuterung wird nicht deutlich, um welchen dieser Standorte es sich hierbei handelt. Da es sich bei diesem Text um eine Erläuterung eines Zieles handelt, das demnach endabgewogen ist, ist dringend geboten, diesen Text zu definieren. Die Erläuterung (5) bezieht sich zudem nur auf einen Teilbereich der Fläche, auf dem die Abgrabung noch nicht gesichert ist. Es wird daher darum gebeten, die Erläuterung zu konkretisieren, um eine Verwechslung der Standorte zu vermeiden.

Es wird um Überprüfung der Festlegung des Deponiestandorts ‚Aufschüttung und Ablagerung‘ mit der Zweckbindung ‚Abfalldeponie‘ die Fläche der Kiesgrube östlich von Straßfeld gebeten. Die Fläche der Kiesgrube östlich des Ortsteiles Swisttal-Straßfeld ist als Deponiestandort ‚Aufschüttungen und Ablagerungen‘ mit der Zweckbindung ‚Abfalldeponie‘ festgelegt. Diese Festlegung des Deponiestandortes ist nicht nachvollziehbar, da dies aus keinen der Gemeinde bekannten Antrags- und Zulassungsunterlagen des Abgrabungsunternehmens hervorgeht. Auch eine Rückfrage bei der Bezirksregierung Arnsberg konnte keine Klärung diesbezüglich herbeigeführt werden. Es wird daher um Überprüfung der Festlegung gebeten, um sicherzustellen, dass es sich hierbei nicht um einen Darstellungsfehler.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

In der Tabelle zu Z.41 ist lediglich ein Deponiebereich mit dem Standort "Swisttal" aufgeführt. Ein weiterer gemeindegrenzenübergreifender Deponiebereich wird als Standort "Swisttal/Euskirchen" bezeichnet. Die Lage der Standorte ergibt sich zudem aus der Erläuterungskarte I1 Entsorgungsinfrastruktur. Demnach ist hinreichend bestimmt auf welchen Standort sich die Erläuterung (5) bezieht. Klarstellend wird in den Erläuterungen (5) der Zusatz "(Lage östlich des Ortsteils v-Straßfeld)" ergänzt.

Hinsichtlich des Festlegung des Standorts als Deponiebereich wird auf den Ausgleichsvorschlag zu ID 1007620 1. Offenlage verwiesen.

Inhalt

Änderungskarte zeichnerische Festlegungen 7620

Prüfung der Abbildung zu Abfalldeponie Abgrabung westlich von Straßfeld Die Flächenabgrenzung in der Änderungskarte zum Deponiestandort westlich von Straßfeld unterscheidet sich von der festgelegten Fläche im Entwurf des Regionalplanes. Dabei entspricht die zeichnerische Festlegung im Regionalplanentwurf der tatsächlichen Fläche während die Änderungskarte fehlerhaft ist. Es wird darum gebeten darauf zu achten, die Flächen diesbezüglich noch einmal zu überprüfen. Eine Korrektur wird gefordert.

[Abbildung] Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf 2024

[Abbildung] Ausschnitt aus der Änderungskarte zum Regionalplanentwurf 2024

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme bezieht sich auf eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf der Planunterlage ergibt sich hieraus nicht.

Ferner wurde die Fläche überprüft und eine Korrektur ist nicht erforderlich, da die Änderungskarte lediglich die tatsächlich geänderten Bereiche darstellt. Der in der Änderungskarte ausgesparte Bereich unterscheidet sich nicht von der zeichnerischen Festlegung aus dem ersten Entwurf. Demnach besteht keine Notwendigkeit, diesen Bereich ebenfalls in der Änderungskarte darzustellen. Die Darstellung ist in der Form korrekt.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

Z.44 Zeichnerische Festlegungen 5042

Zeichnerische und textliche Anpassung zum Standort des Recyclingunternehmens im Regionalplan Das Entsorgungsunternehmen der Firma Hündgen Entsorgungs GmbH und Co. KG wurde entsprechend der Anregung der Gemeinde Swisttal in den aktuellen Entwurf des Regionalplanes mit aufgenommen, da es sich um einen vorhandenen Betriebsstandort im regionalplanerischen Freiraum handelt, der die regionalplanerische Darstellungsschwelle erreicht. Der Betrieb wurde als GIBz Abfallbehandlungsanlage und Verwertungszentrum festgelegt. Die Gemeinde Swisttal fordert jedoch eine Übernahme der gesamten Entwicklungsfläche des Projektes „Grüne Mine“ sowie eine Änderung der Zweckbindung. Entsprechend der fristgerecht eingereichten Stellungnahme der Firma Hündgen (August 2022) sowie der nachträglich eingereichten Stellungnahme der Gemeinde Swisttal (Mai 2023) zur ersten Beteiligung des Regionalplanes plant dieses Familienunternehmen, auf den landwirtschaftlichen Flächen nördlich des bestehenden Geländes unter dem Projektnamen „Grüne Mine“ seine Betriebsstätte hin zu einem Innovationsstandort zu erweitern. Das Unternehmen ist nicht nur überregional, sondern auch über die Landesgrenzen Deutschlands hinaus tätig; es ist daher unbestritten von einer regionalen Bedeutung des Unternehmens auszugehen (Z.44). Da der aktuelle Bestand folgerichtig bereits als GIBz festgelegt wurde und auch eine Erweiterung entsprechend der Festlegungen des Regionalplanes nur als solche festgelegt werden kann, ist die Fläche nicht den GIB-Bedarfen der Gemeinde Swisttal zuzuordnen (vgl. Z.14 i.V.m. Z.3 sowie Z.44). Ziel der Erweiterung ist die innovative Verzahnung von Industrie, Recycling und Forschung zum Schutz der Ressourcen. Damit handelt es sich bei der Umsetzung des Konzeptes um ein herausragendes Projekt von überregional hoher Bedeutung. Die Sicherung der Erweiterungsmöglichkeit des bisherigen Standortes auf Regionalplanebene bildet dabei die Grundvoraussetzung für die zeitnahe Umsetzung dieses Projektes. Mit der aktuell im Regionalplanentwurf dargestellten Fläche wäre das Projekt nicht realisierbar. Hierfür werden Flächengrößen entsprechend der nachfolgenden Abbildung sowie eine Änderung der Zweckbindung notwendig. Daher wird angeregt, die Gesamtfläche des Projektes „Grüne Mine“ als GIBz in Anlehnung an den GIBz-Standort in Lindlar als „Abfallbehandlungsanlage, Verwertungs- und Recyclingzentrum sowie Standort für Kreislauf-, Abfall- und Ressourcenwirtschaft, regenerative Energieerzeugung einschließlich Bildung, Forschung, Wissenschaft und Wissensvermittlung“ festzulegen.

[Abbildung] Regionalplanentwurf 2024 mit eigener Darstellung der Fläche des Projektes ‚Grüne Mine‘

Des Weiteren wird hier bereits darauf hingewiesen, dass sich die Fläche des geplanten Vorhabens „Grüne Mine“ mit einer Fläche eines Windenergiebereiches im Entwurf des Regionalplanes Teilplan Erneuerbare Energien (Stand: Vorlage der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen: Bei dem ansässigen Entsorgungsbetrieb handelt es sich um einen vorhandenen Betriebsstandort im regionalplanerischen Freiraum, der die regionalplanerische Darstellungsschwelle erreicht. Entsprechend der Plankonzeption sind Standorte für Abfallbehandlungsanlagen ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als GIBz Abfallbehandlungsanlage zeichnerisch festgelegt, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Da es sich nicht um einen neuen Siedlungsansatz i.S.v. Ziel 6.3-3 LEP NRW bzw. eine neue Abfallbehandlungslage i.S.v. Ziel 8.3-2 LEP NRW handelt, sondern um einen vorhandenen Betriebsstandort, ist die Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage auch ohne unmittelbaren Anschluss an die vorhandenen ASB oder GIB mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage folgerichtig. Bei der regionalplanerischen Festlegung wurden Optionen für betrieblichen Erweiterung der Abfallbehandlungsanlage berücksichtigt.

Das unter dem Projektnamen "Grüne Mine" bezeichnete Vorhaben lässt sich nicht unter die Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage fassen. Die geplanten Nutzungen entsprechen denen eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzungen. Diese dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Insofern sind die Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.1-1 LEP NRW

Regionalplanung für den Aufstellungsbeschluss im Regionalrat) überlagert. Es handelt sich dabei um knapp 9.000 m². Es wird daher angeregt, die Fläche aus dem Windenergiebereich heraus zu nehmen, um eine Überlagerung der geplanten GIBz-Fläche mit einem Vorranggebiet für Wind zu vermeiden. Hierdurch entsteht jedoch keinerlei Verlust von Flächen für Erneuerbare Energien, da auch im Konzept des Projektes „Grüne Mine“ große Teilbereiche für Erneuerbare Energien vorgesehen sind.

[Abbildung] Ausschnitt aus den zeichnerischen Festlegungen Entwurf Regionalplan TPEE mit der Darstellung der Fläche des Projektes „Grüne Mine“; Stand 04.11.2024

zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraum, d.h. Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), zu beachten. Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Im Rahmen des Regionalen Verteilprozess Region⁺-Wirtschaft wurde über die kommunalen Bedarfe hinaus ein ca. 26 ha großer GIB mit regionaler Bedeutung nördlich des angeregten Standorts in Swisttal (Heimerzheim) verortet.

Das Vorgehen für den bestehenden GIB mit der Zweckbestimmung Abfallhandlungsanlage am Standort Lindlar kann nicht ohne weiteres übertragen werden. Der Standort wurde unter anderen rechtlichen Rahmenbedingungen (Vorgänger zum aktuellen LEP NRW) im Rahmen einer vorhabenbezogenen Regionalplanänderung regionalplanerisch festgelegt. Neufestlegungen müssen die aktuellen rechtlichen Vorgaben beachten.

Aus den o.g. Gründen ist eine Festlegung als GIB oder GIB mit Zweckbindung zum aktuellen Planungsstand nicht mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Vorhabens für die Region, steht es der Gemeinde Swisttal frei, nach Rechtswirksamkeit des in Aufstellung befindlichen Regionalplans einen Antrag auf eine vorhabenbezogene Regionalplanänderung zu stellen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 hatten die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien konnten Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden.

Inhalt

G.64 Energieoptimierte Siedlungsentwicklung umsetzen (gestrichen)

Verzahnung der Themenbereiche Erneuerbare Energien – Siedlungsentwicklung Der Grundsatz 64 wurde vollständig aus den textlichen Festlegungen und der Begründung gestrichen und soll im Teilplan Erneuerbare Energien behandelt werden. Der Themenbereich Erneuerbare Energien sollte in Bezug auf z.B. Siedlungsentwicklung jedoch nicht vollständig ausgegliedert werden. Dies führt in der späteren Anwendung beider Pläne (Gesamtplan und Teilplan EE) zu möglichen Konflikten und unnötiger Komplexität. Eine Verzahnung des Gesamtplanes mit dem Themenbereich der Erneuerbaren Energie (z.B. durch explizite Erwähnung zum Umgang mit Anlagen erneuerbarer Energie in den textlichen Festlegungen des Regionalplanes mit Verweis auf eine tiefgehende Konkretisierung im TP EE) scheint hier sinnvoll. Verwiesen wird hierbei auch auf die Einleitung ‚Allgemeine Anregungen‘.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Grundsatz entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung von Inhalten des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen. Das LEP NRW Ziel 10.1-4 Kraft Wärme Kopplung sowie der Grundsatz 6.1-7 geben Hinweise für die nachgelagerten Planungsebenen. Das Prinzip der siedlungsräumlichen Konzentration (vgl. Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren*) unterstützt die Umsetzung des Ziels auf Ebene des Regionalplans. Weiterer Konkretisierungsbedarf besteht auf der Regionalplanebene nicht.

Durch die parallel erfolgende Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbaren Energien zum Regionalplan Köln wird den Erneuerbaren Energien umfassend Rechnung getragen und dem gesetzlichen Auftrag des WindBG sowie den Vorgaben des LEP NRW entsprochen. Beide Verfahren sind inhaltlich verzahnt und eng aufeinander abgestimmt.

AZ: BET_169000_1	
Stadt Troisdorf	
1033851_001, Stadt Troisdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Erweiterung des ASB südlich von Kriegsdorf (ID 1004801). Hier wurde die von der Stadt Troisdorf angeregte Erweiterung nur teilweise umgesetzt: Im Bereich, wo aktuell das neue Feuerwehrgerätehaus Kriegsdorf geplant wird (Bebauungsplan K 210), wurde keine Erweiterung des ASB vorgenommen. Dieser endet mit der Straße Im Lettenfeld.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Die angeregte Erweiterung umfasste hier damals deutlich weniger als 1 ha (Darstellungsschwelle Regionalplan), sodass dies grundsätzlich im Zuge der kommunalen Bauleitplanung geregelt werden kann. Das Plangebiet K 210 umfasst jedoch durch die Besonderheiten der Hochspannungsleitung rund 12.000 qm, sodass die Darstellungsschwelle für diesen Bebauungsplan insgesamt überschritten ist. Der Bereich des Bebauungsplans K 210 ist daher in die Festlegung des ASB aufzunehmen.</p> <p>Anhänge BET_169000_1.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Dies trifft für den hier in Rede stehenden Bereich östlich der Straße Im Lettenfeld zu. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Eine weitergehende Festlegung des ASB erfolgt daher nicht.</p>

Inhalt

Im Übrigen verweisen wir vollumfänglich auf unsere Stellungnahme vom 22.08.2022, insbesondere darauf, dass nach Rechtsauffassung der Stadt Troisdorf die vertragliche Regelung mit Mineralplus maßgeblich ist, auf deren Basis die Stadt Troisdorf die folgende Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans 22.08.2022 abgegeben hat: Auch wenn der ursprüngliche Planfeststellungsbeschluss für die Spicher Deponie insgesamt 7 Deponieabschnitte vorsah, möchte die Stadt Troisdorf auf davon abweichende vertragliche Regelungen zwischen der Stadt und dem Deponiebetreiber hinweisen. Gemäß der am 03.01.2011 getroffenen Vereinbarung wurde die Laufzeit der Deponie längstens bis zum 31.08.2026 befristet. Des Weiteren wurde vertraglich die Nutzung der Deponieabschnitte 6 und 7 zur Ablagerung von Abfällen wie nachfolgend dargestellt ausgeschlossen: „Der Vorhabenträger verzichtet auf seine auf die Deponieabschnitte 6 und 7 beziehenden Rechte aus dem Planfeststellungsbeschluss bzw. aus den Plangenehmigungen, soweit die Ablagerung von Abfällen betroffen ist“ (vgl. § 1 Abs. 2 der Vereinbarung). Diese Verpflichtung wurde, wie in §1 Abs.3 des Vertrags geregelt, als beschränkt persönliche Dienstbarkeit in Abteilung II des Grundbuchs zugunsten der Stadt eingetragen. Die beschränkt persönliche Dienstbarkeit untersagt dem Vorhabenträger auf den Deponieabschnitten 6 und 7 eine Sondermülldeponie zu errichten und zu betreiben soweit dies die Ablagerung betrifft. Außerdem hat der Vorhabenträger vertraglich zugesichert „künftig keine Anträge auf Erweiterung der Deponie in räumlicher und zeitlicher Hinsicht, auf eine Höherstufung der Deponieklasse der Deponie [...] oder im Hinblick auf die Herkunft der Abfälle einzureichen“ (vgl. §4 der Vereinbarung).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Der Stellungnahme ist bereits in Teilen entsprochen (s. StnID 1004796 1. Offenlage).

Darüber hinaus ergeben sich gegenüber der ersten Beteiligung keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: BET_17001_1

Landesbetrieb Straßenbau NRW - Regionalniederlassung Vile-Eifel

1033029_001, Landesbetrieb Straßenbau NRW - Regionalniederlassung Vile-Eifel

Inhalt

Nachfolgende Stellungnahme ist aus Sicht der Regionalniederlassung Vile-Eifel im Verfahren zu berücksichtigen:

Grundsätzlich sind die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans sowie des Landesstraßenbedarfsplans bei der Aufstellung des Regionalplans zu berücksichtigen.

Im Regionalplan Köln werden verschiedene, großflächige Gewerbe- und Industriegebiete dargestellt.

Aufgrund der Größe der geplanten Gebietsausweisung und der geplanten verkehrserzeugenden Nutzung bestehen Bedenken, dass das bereits hoch belastete Straßennetz, eine leistungsfähige und somit auch sichere Abwicklung der zusätzlichen Verkehre nicht garantieren kann.

Um den zukünftig ansässigen Firmen eine leistungsfähige Anbindung an das übergeordnete Netz bieten zu können, wird ggf. ein Ausbau der umliegenden Bundes- und Landesstraßen, sowie auch der Anschlussstellen zur Bundesautobahn erforderlich werden. Üblicherweise erfolgen Untersuchungen der Leistungsfähigkeit im Zuge des letzten Schrittes in der späteren Bauleitplanung, dem Bebauungsplanverfahren. Dieser Planungsschritt ist oftmals bereits mit konkretem Interesse von Vorhabenträgern und Firmen verbunden. Wenn in diesen Verfahren dann umfangreiche Ausbaumaßnahmen der umliegenden Straßen von den Kommunen aufgestellt und umgesetzt werden müssen, führt dies in der Regel zu Verzögerungen im Bauleitverfahren. Daher wird an dieser Stelle ausdrücklich empfohlen die verkehrliche Anbindung der Gebiete mit allen dafür erforderlichen Maßnahmen, in Absprache mit der Straßenbauverwaltung, vor den weiterführenden Bauleitverfahren durchzuführen. Zudem sind bei den Verkehrsuntersuchungen, sämtliche derzeit ebenfalls noch geplante, umfangreiche Entwicklungen der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen.

Ferner sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Bundes- und Landesstraßen sind außerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrten für die Abwicklung des überregionalen Verkehrs bestimmt und haben daher keine erschließende Funktion. Direkte Grundstückszufahrten sowie Zufahrten zu Gewerbegebieten, werden daher grundsätzlich abgelehnt bzw. bedürfen ohne alternativer Erschließungsmöglichkeit einer Einzelfallprüfung. Die Erschließung der geplanten Gebiete hat somit vorrangig

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf bzw. zur Berücksichtigung von Fachplanungen im Regionalplan gegeben. Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

über das Kommunale Straßennetz zu erfolgen.

- Allein durch die Ausweisungen der Flächen im Regionalplan entsteht kein Anspruch auf eine neue unmittelbare Erschließung zu einer von hier betreuten Straße oder die Nutzungsänderung einer bereits vorhandenen Zufahrt. Dies ist im konkretisierenden Verfahren zu regeln.
- Da die Änderungen erhebliche zusätzliche Verkehre mit sich bringen, sind die Auswirkungen der neuen Flächenentwicklungen in den weiteren Verfahren jeweils mittels eines Verkehrsgutachtens nachzuweisen. Hierbei ist der Prognosehorizont 2035 anzusetzen. Sofern die Auswirkungen des geplanten Gebietes einen Ausbau erforderlich machen, ist dieser von der jeweiligen Kommune umzusetzen und zu finanzieren. Gleiches gilt für die Unterhaltungskosten für dabei entstehende zusätzliche Anlagen, welche später in die Baulast des Landesbetrieb Straßenbau übergehen. Diese sind in Form einer einmaligen Summe an den Landesbetrieb abzulösen.
- Die nach den Straßengesetzen als öffentliche Verkehrsfläche gewidmeten Teile der klassifizierten Straßen (Straßenkörper mit allen Bestandteilen, Luftraum, Zubehör und Nebeneinrichtungen) dürfen nicht überplant werden und sind ausschließlich als öffentliche Verkehrsflächen festzusetzen. Ausnahmen bedürfen der gesonderten Zustimmung der Straßenbauverwaltung.
- Es wird auf die gesetzlichen Anbauverbotszonen der Bundesstraßen hingewiesen. Innerhalb dieser Zonen wird Bebauung, sowie Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs abgelehnt.
- Immissionsschutz für neu ausgewiesene Gebiete geht zu Lasten der jeweiligen Kommune.
- Die Entwässerung der Bundes- u. Landesstraßen ist zu gewährleisten.

Sollten hierzu Maßnahmen aufgrund der neuen Flächennutzung erforderlich werden, gehen diese nach Verursacherprinzip zu Lasten der Kommune.

Die vorgenannten Maßnahmen sind mit der Straßenbauverwaltung und den Wasserbehörden abzustimmen.

AZ: BET_17002_1

Landesbetrieb Straßenbau NRW Regionalniederlassung Niederrhein

1032253_001, Landesbetrieb Straßenbau NRW Regionalniederlassung Niederrhein

Inhalt

Nach folgende Stellungnahme aus Sicht der Regionalniederlassung Niederrhein ist im Verfahren zu berücksichtigen.

Grundsätzlich sind die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans sowie des Landesstraßenbedarfsplans bei der Aufstellung des Regionalplans zu Berücksichtigen.

Im Regionalplan Köln werden verschiedene, großflächige Gewerbe- und Industriegebiete dargestellt. Aufgrund der Größe der geplanten Gebietsausweisung und der geplanten verkehrserzeugenden Nutzung bestehen Bedenken, dass das bereits hoch belastete Straßennetz, eine leistungsfähige und somit auch sichere Abwicklung der zusätzlichen Verkehre nicht garantieren kann. Um den zukünftig ansässigen Firmen eine leistungsfähige Anbindung an das übergeordnete Netz bieten zu können, wird ggf. ein Ausbau der umliegenden Bundes- und Landesstraßen, sowie auch der Anschlussstellen zur Bundesautobahn erforderlich werden. Üblicherweise erfolgen Untersuchungen der Leistungsfähigkeit im Zuge des letzten Schrittes in der späteren Bauleitplanung, dem Bebauungsplanverfahren. Dieser Planungsschritt ist oftmals bereits mit konkretem Interesse von Vorhabenträgern und Firmen verbunden. Wenn in diesen Verfahren dann umfangreiche Ausbaumaßnahmen der umliegenden Straßen von den Kommunen aufgestellt und umgesetzt werden müssen, führt dies in der Regel zu Verzögerungen im Bauleitverfahren. Daher wird an dieser Stelle ausdrücklich empfohlen die verkehrliche Anbindung der Gebiete mit allen dafür erforderlichen Maßnahmen, in Absprache mit der Straßenbauverwaltung, vor den weiterführenden Bauleitverfahren durchzuführen. Zudem sind bei den Verkehrsuntersuchungen, sämtliche derzeit ebenfalls noch geplante, umfangreiche Entwicklungen der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen.

Ferner sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Bundes- und Landesstraßen sind außerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrten für die Abwicklung des überregionalen Verkehrs bestimmt und haben daher keine erschließende Funktion. Direkte Grundstückszufahrten sowie Zufahrten zu Gewerbegebieten, werden daher grundsätzlich abgelehnt bzw. bedürfen ohne alternativer Erschließungsmöglichkeit einer Einzelfallprüfung. Die Erschließung der geplanten Gebiete hat somit vorrangig über das Kommunale Straßennetz zu erfolgen.

- Allein durch die Ausweisungen der Flächen im Regionalplan entsteht kein Anspruch

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.

Die Entscheidung zum Aus- oder Neubau von Straßen geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie ist der Fachplanung vorbehalten.

Zudem werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

auf eine neue unmittelbare Erschließung zu einer von hier betreuten Straße oder die Nutzungsänderung einer bereits vorhandenen Zufahrt. Dies ist im konkretisierenden Verfahren zu regeln.

- Da die Änderungen erhebliche zusätzliche Verkehre mit sich bringen, sind die Auswirkungen der neuen Flächenentwicklungen in den weiteren Verfahren jeweils mittels eines Verkehrsgutachtens nachzuweisen. Hierbei ist der Prognosehorizont 2030 anzusetzen. Sofern die Auswirkungen des geplanten Gebietes einen Ausbau erforderlich machen, ist dieser von der jeweiligen Kommune umzusetzen und zu finanzieren. Gleiches gilt für die Unterhaltungskosten für dabei entstehende zusätzliche Anlagen, welche später in die Baulast des Landesbetrieb Straßenbau übergehen. Diese sind in Form einer einmaligen Summe an den Landesbetrieb abzulösen.

- Die nach den Straßengesetzen als öffentliche Verkehrsfläche gewidmeten Teile der klassifizierten Straßen (Straßenkörper mit allen Bestandteilen, Luftraum, Zubehör und Nebeneinrichtungen) dürfen nicht überplant werden und sind ausschließlich als öffentliche Verkehrsflächen festzusetzen. Ausnahmen bedürfen der gesonderten Zustimmung der Straßenbauverwaltung.

- Es wird auf die gesetzlichen Anbauverbotszonen der Bundesstraßen hingewiesen. Innerhalb dieser Zonen wird Bebauung, sowie Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs abgelehnt.

- Immissionsschutz für neu ausgewiesene Gebiete geht zu Lasten der jeweiligen Kommune.

- Die Entwässerung der Bundes- u. Landesstraßen ist zu gewährleisten.

Sollten hierzu Maßnahmen aufgrund der neuen Flächennutzung erforderlichen werden, gehen diese nach Verursacherprinzip zu Lasten der Stadt.

Die vorgenannten Maßnahmen sind mit der Straßenbauverwaltung und den Wasserbehörden abzustimmen.

AZ: BET_17003_1	
Landesbetrieb Straßenbau NRW - Regionalniederlassung Rhein-Berg	
1033368_001, Landesbetrieb Straßenbau NRW - Regionalniederlassung Rhein-Berg	
<p>Inhalt</p> <p>Bundesfern- und Landesstraßenplanungen</p> <p>Der Landesbetrieb Straßen.NRW, prüft, inwieweit Planungen von Bundesfern- und Landesstraßen von der Regionalplanung betroffen sein könnten. Hierbei wird nicht nur auf die laufenden Vorhaben der Straßenbauverwaltung abgestellt, sondern auch auf die noch nicht begonnenen Vorhaben mit gesetzlichem Planungsauftrag. Der Ausbau des Bundesfernstraßen- und Landesstraßennetzes ist immer Ziel der Raumordnung und Landesplanung. Folgende Bedarfsplanmaßnahmen scheinen noch nicht im Regionalplanentwurf dargestellt zu sein, daher fügen wir der Stellungnahme einen Verweis auf das Projektinformationssystem zum Bundesverkehrswegeplan an. Nach einer ersten Sichtung ist aufgefallen, dass die im Regionalplan dargestellten Projekte ggf. nicht deckungsgleich mit den in den Bedarfsplänen aufgeführt sind. Hinweis: Das PRINS dient als Hintergrundinformation. Es stellt lediglich ergänzende Informationen dar. Maßgebend sind die Projekte des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2030 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG). Den aktuellen Landesbedarfsplan legen wir Ihnen als Anlage 1) Bedarfsplan für die Landesstraßen i.d.F. v. 27.03.2024 bei.</p> <p>(Anlage 1)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es wird nicht konkret angegeben, welche Bedarfsplanmaßnahmen bislang nicht im Regionalplan enthalten sein sollen bzw. geht dies aus dem Anhang nicht hervor. Insofern es sich um die L277n handelt, erfolgt eine Ergänzung der Straßenplanung in Tabelle 24 in der Begründung, da diese trotz zeichnerischer Festlegung bislang fehlerhaft nicht in dieser Tabelle aufgeführt war.</p> <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.</p>

Inhalt

Erschließung

Erschließungen sind nicht Gegenstand eines Regionalplans. Dennoch möchten wir schon in dieser Phase der Planerstellung darauf hinweisen, dass die Erschließung der Flächen über die bestehenden Zufahrtsstraßen erfolgen soll. Grundsätzlich weisen wir darauf hin, dass zusätzliche Anbindungen an freie Strecken von klassifizierten Straßen in der Regel nicht zugelassen werden können. Neue Anbindungen und die wesentliche Änderung bestehender Anbindungen an freie Strecken klassifizierter Straßen sind genehmigungspflichtig und im Rahmen der späteren verbindlichen Planungen mit der zuständigen Regionalniederlassung einvernehmlich abzustimmen. Dies ist als Hinweis für das nachfolgende Planverfahren, z.B. die Bauleitplanung, und an den Vorhabenträger zu verstehen.

Sicherheit und Leistungsfähigkeit

Wir nutzen diese Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs durch die späteren Nutzungen nicht beeinträchtigt werden dürfen. Die Sicherheit und die Leistungsfähigkeit der Erschließung sind im nachgeordneten Verfahren nachzuweisen.

Anbauverbotszonen / Anbaubeschränkungszonen

Als Hinweis für die folgenden konkretisierenden Planungsstufen teilen wir mit, dass die anbaurechtlichen Regelungen nach dem FStrG bzw. StrWG NRW in den nachgeordneten Verfahren zu beachten sind.

Festsetzung von Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten

Wir nutzen diese Stellungnahme um darauf hinzuweisen, dass die Straßenkörper aller klassifizierten Landes- und Bundesfernstraßen einschließlich ihrer Nebenanlagen (z.B. Regenrückhaltebecken, Böschungen) und den dazugehörigen Bauanlagen der Straßenbauverwaltung (wie z.B. die Straßenmeistereien, Streuguthallen) nicht Bestandteil dieser Gebietsfestsetzungen sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: BET_172000_1	
Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik	
1033424_001, Stadt Köln - Amt für Stadtentwicklung und Statistik	
<p>Inhalt</p> <p>Darüber hinaus möchte ich Ihnen noch folgenden Hinweis zur vorgelegten Planunterlage geben:</p> <p>Roggendorfrfhenhoven: Gemäß Beschluss des Regionalrats vom 11.10.2024</p> <p>(Änderungsantrag Nr. 50), soll die ASS-Ausweisung nördlich des Siedlungsbereiches beibehalten werden. Im vorliegenden Planentwurf ist der ASB überlagert von den Freiraumfunktionen Regionaler Grünzug und BSLE. Die beiden Änderungskarten enthalten in diesem Bereich keine Darstellung. Wir bitten um Prüfung und Aktualisierung der Darstellungen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegungen werden angepasst.</p> <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.</p>

Inhalt

57 Ehrenfeld, Bickendorf

Eine Festlegung der Fläche als ASB wird zugestimmt, da diese eine gewerbliche Nutzung am Standort weiterhin ermöglicht und gleichzeitig den langfristigen Handlungs- und Gestaltungsspielraum erweitert. Für den damit einhergehenden Wegfall des GIB-Potentials wäre ein Ausgleich an anderer Stelle auf Kölner Stadtgebiet wünschenswert.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt. Hinsichtlich der Kompensation "wegfallender" GIB-Potentiale wird darauf verwiesen, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung der Raum- und Umweltverträglichkeit sowie der landesplanerischen Vorgaben alle GIB-Potentiale innerhalb der Stadt Köln mit kommunaler Entwicklungsabsicht regionalplanerisch gesichert werden.

Inhalt

1002730 Ehrenfeld, Ehrenfeld

Die Festlegung Schienenwege nordwestlich angrenzend an den Änderungsbereich 1002730 ist für die Entwicklung des Max-Becker-Areals – wie im rechtskräftigen Regionalplan – als ASB festzulegen. Verweis auf Stellungnahme 4-401-001 aus 2022: *Der Bereich um das Max-Becker-Areal ist gem. politischen Beschluss zur Entwicklung eines Mischgebietes (Zielbild Weststadt) - wie im rechtskräftigen Regionalplan - als ASB festzulegen.*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1002730 1.Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungbedarf.

Klarstellend wird nocheinmal darauf verwiesen, dass der regionalplanerisch festgelegte Schienenweg der angestrebten Nutzung nicht entgegen steht. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt. Für die konkrete Planung wurde von der Regionalplanungsbehörde zwischenzeitlich bereits eine Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung bestätigt.

Inhalt

172 Porz, Lind

Der Änderungsbereich 172 ist auf Kölner Stadtgebiet – wie im Ersten Regionalplanentwurf 2022 – als AFAB festzulegen. Zudem ist für den Bereich die Freiraumfunktion BSN festzulegen. Im landesweiten Biotopverbund sind die Flächen als Verbundflächen mit herausragende Bedeutung (Kernbereiche und weitere herausragende Funktionsbereiche des Biotopverbundes NRW) ausgewiesen. Diese Ausweisung ist beizubehalten und in Verbindung mit den Flächen der Abgrabungsgewässer im RSK als Naturschutzgebiet zu entwickeln. Die Flächen sind zudem im Konzept zur „Ausweisung und Erweiterung weiterer Naturschutzgebiete in Köln“, welches 2022 durch den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün beschlossen worden ist, enthalten. Verweis auf Stellungnahme F-7-713-002 aus 2022: *Abgrabungsgewässer Storchensee und Molch Weiher sind als BSN festzulegen. Sie sollen im Rahmen einer nächsten Landschaftsplanänderung als NSG auf Kölner Stadtgebiet ausgewiesen werden, eine Entsprechung als NSG besteht bereits im Rhein-Sieg Kreis. Auch der landesweite Biotopverbund weist diese Flächen mit herausragender Bedeutung aus.*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von BSN, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Fläche wird als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) dargestellt. Auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf und im südlichen Stadtgebiet von Köln besteht eine erhebliche Nachfrage nach geeigneten Produktionsflächen, die durch die bestehenden geringen Flächenreserven nicht gedeckt werden kann. Die Fläche wird durch Verkehrsstrassen (BAB A 59, B 8, ICE-Schienenstrecke (s. Abb.) in östlicher, nördlicher und westlicher Richtung begrenzt. Unmittelbar südlich schließt sich darüber hinaus eine bereits in gewerblich-industrieller Nutzung befindliche Fläche (Logistikzentrum) an. Unmittelbar östlich befindet sich eine weitere gewerblich-industriell genutzte Fläche (Schwarzsmischwerk). Infolge der hierdurch entstehenden Insellage ist die Bedeutung der Fläche für den Natur und Artenschutz sowie den Biotopverbund erheblich eingeschränkt. Jüngere Bestandskartierungen, die zum Zeitpunkt der Einstufung der Fläche als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung noch nicht vorlagen, haben ergeben, dass die Fläche nur für wenige seltene, in ihrem Bestand bedrohte Tierarten (Teichrohrsänger, Wechselkröte und Zauneidechse) einen essentiellen Lebensraum darstellt. Für diese Arten kann in dem von den Vorhabensträgern an der West- und Nordgrenze der Fläche vorgesehenen Biotopvernetzungsstreifen ein geeigneter Ersatzlebensraum geschaffen und der Biotopverbund weiterhin gewährleistet werden. An der Westgrenze der unmittelbar südlich angrenzenden, bereits gewerblich-industriell genutzten Fläche wurde bereits ein solcher Biotopvernetzungsstreifen angelegt, der von den betreffenden Arten sehr gut angenommen wurde und sich schon nach kurzer Zeit zu einem hochwertigen Lebensraum entwickelt hat. Dieser soll entlang der hier in Rede stehenden Fläche in nordwestlicher und nordöstlicher Richtung um 4,2 ha erweitert werden. Unter dieser Voraussetzung stehen der Darstellung der Fläche als GIB Gründe des Naturschutzes und der Biotopvernetzung nicht entgegen. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist jedoch sicherzustellen, dass die gewerblich-industriell nutzbare Fläche auf die in der Stellungnahme in Abbildung 1 gekennzeichnete Fläche begrenzt

wird und der Biotopvernetzungsstreifen – wie in Abbildung 4 der Stellungnahme - realisiert wird. In die textlichen Festlegungen soll eine dahingehende Maßgabe aufgenommen werden. Bisher war die Fläche durch Abgrabungen und Nebenanlagen des Abgrabungsbetriebes in Anspruch genommen. Die hier befindlichen Seeflächen sollen mit unbelastetem Bodenaushub verfüllt werden. Dazu liegen bereits positive Erfahrungen aus der unmittelbaren Nachbarschaft vor. So wurde im Bereich der heute von dem Logistikzentrum eingenommenen ehemalige Abgrabungsfläche unmittelbar südlich der hier in Rede stehenden Fläche auf der Grundlage eines wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses erst vor wenigen Jahren eine entsprechende Verfüllung verwirklicht. Die damals wieder gewonnene Fläche wurde dem Flächennutzungsplan der Stadt Troisdorf entsprechend für gewerblich-industrielle Nutzungen verfügbar gemacht und genutzt. Bodenaushub zur Verfüllung steht aus standortnahen Herkünften in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Das Unternehmen mit der die Vorhabensträger eine Kooperation anstreben, hat bereits erhebliches Interesse daran bekundet, das durch die Verfüllung der ehemaligen Abgrabungsfläche entstehende freie Volumen für die ortsnahe Entsorgung von anfallendem Bodenaushub mit zu nutzen, da im Ballungsraum Köln/Bonn keine ausreichenden Verfüllkapazitäten für Bodenaushub mehr zur Verfügung stehen. Aufgrund der Lage der Fläche sind Beeinträchtigungen der Nachbarschaft durch den Verfüllbetrieb sowie die anschließende gewerblich-industrielle Nutzung nicht zu erwarten. Im Sinne einer sparsamen Flächeninanspruchnahme ist die Ausweisung der in Rede stehenden Fläche als GIB geboten.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. auf ein schutzwürdiges Biotop, welches NSG-würdig ist,

ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung hier konkret einem AFAB, BSLE, BSN und Regionalen Grünzug wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt, da eine weitere Konkretisierung auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene erfolgen kann. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ergänzend wird auf (G.29) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass keine BSN-Festlegungen erforderlich sind, um im Landschaftsplan entsprechende Festsetzungen zu treffen.

Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Die Betroffenheit eines NSG-Umfeldes kann beispielsweise durch Abstandsflächen in der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene gelöst werden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter

Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene bzw. Ebene des Fachrechts erfolgen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

68 Porz, Grengel

Der Änderungsbereich 68 nördlich des Flughafens ist – wie im Ersten Regionalplanentwurf 2022 – als Waldbereich mit den Freiraumfunktionen BSN und RG festzulegen. Die Flughafenerweiterungsfläche nördlich des heutigen Flughafengeländes liegt innerhalb des FFH-Gebietes Wahner Heide (DE-5108-301). Grundlage dieses Schutzgebietes ist die EU-Richtlinie 92/43/EWG. Weiterhin befindet sich die Erweiterungsfläche innerhalb des Vogelschutzgebietes Wahner Heide (DE-5108-401) nach der EU-Richtlinie 2009/147/EG. Zur Umsetzung dieser Richtlinien in deutsches Recht sind Schutzzweck und Erhaltungsziele in die Festsetzungen als Naturschutzgebiet Wahner Heide durch den gleichlautenden Landschaftsplan integriert. Die Zulässigkeit von Vorhaben in den Gebieten des „europäischen ökologischen Netzes Natura 2000“ nach den beiden zuvor genannten Richtlinien regelt § 34 BNatSchG. Wenn die geplante Flughafenerweiterung zu erheblichen Beeinträchtigungen der Gebiete in den für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führen kann, ist sie unzulässig. Von letzterem wird angesichts eines vollständigen Funktionsverlustes der betroffenen Flächen im Rahmen einer Flughafenerweiterung einerseits und der sehr hohen Bedeutung des NSG Wahner Heide andererseits ausgegangen. Zudem zählt das Naturschutzgebiet Wahner Heide zu den artenreichsten seiner Art in Nordrhein-Westfalen und Deutschland, es hat insofern besondere Bedeutung für die Erhaltung vieler gefährdeter Tier- und Pflanzenarten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen Flugplatz festzulegen. Darüber hinaus wurde folgende Zweckbindung in (Z.34) *Flugplätze sichern* ergänzt: Die regionalplanerische Sicherung der Flughafenerweiterungsfläche „Areal Nord“ erfolgt unter dem Vorbehalt, dass in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die Natura 2000-Verträglichkeit für die Inanspruchnahme nachgewiesen wird.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt:

Die Festlegung der Fläche „Areal Nord“ als Grünzug und Fläche für Natur und Landschaft verstößt gegen das Ziel 8.1-6 des LEP. Die Fläche „Areal Nord“ ist ein bisher dem Flughafen als Erweiterungsfläche zugeschriebener Bereich zwischen der nördlichen Flughafengrenze und der Schleife der ICE-Trasse. Sie wurde im Rahmen eines Regionalplanänderungsverfahrens in 2004 als Flughafenfläche im Regionalplan festgelegt, weil sie die einzige mögliche Erweiterungsfläche für die Passagier- und Frachtfeldbereiche des Flughafens ist. Sie muss auch weiterhin als Fläche für den Flugverkehr festgeschrieben sein. Zur weiteren Begründung wird auf die ausführlichen Stellungnahmen des Flughafens Köln/Bonn verwiesen.

Inhalt

1031060 Mülheim, Stammheim

Der Änderungsbereich 1031060 ist – wie im ersten Regionalplanentwurf 2022 – als AFAB mit der Freiraumfunktion RG festzulegen. Das direkte Umfeld der Kläranlage eignet sich nicht für die Entwicklung von Wohnungsbau. Die Festlegung AFAB ist für die den Bereich 1031060 beizubehalten, da ansonsten durch die Nähe zum Großklärwerk Stammheim (Minimaldistanz ca. 130 m) immissionsrechtliche Konflikte entstehen würden (insb. Geruchsbelastung). Die Egonstr. liegt ca. 150 m vom Klärwerk entfernt. Die Häufigkeit und Stärke von Geruchsereignissen steigt erheblich mit der Nähe zur Emissionsquelle. Gesunde Wohnverhältnisse sind in dieser geringen Entfernung nur unter großem Aufwand zu gewährleisten. Zur Standortsicherung des stadtweit bedeutsamen Klärwerks Stammheim soll aus immissionsschutzrechtlichen Gründen die ehemalige Behelfssiedlung daher keine planungsrechtliche Sicherung erfahren. Die dauerhafte Standortsicherung und Entwicklungsperspektive des gesamtstädtisch bedeutsamen Großklärwerks Stammheim würde andernfalls gefährdet. Das Großklärwerk Stammheim gehört zu den sogenannten Zaunanlagen (komplexe industrielle Anlagen), deren Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb die Bezirksregierung Köln erteilt wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan trägt den Belangen des Großklärwerk Stammheim Rechnung und legt gemäß LPlG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42) einen Freiraumbereich für zweckgebundene Nutzungen Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen fest. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Hinsichtlich der Festlegung des ASB gilt, die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Ob und unter welchen Voraussetzungen im angrenzenden, als ASB festgelegten, Bereich Bauleitplanung betrieben wird, obliegt der Stadt Köln im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes erfolgt auf Ebene des Regionalplans durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans. Dies dient dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Eine konkretisierende Festlegung in Bezug auf erforderliche Abstände zwischen Nutzungen überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Inhalt

72 Mülheim/ Flittard

Die für den Änderungsbereich 72 festgelegte Zweckbindung Sonderlandeplatz ist zurückzunehmen. Der Bereich ist – wie im Ersten Regionalplanentwurf 2022 – als AFAB mit den Freiraumfunktionen RG und BSLE festzulegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Festlegung von Freiraumbereichen für zweckgebundene Nutzungen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Nachdem der Kalkberg als Landesplatz für die Luftrettung ausgeschieden ist, muss ein neuer Standort gesucht werden. Der jetzige Standort am Flughafen Köln/Bonn ist nur eine vorübergehende Lösung. Der Flugplatz Kurtekotten ist eine von mehreren Optionen als Standort für den Kölner Rettungshubschrauber. Um entgegenstehende Nutzungen zu unterbinden soll eine entsprechende Ausweisung des Flugplatzes Kurtekotten im Regionalplan Köln erfolgen.

Inhalt

1003799

Synopse B-1 S. 2569-2571 Aufgrund der hohen Unterdeckung der GIB-Flächen im Kölner Stadtgebiet kann dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung nicht gefolgt werden. Der regionale Ausgleich von Flächenbedarfen ist grundsätzlich nachvollziehbar allerdings nur sinnvoll, sofern die planerische Umsetzung der GIB-Flächendefizite für die Stadt Köln zumindest in Teilen im räumlich-funktionalen Kontext zur Stadt steht. Andernfalls sind die Flächenverfügbarkeiten nicht mit dem Ort der Nachfrage vereinbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003799 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend wird ausgeführt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden zudem Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Hierzu wird in der Begründung u.a. ausgeführt, dass – in einem intensiven Beteiligungsprozess mit allen wirtschaftsrelevanten Akteuren – insbesondere die teilregionalen Gewerbeflächenkonzepte der Kommunen und Kreise als wesentliche Grundlage bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln und insbesondere bei der Verortung von großen zusammenhängenden und interkommunal zu entwickelnden GIB-Standorten eingeflossen sind. Der Prozess Region+ Wirtschaft – Regionales Gewerbeflächenkonzept sowie weitere Informationen regionaler Prozesse und Analysen greift somit auch die Analyseergebnisse der vorliegenden teilregionalen Gewerbeflächenkonzepte, Inhalte des Fachbeitrags der Wirtschaft zum Regionalplan im Regierungsbezirk (IHK Aachen, IHK Bonn/Rhein-Sieg, IHK Köln 2017, S.23) sowie Ergebnisse aus dem Agglomerationskonzept Region Köln/Bonn (Region Köln/Bonn e.V. 2019) über den Zustand der Region und somit auch über räumlich-funktionale Zusammenhänge auf.

Inhalt

A-1-5-Änderungssynopse Textliche Festlegungen, **Z. 10 GIB sichern und entwickeln**
Seite 42,

Erläuterungen (1)

Folgender Absatz wurde gestrichen: „*Gewerbliche und industrielle Nutzungen unter 10 ha können durch die kommunale Bauleitplanung sowohl innerhalb der ASB als auch im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zugeordnet sein und dienen vorrangig der Sicherung bestehender oder der Unterbringung kleinerer, ortsansässiger Betriebe.*“ Aus kommunaler Sicht bleibt es wünschenswert, wenn eine gewisse Flexibilität – insbesondere für bereits bestehende emittierende Betriebe – im regionalplanerisch festgelegten AFAB in Arrondierungsbereichen zum ASB auch zukünftig beibehalten wird. Es wird angeregt den Absatz wieder aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zudem handelt es sich bei dem geänderten Planinhalt um eine Anpassung an den aktuellen rechtlichen Rahmen des LEP NRW aufgrund der Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE). Die Anregung zur Flexibilität in Bezug auf Erweiterungen im regionalplanerisch festgelegten AFAB in Arrondierungsbereichen des ASB richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

AZ: BET_173000_1	
Stadt Leverkusen	
1033668_001, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nr. 1001462: Die zeichnerische Festlegung des Bereiches „Auf den Heunen“ als ASB entspricht der Stellungnahme der Stadt Leverkusen vom 27.02.2022 und wird daher trotz naturschutzfachlicher Bedenken durch den Fachbereich Umwelt akzeptiert.</p>	

1033668_002, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nr. 1001464: Die zeichnerische Festlegung des Bereiches „Heidelberg“ als interkommunales Gewerbegebiet entspricht der Stellungnahme der Stadt Leverkusen vom 27.02.2022 und wird daher trotz naturschutzfachlicher Bedenken durch den Fachbereich Umwelt akzeptiert.</p>	

Inhalt

Nr. 1001464: Die Anregung, dass die „Nutzung von Windenergie (Z.37) und Solarenergie (G.67) als Ausnahme im Vorranggebiet Regionale Grünzüge aufgenommen werden sollte, da ansonsten aufgrund der nahezu flächendeckenden Ausweisung von Regionalen Grünzügen ein Ausbau von Wind- oder Solarenergie fast unmöglich gemacht würde“ wird entsprechend dem Hinweis der Regionalplanungsbehörde im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplanes Erneuerbare Energien vorgebracht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis bezieht sich auf einen früheren Plangegegenstand, der im Entwurf für die erneute öffentliche Auslegung entfallen ist. Die textlichen Regelungen im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurden mit Beschluss des Regionalrats vom 9.12.2022 aus dem Gesamtplan herausgelöst und werden im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien neu gefasst.

1033668_004, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nr. 1001469: Die Änderung stellt eine Rücknahme von ASB zugunsten von allgemeinem Freiraum und einem regionalen Grünzug dar, entspricht der Stellungnahme der Stadt Leverkusen vom 27.02.2022.</p>	

1033668_005, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Nr. 1001555: Eine Änderung ist nicht erfolgt, da die Bezirksregierung Köln auf den Landesstraßenbedarfsplan verweist.</p>	

1033668_006, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Nr. 1004881: Die Änderung wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung der Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung L 43 N bleibt bestehen und die bestehende Verbindung zum Autobahnkreuz Monheim ist im gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt.</p>	

1033668_007, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nr. 1006011: Die Änderung beinhaltet die Festlegung des Stadions und der umliegenden Flächen als ASB. Außerdem werden die Dhünn und die Flächen südlich der Dhünn als allgemeiner Freiraum und regionaler Grünzug festgesetzt. Die Änderung ist nachvollziehbar und entspricht einer realistischen Darstellung der Entwicklungsziele für die betroffenen Flächen.</p>	

1033668_008, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nr. 1007116: Die Änderung sieht eine Ergänzung der Festlegung von BSLE im Bereich der „Seenplatte Hitdorf“ vor und wird begrüßt. Diese neuen Darstellungen spiegeln den hohen Bedarf an Freiraum im Ballungsgebiet Köln-Leverkusen wider und werden der tatsächlichen sowie künftigen Bedeutung als Naherholungsräume gerecht.</p>	

1033668_009, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nr. 1007117: Die Änderung sieht eine Ergänzung der Festlegung von BSLE im Bereich „Neuenkamp“ vor und wird begrüßt. Diese neuen Darstellungen spiegeln den hohen Bedarf an Freiraum im Ballungsgebiet Köln-Leverkusen wider und werden der tatsächlichen sowie künftigen Bedeutung als Naherholungsräume gerecht. Damit wird der räumlich benachbarte Passus der Stellungnahme der Stadt Leverkusen vom 27.02.2022 ergänzt.</p>	

1033668_010, Stadt Leverkusen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nr. 1007563: Die Änderung sieht eine Ergänzung der Festlegung von BSLE im Bereich „westlich Imbach“ vor und wird begrüßt. Diese neuen Darstellungen spiegeln den hohen Bedarf an Freiraum im Ballungsgebiet Köln-Leverkusen wider und werden der tatsächlichen sowie künftigen Bedeutung als Naherholungsräume gerecht.</p>	

Inhalt

Aus Sicht des Fachbereichs Tiefbau ist zu erwähnen, dass es sich nach dem im Jahr 2016 durchgeführten Umstufungsverfahren bei dem Straßenzug „L43n OU Leverkusen/ Hitdorf, BA L43-A59“, zu finden im Ordner „A-4-1 Begründung“ ab der Seite 205 die Tabelle 24, nicht mehr um eine Landesstraße handelt, sondern um eine Gemeindestraße. Diese Maßnahme gilt es sowohl aus der Liste/Tabelle als auch aus der Anlage „A-2-10 Blatt05_Leverkusen“ zu streichen. Außerdem handelt es sich bei dem aufgeführten Straßenzug „L288n Neubau in Leverkusen, BA Feld-/Borsigstraße bis Ostring“ um die sogenannte „Bürgerbuschtrasse“, die sowohl von kommunaler Seite als auch von Straßen NRW seit über 20 Jahren nicht weiter beplant wird. Auch diese Maßnahme ist sowohl aus der Liste/Tabelle als auch aus der Anlage „A-2-10 Blatt05_Leverkusen“ zu streichen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme bezüglich des Straßenzugs „L288n Neubau in Leverkusen, BA Feld-/Borsigstraße bis Ostring“ geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus gilt für beide Trassen, dass entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt werden, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planungen sind im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Inhalt

Weiter möchte der Fachbereich Mobilität und Klimaschutz anmerken, dass im Dokument A-4-1 Begründung Kapitel 5.1.3 „Schienennetz“ kein Hinweis auf die zukünftig neue S-Bahn-Verbindung der S17 von Köln über Opladen nach Solingen und anschließende Durchbindung nach Düsseldorf aufgeführt wird und bittet um Aufnahme dieser Maßnahme

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus entspricht die angeregte Änderung nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

In den Tabellen 21 und 22 werden entsprechend des Sicherungsauftrags des Regionalplans geplante Schienenwege aufgeführt, die neue Raumansprüche begründen. Der aktuelle Planungsstand zur S-Bahn S17 sieht jedoch die Nutzung eines bestehenden, bereits zeichnerisch festgelegten Schienenwegs vor. Betriebliche Umstrukturierungen auf Bestandsstrecken gehen über den Regelungs- und Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und richten sich an die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Sie werden daher nicht in den Tabellen aufgeführt.

Inhalt

Grundsätzlich ist aus Sicht des Fachbereichs Umwelt festzuhalten, dass der Regionalplan in NRW zwar auch die Funktion eines Landschaftsrahmenplans erfüllen soll, diesem Anspruch jedoch nicht gerecht wird. Die weitgehende Ausnahmeformulierung beispielsweise bei Vorhaben in BSN, die mit den Zielen dieser nicht vereinbar sind, verdeutlichen, dass der Freiraumschutz vor allem nur dort prioritär ist, wo dieser kaum Nutzungskonflikte auslöst. Das erklärte Ziel des Regionalplans für den Schutz der Natur in Kapitel 4.3.1 der textlichen Festsetzungen, nämlich die Sicherung eines konsistenten regionalen Biotopverbundsystems, ist auf diese Weise nicht zu erreichen. Dies wird vor allem in Leverkusen bei Betrachtung der BSN deutlich. Anstatt eines Verbundsystems, welches durchgängig und verflochten ist, ist eine Vielzahl an BSN dargestellt, die sich in absoluter Insellage befinden, beispielsweise der Bürgerbusch, die Rheinaue und die Binnendünen nördlich des Dünnwaldes. Daher wird angeregt künftig die Funktion des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan klarer auszuarbeiten und hervorzuheben.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In §18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Aus diesen Gründen kommt es in Einzelfällen zu maßstabsbedingten Abweichungen zwischen der Flächenausweisungen des Regionalen Biotopverbundes herausragender Bedeutung und der BSN im Regionalplan.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende

Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

1033668_014, Stadt Leverkusen

Inhalt

Die Darstellung der ehemaligen Halbach-Talsperre (auch Diepentalsperre) als Talsperre und großes Oberflächengewässer entspricht nicht der derzeitigen Situation und wird auch der künftigen nicht entsprechen. Die ehemalige Talsperre ist vor längerer Zeit geschlitzt worden und wird derzeit zum grünen Rückhaltebecken mit darin fließendem, naturnahen Murbach durch den Wupperverband hergerichtet. Es wird angeregt den gesamten Bereich der Talsperre als BSN darzustellen, da der teilweise bereits renaturierte Murbach von hoher Bedeutung für die lokale Biodiversität und von hervorragender Bedeutung für den Biotopverbund ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Für den Bereich der Talsperre Halbach sind die Planungen und Genehmigungen zur Umgestaltung auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen noch nicht soweit fortgeschritten, dass die Darstellung und Festlegung der Talsperre im Regionalplan entfallen oder geändert werden kann.

Inhalt

Die nun vorliegende Darstellung der Freiraumfunktionen am Rhein sieht einen BSN linksrheinisch bis zur kommunalen Grenze zwischen Leverkusen und Köln vor, die exakt in der Mitte des Flussbetts des Rheins verläuft. Während die Höherstufung der Schutzwürdigkeit der linken Rheinseite fachlich begründet ist, ist die Grenzziehung aus ökologischer und geographischer Sicht nicht nachvollziehbar. Da es keine ökologische, physiogeographische oder sonstige naturgegebene Trennung des Rheins in der Flussmitte gibt, ist die Teilung nicht logisch und fachlich begründbar. Es kommt hinzu, dass die Rheinaue auf Leverkusener Seite ebenfalls mit der Funktion als BSN belegt ist und somit der Rhein ab der Flussmitte bis zum rechten Ufer eine Art Lücke in dem BSN darstellt. Auch ist kein erkennbarer Qualitätsunterschied in Bezug auf die limnologische Artenvielfalt, die Biotopverbundfunktion oder auch die Ökosystemleistungen zwischen der östlichen und der westlichen Rheinhälfte ersichtlich. Folglich ist eine zusätzliche Höherstufung der rechten Rheinhälfte zum BSN auf Höhe von Leverkusen fachlich geboten und alleine aus Gründen der Plausibilität notwendig. Jedenfalls kann eine kommunale Grenze nicht die Teilung und unterschiedliche Bewertung eines einzigen zusammenhängenden Fließgewässers in dessen Mitte verursachen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Einerseits umfasst die angesprochene Abgrenzung linksrheinisch das festgesetzte Naturschutzgebiet "Rheinaue Langel-Merkenich" sowie rechtsrheinisch die Regionale Biotopverbundfläche "VB-K-4907-103 Rheinaue zwischen Worringen und Merkenich und bei Flittard". Auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins wurde mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.: in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen.

Inhalt

Die potentiellen Überflutungsbereiche (HQ100 geschützt), die rückgewinnbaren und zukünftigen Überschwemmungsbereiche sowie die Darstellung der Extremhochwässer basieren auf den Abfragedaten (2018) der Bezirksregierung Köln. Für die Hochwasserdaten im Bereich der Risikogewässer wird nach dem Hochwasserereignis 2021 eine Überprüfung der Daten zum Hochwasserschutz (Hochwassergefahren- und -risikokarten) erwartet. Die Priorisierung erfolgt bei der Bezirksregierung Köln, sodass sich nach der Überprüfung der Hochwasserdaten sowie Erstellung der überarbeiteten Hochwassergefahren- und -risikokarten ggf. noch weitere Auswirkungen hinsichtlich der Bestandsbebauung und der Bauleitplanung ergeben könnten. In den textlichen Festlegungen der angeführten Unterlagen

- Blatt A-1 2.10 Hochwasser
- Blatt A-1 2.12 Rückgewinnbare und zukünftige Überschwemmungsbereiche
- Blatt A-1 2.13 Potentielle Überflutungen (HQ geschützt)

sind die Überschwemmungsbereiche/Schutzbereiche identifiziert und konkret benannt, sodass bezüglich des vorbeugenden Hochwasserschutzes die erforderlichen Maßnahmen, wie die Überschwemmungsbereiche erhalten und entwickeln (Z.27), die Vorbeugung von Schäden in Überschwemmungsbereichen durch die Rücknahme von Bauflächen (Z.28) sowie die Vorbeugung von potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser (G.48), aufgenommen und festgeschrieben werden. Grundsätzliches Ziel ist es, mit den Regelungen den Hochwasserschutz zu stärken und langfristig vorzusorgen. Im Einzelnen geht es darum die Infrastruktur sicherer zu machen, lokale Vorsorge für Starkregenereignisse zu treffen und den Hochwasserschutz in der Bauleitplanung zu berücksichtigen. Die vorgeschlagenen Änderungen in den textlichen Festlegungen werden ausdrücklich durch die Untere Wasserbehörde begrüßt und stehen im Einklang mit dem Wasserhaushaltsgesetz und dem vorgelegten Entwurf des Hochwasserschutzgesetzes III, welches sich derzeit im Abstimmungsprozess zwischen den einzelnen Bundesministerien befindet.

Abwägung**Typ**
Hinweis**Ausgleichsvorschlag**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung geäußert. In Bezug auf die Datengrundlage wird ergänzend auf folgendes hingewiesen: Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Auch die potentiellen Überflutungsbereiche (HQ100 geschützt), die rückgewinnbaren und zukünftigen Überschwemmungsbereiche sowie die Darstellung der Extremhochwässer wurden zeitgleich 2023 mit den bei der Fachplanung in Dez. 54 vorliegenden Daten abgeglichen und aktualisiert.

1033668_017, Stadt Leverkusen

Inhalt

Die Oberflächengewässer sind Bestandteil des Naturhaushaltes und entsprechend zu sichern (Z.24). Die beschriebenen wasserwirtschaftlichen Nutzungsfunktionen sind sehr unterschiedlich und werden für die Nutzungsfunktion – Betriebswasserversorgung der Industrie- unter dem Aspekt der gewässerrelevanten Kriterien kritisch gesehen. Auf Grund der Umsetzung der Maßnahmen, die Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll im Einklang mit der Zielerreichung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie zu entwickeln (G.45), erscheint die Oberflächengewässernutzung für die Betriebswasserversorgung als Kühl- oder Prozesswasser sehr problematisch. Der chemische Zustand der Oberflächenwasserkörper aus dem letzten Monitoringzyklus ist grundsätzlich nicht gut (s.S.71 Umweltbericht), sodass eine Öffnung der Oberflächengewässerbenutzung für industrielle Betriebe/Gewerbe kontraproduktiv wäre. Auch unter dem Aspekt der Gewässerunterhaltung ist die Ergänzung hinsichtlich der Betriebswasserversorgung der Industrie nicht zielführend, daher wird angeregt den Zusatz – sowie der Betriebswasserversorgung der Industrie – in der Synopse zu den textlichen Festlegungen unter Z.24-Erläuterung Abs. (3) zu streichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es werden Anmerkungen zu wasserwirtschaftlichen Nutzungsfunktionen vorgebracht. Eine Streichung einer wasserwirtschaftlichen Nutzungsfunktion in der Erläuterung zu Ziel 24 erfolgt jedoch nicht.

1033668_018, Stadt Leverkusen

Inhalt

Nr. 1007696: Die Festlegung des Bestandes der Bedarfsplanmaßnahme am Fahnenacker wird zur Kenntnis genommen. Die Fortführung der L43 N auf der Bernsteintrasse wird weiterhin abgelehnt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Fortführung der L43 N wird weiterhin Ablehnung geäußert. Diesbezüglich wird auf den Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1001555 1. Offenlage).

AZ: BET_174000_1	
Rhein-Erft-Kreis, Kreisplanung	
1033358_001, Rhein-Erft-Kreis, Kreisplanung	
<p>Inhalt</p> <p>1. Südliches Vorfeld des Tagebaus Hambach - Biotopverbundkonzept</p> <p>Im Entscheidungssatz 6 der Leitentscheidung 2021 steht, dass die neue Tagebauplanung eine angemessene Vernetzung der Wälder ermöglichen soll. Des Weiteren ist in der Leitentscheidung festgelegt (s. S. 21, 2. Absatz), dass das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MULNV) ein Konzept für den Hambacher Forst sowie die notwendige Vernetzung mit den Bürgewäldern unter aktiver Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt. Im zweiten Planentwurf ist - wie im ersten Planentwurf - kein Biotopverbund für den Hambacher Forst und keine Grünvernetzung mit den umliegenden Wäldern dargestellt. Auch ist unter den Fachbeiträgen, die der Neuaufstellung des Regionalplans zugrunde liegen (s. Textliche Festlegungen, S. 28), kein Biotopverbundkonzept erwähnt. Es besteht somit nach wie vor die Gefahr, dass für den Biotopverbund wesentliche Flächen einer anderen Nutzung zugeführt werden und ein wesentliches Ziel der Leitentscheidung, nämlich die Sicherung des Hambacher Forstes und die Grünvernetzung mit den umliegenden Wäldern, nicht erreicht werden kann.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Es wird angeregt, dass die Bezirksregierung Köln beim MULNV darauf hinwirkt, ein Biotopverbundkonzept für das südliche Vorfeld des Tagebaus Hambach (möglichst unter Berücksichtigung von höher gelegenen Bereichen der südlichen Böschungen, welche in bergrechtlichen Verfahren gemäß der Leitentscheidung auch für die Biotopvernetzung zu beplanen sind) zu erarbeiten. Da davon auszugehen ist, dass ein entsprechendes Konzept nicht zeitnah vorliegt, wird angeregt, mit der ersten Änderung des Regionalplans einen Biotopverbund im südlichen Vorfeld des Tagebau Hambachs umzusetzen. Mit dieser Anregung wird die Vorgehensweise des Regionalrates aufgegriffen. Der Regionalrat hat bereits in der Regionalratssitzung am 11.10.2024, in der der Aufstellungsbeschluss für den zweiten Planentwurf gefasst wurde, Änderungen am neuen Regionalplan beschlossen (s. Anlage 4 Ergänzungsantrag zur Vorlage RR 39/2024).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechen folgerichtig als BSN im zweiten Planentwurf festgelegt.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.</p> <p>Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.</p> <p>Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher</p>

Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Abstimmungsformate u.a. auch mit der Beteiligung des MUNV und dem MLV, dessen konkreten und abgeschlossenen Ergebnisse Eingang in die zukünftigen Änderungsverfahren des Regionalplans finden werden.

Inhalt

2. Siedlungsflächenzunahme im Rhein-Erft-Kreis

Im ersten Planentwurf aus dem Jahre 2021 waren für das Gebiet des Rhein-Erft-Kreises insgesamt 1.269 ha Potential für Wohn- und Mischnutzungen innerhalb der ASB vorgesehen. Im zweiten Planentwurf sind 1.306 ha Potential für Wohn- und Mischnutzungen innerhalb der ASB vorgesehen, was nur eine geringfügige Flächenzunahme bedeutet.

Die Flächenzunahme im Bereich der Gewerbe und Industrie Flächen ist sehr hoch. Im ersten Planentwurf waren 502 ha Potential für den endogenen Bedarf und zusätzlich für den regionalen und überregionalen Bedarf 159 ha (GiB-Regional Standorte: 119 ha, GiB-Plus Standort: 40 ha) als GiB vorgesehen. Insgesamt waren demnach **im ersten Planentwurf 661 ha für Gewerbe- und Industrie im Rhein-Erft-Kreis** ausgewiesen. Im zweiten Planentwurf sind 525 ha Potential für den endogenen Bedarf, zusätzlich für den regionalen und überregionalen Bedarf 157 ha (GiB-Regional Standorte: 102 ha, GiB-Plus Standort: 55 ha) und neu 314 ha für die Transformation der Industrie vorgesehen. Insgesamt sind demnach **im zweiten Planentwurf 996 ha für Gewerbe- und Industrie im Rhein-Erft-Kreis** ausgewiesen. Das bedeutet eine **Zunahme von 335 ha**. Die damit einhergehende Berücksichtigung und entsprechende Gewichtung des Transformationsprozesses im Rheinischen Revier und insbesondere im Rhein-Erft-Kreis wird begrüßt.

Dieser Flächenzuwachs an Gewerbe- und Industrie Flächen im Rhein-Erft-Kreis geht zulasten der Freiraumnutzungen. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass für die Flächeninanspruchnahmen noch zusätzlich Ausgleichsflächen gefunden werden müssen, was schon heute ein großes Problem darstellt, macht dies den Nutzungsdruck insbesondere auf die Landwirtschaftsflächen deutlich. Auch sind die geplanten Windenergiebereiche im zweiten Planentwurf noch nicht berücksichtigt. Im Entwurf des Teilplans Erneuerbare Energien (Stand: Oktober 2024) sind für den Rhein-Erft-Kreis 3.561 ha Windenergiebereiche vorgesehen.

Es ist somit anzunehmen, dass die notwendigen Kompensationsmaßnahmen für die Siedlungsflächen im zweiten Regionalplanentwurf selbst ebenfalls raumbedeutsam sein werden. Da der Regionalplan auch Landschaftsrahmenplan ist, bedarf es ebenfalls auf dieser Ebene eine konzeptionelle Vorbereitung der Eingriffsregelung, um die Beeinträchtigungen vorhabensübergreifend und großmaßstäblicher zu erfassen. Wenn der Regionalplan raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen aufeinander abstimmen und Konflikte ausgleichen soll, muss der Plan nicht nur Aussagen zu den jeweiligen Planungen und Maßnahmen selbst, sondern auch zu den erwarteten Rechtsfolgen (hier im Sinne der Eingriffsregelung) treffen.

Da die Ressource Fläche endlich und bei Neuinanspruchnahme von Flächen für

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur zusätzlichen Festlegung von GiB erklärt.

Darüber hinaus wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ folgende Regelungen: "Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen so geplant werden, dass sie die Sicherung und Entwicklung von regionalen Freiraumfunktionen unterstützen. Sie sollen bevorzugt räumlich konzentriert in den als Vorranggebieten gesicherten Bereiche für den Schutz der Natur (BSN), Waldbereichen, Regionalen Grünzügen, Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) und Überschwemmungsbereichen (ÜB) vorgesehen werden."

Unter Punkt 2 der Erläuterungen steht konkret: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige

Siedlung dauerhaft verloren geht, sollte neben dem Anstieg bei den Nutzungen von ASB und GIB auch die Fläche für Vorranggebiete für Natur und Landschaft ansteigen, um so die Ressource Fläche und ihre Funktionen zu schützen, und die Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung mit einer großräumig ausgewogenen Ordnung im Teilraum des Regierungsbezirks Kölns zu erfüllen (vgl. § 1 Abs. 2 ROG).

Eine überschlägige Aussage, welche raumbedeutsamen Beeinträchtigungen der Funktionen von Naturhaushalt und Landschaftsbild durch absehbare raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in der Region zu erwarten sind, bleibt auch in der Gesamtzusammenschau der Umweltprüfung offen. Der Gesetzgeber bietet regionalplanerisch die Möglichkeit, besonders geeignete Flächen für die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe an anderer Stelle festzulegen. Soweit dies schon passiert, ist anzumerken, dass die Ziele hauptsächlich den Erhalt und Schutz der Freiraumfunktionen verfolgen. Um die o.g. Bedarfe bezüglich der Landschaftsentwicklung decken zu können, müssen Entwicklungsziele stärker gesichert und die freiraumbezogenen Festlegungen mit Aussagen zu raumbedeutsamen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verknüpft werden. So könnten beispielhaft Flächen für künftige Waldentwicklung regionalplanerisch ausgewiesen werden.

raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe bezogen auf das Schutzgut "Fläche" z.B. wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegungen erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird weitestgehend vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf Kompensationsmaßnahmen nicht erkennbar. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte mit landwirtschaftlicher Nutzungen gegenüber ökologischen oder forstlichen Funktionen können beispielsweise durch die Anwendung von vertragsnaturschutzrechtlichen Lösungen und ähnlichen Instrumenten wie den Ökokonten gelöst werden. Sie sind Gegenstand der bauleitplanerischen bzw. landschaftsplanerischen Umsetzung.

Inhalt

3. Erneuerbare Energien

Im Ersten Planentwurf aus dem Jahre 2021 gab es unter Kapitel 5.2.3 Erneuerbare Energien den Grundsatz G 64 „Energieoptimierte Siedlungsentwicklung“ umsetzen. Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Teilplan zu regeln. Dadurch wurden die im Ersten Planentwurf enthaltenen textlichen Festlegungen im zweiten Planentwurf zurückgenommen und sollen thematisch im Teilplan Erneuerbare Energien behandelt werden (s. Stn ID 1025824). Im Entwurf des Teilplans Erneuerbare Energien (Stand: Oktober 2024) wurde der Grundsatz G. 64 nicht übernommen. Es wird angeregt, den im Zweiten Planentwurf entfallene Grundsatz G 64 im Teilplan Erneuerbare Energien aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe/ Erneuerbare Energien gegeben.

Inhalt

1.6 Strukturwandel im Rheinischen Revier (S. 37 ff.)

Die allgemeine Darstellung der Zielsetzung des Transformationsprozesses im Rheinischen Revier und die damit einhergehende Gewichtung dieses Themas im Regionalplan Köln wird grundsätzlich begrüßt.

Dateninfrastruktur im Rheinischen Revier

Im Kapitel 1.6 fehlen Aussagen zum Thema Dateninfrastruktur im Rheinischen Revier im Zusammenhang mit dem Strukturwandel. Diese sind unter Punkt 1.6 (S. 37) zu ergänzen:

Im April 2024 hat die Landesregierung NRW das Vorhaben „Digitalparks, Rhein-Kreis Neuss und Rhein-Erft-Kreis“ als Ankerprojekt benannt, um eine „(...) erfolgreiche, beschleunigte und sichtbare Umsetzung des Strukturwandels im Rheinischen Revier(...)“ aufzuzeigen. Ebenso, wie das zuständige Ministerium (MWIKE) eine Standort-Eingrenzung für den Aufbau von Hyperscale-Rechenzentren über Fokusräume als notwendig erachtet hat, forderte sie eine Standort-Fokussierung für den Aufbau des Digitalpark-Ankerprojekts. Auch vor dem Hintergrund, dass diese Standort-Fokussierung bereits im benachbarten Rhein-Kreis Neuss stattgefunden hat (Kraftwerk Frimmersdorf), ist der Rhein-Erft-Kreis der Forderung des Ministeriums nachgekommen und hat kurzfristig das Stadtplanungsbüro PLAN-QUADRAT mit der Durchführung einer vertiefenden Analyse beauftragt. In dieser Analyse wurden die aus den vorhergehenden Studien ausgewählten Fokusräume bzw. Potenzialflächen der betreffenden Kommunen für die Bestimmung der Digitalpark-Ankerprojekt-Fläche zu Grunde gelegt. Als Ergebnis wurde der Fokusraum „Bergheim-Nord“ mit der Potenzialfläche „BoA+“ als besonders geeignet identifiziert und der Landesregierung als Digitalpark-Ankerprojekt genannt. Der Aufbau hoch performanter Hyperscale-Rechenzentren im Rhein-Erft-Kreis erzeugt eine enorme Gravitationswirkung auf Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen. Um für deren Standortentscheidung einen weiteren ansiedlungsfreundlichen und branchenspezifischen Anreiz zu bieten, ist die Entwicklung sogenannter „Digitalparks“ notwendig. Dies sind Areale, auf denen sich neben Unternehmen mit digitalen Geschäftsmodellen auch beispielsweise Einrichtungen der Forschung und Sozioökonomie mit Digitalbezug sowie Quartierszentren niederlassen werden. Diese räumliche Verbundenheit steigert die Innovations- und Wertschöpfungskraft der ansässigen Akteure, schafft Arbeitsplätze und Wohlstand in unseren Kommunen und treibt somit die Transformation des Rhein-Erft-Kreises in die „Digitalregion Rhein-Erft“ maßgeblich voran. Es wird angeregt, den Themenschwerpunkt der Digitalen Transformation im Prozess der Regionalplanneuaufstellung zu berücksichtigen und in den textlichen Teil zu integrieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zu den allgemeinen Darstellungen der Zielsetzung des Transformationsprozesses im Rheinischen Revier erklärt.

Darüber hinaus wird der Anregung insofern bereits entsprochen, dass in der Begründung u.a. im Kapitel 3.3.2 auf die planungsrechtlichen Vorbereitung des digitalen Transformationsprozesses im Sinne der Sicherung von Umsetzungsstandorten für die digitale Infrastruktur und hier auch konkret an insbesondere hierfür geeigneten Standorten im Rhein-Erft-Kreis für die Ansiedlung von Hyperscale-Rechenzentren und Digitalparks eingegangen wird.

Inhalt

3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung**Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen der Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB)****Brühl - Kierberg, Daberger Hang (ca. 12 ha)**

Das Gebiet ist Teil des LSG 2.2-9 "Waldseengebiet Ville" und hat als klimaaktive Freifläche mit direktem Bezug zum Siedlungsraum und einer hohen Empfindlichkeit gegenüber nutzungsändernden Eingriffen eine hohe Bedeutung als Ausgleichsraum in der Klimafunktionskarte der Stadt Brühl (Lohmeyer, 2018). Der Rhein-Erft-Kreis hat aus den o. g. Gründen in seiner Stellungnahme zum ersten Planentwurf die Rücknahme der ASB-Darstellung in diesem Bereich angeregt (s. Stn ID 1004395). Auch die Stadt Brühl (s. Stn ID 1003956) sowie der NABU (s. Stn ID 1010605) haben im Rahmen der Beteiligung zum ersten Planentwurf die Rücknahme der ASB-Darstellung gefordert. Die Regionalplanungsbehörde ist den Anregungen des Rhein-Erft-Kreises, der Stadt Brühl und dem NABU gefolgt und hat die ASB-Darstellung in ihrem Planentwurf zum Aufstellungsbeschluss für die Regionalratssitzung am 11.10.2024 herausgenommen. Allerdings wurde durch den Änderungsantrag des Regionalrates (ID Änderungsantrag Nr. 14) die von der Regionalplanungsbehörde vollzogene Rücknahme wieder rückgängig gemacht. Eine Abwägung, die die Darstellung der Fläche als ASB begründet, liegt nicht vor. Es wird daher gefordert, entsprechend dem Abwägungsvorschlag der Regionalplanungsbehörde, die Darstellung als ASB in dem gekennzeichneten Bereich zurückzunehmen und den Bereich als AFAB mit BSLE und Regionalem Grünzug darzustellen (s.u. linke Abbildung).

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: kommunale Entwicklungsabsicht als wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Der Regierungsbezirk Köln ist eine wachsende Region. Daher ist es notwendig eine ausreichende Anzahl von Flächen für den Wohnungsbau und nicht-störendes Gewerbe bereitzustellen. Die hier vorgeschlagene ASB Ausweisung ist dazu geeignet, diesem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem

Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.

Inhalt

Erftstadt - Bliesheim Nordost (ca. 20,9 ha)

Die Stadt Erftstadt (s. Stn ID 1004644) hat im Rahmen der Beteiligung zum ersten Planentwurf die ASB-Darstellung „RegionPlus Bliesheim Nordost“ gefordert. Durch das ASB bei Bliesheim werden wesentliche Teilflächen des LSG 2.2-7 „Ville-Westhang bei Bliesheim“ in Anspruch genommen. Das Schutzgebiet wird gemäß den Festsetzungen des Landschaftsplans 5 „Erfttal Süd“ vom 01.10.2002 u.a. geschützt

- wegen seiner Vernetzungsfunktion im Rahmen eines regionalen Biotopverbundkonzeptes zwischen Ville-Altwald und der Erftaue
- zur Erhaltung und Entwicklung eines im Plangebiet seltenen, unverritzten und unverbauten Hangbereiches der Ville als landschaftlicher Freiraum mit hohem Entwicklungspotential für den Arten- und Biotopschutz
- zur Sicherung von Sonderstandorten mit mageren und ertragsschwachen Böden als potentieller Lebensraum für bestimmte Tier- und Pflanzenarten
- wegen der besonderen geomorphologischen Struktur
- zur Erhaltung und Entwicklung landschaftlicher Freiräume im Umfeld der Siedlungsbereiche wegen seiner Bedeutung für die ruhige, naturbezogene Erholung als Teil der Erholungslandschaft Erftaue im Naturpark Rheinland
- wegen des durch die Reliefenergie der Hanglagen und Lössstrocentälchen sowie die Gehölzbestände geprägten, vielfältig strukturierten Landschaftsbildes.

Mit der Darstellung des großflächigen ASB würde das LSG 2.2-7 „Ville-Westhang bei Bliesheim“ im betroffenen Landschaftsraum im Norden durch die zwei Hochschulstandorte und das angrenzende großflächige Wohngebiet an der K44 und im Süden durch das ASB wesentlich verkleinert. Außerdem würde eine Wohnbebauung bis an den Rand des Waldbereichs „Lauerbusch“ die besonders wertvollen Waldrandbereiche entwerten. Durch die Beeinträchtigungen des deutlich verkleinerten geschützten Freiraums von zwei Seiten würde die vorgenannten Schutzzwecke des Landschaftsschutzgebietes mit seinem hohen Potential für den Arten- und Biotopschutz, die Naherholung und den Biotopverbund beeinträchtigt. Es wird daher angeregt, den ASB in dem gekennzeichneten Bereich um die Flächen südlich des vorhandenen Waldbereichs (Lauerbusch) zu verkleinern und die durch den südlichen Teil des ASB verloren gehenden Ausgleichsflächen des Bebauungsplans Nr. 165 Lange Heide der Stadt Erftstadt im Bereich südlich des Lauerbuschs wieder herzustellen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung

Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)

Bedburg - GIBplus (ca. 55 ha)

Die Erweiterung des GIB Bedburg Pütz in den Bereich südlich der L 279 erstreckt sich im südwestlichen Teil auf einen kleinen Teilbereich des LSG 2.2-1 „Pützer Bachtal“. Zudem fällt die Geländekante mit Verlauf der L 279 topografisch zum nördlich höhergelegenen GIB ab. Weiterhin handelt es sich bei der vorgenannten Fläche um einen durch seine morphologische Eigenart hervortretenden Landschaftsraum, der zur sogenannten 'Bedburger Schweiz' gehört und daher im Hinblick auf die Schutzgüter Erholung, schutzwürdige Böden, regional bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche zur Landschaftskultur sowie Landschaftsbild besonders zu berücksichtigen ist.

[Abbildung]

Es liegt lediglich für einen Teil der westlichen GIBplusFläche (ca. 14,8 ha) ein Prüfbogen im Umweltbericht vor (Prüfbogen BED_GIB_3). Es wird angeregt, einen Prüfbogen für die gesamte Fläche erstellen zu lassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei dem angesprochenen Bereich handelt es sich um die vorgezogene 33. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Köln, Festlegung eines Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches für zweckgebundene überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen GIBplus, Stadt Bedburg. Die Planunterlagen und der zugehörige Umweltbericht sind unter folgendem Link abrufbar: https://extra.bezreg-koeln.nrw.de/brk_media/_regionalplan/koeln/pub_planaenderung_33/index.html

Die Berücksichtigung der Ergebnisse erfolgt im Umweltbericht zur Neuausstellung des Regionalplans.

1033358_008, Rhein-Erft-Kreis, Kreisplanung

Inhalt

Bedburg Kirchherten - GIB und GIBflex (ca. 25 ha)

Weder für den GIB noch für die GIBflex Fläche ist ein Prüfbogen im Umweltbericht erstellt worden. Es wird angeregt, Prüfbögen für diese Fläche erstellen zu lassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Umweltbericht wird fortgeschrieben. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz für den Planentwurf, da dieser nicht geändert wird. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

1033358_009, Rhein-Erft-Kreis, Kreisplanung

Inhalt

Bergheim und Elsdorf - GIB und GIBtransformationsflächen (ca. 120 ha)

Die Darstellung des GIBtransformation im nördlichen Bereich auf Elsdorfer Stadtgebiet, westlich Gut Desdorf (ca. 96 ha, Punkt 1 in der Abbildung unten) und im südwestlichen Bereich auf Bergheimer Stadtgebiet, westlich und südwestlich des GIB „INKA :terranova“ (ca. 19 ha, Punkt 2 in der Abbildung unten) sowie die durch Änderungsantrag des Regionalrats (ID Änderungsantrag Nr. 12) hinzugekommene GIB-Fläche ebenfalls auf Bergheimer Stadtgebiet, nördlich der A61 (ca. 5 ha, Punkt 3 in der Abbildung unten) überlagern Teile des LSG 2.2-3 „Escher Bach und Elsdorfer Fließ“ (Abbildung unten). Die geschützten Fließgewässer stellen ein wichtiges Biotop inmitten der zurzeit noch landwirtschaftlich genutzten Flächen und regionalplanerisch festgelegten Industrie- und Gewerbelandschaft dar.

[Abbildung]

Es wird angeregt für die gekennzeichneten Bereiche der GIBtransformationsflächen (Punkte 1 und 2) eine textliche Zweckbindung - hier zum Schutz des LSG - zu ergänzen, um in der konkretisierenden Bauleitplanung den Bereich des LSG wegen der Bedeutung für den Biotopverbund und des Fließgewässerökosystems zu erhalten und im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung in kommunalen Bauleitplanverfahren nachzuweisen. Für die GIB-Fläche (Punkt 3) wird angeregt, die GIB-Flächenabgrenzung an der Grenze des LSG zu orientieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die GIBtransformation gilt: Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Für den GIB gilt: Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Brühl - GIB im Bereich der Abgrabung Kieswerk Bischoff GmbH & Co. KG, Brühl-Vochem (ca. 12,6 ha)

Auf Anregungen der Stadt Brühl (s. Stn ID 1003996) ist im Zweiten Planentwurf der Bereich der Abgrabung Kieswerk Bischoff GmbH & Co. KG als GIB dargestellt. Die in der Abgrabung der Kieswerke Bischoff GmbH & Co. KG vorkommenden Kreuz- und Wechselkröten sind in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) in der Fassung vom 13. Mai 2013 (EG 2013/17) aufgeführt und zählen gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 b) BNatSchG zu den besonders und streng geschützten Tierarten. Zur Vermeidung der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG wurden auf der Grundlage eines Artenschutzkonzepts geeignete Ersatzlebensräume (Kleingewässer und Versteckmöglichkeiten) auf Magerstandorten für Kreuz- und Wechselkröten auf schon verfüllten Flächen angelegt. Dadurch kann der gute Erhaltungszustand der beiden planungsrelevanten Arten auch beim weiteren Abgrabungs- und Verfüllbetrieb sichergestellt werden. Die artenschutzrechtlichen Maßnahmen wurden abgrabungsrechtlich beantragt, genehmigt, umgesetzt und sind funktionsfähig. Die artenschutzrechtliche Maßnahmenfläche umfasst den nördlichen Teil des GIB der Stadt Brühl. Aufgrund der fachgerechten Umsetzung der Maßnahmen auf magerem Kiessandsubstrate ist die Begründung der Stadt Brühl, dass rekultivierte Flächen keine ökologische Wertigkeit erreichen wie die umgebenden Flächen für die Maßnahmenfläche nicht zutreffend. Das Gegenteil ist der Fall. Die Maßnahme ist auf dem rekultivierten Rohboden wesentlich funktionsfähiger als auf einem Ackerstandort. Die Ausdehnung der Maßnahmenfläche ist so gering, dass der Erhalt des Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs nur für den Bereich der Maßnahmenfläche und des angrenzenden Feldgehölzes die Funktionsfähigkeit des GIB nicht wesentlich verringert. Es wird daher gefordert, die Darstellung als GIB in dem gekennzeichneten Bereich zurückzunehmen und den Bereich als AFAB mit BSLE darzustellen (s.u. rechte Abbildung).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-HaItatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde keine Betroffenheit von Naturschutz-, FFH- oder Vogelschutzgebieten in dem 300-Meter Radius erfasst. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass der Regionalplan durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen sichert und sie vor Nutzungen schützt, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033358_011, Rhein-Erft-Kreis, Kreisplanung

Inhalt

Erftstadt- GIB mit Zweckbindung Abfallbehandlungsanlage, Erweiterung Verwertungszentrum

Die Darstellung der Erweiterungsfläche des Verwertungszentrums Südlicher Erftkreis (VZEK) im Zweiten Planentwurf gibt den aktuellen Planungsstand des Bebauungsplans Nr. 196 „Erweiterung Verwertungszentrum Südlicher Erftkreis“ nicht wieder. Auch der Bebauungsplan Nr. 109 „Verwertungszentrum Südlicher Erftkreis“, der Landschaftsplan 6 „Rekultivierte Ville“ vom 03.07.1990 des Rhein-Erft-Kreises sowie der Gewässerverbund des Waldseengebiet Ville werden nicht ausreichend berücksichtigt. Es wird angeregt, den Bebauungsplanentwurf Nr. 196 der Stadt Erftstadt für die Neufestlegung zugrunde zu legen und den Knapsacker See als Teil des Gewässerverbundes und des LSG 2.2-9 „Waldseengebiet Ville“ weiterhin als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche und regionaler Grünzug darzustellen. Der Knapsacker See ist als ökologisch wertvolle naturnahe Braunkohlere Kultivierung unverzichtbarer Teil des Gewässerverbundes der Villeseen und weist vielfältige intakte Biotopstrukturen der Waldrand- und Seenlandschaft auf.

[Abbildung]

Die Anregung des Rhein-Erft-Kreises berücksichtigt inhaltlich und mit der Anbindung der Erweiterungsfläche über den Abfluss des Knapsacker Sees vollständig die Planungsabsichten der Stadt Erftstadt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungs- sowie Ausgleichsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich daher keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Ertftstadt - GIB und GIBflex in Lechenich

Ertftstadt hat mit 7,4 % einen sehr geringen Waldanteil an seiner Gesamtfläche. Im Umfeld von Lechenich ist der Waldanteil noch bedeutend geringer. Es wird daher angeregt, den Verlust an ortsrandnahem Wald zu reduzieren und das GIB nur bis zur K44 darzustellen. Durch die Verlagerung des GIBflex in den Norden ist es planerisch und fachlich sinnvoll, die K44 als vorhandene Zäsur zwischen gewerblicher Nutzung und östlichem Landschaftsraum zu betrachten. Es wird angeregt das GIB an der K44 in vorheriger Abstimmung mit der Stadt Ertftstadt abzugrenzen, um hier eine klare Grenze zwischen Siedlungsentwicklung und Freiraum zu schaffen und ggf. das nördlich gelegene GIBflex zu erweitern.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Die Stellungnahme geht in Teilen über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Im Übrigen werden die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Bei einer Reduzierung des GIB läge dieser unterhalb der Darstellungsschwelle.

Zudem können siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert sein.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (siehe ID 1026685). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1033358_013, Rhein-Erft-Kreis, Kreisplanung

Inhalt

Frechen - Werks- und Hauptverwaltungsflächen der Quarzwerke GmbH (ca. 7 ha)

Auf Anregungen der Quarzwerke GmbH (s. Stn ID 1008379) und der Stadt Frechen (s. Stn ID 1003659) sind im Zweiten Planentwurf die Werks- und Hauptverwaltungsflächen der Quarzwerke GmbH in Frechen als GIB dargestellt. Im ersten Planentwurf war die Fläche als Wald mit den Schutzfunktionen BSLE und Regionaler Grünzug festgelegt. Grund für die Ausweisung eines GIB ist der Wunsch der Quarzwerke, die Weiterverarbeitung, Veredelung, Erforschung von Quarzsanden und anderen Industriemineralien einschließlich Recycling von Produkten aus mineralischen Rohstoffen auch außerhalb der engen Vorgaben des Bergrechts am bestehenden Unternehmensstandort zu ermöglichen. Die Sicherung der Weiterverarbeitung, Veredelung, Erforschung von Quarzsanden und anderen Industriemineralien einschließlich Recycling von Produkten aus mineralischen Rohstoffen wird unterstützt. Um dieses Ansinnen auch in der zeichnerischen Festlegung wiederzugeben, wird angeregt, das GIB mit Zweckbindung festzulegen. Eine inhaltlich und zeitlich bedingte Ausweisung im Rahmen einer Bindung der Nutzung an den Betrieb der Abgrabung der Quarzwerke ist sinnvoll, um den Freiraum nach der Rekultivierung zu schützen. Es wird angeregt, das GIB mit Zweckbindung „Weiterverarbeitung, Veredelung, Erforschung von Quarzsanden und anderen Industriemineralien einschließlich Recycling von Produkten aus mineralischen Rohstoffen bis zum Ende der Betriebszeit des westlich gelegenen Abbaubereiches für Quarzsande“ festzulegen.

[Abbildung]

Für diese Fläche ist kein Prüfbogen im Umweltbericht erstellt worden. Es wird angeregt, einen Prüfbogen für diese Fläche erstellen zu lassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben dienen GIB der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

GIB mit Zweckbindung sind erforderlich, um im Regionalplan zusätzlich Flächensicherungen für bestimmte Nutzungen und Betriebe an Standorten vorzunehmen, die aufgrund ihrer besonderen räumlichen Lage, besonderer geologischer, verkehrlicher oder anderer spezifischer Standortfaktoren oder aufgrund rechtlicher Vorgaben ausschließlich den benannten Nutzungen und Betrieben vorbehalten und aufgrund dieser spezifischen Nutzung im Regionalplan festgelegt sind. Die Beschränkung auf die jeweilige Zweckbindung bzw. ergänzende Regelungen zur Standortentwicklung dienen der erforderlichen Sicherung der entsprechenden Standorte für die Wirtschaftsflächenentwicklung an bestehenden, zum Teil historisch entstandenen Lagen, unter Beachtung der Belange des Freiraumschutzes und zur Vermeidung einer weiteren Zersiedelung im Sinne der landesplanerischen Vorgaben. Aufgrund der Anbindung des Standortes an den Siedlungsraum sowie dem Zweck der Sicherung des Bestandes ist eine Zweckbindung nicht erforderlich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen

kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Auf Grund des vorliegenden baulichen Bestand entspricht der Bereich nicht dem Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) und geht darüber hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

InhaltFrechen - GIB, Erweiterung GIB „Wachtberg I“ um den Bereich „Wachtberg II“ (Industriepark Frechen) (ca. 12,8 ha)

Auf Anregung der Stadt Frechen (s. Stn ID 1003657) ist im Zweiten Planentwurf die Erweiterung des GIB „Wachtberg I“ um den Bereich „Wachtberg II“ als GIB dargestellt. Grund für die Erweiterung des GIB ist, vor dem Hintergrund der Erstbetroffenheit durch den Strukturwandel und der Anschlussmöglichkeit an die Nachnutzung des GIB „Wachtberg I“, die kommunale Entwicklungsabsicht der Stadt Frechen. Im ersten Planentwurf war die Fläche als Wald mit den Schutzfunktionen BSLE und Regionaler Grünzug festgelegt. Seitens des Rhein-Erft-Kreises stehen für die industrielle und gewerbliche Entwicklung der Fläche Wachtberg II naturschutzfachliche Bedenken entgegen, sodass der Standort für nicht sinnvoll erachtet wird. Das GIB liegt vollständig in einem weitgehend aufgeforsteten, strukturreichen Pappelmischwald mit großem Entwicklungspotenzial für die Biodiversität. Ein Verlust von zusammenhängenden Waldbereichen in der Größenordnung von > 10 ha ist aus Kreissicht bedenklich, da der Rhein-Erft-Kreis mit rund 11 % Waldanteil zu einem der waldärmsten Kreise in NRW zählt. Zudem liegt die Fläche im LSG 2.2-5 „Rekultivierungsbereich Frechen / Fürstenberg / Gotteshölfe / Otto-Maigler-See für die das Entwicklungsziel 7.1, Pflege und Entwicklung der rekultivierten Landschaftsräume zur Schaffung nachhaltiger stabiler, vielfältiger und möglichst naturnaher Lebensräume festgelegt ist. Der Bereich ist als Teil der Biotopverbundfläche VB-K-5106-005 des LANUV „Aufforstungsfläche südlich von Frechen und auf der Berrenrather Börde“ für den überregionalen bedeutsamen Grünverbundes der Ville von besonderer Bedeutung. Zudem ist die vorgeschlagene Ausgleichsfläche problematisch. Zwar können gemäß Ziel Z. 22 „Waldbereiche erhalten und entwickeln“, ausnahmsweise Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt wird, dass für die in Anspruch genommenen Waldflächen neue Waldflächen in mindestens gleichem Flächenumfang geschaffen werden [...] und die Funktionen des jeweils betroffenen Waldbereichs insgesamt erhalten bleiben. Deshalb ist in unmittelbarer Nähe ein neuer Waldbereich festgelegt worden, die im Ersten Planentwurf als AFAB mit den Schutzfunktionen BSLE und Regionaler Grünzug dargestellt war. Im Luftbild ist die Fläche schon mit Gehölzen bestanden und stellt somit keine Waldkompensation nach Z. 22 gefordert dar (Luftbild unten). Zudem ist der Bereich noch aktiv im Bergrecht und nicht aus dem Bergrecht entlassen.

[Abbildung]

Es wird angeregt, die Fläche des GIB nicht darzustellen. Sollte das GIB aufgenommen werden, wird angeregt, für die notwendige Waldkompensation eine andere Fläche festzulegen, die nicht schon mit Gehölzen bestockt ist und in räumlicher Nähe zum GIB liegt.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003657).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

[Abbildung]

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die Kompensationsmaßnahmen nicht erkennbar. Sie sind Gegenstand der bauleitplanerischen bzw. landschaftsplanerischen Umsetzung. Der Ausgleich des in Anspruch genommenen Waldbereiches ist auf regionalplanerischer Ebene durch die regionalplanerische Sicherung des neuen Waldbereiches erfolgt. Die Erfordernisse der Eingriffsregelung aus der Bauleitplanung bleiben hiervon unberührt.

Inhalt

Hürth - GIBtransformation, Erweiterung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel

Der Rhein-Erft-Kreis begrüßt die Aufnahme der Fläche „Erweiterung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel (bisherige Bezeichnung: Barbarahof)“ in den Regionalplan des Regierungsbezirks Köln, insbesondere vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Rheinischen Revier.

Die „Erweiterung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel“ schließt südwestlich an das Industriegebiet von Hürth-Knapsack an und ist fast vollständig durch landwirtschaftliche Nutzfläche geprägt, sodass für die notwendige Flächeninanspruchnahme des Transformationsprozesses der östlich gelegene Villesee und die ausgedehnten Villewälder nicht beansprucht werden. Die im zweiten Planentwurf formulierte Zweckbindung, mindestens 30 ha zusammenhängend als klimaökologischen und thermischen Ausgleichsraum zu entwickeln sowie einen durchgängigen Grünzug mit einer Mindestbreite von 200 Metern zu erhalten, wird begrüßt. Somit kann in gewissem Umfang dem derzeit im Landschaftsplan festgelegten Entwicklungsziel, dem geschützten Landschaftsbestandteil 2.4.4 zur Erhaltung von ökologisch wertvollen Landschaftsbestandteilen auf der Berrenrather Börde, die sowohl für das Landschaftsbild von Bedeutung sind als auch als Brut-, Nist- und Zufluchtstätte für die Tierwelt dienen sowie dem LSG 2.2-10 „Forstliche Rekultivierung westlich Knapsack“, welches zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Naturgüter und wegen seiner Bedeutung für den Landschaftshaushalt und das Landschaftsbild unter Schutz steht, Rechnung getragen werden.

Es wird weiterhin angeregt, die bestehende Verkehrsinfrastruktur, die RWE-Eisenbahntrassen der Hambachbahn und der Nord-Süd-Bahn bei der Neuaufstellung des Regionalplans, unbedingt zu berücksichtigen. Denkbar ist eine Umnutzung der Trassen nach dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung für den regulären schienenengebundenen Güterverkehr. Durch die Fortführung der Gleisanlagen ab dem derzeitigen Gewerbe- und Industriegebiet Knapsacker Hügel in Richtung Süden, mit Anschluss an das DB-Netz und somit an die Trassen Köln-Koblenz, bzw. Köln-Trier besteht eine Aufwertung der europäischen Nord-Süd-Verbindung von den ZARA-Häfen (Zeebrugge, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam) in den Niederlanden bis nach Genua an der italienischen Mittelmeerküste. Ein Lückenschluss für den Korridor zwischen dem Rhein-Gebiet und den Alpen, bei dem das Nadelöhr Kölner Hauptbahnhof sowie der Knoten Hürth-Kalscheuren künftig entlastet werden könnten. Bezüglich einer nun konkret dargestellten Umsetzung der Erweiterung des Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichs Knapsacker Hügel besteht somit die Möglichkeit, sowohl das bestehende als auch das künftige Gewerbe- und Industriegebiet an eine der wichtigsten europäischen Gleisnetze in Nord-Süd-Verbindung anzubinden.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Festlegung eines GIB "Erweiterung Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich Knapsacker Hügel" erklärt.

Darüber hinaus geht die Stellungnahme im Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen werden entsprechend der Plankonzeption geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei den vorgebrachten Neubaumaßnahmen nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Zwischenzeitlich wurde eine Vorstudie zur Machbarkeit einer Verbindungstrasse zwischen der Nord-Süd-Bahn und der Eifelstrecke erarbeitet. Es wird angeregt, eine zeichnerische Darstellung des Korridors vorzusehen. Die o.g. Vorstudie kann der Bezirksregierung Köln bei Bedarf gerne zur Verfügung gestellt werden.

[Abbildung]

Inhalt

Kerpen - GIBz Abfallbehandlungsanlage südlich der Deponie Haus Forst (ca. 10 ha)

Im Rahmen der Beteiligung zum ersten Planentwurf wurde seitens der Stadt Kerpen und der RWE Power AG angeregt, den Bereich südlich der regionalplanerisch ausgewiesenen Deponie Haus Forst als GIB mit der Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage festzulegen. Dies wird zwar inhaltlich als sinnvoll erachtet, allerdings ist die Regionalplanungsbehörde den Anregungen der Stadt Kerpen und der RWE Power AG nicht gefolgt und hat die Fläche in ihrem Planentwurf zum Aufstellungsbeschluss für die Regionalratssitzung am 11.10.2024 als AFAB mit BSLE dargestellt. Durch den Änderungsantrag des Regionalrates (ID Änderungsantrag Nr. 30) wurde die Darstellung der Fläche als GIBz Abfallbehandlungsanlage beschlossen. Eine Abwägung, die die Darstellung der Fläche als GIBz Abfallbehandlungsanlage begründet, liegt nicht vor.

Da in der vorgelegten Planunterlage die Ablehnungsgründe der Regionalplanungsbehörde, insbesondere der Aspekt des neuen Siedlungsansatzes, nicht entkräftet wird und daher eine planerische und rechtliche Klärung nicht vorliegt, wird angeregt, im Regionalplan ein GIBz Abfallbehandlungsanlage nur dann an dieser Stelle darzustellen (s. u. linke Abbildung), wenn eine rechtliche Klärung erfolgt ist. Zudem sollte eine Möglichkeit gefunden werden, das GIBz Abfallbehandlungsanlage zeitlich an den Betriebszeitraum der Deponie zu koppeln. Sofern erst in Zukunft neue Erkenntnisse vorliegen, die eine Darstellung der Fläche als GIBz Abfallbehandlungsanlage begründen, könnte ein separates Regionalplanänderungsverfahren durchgeführt werden.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen Bereich als GIB mit der Zweckbindung Abfallbehandlungsanlage festzulegen.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Das Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft zur regionalplanerisch ausgewiesenen Deponie ist seit Längerem überwiegend versiegelt und mit verschiedenen Gewerbebauten versehen. Diese werden nicht mehr gemäß ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung, sondern als Anlage zum Baustoffrecycling genutzt. Durch die gezielte Ausweisung als GIB mit der Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage wird an dieser bereits etablierten Stelle die bereits bestehende und bewährte Nutzung dauerhaft fortgesetzt. Der Standort ist etabliert und erfüllt in der Region eine wichtige Funktion bei der Wiedernutzung und Versorgung mit Massenbaustoffen. Damit wird das Ziel der Landesregierung, die zunehmende Substitution von Primärbaustoffen durch aufbereitete Sekundärbaustoffe, unterstützt. Für den Standort spricht eine Vielzahl von Gründen. Die Deponie befindet sich in unmittelbarer Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz. Ohne Belastung von Ortslagen und Wohngebieten ist die kurzwegige verkehrliche Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz (B 477 und BAB 4) über klassifizierte Straßen (K 53) vorhanden. Dies ermöglicht eine effiziente Logistik für An- und Abtransporte, was für einen Recyclingstandort von entscheidender Bedeutung ist. Dies gilt umso mehr, als dass die bei der Baustoffaufbereitung nicht mehr verwendbaren Bestandteile auf kurzem Wege auf der unmittelbar benachbarten Deponie verbracht werden könnten. Daneben verfügt der Deponiestandort über bereits vorhandene Infrastrukturen, wie Strom- und Wasserversorgung. Die ohnehin knappen Gewerbe- und Industrieflächen sind für Baustoffrecyclinganlagen im Regelfall nicht geeignet, da die von diesen Anlagen ausgehenden Immissionen an Lärm und Staub dies nicht zulassen. Vergleichbar geeignete Flächen stehen in der Nachbarschaft nicht zur Verfügung. Durch die Ausweisung eines GIB mit der Zweckbindung Abfallbehandlungsanlage wird eine nachhaltige Flächenentwicklung gefördert. Durch die Nutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich der vorhandenen Infrastruktur werden sensiblere Flächen geschont. Es werden somit weniger wertvolle Böden beansprucht, wodurch der Eingriff in hochwertige Flächen minimiert und die

Versiegelung von unberührtem Boden vermieden wird. Der Bereich des ehemaligen Hofguts ist auf Grund der Standorteigenschaften für die Ausweisung eines GIBz Abfallbehandlungsanlage außerordentlich gut geeignet. Es besteht eine unmittelbare räumliche und sachliche Anbindung an die seit langem ausgewiesene und betriebene Deponie.

Inhalt

4.3 Schutz der Natur und Landschaft**4.3.2 Bereiche für den Schutz der Natur****Anregungen zu den zeichnerischen Festlegungen der BSN**Bedburg - Königshovener Höhe

Für den Bereich der Königshovener Höhe führt der Rhein-Erft-Kreis z.Z. die 11. Änderung des Landschaftsplans 1 durch. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gem. § 16 LNatSchG NRW zum Vorentwurf der geplanten Landschaftsplan-Änderung fand im Zeitraum vom 18. September bis 09. Oktober 2024 statt. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 15 Abs. 1 LNatSchG NRW fand im Zeitraum vom 18. September bis 21. Oktober 2024 statt. Im Zuge des Landschaftsplanänderungsverfahrens sollen wertvolle Strukturen dauerhaft gesichert werden.

[Abbildung]

Das rechtskräftige NSG 2.1-1 „Rübenbusch“ (ca. 3, 17 ha, Punkt 1 in der Abbildung oben) soll um die strukturreiche bewaldete Talmulde auf eine Größe von 20 ha erweitert werden. Im Westen wird der vorhandene Altholzrestbestand durch einen Maiglöckchen-Stieleichen-Hainbuchenwald geprägt, der im Kernbereich dem Lebensraumtyp Stieleichen-Hainbuchenwald (Bezeichnung: LRT 9160) zugeordnet werden kann. Der Reliktwald zeichnet sich durch einen hohen Alt- und Totholzanteil mit zahlreichen Biotopbäumen aus, die insbesondere für Spechte bedeutsam sind. Das gesamte Gebiet ist im Biotopkataster NRW unter der Biotop-Nr. BK-BM-00010 erfasst. Als Teil eines größeren Waldkomplexes am Rand der Kasterer Höhe und ist das Gebiet ein wichtiges Element im regionalen Biotopverbund zwischen Kasterer Höhe, Königshovener Höhe und der Erftaue.

Das geplante NSG „Ehemalige Raketenstation am Rübenbusch“ (NSG 2.1-4, ca. 13 ha, Punkt 2 in der Abbildung oben) ist eine ehemalige militärische Liegenschaft der Nato-Luftverteidigung (Belgien und USA), die seit 2021 im Besitz der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft ist. Durch verschiedene Maßnahmen wie dem Rückbau der baulichen Anlagen, der Sanierung der Altlasten, Geländemodellierungen und Grünlandinsaat u.a. lässt sich auf dem Gelände ein strukturreicher Biotopkomplex mit artenreichem Grünland, Baum- und Strauchgruppen, temporären Kleingewässern, Totholzhäufen sowie Bodenabbruchkanten erhalten, der in seiner Gesamtheit als Biotopvernetzungselement fungiert. Die ehemaligen Bunker bieten Quartiere für Fledermäuse und Rauchschwalben, temporär wasserführende Kleingewässer stellen geeignete Lebensräume für Amphibien wie z.B. Kreuz- und Wechselkröte und die im

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prækclusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt. Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden

Osten des Geländes angelegten Bodenabbruchkanten an südexponierten Stellen, stellen (potenzielle) Bruthabitate für den Bienenfresser dar.

Als NSG „Ehemaliges Absetzbecken an der Aschedeponie" (NSG 2.1-5, ca. 10 ha, Punkt 3 in der Abbildung oben) soll der Biotopkomplex aus kleinen Stillgewässern, Röhrichtzonen, Kiesflächen, mageren Säumen und Ruderalfluren trockener Standorte auf der Königshovener Höhe, südwestlich der Aschedeponie ausgewiesen werden. Die Röhrichtzonen und ein flaches Kleingewässer sind nach § 30 BNatSchG gesetzlich geschützte Biotope. Auf den mageren Böschungen des ehemaligen Absetzbeckens kommen Pflanzenarten wie Silberdistel (*Carlina vulgaris*) und Zwerg-Filzkraut (*Filago minima*) auf. Der strukturreiche Biotopkomplex besitzt eine besondere Bedeutung als Lebensraum für Amphibien, insbesondere für die Gelbbauchunke, Kreuz- und Wechselkröte. Dieser wichtige Refugial- und Ausbreitungsraum für die Amphibien ist im Biotopkataster NRW unter der Biotop-Nr. BK-BM-00009 erfasst.

Der „Gehölzbestand westlich „Rübenbusch““ wurde als Ausgleichsfläche für den Windpark Kaiskorb angelegt und zählt nach § 39 Abs. 3 LNatSchG NRW als Ausgleichsmaßnahme zu den gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteilen (Punkt 4 in der Abbildung oben). Der geschützte Landschaftsbestandteil verbindet die o.g. wertvollen Strukturen der ehemaligen Raketenstation und dem Rübenbusch zu einem zusammenhängenden Ökosystemverbund.

Deshalb wird angeregt, das geplante NSG „Rübenbusch" (NSG 2.1-1, ca. 20 ha), das geplante NSG „Ehemalige Raketenstation am Rübenbusch" (NSG 2.1-4, ca. 13 ha), das geplante NSG „Ehemaliges Absetzbecken an der Aschedeponie" (NSG 2.1-5, ca. 10 ha) und den geschützten Landschaftsbestandteil „Gehölzbestand westlich „Rübenbusch" (LB 2. -4-28, ca. 3 ha) als BSN darzustellen und die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche in diesem Bereich entsprechend zu ergänzen (ca. 6,1 ha).

[Abbildung]

nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Inhalt

Kerpen - Abgrabung Kerpen-Buir

Die Abgrabung reicht im Süden mit der 3. und 4. Erweiterung bis an die K4 heran. Für beide Erweiterungen ist die natürliche Entwicklung zu Wald in Tieflage vorgesehen. Da die Beanspruchung der Abgrabung durch den Braunkohlentagebau nicht erfolgt, muss der Betreiber noch einen Gesamtrekultivierungsplan für die Abgrabung Buir vorlegen. Nach der zusammenfassenden Darstellung und Auswertung der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Leitentscheidung der Landesregierung NRW „Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“ sollen die Rekultivierungen der an den Tagebau Hambach angrenzenden Abgrabungen die Waldvernetzung unterstützen. Daher ist kein Rekultivierungskonzept zu erwarten, dass die vorgesehen naturnahe Rekultivierung ändert und den Zielen der Leitentscheidung entgegensteht. Es wird daher angeregt, auch die südwestlichen Bereiche der Abgrabung Kerpen-Buir als Waldbereich und BSN darzustellen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechen folgerichtig als BSN festgelegt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche

hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Inhalt

Kerpen - Quarzkiestagebau Forster Feld, Kerpen Manheim

Die in der Begründung der Korrektur aufgeführte Beachtung der Leitentscheidung ist nur zum Teil erfolgt. Auch der nordwestliche Bereich der Abgrabung soll sich durch natürliche Entwicklung zu Wald entwickeln. Zur Umsetzung der Leitentscheidung soll entlang der K 53 zeitnah die Herstellung einer 20 bis 100 m breiten Biotopstruktur durch Aufforstung und Gehölzinseln erfolgen. Die am westlichen Rand des Quarzkiestagebaus gelegene Biotopstruktur (Nordspanne) soll bis 2030 als Waldvernetzungselement funktionstüchtig sein. Es wird daher angeregt, auch die nordwestlichen Bereiche des Quarzkiestagebaus Forster Feld als Waldbereich und BSN darzustellen, damit nach Beendigung der Auskiesung die Rekultivierung auch regionalplanerisch abgesichert wird.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Dabei wurde von der Landesregierung aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechen folgerichtig als BSN festgelegt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche

hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Inhalt

4.5.3 Waldbewirtschaftung (S. 114)

Grundsatz 42: Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen (S. 114)

In der Stellungnahme zum Ersten Planentwurf wurde angeregt, die Erläuterung 2 zum Grundsatz 42 zu ergänzen. Nach Abwägungstabelle wird der Stellungnahme gefolgt und die Erläuterung entsprechend ergänzt. In den textlichen Festlegungen des zweiten Planentwurfs fehlt die Ergänzung. Deshalb wird erneut angeregt die Erläuterung 2 wie folgt zu ergänzen: „Als waldbauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz eignen sich die Erweiterung des Baumartenspektrums und der Struktur, die Förderung von Beständen ungleichen Alters oder die Diversifikation der Mischung der Baumarten **mit Schwerpunkt auf Gehölzen, die der zukünftigen standortheimischen potenziellen natürlichen Vegetation entsprechen.**“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Dem Vorschlag des ersten Regionalplanentwurfs ID 1004542 wurde entsprochen. Aufgrund der vorgebrachten Argumente wurden folgende Sätze in Grundsatz 42 mitaufgenommen:

"...Unter Umständen kann es durch die Erweiterung des Baumartenspektrums durch neu eingeführte Arten zu negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt kommen, sofern sich diese Arten nicht ausreichend in die bestehenden Nahrungsnetze und Stoffflüsse der Waldökosysteme einfügen oder bestehende Waldökosysteme durch diese gänzlich ersetzt werden."

Diese Klarstellung ist aus unserer Sicht folgerichtig. Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen ein. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz 42 des Regionalplanentwurfs "Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen" sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Es verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor für nachfolgende Planungsebenen, um den örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Es werden keine Einschränkungen des Baumartenspektrums vorgeben, die die Verwendung von potentiell standortheimischer, natürlicher Vegetation entsprechenden Gehölzen, einschränkt.

Inhalt

4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz (S. 122)

Ziel 26: Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern

Die Formulierung des Ziels 26 wurde dahingehend geändert, dass zukünftig nur dann eine Inanspruchnahme von Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz möglich sein soll, sofern dies mit den jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnungen vereinbar ist.

Als Bereiche für den Grundwasserschutz (BGG) gelten festgesetzte und geplante Wasserschutzzonen I bis IIIa. Damit soll das Schutzniveau gleichermaßen für festgesetzte wie geplante Wasserschutzgebiete bemessen werden. Dies kann mit der neuen Formulierung nicht erreicht werden, da geplante Wasserschutzgebiete nicht über eine Wasserschutzgebietsverordnung verfügen. Dementsprechend stellt sich die Frage, wie eine Vereinbarkeit einer Inanspruchnahme gewährleistet werden soll, wenn keine Wasserschutzgebietsverordnung besteht (z.B. geplantes Wasserschutzgebiet Dirmierzheim). Aus diesem Grund wird angeregt, auf bestehende Regelungen in Wasserschutzgebietsverordnungen beispielhaft zu verweisen: „Eine Inanspruchnahme ist z.B. nur möglich, sofern diese mit den jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnungen vereinbar ist.“

Die Erläuterung 4 ist entsprechend anzupassen. Hier sollte klargestellt werden, dass nicht ausschließlich auf Regelungen in den Wasserschutzgebietsverordnungen zurückgegriffen werden kann, da diese nicht für geplante Wasserschutzgebiete vorliegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Anmerkung deckt sich in Teilen inhaltlich mit der Stellungnahmen ID 1033038_001, welcher teilweise gefolgt wurde. Entsprechend wird auf die dadurch durchgeführten Änderungen verwiesen:

Der letzte Absatz des Ziels 26 wird wie folgt angepasst: "Eine Inanspruchnahme ist nur möglich, sofern diese mit dem gültigen Wasserrecht sowie den entsprechenden Verordnungen vereinbar ist."

Der vorletzte Satz im ersten Absatz der Erläuterung 3 zu Ziel 26 wird wie folgt angepasst: "Sofern erforderlich oder wenn wasserrechtlich (noch) keine entsprechenden Planungsbeschränkungen festgelegt wurden (geplante Wasserschutzgebiete sowie räumliche Abweichungen), ist das Gefährdungspotential unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde gemäß des gültigen Wasserrechts sowie den entsprechenden Verordnungen (z. B. TrinkwEGV) zu ermitteln.

Der erste Satz der Erläuterung 4 zu Ziel 26 wird wie folgt angepasst: "Ausnahmsweise sind Planungen und Maßnahmen in BGG bei wasserrechtlichen Ausnahmetatbeständen möglich, sofern diese mit den Festlegungen und Genehmigungsvorbehalten des gültigen Wasserrechts, der jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnung und den Vorgaben für Trinkwassereinzugsgebiete gemäß TrinkwEGV vereinbar sind.

Die textliche Festlegung wird angepasst. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist dabei nicht gegeben.

Inhalt

Grundsatz 46: Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen

Im Ersten Planentwurf zum Regionalplan lautete der Satz 2 des Grundsatzes G.46: „Planungen und Maßnahmen, die potentiell die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, sollen vermieden werden.“ Durch die Formulierung wurde deutlich gemacht, dass im Sinne des vorsorgenden Trinkwasserschutzes keine Planungen und Maßnahmen ermöglicht werden sollen, welche eine potentielle Gefährdung der Trinkwassergewinnung darstellen könnten.

Im Rahmen des zweiten Planentwurfes wurde die textliche Festlegung dahingehend aufgeweicht, dass nur noch Planungen und Maßnahmen vermieden werden sollen, die eine tatsächliche Gefährdung des Trinkwassers darstellen. Die Formulierung lautet nun wie folgt: „Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, sollen vermieden werden.“

Im Sinne der besonderen Bedeutung des Trinkwasserschutzes wird gefordert, die Formulierung aus dem Ersten Planentwurf wieder in die textlichen Festlegungen zu übernehmen.

Zu G.46 wurde im Ersten Planentwurf unter Erläuterung 2 ausgeführt, dass in den erweiterten Einzugsbereichen für die Trinkwassergewinnung „... insbesondere Neuplanungen für gewässerschutzgefährdende Nutzungen wie Abfallbehandlungsanlagen, Deponien, Abwasserbehandlungsanlagen bzw. Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen ...“ ausgeschlossen werden sollen.

Im Zweiten Planentwurf sind diese konkretisierenden Ausführungen entfallen. Insbesondere Deponien sind regelmäßig in Wasserschutzgebieten über die jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnungen einschließlich der Zone IIIb verboten. Beispielfhaft angeführt werden soll hier das Muster für Wasserschutzgebietsverordnung des Landes Bayern, wonach Deponien in allen Wasserschutzgebietszonen verboten sind. Aber auch die Wasserschutzgebietsverordnung innerhalb des Regierungsbezirkes Köln verbieten grundsätzlich die Errichtung von Deponien innerhalb des gesamten Wasserschutzgebietes. Auch das geltende technische Regelwerk „DGVW W101 (A) Richtlinie für Trinkwasserschutzgebiete, Teil 1: Schutzgebiete für Grundwasser“ wertet Deponien als grundsätzlich nicht tragbare Nutzung innerhalb eines Wasserschutzgebietes (Zone I - III).

Es ist somit zutreffend, dass die Errichtung von Deponien in Wasserschutzgebieten grundsätzlich verboten sind. Sie sollen daher entsprechend der Formulierung im ersten Entwurf der textlichen Festsetzungen ausdrücklich benannt und dem besonderen Abwägungsgebot unterworfen werden. Die Wiederaufnahme der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Streichung des Wortes potentiell im Grundsatz 46 stellt keine Aufweichung dar, da nach wie vor die Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung gefährden, vermieden werden sollen.

Die Aufzählung in Erläuterung 2 zu Grundsatz 46 war beispielhaft, nicht vollständig und daher missverständlich. Die Ermittlung, wann bzw. mit welcher Planung oder Maßnahme ein Gefährdungspotential für die Trink-/ Heilwassergewinnung vorliegt, obliegt der zuständigen Wasserbehörde. Darauf wird weiterhin in Erläuterung 2 des Grundsatzes 46 verwiesen.

Formulierung ist insbesondere erforderlich, da in geplanten Wasserschutzgebieten wie z.B. Dirmerzheim noch keine Wasserschutzgebietsverordnungen bestehen, über welche die Errichtung von Deponien verboten wären.

Inhalt

5.1 Verkehrsinfrastruktur

5.1.3 Schienennetz

Der Rhein-Erft-Kreis regt weiterhin an, eine mögliche Verlängerung der Linie 7 von Frechen nach Kerpen in den Regionalplan aufzunehmen. Die Vorstudie zur Verlängerung wurde zwischenzeitlich abgeschlossen und ein positiver Nutzen konnte allen Varianten nachgewiesen werden (siehe: **Link**). Im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises am 12.12.2024 soll deshalb auch ein Beschluss zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie gefasst werden

(Link)

Gleichzeitig ist die Verlängerung der Linie 7 - ebenso wie eine mögliche Verlängerung der Linie 4 von Köln-Bocklemünd nach Bergheim-Niederaußem - in die Meldung der Bezirksregierung Köln zum ÖPNV-Bedarfsplan des Landes NRW aufgenommen worden. Die Beschlüsse hierzu wurden in der Zweckverbandssammlung von go.Rheinland am 30.09.2024 und im Regionalrat am 11.10.2024 (**Link**) gefasst. Es wird angeregt, eine zeichnerische Darstellung des Korridors vorzusehen.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. dem Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei den vorgebrachten Neubaumaßnahmen nicht der Fall. Eine weitere Planung der Maßnahmen durch den Vorhabenträger bleibt davon unberührt.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Zudem wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Inhalt

5.3 Entsorgungsinfrastruktur**5.3.1 Deponien**

Erweiterung des Deponiestandortes der Fa. [ANONYMISIERT] in Erftstadt-Erp (s. StnID 1010679)

Bereits im Rahmen der geplanten 28. Änderung des Regionalplanes wurde im Zeitraum von 2018 bis 2021 durch den Deponiebetreiber angestrebt, die Ausweisung des Deponiestandortes regionalplanerisch zu sichern. Aufgrund im Verfahren erhobener erheblicher wasserrechtlicher Bedenken, wurde im Laufe des Erarbeitungsverfahrens der erste Planentwurf durch einen Ausgleichsvorschlag erheblich verändert. Hierdurch wurde der Deponiestandort ausschließlich im süd-östlichen Teil ausgewiesen. Nunmehr soll - noch über die damalige Flächenausdehnung hinaus - eine erhebliche Erweiterung des Deponiestandortes gesichert werden. Diese Erweiterung nähert sich den Trinkwassergewinnungsanlagen Dirmerzheim an und befindet sich in der zukünftigen ab 2050 geplanten Wasserschutzzone IIIb.

Auch wenn sich die geplante Erweiterungsfläche nicht in dem aktuellen geplanten Wasserschutzgebiet Dirmerzheim befindet und das Jahr 2050 nicht mehr im Planungshorizont des aktuellen Regionalplanverfahrens liegt, so würde die Ausweisung der Deponiefläche sowie der Deponiebetrieb unzweifelhaft über den Planungshorizont des Regionalplans als auch weit über das Jahr 2050 hinauswirken.

Neuere Erkenntnisse hinsichtlich der Beurteilung des Trinkwasserschutzes liegen dem Rhein-Erft-Kreis nicht vor. Die durch das Unternehmen im Rahmen der Beteiligung zum Ersten Planentwurf benannte Gutachten lagen bereits zum Zeitpunkt der 28. Änderung des Regionalplanes vor. Zum damaligen Zeitpunkt konnten die Belange des vorsorgenden Trinkwasserschutzes nicht abschließend bewertet werden. An dieser Erkenntnislage hat sich seitdem nichts geändert.

Die Bedeutung des Wasserwerks Dirmerzheim ist herausragend für die Wasserversorgung des Rhein-Erft-Kreises. Die Brunnengalerien des Wasserwerks Dirmerzheim haben nicht nur bisher eine entscheidende Bedeutung für die Trinkwasserversorgung in Erftstadt, sondern werden in Zukunft zusätzlich die Trinkwasserversorgung in Bergheim, Bedburg, Elsdorf und Kerpen sicher gewährleisten müssen, da die Brunnengalerien der Wasserwerke Paffendorf, Sindorf und eventuell auch Türnich aufgrund der Sulfatbelastung nicht mehr zur Trinkwasserversorgung genutzt werden können. Durch die in naher Zukunft zu erwartenden Beeinträchtigungen der Trinkwassergewinnungsanlagen zwischen Bedburg und Kerpen ist die zukünftige Gewährleistung der Trinkwasserversorgung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat in seiner Zuständigkeit beschlossen, seine ursprüngliche Abwägungsentscheidung bezüglich des zweiten Planentwurfs (2024) hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung des Erweiterungsbereichs für den Deponiestandort Erftstadt zu revidieren und die im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung zu diesem Punkt eingegangenen Stellungnahmen abweichend zu bewerten. (s. ID 1010679, ID 1004673 1. Offenlage)

Die geänderte Abwägungsentscheidung basiert insbesondere auf Erkenntnissen aus der zweiten Öffentlichen Auslegung (s. ID 1033358_024, ID 1033038_005, ID 1033517_021, ID 1033363_006) und Hinweisen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV), welches erhebliche Bedenken hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung der Deponieerweiterung im zukünftigen Trinkwassereinzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmerzheim vorgebracht hat und der Vereinbarkeit mit Ziel 7.4-3 LEP NRW.

Hintergrund der wasserwirtschaftlichen Bedenken ist, dass nach Beendigung der Sumpfungsmaßnahmen im Rheinischen Braunkohlerevier in der nördlichen Erftscholle Beeinträchtigungen der Grundwasserqualität durch den Abstrom hoch mineralisierten Grundwassers aus den Abraumkippen des Braunkohlenbergbaus zu erwarten sind, so dass die in der nördlichen Erftscholle bestehenden Wassergewinnungsstandorte Glesch, Paffendorf, Sindorf und Türnich ab Mitte dieses Jahrhunderts ihre Eignung für die Trinkwasserversorgung verlieren werden. Daher wird das Wasserwerk Dirmerzheim zukünftig eine herausragende Bedeutung für die langfristige Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in der Region der Erftscholle erlangen, verbunden mit einer deutlichen Erhöhung der Entnahmemengen am Standort Dirmerzheim. Demnach wurde in Entscheidungssatz 11 der Leitentscheidung 2021 („Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“) festgelegt, dass für den Einflussbereich des Tagebaus Hambach zur Gewährleistung und zur Sicherstellung der zukünftigen Wasserversorgung frühzeitig ein ausreichend hohes Schutzniveau für das dann erweiterte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim festzulegen bzw. festzusetzen ist. Damit verbunden war die Aufforderung, das gesamte zukünftig zu erwartende Einzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmerzheim angemessen in die regionalplanerische Betrachtung einzubeziehen. In der Leitentscheidung 2023 wurde klargestellt, dass die

durch das Wasserwerk Dirmerzheim zu leisten. Dieses wurde bereits im Rahmen der Leitentscheidung 2021 erkannt und hervorgehoben, dass „... zur Gewährleistung und zur Sicherstellung der zukünftigen Wasserversorgung frühzeitig ein ausreichend hohes Schutzniveau für das dann erweiterte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim (Erftstadt) festzulegen bzw. festzusetzen“ ist. In der weiteren Begründung zur Leitentscheidung wird wie folgt ausgeführt:

- *„Der im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim im Regionalplan Köln bereits festgelegte „Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz“ soll mit Blick auf die Bedeutung des Einzugsgebiets für die zukünftige Wasserversorgung des Südreivers und im Sinne des raumordnerischen Vorsorgeprinzips überprüft und so angepasst werden, dass ein hohes Schutzniveau aufrecht erhalten bleibt. Die Regionalplanung kommt damit auch dem Auftrag des Landesentwicklungsplans (Ziel 7.4-3 „Sicherung von Trinkwasservorkommen“) nach. Auch das gesamte, zukünftig zu erwartende Einzugsgebiet sollte bereits angemessen in die regionalplanerische Betrachtung eingestellt werden.“*
- *Darüber hinaus kann zum Schutz gegen nachteilige Einwirkungen weitergehend die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes gemäß § 51 Wasserhaushaltsgesetz beitragen. Die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes dient insbesondere dazu, Entnahmen der öffentlichen Wasserversorgung präventiv vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu schützen und Gefährdungen im Vorfeld auszuschließen. Die Festsetzung kann im Interesse einer derzeit bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung erfolgen, wenn das Wohl der Allgemeinheit es erfordert. Das Wohl der Allgemeinheit dürfte hier aus der zukünftigen Sonderstellung der Wassergewinnungsanlage für die Trinkwasserversorgung des Südreivers folgen. Es ist daher zu prüfen, ob die Festsetzung eines neuen Wasserschutzgebietes unter Berücksichtigung des zukünftig zu erwartenden(größeren) Einzugsgebietes möglich und erforderlich ist.“*

Ein Wasserschutzgebietsverfahren zur Sicherung der Wassergewinnungsanlagen wurde seitdem nicht eingeleitet. Grundsätzlich werden die Festlegungen für Wasserschutzgebiete unter Berücksichtigung des technischen Regelwerkes „DVGW W 101 (A) - Richtlinie für Trinkwasserschutzgebiete; Teil 1: Schutzgebiete für Grundwasser“ getroffen. Hiernach werden als grundsätzlich nicht tragbare Nutzungen (Zone I bis III) u.a. Deponien benannt (s. 6.3.1). Die regionalplanerische Erweiterung eines Deponiestandortes im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Dirmerzheim wird aufgrund der herausragenden Bedeutung der Trinkwasserversorgung zum jetzigen Zeitpunkt als nicht zielführend erachtet. Insbesondere, da eine Abwägung im Rahmen eines Wasserschutzgebietsverfahren bisher nicht erfolgt ist und neue Erkenntnisse, die eine anderweitige Entscheidung als zum 28. Regionalplanänderungsverfahren zuließen, nicht vorliegen.

Der Deponiestandort soll im Rahmen des Zweiten Planentwurfs verankert werden. Für die Aufnahme und Erweiterung von Deponiestandorten > 10 ha ist ein Bedarfsnachweis zu führen. Bei der geplanten Erweiterungsfläche handelt es sich

Entscheidungssätze aus 2021, die insbesondere die Wasserwirtschaft im Rheinischen Braunkohlenrevier betreffen, fortgelten.

Die Erweiterung des Deponiebereichs innerhalb des zukünftigen Trinkwassereinzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmerzheim widerspricht nach Auffassung der Wasserwirtschaft den Belangen des Grundwasser- und Gewässerschutzes und damit dem Ziel, die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft zu sichern.

Hinsichtlich der abfallwirtschaftlichen Belange empfiehlt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) zwar grundsätzlich potenzielle Standorte für zusätzliche Deponiekapazitäten im Hinblick auf konkurrierende Nutzungen zu sichern, um die mittel- bis langfristige Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit zu schaffen, eine zwingende abfallwirtschaftliche Anforderlichkeit für die Deponieerweiterung am Standort Erftstadt wurde von Seiten der Abfallwirtschaft jedoch nicht benannt. Der Regionalplan sichert darüber hinaus zusätzliche Deponiekapazitäten an anderen raumverträglichen Standorten in der Planungsregion und schafft damit die Voraussetzung zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für ablagerungsbedürftige Abfälle.

Hinsichtlich der privaten, betrieblichen Belange des Deponiebetreibers und der damit verbundenen Eigentumsgarantie des Art. 14 GG ist darauf hinzuweisen, dass sich diese in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen bezieht. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Ur. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37).

Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Vor dem dargelegten Hintergrund misst der Regionalrat dem Belang des vorsorgenden regionalplanerischen Grundwasser- und Gewässerschutzes im Rahmen der Gesamtabwägung ein höheres Gewicht bei als den abfallwirtschaftlichen Belangen. Auch die privaten, betrieblichen Belange, welche als abwägungsrelevante Eigentümerinteressen in die Entscheidungsfindung einfließen, treten unter umfassender Würdigung aller relevanten öffentlichen und privaten Belange im Ergebnis der gesamtheitlichen planerischen Abwägung zurück, da dem Grundwasser- und Gewässerschutz - auch unter Berücksichtigung der Eigentümerbelange im Sinne einer näheren individualisierten Abwägung gegenüber einer Erweiterung des Deponiebereiches ein erhöhtes Gewicht beigemessen wird. Ein Eingriff in gesicherte Rechtspositionen findet nicht statt; der bestandskräftig genehmigte Deponiebetrieb am Standort bleibt unberührt. Im Ergebnis räumt der Plangeber im Rahmen seines Abwägungsspielraumes den wasserwirtschaftlichen Belangen (Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser) im konkreten Fall einen Vorrang

gem. Unterlagen des Umweltberichtes um eine Fläche von 55,8 ha. Der im Verfahren begründete Deponiebedarf stützt sich auf den „Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln“ aus dem Jahre 2018. Seit dem Jahre 2018 haben sich hinsichtlich der Genehmigung und Fortführung von Deponien im Regierungsbezirk Köln erhebliche Veränderungen vollzogen. Verwiesen werden soll z.B. auf die seitdem erfolgte Genehmigung zur weiteren Verfüllung des Standortes Deponie Haus Forst in Kerpen sowie der Vereinigten Ville in Erftstadt, welche sich im nahen Umfeld des Standortes Rhiem, Erftstadt befinden. Der im Regionalplanverfahren zu Grunde gelegte Bedarfsnachweis ist aufgrund der inzwischen eingetretenen Veränderungen als Grundlage zur Erweiterung einer Deponie in diesem Raum nicht mehr ausreichend.

Weiterhin wird ein großer Teil der Fläche, die als Deponie neu darstellt werden soll, in den Unterlagen zur 2. Offenlage des Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe mit dem Rekultivierungsziel Wald belegt. Nach Z. neu4 sollen die Festlegungen des Regionalplans innerhalb der im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Rohstoffe gelten. Ausnahmsweise können im Regionalplan festgelegte Zwischen- bzw. Nachnutzungen innerhalb von BSAB möglich sein, sofern diese mit der Rekultivierung vereinbar sind. Deponien können regelmäßig nicht mit dem Rekultivierungsziel Wald dargestellt werden, da hochstämmige Bäume durch ihre Wurzeln eine Gefährdung der Oberflächenabdichtung darstellen. Eine Nachnutzung als Deponie mit dem Rekultivierungsziel Wald scheidet somit aus. Damit besteht ein nicht ausgeräumter Konflikt zwischen dem Verfahren des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe und dem Zweiten Planentwurf.

Hinsichtlich der Belange von Natur, Landschaft und Arten war für die südliche Erweiterung der Abgrabung Rhiem nördlich von Erftstadt-Erp in der Genehmigung des Rhein-Erft-Kreises vom 30.05.2012 die naturnahe Rekultivierung der Erweiterungsfläche in Tieflage festgesetzt. Ziel der Rekultivierung der 18,5 ha großen Erweiterungsfläche war die Schaffung eines vielfältigen Biotopkomplexes, der Lebensraum für Vögel, Amphibien, Reptilien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet. Als Strukturelemente sind Gehölzflächen, Gras- und Krautfluren vorgesehen. In den ersten zu rekultivierenden Abschnitten wurden Biotopstrukturen für das Amphibienmanagement der gesamten Deponie festgesetzt. Darüber hinaus hat die zeitnahe naturnahe Rekultivierung in Tieflage positive ökologische Auswirkungen auf das landwirtschaftlich geprägte Umland und kann die über Jahrzehnte entstandenen Kompensationsdefizite des langandauernden Deponiebetriebes ausgleichen. Auch bei der mittlerweile genehmigten Verlagerung der Abfallbehandlungsanlage in die Abgrabungserweiterung kann die naturnahe Rekultivierung in Tieflage immer noch auf Teilflächen zeitnah umgesetzt werden, wenn die Fläche für die Verlagerung der Abfallbehandlungsanlage räumlich eingegrenzt wird und die nördlich anschließenden Abgrabungsflächen zeitnah naturnah rekultiviert werden.

Dieser Kompromiss zwischen wirtschaftlicher Entwicklung der Deponie und den Belangen von Naturschutz, Landschaftspflege, Artenschutz und Wasserwirtschaft wurde mit der 28. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln,

gegenüber der beabsichtigten Erweiterung des Deponiebereichs ein.

Die Abwägungsentscheidung entspricht damit auch den Zielvorgaben 7.4-3 des LEP NRW zur Sicherung von Trinkwasservorkommen sowie den im Regionalplan Köln formulierten Grundsätzen *G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen* und *G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern* wonach auch außerhalb der regionalplanerisch gesicherten Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) (s. Z.26 Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern) dem vorsorgenden Grundwasserschutz und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden soll und Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden sollen.

Folgende planerischen Erwägungen liegen der Abwägungsentscheidung zu Grunde:

Die bereits heute als Deponiestandort genutzten Flächen (südlichen Bereich) unterliegen einer abfallwirtschaftlichen Vorprägung. Die Bestandsflächen sind entsprechend des Plankonzepts und der geltenden Erlasslage regionalplanerisch als Deponiestandort festgelegt. Eine künftig, aufgrund der gesteigerten Fördermenge, vergrößerte Trinkwasserschutzzone rückt erstmalig an diese bereits bestehende Deponienutzung heran. Das grundsätzliche Risiko hinsichtlich des vorsorgenden Trinkwasserschutzes, das von einer Deponienutzung in einer Trinkwasserschutzzone ausgeht, ist demnach bereits heute vorhanden und wird durch die Festlegung der „Bestands“-Deponie nicht wesentlich verschärft.

Bei den ursprünglich im 2. Planentwurf enthaltenden Erweiterungsflächen (nördlicher Bereich) besteht hingegen eine andersgelagerte Ausgangssituation. Hier liegt keine abfallwirtschaftliche Vorprägung vor, da die Flächen derzeit neben einer landwirtschaftlichen Nutzung ausschließlich der Gewinnung nichtenergetischer Rohstoffe dienen und für diesen Zweck auch regionalplanerisch gesichert werden sollen (s. Teilplan NR). Die regionalplanerische Festlegung eines rund 56 ha großen Deponiestandorts würde eine Deponienutzung in diesem Bereich erstmalig ermöglichen und würde überdies dazu führen, dass die Deponienutzung in substantieller Weise räumlich näher an die bestehende Trinkwasserentnahmestelle Dirmerzheim heranrücken würde. Vor dem Hintergrund des vorsorgenden Trinkwasserschutzes bzw. der Bedeutung der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim für die langfristige Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in der Region stellt jede neue Deponie bzw. eine Erweiterung der bereits genehmigten Deponienutzung jedoch ein auszuschließendes Risiko dar.

Im Rahmen einer gesamtplanerischen Abwägung aller Belange wird sachgerechter Weise an der zeichnerischen Festlegung ausschließlich des bereits vorhandenen Deponiestandortes festgehalten gemäß Offenlage des ersten Planentwurfs und auf die regionalplanerische Sicherung der nördlichen Deponieerweiterung gemäß Offenlagefassung des zweiten Planentwurfs verzichtet. Die Textlichen und Zeichnerischen Festlegung, die Begründung und der Umweltbericht werden

Teilabschnitt Region Köln - Darstellung der Deponie Erftstadt-Erp -Stadt Erftstadt vom 29.10.2021 festgeschrieben. Erörterungsergebnis war, dass bei der Verlagerung der Abfallbehandlungsanlage eine möglichst flächensparende Umsetzung unter Berücksichtigung der aktuell genehmigten naturnahen Rekultivierungsplanung des BSAB sicherzustellen ist, um den Belangen von Natur- und Artenschutz Rechnung zu tragen. Nicht für die Verlagerung der Abfallbehandlungsanlage erforderliche Flächen sind nach Beendigung des Abbaus unverzüglich wiedernutzbar zu machen.

Die vorgesehene Abdeckung der Deponieflächen mit einem Mindestauftrag an Boden und strukturalarmen Mährasen könnte den Verlust an vielfältigen Biotopstrukturen für Vögel, Säugetiere, Amphibien und Reptilien auf der rekultivierten Abgrabungssohle und den Böschungen nicht ansatzweise ersetzen.

Es wird gefordert, eine potentielle Erweiterung des Deponiestandortes Rhiem aufgrund des fehlenden Bedarfsnachweises, nicht ausgeräumter Widersprüche zwischen den Regionalplanverfahren sowie den bis heute ungeklärten wasserwirtschaftlichen Auswirkungen auf das Wasserwerk Dirmerzheim und den Belangen des Natur- und Artenschutzes im Regionalplan nicht dazustellen und die Fläche wie im Ersten Regionalplanentwurf als AFAB mit BSLE und BSAB auszuweisen. Sofern in Zukunft neue Erkenntnisse vorliegen, die eine Erweiterung des Deponiestandortes begründen, könnte ein separates Regionalplanänderungsverfahren durchgeführt werden.

(Abbildung)

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Ausführung im Umweltbericht zu diesem Deponiestandort hinsichtlich der Aussage zur Lage im Wasserschutzgebiet nicht korrekt ist. Fälschlicherweise wird ausgeführt, dass sich im Plangebiet kein Wasserschutzgebiet befindet. Gemäß der wasserwirtschaftlichen Datenbank ELWAS befindet sich allerdings die Fläche im ab 2050 geplanten Wasserschutzgebiet Zone IIIb Dirmerzheim. Dies ist entsprechend im Umweltbericht zu korrigieren und im Rahmen der Abwägung zu würdigen.

Ebenfalls zu korrigieren bzw. zu ergänzen ist die Aussage im Umweltbericht, dass die Fläche nach dem aktuellen Plan als „allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich, Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung, Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze" dargestellt wird. Dies entspricht nicht den Darstellungen aus der 2. Offenlage zum Teilplan „Nichtenergetische Rohstoffe". Hiernach wird der Bereich der geplanten Deponie als BSAB mit dem überwiegenden Rekultivierungsziel Wald dargestellt. Hintergrund dieser Darstellung ist die bereits in diesem Teil genehmigte Rekultivierung der Kiesgrube, welche der Darstellung Wald entspricht.

entsprechend angepasst.

Gemäß § 9 Abs.3 S.1 ROG ist eine erneute Auslegung entbehrlich, wenn die Belange nicht erstmalig oder stärker berührt sind. Da die Zeichnerischen Festlegungen wieder dem Stand des ersten Planentwurfs (2021) entsprechen, führen die Änderungen nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen, so dass die geänderten zeichnerischen Festlegungen nicht erneut im Internet zu veröffentlichen sind und somit in Bezug auf diese Änderung auch nicht erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

Dies trifft insbesondere auf die im vorliegenden Fall erkennbar betroffenen Aspekte der Berührung privater bzw. betrieblicher Belange zu, die in die Entscheidungsfindung der erneuten Abwägung individualisiert - hier insbesondere im Sinne der abwägungsrelevanten Eigentümerinteressen - nochmals eingeflossen sind. Diese wurden bereits im Rahmen der Beteiligung zum 1. Planentwurf geäußert und lagen daher auch hinsichtlich der erneuten Abwägung zur nun vorgenommenen Abgrenzung vor. Gleiches gilt für die wasserwirtschaftlichen Belange. In Summe führt die abschließende Gewichtung aller vorliegenden Belange daher nun zwar zu einer veränderten Abwägungsentscheidung mit einer veränderten zeichnerischen Festlegung jedoch nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung der vorliegenden Belange.

Inhalt

Frechen - Werks- und Hauptverwaltungsflächen der Quarzwerke GmbH (ca. 7 ha)

[...]

Im zweiten Planentwurf sind die BSAB gemäß sachlichem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe nachrichtlich übernommen. Der zweite Planentwurf stellt in dem Bereich des Abbaubereiches der Quarzwerke südlich der Autobahn auch die Freiraumfunktion BSN dar. Nach Erläuterung 3 zu Z. neu4 haben die Festlegungen des Teilplans NR Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Die bedingte Festlegung des Regionalplans (hier: BSN) steht dem Abbau und der Sicherung nichtenergetischer oberflächennaher Bodenschätze also nicht entgegen. Aus Erläuterung 2 zu Z. neu4 geht hervor, dass die beiden Planwerke (RP und Teilplan NR) rechtlich eigenständige Planwerke sind. Sollte der Teilplan NR beispielsweise nicht in Kraft treten oder ggf. durch Rechtsprechungen unwirksam werden, ist nicht klar, ob die o.g. bedingte Festlegung des BSN dem Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze (z.B. bei Änderungsanträgen, zeitlichen Verlängerungen o.ä.) entgegensteht. Es wird angeregt, das Verhältnis der bedingten Festlegungen des BSN zum Vorrang der BSAB im gesamten Regierungsbezirk Köln (im Rhein-Erft-Kreis auch im Bereich Kerpen Dorsfeld) zu überprüfen und klar zu definieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* (Teilplan NR) sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR redaktionell angepasst.

Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern* die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

AZ: BET_175000_1	
Stadt Bedburg	
1033229_001, Stadt Bedburg	
<p>Inhalt</p> <p>Ich bedanke mich für die Beteiligung an dem oben genannten Verfahren zur Neuauflistung des Regionalplans. Zu aller erst möchte ich ausdrücklich begrüßen, dass der Strukturwandel im Rheinischen Revier und die damit einhergehenden außerordentlichen wirtschaftlichen Herausforderungen in Form von gewerblich/ industriellen Bedarfen sich nun erstmals im Regionalplanentwurf wiederfinden lassen. Mit der Schaffung der GIBtransformation können nun endlich Flächen dargestellt werden, die „für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ geeignet scheinen.</p> <p>Dafür, dass die Stadt Bedburg einen der für das gesamte Rheinische Revier richtungsweisenden Hyperscaler ansiedeln wird, wurde auch die Stadt Bedburg mit GIBtransformation im zeichnerischen Teil bedacht. An dieser Stelle sei jedoch darauf hingewiesen, dass die dazu passenden textlichen Festlegungen unter „Ziel neu2“ sowie die Begründungen unter „zu Ziel neu2“ für Bedburg gänzlich fehlen. Somit ist nicht hinlänglich klar, welchen (ermittelten) Umfang die zeichnerisch zugewiesenen Flächen tatsächlich haben. Ich bitte darum dies zur beschließenden Fassung des Regionalplans nachzureichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Klarstellung: Es handelt sich bei der Festlegung um einen Bereiche für zweckgebundene überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBplus) im Umfang von 55 ha (siehe Z.13 <i>GIBplus sichern und umsetzen</i>).</p> <p>Die Stellungnahme basiert offenbar auf der Sitzungsvorlage zur Sitzung des Regionalrates. Der beschlossene Regionalplanentwurf, welcher Gegenstand der zweiten öffentlichen Auslegung war, enthält die korrigierte Festlegung eines GIBplus.</p>

1033229_002, Stadt Bedburg	
Inhalt	Abwägung
Ansonsten hat der Rat der Stadt Bedburg den Änderungen des zweiten Entwurfs der Neuaufstellung des Regionalplans am 5. November 2024 zugestimmt.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt.

Inhalt

Ferner beantrage ich jedoch durch Beschluss des Stadtrates, die Landesstraße 277 aus dem Ortsteil Kirch-/ Grottenherten herauszunehmen und künftig östlich an dem Doppelort vorbei zu führen und an die neue Landesstraße 279n anzuschließen (siehe Anlage). Für den gewachsenen Doppelort sind die Verkehrs- und Lärmbelastungen nicht länger hinnehmbar. Zudem weist die Landesstraße angesichts der Verkehrsstärken einen völlig unzureichenden Ausbauzustand, welcher auch nicht mehr im Ort verbessert werden kann. Die - bedingt durch historische Bebauung - engste Stelle ist gerade einmal 5, 10 m breit. Die Restfahrbahnbreite von 3,50 m lässt hier nur noch einen einspurigen Verkehr zu. Darüber hinaus scheint bis dato völlig verkannt worden zu sein, welche Konsequenzen aus der Leitentscheidung und in der Folge welche verkehrlichen Entwicklungen die Umsetzung des Masterplans Seeentwicklung Garzweiler des Zweckverbands Landfolge Garzweiler für die umliegenden Ortschaften haben werden. Jackerath wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten enorm wachsen. Der Masterplan sieht regional bedeutsame Strände, Ausflugs- und Tagungshotels, interkommunale Gewerbeentwicklungen und die größte Marina des gesamten Sees Garzweiler östlich von Jackerath vor. Die Tagebauseen werden zu neuen Lebensorten und sind in Zukunft die regional bedeutsamsten Erholungs- und Ausflugsziele im Rheinischen Revier. Trotz eines guten Autobahnnetzes um die Tagebauseen wird die L277 immer die direkteste Verbindung zwischen den Tagebauseen Garzweiler und Harnbach sein. Weder darf also das Nadelöhr Kirch-/ Grottenherten diese Verbindungsachse der Zukunft hemmen, noch ist es vertretbar, die Bewohnerinnen und Bewohnern des Doppelortes weiter dieser Verkehrsbelastung auszusetzen. Ich bitte daher eine neue Trasse L277n entsprechend der beigefügten Anlage aufzunehmen.

[Anlage]

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die angeregten Änderungen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich des Regionalplans hinaus. Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Dies ist bei der vorgebrachten Planung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung und Umsetzung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

1033229_004, Stadt Bedburg	
Inhalt	<p>Die Stadt Bedburg befindet sich im Aufnahmeprozess des Zweckverbands Landfolge Garzweiler. Als assoziiertes Mitglied des Zweckverbands möchte ich mich der Stellungnahme des Zweckverbands ausdrücklich anschließen.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung zur Stellungnahme des Zweckverbands Landfolge Garzweiler im Rahmen der zweiten Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen des Zweckverbands Landfolge Garzweiler verwiesen.</p>

AZ: BET_176000_1	
Stadt Bergheim	
1034122_001, Stadt Bergheim	
<p>Inhalt</p> <p>Zu 3. Siedlungsraum</p> <p>Auf der Grundlage der einheitlichen Berechnung des kommunalen und regionalen Bedarfes für Siedlungs- und Gewerbeflächen (vgl. Begründung zu Z.3 „Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten“) wurden der Kreisstadt Bergheim gegenüber dem 1. Entwurf des Regionalplanes Köln weitere Regionalplanreserven zur Verfügung gestellt. Daher konnte den meisten der Darstellungsvorschläge der Kreisstadt Bergheim im Rahmen der Beteiligung zum 1. Planentwurf des Regionalplanes Köln 2022 gefolgt werden. Hinsichtlich der Bedarfe an zusätzlichen Gewerbeflächen besteht jedoch weiterhin eine Diskrepanz zwischen den im Regionalplan errechneten Bedarfen sowie den zur Verfügung stehenden Potentialflächen und dem wahrgenommenen Bedarf aufgrund der zahlreichen Anfragen von Firmen, hier vor allem von digitalaffinen Ansiedlungen und weiteren Rechenzentren u. a. auch bedingt durch die Ausstrahlung des geplanten Hyperscalers. Des Weiteren bestehen stetige Erweiterungsabsichten von ortsansässigen Firmen, denen keine Angebote mehr gemacht werden können, da die vorhandenen und genutzten Gewerbegebiete über keine ausreichenden Flächen mehr verfügen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.</p>

Inhalt

Darstellung ASB

In der Kreisstadt Bergheim besteht aktuell Handlungsbedarf bei der Arrondierung von kleineren Stadtteilen, wie z. B. Fliesteden, Büsdorf (Freiraum) und Rheidt-Hüchelhoven. Diese konnten sich in den vergangenen Jahren nur begrenzt weiterentwickeln, so dass kaum noch Ansiedlungsmöglichkeiten für die ortsansässige Bevölkerung dieser Stadtteile bestehen. Der entsprechenden Stellungnahme zum 1. Planentwurf wurde weitestgehend gefolgt, so dass in diesen Stadtteilen nun insgesamt ca. 12 ha mehr ASB-Fläche dargestellt wird, auf dessen Grundlage die notwendige Arrondierung erfolgen kann.

Darstellungsvorschläge Kreisstadt Bergheim (vgl. Anlage 1)

Inzwischen sind jedoch die Planungen weiter fortgeschritten, so dass im Bereich der südlichen Arrondierung von Fliesteden (ID 1004842) „Wohnen am Golfplatz“ eine erneute Anpassung des ASB erforderlich ist. Die 2-zügige Grundschule östlich der L 213 wird nicht mehr geplant, so dass der dafür vorgesehene ASB (1,1 ha) zur weiteren Arrondierung des Gebietes westlich der L 213 für das Projekt „Wohnen am Golfplatz“ genutzt werden kann. Die konkreten Anpassungs- und Darstellungsvorschläge werden in der Anlage 1 zur Stellungnahme dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Darstellung GIB

Gegenüber dem 1. Planentwurf werden für die Kreisstadt Bergheim ca. 27 ha mehr Bereiche für eine gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) dargestellt. Diese zusätzlichen Regionalplanreserven konnten der Kreisstadt Bergheim zur Verfügung gestellt werden, da im Rahmen der Stellungnahme zum 1. Entwurf des Regionalplanes 2022 eine umfassende Flächenbilanz für alle Gewerbeflächen aufgestellt wurde. So konnten viele der Flächen, die im Jahr 2022 noch als Reserveflächen im Flächenmonitoring (sfm) dargestellt wurden, inzwischen als beansprucht gekennzeichnet werden. Die zusätzlichen Regionalplanreserven werden im Bereich der „Südwestlichen Erweiterung Zieverich“, einer Potentialfläche aus dem Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Erft-Kreises (2017) und dem Stadtentwicklungskonzept Bergheim 2035 (STEK BM 2035) (2019) sowie im Bereich des GIB Paffendorf als Erweiterung (Dreiecksfläche) dargestellt. Beide Flächen wurden im Rahmen der Stellungnahme der Kreisstadt Bergheim zum 1. Entwurf des Regionalplanes zu Darstellung angeregt. Die Regionalplanung soll gem. § 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen. Diese erhöhten Wirtschaftsflächenbedarfe wurden auf der Grundlage eines verlängerten Planungszeitraums bis 2045 für das Rheinische Revier ermittelt. Für die Verortung dieser Bedarfe wurden Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen Transformation (GIBt) neu definiert. Sie dienen im Sinne des § 38 LPIG NRW dem Strukturwandel im Rheinischen Revier und werden damit nicht einzelnen Kommunen zugeordnet. So wurden gegenüber dem 1. Planentwurf 2022 im Regierungsbezirk Köln 12 Transformationsstandorte mit insgesamt 722 ha Fläche definiert, zum Teil zusätzlich dargestellt und zum Teil vorhandene GIB hinsichtlich der Zweckbindung geändert. Im Gebiet der Kreisstadt Bergheim werden im 2. Planentwurf zwei Transformationsflächen dargestellt, die allerdings bereits im 1. Planentwurf als GIB dargestellt wurden. Zum einen die ehemalige BoAplus-Fläche (ca. 29 ha), die mit der 36. Änderung des Regionalplanes Köln bereits als „Prototyp“ eines GIBt fungierte, hier noch als GIBz aber bereits mit der Zweckbindung für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier. Zum anderen das im 1. Planentwurf dargestellte GIBflex im Umfeld des geplanten Hyperscalers. Ausdrücklich begrüßt wird die im 2. Planentwurf vorgesehene flexible Nachnutzung des vorhandenen Kraftwerksstandortes Bergheim-Niederaußem (Z.36). Demnach steht der Kraftwerksstandort anschließend für eine gewerblich-industrielle Folgenutzung zur Verfügung, sofern zu diesem Zeitpunkt keine neue raumbedeutsame Kraftwerksnutzung unter Ausschluss des Einsatzes von Kohle am bisherigen Standort geplant ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Darstellungsvorschläge Kreisstadt Bergheim (vgl. Anlage 2)

Alle konkreten Vorschläge zur Änderung der Darstellung von GIB im Stadtgebiet Bergheim werden in der Anlage 2 zusammenfassend dargestellt und begründet. Für das GIBtransformation im Umfeld des geplanten Hyperscalers (ID 1005026) wird eine Arrondierung der dargestellten Fläche nach Süden bis zur der im FNP dargestellten Konzentrationszone für Windenergie vorgeschlagen. Der Zuschnitt der aktuell dargestellten Fläche des GIBt ist aufgrund des Landschaftsschutzgebietes „Escher Bach und Elsdorfer Fließes“ für eine effektive Ausnutzung der Fläche ungünstig. Da das gesamte GIBtransformation südlich des Elsdorfer Fließes von der K 41 aus erschlossen werden muss, sind die dort verfügbaren Gewerbegrundstücke durch die Erschließung und die notwendigen Abstände zum LSG sehr klein. Im Gegenzug kann das GIBtransformation östlich des Elsdorfer Fließes entfallen. Dort befindet sich, die Erweiterungsfläche für das GIB Paffendorf (Dreiecksfläche) (ID-Änderungsantrag 12), diese soll in ihrer ganzen Größe (7 ha) als GIB ohne Zweckbindung dargestellt werden. In die Berechnung des Bedarfes und der Regionalplanreserve inklusiver Änderungsantrag geht Fläche bereits mit 7 ha in die Berechnung ein (vgl. Anlage 2).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Stadt Bergheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPlG NRW im Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung GIBtransformation sichern und umsetzen. Die Erweiterung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

1034122_005, Stadt Bergheim

Inhalt

Des Weiteren wird die Arrondierung des GIB ohne Zweckbindung „Südwestliche Erweiterung Zieverich“ (ID 1004990) von 20 ha auf 27 ha aufgrund der erhöhten Bedarfe durch Anfragen von digitalaffinen Firmen und der Erweiterungsabsichten von ortsansässigen Betrieben vorgeschlagen. Zum anderen wird durch die Arrondierung (vgl. Anlage 2) der Kontakt zur westlich verlaufenden Kohlebahn hergestellt und perspektivisch ggf. ein Bahnanschluss für das GIB möglich. Auf diese Weise kann auch die Abgrenzung der Potentialfläche aus dem Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Erft-Kreises (2017) mit Voruntersuchung der Fläche und dem STEK BM 2035 (2019) übernommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1004990).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Geplante Siedlungsentwicklung und Projektentwicklungen im regionalplanerischen Freiraum und im Anschluss an ASB oder GIB

Entsprechend dem Ziel 1 (Z.1) „Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“ soll die Siedlungsentwicklung auf den Siedlungsraum (ASB und GIB) konzentriert werden. Von der Konzentration auf den Siedlungsraum ausgenommen sind Siedlungsentwicklungen in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen sowie Siedlungsentwicklungen, die ausnahmsweise im Freiraum gemäß den Regelungen des LEP NRW zulässig sind. Des Weiteren sind kleinteilige bauliche Entwicklungen auf der Ebene der Bauleitplanung entsprechend den Vorgaben des § 35 BauGB möglich. So ist beispielsweise nach § 35 Abs. 4 S. 1 Nr. 6 BauGB die bauliche Erweiterung eines zulässigerweise errichteten gewerblichen Betriebs im Außenbereich unter bestimmten Bedingungen möglich. Des Weiteren können bestimmte Anlagen des Rettungswesens- und des Katastrophenschutzes im Außenbereich geplant werden.

Hinweise auf Planungen und Projekte im Freiraum (vgl. Anlage 3)

In der Anlage 3 werden die entsprechenden Siedlungsentwicklungen und sonstigen Planungen im regionalplanerischen Freiraum dargestellt, auf die noch nicht im Rahmen der Stellungnahme zum 1. Planentwurf hingewiesen wurde bzw. auf Projekte, die erst in den letzten beiden Jahren entwickelt wurden. Wenn möglich wird direkt im Anschluss an ASB und GIB geplant, so dass diese Planungen z. T. auch im Unschärfebereich des Regionalplans liegen. Die Planungen werden im Rahmen der Stellungnahme zur Information dargestellt, ggf. auch um bestimmte Darstellungen im Freiraum anzupassen oder ggf. die Darstellung eines Siedlungsbereiches perspektivisch zu planen. Einer der dargestellten Planungen ist die Entwicklung eines Standorts der Freiwilligen Feuerwehr und eines Seniorenzentrums in im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteil Paffendorf auf einer Gesamtfläche von ca. 2 ha. Die Entwicklung orientiert sich hier in erster Linie am Bedarf der ansässigen Bevölkerung und an der Tragfähigkeit der vorhandenen Infrastruktur unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung. Desweiteren ist östlich des Stadtteils Thorr angrenzend an den Siedlungsbereich die Erweiterung eines ortsansässigen Betriebes im Freiraum geplant. Auf die Standortsuche des Rhein-Erft-Kreises für ein Gefahrenabwehrzentrum und einen möglichen Standort in Bergheim wird ebenso hingewiesen, wie auf die perspektivischen Überlegungen der RWE Power AG im Bereich des Kraftwerkes Bergheim-Niederaußem, die über den Bereich des aktuellen Kraftwerksgeländes und die dargestellt GIBtransformations Fläche hinausgehen. Die Perspektive.Struktur.Wandel GmbH (PSW) als eine gemeinsame Gesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und der RWE Power AG hat die Aufgabe, komplexe RWE-Betriebsstandorte für deren Folgenutzung zu qualifizieren. Aktuell wird für den

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

erweiterten Standort des Kraftwerksgeländes Bergheim-Niederaußem ein Strukturkonzept erarbeitet. (vgl. ggf. Stellungnahme PSW GmbH). Eine konkrete Planung liegt noch nicht vor.	
--	--

Inhalt

Zu 4. Freiraum**Grundwasserschutz und Gewässerschutz**

Hierzu wurde der Grundsatz G.neu2 „Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen“ nach der 1. Offenlage neu in den Regionalplan aufgenommen. Innerhalb des Braunkohlenplangebiets soll die Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung und zukünftig geringen Grundwasserflurabständen in angepasster Weise erfolgen. Nach Einstellung der bergbaulichen Sumpfungsmaßnahmen kommt es in der Erftaue zwischen Erftstadt und Bedburg zum Wiederanstieg des Grundwassers und die natürlichen flurnahen Grundwasserverhältnisse stellen sich wieder ein. Aufgrund der Siedlungstätigkeit während der Zeit der Sumpfung sind nach Ende der aktiven Bergbautätigkeit zukünftig Maßnahmen zur dauerhaften Niedrighaltung des Grundwassers zum Schutz der entstandenen Siedlungsbebauung erforderlich. Durch Wasserhaltungsmaßnahmen sollen die Grundwasserstände künstlich auf einem Niveau von mindestens 3 m unter Gelände gehalten werden. Die Maßnahmen dafür sollen in kommunaler Verantwortung liegen. In Bereichen in denen der zukünftige Grundwasserstand weniger als 3 m unter Geländeoberkante liegen wird, soll die Siedlungsentwicklung in angepasster Bauweise erfolgen. Geeignete Maßnahmen sind auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen zu konkretisieren. Die Gebiete mit zukünftig geringen Grundwasserflurabständen (unter 3 m) werden über die „Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier“ des LANUV NRW ermittelt und die betroffenen Bereiche über die Fachplanung bestimmt und ausgewiesen. Diese Bereiche sollen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung von einer Bebauung freigehalten werden oder es soll auf eine angepasste Bauweise bei der Siedlungsentwicklung hingewirkt werden. Eine weitere unangepasste Bebauung in den Bereichen führt zu einem erheblichen Mehraufwand der Wasserhaltungsmaßnahmen, steigenden Kosten für die Anrainerkommunen sowie weiteren Risiken; die heute noch nicht abschließend bewertet werden können.

Widerspruch der Kreisstadt Bergheim

Die Wasserhaltungsmaßnahmen können nicht wie ausgeführt in der Verantwortung der Kommune gelegt werden. Die Verantwortung dafür muss dauerhaft in den Händen des Bergbautreibenden liegen. Dieser muss die Maßnahmen planen, durchführen und finanzieren. Die Maßnahmen müssen mit der Kommune, den Wasserwirtschaftsunternehmen (z.B. Erftverband) u. a. Beteiligten abgestimmt werden. Die Verantwortung der Kommune kann lediglich in der kommunalen Bauleitplanung liegen, bei der die entsprechenden Bereiche von der Bebauung freigehalten oder auf eine angepasste Bauweise hingewirkt wird. Als Grundlage dafür

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Informationen und Hinweise zu den im Grundsatz erwähnten dauerhaften Grundwassermanagement im Braunkohlenplangebiet nach Grundwasserwiederanstieg und dessen mögliche Kostenträgerschaft vorgebracht, welche für die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen relevant sein können. In dem Grundsatz selbst sind keine Formulierungen enthalten welche beinhalten, dass die Kosten der dauerhaften Grundwasserhaltung in Siedlungsbereichen von betroffenen Kommunen zu tragen sind.

muss den Kommunen jedoch eine eindeutige kartographische Darstellung der entsprechenden Bereiche zur Verfügung gestellt werden. Für eine zukunftsorientierte Planung muss geklärt werden, ob diese Gebiete mit der heutigen Darstellung des zukünftigen Überschwemmungsbereiches (ZÜB) übereinstimmt. So könnte dieser bereits jetzt als Grundlage für Planungsentscheidungen genutzt werden. Um jedoch entsprechende Restriktionen auf Ebene der Bauleitplanung und Genehmigung umzusetzen zu können, bedarf es entsprechender gesetzlicher Vorgaben, die jedoch für das ZÜB bzw. die zukünftigen Bereiche mit erhöhtem Grundwasserstand noch nicht vorhanden sind.

Inhalt

Zu 5. Infrastruktur**Straßennetz**

Entsprechend dem Ziel 30 (Z.30) werden bestehende Straßen und hinreichend räumlich konkretisierte Bedarfsplanmaßnahmen als Vorranggebiete festgelegt. Dabei handelt es sich um linienbestimmte oder planfestgestellte Bedarfsplanmaßnahmen des Bundes und des Landes. Grundlage für die Festlegung von geplanten Trassen sind das Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG) und der Landesstraßenbedarfsplan NRW (2007). Hierbei ist sicherlich zu hinterfragen, weshalb nicht grundsätzlich zumindest für die Landesstraßen auf aktuellere Planungen, wie zum Beispiel dem Landesstraßenplanungsprogramm (2018) zurückgegriffen wurde. Nach dem Beschluss des sich aktuell in Aufstellung bzw. in Fortschreibung befindlichen Landesstraßenbedarfsplanes muss hier ggf. eine entsprechende Anpassung des Regionalplanes erfolgen. Des Weiteren bleibt offen, welche Bedarfsstufe der jeweiligen Straßenplanung in die Darstellung aufgenommen wurde. So ist beispielsweise die Darstellung der Ortsumgehungen B 477n „OU Niederaußem“ und „OU Bergheim/Rheidt“ (ID 1003800_004) nicht nachvollziehbar, da diese im Bundesverkehrswegeplan als Vorhaben mit der niedrigsten Kategorie (Weiterer Bedarf) eingestuft werden. Die aktuell dargestellten Verläufe der beiden Ortsumgehungen entsprechen nicht mehr den Planungen der Kreisstadt Bergheim. Die zum Zeitpunkt der Planaufstellung für den Regierungsbezirk Köln vorliegenden linienbestimmten oder planfestgestellte Neubaumaßnahmen aus dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen (Anlage zu § 1 Absatz 1 S. 2 des FStrAbG) bzw. dem Landesstraßenbedarfsplan NRW (2007) werden in der Tabelle 23 der Begründung aufgeführt. Für die Kreisstadt Bergheim wird hier die L 93 OU Pulheim/Stommeln-Bergheim/Büsdorf; BA K20-B477 mit Ortsumgehung Bergheim/Büsdorf aufgeführt und im Plan dargestellt, die „L361 Bedburg bis Kerpen (B55), BA B 477 alt - K 22“ fehlt in der Tabelle 23, wird aber im Plan dargestellt (ID 1003800_002). Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme nach Schritt 1 des Landesstraßenplanungsprogramms (2018). Entsprechend dem Grundsatz G.57 „Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen“ werden auch Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Festlegung als Vorbehaltsgebiet festgelegt und als gestrichelte Linie in zwei verkehrlichen Bedeutungsstufen dargestellt. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung als Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung aus dem FStrAbG, dem InvKG oder dem Landesstraßenbedarfsplan NRW (2007) vorliegen. Diese werden in Tabelle 24 der Begründung aufgeführt. Für die Kreisstadt Bergheim sind folgende Maßnahmen aufgeführt und im Plan dargestellt: B 477 Bergheim/Rheidt, B 477 OU Niederaußem, L 93n OU Bergheim-Oberaßem und L 361 n Bergheim-Kenten (K22) bis Frechen-Königsdorf (B55). Die L 93n und L 361 n sind in den genannten Abschnitten im Verlauf nicht korrekt dargestellt und zum Teil falsch

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Eine nach Dringlichkeit bzw. Kategorie innerhalb eines Bedarfsplans differenzierte Festlegung auf Ebene des Regionalplans erfolgt nicht.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Darüber hinaus werden die Zeichnerische Festlegung und die Begründung bezüglich der fehlerhaften Bezeichnung sowie der in Tabelle 23 fehlenden Maßnahme angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

bezeichnet (vgl. Anlage 4).

Inhalt

Entsprechend dem Grundsatz G.58 „Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen berücksichtigen“ werden auch sonstige regionalbedeutsame Straßen für den Personen- oder Güterverkehr als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen zeichnerisch festgelegt. Die Festlegung umfasst bestehende oder geplante Kreisstraßen oder kommunale Straßen sowie Ersatzstraßen aus den Braunkohlenplänen, die als regionalplanerisch wichtige Ergänzungen der Bundesfern- und Landesstraßen der Anbindung wichtiger Verkehrsziele und/oder -quellen dienen oder eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Straßennetz übernehmen. Regionalplanerisch bedeutsam sind Strecken, wenn sie regionalbedeutsame Standorte wie Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit besonderer Zweckbindung an das Verkehrsnetz anbinden oder wenn ihre Verkehrsbelastung (mit mehr als 7.500 Kfz pro Tag - Verkehrswerte 2015) auf eine besondere Verbindungsfunktion schließen lässt. Für die Kreisstadt Bergheim werden im vorliegenden Planentwurf keine Straßen nach dem Grundsatz G 58 dargestellt. Die Kreisstadt Bergheim schlägt daher vor die K 22n (ID 1005078) entsprechend dem Grundsatz G.58 im Regionalplan dazustellen (vgl. Anlage 4). Die K 22n ist planfestgestellt und im Bau. Im damaligen Verkehrsgutachten zum Planfeststellungsverfahren (Prognosehorizont 2030) wird im Prognose-Planfall 1 (mit K 22n, ohne L 361 n, mit L 93) von 15.200 KFZ ausgegangen, in anderen Planfällen ähnlich oder mehr. Zudem stellt die K 22n eine regional- und überregionalbedeutsame Verbindung einerseits zwischen L 276 und L 93 und andererseits von zwei Abschnitten der L 361 n, die durch die K 22n verbunden werden, dar. Hierbei handelt es sich um die im Plan dargestellten: L 361 n, 3. BA Ortsumfahrung Bergheim und L 361 n von Bergheim Kenten (K 22n) bis Frechen Königsdorf (B 55). Erst durch die Darstellung der K 22n wird der regionale- und überregionale Gesamtzusammenhang für die L 361 n sichtbar. Zudem handelt es sich um eine Ersatzstraße nach dem Braunkohlenabbau. Daher ist davon auszugehen, dass die K 22n alle Kriterien gemäß dem Grundsatz G.58 erfüllt, um im Regionalplan Köln dargestellt zu werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1005078). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Darstellungsvorschläge Kreisstadt Bergheim (vgl. Anlage 4)

Alle Darstellungsvorschläge für regional- und überregionale Straßen im Stadtgebiet der Kreisstadt Bergheim sind in der Anlage 4 zusammenfassend dargestellt. Neben den bereits im Kapitel Straßennetz beschriebenen Änderungen und Anmerkungen enthält die Anlage 4 auch Vorschläge zur besseren Darstellung des Gesamtzusammenhangs des Straßennetzes im Stadtgebiet. Entsprechend der Begründung zum Regionalplanentwurf werden Straßen zeichnerisch festgelegt, soweit ihnen eine funktionale Bedeutung für den regionalen, überregionalen oder großräumigen Verkehr zukommt. Landesstraßen, die nicht im Regionalplan festgelegt sind, haben ergänzende Verbindungs- und Erschließungsfunktionen. Eine regionalplanerische Festlegung hierfür ist mangels Regelungserfordernis nicht erfolgt. Dies gilt insbesondere für innerörtliche Straßenzüge. Das Ziel der Darstellung von Straßen im Regionalplan Köln sollte es jedoch sein, die wichtigsten regionalen und überregionalen Verbindungen so darzustellen, dass auf den ersten Blick der regionalplanerische Gesamtzusammenhang erkennbar ist. Bei der aktuellen Darstellung geht dieser Zusammenhang durch Teildarstellungen von Straßen, z. B. keine Darstellung innerorts teilweise komplett verloren. Abschließend möchte sich die Kreisstadt Bergheim an dieser Stelle grundsätzlich für die stetige, konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln bedanken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht bezüglich der B477 und der L91 über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es wird auf die Erläuterungen zur Darstellungsmethodik in Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen.

AZ: BET_177000_1	
Stadt Brühl	
1032494_001, Stadt Brühl	
<p>Inhalt</p> <p>Teil A: ID 1025656 – Phantasialand, Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen, ASBz In der Planzeichenerklärung des Planentwurfs fehlt unter der Kategorie b) „ASB für zweckgebundene Nutzungen“ das Plansymbol „Z“, welches für die Fläche des Phantasialandes verwendet wurde. Wir bitten um Ergänzung des Plansymbols.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Legende zur Zeichnerischen Festlegung wird angepasst.</p> <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.</p>

Inhalt

ID 1003976 – Schwadorf, Rücknahme des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) Im Rahmen der ersten Beteiligung wurde durch die Stadt Brühl um die Rücknahme einer Teilfläche des ASB in der Ortslage Schwadorf gebeten. Auf die Stellungnahme wird hiermit verwiesen. Beigefügt war eine genaue Flächenabgrenzung (ASB_5), welche unter der Berücksichtigung aktueller Bauleitplanverfahren gewählt wurde. Durch die hierüber hinausgehende Rücknahme des ASB im aktuellen Regionalplanentwurf wird die Stadt Brühl vor besonders einschränkende und planungshemmende Tatsachen gestellt.

Kommunen haben dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere die Darstellung bzw. Festlegung neuer Bauflächen und -gebiete innerhalb der festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt. Die gesamte Ortslage Schwadorf wurde aufgrund der Maßgaben des § 35 Abs. 5 LPlG DVO im aktuell noch gültigen Regionalplan als Siedlung mit einer Aufnahmefähigkeit von weniger als 2.000 Einwohnern nicht als ASB festgelegt. Die Stadt Brühl betreibt bereits seit 2018 ein Aufstellungsverfahren zur Entwicklung einer Wohnbausiedlung im betroffenen Bereich (BP 05.10 "Östlich Lindenstraße, westlich An der Schallenburg" sowie 50. Änderung des Flächennutzungsplans von Brühl). Die landesplanerische Anfrage hierzu erfolgte am 04.06.2019, welcher eine positive Rückmeldung der Bezirksregierung Köln vom 06.08.2019 folgte. Aufgrund der vergangenen Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung von Schwadorf und der hohen Wohnbauflächenbedarfe wurde bereits im ersten Regionalplanentwurf 2021 ein ASB über diese Ortslage nebst entsprechender Erweiterungspotentiale gelegt. Durch die nun übermäßige Rücknahme des ASB ist das o.g. laufende Bebauungsplanverfahren maßgeblich betroffen. Die Berücksichtigung der Wohnraumbedarfe in der verbindlichen Bauleitplanung ist aus regionalplanerischer Sicht von zentraler Bedeutung, um eine geordnete, bedarfsgerechte und nachhaltige Siedlungsentwicklung sicherzustellen. Durch eine sachgerechte Bauleitplanung auf kommunaler Ebene wird die Zersiedlung der Landschaft verhindert, eine effiziente Nutzung der Infrastrukturen sichergestellt und ökologische wie ökonomische Ressourcen geschont. Durch die übermäßige ASB-Rücknahme besteht die Gefahr, dass die derzeitige Bauleitplanung rechtsfehlerhaft oder angreifbar wird, was zu Normenkontrollklagen führen kann. Solche Anfechtungen gefährden die Rechtssicherheit und können die Verwirklichung von Bauvorhaben erheblich erschweren. In diesem Kontext wird die Erfüllung des gemeindlichen Auftrages zur Schaffung von Wohnraum erheblich beeinträchtigt. Bei dieser großflächigen ASB-Rücknahme sieht sich die Stadt Brühl gezwungen, die dringend benötigte Wohnraumentwicklung aufgrund der aufgezeigten Risiken ernsthaft in Frage zu stellen. Die Rücknahme des ASB ist auf den von der Stadt Brühl im Rahmen der ersten Beteiligung 2022 geforderten Bereich (ASB_5) zu begrenzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

ID 1003971 – nördlich Maiglerstraße, zusätzliche Ausweisung von ASB Im Rahmen der ersten Beteiligung wurde durch die Stadt Brühl um die Neuausweisung einer Teilfläche des ASB nördlich der Maiglerstraße gefordert. Auf die Stellungnahme wird hiermit verwiesen. Beigefügt war eine genaue Flächenabgrenzung (ASB_3), welche unter der Berücksichtigung verschiedener Faktoren gewählt wurde. Die zukünftige Entwicklung der Flächen als Siedlungsfläche stellt eine Ergänzung und Abrundung der Bebauung auf anderer Straßenseite dar. Diese soll als Fortführung der vorhandenen Bebauung abschließend als einzeilige Bebauung erfolgen.

Die nun darüber hinaus gehende ASB-Neuausweisung im Planentwurf 2024 tangiert im östlichen Bereich die festgesetzte Ausgleichsmaßnahme „3.13 Obstwiese Wehrbachtal“ im Rahmen des Bebauungsplanes 06.18 "Phantasialand Giant-Drop" (vgl. Anlage 1). Die Obstwiese wurde 2001 angelegt und liegt im LSG. Die ASB-Erweiterung nach Norden entspricht zudem nicht den kommunalen Entwicklungsabsichten einer ergänzenden, einzeiligen Bebauung. Die Neuausweisung des ASB ist auf den von der Stadt Brühl im Rahmen der ersten Beteiligung 2022 geforderten Bereich zu begrenzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003971 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Flächen unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Dabei können siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert sein. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

ID 1004003 – nördlich Maiglerstraße, zusätzliche Ausweisung von Waldbereichen Im Rahmen der ersten Beteiligung wurde durch die Stadt Brühl um die Neuausweisung eines Waldbereichs nordwestlich der Maiglerstraße erbeten. Auf die Stellungnahme wird hiermit verwiesen. Beigefügt war eine genaue Flächenabgrenzung (F_2), welche unter der Berücksichtigung verschiedener Faktoren gewählt wurde. Die Stadt Brühl hat in diesem Bereich Pingsdorf südlich der sog. Maiglerwiese eine Fläche von 8,4 ha aufgeforstet. Nördlich wurde im Bereich der Maiglerwiese bewusst kein Waldbereich gefordert. Die Maiglerwiese dient als offizieller Flugplatz (Start- und Landeplatz für Helikopter und Heißluftballons) und ist daher langfristig von einer Bewaldung freizuhalten. Die Neuausweisung des Waldbereichs ist auf den von der Stadt Brühl im Rahmen der ersten Beteiligung 2022 geforderten Bereich zu begrenzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen ein. Als Vorranggebiet schützt die zeichnerische Festlegung den Wald vor einer Inanspruchnahme durch z.B. bauliche Nutzungen. Der Stellungnahme entnehmend, dient die Maiglerwiese bereits als offizieller Flugplatz (Start- und Landeplatz für Helikopter und Heißluftballons), sodass durch die Festlegung die rechtmäßig bestehende Nutzung nicht aufgegeben werden muss. Explizit weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die in Rede stehende Fläche aufzuforsten.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt

ID 1018199 – Nachrichtliche Übernahme, Räumlicher Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß Sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) Im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung zur Aufstellung des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) im Mai dieses Jahres hat sich die Stadt Brühl mit Schreiben vom 24.06.2024 bereits gegen den Entwurf ausgesprochen. Die Inhalte der Stellungnahme werden hiermit in dieses Verfahren eingebracht (vgl. Anlage 2). Insbesondere Punkt 1 (Überplanung eines privilegierten Korridors für Freiflächen-Photovoltaik) ist nochmals herauszustellen: Um der gesetzlichen Vorgabe des § 2 EEG kurzfristig und nachhaltig nachkommen zu können, müssen in der Stadt Brühl insbesondere die Nutzung von Windenergie sowie die Nutzung von Solarenergie ins Auge gefasst werden. Hierzu wurden durch die Stadt bereits umfangreiche Bestrebungen betrieben. Durch die Stadt Brühl wurde in 2024 eine Untersuchung zu Potentialflächen im Stadtgebiet für Freiflächen-Photovoltaik unter Berücksichtigung der neuen Privilegierung erstellt (Anlage 3). Zudem hat die Stadt Brühl die Bezirksregierung Köln, Dezernat 32, bereits mit Schreiben vom 13.09.2023 über ihre Untersuchungsergebnisse zur örtlichen Windpotentialflächen im Brühler Stadtgebiet informiert, ihre Stellungnahme im Rahmen des Verfahrens auf Landesplanungsebene mitgeteilt und darum gebeten, die durch die Stadt Brühl ermittelten Flächen als Potentialflächen darzustellen. Die aktuellen Windenergiebereiche des in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien zum Regionalplan Köln kommen dieser Bitte aufgrund einheitlicher methodischer Vorgehensweisen nicht nach. Sie beschränken sich im Brühler Stadtgebiet auf Kleinstflächen im Nordwesten. Ernsthafte und kurzfristige Umsetzungsmöglichkeiten der Stadt Brühl zur Errichtung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien werden durch diese Umstände extrem erschwert, wenn nicht verhindert. Zum einen werden durch die Regionalplanungsbehörde kaum Privilegierungsflächen für Windenergienutzung im Brühler Stadtgebiet ausgewiesen. Zum anderen werden bereits jetzt vorhandene Privilegierungsflächen mit sehr hohem Potential für Freiflächen-Photovoltaik, auf denen die Stadt bereits Maßnahmen zur Installation von Anlagen eingeleitet hat, durch die Planung des Sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe überplant. Diese Eingriffe auf übergeordneter Planungsebene widersprechen dem vorrangigen Belang aus § 2 EEG. Es vermag auf regionaler Betrachtungsebene ausreichend Spielraum vorhanden sein, jedoch wird die Stadt Brühl, insbesondere mit Blick auf die Beschränkung der Steuerungsmöglichkeiten einer Kommune auf ihr Hoheitsgebiet, übermäßig benachteiligt. Dies hat folglich auch massive wirtschaftliche und fiskalische Beeinträchtigungen zufolge. Aus diesem Grund wird die vorgesehene Erweiterungsfläche für BSAB dringend für die vorrangige Nutzung von Erneuerbaren Energien / Freiflächen-Photovoltaik benötigt. Der nachrichtlichen Übernahme der Reservegebiete gemäß dem Sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) im Südosten des Stadtgebiets wird widersprochen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme der Stadt Brühl vom 24.06.2024 zur erneuten öffentlichen Auslegung des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - verwiesen. Die raumordnerische Abwägung zu der in Rede stehenden Stellungnahme der Stadt Brühl vom 24.06.2024 erfolgt nicht im vorliegenden Verfahren, sondern im Rahmen der Aufstellung des Teilplans NR.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Im vorliegenden Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der BSAB gem. Teilplan NR beziehen sich auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurde die zeichnerische Festlegung des in Rede stehenden BSAB-L-48 angepasst. Um etwaige Konflikte mit den vorgesehenen Photovoltaikanlagen zu vermeiden, wurde das nördliche Erweiterungspotential des BSAB-L-48 reduziert.

Die nachrichtliche Darstellung des BSAB-L-48 wird im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

Inhalt

Teil B: Der Stadt Brühl ist bewusst, dass gemäß der öffentlichen Bekanntmachung eine formalrechtliche eingeschränkte Beteiligung, lediglich auf die Änderungsflächen begrenzt, erfolgt. Jedoch werden folgende inhaltlich neuen Punkte ergänzend vorgetragen, deren Berücksichtigung unserer Einschätzung nach zur materiell inhaltlichen Aufstellung des Regionalplans erforderlich sind.

Brühl Kierberg – Daberger Hang, zusätzliche Ausweisung von ASB

Im Rahmen der ersten Beteiligung wurde durch die Stadt Brühl die Rücknahme einer Teilfläche des ASB in der Ortslage Kierberg am sog. Daberger Hang gefordert. Auf die Stellungnahme wird hiermit verwiesen. Beigefügt war eine genaue Flächenabgrenzung (ASB_1 und ASB_6). Die Inhalte unserer Stellungnahme zu diesen beiden Flächen werden hiermit nochmals vorgebracht. Zusätzlich wird auf den Ergänzungsantrag des Regionalrats Köln vom 09.10.2024 hingewiesen, in dem der Regionalrat die von der Stadt Brühl aufgeführten Änderungen im Interesse der Kommune als sinnvoll und unterstützenswert ansieht. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Flächenrücknahme am Daberger Hang in Kierberg in selbiger Sitzung des Regionalrats im Rahmen des Änderungsantrags wiederaufgenommen wurde und zeitgleich einer Rücknahme fachlich-inhaltlich gemäß dem Ergänzungsantrag gefolgt werden kann. Hier stehen nun zwei planerische Abwägungsziele des Regionalrats konträr gegeneinander im Raum.

Die ASB-Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzungen zu ASB_1 und ASB_6 zurückzunehmen. Die Flächen sind als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich bzw. Waldbereich auszuweisen. Zudem sind die Ausweisungen Regionaler Grünzug sowie Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung auf diese Freifläche auszudehnen.

Brühl Ost – Südlich der Rheinstraße, zusätzliche Ausweisung von ASB

Im Rahmen der ersten Beteiligung wurde durch die Stadt Brühl um die Rücknahme einer Teilfläche des ASB südlich der Rheinstraße gebeten. Auf die Stellungnahme wird hiermit verwiesen. Beigefügt war eine genaue Flächenabgrenzung (ASB_2). Die Inhalte unserer Stellungnahme zu dieser Fläche wird hiermit nochmals vorgebracht. Ergänzend wird folgendes vorgetragen: Die Fläche ist aus denkmalschutzrechtlichen Gründen nicht zu entwickeln: Das Institute for Heritage Management wurde vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen beauftragt, einen Managementplan sowie eine Pufferzone für die UNESCO Welterbestätte Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl zu entwickeln. Die Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl, inklusive ihrer barocken Garten- und Parkanlage, wurden 1984 unter Kriterium (ii) und (iv) als Welterbestätte eingetragen. Sie zählen zu den vollständigsten und frühesten Beispielen des Rokoko außerhalb

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus gilt:

Zu Brühl Kierberg:

Gemäß § 9 LPiG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: kommunale Entwicklungsabsicht als wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Der Regierungsbezirk Köln ist eine wachsende Region. Daher ist es notwendig eine ausreichende Anzahl von Flächen für den Wohnungsbau und nicht-störendes Gewerbe bereitzustellen. Die hier vorgeschlagene ASB Ausweisung ist dazu geeignet, diesem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen.

In Bezug auf den ebenfalls in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossenen Ergänzungsantrag, in den in Anlage 4 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024), wird auf den Beschluss verwiesen. Dort beabsichtigte Änderungen sind für spätere, separate Änderungsverfahren vorgesehen. Über das weitere Vorgehen zu den einzelnen Änderungen wird der Regionalrat im Anschluss an das Neuaufstellungsverfahren erneut befinden. Für das laufende Neuaufstellungsverfahren

Frankreichs. Die Anlage ist zudem ein außergewöhnliches Beispiel einer Fürstenresidenz des 18. Jahrhunderts. Als integriertes Planungs- und Handlungskonzept zur Erhaltung des außergewöhnlichen universellen Wertes der UNESCO Welterbestätte Schlösser Brühl erläutert der Managementplan im Detail die gesetzlichen Instrumente, Ziele und Maßnahmen, mit denen der Schutz, die Pflege, die Vermittlung sowie die Nutzung und Entwicklung von Welterbestätten verwirklicht werden soll. Insbesondere die Ausweisung einer sogenannten Pufferzone ist ein Ergebnis dieser Planung. Die definierte Pufferzone wurde in Form eines Minor Boundary Modification requests für eine Einreichung bei der UNESCO vorbereitet. Am 28. Juli 2024 wurde die vorgeschlagene Pufferzone im Rahmen der 46. Sitzung des Welterbekomitees in Neu-Delhi beschlossen. Die Fläche ASB_2 liegt in Gänze innerhalb dieser Pufferzone. Zusätzlich steht die ASB-Ausweisung gemäß DSchG NRW aufgrund von Bodendenkmälern im Widerspruch zum öffentlichen Belang des Denkmalschutzes. Sowohl westlich als auch östlich des entsprechenden Abschnittes der Otto-Wels-Straße (K7) befinden sich festgestellte und vermutete Bodendenkmäler (siehe Kartenauszüge anbei, Anlage 4.1 und 4.2). Diese wurden am 24.10.2023 als Bodendenkmal der Stadt Brühl eingetragen. Nach §14 Abs. 3 DSchG NRW ist bei Planverfahren die Sicherung der Bodendenkmäler durch die Gemeinden und Kreise sicherzustellen. Diese sog. Sicherungsverpflichtung bedeutet konkret, dass die Behörde eine Planung zu erarbeiten hat, die den Schutz des Bodendenkmals garantiert und schon die Möglichkeit einer Beeinträchtigung ausschließt. Denn Ziel der Bodendenkmalpflege ist es immer, das Bodendenkmal unbeschadet im Boden zu bewahren.

Zudem ist die Fläche aus Gründen der Hochwasservorsorge und aufgrund der Beschlusslage des Regionalrats hierzu nicht zu entwickeln: Gemäß Ihrer Erläuterungskarte F8 liegt der westliche Teil der Fläche innerhalb eines Risikogebiets, welches durch Extremhochwässer (HQextrem Fläche) gefährdet ist und dem Hochwasserschutz vorbehalten bleiben soll (Risikogebiet nach § 78 Wasserhaushaltsgesetz). Dies widerspricht dem Beschluss des Regionalrates vom 24.09.2021, die im Planentwurf enthaltenen bedarfsrelevanten Siedlungsraumfestlegungen in potentiellen Überflutungsbereichen und in Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, aus der Siedlungsraumfestlegung herauszunehmen. (vgl. auch S. 90 der Begründung des Regionalplanentwurfs 2024: „Demzufolge werden keine neuen Siedlungsraumpotentiale in Bereichen des HQextrem festgelegt“). Die ASB-Festlegung ist entsprechend der Flächenabgrenzung zu ASB_2 zurückzunehmen. Die Fläche ist als Allgemeiner Freiraum- u. Agrarbereich, Regionaler Grünzug (RG), Bereich zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) auszuweisen.

Brühl Nord – Gleisdreieck „Am Volkspark“

Im Brühler Norden wurde bereits im ersten Planentwurf 2021 eine GIB-Fläche südlich der Renault-Nissan-Straße und nördlich der Straße „Am Volkspark“ mit einer Festlegung als „Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen“ überlagert. Hier wurde ein Bereich überplant, der dieser Ausweisung nicht entspricht. In der Anlage 5 ist eine Flächenabgrenzung beigelegt, die diesen Bereich darstellt, der

ist die Abwägungsentscheidung des Regionrats, welche durch den Änderungsantrag dokumentiert ist, entscheidend.

Hinsichtlich der darüber hinaus erneut vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Zu Brühl Ost – Südlich der Rheinstraße:

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in

seit vielen Jahrzehnten durch verbindliche Bauleitplanung und tatsächliche Nutzung als Industriegebiet ausgewiesen und gesichert ist.

Die Festlegung „Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen“ ist entsprechend der Flächenabgrenzung in Anlage 5 zurückzunehmen. Die Fläche ist als GIB auszuweisen.

Die Stadt Brühl behält sich bei Nichtberücksichtigung vor, diese Aspekte unter Teil B im Rahmen einer Regionalplanänderung zeitnah zu beantragen.

Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: kommunale Entwicklungsabsicht als wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Stadtentwicklung der Stadt Brühl ist durch ihre Lage im Kern des Rheinischen Reviers und Teil des Verflechtungsraumes der Metropolen Düsseldorf und Köln einem erheblichen Siedlungsdruck ausgesetzt. Dementsprechend hat der Regionalrat diese Fläche als Allgemeinen Siedlungsbereich vorgesehen. Diese bleibt unverändert erhalten. Der ASB bietet ein Potential von insgesamt rd. 340 Wohneinheiten. Auf Grund der guten Erreichbarkeit, der vorhandenen Infrastruktur wie z.B. Kindergärten und einem attraktiven Umfeld ist die bisher geplante Bebauung von reduzierten 30- 40 WE / ha geeignet, den massiven Siedlungsdruck in der Stadt Brühl zu mindern. Die Fläche innerhalb der Pufferzone der Brühler Schlösser unter Beachtung des Belanges „Denkmalschutz“ wurde bereits im Regionalplanentwurf 2021 verortet.

Hinsichtlich der darüber hinaus erneut vorgebrachten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Dies gilt auch für die kleinteilige Überlagerung mit einem HQextrem. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass es der Kommune frei steht nach Wirksamkeit des Regionalplans eine Rücknahme der Fläche (ggf. im Rahmen eines Flächentausches) in einem separaten Änderungsverfahren anzuregen.

Zu Nord – Gleisdreieck „Am Volkspark“: Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und

Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der berührten öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--

AZ: BET_178000_1	
Stadt Elsdorf	
1033400_001, Stadt Elsdorf	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme der Stadt Elsdorf zur</p> <p>Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, zweiter Planentwurf</p> <p><u>1. Stadt Elsdorf im Strukturwandel</u></p> <p>Einleitend ist festzuhalten, dass die Stadt Elsdorf die Fortschritte des zweiten Planentwurfs des Regionalplans Köln begrüßt. In vielen Aspekten wurden städtische Entwicklungsziele vorbereitet und gesichert. Diese Notwendigkeit lässt sich aus der heutigen Entwicklungsperspektive und den Ansprüchen bevorstehender Aufgaben ableiten. Zum einen hat sich die Stadt Elsdorf mit der im Jahr 2016 beschlossenen Wachstumsstrategie als Stadt bereits so positioniert, regionale Siedlungsbedarfe abbilden zu können. Zum anderen sind alle Überlegungen zur Stadtentwicklung geprägt durch den in Berlin beschlossenen Kohlekompromiss und den damit verbundenen vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung. Demnach gilt es insbesondere wegfallende Arbeitsplätze zu kompensieren und Strukturbrüche zu vermeiden. Dies alles vor dem Hintergrund, dass ein Drittel der städtischen Fläche im Tagebau Hambach verortet ist, mit der beabsichtigten Braunkohlenplanänderung ca. 22 km² als Wasserfläche ausgebildet und damit letztendlich jeglicher zukünftigen Siedlungsentwicklung entzogen werden. Daraus folgt, dass die gesamte Stadtentwicklung auf den verbleibenden zwei Dritteln abgebildet werden muss.</p> <p>Seit Bekanntwerden des Kohleausstiegs hat sich die Stadt Elsdorf dazu entschlossen, sowohl der Herausforderung massiver struktureller Umbrüche entgegen zu treten und gleichzeitig eine zukünftige Stadtentwicklung proaktiv voranzutreiben. Es folgte die Erstellung diverser Konzepte zur Erörterung und Festlegung städtischer Entwicklungsabsichten. Demnach wurde bereits im Herbst 2019 ein umfassender, integrierter Planungsprozess mit dem Ziel planerische Perspektiven aufzuzeigen, eingeleitet. Zu diesen Konzepten zählen ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK), ein Freiraum- und Tourismuskonzept, ein Mobilitätskonzept, ein Masterplan für den Tagebaurand und ein Einzelhandelskonzept.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>

Inhalt

2. Verschneidung Regionalplanung und Braunkohlenplanung

Die in Elsdorf angestrebten Planungsüberlegungen aus dem Tagebaumfeld sind deshalb für eine ganzheitliche und abgestimmte Stadtentwicklung in die Regionalplanung aufzunehmen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass Braunkohlenplan und Regionalplan in enger Abstimmung synchronisiert werden müssen. Die Festlegungen des Regionalplans dürfen den Entwicklungsabsichten, die sich in Elsdorf aufgrund der Braunkohlenplanung und der damit verbundenen Einschränkungen ergeben, nicht widersprechen.

2.1. Freiraum

Insbesondere die Ausweisungen von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) und zum Schutz der Landschaft (BSLE) sind hierbei nachvollziehbarer und in Abstimmung mit den Entwicklungsabsichten der Stadt Elsdorf am Tagebaurand festzulegen. Insbesondere im Zeitraum der Seebefüllung wird eine touristische Inwertsetzung und Erlebbarmachung dieses vielfältig beispielbaren Raumes stattfinden. Um den anstehenden und teilweise bereits laufenden Entwicklungen genügend Raum bereitzustellen, ist die Freihaltung dieser Flächen auch im zukünftigen Regionalplan zwingend erforderlich. Eine Ausweisung des Tagebau-Randbereiches zum *Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung* schränkt die Nutzungsmöglichkeiten nicht nur ein, sondern widerspricht auch dem in den textlichen Festlegungen erläuterten Grundsatz der städtebaulichen Entwicklung „Hin zum See“ (vgl. Regionalplanentwurf 2021, textl. Festlegungen S. 55). Um eine Siedlungs- und Gewerbeentwicklung unmittelbar an der Tagebaukante realisieren zu können, braucht es insbesondere vor dem Hintergrund des überaus langen Planungshorizontes ausreichend Flexibilität in der Planung.

Die aktuelle Verteilung führt stattdessen zu Unsicherheiten und Einschränkungen in der Planung und Umsetzung der Entwicklungsbereiche als Orte der Erholung und Freizeitnutzung. Unterstrichen wird diese Stellungnahme der Stadt Elsdorf durch die Anmerkungen der Neuland Hambach GmbH im Rahmen der zweiten Offenlage.

- **KERNAUSSAGE:** RÜCKNAHME AUS DEM REGIONALPLAN DES BEREICHES ZUM SCHUTZ DER LANDSCHAFT UND LANDSCHAFTSORIENTIERTEN ERHOLUNG

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005311).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen

insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt

3. Bereiche für gewerbliche und industrielle Entwicklungen

Grundsätzlich nimmt die Stadt Elsdorf die Änderungen des zweiten Planentwurfes der Neuaufstellung des Regionalplans positiv zur Kenntnis und begrüßt die Fortschritte der zweiten Offenlage.

Die Festlegung von GIB zur Ansiedlung neuer innovativer Unternehmen in zukunftsfähigen Branchen führt zu einer steigenden Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen und wirkt damit einer der zentralen Herausforderung im Strukturwandel entgegen. Zudem machen die planerischen Vorgaben der Landes- und Regionalplanung eine interkommunal abgestimmte Version der zukünftig angestrebten gewerblichen Flächenentwicklungen unumgänglich.

Um im Hinblick auf den äußerst dynamischen Strukturwandelprozess weiterhin flexibel auf eine zunehmende Nachfrage an GIB reagieren zu können, benötigt die Stadt Elsdorf eine Auswahl an geeigneten Flächen. Zu großen Teilen wurden diese bereits in den aktuellen Regionalplanentwurf eingebracht und nach der ersten Offenlage umgesetzt. Dennoch sind im Folgenden einige Punkte genannt, die in der aktuellen Darstellung der Entwicklung der Stadt Elsdorf entgegenstehen und daher unbedingt einer Änderung im Rahmen der zweiten Offenlage bedürfen.

3.1. Autohof

Das interkommunale Gewerbegebiet Elsdorf-Kerpen Sindorf/West wird als eines von drei bereits im Vorfeld der Rechtskraft des neuen Regionalplans festgelegten Gewerbegebiet eine dynamische Entwicklung vollziehen, Strukturumbrüche vermeiden und lokale sowie regionale Arbeitsplatzbedarfe auffangen. Optimale Entwicklungs- und Ausweitungsmöglichkeiten bietet perspektivisch der in dem vorliegenden Entwurf dargestellte, südlich gelegene und direkt an das interkommunale Gewerbegebiet angrenzende GIB mit der Zweckbestimmung Autohof.

Trotz des ausgeschöpften Bedarfs der Stadt Elsdorf an Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) ohne Zweckbindung, ist die Zweckbestimmung Autohof hier nicht zweckmäßig. Angesichts der zunehmenden Verlagerung des Fracht- und Güterverkehrs auf andere nachhaltige und emissionsparende Verkehrsträger ist die Zweckbestimmung Autohof überholt. Eine Aufhebung dieser Bestimmung würde die Stadt Elsdorf aus den dargestellten Gründen begrüßen.

Wenn eine Festlegung als GIB ohne Zweckbestimmung nicht den Bedarfen der Stadt Elsdorf entspricht, würde die Stadt Elsdorf alternativ eine Umwidmung in eine andere Zweckbindung begrüßen. Eine Festlegung als GIBflex, GIBregional oder GIBtransformation oder aber die Umwandlung der Zweckbindung „Autohof“ in eine andere konkrete, zukunftsgerichtete Zweckbindung wäre zeitgemäßer und würde

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005233).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Für die Stadt Elsdorf besteht kein Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren*. Die Festlegung der in Rede stehenden Fläche als GIBflex ist nicht bedarfsgerecht. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Sofern GIBregional bzw. GIBplus in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit zusätzlichen Bedarfen für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen*. Ein Flächentausch innerhalb der in Rede stehenden Flächen ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

mehr Flexibilität der Nutzung und Planung bieten, um die Stadtentwicklung in Elsdorf zukunftsgerichtet und nachhaltig voranzutreiben. Die Stadt Elsdorf würde eine Festlegung als GIBregional begrüßen.

- **KERNAUSSAGE:** UMWIDMUNG DER ZWECKBESTIMMUNG AUTOHOF IN
ANDERE ZWECKBESTIMMUNG

Inhalt

3.2. Erweiterung Gewerbegebiet Elsdorf Ost

Die im Regionalplanentwurf dargestellte Gebietsabgrenzung des Gewerbegebietes Ost sollte sich unmittelbar bis zur K41 erstrecken (vgl. Abbildung 1). Der Verzicht des Heranführens des GIB an die Kreisstraße würde einen Raum hervorbringen, der nur schwer für andere Nutzungen zugänglich ist. Laut Abwägung wurde dieser Anregung in der ersten Offenlage nicht gefolgt, da kein Bedarf an weiteren kommunalen GIB vorhanden ist. Daher würde die Stadt Elsdorf eine Umverteilung der im zweiten Planentwurf dargestellten Flächen begrüßen: Das oberhalb der K41 liegende Dreieck mit der Festlegung GIBregional und einer Fläche von etwa 11 ha soll auf den Streifen entlang der K41 verlegt werden. Die restliche Fläche von etwas mehr als 3 ha kann in diesem Fall beispielsweise nordöstlich des angrenzenden Bereiches mit der Bezeichnung GIBtransformation das Gebiet oberhalb von Gut Desdorf erweitern.

- **KERNAUSSAGE:** ANPASSUNG DER ZEICHNERISCHEN FESTLEGUNGEN ZUR VERLEGUNG DER GEWERBEFLÄCHEN FÜR EINE EFFIZIENTERE VERTEILUNG

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005272).

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalen Bedarfe wurden mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen*.

Bei einer Aufteilung und Verlagerung liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (< 10 ha) für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft).

Inhalt

4. Mobilität

Die Stadt Elsdorf hat sich die Entwicklung eines attraktiven, kommunalen Mobilitätsangebots für alle Bevölkerungsgruppen durch die regionale Anbindung für Pendlerinnen und Pendler sowie für touristische Besucherinnen und Besucher am zukünftigen See als Ziel gesetzt.

4.1. Ehemalige Bahntrasse Düren-Neuss

Eine wichtige verkehrliche Verbindung mit viel Potenzial sieht die Stadt Elsdorf in der ehemaligen Bahntrasse Düren-Neuss, als zentrale Achse und Verbindung zwischen Elsdorf und der Stadt Bedburg. Zudem verläuft die Trasse in Nord-Süd-Richtung zentral durch das Stadtgebiet Elsdorfs. Aufgrund der direkten, geradlinigen Führung der Trasse bis nach Bedburg sollte die Achse für Mobilitätszwecke zwingend erhalten bleiben. Die Anbindung nach Bedburg über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist aktuell mangelhaft, eine Reaktivierung für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) wird jedoch aus verschiedenen Aspekten (u. a. Bebauungsgrenzen sowie Wirtschaftlichkeit: Instandsetzungskosten entsprechen voraussichtlich denen eines Neubaus) kritisch bewertet.

Ziel ist es daher, die Achse für andere, neuere und innovative Mobilitätsformen zu öffnen. Innerhalb von Elsdorf bietet sich die geplante „Grüne Achse“ insbesondere für den Fußverkehr an. Der vorliegende Regionalplanentwurf setzt die ehemalige Trasse jedoch als Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr fest. Dies widerspricht den Plänen der Stadt Elsdorf die Strecke als multifunktionalen „grünen“ Fahrrad- und Fußweg auszubauen.

Sollte der Schienenweg dennoch als bedeutsame Trasse nach LEP Ziel 8.1-11 gesichert werden, soll diese Festlegung den Planungsabsichten der Stadt Elsdorf zur Herstellung einer grünen, attraktiven Achse der Nahmobilität als langfristige Potenzialausschöpfung der Achse nicht entgegenstehen.

- **KERNAUSSAGE:** FESTLEGUNG ALS SCHIENENWEG SOLL PLANUNGSABSICHTEN EINER GRÜNEN ACHSE NICHT ENTGEGENSTEHEN

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005315).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

4.2. Verlängerung S-Bahn-Trasse

Im Gegenzug sieht die Stadt Elsdorf einen erheblichen Mehrwert für eine Schienenanbindung in der Verlängerung der S-Bahn-Trasse (S12) von Köln über Bergheim bis nach Elsdorf und perspektivisch gesehen bis zum zukünftig entstehenden See. Bis etwa 1960 existierte auch zwischen Elsdorf, Brockendorf (Grouven) und Zieverich eine (meterspurige) Bahnstrecke, die jedoch längst entwidmet und aus dem Raum verschwunden ist. Die Strecke Elsdorf – Bergheim-Zieverich wäre somit ein Neubau einer Schienenstrecke auf der Grundlage des Eisenbahnrechts (insb. AEG, EBO). Zudem wird langfristig auch der Freizeit- und Tourismusverkehr zum zukünftigen See eine bedeutende regionale Rolle spielen; eine Erschließung durch den SPNV würde hier einen bedeutenden Standortfaktor darstellen (vgl. Abbildung 3). Die Übernahme dieses potenziellen Schienenweges für den überregionalen und regionalen Verkehr in den Regionalplan würde die Stadt Elsdorf demnach begrüßen.

Auch wenn die Verlängerung der S-Bahn-Trasse nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans entspricht, kann der Regionalplan Schienenwege bei bestätigtem Bedarf einer solchen Trasse festlegen. Zur Feststellung eines solchen Bedarfs ist bei der Stadt Elsdorf im Rahmen des Förderprojektes Zukunftsterrassen Elsdorf eine weiche Machbarkeitsstudie in Arbeit.

- **KERNAUSSAGE:** SCHAFFUNG VON VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE REALISIERUNG EINER SCHIENENANBINDUNG DURCH DIE VERLÄNGERUNG DER S-BAHN-TRASSE (S12)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005316).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt und die angeregte Änderung entspricht weiterhin nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3).

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

5. Zusammenfassende Kernaussagen

- Die Änderungen der zweiten Offenlage werden grundsätzlich von der Stadt Elsdorf begrüßt. Die folgenden Punkte sind jedoch für die Stadt Elsdorf von großer Relevanz und dementsprechend in die Erarbeitung des zweiten Planentwurfs einzupflegen.
- Zur **Vereinbarkeit der Regionalplanung mit der bestehenden Braunkohlenplanung** und der zeitnah ausstehenden Abschlussbetriebsplanung des Tagebaus Hambach soll im Regionalplan auf die Entwicklungsabsichten des zukünftigen Seeufers eingegangen werden. Deshalb ist eine **Rücknahme der BSN und BSLE unerlässlich**.
- Die Stadt Elsdorf strebt eine **effiziente Ausschöpfung des Potenzials** der durch den Tagebau Hambach reduzierten Stadtgebietsfläche an. Deshalb sind
 - die Zweckbindung Autohof in eine **zukunftsgerichtete Zweckbindung umzuwidmen**
 - und die Gewerbefläche bei Gut Desdorf mehr **den räumlichen Gegebenheiten des Stadtgebietes anzupassen**.
- Die **Sicherung als Trasse für den regionalen und überregionalen Schienenverkehr** im Regionalplan soll den **Planungsabsichten** der Stadt Elsdorf zur Herstellung einer grünen, attraktiven **Achse der Nahmobilität nicht entgegenstehen**.
- Ein erheblicher Mehrwert für die Stadt Elsdorf besteht in der **Verlängerung der S-Bahn-Trasse (S12)** bis zum zukünftigen See, deren **Bedarf in einer Machbarkeitsstudie** geprüft wird. Die entsprechenden **Rahmenbedingungen** sollen im Regionalplan geschaffen werden, um eine zukunftsfähige Anbindung des Tagebausees zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde und eine Zusammenfassung der weiteren Anregungen vorgebracht. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung sowie der entsprechenden Teilstellungnahmen im Rahmen der zweiten Offenlage verwiesen.

AZ: BET_179000_1	
Stadt Erfstadt	
1033030_001, Stadt Erfstadt	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Erfstadt begrüßt die Regelungen des vorliegenden zweiten Regionalplanentwurfs, insbesondere in Bezug auf die Festlegungen zur Erweiterung des Siedlungsraums im Erfstädter Stadtgebiet. Es wird jedoch angeregt, den Planentwurf hinsichtlich der Festlegung von Freiraumfunktionen im westlichen Stadtgebiet und westlich der Erweiterung des VZEK sowie von Verkehrsinfrastrukturtrassen erneut zu prüfen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus auf weitere Anregungen verwiesen (siehe weitere Teil-Stn).</p>

Inhalt

FreiraumAllgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Der zweite Regionalplanentwurf legt die Flächen westlich angrenzend an den GIB mit der Zweckbindung Abfallbeseitigungsanlage (VZEK Köttingen) nunmehr als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit überlagerten Freiraumfunktionen fest. Vor dem Hintergrund der Planung zur Erweiterung des VZEK entspricht diese Darstellung nicht den Zielsetzungen der im Bebauungsplan festgesetzten *Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft*, die u.a. den nordwestlich des VZEK gelegenen Waldbestand dauerhaft erhalten sollen. Darüber hinaus ist im Bereich der derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen westlich des Knapsacker Sees eine Waldfläche mit heimischen Laubbaumarten sowie ein Waldrand anzulegen und dauerhaft zu erhalten. Wesentliches Ziel dieser innergebielichen Ausgleichsmaßnahmen sind die Einbindung des Gesamtgebietes in die Landschaft, die Wiederherstellung der ökologischen Funktion beeinträchtigter Habitatstrukturen sowie die Aufwertung und Strukturierung der zukünftig geplanten Freiflächen. Darüber hinaus sind die Aufwertung der Naherholungsfunktion der Ville sowie die Abschirmungsfunktion des VZEK gegenüber der westlich liegenden Siedlung ein wesentlicher Bestandteil in Bezug auf die Akzeptanz der Bürger:innen hinsichtlich der Planung zur Erweiterung des VZEK. Die zeitnahe Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen auf einer Fläche von ca. 30 ha im Wert von rund 2.400.000 € wird im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags gesichert. Infolgedessen regt die Stadt Erftstadt an, die Flächen westlich des VZEK im Regionalplan weiterhin als Waldbereich festzulegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Im Übrigen geht die Stellungnahme in Teilen über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Damit unterliegt die Stellungnahme für die nicht geänderten Bereiche der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

Freiraumfunktion – Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung

Der vorliegende Regionalplanentwurf legt westlich der Ortslagen Dirmerzheim, Konradsheim, Lechenich und Erp (im westlichen Stadtgebiet) weiträumig Bereiche für die Freiraumfunktion *Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung* fest. Diese überschneiden sich insbesondere mit der im Flächennutzungsplan der Stadt Erftstadt gesicherten Konzentrationszonen für Windenergieanlagen westlich von Erp sowie in Teilen mit der westlich von Konradsheim. Aus den textlichen Festsetzungen ergibt sich jedoch nicht, inwiefern die vorgenannte Freiraumfunktion mit der Nutzung der Flächen für Windenergieanlagen vereinbar ist. Der Stadt Erftstadt liegen zudem Anträge für den Bau von Freiflächenphotovoltaikanlagen im Bereich der Konzentrationszone für WEA westlich von Erp vor. Entsprechend dem Grundsatz 10.2-17 des LEP NRW sind vorzugsweise u.a. solche durch Windenergie vorbelastete Flächen für den Ausbau von Solarenergie zu nutzen. Vor diesem Hintergrund wird als Alternativen für die Darstellung der Freiraumfunktion *Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung* innerhalb der Konzentrationszonen für WEA im westlichen Stadtgebiet angeregt, einen Bereich für diese Freiraumfunktion zwischen den Ortslagen Ahrem, Erp und Friesheim zu verorten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus wird auf das Verfahren zum sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien verwiesen.

Inhalt

Verkehrsinfrastruktur

Den Festlegungen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur im Kapitel 5.1 Verkehrsinfrastruktur und den dort formulierten Zielen und Grundsätzen wird von Seiten der Stadt Erftstadt grundsätzlich gefolgt. Im Rahmen der Prüfung der Unterlagen ergeben sich jedoch nachfolgende Anmerkungen und Hinweise zu den Unterkapiteln.

5.1.2 Radwegenetz

Dem Grundsatz G.52 „Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln“ und der nachfolgenden Erläuterungen wird grundsätzlich gefolgt und der durch die Aufnahme in den Regionalplan dokumentierte Bedeutungsgewinn des Themas Fahrradfahren wird begrüßt.

Die Erläuterungskarte I2 (Anhang A4) führt in Erftstadt dem Anschein nach (angesichts der Maßstäblichkeit) folgende Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard (Bestand und Planung) auf: Erftadweg, B265, Bliesheimer Str.(L163), L263.

Die Erläuterung, dass es sich bei der Karte um kein Konzept oder Zielnetz handelt, wird zur Kenntnis genommen. Diese Radverbindungen sind allesamt nicht in kommunaler Baulasträgerschaft und keine dieser Radverbindungen weisen einen erhöhten Ausbaustandard im Bestand auf, noch sind der Stadt Erftstadt konkrete Planungen diesbezüglich bekannt.

Die Radverbindung entlang der L263 Lechenich-Herrig-Nörvenich (Kreis Düren) besitzt aus Sicht der Stadt Erftstadt nicht zwingend das Potenzial, welches einen höheren Ausbaustandard als die übrigen inter- und intrakommunalen Radverbindungen in Erftstadt rechtfertigt.

Der Stadtteil Erp ist nicht in das Radwegenetz eingebunden. Die Stadt Erftstadt bittet daher um Aufnahme der Verbindung Erp-Friesheim in die Radwegekategorie „Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard (Bestand und Planung)“.

Im Hinblick auf die Potenziale der Radwegeverbindungen in Erftstadt wird von Seiten der Stadt Erftstadt auf den Bedarfsplan für Radschnellverbindungen des Landes sowie zur Definition des landesweiten Radvorrangnetzes NRW (laufendes Beteiligungsverfahren über die Bezirksregierung Köln) und das kommunale Mobilitätskonzept hingewiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird grundsätzlich Zustimmung erklärt sowie auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Darüber hinaus werden der Darstellungssystematik entsprechend in der Erläuterungskarte I2 klassifizierte Radverbindungen des Radverkehrsnetz NRW, bestehende und geplante regionalbedeutsame Radverbindungen mit erhöhtem Ausbaustandard (siehe Definition auf S. 194 in Kapitel 5.1.2 der Begründung) sowie Radschnellwege des Landes dargestellt. Bei der Verbindung entlang der L263 handelt es sich um eine Radverbindung, die im Konzept "Radverkehrsnetz Rheinisches Revier" enthalten ist und somit der Darstellungssystematik entspricht. Dagegen entspricht die angeregte Änderung bzw. Aufnahme der Verbindung Erp-Friesheim nicht der Darstellungssystematik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.2). Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

Inhalt

5.1.4 Straßennetz

Zu Grundsatz G57 „Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen“ ergeht Seitens der Stadt Erftstadt folgender Hinweis.

Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Festlegung sind im Entwurf des Regionalplans als Vorbehaltsgebiet festgelegt. Aktuell 2024 wird der Landesstraßenbedarfsplan fortgeschrieben. Es wird daher angeregt die Fortschreibung und nicht den Bestandsbedarfsplan aus dem Jahr 2006 als Grundlage der Festlegungen im Regionalplan anzusetzen.

Konkret ist auf Erftstädter Stadtgebiet im Planentwurf des Regionalplans eine ab-2) Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung aufgeführt. Angesichts der per Ratsbeschluss der Stadt Erftstadt im Jahr 2011 abgelehnten Ortsumfahrung regt die Stadt Erftstadt an, diese Maßnahme aus dem Landesstraßenbedarfsplan und dem Regionalplan herauszunehmen. Stattdessen wird weiterhin an der Stellungnahme zum vorherigen Regional-planentwurf bezüglich der Westtangente Lechenich festgehalten und angeregt, eine westliche Umgehungsstraße der Ortslagen Lechenich, Konradsheim, Dirmmerzheim und Gymnich, für die bereits eine Machbarkeitsstudie vorliegt, in beide Planwerke aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Hinweis zum Landesstraßenbedarfsplan wird zur Kenntnis genommen.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

In Hinblick auf die konkreten Anregungen auf Erftstädter Stadtgebiet ergeben sich gegenüber der ersten Beteiligung sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1004664, 1004669). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: BET_180000_1	
Stadt Frechen 2	
1032686_001, Stadt Frechen 2	
<p>Inhalt</p> <p>Wachtberg II (Stellungnahme ID: 1003657)</p> <p>Die Stadt Frechen begrüßt, dass der Anregung gefolgt und die Erweiterung des bestehenden GIB ‚Wachtberg I‘ um den Bereich ‚Wachtberg II‘ in den Regionalplanentwurf aufgenommen worden ist. Der Flächenvorschlag beruhte auf einer Vielzahl von Abstimmungsgesprächen mit Ihnen sowie Akteuren der Region und wird durch die im Rahmen des hiesigen Verfahrens zur Verfügung gestellten Unterlagen begründet. Zu benenne Unterlagen sind die städtische Standortalternativenprüfung, eine umweltfachliche Standortuntersuchung sowie eine artenschutzrechtliche Prüfung. Im Ergebnis wurde ein Flächenzuschnitt mit einer Größe von 15 ha vorgeschlagen, der sich südöstlich an das bestehende Industriegelände anlegt.</p> <p>Nach Sichtung der von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen möchte ich darauf hinweisen, dass der von der Stadt Frechen vorgeschlagene Flächenzuschnitt in seiner Verortung von dem im vorliegenden Planentwurf dargestellten GIB in Teilen abweicht. Demnach wird angeregt, die östliche Zwischenfläche aufzufüllen. Westlich der von Norden nach Süden verlaufenden Erschließungsstraße kann ein Teil des GIB zurückgenommen werden, sodass die Flächengröße sich nicht maßgeblich verändert. (s. Abb. 1)</p> <p><i>Abb. 1: Festlegungsvorschlag Wachtberg II</i></p> <p>[Abbildung]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Die Abgrenzung des GIB erfolgt unter Berücksichtigung der umliegenden Freiraumfunktionen (Regionaler Grünzug, BSLE).</p> <p>Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Für RG besteht in Ziel 18 der Regionalplanentwurf die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die <u>Durchgängigkeit</u> und <u>Funktionsfähigkeit</u> des RG erhalten bleiben. Die potenziellen Funktionen der RG sind in Ziel 18 definiert als klimatische und lufthygienische, sowie Funktionen</p>

zur Biotopverbindungen und für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen. Die Durchgängigkeit des RG würde bei einer erweiterten GIB-Festlegung in östliche Richtung nicht mehr als gegeben angesehen werden.

Im Übrigen entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1032686_002, Stadt Frechen 2

Inhalt

Quarzwerte

GIB und ASB (Stellungnahme ID: 1003659)

Die Übernahme der im Bestand vorhandenen Tagesanlagen der Quarzwerte als GIB ist folgerichtig. Zur Erfüllung landesplanerischer Vorgaben und die damit geforderte Anbindung des GIB an den bestehenden Siedlungsraum wurde ein neuer ASB in den Regionalplanentwurf aufgenommen. Hier wird davon ausgegangen, dass diese Fläche nicht auf etwaige Berechnungen städtischer Bedarfe an Wohnbauflächen angerechnet werden. Hinzukommend der Hinweis, dass die Flächen innerhalb des ASB in ihrer heutigen Funktion als Sportpark vorhanden sind und seitens der Stadt Frechen keine Absicht besteht, die Flächen anderweitig zu entwickeln.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Inhalt

Quarzwerte

Streichung des BSN (Stellungnahme ID: 1003660)

Die in dem Planentwurf vorhandene Signatur des räumlichen Umgriffs eines BSAB stellt eine nachrichtliche Übernahme aus dem Entwurf des Teilplans: Nichtenergetische Rohstoffe (TPNR) dar. Der TPNR ist bislang nicht in Kraft, sodass ein endabgewogenes Konzept zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhanden ist. Da der Abbaufortgang in diesem Bereich zusätzlich über bergrechtliche Betriebspläne geregelt ist, stehen die Abbautätigkeiten der Quarzwerte unter Bestandsschutz und es wird davon ausgegangen, dass es zu keiner regionalplanerischen Beeinträchtigung dieser kommt.

Ziel Z.neu4 geht auf den Tatbestand der rechtlichen Vorsorge und die hypothetische Situation ein, dass der TPNR seine Rechtswirksamkeit verliert. Nachvollziehbar ist, dass für den Fall einer Unwirksamkeit eine Rückfallebene vorhanden sein sollte und regionalplanerische Regelungslücken vermieden werden. Jedoch wird es problematisch, wenn die regionalplanerische Ausweisung auf der Rückfallebene der Genehmigungsfähigkeit einer Abgrabung diametral entgegensteht.

Diese Problematik wird für den Bereich der nachrichtlichen Übernahme des BSAB für die Abgrabungstätigkeiten der Quarzwerte gesehen. Hier legt der Planentwurf ein BSN auf der Rückfallebene fest und stellt aufgrund des davon ausgehenden Schutzanspruches die Genehmigungsfähigkeit weiterer Abgrabungstätigkeiten in Frage. Aufgrund der Bedeutung der Sicherung des Standortes der Quarzwerte für die Stadt Frechen und der Bedeutung der Sicherung der Rohstoffversorgung des Regierungsbezirks, wird angeregt, den BSN in diesem Bereich zurückzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der 1. Öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1003660). Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* (Teilplan NR) sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR redaktionell angepasst.

Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern* die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

Hinsichtlich der geäußerten Besorgnis, dass eine hypothetische Konstellation eintreten könnte, in welcher der Teilplan NR seine Rechtswirksamkeit insgesamt oder in Teilen verlöre und die Festsetzungen des geltenden Regionalplans einer beantragten Abgrabung entgegenstünden, ist auf den Bestandsschutz rechtmäßig zugelassener Abgrabungen hinzuweisen (s. Erläuterung (4) zu Z. neu4 sowie Ziel 4 *Bestandsschutz für zugelassene Abgrabungen* des Teilplans NR). Die von den Bedenkenträgern konstruierte hypothetische Fallgestaltung einer (teilweisen) Unwirksamkeit des Teilplans NR vermag keine Grundlage für die vorliegende Abwägungsentscheidung zu bilden. Der Regionalrat als Träger der Regionalplanung geht im Rahmen seiner Entscheidungsfindung von der Rechtswirksamkeit seiner eigenen planerischen Festlegungen aus. Sollten wider Erwarten der Regionalplan oder der Teilplan NR durch gerichtliche oder sonstige Verfahren für unwirksam erklärt werden, entstünde auf Ebene der Regionalplanung ohnehin ein Planungserfordernis, um die raumordnungsrechtliche Steuerungswirkung wiederherzustellen und die landesplanerischen Vorgaben in Bezug auf nichtenergetische Rohstoffe zu erfüllen.

1032686_004, Stadt Frechen 2

Inhalt

ASB Erweiterung für einen neuen Schulstandort (Stellungnahme ID: 100364)

Die von der Stadt Frechen angeregte Erweiterung des ASB wurde in den Planentwurf übernommen. Der bislang geplante Schulstandort geht teilweise leicht über den neu festgelegten ASB hinaus. Eine Anpassung des jetzigen Planentwurfes wird als nicht notwendig erachtet, da auch ohne Änderung, aufgrund der regionalplanerischen Unschärfe davon ausgegangen wird, dass die regionalplanerischen Ziele der beabsichtigten Bauleitplanung nicht entgegenstehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Villa Pauli (Stellungnahme ID: 1004576)

Nach Anregung des Rhein-Erft-Kreises wurde der Bereich rund um das Seniorenzentrum Villa Pauli im Planentwurf als Waldbereich festgelegt. Grundsätzlich ist dies eine Abbildung der tatsächlichen Verhältnisse. Bei der Ausweisung der gesamten Fläche als Waldbereich ist jedoch zu beachten, dass in den nördlichen Randbereichen der Fläche Erweiterungen und Erneuerungen in den Bestandsbereichen möglich sein sollten. Demnach wird angeregt, den nördlichen Waldbereich als ASB festzulegen. (s. Abb. 2)

Abb. 2: Festlegungsvorschlag Villa Pauli

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen ist die Festlegung als Freiraum, hier Waldbereich, aufgrund der Darstellung im Flächennutzungsplan und der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_18000_1	
Autobahn GmbH des Bundes - Niederlassung Rheinland	
1033516_001, Autobahn GmbH des Bundes - Niederlassung Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>Im Hinblick auf die Neuaufstellung des Regionalplans Köln wird grundsätzlich auf die in der vorherigen Beteiligung abgegebenen Stellungnahmen der Autobahn GmbH des Bundes verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus wird nochmals auf die im Geltungsbereich vorhandenen Autobahnen hingewiesen, deren angrenzende Bereiche den Bestimmungen des § 9 Fernstraßengesetz (FStrG) unterliegen. Um sicherzustellen, dass die Belange der Autobahn GmbH des Bundes auch beachtet werden, bitte ich einen Hinweis auf die anbaurechtliche Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone gemäß § 9 Abs. 1 und 2 Bundesfernstraßengesetz im Rahmen der in den späteren verbindlichen Bauleitplanung aufzunehmen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.</p> <p>Da es sich um eine fachgesetzliche Vorgabe handelt, richtet sich der Hinweis an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: BET_18001_1	
Die Autobahn GmbH des Bundes - Niederlassung Rheinland I Außenstelle Köln	
1034240_001, Die Autobahn GmbH des Bundes - Niederlassung Rheinland I Außenstelle Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Alle zeitlichen Angaben zu unseren laufenden und beabsichtigten Planungen sind vorbehaltlich der Veröffentlichung des neuen Finanzierungs- und Realisierungsplan (FRP), der uns als Autobahn GmbH noch nicht vorliegt.</p> <p>Bitte beachten Sie die angehangen Dateien. Die angehangene tabellarische Übersicht zeigt alle laufenden und beabsichtigten Planungen einschl. der zugehörigen zeitlichen Einordnungen.</p> <p>Neuaufstellung des Regionalplanes Köln - Auskunft über laufende und beabsichtigte Planungen</p> <p><i>[Abbildungen]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1034240_002, Die Autobahn GmbH des Bundes - Niederlassung Rheinland I Außenstelle Köln

Inhalt

Ergänzung zum Projekt A1/A3 Ausbau Leverkusen-West (m) – AK Leverkusen:

autobahninterne Bezeichnung:
[Anonymisiert]

Das o.g. Projekt und die Autobahn ist von der Änderung des Regionalplanes Köln mittelbar betroffen.

Derzeit befinden sich unter der ca. 950 m langen Hochstraße B ca. 1.600 Parkplätze. Diese dienen verschiedenen Zwecken der Stadt Leverkusen und werden von der Stadt unterhalten und zweitweise an die BayArena des 1. Liga-Vereins Bayer 04 Leverkusen weiter verpachtet. Die Nutzung erfolgt auf Basis eines Gestattungsvertrages mit der Autobahn GmbH.

Während des im Fernstraßenausbauplan gesetzlich verankerten Ausbaus der A1 (Hochstraße B) und wahrscheinlich auch danach (Regelungen der RE-Ing bzgl. Brandschutz) ist eine Nutzung dieser Parkflächen nicht (mehr) möglich.

Wegen des kündbaren Gestattungsvertrages ist die Suche nach Alternativflächen überwiegend nicht Aufgabe der Autobahn GmbH. Allerdings gibt es zusätzliche randliche Flächen, für die die Autobahn GmbH möglicherweise ausgleichspflichtig ist und somit ebenfalls ein Interesse an der Findung von ortsnahe Alternativen hat.

Daher wird die Änderung der Flächen zwischen A1 und Dhünn im Regionalplan seitens der Autobahn GmbH begrüßt, da er zukünftige Planungsprozesse auf kommunaler Ebene erleichtern dürfte:

[Abbildungen]

Die Autobahn GmbH bittet daher um eine grundsätzliche Beibehaltung der Regionalplanänderung und unterstützt diese.

Im Rahmen der neuen Festsetzung des Grünzuges südlich der Dhünn weise ich allerdings darauf hin, dass im Bereich der verlängerten Tannenbergsstraße (siehe nachfolgende Grafik) im Zuge der Bauvorbereitung und der Baudurchführung die Wegeverbindung durch den verlegten Grünzug eventuell baulich incl. Brücke aufgeweitet werden muss.

Diese temporäre Aufweitung ermöglicht eine Entlastung des Baubereiches im Bereich der A1 und die Anfahrt von Rettungsfahrzeugen, Lieferfahrzeugen und sonstigem Verkehr zu den zwischen der A1 und Dhünn gelegenen Sportflächen. Ferner könnte somit eine Erreichbarkeit von möglichen Parkersatzflächen verbessert werden.

Abwägung

Typ
Hinweis

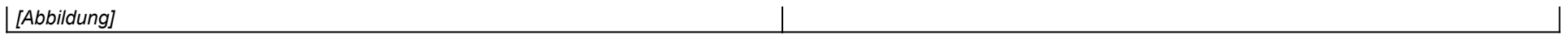
Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen ohne regionalplanerische Relevanz verwiesen.

[Abbildung]



AZ: BET_18003_1	
Fernstraßen-Bundesamt	
1032951_001, Fernstraßen-Bundesamt	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf, nimmt das Fernstraßen-Bundesamt (FBA) wie folgt Stellung:</p> <p>Der Darstellungsmaßstab des Regionalplanes ist nicht geeignet, Berührungspunkte hinsichtlich kleinräumiger Planungsmaßnahmen, Nebenanlagen der BAB usw. zu erkennen. Eine Betroffenheit dieser Flächen durch die avisierten Ziele des Regionalplanes kann deshalb hier, aufgrund des Maßstabs und der Kartengrundlage, nicht beurteilt werden. Eine Prüfung erfolgt auf Ebene der nachfolgenden Planungsstufen.</p> <p>Es soll im Rahmen dieser Stellungnahme jedoch auf Folgendes hingewiesen werden:</p> <p>Aus der Prüfung der Unterlagen zum e.g. Verfahren ergaben sich Hinweise, dass Belange des geltenden Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG)) betroffen sein können und Konflikte nicht auszuschließen sind.</p> <p>Wir weisen Sie im Allgemeinen darauf hin, dass der aktuell gültige Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG) sowie die Verkehrsvorhaben des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) (Anlage 4 Abschnitt 1 Bau- und Ausbauvorhaben zu § 20 InvKG) konkret und projektbezogen bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen sind.</p> <p>Die Bedarfsplanprojekte (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG) und Verkehrsvorhaben (Anlage 4 zu den §§ 20 und 21 InvKG) finden Sie unter folgendem Link: https://www.gesetze-im-internet.de/fstrausbaug/anlage.html https://www.gesetze-im-internet.de/invkg/BJNR179510020.html Projektinformationssystem (PRINS*) zum Bundesverkehrswegeplan: https://www.bvwp-projekte.de/map_street.html</p> <p>*Hinweis: Das PRINS dient als Hintergrundinformation. Es stellt lediglich ergänzende Informationen dar. Maßgebend sind die Projekte des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen 2016 (Anlage zu § 1 Absatz 1 Satz 2 FStrAbG).</p> <p>Die anbaurechtlichen Regelungen gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStrG) sind in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht und Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_181000_1	
Stadt Hürth	
1034116_001, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p>Zweiter Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln</p> <p><u>hier:</u> Stellungnahme der Stadt Hürth zur erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung gem. § 9 Abs. 2 und Abs. 3 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 13 Landesplanungsgesetz NRW (Stichwort: TÖB RPlan Neuaufstellung)</p> <p>Es ist zu begrüßen, dass einige Anregungen der Stadt Hürth im zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln berücksichtigt und eingearbeitet wurden. Der Beteiligungszeitraum zur erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung von einem Monat, beginnend in den Herbstferien, wird von Seiten der Stadt Hürth allerdings kritisch angemerkt. Eine ordentliche interne Beteiligung und Einbindung der politischen Gremien ist in dieser Zeit nicht durchführbar. Zum zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln nimmt die Stadt Hürth im folgenden themenbezogen — nicht alphabetisch geordnet — Stellung. Es wird darum gebeten, diese Anregungen im weiteren Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden zur Kenntnis genommen und es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.</p> <p>Im Übrigen wird auf die betreffenden Teil-Stellungnahmen der Stadt Hürth verwiesen.</p>

1034116_002, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB)</u></p> <p><u>Hürth-Sielsdorf</u></p> <p>Hinsichtlich von Wohnbauflächen besteht bei der Stadt Hürth kein Bedarf an hinzutretenden Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) in derzeit unbebauten und unbeplanten Bereichen. Die Sicherung von bebauten Bereichen und deren Möglichkeit der Entwicklung wird dennoch angeregt.</p> <p>(Abbildung)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001406).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

Inhalt

Hürth-Hermülheim

Änderungsnummer: 1001410

Die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) im Gegensatz zum festgelegten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich aus dem ersten Planentwurf wird grundsätzlich begrüßt. Für diesen Bereich stellt die Stadt Hürth den Bebauungsplan 016b Wilhelm-Rieländer-Straße auf, welcher sich derzeit in der Beteiligung der Öffentlichkeit befindet. Es wird davon ausgegangen, dass die gewerbliche Entwicklung (auch in Kombination mit der Darstellung einer gewerblichen Baufläche im rechtswirksamen Flächennutzungsplan) im Einklang mit den Festlegungen des Regionalplans steht, der für einen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) eine Nutzungsmischung zugrunde legt. Ansonsten wird angeregt, eine Anpassung des Regionalplans an die kommunalen Ziele zu vollziehen.

Hinweis: Die überlagernde Festlegung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ wird in der Änderungskarte als entfallende Festlegung hervorgehoben, ist im zweiten Planentwurf allerdings weiterhin festgelegt. Dies ist mit der Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) und einer „Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr nicht vereinbar und sollte herausgenommen werden.

(Abbildung)

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird angepasst (Rücknahme der überlagernden Festlegung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“).

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Inhalt

Änderungsnummer: 1001413

Die angedachte gewerbliche Entwicklung des südlichen Bereiches des ehemaligen Rangierbahnhofes in Hürth-Hermülheim wird aufgrund der Einbettung in umliegende Bestandswohngebiete voraussichtlich ein Gewerbe mit geringen Emissionen beinhalten. Das textlich angepasste Ziel 10 *GIB sichern und entwickeln* hat zum Ziel, dass die Bauleitplanung nun bei neuen Planungen und Maßnahmen eine Fehlnutzung der GIB durch Betriebe, welche nur geringe Emissionen hervorrufen, auszuschließen hat. Sollte das Ziel gegen die angedachte Entwicklung im südlichen Bereich stehen fordert die Stadt Hürth die Fläche ebenso als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) auszuweisen. Ebenso sind die Flächen nicht den GIB-Bedarfen anzurechnen.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPlG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt.

Inhalt

Hürth-Berrenrath

Die Erläuterungen zur Abwägungsentscheidung über die Nicht-Aufnahme ganz Berrenraths als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) werden zur Kenntnis genommen. Bei der bereits vorhandenen markierten Fläche handelt es sich allerdings nicht um die klassische Splittersiedlung, sondern eine gewachsene Siedlung. Es wird angeregt einzig diesen Teil als Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) festzulegen.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001407).

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan ist eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung „*Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren*“ möglich. Sie richtet sich nach Ziel 23 LEP NRW.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Gewerbe- und Industriebereiche (GIB)

Hürth-Gleuel

Änderungsnummer: 1001416

Die Festlegungsänderung von einem Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) zu einem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich mit der überlagernden Festlegung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ wird grundsätzlich begrüßt. In der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung hat die Stadt Hürth die Fläche allerdings als Tauschfläche für verschiedene angedachte gewerbliche Entwicklungen angeführt, welche nicht in den aktuellen Festlegungskatalog des Regionalplans übernommen wurden.

(Abbildung)

Die Stadt Hürth geht nun davon aus, dass Sie die Neuverortung der Gewerbeflächen (entsprechend der dargestellten gewerblichen Bauflächen im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Hürth) entsprechend der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* im Zuge von Flächentauschen auf Ebene der Flächennutzungsplanung ermöglicht bekommt. Speziell ist derzeit geplant diese Flächen im Bereich des Bebauungsplans 335 „Gewerbegebiet Am Kalscheurer Hof“ / der 9. Flächennutzungsplanänderung zu verorten. Die Stadt Hürth geht davon aus, dass dieser Tausch durch die Festlegungen des Regionalplans möglich ist. Sollte ein entsprechender Flächentausch nicht möglich sein, wird angeregt die Tauschflächenvorschläge aus der 1. Beteiligung des Regionalplans: Tauschflächenvorschlag *Industriestraße, Abgrabung Bischoff Südliche Erweiterung Gewerbegebiet Kalscheuren* in die zeichnerische Festlegung des Regionalplans aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Inhalt

Verkehrsinfrastruktur

K25n/L103n

(Abbildung)

Bei diesen beiden Planungen handelt es sich um insgesamt einen Straßenzug, der auch in Gänze im Landesstraßenbedarfsplan aus dem Jahr 2007 noch enthalten ist. Die Stadt Hürth hat in ihrer Stellungnahme vom 03.07.2024 an die Bezirksregierung Köln zur Neuauflistung des Landesstraßenbedarfsplan die Streichung des gesamten Straßenzugs beantragt. Dies erfolgte auch mit Hinweis auf die Stellungnahme der Stadt Hürth zur ersten Offenlage des Regionalplans. Sofern der Landesstraßenbedarfsplan im Entwurf rechtzeitig vorliegt, sollte der dann aktuelle Stand in den Regionalplan übernommen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen werden entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuauflistung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Inhalt

Linie 19

(Abbildung)

Die Signatur der geplanten Verlängerung der Linie 19 (Tabelle 21, Zeile 7) in der zeichnerischen Darstellung ist kaum erkennbar und sollte (analog zur Darstellung geplanter Straßen) deutlicher sein, wie das z. B. bei der geplanten Südumfahrung Fischenich auch der Fall ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Da es sich um eine Schienenplanung aus dem Bedarfsplan des Landes ohne räumliche Konkretisierung handelt (siehe Begründung, Seite 199), wird die geplante Verlängerung der Linie 19 mit Planzeichen 3.bb-2 als "Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr ohne räumliche Festlegung" festgelegt.

1034116_009, Stadt Hürth	
<p>Inhalt</p> <p><u>Haltepunkt Fischenich Mitte</u></p> <p>Einen ÖPNV/SPNV-Haltepunkt in der Mitte des Ortsteils Fischenich gibt es nicht und ein solcher ist auch nicht geplant.</p> <p>(Abbildung)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerische Festlegung wird angepasst.</p> <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.</p>

Inhalt

Prüfung/Abgleich Landesstraßen

Die Darstellung der Bundes- und Landesstraße auf dem Hürther Stadtgebiet ist im Regionalplan nach wie vor nicht vollständig:

(Abbildung)

Der Anschluss der L183 an die B265n verläuft nicht in der alten Flucht der Bonnstraße, sondern abgelenkt in der Flucht des Hürther Bogens:

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus wird auf die Erläuterungen zu der Festlegungsmethodik in Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen.

Inhalt

Änderung an den textlichen Festlegungen

In der Änderungssynopse zu den textlichen Festlegungen sind die Textpassagen *Anpassungsverfahren gemäß LPIG NRW* oder inhaltlich gleichbedeutende Textpassagen gestrichen worden und durch eine Formulierung ersetzt worden, die die Bauleitpläne fokussieren. Beispielhaft anzuführen sind Formulierungen wie:

- „sollen im Rahmen des Bauleitplanverfahrens dargelegt werden“ oder
- „im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) plausibel darzulegen“.

Aus kommunaler Sicht gilt es zu vermeiden die Ebene der kommunalen Bauleitplanung, welche in letzter Zeit ein immer größeres Begründungserfordernis erfahren haben, mit weiteren Begründungspflichten zu überfrachten und notwendige Verfahren entsprechend zu verlangsamen oder im ungünstigsten Fall zum Erliegen zu bringen. Eine Abwägung der verschiedenen Themenstellungen muss auf Ebene der Regionalplanung erfolgen und kann nicht auf die nachgelagerten Ebenen verlagert werden. Diese systematische Verlagerung lässt auf einen Abwägungsausfall auf Ebene der Regionalplanung schließen. Ebenso verliert die zeichnerische Festlegung des Regionalplans an Vertrauen in deren Gültigkeit. Entsprechend des geschilderten Sachverhaltes wird gefordert, die Grundsätze und Ziele des Regionalplans so zu gestalten, dass eine Abwägung der unterschiedlichen Belange nicht auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung erfolgen muss.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Bei dem geänderten Planinhalten handelt es sich um eine Anpassung an den aktuellen rechtlichen Rahmen des Landesplanungsgesetzes (LPIG NRW). Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann nach wie vor für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

AZ: BET_182000_1	
Stadt Kerpen	
1033447_001, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>1 Siedlungsraum</p> <p>1.1 ASB-Fläche - Hüttenstraße</p> <p>Die Kolpingstadt Kerpen begrüßt die Umwandlung der Flächen an der Hüttenstraße im Stadtteil Sindorf von GIB in ASB in Anlehnung an unsere vorgebrachte Stellungnahme zum ersten Planentwurf. Hierzu hat die Kolpingstadt Kerpen keine weiteren Anregungen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

1.2 Rücknahme einer ASB-Fläche in Blatzheim / Buirer Fließ

Mit dem zweiten Planentwurf werden weitere Überschwemmungsbereiche festgelegt. Die Kolpingstadt Kerpen regt an, die Rücknahme des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) im südlichen Bereiches von Blatzheim entlang des Buirer Fließes als Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich zu veranlassen (s. Abbildung 1).

(Abbildung)

In der Vergangenheit hat die Stadt Kerpen, in Abstimmungen mit der Unteren Wasserschutzbehörde des Rhein-Erft-Kreises, Planungen im Bereich der o.g. Fläche abgelehnt, da es sich bei der o.g. Fläche um ein festgesetztes Überschwemmungsgebiet gem. WHG (s. Abbildung 2) handelt und somit rechtliche Einschränkungen, das hohe Hochwasserrisiko und der notwendige Schutz von Menschen und Sachwerten im Vordergrund stehen. Durch die Rücknahme des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) und die Umwidmung in Freiraum würde Klarheit geschaffen und zukünftige Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Bauanträge vermieden werden und die Planungs- und Rechtssicherheit erhöht.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

oder

Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich

davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der berührten öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.

Inhalt

1.3 GIB - Fläche – Transformationsfläche Kerpen-Süd

Die Aufnahme der Transformationsfläche Kerpen-Süd in den Regionalplan wird von der Kolpingstadt Kerpen grundsätzlich begrüßt. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass ein unmittelbarer Anschluss an die bestehenden ASB am südlichen Rand des Stadtteil Kerpens vermieden werden sollte. Hier sollte im Sinne des Grünvernetzungsconzeptes der Kolpingstadt Kerpen (14. Änderung des FNP), wie auch schon in der Stellungnahme zum ersten Planentwurf aufgezeigt, eine Grünvernetzung zwischen dem Schutzgebiet Neffelbachaue im Nordwesten und dem Kerpener Bruch im Osten erfolgen. So kann ein zusammenhängendes Freiraumverbundsystem gemäß Grundsatz 19 gewährleistet werden. Es wird daher angeregt, einen Abstandspuffer von mind. 150 m vorzusehen und die zeichnerische Darstellung des GIBtransformation entsprechend zu ändern. Sofern aus landesplanerischer Sicht keine Anpassung der zeichnerischen Darstellung möglich ist, wird angeregt, dass eine textliche Ergänzung aufgenommen wird, z.B.

„Für die Schnittstelle des neu ausgewiesenen GIBtransformation zum nördlich angrenzenden ASB ist im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ein zu begrünender Abstandspuffer, der als Grünvernetzung zwischen dem Schutzgebiet Neffelbachaue im Westen und Kerpener Bruch im Osten dienen kann, mit einer Mindestbreite von 150 m zu berücksichtigen.“

(Abbildung)

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass in der Begründung des zweiten Planentwurfs des Regionalplans in Tabelle 18: „Übersicht Betroffenheit schutzwürdige Böden/Landwirtschaftliche Böden“ die Betroffenheit für die Transformationsfläche Kerpen-Süd als nur teilweise eingeschätzt ist. Aus Sicht der Stadt findet jedoch eine sehr hohe Funktionserfüllung statt, wie aus den Erläuterungskarten des ersten Planentwurfs hervorgeht (s. Abbildung 4). Es wird um Richtigstellung gebeten.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Anregungen geäußert.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Der Festlegung eines "Abstandspuffers" stehen landesplanerische Vorgaben entgegen. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Hinblick auf Tabelle 18 der Begründung gilt klarstellend: Die Erläuterungskarte F2 Schutzwürdige Böden zeigt die schematische Darstellung der Methodik im Maßstab 1:200.000. Durch die maßstabsbedingten Abrundungen ist eine detaillierte Herleitung für eine Einzelfläche nicht möglich, da diese nicht den nötigen Detaillierungsgrad für die regionalplanerischen Festlegungen treffen. Die fachliche Prüfung auf Grundlage der dezidierten Fachdaten im Rahmen der Umweltprüfung zur angeregten Fläche stellt das Ergebnis für den regionalplanerischen Maßstab (1:50.000) dar.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der

Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfn sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033447_004, Stadt Kerpen	
Inhalt	Abwägung
1.4 Zukünftige GIB – Fläche „Haus Forst“ Die Kolpingstadt Kerpen begrüßt die Entscheidung des Regionalrats, der von der Kolpingstadt Kerpen angeregten Erweiterung zuzustimmen und auch das Gelände „Haus Forst“ als GIB mit Zweckbestimmung „Abfallbehandlungsanlagen“ darzustellen.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

2.1 Freiraum – Entwicklungsmöglichkeiten in der Manheimer Bucht

Mit dem vorzeitigen Kohleausstieg und der damit verbundenen Verschiebung der Tagebaugrenzen erfolgt im vorliegenden Planentwurf der notwendige Lückenschluss zwischen Braunkohlenplan und Regionalplan. Hier sind auf Kerpener Stadtgebiet die durch die veränderte Tagebauentwicklung bergbautechnisch nicht mehr beanspruchte Flächen im Alt-Standort Manheim betroffen. Für diese Flächen wurden mit dem Planentwurf nun regionalplanerische Festlegungen getroffen.

G.10 Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen „Die Gestaltung der Randbereiche der zukünftigen Seenlandschaften Hambach, Inden und Garzweiler soll eine perspektivische Siedlungsentwicklung der Randkommunen mit Ausrichtung zum See berücksichtigen.“

Der Grundsatz G.10 sieht vor, dass die Randgebiete der zukünftigen Seenlandschaften so gestaltet werden, dass die umliegenden Kommunen sich mit Ausrichtung zum See entwickeln können. Grundsätzlich begrüßen wir diese Änderung, da sie den Randkommunen neue Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Laut Begründung wird damit für die Randkommunen entsprechend den landes- und regionalplanerischen Vorgaben Entwicklungsperspektiven durch die Festlegung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) sowie in Teilbereichen auch von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) ermöglicht. Darüberhinausgehende Festlegungen im Regionalplan sind aktuell nicht vorgesehen, könnten aber im Bedarfsfall im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben und unter Beachtung der Braunkohleplanung und bergrechtlicher Sicherheitsaspekte Gegenstand von Regionalplanänderungsverfahren werden. Für die Manheimer Bucht gilt dies jedoch nicht, da diese Flächen im umgesiedelten Siedlungsraum als Freiraum mit der Überlagerung als Schutzzweck BSLE (Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung) dargestellt werden. Daneben sind die Waldbereiche am Hambacher Forst und in der Steinheide einschließlich arrondierter Flächen als Waldbereiche mit dem Schutzzweck BSN festgelegt. Auch wenn einzelne Bereiche (allgemeines Tagebauvorfeld) oder Gebäude (wie die Kartbahn oder die Manheimer Kirche) der regionalplanerischen Darstellungsschwellen unterliegen, benötigt die Kolpingstadt Kerpen darüber hinaus aufgrund noch unklarer Entwicklungsperspektiven einen Handlungsspielraum, um sich den dynamischen Anforderungen einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Stadtentwicklung stellen zu können. Ein flexiblerer Rahmen im Regionalplan würde es ermöglichen, die im Rahmenplan Hambach (s. Abbildung 5 und 6) aufgebrachten Ideen zu schärfen und weiterhin auf zukünftige Herausforderungen und Chancen zu reagieren und eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung zu fördern. Es wird vorgeschlagen, dass die Möglichkeit offenbleibt, zukünftige städtebauliche und wirtschaftliche (touristische) Entwicklungen in diesen Gebieten zu ermöglichen und die flexiblen Nutzungsoptionen im Regionalplan zu

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Darüber hinaus werden Hinweise für mögliche weiterführende Unterstützungsangebote durch die Regionalplanungsbehörde geäußert.

Auf Grundlage des derzeitigen Planungsstand ist es nicht möglich die räumlichen Auswirkungen und ein mögliches regionalplanerisches Sicherungserfordernis zu bestimmen. Damit liegen keine hineinreichend konkreten Erkenntnisse vor, die eine Festlegung im Regionalplan rechtfertigen würden. Eine abschließend abgewogene Zielfestlegung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Sollte innerhalb des Planungshorizontes ein Planerfordernis entstehen bzw. sich dieses konkretisieren, kann der Rat als Träger der Regionalplanung ein Änderungsverfahren einleiten.

Darüber hinaus wird auf die Ausführungen der Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1004746, 1004762, 1004766 der 1. Offenlage). Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

verankern.

(Abbildung)

(Abbildung)

Inhalt

Daneben schließt sich die Kolpingstadt Kerpen der Stellungnahme der Neuland Hambach zu nachfolgendem Punkt vollinhaltlich an und bittet darum die BSN – Darstellung südlich der „Manheimer Bucht“ entsprechend der Anregung der Neuland Hambach und der Kolpingstadt Kerpen entsprechend anzupassen. Die Darstellung des BSN sollte sich daher zwischen den arrondierten Waldbereichen des Hambacher Forst und der Steinheide (s. Pkt. 2.2) auf einen ca. 250 m breiten Korridor nördlich der Hambach-Bahn beschränken (siehe grüner Pfeil) und die ursprüngliche Ortslage Manheims nicht erfassen.

Auszug aus der Stellungnahme der Neuland Hambach:

„Die Ausweisungen von BSN wurden im Vergleich zum ersten Regionalplanentwurf nochmals im Bereich des östlichen Hambacher Forsts/Kiesgrube RBS und der Kiesgrube Forster Feld vergrößert (s. auch Textteil, S. 102). Dies bringt nochmals tendenzielle Einschränkungen mit sich. Die zukünftigen Rekultivierungen dieser Bereiche bieten neben ihrer hohen ökologischen Bedeutung auch Potenziale für Erholungs- und Freizeitnutzungen, die durch die BSN-Ausweisungen eingeschränkt würden. Die Umsetzung der Leitentscheidung, insb. in Bezug auf die angemessene Waldvernetzung, ist in diesem Bereich auch ohne BSN möglich, wie der Rahmenplan Hambach zeigt. Es wird angeregt, diese BSN-Ausweisungen zeichnerisch anzupassen, so dass Möglichkeiten für eine multifunktionale, z.B. touristische Nutzung regionalplanerisch geboten werden, die sowohl den Naturschutz als auch die Erholungsnutzung berücksichtigt. Eine solche multifunktionale Nutzung könnte gerade in diesen einzigartigen Bereichen dazu beitragen, die Attraktivität der Region zu erhöhen und gleichzeitig den notwendigen Schutz der Natur sicherzustellen.“

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. In diesem Fall wurden die Rekultivierungsziele aus einem Planfeststellungsverfahren berücksichtigt. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung und der Leitentscheidung (2021) Entscheidungssatz 6 nicht gerecht werden. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen.

Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel für BSN (Z.20) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterung in 4 BSN) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt

Die Kolpingstadt Kerpen schließt sich weiterhin der Stellungnahme der Neuland Hambach zu der konsequenteren Verteilung der BSLE-Planzeichen im Bereich der Seezugänge an. Für die Kolpingstadt Kerpen ist insbesondere eine „Ausparung“ der BSLE – Darstellung am Seeufer nördlich der ehemaligen Manheimer Kirche von Bedeutung. Im Bereich der Seezugänge sind die Ausparungen der BSLE-Planzeichen nicht konsequent verteilt. Eine klare Regel ist noch nicht ersichtlich:

- Ausparungen von BSLE befinden sich derzeit am Seezugang Niederzier, am Seequartier Elsdorf, sowie (warum?) südlich der Kiesgrube am Licher Straße, am Nordostende der Sophienhöhe.
- Durchgängige BSLE-Schraffur befindet sich hingegen an den Seezugängen des (1) Einleitbauwerks, von (2) terra nova, der (3) ehemaligen Kirche Manheim-alt sowie nördlich von (4) Bürgewald bzw. Morschenich-alt. Für diese Bereiche (1-4) führen wir und unsere Kommunen gesonderte Planungsverfahren durch, die aufgrund der sich überlagernden Bedarfe multifunktionale Lösungen (inklusive Biotopverbindungen) erarbeiten.

Die aktuelle Verteilung führt wie auch bereits beim ersten Regionalplanentwurf zu Unsicherheiten in der Planung und Umsetzung von Erholungs- und Freizeitnutzungen. Zudem wird durch die Kolpingstadt Kerpen in Ergänzung zu G10 analog zu G11 um eine textliche Festlegung zu Entwicklungsperspektiven des Tagebauvorfeldes im Bereich der Manheimer Bucht auf Grundlage kommunaler und regional abgestimmter Konzepte gebeten. Wir empfehlen, die Verteilung der BSLE-Planzeichen zu überprüfen und eine konsistente Regelung zu entwickeln, die die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Seezugänge gewährleistet. Dies ist zu orientieren am neuen Braunkohlenplan Hambach und den darin genannten Seezugängen. Eine klare und nachvollziehbare Verteilung der Planzeichen ist essenziell, um eine kohärente und effektive Nutzung der Seezugänge zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. In §18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die als Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung bewertet wurden (LANUV 2019, S. 306ff.), die im neuen Regionalplan als Waldbereiche und/oder Überschwemmungsbereiche festgelegt werden sollen sowie Bereiche, die unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen und die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Darüber hinaus wurden Landschaftsbildeinheiten von besonderer Bedeutung (LANUV 2019, S. 312ff.), regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, stehende Oberflächengewässer, Gunsträume der Nah- und Feierabenderholung bzw. der Erholung (LANUV 2018a, S. 113f.), lärmarme naturbezogene Erholungsräume, Abgrabungen oder Deponien mit entsprechenden Rekultivierungszielen, anerkannte Erholungs-/ Kurgelände sowie sonstige Bereiche, die sich für freiraumorientierte Sport- und Erholungsnutzungen besonders eignen oder aktuell bereits dafür genutzt werden, berücksichtigt. BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Ausparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben

die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Planungen und Maßnahmen innerhalb des Vorbehaltsgebiet BSLE sind unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Insbesondere geplante „nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen“ können in Bereiche zum Schutz der Landschaft und Landschaftsorientierten Erholung als sinnvolle Unterstützung ergänzt werden. Hierbei sind die Vorgaben des Ziel 17 „Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen raumverträglich steuern“ zu beachten und der Grundsatz 27 „Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen raumverträglich umsetzen“ des Regionalplanentwurfs zu berücksichtigen. Des Weiteren stellt Grundsatz 26 „Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum ermöglichen“ klar, dass die für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus bedingten Nutzungen an geeigneter Stelle im BSLE umgesetzt werden sollen.

Zudem gilt, dass der BSLE entlang der sogenannten Manheimer Bucht insbesondere auch der Waldvernetzung zwischen Steinheide und Hambacher Wald dient. Unter den vorgenannten Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung des Braunkohlenplans Hambach ist eine Entwicklung voraussichtlich möglich.

Inhalt

2.2 Freiraum – Waldbereiche und BSN

Die Erweiterung der Waldbereiche Hambacher Wald und Steinheide trägt der besseren Vernetzung der Grünräume im Tagebauvorfeld bei und entspricht den Zielen der Leitentscheidung NRW von 2021 – Entscheidungssatz 6. Ziel dieser Vernetzung ist es, Natur- und Landschaftsräume miteinander zu verbinden, um die ökologische Vielfalt zu unterstützen und das natürliche Gleichgewicht zu stabilisieren. Dadurch entstehen wichtige Biotopverbünde, die sowohl Pflanzen als auch Tieren als Lebensräume und Wanderkorridore dienen – insbesondere in Bereichen, die durch den Tagebau verloren gegangen sind. Die Neuausweisung im westlichen und östlichen Bereich der Manheimer Bucht (Kennziffer 1021211 und 1027296) wird durch die Kolpingstadt Kerpen befürwortet, da sie eine weitergehende Grünvernetzung fördert, aber dennoch Entwicklungsperspektiven im Umfeld der ehemaligen Manheimer Kirche bietet und den Zielen des Rahmenplans Hambach (Neuland Hambach GmbH) entspricht. Die weiteren Neuausweisungen von Wald oder als BSN im weiteren Stadtgebiet wurden durch das LANUV und dem Rhein-Erft-Kreis eingebracht. Es bestehen keine Bedenken gegen die Neuausweisung der Flächen mit den Kennziffern 1007691, 1004570 und 1007650.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

2.3 Grundwasserschutz und Gewässerschutz

Mit dem neuen Grundsatz G.neu2 „Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen“ werden Vorgaben zum zukünftigen Grundwasserwiederanstieg sowie zu den damit verbundenen Maßnahmen zur dauerhaften Grundwasserregulierung und Wassererhaltung getroffen, deren Kosten und Umsetzung künftig die Kommunen tragen sollen. Der damit verbundene Aufwand für die dauerhafte Grundwasserhaltung ist jedoch langfristig und kostenintensiv – eine Belastung, die die Stadt Kerpen auf Dauer nicht alleine tragen kann. Im diesem Zusammenhang wird auf die im Koalitionsvertrag der Landesregierung zwischen Bündnis 90 / Die Grünen und der CDU im Jahr 2022 vereinbarten Prüfung hingewiesen, die dem Verursacherprinzip Geltung verschafft.

Dort heißt es:

"Die Tagebaufolgekosten, insbesondere inklusive des dauerhaften Grundwassermanagements, müssen vollständig vom bergbautreibenden Unternehmen getragen werden. [...] Um dem Verursacherprinzip Geltung zu verleihen, erfolgt eine aktuelle Bewertung sämtlicher Tagebaufolgekosten, inklusive des dauerhaften Grundwassermanagements. Dazu wird ein unabhängiges Gutachten im Auftrag der Landesregierung diese fachlich und wirtschaftlich bewerten. Es muss sichergestellt sein, dass die RWE AG mit ihrem gesamten Vermögen umfassend für die Tagebaufolgekosten haftet."

Zudem könnten unvorhergesehene geologische oder klimatische Entwicklungen die Umsetzung der Maßnahmen erheblich erschweren und verteuern. Die daraus resultierenden Kosten sowie der Zeitpunkt des Grundwasseranstiegs sind aus heutiger Sicht für die betroffenen Kommunen nicht abschätzbar. Es ist daher sinnvoll, dass die betroffenen Kommunen entweder gar nicht belastet oder durch technische und finanzielle Unterstützung entlastet werden, um die Ewigkeitsaufgaben und Kosten zu bewältigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zu den im Grundsatz erwähnten dauerhaften Grundwassermanagement im Braunkohlenplangebiet nach Grundwasserwiederanstieg und dessen mögliche Kostenträgerschaft vorgebracht, welche für die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen relevant sein können. In dem Grundsatz selbst sind keine Formulierungen enthalten welche beinhalten, dass die Kosten der dauerhaften Grundwasserhaltung von betroffenen Kommunen zu tragen sind.

1033447_010, Stadt Kerpen	
<p>Inhalt</p> <p>2.4 Vorbeugender Hochwasserschutz</p> <p>Die Kolpingstadt Kerpen befürwortet die zeichnerische Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) entlang der Erft, die auf den fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten (ÜSG) basiert. Dabei werden auch zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) berücksichtigt. Hintergrund ist der Anstieg des Grundwasserspiegels nach Beendigung der Braunkohलगewinnung, was zur Folge hat, dass der derzeitige Rückhalteraum im Naturschutzgebiet Parrig, Kerpener Bruch, größtenteils entfällt. Dies führt zu einem erhöhten Hochwasserrisiko im Mittel- und Unterlauf der Erft. Durch diese Festlegung sollen die betroffenen Gebiete langfristig vor weiterer Bebauung geschützt und die Hochwasservorsorge für kommende Generationen sichergestellt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

3 INFRASTRUKTUR**3.1 Verkehrsinfrastruktur – Stadtbahnlinienverlängerung 7**

Die Kolpingstadt Kerpen weist daraufhin, dass nach erfolgreich abgeschlossener Vorstudie nunmehr eine Vorlage zur Vorbereitung einer Machbarkeitsstudie zu Trassenvarianten zwecks Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 in Richtung Kerpen vorbereitet wird, die der Kreistag des Rhein-Erft-Kreises am 12.12.24 beschließen soll. Hier bestünde die Möglichkeit, die Linie 7 im 20-Minuten-Takt über die derzeitige Endstation Benzelnath Stadtbahn hinaus sowohl über noch bestehende Trassen der ehemaligen Kohlenbahn des Tagebaus Frechen und der ehemaligen DB-Strecke Horrem – Mödrath-alt – Kerpen, als auch über neu zu bauende Streckenabschnitte bis ins Zentrum des Stadtteils Kerpen zu führen. Die außerordentliche Bedeutung eines solchen Vorhabens rechtfertigt nach Auffassung der Kolpingstadt Kerpen die zeichnerische Darstellung eines möglichen Schienenweges als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumlichen Bezug (Planzeichen 3bb-2 im Regionalplan). Die Kolpingstadt Kerpen empfiehlt, die zeichnerische Darstellung des Trassenverlaufs ohne räumlichen Bezug in den Regionalplanentwurf aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1004774).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

3.2 Verkehrsinfrastruktur – Hambach Loop

Wir bedanken uns für die Aufnahme des Hambach Loops in die Erläuterungskarte A-1-2.15 Radwege. Allerdings umrahmt der Trassenverlauf im Bereich der Manheimer Bucht nicht konsequent den zukünftigen Seeverlauf, damit eine durchgängige Radverbindung entsteht. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie, die durch die Neuland Hambach beauftragt wurde, werden aktuell Trassenvarianten untersucht. Die Radwegeverbindung ist als Rundweg entlang des zukünftigen Hambacher Sees angelegt, sodass eine durchgehende Verbindung im Vordergrund steht. Der Hambach Loop soll auf der alten A4 Trasse den Hambacher Wald durchqueren. Somit kann die noch vorhandene Infrastruktur, einschließlich der versiegelten Flächen, optimal genutzt werden, um unnötige Eingriffe in die Natur zu vermeiden. Zudem besitzt die alte A4 Trasse eine historische Bedeutung, die durch die Nutzung des Radwegs als Teil der Naherholungsinfrastruktur bewahrt und erlebbar gemacht wird. Die bereits bestehende Flächenversiegelung ermöglicht es, ressourcenschonend und mit minimalem zusätzlichem Flächenverbrauch einen qualitativ hochwertigen Radweg zu schaffen, der zudem eine direkte und logische Anbindung an den künftigen Seeverlauf gewährleistet. Es wird vorgeschlagen, den Hambach Loop entlang der Tagebaukante im Bereich der Manheimer Bucht zeichnerisch ergänzend darzustellen (siehe Abbildung 7) und den Trassenverlauf der ehemaligen A4-Trasse textlich festzulegen.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird angepasst und der Radweg entlang der Manheimer Bucht ergänzt (s. auch ID 1033263_005). Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Von einer textlichen Festlegung der ehemaligen A4-Trasse wird abgesehen, da diese Anregung über den Regelungs- und Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus geht. Sie richtet sich an nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebenen.

1033447_013, Stadt Kerpen	
Inhalt	Abwägung
Zu den sonstigen Planunterlagen werden keine Anregungen hervorgebracht.	Typ
Kerpen, den 15. November 2024	Hinweis
	Ausgleichsvorschlag
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung
	Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_183000_1	
Stadt Pulheim	
1034083_001, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Hier: Stellungnahme der Stadt Pulheim zur zweiten Offenlage</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Rahmen der Beteiligung zum Regionalplanentwurf gibt die Stadt Pulheim — vorbehaltlich des Beschlusses im Rat am 03.12.2024 — die folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)</p> <p>Die Stadt Pulheim begrüßt, dass der zweite Planentwurf weitestgehend der Stellungnahme der Stadt Pulheim gefolgt ist, die zu einer erweiterten Festlegung von ASB-Flächen in den Ortsteilen Pulheim, Stommeln, Brauweiler und Dansweiler geführt hat. Im Hinblick auf die erfolgten Änderungen im Vergleich zur ersten Offenlage, nimmt die Stadt Pulheim dennoch punktuell wie folgt Stellung.</p> <p>Ortsteil Pulheim</p> <p><u>ID 1001629:</u></p> <p>Zur erfolgten Rücknahme des ASB nördlich der Bonnstraße und östlich des Pulheimer Bachs, merkt die Stadt Pulheim an, dass diese aus städtischer Sicht zu umfänglich ausgefallen ist. Eine erste Rahmenplanung — die im Rahmen der Landesinitiative Bauland an der Schiene entstand — tangiert baulich nun den östlichen Bereich der regionalplanerischen Grünfuge des zweiten Offenlageentwurfes des Regionalplanes. Die Stadt Pulheim regt vor diesem Hintergrund eine erneute geringfügige Anpassung an (vgl. Abb. 1).</p> <p>(Abbildung)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

1034083_002, Stadt Pulheim

Inhalt

Anregung ASB Pulheim nördlich Peter-Kanters-Allee:

Im Lichte des jüngsten OVG-Urteils vom 21.03.2024 (vgl. nachfolgende Erläuterungen) zum Landesentwicklungsplan regt die Stadt Pulheim eine Erweiterung des ASB nördlich der Peter-Kanters-Allee an um in Zukunft diesen Bereich für ein Feuerwehrgerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr Pulheim regionalplanerisch zu sichern (vgl. Abb. 2). Eine Flächensuche für diese Daseinsgrundversorgung erfolgt aktuell städtischerseits. Der zuvor skizzierte Standort erscheint zum jetzigen Stand der Flächensuche dabei grundsätzlich geeignet zu sein.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Inhalt

Ortsteil StommelnErneute Anregung zur ASB-Erweiterungen nördlich von Stommeln:

Im **Bereich nördlich von Stommeln** (vgl. Abb.3) hat die Stadt Pulheim zur ersten Offenlage angeregt, den festgelegten ASB um ca. 1,5 ha zu erweitern. Dieser Anregung wurde aus Gründen der Darstellungsschwelle und einer „Interpretierbarkeit“ des Plans in der kommunalen Bauleitplanung nicht gefolgt. Diese Argumentation ist aus Sicht der Stadt Pulheim jedoch nicht stichhaltig. Zunächst handelt es sich um eine Siedlungsarrondierung, unmittelbar angrenzend an einen bestehenden ASB, insofern ist die Darstellungsschwelle über die Gesamtheit des ASB Stommeln gewährleistet. Durch das bekannte OVG-Urteil und die Auswirkungen auf das Ziel 2.3 des Landesentwicklungsplans ist die kommunale Entwicklungsfähigkeit, außerhalb festgelegter ASB zum Stand der zweiten Offenlage erheblich stärker eingeschränkt als zum Zeitpunkt der ersten Offenlage. Maßstab für die Anpassung an die Ziele der Raumordnung ist nun das LEP 2-3 des Landesentwicklungsplans aus dem Jahr 2017, der den Umgang mit Siedlungserweiterungen außerhalb von ASB restriktiver regelt. Diese Änderung wird letztlich auch durch die Zieländerung des Ziels „**Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren**“ im vorgelegten Regionalplan dokumentiert. Es ist für die Stadt Pulheim daher nicht nachvollziehbar, warum nur zu Planänderungen Stellung genommen werden kann. Aus Sicht der Stadt Pulheim ist es daher geboten, zu ASB-Erweiterungsflächen erneut Stellung beziehen zu dürfen. Um entsprechende Rechtssicherheit zu erlangen, regt die Stadt Pulheim erneut die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs, nördlich der Ortslage Stommeln an.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001593).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Inhalt

Anregung der Erweiterung eines ASB südlich von Stommeln

Ferner hat sich ergeben, dass östlich der beachteten ASB Erweiterung (ID 1001589, vgl. auch Abb. 4) die Stadt Pulheim aktuell ein **Feuerwehrgerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr Stommeln** plant. Eine entsprechende Voranfrage an die Bezirksregierung Köln zur Planung dieser Einrichtung der Daseinsgrundversorgung hatte die Stadt Pulheim frühzeitig— in Abstimmung mit der Regionalplanungsbehörde — gestellt, die positiv begleitet wurde. Vor dem Hintergrund des jüngsten OVG-Urteils vom 21.03.2024 zum Landesentwicklungsplan regt die Stadt Pulheim an, aus Gründen der Rechtssicherheit diesen Bereich als ASB darzustellen, um das notwendige Feuerwehrgerätehaus umsetzen zu können.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

Inhalt

Ortsteil Sinnersdorf

Anregung der Erweiterung eines ASB südlich von Sinnersdorf

Ebenfalls aufgrund den zuvor skizzierten Gründen der Rechtssicherheit im Kontext des jüngsten OVG-Urteils weist die Stadt Pulheim auf die aktuellen Bauleitplanverfahren FNP 18.8 und BP 157 (KiTa Am Paulspfadchen) hin. Hierzu erfolgte eine Beteiligung der Bezirksregierung als Landesplanungsbehörde im November 2021. Die Verfahren sollen das Planungsrecht für eine **KiTa am südlichen Siedlungsrand des Stadtteils Sinnersdorf**, schaffen. Der Geltungsbereich der Planung liegt am Rande des dargestellten ASB. Die Stadt Pulheim regt auch hier an, die betreffenden Bereiche als ASB darzustellen (vgl. Abb. 5).

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

1034083_006, Stadt Pulheim	
<p>Inhalt</p> <p>Gewerbe- und Industriebereiche (GIB)</p> <p>Ortsteil Pulheim (ID 33)</p> <p>Die Stadt Pulheim begrüßt die Erweiterung des GIB im östlichen Bereich des Ortsteils Pulheim, entlang der Venloer Straße (ID 33).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Ortsteil Brauweiler

Der Regionalplanentwurf enthält dennoch darüber hinaus keine nennenswerten neuen **GIB auf dem Stadtgebiet der Stadt Pulheim**. Dies resultiert in erster Linie aus der angewendeten Bedarfsanalysemethode GIFPRO-ISB. Einen Sonderfall stellt Pulheim insofern dar, als dass durch die in der Vergangenheit fehlende Neuansiedlung ein geringerer Bedarf an GIB ermittelt wurde, als aus Sicht der Stadt Pulheim tatsächlich vorliegt. Bereits zur Offenlage hat die Stadt Pulheim verdeutlicht warum die bisherigen Gewerbe- und Industriebereiche (GIB) nicht gehoben werden konnten. Trotz allem ist die Nachfrage nach Gewerbeflächen in Pulheim, nach wie vor, sehr hoch (vgl. hierzu die Stellungnahme der Stadt Pulheim zum ersten Planentwurf). Die Stadt Pulheim hat eine planerische und reelle Scharnierfunktion zwischen der Metropole Köln und dem ländlich geprägten Teil des Rhein-Erft-Kreises und dem Rheinischen Revier insgesamt. Vor dem Hintergrund, dass 700 ha zusätzliche und bedarfsunabhängige Gewerbe- und Industrieflächen im sog. Rheinischen Revier festgelegt wurden erscheint es aus Sicht der Stadt Pulheim zielführend, auch weitere Gewerbe- und Industriebereiche in Pulheim festzulegen, um die Transformation und den Strukturwandel im Rheinischen Revier als Bindeglied zum Standort Köln zu fördern. Da das raumordnerische Ziel „GIBtransformation sichern und umsetzen“ neu in das Regionalplankonzept aufgenommen wurde, geht die Stadt Pulheim davon aus, dass auch Anregungen zur Aufnahme von Gewerbeflächen, im Rahmen der zweiten Offenlage, zulässig sind. Entsprechend regt die Stadt Pulheim, aufgrund der skizzierten regional bedeutsamen Scharnierfunktion der Stadt, erneut die Festlegung von Gewerbe- und Industriebereiche im Süden Brauweilers an (vgl. Abb. 6).

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1002062).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Darüber hinaus gilt in Bezug auf Bedarfe zur Transformation des Rheinischen Reviers: Die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW werden im Regionalplanentwurf gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen* bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet. Die zeichnerische Festlegung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: BET_184000_1	
Stadt Wesseling, 61 / Amt für Stadtentwicklung	
1032724_001, Stadt Wesseling, 61 / Amt für Stadtentwicklung	
<p>Inhalt</p> <p>Zu: Z. 3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</p> <p>Z. 4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</p> <p>G. 12 Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</p> <p>Die Stadt Wesseling hat in ihrer Stellungnahme vom 25.03.2022 darauf hingewiesen, dass der kommunale ASB-Bedarf der Stadt im Regionalplanentwurf 2021 nicht abgedeckt und um ca. 13 ha unterschritten wurde. Von Seiten der Stadt Wesseling wurden deshalb Vorschläge für die ergänzende Darstellung von ASB-Flächen vorgelegt, die insgesamt als städtebaulich sinnvoll und raumverträglich eingestuft wurden. Von diesen Flächenpotentialen wurden die Flächen „B 1 - Berzdorf“ und „B 2 - Keldenich“ in den überarbeiteten Regionalplanentwurf übernommen. Die Flächenpotentiale für Wohn- und Mischnutzungen der Stadt Wesseling betragen im überarbeiteten Entwurf des Regionalplans 83 ha (vgl. Tabelle 8 der Begründung, Seite 64) und überschreiten damit die ermittelten regionalplanerischen Bedarfe von 82 ha um 1 ha.</p> <p>Da der Stadt Wesseling gemäß Tabelle 8 der Begründung keine Anteile aus den regionalen Bedarfen Region+ Wohnen zugestanden wurden, ist davon auszugehen, dass bei der Entwicklung neuer Bauflächen gemäß Z. 4 „Flächenüberhänge vermeiden und abbauen“ der Flächenüberhang durch Flächentausch oder eine Rücknahme an anderer Stelle im Stadtgebiet abgebaut werden muss.</p> <p>Da die Flächenbedarfe für Wohn- und Mischnutzungen im gesamten Rhein-Erft-Kreis um etwa 116 ha unterschritten werden, ist von hier nicht nachvollziehbar, warum dieses kreisweite Flächendefizit nicht durch den Flächenüberhang im Stadtgebiet Wesseling reduziert werden sollte, zumal die Stadt Wesseling Teil der Gebietskulisse Region+ Wohnen ist.</p> <p>Es wird angeregt, Flächenüberhänge der Stadt Wesseling als regionale Bedarfe anzurechnen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist <i>Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln</i> zu entnehmen. Dabei kann es rundungsbedingt zu Abweichungen aufgrund der technischen Verarbeitung der Daten kommen. Dies entspricht auch dem groben, gesetzlich vorgegebenen überörtlichen Maßstab des Regionalplans. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.</p> <p>Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gemäß BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Auf Ebene des Regionalplans besteht daher kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

Inhalt

In diesem Zusammenhang ist auch die Entscheidung, das von der Stadt Wesseling im Rahmen der 1. Offenlage eingebrachte Flächenpotential B3 – Urfeld, nicht in den Regionalplanentwurf zu übernehmen, nicht nachvollziehbar. Die Regionalplanungsbehörde kommt zu dem Ergebnis, dass die Fläche aufgrund der Lage innerhalb eines HQextrem-Bereichs nicht für eine Siedlungsflächenentwicklung geeignet ist. Gemäß Hochwassergefahrenkarte liegt die gesamte Fläche jedoch am äußersten Rand der Überschwemmungsgebiete und zu etwa 50 % außerhalb der Überschwemmungsgrenzen und weist maximale Wassertiefen von 0,2 bis 1,1 m auf:

Lage der Fläche „B3-Urfeld“ und Abgrenzung HQ_{extrem} (siehe Anlage)

Es wird um erneute Prüfung gebeten, ob die außerhalb der Überschwemmungsgebiete liegende südwestliche Teilfläche aufgrund ihrer Lage im unmittelbaren Siedlungszusammenhang, der vorhandenen Erschließungsinfrastruktur und der guten Anbindung an den übergeordneten Verkehr (Stadtbahnlinie S16, BAB 555) in den bestehenden ASB-Bereich einbezogen werden kann. Die sich dadurch ergebenden Flächenüberhänge können dazu beitragen, regionale ASB-Bedarfe zu decken und sollten demnach nicht auf die kommunalen Bedarfe der Stadt Wesseling angerechnet werden.

[2 Anlagen]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Zu: Z. 18 Regionale Grünzüge

Die Stadt Wesseling hat in ihrer Stellungnahme vom 25.03.2022 angeregt, die im Entwurf des Regionalplans von 2021 als GIBregional dargestellte Fläche südlich des geplanten Gewerbegebiets Urfeld aus der Darstellung des Regionalplans zurückzunehmen. Die Regionalplanungsbehörde ist der Anregung gefolgt (StnID 1001117). In diesem Zusammenhang hat die Stadt Wesseling darauf hingewiesen, dass der Bereich zwischen dem geplanten Gewerbegebiet im Norden und den Hochspannungsleitungen im Süden aufgrund der bestehenden Windkraftanlagen, sowie seiner Nähe zum künftigen Gewerbepark Wesseling-Urfeld, künftig für die Erzeugung Erneuerbarer Energien in Anspruch genommen und deshalb ausschließlich als Allgemeiner Freiraum und Agrarbereich dargestellt werden sollte.

Der überarbeitete Regionalplanentwurf sieht für den Bereich jedoch zusätzlich eine überlagernde Darstellung als Regionaler Grünzug (RG) und als Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) vor. Obwohl aufgrund des in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien im aktuell vorliegenden Regionalplanentwurf keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen werden, bestehen seitens der Stadt Wesseling Bedenken im Hinblick auf eine spätere Nutzung des Bereichs für großflächige Freiflächen-PV-Anlagen oder zusätzliche Windenergieanlagen. Diese stehen aufgrund ihrer Beschaffenheit (Flächenversiegelung, Einzäunung, etc.) im Widerspruch zu Z. 18 „RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen“. Insbesondere im Hinblick auf die Durchgängigkeit und den Erhalt der klimatischen Funktionen der RG sowie möglicher Zerschneidungen bestehender Freiraumverbindungen steht die Entwicklung, vor allem von großflächigen bzw. raumbedeutsamen Anlagen für EE-Energien, im Widerspruch zu den Zielen der RG. In diesem Zusammenhang wird auf die Erläuterung Nr. 4 zu Z. 18 der textlichen Festlegungen verwiesen, wonach Beeinträchtigungen der RG u.a. hervorgerufen werden durch:

- die Errichtung baulicher Anlagen in Bereichen, die der siedlungsräumlichen Gliederung dienen (Verengung oder Unterbrechung von Freiraumkorridoren),
- die Unterbrechung von Kaltluftflüssen und klimatischen Ausgleichsprozessen, z. B. durch bauliche Anlagen oder Nutzungsänderungen [...],
- die Inanspruchnahme von Flächen mit Bedeutung für den Biotopverbund im verdichteten Raum.

Die Stadt Wesseling regt deshalb an, die zeichnerische Festlegung des Regionalen Grünzugs im Bereich südlich des geplanten Gewerbeparks „Wesseling-Urfeld“ bis zu den bestehenden Hochspannungsleitungen auf Höhe des Domhüllenweges zurückzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufrstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen.

Da der gesamte Freiraum im Stadtgebiet von Wesseling mit RG überlagert ist wird angeregt, in den Festsetzungen zu Z. 18 klarzustellen, unter welchen Voraussetzungen bzw. mit welchen Einschränkungen (Biotopverbund, hochwertige Böden, etc.) Photovoltaikanlagen auf Freiflächen innerhalb der Regionalen Grünzüge zulässig sind. Dies kann nach Auffassung der Stadt Wesseling erheblich zur Planungssicherheit sowie zur Beschleunigung nachgelagerter Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren beitragen.

Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Zu: G.62 Transportleitungen schützen und raumverträglich planen

Der zweite Entwurf des Regionalplanes sieht eine Konkretisierung und Weiterentwicklung des Grundsatzes G.62 in Bezug auf die Festlegungen des Landesentwicklungsplans vor. Demnach sollen Trassenkorridore von Transportleitungen in ausreichender Breite von konkurrierenden Nutzungen freigehalten werden, um raumsparende Bündelungsoptionen zu sichern. Um diese nutzen zu können, soll der Bereich um bestehende Transportleitungen um mindestens einen doppelten Schutzabstand von Nutzungen, die weiteren Transportleitungen entgegenstehen, freigehalten werden.

Die Stadt Wesseling bittet um Klarstellung, ob sich die im Grundsatz G.62 angeführten Schutzabstände auf die Vorgaben zu immissionsschutzrechtlichen Mindestabständen (z.B. TA Lärm, 26. BImSchV) beziehen, oder ob hier Bezug auf die landesplanerischen Regelungen zu Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte genommen wird.

Im Stadtgebiet von Wesseling verläuft eine Vielzahl unterirdischer und oberirdischer Transportleitungen bereits heute in unmittelbarer Nähe zu bestehenden schutzbedürftigen Nutzungen wie Wohngebieten, Gemeinbedarfseinrichtungen oder Sport- und Freizeitanlagen. Eine Verbreiterung der Trassenkorridore für zusätzliche Transportleitungen ist hier i.d.R. nicht möglich, da bereits im Bestand lediglich die einfachen Schutzabstände eingehalten werden.

Es wird deshalb angeregt, den Grundsatz G.62 dahingehend zu konkretisieren, dass im Bereich von Trassenkorridoren, für die bereits im Bestand die doppelten Schutzabstände unterschritten werden, auch bei der Neuausweisung von schutzbedürftigen Nutzungen ausschließlich die einfachen Schutzabstände einzuhalten sind.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung zu den Textlichen Festlegungen wird teilweise angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass es sich bei G.62 um einen Grundsatz der Raumordnung handelt. Demnach verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die Vorgaben können aber bei Vorliegen gewichtiger Gründe überwunden werden.

Inhalt

Zu: Rheinspange

In der zeichnerischen Festlegung zum Regionalplanentwurf ist die geplanten Rheinspange 553n mit der Rheinquerung nördlich von Wesseling bei Köln-Godorf dargestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Vorplanung zur Rheinspange die Vorzugsvariante 6aT ermittelt und nun in das Verwaltungsverfahren zur Linienbestimmung eingebracht wurde. Die Variante 6aT sieht eine unterirdische Querung des Rheins nördlich von Wesseling-Urfeld vor und soll auf Höhe der heutigen AS Wesseling an die A 555 angebunden werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Darüber hinaus erfolgt gemäß den Erläuterungen zu *G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren.

Zur Methodik der zeichnerischen Festlegung wird des Weiteren auf Kapitel 5.1.4 der Begründung verwiesen. Die Darstellung der Straßenplanung erfolgt auf Basis des im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung untersuchten Verlaufs.

Inhalt

Redaktionelle Anmerkung

Begründung Seite 58, 2. Absatz: statt „[...] (G. neu1) Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen [...]“ ist vermutlich „(Z. neu1) „Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen“ gemeint.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Begründung wird angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

AZ: BET_187000_1	
Gemeinde Engelskirchen Hochbau- Planungsamt	
1033364_001, Gemeinde Engelskirchen Hochbau- Planungsamt	
<p>Inhalt</p> <p>Der 2. Planentwurf des Regionalplanes enthält im Gemeindegebiet Engelskirchen vier Änderungen. Zu diesen Änderungen wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>1002742 (ehemalige Ordnungsnummer GIB 180-01) Im Auel/Sportplatz</p> <p>Die Anregung der Gemeinde, das Gewerbegebiet Ehreshoven als GIB darzustellen, wurde berücksichtigt. Keine weitere Anmerkung notwendig.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1033364_002, Gemeinde Engelskirchen Hochbau- Planungsamt	
<p>Inhalt</p> <p>1002739 (ehemals ASB 146-01 Oberbüchel)</p> <p>Die Anregung der Gemeinde Engelskirchen, die ASB-Fläche des noch gültigen Regionalplanes aufrechtzuerhalten, wurde berücksichtigt. Keine weitere Anregung notwendig.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

1002739 Buschhausen

Gegenüber dem 1. Entwurf wurde die ASB-Flächendarstellung für die Altortslage Buschhausen und das Neubaugebiet im 2. Planentwurf zurückgenommen und durch eine Darstellung als Freiraum Agrarbereich und Waldbereich ersetzt. Die Gemeinde Engelskirchen regt an, die ASB-Flächendarstellung aus dem 1. Planentwurf aufrechtzuerhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002739, 1. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Aufgrund des neuverorteten kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB im Bereich Oberbüchel. Dafür erfolgt die Rücknahme von Siedlungsraumpotentialen im Bereich Buschhausen.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1033364_004, Gemeinde Engelskirchen Hochbau- Planungsamt

Inhalt

1002743 (ehemalige Darstellung GIB 097-001)

Die Gemeinde Engelskirchen hat in dem Schreiben von Juni 2022 folgende Anregung vorgetragen:

Die GIB-Darstellung ist unrealistisch. Aufgrund der vorhandenen Topographie und des Naturschutzgebietes mit Orchideenwiese ist eine bauliche Entwicklung unrealistisch.

Diese Anregung wurde offenbar fehlinterpretiert. Im 2. Planentwurf wurde nun für das gesamte Gewerbegebiet einschließlich der Flächen im Stadtgebiet Wiehl die GIB-Darstellung zurückgenommen und durch eine Freiraumdarstellung ersetzt. Zielsetzung der Gemeinde war jedoch nicht, die Flächen im Gewerbegebiet zurückzuentwickeln, sondern vielmehr das östlich der Straße und des Siedlungsrandes Wiehlmünden vorhandene Naturschutzgebiet als GIB-Darstellung zurückzunehmen.

Daher regt die Gemeinde Engelskirchen an, die Gewerbegebietsflächen als GIB-Darstellung aufrechtzuerhalten und die östliche Ausdehnung des GIB 097-001 als Freiraum darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Der von der Gemeinde Engelskirchen im Rahmen der 1. Offenlage angeregten Rücknahme der Flächen, die aufgrund der Topographie und naturschutzrechtlicher Einschränkungen gewerblich nicht entwickelbar sind, wurde im Planentwurf für die 2. Offenlage gefolgt. Abzüglich der Flächen, die im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen dargestellt werden, ist die verbleibende gewerbliche Flächenkulisse kleiner als 10 ha und liegt somit unterhalb der Schwelle der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet

werden.

AZ: BET_189000_1	
Schloss-Stadt Hückeswagen	
1032757_001, Schloss-Stadt Hückeswagen	
<p>Inhalt</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln hier: Öffentliche Auslegung des zweiten Planentwurfs - Stellungnahme der Schloss-Stadt Hückeswagen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, ich nehme Bezug auf die öffentliche Auslegung des zweiten Planentwurfs des Regionalplans Köln und die Flächendarstellungen der Schloss-Stadt Hückeswagen, die erfreulicherweise manche unserer geäußerten Anregungen beinhalten. Äußerst erfreulich ist die Darstellung des interkommunalen Gewerbegebietes „Gleisdreieck“, die somit die Entwicklung dieses Gewerbegebietes ermöglicht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1032757_002, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Zwischenzeitlich hat sich durch die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans eine besondere Dringlichkeit zur Errichtung eines neuen Feuerwehrgebäudes im Bereich Scheideweg ergeben. Dies erfordert die Herausnahme der Trasse für die L 101 Ortsumgehung Scheideweg. Dies wurde der Bezirksregierung im Zuge der Vorbereitung der Neuauftellung des Landesstraßenbedarfsplans auch bereits gemeldet. Im Übrigen halte ich meine Anregungen aus der letzten Beteiligung aufrecht. Ich habe die schon vorgebrachten Anregungen im Anschluss an die Bitte der Herausnahme der OU L 101 in der nachstehenden Tabelle nochmals aufgeführt.

Fläche: L101 Darstellung RP: keine Darstellung erwünscht

Im aktuellen Landesstraßenbedarfsplan ist für das Gebiet der Schloss-Stadt Hückeswagen ausschließlich die Ortsumgehung Hückeswagen / Scheideweg im Zuge der L 101 enthalten. Das Freihalten der Trasse, was derzeit über eine Festsetzung als Grünfläche im Bebauungsplan Nr. 56 Winterhagen-Scheideweg noch gewährleistet ist, wird zunehmend schwieriger. Weite Teile der Trasse nördlich des Ortsteils Scheideweg sind für unterschiedliche Zwecke verpachtet und ein Teil der Wohnbebauung ist seit über 20 Jahren unmittelbar an die Trasse herangerückt. Insofern wird auch vor dem Hintergrund der unmittelbaren Anlieger eine Umsetzung unwahrscheinlicher. Darüber hinaus ist eine unbebaute Fläche in der freigehaltenen Trasse auf Höhe der Einmündung der L 68 vorgesehen für die Neuerrichtung eines Feuerwehrraues als Ersatz für den Standort Straßweg. Dies hat sich aus dem im vergangenen Jahr neu aufgestellten Brandschutzbedarfsplan ergeben. Insofern hält die Schloss-Stadt Hückeswagen die Ortsumgehung Scheideweg für entbehrlich und bittet darum, die Maßnahme in den nächsten Landesstraßenbedarfsplan nicht wieder aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus werden entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuauftellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Zudem entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Der genaue Trassenverlauf wird in den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen ermittelt.

1032757_006, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Fläche: ASB 134-04 Darstellung RP: Fläche unzureichend dargestellt

Die Fläche ist durch einen Bebauungsplan überplant. Hier entstehen ein neues Wohngebiet und eine neue Schule. Die Fläche ist nicht gänzlich als ASB aufgenommen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem ist die Stellungnahme gleichlautend zu der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002707, 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1032757_007, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Fläche: ASB 134-05 Darstellung RP: Rücknahme der Fläche, keine Darstellung

Wunsch war es, diese Fläche als Reserve zu erhalten. Westlich angrenzend liegt eine Außenbereichssatzung. Die Fläche selbst ist teilweise bebaut. Die Fläche war bereits in der Karte zur Erfassung der Regionalplanreserven von März 2018 fälschlicherweise als „Bereich ohne Entwicklungswunsch“ dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem ist die Stellungnahme gleichlautend zu der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002708, 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1032757_008, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Fläche: ASB 134-06 Darstellung RP: Rücknahme der Fläche, keine Darstellung

Wunsch war es, diese Fläche als „Reserve mit Restriktionen“ zu erhalten, da eine Erschließung nördlich der K1 theoretisch möglich ist und Entwicklungspotential aufweist. Die Fläche war bereits in der Karte zur Erfassung der Regionalplanreserven von März 2018 fälschlicherweise als „Bereich ohne Entwicklungswunsch“ dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem ist die Stellungnahme gleichlautend zu der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002709, 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1032757_009, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Fläche: ASB 134-07 Darstellung RP: Rücknahme der Fläche, keine Darstellung

Wunsch war es, diese Fläche als „Reserve mit Restriktionen“ zu erhalten, da die Fläche zu großen Teilen im LSG liegt und mit Wald bedeckt ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem ist die Stellungnahme gleichlautend zu der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002710, 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1032757_010, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Fläche: Wegerhof Darstellung RP: Keine Darstellung

Westlich des Bebauungsplans Nr. 70 gibt es Erweiterungswünsche seitens der Bewohnerschaft. Die Schloss-Stadt Hückeswagen befindet sich im Aufstellungsverfahren einer Innenbereichssatzung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. [(vgl. ID 1002711 1. Offenlage).]

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Im Vergleich zur im Rahmen der 1. Offenlage abgegebenen Stellungnahme werden hinsichtlich der Fläche "Wegerhof" Bedenken aufgrund des laufenden Aufstellungsverfahrens einer Innenbereichssatzung erhoben. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte

	Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	--

1032757_011, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Fläche: Scheideweg Darstellung RP: Keine Darstellung

Die Fläche ist bebaut und mit einem Bebauungsplan überplant. ASB bereits vorhanden und bedarf einer Darstellung im RP.

Ich bitte darum, meine Änderungswünsche in den Regionalplan aufzunehmen.

(Abbildung)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem ist die Stellungnahme gleichlautend zu der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002712, 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1032757_012, Schloss-Stadt Hückeswagen

Inhalt

Fläche: ASB 134-03, Fläche: ASB 134-16

Die grundsätzliche Möglichkeit der Erweiterung des Wohngebietes Heidt soll bestehen bleiben. Das Gebiet ist ein LSG. Die westliche Erweiterung war in der Erfassung der Regionalplanreserven als vorgeschlagene ASB Erweiterung aufgeführt.

Beide Flächen weisen, durch Ihre Nähe zum bestehenden Wohngebiet, den angrenzenden Gewerbegebieten und die Erschließungsmöglichkeit über die L68, ein erhöhtes Entwicklungspotential auf.

Darstellung RP: Rücknahme der Fläche, keine Darstellung im RP. Nicht berücksichtigt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem ist die Stellungnahme inhaltsgleich zu der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002705, 1002706, 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: BET_191000_1	
Gemeinde Marienheide	
1033274_001, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>mit Schreiben vom 15.10.2024 haben Sie die Gemeinde Marienheide darüber informiert, dass der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln in seiner 17. Sitzung am 11.10.2024 die Beteiligung zum zweiten Entwurf des Regionalplans beschlossen hat.</p> <p>Hierauf basierend nimmt die Gemeinde Marienheide wie folgt Stellung:</p> <p><u>Zeichnerische Festlegungen</u></p> <p>ID Änderung 1000916_001</p> <p>Diese Änderung wird begrüßt und entspricht der Anregung der Gemeinde Marienheide während des ersten Beteiligungsverfahrens.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1033274_002, Gemeinde Marienheide	
<p>Inhalt</p> <p>ID Änderung 1002235</p> <p>Diese Änderung wird begrüßt und entspricht der Anregung der Gemeinde Marienheide während des ersten Beteiligungsverfahrens.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1033274_003, Gemeinde Marienheide

Inhalt

ID Änderung 1026270

Die nunmehr teilweise vorgenommene Änderung auf dem Gebiet der Gemeinde Marienheide von der Festlegung Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich zugunsten von Waldbereichen im Vergleich zum ersten Regionalplanentwurf entspricht nicht den örtlichen Freiraumnutzungen und auch nicht den Darstellungen des Flächennutzungsplans der Gemeinde. Es handelt sich vielmehr um landwirtschaftliche Flächen. Es wird daher wieder die ursprünglich geänderte Festlegung aus dem ersten Regionalplanentwurf angeregt.

Die nachrichtliche Übernahme für die Bereiche zur Sicherung und den Abbau oberflächennaher nichtenergetischer Rohstoffe entspricht dem aktuellen Regionalplan sowie auch gleichermaßen den im Aufstellungsverfahren befindlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe. Es entspricht ebenfalls auch den Darstellungen als Fläche für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen aus dem gemeindlichen Flächennutzungsplan. Eine Änderung wird daher nicht angeregt.

Die überlagernde Freiraumfestlegung für Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karnonatgestein, Sandstein, Vulkanit) - inklusive Zwischennutzungen und Rekultivierungsziele - sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F. zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung daher lediglich nachrichtlich dargestellt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans für Festgesteine können Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Darüber hinaus wird Zustimmung bezüglich der überlagernden Festlegung des BSLE erklärt.

Inhalt

Textliche Festlegungen

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Die ergänzende formulierte Zielfestlegung in Z.2, dass neue Bauflächen und -gebiete, soweit nicht siedlungsstrukturelle oder ökologische Belange entgegenstehen, an vorhandene Siedlungen anzuschließen sind, wird begrüßt. Es entspricht dem planerischen Grundgedanken der grundsätzlichen Ausrichtung von Siedlungen und Siedlungsplanungen auf Siedlungsbereiche, dem Schutz des Freiraumes sowie auch aus Gründen der nachhaltigen Tragfähigkeit zur Aufrechterhaltung von Infrastrukturen. Gleichmaßen bietet diese Zielformulierung im Rahmen der Bauleitplanung eine zusätzliche konkrete praxistaugliche Planungshilfe.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033274_005, Gemeinde Marienheide

Inhalt

G.13 Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren

Innerhalb des Regionalplans sind die Größe der Siedlungsbereiche als Vorranggebiete (ASB und GIB) für eine ausreichende Siedlungsentwicklung knapp bemessen. Auch die vorgegebenen landesplanerischen Dichtevorgaben stellen die Kommunen, gerade im ländlichen Raum, vor große Herausforderungen. Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl von Regionalplanreserven aus den unterschiedlichsten Gründen nicht entwicklungsfähig sein werden. Sollten die flexiblen Vorbehaltsgebiete ebenfalls nicht über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehen dürfen, wird der Spielraum für eine flexible Siedlungsentwicklung in den Gemeinden immer kleiner. Verwerfungen auf dem Wohnungs- und Gewerbemarkt sind wahrscheinlich. Es wird daher angeregt, den Grundsatz G.13 nicht zu ändern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um eine Klarstellung im Sinne des LEP NRW. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht zu erfolgen (siehe Z.6 *ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln*).

Im Übrigen werden Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Inhalt

G.16 Siedlungsentwicklung auf zASB ausrichten

Die Festlegung zur Ausweisung eines nicht zentralörtlich bedeutenden Allgemeinen Siedlungsbereiches erfolgt nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes in gleicherweise als Vorranggebiet. Es besteht somit ein verbindliches Ziel der Raumordnung, dass Siedlungsentwicklung sich vorrangig innerhalb von Siedlungsbereichen zu vollziehen hat. Wenngleich es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt und dieser der Abwägung unterliegt, wird angeregt, die Streichung der Ausnahmeregelung für eine kommunale Siedlungsentwicklung nur auf untergeordnete Ortsteile im Freiraum, nicht hingegen auch auf Allgemeine Siedlungsbereiche mit Schienenanbindung vorzunehmen. Es besteht vielmehr ein Widerspruch zur verbindlichen Zielfestlegung Z.1. Gleichmaßen ist die Förderung der Siedlungsentwicklung in der Nähe von SPNV-Haltepunkten in Siedlungsbereichen in vielerlei Hinsicht auch aus planerischen Gründen zu befürworten (vgl. auch G.51).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei dem geänderten Planinhalt handelt es sich um eine Anpassung an die landesplanerischen Vorgaben, die Grundsatz 6.2-1 LEP NRW konkretisiert. Z.1 *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* in Verbindung mit Ziel 2-3 LEP NRW bleiben unberührt.

Inhalt

Kapitel 5.2.3 Erneuerbare Energien

Aufgrund der neuen rechtlichen Entwicklungen und den damit u.U. verbundenen Unwägbarkeiten, insbesondere bei der zukünftigen erforderlichen Ausweisung von Windenergiegebieten, wird es begrüßt den Themenkomplex Erneuerbare Energien gesondert in einem Sachlichen Teilplan zu behandeln.

Die Streichung der Ziele und Grundsätzen zum Thema Erneuerbare Energien ist daher im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans folgerichtig.

Gleichwohl, dass sich die Beteiligung im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung nur zu den geänderten Planinhalten auf die im Vergleich zum ersten Entwurf (Stand 2021) vorgenommenen Änderungen beschränkt, verweise ich dennoch auf die damals von der Gemeinde Marienheide mit Schreiben vom 15.06.2022 angeregten Änderungen während der ersten öffentlichen Auslegung zum neuen Regionalplan.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die gemäß Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 vorgesehenen textlichen Regelungen im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurden aus dem Gesamtplan herausgelöst. Sie wurden im Rahmen der Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energie anhand der geänderten Erfordernisse des Klimaschutzes und der Energiewende überprüft und neu gefasst. Für Anregungen zu den neu gefassten Festlegungen wird auf das Verfahren zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien verwiesen.

1033274_008, Gemeinde Marienheide

Inhalt

Hinweise:

In der o.g. Sitzung des Regionalrates wurde der Beschluss gefasst, dass nach Inkrafttreten des neuen Regionalplans der Regionalrat über die Möglichkeit der Einzeländerung im Regionalplan für die Gebiete Wernscheider Berg und Kattwinkel entschieden werden soll. Der Regionalrat hat schon frühzeitig seinen Willen und die politische Unterstützung hierzu bekundet. Ich möchte Sie aus diesem Grund schon frühzeitig darauf hinweisen, dass es gleichermaßen auch ausdrücklicher politischer Wille in der Gemeinde Marienheide ist, diese Änderung im Regionalplan vorzunehmen. Die Gemeinde Marienheide wird nach Abschluss des Regionalplanverfahrens eine entsprechende Einzeländerung im Regionalplan anregen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum geplanten Vorgehen der Gemeinde Marienheide nach Abschluss des Regionalplanverfahrens gegeben. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1033274_009, Gemeinde Marienheide	
Inhalt	<p>Bei der vorgenannten Stellungnahme handelt es sich nicht um eine abgestimmte Wertung im politischen Raum der Gemeinde Marienheide. Dies war aufgrund des kurzen Auslegungszeitraumes inmitten der Herbstferien nicht möglich.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen wurden eingehalten.</p>

AZ: BET_193000_1	
Gemeinde Nümbrecht	
1033405_001, Gemeinde Nümbrecht	
<p>Inhalt</p> <p>Aufstellungsverfahren für einen neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln</p> <p>Stellungnahme der Gemeinde Nümbrecht im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung vom 15.10.2024 – 15.11.2024</p> <p>[...]</p> <p>In der Begründung auf S. 57 wird klargestellt, dass es sich beim aktuellen Verfahren um eine Neuaufstellung und keine Fortschreibung des Regionalplans Köln handelt, so dass keine zeichnerischen Festlegungen „zurückgenommen“ oder „beibehalten“ würden.</p> <p>Ferner wird in der Begründung dargelegt, dass die den Kommunen zugebilligten Flächenbedarfe auf Basis der Daten von IT NRW (Haushaltsprognose Stand 2018) ermittelt wurden und eine laufende Aktualisierung der Datengrundlage nicht vorgesehen sei.</p> <p>Methodisch mag dies nachvollziehbar sein, aber in der Konsequenz führt dies dazu, dass das Verfahren auf Basis einer Datengrundlage geführt wird, die die aktuellen und aus kommunaler Sicht mit starken Auswirkungen verbundenen Entwicklungen (Ukrainekrieg, Migration) in keinsten Weise berücksichtigt.</p> <p>Nach dieser Haushaltsprognose wird der Gemeinde Nümbrecht, wie allen ländlichen Gemeinden, ein Schrumpfungsszenario prognostiziert.</p> <p>Dies steht jedoch im Widerspruch zum Kommunalprofil von IT NRW, mit Download vom 24.10.2024 (s. Anlage).</p> <p>Demnach ist die Nümbrechter Bevölkerung seit 1992 kontinuierlich bis 2022 angestiegen.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Ferner ist an der nachstehenden Grafik ablesbar, dass die von der Gemeinde Nümbrecht konsequent verfolgte Ansiedlungspolitik bisher sehr erfolgreich war, da die Bevölkerungsentwicklung im Vergleich mit NRW und dem Typ „Größere Kleinstadt“ stets günstiger verlief. Rat und Verwaltung der Gemeinde Nümbrecht haben diese Entwicklung durch den Ausbau der Schullandschaft, die Ansiedlung einer Klinik, die Entwicklung von Freizeitbereichen sowie die Ausweisung von Wohn- und</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag/die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002996, 1002998, 1002999, 1003004, 1012104, 1012106, 1012107 im Rahmen der 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Es wird in Bezug auf die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit betont, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt, sodass eine kleinteilige Anpassung von Siedlungsraumfestlegungen nicht erforderlich ist. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Die angeführten Belange wurden somit bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p> <p>Zudem wird der Hinweis zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen zukünftiger Bauleitplanverfahren ein Flächentausch auf der Ebene des Flächennutzungsplans vorgenommen wird.</p>

Gewerbeflächen aktiv und erfolgreich vorangetrieben. Auf diese Weise konnte sich Nümbrecht als attraktiver Wohn- und auch Gewerbestandort profilieren. Dies wird auch durch den positiven Wanderungssaldo belegt (S. 5 IT Kommunalprofil).

[Abbildung]

Die Gemeindemodellrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2023 – 01.01.2050 weicht ebenso erheblich von den im LEP zugrunde gelegten Prognosen ab, wie aus der nachfolgenden Grafik ersichtlich.

Demnach wird die Bevölkerung in Nümbrecht bis 2030 wachsen und sich auch bis 2050 positiver als in gesamt NRW entwickeln.

[Abbildung]

Inwiefern man überhaupt eine sichere und belastbare Prognose über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten abgeben kann ist zweifelhaft, wie an der Haushaltsprognose von IT NRW mit Stand 2018 erkennbar ist. Es ist schlechterdings nicht möglich, alle Ereignisse und Entwicklungen, die sich auf die Bevölkerungszahl auswirken können, durch eine belastbare Prognose zu berücksichtigen.

Für die Gemeinde Nümbrecht lässt sich aus den aktuellen Daten von IT NRW jedenfalls ablesen, dass zumindest bis 2030 und im Vergleich mit Gesamt NRW auch bis 2050 mehr und nicht weniger Wohnflächen und damit einhergehend auch mehr Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbe- und Industriebetriebe benötigt werden. Insofern kommt der Ausweisung von ASB- und GIB-Flächen eine besondere strategische Bedeutung zu.

In den Kommunalgesprächen im Vorverfahren und in den bisherigen Stellungnahmen hat die Gemeinde Nümbrecht ihre Entwicklungsstrategie mehrfach dezidiert erläutert und daher beantragt, im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans zusätzliche moderate ASB und GIB-Flächenneuausweisungen vorzunehmen, damit für den 25-jährigen Planungszeitraum ein ausreichend großer strategischer Entwicklungs- und Handlungsspielraum gewährleistet ist.

Keine der beantragten ASB- und GIB-Flächen wurde in den neuen Entwurf aufgenommen. Begründet wurde dies zum einen mit der (veralteten) Datenprognose von IT NRW, die dem Regionalplan zugrunde liegt, und die Stand 2024 eine andere ist (siehe oben).

Ferner wurde die Nichtausweisung der beantragten Flächen damit begründet, dass die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit ab einer Größenordnung von 10 ha beginnt und Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle (schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, linienhafte Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz hätten.

Dieses Argument kann jedoch bei einer Neuaufstellung nicht ziehen, da ja nicht nur die „neu beantragten“ Flächen zu bilanzieren sind, sondern die gesamten regionalplanerischen ASB- und GIB-Flächen („Altfläche“ plus „Antragsfläche“) als

„Neufläche“ zu betrachten wären, weil der Regionalplan eben nicht lediglich fortgeschrieben wird und es logischerweise im Hinblick auf die regionalplanerische Darstellungsschwelle auf die Gesamtgröße von „Altfläche“ plus „Antragsfläche“ ankommen muss.

Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage Ihrer Begründung (Neuaufstellung – keine Fortschreibung) wird im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung von Seiten der Gemeinde Nümbrecht erneut beantragt, die im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens beantragten ASB- und GIB-Flächen aufzunehmen, da die Gesamtflächen jeweils die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten.

Dass für die konkrete bauliche Entwicklung dieser Flächen ein Flächentausch auf der Ebene des Flächennutzungsplans vorgenommen werden muss, ist klar.

In der Anlage erhalten Sie das Kommunalprofil von IT NRW mit Downloaddatum vom 24.10.2024 sowie die beantragten Bereiche zur Darstellung als ASB- und GIB-Flächen.

AZ: BET_194000_1

Stadt Radevormwald - Bauleitplanung

1033158_001, Stadt Radevormwald - Bauleitplanung

Inhalt

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung des zweiten Planentwurfs zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln nimmt die Stadt Radevormwald wie folgt Stellung:

Karthausen (ID 1024425)

Im Zuge der Autorenkorrektur der Regionalplanungsbehörde wurde die zeichnerische Festlegung für die Fläche mit der ID 1024425 geändert. Die im 1. Planentwurf noch als Allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesene Fläche wird im vorliegenden 2. Planentwurf nun als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich festgelegt. Der Korrektur auf Basis aktueller kommunaler Planungen sowie aktualisierter Siedlungsflächenreserven wird aus Sicht der Stadt Radevormwald nicht zugestimmt. Die Fläche ist Teil eines Baugebietes („Wohngebiet Karthausen“), welches derzeit in drei Teilabschnitten entwickelt wird (siehe Anlage 1: Rahmenplan). Die betreffende Fläche fungiert als 3. Bauabschnitt des Gesamtkonzeptes „Wohngebiet Karthausen“ und somit als sinnvolle Erweiterung (Nutzung vorhandener Infrastruktureinrichtungen) des bereits in Umsetzung befindlichen 1. Bauabschnitts sowie des zurzeit in Planaufstellung befindlichen 2. Bauabschnitts. Verdeutlicht wird die aufeinander bauende Entwicklung der drei Bauabschnitte durch den Rahmenplan und die derzeitige Bauleitplanung (siehe Anlage 2: Bebauungsplanvorentwurf Nr. 109), indem planerisch die Voraussetzungen für die Erschließung des 3. Bauabschnitts bereits vorbereitet werden. Zusätzlich wurden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans, auch unter Angabe diverser Flächen ohne Entwicklungswunsch durch die Stadt Radevormwald im Rahmen des Kommunalgesprächs im Jahr 2017, die Mehrzahl der bislang bestehenden Regionalplanreserven herausgenommen, sodass die Siedlungsflächenreserven der Stadt Radevormwald durch den 1. Planentwurf bereits sehr eingeschränkt wurden.

Als weitere Begründung für die Änderung der zeichnerischen Festlegung der Fläche 1024425 werden die tatsächlichen Umstände im Bestand belegt durch eine geänderte Darstellung im Flächennutzungsplan angeführt, sodass eine zeichnerische Neuabgrenzung als folgerichtig dargestellt wird. Im Rahmen der 43. Flächennutzungsplanänderung, als vorbereitende Bauleitplanung für das „Wohngebiet Karthausen“, wurde zwar zunächst nicht die gesamte für den Bereich „Karthausen“ im Regionalplan als Siedlungsbereich ausgewiesene Fläche zu Wohnbauflächen geändert. Die Beschränkung der Flächennutzungsplanänderung auf die Flächen des ersten und zweiten Bauabschnitts beruhte jedoch nicht auf einer fehlenden Entwicklungsabsicht seitens der Stadt Radevormwald. Gem. § 1 Abs. 3 BauGB sind

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1024425, 1. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Die Stadt Radevormwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Zudem besteht für die in Rede stehende Fläche keine verfestigte kommunale Entwicklungsabsicht. Die Flächennutzungsplanänderung für den 3. Bauabschnitt Karthausen wird lediglich zukünftig geplant. Die Verkleinerung des in Rede stehenden ASB ist aufgrund des mangelnden kommunalen Bedarfs somit folgerichtig.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten

„Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist“. Die Entwicklung des „Wohngebietes Karthausen“ in drei Bauabschnitten war von Beginn an geplant, zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses der Flächennutzungsplanänderung (im Jahr 2019) war jedoch die Vorbereitung der gesamten Flächen aufgrund der geplanten Entwicklung des 3. Abschnitts erst bis 2032 noch nicht erforderlich (siehe Anlage 3: Zeitschiene Rahmenplan). Aus der Flächennutzungsplanänderung, die nicht den gesamten in „Karthausen“ vorhandenen regionalplanerischen Siedlungsbereich umfasste, kann aus diesen Gründen kein fehlender Entwicklungswunsch abgeleitet werden. Von den derzeitigen Darstellungen des Flächennutzungsplans unabhängig ist damit die weiterhin bestehende Entwicklungsabsicht der betreffenden Fläche 1024425 als 3.Bauabschnitt des „Wohngebietes Karthausen“.

Darüber hinaus gab die Stadt Radevormwald bereits im Rahmen des Kommunalgesprächs im Jahr 2017 den gesamten Bereich „Karthausen“ als Bereich mit Entwicklungswunsch an (damalige Bezeichnung der Fläche: ASB-102-03). Eine durch die Bezirksregierung erstellte Karte stellte dies entsprechend dar (siehe Anlage 4: Erfassung der Regionalplanreserven Radevormwald). Der daraufhin erarbeitete 1. Planentwurf zum Regionalplan umfasste entsprechend dem Wunsch der Stadt Radevormwald den gesamten Bereich „Karthausen“ (ASB-102-03) als Allgemeinen Siedlungsbereich. Auch war zu dem Zeitpunkt der öffentlichen Auslegung des 1. Planentwurfs die 43. Änderung des Flächennutzungsplans bereits durch die Bezirksregierung Köln genehmigt worden. Eine Änderung von Entwicklungsabsichten haben daher seitens der Stadt Radevormwald nicht stattgefunden. Somit ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen im Rahmen des 2. Entwurfs von einer fehlenden Entwicklungsabsicht ausgegangen wird. Es haben sich keinerlei Rahmenbedingungen verändert, die hierauf schließen lassen können.

Aus diesen Gründen können die durch die Regionalplanungsbehörde getroffene Schlussfolgerung einer mangelnden Entwicklungsabsicht und die daraus resultierende Änderung der zeichnerischen Festlegungen im Rahmen des 2. Planentwurfs nicht nachvollzogen werden. Da diese offenbar auf Grundlage falscher Annahmen erfolgte, wird dringend darum gebeten, die vorgenommene Neuabgrenzung des Siedlungsbereiches nicht durchzuführen und die Fläche 1024425 wieder in den Allgemeinen Siedlungsbereich aufzunehmen.

Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033158_002, Stadt Radevormwald - Bauleitplanung

Inhalt

Dahlhausen (ID 1003830)

Die Stadt Radevormwald äußert erhebliche Bedenken gegenüber der vorgenommenen Abwägung „1003830“ zur Rücknahme des Siedlungsbereiches im Ortsteil „Dahlhausen“ mit folgender Begründung:

Neben der bereits freiwilligen Rücknahme vieler großer Flächen ohne Entwicklungswunsch wurden überdies für die weitere Entwicklung der Stadt Radevormwald wesentliche Flächen mit Entwicklungswunsch (potentielle Erweiterungsflächen sowie bestehende Regionalplanreserven) gestrichen. Die zukünftige Entwicklung der Stadt muss sich folglich (bzw. zwangsläufig) vorrangig auf die Innenentwicklung bzw. die Entwicklung im verbleibenden Siedlungsraum konzentrieren (siehe auch Grundsatz 6.1-6 LEP NRW). Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass ein größtenteils mit rechtskräftigen Bebauungsplänen überplanter und langjährig überwiegend bebauter Siedlungsraum im Bereich Dahlhausen (ca. 30ha) weiterhin, trotz der geäußerten Anregungen und Bedenken im Rahmen der letzten Stellungnahme der Stadt Radevormwald vom 30.06.2022, vollständig aus der Siedlungsflächendarstellung herausgenommen wird. Die Festlegung des Siedlungsbereichs soll nach Argumentation der Abwägung „hinter den planerisch gesicherten Siedlungsflächen bzw. dem vorhandenen Siedlungsbestand zurück [bleiben], um eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes zu vermeiden“. Gemäß der vorgenommenen Abwägung der Regionalplanungsbehörde wäre trotz der ASB-Rücknahme eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gemäß der Zielfestlegung „Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren“ möglich und richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. In der Folge wären jedoch gleichzeitig auch Innenentwicklungen auf Grundlage der neuen Darstellung im Regionalplan als Freiraum unmöglich:

Wie bereits erwähnt, bestehen für einen Großteil der entnommenen ASB-Fläche im Bereich Dahlhausen bereits rechtskräftige Bebauungspläne, u.a. ein großes Gelände einer ehemaligen Textilfabrik mit historisch und kulturell wertvoller, prägender Bausubstanz, die Denkmalwert besitzt. Eine industrielle Wiedernutzung des seit Jahren leerstehenden Gebäudebestandes ist mit dem dort bestehenden Planrecht und der direkt angrenzenden Wohnbebauung sowohl immissionstechnisch, baulich als auch infrastrukturell nicht bzw. kaum umsetzbar, sodass ein sinnvolles Nachnutzungskonzept zwangsläufig eine Umnutzung der Gebäude (z.B. als Wohnraum) beinhaltet. Die hierfür notwendige Änderung des bestehenden Planrechts würde jedoch im nun vorgesehenen regionalplanerischem Freiraum nach den aktuellen landesplanerischen Vorgaben nur möglich sein, wenn diese auf den Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung (eng auszulegen gem. den Urteilen des OVG NRW

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung (ID 1003830, 1. Offenlage) wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden durch die Freiraum-Festlegungen in Radevormwald-Dahlhausen nicht berührt. Die Siedlungsentwicklung bzw. Innenentwicklung innerhalb von im Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unter Berücksichtigung der landesplanerischen Vorgaben weiterhin möglich.

Eine Konkretisierung erfolgt auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

vom 04.12.2006 (7 A 1862/06) und vom 18.10.2013 (10 D 4/11.NE)) ausgerichtet ist (u.a. zu belegen durch konkrete Anfragen nach Wohnraumbedarf in entsprechender Zahl oder eine belastbare Prognose zur Bevölkerungsentwicklung bzw. zu einem aus anderen Gründen gestiegenen Bedarf an Wohnbauflächen für die ortsansässige Bevölkerung); ein solcher Nachweis ist für den Ortsteil Dahlhausen aus Sicht der Stadt Radevormwald jedoch realistisch nicht zu erbringen. Die in der Abwägung der Regionalplanungsbehörde trotz Rücknahme des Siedlungsbereichs suggerierte Entwicklungsmöglichkeit ist aufgrund der notwendigen Voraussetzungen nicht umsetzbar, sodass in der Konsequenz eine Sicherung und Bewahrung der historisch wertvollen Gebäudesubstanz durch ein zukünftiges Nutzungskonzept nicht sichergestellt werden kann. Die von der Regionalplanungsbehörde forcierte Innenentwicklung kann somit in diesem Bereich nicht betrieben werden und ein Verfall der unter Denkmalschutz gestellten Gebäudebestände wäre unweigerlich die Folge. Dies kann nicht Ziel einer Regionalplanung sein.

Gegenüber der vorgenommenen Abwägung zur Herausnahme der gesamten ASB-Fläche im Bereich Dahlhausen (ca.30ha) erheben wir aufgrund der o.g. Erläuterungen erhebliche Bedenken und bitten, zumindest den langjährig bebauten Siedlungsbereich wieder als ASB-Fläche im Regionalplan aufzunehmen um somit eine zukünftige Entwicklung / Nachnutzung, u.a. des ehemaligen Industriestandortes der Textilfabrik zu ermöglichen. Eine nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes ist damit nicht zu erwarten.

AZ: BET_198000_1	
Stadt Wipperfürth - FB II - Stadt- und Raumplanung	
1033371_001, Stadt Wipperfürth - FB II - Stadt- und Raumplanung	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme der Hansestadt Wipperfürth im Rahmen der Offenlage zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln</p> <p>Die Hansestadt Wipperfürth gibt folgende Stellungnahme im Rahmen der Offenlage ab und äußert sich zu den jeweiligen Kapiteln, in denen die kommunalen Belange betroffen sind, wie folgt:</p> <p>Kapitel 2: Gesamträumliche Aspekte</p> <p>-</p> <p>Die Bewältigung von Klimafolgen stellt eine der größten raumentwicklungsrelevanten Herausforderungen unserer Zeit dar. Vor diesem Hintergrund wird angeregt, der genannten Herausforderung auch einen entsprechenden Stellenwert beizumessen, indem sie als formelles Ziel in den Regionalplan aufgenommen wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.</p> <p>Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.</p> <p>Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Der LEP NRW legt den Grundsatz 4-2 "Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)" fest.</p> <p>Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.</p>

Inhalt

Kapitel 3: Siedlungsraum

-

Trotz einer anfänglich positiven Rückmeldung der Regionalplanungsbehörde bezüglich der angestrebten Festlegungen für die Entwicklung des kommunalen Siedlungsraums (resultierend aus den Kommunalgespräch im Mai 2017), berücksichtigt der Offenlageentwurf des Regionalplans eine Vielzahl dieser Flächen nicht. Anlage 1 „Steckbriefe“ gibt Auskunft über die Entwicklungsabsichten der Hansestadt Wipperfürth, wie sie im Kommunalgespräch kommuniziert wurden. Die nachfolgende tabellarische Übersicht dokumentiert darüber hinaus die Diskrepanz gegenüber dem Offenlageentwurf.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus wird auf Folgendes verwiesen: Es wird auf frühere Stellungnahmen im Rahmen der Kommunalgespräche verwiesen. Die darin geäußerten Bedenken und Anregungen werden aufrechterhalten.

Der Planentwurf ist das Ergebnis eines umfangreichen Planungsprozesses. Darin wurde die kommunale Planungsebene im Sinne des Gegenstromprinzips (vgl. § 1 Abs. 3 ROG) frühzeitig mit eingebunden. So wurden u.a. im Rahmen von Kommunalgesprächen die Entwicklungsvorstellungen erfasst und Planungsabsichten hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den Anforderungen der Regionalplanung diskutiert. Mit dem einstimmigen Beschluss des Regionalrates am 13.03.2020 wurde als erstes Zwischenergebnis dieses umfangreichen informellen Prozesses ein Plankonzept beschlossen, dass den Rahmen für die zukünftige räumliche Entwicklung des Regierungsbezirkes in den wesentlichen Grundzügen setzt. Auf Grundlage dieses Plankonzepts hat der Regionalrat die Regionalplanungsbehörde beauftragt, die gem. § 8 ROG erforderliche Umweltprüfung durchzuführen. Zusammen mit den Ergebnissen der Umweltprüfung sind die Leitlinien aus dem Plankonzept anschließend in den Planentwurf eingeflossen und liegen den konkreten zeichnerischen und textlichen Festlegungen zugrunde.

Als vorlaufende formelle Schritte wurden die Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gemäß § 9 Absatz 1 ROG mit Datum vom 29.04.2019 über die beabsichtigte Neuaufstellung des Regionalplans Köln unterrichtet. Rückmeldungen und Hinweise im Rahmen dieser Unterrichtung sind ebenfalls in die Erarbeitung des Planentwurfes und der Umweltprüfung eingeflossen.

Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2021 den Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans zur Anhörung und öffentlichen Auslegung beschlossen (Aufstellungsbeschluss). Die bis dahin vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sind im Planentwurf wie oben beschrieben berücksichtigt worden. Eine erneute Befassung des Regionalrats ist nur erforderlich, soweit neue Erkenntnisse vorliegen. Dies ist hier erkennbar nicht der Fall.

Gegenüber der im Rahmen der Kommunalgespräche vorgebrachten Hinweise und Anregungen/Bedenken ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Die Stadt Wipperfürth verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, über den ermittelten

Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex), so auch ein GIBflex in Wipperfürth im Bereich Elbertzhagen.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Kapitel 4: Freiraum

-

Da das Stadtgebiet der Hansestadt Wipperfürth zu einem erheblichen Teil landwirtschaftlich genutzt wird und in diesem Zusammenhang der Ökologischen Landwirtschaft eine besondere Bedeutung zukommt, macht sich die Hansestadt die Stellungnahme des Oberbergischen Kreises zum Offenlageentwurf in diesem Punkt zu eigen und beabsichtigt dadurch eine gesteigerte Aufmerksamkeit durch die Regionalplanungsbehörde:

„Es wird angeregt, für den Bereich der Landwirtschaft, einen Grundsatz zu ergänzen, der die Stärkung und den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft beinhaltet. Bioprodukte werden zunehmend nachgefragt und das Land NRW fördert neuerdings Ökomodellregionen; so auch seit 2021/2022 die Ökomodellregion Bergisches RheinLand mit den Kreisen Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis und einem Teilbereich des Rhein-Sieg-Kreises.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

Kapitel 5 Infrastruktur

Es wird angeregt, ergänzende Festlegungen zu prüfen, welche sich auf die Verknüpfung überörtlich bedeutsamer Verkehrswegetrassen beziehen und neben einer Entlastung der Stadtkerne durch den motorisierten Individualverkehr (insb. Durchgangsverkehr) auch die generelle Erreichbarkeit im interkommunalen Zusammenhang verbessern würden. Beispielsweise sind die B506 und die B237 auf Wipperfürther Stadtgebiet genannt, welche im südlichen Bereich des Stadtkerns ein entsprechendes Vernetzungspotenzial aufweisen.

-

Die Ausweisungen des Radwegenetzes NRW finden zwar in den Entwurf des Regionalplanes Eingang, eröffnen jedoch - aufgrund vielerorts nicht vorhandener Radwegeinfrastruktur – oftmals keine, oder nur unzureichende Möglichkeiten der Nutzung durch Fahrradfahrer*innen. Für die betreffenden Bereiche - beispielsweise entlang der Trassenführung der B237 (Wipperfürth - Halver) - werden Planung und Bau auskömmlicher (nutzerfreundlicher) Radwegeinfrastrukturen angeregt.

Das Feinkonzept „Mobilstationen“ des oberbergischen Kreises eröffnet die Chance, die Verkehrswende durch qualifizierte und nutzerfreundliche Maßnahmen - auch und insbesondere im ländlichen Raum - zu beschleunigen. Die Hansestadt Wipperfürth regt an, jeden mit dem Landkreis abgestimmten Standort (vgl. Feinkonzept OBK) in die Erläuterungskarte, bzw. den zugehörigen Anhang A4: Mobilstationen aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Dies ist bei der angeregten Änderung nicht der Fall. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

Auch die Anregung bezüglich des Baus von Radwegeinfrastrukturen geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Anregung richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Eine lesbare Übernahme aller kommunalen Konzepte und Standorte von Mobilstationen in die Kartendarstellung kann nicht gewährleistet werden. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass aufgrund zahlreicher aktueller Planungen die Erläuterungskarte zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Plans erneut veraltet sein wird. Die mit der Karte ursprünglich vorgesehene Anstoßwirkung ist überholt. Da der Grundsatz G.56 nicht zwingend einer Erläuterungskarte bedarf, wurde die Erläuterungskarte I3 - Mobilstationen mit dem zweiten Planentwurf daher nicht weiter fortgeschrieben bzw. ist entfallen. Eine Aufnahme der Mobilstationen aus dem Feinkonzept des oberbergischen Kreises ist somit nicht möglich. Dies steht einer weiteren Konkretisierung von Mobilstationen im Rahmen der Fachplanung oder kommunalen Planung nicht entgegen.

1033371_005, Stadt Wipperfürth - FB II - Stadt- und Raumplanung	
<p>Inhalt</p> <p>Umweltbericht</p> <p>Die Hansestadt Wipperfürth gibt den Hinweis, dass im Prüfbogen WIP_ASBF_2 ein geschützter Landschaftsbestandteil fehlt, der durch den Landschaftsplan Nr. 6 Wipperfürth festgesetzt ist (GLB 2.4-26).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die angeregte Ergänzung des Prüfbogens WIP_ASBF_2, wurde bereits im Umweltbericht zum zweiten Regionalplanentwurf umgesetzt und in der erneuten öffentlichen Auslegung offengelegt.</p>

AZ: BET_199000_1	
Rheinisch-Bergischer Kreis	
1033360_001, Rheinisch-Bergischer Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>Anbei die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises. Von den übrigen Fachämtern des Rheinisch-Bergischen Kreises wurden keine Stellungnahme vorgetragen.</p> <p>Die Stellungnahmen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde: Amt 67 (Natur- und Landschaftsschutz):</p> <p>Aus Sicht der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Erholungsvorsorge werden folgende Bedenken, Hinweise und Anregungen eingebracht:</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass der Regionalplan auch die Funktion eines Landschaftsrahmenplanes hat. Diese Funktion wird insbesondere durch die Landschaftspläne konkretisiert und umgesetzt. Die Landschaftspläne ergänzen die Bauleitplanung im Freiraum und stehen gleichzeitig in der Konkurrenz um Flächen zu ihr. Die Landschaftspläne beschränken sich dabei nicht nur auf den Naturschutz, sondern nehmen auch entscheidende Funktionen im Boden-, Gewässer- und Klimaschutz sowie für die Erholungsnutzung wahr. Hierdurch sorgen sie für die Ausgleichsfunktionen des Freiraumes für den Siedlungsraum. Bauleitplanung und Landschaftsplanung setzen beide den Regionalplan um und bedürfen daher einer engen Abstimmung. Neben den Aufstellungsverfahren zu den Bauleitplänen selbst nahm bislang insbesondere die Anpassungsanfrage gemäß § 34 LPlG eine wichtige Funktion zur frühzeitigen Abstimmung und Konfliktbewältigung zwischen den Zielen der Raumordnung und der kommunalen Bauleitplanung sowie zwischen der Landschaftsplanung und der Bauleitplanung wahr. Durch die Novellierung des § 34 LPlG mit einer „Kann“-Regelung erhält die Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung weniger den Charakter eines Regelungs- und Konfliktbewältigungsinstruments als einer Beratungsleistung. Es wird daher angeregt, den Träger der Landschaftsplanung bei Anfragen nach § 34 LPlG beziehungsweise, wenn diese nicht erfolgt sind, in die Genehmigungsverfahren gemäß § 6 BauGB (Flächennutzungsplan) beziehungsweise § 10 BauGB (Bebauungsplan) einzubeziehen. Zum Verfahren der Berücksichtigung der Belange der Raumordnung und Landesplanung in der Bauleitplanung sollte der Regionalplan Aussagen treffen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme zur Einbeziehung der Träger der Landschaftsplanung bei Anfragen nach § 34 LPlG geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass Verfahrensvorgaben hinsichtlich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln sind. Diese gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Verfahrensvorgaben dieser Art werden im LPlG NRW normiert. Die Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung im Rahmen obliegt der kommunalen Planungshoheit. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPlG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Beteiligungsmöglichkeiten für den Träger der Landschaftsplanung ergeben sich darüber hinaus aus den Vorgaben des BauGB.</p>

Inhalt

Mit den Kapiteln zu erneuerbaren Energien im Freiraum sind auch alle Aussagen zu erneuerbaren Energien im Siedlungsraum entfallen. Fraglich ist, ob diese dann auch im Teilplan Erneuerbare Energien berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien gegeben. Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Die im Entwurf des Regionalplans enthaltenen textlichen Festlegungen werden zurückgenommen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Mit der Begrüßung von Änderungen des Regionalplanes im Rahmen der ersten Beteiligung ist verbunden, dass diese Änderungen aus Sicht der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Erholungsvorsorge von Bedeutung sind. Dies sollte bei der Rücknahme von Änderungen in der aktuellen Beteiligung berücksichtigt werden. Dies ist bei den Änderungen im vorliegenden Entwurf in Teilen nicht der Fall.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird bedauert, dass Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Erholungsvorsorge bei der Rücknahme von Änderungen nicht vollumfänglich berücksichtigt wurden. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung sowie im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Ergänzend wird hierzu nachfolgend ausgeführt:

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW. Auch die durch die Planung hervorgerufenen Auswirkungen auf die landschaftsgebundene Erholung, geschützte Landschaftsbestandteile und das Landschaftsbild werden in den Prüfbögen erfasst und bewertet.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

1033360_004, Rheinisch-Bergischer Kreis

Inhalt

Zu Änderungen der zeichnerischen Festlegungen 5.2.1.

Die Änderungen 1003554 – Ziegwebersberg, 1003555 – Eicherhof, 1004483 – südlich Dierath zwischen Berghamberg und Kuckenberg, 1004485 – Herkensiefen, Benninghausen, Klein- und Groß-Ösinghausen, 1004892a – Büschhausen, 1004892a – Ostringhausen (OBI), 1004481 – Zwischen Dürscheid, Braunsberg und Oberselbach, 1004662 – Nussbaum, Nussbaumer Feld, 1004666 – Hebborn, nördlich B 506, 1004668 – Neuborner Busch, 1011121 – Neuenhaus, 1008170 – Braunsberg, Silberkaule, 1004581 – Lehm bach, 1004589 – Rambrücken, Gammersbacher Weg werden begrüßt.

Die Erweiterungen der Überschwemmungsgebietsfestlegungen werden ebenfalls begrüßt.

In Bezug auf die Änderung 1004648 – Im Zubusch, Weidenbuscher Weg wird der Beschluss des Regionalrates unter Nummer 125 begrüßt.

Gegen die Änderungen 1003560 – Straßerhof, 1003561, 1003562, 1003565 Linde, Irlen, Rottfeld, 1003549 – Blecher, Schulstraße, 1003820_001 – Nittum/Dhünntal, 1004679 – Stadtmitte, „Zanders“-Areal, 1002861 – Burghof, 1002860, 1005740, 1005958 – Gewerbegebiet Vilkerath, 1004587, 1004531 – Gewerbegebiet am Gammersbach bestehen keine Bedenken.

Die Änderungen [1000727, 1002713 – Rattenberg], 1003820_002 – Torringen, Herkenfelder Weg, [1003283 – Köln-Strunden an der Kreisgrenze], 1003820_004_1 – Oberheidkamper Straße, 1004670 – nordöstlich Asselborn, nördlich Obersteinbach beiderseits der L 289, 1025656 – Rösrath, Gerhart-Hauptmann-Str werden zur Kenntnis genommen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Gegen die Änderung 1003556 – Trompete

(Rücknahme von „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ zugunsten von „Allgemeiner Siedlungsbereich“)
werden Bedenken geltend gemacht, da sich in diesem Bereich nördlich der L 294 das flächige Naturdenkmal LE_2.3-02 „weißer Stein (Sandberg) in Trompete“ befindet.

Das Bebauungsplangebiet 104 „Am Rombergsweiher“ liegt südlich der L 294. Es grenzt an das Naturschutzgebiet LE_2.1-05 „Rothenberg“ an. Das Naturdenkmal wird zur Erhaltung eines gebietstypischen Sandhügels der Heideterrasse, insbesondere zum Schutz und zur Erhaltung von Trockenmagerstandorten und Altholz, geschützt. Schutzobjekt ist gleichfalls die hohe strukturelle Vielfalt, wertvoll insbesondere für Hecken- und Gebüschbrüter.

Es wird angeregt, auf die Änderung nördlich der L 294 zu verzichten und im Süden die maßstäbliche Unschärfe nicht zu weit in das Naturschutzgebiet auszuweiten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Zudem wurden südlich der L 294 ausschließlich bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf. (vgl. ID 1003556, 1. Offenlage)

Inhalt

Bei der Änderung **1003888 – Dierath, Nagelsbaum, Neuenhaus** (Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereiches“ nach Norden östlich der „Balkantrasse“ zulasten von „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“, „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ und „Regionaler Grünzug“. Im Gegenzug Reduzierung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zugunsten von „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“, „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ und „Regionaler Grünzug“. Nördlich von Dierath und westlich der „Balkantrasse“.) werden Bedenken in Teilbereichen bezüglich der Einbeziehung des geschützten Landschaftsbestandteiles BU_2.4-02 „Obstweide bei Neuenhaus“ nördlich der K 2 geltend gemacht. Die Obstweide wird zur Erhaltung des Baumbestandes als faunistisch und kulturhistorisch bedeutsamer Biotoptyp im Bergischen Land, geschützt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1003888, 1. Offenlage)

Darüberhinaus gilt, dass gemäß den landesplanerischen Vorgaben die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgt dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse

bzw. Rechte werden nicht berührt.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

Gegen die Änderung **1003550 – Trienenhaus**
(Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ „zulasten von „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ an der Grenze zwischen Kürten und Odenthal südlich der B 506.)
bestehen erhebliche Bedenken aufgrund mangelnder Realisierungschancen auf Odenthaler Gemeindegebiet bei gleichzeitiger argumentativer Förderung des auf Kürtener Gemeindegebiet singulär geplanten Baugebietes „Klimaschutzsiedlung“, welches die Zersiedelung fördert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. die Detaillierungsgrenze des Regionalplans überschreiten.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da ausschließlich bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf. (vgl. ID 1003550 1. Offenlage).

Inhalt

Die Änderung **1004645 – Hoppersheider Busch**

(„Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Regionalem Grünzug“) stößt im Hinblick auf die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf erhebliche Bedenken, da sie die Verfestigung einer Fehlentwicklung darstellt. Der Siedlungsbereich dringt in Wald vor. Angrenzend befindet sich ein Naturschutzgebiet (Feuchtwald). Die Änderung führt zu Beeinträchtigungen über die Veränderung des Wasserhaushaltes und die Erhöhung des Freizeitdruckes.

Anregung Rücknahme der Änderung 1004645

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004645 1. Offenlage) vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Darüberhinaus gilt, dass gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen hat. Aufgrund des vorhandenen Bedarfs, der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit wurde einer Festlegung als ASB Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt sowie der Regionale Grünzug in dem betreffenden Bereich im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig zurückgenommen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Zudem gilt, dass die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben werden. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche

Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Änderung **1008159 – Nussbaum, Am grünen Weiher, Weidenbusch**
(„Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Regionalem Grünzug“.) Gegen die Erweiterung des Allgemeines Siedlungsbereichs und das weitere Vordringen des Siedlungsbereiches in das Feuchtgebiet zwischen Weiden- und Mutzbach bestehen erhebliche Bedenken. Es wird angeregt, auf die Erweiterung zu verzichten.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. der Detailierungsgrenze des Regionalplans überschreiten.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da ausschließlich bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf. (vgl. ID 1003820_004 1. Offenlage).

Inhalt

Gegen die Änderung **1003820_004_2 – Hand, Diepeschrather Wiese** (Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ anstelle von „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Natur“, „Regionalem Grünzug“ und „Überschwemmungsbereich“.) über den bestehenden Bebauungsplan hinaus in die da gesetzlich unmittelbar geschützten Biotope (Fließgewässer, Nassgrünland, Röhrichte) und die Mutzbachau hinein bestehen erhebliche Bedenken

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. der Detailierungsgrenze des Regionalplans überschreiten.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt, da ausschließlich bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen wurden. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf. (vgl. ID 1003820_004 1. Offenlage).

Inhalt

Bezüglich der Änderung **1026270 – Hebborn, Dolomitgrube Krämer** (Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit Rekultivierungszielen für die Rohstoffgruppe Festgesteine gemäß Regionalplan Köln a.F. mit „Waldbereich“ und „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“/„Waldbereich“ und „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ mit „Regionalem Grünzug“.) wird darauf hingewiesen, dass sich die Dolomitgrube bereits in der Rekultivierung, allerdings als Offenland befindet.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karnonatgestein, Sandstein, Vulkanit) sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Teilplans NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F. zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung nachrichtlich dargestellt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden.

Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln und des Teilplans NR werden vorhandene Abbaurechte für den Abbau von Festgesteinen nicht berührt. Neue Abgrabungen bzw. Erweiterungen von Abgrabungen für Festgesteine sind unter Beachtung der geltenden raumordnerischen Vorgaben möglich.

Inhalt

Gegen die Änderung 1004663 – Rommerscheid

(Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zulasten von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“) bestehen erhebliche Bedenken. Der Bereich ist aufgrund der Topographie (schmale Muldenlage mit stark geneigten Hängen ungeeignet für eine Siedlungsentwicklung und verschärft bei einer Erschließung die Gefahrenlage im Hinblick auf Starkregen-Überschwemmungen im Stadtzentrum. Weiterhin werden Wald- und Offenlandbestände mit klimatischer Ausgleichsfunktion und als Rückzugsraum für die Stadtfauna in Anspruch genommen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz

der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Für den angesprochenen Bereich, wurden keine erheblichen Umweltauswirkungen dokumentiert. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

Im Bereich der Änderung **1003820_003 – Lochermühle** (Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zulasten von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Natur“ und „Regionalem Grünzug“) bestehen erhebliche Bedenken, gegen die Einbeziehung des Naturschutzgebiet GL_2.1-07 „Strundetal“ im Westen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003820_003 1. Offenlage) vorgebracht.

Die zeichnerische Abgrenzung orientiert sich am Bestand. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Darüberhinaus gilt, dass der Regionalplan durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen sichert und sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind schützt. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033360_014, Rheinisch-Bergischer Kreis

Inhalt

Bezüglich der Änderungen 1004750 – Lückerath, Bahndammtrasse, („Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr“ anstelle von „Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr“ – „Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung“) und 1004749 - Schienenanbindung Gewerbegebiet Zinkhütte (Die Anbindung Gewerbegebiet Zinkhütte entfällt ersatzlos.) wird drauf hingewiesen, dass die immer wieder diskutierte Alternative für die entfallende Straßenverbindung zur Entlastung der innerstädtischen Straßen, insbesondere im Hinblick auf die Autobahnanbindung und den Lastkraftwagenverkehr durch das Naturschutzgebiet „Gierather Wald“ verläuft und dort in erheblichem Konflikt mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege steht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur verkehrlichen Entwicklung hier: Bahndammtrasse vorgebracht.

Inhalt

Gegen den Beschluss des Regionalrates **127 – Lustheide, Refrath, Frankenforst, Brüderstraße – Waldflächen an der Autobahn A4**

(Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zulasten von „Waldbereich“ mit „Regionalem Grünzug“, „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ und „Bereich für den Schutz des Grundwassers und der Gewässer“)

bestehen erhebliche Bedenken. Der Waldstreifen entlang der Autobahn nimmt Pufferfunktionen sowohl für den Siedlungsraum als auch für das FFH-Gebiet wahr. Er ist als „Lärmschutzwald“, „Klimaschutzwald“, und „Erholungswald I und II“ dargestellt. Östlich der L 358 befindet sich ein Feuchtwaldbereich mit Quellen und Gewässerläufen, welche ins FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebiet fließen (Wirkpfad). Diese Fläche ist nicht Bestandteil des Gewerbeflächenkonzeptes des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zwischen der L 358 und der K 27 liegen Waldbereiche mit Quellbereich und bewegtem Mikrorelief. Zwischen der K 27 und der L 136 Erholungswald. Im Gewerbeflächenkonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises ist die Fläche deutlich kleiner. Vorgesehen ist eine gewerbliche Entwicklung, damit sind auch Emissionen zulasten des FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebietes möglich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten

Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen

können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale

	Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.
--	---

Inhalt

Gegen die Änderung **1004674 – Overrather Straße, Giselherstraße – „Manhattan“** (Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zulasten von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Regionalem Grünzug“) bestehen Bedenken aufgrund der Inanspruchnahmen von Wald und der Böttcherbachaue (Edelkrebs).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf (s. ID 1004674 1. Offenlage).

Entsprechend der Plankonzeption werden die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt werden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags.

Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

Kleinteilige Nutzungen und Funktionen entsprechen nicht dem regionalen Maßstab und sind damit folglich Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege können im regionalplanerischen Maßstab im Freiraum erfolgen. Die Festlegung von BSN und BSLE ist keine Grundvoraussetzung für Entwicklungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Siedlungsräumlichen Entwicklungen hingegen sind bei einer regionalplanerischen Relevanz zeichnerisch im Siedlungsraum zu sichern.

1033360_018, Rheinisch-Bergischer Kreis

Inhalt

Bezüglich der Änderung 1003820_005 – Birkerhöhe nördlich K 41 (Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zulasten von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“) bestehen Bedenken aufgrund der Verstärkung der bandartigen Entwicklung entlang der K 41 und der daraus resultierenden Wanderungsbarrieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (s. ID 1003820_005 1. Offenlage)

Inhalt

Gegen die Änderung 1008175 – Birkerhof, östlich der L 195 (Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zulasten von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“) bestehen Bedenken, da aktuell abgerundeter Siedlungsbereich vorliegt und sehr gute ackerfähige Böden, die viel zu schade sind, um versiegelt zu werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des vorhandenen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (s. ID 1008175 1. Offenlage).

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Inhalt

In Bezug auf die Änderung **1003820_006 – Herkenrath-Südost** (Erweiterung des „Allgemeinen Siedlungsbereichs“ zulasten von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“) bestehen Bedenken, aufgrund des zu nahen Heranrückens an beziehungsweise des Überlagerns von Quellsiefen des Volbaches. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass eine Siedlungsentwicklung die geplante ÖPNV-Trasse Spitze-Bensberg behindern kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf (s. ID 1003820_006, 1. Offenlage).

In Bezug auf die geplante ÖPNV-Trasse gilt, dass gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* die Festlegung sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenplanungen als Grobtrasse erfolgt, die von der Fachplanung weiter zu konkretisieren ist. Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Bei Vorliegen gewichtiger Gründe kann der Grundsatz im Rahmen der Abwägungsentscheidung überwunden werden. Die Festlegung bzw. der Raumbedarf der Schienenplanung ist folglich von der nachfolgenden Bauleitplanung zu berücksichtigen. Eine frühzeitige Beteiligung der Fachplanung bzw. des Vorhabenträgers ist erforderlich. (s. Abwägungsvorschlag zu ID 1004751 im Rahmen der 1. Offenlage)

Inhalt

Bezüglich der Änderung 1002857, 1004343, 1004635_001 – Immekeppel Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ nördlich von Haus Thal mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“) bestehen überwiegend keine Bedenken, jedoch Anregung zur Reduzierung in den Bereichen

- Kielsberg: Deutliches Abrücken von der Stadtgrenze zu Bergisch Gladbach um ein weiteres zusammenwachsen und eine bandartige Entwicklung in den stark hängigen Bereichen zu vermeiden.

- gegenüber Haus Thal: Beschränkung auf die ebeneren Bereiche des Hanges von der Straße Weierberg hinunter zur L 284 im Bereich nahe der L 284.

Auf entsprechende Abstimmungen mit der Stadt Overath im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wird verwiesen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß der landesplanerischen Vorgaben.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf (s. u.a. ID 1002857 1. Offenlage)

Inhalt

Hinweis zur Änderung 1002859_2 – Untereschbach-Oberauel (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“). Auf die Lage im Überschwemmungsgebiet wird hingewiesen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und die Entwicklung des Siedlungsbereichs unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Gegen die Änderung 1002852 – Wiedenhof-Nordost, nordwestlich der L 84 (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“) bestehen Bedenken soweit sie über den rechtskräftigen Bebauungsplan hinausgeht. Der Siedlungsbereich ist aktuell abgerundet. Die Änderung eröffnet einen neuen Siedlungsansatz in die Landschaft hinein ohne Anbindung an Infrastruktur und induziert damit weiteren Verkehr.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf (s. ID 1002852 1. Offenlage)

Inhalt

Änderung 1002859 – Hammermühle/An der Ringmauer (Festlegung als „Gewerbe- und Industriebereich“ (Hammermühle) beziehungsweise „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“). Keine Bedenken gegen „Gewerbe- und Industriebereich“-Festlegung nördlich der Bahnstrecke. Erhebliche Bedenken gegen „Gewerbe- und Industriebereich“-Festlegung südlich der Bahnstrecke sowie gegen die Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ in der Aggeraue (FFH- und Naturschutzgebiet) sowie im Bereich des ehemaligen Campingplatzes.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt (Festlegung als „Gewerbe- und Industriebereich“ (Hammermühle).

In Bezug auf die Bedenken gegen die zeichnerischen Festlegungen südlich der Bahn und entlang der Agger gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt.

Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dabei sind auch siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als Siedlungsraum im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig.

Zudem gilt, dass die Umweltprüfung eine wichtige Grundlage für die Abwägung darstellt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe

entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei einer Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt, auf Grund des vorhandenen baulichen Bestandes. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Änderung 1002859 – Schulzentrum Cyriax (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“). Keine grundsätzlichen Bedenken, jedoch Anregung den Teilbereich der Aggeraue weiterhin als „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ festzulegen. Auf die Lage im Überschwemmungsgebiet wird hingewiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Anregungen zur Rücknahme von Teilflächen im ASB geäußert.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Sofern festgelegte ASB von anderen Vorranggebieten (z. B. Überschwemmungsbereiche gemäß (Z. 27) Überschwemmungsbereiche (ÜB) ÜB erhalten und entwickeln) überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Weitergehende Regelungen sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung unter Beachtung des Fachrechts aufeinander abzustimmen.

	Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	---

Inhalt

Gegen die Änderung 1002858 – Marialinden-Weißenstein (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“)

Zu dieser Fläche wurde schon im Verfahren zur Anpassung gemäß § 34 LPlG NRW zur 80. Änderung des rechtskräftigen Flächennutzungsplanes Stellung genommen: Der Ortsrand von Marialinden ist in diesem Bereich aktuell abgerundet. Die Änderungen in Weißenstein und Büscherhöfchen führen zu einem Aufeinanderzuentwickeln der Siedlungsbereiche und zu einer bandartigen Entwicklung. Die Bestandsbereiche stellen bereits eine Fehlentwicklung dar. [(107) Weißenstein] Die vorhandenen, zwischen Marialinden und Büscherhöfchen gelegenen zusammenhängenden landwirtschaftlichen Nutzflächen unterschiedlicher Nutzungsart und -intensität, würden zum Teil zerstört, zerschnitten und in ihrer Funktion dauerhaft erheblich beeinträchtigt, was insbesondere den Schutzzwecken zur Erhaltung der vielgestaltigen landwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaft, der Sicherung der Biotopfunktion und der Erhaltung und Entwicklung des Dauergrünlandes, widerspricht. Insgesamt werden daher Bedenken geltend gemacht.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemäß den Kriterien des Region+ Wohnen-Prozesses und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB. Ausführungen zur Methode der Festlegung von ASB finden sich hierzu in der Begründung im Kapitel 1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Darüberhinaus gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für

den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1002858 1. Offenlage) . Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Änderung 1002889 – Vilkerath, Obervilkerath (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“). Keine grundsätzlichen Bedenken gegen Allgemeiner Siedlungsbereich-Festlegung zwischen L 136 und Straße „Zur Kaule“. Auf die Lage im Überschwemmungsbereich wird hingewiesen. Erhebliche Bedenken gegen Erweiterung nördlich der L 136, da Feuchtbereiche und Obstwiesen betroffen sind sowie und eine deutliche Hanglage besteht, welche erhebliche Erdbewegungen zur Folge hat.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Zudem werden Bedenken oder Anregungen gegen eine Erweiterung nördlich der L 136 geäußert.

In Hinblick auf die Festlegungen nördlich der L136 gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als ASB.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf (s. ID 1002889 1. Offenlage)

Inhalt

Änderung 1004583, 104584 – Hoffnungsthal – Vordersten Büchel (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“, im Norden mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ und „Regionalem Grünzug“.) Gegen die Änderung bestehen Bedenken, da sie keinen nennenswerten Beitrag zur Wohnraumversorgung leisten bei gleichzeitigem Vordringen in den Freiraum, Verfestigung von Siedlungssplittern und Einengung des Hochwasserabfluss- und Retentionsraumes.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht und der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und die Entwicklung des Siedlungsbereichs unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Zudem gilt, dass Laut Ziel 18 im Regionalplanentwurf Köln dürfen RG ausnahmsweise für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Es liegt eine rechtskräftige und verbindliche Bauleitplanung vor, sowie ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte im Bereich der Friedhofsflächen. Somit ist zwecks Klarstellung die Festlegung eines ASB sowie die Rücknahme des RG in dem betreffenden Gebiet folgerichtig.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 *ÜB erhalten und entwickeln* und Ziel 28 *Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen* wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf (vgl. ID 1004583 und ID

Inhalt

Änderung 1004582 – Hoffnungsthal – Haus Stade (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“) Bedenken, da der Siedlungsraum abgerundet ist, kein Zusammenhang mit der Ortslage Hoffnungsthal besteht und die Eisenbahnlinie eine klare Grenze darstellt sowie die Siedlung aktuell nur sehr geringes Gewicht hat. Insbesondere im Talraum der Sülz sind Siedlungserweiterungen zulasten von naturnäheren Bereichen kritisch zu beurteilen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Es wird auf die Ausführungen im Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. (vgl. ID 1004582 1. Offenlage)

Zudem wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die vorgebrachten Belange haben Eingang in die Abwägung zur 1. Offenlage gefunden. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte.

1033360_030, Rheinisch-Bergischer Kreis

Inhalt

Änderung 1004586, 101331 – Schulzentrum Rösrath, Paffrather Hof (Festlegung als „Allgemeiner Siedlungsbereich“ anstelle von „Allgemeinem Freiraum- und Agrarbereich“ mit „Bereich für den Schutz der Landschaft und der landschaftsgebundenen Erholung“ und „Regionalem Grünzug“.) Auf die Lage im beziehungsweise umgeben von Wald und das Vordringen in den Freiraum und den Königsforst wird hingewiesen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

1033360_031, Rheinisch-Bergischer Kreis	
Inhalt	Abwägung
<p>5.2.2. Zu den Änderungen der Textlichen Festlegungen</p> <p>Begrüßt werden die Änderungen: § 3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung, Z.2 Zersiedlung vermeiden, § 4.2 Regionale Grünzüge</p> <p>Die Erwähnung der Landschaftsplanung in den Festlegungen zu den regionalen Grünzügen wird ausdrücklich begrüßt. Sie entspricht der Funktion des Regionalplanes als Landschaftsrahmenplan.</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

5.2.2. Zu den Änderungen der Textlichen Festlegungen

Begrüßt werden die Änderungen: § Z.24 Oberflächengewässer sichern, § G.45 Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln, § Z.28 Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen, § G.48 Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen, § Z.25 Standorte für bestehende Talsperren und Vorsorgebereiche geplante Talsperren sichern

Hinweis: Die in der Tabelle 2 aufgeführte Halbach-Talsperre ist aufgrund statischer Probleme des Hauptdammes bereits abgelaufen und wird aufgegeben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert. Zudem werden allgemeine Informationen zur Halbach Talsperre gegeben. Für den Bereich der Talsperre Halbach sind die Planungen und Genehmigungen zur Umgestaltung auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen noch nicht soweit fortgeschritten, dass die Darstellung und Festlegung der Talsperre im Regionalplan entfallen oder geändert werden kann.

Inhalt

Anmerkungen zum Umweltbericht**Anmerkungen zu den Prüfbögen**

- BUR_ASB_1 – Bellinghausen – Prüfbogen wird mitgetragen
- BUR_ASB_2 – Ösinghausen – Prüfbogen wird mitgetragen
- BUR_ASB_3 – Dierath/Nagelsbaum – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen, auf die Inanspruchnahme des Oberlaufes des Ölbaches wird hingewiesen.
- GL_ASB_1 – Oberhebborn – Prüfbogen wird mitgetragen
- GL_ASB_2 – Moitzfeld – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen
- GL_ASB_3 – Herkenrath – Prüfbogen wird mitgetragen
- GL_ASB_4 – Frankenforst – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen
- GL_ASB_5 – Rommerscheid – Der Bereich ist aufgrund des bewegten Reliefs und der Steilheit der Hänge nicht sinnvoll zu bebauen.
- GL_ASB_6 – Lustheide – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen
- GL_ASB_7 – Brüderstraße – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen
- KÜR_ASB_1 – Bechen – Prüfbogen wird mitgetragen
- KÜR_ASB_2 – Dürscheid-West – Prüfbogen wird auf dieser Planungsebene mitgetragen.
- KÜR_ASB_2 – Dürscheid-Ost – Prüfbogen wird mitgetragen
- LEI_ASB_1 – südlich Ziegwebersberg – Prüfbogen wird mitgetragen
- LEI_ASB_3 – Leichlingen-Zentrum – Prüfbogen wird mitgetragen
- OD_ASB_2 – Trienenhaus – Prüfbogen wird mitgetragen, aber Fehlentwicklung
- OD_ASB_3 – Odenthal-Stein – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zu Gewässern und FFH-Verträglichkeitsprüfungen sowie weitere Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Siehe zu den Prüfbögen GL_ASB_4, GL_ASB_6 und GL_ASB_7 Stn. ID 1033360_036.

Siehe zu den Prüfbögen GL_ASB_2 Stn. ID 1033360_037, PB OD_ASB_3 Stn. ID 1033360_035, PB BUR_GIB_2 Stn. ID 1033360_039, PB OVE_GIB_2 Stn. ID 1033360_039, PB GL_Schiene_01 Stn. ID 1033360_038.

Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen

- OVE_ASB_1 – Vilkerath-Nord – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf den Vilkerather und den Oberheider Bach wird hingewiesen
- OVE_ASB_2 – Rittberg – Prüfbogen wird mitgetragen
- RÖS_ASB_1 – Rambrücken – Prüfbogen wird mitgetragen
- RÖS_ASB_3 – Forsbach-Südwest – Prüfbogen wird mitgetragen
- RÖS_ASB_4 – Hoffnungsthal-West – Prüfbogen wird mitgetragen
- RÖS_ASBz_1 – Paffrather Hof – Prüfbogen wird mitgetragen
- WER_ASB_1 – Vorderhufe – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen, auf die Nebenbäche des Braunsberger Baches im Plangebiet wird hingewiesen
- WER_ASB_2A - Dabringhausen – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen, auf die Nebenbäche des Eifgenbaches im Plangebiet wird hingewiesen; eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich
- WER_ASB_3 – Lüdorf – Prüfbogen wird mitgetragen
- BUR_GIB_2 – Oberlandscheid – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen
- BUR_GIB_3 – Linde/Irlen – Prüfbogen wird mitgetragen
- BUR_GIBz_1 – Straßerhof – Prüfbogen wird mitgetragen
- GL_GIB_1_A – Spitze – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen, auf das Gewässer in der Fuchskaule (Stadtgrenze) im Plangebiet wird hingewiesen
- KÜR_GIBz_1 – Spitze – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen, auf das Gewässer in der Fuchskaule (Stadtgrenze) im Plangebiet wird hingewiesen
- LEI_GIBz_1 – Sonne – Prüfbogen wird mitgetragen
- OVE_GIB_1 – Ginsterfeld – Prüfbogen wird mitgetragen
- OVE_GIB_2 – Klef – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen
- RÖS_GIB_1 – Rambrücken (ehemals RÖS_ASB_2) – Prüfbogen wird mitgetragen
- WER_GIB_1 – Hüngr – Prüfbogen wird mitgetragen
- WER_GIB_2_A – Rattenburg – Prüfbogen wird mitgetragen

- WER_GIB_1 – Autobahn – Prüfbogen wird mitgetragen
- BUR_GIBF_1 – Löh – Prüfbogen wird mitgetragen
- LOH_OVE_Talsperre_1 –Naafbachtalsperre – Prüfbogen wird mitgetragen
- GL_Schiene_01 – Verlängerung Linie 1 – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen auf die Anmerkungen zur FFH-Verträglichkeitsprüfung wird hingewiesen.

Gegebenenfalls werden konkrete Standortalternativen zu einem Plangebiet erneut in einem Prüfbogen vertieft geprüft.

- BUR_GIB_1 – Straßerhof – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen, auf die Nebenbäche des Landscheider Baches im Plangebiet wird hingewiesen
- WER_ASB_2 – Dabringhausen – Prüfbogen wird nur zum Teil mitgetragen, auf die Nebenbäche des Eifgenbaches im Plangebiet wird hingewiesen; eine FFH-Verträglichkeitsprüfung ist erforderlich

Anpassung wegen Vermeidung Flächeninanspruchnahme eines NSG; durch Flächenanpassung auch Vermeidung Inanspruchnahme von schutzwürdigen Biotopen internationaler Bedeutung.

Die Relevanz von Oberflächengewässern hängt nicht davon ab, ob sie berichtspflichtig sind oder nicht.

Inhalt

Anmerkungen zu den FFH-Verträglichkeits(vor)prüfungen:

Hinsichtlich der Betroffenheit/Beeinträchtigung von Lebensraumtypen ist die alleinige Betrachtung von „charakteristischen Arten“ nicht sachgerecht. „Charakteristische Arten“, die nur in einem speziellen Lebensraum vorkommen, dienen ausschließlich systematischen Zwecken, und damit zur Abgrenzung von anderen ähnlichen Lebensräumen. In der Regel handelt es sich um seltene, oftmals schwer zu erfassende, hochspezialisierte Arten. Sie bilden die ökosystemaren Beziehungen des Lebensraumtypes nicht ab und bilden meist nur einen geringen Teil der Lebensgemeinschaft. Andere im Lebensraumtyp regelmäßig vorkommende ebenfalls seltene oder gefährdete oder planungsrelevante Arten werden nicht betrachtet, da sich ihre Lebensraumamplitude über mehrere ähnliche oder sich ergänzende Lebensraumtypen erstreckt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Rahmen einer FFH-Verträglichkeit(vor)prüfung sind nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG Projekte vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen oder dem Schutzzweck eines Natura 2000-Gebietes zu überprüfen. Erhaltungsziele sind für FFH-Gebiete die in Anhang I der FFH-Richtlinie aufgeführten natürlichen Lebensräume (Lebensraumtypen) inkl. der charakteristischen Arten und die Anhang-II-Arten der FFH-Richtlinie (vgl. hierzu auch VV Habitatschutz Kap. 4.1.1.1 und Kap. 4.1.1.3 sowie Kap. 4.1.3.1). Diese bilden die Maßstäbe für die Verträglichkeit eines Projektes. Über die charakteristischen Arten hinaus sind keine weiteren Arten (außer den Anhang II-Arten) zu berücksichtigen.

Anzumerken ist zusätzlich, dass die Lebensraumtypen eines FFH-Gebietes durch die Festlegungen des Regionalplans, die eine FFH-Prüfung auslösen, ausschließlich indirekt beeinträchtigt werden können, da alle relevanten Festlegungen außerhalb der FFH-Gebiete liegen. Weiterhin ist anzumerken, dass die über die charakteristischen Arten hinausgehenden planungsrelevanten Arten über die Betrachtung der artenschutzrechtlichen Belange beim Kriterium „planungsrelevante Arten“ im Rahmen der Umweltprüfung abgehandelt werden.

Inhalt

Anmerkungen zu den FFH-Verträglichkeits(vor)prüfungen:

OD_ASB_3 – Hier ist eine Barrierewirkung zu konstatieren, da der Siedlungsraum von Odenthal (Dorf) den Wanderungskorridor insbesondere im amphibischen und terrestrischen Bereich zur Vernetzung der Kerngebiete unter- wie oberhalb stark einengt und beeinträchtigt. Hierin kumuliert der neue ASB mit den Wirkungen des Bestandes und Verschärft die Situation. Auf das Verschlechterungsverbot wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Die These, dass eine Erschließung der steilen Hangflächen über das „bestehende Straßennetz“ möglich sei, ist nicht zutreffend. Vielmehr erfordert jegliche Erschließung der Flächen westlich der Dhünn eine sehr aufwendige Neuerschließung und trägt wenig zur Versorgung mit Wohnraum bei.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Wie in der FFH-Vorprüfung dargelegt, befinden sich im Wirkraum des ASB keine Lebensraumtypen, so dass Beeinträchtigungen von LRT und ihrer charakteristischen Arten ausgeschlossen werden können. Als charakteristische Arten sind zudem neben dem Biber ausschließlich Fischarten genannt, deren Beeinträchtigung ebenfalls ausgeschlossen werden kann, da in ihren Lebensraum nicht eingegriffen wird. Da weder die Dhünn selbst noch die angrenzenden Uferbereiche vom ASB betroffen sind (der ASB liegt vollständig außerhalb des FFH-Gebietes), bleibt der Wanderkorridor (z.B. für den Biber) erhalten. Bei den im Rahmen der FFH-Vorprüfung betrachtungsrelevanten Anhang II-Arten handelt es sich ebenfalls ausschließlich um Fischarten, die von den Wirkungen des ASB nicht betroffen sind.

Vorkommen von über die charakteristischen Arten und die Anhang II-Arten, die Erhaltungsziel des FFH-Gebietes sind, hinausgehenden planungsrelevanten Arten (z.B. Amphibienarten) werden grundsätzlich über die artenschutzrechtlichen Belange berücksichtigt, sind aber für den Bereich nicht bekannt.

Inhalt

Anmerkungen zu den FFH-Verträglichkeits(vor)prüfungen:

GL_ASB_4/GL_ASB_6/GL_ASB_7 die Aufnahme der genannten Allgemeinen Siedlungsbereiche wird mit der Bedeutung autobahnnaher Gewerbegebiete begründet. Daher sind bei den potentiellen Wirkungen insbesondere gewerbliche Wirkungen wie Stoffemissionen und Nährstoffeintrag zu betrachten. Im Bereich des GL_ASB_7 kommt ein Wirkpfad über die dort entspringenden und dem FFH- und Vogelschutzgebiet zufließenden Gewässer hinzu. Eine Kumulation mit den bestehenden Wirkungen ist gegeben, insbesondere wird die Belastung aus dem Ballungsraum der Rheinschiene und insbesondere der Freizeitdruck unterschätzt. Auf die Wirkung als Pufferzone für das FFH- und Vogelschutz- und Naturschutzgebiet wie auch den Siedlungsraum wird hingewiesen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei den genannten Plangebietten handelt es sich nicht um Gewerbegebiete, sondern um Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB). Die genannten gewerblichen Wirkfaktoren sind daher nicht zu berücksichtigen.

Alle drei ASB liegen zwischen der Autobahn und nördlich angrenzenden geschlossenen Wohnsiedlungsbereichen. Der angesprochene Freizeitdruck liegt auch aktuell durch die bestehenden Siedlungsflächen bereits vor. Aufgrund der Vorbelastung der Flächen durch die bestehenden Siedlungsflächen im Norden und die Autobahn im Süden der ASB übernehmen die relevanten Bereiche keine Pufferfunktion für die Natura 2000-Gebiete gesehen. Dies wird in den entsprechenden Natura2000-Vorprüfungen so dargelegt.

Inhalt

Anmerkungen zu den FFH-Verträglichkeits(vor)prüfungen:

GL_ASB_2 Es wird darauf hingewiesen, dass die Gelbbauchunken vorwiegend nach Nordosten in Richtung auf die Quellbereiche des Krebsbachtals aus der Grube Weiss abwandern. Dies muss in der Prüfung dieses Allgemeinen Siedlungsbereiches berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Wie in der Natura2000-Vorprüfung dargelegt, liegt das Plangebiet vollständig außerhalb des FFH-Gebietes, so dass eine anlagebedingte Flächen-inanspruchnahme von Habitaten der Anhang-II-Art Gelbbauchunke ausgeschlossen werden kann.

Alle bekannten Vorkommen der Gelbbauchunke liegen zudem im Lebensraumkomplex um die Grube Weiss, d.h. im FFH-Gebiet. Zwischen dem Plangebiet und dem FFH-Gebiet befinden sich Gewerbegebiete und bestehende Siedlungsflächen, die eine bestehende Barriere zum Plangebiet hin darstellen. Das Plangebiet selbst grenzt unmittelbar an den bestehenden Siedlungsbereich an. Ein potenzieller Wanderkorridor nordöstlich der Grube Weiss ist durch den angesprochenen ASB nicht betroffen. Eine Anpassung der FFH-Vorprüfung für den ASB ist nicht erforderlich.

Außerhalb des FFH-Gebietes wird die Betroffenheit der Gelbbauchunke über die artenschutzrechtlichen Belange berücksichtigt. Beim Kriterium planungsrelevante Arten wird sie im Prüfbogen zum Plangebiet entsprechend aufgeführt. Da ihre Vorkommen im Bereich der Grube Weiß keine verfahrenskritischen Vorkommen der Art darstellen, würde eine potenzielle Betroffenheit gemäß der Methode der Umweltprüfung keine erhebliche Umweltauswirkung darstellen.

1033360_038, Rheinisch-Bergischer Kreis	
Inhalt	Abwägung
<p>Anmerkungen zu den FFH-Verträglichkeits(vor)prüfungen:</p> <p>Bei GL_Schiene_01 ist der Wirkpfad „Oberflächengewässer“ über den dem FFH- und Vogelschutzgebiet zufließenden Böttcher Bach relevant.</p>	<p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der geplante Schienenweg GL_Schiene_01 liegt vollständig außerhalb des FFH-Gebietes DE-5008-302 (Königsforst) und des Vogelschutzgebietes DE-5008-401 (Königsforst). Demnach erfolgt auch die Querung des Böttcher Bachs außerhalb der Schutzgebiete. Für beide Schutzgebiete ist im Rahmen einer Natura 2000-Vorprüfung dargelegt worden, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen auf die Erhaltungsziele der Schutzgebiete zu erwarten sind. Zudem gehen von einem Schienenweg keine betriebsbedingten Wirkungen aus, die zu einer Beeinträchtigung des Fließgewässers führen.</p>

Inhalt

Anmerkungen zu den FFH-Verträglichkeits(vor)prüfungen:

BUR_GIB_2/OVE_GIB_2: Bei beiden Gewerbe- und Industriebereichen werden die Emissionen nicht als Wirkpfad betrachtet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im Wirkungsbereich des Plangebietes BUR_GIB_2 liegt das FFH-Gebiet 4809-301. Der Einwand, dass Emissionen bei der Vorprüfung nicht betrachtet wurden, ist nicht korrekt. Im Rahmen der Vorprüfung wird auch auf betriebsbedingte Wirkungen, zu denen die Emissionen zählen, eingegangen. Aufgrund der abschirmenden Wirkung der vorhandenen Siedlungsflächen, die zwischen dem GIB und dem Schutzgebiet liegen, werden erhebliche Beeinträchtigungen auf die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes durch potenzielle betriebsbedingte Wirkungen, die vom GIB ausgehen können, ausgeschlossen.

Gleiches gilt für das Plangebiet OVE_GIB_2, in dessen Wirkungsbereich das FFH-Gebiet 5109-302 liegt. Auch für diesen GIB wurden im Rahmen der FFH-Vorprüfung betriebsbedingte Wirkungen ausgeschlossen, da sich zwischen dem GIB und dem Schutzgebiet großflächig bestehende Siedlungsflächen befinden, die eine abschirmende Wirkung gegenüber potenziell vom GIB ausgehenden Emissionen übernehmen.

Inhalt

Anmerkungen zum Umweltbericht:

- In der Liste der gesetzlich geschützten Biotop wurden die gesetzlich geschützten Biotop nach § 42 LNatSchG gestrichen. (S. 45). Hiergegen werden Bedenken vorgetragen

- Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum wirken sich in den Rand- und Übergangsbereichen der Ballungsräume besonders belastend aus. Steuerungsmöglichkeiten sind eng begrenzt. (S. 117). Im Kreisgebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises ist eine deutliche Überlastung gegeben, welche sich insbesondere auf die Naturschutzgebiete auswirken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

geschützte Biotop: Dem Einwand wird gefolgt. Die Streichung wird zurückgenommen. Versehentlich wurden nur die geschützten Biotop nach BNatSchG dargestellt und die zusätzlich über das LNatSchG NRW relevanten Biotop gestrichen. An der Bewertung des Kriteriums in der Umweltprüfung ändert dies nichts, da die für die detaillierten Prüfungen herangezogenen Daten sowohl die über das BNatSchG als auch das LNatSchG geschützten Biotop umfassen.

Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus im Freiraum: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

1033360_041, Rheinisch-Bergischer Kreis

Inhalt

Amt 39 (Artenschutz):

Aus Sicht des Artenschutzes wird darauf hingewiesen, dass bei allen geplanten Gewerbeflächen sowie bei den geplanten Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) im Außenbereich bzw. wo noch keine Bebauung vorhanden ist eine vertiefende Artenschutzprüfung (ASP) in der weiteren Planungsebene im Rahmen der FNP-Änderung bzw. der Bebauungspläne erforderlich wird. Auch bei der Umwandlung von Gewerbefläche in ASB ist eine ASP erforderlich, da Gebäude voraussichtlich abgerissen bzw. vollständig umgenutzt werden.

Mit artenschutzrechtlichen Konflikten wird besonders bei dem ASB in Refrath/Frankenforst in Bergisch Gladbach (127), dem ASB Rommerscheid in Bergisch Gladbach (1004663), dem interkommunalen Gewerbegebiet in Burscheid (1003560), dem Gewerbegebiet in Rambrücken Rösrath (1004587) und dem Gewerbegebiet Asselbornerhof in Bergisch Gladbach (1004670) gerechnet.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Zudem wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

AZ: BET_199000_2

1029523

1034545_001, 1029523

Inhalt

In Ergänzung zur Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises, die ich heute Morgen über das Beteiligungsportal gesandt habe, hat der Naturschutzbeirat des Rheinisch-Bergischen Kreises kurzfristig noch eine Stellungnahme abgegeben und uns gebeten, Ihnen diese zukommen zu lassen. Diese sende ich Ihnen jetzt einfach per Mail zu. Stellungnahme des Naturschutzbeirates des Rheinisch-Bergischen Kreises zur Neuaufstellung des Regionalplan Köln, Erneute Offenlage:

„Der Naturschutzbeirat des Rheinisch-Bergischen Kreises erhebt Bedenken gegen die zusätzlich in den Regionalplan-Entwurf aufgenommenen bebaubaren Flächen, sofern sie über die in den jeweiligen gültigen Flächennutzungsplänen ausgewiesenen Bereichen hinausgehen. Insbesondere werden diese Bedenken gegen Flächen erhoben, die nah an festgesetzte Naturschutzgebiete oder geschützte Landschaftsbestandteile hineinreichen. Gegen zwei in den Entwurf aufgenommene Flächen hat der Naturschutzbeirat in früheren Sitzungen bereits seine Ablehnung dokumentiert und begründet. Hier handelt es sich um das erweiterte Gewerbegebiet Kürten-Spitze sowie die Möglichkeit einer gewerblichen Ansiedlung entlang der A 4 zwischen Frankenforst und Lustheide. Im Übrigen verweist der Naturschutzbeirat auf die fachliche Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Hinsichtlich der Möglichkeit einer gewerblichen Ansiedlung entlang der A 4 zwischen Frankenforst und Lustheide gilt, dass gemäß § 9 LPiG NRW der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes trifft. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-HaItatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und

berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und

Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Zudem wird auf die in der Anregung erwähnte Stellungnahme (ID 1033360_015, 2. Offenlage) und die entsprechenden Ausführungen im Rahmen der 2. Offenlage verwiesen.

Es werden zudem Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004670, 1. Offenlage) in Bezug auf das erweiterte Gewerbegebiet Kürten-Spitze vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: BET_200000_1	
Stadt Bergisch Gladbach	
1033293_001, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>TÖB Neuaufstellung Regionalplan: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf vom 15.10.24</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>mit Schreiben vom 15.10.24 bitten Sie am Aufstellungsverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplanes für den gesamten Regierungsbezirk Köln mitzuwirken. Diesem Wunsch kommt die Stadt Bergisch Gladbach nach und nimmt zu den vorliegenden Planunterlagen wie folgt Stellung[1]: Folgende Tabelle nimmt alle wesentlichen zeichnerischen Änderungen der Bezirksregierung in den Blick und treffen eine Aussage, ob diesen aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach gefolgt oder nicht gefolgt werden kann.</p> <p>[1] Hinweis: Der Inhalt der Stellungnahme wurde am 07.11.24 vom zuständigen Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss der Stadt Bergisch Gladbach unter der Drucksachen-Nr. 0552/2024 beraten und beschlossen. Ein Vorabauszug der Niederschrift ist beigefügt (Anlage 1).</p> <p>Tabelle 1: Kommentierung Änderungskarten entfallende/neue Festsetzungen; Flächenbezeichnung ID/ Enthalten in Karte/ Korrekturerfordernis Stadt Bergisch Gladbach/ Keine Korrekturerfordernis</p> <p>1004645 / Hoppersheide:entfallene Festlegungen, neue Festlegungen</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans entsprechen weiterhin nicht dem beschlossenen FNP. Die Wohnbaufläche des FNP wird nicht vollständig berücksichtigt. Zudem wird eine Fläche als Siedlungsbereich festgelegt, bei der es sich um eine Grün-/Waldzone zwischen dem Hoppersheider Busch und zwei Stichwegen handelt.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Zudem gilt, dass der Regionalplan durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen sichert und sie vor Nutzungen schützt, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind ebenfalls Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt auch hier somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden</p>

nicht berührt.

1033293_002, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1003820_001 / Max-Planck-Str. entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden. Der bauliche Bestand wird vollständig durch den ASB erfasst.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
1003820_002 / Herkenfelder Weg entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Erläuterung
Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden.	Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

1008159 / Nußbaum entfallene Festlegungen, neue Festlegungen

Im Stadtteil Nußbaum ist die Wohnbauflächen-Darstellung des FNP am Ende der Straße Nußbaum im Regionalplan als entsprechende Darstellung als ASB nicht nachvollzogen worden. Dies sollte geändert werden - Wohnbaufläche FNP weiterhin nicht vollständig berücksichtigt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1008159 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033293_004, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1004662 / Nußbaum entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung gefolgt werden. Kommunaler Beschluss vom 15.06.21 wird berücksichtigt.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_005, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

1004663 / Rommerscheid entfallene Festlegungen, neue Festlegungen

Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden; Wohnbaufläche FNP nicht vollständig berücksichtigt. Insbesondere die westliche Hälfte des Bebauungsplanes Nr. 24 – Großer Busch – (komplette Reihenhaussiedlung!) sollte als ASB ausgewiesen werden ebenso wie der bereits bebaute Bereich rund um die Kirche. Festlegungen nicht konsequent im Vergleich zum Weidenbuscher Weg

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004663 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033293_006, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

1003820_004_2 / Diepeschrather Weg entfallene Festlegungen, neue Festlegungen

Der Rücknahme kann nicht gefolgt werden. Bebauungsplan 1521 – Diepeschrather Weg – Wohnbaufläche FNP und Bebauungsplan nicht vollständig berücksichtigt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003820_004_2 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033293_007, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1004670 / GE-Spitze entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der zeichnerischen Festlegung kann zugestimmt werden, die zeichnerische Festlegung aus dem aktuell gültigen Regionalplan werden übernommen	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

1008170 / Braunsberg entfallene Festlegungen, neue Festlegungen

Der zeichnerischen Festlegung kann zugestimmt werden. Ratsbeschluss vom 30.08.22 wird berücksichtigt. Allerdings sollte der bauliche Bestand vollständig im ASB liegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zum Ratsbeschluss und Anregungen zur Rücknahme des ASB geäußert.

Hierzu wird auf die Anregung der Stadt Bergisch Gladbach im Rahmen der 1. Offenlage verwiesen hier: *Zugewinn kann aus klimatischen Gründen nicht zugestimmt werden.*

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich daher keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange (hier entsprechend kein Zugewinn also keine Erweiterung des ASB gegenüber dem heute rechtskräftigen Regionalplan) wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

Zudem gilt, dass die zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

1003820_006 / Obervolbach entfallene Festlegungen, neue Festlegungen

Östlich der Hauptverkehrsstraße **L 289 (Straßen)** scheint der ASB nicht sämtliche Flächen umfassen, die im FNP als Wohnbaufläche darstellt sind bzw. aktuell durch die Errichtung von Einzelhandelseinrichtungen, die im Wege der Aufstellung des BP Nr. 4134 planungsrechtlich ermöglicht werden, benötigt werden.

Im Zusammenhang mit der Errichtung von drei Nahversorgungseinzelhandelseinrichtungen (BP Nr. 4134) ist hangabwärts in Richtung Obervolbach ein Regenrückhaltebecken erforderlich. Es ist zur Zeit noch nicht klar, ob bei der Dimensionierung des Regenrückhaltebeckens die Darstellungsschwelle des FNP für Regenrückhaltebecken erreicht wird. Wenn diese erreicht wird, läge das Regenrückhaltebecken im Allgemeinen Freiraumbereich außerhalb des ASB. Aus Gründen der Planungssicherheit sollte der ASB an dieser Stelle **unbedingt** ausgedehnt werden und die Fläche eines Regenrückhaltebeckens umfassen. Zusätzlich sollte der ASB in diesem Bereich grundsätzlich vergrößert und **mindestens** die im FNP als Wohnbauflächen dargestellten Flächen umfassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist bereits entsprochen (s. StnID 1003820_006 1. Offenlage).

(Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange (hier Erweiterung des ASB über FNP Bestand) wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Darüberhinaus gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

1033293_010, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1008175 / Moitzfeld-Nord entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ
Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden.	Hinweis
	Ausgleichsvorschlag
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung
	Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_011, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1003820_005 / Herweg entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_012, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

1004674 / Bockenberg entfallene Festlegungen, neue Festlegungen

Der Rücknahme kann teilweise gefolgt werden; allerdings sollen alle FNP-Darstellungen im ASB/GIB liegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise zur Abgrenzung des ASB geäußert.

Der Stellungnahme ist bereits entsprochen (s. Abwägungsvorschlag zur StnID 1004674 1.Offenlage). Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

1033293_013, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
127 / Flächen entlang der BAB 4 entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ
Der zeichnerischen Festlegung kann gefolgt werden.	Hinweis
	Ausgleichsvorschlag
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung
	Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_014, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1004662 / Nußbaum entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung gefolgt werden. Kommunaler Beschluss vom 15.06.21 wird berücksichtigt.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_015, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1004666 / Hebborn entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der Rücknahme kann zugestimmt werden. Ratsbeschluss vom 30.08.22 wird berücksichtigt.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_016, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1003820_003 / Gewerbegebiet Lochmühle entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der zeichnerischen Anpassung kann aufgrund Bestandsbebauung zugestimmt werden.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_017, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1003820_004_1 / Lerbacher Weg entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_018, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1004668 / Gewerbegebiet Zinkhütte entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der Rücknahme kann zugestimmt werden. Ratsbeschluss vom 30.08.22 wird berücksichtigt.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

1003820_004 / Schlodderdich nicht in den Änderungskarten verzeichnet

Der zeichnerischen Festlegung kann teilweise zugestimmt werden; allerdings soll der ASB enger an den FNP abgegrenzt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zur zeichnerischen Abgrenzung des ASB geäußert.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans - daher ist diese Abgrenzung auch nicht in den Änderungskarten enthalten. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. ID 1003820_004 1. Offenlage). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Darüberhinaus gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des

	Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.
--	---

1033293_020, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1003820_005 / Herweg entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Der kleinteiligen Abrundung des ASB kann gefolgt werden.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_021, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1004674 / G 27 Bockenberg / Kaule entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ
Der zeichnerischen Anpassung kann gefolgt werden.	Hinweis
	Ausgleichsvorschlag
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung
	Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_022, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

1004679 / Zanders-Areal und westliche Innenstadt entfallene Festlegungen, neue Festlegungen

Die Änderung der zeichnerischen Festlegung von GIB in ASB wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach begrüßt. Die derzeit laufenden Planungen sehen für das Zanders-Areal in Abstimmung mit der hiesigen Politik ein gemischtes Quartier (Wohnen, Gewerbe, Bildung, Freiraum...) vor. Stark emittierenden Betriebe, die eines GIB bedürfen, sind nicht vorgesehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Bedenken oder Anregungen geäußert. Es werden zudem Hinweise für die nachgelagerten Planungsebenen gegeben.

1033293_023, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1026270 / Hebborner Hof entfallene Festlegungen, neue Festlegungen	Typ Hinweis
Die nachrichtliche Übernahme zu Festgestein-BSAB wird zu Kenntnis genommen.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.

1033293_024, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

1004749 / Gleisanschluss Zinkhütte entfallene Festlegungen

Die Streichung der zeichnerischen Festlegung des Regionalplanentwurfs im Bereich des Gewerbegebietes „Zinkhütte“ bezüglich des dortigen Gleisanschlusses wird begrüßt. Dem Antrag auf Rückbau dieses Gleisanschlusses bzw. Freistellung des Anschlusses von Eisenbahnbetriebszwecken wurde durch Plangenehmigung der Bezirksregierung Köln nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) vom 07.11.2017, Aktenzeichen: 25.7.4.2-8/16 entsprochen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert. Zudem werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.

1033293_025, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1004481 neue Festlegungen	Typ Hinweis
Die Ausdehnung des Regionalen Grünzugs von Spitze weiter nach Osten bis zum Tal des Dürschbachs, das als BSN ausgewiesen ist, wird zu Kenntnis genommen.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen

1033293_026, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
1011121 neue Festlegungen	Typ Hinweis
Die teilweise Ausdehnung des regionalen Grünzuges im nördlichen Bereich von Moitzfeld wird zur Kenntnis genommen.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen

Inhalt

Verkehr/Mobilität

Bahndamm (ID 1004750, Änderungskarte neue Festlegungen):

Die Stadt Bergisch Gladbach begrüßt die Anpassung der zeichnerischen Festlegung, regt aber weiterhin an die vollständige Bahndammtrasse bis zum Streckenende (Straße Olefant) aufzunehmen. Nach Kenntnis der Stadt ist die im Regionalplanentwurf ohne räumliche Festlegung geplante Straße L 286 n auf der Bahndammtrasse als ehemalige Strecke 2682 der Deutschen Bahn zwischen den sog. „Gleisdreieck“ in Bergisch Gladbach sowie dem ehemaligen Streckenende in Bergisch Gladbach-Bensberg (im Bereich der Straße Olefant) nach wie vor rechtlich als Eisenbahnverkehrsfläche gewidmet. Insofern ist im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans zwingend zu prüfen, ob nicht der gesamte vor genannte Streckenverlauf in der zeichnerischen als auch in der textlichen Festsetzung als „Schienenweg“ entsprechend der aktuellen Darstellung im Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach auszuweisen ist. Auf die Beschlusslage des Regionalrates der Bezirksregierung Köln vom 13.03. sowie 02.10.2020 (Vorlage 0024a/2020) wird insofern verwiesen. Nach Rücksprache mit der Bezirksregierung Köln wird davon ausgegangen, dass sich die überlagernden zeichnerischen Festlegungen Schienenweg (Bestand) und Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung nicht gegenseitig ausschließen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Planungskonflikt darstellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004750 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Eine Erkennbarkeit der ehemaligen Trasse bis zur Straße Olefant liegt in der Örtlichkeit nicht vor.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird daher aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Darüber hinaus wird bestätigt, dass sich die überlagernden zeichnerischen Festlegungen Schienenweg (Bestand) und Straße für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung nicht gegenseitig ausschließen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Planungskonflikt darstellen.

1033293_028, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Die Stadt Bergisch Gladbach begrüßt, dass *nach Ziel 29 Bestehendes Schienennetz erhalten* Zwischennutzungen auf stillgelegten Schienenwegen durch Fuß- oder Radverkehr oder trassengebundene Formen des ÖPNV regelmäßig erlaubt sind, um die Trasse im Sinne einer nachhaltigen Mobilität nutzen zu können. Mit Beschluss vom 14.09.2021 des Ausschusses für strategische Stadtentwicklung und Mobilität prüft die Stadt inwiefern ein durchgängiger Radweg von der Innenstadt bis Frankenforst auf dem Bahndamm umgesetzt werden kann (Drucksachen-Nr. 0423/2021).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Bedenken oder Anregungen geäußert. Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.

1033293_029, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 (ID 100475):	Typ Hinweis
Die Ausführungen der Bezirksregierung bezüglich der zeichnerischen Festlegung zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach zur Kenntnis genommen.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Verlängerung der Stadtbahnlinie 3/4/18 (ID 1004752):	Erläuterung
Die Ausführungen der Bezirksregierung bezüglich der zeichnerischen Festlegung zur Verlängerung der Stadtbahnlinien 3/4 und 18 wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach zur Kenntnis genommen.	Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.

1033293_030, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
Radverkehr (ID 1004753):	Typ Hinweis
Die Ergänzung der Maßnahme des Mobilitätskonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises (RBK) A04 „Radtangente Rösrath – Bergisch Gladbach – Leverkusen“ in die Erläuterungskarte 12 Radwege der textlichen Festlegungen wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach begrüßt.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033293_031, Stadt Bergisch Gladbach	
Inhalt	Abwägung
<p><u>Weitere Anmerkungen:</u> Redaktioneller Fehler (ID1004754):</p> <p>Die Korrektur des redaktionellen Fehlers wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach zur Kenntnis genommen.</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.</p>

1033293_032, Stadt Bergisch Gladbach

Inhalt

Der Ausgleichsvorschlag zur ID 1004755 (Erfordernisse des Klimaschutzes und der Klimaanpassung) und 1004756 (Photovoltaikanlagen im Freiraum) werden zur Kenntnis genommen.

Erläuterungskarten A1 K1 Klimaschutz Anpassungen Klimawandel:

In der Erläuterungskarte in der Legende werden unter „Thermische Belastungsräume“ auch Informationen zum Aspekt „Kommune mit überörtlich bedeutender Überwärmung in der Nacht“: „Sehr hohe Priorität/ Handlungsbedarf“ und „Hohe Priorität/ Handlungsbedarf“ aufgeführt. Hier gibt es entsprechende Markierungen für Bonn, Leverkusen und Köln, nicht aber für Bergisch Gladbach. Die Hitzekarten von Bergisch Gladbach vom Hitzeaktionsplan zeigen ebenfalls Hitzebelastungen sowohl für 2023 als auch für 2050 Hitzebelastungen bei Nacht (siehe [Hitzeaktionsplan – Stadt Bergisch Gladbach](#)). Es wird daher angeregt, diese Informationen in der Erläuterungskarte zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme bezieht sich auf eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG.

Der Grundsatz 2 des Regionalplanentwurfs Köln erteilt den Auftrag an die nachfolgende Planungsebene, auf Grundlage des vom LANUV erarbeiteten Fachbeitrags Klima für die Planungsregion Köln (2018) Bereiche mit klimaökologischer Bedeutung zu sichern und zu entwickeln, siehe hierzu die Erläuterung zu G.2. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in dem Fachbeitrag dezidiert erläutert. Dieser bietet die eine einheitliche Grundlage für den Regierungsbezirk, mit dezidiierter Modellierung der vorliegenden Daten. Eine Konkretisierung auf nachgelagerter Ebene ist gewünscht und steht nicht im Widerspruch zur Erläuterungskarte K1 "Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel".

1033293_033, Stadt Bergisch Gladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Textliche Festlegung zur Neuaufstellung des Regionalplans: <i>G.61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisung berücksichtigen</i></p> <p>Die Ausführungen zum Schutz vor Fluglärm werden zur Kenntnis genommen (ID 1004757, 1004758, 1004759).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen.</p>

AZ: BET_2000_1

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz, und Dienstleistungen der Bundeswehr

1033619_001, Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz, und Dienstleistungen der Bundeswehr

Inhalt

Für die bereits jetzt erfolgten Aufnahmen meiner Belange im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln danke ich Ihnen. Meine Stellungnahme vom 29. März 2022 (Bezug 2) behält weiterhin ihre Gültigkeit. Im Regierungsbezirk Köln befinden sich eine Vielzahl militärischer Interessengebiete, die durch die Aufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln beeinträchtigt werden könnten. Folgende militärische Belange können betroffen sein:

- Militärflugplatz Nörvenich mit seinem Bauschutzbereich (§12 Abs.2 und Abs. 3 LuftVG)
- Militärflugplatz Air Base Geilenkirchen (NATO) mit seinem Bauschutzbereich (§12 Abs.2 und Abs. 3 LuftVG)
- Zuständigkeitsbereiche der Militärflugplätze Nörvenich, Geilenkirchen, Spangdahlem und Büchel (§18a und §14 LuftVG)
- An-/ Abflugkorridor des SAR-Hubschraubers Nörvenich
- Testtransponderstrecken Geilenkirchen-Geilenkirchen und Nörvenich-Grevenbroich
- Flugbeschränkungsgebiet ED-R 117
- Aktive und stillgelegte Pipelines sowie Ölsperren der Bundeswehr
- Hochdruckpumpstation Lütxheim
- Tanklager Würselen und Altenrath
- Interessengebiete Luftverteidigungsradaranlage Erndtebrück
- Interessengebiete zum Schutz von Funkdienststellen der Bundeswehr
- Schutzbereiche von Fernmelde- und Richtfunkanlagen der Bundeswehr (z.B.: Gelsdorf, Kaserne Haus Hardt, Fanisberg -Hochkelberg, Kleinhau - Gevelsdorf, Kleinhau - Brunssum, Hottorf, Gevelsdorf, Gevelsdorf- Vollrahter Höhe, Bonn etc.)
- Schutzbereich Geophysikalischer Meßzug in Euskirchen
- Standortschießanlagen mit den Schutzbereichen (Bonn, Stommeln, Nörvenich, Billiger Wald, Euskirchen und Geilenkirchen)
- Interessengebiete von Richtfunktrassen der Bundeswehr
- AFCENT Station Kleinhau; Castle Gate (NATO) - AFCENT Station Hottorf; AFCENT Station Fanisberg
- Schutzbereiche Munition in Rheinbach und Nörvenich
- Schutzbereich der Sonderanlage Rüstung (Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik, Radartechnik in Wachtberg)
- Schutzbereich Geophysikalischer Meßzug in Euskirchen
- Fraunhofer-Institut für naturwissenschaftlich-technische Trendanalysen in

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Euskirchen

- Interessengebiete Emissionsschutzzonen
- Ausbildungsanlage Teveren
- Materialdepot Mechernich, Materiallager Königswinter, Materiallager Spich
- Standortübungsplätze Wahner Heide, Aachen-Brand, Schavener Heide und das Übungsgelände Oberbolheim
- Bunkeranlagen Castle Gate Linnich, Hottorf und Gevelsdorf
- Bundessprachenamt in Hürth
- BWI GmbH in Meckenheim
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)
- DBV Bundeswehr Kompetenz Center (DstLg Köln Colonia-Allee)
- Bundeswehrfachschule in Köln
- Mechatronikzentrum der Bundeswehr in Jülich
- Luftwaffen-Instandsetzungszentrum Mechernich
- Luftwaffen-Kaserne - Zufahrtstraße
- Offizierheim Gut Neuhaus
- Mehrere Liegenschaften der Bundeswehr, wie z.B.: Hardthöhe, Luftwaffenkaserne Köln, Lüttich-Kaserne, Konrad-Adenauer-Kaserne, Gereon-Kaserne, Lützow-Kaserne, Dr. Lee-Löwenstein-Kaserne, Theodor-Körner-Kaserne, Kaserne Haus Hardt, Bleiberg-Kaserne, Generalmajor-Freiherr von Gersdorff-Kaserne, Mercator-Kaserne, Selfkant-Kaserne, Boelcke-Kaserne, Tomburg-Kaserne, Brückberg Kaserne, Niederberg-Kaserne und Donnerberg Kaserne
- Mehrere Stabs-/Dienst- und Verwaltungsobjekte•
- Eisenbahnverladestation Rheinbach
- Eisenbahnverkehrsanlagen
- Straßenverkehrsanlagen
- Militärstraßengrundnetz
- Wasser- und Schifffahrtsanlagen (nicht aktiv)

Ferner mache ich Sie darauf aufmerksam, dass die o.a. Aufzählung die grundsätzlichen Bundeswehr-Belangeaufführt, jedoch nur vorbehaltlich umfassend ist. Eine abschließende Bewertung ist erst im konkreten (formellen) Verfahren möglich.

In den vorgenannten Bereichen ist eine verstärkte Kollision, vor allem in Bezug auf Hochbauten wie zum Beispiel Windenergieanlagen und Antennenträger mit militärischen Interessen möglich. Hier kann es zu Ablehnungen bzw. Bauhöhenbeschränkungen oder Auflagen kommen. Ob und inwiefern eine Beeinträchtigung der militärischen Interessen tatsächlich vorliegt, kann in dieser frühen Planungsphase ohne das Vorliegen konkreter Angaben wie Anzahl der Anlagen, Standortkoordinaten, Nabenhöhe und Bauhöhe, nicht beurteilt werden.

Die Bundeswehr behält sich daher vor, im Rahmen des weiteren Beteiligungsverfahrens zu gegebener Zeit, wenn nötig, Einwendungen geltend zu machen. Bezüglich des An-/ Abflugkorridors des SAR-Hubschraubers weise ich schon jetzt darauf hin, dass es innerhalb dieses Korridors sowie im Radius von 2 km um Pflichtmeldepunkte immer zu Ablehnungen der Hochbauten kommt.

Auch erlaube ich mir den Hinweis, dass Liegenschaften der Bundeswehr im Planungsgebiet eines Regionalplans nicht überplant werden dürfen, da sie der Planungshoheit des Landes entzogen sind. Sie sind dennoch im Regionalplan entsprechend zu berücksichtigen (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 ROG) und auszuweisen. Die Planungshoheit der genutzten Flächen obliegt ausschließlich der Bundeswehr und es ist zu berücksichtigen, dass von diesen entsprechende Emissionen ausgehen.

AZ: BET_201000_1	
Stadt Burscheid Amt 61	
1033136_001, Stadt Burscheid Amt 61	
<p>Inhalt</p> <p>1003888 ASB Dierath / Nagelsbaum</p> <p>Grundsätzlich wird die im Vergleich zum 1. Planentwurf angepasste Darstellung des ASB als positiv bewertet. Bei genauer Betrachtung fällt jedoch auf, dass im Bereich zwischen der Balkantrasse (Schienenweg für den überregionalen und regionalen Verkehr) und der L219 ein Teilbereich (s. gelbe Markierung) verglichen zum 1. Planentwurf entfallen ist. Diese Fläche war jedoch nicht Gegenstand des Änderungsantrages der Stadt Burscheid vom 21. Dezember 2024. Hintergrund ist, dass auf dieser Fläche (wie bereits bekannt) derzeit ein Bebauungsplanverfahren zur Errichtung einer Feuerwache läuft. In diesem Zusammenhang überrascht daher die Rücknahme der ASB-Darstellung auch in diesem Bereich. Auch ist in der Änderungssynopse keine Begründung zu finden. Aus Sicht der Stadt Burscheid ist ein Lückenschluss und eine ASB-Darstellung an dieser Stelle zur Absicherung der Errichtung der geplanten Feuerwache dringend geboten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Inhalt

1003561, 1003562, 1003565 Linde (Ösinghausen)

Grundsätzlich wird die Umwandlung von ASB in GIB an dieser Stelle positiv bewertet. Bei genauer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die Umwandlung mit einer Reduzierung der Fläche im südlichen Bereich einherging (s. gelbe Markierung). Im Rahmen des derzeit laufenden Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplans in diesem Bereich wurde eine Anfrage gern. § 34 Landesplanungsgesetz NRW gestellt und die Planung mit Schreiben vom 31. Januar 2024 bestätigt (32/62.6-1.17-02). Angesichts der bereits abgestimmten kommunalen Planungsabsicht im Bereich südlich des bestehenden Gewerbegebietes ein Autohaus anzusiedeln, für das die Ausweisung von ASB bis hin zur Einmündung der Straße Bellinghausen eine Voraussetzung war, ist eine Ausweisung des GIB im gleichen Umfang wie des ASB im 1. Planentwurf dringend zu befürworten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

1003560 GIB Heiligeneiche

Die Planzeichenänderung wird so verstanden, dass die im 2. Planentwurf rot abgegrenzte Fläche, die auf Leverkusener und Burscheider Stadtgebiet liegt, nur interkommunal entwickelt werden kann. Die Darstellung im 1. Planentwurf wies die Zweckbindung für o.g. Fläche bereits durch das Stadtgrenzen-überschreitende, orangene „I“-Symbol aus. Wir nehmen daher an, dass es durch die geänderte Darstellung zu keiner inhaltlichen Änderung für die Stadt Burscheid kommt und diese nur der Klarstellung auf Leverkusener Stadtgebiet dient. Die derzeit durch die AVEA genutzte angrenzende Fläche kann demnach darüber hinaus unabhängig von der Stadt Leverkusen entwickelt werden. Falls dies Fehllannahmen sind, bitten wir um Korrektur.

Die Stadt Burscheid bittet um Berücksichtigung der kommunalen Belange.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird davon ausgegangen, dass hier Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden und keine Änderung der zeichnerischen Festlegung angeregt wird. Die Aussagen der Kommune sind zutreffend.

AZ: BET_203000_1	
Stadt Leichlingen	
1034258_001, Stadt Leichlingen	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Nach interner Prüfung wurden die bisherigen Anregungen der Blütenstadt Leichlingen (Rheinland) berücksichtigt, auch dafür herzlichen Dank. Eine neue Stellungnahme meiner Behörde ist damit obsolet.</p>	

AZ: BET_204000_1	
Gemeinde Odenthal	
1033379_001, Gemeinde Odenthal	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stellungnahme seitens der Gemeinde Odenthal von August 2022 im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung des Regionaplanentwurfs wurde weitestgehend im neuen Planentwurf berücksichtigt (vgl. ID 1003549 und 1003550).</p> <p>Der Eingabe zur Erweiterung der Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) im Bereich einer pot. Gewerbefläche Odenthal/Osenau wurde leider nicht entsprochen. Aufgrund derzeitiger Beschlusslage kann seitens der Gemeinde nicht an einer Darstellung als ASB festgehalten werden. Daher wird die Anregung zur Erweiterung des ASB an dieser Stelle derzeit nicht weiterverfolgt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1033379_002, Gemeinde Odenthal

Inhalt

Weiterin hält die Gemeinde Odenthal aufgrund der aktuellen Lage und fehlenden Möglichkeit zur Umsetzung einer Straßenbahnlinie S4 bis nach Odenthal, nicht an ihrer Stellungnahme bezüglich einer linienmäßigen Darstellung der Straßenbahnlinie im Regionalplan aus August 2022 fest.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Die Stellungnahme bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Es wird darüberhinaus auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Stellungnahme ist bereits entsprochen.

1033379_003, Gemeinde Odenthal

Inhalt

Im Hinblick auf den Wegfall des Zieles 6.3-3 des LEP NRW, der sich derzeit in Überarbeitung befindet, bedauert die Gemeinde Odenthal die entfallene Möglichkeit unter Erfüllung der bisherigen Ausnahmevoraussetzungen im begründeten Einzelfall im Freiraum liegende Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen entwickeln zu können. Diese Bedenken richten sich insbesondere an die Landesentwicklungsplanung, die dann im Regionalplan aufgenommen werden sollte. Für eine ländliche und vor allem durch Wohnnutzung geprägte Gemeinde wie die Gemeinde Odenthal ist es von existentieller Bedeutung, die Möglichkeit im allgemeinen Freiraum, z.B. bei Aufgabe von landwirtschaftlichen Höfen, ausschöpfen zu können, um hier eine sinnvolle und für die Allgemeinheit wichtige Nutzungsfunktion im Außenbereich z.B. als Nachnutzung verträglich ansiedeln zu können. Die Gemeinde bittet daher um dringliche Berücksichtigung bei der Neuaufstellung des LEP NRW sowie im Regionalplan.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Bei der Anregung handelt es sich um eine Anpassung des aktuellen rechtlichen Rahmens des LEP NRW aufgrund der Rechtssprechung des OVG NRW zur 1. Änderung des LEP NRW (11 D 133/20.NE). Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

AZ: BET_205000_1	
Stadt Overath	
1032695_001, Stadt Overath	
<p>Inhalt</p> <p>Zunächst möchten wir unseren Unmut bezüglich der erneut sehr kurzen und nicht vorab angekündigten öffentlichen Auslegung ausdrücken. Die Stadt Overath wurde erst am selben Tag der öffentlichen Auslegung über diese informiert. Durch die knappe Frist ist es nicht möglich die Stellungnahme im entsprechenden Fachausschuss zu besprechen und alle nötigen Fachämter ordnungsgemäß zu beteiligen.</p> <p>Inhaltlich ist die Stadt Overath mit dem neuen Entwurf sehr zufrieden und bedankt sich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit während der Erarbeitung des Entwurfes sowie der Übernahme der meisten gewünschten Darstellungen.</p> <p>In nehme zunächst Bezug auf die Stellungnahme der Stadt Overath vom 02.08.2022 und die darin einzeln aufgeführten Siedlungsbereiche:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Heiligenhaus, Hohkeppeler Straße 1002852 Dem Wunsch der Stadt Overath den ASB auszuweiten wurde gefolgt, danke. 2. Immekeppel, Ort 1002857, 1004343, 1004636_001 Dem Wunsch die Ortslage als ASB auszuweisen wurde gefolgt, danke. 3. Marialinden, Weißenstein, 1002858 Dem Wunsch der Stadt Overath den ASB auszuweiten wurde gefolgt, danke. 4. Overath, Cyriax 1002859 Dem Wunsch der Stadt Overath den ASB auszuweiten wurde gefolgt, danke. 5. Overath, Rappenhohn im Hagen Dem Wunsch der Stadt Overath den ASB auszuweiten wurde nicht gefolgt. Die Stadt Overath verfolgt die Planung aktuell allerdings nicht weiter, zudem liegt das Plangebiet unmittelbar am ASB, sodass eine Planung weiterhin möglich ist. Die Stadt Overath hat daher keine Einwände gegen die Darstellung. 6. Vilkerath Gewerbegebiet, 1002860, 1005740, 1005958 Dem Wunsch der Stadt Overath den ASB auszuweiten wurde gefolgt, danke. 7. Vilkerath Ortsausgang Richtung Engelskirchen, 1002889 Dem Wunsch der Stadt Overath den ASB auszuweiten wurde gefolgt, danke. 8. Overath, Burg, Drogenklinik Das Angebot der Stadt Overath diese Fläche im 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert. Zudem werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.</p>

Tausch gegen andere Flächen zurück zu nehmen wurde nicht angenommen. Die Fläche ist weiterhin noch im ASB. Die Stadt Overath hat keine Einwände gegen die Darstellung.

9. Overath, Gewerbegebiet Diepenbroich 1002861, 1002859 Dem Wunsch der Stadt Overath die bebauten Bereiche weiterhin darzustellen wurde gefolgt, danke.

...

Über diese Punkte hinaus ist uns aufgefallen, dass im Bereich Oberauel der ASB ausgeweitet wurde (1002859_2). Die Neuausweisung überplant bestehende Gebäude und wird somit ausdrücklich begrüßt.

...

Wie in der Einleitung erwähnt war es den anderen Fachämtern aufgrund der Kürze nicht möglich eine Stellungnahme abzugeben.

1032695_002, Stadt Overath

Inhalt

10. Klef, Gewerbegebiet Dem Wunsch der Stadt Overath den GIB auszuweiten wurde laut Planzeichnung gefolgt. In der Änderungskarte ist die Neuausweisung als GIB allerdings nicht dargestellt. Wir bitten daher um Überprüfung. Sofern die Planzeichnung stimmt und die Fläche als GIB ausgewiesen ist, haben wir keine Einwände. Ansonsten bitten wir die Fläche als GIB auszuweisen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. (Daher erfolgt auch keine Ausweisung in der Änderungskarte.) Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

1032695_003, Stadt Overath	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1002988, 1002990, 2002991 1. Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>
<p>Bezüglich der Infrastruktur verweisen wir lediglich auf die Stellungnahme der Stadt Overath vom 02.08.2022 und bitten um Überprüfung.</p>	

AZ: BET_206000_1	
Stadt Rösrath	
1033695_001, Stadt Rösrath	
<p>Inhalt</p> <p>Eine von der Stadt Rösrath beantragte Fristverlängerung wurde abgelehnt. Eine Erörterung im zuständigen Fachausschuss und im anschließenden Stadtrat war aufgrund der engen Frist nicht möglich. Insofern greift die Stadt Rösrath auf die durch den Stadtrat beschlossene -aktualisierte- Stellungnahme vom 10.08.2022 zurück. Die Stadt Rösrath gibt somit folgende Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans (Stand 15.10.2024) ab:</p> <p>Rö1 – Ortslage Leimbach:</p> <p>Rücknahme von ASB-Flächen im Bereich Leimbach-Nord</p> <p>Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Änderungswünsche größtenteils übernommen wurden. Im aktuellen Regionalplanentwurf werden diese Flächen als Freiraum und als Regionaler Grünzug (RG) festgesetzt. Ein kleinerer Bereich, der in unserer Anregung ebenfalls wegen Hochwasserschutz aus dem ASB herausgenommen werden sollte, ist allerdings weiterhin ASB.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.</p> <p>Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 <i>ÜB erhalten und entwickeln</i> und Ziel 28 <i>Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen</i> wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt</p>

auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Rö2 – Ortsteil Hoffnungsthal:

Ausweitung von ASB-Flächen westlich von Haus Stade

Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Änderungswünsche zum Teil übernommen wurden. Im aktuellen Regionalplanentwurf werden die Bestandsflächen rund um das historische „Haus Stade“ als ASB-Fläche festgesetzt. Die westlich angrenzende Fläche, welche von der Stadt Rösrath als weiteres Entwicklungspotenzial in unmittelbarer Nähe zum Regionalbahn-Haltepunkt angesehen wird, ist jedoch weiterhin als Freiraum und regionaler Grünzug festgesetzt. Gerade an ÖPNV-nahen Orten wie diesen kann die Stadt Rösrath auf „Überschwapp-Effekte“ aus Köln reagieren und der Wohnungsnot wirksam entgegensteuern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033695_003, Stadt Rösrath	
<p>Inhalt</p> <p>Rö3 – Ortsteil Hoffnungsthal:</p> <p>Ausweisung von ASB-Flächen entlang der Volberger Straße</p> <p>Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Änderungswünsche komplett übernommen wurden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Rö4 – Ortsteil Hoffnungsthal:

Ausweitung der ASB-Flächen im Bereich Vorderster Büchel

Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Änderungswünsche zum Teil übernommen wurden. In etwa die Hälfte der angeregten Fläche wurde als ASB festgesetzt. Die übrige Fläche verbleibt als Freiraum und regionaler Grünzug. Die zentrumsnahe Fläche zwischen Friedhof Hoffnungsthal und Ortslage Vorderster Büchel bietet sich als eine der wenigen Potenzialfläche für die zukünftige städtebauliche Entwicklung an und sollte in Gänze ASB werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung. (vgl. ID 1004584 im Rahmen der 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Anregung konnte teilweise gefolgt werden. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Rö5 – Ortsteil Rösrath-Mitte:

Rücknahme der L 284n (innere Ortsumgehung)

Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Änderungswünsche bezüglich der L288n übernommen wurden. Auch die parallele Trassenführung der L284n sollte zurückgenommen werden, auch wenn sie nach Aussage der Bezirksregierung noch im Landesstraßenbedarfsplan enthalten ist. Nach entsprechenden Ratsbeschlüssen und der Vereinbarung mit dem Landesministerium sollte diese Straße nicht mehr Gegenstand entsprechender Landesprogramme sein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem gilt, dass entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt werden, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

1033695_006, Stadt Rösrath	
<p>Inhalt</p> <p>Rö6 – Ortsteil Rösrath-Mitte:</p> <p>Ausweisung von ASB-Flächen im Bereich „Schulberg Freiherr-vom-Stein“</p> <p>Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Änderungswünsche komplett übernommen wurden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Rö7 – Ortslage Rambrücken:

Änderung der Festlegung ASB in GIB südlich der Ortslage

Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Änderungswünsche zum Teil übernommen wurden. Der größte Teil der angeregten Fläche im Süden, direkt angrenzend an das GIB auf Lohmarer Seite wurde jetzt ebenfalls als GIB festgesetzt. Zwischen dem ASB (Ortslage Rambrücken) und dem neuen GIB wurde jedoch eine Fläche als Freiraum und regionaler Grünzug festgesetzt. Dies behindert eine städtebauliche Gesamtentwicklung, insbesondere die Gewerbeentwicklung, des Standortes enorm. Es wird die komplette Festsetzung der Fläche als GIB gefordert. Im bisherigen Regionalplanentwurf grenzten auch GIB auf Lohmarer Seite und ASB auf Rösrather Seite direkt aneinander.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Anregungen geäußert.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Stadt Rösrath verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Zudem liegt die Flächengröße unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich daher keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen (siehe ID 1004589 sowie ID 1004587 1. Offenlage) verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1033695_008, Stadt Rösrath	
Inhalt	Abwägung
Rö8 – Ortsteil Forsbach:	Typ Hinweis
Rücknahme der Festlegung „Regionaler Grünzug“ westlich der Siedlung „Volberger Berg“ und nördlich der K40	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Fläche nicht aus dem Regionalen Grünzug herausgenommen wird. Die Stadt Rösrath folgt der Entscheidung der Bezirksregierung Köln.	Erläuterung Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Zudem wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033695_009, Stadt Rösrath	
<p>Inhalt</p> <p>Rö9 – Mobilstationen:</p> <p>Rücknahme der Mobilstation Rösrath Mitte</p> <p>Es wird positiv zur Kenntnis genommen, dass die Mobilstationen nicht weiter Thema im Regionalplan sind. Insofern ist die Anregung Rö9 obsolet.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (siehe ID 1004590 im Rahmen der 1. Offenlage). Die Stellungnahme bezieht sich auf eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf der Planunterlage ergibt sich hieraus nicht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Stellungnahme ist bereits entsprochen. Zur Klarstellung, dass Mobilstationen weiterhin Bestandteil des Regionalplans im Rahmen der textlichen Festlegungen sind, wird auf die Erläuterungen und Festlegung zu <i>G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten</i> entsprechend verwiesen.</p>

Inhalt

Rö10 – Fluglärm:

Die Fluglärmzonen sind sowohl im Bereich der Königsforstroute, als auch im Bereich Rambrücken ausgeweitet worden. Dieses entspricht den Festlegungen aus der seit 7.12.2011 geltenden Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereiches für den Verkehrsflughafen Köln/Bonn, die weitergehende Bereiche umfasst, als die im alten Regionalplan 2006 dargestellten Flächen. Es darf jedoch auf keinen Fall dazu führen, dass dadurch weitergehende Belastungen der Rösrather Bürger damit verbunden sind.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Es wird darüberhinaus auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die Stellungnahme ist gleichlautend zu der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1004589 im Rahmen der 1. Offenlage). Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: BET_22000_1	
LANUV NRW	
1034815_001, LANUV NRW	
<p>Inhalt</p> <p>mit Anschreiben vom 15.10.2024 – hier eingegangen per Mail am gleichen Tag – beteiligen Sie das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) NRW an der Veröffentlichung eines zweiten Planentwurfes zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln und bitten um Abgabe einer Stellungnahme bis einschließlich zum 15.11.2024 zu ausschließlich den im gesamten Plangebiet des Regierungsbezirkes Köln gegenüber dem 2021 vorgelegten 1. Entwurf am Plan und am Umweltbericht eingetretenen Änderungen. Eröffnet wird auch die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme zu den Begründungen der bereits beschlossenen Inhalte des Planes.</p> <p>Das LANUV wird nachfolgend nur zu den veränderten planerischen Inhalten Stellung nehmen, da angesichts des eingeräumten Bearbeitungszeitraumes von genau einem Monat und des Umfanges des Verfahrens für 8 Kreise und 3 kreisfreie Städte weitergehende Betrachtungen ausgeschlossen sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Umfang der Stellungnahme vorgebracht.</p>

Inhalt

Das so geführte Verfahren erfüllt zwar erkennbar die gesetzlichen Mindestanforderungen nach § 9 (2) Satz 2 und 3 Raumordnungsgesetz (ROG), wirft aber mit Blick auf Umfang und Ausgestaltung doch die Frage auf, ob es den in § 7 Abs. 2 Satz 1 und § 8 Abs. 2 Satz 2 ROG formulierten Aspekten wirklich Rechnung trägt und bezogen auf diese Aspekte eine gemäß § 9 Abs. 3 Satz 2 ROG „angemessene“ Frist gewählt wurde?

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. In Bezug auf Umfang und Zeitraum der Offenlage wird darauf verwiesen, dass es sich gemäß § 9 Abs. 3 ROG um eine erneuten öffentlichen Auslegung handelt und die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt ist.

Inhalt

Auf die Möglichkeit zu den Begründungen der beschlossenen Inhalte des 1. Planentwurfes noch Stellung zu nehmen, wird u. a. mit Blick auf das zuvor Ausgeführte verzichtet. Es stellt sich hier aber zusätzlich die Frage, welchen Einfluss eine derartige Stellungnahme auf die beschlossenen Planinhalte hätte. Dem Anschreiben kann dazu leider keine Information entnommen werden. Die Begründung zu den geänderten Planinhalten sowie die Änderungen in den Anhängen zu den textlichen Festsetzungen, die leider als Änderungen nicht kenntlich gemacht sind, werden zur Kenntnis genommen. Eine vergleichende Auswertung (Vorher/Nachher) zur Ermittlung der eingetretenen Veränderungen/Ergänzungen ist nicht möglich, obwohl es sich hier durchaus um Inhalte handeln könnte, die bei späteren Abwägungsentscheidungen (Zielabweichung, Planänderung) Relevanz gewinnen könnten. Leider wird nicht offensichtlich, warum die Regionalplanung selbst auf diese Aufbereitung verzichtet hat.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Änderungen an den Anhängen der Textlichen Festlegungen sowie der Begründung wurden nicht gesondert gekennzeichnet, da es sich hierbei für sich genommen nicht um Erfordernisse der Raumordnung handelt, sondern diese erläuternden Charakter haben und die Ziele, Zwecke und wesentlichen Auswirkungen des Plans darlegen. Anhänge und Begründung wurden zum Teil umfassend überarbeitet und fortgeschrieben. Die Kennzeichnung einzelner Änderung wäre damit verfahrensökonomisch nicht zielführend gewesen, zumal so die Möglichkeit bestanden hat, zu den Unterlagen insgesamt Stellung zu nehmen.

1034815_004, LANUV NRW

Inhalt

Inhaltlich hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass die zu diesen Unterlagen gehörende Karte F5 „Regionaler Biotopverbund“ hinsichtlich der Legende oder Karte anzupassen wäre, da aktuell keine BSL-E dargestellt werden. Es wird zudem angeregt, die farbliche Differenzierung zwischen Biotopverbundflächen von besonderer bzw. herausragender Bedeutung zu intensivieren, um die Lesbarkeit zu verbessern. Der Einfluss der ggf. hinzutretenden Schraffuren der BSLE-Darstellung wäre dabei zu berücksichtigen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist bereits (in Teilen) entsprochen (s. Stn.ID 1033233_004), darüber hinaus wurde die Farbigkeit angepasst.

Inhalt

Für die LANUV- Stellungnahme wird bezüglich der eingetretenen Veränderungen im 2. Planentwurf bei den zeichnerischen Festsetzungen – neue bzw. entfallene Festsetzungen –auf zwei im shape.Format erstellte Tabellen verwiesen (siehe Anhang). Diese sind das Ergebnis einer Überlagerung des vom LANUV erstellten Biotopverbundes (herausragende/besondere Bedeutung) mit den Änderungen im 2. Planentwurf. Dadurch wurden Flächen aus dem Biotopverbund ermittelt, die von den Planungsänderungen entweder durch Überlagerung mit Darstellungen, wie ASB, ASBflex, GIB, GIBflex, usw. betroffen sind oder für die eine bisherige Darstellung als BSN oder BSLE entfallen ist.

Die Bearbeitungstiefe wurde durch Abschneidekriterien eingeschränkt. In allen Fällen beträgt der Wert hierzu 1 ha bezogen auf die aufsummierten Überlagerungen der betroffenen Fläche.

[Anlage, im shape.Format nicht in PDF umwandelbar]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die angeregten Flächenvorschläge beinhalte 119 unterschiedliche Flächen und werden auf der im Anhang beigefügten Abbildung zusammenfassend dargestellt. Für die Zuordnung des jeweils entsprechenden Ausgleichsvorschlags wurden die Flächen in fünf verschiedene Kategorien unterteilt.

Die **roten** Flächendarstellungen betreffen kleinteilige Erweiterungswünsche unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. innerhalb der Interpretationsschwelle:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf. Flächen unterhalb der Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation treffen die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen die Entscheidung über die örtliche Umsetzung.

Orange Flächenvorschläge beziehen sich auf Grünflächen innerhalb des Siedlungsraums, die keine Raumbedeutsamkeit besitzen:

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Dunkelgraue Flächenvorschläge beinhalten Bereiche für die Sicherung und den

Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) mit Rekultivierungszielen für die Rohstoffgruppe Festgesteine gemäß Regionalplan Köln a.F.:

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karbonatgestein, Sandstein, Vulkanit) - inklusive Zwischennutzungen und Rekultivierungsziele - sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F. zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung daher lediglich nachrichtlich dargestellt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans für Festgesteine können Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Hellgraue Flächenvorschläge bilden den räumlichen Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine):

Bei rechtmäßiger Inanspruchnahme des BSAB treten die zeichnerischen Festlegungen des Gesamtplans zurück. Die Festlegungen des Teilplans NR (insb. BSAB nebst Rekultivierungszielen, Reservegebieten) haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der Vorrang der BSAB nebst Rekultivierungsplanungen wird planungsrechtlich dadurch sichergestellt, dass die Festlegungen der Regionalplan-Neuaufstellung innerhalb der BSAB (mittels textlicher Zielformulierung) nur bedingt gelten. Dies wird durch das Planzeichen im Regionalplan "Räumlicher Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)" sichergestellt.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamtträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher

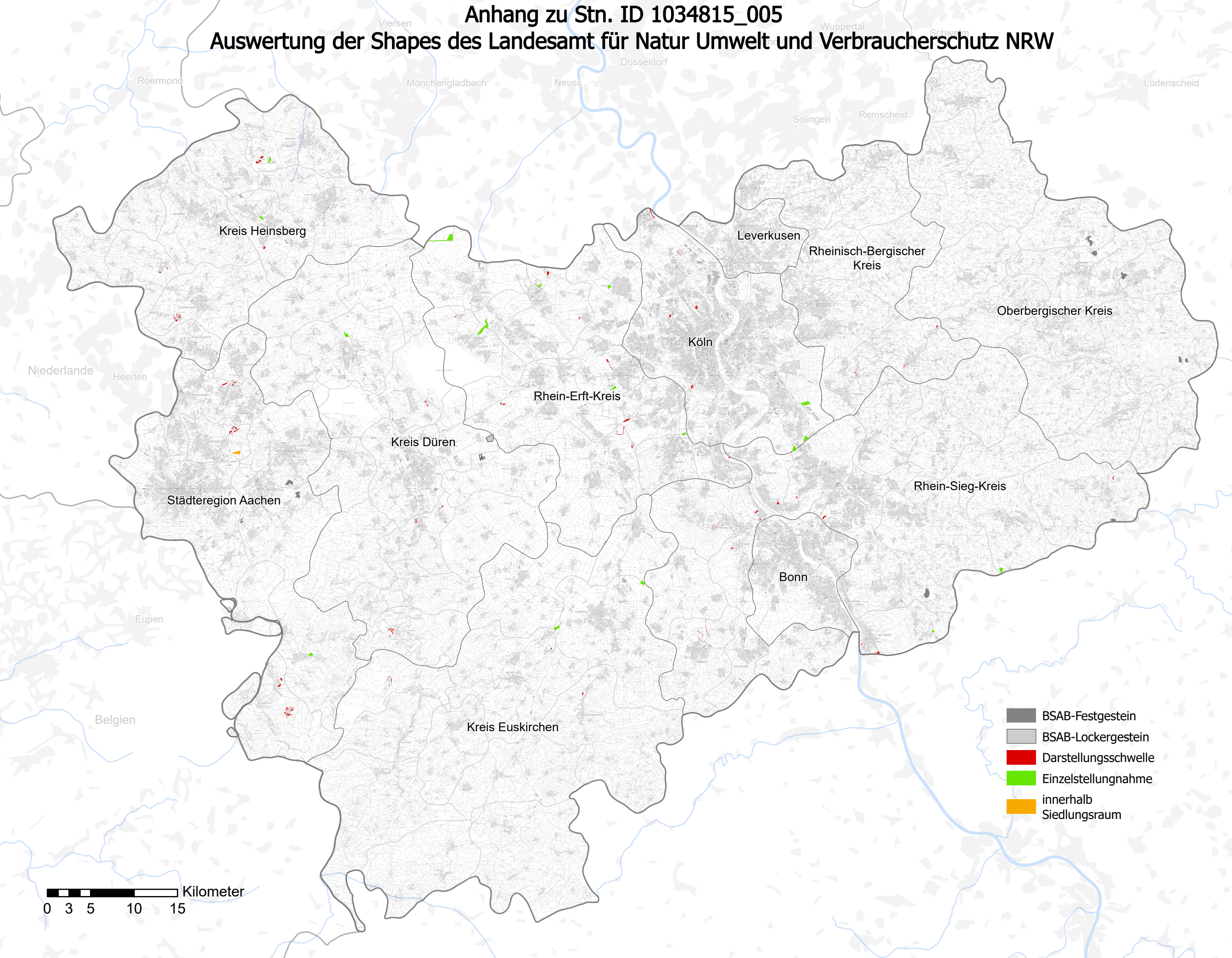
Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.

Grüne Flächenvorschläge umfassen Anregungen, die auf Grund der regionalplanerischen Darstellbarkeit und einer fehlenden Zugehörigkeit zu der hellgrauen und dunkelgrauen Kategorie einzeln ausgewertet werden:

Es wird auf die einzelnen Abwägungsvorschläge zu den darstellungsrelevanten Flächen-Anregungen der übersandten Shape-Dateien verwiesen. Diese beziehen sich auf 16 der insgesamt 116 unterschiedlichen eingebrachten Flächenvorschläge. Siehe hierzu Stn.IDs 1034815_029 ff.

Anhang zu Stn. ID 1034815_005
Auswertung der Shapes des Landesamt für Natur Umwelt und Verbraucherschutz NRW



Inhalt

Wie ein visueller Abgleich gezeigt hat, ist für knapp 50 % der Fälle einer Rücknahme der zeichnerischen Darstellungen BSN und BSLE die Überlagerung von Flächen des Biotopverbundes mit neuen planerischen Inanspruchnahmen von Natur und Landschaft durch den Regionalplan die Ursache. Zwischen den Tabellen erfolgt für diese Fälle „keine Bilanzierung“, da die Rücknahme der Darstellungen BSN und BSLE als eine negative Änderung, die Überplanung mit neuen Inanspruchnahmen als eine weitere negative Änderung zu werten ist, gegen die sich diese Stellungnahme wendet.

Der betreffende Teil der Tabelle, der die Wertigkeit der betroffenen Flächen darlegen soll, besitzt dafür folgende Struktur:

[Abbildung]

Die Abkürzungen bedeuten:

[Abbildung]

Dabei sind für eine Beurteilung der Einzelfläche immer alle in der Tabelle eingetragenen Sachverhalte zu besehen.

Um eine Einordnung im Einklang mit den Bewertungskategorien dieser Stellungnahme („Bedenken“ / „erhebliche Bedenken“) zu eröffnen, wurden in der letzten Tabellenspalte folgende Formulierungen eingesetzt, die zudem schlagwortartig einen prägnanten – jedoch nicht den vollständigen – Grad der Betroffenheit wiederzugeben versuchen:

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Hinweise zur korrekten Anwendung und Interpretation der als shape-Format beigefügten Daten werden zur Kenntnis genommen.

Inhalt

Wie bereits in der Stellungnahme zum ersten Entwurf ausgeführt bestehen grundsätzliche Bedenken gegen die Darstellung von Flächen des Biotopverbundes mit der Bewertung „herausragende Bedeutung“ durch die zeichnerische Festlegung der Kategorie „BSLE“. Aus Sicht des LANUV sollten Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung mit der zeichnerischen Festlegung „BSN“ in den Regionalplan übernommen werden. Das LANUV macht diese Bedenken sowohl für den bisherigen Plan, als auch für den jetzt vorgelegten zweiten Entwurf geltend. Diese Bedenken gelten entsprechend auch für jene Flächen, die jetzt aus der regionalplanerischen Kategorie „BSN“ in die Kategorie „BSLE“ überführt wurden. Mit den Flächen von herausragender Bedeutung wurden die Flächen dargestellt, die geeignet, entwicklungsfähig oder in räumlich und/oder sachlichem Zusammenhang mit diesen Flächen stehen, um ein Grundgerüst für einen Biotopverbund zu sichern, das wegen dieser wesentlichen Funktion als BSN darzustellen ist und zu dessen Umsetzung durch entsprechende Ausweisungen von Naturschutzgebieten der Regionalplan in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan die nachgelagerten anderen Fachplanungen und die, in der Verantwortung der Kreise und kreisfreien Städte liegende örtliche Landschaftsplanung nachdrücklich anhalten soll.

Dies ist mit der Kategorie BSLE nicht leistbar, da sie kein endabgewogenes Ziel darstellt. Auf die Vollzugsdefizite bei der Umsetzung der BSN der vergangenen Regionalplanungen in Naturschutzgebiete in einer Größenordnung von um die 50.000 Hektar (um die 40 %), ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Die fachliche Prüfung hat ergeben, dass es sich um maßstabsbedingte Diskrepanzen handelt. Darüber hinaus wurde auf die Festlegung von BSN im Bereich des Rheins mit Blick auf das dort festgelegte Vorranggebiet Wasserstraße Rhein mit Ausnahme von Flächen mit bereits vorhandenen Naturschutzgebietsfestlegungen verzichtet. Die Ausgestaltung des Schutzes, z.B.: in Form von Fisch- und Laichschonbezirken, obliegt den nachfolgenden Planungsebenen

Inhalt

Die Darstellungen „Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Lockergesteine) – nachrichtliche Übernahme“ mit insgesamt 64 Fällen und „Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze (Festgesteine) – nachrichtliche Übernahme“ mit insgesamt 20 Fällen im vorliegenden 2. Entwurf, ist bedenklich, insofern die Darstellung „nachrichtliche Übernahmen“ dem § 9 BauGB entlehnt ist, wo „nachrichtliche Übernahmen“ eingesetzt werden, um die Ergebnisse oder Festsetzungen anderer Fachplanungen zu dokumentieren.

Das Regionalplanungsverfahren zu den nichtenergetischen Rohstoffen ist nach Sachstand hier nicht abgeschlossen.

Dass der bisherige Verfahrensstand, wie im nachstehend angesprochenen Einzelfall nicht nur zur Rücknahme der im 1. Entwurf vorhandenen BSN-Darstellung, sondern auch zu einer nachrichtlichen Übernahme einer BSAB-Darstellung geführt hat, ist aus naturschutzfachlicher Sicht in doppelter Hinsicht bedenklich.

1. Es wird suggeriert, dass es sich hier um das Ergebnis einer abgeschlossenen Fachplanung handelt.
2. Es wird die Rücknahme des BSN im vorgelegten Entwurf nicht mehr transparent dargestellt.

Gegen dieses Vorgehen bestehen in allen 84 Fällen erhebliche Bedenken und im Einzelfall des Sandtagebaus Frechen (Buschbeller Wald), wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass durch Nachkartierung seitens des LANUV 05/2023 der im nachstehenden Luftbild südlich der A 4 erkennbar verbliebenen Waldbereich (BK-5006-030) als naturschutzwürdig eingestuft wurde und deshalb als BSN darzustellen und (s)eine Abgrabung auszuschließen ist.

[Abbildung]

In der nachfolgenden Tabelle gesondert aufgeführt sind die Abgrabungsbereiche gegen die seitens des LANUV im derzeit laufenden Aufstellungsverfahren für den Teilplan „Nichtenergetische Rohstoffe“ Bedenken vorgetragen wurden. Die im Verfahren „Nichtenergetische Rohstoffe“ vorgetragenen Bedenken werden voll umfänglich aufrechterhalten. Entsprechend wird hier auf sie verwiesen.

Mit Blick auf die nachrichtliche Übernahme in das Verfahren zum Regionalplan Köln wird noch einmal durch tabellarische Zusammenstellung deutlich gemacht, um welche Bereiche und Kriterien es hier geht.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die nachrichtliche Darstellung der zeichnerischen Festlegungen des sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - steht im Kontext der Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* ist nicht mit einer nachrichtlichen Übernahme i.S.d. § 9 BauGB gleichzusetzen und wird aus den nachfolgenden Gründen aufrechterhalten.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für Lockergesteine können dem Teilplan NR entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen wie der in der Stellungnahme erwähnte Sandtagebaus Frechen (vgl. BSAB-L-31 des Teilplans NR) werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Durch die Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die bedingten Festlegungen des Regionalplanes sind erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus rechtlichen und/ oder tatsächlichen Gründen endgültig scheitern und Festlegungen des Teilplans NR in der Folge faktisch nicht umsetzbar und damit funktionslos sind. Die Festlegungen des Regionalplans erfüllen dann eine Auffangfunktion, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung bestehender (Frei-)Raumqualitäten sichergestellt wird. Die nachrichtliche Darstellung der räumlichen Umgriffe der BSAB und Reservegebiete gemäß Teilplan NR ist erforderlich, damit die verbindlichen Vorgaben der Zielfestlegung Z. neu4 räumlich hinreichend bestimmt bzw. bestimmbar sind (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 Raumordnungsgesetz).

Die Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* (Teilplan NR) sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR redaktionell angepasst.

Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*, Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern*, Z.22 *Waldbereiche erhalten und entwickeln*, Z.24 *Oberflächengewässer sichern*, Z.26 *Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern*, Z.27 *Überschwemmungsbereiche (ÜBB) erhalten und entwickeln* und Z.41 *Standorte für Abfalldeponien sichern* die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karnonatgestein, Sandstein, Vulkanit) sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Teilplans NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind. Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung nachrichtlich dargestellt.

Hinsichtlich der Bedenken, die im Rahmen des Verfahrens "Nichtenergetische Rohstoffe" vorgetragen wurden, gilt, dass die raumordnerische Abwägung zu der in Rede stehenden Stellungnahme im Rahmen der Aufstellung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) erfolgt.

Inhalt

Ein weiterer Fall, den es hier beispielsweise zu besehen gilt, ist die vollständige Inanspruchnahme des NSG- und FFH-Gebietes „Basaltsteinbruch Hühnerberg und Tongrube Eudenbach“ (VB-K-5309-007). Hier wird die bestehende Schutzkategorie BSN zurückgenommen, obwohl der Bereich zu 100 % als FFH- und NSG-Gebiet ausgewiesen wurde. Zudem stellt er einen wichtigen Kern- und Ergänzungslebensraum für Arten dar. Der Bereich ist im Regionalplan weiterhin als BSN darzustellen. Gegen die nachrichtliche Übernahme als Abbaubereich hat das LANUV bereits im derzeit noch nicht genehmigten Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe erhebliche Bedenken geäußert. Das wichtige Naturschutzgebiet stellt einen Sekundärlebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzengemeinschaften wie den Waldmeisterbuchenwald (LRT-9130), aber insbesondere für den Kammmolch und die Geburtshelferkröte dar. Des Weiteren ist er für die rheinischen Unkenpopulationen ein sehr wichtiger Gebietskomplex, der zusammen eine fast 100 adulte Unken umfassende Metapopulation beherbergt. Diese ist entscheidend für die Meldung des FFH-Gebietes. Durch die hier vorgenommene Planung wird einem Gebiet von 144 ha und europäischer Bedeutung die Planungssicherheit als Schutzgebiet genommen und für andere dem Schutzzweck entgegenlaufende Planungen freigegeben. Hiergegen hat das LANUV grundsätzlich erhebliche Bedenken und hält eine FFH-Prüfung auf der Regionalplanebene für zwingend erforderlich.

[Abbildung]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karnonatgestein, Sandstein, Vulkanit) - inklusive Zwischennutzungen und Rekultivierungsziele - sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung daher lediglich nachrichtlich dargestellt.

Im konkreten Fall hat der rechtswirksame BSAB Nr. 9 des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Bonn / Rhein-Sieg aus dem Jahr 2004 Bestand. Der Stellungnahme ist insofern teilweise entsprochen, als das rechtswirksame Rekultivierungsziel BSN für den BSAB Nr. 9 des Regionalplans Köln a.F fortgilt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans für Festgesteine können Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Inhalt

Mit dem 2. Planentwurf werden weitere 10 % der Gesamtfläche, die als NSG ausgewiesen wurden durch Planfestlegungen von ASB/ASBz und GIB/GIBz überplant. Hierzu werden die für die Inanspruchnahme notwendigen Verträglichkeitsprüfungen auf die nachgelagerte Planungsebene abgeschichtet. Unabhängig von der Planungsebene gilt eine Vorsorgepflicht, die grundsätzlich im Rahmen der Vorprüfung abzuarbeiten ist. Dabei löst bereits die Möglichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung die Pflicht zur Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung aus.

Durch die Abschichtung ohne Prüfung werden diese Flächen aber in der Planung schon verfestigt und kleinere FFH-Gebiete könnten ihren Schutzzweck einbüßen, da ggf. das Projekt / der Plan von außen auf sie einwirken könnte. Aus Sicht des LANUV entsteht hier auch eine Schieflage zu Ungunsten von Natur und Landschaft, da weitere schutzwürdige Flächen wie beispielsweise in der Ruraue, am Staubecken Heimbach, im Dhünntal oder im Steinbruch Imhausen für andere Nutzungen freigegeben werden. Gegen die Inanspruchnahme von Schutzgebieten hat das LANUV bereits in seiner Stellungnahme zum Regionalplan vom 23.08.2022 erhebliche Bedenken erhoben.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche (z.B. NSG), die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Haftsatzschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegungen erfolgte unter Berücksichtigung der

gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

Beispielhaft sei hier die Rücknahme des ehemaligen BSN Wahner Heide um 29,6 ha genannt, das nun mit dem Planzeichen ASBz dargestellt wird. Hierdurch sind mit FFH-, VSG- und NSG-Ausweisungen insgesamt 9 bewertungsrelevante Schutzgüter betroffen! Somit werden folgerichtig in der vorliegenden Umweltprüfung „die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt [...]“. Auch die gutachterliche Einschätzung kam zu dem Ergebnis, dass „erhebliche Beeinträchtigungen auf das Vogelschutzgebiet und ggf. FFH-Gebiet „Wahner Heide“ nicht ausgeschlossen werden können.“

Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse ist es nicht nachvollziehbar, dass diese Fläche weiterhin im Regionalplan als ASBz dargestellt wird. Aus Sicht des LANUV bestehen somit nicht nur gegen die neue Inanspruchnahme von Natur und Landschaft erhebliche Bedenken, sondern auch gegen die Vorgehensweise der planerischen Festsetzung im Regionalplan mit dem Planzeichen ASBz, bei der schon auf der Regionalplanebene deutlich wird, dass Nachteile für ein im europäischen Biotopverbund Natura 2000 bedeutsames Schutzgebiet nicht sicher ausgeschlossen werden können. Daher ist der Bereich weiterhin als BSN darzustellen und erst nach erfolgter detaillierter FFH-Prüfung und Machbarkeitsstudie – insbesondere auch bezogen auf die hier ggf. einzuleitenden und umzusetzenden Maßnahmen (Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach Eingriffsregelung sowie Schadensbegrenzungs- und/oder Kohärenzsicherungsmaßnahmen nach FFH-Recht) – ein Regionalplanänderungsverfahren einzuleiten.

[Abbildung]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen Flugplatz festzulegen. Darüber hinaus wurde folgende Zweckbindung in (Z.34) *Flugplätze sichern* ergänzt: Die regionalplanerische Sicherung der Flughafenerweiterungsfläche „Areal Nord“ erfolgt unter dem Vorbehalt, dass in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die Natura 2000-Verträglichkeit für die Inanspruchnahme nachgewiesen wird.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt:

Die Festlegung der Fläche „Areal Nord“ als Grünzug und Fläche für Natur und Landschaft verstößt gegen das Ziel 8.1-6 des LEP. Die Fläche „Areal Nord“ ist ein bisher dem Flughafen als Erweiterungsfläche zugeschriebener Bereich zwischen der nördlichen Flughafengrenze und der Schleife der ICE-Trasse. Sie wurde im Rahmen eines Regionalplanänderungsverfahrens in 2004 als Flughafenfläche im Regionalplan festgelegt, weil sie die einzige mögliche Erweiterungsfläche für die Passagier- und Frachtverkehrsbereiche des Flughafens ist. Sie muss auch weiterhin als Fläche für den Flugverkehr festgeschrieben sein. Zur weiteren Begründung wird auf die ausführlichen Stellungnahmen des Flughafens Köln/Bonn verwiesen.

Inhalt

Aber der Freiraum wird nicht nur durch die großflächige Inanspruchnahme bestehender Schutzgebiete beeinträchtigt, sondern auch durch weitläufige Überplanung von schutzwürdigen Bereichen im allgemeinen Freiraum. Dabei wird auch der gesamte Freiraum überprägt und die darin befindlichen Schutzgüter beeinträchtigt. Als ein solches Beispiel für Freirauminanspruchnahme ist die Festlegung von ASB im Bereich Rohren zu nennen, wobei 91 % schutzwürdiger Bereich überplant wird. Neben den bestehenden Ausweisungen wurden auch großflächig BSLE zurückgenommen, die im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege als Fläche mit besonderer Bedeutung (VB-K-5403- 019 Heckenlandschaft um Rohren und Widdau) abgegrenzt wurden. Insgesamt wird hier eine noch gut strukturierte Kulturlandschaft zerstört und der Freiraum verdichtet.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Grundsätzlich gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Freiraumbelangen gewährt wurde, erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt

somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Êrgänzend wird auf (G.29) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* verwiesen. Durch diesen wird sichergestellt, dass auch kleinräumige oder sehr schmale Flächen im Freiraum oder auch im Siedlungsraum, die im Rahmen der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht Bestandteil der zeichnerischen Festlegung BSN sein können, durch die Landschafts- und Bauleitplanung gesichert werden sollen. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen.

Hinsichtlich des angeführten Beispiels Monschau-Rohren wird darauf verwiesen, dass gemäß § 9 LPlG NRW der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes trifft. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB bzw. ASBz).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die StädteRegion Aachen unterstützt die Anregungen der Kommunen, an bisherigen ASB Darstellungen insbesondere auch in den ländlichen Bereichen/ Eifelgemeinden festzuhalten bzw. diese teilweise zu erweitern wie bereits in ihrer Stellungnahme vom 31.08.2022 dargelegt (S. 6). Stellungnahme Stadt Monschau: Die aktuelle zeichnerische Darstellung des Regionalplans beinhaltet einen ASB für zweckgebundene Nutzungen „Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen“, im Bereich der aktuell nicht in Betrieb stehenden Sommerrodelbahn. Für die Wiedereröffnung und Weiterentwicklung dieses für die Region wichtigen touristischen Angebots ist die Neuaufstellung des Regionalplan dieses Gebiet weiterhin in der oben genannten Form erforderlich. Des Weiteren ist die Errichtung eines Tinyhouse-Parks für Feriengäste beabsichtigt. Die dörfliche Infrastruktur wird aktuell mit Betreiberwechseln in den Gastronomiebetrieben, der Bäckerei, der Hotellerie, dem sanierten Jugendgästehaus, dem Betrieb des Alpenvereinshauses, der neuen Abenteuerspielanlage und dem neuen Wohnmobilstellplatz völlig modernisiert und an den touristischen Bedarf angepasst. Sie soll weiter ergänzt werden. Der Waldlehrpfad, die historische Sägemühle, das Loipenangebot, der Eifelsteig, der Nationalpark-Wildnistrail und die ausgewiesenen Nah- und Fernwanderwege bieten nach wie vor hervorragende Erlebnismöglichkeiten auch für längere Ferientaufenthalte. Die Ausweisung der Ortschaft Rohren als Allgemeinen Siedlungsbereichu nimmt die Modernisierung der örtlichen Infrastruktur auf. Die kleinere, nordöstliche Fläche ist mit der Zweckbindung für Freizeit- und Erholungsnutzungen zu versehen.

Inhalt

Der Grundsatz Gneu1 „Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen“ – „*Die Siedlungsentwicklung soll flächensparend erfolgen. Innenentwicklung und Verdichtung sowie Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen dabei besonders in den Blick genommen werden*“ wird aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege grundsätzlich positiv bewertet. Leider wurde – wie im Fall Rohren gezeigt – dieser schon jetzt im Planentwurf nicht wirklich umgesetzt, so dass die Intention des neu eingeführten Grundsatzes eher eine Absichtserklärung denn eine grundsätzliche Planungsmaxime zu sein scheint. Die Planung im Bereich Rohren und in weiteren vergleichbaren Fällen ist deshalb aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftsplanung zu überdenken, zu reduzieren und die nicht benötigten Freiraumbereiche als BSLE darzustellen.

Ebenso zeigt das Beispiel Rohren, dass auch die durch den Grundsatz G.12 „Regionale Wohnbaufläche umsetzen“ formulierte Planvorgabe, gemäß derer „*eine[r] gute[n] Erreichbarkeit, ausreichende[r] Infrastruktur sowie eine den örtlichen Verhältnissen angepasste höhere Dichte der Bebauung, [...] sichergestellt werden*“ sollte, nicht umgesetzt wurde.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

(G.neu1) „Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen“ richtet sich insbesondere an die kommunale Bauleitplanung und ist unabhängig davon zu berücksichtigen, ob die Siedlungsentwicklung innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums oder innerhalb von Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum stattfindet. Dies gilt auch für die künftige Siedlungsentwicklung im angeführten Beispiel Monschau-Rohren. In Bezug auf (G.12) „Regionale Wohnbaufläche umsetzen“ ist klarzustellen, dass der Orteil Monschau-Rohren nicht aufgrund Regionaler Bedarfe als ASB festgelegt wurde.

Hinsichtlich der Festlegung des Ortsteils Monschau-Rohren als ASB wird darauf verwiesen, dass gemäß § 9 LPiG NRW der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes trifft. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB bzw. ASBz).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die StädteRegion Aachen unterstützt die Anregungen der Kommunen, an bisherigen ASB Darstellungen insbesondere auch in den ländlichen Bereichen/ Eifelgemeinden festzuhalten bzw. diese teilweise zu erweitern wie bereits in ihrer Stellungnahme vom 31.08.2022 dargelegt (S. 6). Stellungnahme Stadt Monschau: Die aktuelle zeichnerische Darstellung des Regionalplans beinhaltet einen ASB für zweckgebundene Nutzungen „Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen“, im Bereich der aktuell nicht in Betrieb stehenden Sommerrodelbahn. Für die Wiedereröffnung und Weiterentwicklung dieses für die Region wichtigen touristischen Angebots ist die Neuaufstellung des Regionalplans dieses Gebiet weiterhin in der oben genannten Form erforderlich. Des Weiteren ist die Errichtung eines Tinyhouse-Parks für Feriengäste beabsichtigt. Die dörfliche Infrastruktur wird aktuell mit Betreiberwechseln in den Gastronomiebetrieben, der Bäckerei, der Hotellerie, dem sanierten Jugendgästehaus, dem Betrieb des Alpenvereinshauses, der neuen Abenteuerspielanlage und dem neuen Wohnmobilstellplatz völlig modernisiert und an den touristischen Bedarf angepasst. Sie soll weiter ergänzt werden. Der Waldlehrpfad, die historische Sägemühle, das Loipenangebot, der Eifelsteig, der Nationalpark-Wildnistrail und die ausgewiesenen Nah- und Fernwanderwege bieten nach wie vor hervorragende Erlebnismöglichkeiten

auch für längere Ferientaufenthalte. Die Ausweisung der Ortschaft Rohren als Allgemeinen Siedlungsbereichu nimmt die Modernisierung der örtlichen Infrastruktur auf. Die kleinere, nordöstliche Fläche ist mit der Zweckbindung für Freizeit- und Erholungsnutzungen zu versehen.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminself sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ergänzend wird auf (G.29) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* verwiesen. Durch diesen wird sichergestellt, dass auch kleinräumige oder sehr schmale Flächen im Freiraum oder auch im Siedlungsraum, die im Rahmen der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht Bestandteil der zeichnerischen Festlegung BSN sein können, durch die Landschafts- und Bauleitplanung gesichert werden sollen. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen.

Inhalt

Zu Kapitel 3 Siedlung

G.neu1 Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen

Der neue Grundsatz wird seitens des LANUV begrüßt.

Das LANUV regt an, diesen Grundsatz zu erweitern und mit Blick auf die Energiewende zukunftsorientierte Maßnahmen wie z. B. die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern in neuen Bau- und Gewerbegebieten verpflichtend festzusetzen. Auch sind die siedlungsklimatischen Erfordernisse wie z. B. Kaltluftschneisen zu benennen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung geäußert und darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

G 10 Siedlungsentwicklung am See

Hier sollen entlang der Seenlandschaft der Braunkohleabbaugebiete Siedlungen entwickelt werden. Das LANUV plädiert dafür, diese aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege einmalige Chance zu nutzen, um großflächig Freiraum der Natur zurückzugeben, die Biodiversität zu fördern und einen Biotopverbundkorridor zu schaffen, der auch in Hinblick auf den Klimawandel unzähligen Arten Wander- und Rückzugsmöglichkeiten bieten kann. Das Schaffen einer bebauten Seenlandschaft in einer eher strukturfreien Bördelandschaft scheint hier wenig zielführend und nimmt keinesfalls auf das häufig herausgestellte Merkmal der offenlandgeprägten Börde Bezug. Hier sollten -raumplanerisch zukunftsorientiert- auch langfristig funktionierende ökologisch wertvolle Biotopstrukturen des Halboffen- und Offenlandes etabliert werden, von denen sich Teilbereiche zukünftig zu nutzbaren Freiraum- und Erholungsflächen entwickeln können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den gesamten Planungsraum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Dies gilt auch im Hinblick auf die Wettbewerbsgleichheit des Rheinischen Reviers im Sinne des Strukturwandels im Kontext der Herausforderungen für alle Kommunen des Regierungsbezirks Köln.

Hier sei auch auf die Leitentscheidung 2021 der Landesregierung NRW verwiesen, die darauf hinweist, dass bei „der Wiedernutzbarmachung und Rekultivierung [...] die Wiederherstellung von Landflächen und die Gestaltung der Tagebauböschungen im Bereich der Stadt Elsdorf so erfolgen [sollen], dass eine qualitative Entwicklung der Stadt hin zur Seefläche und möglichst verschiedene Zwischennutzungen während der Befüllungsphase [...] möglich sind.“ (Entscheidungssatz 7) (MWIDE 2021, S. 22). Aufgrund dieser noch in Klärung befindlichen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen und der langen Befüllzeit des zukünftigen Sees von 40-Jahren sind aktuell verbindliche regionalplanerische Festlegungen für die zukünftige Siedlungsentwicklung der Randkommunen, wie z. B. von Elsdorf am Seerand noch nicht möglich. Daher soll mit dem Grundsatz aus regionalplanerischer Sicht darauf hingewiesen werden, dass u.a. Konzepte der betroffenen Kommunen und regionaler Zusammenschlüsse (z. B. Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH, Neuland Hambach, Zweckverband Landfolge Garzweiler) zur zukünftigen Siedlungsentwicklung am See einschließlich Freizeit- und Tourismusdestination bereits mitgedacht und bei der Gestaltung dieser Bereiche berücksichtigt und unterstützt werden sollen. Die Umsetzung ist zudem Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Grundsatz 10 und 11 in Kapitel 3.1.1. "Nachhaltige Siedlungsentwicklung" gibt den Umsetzungskorridor für die siedlungsräumliche Entwicklung an den Tagebau-Restseen und für die "Orte der Zukunft" vor. Textliche Festlegungen bezogen auf die Entwicklungen des Freiraums erfolgen in Kapitel 4 "Freiraum". Beispielsweise wird in der Erläuterung zu Ziel 19 in Punkt 3 klargestellt, dass im Vorfeld des Tagebaus Hambach die Waldflächen des Hambacher Forstes sowie des Merzenicher Erbwalds und der Waldflächen westlich des FFH-Gebiets Steinheide als Vorranggebiete für den

regionalen Biotopverbund (BSN) festgelegt werden. In der zeichnerischen Festlegung wurde bereits im ersten Entwurf die komplette Söpienhöhe als BSN sowie große Teile des zukünftigen Hambacher Seeufers als BSLE, des Seeufers der künftigen Indesees als größtenteils Regionaler Grünzug und auf Grund des Planungsstandes der Braunkohlenpläne Garzweiler angrenzende Teile als BSLE festgelegt, die aus der Bergaufsicht entlassen wurden.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Abstimmungsformate u.a. auch mit der Beteiligung des MUNV und dem MLV und anderen Stakeholdern, dessen konkreten und abgeschlossenen Ergebnisse Eingang in die zukünftigen Änderungsverfahren des Regionalplans finden werden

Inhalt

Ziel 3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten

Hier wird zunächst eine Flächenreduzierung angestrebt, die aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege tendenziell positiv zu bewerten ist. Allerdings wird unter **7 I** für das Rheinische Revier ein erhöhter Flächenbedarf für die Transformation der Industrie eröffnet. Dieser Bedarf ist als „Flächenkontingent“ im Regionalplan auf ausgewählte Transformationsstandorte verteilt. Das LANUV geht davon aus, dass mit den hierzu im Vorlauf zum Regionalplan durchgeführten Regionalplanänderungen dieser Flächenbedarf abschließend betrachtet wurde und konsequenterweise durch die Formulierung des Ziels **Z.neu2 „GIBtransformation sichern und umsetzen“**, „*diese Bereiche als Vorranggebiete festgelegt*“ wurden. Gegen einen weiteren Flächenbedarf an Transformationsstandorten aus der Umgestaltung des Rheinischen Reviers hat das LANUV erhebliche Bedenken.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Klarstellend wird hierzu ausgeführt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden und die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, zusätzlich Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW) soll. Die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW werden im 2. Planentwurf im Rahmen der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen* vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet. Die Standorte sowie Zweckbindungen sind dem entsprechenden Planzeichen sowie den Ausführungen im Ziel *GIBtransformation sichern und umsetzen* sowie der zugehörigen Tabelle in den textlichen Festlegungen zu entnehmen.

Inhalt

Ziel 4 Flächenüberhänge vermeiden und abbauen

Als Ziel sind vorrangig „Reserveflächen im regionalplanerisch festgesetzten Freiraum, in Überschwemmungsbereichen oder mit siedlungsklimatischer Ausgleichsfunktion zurückzunehmen“. Dies wird seitens des LANUV begrüßt, ist es doch – u.a. in den Überschwemmungsbereichen nach der Flutkatastrophe in NRW 2021 – längst überfällig. Leider wird dieses Ziel im hier vorgelegten Regionalplan nicht konsequent verfolgt, da ASB in Überschwemmungsbereichen festgelegt wurden, was durch die ergänzende Formulierung: „Ausnahmsweise ist zur Realisierung regionaler Siedlungsflächenbedarfe kein Flächentausch erforderlich“, möglich wird. Hier sollten Realisierungen in Überschwemmungsbereichen explizit von dieser Ausnahmeregelung nicht gedeckt sein. Das Ziel ist hier nachzubessern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Klarstellung des Ziels ist nicht erforderlich. Durch (Z. 4) "Flächenüberhänge vermeiden und abbauen" wird keine Siedlungsentwicklung in Überschwemmungsbereichen ermöglicht. Es wird lediglich sichergestellt, dass Kommunen, die vor dem Hintergrund zur flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung (Ziels 6.1-1 LEP NRW), einen Flächenüberhang haben, vorrangig und sofern vorhanden, bestehende Reserveflächen im regionalplanerisch festgelegten Überschwemmungsbereichen zurücknehmen sollen. Dies entspricht auch Ziel 7.4-6 LEP NRW und (Z. 28) "Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen verwiesen."

Die Ausnahme vom erforderlichen Flächentausch bezieht sich lediglich darauf, dass Kommunen, denen ein regionaler Siedlungsflächenbedarf zugewiesen wurde, zur Umsetzung dieser Bedarfe keinen Flächentausch durchführen müssen. Eine Realisierung dieser regionaler Siedlungsflächenbedarfe im Überschwemmungsbereich wird hierdurch nicht ermöglicht.

Zur Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum wird auf die Erläuterung 7 zu (Z.27) Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln verwiesen.

Inhalt

**G.19 Zusammenhängendes Freiraumsystem erhalten, Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums sichern und entwickeln und
G.21 Zerschneidung vermeiden**

Hier soll der Freiraum als überörtliches, möglichst zusammenhängendes, durchgängiges und funktional verbundenes System erhalten und entwickelt werden. Der Freiraum ist demgemäß als „*wichtiger Komplementärraum zum Siedlungsraum grundsätzlich vor Inanspruchnahme*“ zu schützen.

Gemäß **G21 Zerschneidung vermeiden** sollen u. a. die UZVR berücksichtigt werden, da sie für die Sicherung funktionsfähiger Ökosysteme, insbesondere für den Schutz der Biodiversität, aber auch für den Erhalt von geeigneten Räumen für die naturnahe Erholung wichtig sind. Aber auch ausgeprägte Kulturlandschaften die lediglich durch eine Landstraße getrennt werden, leisten hierzu einen Beitrag.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Gemäß **G21 Zerschneidung vermeiden** sollen u. a. die UZVR berücksichtigt werden, da sie für die Sicherung funktionsfähiger Ökosysteme, insbesondere für den Schutz der Biodiversität, aber auch für den Erhalt von geeigneten Räumen für die naturnahe Erholung wichtig sind. Aber auch ausgeprägte Kulturlandschaften die lediglich durch eine Landstraße getrennt werden, leisten hierzu einen Beitrag.

Aus Sicht des LANUV wird diesen Grundsätze des Regionalplans bei der zeichnerischen Umsetzung nicht gefolgt. Insbesondere gegen die Ausweisung eines GIB an der Grenze zu Rheinland-Pfalz mitten in der „Kulturlandschaft Obereip“ (VB-K-5210-021) mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund bestehen erhebliche Bedenken. Diese GIB-Neuweisung, an der sich angrenzend zwei Fließgewässersysteme mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund und weitere Flächen mit besonderer Bedeutung befinden, zerschneidet den Raum und beeinträchtigt die Austauschfunktion zwischen diesen beiden Flächen nicht unerheblich. Das GIB ist daher zu streichen, da es losgelöst von jeglichem Siedlungsansatz in eine Kulturlandschaft hineingeplant wird und entgegen der o. g. Grundsätze diese einfach zerschneidet.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt sowie für Landschaft ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige

Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Die Betroffenheit des schutzwürdigen Biotops sowie der schutzwürdigen/klimarelevanten Böden liegt in den Randgebieten im Südwesten und Westen des Plangebiets.

Eine Flächeninanspruchnahme kann durch Aussparung des betroffenen Bereiches bei Konkretisierung der Planungen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen vermieden werden.

Der Grundsatz 21 des Regionalplanentwurfs erfüllt weiterhin die erforderliche Rechtsqualität an eine Grundsatzfestlegung.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Inhalt

3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung

Aus Sicht des Bereichs Anlagensicherheit sind bei raumplanerischen Entwicklungen die Anforderungen des § 50 BImSchG im Hinblick auf die Wahrung angemessener Sicherheitsabstände gemäß § 3(5d) BImSchG zwischen Anlagen, die Betriebsbereich bzw. Teil eines solchen sind und Schutzobjekten zu berücksichtigen.

Die kursorische Durchsicht der vorliegenden Unterlagen lässt erkennen, dass dieser Aspekt bei der Aufstellung des Regionalplans für das Schutzgut „Mensch“, insbesondere bei dem Kriterium „Wohnen“, berücksichtigt wird (siehe Abschnitt 3.1.3 Wohnen“ des Anhangs A – „Bewertungsgrundlagen und Bewertungsmaßstäbe zur vertiefenden Prüfung der räumlich konkreten Einzelfestlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln“).

In der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (Dokument A-4-1) finden sich bezogen auf die „Allgemeine Siedlungsentwicklung“ (Abschnitt 3.2, Seite 87 ff) in den Erläuterungen ebenfalls entsprechende Aussagen.

Auch für „Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen“ (Abschnitt 3.3.1, Seite 103 ff) sind entsprechende Aussagen enthalten. Ergänzt wird dies für „Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen“ mit folgenden Erläuterungen und deren Begründungen in Abschnitt 3.3.2.3, Seite 135 ff.

In der Gesamtheit ist erkennbar, dass auf der Ebene der Regionalplanung eine Berücksichtigung der sich aus dem § 50 BImSchG ergebenden Anforderungen verfolgt wird. Darüber hinaus enthalten die Begründungen zur Neuaufstellung des Regionalplans konkrete Hinweise für die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Das LANUV regt an, zu prüfen, inwieweit derartige Inhalte nicht auch in die Ziele, mindestens aber in die Grundsätze des Planes zu übertragen sind, um deren Verbindlichkeit und richtungsweisenden Charakter für die nachgelagerten Planungen zu stärken.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen (s.ID 1026462, 1. Offenlage). Die Festlegungen zum Umgebungsschutz haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben (6.3-2 Grundsatz Umgebungsschutz, 10.3-3 Grundsatz Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte) sowie der Zielformulierung zum Umgebungsschutz für landesbedeutsame Häfen im Ziel 8.1-9 des LEP NRW weiterhin Bestand.

Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um. Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus. Aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung kann eine hinreichend konkretisierende Festlegung beispielsweise durch einen pauschalen Ausschluss von bestimmten schutzbedürftigen Nutzungen nicht auf Ebene der Regionalplanung erfolgen. Diese Beurteilung im Sinne einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender

Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit „KAS 18“ in der jeweils aktuellen Fassung.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Kapitel 4 Freiraum

Im Gegensatz zum Kapitel 3 wurden hier keine neuen Ziele und Grundsätze zur Sicherung des Freiraums, eines funktionierenden, am Klimawandel orientierten Biotopverbundsystems oder die Erhaltung und Förderung der Biodiversität neu eingefügt.

Stattdessen wurde der Freiraum mit weiteren neuen Zielen und Grundsätzen belastet, ja sogar europäische Schutzgebiete in Anspruch genommen (siehe vorhergehende Ausführungen zu den Schutzgebieten Wahner Heide und Hühnerberg) oder Deponien auf Flächen mit besonderer Bedeutung für den Artenschutz geplant. Die in der Stellungnahme vom 23.08.2022 vorgetragenen Bedenken zum Kapitel Freiraum werden seitens des LANUV voll umfänglich aufrechterhalten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

4.1.2 Bodenschutz

Grundsätzlich ist die Neuinanspruchnahme von Flächen insbesondere im Freiraum und damit der Eingriff in die Funktionen des Bodens so gering wie möglich zu halten. Das LANUV hat hierzu in den Jahren 2022-2025 eine landesweite Brachflächenpotenzialerhebung im Siedlungsbereich durchgeführt. Die Daten liegen den Regionalplanungsbehörden sowie den kommunalen Planungsbehörden vor. Bei den geplanten Vorhaben ist jedoch grundsätzlich auch mit der Inanspruchnahme von derzeit unversiegelten Böden zu rechnen. In der Regel geht dies mit dem Verlust von Bodenfunktionen einher, was gem. der einschlägigen Bodenschutzgesetzgebung (BBodSchG, BBodSchV, LBodSchG) so weit wie möglich vermieden werden soll. Daher ist aus Sicht des Bodenschutzes eine vorherige Prüfung der Schutzwürdigkeit der vorhandenen Böden dringend angeraten. Die zu berücksichtigende Schutzwürdigkeit bezieht sich dabei insbesondere auf den Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen (z.B. Filter- und Pufferkapazität, Speichervermögen, Lebensgrundlage). Die entsprechenden Informationen diesbezüglich lassen sich insbesondere aus den Darstellungen der kommunalen Bodenfunktionskarten sowie der Karte der schutzwürdigen Böden von NRW 1:50.000 inkl. Bodenschutz-Fachbeitrag für die räumliche Planung (GD NRW 2018, 3. Auflage) ableiten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Darunter fallen auch die im sfm erfassten Brachflächen. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPIG sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im

Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Hinsichtlich der Anregung, den Eingriff in die Funktionen des Bodens so gering wie möglich zu halten und Neuinanspruchnahme von Flächen insbesondere im Freiraum zu vermeiden, greift der Regionalplan die Möglichkeiten einer angemessenen Nachverdichtung sowie der Mobilisierung von ungenutzten oder absehbar brachfallenden Grundstücken im Innenbereich (vgl. landesplanerische Zielvorgaben) im neuen Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* auf. Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung durch Maßnahmen der Innenentwicklung dazu beitragen, Flächeninanspruchnahmen zu reduzieren bzw. bei neuer Siedlungstätigkeit die Flächeninanspruchnahme auf das notwendige Maß zu begrenzen. Dabei soll die Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen besonders in den Blick genommen werden. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Hierbei kann auch die landesweite Brachflächenpotenzialerhebung einen wertvollen Beitrag leisten.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4 u.a. durch die Festlegung der Vorranggebiete Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche, sowie den Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil laut Bodenschutzfachbeitrag Geologischen Dienstes NRW (2019) und Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffener Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftliche Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der

	nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.
--	---

Inhalt

G.neu2 Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit Dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen

„Innerhalb des Braunkohleplangebietes soll die Siedlungsentwicklung in den Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung und zukünftig geringen Grundwasserflurabständen in angepasster Weise erfolgen. Die Gebiete mit zukünftig geringen Grundwasserflurabständen (unter 3 m) werden über die *„Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier“ des LANUV NRW ermittelt und die betroffenen Bereiche über die Fachplanung bestimmt und ausgewiesen.*“

Gegen den so formulierten Grundsatz hat das LANUV erhebliche Bedenken. Das Vorgehen wird dazu führen, dass weitere zukünftige Bebauungsgebiete im Freiraum etabliert werden. Diese potentiellen Flächen sind in die bestehende Bilanzierung des Flächenbedarfes nicht einbezogen. Entsprechend ist hier mindestens zu fordern, den Grundsatz wie folgt zu ergänzen „Diese Siedlungsflächen sind in der Gesamtbedarfsbilanzierung der ASB zu berücksichtigen, weshalb derartige von der Fachplanung bestimmte und ausgewiesene Bereiche als umgesetzter Gesamtbedarf auf diesen angerechnet werden“.

Besser wäre es jedoch, in den vom LANUV identifizierten Bereichen auf das Bauen zu verzichten, da es mit einem erhöhten Risiko für Bauträger verbunden ist, gegen die es wahrscheinlich keine Absicherung im Schadensfall geben wird, da dies mit Wissen und Wollen bezogen auf die bekannten Probleme geschieht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Ergänzung des Grundsatzes ist nicht erforderlich, da gemäß den landesplanerischen Vorgaben gilt, dass die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Der Grundsatz soll eine angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen, da aufgrund der Siedlungstätigkeit während der Zeit der Sümpfung nach Ende der aktiven Bergbautätigkeit zukünftig Maßnahmen zur dauerhaften Niedrighaltung des Grundwassers erforderlich sind, um die Siedlungsbebauung zu schützen. Hier ist auch die in der Anregung benannte Erftaue zwischen Erftstadt und Bedburg zu nennen, ein vorbergbauliches Sumpfgebiet. Mit Absenkung der Grundwasserstände durch die Sümpfung ab den 1950er Jahren wurde in diesem Bereich umfangreich gesiedelt. Die Maßnahmen liegen dabei in kommunaler Verantwortung. Diese Bereiche sollen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung von einer Bebauung freigehalten werden, oder es soll auf eine angepasste Bauweise bei der Siedlungsentwicklung hingewirkt

werden.

Ergänzend wird ausgeführt, dass die zeichnerischen Festlegungen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen erfolgen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann sachgerecht auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren**Z.24 Oberflächengewässer sichern**

3 I, 3. Absatz (S. 118): Der Absatz ist wie folgt zu ändern (Änderungen unterstrichen):
„Im Rahmen der Fachplanung sowie der kommunalen Bauleitplanung ist die Nutzung der Oberflächengewässer so zu regeln, dass die wasserwirtschaftlichen Ansprüche beachtet werden, die fachrechtlich vorgegebenen Bewirtschaftungsziele erreicht werden können sowie den Anforderungen des Naturhaushalts und des Artenschutzes Rechnung getragen wird. In einem angemessenen Verhältnis können auch Nutzungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus ermöglicht werden, soweit sie den fachrechtlich vorgegebenen Bewirtschaftungszielen nicht entgegenstehen. Weitergehende Regelungen dazu finden sich in Kapitel 4.1.3.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG) sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Die Rechtsqualität bleibt nur gewahrt, wenn die Zielformulierung im Regionalplan abschließend abgewogen ist.

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Inhalt

G. 45 Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll entwickeln

3 I, 3. Absatz (S. 118): Der Absatz ist wie folgt zu ändern (Änderungen unterstrichen):
„Entlang von Oberflächengewässern sollen ausreichende Entwicklungskorridore zur ökologischen Verbesserung der Gewässer und zur Verbesserung der Hochwasserretention von entgegenstehenden Planungen und Maßnahmen freigehalten werden. Der Entwicklungskorridor geht dabei über den nach Wasserrecht mindestens einzuhaltenden Gewässerrandstreifen hinaus. Die erforderliche Breite des Entwicklungskorridors ist abhängig von verschiedenen Faktoren, wie z. B. dem Fließgewässertyp oder bestehenden Restriktionen vor Ort und ist im Einzelfall unter Einbeziehung der zuständigen Fachbehörden zu ermitteln.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Ergänzung wird nicht gefolgt. Im zweiten Absatz der Erläuterung 2 ist bereits festgehalten, dass unter den entgegenstehenden Planungen und Maßnahmen in Bezug auf die ausreichenden Entwicklungskorridore zur ökologischen Verbesserung der Gewässer unter anderem keine Maßnahmen zu verstehen sind, die zur Verbesserung des Hochwasserschutzes führen.

Inhalt

G.neu2 Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen (S. 126)

1 I, 1. Absatz (S. 126): Der Absatz ist wie folgt zu ändern (Änderungen unterstrichen): „*Nach Einstellung der bergbaulichen Sumpfungsmaßnahmen im Braunkohlenplangebiet wird es zum Wiederanstieg des Grundwassers kommen und die natürlicherweise flurnahen Grundwasserverhältnisse werden sich wiedereinstellen. Zum Schutz der Siedlungsbebauung werden daher zukünftig in einigen bereits vorhandenen Siedlungsbereichen Maßnahmen zur dauerhaften Niedrighaltung des Grundwassers erforderlich sein. Über Wasserhaltungsmaßnahmen sollen in diesen Bereichen Grundwasserstände künstlich auf einem Niveau von mindestens 3 m unter Geländeoberkante gehalten werden.*“

Begründung: Der Abschnitt könnte dahingehend missverstanden werden, dass auch in künftigen, derzeit noch nicht bestehenden Siedlungsgebieten Wasserhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Es sollte daher stärker hervorgehoben werden, dass es sich um Bereiche handelt, in denen bereits Bebauung vorhanden ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Änderung wird nicht übernommen. Eine Ergänzung des Grundsatzes ist nicht erforderlich, da gemäß den landesplanerischen Vorgaben gilt, dass die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Der Grundsatz soll eine angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen, da aufgrund der Siedlungstätigkeit während der Zeit der Sumpfung nach Ende der aktiven Bergbautätigkeit zukünftig Maßnahmen zur dauerhaften Niedrighaltung des Grundwassers erforderlich sind, um die Siedlungsbebauung zu schützen. Hier ist auch die in der Anregung benannte Erftaue zwischen Erftstadt und Bedburg zu nennen, ein vorbergbauliches Sumpfgebiet. Mit Absenkung der Grundwasserstände durch die Sumpfung ab den 1950er Jahren wurde in diesem Bereich umfangreich gesiedelt. Die Maßnahmen liegen dabei in kommunaler Verantwortung. Diese Bereiche sollen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung von einer Bebauung freigehalten werden,

oder es soll auf eine angepasste Bauweise bei der Siedlungsentwicklung hingewirkt werden.

Ergänzend wird ausgeführt, dass die zeichnerischen Festlegungen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen erfolgen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann sachgerecht auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen

Zur Weiteren Erläuterung wird auf die Erläuterungen zu der Teilstellungnahmen ID 1033038_004 verwiesen.

Inhalt

Zum Umweltbericht

In den Umweltprüfbögen fällt die Nichtgewichtung der Biotopflächen mit besonderer Bedeutung (Stufe 2) auf, die sich eigentlich im Regionalplan im Planzeichen BSLE widerspiegeln sollten. Dieses Planzeichen soll im „Allgemeine Freiraum“ die strukturierte, schutzwürdige Landschaft sichern, dessen Kernbereiche im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch den Biotopverbund mit besonderer Bedeutung abgegrenzt wurden. In der Stellungnahme vom 06.10.2019 hat das LANUV grundsätzliche Bedenken gegen die Methodik im Umweltbericht erhoben, da durch die dort vorgenommene Gewichtung der Kriterien eine nachvollziehbare Aussage über voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen ausgeschlossen wird. Dies spiegelt sich in den Festsetzungen des hier vorliegenden Regionalplans wider, bei denen Rücknahmen von BSLE (ohne weitere Gewichtung) zu Gunsten von ASB oder GIB (in allen Varianten) erfolgen (können), ohne dass dies zu Auswirkungen auf die Bewertungen im Umweltprüfbogen führt. So gehen nicht nur Flächen mit wertvollen Strukturen, sondern auch Entwicklungsflächen des Freiraums für immer verloren, weil ihre tatsächliche Wertigkeit in den Prüfbögen nicht dargestellt wird. Gegen dieses Vorgehen bestehen seitens des LANUV erhebliche Bedenken, da eine vollständige Abwägung der naturschutzrelevanten Schutzgüter so offensichtlich nicht gegeben scheint.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Wie im Methodenteil zum Umweltbericht (s. Anhang A Kap. 3.2.7) dargelegt, geht es im Umweltbericht bzw. im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum, die Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Diese wird bei der Betroffenheit der Biotopverbundflächen der Stufe 1 ausgelöst. Die Betroffenheit von Biotopverbundflächen der Stufe 2 wird jedoch im Prüfbogen zu den einzelnen Plangebieten dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Bad Honnef/Linz

VB-K-5309-010 "Waldfläche östlich von Aegidienberg"

Bedenken - Betroffenheit von Flächen, denen im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Bad Honnef noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Ein bedarfsgerechter Flächentausch ist daher nicht erforderlich.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant einbezogen und berücksichtigt. Der in Rede stehende Bereich für eine Neudarstellung eines GIB war im 1. Planentwurf als Wald festgelegt. Gemäß Zielfestlegung Waldbereiche erhalten und entwickeln können ausnahmsweise Waldbereiche in Anspruch genommen werden, wenn sichergestellt wird, dass für die in Anspruch genommenen Waldflächen neue Waldflächen in mindestens gleichem Flächenumfang geschaffen werden und die Funktionen des jeweils betroffenen Waldbereichs insgesamt erhalten bleiben.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als GIB.

Gleichzeitig wird in unmittelbarer Nähe ein neuer Waldbereich im gleichen Umfang festgelegt, sodass der Ausnahme des Ziels Waldbereiche erhalten und entwickeln entsprochen ist.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Bergheim Klein Mönchhof

VB-K-4905-002 "Gillbachniederung und Kulturlandschaftsrelikte bei Rath und Hüchelhoven"

Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen Verbund zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1004931 der 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Einezi-Zuordnung GIB Eitorf

VB-K-5210-021 "Kulturlandschaft westlich Obereip"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für ein schutzwürdiges Biotop sowie schutzwürdigen/ klimarelevanten Böden ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Betroffenheit des schutzwürdigen Biotops sowie der schutzwürdigen/ klimarelevanten Böden liegt in den Randgebieten im Südwesten und Westen des Plangebiets. Eine Flächeninanspruchnahme kann durch Aussparung des betroffenen Bereiches bei Konkretisierung der Planungen auf den nachgelagerten Planungs- und

Zulassungsebenen vermieden werden.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Bergheim / Erftstadt

VB-K-5005-002 "Elsdorfer und Escher Fliess"

Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen Verbund zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten (vgl. ID 1005278, 1021205 und 12 der 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Jülich - Merscher Höhe

VB-K-5003-012 "Merscher Höhen"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten (vgl. ID 1006060 und 1027019 der 1. Offenlage).

Ergänzend zu den bestehenden Ausgleichsvorschlägen wird auf Folgendes verwiesen:

Bezüglich ID 1006060: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialen bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bezüglich ID 1027019: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen

übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIBplus gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Brühl

VB-K-5107-002 "Kies-Abgrabungskomplexe bei Efferen und Berzdorf"

Bedenken - Betroffenheit von Flächen, denen im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003996 der 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Euskirchen

VB-K-5306-005 "Veybach zwischen Satzvey und Euenheim"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Der Regierungsbezirk Köln ist eine wachsende Region. Daher sind nicht nur ausreichend Flächen für den steigenden Wohnungsbedarf auszuweisen, sondern auch Flächen für Gewerbe und Industrie, um die notwendigen Arbeitsplätze im Regierungsbezirk schaffen zu können. Die hier vorgeschlagene GIB-Ausweisung ist dazu geeignet, diesem Bedarf Rechnung zu tragen, da sie der Erweiterung und Sicherung vorhandener sowie geplanter gewerblich/industrieller Nutzungen dienen sollen. Die tatsächliche Nachfragen bei den Kommunen, insbesondere von regionalbedeutsamen Firmen, nach verkehrlich gut erschlossenen Flächen ist hoch und weiterhin steigend. Daher wird die Forderung der Kommunen, das GIB zu erweitern unterstützt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die

Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Einzel-Zuordnung ASB Pulheim

VB-K-5006-002 "Kulturlandschaft zwischen Stommeln, Oberaussem, Glessen und Geyen"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001630 der 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Wegberg

VB-K-4803-009 "Restwaldflächen bei Gerderath und Tüschenbroich"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Die aufgeführte Biotopverbundfläche VB-K-4803-009 "Restwaldflächen bei Gerderath und Tüschenbroich" grenzt an den ASB Gerderath in Erkelenz, der keinen geänderten Planinhalt darstellt. Damit unterliegt die Stellungnahme der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Frechen-Wachtberg

VB-K-5106-005 "Aufforstungsflächen südlich von Frechen und auf der Berrenrather Börde"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003657 der 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Simmerath

VB-K-5303-024 "Heckenlandschaftsreste um Rollesbroich, Witherath und Strauch"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von Flächen, die u.a. im Biotopkataster erfasste schutzwürdige Biotope auf 70 bis 100 % der überplanten Fläche aufweisen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002195 1. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.

Ergänzend zum bestehenden Abwägungsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Inhalt

Einzel-Zuordnung ASB Hückelhoven

VB-K-4903-004 "Bergwerkshalden westlich von Hückelhoven"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001816 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIBz Swisttal

VB-K-5307-001 "Kiesgruben östlich von Ottenheim"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von BSN, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auf der in Rede stehenden Fläche befindet sich bereits die Bauschutt-Recyclinganlage eines lokal ansässigen Abgrabungsunternehmens. Der derzeitige Standort trägt maßgeblich dazu bei, die Auswirkungen auf Nachbarschaft und Umwelt durch Staub und Lärm gering zu halten und wird sicherlich aus Gründen des Immissionsschutzes befürwortet werden. Ein Weiterbetrieb der Anlage wäre auch aus Gründen der Ressourcenschonung (Kreislaufwirtschaft) zu begrüßen. Nach Rücksprache mit den Ministerium für Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen ist im aktuellen Regionalplan ist der Standort der Bauschutt-Recyclinganlage als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit einem überlagernden Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung festgelegt. Um eine kommunale Bauleitplanung zu ermöglichen, die den dauerhaften Betrieb der Bauschutt-Recyclinganlage sichert, wäre entsprechend der landesplanerischen Rahmenvorgaben die Festlegung eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) mit Zweckbindung Abfallbehandlungsanlage im Regionalplan erforderlich. Eine solche GIB-Festlegung mit Siedlungsanschluss an die nördlich der L 182 angrenzende GIB-Fläche für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben (LEP-Fläche) wäre laut Ministerium mit den Regelungen des Landesentwicklungsplans (LEP) zur Siedlungsentwicklung vereinbar. Zudem stehen alternative Ansiedlungsflächen nicht zur Verfügung. Insofern ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Sicherung des bereits bestehenden Betriebes anzustreben, da keine grundlegenden Planungsalternativen in Bezug auf die Lage des Vorhabens in Betracht kommen. Durch die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes werden keine neuen Flächen einer baulichen Nutzung zugeführt. Der Planungsbereich wird bereits mit den im anzustrebenden Sondergebiet („Sondergebiet Bauschuttrecycling“ o. ä.) zugelassenen Nutzungen (befristet) genutzt, durch die dauerhafte Zulässigkeit wird eine neue Flächeninanspruchnahme anderorts vermieden. Die Schaffung der

bauplanungsrechtlichen Grundlage zum dauerhaften Weiterbetrieb der Bauschutt-Recyclinganlage erscheint in den Augen des Ministeriums also grundsätzlich möglich. Der Lösungsvorschlag, im neu aufzustellenden Regionalplan einen GIBmZ Abfallbehandlungsanlage festzulegen und ein Siedlungsanschluss über die GIB-Fläche für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben (LEP-Fläche) herzustellen, sollte angestrebt werden, sofern sichergestellt wird, dass die LEP-Fläche durch geeignete Maßnahmen auf der nachgelagerten Planungsebene nicht beeinträchtigt wird.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ergänzend wird auf (G.29) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* verwiesen. Durch diesen wird sichergestellt, dass auch kleinräumige oder sehr schmale Flächen im Freiraum oder auch im Siedlungsraum, die im Rahmen der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht Bestandteil der zeichnerischen Festlegung BSN sein können, durch die Landschafts- und Bauleitplanung gesichert werden sollen. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung ASB Köln-Lind

VB-K-5108-102 "Wahner Heide"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von Flächen, die u.a. bestehende Schutzgebiete oder naturschutzwürdiger Flächen sind

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von BSN, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Eine Ausweisung der o.g. Fläche als ASB ohne Zweckbindung würde eine Nutzung der Fläche zur Errichtung z.B. von Wohnbebauung und schutzbedürftigen, immissionsempfindlichen Nutzungen ermöglichen. Die Fläche liegt zudem fast vor dem Kopf der sogenannten Querwindbahn. Die Festlegung als ASB ohne nähere Zweckbestimmung könnte zu Konflikten führen bzw. die Flughafenutzung negativ beeinträchtigen. Die Schaffung neuer Konfliktpunkte in der unmittelbaren Nachbarschaft des Flughafens ist mit dem Grundsatz G.60 „Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen“ nicht zu vereinbaren. Daher soll die Fläche als ASB mit Zweckbindung Einrichtungen für Bildung, Forschung und Wissenschaft festgelegt werden. Zur weiteren Begründung wird auf die ausführlichen Stellungnahmen des Flughafens Köln/Bonn verwiesen.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Ergänzend wird auf (G.29) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* verwiesen. Durch diesen wird sichergestellt, dass auch kleinräumige oder sehr schmale Flächen im Freiraum oder auch im Siedlungsraum, die im Rahmen der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht Bestandteil der zeichnerischen Festlegung BSN sein können, durch die Landschafts- und Bauleitplanung gesichert werden sollen. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung Flughafen Köln-Bonn

VB-K-5108-102 "Wahner Heide"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von Flächen, die u.a. bestehende Schutzgebiete oder naturschutzwürdiger Flächen sind

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen Flugplatz festzulegen. Darüber hinaus wurde folgende Zweckbindung in (Z.34) *Flugplätze sichern* ergänzt: Die regionalplanerische Sicherung der Flughafenerweiterungsfläche „Areal Nord“ erfolgt unter dem Vorbehalt, dass in den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren die Natura 2000-Verträglichkeit für die Inanspruchnahme nachgewiesen wird.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt:

Die Festlegung der Fläche „Areal Nord“ als Grünzug und Fläche für Natur und Landschaft verstößt gegen das Ziel 8.1-6 des LEP. Die Fläche „Areal Nord“ ist ein bisher dem Flughafen als Erweiterungsfläche zugeschriebener Bereich zwischen der nördlichen Flughafengrenze und der Schleife der ICE-Trasse. Sie wurde im Rahmen eines Regionalplanänderungsverfahrens in 2004 als Flughafenfläche im Regionalplan festgelegt, weil sie die einzige mögliche Erweiterungsfläche für die Passagiervorfeldbereiche des Flughafens ist. Sie muss auch weiterhin als Fläche für den Flugverkehr festgeschrieben sein. Zur weiteren Begründung wird auf die ausführlichen Stellungnahmen des Flughafens Köln/Bonn verwiesen.

Inhalt

Einzel-Zuordnung GIB Köln Lind

VB-K-5008-107 "Abgrabungsgewässer bei Gremberg, Wahn und Lind"

erhebliche Bedenken - Betroffenheit von großen Flächen, denen u.a. im Biotopverbund eine Bedeutung für den biotoptypenbezogenen und im zielartenbezogenen Verbund zusätzlich eine Bedeutung für eine oder mehrere Zielartengilden zugewiesen ist

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von BSN, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/GIB).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Fläche wird als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) dargestellt. Auf dem Gebiet der Stadt Troisdorf und im südlichen Stadtgebiet von Köln besteht eine erhebliche Nachfrage nach geeigneten Produktionsflächen, die durch die bestehenden geringen Flächenreserven nicht gedeckt werden kann. Die Fläche wird durch Verkehrsstrassen (BAB A 59, B 8, ICE-Schienenstrecke (s. Abb.) in östlicher, nördlicher und westlicher Richtung begrenzt. Unmittelbar südlich schließt sich darüber hinaus eine bereits in gewerblich-industrieller Nutzung befindliche Fläche (Logistikzentrum) an. Unmittelbar östlich befindet sich eine weitere gewerblich-industriell genutzte Fläche (Schwarzsmischwerk). Infolge der hierdurch entstehenden Insellage ist die Bedeutung der Fläche für den Natur und Artenschutz sowie den Biotopverbund erheblich eingeschränkt. Jüngere Bestandskartierungen, die zum Zeitpunkt der Einstufung der Fläche als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung noch nicht vorlagen, haben ergeben, dass die Fläche nur für wenige seltene, in ihrem Bestand bedrohte Tierarten (Teichrohrsänger, Wechselkröte und Zauneidechse) einen essentiellen Lebensraum darstellt. Für diese Arten kann in dem von den Vorhabensträgern an der West- und Nordgrenze der Fläche vorgesehenen Biotopvernetzungsstreifen ein geeigneter Ersatzlebensraum geschaffen und der Biotopverbund weiterhin gewährleistet werden. An der Westgrenze der unmittelbar südlich angrenzenden, bereits gewerblich-industriell genutzten Fläche wurde bereits ein solcher Biotopvernetzungsstreifen angelegt, der von den betreffenden Arten sehr gut angenommen wurde und sich schon nach kurzer Zeit zu einem hochwertigen Lebensraum entwickelt hat. Dieser soll entlang der hier in Rede stehenden Fläche in nordwestlicher und nordöstlicher Richtung um 4,2 ha erweitert werden. Unter dieser Voraussetzung stehen der Darstellung der Fläche als GIB Gründe des Naturschutzes und der Biotopvernetzung nicht entgegen. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist jedoch sicherzustellen, dass die gewerblich-industriell nutzbare Fläche auf die in der Stellungnahme in Abbildung 1 gekennzeichnete Fläche begrenzt

wird und der Biotopvernetzungsstreifen – wie in Abbildung 4 der Stellungnahme - realisiert wird. In die textlichen Festlegungen soll eine dahingehende Maßgabe aufgenommen werden. Bisher war die Fläche durch Abgrabungen und Nebenanlagen des Abgrabungsbetriebes in Anspruch genommen. Die hier befindlichen Seeflächen sollen mit unbelastetem Bodenaushub verfüllt werden. Dazu liegen bereits positive Erfahrungen aus der unmittelbaren Nachbarschaft vor. So wurde im Bereich der heute von dem Logistikzentrum eingenommenen ehemalige Abgrabungsfläche unmittelbar südlich der hier in Rede stehenden Fläche auf der Grundlage eines wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlusses erst vor wenigen Jahren eine entsprechende Verfüllung verwirklicht. Die damals wieder gewonnene Fläche wurde dem Flächennutzungsplan der Stadt Troisdorf entsprechend für gewerblich-industrielle Nutzungen verfügbar gemacht und genutzt. Bodenaushub zur Verfüllung steht aus standortnahen Herkünften in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Das Unternehmen mit der die Vorhabensträger eine Kooperation anstreben, hat bereits erhebliches Interesse daran bekundet, das durch die Verfüllung der ehemaligen Abgrabungsfläche entstehende freie Volumen für die ortsnahe Entsorgung von anfallendem Bodenaushub mit zu nutzen, da im Ballungsraum Köln/Bonn keine ausreichenden Verfüllkapazitäten für Bodenaushub mehr zur Verfügung stehen. Aufgrund der Lage der Fläche sind Beeinträchtigungen der Nachbarschaft durch den Verfüllbetrieb sowie die anschließende gewerblich-industrielle Nutzung nicht zu erwarten. Im Sinne einer sparsamen Flächeninanspruchnahme ist die Ausweisung der in Rede stehenden Fläche als GIB geboten.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden,

ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung hier konkret einem AFAB, BSLE, BSN und Regionalen Grünzug wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt, da eine weitere Konkretisierung auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene erfolgen kann. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Ergänzend wird auf (G.29) *Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen* verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Die Sicherung dieser Flächen soll im Sinne des Grundsatzes 7.2-5 LEP NRW den mit den BSN gesicherten Biotopverbund ergänzen und zu einer Stärkung des räumlich-funktionalen Zusammenhangs beitragen. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass keine BSN-Festlegungen erforderlich sind, um im Landschaftsplan entsprechende Festsetzungen zu treffen.

Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Die Betroffenheit eines NSG-Umfeldes kann beispielsweise durch Abstandsflächen in der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene gelöst werden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter

Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene bzw. Ebene des Fachrechts erfolgen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

AZ: BET_250000_1	
Wasserverband Eifel-Rur	
1033383_001, Wasserverband Eifel-Rur	
<p>Inhalt</p> <p>Zu Kapitel 1: Einführung</p> <p>1.6 Strukturwandel</p> <p>S.37, 14. und 15.Absatz:</p> <p><i>„Der Prozess des Strukturwandels ist als dynamischer und über Jahrzehnte fortlaufender Prozess zu verstehen, in dem immer wieder neue Erkenntnisse, Entwicklungen und Herausforderungen erkannt, abgestimmt und umgesetzt werden müssen. Insofern sollen auch der Erfolg sowie die weitere Ausrichtung des Prozesses durch regelmäßige Monitorings in den Jahren 2023, 2026 und 2029 begleitet werden. Ebenso wie der Strukturwandel ein fortlaufender Prozess ist, wird die Regionalplanung dessen Erfordernisse auch in den Folgejahren – sofern erforderlich – sukzessive in den Regionalplan implementieren.“</i></p> <p><u>Hinweis und Bitte der Wasserwirtschaft um frühzeitige Beteiligung in die Prozesse sowie bei allen Planungen und Maßnahmen der Raumstrategie:</u></p> <p>Der beschleunigte Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung bedingt und erfordert in allen Revieren einen Strukturwandel. Die Wasserwirtschaft ist hierbei im Rheinischen Revier wie auch bundesweit systemrelevant und Entscheidungsgrundlage für nahezu alle Ebenen räumlicher und zeitlicher Planung.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die nachhaltige Versorgung mit Wasser in ausreichender Menge und Güte für Trink-, Betriebs- und Beregnungswasser, für Fließgewässer und Feuchtgebiete, • der Schutz vor Wasser (Hochwasser, hohe Grundwasserstände), • und die Schaffung einer blau-grünen Infrastruktur (Durchgängigkeit, Hydromorphologie, Biotopvernetzung, Tourismus) bilden hierfür, genauso wie die sichere Niederschlagswasser- und Abwasserentsorgung, den wasserwirtschaftlichen Rahmen und legen vielfach auch Randbedingungen für die Umsetzung von Strukturwandelprojekten und Entwicklungen im Raum fest. <p>Die Wasserwirtschaft schafft Grundlagen für neue Infrastruktur. Sie gestaltet Gewässer und somit gleichzeitig wichtige Ökosysteme, und Grünzüge und schafft damit Freiräume und Vernetzungen in der Region. Wasserwirtschaft ist elementare Daseinsvorsorge, aber keine Selbstverständlichkeit. Der Wirtschafts- und Strukturplan</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise besonderen Bedeutung der Wasserwirtschaft für den Strukturwandel im Rheinischen Revier vorgebracht.</p> <p>Darüber hinaus werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Sofern sich die Bitte um frühzeitige Beteiligung auf Prozesse und Verfahren der Regionalplanung bezieht, sind die Beteiligungsmöglichkeiten durch die gesetzlich vorgegebenen Beteiligungsmöglichkeiten sichergestellt.</p>

für den Strukturwandel im Rheinischen Revier definiert die Zukunftsfelder »Energie und Industrie«, »Ressourcen und Agrobusiness«, »Innovation und Bildung« und »Raum und Infrastruktur«. Die Wasserwirtschaft schafft wesentliche Rahmenbedingungen für den Erfolg in allen Zukunftsfeldern und ist deshalb eine Querschnittsaufgabe. Wir haben die einmalige Chance, das Konzept einer zukunftsfähigen und auch resilienten Region zu entwickeln. Dies bedeutet für alle Beteiligten einen bisher unbekannten Einsatz von Ressourcen. Die Sicherung einer nachhaltigen wasserwirtschaftlichen Infrastruktur wird auch davon abhängen, ob diese Ressourcen zur richtigen Zeit zur Verfügung stehen und die Akteure den Mut haben, bei Planung, Genehmigung und Realisierung neue Wege zu gehen.

Inhalt

Zu Kapitel 2: Gesamträumliche Aspekte

**2.1 Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel Grundsatz G.1:
Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel
berücksichtigen: S.45, 1. Abs., 2. Satz:**

„Der Anpassung an den Klimawandel dienen unter anderem die Sicherung und Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen, die Sicherung von Wasserressourcen, die Milderung von Hitzefolgen und die Sicherung von Lebensräumen für Flora und Fauna.“

Anmerkung: Der vorbeugende Hochwasserschutz in Form von Hochwasserschutzmaßnahmen gehört auch zur Anpassung an den Klimawandel. Die Errichtung derartiger Anlagen muss auch zukünftig möglich sein. Siehe auch Tabelle „Anpassung an den Klimawandel“; Vorbeugender Hochwasserschutz/Wasser: Grundsatz G.48: Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen Grundsatz G.49: Retentionsfunktion erhalten, Hochwasserrisiken mindern

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Ein grundsätzlicher regionalplanerischer Konflikt ist in Bezug auf die Festlegung des Grundsatz 1 "Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel berücksichtigen" des Regionalplanentwurfs und Hochwasserschutzmaßnahmen nicht erkennbar. Die Erläuterung Punkt 1 zählt die Sicherung und Rückgewinnung von Überschwemmungsbereichen als eine mögliche Maßnahme für die Anpassung an den Klimawandel auf, schließt jedoch Hochwasserschutzmaßnahmen nicht aus. Die Priorisierung und Anwendung ergibt sich aus dem konkreten Einzelfall, hierzu kann keine abschließende Aussage getroffen werden. Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte sind Gegenstand der Umsetzung. Eventuelle lokale Betroffenheiten können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf der nachgelagerten Ebene erfolgen.

Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.

Inhalt

Zu Kapitel 3 Siedlungsraum**3.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung / 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung / 3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung: S.56 ff.**Anmerkungen:

- Im Verbandsgebiet des WVER werden einige Ortslagen nicht als Allgemeiner Siedlungsbereich in den zeichnerischen Festlegungen dargestellt. In den textlichen Festlegungen bzw. in der Begründung ist beschrieben, dass erst ab einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha eine zeichnerische Festlegung erfolgt. Grundsätzlich sind auch Siedlungsbereiche mit einer Flächeninanspruchnahme von < 10 ha von Relevanz und sollten bei Planungen bzw. Maßnahmen berücksichtigt werden.
- Insgesamt stimmen die in den zeichnerischen Festlegungen dargestellten Flächen des Siedlungsraums in einigen Bereichen nicht mit den dem WVER bekannten Siedlungsgebieten überein. Davon sind insbesondere zukünftig geplante Siedlungsbereiche bzw. Erschließungen (= Prognoseflächen) betroffen.
- Die Verschneidung der zukünftig geplanten Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit den Überschwemmungsbereichen (ÜB) ist sehr vorteilhaft gerade im Hinblick auf ein mögliches zukünftiges Gefährdungspotential.
- In Anlehnung an Tabelle 1: Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln (S.61) sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Ausweisung neuer Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebiete immer Auswirkungen im Hinblick auf eine sicherzustellende Niederschlags- und Abwasserentsorgung nach sich zieht (Gewässerverträglichkeit der Einleitungen, Hochwassersicherheit, Erweiterung/Neubau von Abwasserbehandlungs- und rückhalteanlagen, z.B. Kläranlagen, Regenüberlaufbecken, Retentionsbodenfilter, Bau von Abwasserkanälen). Dies bedingt wasserwirtschaftliche Detailplanungen die frühzeitig abgestimmt werden müssen deren Größenordnung aber unterhalb des Betrachtungsmaßstabes des Regionalplanes liegen.
- Das Erfordernis dieser Erweiterungen/Neubauten wird darüber hinaus Auswirkungen auch auf die anderen Themenfelder des Regionalplans haben, z.B. Kapitel 4: Freiraum (Regionale Grünzüge, Schutz von Natur und Landschaft, Wasser) und Kapitel 5: Infrastruktur (Versorgung, Entsorgung).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zu den zeichnerischen Festlegungen gegeben.

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Zu Kapitel 4 Freiraum**Grundsatz G.23, S. 93: Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken**

„Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen so geplant werden, dass sie die Sicherung und Entwicklung von regionalen Freiraumfunktionen unterstützen. Sie sollen bevorzugt räumlich konzentriert in den als Vorranggebieten gesicherten Bereiche für den Schutz der Natur (BSN), Waldbereichen, Regionalen Grünzügen, Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) und Überschwemmungsbereichen (ÜB) vorgesehen werden.“

Anmerkung: Hierbei wäre wünschenswert, wenn die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorrangig an die Oberflächengewässer gelegt werden könnten, um Gewässerentwicklungsmaßnahmen im Sinne der EG-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen zu können (z.B Flächenbereitstellung im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren oder sogar die Co-Finanzierung konkreter Gewässerstrukturverbesserungen). Gleichzeitig wird dabei wertvolle landwirtschaftliche Fläche geschont.

Erläuterung 2: S.94,

„Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen.“

Anmerkung: Nicht nur für diese regionalbedeutsamen Fließgewässersysteme sondern auch für alle ökologisch und entwicklungsrelevanten Gewässer (auch ohne ÜB) sollten die Kompensationen zur Steigerung des ökologischen Potentials eingesetzt werden:

Siehe auch 4.4 Landwirtschaft, S.107 ff.

„G.32: Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten; Erläuterung 2, S.107 Bei Planungen und Maßnahmen soll darauf hingewirkt werden, den Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche zu vermeiden und die landwirtschaftliche Nutzbarkeit in einer möglichst günstigen Ausprägung zu erhalten, um dem anhaltenden Rückgang der landwirtschaftlichen Flächennutzung entgegenzuwirken. Dies betrifft auch die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Es erfolgt die Darstellung des potenziellen Umsetzungskorridors. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Im Grundsatz 29 des Planentwurfs, wird der Auftrag an die nachfolgende Planungsebenen erteilt, sich mit der Entwicklung und dem Schutz schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb der Vorranggebiete BSN auseinanderzusetzen. Kleinteiligen Nutzungen und Funktionen entsprechen nicht dem regionalen Maßstab und sind damit folglich Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege können im regionalplanerischen Maßstab im Freiraum erfolgen. Die Festlegung von BSN und BSLE ist keine Grundvoraussetzung für Entwicklungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.“

„G.33: Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen, Erläuterung 2, S.108:
Bei Planungen und Maßnahmen sollen diese in besonderem Maße berücksichtigt
werden. Es soll darauf hingewirkt werden, den Verlust von agrarstrukturell
bedeutsamen Flächen zu vermeiden. Dies betrifft auch die Umsetzung von
Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.“

Inhalt

4.2 Regionale Grünzüge, S.98

Ziel Z.18: Regionale Grünzüge sichern und vor Inanspruchnahme schützen

Erläuterung 7, S.100:

„Ausnahmsweise zulässige Infrastruktureinrichtungen und Nutzungen, deren Realisierung außerhalb der RG nicht möglich ist, können im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen, Häfen oder Verkehrsinfrastruktur sein. Bei der planerischen Umsetzung dieser Nutzungen ist die Beeinträchtigung von Funktionen des RG zu vermeiden. Insbesondere die Durchgängigkeit der RG darf nicht nachhaltig beeinträchtigt werden.“

Anmerkung: Unserer Meinung nach gehören zu den ausnahmsweise zulässigen Infrastruktureinrichtungen deren Realisierung außerhalb der Regionalen Grünzüge nicht möglich ist, auch technische Hochwasserrückhalteanlagen oder sonstige Abwasserrückhalteanlagen (z.B. Retentionsbodenfilter, Regenüberlaufbecken etc.)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung Punkt 7 zu Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" des Regionalplanentwurfs besagt, dass im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen, Häfen oder Verkehrsinfrastruktur im Ausnahmefall zulässig sein können. Die Auflistung ist nicht abschließend durch die beispielhafte Aufzählung.

Eine abschließende Aufzählung für den zeitlichen Planungshorizont des Regionalplans ist nicht zielführend. In der getroffenen Formulierung verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor für nachfolgende Planungsebenen, um potentiellen technischen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen. Daraus erwachsen keine Einschränkungen gegenüber nicht benannten Infrastruktureinrichtungen.

Inhalt

4.7 Wasser

4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren

Ziel Z.24: Oberflächengewässer sichern, S.117

Anmerkungen/Ergänzungswünsche:

- Für die zeichnerischen Festlegungen werden stehenden Gewässer ab einer Größe von 10 ha und berichtspflichtige Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr als 10 km² betrachtet. Aus Sicht des WVER haben aber auch kleinere, nicht berichtspflichtige Gewässer eine regionale Bedeutung. Diese kleineren Gewässer spielen im gesamtökologischen System ebenfalls eine wesentliche Rolle, da deren naturnahen Entwicklung und die natürliche Rückhaltung im kleinen System, die größeren Gewässer entlastet. Ebenso tragen gut entwickelte kleinere Nebengewässer zur ökologischen Aufwertung der berichtspflichtigen Gewässer bei. Daher sollten auch diese Gewässer in die Regionalplanung als Vorranggebiete aufgenommen werden, um deren Raum zu schützen.

- Die Entwicklung von Oberflächengewässern ist als Grundsatz (G45) aufgenommen. Ziel der EG-Wasserrahmenrichtlinie ist es, Gewässer in einen guten ökologischen Zustand / gutes ökologisches Potential zurück zu führen und sollte mindestens als Grundsatzformulierung ebenfalls in der Regionalplanung verankert werden.

- Die Flächen der bereits umgesetzten Renaturierungen an der Wurm (Burg Trips, Frelenberg und Zweibrüggen) sollten als Flächen zum Schutz der Natur und Landschaft ausgewiesen werden. Die zugehörigen Daten der Flächen stehen verbandsseitig zur Verfügung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es ist richtig, dass stehende Gewässer ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha sowie alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr als 10 km² gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt sind. Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall nur festgelegt, wenn eine regionale Besonderheit vorliegt.

Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Die vorgeschlagene Fläche entspricht nicht den vorgenannten Kriterien. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen. Auf Grundsatz 29 des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen.

Der Aufnahme kleinerer, nichts berichtspflichtiger Gewässer kann nicht gefolgt werden. Zwar bestehen Möglichkeiten um Gewässerentwicklungskorridore freizuhalten, jedoch müssen solche im Rahmen der Fachplanung konkretisiert werden. Eine solche Konkretisierung liegt für solche kleineren Gewässer nicht vor.

Inhalt

Ziel Z.25 Standorte für bestehende und geplante Talsperren sichern**Erläuterung 3, S.119 ff.**

„Talsperren können verschiedenen wasserwirtschaftlichen Zwecken, wie der Niedrigwasseraufhöhung (N), Brauchwasser (B), Erholung (E), Hochwasserschutz (H), Krafterzeugung (K) oder Trinkwassergewinnung (T) gleichzeitig dienen. Die jeweilige Zweckbestimmung ist der unter Erläuterungspunkt 7 aufgeführten Tabelle zu entnehmen. Der wasserwirtschaftlichen Fachplanung obliegt es, in den Bewirtschaftungsplänen eventuell konkurrierenden Zweckbestimmungen gerecht zu werden. Die Vereinbarkeit von Planungen und Maßnahmen mit der Zweckbestimmung ist im Einzelfall unter Einbeziehung der zuständigen Fachbehörden zu prüfen.“

Ergänzungsbedarf/Anmerkungen

In der Tabelle 2: „Zeichnerisch festgelegte Standorte für bestehende und geplante Talsperren im Regierungsbezirk Köln“ fehlen nach wie vor bei den nachfolgend aufgeführten Talsperren die hier aufgeführten Zweckbestimmungen:

Bestehende Talsperren:

- Rurtalsperre: **B, T** (Bereich Obersee)
- Stauanlage Heimbach **B, K**
- Stauanlage Obermaubach: **B, T**
- Urfttalsperre **N, T** (bei Überleitung in den Obersee)

Geplante Talsperren

- Platiß-/Pretherbachtalsperre (zusätzlich zu T) **H, N, K, B**

Die Planung der Talsperre erfolgt vor Allem aus Hochwasserschutzgründen.

- Darüber hinaus sind nach wie vor im Anhang I, Prüfbogen der im Regionalplan Köln festgelegten Talsperren des Umweltberichtes zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zur Prüfbogen HEL_Talsperre_01 – Prether-Platißbachtalsperre unter Punkt 3 „Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung; Unterpunkt 3.02 „Gründe für die Wahl des geprüften Bereiches; Alternativen“ auch die o.g. wasserwirtschaftlichen Zwecke (Hochwasserschutz, Niedrigwasser-erhöhung, Krafterzeugung und Brauchwasser) zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die textliche Festlegung wird angepasst. Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Die Festlegung der wasserwirtschaftlichen Funktionen ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). In Rücksprache wurden die Funktionen der genannten Talsperren wie folgt angepasst:

Für die Rurtalsperre werden die Funktionen Niedrigwasseraufhöhung (N), Brauchwasser (B), Erholung (E), Hochwasserschutz (H), Krafterzeugung (K) und Trinkwassergewinnung (T) gelistet. Für die Stauanlage Heimbach werden die Funktionen Krafterzeugung (K) und Niedrigwasseraufhöhung (N) gelistet. Für die Stauanlage Obermaubach werden die Funktionen Niedrigwasseraufhöhung (N) und Krafterzeugung (K) gelistet. Für die Urfttalsperre werden die Funktionen Niedrigwasseraufhöhung (N), Hochwasserschutz (H), Krafterzeugung (K) und Trinkwassergewinnung (T) gelistet.

Für die geplante Talsperre Platiß-/Pretherbachtalsperre wird zukünftig die Funktion Hochwasserschutz (H) statt Trinkwassergewinnung (T) gelistet. Die Nutzungen an der künftigen Platißbachtalsperre sind noch10 unbekannt, da es gemäß der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln) noch keinen Antrag und kein Staurecht gibt.

Die Änderungen der Funktionen werden analog der Tabelle 2 auch im Beiblatt der Erläuterungskarte F9 ergänzt bzw. angepasst.

<p>- In der Tabelle des Beiblattes zur Erläuterungskarte „F9 Trinkwasservorsorge“ im Anhang-A3 fehlen die oben aufgeführten Zweckbestimmungen der Talsperren ebenfalls noch.</p>	
--	--

Inhalt

4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz**Ziel Z.27, S. 126 ff.: Überschwemmungsbereiche (ÜB) erhalten und entwickeln****Erläuterung 1, S.126**

„Fachplanerisch festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100), im Freiraum gelegene potentiell rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) sowie zukünftige Überschwemmungsbereiche (ZÜB) sind im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegt. Darüber hinaus sind die steuerbaren Retentionsräume entlang des Rheins (Köln-Langel, Köln-Worringen) als ÜB gesichert. RÜB sind Freiraumbereiche, die nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, als Option zur Rückgewinnung von Retentionsräumen zu dienen, und die deshalb vor einer Inanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung geschützt werden. Eine Übersicht der RÜB im Regierungsbezirk Köln findet sich in der Erläuterungskarte F10 (Anhang A3).“

Anmerkungen:

- Im Hinblick auf die „im Freiraum gelegenen potentiell rückgewinnbaren Überschwemmungs-bereiche (RÜB)“ bleibt unklar, wer diese geprüft und festgelegt hat und auf welcher Grundlage die Ermittlung erfolgt ist. In den textlichen Festlegungen wird beschrieben, dass „in Abstimmung mit der Wasserwirtschaft rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche (RÜB) in unbebauten hochwassergeschützten Bereichen innerhalb des HQ100 identifiziert und nach einer Plausibilitätsprüfung in die ÜB einbezogen“ wurden. Eine Beteiligung des WVER im Zuge der Festlegung ist nicht bekannt. Beispielhaft sei hier erwähnt, dass z.B. in Jülich-Kirchberg das „rückgewinnbare Überschwemmungsgebiet“ an der Inde-Mündung bis an die Ortslage heran reicht. Die Rückverlegbarkeit des dortigen Deiches wurde bereits im Rahmen des WVER-Um-baus des Inde-Teilstücks im internationalen Riparia-Teilprojekt Nr. 7 „Umbau des Indewehres Kirchberg“ geprüft und musste aufgrund der negativen Auswirkungen auf den Grundwasserspiegel verworfen werden. Darüber hinaus gibt es zur Rückgewinnbarkeit von Retentionsräumen auch für den Kreis Heinsberg eine Studie aus dem Jahr 2002, die als RIPARIA-Teilprojekt Nr. 1 „Retentionsraumplanung Untere Rur“ durchgeführt wurde. In dieser wurden problematische Bereiche insbesondere im Hinblick auf einen schädlichen Grundwasseranstieg bei Rückgewinnung von Überschwemmungsflächen ausgewiesen.

- Bei der Betrachtung der zeichnerischen Darstellungen der ÜB sieht es so aus als ob diese auch die HQextrem-Flächen einschließen würden, für die allerdings nicht das

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung werden keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte genannt. Die Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

o.g. Ziel Z.27 sondern der Grundsatz G.48 „Potentielle Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen“ gilt. Gerade im Verlauf der Rur existieren eine Vielzahl von kommunalen und verbandlichen Hochwasserschutzanlagen (Rurdeiche), die auch beim extremen Hochwasser im Juli 2021 ihre Hochwasserschutzfunktion weit über das Maß hinaus erfüllt haben. Derzeit findet eine Überprüfung aller dieser Hochwasserschutzanlagen statt. Gleichzeitig liegen Entwürfe für Notfall- und Sicherheitskonzepte für die Anlagen vor. Ab 2025 wird eine Hochwasserschutz-konzeption an der Rur unter Berücksichtigung der Deichanlagen inkl. einer Variantenuntersuchung durchgeführt. Dies beinhaltet auch eine Abstimmung über den erforderlichen Hochwasserschutzgrad mit allen Beteiligten, sicherlich auch der Öffentlichkeit. Eine Festlegung der ÜB inkl. der potentiell rückgewinnbaren Retentionsräume und evtl. sogar einschl. der HQextrem-Flächen mit den aufgeführten Einschränkungen für die ÜB, kann den erforderlichen zukünftigen Abstimmungsprozeß auch im Hinblick auf mögliche Deichrückverlegungen sehr erschweren, da sich die Einschränkungen bei den ÜB konkret auf die Bauleitplanung der Kommunen auswirken. Dies gilt speziell für das Ziel Z.28 „Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen“, wobei innerhalb von Überschwemmungsbereichen (ÜB) gelegene Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, zurückzunehmen und bevorzugt als natürlicher Retentionsraum zu sichern sind.

- Für das Ziel G.48, S.129 ff. „Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen“ gelten andere Festsetzungen.

- Grundlage für die Festlegung der Überschwemmungsbereiche (ÜB) sind die „fachplanerisch festgelegten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete“ (HQ100). In den zeichnerischen Festlegungen sind diese Überschwemmungsbereiche dargestellt. Allerdings ist die räumliche Abgrenzung der Bereiche aufgrund des Maßstabs und der Schraffierung kaum zu erkennen. Zusätzlich wird festgestellt, dass die Ausdehnung dieser ÜB nicht mit den vorläufig gesicherten oder festgesetzten Überschwemmungsgebieten (ÜB) übereinstimmt. So sind z.B. die dargestellten ÜB um Venwegen und Mausbach (beide Ortslagen Stadt Stolberg) nicht nachvollziehbar.

- In den zeichnerischen Festlegungen sind Überschwemmungsbereiche nur für größere Fließgewässer aufgenommen. Auch für kleinere Fließgewässer liegen festgesetzte Überschwemmungsgebiete vor, die von regionalplanerischer Relevanz sind und in den Regionalplan aufgenommen werden könnten.

- Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass die Erläuterungskarte F10 lediglich den Bereich der Rur zwischen der niederländischen Grenze und Düren darstellt. Die Rur oberhalb von Düren fehlt. Ebenfalls sind grundsätzlich keine Hochwasserrückhaltebecken im Zuständigkeitsgebiet des WVER dargestellt. Die Standorte können übermittelt werden.

Inhalt

Grundsatz G.48, S.129 ff.: „Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen“

- Das HQextrem des Urft-Einzugsgebiets ist weiterhin nicht in der Erläuterungskarte F8 „Extrem-hochwasser“ dargestellt worden.

Im Abwägungspapier wurde dazu nachfolgende Begründung gegeben:

„Die Ermittlung der Bereiche, welche von einem extremen Hochwasser (HQextrem) betroffen sein können, ist Sache der Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln). Die Grundlage zur zeichnerischen Festlegung der Bereiche, welche von einem HQextrem betroffen sind, wurden entsprechend der neuen Datengrundlage der Fachplanung für den Regierungsbezirk Köln mit Stand Juni 2023 aktualisiert und in der Erläuterungskarte F8 (Extremhochwasser) dargestellt.“ Die potentiellen Überflutungsbereiche wurden ebenfalls entsprechend der neuen Datengrundlage der Fachplanung für den Regierungsbezirk Köln mit Stand Juni 2023 aktualisiert, sind aber nun in der neuen Erläuterungskarte F11 (Potentielle Überflutungen) dargestellt und nicht mehr in der Erläuterungskarte F8 enthalten.“

- Aus Sicht des WVER ist es allerdings nicht nachvollziehbar, warum die vorliegenden Überschwemmungsflächen für HQextrem der Urft nicht in der Erläuterungskarte F8 dargestellt werden. Das Hochwasser 2021 hat gezeigt, dass insbesondere dem Urft-Einzugsgebiet eine enorme Relevanz hinsichtlich der Hochwassergefährdung im Rur- und Maas-Einzugsgebiet zugesprochen werden muss. Zudem wird unter dem obigen Grundsatz G.48 „Potentiellen Überflutungsgefahren und Risiken durch Extremhochwasser vorbeugen“ beschrieben, dass bei Planungen und Maßnahmen auch das extreme Überflutungsrisiko berücksichtigt werden muss.

Ergänzungsbedarf/Anmerkungen:

Aus den genannten Gründen sollten die entsprechenden überfluteten Bereiche im Urft-Einzugsgebiet unbedingt zeichnerisch dargestellt werden.

Erläuterung 1, 3+4 Absatz, 1 Satz, S.129:

„Daneben existieren Bereiche, welche über die Abgrenzung der Fachplanung von einem Extremhochwasser (HQextrem) betroffen sind. Ein HQextrem tritt im Mittel deutlich seltener als alle 100 Jahre auf. Die wasserwirtschaftliche Fachplanung im Regierungsbezirk Köln (Obere Wasserbehörde BR Köln) berechnet in der Regel für die Gewässer ein HQextrem in der Größenordnung eines HQ1000. Im Regierungsbezirk Köln gibt es keinen technischen Hochwasserschutz gegen ein HQextrem, sodass alle Hochwasserschutzanlagen von einem HQextrem

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Abbildung der HQextrem-Gebiete in der Erläuterungskarte F8 erfolgt auf Grundlage der gültigen vorliegenden Daten der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand Juni 2023. Auch das zu dem Zeitpunkt von der Fachplanung ermittelte und gültige HQextrem-Gebiet der Urft ist entsprechend in der Erläuterungskarte F8 enthalten. Aktuell läuft eine Neuermittlung der Überschwemmungsbereiche der Urft durch die Obere Wasserbehörde (Dez. 54 BR Köln), einschließlich der Bereiche für das HQextrem an der Urft, an der auch der Wasserverband Eifel-Rur beteiligt wird. Offizielle neue Daten der Fachplanung zum HQextrem, welche schon in den Regionalplan übernommen werden können, gibt es noch nicht.

Im Bereich des WVER verfügen die Rurtalsperre und die Urftalsperre nach Rücksprache mit der Fachplanung über die Nutzungsfunktion Hochwasserschutz. Beide können im Falle eines Hochwasserereignisses in der Berechnung des HQextrem der Fachplanung entlastend wirken, sind aber nicht für ein solches HQextrem offiziell ausgelegt, um es komplett abzufangen. Entsprechend ist die genannte Erläuterung in Bezug auf das HQextrem der Fachplanung richtig. Rein als extrem empfundene Hochwasserereignisse sind in der Erläuterung nicht gemeint.

überspült werden.“

- Aus Sicht des WVER ist diese Ausführung nicht korrekt. Die Talsperren im Verbandsgebiet des WVER sind ebenfalls dem technischen Hochwasserschutz zuzuordnen und bieten in Kombination sicherlich einen Schutz auch bei extremen Hochwasserereignissen (Siehe Hochwasserereignis 2021 im Einzugsgebiet der Oberen Rur).

Inhalt

- Auch in diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Darstellung der überfluteten Bereiche bei HQextrem des Urft-Einzugsgebiets in den Erläuterungskarten F8 und F11 fehlt. Die Erläuterungen aus der Synopse sind aus Sicht des WVER nicht nachvollziehbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Erläuterungskarte F8: Die Abbildung der HQextrem-Gebiete in der Erläuterungskarte F8 erfolgt auf Grundlage der gültigen vorliegenden Daten der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand Juni 2023. Auch das zu dem Zeitpunkt von der Fachplanung ermittelte und gültige HQextrem-Gebiet der Urft ist entsprechend in der Erläuterungskarte F8 enthalten.

Erläuterungskarte F11: Potentielle Überflutungsbereiche sind Bereiche, die bei Versagen des technischen Hochwasserschutzes bereits bei einem fachplanerischen Bemessungshochwasser von HQ100 einem Überflutungsrisiko ausgesetzt sind (HQ100geschützt). Diese räumliche Abgrenzung erfolgt durch die Fachplanung der Oberen Wasserbehörde (Dez. 54, BR Köln) und wird in den Hochwassergefahren- und risikokarten der Fachplanung dargestellt. Die beiden für die Urft von der Fachplanung so ausgewiesenen Flächen sind in der Erläuterungskarte F11 ausgewiesen und fehlen nicht.

Hinweis: Aktuell läuft eine Neuermittlung der Überschwemmungsbereiche der Urft durch die Obere Wasserbehörde (Dez. 54 BR Köln), einschließlich der Bereiche für das HQextrem an der Urft, an der auch der Wasserverband Eifel-Rur beteiligt wird. Offiziell gültige neue Daten der Fachplanung zu Überschwemmungsgebieten an der Urft, welche schon in den Regionalplan übernommen werden können, gibt es noch nicht. Die in den Erläuterungskarten F8 und F11 dargestellten Flächen bilden die offiziell gültigen Daten der Fachplanung ab.

Inhalt

Zu Kapitel 5 Infrastruktur

5.3 Entsorgungsinfrastruktur

5.3.4 Abwasserbehandlung

Ziel Z.46, S.164ff. Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sichern

Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sind als Vorranggebiete festgelegt.

Erläuterung 1, S.164

„Standorte für Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen sind ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als Freiraumbereiche mit der Zweckbestimmung Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen) zeichnerisch festgelegt. Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen mit regionaler Bedeutung sind solche, die eine Ausbau-größe von 150.000 EW (Einwohnergleichwerten) aufweisen. Bei Standorten, die ausschließlich mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen festgelegt sind, ergibt sich der Umfang des zu sichernden Standorts aus der jeweiligen Örtlichkeit und der bestehenden Genehmigungslage. Sonstige Abwasserbehandlungs- oder -rückhalteanlagen, wie z. B. Regenüberlaufbecken und Regenrückhaltebecken, sind aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme und der lokalen Bedeutung nicht zeichnerisch festgelegt. Eine Übersicht der festgelegten Standorte für Abwasserbehandlungs- und reinigungsanlagen im Regierungsbezirk Köln findet sich in Erläuterungskarte I1 (Anhang A4).“

Anmerkung/Feststellung: Da nur Anlagen >150.000 EW im Regionalplan tabellarisch als auch zeichnerisch dargestellt werden (Aachen, Düren, Eschweiler), sind sonstige Anlagen bei Neuplanung und wesentlicher Erweiterung nicht Regionalplanrelevant.

Sonstige Anmerkungen: Wir möchten darauf hinweisen, dass der WVER auf den Flächen mit den Nummern 1010452+1005446 den Neubau eines Abwasserkanals (Projekt Kanalneubau Hauptsammler 10, Abschnitt 2) zur Kläranlage Düren-Merken plant (Kartenunterlagen zum Regionalplan). Das zugehörige Planfeststellungsverfahren läuft bereits bei der Bez.Reg.Köln. Sollte das Projekt von den Regionalplanungen tangiert werden bittet der WVER dringend um weitere Beteiligung. Zudem finden aktuell Baumaßnahmen im Bereich der Kläranlage Düren-Merken in unmittelbarer Nähe der Fläche Nr. 1005413 statt. Bei Rückfragen

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen, die regionalplanerisch nicht von Relevanz sind.

diesbezüglich steht Ihnen gerne [ANONYMISIERT] zur Verfügung
([ANONYMISIERT]). Sollten grundsätzliche Rückfragen bestehen, stehen wir Ihnen
selbstverständlich gerne zur Verfügung.

AZ: BET_256000_1

Erftverband

1033038_001, Erftverband

Inhalt

Textliche Festlegungen, Kap. 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz, Z.26 Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern (ID 1026394 ff)

Der zweite Planentwurf gibt bezogen auf das Ziel 26 sowie wasserwirtschaftlich potenziell kritische Nutzungen in festgelegten BGG folgende Hinweise: „*Eine Inanspruchnahme ist nur möglich, sofern diese mit den jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnungen vereinbar ist.*“ Und in Erläuterung (4): „*Ausnahmsweise sind Planungen und Maßnahmen in BGG bei wasserrechtlichen Ausnahmetatbeständen möglich, sofern diese mit den Festlegungen und Genehmigungsvorbehalten der jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnung vereinbar sind.*“

Es bestehen keine festgesetzten Wasserschutzgebietsverordnungen für geplante Wasserschutzgebiete und zukünftige Einzugsgebiete der öffentlichen Trinkwasserversorgung. Die explizite Beschränkung auf die „*jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnungen*“ lässt befürchten, dass der Vorrang der Trinkwasserversorgung in den entsprechenden Gebieten in nachgeordneten Verfahren in Frage gestellt und nicht in hinreichender Weise beachtet wird.

Im Wasserhaushaltsgesetz ist seit 1957 für die öffentliche Wasserversorgung als Aufgabe der Daseinsvorsorge ein Vorrang gegenüber anderen Nutzungen festgelegt. Die Fokussierung auf bestehende Wasserschutzgebietsverordnungen im zweiten Entwurf führt zu einer nicht akzeptablen Beschränkung des Vorrangs der öffentlichen Wasserversorgung in den vorgenannten Gebieten. Gewässer sind zudem nach § 6 Abs. 1 (4) WHG so zu bewirtschaften, das bestehende oder künftige Nutzungsmöglichkeiten, insbesondere für die öffentliche Wasserversorgung, erhalten oder geschaffen werden, und zwar unabhängig davon, ob eine Wasserschutzgebietsverordnung besteht oder nicht. Die bestehenden wasserrechtlichen Bestimmungen dienen im Übrigen dazu, die Gewässer (und damit auch das Grundwasser im geplanten Bereich der Deponie) als Lebensgrundlage des Menschen zu schützen, § 1 WHG (gemeint ist hier auch das als Rohwasser nutzbare Grundwasserdargebot).

Der Erftverband fordert daher, die Nutzungseinschränkungen neben festgesetzten auf in Festsetzung befindliche bzw. geplante Wasserschutzgebiete sowie Trinkwassereinzugsgebiete gemäß TrinkwEGV zu erweitern. Diese Gebiete dürfen keinesfalls ausgeschlossen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der letzte Absatz des Ziels 26 wird wie folgt angepasst: "Eine Inanspruchnahme ist nur möglich, sofern diese mit dem gültigen Wasserrecht sowie den entsprechenden Verordnungen vereinbar ist."

Der vorletzte Satz im ersten Absatz der Erläuterung 3 zu Ziel 26 wird wie folgt angepasst: "Sofern erforderlich oder wenn wasserrechtlich (noch) keine entsprechenden Planungsbeschränkungen festgelegt wurden (geplante Wasserschutzgebiete sowie räumliche Abweichungen), ist das Gefährdungspotential unter Beteiligung der zuständigen Wasserbehörde gemäß des gültigen Wasserrechts sowie den entsprechenden Verordnungen (z. B. TrinkwEGV) zu ermitteln."

Der erste Satz der Erläuterung 4 zu Ziel 26 wird wie folgt angepasst: "Ausnahmsweise sind Planungen und Maßnahmen in BGG bei wasserrechtlichen Ausnahmetatbeständen möglich, sofern diese mit den Festlegungen und Genehmigungsvorbehalten des gültigen Wasserrechts, der jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnung und den Vorgaben für Trinkwassereinzugsgebiete gemäß TrinkwEGV vereinbar sind."

Die textliche Festlegung wird angepasst. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist dabei nicht gegeben.

Die sonstigen Änderungen gegenüber dem ersten Planentwurf werden vom Erftverband mitgetragen. Weitergehende Hinweise finden Sie in unserer o.g. Stellungnahme vom 30.06.2022, die diesem Schreiben als Anlage beiliegt.

[Anlage]

Inhalt

Textliche Festlegungen, Kap. 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz, G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen (ID 1007202 ff)

zu Erläuterung (2):

Die explizite Aufzählung von Planungen und Maßnahmen, die geeignet sind, eine erhebliche Gefährdung der Trink-/ Heilwassergewinnung herbeizuführen und die insofern im erweiterten Einzugsbereich ausgeschlossen werden sollen, sollte beibehalten werden. Die Streichung der Textpassage führt zu unnötigen Unsicherheiten im Bereich der nachgeordneten Planungsebenen und zu einer Schwächung der wasserwirtschaftlichen Belange. Dies dürfte insbesondere die zahlreichen geplanten Wasserschutzgebiete ohne rechtsgültige Wasserschutzgebietsverordnungen betreffen.

Weitergehende Hinweise finden Sie in unserer vorgenannten Stellungnahme vom 30.06.2022.

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Aufzählung in der Erläuterung 2 zu Grundsatz 46 war beispielhaft, nicht vollständig und daher missverständlich. Die Ermittlung, wann bzw. mit welcher Planung oder Maßnahme ein Gefährdungspotential für die Trink-/ Heilwassergewinnung vorliegt, obliegt der zuständigen Wasserbehörde. Darauf wird in weiterhin in der Erläuterung 2 des Grundsatzes 46 verwiesen.

Inhalt

Textliche Festlegungen, Kap. 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz, G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern (ID 1007213 ff)

zu Erläuterung (1):

Aufgrund der mittlerweile vorliegenden neuen Erkenntnisse zur Lage des geplanten Ersatzstandortes zur Trinkwassergewinnung sollte die Ortsbezeichnung „Koslar“ durch „Jülich-Barmen“ ersetzt werden.

zu Erläuterung (2):

Zur Streichung der Textpassage s. Hinweise oben zu G.46, Erläuterung (2).

Weitergehende Hinweise, insbesondere zum erforderlichen Schutzstatus der Wassergewinnungsanlage Dirmersheim und des zugehörigen Einzugsgebietes auf Ebene des Regionalplans, finden Sie in unserer vorgenannten Stellungnahme vom 30.06.2022 (s. Anlage). Auf unsere dortigen Hinweise wird verwiesen, um Wiederholungen zu vermeiden.

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Zu Erläuterung 1: Die textliche Festlegung wird angepasst. Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Der Anmerkung wird entsprechend gefolgt und die Ortsbezeichnung Koslar durch Jülich-Barmen ersetzt. Der Satz lautet nun wie folgt: "Absehbar werden sich Veränderungen u. a. für die Wasserschutzgebiete Uevekoven-Mennekrath, Beeck, Dirmersheim, Holzweiler, Jülich-Barmen und Kückhoven ergeben." Auch im Beiblatt zur Erläuterungskarte F9 wird der Ortsnamen des entsprechenden BGG (Nummer 73) in Jülich-Barmen umbenannt.

zu Erläuterung 2: Es wird auf die Erläuterung zur Stellungnahme ID ID 1033038_002 verwiesen: Die Aufzählung war auch an dieser Stelle in der Erläuterung 2 im Grundsatz 47 beispielhaft, nicht vollständig und daher missverständlich. Die Ermittlung, wann bzw. mit welcher Planung oder Maßnahme ein Gefährdungspotential für die Trink-/ Heilwassergewinnung vorliegt, obliegt der zuständigen Wasserbehörde. Darauf wird in Erläuterung 2 des Grundsatzes 46 verwiesen.

Inhalt

Textliche Festlegungen, Kap. 4.7.2 Grundwasserschutz und Gewässerschutz, G.47a (neu) Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen (ID 002358 ff); Begründung S. 185

Unseren Hinweisen bezüglich der zukünftigen Wasserhaltungsmaßnahmen in der Erftaue zwischen Erftstadt und Bedburg wurde in Teilen gefolgt. In dem zweiten Entwurf zum Regionalplan sowie in der Begründung wurde der o.g. Grundsatz 47a ergänzt. Die Aufnahme dieses Grundsatzes ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht mit Blick auf die zukünftige Bebauung der Erftaue zu begrüßen.

Die entsprechende Begründung zur Neuauflistung des Regionalplans ist aus unserer Sicht sehr gut gelungen. Die textlichen Festlegungen zum Regionalplan beinhalten jedoch einige Passagen, die in der für das gesamte Braunkohlenplangebiet generalisierten Form nicht vollständig zutreffen. Sofern in den textlichen Festlegungen aus uns nicht bekannten Gründen ein direkter Bezug zur Erftaue von Seiten der Regionalplanungsbehörde nicht gewünscht ist, geben wir die nachfolgenden Änderungsvorschläge:

„Innerhalb des Braunkohlenplangebiets soll die Siedlungsentwicklung in Bereichen mit ~~dauerhafter Grundwasserabsenkung~~ heute bergbaulich abgesenkten Grundwasserständen und zukünftig geringen Grundwasserflurabständen in angepasster Weise erfolgen.

Nach Einstellung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen im Braunkohlenplangebiet wird es zum Wiederanstieg des Grundwassers kommen und die natürlichen ~~nurweise flurnahen~~ Grundwasserverhältnisse werden sich wiedereinstellen. Zum Schutz der Siedlungsbebauung werden daher zukünftig in einigen Bereichen Maßnahmen zur dauerhaften Niedrighaltung des Grundwassers erforderlich sein. Über Wasserhaltungsmaßnahmen in einigen Auebereichen sollen Grundwasserstände künstlich auf einem Niveau von mindestens 3 m unter Geländeoberkante gehalten werden. In Bereichen, in denen der zukünftige Grundwasserstand weniger als 3 m unter Geländeoberkante liegen wird, soll die Siedlungsentwicklung in angepasster Bauweise erfolgen. Eine gegen drückendes Grundwasser unangepasste Bebauung sollte nicht erfolgen. Geeignete Maßnahmen sind auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen zu konkretisieren (weitergehende Hinweise s. Begründung zum Regionalplan).“

[Anlage]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt. Die textlichen Festlegungen werden angepasst. Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Der Grundsatz neu2 lautet nun wie folgt: „Innerhalb des Braunkohlenplangebiets soll die Siedlungsentwicklung in Bereichen mit heute bergbaulich abgesenkten Grundwasserständen und zukünftig geringen Grundwasserflurabständen in angepasster Weise erfolgen.“

Satz 1 und 3 der Erläuterung 1 zum Grundsatz neu2 werden angepasst und lauten nun wie folgt: "Nach Einstellung der bergbaulichen Sumpfungmaßnahmen im Braunkohlenplangebiet wird es zum Wiederanstieg des Grundwassers kommen und die natürlichen Grundwasserverhältnisse werden sich wiedereinstellen. (...) Über Wasserhaltungsmaßnahmen in einigen Auebereichen sollen Grundwasserstände künstlich auf einem Niveau von mindestens 3 m unter Geländeoberkante gehalten werden. (...)."

Inhalt

Textliche Festlegungen, Kap. 5.3.1 Deponien, Z.42 Neue Standorte für Deponien raumverträglich steuern; Anregung zur zeichnerischen Festlegung der erweiterten Deponie Rhiem in Erftstadt-Erp durch die [ANONYMISIERT] (ID 1010679) und die Stadt Erftstadt (ID 1004673)

Die Regionalplanungsbehörde ist der Anregung der Firma [Anonymisiert] gefolgt. Gegenüber der Darstellung im ersten Planentwurf wurde die Norderweiterung des Standortes nunmehr auf einer Fläche von zusätzlich ca. 34 ha in der Zeichnerischen Festlegung als Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie ausgewiesen. Die neue Deponiefläche schließt sich in nord-nordöstlicher Richtung an einen im Regionalplan Köln bereits dargestellten Bereich für eine Deponie (28. Regionalplanänderung) an.

Gegen die regionalplanerische Festlegung der Norderweiterung als Deponiebereich bestehen aus den bekannten Gründen erhebliche wasserwirtschaftliche Bedenken. Diesbezüglich verweisen wir auf unsere zahlreichen Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Süd- und Norderweiterung des Standortes sowie der 28. Änderung des Regionalplans. Diese Stellungnahmen liegen der Bezirksregierung Köln vor. Der Erftverband fordert, die Änderung der Zeichnerischen Festlegung zurückzunehmen und die Ausweisung als Deponie wie im ersten Planentwurf auf den bestehenden Standort zu beschränken.

Bereits im Rahmen der geplanten 28. Änderung des Regionalplans hatte die Firma [Anonymisiert] eine erhebliche Erweiterung des Deponiestandortes nach Norden geplant und zu diesem Zweck eine vorhabensbezogene Änderung des Regionalplans bei der Bezirksregierung Köln angeregt. Da die im Beteiligungsverfahren vorgebrachten wasserwirtschaftlichen Bedenken im Erarbeitungsverfahren jedoch nicht vollständig entkräftet werden konnten, hat die Bezirksregierung Köln in ihrer Funktion als Regionalplanungsbehörde Ende 2020 folgerichtig einen Ausgleichsvorschlag erarbeitet, um dem vorsorgenden Trinkwasserschutz regionalplanerisch Rechnung zu tragen. Demnach wurde nur noch der bereits bestehende südliche Abgrabungsbereich als Deponiestandort festgelegt. Die nördliche Erweiterungsfäche wurde nicht als Deponiestandort ausgewiesen. Dieser Ausgleichsvorschlag wurde von der Oberen Wasserbehörde und dem Erftverband mitgetragen und entspricht im Kern dem ersten Planentwurf zum Regionalplan Köln.

In dieser Hinsicht widerspricht der zweite Planentwurf mit der erheblichen Erweiterung des Deponiestandortes dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung Köln im Sinne eines allgemein tragfähigen Kompromissvorschlags sowie einer möglichst konfliktarmen Raumplanung. Es liegen im Vergleich zur 28. Regionalplanänderung auch keine weiteren Erkenntnisse vor, die eine hinreichende Entkräftung der wasserwirtschaftlichen Bedenken zuließen. Die in der Synopse

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat in seiner Zuständigkeit beschlossen, seine ursprüngliche Abwägungsentscheidung bezüglich des zweiten Planentwurfs (2024) hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung des Erweiterungsbereichs für den Deponiestandort Erftstadt zu revidieren und die im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung zu diesem Punkt eingegangenen Stellungnahmen abweichend zu bewerten. (s. ID 1010679, ID 1004673 1. Offenlage)

Die geänderte Abwägungsentscheidung basiert insbesondere auf Erkenntnissen aus der zweiten Öffentlichen Auslegung (s. ID 1033358_024, ID 1033038_005, ID 1033517_021, ID 1033363_006) und Hinweisen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV), welches erhebliche Bedenken hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung der Deponieerweiterung im zukünftigen Trinkwassereinzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmerzheim vorgebracht hat und der Vereinbarkeit mit Ziel 7.4-3 LEP NRW.

Hintergrund der wasserwirtschaftlichen Bedenken ist, dass nach Beendigung der Sumpfungsmaßnahmen im Rheinischen Braunkohlerevier in der nördlichen Erftscholle Beeinträchtigungen der Grundwasserqualität durch den Abstrom hoch mineralisierten Grundwassers aus den Abraumkippen des Braunkohlenbergbaus zu erwarten sind, so dass die in der nördlichen Erftscholle bestehenden Wassergewinnungsstandorte Glesch, Paffendorf, Sindorf und Törnich ab Mitte dieses Jahrhunderts ihre Eignung für die Trinkwasserversorgung verlieren werden. Daher wird das Wasserwerk Dirmerzheim zukünftig eine herausragende Bedeutung für die langfristige Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in der Region der Erftscholle erlangen, verbunden mit einer deutlichen Erhöhung der Entnahmemengen am Standort Dirmerzheim. Demnach wurde in Entscheidungssatz 11 der Leitentscheidung 2021 („Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“) festgelegt, dass für den Einflussbereich des Tagebaus Hambach zur Gewährleistung und zur Sicherstellung der zukünftigen Wasserversorgung frühzeitig ein ausreichend hohes Schutzniveau für das dann erweiterte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim festzulegen bzw. festzusetzen ist. Damit verbunden war die Aufforderung, das gesamte zukünftig zu erwartende Einzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmerzheim angemessen in die regionalplanerische Betrachtung einzubeziehen. In der Leitentscheidung 2023 wurde klargestellt, dass die

Öffentlichkeit zur Planrechtfertigung genannten Gutachten der Firma Rhiem lagen zum damaligen Zeitpunkt bereits vor und bildeten in dieser Hinsicht auch bereits eine Entscheidungsgrundlage zur Erarbeitung des vorgenannten Ausgleichsvorschlags. An dieser Erkenntnislage hat sich seitdem nichts geändert. Die nunmehr ausgewiesene Norderweiterung nähert sich der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim weiter an und befindet sich in der zukünftig geplanten Wasserschutzzone IIIB.

Die herausragende Bedeutung der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim für die zukünftige Wasserversorgung in der Erftscholle, v.a. im Rhein-Erft-Kreis, sowie die daraus resultierende Schutzbedürftigkeit sind Gegenstand der Leitentscheidung 2021. Der dortige Entscheidungssatz 11 geht letztlich auf das seit Jahren allgemein anerkannte „Langfriskonzept zur Sicherstellung der Wasserversorgung in der Erftscholle“ zurück, in dem die strategische Bedeutung der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim herausgestellt wurde (hierzu weitergehende Hinweise in der Stellungnahme des Erftverbandes vom 19.06.2018, s. Anlage). Gemäß Entscheidungssatz 11 *„ist zur Gewährleistung und zur Sicherstellung der zukünftigen Wasserversorgung frühzeitig ein ausreichend hohes Schutzniveau für das dann erweiterte Einzugsgebiet der WGA Dirmerzheim (Erftstadt) festzulegen bzw. festzusetzen.“*

Und weiter in der Begründung:

„Der im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim im Regionalplan Köln bereits festgelegte „Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz“ soll mit Blick auf die Bedeutung des Einzugsgebiets für die zukünftige Wasserversorgung des Südeviers und im Sinne des raumordnerischen Vorsorgeprinzips überprüft und so angepasst werden, dass ein hohes Schutzniveau aufrecht erhalten bleibt. Die Regionalplanung kommt damit auch dem Auftrag des Landesentwicklungsplans (Ziel 7.4-3 „Sicherung von Trinkwasservorkommen“) nach. Auch das gesamte, zukünftig zu erwartende Einzugsgebiet sollte bereits angemessen in die regionalplanerische Betrachtung eingestellt werden.“

Der LEP NRW konkretisiert zu Ziel 7.4-3 *„Aufgabe der Raumordnung ist es dabei, zusammen mit der Wasserwirtschaft die Einzugsbereiche von Trinkwassergewinnungen (...) von gefährdenden Nutzungen frei zu halten. Dabei muss (...) Vorsorge getroffen werden, um den Ausfall vorhandener Wassergewinnungen (...) auffangen zu können.“*

Aus dem Ziel ergibt sich für die Regionalplanung die Verpflichtung, das Einzugsgebiet Dirmerzheim für die Trinkwassergewinnung dauerhaft zu sichern und von weiteren wasserwirtschaftlich sehr kritischen Nutzungen frei zu halten. Zu den sehr kritischen Nutzungen zählen zweifelsfrei Deponien. Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 05.06.2019 die Regionalplanungsbehörde folgerichtig beauftragt, im Rahmen der Gesamtüberarbeitung des Regionalplans Köln eine Lösung zum dauerhaften Schutz der zukünftigen Trinkwassergewinnung an der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim zu erarbeiten.

Es liegt auf der Hand, dass die Anforderungen der Leitentscheidung sowie die

Entscheidungssätze aus 2021, die insbesondere die Wasserwirtschaft im Rheinischen Braunkohlenrevier betreffen, fortgelten.

Die Erweiterung des Deponiebereichs innerhalb des zukünftigen Trinkwassereinzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmerzheim widerspricht nach Auffassung der Wasserwirtschaft den Belangen des Grundwasser- und Gewässerschutzes und damit dem Ziel, die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft zu sichern.

Hinsichtlich der abfallwirtschaftlichen Belange empfiehlt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) zwar grundsätzlich potenzielle Standorte für zusätzliche Deponiekapazitäten im Hinblick auf konkurrierende Nutzungen zu sichern, um die mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit zu schaffen, eine zwingende abfallwirtschaftliche Erforderlichkeit für die Deponieerweiterung am Standort Erftstadt wurde von Seiten der Abfallwirtschaft jedoch nicht benannt. Der Regionalplan sichert darüber hinaus zusätzliche Deponiekapazitäten an anderen raumverträglichen Standorten in der Planungsregion und schafft damit die Voraussetzung zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für Ablagerungsbedürftige Abfälle.

Hinsichtlich der privaten, betrieblichen Belange des Deponiebetreibers und der damit verbundenen Eigentumsgarantie des Art. 14 GG ist darauf hinzuweisen, dass sich diese in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen bezieht. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Ur. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37).

Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Vor dem dargelegten Hintergrund misst der Regionalrat dem Belang des vorsorgenden regionalplanerischen Grundwasser- und Gewässerschutzes im Rahmen der Gesamtabwägung ein höheres Gewicht bei als den abfallwirtschaftlichen Belangen. Auch die privaten, betrieblichen Belange, welche als abwägungsrelevante Eigentümerinteressen in die Entscheidungsfindung einfließen, treten unter umfassender Würdigung aller relevanten öffentlichen und privaten Belange im Ergebnis der gesamtheitlichen planerischen Abwägung zurück, da dem Grundwasser- und Gewässerschutz - auch unter Berücksichtigung der Eigentümerbelange im Sinne einer näheren individualisierten Abwägung gegenüber einer Erweiterung des Deponiebereiches ein erhöhtes Gewicht beigemessen wird. Ein Eingriff in gesicherte Rechtspositionen findet nicht statt; der bestandskräftig genehmigte Deponiebetrieb am Standort bleibt unberührt. Im Ergebnis räumt der Plangeber im Rahmen seines Abwägungsspielraumes den wasserwirtschaftlichen Belangen (Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser) im konkreten Fall einen Vorrang

Vorgaben des Ziels 7.4-3 mit der Erweiterung des Deponiestandortes der Fa. [Anonymisiert] nicht erfüllt werden. Im Gegenteil werden die Nutzungskonflikte im Einzugsgebiet Dirmerzheim mit der Ausweisung des Deponiestandortes zusätzlich verschärft. Die Ausweisung der nördlichen Deponieerweiterung widerspricht nach unserer Auffassung zudem dem Ziel Z.42 des aktuellen zweiten Planentwurfs, wonach bei Standortplanungen potenzielle Nutzungskonflikte mit anderen Raumnutzungen aus Vorsorgegründen zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen sind.

Darüber hinaus liegt der erweiterte Deponiestandort innerhalb des Anwendungsbereichs von "G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen" bzw. "G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern". Diese Gebiete sollen nach den eigenen Vorgaben des zweiten Planentwurfs von Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, frei gehalten werden.

Mit dem Hinweis zu ID 1010679, Synopse Öffentlichkeit, wonach „auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen zu berücksichtigen (ist), dass dem vorsorgenden Grundwasser- und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen und Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden sollen“, werden die o.g., im LEP NRW definierten Aufgaben der Raumordnung auf die nachgeordneten Genehmigungsebenen verlagert. Diese Verlagerung ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht nicht akzeptabel. Der erforderliche Schutz zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung kann nach unserer Auffassung nicht erst auf der Genehmigungsebene, insbesondere hier der Planfeststellung von Deponien, ansetzen, sondern bereits auf der Ebene der regionalen Planung im Sinne des Raumordnungsgesetzes und des Landesplanungsgesetzes. In der vorliegenden Form wird der zweite Planentwurf diesem Erfordernis nicht gerecht. Mit der Ausweisung des Deponiestandortes in einem gleichzeitig ausgewiesenen erweiterten BGG (G.46) werden die raumplanerischen Hinweise zur Einschränkung potenziell kritischer Nutzungen in diesem Gebiet praktisch zur Bedeutungslosigkeit abgeschwächt.

Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass sich der im Verfahren begründete Deponiebedarf auf den „Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln“ aus dem Jahre 2018 stützt. Dieser Fachbeitrag ist nach unserer Auffassung veraltet, weil zwischenzeitlich im nahen Umfeld der Deponie Erftstadt-Erp zusätzliche Deponievolumina verschiedener Deponieklassen geschaffen wurden (beispielsweise im Bereich der Deponien Vereinigte Ville und Haus Forst). Aus unserer Sicht ist der Mehrbedarf an Deponievolumen im Umfeld der Stadt Erftstadt daher nicht mehr nachgewiesen.

Sofern die Regionalplanungsbehörde in der weiteren Abwägung an der Ausweisung des erweiterten Deponiestandortes Erftstadt-Erp festhalten sollte, fordert der Erftverband aufgrund der o.g. Widersprüche in den Regionalplanverfahren, der bestehenden Nutzungskonflikte sowie des unzureichenden Bedarfsnachweises für

gegenüber der beabsichtigten Erweiterung des Deponiebereichs ein.

Die Abwägungsentscheidung entspricht damit auch den Zielvorgaben 7.4-3 des LEP NRW zur Sicherung von Trinkwasservorkommen sowie den im Regionalplan Köln formulierten Grundsätzen *G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen* und *G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern* wonach auch außerhalb der regionalplanerisch gesicherten Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) (s. Z.26 Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern) dem vorsorgenden Grundwasserschutz und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden soll und Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden sollen.

Folgende planerischen Erwägungen liegen der Abwägungsentscheidung zu Grunde:

Die bereits heute als Deponiestandort genutzten Flächen (südlichen Bereich) unterliegen einer abfallwirtschaftlichen Vorprägung. Die Bestandsflächen sind entsprechend des Plankonzepts und der geltenden Erlasslage regionalplanerisch als Deponiestandort festgelegt. Eine künftig, aufgrund der gesteigerten Fördermenge, vergrößerte Trinkwasserschutzzone rückt erstmalig an diese bereits bestehende Deponienutzung heran. Das grundsätzliche Risiko hinsichtlich des vorsorgenden Trinkwasserschutzes, das von einer Deponienutzung in einer Trinkwasserschutzzone ausgeht, ist demnach bereits heute vorhanden und wird durch die Festlegung der „Bestands“-Deponie nicht wesentlich verschärft.

Bei den ursprünglich im 2. Planentwurf enthaltenden Erweiterungsflächen (nördlicher Bereich) besteht hingegen eine andersgelagerte Ausgangssituation. Hier liegt keine abfallwirtschaftliche Vorprägung vor, da die Flächen derzeit neben einer landwirtschaftlichen Nutzung ausschließlich der Gewinnung nichtenergetischer Rohstoffe dienen und für diesen Zweck auch regionalplanerisch gesichert werden sollen (s. Teilplan NR). Die regionalplanerische Festlegung eines rund 56 ha großen Deponiestandorts würde eine Deponienutzung in diesem Bereich erstmalig ermöglichen und würde überdies dazu führen, dass die Deponienutzung in substantieller Weise räumlich näher an die bestehende Trinkwasserentnahmestelle Dirmerzheim heranrücken würde. Vor dem Hintergrund des vorsorgenden Trinkwasserschutzes bzw. der Bedeutung der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim für die langfristige Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in der Region stellt jede neue Deponie bzw. eine Erweiterung der bereits genehmigten Deponienutzung jedoch ein auszuschließendes Risiko dar.

Im Rahmen einer gesamtplanerischen Abwägung aller Belange wird sachgerechter Weise an der zeichnerischen Festlegung ausschließlich des bereits vorhandenen Deponiestandortes festgehalten gemäß Offenlage des ersten Planentwurfs und auf die regionalplanerische Sicherung der nördlichen Deponieerweiterung gemäß Offenlagefassung des zweiten Planentwurfs verzichtet. Die Textlichen und Zeichnerischen Festlegung, die Begründung und der Umweltbericht werden entsprechend angepasst.

weitere Deponievolumina die Durchführung eines separaten Regionalplanänderungsverfahrens.

Gemäß § 9 Abs.3 S.1 ROG ist eine erneute Auslegung entbehrlich, wenn die Belange nicht erstmalig oder stärker berührt sind. Da die Zeichnerischen Festlegungen wieder dem Stand des ersten Planentwurfs (2021) entsprechen, führen die Änderungen nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen, so dass die geänderten zeichnerischen Festlegungen nicht erneut im Internet zu veröffentlichen sind und somit in Bezug auf diese Änderung auch nicht erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

Dies trifft insbesondere auf die im vorliegenden Fall erkennbar betroffenen Aspekte der Berührung privater bzw. betrieblicher Belange zu, die in die Entscheidungsfindung der erneuten Abwägung individualisiert - hier insbesondere im Sinne der abwägungsrelevanten Eigentümerinteressen - nochmals eingeflossen sind. Diese wurden bereits im Rahmen der Beteiligung zum 1. Planentwurf geäußert und lagen daher auch hinsichtlich der erneuten Abwägung zur nun vorgenommenen Abgrenzung vor. Gleiches gilt für die wasserwirtschaftlichen Belange. In Summe führt die abschließende Gewichtung aller vorliegenden Belange daher nun zwar zu einer veränderten Abwägungsentscheidung mit einer veränderten zeichnerischen Festlegung jedoch nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung der vorliegenden Belange.

AZ: BET_259000_1	
Wupperverband	
1033753_001, Wupperverband	
<p>Inhalt</p> <p>I. Gewässerentwicklung</p> <p>In Kapitel 4.7.1 Oberflächengewässer und Talsperren (Z.24 Oberflächengewässer sichern) finden die nicht-berichtspflichtigen kleineren Gewässer leider keine Berücksichtigung, wir verweisen auf deren Berücksichtigung auf Regionalplanebene. Weiterhin regen wir die Festsetzung eines Gewässerrandstreifens (der von zukünftiger Bebauung komplett freigehalten wird) von mind. 10 m bei berichtspflichtigen (gem. EU-WRRL) und mind. 5 m bei nichtberichtspflichtigen Gewässern an.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen von Oberflächengewässern und Talsperren erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen damit dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000). Kleinere und nicht berichtspflichtige Gewässer nach EG-WRRL können entsprechend nicht dargestellt werden.</p> <p>Gemäß Ziel 24 Erläuterung 1 heißt es konkret, dass alle fachplanungsrechtlich berichtspflichtigen Fließgewässer mit einem Einzugsgebiet von mehr 10 km² gemäß Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) als Oberflächengewässer zeichnerisch festgelegt sind. Kleinere nicht berichtspflichtige Fließgewässer sind im Einzelfall aufgrund ihrer regionalen Bedeutung festgelegt. Sofern die Kriterien auf die genannten Fließgewässer zutreffen, werden diese im Regionalplan festgelegt. Die Festlegung umfasst neben dem jeweiligen Gewässer auch die Uferbereiche und orientiert sich an den bestehenden Gewässerflächen. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen wurden nur insoweit zeichnerisch festgelegt, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht.</p>

Inhalt

II. Wasserhaushalt, Hochwasservorsorge

Wir begrüßen die Festlegung von Überschwemmungsbereichen als Vorranggebiete im Kapitel 4.7.3 Vorbeugender Hochwasserschutz und die Konkretisierungen in den dazugehörigen Erläuterungen. Bei bestehender Überlagerung von Überschwemmungsbereichen und Siedlungsräumen sollte die Gefährdung durch Hochwasser gesondert hervorgehoben werden und Anregungen zu angepasster Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen geschaffen werden (Aspekt der Eigenvorsorge). Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass bereits auf der Regionalplanebene Grundlagen geschaffen werden, die leicht zugängliche und verständliche Informationen zu Hochwasserrisiken und Hochwasserschutzmaßnahmen bereitstellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für mögliche weiterführende Unterstützungsangebote durch die Regionalplanungsbehörde geäußert.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Es wird auf das umfangreiche Informations- und Unterstützungsangebot der Fachplanung und der entsprechenden Stellen verwiesen.

1033753_003, Wupperverband	
<p>Inhalt</p> <p>III. Regenerative Energien</p> <p>Das Kapitel 5.2.3 Erneuerbare Energien sowie die dazugehörigen Unterkapitel sind in der Änderungssynopse als gestrichen markiert. Wir gehen davon aus, dass das Thema Erneuerbare Energien somit nicht mehr Bestandteil der Neuaufstellung ist und im entsprechenden Teilplan weiterbehandelt wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Annahme wird zugestimmt.</p>

AZ: BET_260000_1	
WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH (Bergischer Trinkwasser-Verband GmbH)	
1033021_001, WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH (Bergischer Trinkwasser-Verband GmbH)	
Inhalt	Abwägung
oben angegebene Angelegenheit bearbeiten wir für die	Typ Hinweis
WSW Energie & Wasser AG, Bromberger Str. 39, 42281 Wuppertal , früher (Wuppertaler Stadtwerke AG), die für die Energieversorgung und Stadtentwässerung zuständig ist. Für die WSW Energie & Wasser AG teilen wir Ihnen mit, dass weder Bedenken noch Anregungen zu den bekannt gegebenen Planungen vorzubringen sind.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Für die Stadt Wuppertal, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal , die für die Wasserversorgung zuständig ist, teilen wir Ihnen im Namen der Betriebsführerin „WSW Energie & Wasser AG“ mit, dass auch hier keine Bedenken oder Anregungen zu den bekannt gegebenen Planungen vorzubringen sind.	Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.
Für die WSW mobil GmbH, Bromberger Str. 39, 42281 Wuppertal , die für den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs zuständig ist und Teilrechtsnachfolgerin der Wuppertaler Stadtwerke AG (jetzt: WSW Energie & Wasser AG) ist, teilen wir Ihnen mit, dass ebenfalls keine Bedenken oder Anregungen zu den Planungen vorzubringen sind.	
Für die WSW Netz GmbH teilen wir Ihnen mit: Der Fachbereich VNB/52 Projektierung Anlagen, Leitungen Strom teilt mit, dass hier auch keine Bedenken oder Anregungen zu den Planungen vorzubringen sind.	
Der Fachbereich VNB/51 Nachrichtentechnik teilt mit, dass hier auch keine Bedenken oder Anregungen zu den Planungen vorzubringen sind.	
Für die Bergische Trinkwasser Verbund-GmbH, Bromberger Str. 39, 42281 Wuppertal , deren Betriebsführung der WSW Energie & Wasser AG obliegt, teilen wir Ihnen mit, dass wiederum keine Bedenken oder Anregungen zu den bekannt gegebenen Planungen vorzubringen sind.	

AZ: BET_261000_1	
Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	
1032199_001, Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	
<p>Inhalt</p> <p>Wir vom Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper haben keinerlei Einwände oder Ergänzungswünsche. Hinweisen möchten wir Sie aber auf unser Versorgungsnetz, welches durch Grunddienstliche Eintragungen geschützt ist.</p> <p>Hierzu erhalten Sie im Anhang eine Übersichtskarte unseres Verteilungsnetzes.</p> <p>(Anlage)</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_263000_1	
Wahnachtalsperrenverband	
1032226_001, Wahnachtalsperrenverband	
<p>Inhalt</p> <p>zu Ihrer Information sende ich Ihnen einen aktuellen Lageplan unserer Versorgungsanlagen sowie Wasserschutzgebiete. Sollten Sie sich im Zuge künftiger Bauvorhaben unseren Anlagen nähern, bitte ich Sie, eine neue Leitungsanfrage zu senden, um detaillierte Informationen zu erhalten.</p> <p>[Anlage]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zu Bauvorhaben auf der nachgelagerten Fachplanungs- und Genehmigungsebene vorgebracht. Bedenken oder Anregungen zum Entwurf des Regionalplans werden nicht geäußert.</p>

AZ: BET_263000_2	
Wahnbachtalsperrenverband	
1033399_001, Wahnbachtalsperrenverband	
<p>Inhalt</p> <p>Zu A-2-24 Blatt 12-13_Bonn Rhein Sieg Kreis</p> <p>Für den als Siedlung gekennzeichnet Bereich 1004560 weisen wird daraufhin, dass anhängig von den geplanten Maßnahmen Genehmigungsvorbehalte gemäß § 4 der Wasserschutzgebietsverordnung der Wahnbachtalsperre bestehen. Ebenso ist für das Bauen von Straßen (ID 1005570) ein Genehmigungsvorbehalt nach § 3 und § 5 der Wasserschutzgebietsverordnung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die Behandlung wasserrechtlicher Belange in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen vorgebracht. Bedenken oder Anregungen zum Entwurf des Regionalplans sind nicht erkennbar.</p>

1033399_002, Wahnbachtalsperrenverband

Inhalt

Zu A-1-4.1 Anhang C „Landschaftsräume“

Wir weisen darauf hin, dass innerhalb des LR-II-018 unsere Grundwassergewinnungsgebiete „Hennef-Siegbogen“ und „Meindorf im unteren Sieggebiet liegen“. Unter den Ziel-Maßnahmen wird die „Rückverlegung von Deichabschnitten zur Vergrößerung des Retentionsraums“ festgehalten. Eine konkrete Angabe, in welchem Teilbereich eine solche Rückverlegung geplant ist, kann den vorliegenden Planzeichnungen nicht entnommen werden.

Durch eine rückwärtige Verlegung von Deichen würde sich im Falle eines Hochwassers der Abstand zwischen Infiltrationsort des Überflutungswassers und unseren Förderbrunnen deutlich verringern, sodass das Risiko von Rohwasserbelastungen deutlich erhöht würde. Eine Rückverlegung von Deichen innerhalb unserer Wasserschutzgebiete steht daher zunächst entgegen den Anforderungen einer sicheren Trinkwasserversorgung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Bei der Tabelle zu Erläuterungskarte der Landschaftsräume (A-1-4.1 Anhang C „Landschaftsräume“) handelt es sich um eine Bewertungsgrundlage zum Grundsatz 22 des Regionalplanentwurfs "Entwicklung der Landschaft an Leitbildern für Landschaftsräume ausrichten".

1033399_003, Wahnachtalsperrenverband	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Im Rahmen der Aufstellung vom "Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien zum Regionalplan Köln" wird der Wahnachtalsperrenverband beteiligt.</p>
<p>Den textlichen Festlegungen kann entnommen werden, dass es für "Erneuerbare Energien" ein paralleles Verfahren (Teilplan EE) geben wird. Wir bitten um Beteiligung im Verfahren.</p>	

AZ: BET_264000_1	
Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis	
1032235_001, Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis	
<p>Inhalt</p> <p>zum o. g. Vorhaben nimmt der Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis folgendermaßen Stellung: Unsere mit Schreiben vom 24.03.2022 gemachte Stellungnahme bleibt weiterhin gültig. Der Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis begrüßt die Konkretisierung der wasserwirtschaftlichen Grundsätze und Ziele der Regionalplanung in der aktualisierten Fassung. Inhaltlich werden auf Grund der Plandarstellung der Gewässer in unserem Verbandsgebiet keine weiteren Anregungen formuliert.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird, wie auch in der Stellungnahme vom 24.03.2022, Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_266000_1	
Kreiswerke Grevenbroich GmbH	
1032200_001, Kreiswerke Grevenbroich GmbH	
Inhalt	Abwägung
für diesen Bereich sind die Kreiswerke Grevenbroich GmbH nicht zuständig.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_267000_1	
Schwalmverband	
1034546_001, Schwalmverband	
<p>Inhalt</p> <p>Neuaufstellung Regionalplan Köln [...] grundsätzlich stimmen wir dem Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zu.</p> <p>Dennoch möchten wir zum vorliegenden Entwurf wie folgt Stellung nehmen.</p> <p>Im Kapitel 1.5 wird das Verhältnis zur Braunkohlenplanung dargestellt.</p> <p>Es wird beschrieben, dass die Braunkohlenpläne auf der Grundlage des LEP NRW und in <u>Abstimmung</u> mit dem Regionalplan Köln im Braunkohlenplangebiet Ziele und Grundsätze der Raumordnung festlegt. Es wird ausgeführt, dass diese Gebiete vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der vorwiegenden Regelungskompetenz des Braunkohlenausschusses unterliegen. Erst danach liegt die Planungskompetenz wieder bei der Regionalplanung.</p> <p>Weiter heißt es, dass aufgrund der Erfordernis der Änderung der Braunkohlepläne sowie der unterschiedlichen Planungshorizonte für die Bereiche, in denen derzeit noch eine bergbauliche Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, regionalplanerische Festlegungen nicht möglich sind.</p> <p>Bereits jetzt ist bekannt, dass die Auswirkungen nach Tagebauende so gravierend sein werden, dass aus unserer Sicht regionalplanerische Festlegungen nicht erst nach Entlassung aus der Bergaufsicht vorgenommen werden sollten, um zu vermeiden, dass bis dahin irreparable Schäden entstehen, die nicht im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen und Zielen des Raumordnungsplan stehen.</p> <p>Wir möchten darauf hinweisen, dass die im Regionalplan allgemein festgelegten Grundsätze und Ziele für den Klima-, Natur-, Boden und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet (insbesondere für den Bereich Garzweiler II) maßgeblich von den neu aufzustellenden Braunkohleplan abhängen. Eine frühzeitige Festlegung entsprechender Grundsätze und Ziele mit einem gesonderten Bezug zum Braunkohlenplangebiet im Regionalplan würde die besondere Bedeutung wieder geben.</p> <p>In diesem Zusammenhang stellen wir fest, dass im Kapitel 4.7. bereits zwei Grundsätze, bezüglich des Braunkohlenplangebiets, formuliert wurden:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die prognostizierten Veränderungen des Wasserhaushaltes durch den Grundwasserwiederanstieg nach Ende der Sümpfung durch den Braunkohlentagebau sind der Braunkohlenplanung in der Regionalplanungsbehörde bekannt und werden im Rahmen der Änderung des Braunkohlenplan Garzweiler II thematisiert werden. Eine Berücksichtigung des Aspektes in einem weiteren neuen Grundsatz im Regionalplan ist jedoch nicht möglich, da die Thematik in der Zuständigkeit der Braunkohlenplanung liegt, anders als zum Beispiel der erwähnte Grundsatz G.neu2, welcher an die kommunale Bauleitplanung gerichtet ist und damit als Regelungsgegenstand in der Regionalplanung zu berücksichtigen ist.</p> <p>Zudem wird auf folgendes hingewiesen: Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Die Stellungnahme geht jedoch über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG. Auch ergeben sich wie geschrieben keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

G 47: Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern

sowie

G neu 2: Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen

Aus unserer Sicht sind diese nicht ausreichend:

Zu G 47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern.

Der Grundsatz lässt auf den generellen qualitativen sowie quantitativen Grundwasser- und Gewässerschutz aufgrund des Braunkohletagebaus schließen. Dies wird jedoch aus den zugehörigen Erläuterungen nicht ersichtlich. Diese beziehen sich ausschließlich auf den qualitativen Wasserschutz- und damit vorhandenen bzw. geplanten Trinkwasserschutzgebiete.

Zu G neu 2: Angepasste Siedlungsentwicklung in Bereichen mit dauerhafter Grundwasserabsenkung im Braunkohlenplangebiet sicherstellen.

Ebenso wie der Schutz vor einem zu hohen Grundwasserstand in Siedlungsgebieten erforderlich ist, muss auch der Schutz vor einem zu niedrigen Grundwasserstand im Bereich der Schwalm, des Mühlen- und Knippertzbachs sowie in den angrenzenden Feuchtgebieten sichergestellt werden.

Begründung

Der mit den Leitentscheidungen 2021 und 2023 (LE2021 / LE2023) beschlossene vorzeitige Braunkohlenausstieg sieht eine Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler vor. Aus dieser Verkleinerung ergeben sich vielfältige und teilweise komplexe Veränderungen im Wasserhaushalt, die nun frühzeitig fachlich fundierte Entscheidungen notwendig machen, um einen möglichst naturnahen und nachsorgefreien Wasserhaushalt wiederherzustellen.

Eine wesentliche Änderung hinsichtlich der bisherigen Planung ist die Lage, Tiefe und Verkleinerung des zukünftigen Tagebaurestsees Garzweiler. Für diesen wurde in der LE2023 die Regelung getroffen, dass das endgültige Niveau des Wasserstands im Tagebausee (Seespiegel) unter Berücksichtigung wasserwirtschaftlicher Anforderungen und des Gefälles, das für den oberirdischen Abfluss zur Niers nötig ist, festzulegen ist.

Ein Aspekt bei der zukünftigen Seewasserspiegelhöhe war die Bewertung der Auswirkung auf die Grundwasserstände in den Feuchtgebieten. Die Höhe des Seewasserspiegels wirkt sich im sog. stationären Endzustand auf die Grundwasserstände im Umfeld des Tagebausees aus. Die untersuchten und letztlich festgelegten Seespiegelhöhen sind tiefer als die vorbergbaulichen Grundwasserstände im Bereich des Sees. Anhand eines Grundwassermodells des LANUV wurde die Auswirkung verschiedener Seespiegelhöhen auf den

Grundwasserstand untersucht, insbesondere dahingehend, wie weit sich dieser Einfluss in Richtung auf grundwasserabhängige Feuchtgebiete auswirkt und ob höhere Seespiegel einen positiven Einfluss auf die Grundwasserstände in den betroffenen Feuchtgebieten haben können. **Als Ergebnis zeigte sich, dass eine Auswirkung des Tageausees auf die Grundwasserstände nach Westen bis zu den grundwasserabhängigen Ziel1- Feuchtgebieten im Schwalmquellgebiet und am Mühlenbach erkennbar ist und dass bei allen untersuchten Seewasserständen die vorbergbaulichen Grundwasserstände in den Oberläufen von Schwalm und Mühlenbach im stationären Endzustand voraussichtlich nicht mehr erreicht werden.**

Diese Thematik wurde in der Untersuchung zum Seewasserspiegel nicht weiter betrachtet, da die Grundwasserstände nach den Modellergebnissen durch eine Seewasserspiegelanpassung nicht ausgeglichen werden können. Es wurde jedoch vom Monitoring Garzweiler II die Empfehlung ausgesprochen, dass diese neuen Erkenntnisse im Braunkohlenplanverfahren weiter untersucht werden sollten, da sie auf mögliche, dauerhafte Veränderungen des Grundwasserregimes und damit des Grundwasseranschlusses der Gewässer und der Gewässerökologie im oberen Schwalmeinzugsgebiet hinweisen.

Die RWE Power AG hat am 12.06.2024 der Arbeitsgruppe Grundwasser im Monitoring Garzweiler II die ersten Ergebnisse und Erkenntnisse für den Wasserhaushalt im Nordraum aus dem neuen Grundwassermodell vorgestellt. Auf Basis des RWE-Grundwassermodells hat der Ertverband erste Prognosen für die Grundwasserstände in den Feuchtgebieten vorgestellt.

Nach den bisher gewonnenen neuen Erkenntnissen über die zukünftig verbleibenden Grundwasserdifferenzen vom vorbergbaulichen Niveau ist in den Ziel1-Feuchtgebieten Obere Schwalm / Schwalmquellgebiet und Mühlenbach mit Grundwasserdifferenzen von bis zu -0,5m zu rechnen. Größere Grundwasserstandsabsenkungen von mehr als -1m bis zu tlw. -2,5m sind in den Wassereinzugsgebieten der Oberflächengewässer Schwalm, Mühlenbach und Knippertzbach zu erwarten. **Diese neuen Erkenntnisse weichen fundamental von den bisherigen Annahmen und fachlichen Einschätzungen ab, dass keine relevanten Grundwasserdifferenzen vom vorbergbaulichen Zustand mit Bezug auf die Grundwasserstände des Jahres 1983 in den Ziel1- Gebieten verbleiben würden.**

Die gesamte Konzeption des Abbauvorhabens und der wasserwirtschaftlich-ökologischen Gegenmaßnahmen war und ist darauf ausgerichtet, die im Braunkohlenplan Garzweiler II definierten wasserwirtschaftlich-ökologischen Ziele einzuhalten und dem Oberziel zu entsprechen, **dass die gesamte Region aus Gründen des öffentlichen Wohls wasserwirtschaftlich nicht schlechter gestellt werden darf, als ohne den bergbaulichen Sumpfungseinfluss.** Zur Beurteilung der Empfindlichkeit der grundwasserabhängigen schützenswerten Feuchtgebiete gegenüber möglichen Beeinträchtigungen ist ein hoher Grundwasserstand, der dauernd nahe der Oberfläche steht, wenig schwankt und zeitweise zutage tritt von zentraler Bedeutung. Maßgebend sind dabei die Bereiche mit einem Grundwasserstand von 0 bis 3 m unter Gelände, wobei insbesondere die artenreichen

Bruch- und Sumpfwälder dauerhafte Grundwasserstände zwischen 0 und 0,5 m unter Gelände benötigen. In den Bachauen der Schwalm und ihrer Zuflüsse waren diese Voraussetzungen bislang gegeben.

Vegetation (Verschlechterungsverbot Lebensraumtypen FFH-Gebiete)

Erfahren diese sensiblen Ziel1-Feuchtgebiete eine Grundwasserabsenkung, so kommt es in maßgeblichen Zonen auch zu Änderungen des allgemeinen Bodenfeuchtzustandes, der eine Veränderung der Vegetation und der standorttypischen Pflanzengesellschaften und direkt oder indirekt auch der Fauna zur Folge haben kann. Schon geringe Absenkungsbeträge von wenigen Dezimetern über einen längeren Zeitraum können für empfindliche Biozöten von Bedeutung sein. Dies äußert sich bereits nach wenigen Jahren zunächst in der Veränderung der Krautschicht später auch in der Baumschicht als Veränderung in Richtung auf das Absterben standorttypischer Pflanzengesellschaften und das Einwandern von Pflanzengesellschaften trockenerer Standorte. Den hoch spezialisierten Pflanzen- und Tierarten solcher Feuchtgebiete würde ihr Lebensraum entzogen, die ökologisch hochwertigen Bereiche würden degradiert und der gesamte Charakter verändert. Die neuen Erkenntnisse weisen darauf hin, dass als Folge des Braunkohlenabbaus zukünftig dauerhaft relevante Grundwasserstandsänderungen in Form von niedrigeren Grundwasserständen in den streng geschützten Ziel1-Gebieten Obere Schwalm, Mühlenbach und Knippertzbach sowie in den Gewässereinzugsgebieten von Schwalm, Mühlenbach und Knippertzbach verbleiben werden.

Fließgewässer (Verschlechterungsverbot EU-Wasserrahmenrichtlinie)

Neben den negativen Auswirkungen auf die streng geschützten grundwasserabhängigen Feuchtgebiete und den nicht zu akzeptierenden, irreversiblen Veränderungen ist bei einer Absenkung des Grundwasserspiegels auch von einem verringerten, grundwasserbürtigen natürlichen Abfluss der Gewässer auszugehen. Hierdurch besteht die Gefahr, dass sich der ökologische Charakter und die Zusammensetzung der Gewässerflora und –fauna sowie weitere negative ökologische und wasserwirtschaftliche Veränderungen einstellen werden. Ein weiterer negativer Aspekt für den Wasserhaushalt durch verbleibende Grundwasserabsenkung ist eine Verringerung des Grundwasserdargebots in den betroffenen Bereichen.

Bei der Erarbeitung des Braunkohlenplans Garzweiler II (1995) wurde erkannt, dass eine Beeinträchtigung der schützenswerten Feuchtgebiete durch die Folgen der bergbaulichen Grundwasserabsenkung nicht akzeptabel und eine Erhaltung der Grundwasserverhältnisse für den Bestand der schützenswerten Feuchtgebiete in ihrer ökologischen Wertigkeit und des Charakters des Naturparks Schwalm-Nette in Bezug auf ihre grundwasserabhängigen Lebensgemeinschaften von entscheidender Bedeutung sei. Bei der Zulassung des Braunkohlenplans durch die Landesplanung war diese Grundannahme im Jahr 1995 maßgeblich und gilt bis heute als wesentliches Kriterium weiter fort.

Verordnung zur Wiederherstellung der Natur

Übergeordnetes Ziel der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (WVO) ist neben einer Erholung der Natur auch die Erfüllung von Klimaschutzzielen. Diese Klimaschutzziele sollen unter anderem mit einer Reaktivierung und einem strengen Schutz von Moorböden gelingen. In den unter Schutz stehenden Auen entlang der Schwalm, des Mühlenbaches und des Knippertzbaches sind Niedermoorböden vorherrschend. Diese sind in ihrem Erhalt und in ihrer weiteren Entwicklung auf sehr hohe Grundwasserstände und regelmäßige Überflutungen angewiesen, um ein Wachstum der Torfmoose zu ermöglichen und klimaschädliches Kohlendioxid zu binden. Im Hinblick auf die EU-weit formulierten Klimaziele ist eine prognostizierte Absenkung gerade der oberflächennahen Grundwasserbereiche bzw. eine Reduktion des Abflusses in den Fließgewässern sehr kritisch zu sehen.

Schlussfolgerung

Ausgehend von den neuen vorliegenden Erkenntnissen besteht die Sorge, dass die Bereiche Obere Schwalm / Schwalmquellgebiet, Mühlenbach und Knippertzbach entgegen den bisherigen Erkenntnissen dauerhaft negative Veränderungen in ihrem Wasserhaushalt und damit in ihrem ökologischen Charakter erfahren werden.

Dies würde jeglichen nationalen sowie internationalen gesetzlichen Vorgaben und Strategien wie der EU- Wasserrahmenrichtlinie, der FFH-Richtlinie, der nationalen Moorschutzsstrategie sowie dem neu in Kraft getretenen EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur widersprechen.

Von Seiten des Schwalmverbands besteht die Befürchtung, dass diese neuen Erkenntnisse bei der Erarbeitung des Vorentwurfs für die Änderung des Braunkohlenplans Garzweiler II nicht ausreichend betrachtet werden.

Daher regt der Schwalmverband an, diese Thematik zusätzlich als Grundsatz in den neuen Regionalplan aufzunehmen, um so auch die Abstimmung zwischen den beiden Raumordnungsplänen bis zur Entlassung aus der Bergaufsicht sicherzustellen.

Die Sorge um das negativ veränderte Wasserregime hat der Schwalmverband bereits im Rahmen der frühzeitigen Unterrichtung nach ROG und im Scoping zum anstehenden Braunkohlenplanänderungsverfahren Garzweiler II im September 2023 an die zuständige Regionalplanungsbehörde kommuniziert.

AZ: BET_281000_1

Industrie-und Handelskammer Aachen

1033423_001, Industrie-und Handelskammer Aachen

Inhalt

Mit der Neuaufstellung des Regionalplans werden die Entwicklungsperspektiven und der Gestaltungsspielraum der Kommunen im Regierungsbezirk Köln für die kommenden Jahrzehnte festgelegt. Der Entwurf der Begründung geht dabei selbst von einer Laufzeit von rund 25 Jahren aus. Die Dynamik der Veränderungen in den zurückliegenden Jahren – durch den Beschluss des vorzeitigen Ausstiegs aus dem Kohleabbau – sowie die bevorstehenden Veränderungen aufgrund des Klimawandels – z.B. durch den Ausbau an regenerativer Energie – und der Strukturwandelprozesse im Rheinischen Revier machen deutlich, dass der zukünftige Regionalplan den Kommunen einen möglichst großen Handlungsspielraum einräumen muss, um auf die bevorstehenden Herausforderungen flexibel reagieren zu können.

Leider sind einige Kommunen innerhalb unseres IHK-Bezirks durch die Darstellungen des rechtswirksamen Regionalplans aktuell kaum handlungsfähig, da keine oder nur sehr wenige ungenutzte Flächen verfügbar sind. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen, aber auch den Erfolg des Strukturwandels nicht zu gefährden, muss der Regionalplan so schnell wie möglich in Kraft treten. Auch wenn wir einige Begründungen und Entscheidungen des Regionalplans nicht teilen, ist es unser oberstes Anliegen, das mit den Vorarbeiten zum Regionalplan bereits im Jahr 2014 begonnene Verfahren noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen, um eine weitere jahrelange Verzögerung des Verfahrens durch die anstehende Kommunalwahl – und damit die Neukonstituierung des Regionalrates – zu vermeiden.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass alle begründeten Änderungsvorschläge, die ein erneutes Beteiligungsverfahren zur Folge haben würden, zunächst zurückgestellt und nach Beschluss des Regionalplans über Änderungsverfahren planerisch gesichert werden müssen. Wir erachten ein solches Vorgehen aber als zielführender und effizienter, als alle Kommunen im Regierungsbezirk Köln durch eine erneute Beteiligung in ihrer weiteren Entwicklung zu behindern.

Mit solchen Änderungsverfahren sollte unseres Erachtens zeitnah nach Inkrafttreten des Regionalplans begonnen werden und nicht – wie in der Vergangenheit praktiziert – erstmal für einige Jahre abgelehnt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Zudem werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben

1033423_002, Industrie-und Handelskammer Aachen

Inhalt

Die folgenden Anregungen und Bedenken sollen daher nur im laufenden Planverfahren umgesetzt werden, sofern diese keine erneute Beteiligung erforderlich machen.

Grundsätzlich möchten wir anführen, dass insbesondere durch die Einführung der gewerblich-industriellen Bereich für die Transformation (GIBtransformation) der Strukturwandel deutlich mehr Gewicht erhalten hat als noch in der ersten Beteiligungsphase. Auch die Einführung der GIBflex-Flächen halten wir für einen sinnvollen Ansatz, um den Kommunen mehr Handlungsspielräume zu ermöglichen, wenn die vorgesehenen gewerblich-industriellen Bereich aufgrund von Vollzugshemmnissen nicht zur Verfügung stehen. Ob der Umfang der GIBtransformation-Flächen ausreichen und der bürokratische Aufwand zum Nachweis der Dauerhaftigkeit der Vollzugshemmnisse (siehe Begründung zu Z.6) leistbar ist, ist aus unserer Sicht noch nicht absehbar. Gleiches gilt für den Bedarf der kommunalen Gewerbeflächen, der nach Auskunft einiger Kommunen noch immer zu gering angesetzt ist. Ggf. sind hier spätere Anpassungen erforderlich.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weitere Hinweise zum nachgelagerten Planverfahren gegeben.

1033423_003, Industrie-und Handelskammer Aachen

Inhalt

Allgemein möchten wir darauf hinweisen, dass aktuell in der Region Aachen nur 2 Prozent der Fläche von Gewerbe, Industrie, Handel, Dienstleistungen sowie sonstigen Wirtschaftsbetrieben in Anspruch genommen wird – dieser Anteil entspricht der künftig angestrebten Fläche für Windkraft. Gewerbe und Industrie sind bei Weitem nicht die Flächenverbraucher, als die sie oftmals dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur gewerblich-industriellen Entwicklung vorgebracht.

Inhalt

Anmerkungen zu den textlichen Festlegungen

Die folgenden Anmerkungen sollten nur umgesetzt werden, sofern diese keine erneute Beteiligung erfordern.

Z.2 Zersiedlung vermeiden

Das raumordnerische Ziel, bandartige Siedlungsstrukturen und Splittersiedlungen zu vermeiden und dadurch das planerische Ideal der europäischen Stadt zu sichern, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings sind isoliert im Freiraum liegende Standorte insbesondere bei gewerblich und industriellen Nutzungen mit einem hohen Störpotenzial im Einzelfall sinnvoll, um Nutzungskonflikte frühzeitig zu vermeiden. Dieser Einzelfall ist nun gegenüber der 1. Beteiligungsphase wieder herausgenommen worden. Eine Ansiedlung bzw. Erweiterung im Einzelfall ist somit nach unserer Auffassung nicht mehr möglich, obwohl das Ziel 6.3-3 LEP NRW dies explizit vorsieht.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise geäußert. Hierzu klarstellend: Der Verweis zu den Ausnahmeregelungen von Ziel 6.3-3 LEP NRW entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung von Inhalten des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen. Der Hinweis greift daher richtigerweise die weiterhin bestehende entsprechende Rechtsgrundlage zur Einzelfallbetrachtung von isoliert im Freiraum liegenden Standorten gem. LEP NRW auf Ebene der Landesplanung auf.

Inhalt

Z. neu2 GIBtransformation sichern und umsetzen

Gegenüber dem ursprünglichen Regionalplanentwurf wurde das damalige GIB „Starterstandort Strukturwandel“ im neuen Entwurf zu einem GIBtransformation mit divergierenden Anforderungen verändert. Die Flächen sollten als Grundsatz (G. 17) einerseits dem Strukturwandel im Rheinischen Revier dienen und waren andererseits als Vorranggebiete festgelegt werden.

Die nun neu gefasste Festlegung als verbindliches Ziel der Raumordnung stellt demgegenüber eine deutliche Einschränkung dar. Zum einen müssen Vorhaben der Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen dienen, zum anderen sind Nutzungen und Funktionen, die diesem Ziel nicht dienen, grundsätzlich auszuschließen.

Ein Vorhaben dient dabei der Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen, wenn insgesamt eines von neun konkret definierten Kriterien erfüllt ist. Die Definition erscheint uns grundsätzlich zielführend, allerdings eng sie durch den Zielcharakter und den grundsätzlichen Ausschluss von Vorhaben, die der Transformation nicht dienen, nach unserer Auffassung die Kommunen unverhältnismäßig ein. Gerade die GIBtransformation-Flächen sind für das Gelingen des Strukturwandels besonders wichtig, und sie müssen mit oberster Priorität entwickelt werden. Dabei ist es schädlich, wenn das Gesamtvorhaben daran scheitert, dass untergeordnete Teile von ihr einzelnen Kriterien nicht erfüllen. Eine Definition als Grundsatz bzw. eine Erweiterung des Ziels, dass die Vorhaben weitgehend der Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen dienen, erachten wir daher als zielführend.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfe, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Regionalplanung soll zudem für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden weitere GIB als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Sie können ausschließlich im Rahmen der Festlegung von „erhöhten Bedarfen“ auf Grundlage von § 38 LPIG NRW i. V. m. (Z. 3) *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* in Anspruch genommen und durch die konkretisierende Bauleitplanung umgesetzt werden.

Die Festlegung erfolgt unabhängig von kommunalen Bedarfen und unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben. Dies begründet auch, dass sie Vorhaben vorbehalten sind, die gemäß den Zielvorgaben des § 38 LPIG NRW mindestens einem der im Ziel aufgeführten Kriterien als besonders bedeutsames Vorhaben zur Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen entsprechen (nicht kumulativ). Diese Kriterien wurden gemäß § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmt und beschlossen.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPIG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen

Gegenüber der 1. Beteiligung ist die Ausnahmeregelung, dass gewerbliche Nutzungen gemäß (Z. 10) „GIB sichern und entwickeln“ zulässig sind, gestrichen worden. Wir bedauern die Streichung der Ausnahme, da durch die die Kommunen einen höheren Grad an Flexibilität erhalten würden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Hierzu erläuternd: Es handelt sich um eine Änderung aufgrund einer redaktionellen Anpassung in einem anderen Ziel.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Inhalt

G.18 GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen

Der Grundsatz wurde gegenüber der 1. Beteiligungsphase ersatzlos gestrichen, obwohl wir ihn explizit begrüßt und sogar um die Aufwertung zu einem Ziel gebeten haben. Heranrückende Nutzungen sind ein wiederkehrender Konflikt bei vielen Gewerbe- und Industriegebieten, der zu nicht unerheblichen Einschränkungen bei der zulässigen gewerblichen Tätigkeit führen kann. Da einzelne Kommunen in der Vergangenheit heranrückende Nutzungen an Gewerbe- oder Industriegebiete geplant und bewilligt haben, obwohl es entsprechende negative Stellungnahmen seitens der betroffenen Unternehmen und der Industrie- und Handelskammern gab, regen wir an, den Grundsatz wieder aufzunehmen und ggf. zu einem Ziel aufzuwerten, damit die Belange der Wirtschaft im Rahmen der Abwägung nicht übergangen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004233 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden (s. LEP NRW 6.3-2 Grundsatz *Umgebungsschutz*, 10.3-3 Grundsatz *Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte*, Ziel 8.1-9 *Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen*, Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung*, Ziel 8.1-7 *Schutz vor Fluglärm*).

Hierzu sei ausgeführt, dass die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet ist, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können. Die Anregung zur Beachtung der Belange der Wirtschaft richtet sich daher an die Ebene der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Anmerkungen zu den zeichnerischen Festlegungen

Die folgenden Ausführungen zu den zeichnerischen Festlegungen basieren auf den uns von den Kommunen zur Verfügung gestellten Stellungnahmen zum Regionalplanentwurf sowie auf Rückmeldungen von Unternehmen, die konkrete raumrelevante Projekte verfolgen. Aufgrund unseres gesetzlich definierten Auftrags, das Gesamtinteresse der Wirtschaft zu vertreten, konzentrieren sich die folgenden Aussagen, Anregungen und Bedenken ausschließlich auf gewerblich-industrielle Bereiche (GIB) oder auf zeichnerische Festlegungen, die Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

Aachen, Eschweiler, Herzogenrath, Roetgen, Stolberg, Würselen

Die Kommunen Aachen, Eschweiler, Herzogenrath, Stolberg, Roetgen und Würselen haben im Mai 2020 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Gründung eines Städteregionalen Gewerbeflächenpools abgeschlossen. Die Städte Aachen und Stolberg können den rechnerischen Flächenbedarf an Gewerbe- und Industriebereichen auf Ihrem Stadtgebiet nicht bzw. nicht sinnvoll abbilden. Demgegenüber haben die Städte Herzogenrath, Würselen und Eschweiler über ihren eigenen Bedarf hinaus noch geeignete Flächenpotentiale, die sie in einen Gewerbeflächenpool einbringen können, indem sie die Bedarfe Aachens und Stolbergs übernehmen und auf ihren Stadtgebieten bedienen. Entsprechende finanzielle Regelungen sowie die Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten sind im öffentlich-rechtlichen Vertrag geregelt.

Die Stadt Aachen kann bis zu 73 ha, die Stadt Stolberg bis zu 20 ha Industrie- und Gewerbeflächenbedarf nicht im eigenen Kommunalgebiet decken; die Stadt Herzogenrath kann ca. 6,5 ha, die Stadt Würselen ca. 43 ha und die Stadt Eschweiler ca. 70 ha in den Flächenpool einbringen. Die Gemeinde Roetgen kann ca. 5 ha für ökologische Ausgleichsmaßnahmen bereitstellen. Die konkreten Flächen wurden bereits definiert.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zur Bedarfssituation in der Städteregion Aachen sowie zum Städteregionalen Gewerbeflächenpool gegeben.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde gewährleistet werden.

Inhalt

Im Regionalplan-Entwurf wurde im Bereich Eschweiler-Kinzweiler ist ein „GIBinterkommunal“ (70 ha) festgelegt, in Würselen (Merzbrück) wurde die Fläche für den Gewerbeflächenpool hingegen weitgehend als GIBtransformation festgelegt. In Herzogenrath (südl. Kohlscheid) wurde wiederum zwar ein GIB ohne Zweckbindung dargestellt, aber mit einer anderen räumlichen Abgrenzung als von den Kommunen vereinbart. Für uns ist daher nicht abschließend geklärt, ob die Kommunen ihre öffentlich-rechtliche Vereinbarung umsetzen können.

Nach unserem Verständnis hat eine GIBtransformation ist eine Fläche für die Transformation in der Regel gerade nicht für eine interkommunale Entwicklung geeignet, da diese zum einen eine inhaltliche Bindung haben („Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen im Rheinischen Revier“, Seite 42 der Begründung), zum anderen unabhängig von kommunalen Bedarfen festgelegt wurde (ebenda). Bei dem Gewerbeflächenpool geht es aber gerade um die Sicherung des kommunalen Bedarfs.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Zudem wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Für die GIBinterkommunal gilt, dass die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf erfolgt. Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring (sfm). Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen.

Zudem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Auch diese unterliegen besonderen Anforderungen zur Verortung, die gemäß § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmt und beschlossen wurden. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die

örtliche Umsetzung.

Inhalt

Da für die Fläche Merzbrück nach unserem Kenntnisstand bereits ein Strukturwandelprojekt bewilligt wurde, ist damit die Festlegung als GIBtransformation sinnvoll. Dennoch fehlt es nun an einer entsprechenden Ersatzfläche, um der Verpflichtung aus der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung umsetzen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Gemeinde Würselen verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPlG NRW im 2. Planentwurf bereits zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen*. Die zeichnerische Festlegung einer weiteren hier in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPlG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die

Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

1033423_011, Industrie-und Handelskammer Aachen

Inhalt

Bei den Flächen in Herzogenrath gehen wir hingegen davon aus, dass die Vereinbarung im Rahmen der Parzellenunschärfe durchaus umsetzbar ist. Da es keine Zweckbindung gibt, gibt es auch keine Gründe, die gegen eine freiwillige interkommunale Entwicklung sprechen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Daneben ist eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung nicht möglich.

Inhalt

Baesweiler

Da die Anbindung des geplanten Future Mobility Parks an die künftige Schienen-Trasse von Anfang an von großer Bedeutung war, ist es aus unserer Sicht zielführend, den nun dargestellten Trassenverlauf wieder in Richtung Future Mobility Park zurückzuverlegen.

Außerdem möchten wir darauf hinweisen, dass hinsichtlich der Reserveflächen festzustellen ist, dass in den letzten Jahren bereits einige der Reserveflächen in Baesweiler bereits entwickelt wurden bzw. aktuell werden. Sofern zeitnah keine zusätzlichen Flächen im Regionalplan dargestellt werden, wird die Stadt Baesweiler kurz- und mittelfristig neue regionalplanerische Bedarfe nachweisen können, die gedeckt werden müssen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung zu den im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen nicht zu folgen. Stattdessen hat der Regionalrat beschlossen den Planentwurf entsprechend der in Anlage 3 aufgeführten Kartendarstellung „Umsetzung der Änderungsanträge in die Zeichnerische Festlegung des 2. Planentwurfs“ anzupassen. Die Begründung der einzelnen Änderungsbeschlüsse ist den in Anlage 3 enthaltenen Anträgen der CDU, SPD und FDP bzw. der Grünen zu entnehmen. Im zweiten Regionalplanentwurf wird dementsprechend ergänzend zur regionalplanerischen Festlegung der Regiotram ein weiterer sonstiger regionalplanerisch bedeutsamer Schienenweg zur Erschließung von Baesweiler zeichnerisch festgelegt.

Konkret wird im Rahmen der Abwägung hierzu ausgeführt: „Die Stadt Baesweiler soll an das Schienennetz angeschlossen werden. Die ÖSPV-Maßnahme Regiotram ist von erheblicher Bedeutung für die Region und schreitet in der Planung weiter voran. Die StädteRegion Aachen unterstützt die Umsetzung der Projekte Regiotram und Erweiterung der Euregiobahn. Die Erweiterung der Euregiobahn wurde ebenfalls jüngst erneut im ÖPNV-Bedarfsplan in Vorabstimmung mit AVV und goRheinland gemeldet.“

Darüber hinaus entspricht die zeichnerische Festlegung des Schienenweges dem Verlauf der Anregung der StädteRegion aus der ersten Offenlage (vgl. StnID 1003975 1. Offenlage). Gemäß den Erläuterungen zu G.55 *Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen* erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Dies ist auf Ebene der Regionalplanung ausreichend, um mögliche Raumkonflikte zu erkennen. Die Grobtrasse ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren.

Zudem werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben. Darüberhinaus gilt, dass auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt ist, dass eine

	<p>bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung <i>Flächenüberhänge vermeiden und abbauen</i> sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.</p>
--	---

Inhalt

Blankenheim

Die Gemeinde weist darauf hin, dass die einzige neu dargestellte GIB-Fläche bereits im Rahmen der 38. Änderung des Flächennutzungsplans sowie der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4 B VI „überplant wurde und aktuell bereits in der Vermarktung ist. Es ist daher damit zu rechnen, dass diese Gewerbeflächen in naher Zukunft bereits bebaut und nicht mehr zur Verfügung stehen.

Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Rahmenbedingungen verfügt die Gemeinde Blankenheim mit der Neuaufstellung der Regionalplans bereits heute über keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr. Wir regen daher an, im Anschluss an den Beschluss des Regionalplans zeitnah zusätzliche GIB-Flächen in Blankenheim über ein Regionalplanänderungsverfahren darzustellen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Es wird in diesem Zusammenhang auf die Stellungnahme der Gemeinde Blankenheim ID 1032682_001 verwiesen.

Inhalt

Düren

Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier hat die Fläche „Merken-Lucherberger See“ als Fokusfläche identifiziert. Auf solchen Flächen sollen künftig besonders strukturwandelrelevante Gewerbeflächen entwickelt werden können. Für diese Fokusflächen auch soll ein entsprechendes Förderangebot zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorhanden sein. Die Fokusflächen haben somit eine besondere Bedeutung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Umso wichtiger ist es, dass die Fokusflächen auch im Regionalplan festgelegt werden, damit eine kurzfristige Realisierung auf kommunaler Ebene möglich ist. Wir bitten daher darum, die Fokusfläche „Merken-Lucherberger See“ über ein Änderungsverfahren nach dem Beschluss des Regionalplans als GIB zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus Anregungen geäußert.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Inhalt

Herzogenrath

Die Nivelsteier Sandwerke verfolgen die Absicht, im Rahmen der bergrechtlichen Genehmigung eine Aufbereitungsanlage zu errichten. Gegenwärtig kann aber noch nicht sichergestellt werden, dass die Anlage bis zum Ende des Betriebsplans im Jahr 2053 überwiegend einem bergrechtlichen Zweck dient. Sobald die geplante Anlage aber nicht mehr überwiegend einem bergrechtlichen Zweck dient, muss sie den Vorgaben der Raumordnung und Landesplanung entsprechen. Die betroffene Fläche liegt im rechtswirksamen Regionalplan (Teilabschnitt Region Aachen) im Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich, überlagert von einem „Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze“ (BSAB) sowie einem „Bereich für den Schutz der Natur“ (BSN) als Rekultivierungsziel des Abgrabungsbereichs. Im aktuellen Regionalplan-Entwurf liegt die Fläche in einem „Bereich für den Schutz der Natur“ (BSN). Nachrichtlich ist hier angegeben, dass es sich bei der Fläche um einen „Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)“ handelt.

Faktisch handelt es sich derzeit nicht um eine Fläche, die dem Anspruch eines Bereichs für den Schutz der Natur gerecht wird. Die Darstellung der Fläche als BSN ist somit eine Zielvorstellung, die erst nach Ablauf der bergrechtlichen Nutzung zur Geltung kommt. Dieser Zeitpunkt ist heute bereits eindeutig definiert (2053). Wir regen daher ein, in einem Änderungsverfahren nach Beschluss des Regionalplans oder im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens eine zeitlich bedingte Nutzung vorzusehen, die eine Fortführung der Aufbereitungsanlage bis zum Ablauf der bergrechtlichen Genehmigung der Gesamtanlage im Jahr 2053 ermöglicht. Mit dem ROG 2017 hat der Gesetzgeber eine ausdrückliche Regelung getroffen, mit der nach § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG bestimmte Nutzungen und Funktionen für einen bestimmten Zeitraum oder ab bzw. bis zum Eintritt bestimmter Umstände in Raumordnungsplänen festgelegt werden können. Ebenso können Folge- oder Zwischennutzungen festgelegt werden. Damit hat der Gesetzgeber eine ausdrückliche Ermächtigung für bedingte und befristete raumordnerische Festlegungen geschaffen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass vorhabenbezogene Änderungsverfahren nach Beschluss des Regionalplans oder Zielabweichungsverfahren nicht Gegenstand der Neuaufstellung sind, sondern nach Rechtswirksamkeit des Regionalplans angeregt bzw. beantragt werden können.

Inhalt

Hürtgenwald

Die Gemeinde hat im Rahmen eines Baulandentwicklungskonzeptes alle Flächenreserven im wirksamen Flächennutzungsplan bewertet. Insbesondere in Bezug auf gewerbliche Flächenpotenziale ist festzustellen, dass keine betriebsungebundenen Flächen im Gemeindegebiet mehr entwickelbar sind.

So steht die Fläche in Kleinau nördlich der Zufahrt zur Biogasanlage, die im Regionalplan neu dargestellt ist, bereits durch die 14. Flächennutzungsplan-Änderung sowie den Bebauungsplan F8 der Gemeinde Hürtgenwald entwickelt und steht somit nicht zur Deckung der errechneten Bedarfe zur Verfügung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung zudem Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Inhalt

Die gewerbliche Potentialfläche in Vossenack, die im ersten Regionalplanentwurf als GIB-Fläche festgelegt war, wurde zwischenzeitlich von der Gemeinde im Rahmen der 12. Flächennutzungsplan-Änderung für eine Entwicklung vorbereitet, die landesplanerische Anfrage auch schon positiv durch die Bezirksregierung Köln beschieden. In der nun vorliegenden Version des Regionalplans wurde nun der GIB vollständig zurückgenommen – trotz der positiven landesplanerischen Anfrage. Wir bitten darum, die Fläche über ein Änderungsverfahren nach dem Beschluss des Regionalplans zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Gemeinde Hürtgenwald verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*.

Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Inhalt

Mechernich

Die Stadt Mechernich hat in den letzten Jahrzehnten ihre gewerbliche Entwicklung in den Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen zu wesentlichen Teilen nördlich und westliche des Ortes Obergartzem vollziehen können. Derzeit verfügt die Stadt Mechernich über keine weiten GIB-Flächenpotentiale mehr. Im Entwurf des Regionalplans ist eine Erweiterung vorgesehen, die aber bei einer Planungsperspektive von über 20 Jahren dem Bedarf nicht gerecht wird. Wir unterstützen daher die Anregung der Stadt Mechernich, den GIB Obergartzem im Bereich bis zur Stadtgrenze in die GIB-Darstellung mit einzubeziehen. Entgegen der Anregung der Stadt bitten wir aber darum, dass dies erst im Rahmen eines späteren Änderungsverfahrens erfolgt. Viele Kommunen sind bereits heute in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt und sind dringend auf den Beschluss des Regionalplans angewiesen. Es kann nicht im Sinn der Kommunen, und auch nicht im Sinn der Regionalplanungsbehörde sein, Entwicklungen in Kommunen zu verhindern, nur weil es an einigen Einzelstandorten noch Änderungsbedarfe gibt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1004285 1. Offenlage). Darüberhinaus wird angeregt, die Neudarstellung von GIB im Rahmen eines späteren Änderungsverfahrens zu verfolgen.

Gemäß der Anregung zur Neudarstellung von GIB wird auf die Stellungnahme der Kommune im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1001074 1. Offenlage) sowie auf die Anregung der Stadt Mechernich im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1032823_009, 2. Offenlage) und den entsprechenden Ausgleichsvorschlag verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf folgendes verwiesen:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Dabei gilt, dass gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche

(ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben hiervon unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Selfkant

Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier hat die Fläche „B 56“ als Fokusfläche identifiziert. Auf solchen Flächen sollen künftig besonders strukturwandelrelevante Gewerbeflächen entwickelt werden können. Für diese Fokusflächen auch soll ein entsprechendes Förderangebot zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorhanden sein. Die Fokusflächen haben somit eine besondere Bedeutung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Umso wichtiger ist es, dass die Fokusflächen auch im Regionalplan festgelegt werden, damit eine kurzfristige Realisierung auf kommunaler Ebene möglich ist. Wir bitten daher darum, die Fokusfläche „B 56“ über ein Änderungsverfahren nach dem Beschluss des Regionalplans als GIB zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Es wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um eine Anregung handelt, die sich auf die Anregung der Gemeinde Selfkant im Rahmen der 1. Offenlage bezieht. Der Stellungnahme ist bereits entsprochen (s. StnID 1004181 1.Offenlage). Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung

	<p>des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Darüberhinaus wird auf Maßnahmen im Rahmen des Strukturwandels im Rheinschen Revier sowie nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p>
--	--

Inhalt**Titz**

Die Landgemeinde Titz sieht in dem Ende des Braunkohletagebaus die Chance, Nachholeffekte in der gewerblichen Entwicklung im Gemeindegebiet zu realisieren, da diese in den zurückliegenden Jahren nur eingeschränkt möglich gewesen sei. Die Absicht, ein interkommunales Gewerbegebiet der Kommunen Bedburg, Jüchen, Erkelenz und Titz sowie ggf. auch Grevenbroich zu entwickeln, unterstützen wir daher ausdrücklich. Die Zukunftsagentur Rheinisches Revier hat diese Fläche als Fokusfläche Jackerath identifiziert. Auf solchen Flächen sollen künftig besonders strukturwandelrelevante Gewerbeflächen entwickelt werden können. Für diese Fokusflächen auch soll ein entsprechendes Förderangebot zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorhanden sein. Die Fokusflächen haben somit eine besondere Bedeutung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Umso wichtiger ist es, dass die Fokusflächen auch im Regionalplan festgelegt werden, damit eine kurzfristige Realisierung auf kommunaler Ebene möglich ist. Wir bitten daher darum, die Fokusfläche Jackerath als GIBinterkommunal über ein Änderungsverfahren nach dem Beschluss des Regionalplans zu übernehmen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme (siehe ID 1001546 1. Offenlage) im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt gemäß Ausgleichsvorschlag zu ID 1001546 sowie ID 1001398 der 1. Offenlage.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Darüberhinaus gilt, dass eine regionalplanerische Festlegung des angeregten Innovation Valley gegenwärtig nicht möglich ist: Die Festlegung der zukünftigen Abbaubereiche, Ufer- und Randbereiche sowie Rekultivierung erfolgt im Rahmen des in Änderung befindlichen Braunkohleplans Garzweiler II und kann durch die Regionalplanung nicht vorweggenommen werden und aufgrund der langen Befüll- und Rekultivierungszeiten für den Tagebau Garzweiler voraussichtlich erst nach dem Planungszeitraum des Regionalplans bis 2043 erfolgen. Darüberhinaus würde der beabsichtigte Standort aufgrund seiner isolierten Lage im Freiraum nicht in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.3-3 stehen, demzufolge neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an vorhandene Siedlungsbereiche festzulegen sind.

Zudem gilt, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Die Stellungnahme bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die

zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

1033423_021, Industrie-und Handelskammer Aachen

Inhalt

Außerdem weisen wir darauf hin, dass am 1. Januar 2022 ein Flurbereinigungsverfahren zwischen Bedburg, Jüchen und Titz abgeschlossen wurde, in welchem etwa 30 ha Fläche umverteilt wurden. Der aktuelle Regionalplan stellt die aktuelle Abgrenzung der Gemeindegrenzen in diesem Bereich nicht korrekt dar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen werden an die Gebietsänderungen angepasst. In diesem Bereich werden die Festlegungen des Regionalplan Düsseldorf übernommen.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

Übach-Palenberg

Der aktuelle Regionalplanentwurf sieht für das Stadtgebiet Übach-Palenberg gewerbliche und industrielle Bereiche in einer Größenordnung vor, die den kommunalen Bedarf um ca. 14 ha unterschreitet. Damit werden dort nur rund zwei Drittel des ermittelten Bedarfs planerisch festgelegt. Hintergrund dieses Defizits ist, dass einerseits ehemalige GIB-Flächen aufgrund von Restriktionen und einer fehlenden Entwicklungsfähigkeit umgewandelt wurden und andererseits große GIB-Flächen im Süden der Stadt wegen Regionaler Grünzüge nicht zugestanden wurden. Die Darstellung eines Regionalen Grünzugs steht aber nach unserer Auffassung der Festlegung eines GIB nicht entgegen, der der Grünzug bereits heute durch die Roermonder Straße mit ihrer einseitigen Bebauung fragmentiert ist. Somit ist auch keine Biotopvernetzung gegeben. Die Grünstrukturen des Übachtals sowie des Wurmals westlich der potenziellen GIB-Fläche können wiederum die Funktion eines klimaökologischen Ausgleichs übernehmen. Insofern existieren nach unserer Auffassung keine Raumwiderstände, die einer Festlegung als GIB-Fläche entgegenstehen.

Da mit der zusätzlichen GIB-Fläche das Defizit an Wirtschaftsflächen ausgeglichen werden könnten und das Ziel eines Regionalen Grünzugs bereits heute nur eingeschränkt erreichbar ist, unterstützen wir die Anregung der Stadt Übach-Palenberg, die Fläche im Süden der Stadt als GIB bzw. GIBinter-kommunal darzustellen. Um den Prozess der Neuaufstellung nicht zu gefährden, regen wir an, die Fläche erst durch ein Änderungsverfahren im Anschluss an die Neuaufstellung als GIB darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich darüber hinaus keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (s. ID 1000973 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG wurde hinsichtlich der Anregung der Stadt Übach-Palenberg mit den zeichnerischen Festlegungen im Rahmen der 2. Offenlage den natur- und artenschutzfachlichen Belangen Vorrang vor der Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gewährt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Hierzu gilt, dass die Festlegung der Regionalen Grünzüge auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume erfolgt. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z. B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als

besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. Engstellen, die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.

Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des Regionalen Grünzugs als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet. Die einseitige, nicht durchgängig geschlossene Bebauung entlang der Roermonder Straße steht der Festlegung des Regionalen Grünzugs nicht entgegen.

Inhalt

Vettweiß

Die Gemeinde begrüßt die Aufnahme der Gewerbeflächen bei Kettenheim in den GIB. Allerdings weicht die Darstellung des GIB sowohl von der Darstellung im rechtswirksamen Regionalplan als auch von dem tatsächlich vorhandenen Bestand ab.

So wird zum einen im nördlichen Bereich eine Fläche zurückgenommen, die allerdings im aktuell laufenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Vettweiß für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen ist. Durch die Rücknahme der Fläche aus dem Regionalplan erfolgt hier unseres Erachtens ein Zielkonflikt zwischen den Planungsebenen, sofern eine Entwicklung im Rahmen der Parzellenunschärfe nicht möglich ist.

Darüber hinaus plant die Gemeinde Vettweiß die Weiterentwicklung des GIB in Richtung L 33. Diese Flächen können gut erschlossen werden und halten deutliche Abstände von der Wohnbebauung ein. An der L 33 sind auch schon Abfahrtsrampen und ein Brückenbauwerk für einen planfreien Knotenpunkt vorbereitet, da hier eine Anbindung an die Trasse der B56n vorgesehen war. Wir erachten es daher als zielführend, wenn diese Flächen ebenfalls im Rahmen eines Änderungsverfahrens im Anschluss an die Neuaufstellung als GIB dargestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Stellungnahme der Gemeinde Vettweiß wird inhaltsgleich unterstützt, daher wird auf den Abwägungsvorschlag zur kommunalen Teilstellungnahme ID 1032562_002 verwiesen.

Inhalt

Würselen

Die für die Bewältigung der Verkehrswende notwendige Einführung der RegioTram, geht mit großen infrastrukturellen Anpassungen einher. Nach Auskunft der ASEAG ist mit dem Ausbau der RegioTram ein zweiter Betriebshof erforderlich, auf dem auch die Busse der ASEAG untergebracht werden sollen. Als potenzieller Standort kommt eine derzeit landwirtschaftlich genutzte Fläche im Norden von Würselen östlich der B57 mit einer Gesamtgröße von 14,5 ha in Frage. Dieser Standort bietet sich nicht nur aus planerischen, sondern auch aus betrieblichen Gründen an, da dadurch Leerfahrten reduziert werden können. Daher werden die Planungen für eine Realisierung nach der Förderbewilligung derzeit parallel vorangetrieben.

Wir regen daher an, die Fläche für den Betriebshof vorsorglich als GIB-Fläche im Rahmen einer Regionalplanänderung darzustellen, um eine schnellstmögliche Realisierung zu ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüber hinaus kann auf bauleitplanerischer Ebene für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

Wegberg

Da einigen der im Entwurf dargestellten GIB-Flächen bereits betriebsgebunden sind und somit absehbar nicht für eine gewerbliche Nutzung zur Verfügung stehen, stehen der Stadt Wegberg kaum noch Flächenpotenziale zur Verfügung. Wir unterstützen daher den Wunsch der Stadt, eine zusätzliche Fläche von 15 ha unmittelbar nordöstlich des Wildenrath Ovals im Rahmen einer frühzeitigen Änderung des Regionalplans als GIB aufzunehmen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Darüberhinaus wird auf die Ausführungen zur Stellungnahme ID 1033438_006 verwiesen.

Zudem gilt, dass gemäß den landesplanerischen Vorgaben die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbesichtigung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung Flächenüberhänge vermeiden und abbauen sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale

	Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.
--	--

AZ: BET_282000_1

Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

1033881_001, Industrie- u. Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Inhalt

Die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg bringt als Vertreterin der regionalen Wirtschaft in Bonn/Rhein-Sieg folgende Anregungen zur Neuaufstellung des Regionalplanes vor.

Z.10 GIB sichern und entwickeln Durch die Änderung wurden alle Ausnahmen zur Zulässigkeit weniger stark emittierender Betriebe gestrichen. Gemäß Ziffer 4 der Erläuterungen hat „die Bauleitplanung bzw. die Fachplanung bei neuen Planungen und Maßnahmen eine Fehlnutzung der GIB durch Betriebe, die auf diese Qualitäten nicht angewiesen sind, auszuschließen“. Die Zielfestlegung wird in Hinblick auf den direkten Anschluss von GIB an die ASB, die bereits durch nicht gewerbliche Nutzungen umgesetzt sind, kritisch gesehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Regionalplan Köln sichert durch ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um. Gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW sind neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Die Änderung der textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen im Rahmen der Abwägung zur 1. Offenlage macht sich die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen, da es sich hinsichtlich einer erforderlichen kleinräumigen Konfliktlösung um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung bzw. weiterer Genehmigungsebenen handelt. Die textlichen Festlegungen des Z.10 GIB sichern und entwickeln wurden entsprechend überarbeitet. Bezüglich der Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte

Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie verweist der LEP NRW auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit „KAS 18“ in der jeweils aktuellen Fassung.

Die Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene. Dabei gleicht der Regionalplan die regelmäßig großräumigen Konflikte ebenenspezifisch aus.

ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB und GIB möglich ist. Dies kann auch bedeuten, dass in bestehenden Gemengelagen oder im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist.

Diese Beurteilung überlässt die Regionalplanung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können.

Inhalt

Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen Aus der Zielfestlegung wird nicht ersichtlich, dass bezogen auf das GIBinterkommunal Alfter/ Bornheim auch die Bundesstadt Bonn als Kommune beteiligt ist. Dies ist nur aus der Tabelle in der Begründung ersichtlich. Es wird empfohlen, die Spalte „Beteiligte Kommunen“ im Ziel zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Anregung wird darauf verwiesen, dass weitergehende Informationen zur interkommunalen Kooperation und den beteiligten Kommunen konkret in den Erläuterungen zu Z.11 *GIBinterkommunal sichern und umsetzen* hier unter der Ziffer 1 inklusive eines Verweises auf Tabelle 10 der Begründung ausgeführt werden. Dies erfolgt aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Zuordnung zur zweckgebundenen zeichnerischen Festlegung. Die Informationen in der Tabelle zum Ziel beschränken sich auf eine eindeutige Zuordnung der zeichnerischen Festlegungen unter Aufführung der jeweiligen Belegenheitskommune(n), der Zweckbindung sowie des verwendeten Plansymbols hinsichtlich der konkreten räumlichen Festlegungen. Weitergehende Informationen - wie hier zur Beteiligung weiterer Kommunen im Rahmen einer interkommunalen Kooperation (vgl. Tabelle 10) finden sich darüberhinaus in der Begründung unter eindeutiger Zuordnung gem. den Erläuterungen. Eine zusätzliche Spalte in der Tabelle im Ziel ist daher nicht erforderlich.

Inhalt

Z.14 GIBz sichern und umsetzen In der Tabelle der Zielfestlegung fehlen die in der Zeichnerischen Darstellung vorhandenen Standorte GIBz Abfallbehandlungsanlagen. Diese sollten in der Tabelle ergänzt werden oder es sollte eine Klarstellung dahingehend erfolgen, dass Ziel 14 für diese nicht gilt. Darüber hinaus wird empfohlen, in den Erläuterungen auf das Ziel 44 zu verweisen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Erläuternd wird darauf verwiesen, dass die regionalplanerische Sicherung von Abfallbehandlungsanlagen gem. Z.44 erfolgt, insofern ist die tabellarische Aufzählung der festgelegten Standorte in Z.44 sachgerecht. Ein Verweis in Z.14 ist vor diesem Hintergrund nicht erforderlich.

Inhalt

5.3 Entsorgungsinfrastruktur 5.3.2 Abfallbehandlung

Das wegweisende Projekt „**Grüne Mine**“ wird regional sowie überregional von hoher Bedeutung für die Kreislaufwirtschaft sein. Die Verringerung von Abfällen durch die Wiederverwertung von Stoffen ist äußerst wichtig für eine nachhaltige Wirtschaft. Nur auf diese Weise können wir den Einsatz wertvoller Rohstoffe vermeiden. Das Konzept sieht neben dem Ausbau der in Swisttal-Ollheim bereits vorhandenen Recycling-Anlagen die Ansiedlung von Produktionsbetrieben sowie wissenschaftlichen und schulischen Einrichtungen vor. Hierdurch soll die vollständige Wertschöpfungskette der Kreislaufwirtschaft auf einer Fläche verbunden mit minimalen Transport- und Verkehrsbewegungen abgebildet werden. Die Erweiterung der für Entsorgung zur Verfügung stehenden Fläche bildet hierbei die zwingende Grundvoraussetzung für die Realisierung des Projekts und bedingt die Umsetzung der weiteren Projektbestandteile außerhalb der betrieblichen Erweiterung. Im jetzigen Regionalplanentwurf ist nur eine für dieses Vorhaben unzureichende Fläche als GIB für zweckgebundene Nutzung (GIBz) — Abfallbehandlungsanlagen dargestellt. Dies wird dem innovativen Projekt weder hinsichtlich der Flächengröße noch der entsprechenden Zweckbindung planerisch gerecht. Selbst die notwendige betriebliche Erweiterung wäre mit der dargestellten Fläche nicht zu realisieren. Es wird daher angeregt, die Fläche der Gesamtplanung „Grüne Mine“ im Regionalplan als GIBz auszuweisen. Für einen zügigen Fortschritt der gesamten Planungen ist es aus Sicht der IHK unbedingt notwendig, dass die Festlegung im Rahmen des Neuaufstellungsverfahrens und nicht erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen eines Änderungsverfahrens erfolgt.

Abbildung

Zudem wird angeregt, den Standort Swisttal in der Tabelle analog zu Lindlar, als „Abfallbehandlungsanlage und Verwertungszentrum sowie Standort für Kreislauf-, Abfall- und Ressourcenwirtschaft einschließlich Bildung, Forschung, Wissenschaft und Wissensvermittlung“ auszuweisen. Im Zuge der Veröffentlichung des Entwurfs zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien ist diesbezüglich ein weiterer Konflikt offenbar geworden. Ein geplanter Windenergiebereich überlagert die nördliche Teilfläche des Projekts „Grüne Mine“. Die gelbe Fläche in der folgenden Karte, zeigt die geplante Erweiterungsfläche, die teilweise von einer schraffiert dargestellten Windpotenzialfläche gemäß Entwurf zum Teilplan Erneuerbare Energien, überlagert wird:

Abbildung

Es wird daher angeregt, den Windenergiebereich im Teilplan Erneuerbare Energien um die überlagernde Flächendarstellung zurück zu nehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen: Bei dem ansässigen Entsorgungsbetrieb handelt es sich um einen vorhandenen Betriebsstandort im regionalplanerischen Freiraum, der die regionalplanerische Darstellungsschwelle erreicht. Entsprechend der Plankonzeption sind Standorte für Abfallbehandlungsanlagen ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als GIBz Abfallbehandlungsanlage zeichnerisch festgelegt, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Da es sich nicht um einen neuen Siedlungsansatz i.S.v. Ziel 6.3-3 LEP NRW bzw. eine neue Abfallbehandlungslage i.S.v. Ziel 8.3-2 LEP NRW handelt, sondern um einen vorhandenen Betriebsstandort, ist die Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage auch ohne unmittelbaren Anschluss an die vorhandenen ASB oder GIB mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage folgerichtig. Bei der regionalplanerischen Festlegung wurden Optionen für betrieblichen Erweiterung der Abfallbehandlungsanlage berücksichtigt.

Das unter dem Projektnamen "Grüne Miene" bezeichnete Vorhaben lässt sich nicht unter die Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage fassen. Die geplanten Nutzungen entsprechen denen eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzungen. Diese dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Insofern sind die Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.1-1 LEP NRW zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraum, d.h. Allgemeine

Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), zu beachten. Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Im Rahmen des Regionalen Verteilprozess Region⁺-Wirtschaft wurde über die kommunalen Bedarfe hinaus ein ca. 26 ha großer GIB mit regionaler Bedeutung nördlich des angeregten Standorts in Swisttal (Heimerzheim) verortet.

Das Vorgehen für den bestehenden GIB mit der Zweckbestimmung Abfallhandlungsanlage am Standort Lindlar kann nicht ohne weiteres übertragen werden. Der Standort wurde unter anderen rechtlichen Rahmenbedingungen (Vorgänger zum aktuellen LEP NRW) im Rahmen einer vorhabenbezogenen Regionalplanänderung regionalplanerisch festgelegt. Neufestlegungen müssen die aktuellen rechtlichen Vorgaben beachten.

Aus den o.g. Gründen ist eine Festlegung als GIB oder GIB mit Zweckbindung zum aktuellen Planungsstand nicht mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Vorhabens für die Region, steht es der Gemeinde Swisttal frei, nach Rechtswirksamkeit des in Aufstellung befindlichen Regionalplans einen Antrag auf eine vorhabenbezogene Regionalplanänderung zu stellen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 hatten die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien konnten Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden.

Inhalt

Rheinspange A553

Im Regionalplan ist in der zeichnerischen Darstellung nicht mehr die Rheinspange A553 enthalten, diese war im 1. Planentwurf noch dargestellt. Hierzu wurde im Jahr 2022 folgende Aussage durch uns eingebracht: *Der dargestellte Linienverlauf entspricht der Variante aus dem Bundesverkehrswegeplan 2016 (BVWP), seitdem wurden weitere Varianten untersucht. Eine konkrete Linienführung wird für Ende 2022 erwartet, sodass, sofern es der zeitliche Ablauf zulässt, diese finale Variante auch Eingang in den Regionalplan finden sollte. Ebenso befürwortet die IHK die weitere Darstellung der vorgesehen Straßenverkehrswege auf Grundlage des BVWP und der jeweiligen Bedarfspläne.* Seit dem Frühjahr 2023 liegt nun die abgestimmte Vorzugsvariante (siehe Karte) vor, aktuell ist diese im Linienbestimmungsverfahren, welches durch das Fernstraßenbundesamt durchgeführt wird.

Abbildung

Wir bitten um zeichnerische Darstellung im Regionalplan.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Rheinspange A553 ist auch im zweiten Planentwurf als Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr ohne räumliche Festlegung zeichnerisch festgelegt.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Festlegung erfolgt gemäß den Erläuterungen zu G.57 *Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* als Grobtrasse. Sie beruht auf dem im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung untersuchten Verlauf und ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung liegt noch kein abschließendes Ergebnis der Linienbestimmung vor. Daher besteht aktuell kein Änderungserfordernis.

AZ: BET_283000_1	
Industrie- und Handelskammer zu Köln	
1033426_001, Industrie- und Handelskammer zu Köln	
<p>Inhalt</p> <p>Wir fordern, dass das Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans zeitnah abgeschlossen wird. Kommunen und die gewerbliche Wirtschaft brauchen dringend Planungssicherheit, hierfür ist ein neuer rechtskräftiger Regionalplan von zentraler Bedeutung.</p> <p>Um dem Bedarf der Kommunen und Wirtschaft an Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) zukünftig gerecht zu werden, muss unbedingt die Einleitung von Änderungsverfahren zeitnah nach Inkrafttreten des Regionalplans möglich sein.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

Inhalt

1. Stellungnahme der IHK Köln zu den Textlichen Festlegungen und Begründung

Wir beanstanden, dass auch im zweiten Planentwurf das Flächenangebot für Gewerbe und Industrie – insbesondere im Kölner Stadtgebiet – für eine erfolgreiche und zukunftsweisende wirtschaftliche Entwicklung der Region immer noch unzureichend ist. Jede zusätzliche potenzielle Flächenstreichung im weiteren Verfahren ist für unsere industriestarke Region schädlich und somit unbedingt zu unterlassen.

Wir finden es gut, dass die Regionalplanungsbehörde mit der Festlegung einer neuen Flächenkategorie „GIBtransformation“ (insg. 314 ha Fläche im Rhein-Erft-Kreis) unserer Forderung nach zusätzlichen Flächen für den Strukturwandel im Rheinischen Revier nachgekommen ist.

Wir kritisieren jedoch, dass gemäß § 38 LPlG NRW i.V.m. Ziel 6.1-1 LEP NRW GIBtransformation Vorhaben / Nutzungen mit klimaschonenden Produktionsweisen vorbehalten ist und somit alle nicht mit dieser Zweckbindung vereinbaren Planungen und Maßnahmen ausschließt.

Wir lehnen ab, dass Unternehmen mindestens ein Merkmal des von der Regionalplanungsbehörde erarbeiteten Kriterienkataloges erfüllen müssen, um sich auf GIBtransformation-Flächen ansiedeln zu können. Der Pflichtcharakter der Kriterien bedeutet auf kommunaler Planungs- und Genehmigungsebene zusätzlichen bürokratischen Aufwand, kann zu Planungs- und Rechtsunsicherheiten führen und letztendlich auch den dringend zeitnah umzusetzenden Strukturwandelprozess aufhalten. Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Kriterienkatalog in seiner derzeitigen Form ab und fordern eine Ausgestaltung als Kann-Bedingung (bspw. „...möglichst an folgende Kriterien halten...“).

Weitere Ausführungen der IHK Köln zu den GIBtransformation-Flächen finden sich im Abschnitt zum Rhein-Erft-Kreis (s. S. 5).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005280 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend wird ausgeführt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden zudem Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Hierzu wird in der Begründung u.a. ausgeführt, dass – in einem intensiven Beteiligungsprozess mit allen wirtschaftsrelevanten Akteuren – insbesondere die teilregionalen Gewerbeflächenkonzepte der Kommunen und Kreise als wesentliche Grundlage bei der Neuaufstellung des Regionalplans Köln und insbesondere bei der Verortung von großen zusammenhängenden und interkommunal zu entwickelnden GIB-Standorten eingeflossen sind.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten

Planungsraum. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben somit eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

In Bezug auf die Anregung zu den GIBtransformation bezüglich der Zweckbindung und der Kriterien gilt, dass der Regionalplan Köln eine bedarfsgerechte Verteilung verschiedener Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, sichert. Gemäß § 38 LPIG NRW „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Zudem ist hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien darauf zu verweisen, dass es sich um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Sie stellen somit eine Auslegungshilfe für den Wortlaut des § 38 LPIG dar. Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat diese am 09.12.2022 und der Regionalrat des Regierungsbezirk Düsseldorf am 15.12.2022 beschlossen. Planungen und Vorhaben unter Anwendung des § 38 LPIG NRW 2005 in der Fassung vom 28.05.2024 müssen mindestens einem dieser Kriterien entsprechen; die Kriterien müssen nicht kumulativ, d.h. in ihrer Gesamtheit erfüllt sein. Kritik am §38 LPIG richtet sich zudem an die Ebene der Landesplanung. Eine Festlegung als Ziel erfolgt somit in sachgerechter Weise auf Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Die Regelungen des §38 LPIG erfordern zudem eine entsprechende Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ergänzend wird auf die Ausführungen zu ID 1033426_020 verwiesen.

Inhalt

Einzelne textlich festgelegte Ziele und Grundsätze im zweiten Regionalplanentwurf wurden aufgrund des OVG NRW-Urteils zur 1. Änderung des LEP NRW und der hiermit verbundenen (Teil-)Unwirksamkeit bestimmter einzelner Festlegungen (u.a. 2-3 Ziel Siedlungsraum und Freiraum, 2-4 Ziel Entwicklung der Ortsteile im Freiraum) angepasst. Wir fordern, dass die von der Regionalplanungsbehörde weiterhin in Aussicht gestellte Ausnahme zur Festlegung von isoliert im Freiraum liegenden GIB in der Praxis auch umgesetzt wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Hierzu klarstellend: Der Verweis zu den Ausnahmeregelungen von Ziel 6.3-3 LEP NRW entfällt, um im Regionalplan Köln Redundanzen zu vermeiden. Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung von Inhalten des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen. Der Hinweis greift daher die weiterhin bestehende entsprechende Rechtsgrundlage zur Einzelfallbetrachtung bei isoliert im Freiraum liegenden Standorten gem. LEP NRW auf Ebene der Landesplanung auf.

1033426_004, Industrie- und Handelskammer zu Köln

Inhalt

Der infolge des OVG NRW-Urteils wieder wirksame 6.1-2 Grundsatz Leitbild „flächensparende Siedlungsentwicklung“ im LEP NRW hat zur Folge, dass der zweite Regionalplanentwurf nun die Festlegung eines neuen Grundsatzes G. neu1 „Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen“ vorsieht, mit dem u.a. die Flächeninanspruchnahme im Regierungsbezirk Köln langfristig auf „Netto-Null“ reduziert werden soll. Grundsätzlich wird eine nachhaltige und ressourcenschonende Flächenpolitik vonseiten der IHK Köln unterstützt. Die Bundes-, Landes- und Regionalplanung muss aber anerkennen, dass überzogene Forderungen beim Flächenverbrauch „von 5 ha hin zu Netto-Null“ das falsche Signal sind. Die Annahme, Industrie und Logistik könnten über reine Innenentwicklung und Verdichtung von Flächen sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen national wie auch international wettbewerbsfähig bleiben, ist falsch. Das 5 ha- bzw. Netto-Null-Flächensparziel darf in besonderem Maße keine Anrechnung auf den Strukturwandelflächen des Rheinischen Reviers finden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung hier konkret dem Flächensparziel vorgebracht.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Ergänzend sei hierzu ausgeführt, dass der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch festlegt und eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen sicherstellt.

1033426_005, Industrie- und Handelskammer zu Köln	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Es ist erfreulich, dass die Regionalplanungsbehörde unserer Forderung nachgekommen ist, im Erläuterungsteil zum Ziel Z.6 „ASBflex und GIBflex bedarfsgerecht entwickeln“ Beispiele anzuführen, was unter dauerhaften Vollzugshindernissen zu verstehen ist. Damit sind bessere Anwendbarkeit und sichere Umsetzung des Instruments möglich.</p>	

Inhalt

Wir fordern, dass der zwecks Redundanzvermeidung von LEP NRW-Festlegungen im Regionalplan nicht noch einmal aufgeführte Umgebungsschutz für GIB, Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr, der Flughafen- und Entsorgungsinfrastruktur auf kommunaler Ebene weiterhin gewährleistet ist.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Ergänzend wird ausgeführt, dass die angeführten Belange bereits im Verfahren berücksichtigt wurden. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend wird darauf verwiesen, dass die Umsetzung des § 50 BImSchG einschließlich des dort normierten Abstandsgebotes durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen auf Ebene des Regionalplans u. a. durch Festlegung der Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) erfolgt. Dabei gleicht die Regionalplanung regelmäßig großräumige Konflikte aus. Weitergehende Ausführungen z.B. zur bestehenden Gemengelage bzw. dem Umgang mit kleinräumigen Nutzungskonflikten auf den nachgelagerten Planungsebenen finden sich zudem in den Ausführungen der Begründung u.a. im Kapitel C. Begründung zur Erläuterung.

Inhalt

Nachfolgend nehmen wir Stellung zum Abschnitt "Verkehrsinfrastruktur" in der Begründung:

Bei Neuanlage von Radwegenetzen muss die verkehrliche Bedeutung mit Straßen-/ Schienenwegen realistisch abgewogen werden. Radschnellwege sollen bereits ab 2.000 potenziellen Radfahrenden am Tag geplant werden (Quelle: Straßen NRW), Straßen gelten jedoch, abgesehen sie binden GIB-Bereiche mit besonderer Zweckbindung an, erst als regionalbedeutsam, wenn sie eine Verkehrsbelastung von 7.500 Kfz pro Tag aufweisen. Wir fordern, dass potenzielle Trassen für den Straßen- und Schienengüterverkehr vorrangig gegenüber dem Radverkehr behandelt werden müssen, insbesondere jene Trassen mit einer hohen Bedeutung für die Wirtschaft. Die Umverteilung bestehenden Straßenraums ist im Einzelfall abzuwägen (Dokument A-4-1 Begründung, S. 193ff. u. S. 208).

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die zeichnerische Festlegung von bestehenden und geplanten Straßen und Schienenwegen erfolgt entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3 und 5.1.4). Eine Festlegung von Radschnellwegen im Regionalplan erfolgt aufgrund des fehlenden Sicherungsauftrags bislang nicht. Daher ist auf Ebene des Regionalplans kein Konflikt erkennbar und die Anregung richtet sich an die Ebene der Fachplanung.

Inhalt

Bei Reaktivierungen bzw. Neubauten muss stets auch der Güterverkehr berücksichtigt werden, in den Ausführungen zum G. 55 "Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen berücksichtigen" ist ein starker Fokus auf Personentransport festzustellen. Ziel muss es sein, produzierenden und logistikintensiven Unternehmen einen Anschluss an das Schienennetz zu ermöglichen (Dokument A-4-1 Begründung, S. 200f.).

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte des G.55 hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Grundsatzes G.55. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus sichert der Regionalplan Schienenwege, sofern sie dem Sicherungsauftrag entsprechen. Dabei werden auch Schienentrassen festgelegt, die dem Güterverkehr dienen (bspw. Braunkohlebahnen, Werksbahnen). Die Ermittlung eines Bedarfs für den Neubau oder die Reaktivierung von Schienenstrecken für den Güterverkehr erfolgt in der Fachplanung.

Inhalt

Mobilstationen in Gewerbegebieten müssen stärker in den Fokus rücken, um den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsträger bei Arbeitswegen zu fördern. In den Ausführungen zum G. 56 "Raum für Mobilstationen vorhalten" werden die wirtschaftlichen Interessen von Mobilstationen bisher nicht adäquat berücksichtigt (Dokument A-4-1 Begründung, S. 202).

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte des Grundsatzes G.56 hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Festlegung G.56 bezieht sich auf Mobilstationen an geeigneten Haltepunkten des ÖPNV, um durch die verkehrsreduzierende Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur zu einer energiesparenden Siedlungs- und Verkehrsentwicklung beizutragen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dabei kann die Lage eines Verknüpfungspunktes (Wohngebiet, Gewerbegebiet, Versorgungszentrum etc.) je nach Geeignetheit variieren.

Darüber hinausgehende Motive für Planungen von Mobilstationen, beispielsweise aus wirtschaftlichen Interessen eines Unternehmens heraus, sind durch die Festlegung nicht ausgeschlossen. Die Ausarbeitung von Konzepten sowie die konkrete Planung von Mobilstationen obliegt der Ebene der Fachplanung bzw. kommunalen Planung.

Inhalt

In der Begründung fehlen eine Reihe von Maßnahmen, bei denen es sich durchweg um Kapazitätserweiterungen bereits bestehender Straßen handelt, z.B. Ausbau der A 4 Autobahnkreuz Köln – Süd – Rodenkirchener Brücke – Gremberg (A4plus) (Dokument A-4-1 Begründung, S. 205ff.: G. 57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden bestehende Straßen festgelegt, die eine funktionale Bedeutung für den regionalen, überregionalen oder großräumigen Verkehr haben (vgl. Z.30). Durch die zeichnerische Festlegung als Vorranggebiet wird das regionalbedeutsame Straßennetz inklusive seiner Erweiterung vor konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen geschützt (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Auf diese Weise werden Funktion und Entwicklungsmöglichkeiten der jeweiligen Straße vor entgegenstehenden Planungen gesichert. Die Konkretisierung möglicher Erweiterungen obliegt der Fachplanung. Eine Auflistung bestehender Straßen in der Begründung erfolgt nicht.

Tabelle 24 zu Grundsatz G.57 umfasst nur Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen von Bund und Land ohne räumliche Konkretisierung.

Inhalt

Der Flughafen Köln/Bonn ist gemäß Ziel 8.1-6 LEP NRW als landesbedeutsame Flughafeninfrastruktur festgelegt. Vor diesem Hintergrund fordern wir, dass erweiterte Lärmschutzzonen nicht als Vorwand genutzt werden dürfen, den Flugbetrieb im Tag- und Nachtflug einzuschränken. Für den Wirtschaftsstandort Köln ist die Nachtfluggenehmigung unter Auflagen ein strategischer Standortfaktor für Logistik, Industrie und Tourismus, die nicht gestrichen werden darf (Dokument A-4-1 Begründung, S. 211: G. 61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen).

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen: Zusätzlich zu den allgemeinen Bauverbots, die aus den fachgesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm resultieren, legt der Regionalplan Erweiterte Lärmschutzzonen fest. Für diese wird im LEP das Ziel formuliert, dass „neue Flächen und Gebiete mit überwiegender Wohnnutzung und schutzbedürftige Einrichtungen nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm möglichst in einem ausreichenden Abstand vom Gelände bestehender und geplanter Flugplätze ausgewiesen werden“. Dadurch sollen sensible Nutzungen vor Fluglärm geschützt werden. Im Umkehrschluss erschwert diese Festlegung auch das Heranrücken sensibler Nutzungen an den Flughafen und dient damit auch der Sicherung des Betriebs der Flughäfen. In den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen wird dies durch die Aufnahme eines Hinweises in Bebauungsplänen innerhalb der Erweiterten Lärmschutzzonen gewährleistet, in denen Bauwillige auf die erhebliche Lärmbelastung durch den Flugverkehr hingewiesen werden.

Darüber hinaus werden Hinweise zur Nachtfluggenehmigung gegeben, die über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus gehen.

Inhalt

2. Bewertung der Änderungen in den Kreisen und kreisfreien Städten des IHK-Bezirks Köln

Stadt Köln

Der zweite Planentwurf des Regionalplans sieht für die Stadt Köln einen Bedarf an gewerblichen Flächen in Höhe von 904 ha vor, demgegenüber steht ein Potential von lediglich 405 ha. Wir beanstanden, dass das Flächendefizit an Gewerbeflächen im Kölner Stadtgebiet gegenüber dem ersten Planentwurf nahezu unverändert geblieben ist (2022: 492 ha; 2024: 499 ha).

Vor dem Hintergrund der weiterhin dramatisch geringen Flächenverfügbarkeit für Gewerbe und Industrie in Köln fordern wir zumindest den Beibehalt aller nun im zweiten Planentwurf ausgewiesenen GIB-Flächen. Die hohe Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen muss zukünftig durch verstärkte Flächenneuausweisungen befriedigt werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Auf die Erläuterungen zu StnID 1005280, 1. Offenlage wird verwiesen.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden

1033426_013, Industrie- und Handelskammer zu Köln

Inhalt

Unsere Hinweise und Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung zum ersten Planentwurf wurden im überarbeiteten Regionalplanentwurf leider nur teilweise umgesetzt, z.B. Beibehaltung der potentiellen Erweiterungsfläche des Godorfer Hafens als Bereich für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Inhalt

Ein Großteil der zeichnerischen Änderungen zielt auf die planerische Sicherung bestehender Gewerbe- und Industriebetriebe ab (z.B. Umwandlung der Festlegung einer bestehenden emittierenden gewerblich genutzten Fläche von Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) in GIB im Bereich der Manforter Straße in Mülheim). Dies stellt lediglich einen rechnerischen Gewinn auf Ebene der Regionalplanung dar. Notwendig ist jedoch eine Ausweisung tatsächlich neuer verfügbarer Flächen, um den Wirtschaftsstandort Köln zu sichern und zu entwickeln.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zu fehlenden Flächen für die gewerblichen Entwicklung vorgebracht.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIB regional sichern und*

umsetzen und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1033426_015, Industrie- und Handelskammer zu Köln

Inhalt

Unsere Zustimmung findet die zeichnerische Festlegung einer ca. 12 ha großen GIB Erweiterungsfläche nahe dem Gewerbegebiet rund um den Chempark Dormagen nördlich von Roggendorf/Thenhoven.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033426_016, Industrie- und Handelskammer zu Köln	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Weiterhin stehen wir der Umwandlung einer ca. 12 ha großen Fläche von ASFB in GIB in Lind positiv gegenüber, die zugleich eine sinnvolle Erweiterung der bestehenden, sich über die Kölner Stadtgrenzen erstreckenden GIB-Flächen darstellt.</p>	

Inhalt

Wir kritisieren die Umwandlung von GIB in ASB nördlich der Wilhelm-Mauser Straße auf dem ca. 25 ha großen ehemaligen Coty-Areal in Bickendorf, da hierdurch erneut wertvolle Gewerbe- bzw. Industrieflächen im Kölner Stadtgebiet wegfallen, ohne dass diese einem adäquaten Ausgleich zugeführt werden. Auf diese Weise verschärft sich die bereits vorhandene Flächenkonkurrenz weiter.

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: kommunale Entwicklungsabsicht als wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Ausweisung als ASB (nördlich) und GIB (südlich) entspricht den örtlichen Entwicklungsabsichten.

Dies wird auch durch die Stellungnahme der Stadt Köln im Rahmen der zweiten Offenlage bestätigt (s. ID 1033424_002). Ein Widerspruch zu kommunale Entwicklungsabsicht als wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche besteht demnach nicht mehr.

Hinsichtlich der Kompensation "wegfallender" GIB-Potentiale wird darauf verwiesen, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung der Raum- und Umweltverträglichkeit sowie der landesplanerischen Vorgaben alle GIB-Potentiale innerhalb der Stadt Köln mit kommunaler Entwicklungsabsicht regionalplanerisch gesichert werden.

1033426_018, Industrie- und Handelskammer zu Köln

Inhalt

Unsere Ablehnung findet auch die Rücknahme der ursprünglich im ersten Planentwurf vorgenommenen Umwandlung einer ca. 26 ha großen Fläche von AFAB in GIB nördlich des Zubringers zur A 57 in Volkhoven-Weiler.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. (s. ID 1002900 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Rhein-Erft-Kreis

Um einen erfolgreichen Strukturwandel vollziehen zu können, müssen frühzeitig zusätzliche große zusammenhängende industriell nutzbare Flächen im Rhein-Erft-Kreis ausgewiesen werden. Die aktuell durch die Kraftwerke genutzten Flächen werden erst nach langen Rückbauphasen zur Verfügung stehen und dienen damit nicht den zu bewältigenden Herausforderungen des Strukturwandels. Der aktuelle Regionalplanentwurf sieht für den endogenen Flächenbedarf der Kommunen 512 ha gewerbliche Flächen vor, demgegenüber steht ein Potential von 548 ha. Wir fordern im weiteren Verfahren den Beibehalt aller derzeit ausgewiesenen GIB-Flächen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass sich die tatsächlich nutzbaren Flächen zur Befriedung der Bedarfe in den jeweiligen Kommunen in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung stark unterscheiden können. Es gilt zu berücksichtigen, dass in den Bedarfsermittlungen der Kommunen auch bauliche Flächen einfließen, die beispielsweise aufgrund von Betriebsreserven oder einem geringen Entwicklungspotenzial zur Ansiedlung von Unternehmen nicht zur Verfügung stehen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zu den Herausforderungen des Strukturwandels sowie für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Ergänzend wird hierzu ausgeführt:

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbewachung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert. Für gewerbliche und industrielle Flächenreserven, die der Erweiterung eines bestehenden Betriebes dienen (betriebsgebundene Erweiterungen), gelten die landeseinheitlichen Regelungen zur Erfassung gemäß sfm. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Inhalt

Laut Bezirksregierung Köln sollen nichtumsetzbare GIBtransformation-Flächen schnellstmöglich durch weitere Flächenausweisungen ersetzbar sein. In der Praxis ist nicht geklärt, wann eine Fläche als nichtumsetzbar gilt. Als Beispiel möchten wir hier die GIBtransformation-Fläche Kerpen-Süd nennen. Wir befürchten, dass die Fläche Kerpen-Süd aufgrund der nachfolgenden Entwicklungshemmnisse nicht realisierbar ist: Dort verläuft eine Hochspannungsleitung, es sind zwei landwirtschaftliche Betriebe vorhanden, und es haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die die Darstellung als GIBtransformation verhindern möchten.

Wir fordern daher bereits mit Festsetzung des Regionalplans klare Regelungen zu treffen, die definieren, wann eine GIBtransformation-Fläche als nicht realisierbar gilt, damit diese schnellstmöglich mittels alternativer Flächenausweisungen kompensiert werden kann.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu einer nachgeordneten Planung gegeben.

Es wird erläuternd darauf verwiesen, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Die Entwicklung von solchen profilierten Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft im Rheinischen Revier und erfolgte zudem in enger Abstimmung mit den Kommunen. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Hinsichtlich der Umsetzungsfähigkeit von Flächen kann auf bauleitplanerischer Ebene für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPIG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Weitergehende Regelungen auf Ebene des Regionalplans sind nicht erforderlich.

1033426_021, Industrie- und Handelskammer zu Köln	
Inhalt	Abwägung
Wir fordern Korrekturen nachfolgender zeichnerischer Darstellungen:	Typ Hinweis
In der Textlichen Festlegung auf S. 82, Abschnitt 3.3.2.4. ist für die Kommune Elsdorf ein GIBz-Autohof vorgesehen. Zeichnerisch ist das GIBz-Autohof nicht dargestellt. Dies muss ergänzt werden.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung Die Festlegung des GIBz (Symbol Z) ist in den Zeichnerischen Festlegung des Regionalplans Köln enthalten (siehe A-2-7 Blatt04_Rhein Erft Kreis_Planentwurf).

Inhalt

Die aktuell eingezeichnete Trasse zur A 553 / "Rheinspange" im Regionalplanentwurf entspricht nicht der zur Liniengenehmigung dem Fernstraßenbundesamt vorgelegten Trasse. Diese verläuft südlich von Wesseling, unterquert den Rhein, kommt nördlich von Niederkassel wieder zutage und trifft südlich von Libur auf die A 59 (s. a. <https://rheinspange.nrw.de/vorzugsvariante/>).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Festlegung erfolgt gemäß den Erläuterungen zu G.57 *Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* als Grobtrasse. Sie beruht auf dem im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung untersuchten Verlauf und ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Zum Zeitpunkt der Planaufstellung liegt noch kein abschließendes Ergebnis der Linienbestimmung vor. Daher besteht aktuell kein Änderungserfordernis.

Inhalt

Leverkusen und Rheinisch-Bergischer Kreis

Wir beanstanden, dass der zweite Planentwurf in Leverkusen weiterhin ein Flächendefizit an Gewerbeflächen von 152 ha vorsieht. Im Rheinisch-Bergischen-Kreis hat sich das Flächendefizit an Gewerbeflächen von 68 ha im Jahr 2022 auf 27 ha in 2024 reduziert.

Unsere Hinweise und Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegung zum ersten Planentwurf wurden größtenteils im überarbeiteten Regionalplanentwurf umgesetzt (z.B. Festlegung einer GIBinterkommunal-Fläche in Burscheid).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise zum bestehenden Flächendefizit in Leverkusen geäußert.

Ergänzend wird hierzu ausgeführt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und hier konkret in den angrenzenden Kreisen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

1033426_024, Industrie- und Handelskammer zu Köln

Inhalt

Die im Regionalplanentwurf ausgewiesenen Gebiete für die interkommunalen Kooperationen in Burscheid, Kürten-Spitze, Wermelskirchen sowie Overath-Vilkerath stellen aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag für die Förderung eines integrierten und regional abgestimmten Ansatzes zur Entwicklung dar. Diese Maßnahmen unterstützen nicht nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, sondern stärken auch die regionale Identität und den Austausch von Ressourcen und Know-how.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Zudem werden keine Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033426_025, Industrie- und Handelskammer zu Köln

Inhalt

Die Ausweisung von ASB und GIB im Gewerbegebiet Rösrath-Rambrücken findet unsere Zustimmung. Die Differenzierung zwischen diesen Gebieten berücksichtigt die spezifischen Gegebenheiten und Anforderungen der örtlichen Entwicklung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Oberbergischer Kreis

Wir kritisieren, dass das für den Oberbergischen Kreis ermittelte Potential für Gewerbe und Industrie gegenüber dem ersten Planentwurf nahezu unverändert geblieben ist (2022: 511 ha; 2024: 508 ha). Kleinere, unzusammenhängende Flächen, womöglich noch mit schwierigen topographischen Verhältnissen, können nicht in der Summe als Gesamtpotentialfläche GE/GI für eine Kommune gerechnet werden. Ziel muss es nach wie vor sein, den örtlich ansässigen Industriebetrieben eine Entwicklungsperspektive zu bieten.

Wir finden es gut, dass in der zweiten Offenlage regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt sind. Im Oberbergischen Kreis sind die Teilregionen Nord und Mitte mit dem GIBreg in Radevormwald und Wiehl berücksichtigt worden (insg. 32 ha). Allerdings fehlen adäquate Flächen im Süden des Kreises. Um eine gewerbliche Entwicklung auch im Süden möglich zu machen, müssen entsprechende Flächen ausgewiesen werden. Der industriestärke Oberbergische Kreis benötigt größere, zusammenhängende Flächen. Aus dem Süden des Oberbergischen Kreises wird daher kein Unternehmen eine Erweiterung im Norden oder der Mitte planen, sondern gegebenenfalls den Standort komplett aufgeben. Daher fordern wir nach wie vor, wenigstens ein GIBreg im Süden des Kreises raumordnerisch zu verorten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise zur Flächensituation im Oberbergischen Kreis sowie Anregungen zur zusätzlichen Verortung von GIBregional geäußert.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Ergänzend wird hierzu ausgeführt, dass sich gegenüber der ersten Beteiligung zudem keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte ergeben. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Die Festlegung regionaler Potentiale im neuen Regionalplan Köln soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. Hierbei sollen Flächenbereitstellungen insbesondere der Betriebsverlagerung bzw. -auslagerung von Betriebsteilen vor allem für bestehende gewerbliche und industrielle Nutzungen dienen und greifen somit die Anregung der IHK Köln auf.

Zudem wurde eine detaillierte kreisweise Betrachtung und differenzierte Auswertung der vorliegenden Konzeptionen in den Teilregionen vorgenommen und in Abstimmung mit dem Regionalrat – dort wo erforderlich – die Verortung weiterer regional bedeutsamer Standorte in Teilregionen entsprechend abgeleitet, so auch im Oberbergischen Kreis. Auswertungen des teilregionalen Konzepts haben hierbei ergeben, dass beispielsweise im Oberbergischen Kreis nur 5 % der bauleitplanerisch gesicherten Flächen größer als 5 ha sind (Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH 2016, S. 7). Hierzu sowie zu weiteren Ausführungen hinsichtlich der Beachtung der landesplanerischen Vorgaben wird in der Begründung verwiesen. Erläuternd wird zudem ausgeführt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich

vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Bezug auf die Anrechnung vorhandener Reserven wird darauf verwiesen, dass die Siedlungsflächenreserven über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst werden. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden.

Inhalt

Außerdem fordern wir, der Anregung der Gemeinde Engelskirchen in Bezug auf das GIB 097-001 Wiehlmünden Folge zu leisten: Zielsetzung der Gemeinde war es nicht, die Flächen im Gewerbegebiet zurückzuentwickeln, sondern vielmehr das östlich der Straße und des Siedlungsrandes Wiehlmünden vorhandene Naturschutzgebiet als GIB-Darstellung zurückzunehmen. Daher regt die Gemeinde Engelskirchen an, die Gewerbegebietsflächen als GIB-Darstellung aufrechtzuerhalten und die östliche Ausdehnung des GIB 097-001 als Freiraum darzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Die von der Gemeinde Engelskirchen im Rahmen der 1. Offenlage angeregte Rücknahme der Flächen, die aufgrund der Topographie und naturschutzrechtlicher Einschränkungen gewerblich nicht entwickelbar sind, wurden im Planentwurf für die 2. Offenlage aus der GIB-Flächenkulisse entfernt. Abzüglich der Flächen, die im Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen und gemischten Bauflächen dargestellt werden, ist die verbleibende Flächenkulisse kleiner als 10 ha und liegt somit unterhalb der Schwelle der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet

werden.

Inhalt

3. Zusammenfassend fordert die IHK Köln

- Abschluss des sich bereits viel zu langhinziehenden Verfahrens und ein zügiges Inkrafttreten des Regionalplans,
- Ausgestaltung des Kriterienkatalogs für GIBtransformation-Flächen als Kann-Bedingung,
- Keine weiteren Streichungen von GIB-Flächen im weiteren Verfahren sowie
- Ausweisung zusätzlicher GIB-Flächen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist in Teilen (Spiegelstrich 1, 3-4) inhaltsgleich mit weiteren Anregungen des Stellungnehmers im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung.

Hierzu wird auf den Abwägungsvorschlag an anderer Stelle und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. u.a. ID 1033426_001, ID 1033426_017, ID 1033426_002, ID 1033426_26).

Hinsichtlich der Anregung zur Ausgestaltung des Kriterienkatalogs für GIBtransformation-Flächen als Kann-Bedingung gilt, dass der Anregung nicht gefolgt wird.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind. Hierzu gilt, dass die Festlegung von GIBtransformation auf Grundlage des § 38 Landesplanungsgesetz NRW (LPIG) erfolgt. Gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ soll die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Entwicklung der Wirtschaft und die sehr langfristige Umgestaltung und Beeinflussung des Raums durch Braunkohlegewinnung in großen Tagebauen besonders in den Blick nehmen. Dies soll dadurch erfolgen, dass sie für das Rheinische Revier einen besonders langen Planungszeitraum bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächen gemäß Ziel 6.1-1 Landesentwicklungsplan NRW zugrunde legt. Dies soll dazu dienen, den erhöhten Flächenbedarfen Rechnung zu tragen, die für die Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Hinsichtlich der im Ziel benannten Kriterien ist darauf zu verweisen, dass es sich hierbei um gem. § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmte Kriterien handelt, die für die Bestimmung der für den Strukturwandel besonders bedeutsamen Vorhaben auf diesen Flächen anzuwenden sind. Sie stellen somit eine Auslegungshilfe für den Wortlaut des § 38 LPIG dar. Der Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln hat diese am 09.12.2022 und der Regionalrat des Regierungsbezirk Düsseldorf am 15.12.2022 beschlossen. Planungen und Vorhaben unter Anwendung des § 38 LPIG NW 2005 in der Fassung vom 28.05.2024 müssen mindestens einem dieser Kriterien entsprechen; die Kriterien müssen nicht kumulativ,

d.h. in ihrer Gesamtheit erfüllt sein. Eine Festlegung als Ziel erfolgt somit in sachgerechter Weise auf Grundlage der landesplanerischen Vorgaben (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Entwicklung von solchen profilierten Wirtschaftsflächen im Rheinischen Revier ist von zentraler Bedeutung für die Transformation der Wirtschaft im Rheinischen Revier. Die Regelungen des § 38 LPlG erfordern daher eine entsprechende Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben hierzu eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung hinsichtlich der Einhaltung der Kriterien gewährleistet werden.

AZ: BET_284000_1	
Handwerkskammer Aachen - Bauleitplanung	
1033507_001, Handwerkskammer Aachen - Bauleitplanung	
<p>Inhalt</p> <p>Wir verweisen auf die Stellungnahme der Handwerkskammer zu Köln vom 15.11.2024, der wir uns vollumfänglich anschließen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme mit der ID 1034290 im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung verwiesen. Siehe hierzu Abwägungsvorschlag gemäß den Erläuterungen zu StnID 1034290_001, 1034290_002, 1034290_003.</p>

AZ: BET_285000_1

Handwerkskammer zu Köln

1034290_001, Handwerkskammer zu Köln

Inhalt

Wir verweisen auf unsere ursprüngliche Stellungnahme vom 31.08.2022 und bekräftigen die darin enthaltenen Forderungen. Die formulierten Anforderungen zur Sicherung und Förderung von Gewerbeflächen im Interesse des Handwerks behalten vor dem Hintergrund der aktuellen Planungsansätze weiterhin ihre volle Gültigkeit und gewinnen durch zusätzliche Umwidmungen von GIB- hin zu ASB-Flächen zusätzlich an Gewicht. Im Vergleich zur ersten Version des Plans sehen wir verstärkt Herausforderungen für die Ansiedlung und Entwicklung von Handwerksbetrieben, die sich vor allem aus zunehmenden Nutzungskonkurrenzen mit Wohnbauflächen und restriktiveren Gewerbeflächenausweisungen ergeben. Die zunehmende Konkurrenz zwischen Wohnungsbau und Gewerbe hat das verfügbare Flächenangebot reduziert und verteuert. Diese Entwicklung wirkt sich direkt und nachteilig auf die Ansiedlungsbedingungen des Handwerks aus und erfordert Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerksstandortes nachhaltig absichern.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. u.a. ID 1004101 im Rahmen der 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt bzw. wird der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von

Anfragen gemäß § 34 LPIG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Auf Ebene des Regionalplans besteht daher kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Bezug auf zusätzliche Umwidmungen von GIB hin zu ASB Flächen - sowie der im Vergleich zur ersten Version des Plans angesprochenen verstärkten Herausforderungen für die Ansiedlung und Entwicklung von Handwerksbetrieben sowie einer zunehmenden Konkurrenz zwischen Wohnungsbau und Gewerbe und einer Reduzierung des Flächenangebotes - ist eine Zuordnung zu einem konkreten Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung hier nicht möglich. Auf Ebene des Regionalplans besteht in Bezug auf nachteilige Ansiedlungsbedingungen des Handwerks bzw. Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Handwerksstandortes nachhaltig absichern darüber hinaus ebenenspezifisch kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Erreichbarkeit und Verkehrsanbindung der GIB-Flächen

Wir fordern eine deutliche Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit der GIB-Gebiete. Insbesondere fehlt ein integriertes Konzept für Mobilstationen und alternative Mobilitätsangebote, die auf die Anforderungen moderner Wirtschafts- und Lieferlogistik zugeschnitten sind. Das Prinzip der „letzten Meile“ muss dabei ins Zentrum der Planung rücken: Gerade die finalen Transportwege zu und von den GIB-Flächen erfordern eine flexible, schnelle und umweltfreundliche Anbindung, um den Zugang für Mitarbeitende sowie Auszubildende und die Effizienz im Wirtschaftsverkehr sicherzustellen. Mobilstationen sind hier von zentraler Bedeutung – nicht nur für den Mitarbeitendenverkehr, sondern auch für die Nutzung von alternativen Mobilitätsangeboten wie Lastenfahrrädern, Carsharing und E-Fahrzeugen für den Lieferverkehr. Der Regionalplan muss an diesen Punkten nachgebessert werden, um die Verkehrsversorgung der Gewerbegebiete bedarfsgerecht und klimafreundlich zu gestalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Die angeregte Änderung entspricht zudem nicht dem Sicherungsauftrag des Regionalplans und der damit verbundenen Festlegungsmethodik (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3 und 5.1.4) und geht zudem über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Zur Erläuterung: Der Regionalplan greift die Anregung im Sinne einer Integration von Mobilstationen im *G.56 Raum für Mobilstationen vorhalten* bereits auf. Demnach sollen im Rahmen der Fachplanung, der kommunalen Bauleitplanung sowie von städtebaulichen und verkehrlichen Entwicklungskonzepten die Einrichtung von Mobilstationen sowie die erforderliche Sicherung von Flächen geprüft werden. Dies betrifft auch die Anbindung der GIB.

Zudem gilt in Bezug auf die verkehrlichen Erreichbarkeit der GIB-Gebiete, dass gemäß den Vorgaben des LEP NRW in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern ist. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat u.a. mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuauflistung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Im Rahmen des Region+ Wirtschaft-Prozesses wurden – zur Beachtung des landesplanerischen Belangs einer möglichst kurzwegigen Anbindung neuer GIB-Standorte – beispielsweise vier Teilkriterien mit jeweils spezifischen Indikatoren

	<p>(Anbindung an das überörtliche Straßennetz, Notwendigkeit von Ortsdurchfahrten, Multimodalität, Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr (SPNV)) berücksichtigt, die mit unterschiedlicher Gewichtung in die Prüfung der Einzelstandorte eingegangen sind. Eine potentielle Nutzung des SPNV ist für die mögliche Erreichbarkeit der neuen Standorte durch Pendler hierbei ebenfalls als Kriterium in das Ranking eingeflossen. Auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung wird hier verwiesen.</p>
--	--

Inhalt

Flexibilisierung und Umwandlung von GIB-Flächen

Grundsätzlich begrüßen wir die Bestrebungen des Regionalplans, GIB-Flächen so zu flexibilisieren und umzugestalten, dass sie wirtschaftlich effizient, umweltfreundlich und flexibel für zukünftige Anforderungen nutzbar bleiben. Diese Ausrichtung ist ein wichtiger Schritt, um den Herausforderungen des Klimaschutzes gerecht zu werden und den Wandel hin zu einer nachhaltigen, resilienten Wirtschaft voranzutreiben. Auch für emittierendes Gewerbe muss Raum geschaffen werden, damit wichtige lokale Versorgungslösungen in den Stadtteilen erhalten bleiben. Teil der Lösung besteht in der zügigen gewerblichen Rekultivierung brachliegender und städtebaulich ungenutzter Flächen. Das Handwerk ist ein unverzichtbarer Transformationspartner in der Bewältigung der Klimaschutzbezogenen Herausforderungen. Handwerksbetriebe spielen eine zentrale Rolle in der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, sei es durch energieeffiziente Gebäudetechnik, die Installation erneuerbarer Energien oder durch nachhaltige Mobilitäts- und Fertigungslösungen. Sie leisten praktische Beiträge zur Reduzierung von Emissionen und entwickeln Lösungen, die im Alltag ihrer Kunden verankert sind. Handwerksbetriebe setzen direkt dort an, wo Klimaschutzmaßnahmen realisiert und lokal verwurzelt werden, und verfügen über das Wissen, um neue Techniken und nachhaltige Innovationen praxistauglich zu machen. Die Flexibilisierung und Umwandlung von GIB-Flächen sollte stets das Handwerk als wichtigen Akteur in der Klimawende mitdenken und als Teil einer zukunftsfähigen Wirtschaftsförderung fördern. Nur so können die bestehenden Potenziale des Handwerks zur Klimaanpassung und -minderung voll ausgeschöpft werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Es werden zudem allgemeine Informationen (und Hinweise) zur Bedeutung des Handwerks für den Klimaschutz vorgebracht.

Hierbei gilt, dass die Zeichnerische Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab (1:50.000), der die generelle Regelungstiefe des Regionalplans vorgibt, entsprechen. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

AZ: BET_3001_2	
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Bundesforst	
1034807_001, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Bundesforst	
<p>Inhalt</p> <p>Zu dem im Betreff genannten zweiten Planentwurfes zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln nehme ich nachfolgend für die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Sparte Bundesforst, Stellung.</p> <p>Ich möchte sie darauf hinweisen, dass die besonderen Anforderungen der Bundeswehr an die von ihr genutzten Flächen im Regionalplan korrekt wiedergegeben werden müssen.</p> <p>Als Beispiel möchte ich den Standortübungsplatz Wahner Heide nennen, hauptsächlich im Rhein Sieg Kreis gelegen. Diese militärische Liegenschaft wird in den Kartenwerken des Entwurfes zum Regionalplan nicht mit der korrekten Abgrenzung als militärische Fläche gekennzeichnet. Die Zuständigkeit liegt bei der Bundeswehr und Änderungen sind in Abstimmung mit dieser durchzuführen.</p> <p>Abschließend möchte ich zum Verfahren noch anmerken, dass der Auslagezeitraum und die damit einhergehende Frist für eine Stellungnahme von einem Monat, aus meiner Sicht zu kurz gewählt wurde. Insbesondere in Hinblick auf den großen Umfang des Verfahrens, der großen Anzahl an durch uns betreute Flächen und damit einhergehenden hohen zeitlichen Aufwand zur Überprüfung des Planentwurfes unsererseits.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass die Festlegung der Militärische Einrichtungen in Abstimmung mit der Bundeswehr erfolgt ist. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurden von Seiten der Bundeswehr keine Bedenken erhoben (s. ID 1033619_001).</p>

AZ: BET_312000_1	
Bezirksregierung Düsseldorf - Dezernat 32	
1033306_001, Bezirksregierung Düsseldorf - Dezernat 32	
<p>Inhalt</p> <p>Dezernat 26 (Luftverkehr):</p> <p>Zu ID 72: Im Grunde spricht nichts gegen die Festlegung des Sonder-landeplatzes Leverkusen-Kurtekotten als „Freiraumbereich für zweckge-bundene Nutzung“ mit der Zweckbestimmung „Sonderlandeplatz“. Je-doch ist dieser Platz bei weitem nicht der einzige Sonderlandeplatz im Plangebiet. Aus den Planunterlagen geht nicht eindeutig hervor, wes-halb diese Festlegung an genau diesem Platz erfolgt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Festlegung von Freiraumbereichen für zweckgebundene Nutzungen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Nachdem der Kalkberg als Landesplatz für die Luftrettung ausgeschieden ist, muss ein neuer Standort gesucht werden. Der jetzige Standort am Flughafen Köln/Bonn ist nur eine vorübergehende Lösung. Der Flugplatz Kurtekotten ist eine von mehreren Optionen als Standort für den Kölner Rettungshubschrauber. Um entgegenstehende Nutzungen zu unterbinden soll eine entsprechende Ausweisung des Flugplatzes Kurtekotten im Regionalplan Köln erfolgen.</p>

Inhalt

Dezernat 26 (Luftverkehr):

Zu ID 1026462: Gegen den Wegfall von G60 „Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen“ würde nichts sprechen, wenn im LEP entsprechende Ziele und Grundsätze formuliert sind. Die hierzu zitierten Grundsätze und Ziele aus dem LEP geben jedoch nicht die gleichen Inhalte wie der weggefallene G60 wieder.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung G.60 ist entfallen, um Redundanzen im Regionalplan Köln zu vermeiden. Da die Wirkweise des entfallenen Grundsatzes G.60 der des Ziel 8.1-7 LEP NRW entspricht, bedarf es keiner konkretisierenden Regelung der Regionalplanung.

Zusätzlich zu den allgemeinen Bauverböten, die aus den fachgesetzlichen Vorgaben des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm resultieren, legt der Regionalplan Erweiterte Lärmschutzzonen fest. Für diese wird im LEP das Ziel formuliert, dass „neue Flächen und Gebiete mit überwiegender Wohnnutzung und schutzbedürftige Einrichtungen nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm möglichst in einem ausreichenden Abstand vom Gelände bestehender und geplanter Flugplätze ausgewiesen werden“. Dadurch sollen sensible Nutzungen vor Fluglärm geschützt werden. Im Umkehrschluss erschwert diese Festlegung auch das Heranrücken sensibler Nutzungen an den Flughafen und dient damit auch der Sicherung des Betriebs der Flughäfen. In den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen wird dies durch die Aufnahme eines Hinweises in Bebauungsplänen innerhalb der Erweiterten Lärmschutzzonen gewährleistet, in denen Bauwillige auf die erhebliche Lärmbelastung durch den Flugverkehr hingewiesen werden.

Zudem ist die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Inhalt

Dezernat 32 (Regionalentwicklung):

Team Freiraum:

Zu ID 1001462: Bereich westliche ASB Erweiterung Lev.-Opladen:

Der Zweite Entwurf des Regionalplans Köln sieht eine westliche Erweiterung des ASB Opladen vor. Diese Siedlungsbereichserweiterung überspringt die BAB 3 und erstreckt sich fingerartig in den hier dargestellten regierungsbezirksübergreifenden Regionalen Grünzug zwischen Reusrath und dem Tal der Wupper. Im Regionalplan Düsseldorf ist in diesem Bereich der Zentrale Grünzug „Bergische Waldterrassen“ mit den Funktionen Naherholung, Siedlungsgliederung, Biotopvernetzung und klimaökologischer Ausgleich festgelegt.

Die vorgesehene bauliche Entwicklung im Freiraum führt zu einer Barrierewirkung und lässt eine Engstelle zwischen dem Neuburger Hof und der BAB 3 entstehen. Dies wird wiederum zu einer erheblichen Einschränkung der zu sichernden Funktionen auch des Zentralen Grünzuges „Bergische Waldterrassen“ im Geltungsbereich des RPD führen (Einschränkung der Freiraum- und Biotopvernetzung, Einengung der klimatischen Funktionen, Aufweichung der Siedlungsgliederung). Die Regionalplanungsbehörde Düsseldorf bringt daher Bedenken gegen die genannte ASB Erweiterung in Opladen West vor.

Abbildung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionsverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht

darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1033306_004, Bezirksregierung Düsseldorf - Dezernat 32

Inhalt

Dezernat 32 (Regionalentwicklung):

Team Strukturwandel im Rheinischen Revier:

Zu A-2-1 Blatt01_Kreis Heinsberg_Planentwurf – Bereich Tagebau Garzweiler:

Abbildung

Mit Blick auf die im Raum des Tagebaus Garzweiler noch weiß gehaltenen Flächen und deren Umfeld sei vorsorglich auf den Abstimmungsbedarf zu den heutigen und künftigen Festlegungen des Regionalplanes Düsseldorf zur Gestaltung einer sinnhaften Raumentwicklung im Grenz-bereich der beiden Regionalpläne hingewiesen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf das Erfordernis der regionalen Zusammenarbeit verwiesen.

Inhalt

Dezernat 51 (Natur- und Landschaftsschutz, Fischerei):

Aus Sicht des Dezernates 51 weise ich erneut auf meine Stellungnahme zum Ersten Planentwurf vom 31.08.2022 hin. Die nun vorliegende Erläuterung in der Synopse zum GIB-Bereich im Dreieck zwischen Bezirks-grenze / A57 / K18 (Seite 4014) bezieht sich lediglich auf Aspekte des GIB-Bedarfs. Eine freiraumbezogene, grünzugbezogene Betrachtung fehlt und wäre zur Nachvollziehbarkeit zielführend. Die vorgebrachten Bedenken sollten dahingehend erneut geprüft werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. /Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1004887 1.Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Inhalt

Dezernat 52 (Abfallwirtschaft - einschl. anlagenbezogener Umwelt-schutz):

Es sind keine neuen Anlagen im Grenzbereich zum RPK hinzugekom-men, noch haben sich die beiden bestehenden Anlagen wesentlich ver-ändert.

Die im laufenden Verfahren bereits abgegebene Stellungnahme hat so-mit unverändert Bestand.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1004888).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1033306_007, Bezirksregierung Düsseldorf - Dezernat 32

Inhalt

Aus Sicht meiner Fachdezernate 33 (Ländliche Entwicklung, Bodenordnung), 35 (Denkmalangelegenheiten), 53 (Immissionsschutz - einschl. anlagenbezogener Umweltschutz) und 54 (Wasserwirtschaft - einschl. anlagenbezogener Umweltschutz) werden keine weiteren Anregungen zum Zweiten Planentwurf gegeben.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_314000_1	
Stadt Mönchengladbach	
1033046_001, Stadt Mönchengladbach	
<p>Inhalt</p> <p>Zum zweiten Planentwurf im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln erhebt die Stadt Mönchengladbach keine Bedenken.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1033046_002, Stadt Mönchengladbach	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>
<p>Im Hinblick auf die Planungen zur IGA 2037 wird angeregt, rechtzeitig im Vorfeld evtl. notwendige Regionalplanänderungen in Abstimmung mit der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf und dem ZV Landfolge Garzweiler zu identifizieren und vorzubereiten.</p>	

1033046_003, Stadt Mönchengladbach	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>
<p>Im Übrigen wird auf die Inhalte der Stellungnahme des ZV Landfolge Garzweiler verwiesen, die seitens der Stadt Mönchengladbach nachdrücklich unterstützt werden.</p>	

AZ: BET_315000_1

Stadt Remscheid, Abteilung Bauleitplanung

1032685_001, Stadt Remscheid, Abteilung Bauleitplanung

Inhalt

zum aktuell vorgelegten Planentwurf äußert sich die Stadt Remscheid wie folgt schriftlich und nicht über das Beteiligungsportal NRW, da eine entsprechende Mitzeichnung auf dem Dienstweg erforderlich ist. Die Abwägung der bislang erfolgten kommunalen Stellungnahmen gemäß der vorgelegten Beteiligungssynopse (Erste Beteiligung 07.02.2022 bis 31.08.2022) wird zur Kenntnis genommen. Verwiesen wird prophylaktisch zum einen auf die zum frühzeitigen Beteiligungsstand mit Stellungnahme vom 03.05.2019, sowie zum Konsultationsverfahren gemäß § 8 Absatz 1 ROG mit Datum vom 01.10.2019 übersandten Anregungen unter dem Aktenzeichen 4.12.1, sowie auf die zum Aufstellungsbeschluss mit Stellungnahme vom 21.02.2022 übersandten Anregungen, deren Belange im Grundsatz fortgelten. Zusammengefasst bedeutet dies für die Regionalplanung Köln insbesondere: - Implementation der Erfordernisse des geplanten Interkommunalen Gewerbegebietes Gleisdreieck, - Berücksichtigung des Masterplans Grünes Städtedreieck durch daran anschließende, eigene Projektvorschläge, - Nutzung plangebietsüberschreitender Informationen, - Verwendung bereits übermittelter Geodaten, - Berücksichtigung der Landschaftspläne der Stadt Remscheid, sowie - Berücksichtigung des Umweltberichts zum Regionalplan Düsseldorf. Ausweislich des nun vorgelegten Planentwurfes und der vorgelegten Abwägung geht die Stadt Remscheid davon aus, dass die vorgenannten Belange teilweise berücksichtigt werden und verweist ausdrücklich auf die zu berücksichtigenden umweltfachlichen Qualitäten. Zum aktuellen Planungsstand der Neuaufstellung des Regionalplans Köln erfolgen zusätzlich die nachfolgenden Anmerkungen.

[...]

Gegen die von der Regionalplanung Köln beabsichtigten neuen Schienenwegeausweisungen bestehen keine Einwände. Sofern die Reaktivierung einer Eisenbahnlinie beabsichtigt ist, ist die Stadt Remscheid kooperationsbereit. Auf die im eigenen Flächennutzungsplan dargestellten, noch planfestgestellten ehemaligen Streckenverbindungen nach Opladen und Marienheide, die derzeit sinnvoll und erhaltenswert als Rad- und Fußwegetrassen genutzt werden wird hingewiesen. Am 31.10.2024 hat der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Mobilität der Stadt Remscheid einstimmig beschlossen: „Die Verwaltung wird beauftragt eine Kooperationsvereinbarung mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis zur Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Balkantrasse (Schienen- und Radweg) zu verhandeln.“ Der Rheinisch-Bergische Kreis (RBK) sucht aktuell ein verkehrsplanerisches Fachbüro für die Erstellung einer Vorstudie zur Untersuchung der technischen Machbarkeit einer Reaktivierung der Bahnstrecke

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen / zu einer nachgeordneten Planung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Leverkusen- Opladen–Burscheid–Wermelskirchen–Remscheid-Lennep („Balkantrasse“) für den Betrieb einer Straßenbahn nach BOStrab mit paralleler Führung einer Radvorrangroute in Form eines gemeinsamen Geh- und Radwegs. Projektpartner sind die Städte Leverkusen und Remscheid, go.Rheinland sowie der RBK. Sobald von letzterem die finalen Entwürfe vorliegen, geprüft und freigegeben wurden, soll ausgeschrieben werden. Die ansonsten an das Stadtgebiet Remscheid angrenzenden bzw. dazu benachbarten Freiraumbereichsausweisungen und als freiraumbezogene Funktionen beabsichtigten Ausweisungen werden zur Kenntnis genommen. Einwendungen bestehen nicht. Für Ihre raumfunktionalen Einordnungen und für die weitere Herstellung einer raumfunktionalen Verträglichkeit verweise ich auf die Anlagen

1032685_002, Stadt Remscheid, Abteilung Bauleitplanung

Inhalt

Das vorgesehene Interkommunale Gewerbegebiet Gleisdreieck ist hinreichend berücksichtigt, da die GIBAusweisungen im Regionalplanungsgebiet Köln diesem nunmehr entsprechen. Dies ist vorbehaltlich von Äußerungen der Städte Wermelskirchen und Hückeswagen zu verstehen. Aus Sicht der Stadt Remscheid bestehen daher keine Einwendungen gegen die an das eigene Stadtgebiet im Südosten angrenzenden, neu vorgesehenen GIB- und GIBinterkommunal-Ausweisungen im Regionalplan Köln. Die Ausweisung der noch nicht linienbestimmten Bundesstraße 237n wird kritisch gewürdigt, da diese zwar weiterhin im Bundesverkehrswegeplan 2030 enthalten ist, jedoch eine Umsetzbarkeit in Frage steht. Die an der Aufstellung eines Gewerbegebietes Gleisdreieck beteiligten Städte Remscheid, Wermelskirchen und Hückeswagen haben sich interkommunal darauf verständigt, dass von vornherein verkehrsminimiert geplant wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und zudem wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

1032685_003, Stadt Remscheid, Abteilung Bauleitplanung

Inhalt

Gegen die auf dem westlichen Gebiet der Stadt Radevormwald vorgesehene Neustrukturierung von Freiraum- und Siedlungsbereichen, welche auch eine Neuausweisung des ASB-Flex 1000992_001 mit ca. 15 ha in der Ortslage Herbeck bedingt, bestehen zunächst keine Einwendungen. Die Stadt Remscheid behält sich jedoch vor, in nachfolgenden Bauleitplanungen potenziell verfahrenskritische Anregungen vorzubringen. Dies liegt in der hypothetischen Reichweite von ASB-kongruenten Vorhaben mit zum Beispiel großflächigem Einzelhandel sowie resultierenden neuen Verkehrsverhältnissen aufgrund von entsprechenden raumfunktionalen Entwicklungen begründet.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: BET_316000_1	
Stadt Solingen, Stadtdienst Planung, Mobilität, Denkmalpflege	
1033041_001, Stadt Solingen, Stadtdienst Planung, Mobilität, Denkmalpflege	
<p>Inhalt</p> <p>Die Stadt Solingen meldet zu den Änderungen im Planentwurf und Umweltbericht sowie der Begründung Fehlanzeige.</p> <p>Hinsichtlich der Änderungen im Bereich der Trinkwasserschutzzone der Sengbachtalsperre werden die Ausführungen des Dezernats 54 (Wasserwirtschaft) der Bezirksregierung Düsseldorf von der Unteren Wasserbehörde geteilt sowie der Abwägung gefolgt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Fehlanzeige gemeldet und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_318000_1	
Kreis Mettmann	
1033590, Kreis Mettmann	
<p>Inhalt</p> <p>Hinsichtlich der o.g. Planung werden aus Sicht des Kreises Mettmann keine Anregungen oder Bedenken vorgebracht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_320000_1	
Stadt Monheim	
1033117_001, Stadt Monheim	
<p>Inhalt</p> <p>Wie bereits in der Stellungnahme der Stadt Monheim am Rhein vom 20.07.2022 angeregt, ist mit der Neuauflistung des Regionalplanes Köln beabsichtigt, den westlichen ASB-Bereich des Leverkusener Stadtgebietes (Hitdorf) bis an die Monheimer Stadtgrenze zu erweitern. Die dort vorgebrachten Anregungen und Bedenken behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Im Folgenden gehe ich nochmals auf die von mir vorgebrachten erheblichen Bedenken zur Planung ein.</p> <p>In direkter Nähe des Plangebietes befindet sich im Monheimer Stadtgebiet der Industrie- und Gewerbestandort an der Alfred-Nobel-Straße. Hier sind insbesondere der Störfallbetrieb der Division Crop Science der Bayer AG sowie der Backhefe- und Backmittelhersteller Uniferm GmbH & Co. KG als erheblich emittierende Betriebe hervorzuheben.</p> <p>Es ist kein expliziter Abwägungsnachweis meiner Stellungnahme den zur Verfügung gestellten Unterlagen zu entnehmen. Die Begründung führt aber grundsätzlich aus, die allgemeine Berücksichtigung von Schutzabständen zu stark emittierenden größeren Ansiedlungen mit genehmigungsbedürftigen Anlagen nach BImSchG sowie zu Störfallbetrieben zu beachten (Seite 137 der Begründung). Die darin beschriebenen ausreichenden Schutzabstände zu den künftig potenziellen Wohn- und Erholungsgebieten werden aber im konkreten Fall im Grenzgebiet zur Stadt Monheim am Rhein nicht berücksichtigt.</p> <p>Angesichts dessen rege ich erneut an, die Schutzabstände zu den im Stadtgebiet der Stadt Monheim am Rhein bestehenden Gewerbe- und Industriebetrieben verbindlich in der Planung zu berücksichtigen. Das Heranrücken von Siedlungsflächen in die zwingend einzuhaltenden Sicherheits- und Achtungsabstände ist nicht möglich. Die Überführung des ASB in kommunale Bauleitplanung wird als nicht umsetzbar eingestuft. Es ist zwingend nachhaltig sicherzustellen, dass die Gewerbebetriebe im Monheimer Süden durch zukünftige Planungen nicht beeinträchtigt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 S. 1 Hs. 2 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 S.4 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Darüber hinaus ist die Stellungnahme inhaltsgleich mit der aus der 1. Öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1001457).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der 1. Öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: BET_322000_1

Stadt Dormagen

1033190_001, Stadt Dormagen

Inhalt

Bei der Erarbeitung des Entwurfes wurde einer Anregung der Stadt Köln stattgegeben, wonach im Kölner Norden nordwestlich des Ortsteiles Roggendorf auf der westlichen Seite der K 18 eine ca. 12,5 ha große Fläche zusätzlich als GIB festgelegt wurde (ID-Kürzel 1002905 bzw. 1002906).

Die Stadt Dormagen spricht sich mit folgenden Argumenten gegen diese Festlegung aus:

Die in Rede stehende Fläche grenzt fast unmittelbar an die Stadtgrenze Dormagens und liegt in ca. 700 m Entfernung zum Ortsteil Hackhausen. Sie ist im Landschaftsplan Köln als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen und nimmt – wie auch im Umweltbericht zurecht ausgeführt wird – hinsichtlich der landschaftsgebundenen Erholung einen hohen Stellenwert ein. Ein die Fläche querender Wirtschaftsweg erschließt sowohl das Schloß Arff als auch die angrenzenden Reiterhöfe mit den entsprechenden Freizeitnutzungen und nicht zuletzt auch die westlich angrenzenden Waldflächen des Chorbuschs. Auch dieses Waldgebiet ist nicht nur ein beliebtes und damit stark frequentiertes Naherholungsgebiet im Kölner Norden; in ihm liegt zudem seit 2020 der über 64 ha große FriedWald Dormagen als Bestattungs-Areal, dessen Haupteinschließung von der K 18 aus über den oben genannten Wirtschaftsweg erfolgt.

Darüber hinaus würden mit einer Inanspruchnahme dieser Fläche für eine gewerblich-industrielle Nutzung Areale mit einer mindestens sehr hohen klimaökologischen Bedeutung verloren gehen (ausweislich des Umweltberichtes handelt es sich um Grün- bzw. Ackerflächen mit teils höchster bis mittlerer thermischer Ausgleichsfunktion). Der Verlust dieser Flächen wiegt an diesem Standort umso schwerer, da der Ortsteil Hackhausen aufgrund des östlich der A 57 gelegenen Chemparks bereits eine starke Beeinträchtigung der Luftqualität zu verzeichnen hat.

Die Stadt Dormagen erhebt keine Bedenken gegen die Festlegung eines GIB östlich der K 18, mit der ein städtebaulich sinnvoller und landschaftsverträglicher Lückenschluss im Hinblick auf eine gewerblich-industrielle Nutzung dieser Flächen zwischen der A 57, der K 18 und der bereits vorhandenen Biogas-Anlage im Norden herbeigeführt werden kann. Allerdings bildet aus Sicht der Stadt Dormagen die K 18 mit ihrem beidseitigen Baumbestand eine eindeutige Zäsur und stellt somit eine prägende westliche Begrenzung für die anvisierten gewerblichen Nutzungen der dortigen Flächen dar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002905, ID 1002906 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Eine weitere, darüber hinaus gehende gewerblich-industrielle Nutzung der Flächen westlich der K 18 mit dem damit verbundenen Verlust der Erholungsfunktion als auch der klimatischen und lufthygienischen Ausgleichsräume kann daher aus Sicht der Stadt Dormagen nicht befürwortet werden.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

AZ: BET_323000_1	
Stadt Grevenbroich	
1033267_001, Stadt Grevenbroich	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung zur Stellungnahme des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler verwiesen.</p>
<p>Die Stadt Grevenbroich unterstützt die Belange des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler. Bei den Belangen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler sind vor allem die geplanten Folgenutzungen in der Tagebaufolgelandschaft und ihrer Umgebung zu berücksichtigen, wozu insbesondere die Masterplanung Seeentwicklung Tagebau Garzweiler einschließlich der hierfür erforderlichen Erschließung und Entwicklung des Seeufers sowie die Internationale Gartenausstellung (IGA) 2037 mit ihrem dezentralen Standortkonzept zählen. Im Falle einer positiven Bewerbung des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler für die IGA 2037 dürfen mit der aktuellen Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln keine Festlegungen getroffen werden, die diesen Planungen und Entwicklungen entgegenstehen.</p>	

AZ: BET_324000_1	
Stadt Jüchen	
1033897_001, Stadt Jüchen	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der öffentlichen Auslegung des zweiten Planentwurfs der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln vom 11.10.2024, ist die Stadt Jüchen als in ihren Belangen berührte öffentliche Stelle aufgefordert worden, ihre Stellungnahme abzugeben. Die Stadt Jüchen bedankt sich für diese Möglichkeit und nimmt dazu vorbehaltlich des Beschlusses des Rates der Stadt Jüchen am 16.12.2024 wie folgt Stellung:</p> <p>Braunkohlenplanung und Berücksichtigung in der Regionalplanung</p> <p>Gemäß § 2 des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) sind Braunkohlenpläne Raumordnungspläne und sichern auf der Ebene der Raumordnung und Landesebene die Braunkohlenabbaugebiete. Damit obliegen die Braunkohlenplangebiete vom Beginn des Abbaus bis zur Beendigung der Rekultivierungstätigkeit und Entlassung aus der Bergaufsicht der Regelungskompetenz des Braunkohlenausschusses. Die aus Sicht der Stadt Jüchen relevanten Ziele und Grundsätze der Raumordnung werden in das entsprechende Braunkohlenplanverfahren eingebracht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zur Braunkohlenplanung gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans Köln ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Vorfestlegungen, Ziele oder Grundsätze den Raum tangieren, die einer zukünftigen Entwicklung des Braunkohlenpangebiets entgegenstehen. Vielmehr ist eine entsprechende Einbindung und Entwicklung des Braunkohlenplangebiets in den Geltungsbereich des Regionalplans bereits heute mitzudenken. Hierfür sind die entsprechenden Konzepte und Überlegungen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler bei der Aufstellung des Regionalplans in den entsprechenden Grundsätzen (G) und Zielen (Z) zu berücksichtigen.

Dazu ist der Zweckverband Landfolge Garzweiler als Träger öffentlicher Belange im Verfahren zu beteiligen. Die Stadt Jüchen macht sich dabei die diesbezüglichen Aussagen des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler und die darin enthaltenen gemeinsam gefassten Einschätzungen der beteiligten Kommunen zu eigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben. Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen.

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen verwiesen.

Inhalt

Regionale Mobilitätsstrukturen

In der Tagebaufolgelandschaft soll eine moderne und adäquate Verkehrsinfrastruktur entwickelt werden. Hierbei sollen alte Verbindungen nicht an gleicher Stelle wiederhergestellt werden, sondern entsprechend bestehende und zukünftige Siedlungsstrukturen eingebunden und unter Berücksichtigung von Radwegen geplant werden. Die Stadt Jüchen unterstützt das vom Zweckverband erstellte Konzept „Grobkonzept Straßenund Radverkehrsnetz“ im Bereich des Tagebaus Garzweiler und regt die Integration dieser Planungen in den Regionalplan an.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung kommunale Straßenplanungen nur dargestellt, wenn diese eine wichtige Verbindungsfunktion im regionalen Netz übernehmen. Eine weitere Konkretisierung der Planung, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt davon unberührt.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Zudem wird auf die Erläuterungen zu StnID 1034554_005 verwiesen.

Inhalt

Darüber hinaus weisen wir auf Ergänzungen der Stadt Jüchen am Grobkonzept des Zweckverbands hin. Insbesondere verweisen wir auf die Forderung der Stadt Jüchen nach einer Anbindung des nachgelagerten Straßennetzes an die A44n mittels einer neuen Anschlussstelle zwischen den Autobahnkreuzen Holz und Jackerath entsprechend der Situation vor dem Braunkohletagebau.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Die Forderung geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich des Regionalplans hinaus bzw. bezieht sich auf vor- bzw. nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Zudem wird der Ausbau der Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum als essentiell für eine erfolgreiche Mobilitätswende erachtet. Der Regionalplan sollte den Ausbau der Elektromobilität, vor allem in strukturschwachen Gebieten, als Grundsatz aufnehmen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Die angeregten Änderungen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich des Regionalplans hinaus. Auch sehen die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW keinen entsprechenden Handlungsauftrag vor.

1033897_006, Stadt Jüchen

Inhalt

Interkommunales Gewerbegebiet Jackerath

Am Autobahnkreuz Titz-Jackerath ist ein interkommunales Gewerbegebiet geplant, welches an einer Schnittstelle zwischen dem Regionalplan Düsseldorf und dem Regionalplan Köln liegt. Die Stadt Jüchen weist auf die Notwendigkeit hin, dass der Regionalplan Köln eine flexible Ausweisung der Fläche ermöglicht, wie sie bereits im benachbarten Regionalplan Düsseldorf im Bereich Jüchen-Süd praktiziert wird. Die Neuaufstellung des Regionalplans Köln sollte eine Entwicklung an dieser Stelle ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1001398 der 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1033897_007, Stadt Jüchen

Inhalt

Thema Energie und Klima

Für die künftige Energieversorgung im Rheinischen Revier ist es wichtig, eine stabile Energieinfrastruktur mit starkem Fokus auf erneuerbare Energien zu sichern. Die Stadt Jüchen betont daher, dass der Regionalplan Flächen für die Erzeugung, Speicherung und Übertragung regenerativer Energien vorsehen sollte. Bestehende Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien müssen ausgeschöpft werden, wobei ein gezielter Ausbau von Wind- und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten anzustreben ist. Hierbei sollte das künftige Seeufer vom Einsatz von Windkraft freigehalten werden, um potenzielle Konflikte hinsichtlich des Landschaftsbildes, der Naherholung, des Naturschutzes und des Wohnumfeldes zu vermeiden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien gegeben.

1033897_008, Stadt Jüchen	
Inhalt	<p>Auf landwirtschaftlichen Flächen mit den in der Region sehr guten Böden sind Agri-PV-Anlagen anstelle von reinen Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorzusehen. Freiflächenanlagen hingegen werden für ungenutzte oder wenig landwirtschaftlich genutzte Bereiche empfohlen, wie Brachflächen, Autobahnrandstreifen oder Böschungen. Die Stadt Jüchen befürwortet eine multifunktionale Nutzung dieser Flächen, sodass die Kombination unterschiedlicher Nutzungsarten ermöglicht wird. In diesem Kontext wird auf die „Masterplanung zur Seeentwicklung“ sowie auf Machbarkeitsstudien des „Innovationsparks Erneuerbare Energien Jüchen“ verwiesen, die unter www.landfolge.de abrufbar sind.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien gegeben.</p>

1033897_009, Stadt Jüchen

Inhalt

Änderung der Regierungsbezirksgrenzen

Im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens in Jackerath wurden Änderungen der Bezirks-, Kreis- und Gemeindegrenzen vorgenommen, wobei insbesondere zwei Gebietsänderungen eine Verschiebung der Grenzen der Regierungsbezirke mit sich bringen. Die Gebietsänderung betrifft die Stadt Jüchen und ist auf der gezeigten Kartengrundlage nicht/ fehlerhaft dargestellt.

Konkret handelt es sich bei der Änderung um eine Fläche von 8,37 Hektar, die zuvor im . Regierungsbezirk Düsseldorf (Stadt Jüchen) lag und seit dem 1. Januar 2022 dem Regierungsbezirk Köln (Landgemeinde Titz) zugeordnet ist. Gleichzeitig wurde eine gleichgroße Fläche von 8,37 Hektar, die ursprünglich dem Regierungsbezirk Köln (Stadt Bedburg) zugehörte, an den Regierungsbezirk Düsseldorf (Stadt Jüchen) übertragen. Zudem wurden weitere Flächen innerhalb der Regierungsbezirke getauscht, was dazu führt, dass im Regionalplanentwurf nun falsche Kommunalgrenzen eingezeichnet sind. Hierdurch kann es zu Verwirrungen kommen, da nicht das gesamte Gebiet der Bezirksregierung Köln abgebildet ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen werden an die Gebietsänderungen angepasst. In diesem Bereich werden die Festlegungen des Regionalplan Düsseldorf übernommen.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

Abschließend ist zu sagen, dass die Stadt Jüchen gemeinsam mit dem Zweckverband Landfolge Garzweiler die Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Grundlage zur Bewältigung der Transformationsaufgaben für die Zukunftsplanung der Tagebauflächen begrüßt. Die Stadt Jüchen unterstützt die Forderungen des Zweckverbands nach flexibler Nutzbarkeit der Tagebaurandbereiche und dem Konzept der "Zukunftsräume" zur frühzeitigen Entwicklung der ehemaligen Tagebaugelände. Insbesondere die Berücksichtigung von Umnutzungs- und Konversionsflächen im Böschungssystem und das Ziel der Erschließung von zukünftigen Flächen, etwa durch die Internationale Gartenausstellung (IGA) 2037, und die grundlegende Planung im Rahmen der Masterplanung Seeentwicklung Tagebau Garzweiler sind wichtige Aspekte für die zukünftige Planung und in der Regionalplanung zu berücksichtigen. Es wird erwartet, dass die Regionalplanung in enger Abstimmung mit dem Zweckverband Landfolge Garzweiler, dem Braunkohlenausschuss und den betroffenen Kommunen die landschafts- und stadtplanerische sowie wirtschaftliche Transformation unterstützt. Die rechtliche Absicherung von Gewerbe- und Industrieflächen, Mobilitätskonzepten, konzeptioneller Landschaftsplanung und - Gestaltung sowie flexiblen Konversionsflächen wird für den erfolgreichen Strukturwandel im Rheinischen Revier als unabdingbar erachtet.

Die Stadt Jüchen freut sich auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit und bedankt sich für die Berücksichtigung ihrer Anregungen. Des Weiteren gehen wir davon aus, über den Fortgang des Verfahrens weiterhin informiert zu bleiben.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden Hinweise für mögliche weiterführende Unterstützungsangebote durch die Regionalplanungsbehörde geäußert.

AZ: BET_326000_1	
Kreis Viersen - Amt für Bauen, Landschaft und Planung	
1033114_001, Kreis Viersen - Amt für Bauen, Landschaft und Planung	
<p>Inhalt</p> <p><u>Natur- und Landschaftspflege:</u></p> <p>Die im Kreis Heinsberg im Bereich von Wegberg Dalheim-Rödgen aufgenommene zeichnerische Festlegung des Schienenweges (ID 1004882) verläuft durch das FFH-Gebiet DE-4802-302 „Meinweg mit Ritzroder Dünen“ sowie durch das Europäische Vogelschutzgebiet DE-4603-401 „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald und Meinweg“. Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung wurde für die Festlegung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln noch nicht durchgeführt. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung ist für die Festlegung in Bezug auf die beiden betroffenen Natura 2000-Gebiete nachzuholen. Zudem wird in Anbetracht der in Kapitel 2.4 des Umweltberichts definierten Kriterien angeregt, die Festlegung auch im Rahmen der Umweltprüfung zu betrachten.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>In der Strategischen Umweltprüfung der Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans wurden die Darstellungsfälle betrachtet, bei denen es sich nicht um eine nachrichtliche Übernahme beziehungsweise um eine verpflichtende Vorgabe der Fachplanung handelt, sondern es um Festlegungen geht über die der Regionalrat selbst entscheiden kann. Aus diesem Grund wurden die Übernahmen aus den Bedarfsplänen des Bund und Landes keiner Strategischen Umweltprüfung unterzogen, denn diese Festlegungen sind unabhängig von einem möglichen Ergebnis der Umweltprüfung zwingend festzulegen. Eine Prüfung der Belange erfolgt übergeordnet in dem anschließenden Planfeststellungsverfahren.</p> <p>Des Weiteren werden fachrechtlich in den Regionalplan übernommene Planinhalte, wie z.B. die Abbildung des Netzzusammenhangs vorhandener Schienenwege, nicht vertiefend geprüft. Sie sind nicht Gegenstand des Entscheidungsprogramms der Neuaufstellung des Regionalplans, so dass diese allein als Belastung oder Entlastung in die Umweltprüfung des Gesamtplans eingehen.</p>

1033114_002, Kreis Viersen - Amt für Bauen, Landschaft und Planung	
Inhalt	Abwägung
<u>Technischer Umweltschutz – Bodenschutz, Immissionsschutz, Wasserrecht:</u>	Typ
Belange des Umweltschutzes sind nicht betroffen.	Hinweis
	Ausgleichsvorschlag
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung
	Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033114_003, Kreis Viersen - Amt für Bauen, Landschaft und Planung	
Inhalt	Abwägung
<u>Infrastruktur und Verkehrsanlagen:</u>	Typ
Es bestehen keine Bedenken und Anregungen.	Hinweis
	Ausgleichsvorschlag
	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
	Erläuterung
	Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_329000_1	
Struktur-und Genehmigungsdirektion Nord	
1033866_001, Struktur-und Genehmigungsdirektion Nord	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Für die Abteilung 2 teilte die Regionalstelle Gewerbeaufsicht Koblenz, Referat 23, mit, dass gegen die Neuaufstellung des Regionalplans Köln, 2. Planentwurf, keine Bedenken bestehen. Ansprechpartner in der Regionalstelle Gewerbeaufsicht Koblenz ist [Anonymisiert].</p>	

1033866_002, Struktur-und Genehmigungsdirektion Nord	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Das Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz (WAB) Koblenz - Referat 31 meldet Fehlanzeige. Ansprechpartnerin im Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Koblenz, ist [Anonymisiert].</p>	

1033866_003, Struktur-und Genehmigungsdirektion Nord	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
Die Regionalstelle WAB Koblenz - Referat 32 meldet Fehlanzeige. Ansprechpartner in der Regionalstelle WAB Koblenz ist [Anonymisiert].	

Inhalt

Die **Regionalstelle WAB Montabaur - Referat 33** nimmt wie folgt Stellung: Der neue Regionalplan des Regierungsbezirks Köln soll dazu dienen, die bereits vorhandene, hohe Lebensqualität für die dort lebende Bevölkerung zu erhalten und zu stärken. Grundsätzlich müssen hierbei soziale und wirtschaftliche Ansprüche sowie ökologische Aspekte in Einklang gebracht werden. Um dies zu erreichen, werden Grundsätze und Ziele für die Bereiche „Gesamträumliche Aspekte“, „Siedlungsraum“, „Freiraum“ und „Infrastruktur“ festgelegt. In Kapitel 4.7.2 sind entsprechende Ziele und Grundsätze für „Grundwasserschutz und Gewässerschutz“ definiert. Grundsätzlich sind Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz als Vorranggebiete festgelegt. Sie sind zu erhalten, zu schützen und so zu entwickeln, dass eine Wassergewinnung dauerhaft gesichert wird. Die nachstehenden, länderübergreifenden Wasserschutzgebiete sind als solche Vorranggebiete gekennzeichnet:

- Wasserschutzgebiet „Br. Rheinbreitbach / Lohfelder Straße“ der Bad Honnef AG, VG Unkel; festgesetzt mit Rechtsverordnung vom 09.12.2013

- Wasserschutzgebiet für die Wiehltalsperre des Aggerverbandes, VG Kirchen; festgesetzt mit Rechtsverordnung vom 20.06.1994

Es wird zudem nachrichtlich darauf hingewiesen, dass das Wasserschutzgebiet „Quelle Diepenseifen“ für den Wasserleitungsverein Muß-Sauerwiese, VG Asbach, festgesetzt mit Rechtsverordnung vom 27.05.2013 unmittelbar an die Landesgrenze zu Nordrhein- Westfalen angrenzt. Aus den Festlegungen des Regionalplanes geht hervor, dass eine Inanspruchnahme von Flächen innerhalb der entsprechenden Vorranggebiete nur dann möglich ist, wenn eine Vereinbarkeit mit der jeweiligen Wasserschutzgebietsverordnung vorliegt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass eine abschließende Bewertung von möglichen Gefährdungspotentialen der zuständigen Wasserbehörde obliegt und eine entsprechende Beteiligung in den Planungs- und Genehmigungsverfahren durch potentielle Vorhabenträgerinnen und Vorhabenträger zu erbringen ist. Darüber hinaus ist dem Grundwasserschutz bei der Abwägung mit konkurrierenden Planungen ein besonderes Gewicht beizumessen. Der Schutz der zur öffentlichen Wasserversorgung nutzbaren Wasserressourcen gewinnt unter dem Einfluss des Klimawandels an Bedeutung. Wo Wassergewinnungsanlagen unverzichtbar für die Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung sind, ist ihr Schutz höherrangig zu anderen Nutzungsansprüchen. Die Sensitivitätsanalysen der aktuellen Wasserversorgungsplanung in Rheinland-Pfalz indizieren für zunehmende Gebiete das Eintreten von Wassermangellagen. In den Vorranggebieten Grundwasserschutz darf das Wasserdargebot daher weder quantitativ noch qualitativ durch konkurrierende Nutzungen gefährdet werden. Im Ergebnis werden die Wasserschutzgebiete im Zuständigkeitsbereich der Strukturund Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft,

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

<p>Bodenschutz Montabaur in den Vorranggebieten Grundwasserschutz gem. Kapitel 4.7.2 des Regionalplans Köln, Zweiter Planentwurf, berücksichtigt. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Montabaur, ist bei Änderungen der Planung erneut zu beteiligen. Ansprechpartnerin in der RegWAB Montabaur ist [Anonymisiert].</p>	
---	--

1033866_005, Struktur-und Genehmigungsdirektion Nord

Inhalt

Die **Regionalstelle WAB Trier - Referat 34** nimmt wie folgt Stellung: Hinsichtlich des vorgelegten Planungsentwurfs bestehen seitens der Regionalstelle WAB Trier keine Anregungen und Bedenken. Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen die bei der Neuaufstellung des Regionalplans berücksichtigt werden müssten, sind von hier aus nicht vorgesehen. Ansprechpartner in der Regionalstelle WAB Trier ist [Anonymisiert].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033866_006, Struktur-und Genehmigungsdirektion Nord	
Inhalt	Abwägung
Das Referat 42 - Naturschutz meldet Fehlanzeige. Ansprechpartner in der Oberen Naturschutzbehörde ist [Anonymisiert].	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

1033866_007, Struktur-und Genehmigungsdirektion Nord	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Von Seiten des Referates 43 - Bauwesen bestehen weder Anregungen noch Hinweise oder Bedenken. Ansprechpartner im Referat Bauwesen ist [Anonymisiert].</p>	

Inhalt

Seitens des **Referates 41 - Raumordnung, Landesplanung** - als obere Landesplanungsbehörde wird im Hinblick auf kommunale Planungen und Maßnahmen oder solche der Regionalen Planungsgemeinschaften auf die Einbindung der entsprechenden Stellen verwiesen. Bezogen auf die von der oberen Landesplanungsbehörde der SGD Nord zu vertretenden Belange wird bezüglich zu berücksichtigender Daten und Informationen auf das Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (LEP IV), den verbindlichen Regionalen Raumordnungsplan Mittelrhein-Westerwald 2017, sowie die derzeit in Aufstellung befindliche 1. Teilfortschreibung des RROP Mittelrhein-Westerwald - Erneuerbare Energien und den Regionalen Raumordnungsplan Region Trier 1985, mit Teilfortschreibung 1995, sowie den Entwurf zum Regionalen Raumordnungsplan Region Trier aus dem Jahr 2014 verwiesen. Ggf. könnten auch hierzu ergänzend Daten und Informationen aus den Fachbeiträgen zu den Regionalplänen (z. B. Landschaftsrahmenpläne, wasserwirtschaftlicher Fachbeitrag) zugänglich gemacht werden. Hinsichtlich der geplanten Flächenausweisungen an der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz gehen wir davon aus, dass die angrenzenden Kommunen auf rheinland-pfälzischer Seite beteiligt wurden und ggfs. bestehende Restriktionen auf rheinland-pfälzischer Seite bei der Flächenneuausweisung berücksichtigt wurden. Diesbezüglich wird auch angeregt zu prüfen, ob interkommunale Gebietsausweisungen angestrebt und umgesetzt werden können. Hinsichtlich der Darstellung des Lückenschlusses der A 1 auf nordrhein-westfälischer Seite gehen wir davon aus, dass die Linienführung mit den Fachstellen und Kommunen in Rheinland-Pfalz abgestimmt ist. Die unter G.9 „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern“ aufgeführte Stärkung der Zusammenarbeit, die laut Erläuterung auch das Land Rheinland-Pfalz umfasst, wird begrüßt. In diesem Zusammenhang wäre auch ein Hinweis auf die Zusammenarbeit im und die Umsetzung von Projekten des Regionalen Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak) wünschenswert. Ansprechpartnerin des **Referates 41 - Raumordnung, Landesplanung** - ist [Anonymisiert].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die in der Stellungnahme benannten Dritten wurden im Rahmen der Beteiligung nach § 9 Abs. 2 und 3 ROG in Verbindung mit § 13 LPIG NRW beteiligt und konnten innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen.

Interkommunale Gebietsausweisungen wurden im vorliegenden Regionalplan vorgenommen. Beispielhaft sei dazu auf folgende Ziele bzw. Grundsätze verwiesen: "*Z.neu1 Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*", "*G.12 Regionale Wohnbauflächen umsetzen*", "*Z.5 Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen*", "*Z.11 GIBinterkommunal sichern und umsetzen*" sowie "*Z.12 GIBregional sichern und umsetzen*". Grenz- bzw. länderübergreifende, interkommunale Gebietsausweisung sind nicht bekannt und wurden von Seiten der kommunalen Planungsträger nicht in Neaufstellungsverfahren eingebracht.

Die Grundsätze "*G.8 Regionale Zusammenarbeit stärken*" sowie "*G.9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern*" stärken zudem die regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, auch mit dem Land Rheinland-Pfalz.

Ein konkreter Hinweis auf den Arbeitskreis Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler (:rak) wird aus Generalisierungsgründen nicht aufgenommen.

Darüber hinaus wird Zustimmung erklärt und es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Das **Ministerium des Innern und für Sport (Mdl) Rheinland-Pfalz** weist als oberste Landesplanungsbehörde darauf hin, dass für Rheinland-Pfalz derzeit ein Entwurf für die Neuaufstellung des Landesentwicklungsprogramms (LEP 5) erarbeitet wird, der auch die Schnittstelle NRW/ RLP in vielfacher Hinsicht aufgreift. Es wird daher angeregt, im Laufe des Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres einen informellen Austausch der zuständigen Landesplanungsbehörden zu organisieren und Planungen abzugleichen und ggf. anzupassen. Hierzu wird das Mdl Rheinland-Pfalz zeitnah eine Einladung aussprechen. Ansprechpartner beim Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz ist [Anonymisiert].

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz vorgebracht. Landesplanungsbehörde in Nordrhein-Westfalen ist das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen.

AZ: BET_341000_1

Landkreis Neuwied

1033273, Landkreis Neuwied

Inhalt

Die Änderungsflächen 162 (Insel Grafenwerth) und 1008414 sind nun neu als ASB geplant. Vorher war dafür unter anderem Freiraum vorgesehen. Die beiden Änderungsflächen grenzen an ein Vorbehaltsgebiet besondere Klimafunktionen des Regionalen Raumordnungsplans Mittelrhein-Westerwald (RROP MW) 2017. Diese Vorbehaltsgebiete besondere Klimafunktionen sind in thermisch stark belasteten Räumen sowie klimatisch sensiblen Tallagen festgelegt. Laut Grundsatz G 74 des RROP MW 2017 sollen „[i]n den Vorbehaltsgebieten besondere Klimafunktion (...) besondere Anforderungen an den Klimaschutz gestellt werden. Dabei soll auf eine Verbesserung der klimatischen Bedingungen hingewirkt werden. Hierzu sollen

- Flächen in ihrer Funktion als klimatische Ausgleichsräume erhalten bleiben und durch Entsiegelungsmaßnahmen, Baumpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünung unterstützt werden,
- für Siedlungsvorhaben klimaökologische Voruntersuchungen durchgeführt und Ausgleichsmaßnahmen entwickelt,
- Verbesserungen im Immissionsschutz angestrebt und klimatische Verschlechterungen vermieden und
- für die Bauleitpläne Klimauntersuchungen durchgeführt werden, um die Informationsgrundlagen für den Klimaschutz zu verbessern.“

Weil die Klimafunktionen nicht an der Landesgrenze enden, bitten wir für den Regionalplan Köln, die o.g. geplanten Darstellungen 162 und 1008414 als ASB zu überprüfen und um Berücksichtigung von G 74 RROP MW 2017 im weiteren Verfahren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus gilt, dass der Regionalplan unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet wurde. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft, für das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Wasser sowie für Kultur- und sonstige Sachgüter, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“, "Klima" sowie "Böden" wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber den oben aufgeführten Schutzgütern wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung

abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

AZ: BET_348000_1

Landkreis Vulkaneifel

1033048_001, Landkreis Vulkaneifel

Inhalt

Stellungnahme der Kreisverwaltung Vulkaneifel:

- Seitens der **Unteren Naturschutzbehörde** wird die Planung zur Kenntnis genommen.
- Seitens der **Unteren Immissionsschutzbehörde** wird die Planung ebenfalls zur Kenntnis genommen.
- Die **Unteren Landesplanungsbehörde** teilt folgendes mit:

Die Untere Landesplanungsbehörde verweist auf das Landesentwicklungsprogramm für das Land Rheinland-Pfalz (LEP IV) - Teil B Abschnitt IV Nr. 5.2 Erneuerbare Energien nach Vierter Teilfortschreibung vom 17. Januar 2023.

Z 163 h

Bei der Errichtung von Windenergieanlagen ist ein Mindestabstand dieser Anlagen von mindestens 900 Metern zu reinen, allgemeinen, dörflichen und besonderen Wohngebieten, zu Dorf-, Misch- und Kerngebieten sowie zu urbanen Gebieten einzuhalten (Z 163 h). Begründung: Moderne Windenergieanlagen haben aufgrund ihrer Größe und der aus ihrem Betrieb resultierenden Emissionen starke Auswirkungen auf ihre Umgebung. Sowohl um eine bessere Vorsorge für die in der räumlichen Nähe von Windenergieanlagen lebenden Menschen zu gewährleisten, als auch um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Windenergienutzung zu erhöhen, ist ein größerer Mindestabstand von den in Z 163 h im einzelnen aufgeführten Gebieten im Sinne der Baunutzungsverordnung, als der durch die TA-Lärm zum Bundesimmissionsschutzgesetz vorgegebene Mindestabstand, angemessen. Windenergieanlagen müssen daher einen Mindestabstand von 900 Metern einhalten. Dieses Erfordernis gilt sowohl für die bereits vorhandenen als auch für die geplanten in den einzelnen aufgezählten Gebieten. Die Bemessung der Mindestsiedlungsabstände zu der Außengrenze der in Z 163 h aufgeführten Baugebiete ist von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage ausgehend vorzunehmen. Diese Mindestsiedlungsabstände gelten nicht für die äußeren Grenzen einer Bauleitplanung für Windenergie zu den aufgeführten Baugebieten.

Gemäß Änderungssynopse der textlichen Festlegung des Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (5.2.3.2 Nutzung von Windenergie; Z.37 Neue Standorte für Windenergieanlagen steuern) hat die Planung von Standorten für raumbedeutsame Windenergieanlagen vorrangig innerhalb des regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Freiraum- und

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Hinweis bezieht sich auf einen früheren Plangegegenstand, der im Entwurf für die erneute öffentliche Auslegung entfallen ist. Die textlichen Regelungen im Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurden mit Beschluss des Regionalrats vom 9.12.2022 aus dem Gesamtplan herausgelöst und werden im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien neu gefasst.

Agrarbereich (AFAB) zu erfolgen. Von einer zeichnerischen Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung gemäß LEP NRW wurde abgesehen.

Die o.g. Mindestabstandsfläche von 900 Metern ist im Grenzbereich des Landkreises Vulkaneifel und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung zu berücksichtigen, sowohl für Standorte an denen eine raumbedeutsame Windenergieanlage grundsätzlich, als auch ausnahmsweise möglich ist.

AZ: BET_4001_1	
Landschaftsverband Rheinland	
1033387_001, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung an der Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie erhalten hiermit die Stellungnahme aus der Fachsicht der LVR-Kulturlandschaftspflege zu den zur Verfügung gestellten Unterlagen.</p> <p>1. allgemeine Anmerkungen</p> <p>Ich verweise noch einmal auf die allgemeinen Anmerkungen und Bedenken aus unserer Stellungnahme vom 31.8.2022.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die allgemeinen Anmerkungen und Bedenken aus der Stellungnahme im Rahmen der 1. Offenlage verwiesen (zum Beispiel ID 1007899, ID 1007900, ID 1007901 1. Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

Inhalt

Der Umweltbericht wurde erfreulicherweise ergänzt und erwähnt nun, dass UZVR und Kulturlandschaftsbereiche in „*einer vergleichsweise hohen Anzahl betroffen*“ sind. Die weitere Feststellung: „*Aufgrund des hohen Flächenanteils an regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen lässt sich eine Überlagerung der Kulturlandschaft mit den Plangebieten i.d.R. nicht vermeiden, eine Anpassung / Verlagerung von Plangebieten stellt auch hier i.d.R. keine Alternative dar*“ (S. 193) sagt aus, dass gemessen an den aktuellen Flächenansprüchen in der Planungsregion Köln offenbar zu viele historische Kulturlandschaftsbereiche vorhanden sind. Das Schutzgut „Kulturelles Erbe“ wird in der Praxis in vielen Fällen weggewogen und damit als verzichtbar eingestuft. Diese Entwicklung ist äußerst bedenklich und wird im Umweltbericht zu Recht betont. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der neue Regionalplanentwurf auf diese Feststellungen positiv reagiert hätte.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt, dass der Umweltbericht ergänzt wurde.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplans eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Die tatsächliche Umsetzung von Plangebieten, die Siedlungsbereichsfestlegungen darstellen (z.B. ASB, GIB), ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

Die Ergänzung des Umweltberichts um die Tabelle auf S. 190f ist begrüßenswert, da sie der Nachvollziehbarkeit der Bewertungsmethodik dient. So wird jetzt deutlich, dass bezogen auf das Schutzgut Kulturelles Erbe eine Umfeldbetrachtung von KLBs auf Regionalplanebene nicht erfolgt. Hier wäre es dennoch wünschenswert, wenn diesbezügliche Einwände aus den Stellungnahmen einfließen würden oder ein Hinweis darauf gegeben wird, dass mögliche Auswirkungen auf das Umfeld bestehen. Denn die Erfahrung zeigt, dass mit dem Argument einer Darstellung im Regionalplan Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen auf der nachgelagerten Planungsebene oftmals gar nicht mehr diskutiert werden.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Ergänzung des Umweltberichts geäußert.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

Aufgrund der massiven Beeinträchtigung der Kulturlandschaft möchten wir noch einmal betonen, dass der Ausgleichsvorschlag zu G0_OFG_NEU Naafbachtalsperre nicht akzeptabel ist. Die Begründung, dass auf der nachgelagerten Bauleitplanebene Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen festgelegt werden können, ist planungsrechtlich korrekt, jedoch nicht praxisbezogen. Bei der Flutung eines Talbereichs und dem damit verbundenen Verlust einer Kulturlandschaft kann die einzige Minderungsmaßnahme im Verzicht auf den Bau der Talsperre bestehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1007960, 1. Offenlage) vorgebracht. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Festlegung der Naafbachtalsperre sichert den Standort als potenziellen Talsperrenstandort. Dabei steht insbesondere im Vordergrund, Planungen und Maßnahmen, die der Errichtung einer Talsperre entgegenstehen, zu vermeiden. Aufgrund der Zielvorgabe des LEP NRW besteht für die Regionalplan-Ebene kein Abwägungsspielraum, um auf die Talsperrenfestlegung zu verzichten. Sofern es zu einer Umsetzung der Planung kommt, ist im Rahmen der Planfeststellung eine detailliertere Betrachtung der Betroffenheit von Schutzgütern, u.a. des Denkmalschutzes, vorzunehmen.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Inhalt

2. Vormerkung: Neuer Kulturlandschaftsbereich 479 im Bereich des Tagebaus Garzweiler

Aufgrund der aktuellen Änderungen des Braunkohlenplans hat sich im Umfeld des Tagebaus Garzweiler ein weiterer, neuer **Kulturlandschaftsbereich Nr 479 im Bereich Keyenberg** ergeben. Die genaue Benennung, textliche Beschreibung und Geometrie werden momentan LVR-intern abgestimmt und Ihnen in Kürze gesondert übermittelt. Es besteht zukünftig eine Überlagerung mit dem **Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich Nr. 1005314**. Hier ist darauf zu achten, dass diese Ausweisung den Fortbestand des landschaftskulturellen Erbes nicht beeinträchtigt. Die Ausweisung des Denkmalbereichs Keyenberg befindet sich noch in der Abstimmung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Für den Aspekt der Kulturlandschaften zeigen die Erläuterungskarten B 1 "Kulturlandschaften" und B 2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche" die differenzierten Grundlagendaten der regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche. Diese wurden auf der Grundlage des Fachbeitrags "Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln" vom Landschaftsverband Rheinland (LVR 2016) erarbeitet. Auf Grundlage einheitlicher Bewertungsmaßstäbe wurden unter Zusammenarbeit der LVR-Ämter der Bodendenkmalpflege und Denkmalpflege der Abteilung Landschaftliche Kulturpflege, dem Römisch-Germanisches Museum und der Archäologische Denkmalpflege der Stadt Köln die Regionalbedeutsamen Kulturlandschaften und Archäologischen Bereiche für den gesamten Regierungsbezirk Köln identifiziert. Die Fortschreibung der Daten findet fortlaufend auf dem Internetauftritt des LVR unter: <https://www.kuladig.de/> statt.

Eine Aktualisierung der vom LVR-erarbeiteten Daten in der Erläuterungskarte B 2 findet im Rahmen der 2. Offenlage auf Anregung des LVR (siehe StN-ID ID 1007977 und 1007901) statt. Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Darüberhinausgehende Informationen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

3. Stellungnahmen zu den Änderungen in den Prüfbögen des Umweltberichts

BHO_ASBz_5

Betroffenheit: KLB-446: Siebengebirge (Bad Honnef, Königswinter)

Durch Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen werden wertgebende Merkmale der Insel Grafenwerth gefährdet: Überprägung und Verlustes des historischen Charakters. Verletzung mehrerer kulturlandschaftlicher Ziel des Kulturlandschaftsbereichs.

Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Zum einen wird die Inselmitte bereits heute intensiv baulich genutzt und ist somit Siedlungsbereich. So befinden sich eine Tennisanlage mit öffentlichem Restaurant, ein Freizeitbad mit einer Gesamtfläche von 30.000 Quadratmetern, das zehntausende Besucher jedes Jahr anzieht, sowie festinstallierte Sportflächen (Fußballfeld mit Toren, Basketball Court, Calisthenics-Anlage) auf der Insel. Auch die Nordspitze der Insel ist mit dem Inselcafé samt Biergarten sowie einem großen Spielplatz als öffentliche Grünfläche/Park in dieser Qualität anzusprechen. Zur weiteren Steuerung und Absicherung der Nutzungen ist aus unserer Sicht zudem angezeigt, der Kommune im Sinne der Subsidiarität die Möglichkeit einzuräumen, über Bauleitplanungen weitergehende Regelungen und auch Beschränkungen/ Ordnungen zu treffen. Dies bedarf zwingend eine entsprechende Hinterlegung im Regionalplan. Hintergrund der Notwendigkeit der Bauleitplanung ist die immer weiter eingeschränkte Möglichkeit, kulturelle Veranstaltungen auf der Insel vorzunehmen. Hierfür ist auch die Einteilung der zentralen Inselflächen als Landschaftsschutzgebiet eines der Probleme. Im Ergebnis sollen der Kommune Handlungsmöglichkeiten wieder zur Verfügung gestellt werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung

gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

BM_ASB_6

Betroffenheit: KLB-71: Burg Geretzhoven, Mönchhöfe, Rheidt (Bergheim)

Eine Bebauung verletzt die kulturlandschaftlichen Ziele „Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen“ und „Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges“, außerdem den Umgebungsschutz des Baudenkmals Beckershof.

Die Fläche umfasst die Weidefläche des historischen Beckershofes mit Anschluss an die Gilbachaue. Der Hof wird als wertgebendes Merkmal des Kulturlandschaftsbereichs genannt. Eine Bebauung der Fläche bedeutet den Verlust des strukturellen Zusammenhangs, einen Verlust der Ablesbarkeit historischer Funktionen des Hofes und ein Zusammenwachsen der Ortsteile Rheidt und Hüchelhoven. Die zu erwartenden Auswirkungen auf den Kulturlandschaftsbereich sind damit **sehr erheblich** und **auf der nachgelagerten Bauleitplanebene durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen nicht kompensierbar**.

Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle

	Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen, Sichtachsen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.
--	---

Inhalt

HEI_ASBz_1

Betroffenheit: KLB-220: Rurtalsperre (Heimbach, Nideggen, Schleiden, Simmerath)

Hier bestehen erhebliche Auswirkungen auf alle Kulturlandschaftlichen Ziele des Kulturlandschaftsbereichs.

Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen ASB mit der Zweckbindung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen festzulegen.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt:

Im März 2021 wurde ein von der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. beauftragtern „Fachbeitrag Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln“ zur Bestandsanalyse und touristischen Projektideen im Nationalparkraum vorgelegt. Zwar hätten nur wenige Projektideen von ihrer Größe her eine Relevanz für die Darstellung im Regionalplan (Flächen größer 10 ha), es empfehle sich jedoch ein gesamträumliches Konzept zur Weiterentwicklung und Abstimmung der vorhandenen Projektideen in den Nationalparkkommunen. So könnten Potenziale für Erholung und Tourismus gesichert, zielgruppenspezifische Angebote für einen nachhaltigen Tourismus abgestimmt und Redundanzen vermieden werden. Der Fachbeitrag regt an, rund um das bereits heute schon intensiv touristisch genutzte Heimbacher Staubecken einen Bereich von 72 ha zeichnerisch und textlich als ASB mit zweckgebundener Nutzung für Erholung, Freizeit und Tourismus festzulegen. Insbesondere der vorhandene Ferienparks mit seinen ca. 1.000 Betten und 220.000 bis 230.000 Übernachtungen pro Jahr bedarf auch in der Zukunft einer Entwicklungsfähigkeit wie auch der nördlich des Staudamms gelegenen Bereich mit der Anlegestelle der Rursee-Schiffahrt, dem 4-Sterne-Hotel und anderen touristischen Infrastruktureinrichtungen. Die mit dem Nationalpark in Zusammenhang gebrachte starke Zunahme der Übernachtungen in der NP-Region sind einzig in diesem Ferienpark begründet.

Inhalt

K_ASB_2_A - Alternative

Betroffenheit: KLB-359 (Optisch-mechanischer Telegraph Berlin – Koblenz)

Die Geometrie der Prüffläche im Umweltbericht tangiert den KLB 359 nicht, die Geometrie Nr. 1003028 in der Karte hingegen schon. Hier besteht Klärungsbedarf hinsichtlich der korrekten Geometrie. Sollte der KLB weiterhin tangiert werden, sollte der Umweltbericht mögliche Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen auf der Bauleitplanebene erwähnen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Prüffläche K_ASB_2_A - Alternative in Anhang C des Umweltberichts bezieht sich auf den im Vergleich zur 1. öffentlichen Auslegung verkleinerten ASB südlich von Köln-Zündorf. Die abgebildete Geometrie bildet hierbei den verkleinerten ASB ab. Es liegt somit im Bereich des verkleinerten ASB keine Überlagerung mit dem KLB 359 vor.

Die Geometrie mit der ID 1003028 in den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung beigefügten Änderungskarten zeigt als entfallende Festlegung den ASB (Entwurfsstand 1. Offenlage) und als neue Festlegung AFAB mit überlagerndem BSLE und Regionalem Grünzug. Auch hier zeigt sich, dass der verkleinerte ASB den KLB 359 nicht tangiert, sondern in dem in Rede stehenden Bereich im 2. Planentwurf ein AFAB mit überlagerndem BSLE und Regionalem Grünzug festgelegt wird. Der KLB wird nicht tangiert. Die im Falle eines Tangierens angeregte Ergänzung im Umweltbericht ist nicht erforderlich.

Inhalt

WAC_ASB_7

Betroffenheit: KLB-270: Haus und Gut Holzern (Wachtberg)

Der Einschätzung des Umweltberichts wird nicht gefolgt. Es bestehen auch bei Zurücknahme der Fläche Auswirkungen auf den KLB 270. Wertgebendes Merkmal des KLB ist die landschaftsbestimmende freie Lage. Diese geht mit der Ausweisung eines unmittelbar angrenzenden ASB verloren. Die Auswirkungen der Planung sind damit erheblich.

Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Gemeinde Wachtberg noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant einbezogen und berücksichtigt.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt von Ausnahmen abgesehen bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, linienhafte Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes „Kultur- und sonstige Sachgüter“ vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Der von Flächeninanspruchnahme betroffene regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich liegt im äußersten Südwesten des Plangebiets. Eine Flächeninanspruchnahme kann durch Aussparung des betroffenen Bereiches bei Konkretisierung der Planungen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen vermieden werden. Sie ist abgrenzungsbedingt der Maßstabsebene des Regionalplans geschuldet.

Inhalt

WEG_ASB_2

Betroffenheit: KLB-18: Tal der Schwalm (Erkelenz, Wegberg)

Durch die Planung findet eine nicht nachvollziehbare Zersiedlung statt, die den Gesamtcharakter des KLB beeinträchtigt und die durch den alternativen Anschluss der Fläche an den bestehenden Siedlungskörper vermeidbar wäre.

Gegen die Planung werden aus kulturlandschaftlicher Sicht Bedenken erhoben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: ASB-Fläche (WE5) Der Regierungsbezirk Köln ist eine wachsende Region. Daher ist es notwendig eine ausreichende Anzahl von Flächen für den Wohnungsbau und nichtstörendes Gewerbe bereit zu stellen. Die hier vorgeschlagene ASB Ausweisung ist dazu geeignet, diesem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

	<p>Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.</p>
--	--

Inhalt

ELS_GIBz_2

Betroffenheit: KLB 61 Gut Ohndorf (Elsdorf)

Bereits aufgrund der Größe der Fläche und der Kumulationswirkung mit den weiteren angrenzend geplanten GIB ist die Fläche aus kulturlandschaftlicher Sicht sehr kritisch zu bewerten. Das für den Kulturlandschaftsbereich maßgebende Ziel „Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen“ wird durch das direkte Angrenzen der Planfläche an den KLB verletzt. Das Baudenkmal Gut Ohndorf liegt in historischer Alleinlage. Diese erfordert einen angemessenen Abstand jeglicher weiterer Bebauung, was durch die Planung nicht gewährleistet wird.

Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines GIBtransformation gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

BM_GIBz_2

Betroffenheit: KLB 071 Burg Geretzhoven, Mönchshöfe, Rheidt (Bergheim); KLB 69 Nord-Süd-Kohlenbahn (Bergheim, Frechen, Grevenbroich, Hürth)

Die kulturlandschaftlichen Ziele „Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen“, „Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges“ und „Bewahren und Sichern archäologischer und paläontologischer Bodendenkmäler in ihrem Kontext“ werden verletzt. Das Baudenkmal Gut Klein-Mönchshof erfordert eine angemessene Umgebung, die durch den Kulturlandschaftsbereich markiert wird.

Die Planfläche ist unbedingt bis an die Grenze des Kulturlandschaftsbereichs zurückzunehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines GIBTransformation gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

HÜR_GIBz_1

Betroffenheit: KLB 158: Rekultivierung Liblar –Brühl (Brühl, Erftstadt, Hürth)

Durch die großflächige Planung wird das kulturlandschaftliche Ziel „Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges“ deutlich verletzt.

Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines GIBtransformation gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

ASB 1005409

Betroffenheit: KLB 129 Birgel (Düren)

Nicht als Prüffläche im Umweltbericht enthalten

Durch den ASB erfolgt die Verletzung des kulturlandschaftlichen Ziels „Bewahren und Sichern der Elemente und Strukturen, von Ansichten und Sichträumen von historischen Stadt- und Ortskernen sowie des industriekulturellen Erbes“. Die KLB-Geometrie wurde im Bereich westlich des Baudenkmals Wasserburg Birgel bewusst gewählt, um den Umgebungsschutz sicherzustellen. Die Planung bedeutet eine sehr erhebliche Auswirkung auf das Schutzgut Kulturelles Erbe, die zum Verlust wertgebender Merkmale führt.

Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005409 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

Waldbereich 1026725

Betroffenheit: KLB 127 Gürzenich-Wald (Düren)

Nicht als Prüffläche im Umweltbericht enthalten

Die Ausweisung als Waldbereich darf die Bewahrung des landschaftskulturellen Erbes nicht beeinträchtigen. Ein Abriss der Kasernen- und Wohngebäude würde dem Totalverlust des Kulturlandschaftsbereichs gleichkommen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Durch die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, werden ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte nicht berührt. Als Vorranggebiet schützt die zeichnerische Festlegung den Wald vor einer Inanspruchnahme durch z.B. bauliche Nutzungen. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrheinwestfälischen Regionalplanung, 2020). In Anhang A der Umweltprüfung, Kapitel 2 sind zudem die räumlich hinreichend konkreten Planfestlegungen aufgeführt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können und die entsprechend der Planungsebene spezifisch und raumbezogen hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen geprüft und bewertet werden. Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten bzw. eine vorhabens- und

	standortbezogene Prüfung erfolgt auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene.
--	--

1033387_017, Landschaftsverband Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>ASB 422, Rösrath:</p> <p>Betroffenheit: KLB 389 Königsforst</p> <p>Durch den ASB wird ein AFAB abgelöst. Die historische Alleinlage des Baudenkmals Paffrather Hof ist dadurch bedroht. Zudem entspricht ein ASB ohne Anschluss an den bestehenden Siedlungskörper nicht dem Gebot des flächensparenden Bauens.</p> <p>Neue Reg.Plan Darstellung wird abgelehnt</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der Stellungnahme ID 1033498_006. Es wird auf den Ausgleichsvorschlag zur StgID 1033498_006 im Rahmen der zweiten öffentlichen Auslegung verwiesen.</p>

Inhalt

4. Korrektur zur Tabelle „Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung“

Kulturlandschaftsbereich 476: Ackerterrassen und Hecken bei Heimbach-Hausen

Zuordnung falsch: Kategorie baukulturelles Erbe

Zuordnung richtig: Kategorie landschaftskulturelles Erbe

Abwägung

Typ

Ausgleichsvorschlag

Erläuterung

Die Tabelle in Anhang B, Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung sowie die Erläuterungskarte B-2 Regionalbedeutsame Kulturlandschaften/Archäologische Bereiche wird angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

AZ: BET_4002_1	
Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege im Rheinland	
1033498_001, Landschaftsverband Rheinland Amt für Denkmalpflege im Rheinland	
<p>Inhalt</p> <p>vielen Dank für die Beteiligung an o.g. Planung.</p> <p>Denkmalpflegerische Belange sind von der Planung betroffen, da sich im Plangebiet Denkmäler gemäß § 2 DSchG NRW und historische Kulturlandschaftsbereiche gemäß Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln (LVR 2016) befinden. Daher nehmen wir im Folgenden zu der Planung Stellung.</p> <p>Rechtliche Vorbemerkungen</p> <p>Gemäß §§ 1 und 3 DSchG NRW sind Denkmäler zu schützen, zu pflegen und sinnvoll zu nutzen. Die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege sind bei allen Planungen angemessen zu berücksichtigen und in die Abwägung so miteinzubeziehen, dass die Erhaltung und Nutzung der Denkmäler und Denkmalbereiche sowie eine angemessene Gestaltung ihrer Umgebung möglich sind.</p> <p>§ 1 Abs. 4 Nr. 1 BNatSchG hält fest: „Zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft sind insbesondere Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.“</p> <p>In § 2 (2) Nr. 5 ROG heißt es: „Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln. Historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sowie dem UNESCO-Kultur- und Naturerbe der Welt zu erhalten.“</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Hinweise zu den rechtlichen Grundlagen vorgebracht, nach welchen das Kulturelle Erbe und historische Kulturlandschaftsbereiche im Rahmen der planerischen Abwägung zu berücksichtigen sind.</p> <p>Zudem wird allgemein darauf hingewiesen, dass Denkmäler gemäß § 2 DSchG NRW und historische Kulturlandschaftsbereiche von der Planung betroffen sind. Gemäß § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 ROG wurden bei der Neuaufstellung des Regionalplans die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Regionalplans auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter im Umweltbericht ermittelt, frühzeitig beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethode sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad auf Ebene der Regionalplanung angemessenerweise verlangt werden kann. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die für Kulturgüter und sonstige Sachgüter zuständigen öffentlichen Stellen sind im Rahmen des bisherigen Verfahrens beteiligt worden und ihre Anregungen, Bedenken und Hinweise wurden u.a. im Rahmen der 1. Offenlage im Rahmen der Abwägung berücksichtigt (vgl. 1. Offenlage zum Beispiel ID 1008011, ID 1007899).</p>

Inhalt

Allgemeine Anmerkungen zu den vorliegenden Unterlagen

Generell stellen wir fest, dass der Entwurf zum Regionalplan weiterhin einen hohen Flächenverbrauch aufweist, welcher das im Text beschriebene Ziel der Flächeneinsparung nicht nachvollziehbar widerspiegelt. Exemplarisch zeigen dies die neuen und sehr großräumlichen Flächenfestlegungen mit den Nummern (bezogen auf die bereitgestellten Shape-Dateien) **250, 251** (beides Jülich), **383, 465, 466, 467, 502** (alles Bergheim) und **519** (Wegberg). Nicht zuletzt die kürzlich verabschiedeten Baukulturellen Leitlinien des Bundes „Gemeinsame Räume für gutes Zusammenleben gestalten“ formulieren eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik als sehr wichtige Zielstellung. Neben den bekannten ökologischen Folgen hat ein hoher Flächenverbrauch auch negative Auswirkungen auf den Erhalt des Schutzgutes Kulturelles Erbe insbesondere im Kontext historischer Kulturlandschaften.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags zur Karte der schutzwürdigen Böden von NRW 1:50.000 – dritte Auflage, 2018 (Stand: Mai 2024) des Geologischen Dienstes NRW erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumbeobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick

auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Eine laufende Aktualisierung von Datengrundlagen innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Stattdessen wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raubeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden.

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt (vgl. Kapitel 4.8 "Kultur- und sonstige Sachgüter" des Umweltberichts). Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Der in den vorliegenden Unterlagen an verschiedenen Stellen wiederkehrende Verweis auf die nachgeordnete kommunale Bauleitplanung verlagert das Problem auf eine Ebene, in der auf die bauliche Entwicklung von Flächen zum Erhalt des kulturellen Erbes erfahrungsgemäß nicht mehr verzichtet wird, wenn eine entsprechende Flächenzuweisung im Regionalplan bereits erfolgte. Dies hat letztlich zur Folge, dass das Schutzgut Kulturelles Erbe auf keiner Ebenen angemessen berücksichtigt wird. Das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (LVR-ADR) sieht es als Aufgabe der Regionalplanung an, die erkannten und von Trägern öffentlicher Belange in fachlichen Stellungnahmen vorgebrachten Bedenken nach dem Gebot der gerechten Abwägung zu behandeln. Es wird bedauert, dass dieses Vorgehen aus dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans nicht durchgehend ersichtlich ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplans eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

Allgemein anmerken möchten wir weiterhin, dass offenbar viele Flächen in der zur Verfügung gestellten Shape-Datei vor ihrer Herausgabe nicht überprüft wurden. Einige Flächendarstellungen ergeben keinen Sinn, da sie entweder zu klein sind oder den topografischen bzw. baulichen Gegebenheiten widersprechen (bspw. die Festlegung von wenigen m² Fläche als Wald oder die Ausweisung eines zusammenhängenden Siedlungsgebiets oder einer Straßenböschung als AFAB). Die betrifft u.a. die GIS-Flächenfestlegungen mit den Nummern **184, 200, 479, 480, 482, 526**.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen, Geodaten etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.

Die Geodaten wurden hierbei mit folgenden Hinweisen bereitgestellt: Den bereitgestellten Geodaten kommt kein amtlicher und/oder rechtsverbindlicher Status zu. Rechtlich verbindlich ist ausschließlich der vom Regionalrat Köln festgestellte und bekannt gemachte Regionalplan Köln. Die bereitgestellten Geodaten wurden von der Regionalplanungsbehörde Köln mit größter Sorgfalt erstellt. Gleichwohl können (z.B. technische oder anwendungsbezogene) Fehler auftreten. Jeder Nutzer der Geodaten bleibt selbst für die Überprüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der zur Verfügung gestellten Daten verantwortlich. Die Regionalplanungsbehörde Köln übernimmt keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der Geodaten. Die bereitgestellten Daten sind allgemeiner Art und nicht auf die besonderen Bedürfnisse im Einzelfall abgestimmt. Bei der Verwendung der Geodaten ist zu berücksichtigen, dass diese nur für den definierten Zielmaßstab 1:50 000 bestimmt sind. Bei Verwendung in einem anderen Maßstab, losgelöst von der topographischen Originalkarte oder bei nicht originalgetreuen Schichtung der Layer sind die Risiken von möglichen Fehlinterpretationen und daraus resultierenden falschen Rückschlüssen zu beachten. Die Regionalplanungsbehörde Köln übernimmt keine Gewähr für etwaige Folgen einer möglichen Fehlinterpretation der bereitgestellten Geodaten.

Inhalt

Anmerkungen zu den neuen Flächenfestlegungen

Grundsätzlich bedenkliche Flächenfestlegungen

Aus Sicht des LVR-ADR sollte auf folgende Flächenfestlegungen verzichtet werden, um den langfristigen Erhalt von Baudenkmälern und historischen Kulturlandschaftsbereichen (KLB) gewährleisten zu können.

· **BM_ASB_6, GIS 367, Bergheim:** Die als ASB ausgewiesene Fläche beansprucht ein zu großes Gebiet des KLB 71 „Burg Geretzhoven, Mönchshöfe“ und überplant zudem den denkmalgeschützten Beckerhof (Düsseldorfer Str. 120). Charakteristisch für das Denkmal ist der landwirtschaftliche Kontext, zu dem auch die Einbettung in Ackerflächen gehört. Durch die beabsichtigte Planung kann diese für die Anschaulichkeit und Erlebbarkeit des Denkmals schützenswerte funktionale Raumwirkung nicht mehr sichergestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

· **422 ASB, RÖS_ASBz_1 Rösraht:** Diese Festlegung ersetzt die bisherige Ausweisung als Freiraum- und Agrarbereich und hat für das Kulturelle Erbe ähnliche Auswirkungen wie in der vorangegangenen Flächenfestlegung beschrieben. Betroffen sind das Baudenkmal Paffrather Hof und der KLB 389 „Königsforst“. Da keine Anbindung an Siedlungsgebiete besteht, wird im Übrigen ein Grundsatz der Regionalplanung verletzt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der veränderten Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt (vgl. ID 1004586, 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft

und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Festlegung von Siedlungsflächenpotentialen erfolgte zudem angrenzend an regionalplanerischen Siedlungsraum. Hierzu wird auf die Ausführungen in der Begründung im Kapitel 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung, Grundsätzliche Methodik zur Festlegung von Siedlungsbereichen (ASB und GIB) verwiesen. Darüberhinaus gilt, dass die Regionalplanung eine rahmensetzende Planung ist. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d. h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

· **BHO_ASBz_5, GIS 493, Bad Honnef:** Diese Fläche befindet sich innerhalb des KLB 446 „Siebengebirge“ und überplant auch die Denkmäler Schloss Hagerhof mit Park und Mauerstück sowie Stallungen, Remise und Reithalle des Guts Hagerhof. Die Ausweisung als ASB übergeht schützenswerte strukturelle und funktionale Raumbezüge und wird vom LVR-ADR daher ebenfalls abgelehnt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die in Rede stehenden Denkmäler liegen nicht im voran gestellten Bereich "BHO_ASBz_5" (Insel Grafenwerth) sondern im Ortsteil Menzberg. Es wird daher angenommen, dass sich die Stellungnahme auf die Ausweisung eines ASB bei gleichzeitiger Rücknahme eines AFAB mit überlagerndem BSLE und Regionalen Grünzug (ID 1008414) mit dem Prüfbogen BHO_ASB_6 bezieht.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle

	Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.
--	--

Inhalt

· **ELS_GIBz_2, GIS 251, Bergheim:** Diese extrem große Fläche wurde mit weiteren Flächen im Umfeld als GIB ausgewiesen, obwohl sich westlich und östlich die Baudenkmäler Gut Ohndorf, Gut Desdorf, Vierkanthof Desdorf sowie der KLB 61 „Gut Ohndorf“ befinden. Denkmalgeschützte Hofanlagen in historischer Alleinlage sind auf eine angemessene Umgebung und Abstand zu weiteren Bebauungen angewiesen. Ein weiterer GIB in dieser Dimension würde den historischen Charakter der Landschaft komplett zerstören und ist angesichts der möglichen GIB-Ausweisungen westlich und nördlich nicht nachvollziehbar.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

· **ASB 1005409, GIS 192, ASB, Düren:** Diese Fläche befindet sich zu nahe an der denkmalgeschützten Birgeler Burg und beansprucht eine große Fläche des KLB 129 „Birgel“, weshalb keine Ausweisung als ASB erfolgen sollte. Im Umweltbericht findet diese Fläche keine Berücksichtigung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005409) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung, unter anderem bezogen auf den Denkmalschutz und die Inanspruchnahme historischer Kulturlandschaftsbereiche, vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha

geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

Flächen mit Abstandserfordernis

Folgende Flächen erfordern mehr Abstand, um die Belange des Denkmalschutzes zu wahren.

· **BM_GIBz_2, GIS 213, GIBz, Bergheim:** Diese Fläche überplant einen Teil des KLB 71 „Burg Geretzhoven, Mönchshöfe“. Das LVR-ADR hat sich schon mehrfach gegen diese Flächenfestlegung ausgesprochen bzw. mehr Abstand zum Gut Klein-Mönchshof, als prägendes Merkmal dieses KLB gefordert. Gerade aufgrund der Vorbelastung durch das Kraftwerk sollte der Schutz der letzten verbliebenen freien Flächen rund um den Hof priorisiert werden. § 3 DSchG NRW, wonach bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen eine angemessene Gestaltung der Umgebung von Denkmälern zu sorgen ist, wird an dieser Stelle eklatant verletzt. Auch der Umweltbericht schätzt die Auswirkungen als erheblich ein.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines GIBtransformation gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Inhalt

Unverständliche Flächenfestlegungen

Einige Flächenfestlegungen sind aus unterschiedlichen Gründen nicht nachvollziehbar und bedürfen einer Erläuterung.

Für folgende Ortschaften, bislang ASB, wird nun ein AFAB festgelegt, was angesichts der vorhandenen zusammenhängenden, teils historischen Siedlungsstruktur mit Denkmälern verwundert:

- **27, Horbach, Aachen**
- **209, Lindlar**
- **215, Engelskirchen**

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert – unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit –, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Mit Wegfall der Entwicklungsabsicht in Aachen Horbach besteht hier somit kein weiteres Sicherungserfordernis. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Engelskirchen erfolgt aufgrund des neuverorteten kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit eine Festlegung als ASB im Bereich Oberbüchel. Dafür erfolgt die Rücknahme von Siedlungsraumpotentialen im Bereich Buschhausen. Es wird auf die Ausführungen im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1002739, 1. Offenlage).

In Lindlar ist eine zeichnerische Neuabgrenzung aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand, hier belegt durch eine geänderte Darstellung im Rahmen der Flächennutzungsplanneuaufstellung, im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Es wird auf die Ausführungen im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1003882, 1. Offenlage).

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse und Rechte bzw. denkmalschutzrechtliche Unterschutzstellungen werden durch die zeichnerische Festlegung der AFAB nicht berührt. Darüber hinaus ist unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im

Regionalplan eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* möglich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrheinwestfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Laut Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrheinwestfälischen Regionalplanung (2020) kann für zeichnerische Festlegungen mit voraussichtlich positiven Umweltauswirkungen die Umweltauswirkungen stärker zusammenfassend beschrieben und auf eine Detailprüfung von Teilflächen (z. B. über Prüfbögen) zu verzichtet werden. Zu den zeichnerischen Festlegungen, für die auf der regionalplanerischen Ebene in der Regel keine negativen oder überwiegend positiven Umweltauswirkungen prognostiziert werden können, zählen insbesondere:

- Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche,
- Waldbereiche,
- Bereiche für den Schutz der Natur,
- Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung,
- Regionale Grünzüge,
- Bereiche für Grundwasser- und Gewässerschutz und
- Überschwemmungsbereiche.

Ein Prüfbogen Freiraum ist daher nicht sachgerecht.

Inhalt

Für die Fläche **366** wird ein ASB festgelegt, was nicht verständlich ist, da diese Fläche eine ungewöhnlich schmale Form ausweist und dabei über dem Baudenkmal Godorfer Burg liegt und den KLB 162 „Godorfer Burg / Berzdorf schneidet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha

geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrheinwestfälischen Regionalplanung, 2020). In Anhang A der Umweltprüfung, Kapitel 2 sind zudem die räumlich hinreichend konkreten Planfestlegungen aufgeführt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können und die entsprechend der Planungsebene spezifisch und raumbezogen hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen geprüft und bewertet werden. Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten bzw. eine vorhabens- und standortbezogene Prüfung erfolgt auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene.

Inhalt

Die GIS-Fläche **458** wird als ASB festgelegt, obwohl sie sich inmitten des KLB Gangelt befindet, der an dieser Stelle neben dem Baudenkmal Dahlmühle aus Wald und Sportplätzen zur Naherholung besteht.

Bei allen genannten Flächen ist unklar, welche Auswirkungen dies auf das Kulturelle Erbe hat. Im Umweltbericht scheinen die Flächen zudem nicht auf.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung hier Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse und Rechte bzw. denkmalschutzrechtliche Unterschutzstellungen werden nicht berührt.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-

	<p>Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.</p>
--	---

Inhalt

Die GIS-Flächen **484** und **485 (UB FRE_GIB_2)** wurden offenbar versehentlich doppelt belegt, einmal als GIB und einmal als Wald, was sich widerspricht. Wir regen an, diese Festlegungen zu überprüfen, zumal die Flächendarstellung einen Teil des Baudenkmals Brikettfabrik Wachtberg überragt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Im in Rede stehenden Bereich ist im Regionalplanentwurf ein GIB festgelegt.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Der Festlegung eines GIB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen)

entgegengewirkt werden.

Inhalt

Bislang nicht berücksichtigte Denkmalverdachtsfälle

Bei den folgenden Flächenfestlegungen sind Objekte betroffen, die sich gerade in Prüfung auf ihren Denkmalwert befinden. Die neuen Festlegungen werden in diesem Zusammenhang kritisch gesehen.

· **ALS_GIBF_1, 351, Alsdorf:** Diese Fläche schneidet die Flurstücke/Gärten der als Denkmal erkannten Siedlung Neuweiler. Wir gehen davon aus, dass dies dem Maßstab geschuldet und in der Form nicht beabsichtigt ist. Allerdings ist für den Erhalt des Denkmals grundsätzlich von Nachteil, dass der GIB direkt an die Siedlung als Wohngebiet anschließt. Da sich aufgrund der länglichen schmalen Form ein angemessener Abstand nicht umsetzen lassen wird, sprechen wir uns gegen diese Fläche aus.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002092) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentialie kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Zudem wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe

	entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.
--	--

Inhalt

· **GIS 79, Düren:** Der ehem. als AFAB ausgewiesene Friedhof Mariaweyer wird nun als ASB festgelegt. Der Friedhof ist möglicherweise denkmalwert. Die entsprechende Begutachtung erfolgt noch. Die neue Festlegung darf den Erhalt der historischen Friedhofsanlage nicht beeinträchtigen. Im Umweltbericht wurde die Fläche nicht gefunden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005401) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung, unter anderem bezogen auf den Denkmalschutz, vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha

geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

· **GIS 148, Düren:** Innerhalb dieser als ASB ausgewiesenen Fläche befindet sich ein historisches Karmelitinnen-Kloster. Das Kloster ist möglicherweise denkmalwert, die entsprechende Begutachtung steht noch aus. Die Ausweisung darf den Erhalt der historischen Klosteranlage nicht beeinträchtigen. Weiterhin weisen wir darauf hin, dass das Kloster aufgrund seiner freien Lage in der Landschaft weithin sichtbar ist und eine besonders große Raumwirkung aufweist. Eine Bebauung der umliegenden Freiflächen ist daher kritisch zu sehen. Im Umweltbericht wurde die Fläche nicht gefunden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005405) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag wird aufrecht erhalten, da für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung, unter anderem bezogen auf den Denkmalschutz, vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10 ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha

geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Inhalt

· **GIS 253, Erkelenz:** Hier wird eine große Fläche als AFAB ausgewiesen, für den südlichen Bereich bis zu den Ortschaften ist dies nachvollziehbar, aber nicht für den nördlichen Bereich mit seinen Ortschaften Keyenberg, Berwerath, Kuckum, Unterwestrich. Die Orte weisen eine hohe Anzahl an Baudenkmalen auf und der Ort Keyenberg erfüllt möglicherweise die Kriterien eines Denkmalbereichs. Es muss sichergestellt sind, dass die Weiternutzung des vorhandenen Baubestands als wichtige Voraussetzung für deren Erhalt durch die Ausweisung als AFAB nicht gefährdet wird. Im Umweltbericht wurde die Fläche nicht gefunden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1005314 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Nach den Vorgaben der LPIG DVO sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der in Rede stehende Bereich umfasst Ortslagen mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit Ortsteile im regionalplanerischen Freiraum.

Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse und Rechte bzw. denkmalschutzrechtliche Unterschutzstellungen werden durch die zeichnerische Festlegung der AFAB nicht berührt. Darüber hinaus ist unbenommen einer zeichnerischen Festlegung von Siedlungsbereichen im Regionalplan eine Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren* möglich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in

der nordrheinwestfälischen Regionalplanung, 2020). Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Laut Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung (2020) kann für zeichnerische Festlegungen mit voraussichtlich positiven Umweltauswirkungen die Umweltauswirkungen stärker zusammenfassend beschrieben und auf eine Detailprüfung von Teilflächen (z. B. über Prüfbögen) zu verzichtet werden. Zu den zeichnerischen Festlegungen, für die auf der regionalplanerischen Ebene in der Regel keine negativen oder überwiegend positiven Umweltauswirkungen prognostiziert werden können, zählen insbesondere:

- Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche,
- Waldbereiche,
- Bereiche für den Schutz der Natur,
- Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung,
- Regionale Grünzüge,
- Bereiche für Grundwasser- und Gewässerschutz und
- Überschwemmungsbereiche.

Ein Prüfbogen Freiraum ist daher nicht sachgerecht.

Inhalt

zuletzt mit Stellungnahme vom 29.08.2022 hatte sich das Fachamt im Rahmen des Scoping geäußert.

Zunächst beziehe ich mich auf das Verzeichnis der Grundsätze und Ziele als Anlage zur Begründung, konkret auf den Grundsatz 7.

Im vorletzten Absatz heißt es: „Mit der Aufführung der archäologischen Bereiche in Anhang B, Tabelle „Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung“ und Karte 2 „Regionalbedeutsame Kulturlandschaften/Archäologische Bereiche“ sowie mit Verweis auf die Abbildung im Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln (LVR 2016) und den textlichen Grundsatzformulierungen zu ihrem Erhalt und Dokumentation wird Grundsatz 3-2 LEP NRW konkretisiert. Dies soll dazu dienen, das untertägig erhaltene archäologische Erbe als Archiv der Geschichte der Menschen zu sichern.“

Innerhalb der Siedlungsräume und dort konkret für die Kommunen als Planungsträger greift der Planungsleitsatz des § 14 III DSchG NRW. Danach ist die Sicherung der Bodendenkmäler durch die Gemeinden und Kreise (...) bei der Bauleitplanung (...) zu gewährleisten. Sicherung bedeutet, von Beginn der Planung an den weitest gehenden Schutz des Bodendenkmals zu garantieren. In der Praxis sind daher Festsetzungen zu wählen, die den denkmalrechtlichen Auftrag zum Schutz der Denkmäler umsetzen, d.h. schon die Möglichkeit einer Beeinträchtigung ausschließen.

In der Synopse zur Abwägung öffentlicher Stellungnahmen wird die Forderung auf Aufnahme der Bodendenkmäler in die Kartenwerke und in den Umweltbericht mit der Maßstäblichkeit des Regionalplans abgewiesen. Auch finden sich entgegen der Ankündigung im letzten Satz (s. 4211) an keiner Stelle der Planunterlagen konkret auf das Schutzgut bezogene Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Aus Sicht des Fachamtes im Umgang mit der Problematik auf der Arbeitsebene sollte bereits in den Grundsätzen ein Verweis auf den Planungsleitsatz und die Sicherungsverpflichtung der Kommunen als bindende Maßgabe erfolgen. Dies schließt eine Planung innerhalb von Bodendenkmälern nicht aus, hebt aber die Sicherungsverpflichtung hervor. Erst damit ist aus der Praxissicht des Fachamtes der Grundsatz des LEP hinreichend konkretisiert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Für den Aspekt der Kulturlandschaften zeigen die Erläuterungskarten B 1 "Kulturlandschaften" und B 2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften / Archäologische Bereiche" die differenzierten Grundlagendaten der regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche. Diese wurden auf der Grundlage des Fachbeitrags "Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln" vom Landschaftsverband Rheinland (LVR 2016) erarbeitet. Auf Grundlage einheitlicher Bewertungsmaßstäbe wurden unter Zusammenarbeit der LVR-Ämter der Bodendenkmalpflege und Denkmalpflege der Abteilung Landschaftliche Kulturpflege, dem Römisch-Germanisches Museum und der Archäologische Denkmalpflege der Stadt Köln die Regionalbedeutsamen Kulturlandschaften und Archäologischen Bereiche für den gesamten Regierungsbezirk Köln identifiziert. Die Fortschreibung der Daten findet fortlaufend auf dem Internetauftritt des LVR unter: <https://www.kuladig.de/> statt.

Der vom Stellungnehmer zur Verfügung gestellte Datensatz zur Aktualisierung der Grundlagendaten der Bodendenkmäler für die Erläuterungskarte B-2 "Regionalbedeutsame Kulturlandschaften/Archäologische Bereiche" wurden fachlich geprüft. Der Verweis auf die regionalplanerische Maßstäblichkeit erfolgte, da die eingereichten Daten nicht der Bearbeitungstiefe eines Regionalplans entsprechen. Die zeichnerischen Festlegungen im Regionalplan erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der

Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Die Erläuterungskarte B-2 bildet Archäologische Bereiche im Maßstab 1:400.000 ab. Diese Erläuterung entbindet nicht von erneuten Prüfpflichten der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren. Eine Aktualisierung der vom LVR-erarbeiteten Daten in der Erläuterungskarte B 2 findet im Rahmen der 2. Offenlage auf Anregung des LVR (siehe StN-ID ID 1007977 und 1007901) statt. Darüberhinausgehende Informationen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Für die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans erfolgte die Ermittlung und Bewertung umweltrelevanter Auswirkungen durch die Umweltprüfung. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Diese sind dem Anhang A der Umweltprüfung zu entnehmen. Im Rahmen der Umweltprüfung wurde für das Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ die Betroffenheit für die im Fachbeitrag erarbeiteten regional bedeutsamen Kulturlandschaften sowie archäologischen Bereiche untersucht.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Betroffenheiten gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurden im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheiten bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Die in der

Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

1034346_002, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

Inhalt

Im Folgenden beziehe ich mich auf den Umweltbericht. Es wird angeregt, den Punkt 4.8 Kultur- und sonstige Sachgüter um die Erläuterungen der UVP-Gesellschaft e. V. zum kulturellen Erbe anstelle der Streichung des dritten Absatzes zu ersetzen:

„Das kulturelle Erbe als ein zu berücksichtigendes Schutzgut im Kontext von Umweltprüfungen – Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Strategische Umweltprüfung (SUP) sowie Umweltprüfung (UP) in der Bauleitplanung – meint Zeugnisse menschlichen Handelns, die als solche für die Geschichte des Menschen bedeutungsvoll sind und die sich als Orte, als Raumdispositionen oder als Sachen in der Kulturlandschaft lokalisieren und definieren lassen. Es umfasst sowohl Einzelobjekte wie archäologische Fundstätten oder historische Bauwerke als auch Mehrheiten von Objekten, die in einem inhaltlichen und räumlichen Zusammenhang stehen und flächenhafte Strukturen aufweisen (Ensembles). Dies trifft beispielsweise auf historische Stadt und Ortskerne oder historische Kulturlandschaften zu. Bei Umweltprüfungen geht es im Kontext des kulturellen Erbes zuvorderst darum, die Auswirkungen einer Planung auf die im Plangebiet oder dessen Umgebung vorhandenen überlieferten materiellen Zeugnisse der Vergangenheit zu ermitteln (...) Das kulturelle Erbe unterteilt sich in die Erbebereiche

- archäologisches Erbe,
- baukulturelles Erbe und
- landschaftskulturelles Erbe.

Die zentralen rechtlichen Grundlagen in der Bundesrepublik Deutschland bilden das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) einschließlich der UVP-Verwaltungsvorschrift (UVPVwV) und die entsprechenden Landesgesetze sowie, für die kommunale Bauleitplanung, das BauGB.“¹

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Formulierungen in Kap. 4.8 werden geprüft und entsprechend umformuliert.

1034346_003, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland

Inhalt

Gestrichen wurde der Punkt 4.8.4. Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung des Regionalplans Köln.

Die darin enthaltene Prognose bitte ich Sie unter 4.8.3. zu ergänzen:

„Es kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund der institutionalisierten Tätigkeiten der Denkmalschutz/Denkmalpflege Behörden der Kommunen und des Landes bzw. des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe / Rheinland auch zukünftig weitere Bodendenkmäler entdeckt, dokumentiert und geschützt werden, so dass die Anzahl geschützter Kulturdenkmäler tendenziell zunehmen wird. Es ist jedoch ungewiss, wie sich der Erhaltungszustand der bekannten geschützten Kulturdenkmäler entwickeln wird, zumal sie vielfältigen Verfallsursachen ausgesetzt sind.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Prognose-Null-Fall ist nun ein eigenes Kapitel im Umweltbericht und wird unter Kap. 4.10 abgehandelt.

AZ: BET_407000_1	
Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler	
1034724_001, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler	
<p>Inhalt</p> <p>ich bedanke mich für die Beteiligung am o.g. Verfahren. Der Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler ist im Auftrag seiner derzeit fünf Verbandskommunen verantwortlich für die interkommunale Entwicklung in seinem Verbandsgebiet. Dabei spielt auch die Koordination über die Grenze der beiden Regierungsbezirke eine wichtige Rolle. Die Verbandskommunen Erkelenz und Titz sind im Regierungsbezirk Köln verortet, die Verbandskommunen Mönchengladbach, Grevenbroich und Jüchen gehören dem Regierungsbezirk Düsseldorf an. Derzeit ist zudem ein Beitritt der Stadt Bedburg (ebenfalls im Regierungsbezirk Köln verortet) zur nächsten Kommunalwahl geplant, sodass die Stadt Bedburg bereits in die zweckverbandsinterne Vorabstimmung zur Stellungnahme für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln eng einbezogen wurde.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt

Der Zweckverband begrüßt die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln als wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Entwicklung des Verbandsgebiets und für die Bewältigung der Transformationsaufgaben, vor allem im Zusammenhang des Kohleausstiegs. Generell ist es für den Zweckverband von besonderer Bedeutung, einen konfliktfreien Rahmen für die Umsetzung der sich aus dem Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier ergebenden Zielsetzungen zu schaffen. Dies beinhaltet sowohl die nachfolgend aufgeführten, allgemeingültigen Punkte sowie auch die Stellungnahme zu einzelnen detaillierteren Themen der textlichen sowie zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans, die im Anschluss daran aufgeführt sind:

- Die neue Leitentscheidung 2023 hat einen Perspektivwechsel eingeleitet, der sich auch in Plan- und Genehmigungsverfahren wiederfinden muss. Die Transformationsräume der Tagebaue mit ihren Umgebungen sollen zu Zukunftsräumen entwickelt werden und möglichst frühzeitige und vielfältige Entwicklungsperspektiven eröffnen. In diesem Sinne sind sowohl die schnellstmögliche Inwertsetzung der Tagebaurandbereiche / Sicherheitsstreifen als auch vielfältige Zwischennutzungen im Böschungssystem zu ermöglichen.
- Kommunale Entwicklungsabsichten in der End- und Zwischenlandschaft (u.a. touristische Erschließung) sind durch die Regionalplanung zu berücksichtigen und deren Umsetzung zu ermöglichen. Der planerische Vollzug wird z.T. schon im zeitlichen Gestaltungsrahmen des anstehenden Regionalplanes stattfinden (beispielsweise in Vorbereitung der Internationalen Gartenausstellung (IGA) Garzweiler 2037, deren Unterstützung bereits durch das Land zugesichert wurde); notwendige Genehmigungen werden erforderlich und sind planungsrechtlich sicher zu stellen. Der Regionalplan sollte daher keine restriktiven Festlegungen treffen, die spätere Entwicklungen erschweren.
- Transformationsräume der Tagebaue sind als Konversionsflächen zu verstehen, für die eine hochgradig lokalspezifische Planung und Entwicklung erforderlich ist. Entsprechend müssen für die Bereiche von Braunkohleplänen und verbundenen strategischen Entwicklungskonzepten Sonderregelungen getroffen werden. Damit Tagebaue wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden, sind bauliche Entwicklungen auch ohne Siedlungsansatz zu ermöglichen.
- Zu folgenden, den Zweckverband direkt betreffenden Punkten bitten wir, die vorhandenen und geplanten Folgenutzungen in der Tagebaufolgelandschaft und ihrer Umgebung zu beachten. Diese betreffen folgende Aspekte:
 - > Masterplanung Seeentwicklung Tagebau Garzweiler
 - > Siedlungsentwicklung (städtebauliche Erweiterungen von Siedlungen zum zukünftigen Seeufer, geplantes interkommunales Gewerbegebiet am Autobahnkreuz Titz-Jackerath, etc.)

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.

Inhalt

Thema Mobilität:

Der Zweckverband hat ein „Grobkonzept Straßen- und Radverkehrsnetz“ für den Bereich des Tagebaus Garzweiler beschlossen, das auf der Website des Zweckverbands unter www.landfolge.de zum Download bereitsteht und mit allen aufgeführten Maßnahmen im Regionalplan Berücksichtigung finden sollte. Die L277n mit Anschluss an die L354n ist korrekt dargestellt. Die L48n ist in diesem Konzept nicht mehr vorgesehen. Die neu dargestellte L279n begrüßen wir als Ersatz für die entfallene L48n. Die östlich der A44n verlaufende L19n von Jackerath nach Hochneukirch wird ebenfalls begrüßt. Statt der L31n von Norden nach Süden wurde nunmehr bereits ein Hauptwirtschaftsweg errichtet. Die L31n soll stattdessen zukünftig von der L19n die Autobahn nach Osten querend zur B59 im Bereich des GIB Elsbachtal geführt werden. Der Konversionsstandort Kohlebunker/Tagesanlagen soll über eine eigene Straße an diese L31n angebunden werden. Diese Trassen liegen im Bereich des Regionalplans Düsseldorf. Aufgrund der dynamischen Entwicklung nach der Leitentscheidung 2023 im Hinblick auf das zukünftige Verkehrsnetz (Autobahn/ untergeordnetes Netz) soll am Kreuzungspunkt die im Braunkohlenplan vorgesehene Autobahnanschlussstelle geprüft werden. Hintergrund sind die geplanten industriellen Entwicklungen im interkommunalen GIB Elsbachtal am Konversionsstandort Kohlebunker und am Kraftwerkstandort Frimmersdorf.

Der Grundsatz „G.52 Flächendeckende Radverkehrsinfrastruktur entwickeln“ wird ausdrücklich unterstützt. In diesem Zusammenhang verweise ich auf das Gesamtregionale Radverkehrsnetz für das Rheinische Revier, das Regierungsbezirk übergreifend von den Kreisen und kreisfreien Städten des Rheinischen Reviers beschlossen wurde und derzeit über die Erstellung von insgesamt fünf (Machbarkeits-)Studien für Radschnellverbindungen sowie eine Studie für Radvorrangrouten im Kreis Euskirchen weiter untersucht wird. Die Trassen der (Machbarkeits-)Studien, die den Geltungsbereich des Regierungsbezirkes Köln betreffen, sind:

1. Heinsberg — Hückelhoven — Erkelenz — Mönchengladbach
2. Aachen — Würselen — Alsdorf - Baesweiler
3. Frechen- Kerpen — Merzenich — Düren — Langerwehe — Eschweiler — Stolberg — Aachen
4. Die Radvorrangrouten im Kreis Euskirchen

Diese Studien werden bis Oktober 2025 abgeschlossen und auf der Internetseite des Rheinischen Radverkehrsreviers (www.radverkehrsrevier.de) abrufbar sein. Ich bitte Sie, das Gesamtregionale Radverkehrskonzept mit seinen, den Regierungsbezirk Köln betreffenden, Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten als Grundlage für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend zu berücksichtigen. Eine Mobilitätswende braucht neue Infrastrukturen. Hier ist vor allem die Beseitigung des schlechten Abdeckungszustands der Ladeinfrastruktur im ländlichen Raum zu nennen. Der Regionalplan sollte hier einen Grundsatz der Förderung der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.

Darüber hinaus wird auf das "Gesamtregionale Radverkehrsnetz für das Rheinische Revier" verwiesen. Dieses ist als Datengrundlage für die Erläuterungskarte I2 bereits im Regionalplan berücksichtigt.

Im Bezug auf die Einführung eines Grundsatzes zur Förderung der Elektromobilität im ländlichen Raum geht die angeregte Änderung über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die Förderung der Elektromobilität richtet sich an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

<p>Elektromobilität insbesondere in ländlichen Räumen mitaufnehmen, um so die planerischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für deren Ausbau zu schaffen bzw. zu erleichtern.</p>	
---	--

Inhalt

Thema Siedlungsentwicklung:

Die Aktivierung von Ortskernen als attraktive Wohnstandorte ist eine Zukunftsaufgabe, die im Regionalplan integriert sein sollte (Z.2). Zudem müssen bedarfsgerechte und kommunalspezifische Wohnflächenreserven im Regionalplan berücksichtigt werden (Z.3). Überschwappeneffekte aus urbanen Zentren wie Köln, Düsseldorf, Bonn und Aachen bedürfen (Wohn-)Flächenreserven, vor allem an stadtnahen Gebieten oder in Orten mit guter infrastruktureller Anbindung. Der Regionalplan muss zudem für die Ermöglichung der zukünftigen Entwicklung (z.B. wirtschaftliche Strukturveränderungen, Klimawandel usw.) Flächen für Wohnen und Gewerbe sowie Industrie bereithalten. Gerade rings um den zukünftigen See entstehen mittelfristig hochattraktive Lagen, aus denen neue Potenziale für die Entwicklung von Standorten entstehen. Daher ist es wichtig, die Möglichkeit einer späteren bauleitplanerischen Ausweisung offen zu halten und dem entgegenstehende regionalplanerische Festsetzungen auszuschließen. In diesem Zusammenhang ist im Regionalplan die Auszeichnung der bereits heute wachsenden Ortschaft Titz-Jackerath als ASB vorzunehmen. Gleiches gilt perspektivisch auch für die Ortschaft Erkelenz-Keyenberg. Vergleichbar hierzu ist die Festsetzung eines ASP bei der Ortschaft Inden-Schopphoven am Tagebau Inden. Schopphoven weist eine ähnliche Größe, Einwohnerzahl und Entwicklungspotenzial am See auf. Die als weiße Fläche dargestellte Tagebaubereich rings um Holzweiler entspricht weder dem geltenden Braunkohlenplan, noch der aktuellen Leitentscheidung und dem darauf aufbauenden Aufstellungsbeschluss für das Braunkohlenplanänderungsverfahren. Der ASB hingegen ist korrekt dargestellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfs gerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Hierbei wurde auch von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht, einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von 20 % auf den im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum anzuwenden. Zudem erfolgt im Regionalplan Köln über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Diese bedeutet, dass sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt wurden.

Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die

Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Titz sowie für ASBregionale Bedarfe in Erkelenz. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Der Anregung hinsichtlich der Verteilung regionaler Bedarfe an gut geeignete Standort wurde insofern entsprochen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden im neuen Regionalplan Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Die Festlegung weiterer ASB auf Grundlage regionaler Bedarfe begründet sich durch die Rücknahme regionalplanerischer Wohnbauflächenpotentiale an anderer Stelle innerhalb des Region+Wohnen-Suchbereichs. Die Flächen erfüllen die abgestimmten Kriterien des Region+Wohnen-Prozesses. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. In der gesamtträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet (s. Begründung zu Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten - Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Die Umsetzung des ASB auf den Tagesanlagen Inden in der konkretisierenden Bauleitplanung hat aufgrund der aktuellen Lage innerhalb der Sicherheitszonen und Abbaugrenzen der Braunkohlenpläne Hambach und Inden in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg und dem Bergbautreibenden zu erfolgen. In der gesamtträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf

nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Hinsichtlich der Berücksichtigung der Perspektivischen Siedlungsentwicklung im Umfeld der zukünftigen Seenlandschaft wird auf die Ausführungen im Grundsatz G.10 *Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen* verwiesen. Dieser greift auch die derzeitige Rechtslage sowie zukünftige Perspektiven auf. Der Anregung spätere bauleitplanerische Ausweisungen offenzuhalten wird somit entsprochen. Hier heißt es zudem, dass darüber hinausgehende Festlegungen im Regionalplan aktuell nicht vorgesehen sind, im Bedarfsfall im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben und unter Beachtung der Braunkohleplanung und bergrechtlicher Sicherheitsaspekte Gegenstand von Regionalplanänderungsverfahren werden können. Die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung der Randkommunen soll sich möglichst an den in der Region abgestimmten Entwicklungsabsichten – hier insbesondere der Tagebaumfeldverbünde Neuland Hambach GmbH, der Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH und dem Zweckverband Landfolge Garzweiler orientieren.

Zudem führt der Grundsatz G.11 *Orte der Zukunft entwickeln* aus, dass Bürgewald, Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich und Berverath auf Grundlage kommunaler und regional abgestimmter Konzepte zu Orten der Zukunft entwickelt werden sollen. Hierbei werden auch die Rahmenbedingungen z.B. hinsichtlich der Umsetzung der Vorgaben der neuen Leitentscheidung erläutert.

In Bezug auf eine Festlegung der Ortschaft Titz-Jackerath gilt, dass nach den Vorgaben der LPIG DVO raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen sind. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Bei dem aufgeführten Bereich handelt es sich um eine Ortslage mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum. Der Anregung kann daher nicht gefolgt werden.

Hinsichtlich der als weiße Fläche dargestellten Tagebaubereiche gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen an den aktuellen Stand der Braunkohlenplanung angepasst werden.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

Thema Gewerbe- und Industrieflächen:

Insbesondere die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen stellt einen zentralen Baustein im Rahmen der Strukturstärkungsstrategie dar. Die durch die zahlreichen Innovationsprojekte ausgelöste wirtschaftliche Aktivität wird ihre beschäftigungspolitische Wirkung nur entfalten können, wenn zeitnah in ausreichendem Maße Flächen für Investitionen zur Verfügung stehen. Daher sollte der Regionalplan Auswahlmöglichkeiten bereithalten, die als Verhandlungsmasse für bisherige Flächeneigentümer dienen können, um von diesen Flächen für Gewerbe- und Industrieflächen zu erhalten. Generell bedarf es einer höheren Anzahl an potenziellen Gewerbe- und Industrieflächen, um reaktionsfähig zu sein. Mit Blick auf die Flächenplanung sind hier u.a. die Forderungen nach Verfahrensbeschleunigung, die Etablierung einer Sonderplanungs- und Wirtschaftszone, landesseitige Flächenpoolösungen, etc. zu nennen. Was die Anrainerkommunen und Planungsverbände brauchen, sind zeitnahe und zusätzliche Flächenausweisungen. Am Autobahnkreuz Titz-Jackerath ist die Errichtung eines interkommunalen Gewerbegebiets geplant. Hier muss die zeichnerische Darstellung des Regionalplans eine solche, auf die perspektivische Nutzung am Seeufer noch näher abzustimmende Entwicklung (GIB / ASB-GE) ermöglichen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Das Erfordernis für Flächendarstellungen mit überregionaler Relevanz konnte zudem für ausgewählte Standorte im Regierungsbezirk abgeleitet werden (vgl. hierzu die

Ausführungen zu Z.13 *GIBplus sichern und umsetzen*). Mit den GIBplus werden Bereiche für überregionale gewerbliche und industrielle Nutzungen aufgrund ihrer besonderen Flächenqualität, ihrer Lage und verfügbaren Flächengröße mit Bedeutung für den gesamten Regierungsbezirk festgelegt, die vor allem flächenintensiven Vorhaben oder Vorhaben mit besonderer Standortanforderung vorbehalten sein sollen. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen im Sinne einer Poolösung möglich. Der Anregung hierzu wird insofern bereits entsprochen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Sofern GIBregional wie in Titz in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit zusätzlichen Bedarfen für GIB mit regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen*. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen und folgt der Anregung zur Auswahlmöglichkeit und Verfügbarkeit unterschiedlicher Flächenreserven auch mit Anwendung des Planungs- bzw. Flexibilitätsschlags. Die Festlegung regionaler GIB soll zudem insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde zugesichert werden.

Hinsichtlich der Festlegung von Siedlungsflächen am Autobahnkreuz Titz-Jackerath

gilt, dass nach den Vorgaben der LPIG DVO raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von in der Regel mehr als 10 ha zeichnerisch gemäß Anlage 3 festzulegen sind. Unabhängig davon sind gemäß § 35 Abs. 5 LPIG DVO a. F. Siedlungen mit einer Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern als Allgemeine Siedlungsbereiche festzulegen. Der LEP regelt zudem, dass in den Regionalplänen bedarfsgerecht ASB festzulegen sind (Ziel 6.1-1 LEP NRW). Gemäß Grundsatz 6.3-1 LEP NRW ist eine dezentrale Konzentration der Siedlungsstruktur anzustreben. Zudem sind gemäß Ziel 6.1-4 LEP NRW bandartige Entwicklungen und Splittersiedlungen zu vermeiden.

Bei der Ortslage Jackerath handelt es sich um einen Ortsteil mit einer Einwohnerstärke deutlich unter den Vorgaben der LPIG DVO a. F. ohne ausreichende Infrastrukturausstattung zur Grundversorgung und somit um einen Ortsteil im regionalplanerischen Freiraum. Zudem sind gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW neue GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen. Hinsichtlich der Anregung einer zeichnerischen Darstellung des Regionalplans eines interkommunalen Gewerbegebiets am Autobahnkreuz Titz-Jackerath kann der Anregung insofern nicht gefolgt werden.

Zudem gilt, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Hinsichtlich der Berücksichtigung der Anrainerkommunen wird zudem auf die Ausführungen unter der ID 1034724_004 verwiesen. Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

1034724_006, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Thema Energie und Klima:

Die Konzeption des zukünftigen Energiesystems der Region muss dem Ziel eines stabilen Zugangs zu Energie Rechnung tragen. Entsprechend bedarf es eines Erhalts und Ausbaus der regenerativen Energieerzeugung. Flächen für Energieerzeugung, -leitung und -speicherung sind im Regionalplan zu berücksichtigen. Dabei sollen die vorhandenen Potenziale zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien genutzt und der Ausbau von Windenergie und PV an geeigneter Stelle konzentriert werden. Hierbei soll das zukünftige Seeufer mit Abstand weitestgehend von Windkraft freigehalten werden (Konflikt, Landschaftsbild, Erholung, Naturschutz, Wohnen). Auf landwirtschaftlichen Flächen mit den in Region sehr guten Böden sind Agri-PV-Anlagen Freiflächen-PV-Anlagen vorzuziehen. Letztere sind eher für Brachflächen, Autobahn-Randstreifen, Böschungen oder andere, nicht landwirtschaftlich genutzte Bereiche zu empfehlen. Generell ist hier die Überlagerung verschiedener Nutzungen auf einer Fläche zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang wird auf die „Masterplanung zur Seeentwicklung“ sowie auf die Machbarkeitsstudien im Projekt „Innovationspark Erneuerbare Energien Jüchen“ abrufbar unter www.landfolge.de verwiesen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Thematisch beziehen sich die Hinweise auf Regelungen, die nicht Gegenstand des Gesamtplanverfahrens, sondern des ebenfalls in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien sind.

1034724_007, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Thema Braunkohlenplanung:

Im Rahmen der Aufstellung des Regionalplans ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Vorfestlegungen, Ziele oder Grundsätze erfolgen, die einer zukünftigen Entwicklung des Braunkohlenplangebiets entgegenstehen. Vielmehr ist eine entsprechende Einbindung und Entwicklung des Braunkohlenplangebiets in den Geltungsbereich des Regionalplans bereits heute mitzudenken. Hierfür sind die entsprechenden Konzepte und Überlegungen des Zweckverbands LANDFOLGE Garzweiler bei der Aufstellung des Regionalplans in den entsprechenden Grundsätzen (G) und Zielen (Z) zu berücksichtigen (vgl. G.10). Hierzu ist der Zweckverband als Träger öffentlicher Belange im Verfahren zu beteiligen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Zweckverbands LANDFOLGE wird als Öffentliche Stelle im Regionalplanneuaufstellungsverfahren beteiligt.

Inhalt

Thema Freiraum:

Die zeichnerische Festsetzung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“ reicht bis an den Siedlungsbereich von Jackerath. In diesem Bereich ist jedoch eine intensive Erholungsnutzung zu erwarten, die auch den Bau von Infrastruktur und ggf. die Weiterentwicklung des Ortsteils Jackerath bis zum Seeufer beinhalten könnte. Daher fordert der Zweckverband die Streichung der Festsetzung nördlich und westlich von Jackerath (Reduzierung um vier Striche der Schraffur).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).

Die angesprochene Fläche entspricht den vorgenannten Kriterien.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Darüber hinaus wird gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf

nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

1034724_009, Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler

Inhalt

Änderung der Regierungsbezirksgrenzen:

In diesem Zusammenhang ist dringend zu beachten, dass im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Jackerath Änderungen der Bezirks-, Kreis- und Gemeindegrenzen durchgeführt wurden, von denen insbesondere zwei Änderungen eine Verschiebung der Regierungsbezirksgrenzen mit sich bringen, die auf der gezeigten Kartengrundlage nicht / fehlerhaft dargestellt werden. Dies sind im Einzelnen eine 8,37 ha große Fläche, welche vorher im Regierungsbezirk Düsseldorf (Gebiet der Stadt Jüchen) gelegen hat und seit dem 1. Januar 2022 zum Regierungsbezirk Köln (Gebiet der Landgemeinde Titz) gehört sowie eine ebenfalls 8,37 ha große Fläche, welche seit dem 1. Januar 2022 vom Regierungsbezirk Köln (Gebiet der Stadt Bedburg) an den Regierungsbezirk Düsseldorf (Gebiet der Stadt Jüchen) übergegangen ist. Zudem wurden weitere Flächen innerhalb der Regierungsbezirke getauscht, was dazu führt, dass im Regionalplanentwurf nun falsche Kommunalgrenzen eingezeichnet sind. Hierdurch kann es zu Verwirrungen kommen, da nicht das gesamte Gebiet der Bezirksregierung Köln abgebildet ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen werden an die Gebietsänderungen angepasst. In diesem Bereich werden die Festlegungen des Regionalplan Düsseldorf übernommen.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

AZ: BET_409000_1	
Neuland Hambach GmbH	
1033263_001, Neuland Hambach GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Vorbemerkung:</p> <p>Neuland Hambach bezieht sich mit dieser Stellungnahme auf das ursprünglich genehmigte Abbaugelände des Braunkohlenplans Hambach Teilplan 12/1 und damit auf das wesentliche Projektgebiet zur Umsetzung des Rahmenplan Hambach.</p> <p>1. EINLEITUNG</p> <p>Der zweite Entwurf des Regionalplans Köln, wie von der Bezirksregierung Köln beschrieben, zielt darauf ab, einen einheitlichen, zukunftsweisenden und verlässlichen raumordnungsrechtlichen Rahmen für die zukünftige Entwicklung des gesamten Regierungsbezirks Köln zu schaffen. Dies umfasst die Integration der bisherigen Teilabschnitte, die Berücksichtigung vielfältiger Raumansprüche sowie aktueller Herausforderungen und gesetzlicher Vorgaben. Die Neuland Hambach GmbH begrüßt die Fortschritte im zweiten Entwurf des Regionalplans und beschränkt sich in der vorliegenden Stellungnahme auf kleinere Anpassungs- und Klärungsbedarfe, um die Entwicklungspotenziale der Region optimal zu nutzen. Insbesondere die Ausweisungen von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) und zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung (BSLE) bedürfen einer differenzierteren Betrachtung, um die einzigartig mögliche Balance zwischen Naturschutz und sozio-ökonomischer Inwertsetzung zu gewährleisten. In diesem Sinne haben wir in unserer Stellungnahme im Rahmen der Offenlage des ersten Entwurfes bereits umfangreiche Anregungen eingereicht:</p> <p>--> s. erste Stellungnahme Neuland Hambach zum Verfahren "Neuaufstellung Regionalplan Köln" (Eingang am 24.08.2022 um 11:04 Uhr)</p> <p>Die zeitnahe Fertigstellung des Regionalplans hat im Sinne aller Beteiligten, inklusive der Neuland Hambach GmbH, Priorität. Mit dieser Stellungnahme zum zweiten Entwurf des Regionalplans beschränken wir uns auf die folgenden Anmerkungen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt

2.1 Keine Ausweisung der gesamten Sophienhöhe als BSN

Die Sophienhöhe stellt ein bedeutendes Potenzial für die sanfte touristische Inwertsetzung und Erholung dar und sollte sich dementsprechend ein hohes Maß an Flexibilität für spätere Generationen erhalten. Eine Ausweisung der Gesamtfläche vom „nördlichen, bereits weitgehend rekultivierten Bereich der Sophienhöhe“ (s. Textteil, S. 36) als BSN würde erhebliche Einschränkungen mit sich bringen, die die geplanten Entwicklungen behindern könnten und insbesondere auch weitere Spielräume minimieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die zukünftigen Planungen nicht durch voreilige Festlegungen eingeschränkt werden, die die Entwicklungsmöglichkeiten dieser einzigartigen Landschaft beeinträchtigen könnten.

--> Daher regen wir weiterhin (s. erste Stellungnahme) an, die Ausweisung der Sophienhöhe als BSN zurückzustellen bzw. auszudifferenzieren. In jedem Fall sollte der Regionalplan deutlich machen, dass er die Ziele der Leitentscheidung unterstreicht. Unter anderem stellt die Leitentscheidung 2023 fest, dass alle Tagebauanrainerkommunen für den Strukturwandel neue Flächen außerhalb besiedelter Bereiche benötigen. Die RWE wird den Tagebaumfeldverbünden dafür jeweils mindestens 50 ha für gemeinwohlorientierte Strukturwandelprojekte entsprechend der Masterpläne zum entwicklungsunbeeinflussten Verkehrswert übertragen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen (vgl. ID 1007317 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Darüber hinaus sichern die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung und der Leitentscheidung (2021) Entscheidungssatz 6 nicht gerecht werden. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen.

Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel für BSN (Z.20) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterung in 4 BSN) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt

sind (z.B. bebaute Bereiche).

Inhalt

2.2 Überdenken der vergrößerten Ausweisungen von BSN im östlichen Hambacher Forst und der Kiesgrube Forster Feld

Die Ausweisungen von BSN wurden im Vergleich zum ersten Regionalplanentwurf nochmals im Bereich des östlichen Hambacher Forsts/Kiesgrube RBS und der Kiesgrube Forster Feld vergrößert (s. auch Textteil, S. 102). Dies bringt nochmals tendenzielle Einschränkungen mit sich. Die zukünftigen Rekultivierungen dieser Bereiche bieten neben ihrer hohen ökologischen Bedeutung auch Potenziale für Erholungs- und Freizeitnutzungen, die durch die BSN-Ausweisungen eingeschränkt würden. Die Umsetzung der Leitentscheidung, insb. in Bezug auf die angemessene Waldvernetzung, ist in diesem Bereich auch ohne BSN möglich, wie der Rahmenplan Hambach zeigt.

--> Wir schlagen vor, diese BSN-Ausweisungen zu überdenken und die Möglichkeiten für eine multifunktionale Nutzung zu prüfen, die sowohl den Naturschutz als auch die Erholungsnutzung berücksichtigt. Eine solche multifunktionale Nutzung könnte gerade in diesen einzigartigen Bereichen dazu beitragen, die Attraktivität der Region zu erhöhen und gleichzeitig den notwendigen Schutz der Natur sicherzustellen.

Projektbeispiel:

Urzeitweide im Steinbruch Gerhausen, Baden-Württemberg

In diesem rekultivierten Steinbruch leben Taurusrinder und Konikpferde. Das 75 Ha große Gebiet dient auch der Erholung und hat lediglich den Status eines Landschaftsschutzgebietes. Die würde regionalplanerisch in NRW mit BSLE übereinstimmen. Durch den Verzicht auf striktere Naturschutzvorgaben sind z.B. Mountainbike-Touren und Kunst gleichzeitig zur sich entfaltenden Biodiversität möglich. Link: <https://www.heidelbergmaterials.de/de/nachhaltigkeit/artenvielfalt/projekte/urzeitweide>

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. In diesem Fall wurden die Rekultivierungsziele aus einem Planfeststellungsverfahren berücksichtigt. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung und der Leitentscheidung (2021) Entscheidungssatz 6 nicht gerecht werden. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen.

Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel für BSN (Z.20) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterung in 4 BSN) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt

2.3 Konsequenterer Verteilung der BSLE-Planzeichen im Bereich der Seezugänge

Im Bereich der Seezugänge sind die Aussparungen der BSLE-Planzeichen nicht konsequent verteilt. Eine klare Regel ist noch nicht ersichtlich:

- Aussparungen von BSLE befinden sich derzeit am Seezugang Niederzier, am Seequartier Elsdorf, sowie (warum?) südlich der Kiesgrube am Licher Straß, am Nordostende der Sophienhöhe.
- Durchgängige BSLE-Schraffur befindet sich hingegen an den Seezugängen des (1) Einleitbauwerks, von (2) terra nova, der (3) Kirche Manheim-alt sowie nördlich von (4) Bürgewald bzw. Morschenich-alt. Für diese Bereiche (1-4) führen wir und unsere Kommunen gesonderte Planungsverfahren durch, die aufgrund der sich überlagernden Bedarfe multifunktionale Lösungen (inklusive Biotopverbindungen) erarbeiten.

Die aktuelle Verteilung führt wie auch bereits beim ersten Regionalplanentwurf zu Unsicherheiten in der Planung und Umsetzung von Erholungs- und Freizeitnutzungen. Des Weiteren sollte speziell für den Bereich nördlich von Bürgewald der G.10 des Regionalplans „Perspektivische Siedlungsentwicklung am See berücksichtigen“ (S. 57) beachtet werden. Hier soll im Zusammenspiel zum G.11 „Orte der Zukunft entwickeln“ ein moderates Heranwachsen an den See heran möglich bleiben.

--> Wir empfehlen, die Verteilung der BSLE-Planzeichen zu überprüfen und eine konsistente Regelung zu entwickeln, die die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Seezugänge gewährleistet. Dies ist zu orientieren am neuen Braunkohlenplan Hambach und den darin genannten Seezugängen. Eine klare und nachvollziehbare Verteilung der Planzeichen ist essenziell, um eine kohärente und effektive Nutzung der Seezugänge zu ermöglichen.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Die Abgrenzung der BSLE erfolgt in diesen Bereichen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019). Dieser weist unter Aspekten des Biotopverbunds für die angesprochenen Bereiche Flächen mit besonderer Bedeutung aus, die geeignet sind, Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).

Darüber hinaus wird auf die Erläuterung zur StnID 1007317 1. Offenlage verwiesen.

Inhalt

2.4 Verkehrsinfrastruktur

Eines der wichtigsten Entwicklungsprojekte im Rahmenplan Hambach ist der Radweg um den Tagebau und die Sophienhöhe „**Hambach Loop**“. In der Karte: A-1-2.15 Anhang-A4_Erlaeuterungskarte_I2_Radwege.pdf ist dieser Radweg als Radverbindung mit erhöhtem Ausbaustandard eingezeichnet. Allerdings führt er nicht um die sogenannte Manheimer Bucht herum. Dies geht auf das „Gesamtregionale Radverkehrskonzept für das Rheinische Revier“ zurück, das seinerzeit den „Erörterungsbereich“ im ersten Offenlage-Entwurf des Regionalplanes zugrunde gelegt hatte. Dies ist mit Blick auf den mittlerweile beschlossenen Braunkohlenplan Hambach zu korrigieren.

--> Wir bitten um den Lückenschluss des Hambach Loop ufernah entlang der Manheimer Bucht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte I2 wird angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

Frage: Bedarfsplanung Schiene, mitten über die Sophienhöhe?

In den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans ist mit dem zweiten Regionalplanentwurf mitten über die Sophienhöhe hinweg eine "Bedarfsplanung Schiene" von Bedburg bis Verlautenheide/Aachen eingezeichnet.

--> Wir bitten um eine Klarstellung, ob hiermit die Revierbahn gemeint ist, und wieweit es sich hierbei lediglich um eine sehr grobe Verbindungslinie handelt anstatt um die real angestrebte Routenführung. Eine präzisere Planung und Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden und Akteuren ist notwendig, um sicherzustellen, dass die tatsächliche Trassenführung den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen gerecht wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die bestehende Festlegung der S-Bahn Rheinisches Revier gemäß *G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* erfolgt als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Konkretisierung - hier in Form einer geraden Linie. Die gerade Linie markiert die Verbindung zwischen zwei Orten, für die eine raumverträgliche Trassierung noch zu suchen ist. Dabei soll das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW berücksichtigt werden.

Inhalt

2.5 Zustimmung: Planzeichen im Bereich Tagesanlagen und Kohlebunker Hambach

Wir begrüßen die Planzeichen-Verteilung im Bereich der Tagesanlagen und Kohlebunker. Die geplante bauliche Folgenutzung dieser Flächen als Entwicklungsfläche für den Strukturwandel (ASB und GIB für zweckgebundene Nutzungen/GIBtransformation) ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung neuer wirtschaftlicher und städtebaulicher Potenziale. Diese Flächen bieten hervorragende Voraussetzungen für eine flexible Nutzung, die sowohl gewerbliche als auch wohnbauliche Entwicklungen ermöglicht. Die Integration dieser Flächen in den Regionalplan ist ein positives Signal für die zukünftige Entwicklung der Region und unterstützt die Ziele des Strukturwandels.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

3. ZEITNAHE FERTIGSTELLUNG / KOOPERATION

Die zeitnahe Fertigstellung des Regionalplans hat im Sinne aller Beteiligten, inklusive der Neuland Hambach GmbH, Priorität. Es ist wichtig, dass der Regionalplan die dynamischen Entwicklungen und die spezifischen Bedürfnisse der Region Hambach berücksichtigt. Die Transformation der Tagebaulandschaften bietet eine einzigartige Gelegenheit, innovative und nachhaltige Nutzungskonzepte zu entwickeln, die sowohl ökologischen als auch sozio-ökonomischen Anforderungen gerecht werden. Die Einbindung verschiedener Bedarfe ist dabei von zentraler Bedeutung. Dies widerspricht jedoch einem Ansatz, der schwerpunktmäßig auf das Unterschutzstellen der Natur durch BSLE und insbesondere BSN setzt. Die Neuland Hambach GmbH fordert daher weiterhin eine differenzierte und flexible Planung im Regionalplan, die sowohl den Naturschutz als auch die touristische und sozio-ökonomische Entwicklung der Region berücksichtigt. Die vorgeschlagenen Anpassungen sollen sicherstellen, dass die Potenziale der Sophienhöhe, der Kiesgruben-Rekultivierungen und Seezugänge optimal genutzt werden können, ohne die notwendige Berücksichtigung der Naturentwicklung und Biodiversität zu vernachlässigen. Wir hoffen, dass unsere Anregungen in der finalen Version des Regionalplans Berücksichtigung finden. Die Neuland Hambach GmbH ist bereit, aktiv an der weiteren Ausarbeitung des Regionalplans mitzuwirken und ihre Expertise in die Planung einzubringen. Wir sind überzeugt, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen den Planungsbehörden, den Kommunen und den lokalen Akteuren der Schlüssel zu einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung der Region ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht und Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben.

Bezüglich der Berücksichtigung der Anregungen wird auf die jeweiligen Erläuterungen zu den StnID 1033263_002, 1033263_003 und 1033263_004 verwiesen.

Inhalt

2. ANMERKUNGEN

Der neue Braunkohlenplan Hambach für das geänderte Tagebauvorhaben wurde vom Braunkohlenausschuss am 14. Juni 2024 festgestellt und liegt zur Veröffentlichung beim Landeswirtschaftsministerium. Da der Plan umfangreiche Ziele und Festlegungen für den Raum trifft, die zum Teil über den Geltungsbereich des Braunkohlenplans hinaus gehen, sollte es im Regionalplan eine entsprechende textliche Würdigung geben. Im Verfahren zur Erarbeitung des neuen Braunkohlenplans hat der Rahmenplan Hambach, der für die Planung von Zwischennutzungen und Folgelandschaft durch die Neuland Hambach erarbeitet wurde, eine besondere Berücksichtigung im Rahmen der Ziele und Erläuterungskarten des Braunkohlenplans erfahren und wurde diesem als „Anlage 2“ beigelegt. Dies entspricht den Zielen des Landes Nordrhein-Westfalen, aus den Tagebaumfeldern Zukunftsräume zu machen, die ehemaligen Tagebauflächen wieder mit dem umgebenden Raum zu verbinden (vgl. Leitentscheidungen 2021; 2023) und dort entsprechend der Rahmenpläne der Umfeldverbünde, frühzeitig vielfältige Perspektiven zu ermöglichen (vgl. Reviervertrag 2.0). Im Sinne dieser Zielstellung sollte auch der Regionalplan festhalten, dass sich die zukünftige Ausrichtung der Tagebaufolgeentwicklung an den Rahmenplänen der Tagebaumfeldverbünde orientiert. Der vorliegende Entwurf tut dies bereits mit Bezug auf die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung der Randkommunen zum zukünftigen See („Diese soll sich möglichst an den in der Region abgestimmten Entwicklungsabsichten – hier insbesondere der Tagebaumfeldverbünde Neuland Hambach GmbH, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH und dem Zweckverband Landfolge Garzweiler – orientieren.“). Die Leitentscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2023 betont, dass zu einer lebenswerten Bergbaufolgelandschaft eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und siedlungsnahe Freizeit- und Erholungsräume für die Menschen gehören. Die vom Land geplante Internationale Bau- und Technologieausstellung kann hierzu einen Beitrag leisten, braucht dafür aber Entfaltungsräume und eine textliche Zielstellung auch im Regionalplan des Regierungsbezirks Köln.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Bezüglich des Zusammenspiels zwischen Braunkohlenplanung und Regionalplanung wird auf die Erläuterungen in Kapitel 1.5 *Verhältnis zur Braunkohlenplanung* im Regionalplan Köln sowie StnID 1004746 aus der ersten Offenlage verwiesen.

Die angeregte Änderung, hier die textliche Festlegung von Zielen für die geplante Internationale Bau- und Technologieausstellung, geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

AZ: BET_410000_1	
Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
1033849_001, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p><u>indeland</u></p> <p>Die Kommunen im indeland sind im Besonderen von der Transformation im Rheinischen Revier betroffen. Aufgrund der räumlichen Nähe der beiden Tagebaue Inden II und Hambach werden die zwei Kommunen Niederzier und Jülich unmittelbar von diesen tangiert. Die Gemeinde Inden verliert 30% ihrer Fläche und ist somit in ihren räumlichen Entwicklungsperspektiven stark eingeschränkt. Die Einstellung der Kohleverstromung im Kraftwerk Weisweiler wird zu entsprechenden Arbeitsplatz- und Kaufkraftverlusten in der Region führen. Vor diesem Hintergrund hat die Entwicklungsgesellschaft indeland (EwiG) in 2016 in ihrem Masterplan 2030 ein Leitbild entwickelt und in den politischen Gremien verabschiedet, das einen Rahmen für das eigene Handeln darstellt. Dieses umfasst eine ressourceneffiziente Entwicklung, eine behutsame Fortentwicklung der unverwechselbaren Eigenarten dieses Raums unter Beachtung der sozialen Ausgewogenheit, die Beachtung der Umwelt- und Klimaverträglichkeit sowie des wirtschaftlichen Erfolges. Im Bewusstsein der komplexen Zusammenhänge im Zuge der anstehenden Transformation im indeland hat die EwiG schon frühzeitig mit den Fachbeiträgen 1 und 2 sowie in 2017 mit dem „Gewerbe- und Industrieflächenkonzept indeland – Version 1.0“ einen fachlichen Input in den Prozess der Neuaufstellung des Regionalplans Köln geleistet. Zwischenzeitlich wurde das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept überarbeitet und die Version 2.0 entwickelt, die Ihnen vorliegt. Die Datengrundlage dieser Version ist 2022. Aus der regionalen Perspektive hat die EwiG bereits eine Stellungnahme zum ersten Planentwurf eingereicht.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zur räumlichen Entwicklung infolge des Strukturwandels vorgebracht.</p>

1033849_002, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Ziel Z.1

Simultan zur Stellungnahme des Kreises Düren hält die EwiG die ersatzlose Streichung des Zusatzes, dass die Siedlungsentwicklung ausnahmsweise auch im regionalplanerisch festgelegten Freiraum erfolgen kann, für nicht zielführend. Ortsteilen ohne ASB werden ihre Entwicklungsoptionen weitgehend genommen. Durch die Befüllung des Inde- und des Hambachsees ab 2030 wird eine größere Nachfrage nach Siedlungsflächen induziert, der durch Verdichtung und innerörtliche Entwicklungen nicht aufgefangen werden kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme des Kreises Düren im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die betreffende Teilstellungnahmen StnID 1033382_002 verwiesen.

1033849_003, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p><u>Ziel G.10</u></p> <p>Die EwiG begrüßt ausdrücklich die Übernahme der Forderungen der strukturwandelbedingten Anforderungen in den Regionalplan wie z.B. den aktuellen Stand des Rahmenplans Indesee und die Übernahme der Seekontur. Auch die Ausweisung der Tagesanlagen Inden (ID 1005370) als ASB wird als erster Schritt einer planerischen Sicherung dieser Fläche sehr positiv gesehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Ziel Z.3

Wie bereits unter dem Kommentar zu Ziel Z.1 ausgeführt, unterliegt das Indeland durch die Wachstumsoffensive des Kreises Düren und die zunehmende Attraktivierung der zukünftigen Seeumfelder einem wachsenden Bevölkerungsdruck, dem der Regionalplan in der vorliegenden Fassung im Bereich der Wohnsiedlungs- und Mischnutzungsentwicklung aus Sicht der EwIG nicht gerecht wird. Die der Ausweisung dieser Flächen zugrundeliegenden Bevölkerungsprognosen von IT.NRW entsprechen nicht der realen Entwicklung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex).

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im

Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung
Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale
Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht.
Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt
werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten
Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in
Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt
bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt

Zu 5.2.3

Die Themen Ressourceneffizienz und Klimaschutz sind wesentliche Bestandteile des Agierens im indeland. Insofern wird dem Thema erneuerbarer Energien eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Aufgrund der Komplexität dieses Themas hält die EwiG es für durchaus angebracht, es in einen separaten Teilregionalplan zu bearbeiten. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu beachten, dass ausgewählte Standorte von Windkraftanlagen nicht so nah an Anlagen der Freizeit und des Tourismus gelegt werden, dass diese in ihrer Funktionalität beeinträchtigt werden. Schlagschattenwurf bei Stränden sind unter allen Umständen zu vermeiden auch im Hinblick auf spätere Repoweringmaßnahmen der Anlagen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Hinweise beziehen sich auf Regelungen, die nicht Gegenstand des Gesamtplanverfahrens, sondern des ebenfalls in Aufstellung befindlichen Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien sind.

1033849_006, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH	
Inhalt	Abwägung
<u>Gewerbeflächen in Aldenhoven</u> Die EwiG unterstützt die Erläuterungen der Gemeinde Aldenhoven in deren Stellungnahme auf den Seiten 2 und 3 zur Ausweisung von GIB und empfiehlt, eine weichere Formulierung des Zieles Z. neu2 zu verwenden. Weiterhin plädiert die EwiG dafür, die Flächenabgrenzung für das Center for Vertical Mobility entsprechend der Vorschläge der Gemeinde Aldenhoven anzupassen.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird auf die Erläuterungen zu den genannten Stellungnahmen der Gemeinde Aldenhoven (ID 1033356_002 sowie ID 1033356_003) verwiesen.

1033849_007, Entwicklungsgesellschaft Indeland GmbH

Inhalt

Endogener Bedarf gewerbliche Bauflächen Aldenhoven

Die mit Hilfe der GIFPRO-Methode ermittelten Bedarfe an endogenen Gewerbeflächen in Aldenhoven spiegeln nicht die Realität in dieser Gemeinde dar. Somit wird ein falsches Bild der Situation erzeugt. Weiterhin ist zwischen Flächen für den gewerblichen endogenen Bedarf und Flächen im Campus Aldenhoven bzw. dem Future Mobility Park differenziert werden. Letztere unterliegen Restriktionen, da sie als GIBtransformation ausgewiesen sind und nicht für den endogenen Bedarf genutzt werden dürfen. Es besteht ein zusätzlicher Bedarf von ca. 10 ha. Die EwiG unterstützt daher die Anregung der Gemeinde Aldenhoven (Stellungnahme Aldenhoven S. 4), GIBflex-Gebiete auszuweisen. In den Gewerbeflächenkonzepten des indelandes und des Kreises Düren wurden sog. Suchräume identifiziert, die dazu geeignet erscheinen.

Weitere GIB-Flächen sollten aus Sicht des indelandes als GIB ausgewiesen werden:

- Center für Vertical Mobility
- Fläche an der L11
- Fläche an der B56
- Fläche an der A44
- Fläche zur südlichen Erweiterung des Gewerbegebietes Aldenhoven Ost

Diese Flächen sind bereits in den Gewerbeflächenkonzepten des indelandes und des Kreises

Düren enthalten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Stellungnahme der Gemeinde Aldenhoven im Rahmen der erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen der Kommune Aldenhoven verwiesen (s. ID 1033356_005, 1033356_003, 1033356_006).

Darüber hinaus folgende Anmerkung: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Die Gemeinde Aldenhoven verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Darüber hinaus besteht kein Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Die Festlegung der in Rede stehenden Flächen als GIB/GIBflex ist nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

Natur und Landschaft

Bereits im ersten Rahmenplan Indesee aus 2012 wurde eine Profilierung für einzelne Abschnitte der Uferbereiche des zukünftigen Indesees festgelegt. So wird dem nordwestlichen Teil des Ufers der Natur der Vorrang gegeben. Dies wurde im zweiten Rahmenplan Indesee aus 2024 beibehalten. Zusätzlich zu der bereits vorhandenen Flachwasserzone ist die Anlage weiterer Flachwasserzonen in Größe von ca. 20 ha durch den Tagebaubetreiber geplant. Zusammen mit den Anpflanzungen im Zuge der Rekultivierungsmaßnahmen wird dem Profilierungsziel des Vorranges der Natur somit entsprochen. Diese Flächen sollen auch für sanfte Naherholung nutzbar sein. Eine touristische Nutzung wird nicht angestrebt. Insofern begrüßt die EwiG die Ausweisung dieser Flächen direkt am Ufer als regionaler Grünzug.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen Entwicklung des nordwestlichen Uferbereichs des zukünftigen Indesees vorgebracht.

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_420000_1	
Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V	
1033694_001, Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V	
<p>Inhalt</p> <p>im Rahmen der zweiten Beteiligung nehmen wir als Vertreter der Land- und Forstwirtschaft im Rhein-Sieg-Kreis zu dem geänderten Planentwurf des Regionalplan Köln, seiner Begründung und dem Umweltbericht folgendermaßen Stellung:</p> <p>An den zuvor bereits vorgetragenen agrarstrukturellen Bedenken halten wir fest. Erneut betonen wir, dass gemessen an der Zielsetzung der nachhaltigen Raumentwicklung die Herausforderungen des Klimawandels, der Energiewende, des Strukturwandels und der Mobilitätswende einerseits und der schonende Umgang mit der nichtreproduzierbaren Ressource „Fläche“ andererseits gleichermaßen Berücksichtigung finden muss. Der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer NRW, Bezirksstelle für Agrarstruktur Köln, vom 11. November 2024 schließen wir uns vollumfänglich an.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p> <p>Bezüglich der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer siehe die Ausgleichsvorschläge der Stellungnahme ID 1033905_001 ff.</p>

Inhalt

Wir sprechen unsere Bedenken hinsichtlich des „Z. neu 1 - Regionale Wohnflächenbedarfe umsetzen“ aus. Um einer weiteren Zerschneidung des Freiraumes entgegen zu wirken, ist die Siedlungsentwicklung räumlich zu konzentrieren.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Grundsatz 6.1-3 LEP NRW *Leitbild "dezentrale Konzentration"*, Ziel 6.1-4 LEP NRW *K eine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen*) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen. Sie entsprechen demnach den raumordnerischen und landesplanerischen Vorgaben zur Konzentration der Siedlungsentwicklung.

Inhalt

Das unter „G.36 - *Eingriffe in den Wald ausgleichen*“ definierte Erfordernis zu Ersatzaufforstungen soll nicht auf „wertvolle[m] Grünland“ erfolgen. Aus agrarstruktureller Sicht ist hier anzumerken, dass die Wertigkeit von Grünland sich nicht nach dessen ökologische Wert, sondern vielmehr dem Ertrag richtet.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Es stößt diesseits auf äußerstes Missfallen, dass im Umweltbericht unter „5. 2. 4 *Landwirtschaft*“ behauptet wird, die konventionell und intensiv betriebene Landwirtschaft stehe im Zielkonflikt mit dem Schutz des Naturhaushaltes. Die angesichts der textlichen Festsetzungen betonte und offensichtlich gewollte Erhaltung landwirtschaftlicher Betriebe erfordert im Sinne einer Gleichbehandlung und vor allem aber im Sinne eines stabilen Selbstversorgungsgrades ein Bekenntnis zur konventionellen Landwirtschaft. Das behauptet Bestehen eines grundsätzlichen Zielkonfliktes zwischen Landwirtschaft und Naturschutz wird entschieden zurückgewiesen. Diesbezügliche Passagen sind ersatzlos zu streichen. Die gewählte Diktion lässt vollkommen außer Acht, dass die multifunktionale Landwirtschaft eben diejenige Landschaft, die der Allgemeinheit zur Naherholung bereitsteht, erhält und pflegt und darüber hinaus Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität und des Naturschutzes umsetzt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Formulierung wurde bereits für die 2. Offenlage entschärft und es wird von keinem grundsätzlichen Zielkonflikt gesprochen. Der Umweltbericht wird insofern noch ergänzt, als dass auch die positiven Aspekte der Landwirtschaft aufgenommen werden (Stichwort multifunktionale Landwirtschaft, die z.B. auch Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität und des Naturschutzes umsetzt (Klimaschutzmaßnahmen, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, Artenschutzmaßnahmen, Gewässerschutzmaßnahmen usw.). Im Einzelfall sind jedoch Zielkonflikte zwischen intensiv betriebener Landwirtschaft und Naturschutz nicht auszuschließen.

AZ: BET_420000_2	
Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V	
1033909_001, Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V	
Inhalt	Abwägung
wir bitten um Kenntnisnahme der angehängten Stellungnahme der Kreisbauernschaft Euskirchen e.V.	Typ Hinweis Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Erläuterung Es wird ein allgemeiner Hinweis vorgebracht.

Inhalt

hinsichtlich der 2. Offenlage des Regionalplanes Köln halten wir unsere Stellungnahme vom 29.08.2022 aufrecht und nehmen für die Kreisbauernschaft Euskirchen aus Sicht der Landwirtschaft wie folgt Stellung und: Wir möchten zunächst unsere tiefe Enttäuschung äußern, dass unseren agrarstrukturellen Anliegen und den zahlreichen persönlichen Anliegen und Betroffenheiten unserer Mitglieder wenig bis keine Beachtung geschenkt wurde. landwirtschaftliche Nutzfläche bildet nicht nur die Existenzgrundlage der sie bewirtschaftenden Betriebe, sondern ist zudem die Grundlage für die Versorgung der in der Region lebenden Menschen mit Nahrungsmitteln. Hinzu kommt, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche auch prägenden Charakter für die Kulturlandschaft hat und nicht zuletzt zusammen mit den Waldstrukturen den Erholungsraum für die urbane Bevölkerung bildet. Der selbst gestellten Anforderung, den Freiraum als Standort landwirtschaftlicher Produktion nachhaltig zu sichern, wird der Regionalplan daher nicht gerecht. Die als agrarstrukturell bedeutsam gekennzeichneten Bereiche sollen zwar bei Planungen und Maßnahmen berücksichtigt und der Verlust dieser Flächen vermieden werden, jedoch zeigen die Ausweisungen des Regionalplanes, dass diesen Absichten offensichtlich nur nachrangige Bedeutung beigemessen wird. Die Zahlen über den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktionsfläche in den letzten Jahren sprechen Bände - und der Politik fehlt es an Ernsthaftigkeit, den „Flächenfraß“ zu unterbinden oder zumindest nachhaltig einzudämmen. Um der Landwirtschaft dennoch angesichts einer ihre Interessen weitgehend nicht ernsthaft berücksichtigenden Regionalplanung Perspektiven zu bieten, werden folgende Anregungen und Bedenken geltend gemacht

Generell halten wir die Ausweisungen von allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für großzügig bemessen, in Einzelfällen im Siedlungsschwerpunkt Aachen und angrenzenden Kommunen sogar für deutlich überzogen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass es in Regionen, in denen sowohl Wohn- als auch Gewerbegebiete ausgewiesen sind, den dort wirtschaftenden Betrieben die verbleibende landwirtschaftliche Nutzfläche in bedenklichem Ausmaß verknappt wird. Kommen dann noch großzügig ausgewiesenen Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) hinzu, wird den Betrieben bei späterer Realisierung der Planungen die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Daher wird gefordert, dass heranrückende Siedlungs- und Gewerbebereiche landwirtschaftliche Betriebe weder in ihrem Bestand noch in ihrer Entwicklung beeinträchtigen dürfen. Aus diesem Grunde sollten auch Hofstellen und hofnahe Flächen von jeglicher Planung freigehalten werden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsraums gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in

Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil der laut Bodenschutzfachbeitrag für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) und dem Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffenen Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftlichen Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

In *Kapitel 4.4 Landwirtschaft* des Regionalplanentwurfs wird in den Grundsätzen 32, 33 und 34 der Umsetzungskorridor für die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange für die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren festgelegt. In Grundsatz 32 *Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten* ist insbesondere geregelt, dass im Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bestehende landwirtschaftliche Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden sollen. In Grundsatz 33 *Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen* sollen „agrarstrukturell bedeutsame Flächen“ nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden und erhalten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen oder Funktionen besonderes Gewicht. In Grundsatz 34 *Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe* sollen explizit die Landwirtschaftlichen Betriebe in der Gesamtabwägung berücksichtigt werden.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt

auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Inhalt

Weiterhin sollten die Bereiche zum Schutz der Natur deutlich reduziert werden und es sollte sichergestellt sein, dass dort weiterhin eine landwirtschaftliche Nutzung der Flächen uneingeschränkt fortgeführt werden kann.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt

o Zudem sollten Ackerflächen nicht als Bereiche zum Schutz der Natur ausgewiesen werden, da deren ackerbauliche Nutzung nicht dauerhaft sichergestellt werden kann. Als Beispiel sei hier die kürzlich erlassene PflanzenschutzmittelanwendungsVO genannt, die eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln innerhalb von Naturschutzgebieten im Nachhinein verbietet und bereits in der Vergangenheit unter Naturschutz gestellte Ackerflächen künftig nicht mehr als solche genutzt werden können.

□ Abschließend sei darauf hingewiesen, dass durch zukünftige gesetzliche Regelungen auch Landschaftsschutzgebiete als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln mit einzubeziehen sind. Vor diesem Hintergrund sollte jegliche Ausweisung eines naturschutzorientierten Status für Ackerflächen unterbleiben, da für diese die landwirtschaftliche Nutzung und damit einhergehend die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln Vorrang haben sollte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Inhalt

Zuletzt rügen wir die kurze Stellungnahmefrist von einem Monat und die unübersichtliche Darstellung des Regionalplans. So ist es nur unter erheblichen Aufwand möglich, die einzelnen Karten zu finden.

Bitte das Original PDF beachten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes.

Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.

AZ: BET_420000_3	
Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V	
1035141_001, Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V	
<p>Inhalt</p> <p>zu dem zweiten Planentwurf nehmen wir namens und in Vollmacht unseres Mitglieds [ANONYMISIERT] wie folgt Stellung: Zunächst erlauben wir uns zu erwähnen, dass die Landwirtschaft in den vergangenen Jahren massive Einschränkungen hinnehmen musste; nicht zuletzt aufgrund entsprechender Vorgaben aus Brüssel. Auch die anhaltende Planung scheint diesen „Einschränkungs-Trend“ zu verstärken. Seitens der Landwirtschaft überwiegt im Bergischen Land die Grünlandregion, die insbesondere durch die ansässigen Betriebe der Rinder-/Milchviehhaltung geprägt ist. Für die Futtergrundlage benötigen Landwirte ausreichende Flächen zur Bewirtschaftung bzw. zur Produktionsgrundlage (Ackerbau). Bewirtschaftungsfähige Böden allerdings sind ein endliches Gut! So auch bei unserem Mitglied [ANONYMISIERT], welcher einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb betreibt und ca. [ANONYMISIERT] ha landwirtschaftliche Nutzfläche im Wesentlichen mit einer Feldentfernung von unter 4 km bewirtschaftet.</p> <p>Durch den Planentwurf sind folgende Flächen unseres Mitglieds primär betroffen:</p> <p>1. Radevormwald - südlich der [ANONYMISIERT]</p> <p>Feldblock: [ANONYMISIERT] -Ackerfläche.</p> <p>II. Radevormwald - südwestlich der Ortschaft [ANONYMISIERT]</p> <p>Feldblock: [ANONYMISIERT] Hier wird eine Kleinstfläche (ca. 150 m2) inmitten der großen Fläche unseres Mitglieds ohne erkennbaren Grund ausgewiesen.</p> <p>III. Radevormwald - südwestlich der Ortschaft [ANONYMISIERT]</p> <p>Feldblock: [ANONYMISIERT] Die Fläche wird von unserem Mitglied als Sommerweide für sein Jungvieh genutzt. Direkt an dieser Fläche angeschlossen (südlich) sind weitere ca. 10 ha, die unser Mitglied seit Herbst 2023 in Bewirtschaftung genommen hat. Auch hiervon liegt ca. die Hälfte im geplanten Naturschutzgebiet.</p> <p>IV. Radevormwald - nördlich der Ortschaft [ANONYMISIERT]Feldblock: [ANONYMISIERT] Die ausgewiesene Fläche wird zwei Mal jährlich von unserem Mitglied gemäht und danach wird der Aufwuchs vom Milchvieh abgeweidet.</p> <p>V. Radevormwald - westlich der [ANONYMISIERT] Feldblock: [ANONYMISIERT] Die Fläche wird von Mai bis November von Jungvieh bzw. trockenstehenden Kühen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplans eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Hinsichtlich der angeregten Konversion wird auf Grundsatz 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen verwiesen.</p> <p>Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher</p>

ganztags beweidet.

VI. Radevormwald - Dauergrünland zwischen den Ortschaften [ANONYMISIERT]

Feldblöcke: [ANONYMISIERT] Diese Flächen sind das **Herzstück** des Betriebes [ANONYMISIERT]. Hier grasen seine Milchkühe von Mai bis November jeden Tag von ca. 07.30 Uhr bis 17.00 Uhr als Standweide - Sommerweidehaltung-.

VII. An die Fläche [ANONYMISIERT]

nach Osten angrenzend Feldblock:

[ANONYMISIERT] Auch diese Fläche dient von Mai bis November als Ganztagswiese für das Jungvieh unseres Mitglieds.

VIII. Radevormwald - nordöstlich der Ortschaft [ANONYMISIERT] Feldblock:

[ANONYMISIERT] Auf der Fläche werden von Mai bis November ganztägig Jungvieh bzw. trockenstehende Kühe gehalten.

IX. Radevormwald - Fläche zwischen [ANONYMISIERT] Feldblock:

[ANONYMISIERT] Auch auf dieser Fläche grast von Mai bis November ganztags ein Teil des Jungviehs unseres Mitglieds.

X. Radevormwald - südlich der Ortschaft [ANONYMISIERT] Feldblock:

[ANONYMISIERT] und angrenzend. Die von dieser Fläche im überplanten Gebiet liegenden Flächenteile werden zum Teil von Mai bis November von trockenstehenden Milchkühen beweidet oder zwei bis drei Mal jährlich geschnitten und danach von den Milchkühen mit abgegrast.

Die vorgenannten Flächen III - X liegen in unmittelbarer Nähe zum Hof unseres Mitglieds und machen flächenmäßig ca. die halbe Dauergrünlandfläche und somit fast die gesamte Weidefläche des Betriebes [ANONYMISIERT] aus. Betriebsnahe Weideflächen sind für die landwirtschaftlichen Betriebe unabdingbar. Durch ein eventuell ausgewiesenes Naturschutzgebiet würde der Betrieb [ANONYMISIERT] durch Flächenverlust, aber auch durch Einschränkungen in der Bewirtschaftung, erheblichen Schaden nehmen bzw. stünde vor dem Aus. Der Sohn von Herrn [ANONYMISIERT] würde als Betriebsnachfolger seine berufliche Perspektive verlieren. Um wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben müssen Landwirte, vor allem mit Blick auf einen erfolgten bzw. bevorstehenden Generationenwechsel die Möglichkeit haben, mittel- und langfristige in ihre Betriebe zu investieren. Die Umsetzung einer bereits von unserem Mitglied [ANONYMISIERT] geplanten und auch schon behördlich genehmigten Silolageranlage und einer großen Maschinenhalle (Baukosten etwa [ANONYMISIERT] Mio. EUR) wird durch die Androhung des Naturschutzgebietes (Flächenverlust) in Frage gestellt. landwirtschaftliche Flächen zu überplanen lässt „Bauernsterben“ weiter fortschreiten. Alternativ wäre Konversion eine Möglichkeit, bestehende landwirtschaftliche Betriebe und Zielvorgaben im lichte neuer Siedlungsstrukturen miteinander zu vereinbaren. Insbesondere die aktuell angespannte politische und wirtschaftliche Lage zeigt, wie wichtig eine unabhängige Grundversorgung ist. Dazu gehört nicht zuletzt die Produktion heimischer Lebensmittel. Bundesweit gehen täglich knapp 70 ha *Freifläche* für Siedlungs- und Verkehrszwecke verloren. Auf Landesebene steht in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt täglich ein ca. 20 ha-landwirtschaftlicher Flächenverlust zu Buche (vgl.

Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

<https://www.umwelt.nrw.de/umwelt/umwelt-und-ressourcenschutz/boden-undflaechen/flaechenverbrauch>). Vor dem vorgenannten Hintergrund hat die Bundesregierung im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel erklärt, den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha zu reduzieren. Unabhängig davon, dass 30 ha immer noch einer fragwürdigen Größenordnung von mehr als 40 Fußballfeldern entspricht, hat sich die Landesregierung NRW ihrerseits zum Ziel gesetzt, die Zielsetzung der Bundesregierung „angemessen“ zu unterstützen (Quelle: ebd.). Im lichte dessen ist der Trägerkreis „Allianz für die Fläche“ gefragt, zu dem u. a. auch die jeweiligen Bezirksregierungen gehören.

Nun könnte man den Eindruck gewinnen, dass die geplanten Naturschutzgebiete (BSN), die ebenfalls einen großen Teil in der Entwurfsplanung ausmachen, dem Rechnung tragen. Allerdings geht es beim Thema „Flächenverbrauch“ nunmehr nicht allein um versiegelte Flächen, sondern auch um solche (Frei-)Flächen, die der Landwirtschaft nicht mehr ohne Weiteres zugänglich sind. Dazu gehören auch Naturschutzgebiete (vgl. auch <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/flaechennutzung-undbodenmarkt/bodenmarkt-deutschland-landwirtschaft.html>). Den Betrieben, wie auch dem Betrieb [ANONYMISIERT], wird es nicht mehr möglich sein, ihre Flächen nach guter fachlicher Praxis zu bewirtschaften. In der Gesamtschau ist die Überplanung von mehreren 100 Hektar, die der Landwirtschaft im Allgemeinen fehlen und landwirtschaftliche Betriebe (bspw. in Gummersbach, Nümbrecht, Wiehl, Wipperfürth und Radevormwald - siehe hier: Betrieb [ANONYMISIERT]) konkret in Existenznot bis hin zur Existenzaufgabe führen wird, nicht akzeptabel.

Wir fordern daher, dass die vorgetragenen Bedenken in der weiteren Planungsphase berücksichtigt und die Planung im lichte der heimischen Landwirtschaft und ihrer Systemrelevanz entsprechend angepasst wird.

AZ: BET_421000_1	
RWE Power AG	
1033255_001, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p>A. Allgemein</p> <p>Die RWE Renewables Deutschland GmbH begrüßt die Neuaufstellung des Regionalplans Köln als Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen und neue Anforderungen. Wir weisen auf die Notwendigkeit hin, in der regionalplanerischen Abwägung die Belange des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, hier Windenergienutzung, dem überragenden öffentlichen Interesse gemäß § 2 Satz 1 EEG zuzuordnen und halten es gemäß der Sollbestimmung in § 2 Satz 2 EEG für essenziell, die Erneuerbaren Energien als vorrangigen Belang in den jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen einzuordnen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Regionalplanung verfolgt das Ziel, verschiedene Nutzungsansprüche an den Raum aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Durch die parallel erfolgende Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbaren Energien zum Regionalplan Köln wird den Erneuerbaren Energien umfassend Rechnung getragen und dem gesetzlichen Auftrag des WindBG sowie den Vorgaben des LEP NRW entsprochen. Beide Verfahren sind inhaltlich verzahnt und eng aufeinander abgestimmt. Auf diese Weise wird dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Planungsregion Köln bereits hinreichend Rechnung getragen.</p>

Inhalt

B. Anregung zur Änderung einer Gebietsfestlegung

In Euskirchen auf Gemarkung Frauenberg, Flur 7, Flurstück 26 (s. Abb. 1) plant die RWE Renewables Deutschland GmbH eine Photovoltaik-Freiflächenanlage im privilegierten Bereich entlang der Autobahn A1 gemäß BauGB und Landesentwicklungsplan NRW. Wir regen dringend an, die auf vorgenanntem Gebiet vorgesehene Ausweisung als "Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung" (BSLE) in den Status eines "Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs" zurückzuführen.

Für diesen Schritt sprechen drei Hauptgründe:

1. Vorbelastung durch den Windpark Der betroffene Bereich grenzt im Norden an einen bestehenden Windpark, was zu einer erheblichen Vorbelastung der Landschaft und der Erholungsqualität führt.
2. Nähe zur Autobahn A1 Darüber hinaus sorgt die unmittelbare Nähe zur Autobahn A1 für eine weitere starke Vorbelastung, die zur Abnahme der Erholungsqualität beiträgt und den landschaftlichen Wert des Gebiets erheblich mindert. Diese Faktoren sind für die Beurteilung eines BSLE entscheidend und sprechen gegen den Verbleib des Gebiets in dieser Klassifizierung.
3. Lage der Fläche im Auslauf des BSLE Schließlich befindet sich die Fläche im Auslauf des BSLE. Eine Zurückführung des Flächenstatus in den "Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich" würde daher keine maßgebliche Reduzierung oder Zerstückelung des geschützten Bereichs zur Folge haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Schutz der Landschaft sowie die Erholungsqualität der Fläche vor allem aufgrund der Nähe zum nördlich angrenzenden Bestandwindpark und zur Autobahn A1 aktuell nicht gegeben ist. Eine Zurückführung der Fläche in den Status als allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich würde zudem keine erhebliche Reduzierung oder Zerstückelung des vorhandenen BSLE bedeuten. Dementsprechend spricht aus Sicht von RWE nichts gegen die Umsetzung dieser Maßnahme für die genannten Fläche.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

AZ: BET_421000_2	
RWE Power AG	
1033363_001, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p>1. Standort Knapsacker Hügel Für den Standort Knapsacker Hügel ist anzumerken, dass der Entwurf des neuen Regionalplans weiterhin die nicht-öffentlichen sog. Optionsgleise 0-5 der RWE Power als geschlossene Eisenbahninfrastruktur zeichnerisch festlegt (s. gelber Kreis):</p> <p>Abbildung</p> <p>Hier ist zum einen festzuhalten, dass die Optionsgleise 0-5 nicht öffentlich gewidmet sind, zum anderen die Optionsgleise 1-5 bereits zurückgebaut wurden und für das Gleis O ein Rückbauantrag bei der zuständigen Behörde (Bezirksregierung Köln, Hr. Wartberg) vorliegt. Da die Gleise nicht-öffentliche Eisenbahninfrastruktur sind, bedürfen sie weder eines Stilllegungsverfahrens nach § 11 AEG noch einer Freistellung nach § 23 AEG. Auch an unserem Standort Kraftwerk Weisweiler ist beispielhaft die Werksbahn und die Eisenbahninfrastruktur nicht eingezeichnet/zeichnerisch festgelegt. Wir bitten daher am Standort Knapsacker Hügel - auch vor dem Hintergrund der Standortentwicklung - eine deutliche Lücke in der Eisenbahninfrastruktur einzuzeichnen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

Inhalt

2. Nutzung Nord-Süd Bahn

Wir möchten darauf hinweisen, dass unsere Nord-Süd-Bahn als private Werksbahn unter Bergaufsicht betrieben wird und ebenfalls nicht öffentlich gewidmet ist. aber vorliegend als Bedarfsplanmaßnahme festgelegt wird. Diese Eisenbahninfrastruktur wird noch voraussichtlich bis 2035 bergbaulich genutzt und deren nachfolgende Nutzung ist noch nicht abschließend geklärt. Grundsätzlich ist sie nach Abschluss der bergbaulichen Tätigkeit zurückzubauen oder es findet sich eine Nachfolgenutzung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Bei den in Rede stehenden Trassen handelt es sich nicht um Schienenwege, die dem allgemeinen Schienenverkehr zugänglich sind, sondern um ein Betriebsbahnnetz. Da es der Ver- und Anbindung regionalbedeutsamer Einrichtungen und Anlagen mit hohem Verkehrsaufkommen über und an das Eisenbahnnetz dient, wird es als sonstiger regionalbedeutsamer Schienenweg festgelegt. Die Infrastruktur ist bis zum Abschluss der Braunkohleförderung und des Lösstransports noch in Betrieb und entzieht sich der Nutzung durch Dritte. Welche verkehrliche Funktion sie nach Beendigung der Braunkohleförderung sowie der Rekultivierungsarbeiten erhalten wird, ist nicht Gegenstand des Regionalplans, sondern nachgeordneter Fachverfahren.

Inhalt

3. Hauptwerkstatt Grefrath, Frechen

Wir weisen darauf hin, dass geplant ist, die Hauptwerkstatt Grefrath (aktuell betriebseigene Eisenbahnserviceeinrichtung) in Frechen auch künftig gewerblich fortzuführen. Die Festlegung als ASB (s. gelber Kreis) ist vor dem Hintergrund der künftigen Entwicklungsmöglichkeit aus unserer Sicht daher nicht zielführend. Eine Festlegung als GIB wird daher angeregt.

Abbildung

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. ASB dienen dabei neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, sodass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen in ASB und GIB möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt

4. Rheinwassertransportleitung

Es wird angeregt, die Trasse der Rheinwassertransportleitung gemäß Braunkohlenplan Garzweiler II - Sachlicher Teilplan: Sicherung einer Trasse für die Rheinwassertransportleitung zu den Tagebauen Garzweiler und Hambach, genehmigt durch die Landesregierung am 24.05.2024, in die Planunterlagen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln aufzunehmen.

Abbildung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass Entsprechend der Plankonzeption und den landesplanerischen Vorgaben keine zeichnerische Festlegung von Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte im Regionalplan Köln erfolgt. Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz NRW. Diese sieht kein Planzeichen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkten vor. Für deren Berücksichtigung bei Planungen und Maßnahmen wird auf G.62 Transportleitungen schützen verwiesen. Abschließende Regelungen für Transportleitungen für Energie, Rohstoffe und andere Produkte finden sich im Kapitel 8.2 des LEP NRW. Die raumordnerischer Sicherung ist durch den Braunkohlenplan Garzweiler II - Sachlicher Teilplan: Sicherung einer Trasse für die Rheinwassertransportleitung zu den Tagebauen Garzweiler und Hambach gewährleistet .

Inhalt

5. Tagebau Garzweiler, Stadtgebiet Erkelenz und Landgemeinde Titz

Der im Planentwurf dargestellte „Bereich Garzweiler (ohne Festlegungen)“ ist nicht mit der Abbaufäche des Vorhabens gemäß Leitentscheidung 2023, zu dem der Braunkohlenausschuss am 15.03.2024 den Vorentwurfsbeschluss gefasst hat identisch. Im Süd-Osten von Holzweiler ist ein Teil der Fläche, die innerhalb der genehmigten Abbaugrenze des Tagebaus Garzweiler liegt, als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der Freiraumfunktion „Schutz der Landschaft“ dargestellt. Da hier jedoch zunächst die bergbauliche Inanspruchnahme erfolgt und dieser Bereich ein Teil des späteren Tagebausees wird, müsste auch hier die Darstellung „Bereich Garzweiler (ohne Festlegungen)“ erfolgen.

Abbildung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans werden an den aktuellen Stand der Braunkohlenplanung angepasst

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

Inhalt

7. Erweiterung der Deponie Erftstadt Erp

Bezüglich der geplanten Erweiterung der Deponie in Erftstadt Erp schließen wir uns inhaltlich der Stellungnahme des Erftverbands an. Die geplante Deponie liegt im zukünftigen Einzugsgebiet des Trinkwasserwerks Dirmerzheim. Das Wasserwerk Dirmerzheim spielt langfristig eine besondere Rolle in der Wasserversorgung der Region, da weiter nördlich gelegene Gewinnungsstandorte aufgrund des Kippenabstroms aufgegeben werden müssen und in Richtung Dirmerzheim verlagert werden. Aus diesem Grund besteht für das Einzugsgebiet des WW Dirmerzheim eine besondere Schutzbedürftigkeit. Die Ausweisung eines Deponiestandortes innerhalb des Einzugsgebietes steht dieser Anforderung der Unterschutzstellung entgegen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. ID 1033038_005).

Inhalt

8. Kraftwerk Niederaußem, Bergheim

Wir begrüßen die Ausweisung der Kraftwerksanschlussfläche in Bergheim-Niederaußem als GIBtransformation. In unserer Stellungnahme vom 16.08.2022 haben wir u.a. angeregt, weitere, an die Kraftwerksanschlussfläche Niederaußem angrenzende Flächen ebenfalls als GIB auszuweisen. Wir regen in Einklang mit den Vorstellungen/ Wünschen der Kreisstadt Bergheim an, diese Eingabe dennoch aus folgenden Gründen zu berücksichtigen: Die Flächen haben aufgrund ihrer geographischen Lage eine sehr gute Eignung als GIB, was die Ansiedlung neuer Unternehmen fördern kann. Darüber hinaus würde eine vollständige GIB-Ausweisung zur Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen beitragen und dadurch den Strukturwandel unterstützen und die wirtschaftliche Entwicklung der Region nachhaltig stärken. Mit dieser erweiterten Fläche kann die gewerblich-industrielle Nachnutzung des Kraftwerks- und Fabrikstandortes Niederaußem bereits vor Abschaltung des letzten Braunkohlenkraftwerksblockes am Standort begonnen werden und bereits frühzeitig Raum für Folgearbeitsplätze bieten.

Abbildung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ausweisung einer GIBtransformation wird begrüßt. Darüber hinaus wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen und eine Erweiterung angeregt (vgl. ID 1007764 der 1. Offenlage).

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPlG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW).

Die Stadt Bergheim verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Auch stehen keine (weiteren) Bedarfe für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung (Region+-Wirtschaft) zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPlG NRW im 2. Planentwurf bereits vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen* verortet. Die Erweiterung der in Rede stehenden Fläche ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

1033363_008, RWE Power AG	
<p>Inhalt</p> <p>9. Haus Forst, Kerpen</p> <p>Wir begrüßen bezugnehmend auf unsere Stellungnahme vom 16.08.2022 die Ausweisung in der zeichnerischen Darstellung des früher gewerblich genutzten Geländes als GIB mit der Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage.</p> <p>Abbildung</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

6. Trasse für den Ablauf des zukünftigen Tagebausees Hambach

Am 14.06.2024 wurde im Braunkohlenausschuss der Aufstellungsbeschluss im Braunkohlenplanverfahren zur Sicherung einer Trasse für den Ablauf des zukünftigen Tagebausees Hambach getroffen. Wir wollen nun anregen den Trassenkorridor, welcher entlang der bestehenden Gewässer Winterbach und Wiebach vom zukünftigen Tagebausee in Richtung Große Erft verläuft, zur Vermeidung zukünftiger Konflikte in die zeichnerische und textliche Darstellung des neuen Regionalplans aufzunehmen. Zusatzhinweis: Diese zeichnerische Darstellung ist leicht abweichend von der Darstellung, die wir mit der Stellungnahme vom 16.08.2022 übermittelt haben.

Abbildung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

10.Ville Park Erftstadt und Hürth (Erweiterung GIB Knapsacker Hügel nach Westen)
 Die in unserer Stellungnahme vom 16.08.2022 für die Zeichnerischen Festlegungen Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis unter Pkt. 2 vorgeschlagene Projektfläche wurde im neuen Regionalplanentwurf als Gewerbegebiet „GIBtransformation“ ausgewiesen. Eine derartige Entwicklung begrüßen wir im Sinne der Unterstützung des Strukturwandels ausdrücklich. In den textlichen Festlegungen auf Seite 84 wurde für diesen Standort der nachstehende Absatz aufgenommen: *Von der zeichnerischen Festlegung des Gf Btransformation dürfen maximal 80 ha für eine siedlungsräumliche Nutzung in Anspruch genommen werden; mindestens 30 ha sind zusammenhängend als klimaökologischer und thermischer Ausgleichsraum zu entwickeln. Ein durchgängiger Grünzug mit einer Mindestbreite von 200 Metern ist bei der Umsetzung und Entwicklung des Standortes zu erhalten.* Wir regen an, den Absatz dahingehend zu ändern, dass die 30 ha nicht zwingend als ein zusammenhängender Ausgleichsraum zu entwickeln sind, sondern etwas flexibler angeordnet werden können. Für eine solche Anordnung liegt ein nachhaltiges, innovatives und klimaneutrales Planungskonzept vor. Durch eine innovative Zellstruktur und eine wiederholte Innenentwicklung hebt sich das Gebiet deutlich von der Gestalt eines klassischen Gewerbe- und Industriegebiets ab. Durch eine flexible Anordnung des Ausgleichsraums könnte auch eine Durchlässigkeit des Gebietes im Sinne einer regionalen Vernetzung erreicht werden. Ein durchgängiger Grünzug würde das Gebiet faktisch in zwei getrennte Gewerbegebiete auf den Stadtgebieten Hürth und Erftstadt teilen und die gewünschte Erweiterung des Industriekomplexes Knapsacker Hügel als Zäsur unterbrechen. Eine Anordnung mehrerer Inselkomplexe ließe das Gebiet hingegen als einen zusammenhängenden Gewerbekomplex wirken und würde zugleich ein deutlich grüneres Erscheinungsbild erzeugen, als das bei einem einzelnen -das Gebiet durchschneidenden- Grünzug der Fall wäre. Auch im Hinblick auf weitere städtebauliche und erschließungstechnische Faktoren, wie z.B. die Versickerung von Oberflächenwasser, wird die Entwicklung von zwei faktisch getrennten Gebieten mit einem durchgängigen Grünzug von uns nicht als optimale Lösung angesehen.

Abbildung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Zeichnerischen Festlegung des GIB Hürth-Knapsack erklärt.

Darüber hinaus werden Bedenken gegen die textliche Festlegung der Zweckbindung des GIBtransformation Hürth-Knapsack geäußert. Diese wurde festgelegt, um einen möglichen Funktionsverlust des für den GIBtransformation in Anspruch genommenen Regionalen Grünzugs auf regionalplanerischer Ebene bereits ausschließen zu können, damit die Ziele der Raumordnung gewahrt bleiben.

Die Durchgängigkeit des Regionalen Grünzugs, der eine bedeutende Funktionserfüllung für den klimatischen Ausgleich der angrenzenden Kommunen besitzt und sich im räumlichen Zusammenhang zum Freiraumkorridor der „Ville“ befindet, muss weiterhin gesichert werden. Punktueller Verortungen eines Grünzuges können lediglich mögliche mikroklimatische Funktionsverluste ausgleichen, allerdings keine regionalbedeutenden klimatischen Funktionen. Mit der Festlegung einer Mindestbreite von 200 Metern und einer zusammenhängenden Fläche von 30 ha, wird sichergestellt, dass mit der Umsetzung der zeichnerischen Festlegung auf nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsebene den Zielen der Raumordnung in Bezug auf die Inanspruchnahme des Regionalen Grünzugs Rechnung getragen wird.

Inhalt

11. Frechen Wachtberg

Im neuen Regionalplanentwurf wurde in der zeichnerischen Darstellung im Stadtgebiet Frechen die gewerbliche industrielle Nutzung nach Süden erweitert (sog. Fläche Wachtberg II). RWE Power ist Eigentümer der benachbarten Flächen Wachtberg I und ist in Teilen auch Eigentümer des südwestlichen Bereichs von Wachtberg II. Wachtberg I ist seit Jahrzehnten gewerblich/ industriell genutzt (Kraftwerk, Brikettfabrik und Veredelungsbetrieb), bei Wachtberg II handelt es sich ganz überwiegend am Wald- oder Waldentwicklungsflächen. Wachtberg I ist hervorragend infrastrukturell angebunden und eignet sich aufgrund seiner baulichen und betrieblichen Vornutzung besonders gut für gewerbliche und industrielle Ansiedlungen. Als Konversionsstandort hilft der Standort, weitere großflächige Flächenversiegelungen in der Region zu vermeiden. Hierdurch soll der Strukturwandel insbesondere mit der Ansiedlung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze unterstützt werden. In diesem Sinne erarbeitet die gemeinsame Gesellschaft von Land NRW und RWE Power (PSW) gemeinsam mit der Stadt Frechen unter Berücksichtigung denkmalwerter Substanz ein neues Strukturkonzept, das eine Grundlage für die weitere Bauleitplanung sein soll. Durch die Neuausweisung weiterer gewerblicher/industrieller Flächen im Bereich Wachtberg II wären erhebliche Einschränkungen (z.B. Schall) für die Entwicklung der Konversionsfläche Wachtberg I zu erwarten. Ebenso könnte die Ausweisung Wachtberg II zu einem weiteren Akzeptanzverlust für gewerblich/ industrielle Entwicklung im Bereich Wachtberg I bezogen auf die umliegende Wohnbebauung insgesamt führen. Vor diesem Hintergrund regen wir an, über eine weitere Ausweisung an dieser Stelle erst zu entscheiden, wenn negative Auswirkungen auf eine gewerbliche/ industrielle Entwicklung im Bereich Wachtberg I ausgeschlossen werden können. Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass wir als Grundstückseigentümer aktuell keine Rodungen unserer Eigentumsflächen zum Zwecke einer gewerblichen Entwicklung außerhalb von Wachtberg I beabsichtigen.

Abbildung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003657).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

12. Gemeinde Merzenich

Im Regionalplanentwurf ist der Bereich Merzenich "Auf der Heide" als ASB dargestellt. Wir möchten die Prüfung einer Ausweisung als GIB im Bereich des direkt angrenzenden Dreiecks BAB 4, L264 sowie Bahnstrecke anregen, da sich diese Fläche aus unserer Sicht für eine gewerbliche Entwicklung anbieten könnte.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es wird zudem auf die Erläuterungen zur Stellungnahme der Gemeinde Merzenich (ID 1033704_004) verwiesen.

1033363_013, RWE Power AG	
Inhalt	Abwägung
<p>13. Bereich Tagesanlagen und Kohlebunker des Tagebaus Hambach, Gemeinde Niederzier</p> <p>Die in der Entwurfsplanung dargestellte Ausweisung als ASB und GIB "Transformation" unterstützt das durch die Gemeinde Niederzier, die Neuland Hambach GmbH sowie die Perspektive.Struktur.Wandel GmbH erarbeitete Strukturkonzept für die künftige Folgenutzung des Areals und wird dementsprechend von uns begrüßt.</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1033363_014, RWE Power AG	
Inhalt	Abwägung
<p>14. Bereich Tagesanalgen des Tagebaus Iden, Gemeinde Iden</p> <p>Die in der Entwurfsplanung dargestellte Ausweisung als ASS unterstützt grundsätzlich die Folgenutzungsmöglichkeiten im Umfeld des künftigen TagebauseesIden und wird dementsprechend von uns begrüßt.</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

15. Bereich der ehemaligen "RWE Zentrale" (Dürener Straße/Stüttgenweg),

Köln Der Standort der ehemaligen Zentrale der RWE Power am Stüttgenweg eignet sich aus Sicht von RWE Power für eine beschränkte Entwicklung in den Bereichen Büro, Dienstleistung und Wohnen. Insbesondere die Lage zu einem ÖPNV-Haltepunkt wie auch die verkehrstechnische Anbindung an die Dürener Straße sprechen hierfür. Zudem sollte auch aus Nachhaltigkeitsgründen eine Nachnutzung des freiplastischen Gebäudes der ehemaligen Hauptverwaltung ermöglicht werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung. (vgl. ID 1007759 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

16. Ausgleichsflächen im Regierungsbezirk Köln

Unserer Stellungnahme fügen wir einen Plan mit unseren Ausgleichsflächen im Regierungsbezirk Köln bei, so dass Sie nachprüfen können, ob ggf. Konflikte mit der Neuausweisung von Gewerbe-/Industrie oder Siedlungsflächen bestehen. Bestehende Ausgleichsflächen sind zu erhalten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Ausgleichsflächen und Eingriffsreglung sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Insofern handelt es sich um Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen .

Inhalt

17. Bezugnahme zur Stellungnahme der Neuland Hambach GmbH

Wir regen an, dem Bereich der Sophienhöhe keine neuen Festlegungen im Rahmen des Regionalplans zuzuweisen bzw. eine Zuweisung zunächst zurückzustellen. Wir beziehen uns auf den Punkt „2.1 Keine Ausweisung der gesamten Sophienhöhe als BSN“ aus der Stellungnahme der Neuland Hambach GmbH und unterstützen diesen. Die Sophienhöhe stellt bis zum Abschluss der ordnungsgemäßen Rekultivierungsmaßnahmen Betriebsfläche dar. Ergänzend dazu regen wir die Streichung der Formulierung (s. Textteil A-1, 1.5, S. 35) „Teilbereiche der Sophienhöhe“ an. Dem Punkt „2.3 Konsequenterer Verteilung der BSLE-Planzeichen im Bereich der Seezugänge“ aus der Stellungnahme der Neuland Hornbach GmbH stimmen wir vollumfänglich zu und empfehlen die Überprüfung der BSLE-Planzeichen aufgrund der dargelegten Aspekte. Zusätzlich bitten wir ebenfalls um eine Klarstellung der Fragestellung aus der Stellungnahme der Neuland Hornbach GmbH unter Punkt „2.4 Verkehrsinfrastruktur“. Die zeichnerische Darstellung des Kreises Düren (A-2-4, Blatt 02, Seite 1) enthält eine violette Linienführung über die Sophienhöhe mit dem dazugehörigen Legendeneintrag: „Schienenwege unter Angabe der Haltepunkte und Betriebsflächen - ba-2) Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung“. Auch hierzu weisen wir darauf hin, dass die Sophienhöhe bis zum Abschluss der ordnungsgemäßen Rekultivierungsmaßnahmen Betriebsfläche darstellt. Wir begrüßen die Formulierung „Für das südliche Tagebauvorfeld mit dem Hambacher Forst. seiner Grünvernetzung in östliche und westliche Richtung und die Ortschaft Bürgewald werden hingegen regionalplanerische Festlegungen getroffen, da hier die gesicherte Annahme besteht, dass sie nicht mehr für den Abbau in Anspruch genommen werden.“ (s. Textteil A-1, S. 36).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zu einzelnen Planinhalten erklärt.

Darüber hinaus werden Bedenken gegenüber der Festlegung der Sophienhöhe als BSN (Festlegung des ersten Regionalplanentwurfs) geäußert.

In der Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 7 „Anpassung der Rekultivierung“ wird vereinbart, dass eine Inanspruchnahme der „bereits hochwertig endgestalteten Flächen der Sophienhöhe“ nicht in Frage kommt. Darüber hinaus weist der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) für die Sophienhöhe eine Biotopverbundfläche n herausragender Bedeutung aus. Die Festlegung als Bereich zum Schutz der Natur (siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) ist somit folgerichtig und greift nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. Rekultivierungsmaßnahmen) ein. Es gelten während der Rekultivierung die Rekultivierungsziele der Braunkohlenplanung, bis zum Entlass aus der Bergaufsicht. Jegliche Maßnahmen, die während der Rekultivierung vorgenommen werden, müssen auch weiterhin im Einvernehmen mit der Bergaufsicht erfolgen. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel 20 „Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern“ einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. Die Festlegung als Vorranggebiet BSN schützt vor anderweitigen Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Der Stellungnehmer teilt Bedenken aus der Stellungnahme der Neuland Hambach, die im Rahmen der zweiten Offenlage eingegangen ist, bezüglich der BSLE-Festlegungen im Bereich der Seezugänge verweisen wir auf die Stn. ID. 1033263_004 und in Bezug auf Punkt 2.4 der Verkehrsinfrastruktur auf die Stn. ID. 1033263_006.

AZ: BET_440000_1	
Deutsche Bahn AG - DB Immobilien	
1034592_001, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien	
<p>Inhalt</p> <p>Aufgrund der Masse an Unterlagen und der Größe des Untersuchungsraums wie auch der eng gesetzten Frist ist eine detaillierte Prüfung, ob alle Belange der DB InfraGO Berücksichtigung finden, nicht möglich. Es wurde daher eine Grobprüfung anhand des zur Verfügung gestellten Kartenmaterials vorgenommen.</p> <p>Es gilt, dass</p> <p>planfestgestellte Betriebsanlagen dem Fachplanungsvorbehalt des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) unterliegen. Änderungen an Eisenbahnbetriebsanlagen unterliegen demnach dem Genehmigungsvorbehalt des EBA (§§ 23 Absatz 1 AEG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 2 BEVVG i.V.m. § 18 AEG).</p> <p>Bei dem geplanten Vorhaben sind ferner nachfolgenden Bedingungen / Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB AG und ihrer Konzernunternehmen zu beachten und einzuhalten:</p> <p>Grundsätzliche Anforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bestehende Bahninfrastruktur darf durch Änderungen des Regionalplans nicht negativ beeinflusst werden, dies betrifft auch die Instandhaltung und Erneuerung sowie die Erreichbarkeit der Grundstücke • Neben allen bestehenden Gleisen sind Abstandsflächen einzuhalten, die einen künftigen mehrgleisigen Ausbau ermöglichen. (bei eingleisigen Strecken für zwei Gleisachsen, bei bereits zweigleisigen Strecken für vier Gleisachsen) • Eine Elektrifizierung noch nicht elektrifizierter Gleise muss möglich bleiben (Abstände müssen entsprechend berücksichtigt werden) Es wird auf nahezu allen Strecken in den nächsten Jahren zu einer teils deutlichen Verkehrsmehrung kommen. Diese Mehrung und die dafür erforderlichen Ausbauten, dürfen nicht durch Veränderungen des Regionalplans verhindert werden • Bei neuen Siedlungsflächen im Umfeld von Bahninfrastruktur müssen Einwände bzgl. Lärmschutz ausgeschlossen werden. Dies gilt auch bei Streckenausbauten und damit verbundenen Verkehrsmehrungen. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1034592_002, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>
<p>• Blatt A-2-3 Kreis Heinsberg: 1001816 (Hückelhoven)</p> <p>Neu Siedlungsbereich: Durch diese Fläche würde die reaktivierte Strecke Hückelhoven-Baal – Wassenberg führen, die im Zielnetz NRW-Takt 2040 der Aufgabenträger enthalten ist. Eine Reaktivierung darf durch Bebauung nicht be- oder verhindert werden.</p>	

1034592_003, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-3 Kreis Heinsberg: 194 (Hückelhoven)

Neu Siedlungsbereich: Direkt angrenzend an diese Fläche würde eine reaktivierte Strecke Hückelhoven-Baal – Wassenberg führen, die im Zielnetz NRW-Takt 2040 der Aufgabenträger enthalten ist. Eine Reaktivierung darf durch Bebauung nicht be- oder verhindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034592_004, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-3 Kreis Heinsberg: 1005975 (Jülich)

Neu Siedlungsbereich: Durch diese Fläche wird vermutlich die reaktivierte bzw. neue Strecke Bedburg (Erf) – Jülich (-Aachen) führen. Diese Verbindung ist Teil des Investitionsgesetzes Kohleregionen („InvKG West“). Bei einer neuen Wohnbebauung ist eine auskömmliche Fläche freizuhalten und die (in diesem Bereich) Reaktivierung darf nicht verhindert werden. (Im Regionalplan ist diese InvKG Maßnahme sogar eingezeichnet, allerdings als direkte Luftlinienverbindung zwischen Bedburg und Aachen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1034592_005, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

• Blatt A-2-6 Kreis Düren: 1005403 (Düren) Neu Siedlungsbereich: Bei dieser Fläche handelt es sich um den Bahnhofsbereich Düren, inkl. umfangreicher Gleisanlagen. Eine grundsätzliche Ausweisung als Siedlungsfläche wird von unserer Seite abgelehnt, da dies Aus- und Umbauten erschweren würde.

Außerdem handelt es sich größtenteils um Grundstücke im Eigentum der DB bzw. der Rurtalbahn. Die Fläche nordwestlich der Bahnstrecke (Bahnhofsbereich der Rurtalbahn) wird nach unserem Kenntnisstand auch durch die Rurtalbahn als neue Abstellfläche beplant (vgl. Stellungnahme der Rurtalbahn, sofern eingebunden).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Anregung bezieht sich inhaltlich auf einen nicht geänderten Planinhalt, da bereits im Planentwurf der ersten Offenlage keine Bahnbetriebsflächen, sondern ein Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) festgelegt waren. Bezüglich dieser Festlegung erfolgte im Rahmen der ersten Offenlage keine Anregung der Deutschen Bahn AG. Ebenfalls ist hierzu keine Anregung durch die Rurtalbahn eingegangen.

Die Änderung der zeichnerischen Festlegung des AFAB zu ASB erfolgte aufgrund der Anregung der Stadt Düren aus der ersten Offenlage (vgl. StnID 1005403 1. Offenlage). Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit war eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden durch diese Festlegung nicht berührt.

1034592_006, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-6 Kreis Düren: 1001341 (Langerwehe-D'horn)

Neu Siedlungsbereich: In diesem Bereich wird die Strecke 2600 dreigleisig ausgebaut sowie der (im Regionalplan eingezeichnete) Hp D'horn neu errichtet. Der Streckenausbau darf nicht behindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt

- Blatt A-2-9 Rhein-Erft-Kreis: 1001629 (Pulheim)

Neu Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche/Regionale Grünzüge/Schutz der Landschaft: Die Fläche beinhaltet das Zuführungsgleis zum Umspannwerk Brauweiler.

Sie dient dem Transport von Großtransformatoren. Durch die Regionalplanfestsetzung darf es zu keinen negativen Beeinflussungen der Durchführung dieser Transporte kommen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.

1034592_008, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-15 Oberbergischer Kreis: 1002859 (Overath)

Neu Siedlungsbereich: Diese Flächen überlappen die Strecke 2655. Diese wird in den nächsten Jahren umfassend für S-Bahn-Verkehr ertüchtigt und elektrifiziert. Dieser Ausbau und die anschließende Verkehrsmehrung darf nicht behindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034592_009, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-15 Oberbergischer Kreis: 1002861 (Overath)

Neu Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung: Diese Flächen überlappen die Strecke 2657. Diese wird in den nächsten Jahren umfassend für SBahn-Verkehr ertüchtigt und elektrifiziert. Dieser Ausbau und die anschließende Verkehrsmehrung darf nicht behindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034592_010, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-15 Oberbergischer Kreis: 1002889 & 1002860 u.W. (Vilkerath)

Neu Siedlungsbereich: Diese Flächen überlappen die Strecke 2657. Diese wird in den nächsten Jahren umfassend für S-Bahn-Verkehr ertüchtigt und elektrifiziert. Dieser Ausbau und die anschließende Verkehrsmehrung darf nicht behindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034592_011, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-15 Oberbergischer Kreis: 1002742 (Engelskirchen)

Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung: Diese Flächen überlappen die Strecke 2657. Diese wird in den nächsten Jahren umfassend für SBahn-Verkehr ertüchtigt und elektrifiziert. Dieser Ausbau und die anschließende Verkehrsmehrung darf nicht behindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034592_012, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-15 Oberbergischer Kreis: 1002743 (Ründeroth)

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche: Diese Flächen überlappen die Strecke 2680, die gemäß Zielnetz NRW-Takt 2040 der Aufgabenträger reaktiviert werden soll. Eine Reaktivierung darf durch Bebauung nicht be- oder verhindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt

- Blatt A-2-24 Bonn: 1018199 (Brühl)

Neu Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze: Die beiden Flächen reichen direkt bis an die Strecke 2630 heran. Parallel zu dieser Strecke soll in den nächsten Jahren eine separate S-Bahnstrecke gebaut werden (Projekt S17 (linksrheinisch)). Die Abbauflächen müssen diesen Ausbau berücksichtigen und ausreichend Abstand zu unserer Infrastruktur halten.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird.

Die Belange des Schienenausbaus können auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen angemessen berücksichtigt werden. Der Vorrang der Rohstoffgewinnung durch die Festlegung regionalplanerischer Konzentrationszonen begründet keinen Rechtsanspruch auf optimale und maximale Abtragungsmöglichkeiten. Die Anpassung einer konkreten Vorhabenplanung an die jeweiligen fachrechtlichen Erfordernisse des Einzelfalls bleibt möglich. Aufgabe des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe ist es, innerhalb der zeichnerisch festgelegten BSAB dem Belang der Rohstoffgewinnung einen Vorrang vor konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen zu gewähren. Dies schließt hingegen nicht aus, dass eine detaillierte Berücksichtigung fachrechtlicher und sicherheitstechnischer Anforderungen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgt.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt.

1034592_014, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-24 Bonn: 1005669 (Bornheim)

Neu Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung: Die Fläche reicht direkt bis an die Strecke 2630 heran bzw. überlappt sogar teilweise. Parallel zu dieser Strecke soll in den nächsten Jahren eine separate S-Bahnstrecke gebaut werden (Projekt S17 (linksrheinisch)). Dieser Ausbau muss berücksichtigt werden und ausreichend Abstand zu unserer Infrastruktur gehalten werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034592_015, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

- Blatt A-2-24 Bonn: 1004426 (Meckenheim)

Neu Siedlungsbereich: Die Fläche grenzt direkt an die Strecke 2645 an. Diese wird in den nächsten Jahren elektrifiziert und für S-Bahn-Verkehr ertüchtigt. Dieser Ausbau und die anschließende Verkehrsmehrung dürfen nicht behindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

1034592_016, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

• Blatt A-2-24 Bonn: 1005441 (Rheinbach) Neu Siedlungsbereich: Die Fläche grenzt direkt an die Strecke 2645 an. Diese wird in den nächsten Jahren elektrifiziert und für S-Bahn-Verkehr ertüchtigt. Dieser Ausbau und die anschließende Verkehrsmehrung dürfen nicht behindert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Inhalt

- Blatt A-2-24 Bonn: 1004325 u.W. (Eitorf)

Neu Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche/Regionale Grünzüge/Schutz der Landschaft: Die Fläche grenzt unmittelbar an die Strecke 2651 an. Diese wird in den nächsten Jahren umfassend ertüchtigt und ausgebaut. So werden auch neue Überholungsgleise für Güterzüge errichtet. Daher müssen die Abstände zur Strecke ausreichend bemessen werden und ein solches Überholungsgleis auch an dieser Stelle möglich bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen sowie Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass dieser für Maßnahmen in Anspruch

genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die potenziellen Funktionen der RG sind in Ziel 18 definiert als klimatische und lufthygienische, sowie Funktionen zur Biotopverbindungen und für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).

Eine abschließende raumordnerische Bewertung kann nur im anschließenden Planungs- und Genehmigungsverfahren für die konkrete Abgrenzung und eine genaue Beschreibung der Planungsabsicht erfolgen. Eine allgemein gültige Aussage zu der angeregten Planung würde den Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten des Einzelfalls nicht Rechnung tragen.

1034592_018, Deutsche Bahn AG - DB Immobilien

Inhalt

Aus Sicht der DB Energie GmbH sind weiterhin folgende Auflagen und Hinweise zu beachten:

Durch das Plangebiet des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (TOEB-NW24-191888) verlaufen diverse 110-kV-Bahnstromleitungen der DB Energie GmbH.

Geplante Bebauungen liegen damit möglicherweise im Schutzstreifen der oben genannten Bahnstromleitung.

Aufgrund der eingetragenen Dienstbarkeiten zugunsten der DB Energie GmbH sind bauliche Nutzungen im Bereich des Schutzstreifens begrenzt und bedürfen der Abstimmung mit bzw. der Zustimmung durch die DB Energie GmbH. Wir bitten Sie daher, uns bei Baumaßnahmen im Schutzstreifenbereich unbedingt entsprechend zu beteiligen.

Die DB Energie GmbH ist grundsätzlich dazu bereit, Bebauungen im Bereich des Schutzstreifens der oben genannten Bahnstromleitung zuzustimmen, sofern die gemäß EN 50341/VDE 0210 geforderten Sicherheitsabstände eine solche Zustimmung zulassen.

Für eine endgültige Zustimmung der jeweiligen geplanten Bebauungen bitten wir jedoch in jedem Fall um Zusendung prüffähiger Planunterlagen der Bauobjekte, inkl. genauer Lage im Geltungsbereich des Bebauungsplans, Grundrisse, Schnittzeichnungen und Höhenangaben.

Zusätzlich bittet die DB Energie GmbH bereits an dieser Stelle um Beachtung der folgenden Auflagen und Hinweise:

- Im Schutzstreifen der Bahnstromleitung dürfen keine Einwirkungen oder Maßnahmen vorgenommen werden, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Leitungen beeinträchtigen oder gefährden.
- Der Schutzstreifenbereich muss der DB Energie GmbH für die Entstörung und Leitungsarbeiten jederzeit zugänglich bleiben.
- Die Bodenbeschaffenheit im Umkreis von 15m zu den jeweiligen Masten (gemessen vom Eckstiel aus) darf aus maststatischen Gründen nicht verändert werden. Alle Aufschüttungen bzw. Bodenabtragungen im Schutzstreifenbereich sind der DB Energie GmbH anzuzeigen.
- Neuanpflanzungen dürfen im Schutzstreifen eine Höhe von 3,5 m nicht überschreiten. Der Rückschnitt sämtlicher Vegetation im Schutzstreifen bei Unterschreitung der Sicherheitsabstände gem. EN 50341/VDE0210 ist durch den

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Antragsteller oder deren Rechtsnachfolger auszuführen.

- Bei Baumaßnahmen, bei denen ein Mindestabstand von 3 m zwischen Baugeräten oder am Bau beteiligten Personen und der Leitung nicht eingehalten werden kann – ein mögliches Ausschwingen der Leiterseile ist dabei zu berücksichtigen! – ist eine kostenpflichtige Ausschaltung des betreffenden Stromkreises der Bahnstromleitung erforderlich. Für die betriebliche Koordination der DB Energie GmbH ist mit einem zeitlichen Vorlauf von ca. 16 Wochen zu rechnen. Eine gleichzeitige Abschaltung beider Stromkreise ist nicht möglich.
- Der Bauherr bzw. die von ihm beauftragten Baufirmen haften für alle Schäden, die an der Bahnstromleitung durch die Bautätigkeit entstehen.
- Bei geplanter Nutzung eines Baukrans ist, nach Eingang von prüffähigen Planunterlagen eine gesonderte Abstimmung notwendig. (Freidrehbereich und Mindestabstand des Krans zu ausschwingenden Leiterseilen).
- In der Nähe von stromführenden Hochspannungsleitungen ist mit elektromagnetischen Beeinflussungen zu rechnen. Die DB Energie GmbH erstattet weder Entschädigungen noch die Kosten für evtl. erforderliche Abschirmungen.
- Die DB Energie GmbH haftet nicht für Schäden an Objekten, die infolge von Witterungseinflüssen (z.B. vom Stromseil herunterfallendes Eis, Vogelkot) auftreten.

AZ: BET_442000_1	
go.Rheinland GmbH	
1033461_001, go.Rheinland GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>1. Einleitung</p> <p>Der Zweckverband go.Rheinland ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr und fördert Investitionen in den ÖPNV bzw. SPNV und wirkt in Abstimmung mit seinen Mitgliedern auf eine integrierte Verkehrsgestaltung im ÖPNV hin. AVV und VRS sind als Verkehrsverbünde für die Organisation des Öffentlichen Straßenpersonnenverkehrs (ÖSPV) in den Gebietskörperschaften Stadt und Städteregion Aachen, Kreis Düren und Kreis Heinsberg (AVV) bzw. Stadt Köln, Stadt Bonn, Stadt Leverkusen, Stadt Monheim sowie in den Kreisen Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis und Kreis Euskirchen (VRS) verantwortlich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden allgemeine Informationen vorgebracht.</p>

Inhalt

2. Zu den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplan-Entwurfs

Zu den zeichnerischen Festlegungen des Planentwurfes möchten wir folgende Anmerkungen machen. Wir bitten um Prüfung der Trassensicherung bzw. Aufnahme in die textlichen Erläuterungen zu Ausbauzielen der Schieneninfrastruktur.

zu Blatt 08-09 - Städteregion Aachen

Die Aufnahme der Regiotram-Trasse in den zeichnerischen Teil des Regionalplans Köln wird begrüßt (Neuaufnahme 1006600). Gegenüber der letzten Beteiligungsphase hat sich noch eine geringfügige Änderung in der Trassenführung im Bereich Würselen-Birk ergeben. go.Rheinland, AVV und VRS bitten daher um entsprechende Änderung der Trassendarstellung gemäß beiliegender Anlage.

(Anlage)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 Festlegungen für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Inhalt

Für die Regiotram muss zudem ein Betriebshof errichtet werden. Um Synergien im öffentlichen Verkehr zu nutzen, soll dieser zudem einen signifikanten Busanteil enthalten und kann folglich nur im rechtlichen Innenbereich entstehen. Entlang der Trasse stehen bisher keine Flächen in entsprechender Größe zur Verfügung. Daher sollten Gewerbeflächen mit der Zweckbestimmung für die Nutzung durch den öffentlichen Verkehr/Betriebshof entlang der Trasse ausgewiesen werden. Aus betrieblicher Sicht ergibt ein Standort im Bereich des dichter befahrenen Abschnitts Aachen - Würselen Sinn. Daher eignet sich insbesondere das Gebiet nördlich der bisherigen Bebauung in Würselen, wie es durch die Stadt Würselen vorgeschlagen wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Die Stellungnahme wird dennoch zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wird auf die StnID 1033355_002 verwiesen.

Inhalt

3. Zur Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln

zu Ziel 10-15),, GIBx sichern/entwickeln/umsetzen"

Die Anregungen von go.Rheinland zu den Zielen 10-15 (Stellungnahme 1006603/ Nahverkehr Rheinland GmbH) wurden durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Abwägung detailliert beantwortet. Die Verwaltung stellt sich dabei auf den Standpunkt, dass den Belangen der regionalen Flächensteuerung für bestimmte Arten der Logistikwirtschaft durch die Festlegung von GIBplus so weit genüge getan sei, wie diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant seien. Eine weitergehende Abwägung dieser Belange müsse auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen stattfinden. Eben dieser Position möchten wir auf Basis der Erkenntnisse der Güterverkehrsstudie noch einmal widersprechen. Die Thematik kann demnach gerade nicht v.a. auf den nachgelagerten Planungsebenen geregelt werden, da einerseits auf der Seite der Flächennachfrager - insbes. für Ansiedlungen der Ballungsraumversorgung - Ballungsgebiete ganzheitlich betrachtet werden - also nicht ein Standort in Hürth, Pulheim oder Rösrath gesucht wird, sondern „im Raum Köln" und andererseits die verkehrlichen Auswirkungen einer „Suburbanisierung der Logistik" wie sie in der „Güterverkehrsstudie für die Metropolregion Rheinland" konstatiert wird (längere Wege, höhere Verkehrsbelastung) ebenso bedeutsam für die Gesamtregion sind. Deshalb sollte die Thematik auf regionalplanerischer Ebene zumindest mit gesteuert werden. Wenn eine regionalplanerische Steuerung hier gem. den Ausführungen der Regionalplanungsbehörde nicht zu erwarten ist, sollten den nachgelagerten Planungsebenen zumindest entsprechende Hinweise zur Eignung von GIB für bestimmte (Logistik-)Nutzungen gegeben werden, wie sie die Güterverkehrsstudie für das Gebiet der Metropolregion Rheinland bereitstellt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1006603 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: BET_443001_1

Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

1034542_001, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

Inhalt

I. Allgemeines

Aus Sicht der WSV bestehen keine grundsätzlichen Einwände gegen die vorgesehenen Änderungen und Ergänzungen des Regionalplans, sofern der verkehrliche Widmungszweck der davon berührten Bundeswasserstraßen einschließlich deren Unterhaltung, wasserwirtschaftlichem Ausbau und des Betriebes der bundeseigenen Anlagen gemäß den gesetzlichen Vorgaben weiterhin gewährleistet bleibt. Die Belange der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) sind durch die Neuaufstellung des Regionalplans in Bezug auf die Bundeswasserstraße Rhein betroffen. Der Rhein ist nach § 1 Abs. 1 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) Binnenwasserstraßen des Bundes, die dem Verkehr mit Güter- und Fahrgastschiffen oder der Sport- und Freizeitschifffahrt mit Wasserfahrzeugen dient, und steht gemäß Art. 87 Abs. 1 S. 1 i. V. m. Art. 89 GG im Eigentum und in der Verwaltungszuständigkeit der WSV. Die Unterhaltung der Bundeswasserstraßen ist dem Bund als Hoheitsaufgabe übertragen worden (§ 7 Abs. 1 WaStrG), ebenso deren Aus- und Neubau (§ 12 Abs. 1 WaStrG). Die Widmung der Bundeswasserstraße als Verkehrsweg bestimmt ihren wegerechtlichen Status auf Dauer und bewirkt eine Zweckerhaltung, die nur im Wege der Bestandsänderung nach § 2 WaStrG beseitigt werden kann. Eine Überplanung der dem allgemeinen Verkehr gewidmeten Bundeswasserstraßen einschließlich ihres Zubehörs ist grundsätzlich unzulässig, wenn dadurch die Wahrung der hoheitlichen Aufgaben der WSV beeinträchtigt wird. Zum Zubehör der Bundeswasserstraßen (vgl. § 1 Abs. 6 WaStrG) zählen z.B. die bundeseigenen Schifffahrtsanlagen, wie insbesondere Schleusen und Wehre, aber auch z.B. die der Unterhaltung dienenden bundeseigenen Ufergrundstücke (hier auch z.B. die Betriebswege), Bauhöfe und Werkstätten. Zudem ist auch nach § 4 Nr. 4 Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken der See- oder Binnenschifffahrt dienen, die bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten. Mit dem 09.06.2021 ist das „Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie“ in Kraft getreten, welches im Schwerpunkt die Übertragung der hoheitlichen Zuständigkeit für Teile des wasserwirtschaftlichen Ausbaus an Binnenwasserstraßen des Bundes von den Ländern auf die WSV, soweit dieser Ausbau zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erforderlich ist, beinhaltet. Die Gesetzesänderung bezieht sich auf die Binnenwasserstraßen des Bundes aller Art. Die Zuständigkeit für die Bewirtschaftungsplanung nach WRRL sowie für Maßnahmen, die überwiegend

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Informationen vorgebracht. Zudem werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben und darüber hinaus weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

zum Zwecke des Hochwasserschutzes oder der Verbesserung der chemischen oder physikalischen Qualität des Wassers durchgeführt werden, verbleibt bei den Bundesländern. Maßnahmen, die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 WHG erforderlich sind und mit einer wesentlichen Umgestaltung einer Binnenwasserstraße des Bundes oder ihrer Ufer im Sinne des § 67 Abs. 2 Satz 1 und 2 WHG verbunden sind, sind mit Inkrafttreten des Gesetzes unter den Voraussetzungen des § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 WaStrG eine Hoheitsaufgabe der WSV. Zu den Maßnahmen nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 WaStrG gehören auch solche Maßnahmen, bei denen Gewässerteile nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 WaStrG entstehen, die einen räumlichen Zusammenhang mit der Binnenwasserstraße aufweisen, auch wenn sie sich vor der Ausbaumaßnahme außerhalb des Ufers der Binnenwasserstraße befanden (§ 12 Abs. 2 Satz 2 WaStrG). Die Zuständigkeit für die Planung, Genehmigung und Umsetzung dieser Maßnahmen liegt daher bei der WSV.

1034542_002, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein	
<p>Inhalt</p> <p>II. Kapitel 2.2 Erhaltene Kulturlandschaftsentwicklung (zu G.6; Anhang B: Text ab S 82)</p> <p>Als industriekulturelles Erbe werden unter der Nummer 342 der Niehler Hafen sowie unter Nr. 353 die Häfen Deutz und Mülheim aufgeführt. Sollten Unterhaltungsmaßnahmen an diesen Häfen seitens der WSV geplant werden, sind die Belange des Denkmalschutzes im Rahmen der Abwägung gemäß § 7 Abs. 4 WaStrG zu berücksichtigen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.</p>

1034542_003, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

Inhalt

III. Kapitel 4.3.1 Bereiche für den Schutz der Natur (Z.19; Karte A F-5)

Aus dem Anhang A3 – F5 ist ersichtlich, dass entlang des Rheins Bereiche für den Schutz der Natur ausgewiesen sind. Neben den ausgewiesenen FFH- und Vogelschutzgebieten sind im Biotopverbundsystem LANUV auch Gebiete mit herausragender oder besonderer Bedeutung entlang der Wasserstraße Rhein gekennzeichnet. Raumordnerisch werden diese Gebiete als Vorranggebiete für den Schutz der Natur ausgewiesen, mit der Folge, dass eine Inanspruchnahme der Bereiche zum Schutz der Natur nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist (vgl. S. 101 der Textlichen Festlegungen). Auch in der Begründung auf S.169 wird verdeutlicht, dass eine Inanspruchnahme der BSN entgegen der Schutz- und Entwicklungsziele nur in eng definierten Ausnahmefällen erfolgen darf. Da die Wasserstraße Rhein als verkehrliches Vorranggebiet ausgewiesen ist, ist bei Zielkonflikten eine Abwägungsentscheidung erforderlich (s. u. Z.31). In diesem Bezug verweise ich erneut auf die Zweckerhaltung der Bundeswasserstraße s. u. „I. Allgemeines“.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.

1034542_004, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein	
Inhalt	Abwägung
<p>IV. Kapitel 4.7.1 Bereiche für den Schutz der Natur (Z.24; G.45)</p> <p>In Bezug auf das Ziel Z.24 und insbesondere den Grundsatz G.45, wonach Oberflächengewässer und Entwicklungskorridore naturnah und ökologisch wertvoll zu entwickeln sind, verweise ich auf die obigen Ausführungen zum „Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie“ (s. unter I.).</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben (siehe auch StnID 1034542_001). Die jeweiligen zur Gewässerentwicklung erforderlichen Maßnahmen sind im Einzelfall durch die zuständigen Fachbehörden zu ermitteln.</p>

1034542_005, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

Inhalt

V. Kapitel 5.1.5 Infrastruktur für den kombinierten Verkehr (Z.31 und Z.32)

Zu Z.31 Wasserstraße sichern:

In Z.31 ist die Wasserstraße Rhein mit den in funktionalem Zusammenhang stehenden Flächen als Vorranggebiete festgelegt

- Ausweisung der Häfen (Z.31):

Durch die Weiterentwicklung des Planzeichens 3c der Anlage 3 der LPIG DVO vom 8. Juni 2010 werden die Häfen Köln-Deutz und der Hafen Köln-Mülheim als Schutz- und Liegehafen sowohl zeichnerisch als auch textlich in Z.31 festgehalten. Die Häfen Köln-Niehl I, Köln-Niehl II und Köln Godorf sind als Schutzhäfen in der textlichen Festlegung zu Z.31 auf S.144 aufgeführt worden und werden auch durch die o.g. Weiterentwicklung des Planzeichens zeichnerisch festgesetzt. Sofern nicht entsprechend meinen Anmerkungen unter III. die Ausweisung als landesbedeutsamer Hafen erfolgt, weise ich auch hier darauf hin, dass der Mülheimer Hafen auch Standort eines Außenbezirks des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamts (WSA) Rhein ist (wasserseitig Liegestellen für verwaltungseigenen Schiffe und landseitig Werkstätten und Arbeitsschiffe). Daneben ist am Hafenbecken hafenaaffines Gewerbe angesiedelt, welches infrastrukturell von Bedeutung ist. In diesem Sinne sollten dann die Erläuterung 1 zu Z.31 dahingehend angepasst werden, dass auch bei den entsprechend ausgewiesenen Häfen („Liege- und Schutzhafen“ bzw. „Weitere Häfen“) ausgewiesenen Häfen die Sicherung der hafenorientierten Wirtschaftsbetriebe erfolgen kann. Daneben verweise ich darauf, dass bei Festlegung von Wohnbereichen in Hafenumgebung die Regelungen von Mindest- und Sicherheitsabständen des ADN (analog) zu beachten sind. Ebenso ist die notwendige Duldung des von der Schifffahrt ausgehenden Schallemissionen zu berücksichtigen. Festsetzungen des Regionalplans dürfen nur in dem Umfang erfolgen, als dass die bereits bestehenden Nutzungen weiterhin uneingeschränkt möglich bleiben.

Vorrangige Funktion Wasserstraße (Z.31):

In Ziffer 3 der Erläuterung, zweiter Absatz, wird festgestellt, dass wesentliche Änderungen der Wasserstraße und der mit ihr in funktionalem Zusammenhang stehenden Flächen ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans auslösen und sich nach den Vorgaben des LEP NRW richten. Unter Ziffer 4 der Erläuterung wird festgelegt, dass die Wasserstraße Rhein in ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern ist, ohne dabei die ökologische Funktion des Rheins zu gefährden. Ebenso wird festgestellt, dass sich der Ausbaubedarf der Wasserstraße durch die Bundesverkehrswegeplanung bestimmt. S. auch hierzu Ausführungen unter III. und I.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bezüglich der Ausweisung des Hafens Köln Mülheim als landesbedeutsamer Hafen wird auf die Erläuterungen zu Stn ID 1034542_006 verwiesen. Darüber hinaus besteht kein Sicherungsauftrag für die hafenorientierten Wirtschaftsbetriebe an nicht landesbedeutsamen Häfen. Für diese werden Flächen an den landesbedeutsamen Häfen gesichert. Bestandsgeschützte Nutzungen oder Rechte werden nicht berührt.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebene gegeben.

1034542_006, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

Inhalt

Zu Z.32 Landesbedeutsame Häfen sichern:

- Liege- und Schutzhafen Köln-Mülheim:

Der Köln Mülheimer Hafen wird zwar infolge der Erweiterung des Planzeichens 3c der Anlage 3 der LPIG DVO vom 8. Juni 2010 als Liege- und Schutzhafen benannt und gesichert, jedoch ist aus Sicht der WSV der Köln Mülheimer Hafen ebenfalls in der Liste der landesbedeutenden Häfen aufzuführen und als solcher nach Nr. 3cb LPIG DVO Anlage 3 zu kennzeichnen. Zur Begründung: Das WSA Rhein hält im nordwestlichen Teil des Hafens öffentliche Liegestellen mit Landgangmöglichkeiten unter anderem auch für gefahrgutbefördernde Schiffe („Kegelschiffe“) vor, die es der Schifffahrt u. a. ermöglichen, ihre gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten einzuhalten und Besatzungswechsel vorzunehmen. Aktuell verfügt der Hafen über sechs Liegeplätze für 1-Kegel-Schiffe und einen Liegeplatz für ein 2-Kegel-Schiff. Diese Liegestellen sind wegen ihrer Nähe zur (petro-)chemischen Industrie im Süden Kölns und ihrer zentralen Lage zwischen den ARA-Häfen und den südwestdeutschen Industriestandorten für die Gefahrgutschifffahrt von essentiell wichtiger Bedeutung. Im Hafen Köln-Mülheim befindet sich der Außenbezirk des WSA Rhein, dessen Aufgaben unter anderem sowohl die Unterhaltung der Bundeswasserstraße Rhein als auch Aufrechterhaltung der Leichtigkeit und Sicherheit des Schiffsverkehrs sind. Ebenfalls ist neben weiteren schiffsaffinen Betrieben im Hafen Mülheim eine Schiffswerft ansässig, die notwendige Reparaturen bei z.B. havarierten und / oder fahrunfähigen Schiffen durchführt. Die nächste Möglichkeit der Ausführung ähnlicher Arbeiten besteht flussabwärts in Duisburg und flussaufwärts in Speyer. Ohne die aufgeführten Einrichtungen und Anlagen des Hafens würde sich ein Umschlag von Waren, Produkten und Ausgangsstoffen an den landesbedeutenden Häfen häufig verzögern und Liefer- und Produktionsketten würden unterbrochen werden. Diese Einschätzung des WSA Rhein wird durch die Grundsätze und Ziele des Landesentwicklungsplans NRW aus dem Jahr 2020 gestärkt:

1. LEP-Grundsatz 8.1-10 „Güterverkehr auf Schiene und Wasser“: „Zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs soll vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt entwickelt werden. Die Entwicklung des Wasserstraßennetzes soll bedarfsgerecht auf die wirtschaftlichen Erfordernisse des Gütertransports mit dem Großmotorgüterschiff ausgerichtet werden.“
2. Nach dem Ziel 8.1.-9 des LEP NRW sind die Wasserstraßen und mit ihnen in funktionalem Zusammenhang stehende Flächen so zu entwickeln, dass sie die ihnen zugeordneten Funktionen im multimodalen Güterverkehr angemessen erfüllen können.

Die genannten Ausführungen belegen die hohe Bedeutung des Liege- und Schutzhafens Köln-Mülheim und die Wichtigkeit für den Verkehrsträger Schifffahrt und

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Festlegung als landesbedeutsamer Hafen entspricht nicht der Plankonzeption. Im Regionalplan werden nur solche Häfen als landesbedeutsame Häfen festgelegt, die im Ziel 8.1-9 LEP NRW in Verbindung mit dem Wasserstraßen-, Hafen und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen als landesbedeutsam eingestuft worden sind (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5). Die Anregung richtet sich daher an die Ebene der Landesplanung.

daraus resultierend für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen, weswegen dieser in der Neuaufstellung des Regionalplanes als landesbedeutend gesichert werden sollte.	
--	--

1034542_007, Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein

Inhalt

VI. Radverkehr (G.52)

Sofern Abschnitte z.B. von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen als Trassen für den überörtlichen Radverkehr gesichert werden sollten (s.z.B. auf Höhe des Deutzer Hafens), weise ich auf den bereits genannten Grundsatz hin, dass Bundeswasserstraßen, zu denen z.B. auch die Betriebswege gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 2 WaStrG gehören, nicht zu überplanen sind, wenn dadurch die Wahrung der hoheitlichen Aufgabenerledigung der WSV beeinträchtigt wird.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: BET_443002_1	
Wasserstraßen und Schifffahrt des Bundes Generaldirektion	
1032203_001, Wasserstraßen und Schifffahrt des Bundes Generaldirektion	
<p>Inhalt</p> <p>Vielen Dank für Ihr heutiges Schreiben und die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme. Für Ihre Raumordnungsplanungen, auch dero.g. Neuaufstellung, ist das bereits von Ihnen beteiligte • Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) Rhein, An der Munze 8, 50668 Köln [wsa-rhein@wsv.bund.de], (Ifd. Nr. 443001) zuständig. Die Stellungnahme der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) erhalten Sie daher vom WSA Rhein, dass Sie bitte weiterhin beteiligen.</p> <p>Zur beiderseitigen Verwaltungsvereinbarung streichen Sie bitte für den aktuellen zweiten Planentwurf als auch für Ihre künftigen Raumordnungsverfahren verbindlich die • Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt [gdws@wsv.bund.de], (Ifd. Nr. 443002) aus Ihrer/n Beteiligtenliste/n - vielen Dank im Voraus!</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Die angeregte Streichung aus der Beteiligtenliste wird vorgenommen.</p>

AZ: BET_445000_1	
Flughafen Köln/Bonn GmbH	
1033260_001, Flughafen Köln/Bonn GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Mit Schreiben vom 29.05.2019, 28.06.2021 und zuletzt mit Schreiben vom 18.08.2022 haben wir zu den jeweiligen Entwurfsständen Stellung genommen. Diese Stellungnahmen an die Bezirksregierung halten wir weiterhin vollumfänglich aufrecht; sie werden durch das aktuell vorliegende Schreiben ergänzt.</p> <p>1. Bedeutung des Flughafens im Regierungsbezirk Köln</p> <p>1.1. Mit den vorherigen Schreiben hatten wir auf die Bedeutung des Flughafens Köln/Bonn als landesbedeutsam Flughafen, als Aushängeschild für die Region Köln/Bonn und als Tor zur Welt hingewiesen. Als bedeutender deutscher Luftfahrtstandort ist davon auszugehen, dass der Flughafen -unabhängig von kurzfristigen den Luftverkehr einschränkenden Restriktionen- eine weiterhin positive Entwicklung zu erwarten hat.</p> <p>1.2. Die Erholung des Luftverkehrs ist nach den deutlichen Einschnitten infolge der Corona Pandemie leider noch nicht eingetreten- sie liegt deutlich unter dem europäischen Schnitt. Länder wie Italien oder Spanien liegen bereits deutlich über den Vorkrisenwerten. Unterdessen stagniert der Luftverkehrsstandort Deutschland bei etwa 85% der Passagierzahlen von 2019.</p> <p>1.3. Derweil haben sich seit 2020 die regulativen Kosten durch Flugsicherungs- und Luftsicherheitsabgaben sowie die Luftverkehrssteuer nahezu verdoppelt. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts leidet unter diesen immensen Mehrbelastungen. Gerade abseits der großen Hub-Flughäfen führte dies zu spürbaren Verlusten an Konnektivität, da sich Point-to-Point Verbindungen aufgrund der Kostenstruktur teilweise nicht mehr rechnen. Vor allem ausländische Airlines reagieren zunehmend sensibel auf weitere regulatorische Einschränkungen.</p> <p>1.4. Zudem steht Köln/Bonn zusätzlich zur direkten Konkurrenz mit dem Flughafen Düsseldorf als grenznaher Flughafen in einer besonderen Wettbewerbssituation zu den belgischen und niederländischen Airports.</p> <p><u>Angesichts der allgemein angespannten konjunkturellen Lage ist es umso dringender, die Entwicklungspotenziale am Standort nicht durch einschränkende Regelungen zu behindern.</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur räumlichen und verkehrlichen Entwicklung vorgebracht.</p>

Inhalt

2. Unzureichende Umsetzung des Landesentwicklungsplans

2.1. In unserer Stellungnahme vom 18.08.2022 hatten wir auf den mangelnden Bestandsschutz des Flughafens durch die Grundsätze G.60 "Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen" und G.61 "Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen" hingewiesen. Ebenso haben wir auf die fehlende Umsetzung der Anforderungen des Landesentwicklungsplans, konkret der Ziele 8.1-6 und 8.1-7 hingewiesen und angeregt, diese Grundsätze als verbindliche Ziele festzulegen.

2.2. Mit Bedauern mussten wir feststellen, dass die Regionalplanungsbehörde unseren Anregungen hierbei nicht gefolgt ist und zudem noch einen der beiden Grundsätze aus den textlichen Festlegungen entnommen hat. Die Erläuterung, dies sei sachgemäß, weil die Festlegungen nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung erfüllen, können wir nicht nachvollziehen. Unterstellt, es wäre dem so - quod non-, könnte man es bei der Anregung der Flughafen Köln/Bonn GmbH belassen. So aber verbleibt ein dem Ziel der Festlegung nicht gerecht werdender Abwägungs- und Ermessensspielraum. Inwiefern eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit den genannten Grundsätzen erfolgen kann, wenn das Ziel der Planungs- und Entscheidungsträger das Ausheben von Siedlungspotenzialen ist, ist zu hinterfragen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Berücksichtigung selbst der gesetzlich festgeschriebenen Bauverbotszonen des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (FluLärmG) im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nicht beachtet bzw. über den Hinweis auf die Ausnutzung von Ausnahmeregelungen "weggewogen" werden.

2.3. Derzeit ist vorgesehen, dass die „Erweiterte Lärmschutzzone" als Vorbehaltsgebiet nach § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ROG festgelegt wird. Dies wird dem Zweck nicht gerecht, lärmsensible Nutzungen über den Lärmschutzbereich nach dem FluLärmG vom Flughafen fernzuhalten und entspricht nicht den Vorgaben des Ziels 8.1-7 des LEP-NRW. Dort wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass erweiterte Lärmschutzzonen nach Maßgabe der Empfehlung der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) festzulegen sind. Die LAI-Empfehlungen verlangen, wonach in den Regionalplänen zumindest eine Planungszone Siedlungsentwicklung festgelegt wird, in der außerhalb des Lärmschutzbereichs innerhalb der Fläche einer weiteren Lärmkontur, die sich nach der Umhüllenden des Fluglärmpegels von LAeq Tag = 55 dB[A] und LAeq Nacht = 50 dB[A] richtet, nur Bauleitpläne für gewerbliche Nutzungen zulässig sind. Dies erfordert eine zielförmige Festlegung.

2.4. Die vorgesehene Festlegung eines Vorbehaltsgebiets als Grundsatz der Raumordnung hat keine derartige Bindungswirkung. Weder aus der Formulierung des Grundsatzes noch aus der Begründung wird klar, unter welchen Voraussetzungen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1006709 1. Offenlage) vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zudem geht die Stellungnahme über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Bezüglich der Rücknahme des Grundsatzes G.60 *Flughafeninfrastruktur vor heranrückenden Nutzungen schützen* wird auf die Erläuterungen zu ID 1026462 verwiesen.

lärmsensible Nutzungen in der „Erweiterten Lärmschutzzone“ zugelassen werden können.

2.5. In der Beantwortung unserer Stellungnahme betont die Bezirksregierung, dass diese grundsätzlichen Vorgaben der Erweiterten Lärmschutzzone durch die Planungs- und Entscheidungsträger überwunden werden können. Auch sei eine Festlegung als Ziel aufgrund der Unmöglichkeit einer abschließenden Abwägung auf Ebene der Regionalplanung nicht sachgerecht. Gleichzeitig stellt die Bezirksregierung -zum Beispiel in ihrer Stellungnahme zum Sachargument 1006373- die Bedeutung der vorsorglichen Minimierung der Raumkonflikte im Umfeld der bestehenden Flughäfen heraus. So heißt es hier, dass eine Steuerung der Siedlungsentwicklung erforderlich sei, deren räumlicher Umfang durch die „Erweiterte Lärmschutzzone“ definiert wird und dass in diese Steuerung der Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm frühzeitig einfließen soll.

2.6. Eine frühzeitige Berücksichtigung der Belange des Schutzes vor Fluglärm wie auch der Schutzbedürfnisse von Flughäfen in ihrem Bestand und ihrer Entwicklung ist ein großräumiger Konflikt, der nicht auf nachgeordneter Ebene gelöst werden kann. Eine Lösung ist ausschließlich durch eine wirksame Festlegung im Regionalplan erreichbar. Raumplanerisch ist ein weiteres Heranrücken von lärmsensiblen Nutzungen an Flughäfen zu verhindern.

2.7. Die Flughafen Köln/Bonn GmbH sieht die Gefahr, dass die „Erweiterte Lärmschutzzone“ die dringend gebotene Steuerung der Bauleitplanung zur Vermeidung bzw. zur Entschärfung des Konflikts zwischen Flughafennutzung und schutzbedürftigen Nutzungen nicht bewirkt.

2.8. Wir schlagen nachfolgende Festlegung als-Ziel der Regionalplanung vor. Inhaltlich handelt es sich um eine Kompromisslösung: Neue Baugebiete für Wohnnutzungen dürfen nicht ausgewiesen werden, vorhandene Baugebiete bleiben unberührt und Konversionsmaßnahmen bleiben möglich.

Bei der Bauleitplanung in der Umgebung des Flughafens Köln/Bonn ist die in der Karte dargestellte „Erweiterte Lärmschutzzone“ zu beachten. In diesem Gebiet ist die Ausweisung neuer Wohnbauflächen und neuer gemischter Bauflächen im Rahmen der Bauleitplanung nicht zulässig. Bauflächen in geltenden Bebauungsplänen und Flächen innerhalb des Siedlungsbestandes für städtebauliche Umstrukturierungsmaßnahmen bleiben von dieser Regelung unberührt.

Inhalt

3. Zurücknehmen von Neufestlegungen bei ASB

3.1. Die zuvor angemerkte unzureichende Regelung aufgreifend, ist es aus Sicht der Flughafen Köln/Bonn GmbH erforderlich, die Grundsätze des "Nicht-Ausweisens" von Siedlungsgebieten innerhalb der „Erweiterten Lärmschutzzone“ auch im Rahmen der Regionalplanung bereits umzusetzen.

3.2. Daher regen wir an, diejenigen ASB, die im Vergleich zum derzeit gültigen Regionalplan innerhalb der „Erweiterten Lärmschutzzone“ neu festgesetzt bzw. erweitert wurden, wieder zurückzunehmen. Konkret handelt es sich zum Beispiel um folgende Festlegungen:

[Abbildung]

[Abbildung]

[Abbildung]

[Abbildung]

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht zum Teil über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie in Teilen der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. [(vgl. ID 1006709 1. Offenlage).]

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Dies schließt den LEP-Grundsatz 8.1-8 *Schutz vor Fluglärm und Siedlungsentwicklung* ein. Sofern in Einzelfällen neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Fluglärmschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Berücksichtigung des *G.61 Schutz vor Fluglärm bei Neuausweisungen berücksichtigen*. Der Grundsatz stellt sicher, dass dem Belang des Schutzes der Bevölkerung vor Fluglärm innerhalb der Erweiterten Lärmschutzzone im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ein besonderes Gewicht beizumessen ist.

Inhalt

4. Definition zulässiger Nutzungen

4.1. Unter Nr. 5.1.6 (Flugplätze) wird in den Erläuterungen unter 4. ausgeführt, dass auf dem Flughafengelände die Ansiedlung nicht flughafenaffinen Gewerbes auszuschließen ist.

4.2. Mit dieser Festlegung wird der Inhalt des unter Z. 34 festgelegten Ziels der Raumordnung (Flugplätze sichern) definiert. Festgelegt wird dort ein Vorranggebiet nach § 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ROG. Ein solches Vorranggebiet ist ausschließlich für eine bestimmte Nutzung (hier: Flughafen) vorgesehen. Nutzungen, die mit der Vorrangfunktion nicht vereinbar sind, werden ausgeschlossen. Ein Ziel der Raumordnung (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG) bindet die luftrechtliche Planfeststellung und die Bauleitplanung (§ 4 Abs. 1 Satz 1 ROG). Ein Planfeststellungsbeschluss bzw. ein Bebauungsplan, der im Vorranggebiet eine mit der vorrangigen Nutzung unvereinbare Nutzung vorsieht, wären rechtswidrig.

4.3. Nach der Erläuterung ist nicht flughafenaffines Gewerbe ausgeschlossen. Der Begriff ist wenig konturenscharf. Flughafenaffin sind Einrichtungen wie Hotels, Restaurants, Tagungs- und Büroräume (BVerwG, Urt. v. 16.03.2006 - 4 A 1075/04 - BVerwGE 125, 116, Rn. 235). Aber auch andere gewerbliche Nutzungen, über die Definition des Bundesverwaltungsgerichts hinausgehend, sind an vergleichbaren Flughäfen üblich und unter Wettbewerbsgesichtspunkten unverzichtbarer Bestandteil solcher Verkehrsanlagen. Diese Nutzungen sind mit der Verkehrsfunktion des Flughafens vereinbar und profitieren von dieser und sind üblicherweise in den Airport City Bereichen von Flughäfen angesiedelt.

4.4. Wir regen daher an, den Satz "Hierzu zählt auch die Ansiedlung nicht flughafenaffinen Gewerbes." unter Punkt 4 der Erläuterungen zum Ziel Z.34 "Flugplätze sichern" ersatzlos zu streichen. Die Festlegung in der Formulierung des Ziels - "Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Flughafen/-plätze nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.", wie auch der Rest des Punktes 4 der Erläuterungen zum Ziel Z.34 sind zu diesem Zwecke hinreichend. Welche Nutzungen der Vorrangfunktion widerstreben, ist durch den Begünstigten des Vorrangs festzulegen. Eine abschließende Abwägung und Auflistung im Vorranggebiet Flughafen zulässiger Nutzungen ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar und nicht sachgerecht. Eine solche Festlegung schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens Köln/Bonn in unzulässigem Maße ein.

4.5. Alternativ könnte die Bedeutung der Formulierung "flughafenaffin" definiert werden. Es ist dann klarzustellen, dass unter dem Begriff "flughafenaffin" nicht nur die in einem Zusammenhang mit der Verkehrsfunktion des Flughafens stehenden Nutzungen (wie z.B. insbesondere Hotels, Restaurants, Tagungsräume oder Büronutzungen) stehen, sondern auch sonstige Nutzungen, die üblicherweise an

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Die Festlegung des Flughafen Köln/Bonn richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben. In Ziel 8.1-6 LEP NRW wird erläutert, dass die Gewerbeentwicklung an den Flughäfen auf flughafenaffines Gewerbe konzentriert werden soll. Darunter werden laut LEP NRW Unternehmen gefasst, die einen direkten Bezug zum Flugverkehr benötigen. Hierdurch sollen die begrenzten Flughafenflächen vor konkurrierenden Nutzungen geschützt werden. Insofern ist in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren der o.g. Bezug nachzuweisen (ggf. unter Beteiligung des Begünstigten des Vorrangs), wenn flughafenaffines Gewerbe angesiedelt werden soll. Damit ist die Festlegung hinreichend konkret und bedarf keiner weiteren Konkretisierung.

vergleichbaren Flughäfen unter Wettbewerbsgesichtspunkten unverzichtbarer Bestandteil solcher Verkehrsanlagen sind.	
---	--

Inhalt

5. Votum des Regionalrats

5.1. Abgesehen von unseren zuvor geäußerten Anregungen begrüßen wir das Votum des Regionalrats und danken für die Berücksichtigung unserer Anregungen in Bezug auf das Areal Nord sowie das Gebiet zwischen der Bundeswehr und dem DLR. Die hier im Plan enthaltenen Festlegungen dienen dem Schutz des Flughafens in seinem Betrieb und in seinen Entwicklungsmöglichkeiten und waren für uns von höchster Bedeutung.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag aus der erste öffentlichen Auslegung wird zur Kenntnis genommen. Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_461000_1	
Provincie Limburg	
1033853_001, Provincie Limburg	
<p>Inhalt</p> <p>Mobiliteit/verkeersinfrastructuur</p> <p>Wij stellen vast dat, mede ter uitvoering van het Landesentwicklungsplans, niet actieve spoorlijnverbindingen als potentiële routes c.q. tracés in het Regionalplan worden veiliggesteld. Door de vastlegging als "Vorranggebiet" worden de betreffende tracés beschermd tegen overige ruimtelijke claims. Hierbij valt ons op dat zowel het tracé Ratheim/Wassenberg met aansluiting op de verbinding Mönchengladbach-Wegberg-Dalheim, alsook het verlengde van het tracé van Elmpt richting Arsbeck worden veiliggesteld en daarmee mogelijk op termijn worden gereactiveerd. Graag vernemen wij wat de juridische status is van een "Vorranggebiet" en ontvangen wij meer info en duiding ten aanzien van het veiligstellen van beide bovenstaande tracés in relatie tot eventuele reactivering ervan, alsook over de eventuele samenhang met het goederentreindossier de IJzeren Rijn. Verder vernemen wij graag of voor een eventuele reactivering van de spoorwegverbindingen een separaat besluit nodig is en of daarvoor een milieueffectenrapport dient te worden opgesteld. Indien dat inderdaad het geval is, verzoeken wij u om ons in het kader van de Espoo afspraken in de gelegenheid te stellen om hierop te reageren.</p> <p>Ten aanzien van het project Randweg Abdissenbosch wijzen wij erop dat het Nederlandse deel, met aansluiting op de Bundesstraße 221, op basis van de huidige stikstofwetgeving voorlopig niet gerealiseerd kan worden.</p> <p>Verder stellen wij vast dat op de afbeeldingen (Blatt01 Kreis Heinsberg Planentwurf en Blatt08-09 Staedteregion Aachen Planentwurf) de wegverbinding "L240n" is ingetekend. Deze wegverbinding lijkt te worden onderbroken bij de Nederlandse grens, maar is waarschijnlijk bedoeld als een verder doorgetrokken lijn over Nederlands grondgebied in de buurt van Rimburch. Deze verbinding is ons niet bekend en beschouwen wij bovendien als niet realistisch in verband met de kern Rimburch. Tot slot vragen wij vanuit de grensoverschrijdende treinverbindingen aandacht voor de capaciteit van het spoor tussen Nederlandse grens bij Herzogenrath en Aachen en de perroncapaciteit bij station Aachen aangezien dit op dit ogenblik leidt tot verstoringen met de Drielandentrein.</p> <p>[Übersetzung]</p> <p>Mobilität/Verkehrsinfrastruktur</p> <p>Wir stellen fest, dass im Rahmen der Umsetzung des Landesentwicklungsplans nicht</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Eine mögliche Reaktivierung erfolgt gesondert innerhalb der fachgesetzlich dafür vorgesehenen Verfahren. Die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Prüfung der Umweltverträglichkeit richtet sich ebenfalls nach diesen fachgesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Der Begriff Vorranggebiete bezeichnet die Festlegung von Gebieten in Raumordnungsplänen, die gemäß § 7 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ROG für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. Gemäß § 4 Abs. 1 ROG sind Vorranggebiete als Ziele der Raumordnung bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten.</p> <p>Der Hinweis zum Projekt Randweg Abdissenbosch wird zur Kenntnis genommen. Dieser richtet sich an nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Bezüglich der Straße L240 gilt Folgendes: Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Gemäß den Erläuterungen zu G.57 Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

aktive Eisenbahnverbindungen als potenzielle Routen bzw. Trassen im Regionalplan gesichert werden. Durch die Festlegung als „Vorranggebiet“ werden die betreffenden Trassen vor anderen räumlichen Ansprüchen geschützt. Dabei fällt uns auf, dass sowohl die Trasse Ratheim/Wassenberg mit Anschluss an die Verbindung Mönchengladbach-Wegberg-Dalheim als auch die Verlängerung der Trasse von Elmt Richtung Arsbeck gesichert werden und damit möglicherweise langfristig reaktiviert werden. Wir möchten gerne wissen, welchen rechtlichen Status ein „Vorranggebiet“ hat und erhalten weitere Informationen und Erläuterungen zur Sicherung der beiden oben genannten Trassen in Bezug auf eine mögliche Reaktivierung sowie zum möglichen Zusammenhang mit dem Güterzugdossier der Eisernen Rhein. Darüber hinaus möchten wir gerne wissen, ob für eine mögliche Reaktivierung der Eisenbahnverbindungen ein separater Beschluss erforderlich ist und ob dafür ein Umweltverträglichkeitsbericht erstellt werden muss. Falls dies tatsächlich der Fall ist, bitten wir Sie, uns im Rahmen der Espoo-Vereinbarungen Gelegenheit zu geben, darauf zu reagieren.

Bezüglich des Projekts Randweg Abdissenbosch weisen wir darauf hin, dass der niederländische Teil mit Anschluss an die Bundesstraße 221 aufgrund der aktuellen Stickstoffgesetzgebung vorerst nicht realisiert werden kann.

Ferner stellen wir fest, dass auf den Abbildungen (Blatt01 Kreis Heinsberg Planentwurf und Blatt08-09 Staedteregion Aachen Planentwurf) die Straßenverbindung „L240n“ eingezeichnet ist. Diese Straßenverbindung scheint an der niederländischen Grenze unterbrochen zu werden, ist aber wahrscheinlich als eine weitergezogene Linie über niederländisches Gebiet in der Nähe von Rimborg gedacht. Diese Verbindung ist uns nicht bekannt und halten wir zudem im Zusammenhang mit dem Kernort Rimborg für unrealistisch. Schließlich bitten wir im Hinblick auf die grenzüberschreitenden Zugverbindungen um Beachtung der Kapazität der Strecke zwischen der niederländischen Grenze bei Herzogenrath und Aachen sowie der Bahnsteigkapazität am Bahnhof Aachen, da dies derzeit zu Störungen im Drielandentrein führt.

Der Hinweis bezüglich der grenzüberschreitenden Zugverbindungen richtet sich an nachfolgende Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt**Natuur**

Wij stellen vast dat het plan is getoetst aan de Habitat- en Vogelrichtlijn van de EU, alsook aan de algemene Duitse natuurwetgeving (BNatSchG). De huidige beoordeling houdt echter enkel rekening met de impact van toekomstige plannen op flora en faunapopulaties en verspreiding daarvan op het grondgebied van Duitsland. Er is nu nog geen koppeling gemaakt met naastgelegen Limburgse N2000- gebieden en daarin aangewezen N2000-doelsoorten. De toekomstige plannen kunnen potentieel negatieve effecten veroorzaken op de uitwisseling van N2000-doelsoorten tussen Duitsland en Limburg. Een afname van deze uitwisseling kan potentieel N2000-doelbereik in Limburg in dit verband bemoeilijken, hetgeen uiteraard niet wenselijk is aangezien dit toekomstige ontwikkelingen in Limburg potentieel kan doen belemmeren. Wij verzoeken u derhalve om in de milieueffectenbeoordeling (Umweltbericht) ook te toetsen aan effecten op de uitwisseling van beschermde soorten tussen Duitsland en Limburg. Met name relevant zijn de N2000-doelsoorten van aangrenzende Limburgse N2000-gebieden.

[Übersetzung]

Natur

Wir stellen fest, dass der Plan mit der Habitat- und Vogelschutzrichtlinie der EU sowie mit den allgemeinen deutschen Naturschutzgesetzen (BNatSchG) abgeglichen wurde. Die aktuelle Bewertung berücksichtigt jedoch nur die Auswirkungen zukünftiger Pläne auf Flora- und Faunapopulationen und deren Verbreitung auf dem Gebiet Deutschlands. Es besteht noch keine Verbindung zu benachbarten limburgischen N2000-Gebieten und den darin ausgewiesenen N2000-Zielarten. Die zukünftigen Pläne können potenziell negative Auswirkungen auf den Austausch von N2000-Zielarten zwischen Deutschland und Limburg haben. Eine Abnahme dieses Austauschs kann potenziell das Erreichen der N2000-Ziele in Limburg erschweren, was natürlich nicht wünschenswert ist, da dies zukünftige Entwicklungen in Limburg potenziell behindern könnte. Wir bitten Sie daher, in der Umweltverträglichkeitsprüfung (Umweltbericht) auch die Auswirkungen auf den Austausch geschützter Arten zwischen Deutschland und Limburg zu prüfen. Besonders relevant sind die N2000-Zielarten der angrenzenden limburgischen N2000-Gebiete.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Anpassungen des Umweltberichtes resultieren daraus nicht, da Betroffenheiten von Natura2000-Gebieten auf niederländischer Seite durch die Plangebietes des Regionalplans geprüft wurden und bei Betroffenheiten von Natura2000-Gebieten entsprechende Verträglichkeits(vor)prüfungen durchgeführt wurden, deren Ergebnisse in die Umweltprüfung mit einfließen.

Inhalt

Einstein Telescope

Wij verzoeken om in de verdere planvorming rekening te houden met de begrenzing van het beschermingsgebied Einstein Telescope en ten aanzien van nieuwe ontwikkelingen binnen dit gebied te borgen dat deze geen trillingen in de ondergrond kunnen veroorzaken die kunnen interfereren met de Einstein Telescope. Zoals bekend voert het Projectbureau van de Einstein Telescope - Euregio Maas - Rijn op dit ogenblik een haalbaarheidsstudie uit voor dit project welke moet leiden naar een bidbook om de Einstein Telescope preferentieel naar de Euregio Maas-Rijn te brengen.

[Übersetzung]

Einstein-Teleskop

Wir bitten darum, bei der weiteren Planung die Begrenzung des Schutzgebiets des Einstein-Teleskops zu berücksichtigen und bei neuen Entwicklungen in diesem Gebiet sicherzustellen, dass diese keine Vibrationen im Untergrund verursachen, die das Einstein-Teleskop stören könnten. Wie bekannt führt das Projektbüro des Einstein-Teleskops - Euregio Maas - Rhein derzeit eine Machbarkeitsstudie für dieses Projekt durch, die zu einem Angebot führen soll, um das Einstein-Teleskop vorzugsweise in die Euregio Maas-Rhein zu bringen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Auf Ebene der Regionalplanung sind keine negativen Auswirkungen (insb. Vibrationen im Untergrund) bekannt und erkennbar. Diese Beurteilung kann sachgerecht erst auf den nachgelagerten Ebenen erfolgen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Insofern handelt es sich um einen Hinweis für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich potentieller Konflikte des Einstein-Teleskops mit Vorranggebieten für die Windenergie, wird auf die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien verwiesen. Das planerische Konzept zur Festlegung von Windenergiebereichen sieht eine hinreichende Berücksichtigung des Suchraums bzw. Schutzbereichs rund um das geplante Einstein-Teleskop vor.

AZ: BET_492000_1	
Deutscher Wetterdienst	
1032224_001, Deutscher Wetterdienst	
<p>Inhalt</p> <p>Der Deutsche Wetterdienst (DWD) bedankt sich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an der Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln.</p> <p>Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegten Planänderungen, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_6000_1

Landwirtschaftskammer NRW

1033905_001, Landwirtschaftskammer NRW

Inhalt

zu der zweiten Beteiligung des geänderten Planentwurfs, seiner Begründung und des Umweltberichts zum Regionalplan Köln nehme ich im Auftrag des Direktors der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen als Landesbeauftragter im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer NRW und den Kreisstellen Aachen, Düren und Euskirchen, Kreis Heinsberg, Rhein-Erft- und Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis der Landwirtschaftskammer NRW wie folgt Stellung: Die in meiner vorausgegangenen Stellungnahme zum ersten Planentwurf vorgetragenen agrarstrukturellen Bedenken, Hinweise und Anregungen werden weiterhin aufrechterhalten. Die „räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen“ (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG) sind gesetzlich verankerte Grundsätze der Raumordnung. Die Verfügbarkeit von Flächen für die landwirtschaftliche Produktion befindet sich im Spannungsfeld zwischen der Entwicklung von Siedlung, Gewerbe und Verkehrsinfrastruktur auf der einen Seite und dem Klima-, Landschafts- und Naturschutz auf der anderen Seite. Der schnelle und ambitionierte Ausbau der erneuerbaren Energien mit seinem überragenden öffentlichen Interesse, hier insbesondere der Ausbau der Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen, wird die Flächenkonkurrenz und den damit verbundenen landwirtschaftlichen Flächenverlust weiter vorantreiben. Im Jahr 2023 stiegen die Kaufwerte für landwirtschaftliche Flächen in NRW erneut und erzielten damit Höchstwerte im ganzen Bundesgebiet. Dieser Trend zeigt sich auch bei den Pachtpreisen. Im Bundesvergleich war NRW das Bundesland mit dem höchsten durchschnittlichen Pachtpreist. Zwar betrachtet die aktuelle Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands die Erhaltung von landwirtschaftlichen Flächen als zentrale Voraussetzung für die Ernährungssicherheit, so dass die Nahrungsmittelerzeugung als Bestandteil der menschlichen Daseinsvorsorge als öffentliches Interesse zu betrachten ist. Allerdings fehlt es derzeit an einem Schutzregime für landwirtschaftliche Flächen, vergleichbar dem des Naturschutzes. Nach § 1a Abs. 1 BauGB soll mit „Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden“ und landwirtschaftlich genutzte Flächen sollen nur „im notwendigen Umfang umgenutzt“ werden. Aufgrund der geltenden Regelungen, u. a. des BauGB, haben landwirtschaftliche Flächen in der räumlichen Planung im Rahmen der Abwägung eine vergleichsweise schwache Position. Sie werden bisher allenfalls indirekt in Form der umweltbezogenen Auswirkungen eines Vorhabens auf die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Schutzgüter berücksichtigt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s.u.a. ID 1005053- ID 1005142, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zudem werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe/ Erneuerbare Energien gegeben.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3

Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines Siedlungsraums gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf

der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil der laut Bodenschutzfachbeitrag für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) und dem Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffenen Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im Landwirtschaftlichen Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Zudem gilt, dass gemäß § 38 LPIG bei der Auswahl der Flächen die besonders schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Bodenfruchtbarkeit berücksichtigt werden sollen. Hierzu wird auf die Ausführungen in der Begründung im Kaptiel zum Ziel *GIBtra nsformation sichern und umsetzen* unter A. Vorgaben der Raumordnung verwiesen. Im Rahmen der gesamtplanerischen Abwägung erfolgt die Festlegung der GIBtransformation gegenüber einer Freiraumfestlegung, da für die Inanspruchnahme bei der Verortung von Standorten gem. § 38 LPIG und in diesem Sinne für die erfolgreiche Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Strukturwandels keine Alternative besteht, die ohne eine Inanspruchnahme solcher Böden im Sinne der o.g. Kategorien realisiert werden kann. Dies gilt auch in Anbetracht weiterer Anforderungen und rechtlicher Rahmenbedingungen des LEP NRW für die Standortwahl. Mit der Festlegung der Standorte Hürth-Knapsack und Niederzier- Tagesanlagen Hambach wird die Inanspruchnahme schutzwürdiger und hochwertiger Böden zudem über textliche Festlegungen erheblich gemindert.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich.

In *Kapitel 4.4 Landwirtschaft* des Regionalplanentwurfs wird in den Grundsätzen 32, 33 und 34 der Umsetzungskorridor für die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange für die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren festgelegt. In Grundsatz 32 *Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten* ist insbesondere geregelt, dass im Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich bestehende landwirtschaftliche Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden sollen. In Grundsatz 33 *Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen* sollen „agrarstrukturell bedeutsame Flächen“ nicht für Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen

werden und erhalten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen oder Funktionen besonderes Gewicht. In Grundsatz 34 *Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe* sollen explizit die Landwirtschaftlichen Betriebe in der Gesamtabwägung berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der Anregung zum Ausbau der Erneuerbaren Energien bzw. Freiflächen-Photovoltaikanlagen wird nachfolgend ausgeführt:

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Die Rahmenbedingungen zur Prüfungen von Freiflächen-Solaranlagen finden sich in den Zielen 10.2-14 „Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum“ und 10.2-15 „Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie“ sowie in den Grundsätzen bis einschließlich 10.2-18 „Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum“ des LEP wieder. Hierbei ist neben der „Raumbedeutsamkeit“ bspw. die Bodenzahl oder auch die Vereinbarkeit mit Nutz- und Schutzfunktionen zu überprüfen. Je nach Vorliegen von Betroffenheit, können auf Grund eines veränderten Planungsbereiches Konflikte gelöst oder verstärkt werden. Daher kann nur die Landesplanerische Anfrage Gewissheit geben, ob die Planung zulässig ist.

Die Ausweisung landwirtschaftlicher Kernräume auf Basis der in 2022 neu in Kraft getretenen DVO zum LPIG NRW scheidet aus. Gemäß §41 der DVO sind die bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen, so auch die

	Neuaufstellung des Regionalplans nach bisherigem Recht weiterzuführen.
--	--

Inhalt

Die aktuellen krisenhaften Entwicklungen zeigen, dass in relativ kurzer Zeit die Nahrungsmittelerzeugung an Bedeutung zunehmen wird. Daher besteht ein langfristiger Bedarf an landwirtschaftlicher Fläche. Infolge dessen bitten wir, die Bedeutung der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelerzeugung als Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung mit dem Ziel einer geringeren Importabhängigkeit stärker zu gewichten. Hierfür wird erneut angeregt, dass die Regionalplanungsbehörde das neue Planzeichen „Landwirtschaftliche Kernräume“ einführt, so wie es derzeit von der Landwirtschaftskammer NRW in einem „Fachbeitrag zur Abgrenzung von Agrarräumen in der Planungsregion Köln auf der Regionalplanebene“ erarbeitet wird. Mit der 2. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW (LEP NRW), die am 1. Mai 2024 in Kraft getreten ist, wurden landwirtschaftliche Kernräume über den Grundsatz 10.2-16 „Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Kernräumen und vergleichbaren Flächen für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie“ in die Landesplanung aufgenommen. Der Grundsatz 10.2-16 definiert landwirtschaftliche Kernräume als Flächen im „allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich, die sich durch eine besonders hohe landwirtschaftliche Ertragskraft der Böden, besonders günstige Agrar- und Betriebsstrukturen oder eine besonders hohe Wertigkeit für spezielle landwirtschaftliche Nutzungen wie Sonderkulturen auszeichnen“. Den Erläuterungen des LEP NRW zum Grundsatz 10.2-16 ist zu entnehmen, dass zur Bestimmung und Abgrenzung der landwirtschaftlichen Kernräume die Fachbeiträge der Landwirtschaftskammer NRW herangezogen werden können. Ein Eckpunkt für die 3. Änderung des Landesentwicklungsplans für eine nachhaltigere Flächenentwicklung ist eben diese Verankerung des Planzeichens „Landwirtschaftliche Kernräume“ über eine Festlegung in Kap. 7.5 des LEP.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung. Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten. (vgl. ID 1005059 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Zu Teil 1 Textliche Festlegungen i.V. mit Teil 4 Begründung**Zu Kapitel 3 Siedlungsraum****3.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum****3.1.1 Nachhaltige Siedlungsentwicklung** (*G. neu1*) *Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen* Seite 57 - Textliche Festlegungen Anregung

Dieser neue Grundsatz wird aus Sicht der Flächenschonung grundsätzlich begrüßt. Wir regen jedoch an, diesen Grundsatz als Ziel zu formulieren. Der voranschreitende Flächenverbrauch, insbesondere durch die ungebremsste Inanspruchnahme des Freiraums, die überwiegend die Umwandlung landwirtschaftlich genutzter Flächen in Siedlungs- und Verkehrsflächen bezeichnet, ist in der planerischen Abwägung stärker zu gewichten. In den bisherigen Bauleitplanverfahren finden kaum Alternativenprüfungen gem. § 1a BauGB statt und ausbleibende Innenentwicklung wird regelmäßig mit mangelnder Verfügbarkeit begründet. Es ist nicht erkennbar, dass der neue Grundsatz hier ausreichend Abhilfe schafft. Im Zuge der 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalens ist die Regionalplanung grundsätzlich gefordert, die Begrenzung des Flächenverbrauchs auf 5 Hektar pro Tag zu berücksichtigen. Wie Sie selbst darlegen, ist es gemäß der Landesregierung notwendig, das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf langfristig Netto-Null zu begrenzen. Die bisher verabschiedeten Ziele und daran anknüpfende Strategien und Instrumente zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungsbereiche und Verkehr reichen nicht aus, es sind weitere Anstrengungen im Sinne eines Freiraumschutzes geboten. Der Erhalt unbebauter, unzersiedelter und unzerschnittener Freiräume im Außenbereich ist erforderlich, um die Böden mit ihren Funktionen für Wasserhaushalt, Klimaschutz und -anpassung, Biotop- und Artenschutz, Landschaftsschutz, landwirtschaftliche Produktion, Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und von Bioenergie zu erhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

Inhalt

3.3 Gewerbliche und industrielle Entwicklung**3.3.2 Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen****3.3.2.4 Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen**

(Z. neu2) *GIBtransformation sichern und umsetzen* Seite 84 ff. – Textliche Festlegungen i.V.m. Seite 150 ff. – Begründung Bedenken

GIBtransformation Standorte sollen der klimagerechten Transformation der Industrie im Rheinischen Revier dienen. Mit der Entwicklung von weiteren 722 ha Wirtschaftsflächen für den erweiterten langfristigen Planungshorizont von 35 Jahren, soll ein Beitrag zum Ausgleich von Strukturbrüchen geleistet und Entwicklungsraum für neue, nachhaltige Technologien geboten werden. Auch diese Siedlungsentwicklung findet größtenteils im Freiraum statt und führt zwangsläufig zu einer Inanspruchnahme hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen in der ertragreichen Bördelandschaft, so dass der bestehende, stark ausgeprägte Flächenkonflikt in diesem Agrarraum weiter verschärft wird. Wir äußern erhebliche agrarstrukturelle Bedenken. Hinweis Es wird anerkannt, dass in Anwendung des § 38 LPIG die besonders schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Bodenfruchtbarkeit betrachtet wurden sowie auf die hohe Bedeutung der Landwirtschaft und ihrer Betroffenheit im Zuge des Verlustes wertvoller Böden des höchsten Standortwertes verwiesen wurde. Auch wenn diese Feststellungen nicht dazu führen, dass die Härte des Eingriffs gemildert wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Der Festlegung der GIBtransformation wurde gegenüber einer Freiraumdarstellung im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen. Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann. Der geforderten Ausschluss von hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen in der ertragreichen Bördelandschaft für Flächenfestlegungen im Sinne der GIBtransformation würde die Ziele des Strukturwandels im Rheinischen Revier unverhältnismäßig beschränken. Der Regionalrat Köln hat im Rahmen der zweiten Offenlage beschlossen, diesen Flächenfestlegungen, gemäß den Ausführungen in der Begründung und aufgrund der – den umfangreichen Prozessen im Rheinischen Revier vorlaufenden – Qualifizierung, eine besondere Rolle im Rahmen der Festlegung von „erhöhten Bedarfen“ im Rheinischen Revier auf Grundlage von § 38 LPIG NRW i. V. m. den Zielen zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung für besonders bedeutsame Vorhaben zur Transformation der Industrie hin zu klimaschonenden Produktionsweisen im Rheinischen Revier vorrangig zuzugestehen.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen zudem negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt hierzu in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Inhalt

4.4 Landwirtschaft

Vorgaben der Raumordnung

(Z. 21) *BSLE fachplanerisch sichern*

Seite 106 – textliche Festlegungen (Erläuterung Absatz 2)

Die Ergänzungen werden begrüßt.

Anregung

Gleichzeitig wird angeregt, eine sinngemäße Ergänzung zur Landwirtschaft in den Festlegungen der BSN (Z. 19, Z. 21) vorzunehmen. *„Insbesondere auch die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung wird nicht in bestehenden Rechten oder rechtmäßigen Nutzungen bzw. Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt.“* Landwirtschaftliche Betriebe bleiben von den Festlegungen unberührt.

G. 33) Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen

Seite 108 – Textliche Festlegungen

Die Ergänzung wird begrüßt.

(G. 34) Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten

Seite 108 f. – Textliche Festlegungen

Die Ergänzungen werden begrüßt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und es gilt, dass durch die Festlegungen im Regionalplan ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte nicht berührt werden. Die angeregte/n Änderung/en gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor.

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

1033905_007, Landwirtschaftskammer NRW	
<p>Inhalt</p> <p>4.5 Wald</p> <p>4.5.1 Walderhalt- und Vermehrung</p> <p>(G. 36) Eingriffe in den Wald ausgleichen</p> <p>Seite 111 - Textliche Festlegungen</p> <p>Die Änderung wird begrüßt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Zu Teil 2 Zeichnerische Festlegungen**Kreis Düren****Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung**

GIBregional, Titz

Abbildungen

Im Rahmen der 2. Offenlage des Regionalplans Köln wurde ich auf die Stellungnahme der Gemeinde Titz aufmerksam (B-1 Synopse Öffentliche Stellen, S. 1420, ID 1001561 Landgemeinde Titz). Diese begründet ihren Bedarf der Gewerbeflächenausweisung GIBregional mit der Aussage, dass „die zu bewirtschaftende Fläche für die einzelnen [landwirtschaftlichen] Betriebe anwächst, so dass Betriebe eine Bewirtschaftung der gesamten Flächen nicht mehr gewährleisten können. Die demografische Entwicklung lässt die Vermutung zu, dass sich dieser Sachverhalt in Zukunft verstärken und es so unweigerlich dazu kommen wird, dass landwirtschaftliche Flächen nicht vollumfänglich bewirtschaftet werden können.“ (vgl. Anlage). Diese Darstellung der Gemeinde Titz ist nicht nur fachlich falsch, sondern stellt im Wesentlichen eine Vermutung dar. Es wird hier eine Behauptung aufgestellt, die offenbar auf der rein subjektiven Wahrnehmung beruht, dass landwirtschaftliche Flächen in Titz keiner Bewirtschaftung unterliegen. Zwar wird als Beleg eine Ausarbeitung der Landwirtschaftskammer NRW mit dem Titel „Daten, Fakten, Meinungen – Landwirtschaft in der Eifel“ (<https://www.landwirtschaftskammer.de/dueren/pdf/lw-eifel-daten.pdf>) aus dem Jahr 2013 herangezogen, dieser wird aber falsch zitiert und interpretiert. Vielmehr wird dort ausgeführt: *„Der Strukturwandel hat die Anzahl der Betriebe von 5.400 im Jahr 1989 auf heute 2.600 Betriebe schrumpfen lassen. Die Zahl hat sich in diesem Zeitraum also mehr als halbiert. Der Strukturwandel ist dabei sozialverträglich in der Regel im Generationenwechsel erfolgt. Die Flächen der aufgebenden Betriebe wurden von den Berufskollegen übernommen, sodass sich nirgendwo die sogenannte Sozialbrache entwickelt hat. Allerdings ist die Viehhaltung nur zum Teil in andere Betriebe der Region gewandert und war deshalb tendenziell rückläufig. Ein wesentlicher Grund für den Strukturwandel war der enorme technische Fortschritt, dem auch die Landwirtschaft unterliegt. Damit ging ein Flächenwachstum der einzelnen Betriebe einher. Im Jahr 1989 bewirtschafteten die Landwirte durchschnittlich 24 ha LF, heute hat sich die durchschnittliche Nutzfläche der Betriebe auf 47 ha erhöht und damit fast verdoppelt. Mehr als ein Drittel der Betriebe bewirtschaftet im Jahr 2013 mehr als 50 ha, im Vergleich zu 1989 hat sich der Anteil dieser Betriebe verdreifacht. Ackerbau auf höchster Intensitätsstufe mit Zuckerrüben, Kartoffeln, Gemüse- und Obstanbau herrscht auf den besonders fruchtbaren Löss Standorten der Jülicher und der*

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der

Zülpicher Börde vor. Weniger intensiv, aber geprägt vom Ackerbau mit Anbau von Getreide und Raps, sind die Kommunen der Voreifel (Nideggen, Heimbach, Mechernich). In den hohen Eifellagen mit größeren Niederschlagsmengen und kälteren Temperaturen wird kaum noch Ackerbau betrieben. Die wenigen Ackerflächen nutzen die Landwirte für den Ackerfutterbau zur Erzeugung von Silomais, Klee gras oder Acker gras. Heute zum Teil auch zur Beschickung der wenigen Biogasanlagen.“ Kurz zusammengefasst: Der Strukturwandel mit dem ökonomischen Zwang für die Landwirtschaftsbetriebe zu „wachsen oder weichen“ führte dazu, dass eine sinkende Anzahl Betriebe eine nahezu konstante landwirtschaftliche Fläche bewirtschaftet. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sinkt seit Jahrzehnten. Gleichzeitig steigt die Fläche, die durchschnittlich von jedem Betrieb bewirtschaftet wird. Ergänzend verweise ich auf unseren „Landwirtschaftlichen Fachbeitrag“ (Landwirtschaftskammer NRW, August 2020) und betone, dass es sich bei landwirtschaftlicher Nutzfläche um ein knappes Gut handelt, der Flächenfraß zulasten der Landwirtschaft stetig voranschreitet und der Selbstversorgungsgrad kontinuierlich sinkt. Im Regierungsbezirk Köln bewirtschaften rund 6.110 Landwirtschafts- und Gartenbau- Betriebe eine landwirtschaftliche Fläche von ca. 303.500 Hektar (41 % Flächenanteil im Regierungsbezirk Köln), davon 58 % Ackerland (ca. 176.000 Hektar), 40 % Dauergrünland (ca. 122.500 Hektar). Der Bedarf für die Einwohner des Regierungsbezirks Köln liegt bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche in Höhe von 1.005.750 Hektar. Tatsächlich vorhanden ist noch eine landwirtschaftliche Nutzfläche in Höhe von 303.500 Hektar. Damit liegt die Unterdeckung bereits heute bei 702.250 Hektar und wird mit steigender Einwohnerzahl sowie kontinuierlich abnehmender Nutzfläche weiter anwachsen (Tabelle 1). Tab.1: Bedarfsberechnung für landwirtschaftliche Fläche im Regierungsbezirk Köln

Abbildung Tabelle

Die Begründung der Gemeinde Titz für die zusätzliche Ausweisung von Gewerbeflächen ist nicht nur abwegig. Es wird außerdem nicht darauf eingegangen, warum die zusätzliche Ausweisung der Kategorie GIBregional zugerechnet werden soll. Schließlich fehlt noch eine konkrete Flächenangabe. Dies alles hat die Regionalplanungsbehörde offenbar nicht gehindert, der Stellungnahme der Gemeinde Titz zu folgen, ca. 10 Hektar GIBregional zusätzlich auszuweisen und diese in einem ausgewiesenen Agrarraum zu verorten. Der Erläuterungstext vermag nicht, dieses Vorgehen nachvollziehbar zu machen. Es bestehen erhebliche Bedenken gegen die Ausweisung des GIBregional sowie der zu Grunde gelegten Argumentation und Abwägung. Zudem wird gefordert die missbräuchlich verwendete Quellenangabe zu streichen.

Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines GIBmZ gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrie Flächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in Titz. Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.

Zudem hat im Prozess Region+ Wirtschaft im Sinne einer regionalen Verteilung gemäß LEP NRW im Rahmen der qualitativen Prüfkriterien der Grundsatz 7.5-2 LEP NRW zum Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte Berücksichtigung gefunden. Hierzu ist der Anteil der laut Bodenschutzfachbeitrag für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) und dem Landwirtschaftlichem Fachbeitrag zum Regionalplanentwurf Köln (2020) betroffenen Böden in die qualitative Bewertung der Eignungskriterien eingeflossen. Das Kriterium der Betroffenheit für hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen wird im

Landwirtschaftlichen Fachbeitrag in der Standortwertkarte mit den Stufen I (sehr hoch) und II (hoch) definiert. Der Anteil der Betroffenheit nach Fachbeitrag des Geologischen Dienstes NRW wird mit hoher (Stufe 4) oder sehr hoher (Stufe 5) Funktionserfüllung in der Karte der schutzwürdigen Böden bestimmt.

Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines GIBregional gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Städtereion Aachen**Bereiche für den Schutz der Natur**

BSN_TAA-AC-, Aachen

Abbildung

Rhein-Sieg-Kreis**Bereiche für den Schutz der Natur**

BSN_TAB-SU-79

Abbildung

Bedenken, Anregung

Beispielhaft führe ich zwei neu ausgewiesene bzw. erweiterte Bereiche für den Schutz der Natur auf. Beide überlagern landwirtschaftlich bedeutende Flächen, die in einem Agrarraum liegen. Zudem grenzen die BSN-Ausweisungen an landwirtschaftliche Betriebe bzw. umgeben diese in Gänze (siehe Abb. 2). Die Entwicklungsfähigkeit der Betriebe wird erheblich eingeschränkt. Wie auf Seite 5 unter „Z. 21 BSLE fachplanerisch sichern“ angeregt, wird im Zuge der Ausweisung von Bereichen für den Schutz der Natur grundsätzlich gefordert, auch hier eine sinnngemäße Formulierung zum Schutz der landwirtschaftlichen Betriebe und der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Flächenbewirtschaftung vorzunehmen. Diese textliche Ergänzung (Ziel 19, Ziel 21) kann analog zu Ziel 21 lauten: *Insbesondere auch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung wird nicht in bestehenden Rechten oder rechtmäßigen Nutzungen bzw. Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt. Landwirtschaftliche Betriebe bleiben von den Festlegungen unberührt.* Unverständlich bei der Festlegung von Bereichen für den Schutz der Natur ist die ausschließliche Bezugnahme auf den „Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege NRW“ des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz. Welche rechtliche Grundlage ermächtigt die Regionalplanungsbehörde ausschließlich diesen Fachbeitrag bei der Festlegung von BSN anzuwenden und von anderen Institutionen erarbeitete Fachbeiträge auszuschließen? Mir ist keine entsprechende Ermächtigungsgrundlage aus dem Landesentwicklungsplan NRW bekannt. Um Erörterung wird gebeten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In §18 Abs. 2 LPiG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Aus diesen Gründen kommt es in Einzelfällen zu maßstabsbedingten Abweichungen zwischen der Flächenausweisungen des Regionalen Biotopverbundes herausragender Bedeutung und der BSN im Regionalplan.

Das Ziel 21 "BSLE fachplanerisch sichern" genauso wie das Ziel 20 "Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern" des Regionalplanentwurfs beinhalten verbindliche Vorgaben für die Umsetzung der Sicherung von BSN und BSLE in der

Fachplanung für die nachgelagerte Ebene. Die zwei Zielvorgaben unterscheidet, dass diese beiden Festlegungen den verbindlichen Auftrag erteilen BSN und BSLE in der Fachplanung zu sichern, die beiden Festlegungen jedoch unterschiedliche Rechtsverbindlichkeiten und -wirkungen besitzen. Bei BSN handelt es sich um Vorranggebiete, bei BSLE um Vorbehaltsgebiete. Damit besteht bei BSLE ein begrenzter Ermessensspielraum und in Einzelfällen können in der Abwägung Gründe entgegenstehen, warum diese nicht in den Landschaftsschutz überführt werden können. BSN hingegen sind endabgewogen und man hat außerhalb der im Ziel formulierten Ausnahmeregelung keine Möglichkeit Einzelfällen Rechnung zu tragen. Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Die Aussage, dass BSN nicht in *bestehende Rechte oder rechtmäßige Nutzungen bzw. Entwicklungsmöglichkeiten eingreifen* kann nicht endabgewogen getroffen.

Inhalt

Zu Teil 3 Umweltbericht

4.2 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

4.2.10 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung

des Regionalplans Köln

Seite 50, letzter Abschnitt

Die Streichung des Absatzes wird begrüßt.

4.4 Boden

4.4.3 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung

des Regionalplans Köln

Seite 55f.

Die Streichung des Absatzes wird begrüßt.

4.5 Wasser

4.5.7 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Neuaufstellung

des Regionalplans Köln

Seite 73f., erster Absatz.

Die Streichung des Absatzes wird begrüßt.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

5.2 Planfestlegungen mit voraussichtlich keinen bzw. positiven

Umweltauswirkungen

5.2.4 Landwirtschaft

(G. 32) Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten

(G. 33) Agrarstrukturell bedeutsame Flächen berücksichtigen

(G. 34) Agrarstrukturelle Belange berücksichtigen, landwirtschaftliche Betriebe erhalten Seite 119

„(...) Die gegenwärtig zum Teil noch konventionell und intensiv betriebene Landwirtschaft steht im Zielkonflikt mit dem Schutz des Naturhaushaltes. Derzeit wirkt sich daher der Erhalt der AFAB zum Teil noch negativ auf die Umweltschutzgüter aus. Einzige Ausnahme bilden die Schutzgüter kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter, die nicht von der intensiven Landwirtschaft tangiert sind; bei den übrigen Schutzgütern sind bestenfalls keine bzw. neutrale Auswirkungen die Folge.“ Bedenken Die zitierten Absätze sind zu streichen. Es wird hier unterschwellig suggeriert, dass die konventionelle Landwirtschaft transformationsbedürftig sei. Es ist nicht Aufgabe der Raumordnung bzw. Umweltplanung, solche subjektiven, fachlich ungeeigneten Einschätzungen in einem Umweltbericht zu platzieren. Ebenso besteht kein allgemeiner Zielkonflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Die multifunktionale Landwirtschaft erhält und pflegt die Landschaft und setzt Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität und des Naturschutzes um (z.B.: Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, Vertragsnaturschutz- und Artenschutzmaßnahmen, Biotoppflege, Gewässerschutz). Dass sich der Erhalt der AFAB negativ auf die Schutzgüter auswirken soll, ist eine deplatzierte Behauptung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Umweltbericht wird in Kap. 5.2.4 ergänzt um die vom Einwender angesprochenen positiven der Landwirtschaft und dass im Einzelfall aber Zielkonflikte mit dem Naturschutz nicht ausgeschlossen werden können.

Inhalt

3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung

(Z.3) Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten S. 61 ff. Textliche Festlegungen (Tabelle 1: Flächenbedarf im Regierungsbezirk Köln) Anlage 3 Änderungsantrag vom 11.10.2024

Bedenken:

Im Zuge eines Änderungsantrages wurden weitere 43 Siedlungsflächen im zweiten Regionalplanentwurf beschlossen. Dabei beruft sich die Regionalplanungsbehörde gerne in ihrer Abwägung auf das Gegenstromprinzip zwischen ihrem Verwaltungsapparat und den Kommunen. Hier erfolgte jedoch eine massive Entscheidung gegen die Verwaltung und damit auch gegen die Bedarfsberechnungen. Der Änderungsantrag führte zu Bedarfssteigerungen, die nicht nachvollzogen werden können. Beispielsweise Bonn + 13 Hektar Flächenbedarf gemäß Änderungsantrag (Summe des Bedarfs steigt auf 765 Hektar, zuvor 753 Hektar), Köln + 61 Hektar Flächenbedarf gemäß Änderungsantrag (Summe des Bedarfs steigt auf 2981 Hektar, zuvor 2920 Hektar) oder Brühl +35 Hektar Flächenbedarf gemäß Änderungsantrag etc.. Dieser nicht endabgewogene Flächenbedarf wird mit Bedenken gesehen. Es wird um Erörterung gebeten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung zu den im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen nicht zu folgen (Änderungsantrag: Anlage 3 zur Vorlage RR 39/2024). Stattdessen hat der Regionalrat beschlossen den Planentwurf entsprechend der in Anlage 3 aufgeführten Kartendarstellung „Umsetzung der Änderungsanträge in die Zeichnerische Festlegung des 2. Planentwurfs“ anzupassen. Die Begründung der einzelnen Änderungsbeschlüsse ist den in Anlage 3 enthaltenen Änderungsanträgen von CDU, SPD und FDP bzw. den Grünen zu entnehmen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Inhalt

(Z. neu1) Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen Seite 66 – Textliche Festlegungen

Bedenken

Um einer weiteren Zerschneidung des Freiraums entgegen zu wirken, ist die Siedlungsentwicklung räumlich zu konzentrieren. Die Bewahrung des Freiraums in seiner landschaftlichen Eigenart setzt eine Erweiterung der Siedlungstätigkeit ausschließlich im Bereich vorhandener Siedlungsschwerpunkte voraus. Das „Ziel neu 1“ verteilt die ermittelten kommunalen Bedarfe, die in der jeweiligen Kommune nicht gedeckt werden können, als regionale Siedlungsflächenbedarfe in der Region. Diese Verteilung der Bedarfe aus den Kernräumen entlang der Rheinschiene wie insbesondere Köln, Bonn und Leverkusen auf Kommunen außerhalb der Kernräume und auf ländliche Kommunen als Ergänzungsstandorte, ergibt im Ergebnis ausreichend regionale Flächenpotenziale (die auch als ASB festgelegt worden sind), aber die Fragen nach tatsächlich am Markt verfügbarem (zu aktivierendem) Wohnbauland und nach der nachfragegerechten Bebauungsdichte bleiben auf der nachgeordneten Planungsebene bestehen. Zudem gilt es zu vermeiden, dass die umverteilten Bedarfe aus den Kernraum-Kommunen zu einem Überhang bei den „aufnehmenden“ Kommunen führen und so dem Ziel 3 der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung nicht entsprochen wird. Denn die Entwicklung der Wohnbauflächen wird nicht auf den kommunalen Bedarf angerechnet.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Grundsatz 6.1-3 LEP NRW *Leitbild "dezentrale Konzentration"*, Ziel 6.1-4 LEP NRW *K eine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen*) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen. Sie entsprechen demnach den raumordnerischen und landesplanerischen Vorgaben zur Konzentration der Siedlungsentwicklung. Die Umsetzung richtet sich nach (G. 12) *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen* und ist Gegenstand der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

AZ: BET_616000_1

AGIT

1033441_001, AGIT

Inhalt

Stellungnahme zur erneuten Offenlage des Regionalplanentwurfs für den Regierungsbezirk Köln

Der Bitte der Regionalplanungsbehörde an der Neuauftellung des Regionalplans mitzuwirken und bis zum 15. November d.J. eine Stellungnahme zum zweiten Planentwurf vorzubringen, kommt die AGIT mbH hiermit, im Besonderen bezogen auf die Flächendarstellung für den städteregionalen Gewerbeflächenpool, gerne nach.

Vorweg sei gesagt, dass aus Sicht der AGIT der Regionalplanentwurf Ziel 6.1-1 des LEP NRW, wonach „die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festlegt“, zumindest in Teilen nur unzureichend berücksichtigt. Insbesondere werden veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und strukturwandelbedingte Mehrbedarfe in der gewerblichen Flächendisposition im zweiten Planentwurf nur teilweise berücksichtigt. Es bedarf unserer Ansicht weiterer Anstrengungen zur Strukturstärkung sowie der Bereitstellung der Nachfrage entsprechender gewerblicher Entwicklungsräume, um den in der StädteRegion Aachen ansässigen Unternehmen sowie Neuansiedlungen auch perspektivisch adäquate Flächen anbieten zu können.

Hierbei prägen neben Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, aufgrund der Verortung zahlreicher Forschungs- und Ausbildungsstätten mit dem fachlichen Schwerpunkt in den Bereichen Informatik, Elektrotechnik, Maschinenbau und Verfahrenstechnik und den daraus resultierenden Ausgründungen, vor allem technologieorientierte Unternehmen die hiesige Wirtschaftsstruktur und werden zukünftig für ein stetiges Wirtschaftswachstum, einhergehend mit einer entsprechenden Nachfrage an Produktions- und Industrieflächen, sorgen.

Bereits in unseren Fachbeitrag Gewerbe „Städteregionsweites Gewerbeflächenkonzept“ aus dem Jahr 2018 haben wir darauf hingewiesen, dass vorausschauende und nachhaltige Gewerbeflächenpolitik das zentrale Instrument kommunaler Standortvorsorge und Standortentwicklung darstellt. Ziel des städteregionalen Gewerbeflächenkonzeptes war es, den Kommunen mit der neuen, multilateralen Gewerbeflächenkooperation, ausreichende Spielräume für ihre gewerblichen Flächenentwicklungen zu bieten, räumliche Nutzungskonflikte zu minimieren und die Kräfte der zehn regionsangehörigen Städte und Gemeinden zu bündeln. Als Ergebnis einigten sich die städteregionalen Kommunen im Rahmen einer gemeinsamen Gewerbeflächenstrategie zur Implementierung eines städteregionalen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen, wie konkret auch in Herzogenrath (s. StnID 1004820, 1. Offenlage).

Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Dies beinhaltet auch, dass die im Hinblick auf den bauleitplanerisch erforderlichen Umfang von Siedlungsflächen ermittelten Bedarfe für die regionalplanerische Festlegung von Siedlungsraum um einen Planungs- bzw. Flexibilitätsszuschlag von bis zu 20 % erhöht werden können. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) wird sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den

Gewerbeflächenpools, um für alle Kommunen eine möglichst große Flexibilität zu schaffen, Divergenzen innerhalb der Region zu nivellieren und Flächenengpässe zu beseitigen. Nach diesem Lösungsansatz sollten insbesondere drei Gewerbegebiete in Eschweiler (ca. 73 ha, Bereich Kinzweiler östlich der L 240), Würselen (ca. 43 ha, südlich Forschungsflugplatz Würselen-Aachen) und Herzogenrath (ca. 6,5 ha, südlich Technologiepark) möglichst unter Inanspruchnahme von Fördermitteln entwickelt werden. Eine entsprechende Vereinbarung wurde im Frühjahr 2020 von den Räten der beteiligten Kommunen (Stadt Aachen, Stadt Eschweiler, Stadt Herzogenrath, Gemeinde Roetgen, Stadt Stolberg, Stadt Würselen) sowie der StädteRegion Aachen verabschiedet.

Insgesamt zeigen sich im vorliegenden zweiten Planentwurf nach wie vor deutliche Flächendefizite hinsichtlich der prognostizierten Bedarfe für Gewerbe-/Industriebereiche (GIB), mit zum Teil unausgewogenen Flächenausweisungen und -zuschnitten im Allgemeinen und insbesondere betreffend die Darstellung als GIBinterkommunal und GIBtransformation.

Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung innerhalb des Kreisgebietes auf diesen Flächen sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen auf endogenen Flächen möglich.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit den Region+-Prozessen für Wohnen und Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in der StädteRegion Aachen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Für die GIBinterkommunal gilt, dass die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf erfolgt (s. Eschweiler-Kinzweiler). Gleiches gilt für die Regelung zur Erfassung der Flächen im Siedlungsflächenmonitoring (sfm). Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der

Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Sofern GIBregional bzw. GIBplus in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit zusätzlichen Bedarfen für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf zeichnerisch im Rheinischen Revier gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen verortet*, davon konkret 51 ha am Standort Merzbrück in Würselen.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Siedlungsflächenreserven werden über die fortlaufende Raumb Beobachtung gemäß Siedlungsflächenmonitoring (sfm) nach einem landesweit zugrundeliegenden Kriterienkatalog erfasst. Diese wurden unter anderem im Vorfeld der Neuaufstellung des Regionalplans Köln in Abstimmung mit den Kommunen überprüft und in Hinblick auf der Siedlungsentwicklung entgegenstehende Restriktionen verifiziert.

Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zusätzlich sichert der Regionalplan für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* Vorbehaltsgebiete (ASBflex/GIBflex) hier wird der Anregung entsprochen konkret wird der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (u.a. am Forschungsflughafen Merzbrück vgl. ID 1003639).

Die Auswirkungen aktueller Datengrundlagen auf die Bedarfe wird laufend überwacht. Darüber hinaus kann gemäß LEP NRW eine Regionalplanänderung durchgeführt werden, wenn absehbar ist, dass die im Regionalplan entsprechend dem errechneten Bedarf festgelegten Siedlungsbereiche schon vor Ablauf des Planungszeitraums in Anspruch genommen werden. Die regionalplanerische Darstellungsschwelle beginnt bei einer Größenordnung von 10 ha.

Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für

die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPlG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Sofern die Stellungnahme über die geänderten Planinhalte hinausgeht bzw. sich auf nicht geänderte Teile des Plans bezieht, unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

1033441_002, AGIT	
Inhalt	<p>Wir begrüßen ausdrücklich die im Regionalplanentwurf als GIBinterkommunal dargestellte Fläche im Bereich Eschweiler-Kinzweiler, welche bereits über eine vorgezogene Regionalplanänderung gewürdigt wurde und im Rahmen des städteregionalen Gewerbeflächenpools als zentraler Strukturwandel-Gewerbestandort der Region für technologiegetriebene Produktion vorgesehen ist.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

Der Standort **Merzbrück**, welcher im ersten Planentwurf als Bereich für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) mit der Zweckbestimmung "Starterstandort Strukturwandel" dargestellt war, ist im aktuellen Planentwurf zumindest in großen Teilen als GIBtransformation dargestellt. Unter Berücksichtigung seiner herausragenden Bedeutung für den Themenschwerpunkt Aviation im Rheinischen Revier und im Sinne des städteregionalen Gewerbeflächenpools zur Deckung des endogenen Bedarfes wird angeregt, die betroffene Fläche in der aktuellen Planung, als GIBregional darzustellen. Zudem wird im aktuellen Planentwurf lediglich eine Teilfläche im Süden des Standortes Merzbrück als GIBflex dargestellt. Dementsprechend wurde dem kommunalen Wunsch, den GIB-Bereich in Merzbrück als Transformationsstandort nach Süden und Norden zu erweitern, und somit den strukturwandelbedingten Erfordernissen Rechnung zu tragen, nur teilweise entsprochen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven.

Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden. Um die Gleichbehandlung aller Kommunen in der Planungsregion bei der Ermittlung der Siedlungsflächenbedarfe sicherzustellen, ist es erforderlich, dass die Eingangsdaten für die Berechnung nach einem einheitlichen methodischen Ansatz und mit vergleichbaren Grundannahmen hinsichtlich der maßgeblichen Parameter für die gesamte Planungsregion verwendet werden. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in der Städteregion Aachen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Zudem erfolgte im Regionalplan über die Region+ - Prozesse (Wohnen und Wirtschaft) eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Sofern GIBregional bzw. GIBplus in der Kommune verortet wurden, erfolgte dies mit zusätzlichen Bedarfen für GIB mit überregionaler oder regionaler Bedeutung gemäß den landesplanerischen Vorgaben sowie den Zielvorgaben im Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Darüber hinaus werden die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW im 2. Planentwurf vollständig zeichnerisch im Rheinischen Revier verortet gemäß der Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen*.

Ein Flächentausch hin zu einem GIBregional innerhalb der in Rede stehenden Flächen ist daher im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben nicht möglich, da nicht bedarfsgerecht.

Darüber hinaus werden zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren Vorbehaltsgebiete zeichnerisch festgelegt (ASBflex/GIBflex). Der Regionalplan Köln entkoppelt insofern Mengen- und Standortsteuerung der Siedlungsentwicklung. Dies dient dazu, zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbaren Restriktionen und Umsetzungshemmnissen innerhalb der ASB und GIB zu begegnen und mehr Flexibilität bei der räumlichen Verortung der ermittelten Siedlungsraumbedarfe zu schaffen. Im Sinne der Verfahrensbeschleunigung sowie einer gesamträumlichen Abwägung im Sinne des Freiraumschutzes werden durch dieses Instrument künftig erforderliche einzelne Einzeländerungsverfahren des Regionalplans für geeignete Siedlungsraumerweiterung reduziert. Aufgrund der vielfältigen Restriktionen und Mehrfachkodierungen der Flächennutzung im Regionalplan Köln legt dies den sonst typischerweise auftretenden Regionalplanänderungsverfahren für Einzelvorhaben eine gesamtplanerische Freiraum- und Siedlungsraumkonzeption zugrunde.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu

klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Abschätzung von Flächenbedarfen ist aufgrund der sich schnell wandelnden Herausforderungen wie Wachstum, Schrumpfung, Strukturwandel, Daseinsvorsorge sowie sich einer wandelnden Wirtschaftslage, dem technischen Fortschritt und zunehmender globaler Verflechtungen nur bedingt möglich. Um hier entsprechend auf Unwägbarkeiten zu reagieren, wurde von dem Anpassungs- und Ermessensspielraum gemäß LEP NRW Gebrauch gemacht. Damit wird insgesamt sichergestellt, dass die Gemeinden bei der Umsetzung der ASB und GIB einen ausreichenden Entwicklungs- und Handlungsspielraum erhalten. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich darüberhinaus keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Zudem befürworten wir die Anerkennung einer zusätzlichen GIB-Fläche in **Herzogenrath** südlich des Technologieparks. Jedoch ist die Darstellung der Zweckbindungen dieser Fläche nicht kongruent zur Konzeption des Gewerbeflächenpools, weswegen wir es auch hier, im Sinne der interkommunalen Flächenentwicklung begrüßen würden, wenn die Fläche als GIBinterkommunal dargestellt wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Übertragung des Bedarfs einer Kommune im Rahmen einer interkommunalen Kooperation gemäß den Festlegungen in (Z. 3) *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* ist zudem jederzeit möglich. Die quantitative Zuordnung der Inanspruchnahme der ermittelten Bedarfe ist im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung in der kommunalen Bauleitplanung durch die beteiligten Kommunen darzulegen und interkommunal umzusetzen.

1033441_005, AGIT	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Des Weiteren begrüßen wir ausdrücklich, dass die Bereiche des Future Mobility Parks (mit seinen Teilstandorten Aldenhoven Testing Center und Erweiterung Businesspark Hoengen) als interkommunale und kreisübergreifende Zusammenarbeit der Gewerbeflächenentwicklung (Aldenhoven, Alsdorf, Baesweiler, Linnich) im aktuellen Planentwurf als Transformationsstandorte dargestellt sind.</p>	

Inhalt

Mit dem jetzt vorliegenden Planentwurf und den darin enthaltenen Zweckbindungen der den Gewerbeflächenpool betreffenden Flächen, läuft man Gefahr, einem mehrjährigen Prozess der interkommunalen und multilateralen Zusammenarbeit, ohne nachvollziehbare Gründe, maßgeblich zu erschweren und zu verzögern.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der (inter-) kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zudem dienen der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern ist.

Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen.

Bei der Festlegung von GIBinterkommunal handelt es sich nicht um ein neu eingeführtes Instrument. Bereits in den rechtskräftigen Teilplänen im Regierungsbezirk Köln werden auf Ebene des Regionalplans interkommunale Gewerbeflächenentwicklungen zeichnerisch und textlich festgelegt. Die Festlegungen

zu den zweckgebundenen GIBinterkommunal greifen dieses etablierte Instrument auf und sichern im Regionalplanentwurf bereits aktive interkommunale Kooperationen sowie neue Bestrebungen einer interkommunalen Kooperation. Dies erfolgt auf Grundlage der durchgeführten Kommunalgespräche und in Abstimmung mit den beteiligten Kommunen.

Aufgrund der Systematik zur Erfassung der Inanspruchnahmen im sfm der Bezirksregierung Köln kann diese nur durch die Belegenheitskommune erfolgen. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage wird der Bereich als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt.

Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen gemäß § 34 LPIG bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Weiterhin wird auf die Erläuterungen zur Stellungnahme ID 1033441_001 verwiesen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Sofern die Stellungnahme über die geänderten Planinhalte hinausgeht bzw. sich auf nicht geänderte Teile des Plans bezieht, unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Inhalt

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die AGIT die Stellungnahme der StädteRegion Aachen vollumfänglich unterstützt, um dem weiterhin bestehenden regionalen Gewerbeflächendefizit entgegenzuwirken und den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden. Zudem begrüßen wir grundsätzlich, den Abschluss des Neuaufstellungsprozesses des Regionalplans, gehen jedoch gleichzeitig davon aus, dass zeitnah die Möglichkeit zu Regionalplanänderungen eingeräumt werden wird.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus Hinweise zu Stellungnahmen weiterer Beteiligter geäußert. Die in der Stellungnahme benannten Dritten konnten ebenfalls im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 Abs. 2 ROG in Verbindung mit § 13 LPlG NRW innerhalb der Frist zum Entwurf des Regionalplans, dessen Begründung und dem Umweltbericht Stellung nehmen. Es wird auf die Erläuterungen zu der Stellungnahme der StädteRegion Aachen (insbesondere ID 1034259_002 bis 1034259_007) verwiesen.

AZ: BET_632000_1	
Regionetz GmbH	
1032643_001, Regionetz GmbH	
<p>Inhalt</p> <p>Gegen die Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf bestehen aus versorgungstechnischer Sicht der Regionetz GmbH keine Bedenken.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: BET_637000_1	
Region Aachen Zweckverband	
1034289_001, Region Aachen Zweckverband	
<p>Inhalt</p> <p>Der Region Aachen Zweckverband (RAZV) ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen. Als Zweckverband organisiert dieser die Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung für Wirtschaft und Fachkräfte, Bildung, Kultur, Gesundheit und Infrastruktur zu gestalten. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AGIT mbH mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung. Im Rahmen dieser Aufgabe nimmt der RAZV zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Der Strukturwandel in Folge des Ausstieges aus der Braunkohleverstromung ist eine der zentralen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen in der Region Aachen – die den flächenmäßig größten Teil des Rheinischen Reviers ausmacht. Um sich im Rahmen des Strukturwandels bestmöglich aufzustellen und die eigenen Entwicklungspotenziale ausschöpfen zu können, entwickeln die Gebietskörperschaften des RAZV eigene Vorhaben, zu denen sie im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ausführlich Stellung nehmen. Der RAZV unterstützt die Eingaben seiner Mitgliedsgebietskörperschaften sowie der AGIT mbH grundsätzlich – insbesondere die Stellungnahmen zu den touristischen Themen – und bittet um angemessene Berücksichtigung dieser Stellungnahmen im Rahmen des weiteren Verfahrens.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung zu den Stellungnahmen der Mitgliedskörperschaften der RAZV sowie der AGIT mbH im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung hervorgebracht. In diesem Zusammenhang wird auf die jeweils betreffenden Teilstellungnahmen verwiesen.</p>

AZ: BET_7000_1	
Landesbetrieb Wald und Holz NRW	
1033874_001, Landesbetrieb Wald und Holz NRW	
<p>Inhalt</p> <p>leider ist es mir aufgrund technischer Fehlermeldungen nicht möglich, die Stellungnahme des Landesbetrieb Wald und Holz NRW zu dem genannten Verfahren über das Beteiligungsportal hochzuladen. Daher sende ich Ihnen die Stellungnahme anliegend.</p> <p>Stellungnahme zu der Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Zweiter Planentwurf</p> <p>bezugnehmend auf Ihre E-Mail vom 15.10.2024 in o.g. Angelegenheit nehme ich für den Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen Stellung. Bitte beachten Sie, dass diese Stellungnahme auch die Stellungnahme der örtlich zuständigen Forstämter Hocheifel-Zülpicher Börde, Rureifel-Jülicher Börde, Rhein-Sieg-Erft und Bergisches Land umfasst und diese keine gesonderte Stellungnahme abgeben</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben darüberhinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

2. A-1-1 Textliche Festlegungen

In Kapitel 4.5.1 Walderhalt und -vermehrung, Punkt 4 der Erläuterungen (S. 110 im Dokument) heißt es „Entsprechend dem Grundsatz G.36 kann in walddreichen Kommunen ggf. von einem quantitativ gleichwertigen Waldausgleich abgesehen werden“. Diese Formulierung birgt das Risiko, dahingehend falsch interpretiert zu werden, als dass angenommen werden könnte, dass in walddreichen Kommunen gar kein Waldausgleich erforderlich ist. Vielmehr ist allerdings gemeint, dass der Waldausgleich statt quantitativer Natur in qualitativer Weise auf bestehenden Walddflächen erbracht werden kann. Dieses Potential zum Missverständnis schafft bereits heute einen nicht unerheblich Aufklärungsbedarf durch die Kolleginnen und Kollegen in den Regionalforstämtern über das Erfordernis eines Waldausgleichs. Es wird daher in Anlehnung an den Grundsatz 7.3-3 des Landesentwicklungsplans folgende Formulierung vorgeschlagen: „In walddreichen Gemeinden können nachteilige Wirkungen von Walddinanspruchnahmen in anderer Weise häufig besser als durch eine Neuanlage von Wald kompensiert werden.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Das angesprochene Zitat stammt aus den Erläuterungen zu Punkt 4 des Ziels 22 der textlichen Festlegungen des Regionalplans Kölns (siehe Kapitel 4.5.1).

Die Erläuterungen zu Ziel 22 geben vollumfänglich die regionalplanerischen Anforderungen und Erfordernisse an den Walderhalt und die Walddentwicklung wieder. Auf Grund der Komplexität und um Redundanzen zu vermeiden, werden an dieser Stelle keine weiteren Bedingungen zu Grundsatz 36 aufgeführt. Diese werden abschließend in Grundsatz 36 geregelt.

Im Grundsatz 36 der textlichen Festlegungen des Regionalplan steht geregelt: "In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Walddflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Walddflächen erfolgen. Bei den Ersatzaufforstungen sollen wertvolle Offenlandbereiche, z.B. agrarstrukturell hochwertige Flächen oder wertvolles Grünland, nach Möglichkeit ausgespart werden."

In Punkt 1 der Erläuterungen zu Grundsatz 36 wurde darüber hinaus geregelt: "Ist im Rahmen von Fachplanungen sowie der kommunalen Bauleitplanung eine Inanspruchnahme von Walddflächen unvermeidbar, soll dies durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. Dabei ist auch eine Verlagerung der Kompensation aus den nicht walddarmen Kommunen in walddarme Kommunen in Betracht zu ziehen. Die Entscheidung über die Ersatzaufforstung erfolgt nach Abwägung auf der Genehmigungsebene." und in Punkt 2: "(...) Hier kann bei einem Walddflächenverlust im Ausnahmefall von einer Ersatzaufforstung in gleicher Flächengröße zugunsten einer ökologischen Aufwertung bestehender Walddflächen abgesehen werden.

Somit beinhalten die textlichen Festlegungen bereits die angeregten Forderungen.

Inhalt

1. Allgemeine Hinweise

Ich bitte darum, dass bei der Raumplanung zwar nicht umgesetzte, aber dennoch rechtskräftige Planungen berücksichtigt werden. Es kommt stellenweise vor, dass rechtskräftige Bebauungspläne überplant wurden. Für den Bereich des Regionalforstamts Hocheifel-Zülpicher Börde (Kreis Euskirchen, teilweise Kreis Düren) werden die bisher geäußerten Bedenken und Hinweise aufrechterhalten.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung und erfolgt im Gegenstromprinzip. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

3. A-3-1 Umweltbericht

Die Ausführungen im Umweltbericht zum Wald, insbesondere zu Ziffer 5.2.5 Wald, sind aus forstfachlicher Sicht geprägt von oberflächlicher Fachkenntnis, spekulativen Behauptungen, ungenügender Differenzierung und fehlerhafter Verwendung einschlägiger Rechts- und Fachbegriffe. Ich melde zu diesem Kapitel des Umweltberichts daher erhebliche Bedenken an und empfehle dringend, das Kapitel unter Einbindung von forstfachlicher Expertise zu überarbeiten. Im Folgenden werde ich auf die bedeutsamsten Punkte eingehen. Redaktionelle Anmerkung zu Seite 31, erster Absatz, letzter Satz – Formulierungsvorschlag: ersetze ... „überwiegend Waldnutzung“ durch „einen hohen Waldanteil“, weil diese Aussage hier wohl gemeint und konkludent abzuleiten ist. Auf Seite 42 unter dem Punkt 4.2.6 Wildnisgebiete wurde der Hinweis auf die komplette nicht mehr bewirtschaftete Waldfläche im Staatswald gestrichen. Dieser Hinweis besitzt nach wie vor Gültigkeit und ist ein entscheidender Hinweis auf den bereits erreichten Zielwert für nutzungsfreie Wälder. Dies ist auch für nachgelagerte Planungen, die ein weiteres aus der Nutzung nehmen von Wäldern fordern, von Bedeutung. Ich bitte darum, den Hinweis wieder in den Text aufzunehmen. Darüber hinaus ist der Begriff „Wildnisgebiet“ nicht definiert. Ich bitte darum, den Begriff im gesamten Planwerk durch den in § 40 LNatSchG definierten Begriff „Wildnisentwicklungsgebiet“ zu ersetzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Forstliche Rahmenplanung sowie die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung und gibt den Umsetzungskorridor für die nachgelagerte Ebene vor. Die textlichen Festlegungen des Regionalplans entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt.

Das Kapitel 4.5 der textlichen Festlegungen des Regionalplans wurde auf der Grundlage des Forstlichen Fachbeitrags des Landesbetrieb Wald und Holz NRW, welcher von den Regionalforstämtern des Bergischen Landes und Rhein-Sieg-Erft im Jahre 2018 veröffentlicht wurde, erarbeitet.

Hinweise, Anregungen und Bedenken konnten bereits während der Frühzeitigen Unterrichtung, des Scopingverfahrens und zur ersten Beteiligung der öffentlichen Auslegung der zeichnerischen und textlichen Festlegungen sowie des Umweltberichts abgegeben werden. Sollten sich neue Erkenntnisse seit der Erarbeitung des Forstlichen Fachbeitrags seitens des Stellungnehmers ergeben haben, die regionalplanerisch relevant sind und zu Änderungen der Planunterlagen führten, wurden die aus dem ersten Beteiligungsverfahren angeregten Änderungserfordernisse umgesetzt und im zweiten Beteiligungsverfahren zur weiteren Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme, offengelegt. Sollten sich seitdem ersten Beteiligungsverfahren erneut neue Erkenntnisse seitens des Stellungnehmers ergeben haben, konnten die im zweiten Beteiligungsverfahren zur Berücksichtigung und Umsetzung dieser Erkenntnisse angeregt werden. Somit ist sichergestellt, dass relevante fachliche Anregungen nicht im Widerspruch zu den textlichen Festlegungen stehen.

Die redaktionelle Änderung wird im Umweltbericht in Kap. 4.2 umgesetzt.

Der Textpassus wurde aus dem Umweltbericht gestrichen, weil er für die Prognosen der Umweltauswirkungen im Umweltbericht nicht relevant ist. Dem Hinweis kann aber gefolgt und die Streichung rückgängig gemacht werden.

Der Begriff Wildnisgebiet ist synonym zu Wildnisentwicklungsgebiet zu verstehen. Siehe hierzu folgende LANUV-Seite: <https://www.umwelt.nrw.de/themen/naturschutz/natur/schutzgebiete-und-wertvolle-naturraeume/wildnisgebiete>

	Im Umweltbericht wird in Kap. 4.2.6 eine entsprechende Erläuterung eingefügt.
--	---

Inhalt

Seite 119: Hier heißt es: „Die Ausgleichspflanzungen dürfen nach den Maßgaben der natur- und klimaverträglichen Waldwirtschaft im Falle der Betroffenheit walddreicher Kommunen auch im Waldbestand durch den Umbau von Nadelwald- Forsten in ökologisch höherwertige standortheimische Laubmischwaldbestände erfolgen.“ Es ist unklar, worin die Forderung nach „natur- und klimaverträglicher Waldwirtschaft“ begründet ist. Die Inanspruchnahme von Wald und deren Ausgleich sind gesetzlich klar über die Eingriffsregelung definiert. Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen im Wald können im Grundsatz für Eingriffe aller Art anerkannt werden, wenn dazu die rechtlichen Voraussetzungen als funktionaler und räumlicher Ausgleich bzw. Ersatz gegeben sind (vgl. LINK). „Natur- und klimaverträgliche Maßgaben“ sind im Zusammenhang mit Kompensationen im Wald nicht definiert und daher zu streichen. Auch die qualitative Aufwertung bestehenden Waldes ist nicht als „Umbau von Nadelwald- Forsten in ökologisch höherwertige standortheimische Laubmischwaldbestände“ definiert und somit stellt die Ausführung eine nicht notwendige Einschränkung der Maßnahmenauswahl dar. Dieser Passus ist daher ebenfalls zustreichen. Gleiches gilt für den Begriff „Nadelwald-Forsten“, welcher fachlich nicht existent ist.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

In Kapitel 5.2.5.2 lautet die Überschrift „Waldfunktionen und -nutzungen“. Diese Überschrift ist mindestens als missverständlich zu bezeichnen, da die Nutzfunktion neben der Schutz- und Erholungsfunktion eine der drei gleichrangigen Waldfunktionen ist, welche in § 1 BWaldG definiert werden. Der erste Satz unterscheidet zwischen der „ökonomischen Funktion der Forstwirtschaft zur Nutzholzgewinnung“ und den „übrigen ökologischen Waldfunktionen“. Diese Unterscheidung liegt gem. BWaldG nicht vor (s.o.). Der Satz ist damit sachlogisch falsch und zu streichen. Dass die Funktion der Nutzung den Umweltschutzgütern nicht dienlich sei ist als schlichte Behauptung aufzufassen und abzulehnen. So kann zum Beispiel eine Regeldurchforstung eine Lichtbaumart gegenüber einer Schattenbaumart begünstigen, damit die Biodiversität erhalten und fördern und gleichzeitig die Nutzung des Rohstoffes Holz ermöglichen. Im folgenden Absatz wird auf die Erholungsfunktion eingegangen. Hier wird behauptet, dass die Erholung vor allem ruhig stattfinden müsse. Dieser Einschub sollte gestrichen werden. So kann zum Beispiel ein ruhiger Pilzsammler, der durch den Kerneinstand des Rotwildes schleicht, einen deutlich negativeren Effekt auf die Wildpopulation haben als eine lärmende Schulklasse auf dem Hauptwanderweg. Für eine fachliche Auseinandersetzung mit den Waldfunktionen empfehle ich die Broschüre Waldfunktionen Nordrhein-Westfalen, abrufbar unter LINK.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Tatsächlich wurden in der angesprochenen Formulierung des Grundsatzes 39 des Regionalplans nicht "Nutzfunktionen" angesprochen, sondern Waldfunktionen und Waldnutzungen (hier: historische Waldnutzungen).

Der Satz „Mit Ausnahme der ökonomischen Funktion der Forstwirtschaft zur Nutzholzproduktion sind die übrigen ökologischen Waldfunktionen den meisten Umweltschutzgütern dienlich (Ausnahme: kulturelles Erbe: neutrale Bewertung).“ bezieht sich nicht auf das BWaldG.

Inhalt

Seite 120/121 Punkt 5.2.5.3 Waldbewirtschaftung G 42 Klimaschutz (...):

Satz 1 stellt eine Behauptung dar, für die es keine forstwissenschaftliche Grundlage gibt. So kann zum Beispiel ein Waldbestand, der ausschließlich aus Rotbuche besteht, vollkommen standortheimisch sein und gleichzeitig eine geringere Biodiversität aufweisen als ein Bestand, der neben der Rotbuche auch eingeführte und gleichzeitig standortgerechte Baumarten aufweist. Um die Waldbewirtschaftung auf Klimaschutz und Klimaanpassung auszurichten ist es vielmehr erforderlich, einen standortgerechten und artenreichen Waldbestand zu entwickeln. Wichtige Hinweise liefert hier das Waldbaukonzept Nordrhein- Westfalen (abzurufen unter LINK). Formulierungsvorschlag: „Für die Entwicklung eines Waldbestandes, welcher den Klimaschutz und die Klimaanpassung in seiner Bewirtschaftung berücksichtigt, empfiehlt sich die Etablierung mehrdimensionaler Bestandesstrukturen mit einer standortgerechten und artenreichen Baum-, Strauch- und Krautschicht.“ Satz 2 bitte streichen. Die Ausführung zur „Erholungsfunktion“ passt inhaltlich nicht in den Absatz und erfindet mit dem Begriff „Kahlschlagsrodung“ eine Wortschöpfung, die sich in keiner Fachliteratur findet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Seite 121 Absatz (in Blau) zum Baumartenspektrum bewegt sich sehr im spekulativen Raum. Angebracht ist hier der Hinweis, dass die Erweiterung des heimischen Baumartenspektrums mit Augenmaß in Zeiten Klimawandels zur Erhaltung aller Waldfunktionen nicht ausgeschlossen werden darf. Dann kann man auch auf die Voraussetzungen oder Bedingungen hinweisen. Hier sei wiederum auf das Waldbaukonzept Nordrhein-Westfalen verwiesen, das mit den Waldentwicklungstypen und der Kategorisierung zur Kompatibilität mit FFHund/ oder Naturschutzgebieten eine gute Grundlage für die Entscheidung zur Baumartenwahl anbietet und landesweit umgesetzt wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Ein Ausschluss der Möglichkeit das heimische Baumartenspektrum in der Waldbewirtschaftung zu erweitern, ist auf S. 121 des Umweltberichts, sowie in Grundsatz 42 „Klimaschutz und Klimaanpassung bei der Waldbewirtschaftung berücksichtigen“ der textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln nicht gegeben. Es werden an dieser Stelle potentiell nachteilige Auswirkungen der Erweiterung des Baumartenspektrums aufgezeigt. Darüber hinaus werden vom Stellungnehmer Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt

Seite 121 G.43 Bewirtschaftungsbedingungen in den Wäldern verbessern: Die aktuelle Formulierung sollte grundsätzlich anders gefasst werden. Sie erweckt den Eindruck, dass permanent und auf großer Fläche Flurbereinigungen im Wald stattfinden, die immer den Neubau von Forstwirtschaftswegen mit sich bringen. Hier sollte deutlich werden, dass dieses Planungsinstrument sehr gezielt eingesetzt wird, wo z.B. durch die Kleinparzelliertheit und Gemengelage eine Notwendigkeit zur Strukturverbesserung gesehen wird. Im Einzelfall kann der Neubau von Forstwirtschaftswegen notwendig sein. Forstwirtschaftswegen dienen der Erschließung des Waldes zur Bewirtschaftung und Gefahrenabwehr und werden in der Regel auch intensiv durch die erholungssuchende Bevölkerung genutzt. Damit eine ökonomisch und ökologisch orientierte Wegeführung entsteht gibt es Richtlinien und Richtwerte für die Dichte der Erschließung, die beachtet werden müssen. Die Suggestion, dass eine Flurbereinigung zu mehr Rückegassen führt, bewegt sich im Bereich der Spekulation und ist forstfachlich unbegründet und damit zu streichen.

Abwägung**Typ****Ausgleichsvorschlag****Erläuterung**

Der Grundsatz 43 des Regionalplan Kölns "Bewirtschaftungsbedingungen in den Wäldern verbessern" besagt: "Eine Flurbereinigung im Wald ist zunächst neutral hinsichtlich der Auswirkungen auf die Umweltschutzgüter zu beurteilen. Werden jedoch deutlich mehr befestigte Forstwege und Rückegassen angelegt als bislang und stehen die ökonomischen Ziele vor den ökologischen, so ist tendenziell eher mit Beeinträchtigungen der Schutzgutfunktionen, vor allem der Schutzgüter Boden (hinsichtlich zunehmender Bodenverdichtung), Tiere, Wasser und Klima, zu rechnen (z.B. Speicherung von Niederschlagswasser und Kohlenstoff). Die Erholungsnutzung von Menschen im Wald wird durch die Nutzungsoptimierungen voraussichtlich kurzfristig beeinträchtigt. Längerfristig kann ein Ausbau der Wege sich sowohl positiv, im Sinne einer verbesserten Wegeführung oder negativ, aufgrund der fortschreitenden Zerschneidung der Wälder auswirken."

Im angesprochenem Grundsatz gibt es keine Aussage dazu, dass Flurbereinigungsverfahren Rückegassen begünstigen. Des Weiteren können die Bedenken, dass die getroffenen Formulierungen den Eindruck erwecken könnten, es würden permanente und großflächige Flurbereinigungsverfahren im Wald stattfinden, nicht nachvollzogen werden. Im Grundsatz 43 wurde klar gestellt, dass Flurbereinigungsverfahren neutral zu bewerten sind und eine verbesserte Wegeführung positive, sowie negative Auswirkungen zur Folge haben können. Die weiteren Hinweise des Stellungnehmers zur Thematik der Forstwirtschaftswegen werden zur Kenntnis genommen.

Inhalt

Seite 121 G.44 Wildbestand an den angestrebten Waldaufbau anpassen

Diesen Absatz bitte komplett streichen bzw. deutlich ändern, da die kausale Verbindung von Prädatoren und Wild sowie die ausschließliche Benennung des Rotwildes nicht die Komplexität der Umstände erfasst und für ein so umfassendes Werk wie der Regionalplan unfachmännische Aussagen trifft. Formulierungsvorschlag: „Derzeit leidet die natürliche Verjüngung des Waldes oft unter dem Wildverbiss vor allem durch regional unterschiedlich hohe Schalenwildbestände. Damit ökologische wertvolle und klimastabile gemischte Laubmischwälder erhalten werden können und sich optimaler Weise natürlich verjüngen, ist der Schalenwildbestand durch eine angemessene Bejagung entsprechend anzupassen. Prädatoren wie Wolf oder Luchs sind willkommene Unterstützer.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt

4. A-4-1 Begründung

Hinweis zu Seite 179 G. 44: Den letzten Satz „Der Grundsatz richtet sich in erster Linie an die Forstbehörden.“ sollte man streichen, da seine Aussage keinen Mehrwert hat, da die hoheitliche Verantwortlichkeit für den Wald bei der Forstbehörde liegt, allerdings nicht immer die Eigentumsverantwortung (in Bezug auf Jagd vgl. § 3 BJagdG). Der Satz impliziert eine Belehrung der Forstbehörde, dass sie ja auf den Wildbestand achten soll (was mehrfach erläutert zu kurz gesprungen ist) und in dieser Form nicht in den Regionalplan gehört.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Auslegung des Satzes des Grundsatzes 44 „Der Grundsatz richtet sich in erster Linie an die Forstbehörden.“ impliziere eine Belehrung der Forstbehörden und den Auftrag auf den Wildbestand zu achten, ist nicht folgerichtig.

Die Formulierung stellt klar, dass Forstbehörden für die Wahrnehmung dieser Aufgabe verantwortlich sind und andere Personen, Institutionen oder Behörden in der Regel nicht der Adressat dieses Grundsatzes sind.

Inhalt

5. B-1 Synopse Öffentliche Stellen

In dieser Synopse sind ab Seite 4608 die Stellungnahmen des Landesbetriebes aufgelistet. Die Hinweise des Regionalforstamts Rhein-Sieg-Erft zur Ausweisung der **BSN** sind umfänglich auf Seite 4610 bis 4611 übernommen und mit einer Erläuterung versehen, die darauf hinweist, dass kein Automatismus zwischen der Ausweisung als BSN und der Festsetzung als NSG bestehe. Betrachtet man allerdings die „Begründung“ (A-4-1) Seite 169 und die Ausführung: „Sie konkretisieren übergeordnete Vorgaben (z. B. LEP NRW, Natura 2000) und sichern Naturschutzgebiete sowie Freiraumbereiche, die künftig in ihren wesentlichen Teilen entsprechend geschützt werden sollen.“, lässt sich sehr wohl ein Automatismus ableiten. Daher schlage ich sinngemäß nachfolgende Formulierung nach dem Komma vor: „..., die künftig in Teilen mit herausragenden ökologischen (lebensraumtypischen) Eigenschaften einen weitergehenden Schutz erfahren können.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Selbstverständlich gibt es einen engen kausalen Zusammenhang zwischen festgesetzten Naturschutzgebieten und den Bereichen zum Schutz der Natur.

Doch auf Grund des gesetzlich vorgeschriebenen Maßstabs der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, können maßstabsbedingt Diskrepanzen zwischen der Abgrenzung und Festlegung der BSN und NSG bestehen.

Die Bereichsabgrenzungen der BSN sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt.

Darüber hinaus beginnt die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit von neuen BSN bei einer Größenordnung von 10 ha im Gegensatz zu festgesetzten Naturschutzgebieten.

Das hat zur Folge, dass eine Vielzahl an Naturschutzgebieten nicht als BSN festgelegt werden, daher kann dem Vorschlag nicht gefolgt werden.

1033874_013, Landesbetrieb Wald und Holz NRW

Inhalt

Ab Seite 4654 bis 4659 und 4668 bis 4674 ist die Liste mit den einzelnen Flächenüberplanungen aufgenommen worden. Da hier von Seiten des Regionalforstamts im Kern ausnahmslos auf die Notwendigkeit einer Ersatzaufforstung bei tatsächlicher Waldinanspruchnahme hingewiesen wird, kann die Erläuterung mit dem Verweis auf nachfolgende Planungs- und Genehmigungsverfahren bei tatsächlicher Umsetzung (z.B. Ausweisung als ASB ersetzt nicht die Waldumwandlungsgenehmigung) akzeptiert werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

AZ: BET_7005_1	
Nationalpark Eifel	
1033233_001, Nationalpark Eifel	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme der Nationalparkverwaltung Eifel (NLPV)</p> <p>im Rahmen des Verfahrens "Neuaufstellung des Regionalplan Köln, Zweiter Planentwurf" geben Sie der NLPV Gelegenheit zur Stellungnahme. Im Folgenden werden einige Anmerkungen der NLPV nach Kapiteln bzw. Kartenblättern des Planentwurfs aufgelistet</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahren gegeben darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

1033233_002, Nationalpark Eifel

Inhalt

Laut „A-2-21 Blatt10-11_Kreis Euskirchen_Änderungskarte Neue Festlegung“ sollen Bereiche der Burg Vogelsang als „Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzung (ASBz)-Sonstige Zweckbindungen“ ausgewiesen werden. Laut „A-2-20 Blatt10-11_Kreis Euskirchen_Änderungskarte Entfallenden Festlegungen“ waren diese Bereiche bisher als Freifläche teilweise mit der Freiflächenfunktion „Schutz der Natur“ oder „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ ausgewiesen.

Die Burg Vogelsang ist nicht Teil des Nationalpark Eifel (NLP), wird aber vollständig von Flächen des NLP Eifel sowie des Vogelschutzgebiets „Nationalpark Eifel“ (VSG) umgeben, zudem grenzt im Norden unmittelbar das FFH-Gebiet Kermeter an.

Die NLPV sieht die geplante Änderung kritisch, da dies zu einem Aus- bzw. Umbau der vorhandenen touristischen Infrastruktur und damit zu einem Anstieg der Besucherzahlen und Übernachtungsgästen führen wird. In der Folge wird sich der Erholungsdruck erhöhen und die damit verbundenen Störungen in sonst störungsarmen Bereichen und Zeiten, wie z.B. Lärm- und Licht-Emissionen, ein erhöhtes Aufkommen von Menschen am frühen Morgen und späten Abend sowie in der Nacht. Dies wird zur Folge haben, dass die auf der Burg Vogelsang bekannten Vorkommen geschützter Arten sowie die entsprechende Austauschbeziehungen zwischen diesen Vorkommen und dem NLP Eifel negativ beeinflusst werden. Dies betrifft u.a. seltene und gefährdete Vogel-, Fledermaus-, Amphibien- und Reptilienarten der Anhänge II und IV der FFH-RL bzw. Art. 4 Abs.2 der VS-RL, wie z.B. Gartenrotschwanz, Wanderfalke, Großes Mausohr, Graues Langohr, Mauereidechse, Schlingnatter und Geburtshelferkröte.

Vor diesem Hintergrund geht die NLPV davon aus, dass eine FFH-Vorprüfung (FFH-VP) zu dem Schluss kommen muss, dass bereits auf Regionalplanebene eine vollumfängliche FFH-Prüfung erforderlich ist. Es wurde aber weder für das VSG „Nationalpark Eifel“ noch das FFH-Gebiet „Kermeter“ eine FFH-VP durchgeführt. Dies muss aus Sicht der NLPV zwingend nachgeholt werden.

Die NLPV begrüßt grundsätzlich, dass die Festlegung des ASBz auf die baulich geprägten Bereiche beschränkt werden soll, und eine nationalparkverträgliche (Weiter-)entwicklung des Geländes festgelegt wird (s. Begründung S. 103). Es stellt sich die Frage, warum Flächen die bisher für den „Schutz der Natur“ vorgesehen waren, nicht weiterhin als solche festgesetzt werden. Zusätzlich zu den nicht bebauten Flächen, sollten Teile der baulich geprägten Bereiche zum „Schutz der Natur“ festgesetzt werden, insbesondere solche Bereiche die als Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Arten bekannt sind, wie z.B. der Brutplatz des Wanderfalken, die Wochenstube des Grauen Langohrs oder zum Schutz für Fledermäuse gesicherte Winterquartier. Die NLPV hält eine entsprechende Anpassung der Flächenkulisse für

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1001025, 1002183 1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Festlegung des ASBz für Freizeit, Tourismus, Erholung, Kultur und Bildung in Schleiden im Bereich der Burg Vogelsang dient der Sicherung bestehender und im Teilflächennutzungsplan der Stadt Schleiden vorgesehener baulicher Nutzungen. Gleichzeitig soll eine nationalpark- und raumverträgliche Weiterentwicklung des Geländes ermöglicht werden, insbesondere auch im Bereich der ehemaligen belgischen Kaserne im Süden des Standorts. Im Sinne der Ausnahmeregelungen zu Ziel 6.6-2 LEP NRW handelt es sich um eine Brachfläche (militärische Konversionsflächen), die sich für eine bauliche Nachfolgenutzung eignet. Die zivile Umnutzung wurde bereits eingeleitet und ist zu großen Teilen realisiert. Die Festlegung des ASBz beschränkt sich im regionalplanerischen Maßstab auf bereits baulich geprägte Bereiche, um die vorrangigen Freiraumfunktionen zu wahren. Dabei werden Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege, des Boden- und Grundwasserschutzes, des Immissionsschutzes, des Denkmalschutzes sowie die natürliche Eigenart der Landschaft einschließlich des Orts- und Landschaftsbildes und deren Erholungswert berücksichtigt. Diese sind gegebenenfalls auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen zu konkretisieren. Die bereits vorhandenen Nutzungen und Infrastrukturen gewährleisten eine leistungsfähige und verkehrsgünstige Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz. Der Konversionsstandort der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang IP wurde unter Beteiligung der Region, des Landes Nordrhein-Westfalen mit Förderung des Bundes sowie der Europäischen Union zu einer internationalen Begegnungs- und Bildungsstätte entwickelt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs dienten die Gebäude als britischer und belgischer Truppenübungsplatz („Camp Vogelsang“). Seit 2006 beherbergen die historischen Gebäude ein Besucherzentrum, Gastronomie, Seminarräume, ein belgisches Kulturkino sowie das Nationalpark-Zentrum Eifel. Auf dem Gelände befinden sich nördlich ein Schwimmbad mit Sporthallen und im Süden eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) in der ehemaligen belgischen Kaserne. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASBz im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und

erforderlich.

bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle bzw. die Detailierungsgrenze des Regionalplans überschreiten.

In der Begründung zu Ziel 8 der textlichen Festlegungen des Regionalplan ist dargelegt, dass die Festlegung des ASBz in diesem Bereich der Sicherung der bestehenden und gemäß Teilflächennutzungsplan vorgesehenen baulichen Nutzungen sowie einer nationalpark- und raumverträglichen (Weiter-)entwicklung des Geländes dient. Planungen und Maßnahmen, die mit der Zweckbindung nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.

Entsprechend der Erläuterungen zu Ziel 8 sind ASBz gemäß LPIG DVO als Vorranggebiete festgelegt. Im Sinne des ROG sind Vorranggebiete für bestimmte Nutzungen und Funktionen vorgesehen. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sind die festgelegten Bereiche für die jeweilige Zweckbindung zu sichern. Neuplanungen und Erweiterungen von Einrichtungen, die der in der Tabelle benannten Zweckbindung entsprechen, sind möglich, soweit sie den Vorgaben des LEP NRW entsprechen und kein Widerspruch zu den für den betroffenen Freiraum getroffenen regionalplanerischen Festlegungen besteht.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt worden ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Es wird in diesem Zusammenhang auch auf die Stellungnahme der Stadt Schleiden verwiesen StnID 1032620_001.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Auf Grund des vorhandenen bebauten Bestandes und keiner zusätzlichen Inanspruchnahme unbebauter Bereiche entfaltet die Festlegung des zweckgebundenen Siedlungsraums im Regionalplan keinen erheblichen Umweltauswirkungen. Infrastruktureinrichtungen sind in ausreichendem Maß vorhanden und eine stark frequentierte touristische Auslastung ist bereits auf Grund eines breiten und vielfältigen Angebots Vorort gegeben, sodass

hierdurch auch nicht mit einer Erhöhung der erheblichen Umweltauswirkungen der Festlegung zu rechnen ist. Die Festlegung erfolgt unter Berücksichtigung der vorliegenden Informationen über die vorhandenen Funktionen und Nutzungen des baulichen Bestandes.

Einzelne kleine Ecken des bebauten Bestandes wurden mit der Festlegung der BSN im ersten Entwurf des Regionalplans überlagert. An diesen Stellen gibt es auf Grund der vorhandenen Bebauung keine Funktionserfüllung des BSN. Daher wurden im zweiten Entwurf des Regionalplans in diesen Bereichen eine Klarstellung vorgenommen und der BSN an die bestehenden Gegebenheiten angepasst.

Nicht bebaute Bereiche wurden bewusst ausgespart bei der Abgrenzung des zweckgebundenen Siedlungsraumes, damit sichergestellt werden kann, dass eine Inanspruchnahme unbebauter Flächen und der damit einhergehende Funktionsverlust ausgeschlossen werden kann. Eine flächige Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird daher vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Auf Grund der vorhandenen denkmalgeschützten Bebauung aus nationalsozialistischer Zeit des zweckgebundenen Siedlungsbereiches und des durch die Abgrenzung vorgenommenen Ausschluss von unbebauter Fläche wurde auf einen dezidierten Prüfbogen im Rahmen des Umweltberichts zum Regionalplan verzichtet. Selbstverständlich werden die im Rahmen der zweiten Offenlage getroffenen Hinweise bezüglich der vorhandenen planungsrelevanten Arten den zuständigen Planungs- und Genehmigungsbehörden mit Hilfe der synoptischen Auswertung weitergegeben. Die dezidierte Untersuchung erfolgt Anlass- und Planbezogen auf der nach gelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Inhalt

Laut „A-2-5 Blatt02-03_Kreis Dueren_Änderungskarte Entfallenden Festlegungen“ und „A-2-5 Blatt02-03_Kreis Dueren_Änderungskarte Neue Festlegung“ wird an der Rursee-Staumauer Schwammenauel (Änderungsantrag 79) aus dem „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche mit Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ und aus „Waldbereichen“ vollständig ein „Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundenen Nutzungen für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen“. Diesem Vorschlag wurde laut „Beteiligungssynopse: Öffentliche Stellen u.a. (Erste Beteiligung, S. 511)“ nicht gefolgt.

Die NLPV sieht es kritisch, diesen Bereich vollständig für die Nutzung als Ferieneinrichtung und Freizeitanlagen auszuweisen.

Dieser Bereich ist die einzige, derzeit noch weitestgehend unbesiedelte Landverbindung zwischen den NLP-Teilbereichen Hetzinger Wald und Kermeter. Durch die bestehenden Siedlungsbereiche, den Rursee mit Staumauer sowie dem Staubecken Heimbach ist der Grad der Fragmentierung in diesem Bereich schon sehr hoch. Eine weitere Einschränkung der Konnektivität bzw. des Biotopverbunds würde die schon reduzierten Austauschbeziehungen für gefährdete planungsrelevante Tierarten, wie z.B. Wildkatze (FFH Anh. IV) und Haselmaus (FFH Anh. IV), aber auch für weitverbreiteten Arten wie z.B. Rot- und Rehwild, zwischen den beiden Teilbereichen des NLP weiter einschränken. Vor diesem Hintergrund hält die NLPV es für erforderlich die Änderung in diesem Bereich nicht wie geplant vorzunehmen, sondern zumindest alle Wald- und Biotopverbundflächen in diesem Bereich weiterhin als Flächen für den „Schutz der Natur“ zu sichern.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und hier einen ASB mit der Zweckbindung Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen festzulegen.

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt:

Im März 2021 wurde ein von der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. beauftragter „Fachbeitrag Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln“ zur Bestandsanalyse und touristischen Projektideen im Nationalparkraum vorgelegt. Zwar hätten nur wenige Projektideen von ihrer Größe her eine Relevanz für die Darstellung im Regionalplan (Flächen größer 10 ha), es empfehle sich jedoch ein gesamtträumliches Konzept zur Weiterentwicklung und Abstimmung der vorhandenen Projektideen in den Nationalparkkommunen. So könnten Potenziale für Erholung und Tourismus gesichert, zielgruppenspezifische Angebote für einen nachhaltigen Tourismus abgestimmt und Redundanzen vermieden werden. Der Fachbeitrag regt an, rund um das bereits heute schon intensiv touristisch genutzte Heimbacher Staubecken einen Bereich von 72 ha zeichnerisch und textlich als ASB mit zweckgebundener Nutzung für Erholung, Freizeit und Tourismus festzulegen. Insbesondere der vorhandene Ferienpark mit seinen ca. 1.000 Betten und 220.000 bis 230.000 Übernachtungen pro Jahr bedarf auch in der Zukunft einer Entwicklungsfähigkeit wie auch der nördlich des Staudamms gelegenen Bereich mit der Anlegestelle der Rursee-Schiffahrt, dem 4-Sterne-Hotel und anderen touristischen Infrastruktureinrichtungen. Die mit dem Nationalpark in Zusammenhang gebrachte starke Zunahme der Übernachtungen in der NP-Region sind einzig in diesem Ferienpark begründet.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet, sowie

Hinweise für die nachgelagerten Planungsebenen gegeben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW. Für das FFH-Gebiet „Kermeter“ und das Vogelschutzgebiet „Nationalpark Eifel“ sind jeweils FFH-Vorprüfungen durchgeführt worden, welche zu dem Ergebnis gekommen sind, dass erhebliche Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit der Planung des allgemeinen Siedlungsbereichs „HEI_ASBz_1“ auszuschließen sind. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Im Prüfbogen HEI_ASBz_1 werden die Hinweise der vorkommenden planungsrelevanten Arten gegeben. Die dezidierte Prüfung kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Festlegung des ASBz in Heimbach dient dazu, das touristische Potenzial der Eifelregion zu nutzen und zu entwickeln und um die Tragfähigkeit der vorhandenen Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtung (hier konkret ein 1.000 Betten-Ferendorf sowie weitere touristische Nutzungen u.a. der Rursee-Schiffahrt) regionalplanerisch zu sichern. Als Grundlage wurde gemäß den landesplanerischen Vorgaben im Rahmen einer regionalen Betrachtung ein gemeinsamer Fachbeitrag Erholung und Tourismus der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. (unter Mitarbeit der 20 zugehörigen Kommunen, der Kreise Düren und Euskirchen sowie der Städteregion Aachen) erstellt. Im diesem Fachbeitrag wird die Bedeutung des Tourismus als wichtigem Wirtschaftsfaktor für eine nachhaltige Standortentwicklung der Region Eifel und insbesondere konkret die Bedeutung des vorhandenen Ferienparks mit angrenzenden Freizeitnutzungen in der Nationalparkstadt Heimbach dargestellt mit weitreichendem Einzugsbereich über die Beleggenheimskommune Heimbach und die Region hinaus.

Im Sinne eines Interessenausgleichs zwischen Freiraumschutz, Standortsicherung sowie der kreisweiten Bedeutung für die wirtschaftliche Relevanz einer ländlich geprägten Region wird der bereits vorhandene Freizeit- und Tourismusstandort

zentren- und sozialverträglich als Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) angebunden an den bereits vorhandenen ASB Heimbach festgelegt, um den Erhalt zu sichern und die Voraussetzungen für diese Nutzungen auf Ebene des Regionalplans dauerhaft zu stärken.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Festlegung eines ASBz gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Betroffenheit wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf der nachfolgenden Planungsebene. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf der nachfolgenden Planungsebene.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung

bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Absichten, zur Sicherung und Entwicklung der vorhandenen Nutzungen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor.

1033233_004, Nationalpark Eifel

Inhalt

In der „A-1-2.7 Anhang A3 Erläuterungskarte_F5_Regionaler Biotopverbund ist der NLP Eifel nicht vollständig als Vogelschutzgebiet eingetragen. Das VSG „Kermeter-Hetzinger Wald“ wurde zum VSG „Nationalpark Eifel“ erweitert. Es ist zu prüfen, ob die volle Ausdehnung des VSG „Nationalpark Eifel“ in allen Teilen des Regionalplans (Textliche u. Zeichnerische Festsetzung, Begründung, Umweltbericht) entsprechend berücksichtigt wurde.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterungskarte F5 "Regionaler Biotopverbund" der textlichen Festlegungen wird angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

1033233_005, Nationalpark Eifel

Inhalt

In der A-1-2.9 Anhang A3 Erläuterungskarte _F7_ Wald sind vier forstliche Versuchsflächen im Bereich des NLP dargestellt. Es liegen nur noch zwei Versuchsflächen im NLP Eifel.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darüber hinaus gilt, dass die Erläuterungskarten der gesamträumlichen Übersicht dienen und entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert sind. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Die Darstellung der Erläuterungskarte F7 basiert auf den Grundlagendaten des Forstlichen Fachbeitrages des Landesbetriebes Wald und Holz NRW (2018). Eine Fortschreibung der Daten findet im Rahmen des Neuaufstellungsverfahrens des Regionalplans nicht statt.

1033233_006, Nationalpark Eifel

Inhalt

A-3-3 Anhang B Natura 2000

FFH-Vorprüfung für das Vogelschutzgebiet „Nationalpark Eifel“ (DE-5304-402)

Beschreibung des NATURA 2000 Gebiets

Die Kurzcharakteristik entspricht der alten Abgrenzung des VSG „Kermeter-Hetzinger Wald“ und nicht dem VSG „Nationalpark Eifel“ in dem die Flächen der Dreiborner Hochfläche, Dedenborn und in Wahlerscheid mit eingeschlossen sind.

Schutzzweck und Erhaltungsziele

In „Vogelarten nach Art. 4 Abs.2 der VS_RL“ wurden sieben Arten hinzugefügt (s. Aufzählung), die aber hier bei Schutzzweck und Erhaltungsziele nicht entsprechend aufgeführt werden.

- *Glaucidium passerinum* (Sperlingskauz)
- *Lullula arborea* (Heidelerche)
- *Anthus pratensis* (Wiesenpieper)
- *Lanius excubitor* (Raubwürger)
- *Phoenicurus phoenicurus* (Gartenrotschwanz)
- *Saxicola rubicola* (Schwarzkehlchen)
- *Jynx torquilla* (Wendehals)

ASB/ASBz Bereich Burg Vogelsang

Eine FFH-Vorprüfung zu den Auswirkungen des ASBz im Bereich Burg Vogelsang auf das VSG „Nationalpark Eifel“ fehlt vollständig, und ist zwingend nachzuholen.

3.2 HEI-ASBz_1 aus den oben beschriebenen Gründen erwartet die NLPV hier eine deutliche Erhöhung des Erholungsdrucks und eine Beeinträchtigung von Austauschbeziehungen zwischen Habitaten durch Barriere- und Zerschneidungswirkung und kommt zu dem Fazit, dass das Vorhaben nicht mit dem Schutzzweck bzw. den Erhaltungszielen verträglich ist und eine FFH-Prüfung erforderlich ist.

FFH-Gebiet DE-5404-301 Kermeter (FFH Vorprüfung in reduzierter Form)

Eine FFH-Vorprüfung zu den Auswirkungen des ASBz im Bereich Burg Vogelsang auf das FFH-Gebiet Kermeter fehlt vollständig. Aus den oben beschrieben Gründen, z.B. das Vorkommen der FFH Anhang II Arten u.a. die Fledermausarten Großes Mausohr (*Myotis myotis*) und Graues Langohr (*Plecotus austriacus*) im Bereich der Burg, hält die NLPV die Durchführung einer vollumfänglichen FFH-Prüfung für erforderlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist hinsichtlich der Forderung nach einer Ergänzung der Beschreibung des Vogelschutzgebietes "Nationalpark Eifel" bereits entsprochen (s. StnID 1033233_004).

Zu den Punkten betreffend der Festlegung Burg Vogelsang siehe Erläuterungen zu StnID 1033233_002.

Hinsichtlich der Prübereiches HEI-ASBz_1 der Umweltprüfung zum Regionalplan Köln gilt gemäß § 9 LPiG NRW, dass der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes trifft. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen und dem Ausgleichsvorschlag der Bezirksregierung zu den im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen nicht zu folgen. Stattdessen hat der Regionalrat beschlossen den Planentwurf entsprechend der in Anlage 3 aufgeführten Kartendarstellung „Umsetzung der Änderungsanträge in die Zeichnerische Festlegung des 2. Planentwurfs“ anzupassen. Die Begründung der einzelnen Änderungsbeschlüsse ist den in Anlage 3 enthaltenen Anträgen der CDU, SPD und FDP bzw. der Grünen zu entnehmen. Bezüglich des Prüfbogens HEI-ASBz_1 des Umweltbeichtes zum zweiten Regionalplanentwurf wird entsprechend ein ASBz zeichnerisch festgelegt.

Konkret wird im Rahmen der Abwägung hierzu ausgeführt: "Im März 2021 wurde ein von der Eifel-Touristik Agentur NRW e.V. beauftragtem „Fachbeitrag Erholung und Tourismus zur Überarbeitung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln“ zur Bestandsanalyse und touristischen Projektideen im Nationalparkraum vorgelegt. Zwar hätten nur wenige Projektideen von ihrer Größe her eine Relevanz für die Darstellung im Regionalplan (Flächen größer 10 ha), es empfehle sich jedoch ein gesamträumliches Konzept zur Weiterentwicklung und Abstimmung der vorhandenen Projektideen in den Nationalparkkommunen. So könnten Potenziale für Erholung und Tourismus gesichert, zielgruppenspezifische Angebote für einen nachhaltigen Tourismus abgestimmt und Redundanzen vermieden werden. Der Fachbeitrag regt an, rund um das bereits heute schon intensiv touristisch genutzte Heimbacher Staubecken einen Bereich von 72 ha zeichnerisch und textlich als ASB mit zweckgebundener Nutzung für Erholung, Freizeit und Tourismus festzulegen.

Insbesondere der vorhandene Ferienparks mit seinen ca. 1.000 Betten und 220.000 bis 230.000 Übernachtungen pro Jahr bedarf auch in der Zukunft einer Entwicklungsfähigkeit wie auch der nördlich des Staudamms gelegenen Bereich mit der Anlegestelle der Rursee-Schifffahrt, dem 4-Sterne-Hotel und anderen touristischen Infrastruktureinrichtungen. Die mit dem Nationalpark in Zusammenhang gebrachte starke Zunahme der Übernachtungen in der NP-Region sind einzig in diesem Ferienpark begründet."

Gemäß Rechtsprechung des BVerwG entspricht die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind.

Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Inhalt

Schlussbemerkung

Die NLPV ist der Auffassung, dass die Ziele des Naturschutzes in der gesamten Gebietskulisse des NLP Eifel Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen haben müssen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die geplante Änderung zu keinen nachteiligen Auswirkungen für den NLP Eifel führen (z.B. bei geänderten Regelungen zur „Vermeidung von Beeinträchtigungen auf Gebiete und Bereiche für den Schutz der Natur“). Als bisher einziger Nationalpark in NRW hat der NLP Eifel eine herausragende Bedeutung für den Natur-, Artenschutz und Biotopschutz. Zudem ist er wichtiger Bestandteil des landesweiten Biotopverbundes. Vor diesem Hintergrund ist der gesamte NLP Eifel auch zukünftig in seiner Einzigartigkeit und ökologischen und naturräumlichen Funktionsvielfalt zu erhalten und zu entwickeln.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Der Nationalpark Eifel wird flächendeckend als Vorranggebiet mit der Festlegung der Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) gesichert. Die Festlegung der BSN sichert und schützt den Bereich mit der Zielfestlegung gegen anderweitige Nutzungsansprüche, z.B. mögliche bauliche Inanspruchnahme. Die BSN sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche. Im Ziel 19 des Regionalplanentwurfs "Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern" der textlichen Festlegungen wird in Punkt 3 der Erläuterungen auf den Nationalpark Eifel als Grundlage der Abgrenzung der BSN verwiesen: "Dem als BSN festgesetzten Nationalpark Eifel kommt gemäß LEP NRW aufgrund seiner Einzigartigkeit (einziger Nationalpark NRW's) und seiner naturräumlichen Funktionsvielfalt eine besondere Bedeutung für den regionalen Biotopverbund zu."

Darüber hinaus wird im Umweltbericht des Regionalplans Köln als Kriterium für die Betrachtung des Schutzgutes „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt“ der Nationalpark untersucht (siehe Bewertungsmaßstäbe des Anhang A) und erhält dabei ein höheres Gewicht (Kennzeichnung fettgedruckt) in der Abwägung.

AZ: BET_8000_1	
Bezirksregierung Arnsberg Abteilung Bergbau und Energie	
1032863_001, Bezirksregierung Arnsberg Abteilung Bergbau und Energie	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Hinweis auf die offizielle Stellungnahme der Bezirksregierung Arnsberg wird zur Kenntnis genommen. Die regionalplanerischen Abwägungsvorschläge zu den vorgebrachten Argumenten der erwähnten Gesamtstellungnahme können den Stellungnahmen-ID 1033522_001 bis 1033522_010 entnommen werden.</p>
<p>Anbei eine Teil-Stellungnahme der Bergbehörde, Dez. 62 (Steine- und Erdenbergbau) vorab. Die offizielle Stellungnahme der Bezirksregierung Arnsberg (die auch diese Stellungnahme beinhalten sollte) erhalten Sie in Kürze.</p>	

Inhalt

Die nachrichtlich dargestellten BSAB-Flächen (grau gepunktete Signatur mit Haarlinien-Umrandung) weisen für fast alle Betriebe deutliche Unschärfen auf. Bei extremen Beispielen wurde dies in der beigefügten Tabelle erwähnt. Jedoch gilt das auch für fast alle anderen Betriebe in geringerem Maße. Die Umrandungen der nachrichtlich dargestellten BSAB-Flächen stimmen nicht mit unseren zugelassenen Rahmenbetriebsplanflächen überein. Einige bereits zugelassene Bereiche würden sich nach der Darstellung im Regionalplan außerhalb der BSAB Fläche befinden.

[Anlagen]

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für Lockergesteine können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt (vgl. Kapitel 5.5 der Begründung zum Teilplan NR). Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Im überarbeiteten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln (Entwurf 2024) sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der BSAB beziehen sich jedoch auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurden die zeichnerischen Festlegungen mitunter angepasst. Die nachrichtlichen Darstellungen der BSAB gem. Teilplan NR werden im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

Im Übrigen gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes und des Teilplans NR dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt regelmäßig bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und

Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

AZ: BET_8000_2	
Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6	
1033522_001, Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6	
<p>Inhalt</p> <p><u>G10, G11 und Zneu2</u> (Teilbereiche die Braunkohleplanung betreffend)</p> <p>Der Abbaubereich des Tagebaus Garzweiler (ohne regionalplanerische Festlegung) südöstlich von Holzweiler stimmt nicht mit dem Vorentwurf für die Änderung des Braunkohlenplans Garzweiler II überein. Der Vorentwurf wurde am 16.06.2023 im Braunkohlenausschuss beschlossen (TOP 4). Es wird angeregt, die Darstellung entsprechend anzupassen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Der Anregung wird gefolgt, die Plandarstellung wird redaktionell an den Vorentwurfsstand des Braunkohlenplans angepasst.</p>

Inhalt

Wasserwirtschaft Braunkohle

Die Trasse für die Rheinwassertransportleitung wurde durch die Landesregierung bereits im Braunkohlenplanverfahren „Garzweiler II, Sachlicher Teilplan: Sicherung einer Trasse für die Rheinwassertransportleitung“ genehmigt. Derzeit läuft für den beabsichtigten Bau und Betrieb der Rheinwassertransportleitung ein bergrechtliches Planfeststellungsverfahren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene gegeben. Bedenken oder Anregungen werden keine geäußert.

1033522_003, Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6

Inhalt

Zum „Braunkohlenplan Tagebau Hambach für das geänderte Tagebauvorhaben aufgrund des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes, Sachlicher Teilplan: Sicherung einer Trasse für den Ablauf des Tagebausees Hambach“ wurde die Bezirksregierung Arnsberg mit den Schreiben vom 05. und 06.08.2024 beteiligt. Das Dez. 61 hat keine grundsätzlichen Bedenken geäußert. Auf das laufende Braunkohlenplanverfahren wird verwiesen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Der geplante Seeablauf für den Tagebau Inden ist nicht eingezeichnet. Derzeit ist die Umsetzung im wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren für den Tagebausee Inden geplant.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Seeablauf des Tagebaus Inden ist noch nicht raumordnerisch verortet und ist aufgrund der geplanten kurzen Länge nicht regionalplanerisch relevant. Er ist auch noch nicht im Braunkohlenplan Inden festgelegt.

Eine Festlegung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Strukturwandel

Um einen abgestimmten und konfliktfreien Rahmen für den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung und den Strukturwandel zu schaffen, müssen die unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven aus der Braunkohlenplanung - bis zum Abschluss der Rekultivierung und Entlassung aus der Bergaufsicht - einerseits und aus der Regionalplanung (hier: Planungszeitraum bis 2043) andererseits verzahnt werden.

Unter Beachtung der Leitentscheidungen 2021 und 2023, welche Leitlinien für die Umsetzung des Kohleausstieges im Rheinischen Revier und die Braunkohlenplanung vorgeben, wurden bei dem vorliegenden Zweiten Planentwurf des Regionalplans Köln unterschiedliche Bereiche und Darstellungsoptionen im Braunkohlenplangebiet berücksichtigt:

Option 1

Bereiche, die bereits weitgehend **rekultiviert sind bzw. zeitnah rekultiviert** werden und die in absehbarer Zeit aus der Bergaufsicht entlassen werden.

Braunkohlenplan Frimmersdorf an der A 44n

Festlegungen unter Berücksichtigung der Rekultivierungsziele

Option 2

Bereiche, die gem. den Leitentscheidungen 2016 und 2021 nicht mehr für den Abbau in Anspruch genommen werden, formell aber noch der geltenden Braunkohlenplanung unterliegen und für die z. T. eine **Änderung des Braunkohlenplanes** erfolgt

Holzweiler und der ehemalige 3. Umsiedlungsabschnitt zu GW II; südlicher Bereich des Tgb. Hambachs

regionalplanerische Festlegungen, z.B. Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) für Holzweiler

Option 3

Bereiche, in denen auch **gem. der künftigen Braunkohlenplanung** eine bergbauliche Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über den Planungshorizont des Regionalplanes hinaus erstreckt

Bereiche der künftigen Restseen

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Der Regionalplan Entwurf hat die aufgeworfenen Fragestellungen bereits berücksichtigt. Hierzu ergänzend, führt die Begründung analog zu den Ausführungen in der Anregung u.a. im Hinblick auf die Zulässigkeit von Zwischennutzungen sowie in Bezug auf verbindlichen Festlegungen u.a. in den Erläuterungen zu G.10 entsprechend aus: "...Zwischennutzungen während der langen Befüllzeit des Sees sind wichtig und auch bereits vielfältig angedacht. Sie unterliegen nicht der regionalplanerischen Regelungskompetenz und sind mit den bergrechtlichen Vorgaben abzustimmen.... Eine Übernahme in regionalplanerisch verbindliche Festlegungen im Rahmen der landesplanerischen Vorgaben kann erfolgen, sobald die Festlegung als Sicherheitszone nicht mehr erforderlich ist und die Entlassung aus der Bergaufsicht in Aussicht steht...".

keine regionalplanerischen Festlegungen möglich

Insbesondere im Hinblick auf die langen Befüllzeiten der zukünftigen Tagebauseen können Zwischennutzungen einen wichtigen Beitrag zur Inwertsetzung im Bereich der Tagebauumfelder und des Strukturwandels im Rheinischen Revier leisten. So können bergrechtliche Betriebspläne Maßnahmen zur Gewährleistung einer geordneten Zwischennutzung im Bereich der Tagebauseen, insofern sie dem sachlichen Geltungsbereich des BBergG entsprechen, vorbereiten. Eine konkrete Zwischennutzung wird hierbei nicht zugelassen, da diese der jeweiligen Fachplanung unterliegen. Mit dem Sonderbetriebsplan I-2023/02 wurden diese vorbereitenden Maßnahmen im Regelbetrieb vor der Ortslage Merken zur Zulassung vorgelegt. Der Sonderbetriebsplan I-2024/03 bezieht sich analog auf die Ortslage südlich von Lucherberg (Lucherberger Lagune).

1033522_006, Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6

Inhalt

Inden

Die in den hier vorliegenden Planunterlagen „Teil A-2-6 Blatt 02-03_Kreis Düren_Änderungskarte Neue Festlegungen“ dargestellten Änderungen des Tagebaus Inden entsprechen den Ergebnissen des Zielabweichungsverfahrens zum Braunkohlenplan Inden I, sodass die planerischen Festlegungen des Braunkohlenplans und des Regionalplans übereinstimmen. Diese Änderung wurde ebenfalls in den textlichen Festlegungen aufgegriffen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Hambach

Hinsichtlich des Tagebaus Hambach ergeben sich Änderungen im südwestlichen Bereich des Tagebaufelds. Die zeichnerische Darstellung in der o.g. Änderungskarte entspricht den Angaben aus der Planänderung für den Braunkohlenplan „Teilplan 12/1 – Hambach – Abbau- und Außenhaldenfläche des Tagebaues Hambach“ (Feststellungsbeschluss vom 14.06.2024). Hierzu wird im Braunkohlenplan ausgeführt:

„Die Tagesanlagen und der Kohlebunker des Tagebaus Hambach bieten im Sinne des Strukturwandels mit der vorliegenden Infrastruktur und Verkehrsanbindung gute Voraussetzungen für die Entwicklung einer gewerblichen und / oder wohnbaulichen Nachfolgenutzung inklusive einer dafür erforderlichen Erschließung (Straßen, Schienen) und sind im Braunkohlenplan deshalb als „Entwicklungsfläche für den Strukturwandel“ dargestellt.“

Somit stimmen nun auch hier die planerischen Festlegungen des Braunkohlenplans und des Regionalplans überein.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung zur Änderung der zeichnerischen Festlegung erklärt, da eine Übereinstimmung mit den Angaben aus der Planänderung für den Braunkohleplan „Teilplan 12/1 – Hambach – Abbau- und Außenhaldenfläche des Tagebaues Hambach“ besteht.

1033522_008, Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6

Inhalt

Garzweiler

Aufgrund der wesentlichen Änderung seiner Grundannahmen wird der Braunkohlenplan Garzweiler II geändert. Der Verkleinerung des Abbaubereichs (inkl. dem Erhalt des dritten Umsiedlungsabschnittes; Holzweiler ASB-Fläche) wird Rechnung getragen, sodass hier regionalplanerische Festlegungen erfolgen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.

Inhalt

Zneu4 Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen

Der Änderungssynopse ist zu entnehmen, dass Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Lockergesteinen sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln. Dieser Themenbereich wird im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) behandelt (Teilplan NR).

Jedoch weisen die in den zeichnerischen Festlegungen nachrichtlich dargestellten BSAB-Flächen (grau gepunktete Signatur mit Haarlinien-Umrandung) für fast alle Betriebe deutliche Unschärfen auf. Bei extremen Beispielen wurde dies in der beigefügten Tabelle erwähnt. Jedoch gilt das auch für fast alle anderen Betriebe in geringerem Maße. Die Umrandungen der nachrichtlich dargestellten BSAB-Flächen stimmen nicht mit den bergbehördlich zugelassenen Rahmenbetriebsplanflächen überein. Einige bereits zugelassene Bereiche würden sich nach der Darstellung im Regionalplan außerhalb der BSAB Fläche befinden. Zur Vermeidung konfligierender Nutzungsdarstellungen im Regionalplan und Teilplan wird empfohlen, die Geometrien der Flächen der beigefügten zip/shp-Datei in den Regionalplan zu übernehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für Lockergesteine können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - entnommen werden, der parallel zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungflächen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt (vgl. Kapitel 5.5 der Begründung zum Teilplan NR). Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Im überarbeiteten Entwurf zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln (Entwurf 2024) sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der BSAB beziehen sich jedoch auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurden die zeichnerischen Festlegungen mitunter angepasst. Die nachrichtlichen Darstellungen der BSAB gem. Teilplan NR werden im weiteren Planverfahren zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

Im Übrigen gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes und des Teilplans NR dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000) entsprechen, der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt regelmäßig bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in

der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

Allgemeines zu den Kapiteln 3 Siedlungsraum und 5 Infrastruktur

Unabhängig der im zweiten Planentwurf vorgenommenen Änderungen gilt nach wie vor für Regionen, in denen bekanntermaßen Altbergbau stattgefunden hat, dass eine bergbauliche Stellungnahme bei der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 eingeholt werden sollte.

Hinweise zur bergbaulichen Situation können im ersten Schritt dem Fachsystem GDU (Gefährdungspotenziale des Untergrundes in Nordrhein-Westfalen) entnommen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen bezüglich der Einholung bergbaulicher Stellungnahmen bei der Bezirksregierung Arnsberg gegeben.

Auf Ebene des Regionalplans besteht kein weiterer Präzisierungsbedarf.